



C/2024/5032

26.9.2024

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾
25. September 2024
(C/2024/5032)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,1194	CAD	Kanadischer Dollar		1,5044
JPY	Japanischer Yen		161,49	HKD	Hongkong-Dollar		8,7160
DKK	Dänische Krone		7,4575	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7725
GBP	Pfund Sterling		0,83653	SGD	Singapur-Dollar		1,4378
SEK	Schwedische Krone		11,3110	KRW	Südkoreanischer Won		1 489,46
CHF	Schweizer Franken		0,9495	ZAR	Südafrikanischer Rand		19,1932
ISK	Isländische Krone		150,50	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan		7,8692
NOK	Norwegische Krone		11,6840	IDR	Indonesische Rupiah		16 922,87
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit		4,6242
CZK	Tschechische Krone		25,123	PHP	Philippinischer Peso		62,609
HUF	Ungarischer Forint		395,03	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,2643	THB	Thailändischer Baht		36,599
RON	Rumänischer Leu		4,9760	BRL	Brasilianischer Real		6,1104
TRY	Türkische Lira		38,2090	MXN	Mexikanischer Peso		21,7426
AUD	Australischer Dollar		1,6276	INR	Indische Rupie		93,5750

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2024/5664

26.9.2024

Zusammenfassung des Beschlusses der Kommission

vom 24. Juni 2024

nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates

(Sache AT.40882 — IFF – Datenlöschung)

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2024) 4256 final)

(Nur der englische Text ist verbindlich)

(C/2024/5664)

Am 24. Juni 2024 erließ die Kommission einen Beschluss nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates ⁽¹⁾. Im Folgenden veröffentlicht die Kommission nach Artikel 30 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 die Namen der Beteiligten und den wesentlichen Inhalt des Beschlusses einschließlich der verhängten Sanktionen, wobei sie dem berechtigten Interesse der Unternehmen an der Wahrung ihrer Geschäftsgeheimnisse Rechnung trägt. Eine nichtvertrauliche Fassung des Beschlusses ist auf der Website der Generaldirektion Wettbewerb (<http://ec.europa.eu/competition/antitrust/cases/>) abrufbar.

EINFÜHRUNG

Mit dem Beschluss wird gegen International Flavors & Fragrances Inc. und International Flavors & Fragrances IFF (France) SAS wegen Verstoßes gegen Artikel 20 Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 eine Geldbuße in Höhe von 15 900 000 EUR verhängt. Sie haben bei einer Nachprüfung unvollständige Informationen vorgelegt.

VERFAHREN

Zwischen dem 7. und dem 10. März 2023 führte die Kommission im Rahmen der Sache AT.40826 – Consumer Fragrances eine Nachprüfung in den Räumlichkeiten von International Flavors & Fragrances IFF (France) SAS durch. Gemäß dem Nachprüfungsbeschluss C(2023) 1094 vom 10. Februar 2023 mussten International Flavors & Fragrances Inc. und die direkt oder indirekt von ihm kontrollierten Unternehmen, darunter auch International Flavors & Fragrances IFF (France) SAS, eine Nachprüfung hinsichtlich eines möglichen Verstoßes gegen Artikel 101 AEUV und Artikel 53 des EWR-Abkommens dulden, der in einer Beteiligung an wettbewerbswidrigen Vereinbarungen und/oder abgestimmten Verhaltensweisen in Bezug auf Duftstoffe und deren Inhaltsstoffe bestehen würde.

Im Rahmen der Nachprüfung stellte die Kommission fest, dass ein Mitarbeiter von International Flavors & Fragrances IFF (France) SAS WhatsApp-Nachrichten von seinem Firmenmobiltelefon gelöscht hatte.

Die Kommission beschloss am 12. März 2024, wegen dieses Verhaltens ein gesondertes Verfahren gegen International Flavors & Fragrances Inc. und International Flavors & Fragrances IFF (France) SAS (zusammen „IFF“) in der Sache AT.40882 – IFF – Deletion of data einzuleiten.

Die Kommission nahm ein Kooperationsverfahren mit IFF auf, in dem über den Umfang der Beschwerdepunkte und die wahrscheinliche Höhe der von der Kommission zu verhängenden Geldbußen Einvernehmen erzielt wurde. Am 29. April 2024 übermittelte IFF Kooperationsausführungen, die den Standpunkt der Kommission zu dem Fall widerspiegelten. IFF räumte in diesen Ausführungen seine Haftung ein und stimmte dem vorgesehenen Höchstbetrag der von der Kommission zu verhängenden Geldbuße zu.

Die Kommission nahm die Mitteilung der Beschwerdepunkte am 16. Mai 2024 an. IFF bestätigte eindeutig, dass die Mitteilung der Beschwerdepunkte den Inhalt seiner Kooperationsausführungen zutreffend wiedergebe und dass es sich daher weiterhin an dem Kooperationsverfahren beteiligen werde.

Der Beratende Ausschuss für Kartell- und Monopolfragen gab bei seiner Anhörung am 20. Juni 2024 eine befürwortende Stellungnahme ab. Unmittelbar danach legte der Anhörungsbeauftragte seinen Abschlussbericht vor.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

SACHVERHALT

Im Rahmen der in der Sache AT.40826 – Consumer Fragrances durchgeführten Nachprüfung in den Räumlichkeiten von International Flavors & Fragrances IFF (France) SAS stellte das Nachprüfungsteam der Kommission bei der Untersuchung eines für die Nachprüfung abgegebenen Firmenmobiltelons fest, dass der Besitzer des Telefons, nachdem er darüber informiert worden war, dass er eine Zielperson der Nachprüfung war, mit einem Wettbewerber ausgetauschte WhatsApp-Nachrichten gelöscht hatte. Der Besitzer des Telefons war ein leitender Mitarbeiter von International Flavors & Fragrances IFF (France) SAS und International Flavors & Fragrances Inc.

IFF hatte die Kommission bei der Abgabe des Geräts für die Nachprüfung nicht über die Löschung informiert. Dem Nachprüfungsteam der Kommission gelang es, die meisten oder möglicherweise alle für die Untersuchung relevanten gelöschten Daten wiederherzustellen. IFF räumte die Löschung auf der Stelle ein und unterstützte die Kommission proaktiv bei der Wiederherstellung der gelöschten Daten.

RECHTLICHE WÜRDIGUNG

Das Verhalten besteht darin, dass die bei einer Nachprüfung angeforderten Geschäftsunterlagen vorsätzlich nicht vollständig vorgelegt wurden. Dies verstößt gegen Artikel 20 Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1/2003.

IFF hat die für die Untersuchung erforderlichen Unterlagen unvollständig vorgelegt, da der Besitzer des Mobiltelefons, auf dem diese Unterlagen gespeichert waren, vor der Überlassung des Geräts für die Untersuchung der Kommission einige Unterlagen vorsätzlich gelöscht hatte. Diese Manipulation von Geschäftsunterlagen erfolgte während der Nachprüfung; die gelöschten Informationen betrafen den Gegenstand der Untersuchung.

GELDBUSSEN

Nach Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung 1/2003 kann die Kommission eine Geldbuße bis zu einem Höchstbetrag von 1 % des im vorausgegangenen Geschäftsjahr erzielten Gesamtumsatzes verhängen, wenn ein Unternehmen bei Nachprüfungen nach Artikel 20 der Verordnung 1/2003 vorsätzlich oder fahrlässig die angeforderten Bücher oder sonstigen Geschäftsunterlagen nicht vollständig vorlegt oder in einer Entscheidung nach Artikel 20 Absatz 4 derselben Verordnung angeordnete Nachprüfungen nicht duldet.

Bei der Festsetzung der Höhe der Geldbuße ist gemäß Artikel 23 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 sowohl die Schwere der Zuwiderhandlung als auch deren Dauer zu berücksichtigen.

Bei der Beurteilung der Schwere des in Rede stehenden Verhaltens berücksichtigte die Kommission, dass der Verstoß aufgrund seiner Art ein sehr schwerer Verstoß war, der vorsätzlich begangen wurde. Die Informationen wurden von einem leitenden Mitarbeiter gelöscht und waren für die Untersuchung relevant. Die Kommission berücksichtigt ferner, dass die Geldbuße hinreichend abschreckend sein muss. Auf dieser Grundlage hält die Kommission eine Geldbuße in Höhe von 0,30 % des Umsatzes von IFF für angemessen.

Die Kommission berücksichtigt aber auch die besonderen Umstände des Falles. IFF arbeitete proaktiv mit der Kommission zusammen, nachdem diese festgestellt hatte, dass die Informationen gelöscht worden waren. IFF räumte die Löschung sofort ein und half nach besten Kräften, die gelöschten Informationen zeitnah wiederherzustellen. Im Rahmen eines Kooperationsverfahrens räumte IFF seine Haftung für die Zuwiderhandlung ein und akzeptierte einen Höchstbetrag der Geldbuße. Aus diesen Gründen hält es die Kommission für angemessen, die gegen IFF zu verhängende Geldbuße um 50 % herabzusetzen.

Da das Verhalten eine einmalige Zuwiderhandlung darstellte, wird die Geldbuße im Hinblick auf die Dauer nicht weiter erhöht.

Angesichts der vorstehenden Ausführungen wird die Geldbuße auf 0,15 % des Gesamtumsatzes von IFF im Jahr 2023 festgesetzt. Auf der Grundlage des Umsatzes von IFF im Jahr 2023, der sich auf 10 615 000 000 EUR belief, wird die Geldbuße nach Rundung auf 15 900 000 EUR festgesetzt.



C/2024/5665

26.9.2024

**Stellungnahme des Beratenden Ausschusses für kartell- und monopolfragen aus seiner Sitzung vom
20. Juni 2024 zum Entwurf eines Beschlusses in der Sache AT.40882 – IFF – LÖSCHUNG VON
DATEN**

Sitzung per Videokonferenz – über „Skype for Business“

Berichterstatter: Malta

(C/2024/5665)

1. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass International Flavors & Fragrances IFF (France) SAS und International Flavors & Fragrances Inc. gegen Artikel 20 Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates ⁽¹⁾ verstoßen haben.
2. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) teilt die Auffassung der Kommission, dass gegen die Adressaten des Beschlussentwurfs für die Zuwiderhandlung, an der sie beteiligt waren, eine Geldbuße verhängt werden sollte.
3. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) stimmt den von der Kommission bei der Berechnung der Höhe der Geldbuße berücksichtigten Faktoren zu.
4. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) stimmt der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe der Geldbuße zu.
5. Der Beratende Ausschuss (13 Mitgliedstaaten) empfiehlt die Veröffentlichung seiner Stellungnahme im Amtsblatt der Europäischen Union *in Kraft*.

⁽¹⁾ Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).



C/2024/5666

26.9.2024

**Abschlussbericht des Anhörungsbeauftragten ⁽¹⁾
(Sache AT.40882 – IFF – Löschung von Daten)**

(C/2024/5666)

1. In dem an International Flavors & Fragrances Inc. und IFF (France) SAS (im Folgenden zusammen „IFF“) gerichteten Beschlussentwurf wird festgestellt, dass IFF gegen Artikel 20 Absatz 4 in Verbindung mit Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates ⁽²⁾ verstoßen hat, indem IFF bei einer Nachprüfung die erforderlichen Bücher oder sonstigen Geschäftsunterlagen absichtlich nicht vollständig vorgelegt hat.
2. Am 10. Februar 2023 erließ die Kommission nach Artikel 20 Absatz 4 der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 den Beschluss C(2023) 1094, um in der laufenden Untersuchung in der Sache AT.40826 – Consumer Fragrances eine Nachprüfung anzuordnen. Die Nachprüfung in den Räumlichkeiten von IFF wurde vom 7. bis zum 10. März 2023 durchgeführt. Dabei stellte die Kommission fest, dass ein Mitarbeiter von IFF WhatsApp-Nachrichten von seinem Mobiltelefon gelöscht hatte, nachdem er darüber informiert worden war, dass er eine Zielperson der Nachprüfung sei.
3. Am 12. März 2024 leitete die Kommission ein Verfahren gegen IFF ein, um Kooperationsgespräche aufzunehmen.
4. Am 29. und 30. April 2024 stellte IFF einen förmlichen Antrag auf Zusammenarbeit mit der Kommission in diesem Fall (im Folgenden „Kooperationsausführungen“) ⁽³⁾. Die Kooperationsausführungen enthielten:
 - a) ein eindeutiges Anerkenntnis der Haftbarkeit von IFF für die Zuwiderhandlung, der wichtigsten Fakten, ihrer rechtlichen Beurteilung und der Dauer der Zuwiderhandlung;
 - b) eine Angabe zum Höchstbetrag der Geldbuße, den IFF im Rahmen des Kooperationsverfahrens akzeptieren würde;
 - c) eine Erklärung von IFF, dass es über die Beschwerdepunkte, die die Kommission zu erheben beabsichtigte, hinreichend in Kenntnis gesetzt wurde und hinreichend Gelegenheit hatte, dazu Stellung zu nehmen;
 - d) die Bestätigung von IFF, dass ihm Zugang zu den Beweismitteln, die die Beschwerdepunkte stützen, und ausreichend Gelegenheit zur Einsicht in andere Unterlagen aus der Akte der Kommission (auf der Grundlage einer von der Kommission vorgelegten Liste) gewährt worden sei, und dass es nicht beabsichtige, weitere Akteneinsicht zu beantragen oder erneut in Form einer mündlichen Anhörung gehört zu werden, es sei denn, die Kommission gebe den Inhalt der Kooperationsausführungen in der Mitteilung der Beschwerdepunkte nicht wieder;
 - e) die Zustimmung von IFF dazu, die Mitteilung der Beschwerdepunkte und den endgültigen Beschluss gemäß Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe c der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 in Englisch entgegenzunehmen.
5. Am 16. Mai 2024 nahm die Kommission eine an IFF gerichtete Mitteilung der Beschwerdepunkte an. IFF bestätigte in seiner Erwiderung auf die Mitteilung der Beschwerdepunkte, dass sie den Inhalt der Kooperationsausführungen wiedergebe und dass IFF sich daher verpflichte, das Kooperationsverfahren weiter zu befolgen.
6. Die im Beschlussentwurf festgestellte Zuwiderhandlung und die darin verhängte Geldbuße entsprechen der Zuwiderhandlung und der Geldbuße, die in den Vergleichsausführungen eingeräumt bzw. akzeptiert wurden.

⁽¹⁾ Nach den Artikeln 16 und 17 des Beschlusses 2011/695/EU des Präsidenten der Europäischen Kommission vom 13. Oktober 2011 über Funktion und Mandat des Anhörungsbeauftragten in bestimmten Wettbewerbsverfahren ABl. L 275 vom 20.10.2011, S. 29.

⁽²⁾ Verordnung (EG) Nr. 1/2003 des Rates vom 16. Dezember 2002 zur Durchführung der in den Artikeln 81 und 82 des Vertrags niedergelegten Wettbewerbsregeln (ABl. L 1 vom 4.1.2003, S. 1).

⁽³⁾ Die ersten Ausführungen vom 29. April 2024 wurden am 30. April 2024 durch einen Nachtrag ergänzt.

7. Die Gesamthöhe der Geldbuße wird um 50 % herabgesetzt, weil IFF mit der Kommission zusammengearbeitet hat, indem es i) die Löschung der Nachrichten, auf die sich die Zuwiderhandlung bezieht, zu dem Zeitpunkt, zu dem sie aufgedeckt und in einem Protokoll erfasst wurde, zugegeben hat, ii) nach besten Kräften dazu beigetragen hat, dass die gelöschten Informationen durch ein Backup-System so schnell wie möglich wiederhergestellt werden, und iii) im Rahmen eines Kooperationsverfahrens die Haftung für die Zuwiderhandlung anerkannt und die Verhängung einer Geldbuße, die einen bestimmten, in den Kooperationsausführungen angegebenen Betrag nicht übersteigt, akzeptiert hat.
8. Ich habe nach Artikel 16 des Beschlusses 2011/695/EU geprüft, ob in dem Beschlussentwurf nur Beschwerdepunkte behandelt werden, zu denen sich IFF äußern konnte. Dabei bin ich zu dem Ergebnis gelangt, dass dies der Fall ist.
9. Ich bin der Auffassung, dass die Verfahrensrechte in dieser Sache wirksam ausgeübt werden konnten.

Brüssel, 21. Juni 2024

Eric GIPPINI FOURNIER



C/2024/5688

26.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. MÄRZ 2022

(C/2024/5688)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzung vom 1. März 2022

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen	3
4. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	3
5. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	3
6. Arbeitsplan	3
7. Erste Abstimmungsrunde	4
8. Wiederaufnahme der Sitzung	4
9. Russlands Aggression gegen die Ukraine (Aussprache)	4
10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	29

Inhalt	Seite
11. Russlands Aggression gegen die Ukraine (Fortsetzung der Aussprache)	29
12. Zweite Abstimmungsrunde	41
13. Wiederaufnahme der Sitzung	41
14. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	41
15. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	41
16. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	41
17. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte	41
18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	42
19. Schluss der Sitzung	42
20. Unterbrechung der Sitzungsperiode	42

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 1. MÄRZ 2022

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

President. – I declare resumed the session of the European Parliament adjourned on Thursday, 17 February 2022.

2. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 12.00)

3. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen

President. – The minutes and the texts adopted of the sittings of 14, 15, 16 and 17 February 2022 are available.

Are there any comments?

I see that there are not.

The minutes are approved.

4. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

President. – The ID and ECR Groups have notified the President of decisions relating to appointments and changes within committees and delegations. These decisions will be set out in the minutes of today's sitting and shall take effect on the date of this announcement.

5. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

6. Arbeitsplan

President. – The final draft agenda as drawn up pursuant to Rule 157 by the Conference of Presidents at its meeting of 24 February 2022 has been distributed. Following consultations with the political groups, I wish to put to the House the following proposal for changes to the final draft agenda:

Today, the debate on Russian aggression against Ukraine will be held in the format of European Council, Council and Commission statements and will be extended until 15.30 this afternoon.

The announcement of the results of the first voting session will be held at 15.00. The second voting session will start at 15.30 and end at 16.15. Finally, the announcement of the results of the second voting session will be held at 17.15.

I see that there are no objections, and therefore I declare that this change has been approved and the agenda is therefore deemed adopted and the order of business is thus established.

7. Erste Abstimmungsrunde

President. – I will now move to today's first voting session. We will vote on the files as indicated on the agenda. The voting session will be open from 12.00 until 12.45.

The same voting method will be used as during the last part-sessions. All votes will be held by roll call. Explanations of vote may be submitted in writing. Explanations of vote containing up to a maximum of 400 words will be accepted.

I declare the voting session open. You have until 12.45 to vote.

The debate with the European Council, Council and Commission statements on Russian aggression against Ukraine will start at 12.30, and the results of the votes will be announced at 15.00.

I encourage you to stay in the room and also call your colleagues to join us here. We will, as you know, not only have a very strong presence of Ukrainian citizens and their representatives in our gallery, but also interventions by President Zelenskyy and the Speaker of the Parliament of Ukraine, of the Verkhovna Rada, Ruslan Stefanchuk.

I look forward to seeing you at 12.30.

(The sitting was suspended at 12.03)

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 12.33)

9. Russlands Aggression gegen die Ukraine (Aussprache)

(Russian aggression against Ukraine: debate on European Council, Council and Commission statements [2022/2564(RSP)])

President. – Good afternoon.

We are here today in the dark shadow cast by Putin's war. A war we did not provoke. A war we did not start. An outrageous invasion of a sovereign, independent state.

On behalf of the European Parliament, I condemn the Russian military aggression against Ukraine in the strongest possible terms and express my solidarity with all those suffering and all those killed.

(Loud and sustained applause)

The message from Europe is clear: we will stand up. We will not look away when those fighting in the streets for our values face down Putin's massive war machine. We will support the International Criminal Court's jurisdiction and investigation of war crimes in Ukraine. We will hold him accountable, just as we will hold Lukashenko.

We are facing an existential threat to the Europe we know, the Europe so many have given so much for.

And this is why, on this important day, I am pleased to announce that President Zelenskyy will address us shortly, followed by Speaker Ruslan Stefanchuk, the Chair of the Rada of Ukraine.

And allow me also to extend a special welcome to the Ambassador of Ukraine and the Ukrainian people present in plenary today.

(Loud and sustained applause)

Mr President, thank you for showing the world what it means to stand up. Thank you for reminding us about the dangers of complacency.

Everyday acts of extraordinary heroism by Ukrainians inspire us all. Defence forces and citizens making the ultimate sacrifice to delay a column of tanks. Senior citizens standing up to face down Russian troops with nothing but pride and sunflowers as their weapon. Brave women forced to give birth in metro stations next to their Kalashnikovs.

They showed the world that our way of life is worth defending. It is worth a cost. All those who remember living under occupation will attest to that. All those standing up in Belarus. All those looking to us in Moldova, in Georgia.

It is worth it. For us, for the next generation, for all those in Ukraine and around the world who believe in Europe and in our way. And for all those who want to be free.

Our European response was on display over the last very painful days. This must be our 'Whatever it Takes' moment.

Neighbouring states have accepted hundreds of thousands of fleeing Ukrainians. Europeans sheltered Ukrainians in their homes. We have implemented a series of unprecedented, massive sanctions. We have gone further and will provide much-needed weapons to Ukraine. We have declared that Russian aircraft and oligarchs' private jets are no longer welcome in our open skies. We have moved for Russia to be disconnected from the SWIFT system.

(Applause)

We have banned Kremlin propaganda tools. European citizens, organisations, businesses, sports have taken a clear and forceful stand, underlining that they will not deal with or welcome an aggressor.

And Europe stands ready to go further still. We recognise Ukraine's European perspective and as our resolution clearly states, we welcome, Mr President, Ukraine's application for candidate status, and we will work towards that goal.

(Loud applause)

Because we will and we must face the future together.

Mr President, we stand with you in your fight for survival, in this dark moment in our history. When you look to this European Parliament you will always find an ally, a space to address Europe and the world, and always, always a friend.

This European Parliament has a long, proud history of being a thorn in the side of autocrats, and in this spirit I will seek a ban on any representative of the Kremlin from entering European Parliament premises.

(Loud applause)

Because aggressors and warmongers have no place in the House of democracy.

Dear President, dear Members, let me finish by setting out four important principles for our future.

First of all, Europe can no longer remain reliant on Kremlin gas.

(Applause)

We need to redouble our efforts to diversify our energy systems towards a Europe that is no longer at the behest of autocrats. This will put our energy security on a stronger footing.

Secondly, Europe can no longer welcome Kremlin cash and pretend that there are no strings attached. Putin's oligarchs and those who bankroll him should no longer be able to use their purchasing power to hide behind a veneer of respectability in our cities, in our communities or in our sports clubs.

Their super yachts should find no harbour in our Europe.

(Loud applause)

And we can no longer sell passports to Putin's friends, allowing them to circumvent our security. No more.

Thirdly, investment in our defence must match our rhetoric. Europe must move to have a real security and defence Union.

(Applause)

We have shown last week that it is possible and desirable, and more than anything, it is necessary.

And fourthly, we must fight the Kremlin's disinformation campaign. I call on social media and tech conglomerates to take their responsibility seriously and to understand that there is no being neutral between the fire and the fire brigade.

President Michel, President Von der Leyen, High Representative Borrell, thank you for ensuring European unity and commitment in facing this threat. I know that all of us, all the Members of this House, will take the united message of Europe back to our constituencies.

President Zelenskyy, thank you. We are together now. We will be together in the future because we are with Ukraine.

(The House accorded the President a standing ovation)

Volodymyr Zelenskyy, *President of Ukraine*. – *(The following is a transcription of the interpretation of the original speech from Ukrainian into English)* Madam President, you know, over the last couple of days I have not known how to greet anybody properly, because I can't say 'good' morning, 'good' afternoon or 'good' evening. This is absolutely true, because for some people every day is definitely not 'good'. For some people, this day is their last.

I speak today now about my citizens – the citizens of Ukraine – who are manning the walls and defending freedom and paying the ultimate price. I'm very pleased with what I've seen here – this unifying mood. I'm happy that we have brought together all the countries of the European Union today, but I did not know at what cost. This is a tragedy for me, for every Ukrainian and for every state – thousands of people killed, two revolutions, one war and five days of full-scale invasion by the Russian Federation.

I'm not reading from a sheet of paper, because the paper phase in the life of my country has ended. Now we are dealing with reality. Those people who died – this is real life. I believe that today we are giving our lives for values, for rights, for freedom, for the desire to be equal, just like you are – just like every human is. We are losing our best, our strongest and our most valuable people.

Ukrainians are incredible. We often love to say that we will prevail over everyone, and I'm very happy that you are not only talking about it, but you can also see it. I am convinced that we will indeed prevail over everyone. There is an expression, 'Ukraine chooses Europe'. That's what we have been striving for, and that's where we have been and are still headed. I would very much like to hear you say to us that Europe now chooses Ukraine.

I have a few moments to talk with you now since there is a lull in missile strikes and bombardments. This morning was a very tragic one for us. Two cruise missiles hit Kharkiv, a city located close to the border with the Russian Federation. There were always many Russians there, and the people have always been friendly and had warm relations. There are over 20 universities there. It's the city that has the highest number of universities in our country. The youth there is bright and smart. They have always gathered and continue to gather there to celebrate all the festivals in the largest square in our country, Freedom Square, which is also the largest square in Europe. Yes, it is truly called Freedom Square. Can you imagine that, this morning, two cruise missiles hit Freedom Square? Dozens were killed. This is the price of freedom.

We're fighting for our land and for our freedom. Despite the fact that all large cities of our country are now blocked off, nobody is going to come in and interfere with our freedom and our country. Believe you me – every square in every city of our country from today on, no matter what it's called, is going to be called Freedom Square. Nobody is going to break us. We are strong. We are Ukrainians.

We have a desire to see our children live. I believe this to be a fair one. Yesterday, 16 children were killed. President Putin will say yet again that it's some kind of operation and that they are hitting military infrastructure where our children happen to be. What kind of military factories are they working at? Are they riding around in tanks or launching cruise missiles? You killed 16 people just yesterday!

Our nation is extremely motivated. We are fighting for our rights, for our freedoms and for our lives. Now we're fighting for our survival, and this is our highest motivation, but we're also fighting to be equal members of Europe. Today, I believe that we are all showing the world exactly what we're made of. The European Union will be much stronger with us – that's for sure. Without you, Ukraine will be alone.

We have proven our strength. We have proven that, at the very least, we are exactly the same as you are. So prove that you are with us. Prove that you will not abandon us. Prove that you are indeed Europeans, and then life will prevail over death and light will prevail over darkness. Glory to Ukraine!

(The House accorded the President a standing ovation)

President. – Thank you very much for your strong message, President, for your bravery and for your conviction.

I will now give the floor now to the Speaker of the Ukraine Parliament, Ruslan Stefanchuk, for his intervention.

Ruslan Stefanchuk, *Speaker of the Verkhovna Rada of Ukraine.* – *(The following is a transcription of the interpretation of the original speech from Ukrainian into English)* First of all, I would like to thank you for giving me the opportunity to address the European Parliament. I would also like to say, look behind me. You see the same shots that the whole world sees today.

Eight years ago, the Ukrainian people categorically said no to Russian aggression, to their attempt to change their eternal path home – to the united European Union and to the very successful process of unification that it has demonstrated over all these years.

Instead, our rights to develop and to be a democratic state that chooses its own path has been completely laid waste by a country that doesn't respect international law or international principles, that disdains territorial integrity and sovereignty. You see the results of that today very clearly in the number of people killed and wounded.

You are aware that the aggressor carried out a full-scale attack on Kharkiv. Today other cities are under constant attack. I believe that this is a crossroads in the history of Europe. Europe is now fighting against an aggressor, and it is very important how the united European community responds to this challenge of savagery and barbarism.

Dear Members, I know you will be looking at a whole range of serious economic sanctions that you will adopt against the aggressor. I would like you to understand that today Ukraine is defending the border of the civilised world. If, God forbid, Ukraine falls, nobody knows where the Russian aggressor will stop.

When I was in my official suit and we were working in the *Verkhovna Rada*, we were adopting very important reformist laws, but just today I had to go down to the basement four times, because enemy planes are flying over my one-and-a-half thousand year old city, dropping bombs and firing missiles. They are doing everything to break the Ukrainian spirit, but this will not happen.

Think for a moment about what will happen to Europe if the terrible Russian Empire is restored. Would the European Union be able to protect this space of freedom, which it has created over the last dozens of years? What will happen in Eastern European countries now when Russian tanks approach their borders? To what other regions will the Kremlin look after it has conquered Ukraine?

I would like to call upon you to think strategically, to support the unity of the European Union, to support Ukraine, to make it a strategic partner and – most importantly – to act. Don't be silent. Gather all your efforts and show that Europe today is more unified than ever before, because the threat today is greater than ever.

The best support for the people of Ukraine in their darkest hours would be the immediate recognition of our membership of the European Union. Membership of the European Union – even before these events that started on 24 February — was supported by the majority of Ukrainians. Our mandate is to have a relationship with you, with the European Union, because the Ukrainian people have made their choice. I am calling upon all the Member States and the leadership of the European Union to support candidate status for Ukraine, which is now supported by the whole of Ukraine.

You know that Volodymyr Zelenskyy has already signed a letter with our application for membership, pursuant to Article 49 of the Treaty on European Union.

Dear friends, this motion for a resolution of the European Parliament contains a whole range of sanctions that you plan to impose on the aggressor. I would call on you to support them. Let us together refute Winston Churchill's famous saying that 'we live in an era of big events and small people'. I know for sure that Ukraine is a great country of great people, and they have proved this over the past six days.

Let us be worthy of those people who are dying right now for the European Union, for the future of our European home. Let us understand that there cannot be peace in Europe without Ukraine. Europe cannot be whole without Ukraine. Glory to Ukraine!

Thank you for your attention.

(The House accorded the Speaker a standing ovation)

President. – Mr Speaker, thank you for your words, for your courage and for your commitment to peace and parliamentary democracy.

I give the floor now to the President of the European Council, Charles Michel, for his statement.

Charles Michel, président du Conseil européen. – Madame la Présidente du Parlement européen, Madame la Présidente de la Commission européenne, Monsieur le Haut Représentant, Mesdames et Messieurs les Parlementaires, très cher Président ukrainien, cher Volodymyr Zelensky, très cher Président du Parlement ukrainien, les mots que vous avez exprimés transpercent nos âmes et nos cœurs et nous font mesurer la gravité et le sérieux du moment, la gravité et le sérieux de l'enjeu, la gravité et le sérieux des décisions que nous allons devoir prendre ensemble parce que, à nouveau, le sang et la guerre sont sur le sol européen.

Five days ago, Vladimir Putin launched a brutal, massive invasion of Ukraine, an unjustified and unprovoked war based on despicable lies. He did it only for one reason – because you, dear Volodymyr Zelenskyy, you, dear people of Ukraine in Maidan, you made the choice of freedom, democracy and rule of law.

Dear colleagues, it's not only Ukraine that's under attack. International law, the rules-based international order, democracy and human dignity are also under attack. This is geopolitical terrorism, pure and simple.

We must support Ukraine, and you are – we are – supporting Ukraine. We must protect peace. We must protect democracy and international law. Ladies and gentlemen, our transatlantic alliance is strong, united, perfectly coordinated and we are also working closely with the members of the G7 and with the United Nations. More and more countries are engaging in an anti-war coalition, along with people from around the world with one common message: Russia, Stop the war. Go home. Let's talk!

We are putting maximum pressure on Russia and its leaders. We are stepping up to support Ukraine and the Ukrainian people. I salute, with all of you, President Zelenskyy and the brave people of Ukraine for their courage and composure. It's also our duty to rise to this historic moment.

Ladies and gentlemen, we promised together that we would react quickly, that the consequences for Russia would be massive and severe, and our actions have matched our words. We have responded with massive and unprecedented sanctions. We have imposed sanctions on political and military leaders, on oligarchs, on Vladimir Putin, on Sergey Lavrov. We are also taking powerful measures to severely restrict the use of the foreign currency reserve of the Russian central bank. We are excluding key Russian banks from the Swift system, and we are also imposing severe sanctions on key sectors of Russia's economy.

Cependant, Mesdames et Messieurs, nous devons être honnêtes et francs les uns par rapport aux autres: ces sanctions signifieront aussi un coût pour nous-mêmes et nous devons l'assumer, parce que ce qui est en jeu, ce sont nos valeurs, nos convictions et notre avenir commun.

Chers collègues, bien sûr, soutenir l'Ukraine, c'est mobiliser des moyens financiers; nous le faisons, nous allons continuer à le faire et nous appelons à une conférence internationale des donateurs. C'est être engagés spécialement avec nos États membres aux frontières directes, qui vont être confrontés – et le sont déjà – à des personnes qui fuient la guerre et cherchent un refuge, un havre de sécurité. Ce sera l'honneur et la dignité de l'Europe de montrer notre solidarité vis-à-vis des Ukrainiens et vis-à-vis de l'ensemble de ceux qui sont mobilisés pour assumer cette responsabilité.

Bien entendu, la solidarité va aussi se manifester à travers des moyens militaires défensifs, qui sont et qui vont être livrés. C'est ainsi que ce samedi matin, en parfaite coordination avec le haut représentant, nous avons décidé d'activer la facilité européenne pour la paix, avec l'approbation des États membres, pour soutenir ces moyens militaires défensifs qui sont nécessaires aux efforts de résistance du peuple ukrainien.

Mesdames et Messieurs, il y a quelques instants, le président Zelensky nous a regardés dans les yeux, il nous a ouvert son cœur et a évoqué cette annonce, qui nous est maintenant adressée de manière officielle: la demande de reconnaissance par l'Union européenne du statut de candidat de l'Ukraine. Il va nous appartenir à nous, Européens, d'être aussi à la hauteur du moment. Bien sûr, nous savons que c'est un sujet difficile, parce qu'il touche à l'élargissement, et nous savons qu'il y a au sein de l'Union européenne des opinions différentes, qui peuvent parfois être nuancées sur ce sujet-là. Il appartiendra à la Commission européenne d'émettre un avis, à partir duquel le Conseil n'échappera pas à ses responsabilités. Le Conseil devra analyser sérieusement la demande symbolique, politique, forte et, je crois, légitime qui a été exprimée. Il conviendra alors de donner l'orientation et de faire le choix justes, avec sang-froid et détermination face à cette requête qui est exprimée aujourd'hui les yeux dans les yeux et avec une émotion qui nous touche chacune et chacun.

Mesdames et Messieurs, je voudrais clôturer ces quelques mots en vous indiquant que lorsque cette guerre a été déclenchée, Vladimir Poutine a certainement imaginé qu'il briserait l'unité européenne et il s'est trompé. Probablement, il a pensé qu'il ferait face à l'inaction, à la passivité et à la recherche des excuses pour ne pas décider et il s'est trompé. Lorsqu'il a lancé cette action, probablement, il a imaginé qu'en quelques instants, il prendrait la maîtrise de l'Ukraine et il s'est trompé, parce que le peuple ukrainien, avec bravoure et courage, résiste. Probablement, il a imaginé qu'en portant cette attaque, il porterait aussi un coup sévère, peut-être même fatal, à ce que nous incarnons: la démocratie, la liberté et l'état de droit. Faisons en sorte que là aussi, il se trompe.

En étant devant vous aujourd'hui, je pense à ces mots du général de Gaulle – et je veux le citer – qui disait en 1961: «Tout recul a pour effet de surexciter l'agresseur, de la pousser à redoubler sa pression, et finalement facilite son assaut. Au total, les puissances occidentales n'ont pas de meilleur moyen de servir la paix du monde que de rester droites et fermes.»

Droit et ferme, c'est exactement la posture du président Volodymyr Zelensky. C'est aussi la posture qu'il nous appartient d'adopter. Être droits et fermes et voir dans le visage, dans les yeux et dans la voix de Volodymyr Zelensky, la voix, le visage et la lumière de la liberté, de l'espoir, de la sécurité, de la stabilité et des valeurs européennes.

Josep Borrell Fontelles, *vice-président de la Commission / haut représentant de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité, au nom du Conseil.* – Madame la Présidente du Parlement européen, Monsieur le Président du Conseil européen, Madame la Présidente de la Commission européenne, Monsieur le Président Zelensky, Monsieur le Président du Parlement ukrainien,

Dear Members of the European Parliament, I will try to share with you my thoughts on the meaning of the tragic events that we are living and the provisional lessons that we can draw from them, especially for the Common Security and Defence Policy, which I had the honour to try to develop and which remains an intergovernmental policy – a policy which is yet in the hands of the Member States, but cannot be implemented efficiently without strong cooperation with the Commission's competences.

I think this is the moment in which the geopolitical Europe is being born.

C'est l'acte de naissance de l'Europe géopolitique, le moment où nous prenons conscience des défis auxquels nous faisons face, le moment pendant lequel l'Europe doit faire face à ses responsabilités, le moment où nous prenons conscience que, pour la première fois depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale, un pays envahit un autre et ce pays a l'arme nucléaire, ce qui augmente sa capacité d'intimidation. Cela me rend malade de penser à l'analogie historique entre ces événements et le début de la Seconde Guerre mondiale.

But it is really the return of tragedy which Europe is being confronted with today. The return of tragedy, far from frightening us, should galvanise us. First because it belies the idea that the European project had lost its momentum because the horizon of war has faded, when unfortunately not. This reminds us that evil, tragedy and war never fade away. This is about the relationship with war, with the use of force, with violence, that we have been debating here for years to find out if Europe can counter. This is why in recent years we have talked more about defence issues, studying the past, and we have begun to set up joint military programmes. It is why the European Parliament itself has voted to set up the European Defence Fund and the Member States have created the European Peace Facility that we are now mobilising in order to provide arms to Ukraine.

The European Council, in the next weeks, will adopt the Strategic Compass and, with the invasion of Ukraine by Russia, we must amplify our reflection, adjust our means and anticipate our responses because one of the lessons that we have to learn from the invasion of Ukraine is that, more than ever, Europe must think strategically about itself, its environment and the world. This is no longer a luxury, it is a necessity. Europe must amplify its reflection on security issues and the European Parliament has had an important role to play in this regard.

We need to think about the instrument of coercion, retaliation and counterattack in the face of reckless adversaries, because all we need to understand is that to make peace, we need to be two – but to make war it is enough to be one. This is exactly what Mr Putin is telling us, and that's why we have to increase our deterrence capacity a lot. We need to increase our deterrence capacity in order to prevent war.

(Applause)

It's clear that our deterrence has not been strong enough to stop Mr Putin's aggression. But since this aggression has started, we have reacted in the last few days in a way that Mr Putin didn't expect. We are showing him that we will never sacrifice our freedom and the freedom of others on the altar of our well-being and prosperity. Being President of this Parliament in 2007, I had the opportunity to tell Mr Putin this eye-to-eye, on the aftermath of the killing of the journalist, Anna Politkovskaya. I told him we are not going to change human rights for your gas, and this is the moment to repeat and to act on that.

(Applause)

We will not share in that and we will not abandon the defence of our human rights and freedoms just because we are more or less dependent on Russia, and we have to start working quickly – as the Commission has proposed – in order to cancel this dependency.

Last Saturday, after having held another Foreign Affairs Council and attending the debate in the European Union Council, I was talking with you, President Michel, and you said to me: «Are we doing everything we can? Is there something more that we can do? Is that enough?» I was so, so powerless. You told me: «Think, do, act. We have to push Member States to adopt a decision on Swift and to take Russia out of the financial system» and «think about how we can arm Ukraine – not country by country, one after another, in an uncoordinated manner». You encouraged me to talk with the Member States again, and in a few hours we agreed on using the European Peace Facility in order to bring financial support and coordinate Member States on arming the Ukrainian army and people. In less than 24 hours another taboo had fallen.

(Applause)

The President of the Commission, immediately showing strong leadership, started working together to get an agreement with our international partners in order to make it possible to switch off Russia from the financial system. And you know what? Now, half of the reserves of the Central Bank of Russia are completely out of their control. They are frozen. Can you imagine? This is a coercion capacity. Three days ago it was impossible, and now it's possible, and they are starting to feel the consequences in terms of inflation and the fall of their currency.

Yes, we have capacities. We have mobilised these capacities and we have to continue doing so. On putting together the capacities of the Member States and the European Union, I want to remind you that the European Peace Facility is not part of the budget that you voted on; it is another budget, an intergovernmental fund managed by the Member States because we claimed that we in the European Union were a peaceful force and we cannot provide arms to anyone else. Yes, we can. Yes, we have done this.

In the next budget, think about it. When you vote on the next budget, use your budgetary capacity. You have the budgetary capacity of this institution to put down the ways and means to face the next crisis and the next Russian aggression.

Nous sommes en train de travailler au niveau international pour bâtir une coalition pour condamner la Russie au sein des Nations unies. Elle n'a pas eu un seul vote en sa faveur: tout le monde a voté contre, si l'on excepte quelques abstentions très significatives.

Ha habido países tradicionalmente aliados de Rusia que no han votado a su favor: se han abstenido. Ahora hay que construir una coalición internacional para que, en la próxima Asamblea General de las Naciones Unidas sea el mundo entero el que condene al agresor; nadie puede mirar de lado. Cuando un potente agresor agrede sin justificación alguna a un vecino mucho más débil, nadie puede invocar la resolución pacífica de los conflictos. Nadie puede poner en pie de igualdad al agredido y al agresor. Nos acordaremos de aquellos que en este momento solemne no estén a nuestro lado.

(Aplausos)

Sí, hemos utilizado nuestra capacidad coercitiva, la capacidad de imponer, no necesariamente utilizando las armas. Cuando digo que Europa tiene que ser un *hard power* la gente piensa únicamente en el poder militar; no, el *hard power* se ejerce de otras muchas maneras. La capacidad de condicionar, la capacidad de imponer a otro otra conducta no se ejerce solamente con las armas; se ejerce, como ha propuesto la Comisión de una manera extraordinariamente eficaz – gracias, señora presidenta– y, como usted, que ha impulsado los debates del Consejo Europeo –gracias, señor presidente– tomando medidas como estas, que parecen de papel, que, desde luego, no movilizan misiles, pero tienen un efecto transcendental sobre la solvencia de un país e impiden que Rusia vaya a gastar el dinero que pagamos por su gas en alimentar la guerra.

Esto es, creo, señoras y señores diputados, la lección más importante que tenemos que extraer de estas trágicas circunstancias: no podemos seguir confiando en que apelar al Estado de Derecho y desarrollar relaciones comerciales va a convertir al mundo en un lugar pacífico donde todo el mundo evolucionará hacia la democracia representativa. Las fuerzas del mal, las fuerzas que pugnan por seguir utilizando la violencia física como una forma de resolver los conflictos, siguen vivas. Y, frente a ellas, tenemos que demostrar una capacidad de acción mucho más poderosa, mucho más consistente y mucho más unida que la que hemos sido capaces de demostrar hasta ahora.

Hemos hecho mucho y hemos, sin duda, asombrado al mundo y sorprendido a Putin con una capacidad de reacción rápida y unida. Hay que seguir por este camino, y este acto, este momento parlamentario en que ustedes, con sus aplausos, quieren dar ánimos a las instituciones europeas para seguir por el camino que hemos emprendido, puede ser el momento en que los europeos entiendan que el mundo en el que viven es un mundo peligroso y, para hacerle frente, hace falta que refuercen su Unión. La pandemia abrió la puerta a acciones innovadoras. La pandemia nos ha impulsado por el camino de unirnos más para hacer frente a los virus. Este momento trágico debe impulsarnos a unirnos más para hacer frente a aquellas acciones humanas que amenazan también la vida, la seguridad y la prosperidad de todos.

(Aplausos)

Ursula von der Leyen, *President of the Commission*. – Madam President of the European Parliament, Mr President of the Council, High Representative, Mr President of the Ukraine, dear Volodymyr, Mr Speaker of the Ukrainian Parliament, my honourable Members, war has returned to Europe. Almost 30 years after the Balkan Wars, and over half a century after Soviet troops marched into Prague and Budapest, civil defence sirens again went off in the heart of a European capital. Thousands of people fleeing from bombs camped in underground stations – holding hands, crying silently, trying to cheer each other up. Cars lined up towards Ukrainian Western borders, and when many of them ran out of fuel, people picked up their children and their backpacks and marched for tens of kilometres towards our Union. They sought refuge inside our borders, because their country was not safe any longer. Because inside Ukraine, a gruesome death count has begun. Men, women, children are dying, once again, because a foreign leader, President Putin, decided that their country, Ukraine, has no right to exist. And we will never, ever let that happen and never, ever accept that.

(Applause)

Honourable Members, this is a moment of truth for Europe. Let me quote the editorial of one Ukrainian newspaper, the *Kyiv Independent*, published just hours before the invasion began: ‘This is not just about Ukraine. It is a clash of two worlds, two polar sets of values.’ They are so right. This is a clash between the rule of law and the rule of the gun; between democracies and autocracies; between a rules-based order and a world of naked aggression. How we respond today to what Russia is doing will determine the future of the international system. The destiny of Ukraine is at stake, but our own fate also lies in the balance. We must show the power that lies in our democracies, we must show the power of people that choose their independent paths, freely and democratically. This is our show of force.

Today, a Union of almost half a billion people has mobilised for Ukraine. The people of Europe are demonstrating in front of Russian embassies all across our Union. Many of them have opened their homes to Ukrainians – fleeing from Putin’s bombs. And let me thank especially Poland, Romania, Slovakia and Hungary for welcoming these women, men and children. Europe will be there for them, not only in the first days, but also in the weeks and months to come. That must be our promise all together.

(Applause)

This is why we are proposing to activate the temporary protection mechanism to provide them with a secure status and access to schools, medical care and work. They deserve it. We need to do that now. And we know this is only the beginning. More Ukrainians will need our protection and solidarity. We are and we will be there for them.

Our Union is showing a unity of purpose that makes me proud. At the speed of light, the European Union has adopted three waves of heavy sanctions against Russia’s financial system, its high-tech industries and its corrupt elite. This is the largest sanctions package in our Union’s history. We do not take these measures lightly, but we feel we had to act. These sanctions will take a heavy toll on the Russian economy and on the Kremlin. We are disconnecting key Russian banks from the SWIFT network. We also banned the transactions of Russia’s central bank, the single most important financial institution in Russia, and this paralyses billions in foreign reserves, turning off the tap on Russia’s and Putin’s war. We have to end this financing of his war.

(Applause)

Second, we target important sectors of the Russian economy. We are making it impossible for Russia to upgrade its oil refineries; to repair and modernise its air fleet; and to access many important technologies it needs to build a prosperous future. We have closed our skies to Russian aircraft, including the private jets of oligarchs. And make no mistake: we will freeze their other assets as well – be it yachts or fancy cars or luxury properties – we will freeze that altogether.

Thirdly, in another unprecedented step, we are suspending the licences of the Kremlin's propaganda machine. The state-owned Russia Today and Sputnik, and all of their subsidiaries, will no longer be able to spread their lies to justify Putin's war and to divide our Union. These are unprecedented actions by the European Union and our partners in response to an unprecedented aggression by Russia.

Each one of these steps has been closely coordinated with our partners and allies, the United States, the United Kingdom, Canada and Norway, but also, for example, Japan, South Korea and Australia. All of these days you see that more than 30 countries – representing well over half of the world's economy – have also announced sanctions and export controls on Russia. If Putin was seeking to divide the European Union, to weaken NATO, and to break the international community, he has achieved exactly the opposite. We are more united than ever and we will stand up in this war, that is clear that we will overcome and we will prevail. We are united and we stay united.

(Applause)

Honourable Members, I am well aware that these sanctions will come at a cost for our economy too. I know this, and I want to speak honestly to the people of Europe. We have endured two years of pandemic. And we all wished that we could focus on our economic and social recovery. But I believe the people of Europe understand very well that we must stand up against this cruel aggression. Yes, protecting our liberty comes at a price. But this is a defining moment. And this is the cost we are willing to pay, because freedom is priceless, honourable Members. This is our principle: freedom is priceless.

Our investments today will make us more independent tomorrow. I am thinking first and foremost about our energy security. We simply cannot rely so much on a supplier that explicitly threatens us. This is why we reached out to other global suppliers. And they responded. Norway is stepping up. In January, we had a record supply of LNG gas. We are building new LNG terminals and working on interconnectors. But in the long run, it is our switch to renewables and hydrogen that will make us truly independent. We have to accelerate the green transition. Because every kilowatt-hour of electricity Europe generates from solar, wind, hydropower or biomass reduces our dependency on Russian gas and other energy sources. This is a strategic investment. And, my honourable Members, this is a strategic investment because on top, less dependency on Russian gas and other fossil fuel sources also means less money for the Kremlin's war chest. This is also a truth.

We are resolute, Europe can rise to the challenge. The same is true on defence. European security and defence has evolved more in the last six days than in the last two decades. Most Member States have promised deliveries of military equipment to Ukraine. Germany announced that it will meet the 2% goal of NATO as soon as possible. And our Union, for the first time ever, is using the European budget to purchase and deliver military equipment to a country that is under attack. EUR 500 million from the European Peace Facility, to support Ukraine's defence. As a first batch, we will now also match this by at least EUR 500 million from the EU budget to deal with the humanitarian consequences of this tragic war, both in the country and for the refugees.

Honourable Members, this is a watershed moment for our Union. We cannot take our security and the protection of people for granted. We have to stand up for it. We have to invest in it. We have to carry our fair share of the responsibility.

This crisis is changing Europe. But Russia has also reached a crossroads. The actions of the Kremlin are severely damaging the long-term interests of Russia and its people. More and more Russians understand this as well. They are marching for peace and freedom. And how does the Kremlin respond to this? By arresting thousands of them. But ultimately, the longing for peace and freedom cannot be silenced. There is another Russia besides Putin's tanks. And we extend our hand of friendship to this other Russia. Be assured, they have our support.

(Applause)

Honourable Members, in these days, independent Ukraine is facing its darkest hour. At the same time, the Ukrainian people are holding up the torch of freedom for all of us. They are showing immense courage. They are defending their lives. But they are also fighting for universal values and they are willing to die for them. President Zelenskyy and the Ukrainian people are a true inspiration. And when we last spoke, he told me again about his people's dream to join our Union.

Today, the European Union and Ukraine are already closer than ever before. There is still a long path ahead. We have to end this war. And we should talk about the next steps. But I am sure: nobody in this hemicycle can doubt that a people that stands up so bravely for our European values belongs in our European family.

And therefore, honourable Members, I say long live Europe. And long live a free and independent Ukraine.

My z vamy. Slava Ukraini.

(Loud and sustained applause)

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Der 24. Februar ist eine tiefe Zäsur in Europa und in der Welt. Krieg ist zurück in Europa. Und jedes Wort, jede Rede, die man hält, wirkt klein angesichts der Leistungen, die die Ukrainer und Ukrainerinnen jetzt vollbringen. Und deswegen steht zunächst die Bewunderung im Mittelpunkt – für die Ukrainerinnen und Ukrainer, ihren Präsidenten Selenskyj an der Spitze, für ihre Standhaftigkeit, für ihre Freiheitssiebe, für ihren Mut, für ihre Entschlossenheit. Sie sind die heutigen Helden unseres *European way of life*.

Der 24. Februar ist ein Freiheitstag für Europa: von Dublin bis Athen, von Lissabon bis nach Riga das gleiche Gefühl – einerseits der Schock, das Entsetzen über die Brutalität des russischen Angriffs und andererseits die Bewunderung und die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine. Sie kämpfen für uns, für unsere Werte.

Diese Tage, dieser „Kiew-Moment“ des 24. Februars machen uns alle zu Europäern. Dieser „Kiew-Moment“ zwingt uns jetzt auch zu klaren Antworten. Wenn Präsident Selenskyj uns fragt: „Sind wir willkommen? Dürfen wir Mitglied der Europäischen Union werden? Gehören wir dazu?“, dann sage ich im Namen der größten Partei Europas: „Ja, ihr seid willkommen! Ja, ihr gehört zur Europäischen Union. Ihr seid unsere Freunde.“

(Beifall)

Der „Kiew-Moment“ zwingt uns auch, die Alternativen aufzuzeigen. Putin ist der brutale Aggressor. Er steht für das Gegenteil von dem, wovon wir überzeugt sind, nämlich für Nationalismus, für Autokratie, das Ablehnen aller Rechtsstaatlichkeit, das dumpfe Denken in imperialen Einflusszonen. Sein Denken ist das glatte Gegenteil von uns, einem Europa, das Grenzen überwinden will, Nationalismus besiegen will, Respekt gegenüber jedem und jeder zeigt, die Verteidigung des Rechtsstaats, der Demokratie und der Freiheit im Blick hat.

Der „Kiew-Moment“ bedeutet aber auch, dass wir ehrlich zu uns selbst sind, nämlich deutlich machen, dass wir jetzt handeln müssen. Mit den Sanktionen wurde ein beispielloses Paket geschnürt. Ich möchte allen Beteiligten herzlich für die Arbeit der letzten Stunden und Tage danken.

Wir als größte Fraktion unterstützen diese Maßnahmen, aber eines ist auch klar: Noch vor wenigen Tagen, vor einer Woche, war davon nicht so stark die Rede. Einzelne haben sogar abgelehnt, über *Nord Stream 2* als Sanktionsmöglichkeit zu sprechen. Wir waren nicht entschieden genug in der Vorbereitung der Schritte, die Putin jetzt gewählt hat. Das heißt für uns heute: Wir müssen handlungsfähiger werden, unsere Naivität ablegen und endlich die Einstimmigkeit in der Außenpolitik abschaffen.

(Beifall)

Der „Kiew-Moment“ bedeutet auch eine starke NATO, aber auch, einen starken europäischen Pfeiler aufzubauen. Die EVP hat letzte Woche NATO-Truppen in Litauen besucht. Ich habe dort einen niederländischen Kommandeur gefragt: „Was ist Ihr größter Wunsch an die Politik?“ Und seine Antwort war: „Wir verbringen 50 % unserer Zeit damit, die technischen Standards bei Funkgeräten, Technik, bei der Munition zu koordinieren. Schafft endlich gemeinsame europäische Strukturen!“ Das war die Bitte der Soldaten, die im Moment die Freiheit Europas verteidigen.

Der „Kiew-Moment“ bedeutet: Europa muss jetzt auch groß denken. Deswegen, bitte ich, müssen wir die Konferenz zur Zukunft Europas neu denken. Der Bürgerdialog ist abgeschlossen. Wir haben die Rückmeldungen. Jetzt ist es der richtige Zeitpunkt, diese Konferenz zu einem echten Platz zu machen, wo wir über die Zukunft Europas entscheiden, den Mut haben, diese Schritte gemeinsam zu gehen – wann, wenn nicht jetzt!

Und der „Kiew-Moment“ zeigt auch, dass wir die Politikbereiche auf den Prüfstand stellen müssen, die wir hier im Europäischen Parlament zu diskutieren haben: die Energiepolitik, bereits angesprochen von Ursula von der Leyen, die EU muss den *Green Deal* beschleunigen und neue internationale Partnerschaften sowie Energiehandelsverträge abschließen.

Und der „Kiew-Moment“ bedeutet für uns: Wir sind mit den USA in einer Schicksalsgemeinschaft verbunden. Gerade mit Joe Biden müssen wir jetzt dieses Momentum nutzen. Gerade jetzt zeigt sich, wie wichtig eine geschlossene Wirtschaftsunion, eine Wirtschaftsmacht für Freiheit und Demokratie ist. Und deswegen wollen wir eine neue TTIP, ein neues Handelsabkommen mit den Amerikanern aufbauen, damit wir noch enger zusammenstehen.

Es ist der richtige Zeitpunkt, mit diesem Kiew-Moment die Weiterentwicklung Europas anzugehen. Es beginnt eine neue Zeit. Wir brauchen einen langen Atem. Aber die Freiheit und der *European way of life* sind es wert. Denn Freiheit hat kein Preisschild. Den Preis der Freiheit zahlt man erst, wenn man sie verliert. Das beweisen uns die mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer. Wir stehen an eurer Seite!

(Beifall)

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, la guerra de Putin contra Ucrania marca el inicio de una nueva etapa en Europa y en el mundo. En tiempos históricos necesitamos decisiones históricas. El apoyo financiero y militar a Ucrania, la desconexión de los principales bancos rusos de la plataforma SWIFT, la activación de la Directiva de protección internacional para ayudar a los refugiados ucranianos y la prohibición de la maquinaria mediática del Kremlin suponen un salto cualitativo para nuestra capacidad de respuesta.

Las democracias occidentales hemos logrado una admirable unidad para hacer frente a este desafío y es fundamental que mantengamos la unidad ante los graves retos que tendremos que seguir afrontando. Los cuatro paquetes de sanciones liderados por el señor Borrell son un primer paso ante una larga crisis que planteará nuevos dilemas; entre ellos, cómo seguir apoyando a Ucrania o cómo reaccionar a probables represalias rusas.

La unidad requiere valor y sacrificio. Solo con valor y sacrificio alcanzaremos la autonomía energética para doblegar a Putin. Nuestro compromiso irrenunciable con un orden energético mundial cimentado en las energías renovables a largo plazo debe complementarse con la creación de reservas estratégicas de gas a corto plazo. Y también necesitamos valor y sacrificio para acoger a todos los refugiados que huyen de la guerra con un esfuerzo de responsabilidad compartida.

El cobarde ataque de Putin muestra su verdadero temor: la democracia. Una exitosa transición democrática en Ucrania debe servir de inspiración a quienes valientemente hoy también han salido a las calles en Rusia. La lucha por la paz y la libertad de los pueblos ruso y ucraniano requiere nuestro compromiso. No descansaremos hasta conseguir que Putin sea juzgado como criminal de guerra por la Corte Penal Internacional.

(Aplausos)

La agresión de Putin también desenmascara a sus cómplices de extrema derecha y a un modelo de convivencia que reprime a los opositores, censura a medios de comunicación y niega derechos individuales.

A esta hora, en las ciudades y en los pueblos de Ucrania no solo están en juego la seguridad y la integridad territorial de este país, sino también el mundo en el que queremos vivir. Puede ser uno democrático, apoyado en el Derecho internacional, la diplomacia y los derechos humanos; o puede ser otro, fundado en la fuerza bruta, en las esferas de influencia y en la violación de los derechos que deben de ser universales.

Ningún tirano nos hará renunciar a nuestro deseo de forjar alianzas en torno a un proyecto de paz que protege la soberanía de las naciones, el progreso y la libertad de los pueblos y la integridad de las fronteras.

La historia nunca se equivoca. No podemos dejar atrás a los ucranianos, solos, como nos sentimos en su momento los españoles en la primera mitad del siglo XX en la lucha entre el fascismo y la democracia. La resistencia del heroico pueblo ucraniano será el triunfo de las democracias occidentales. Y déjenme formular una última reflexión personal: me siento orgullosa de Europa, de la Europa de hoy, de la Europa que no se rinde y no se resigna, de la Europa que mira atrás para aprender de la historia, pero, sobre todo, mira hacia delante para seguir defendiendo lo máspreciado: la democracia y la paz.

(Aplausos)

Stéphane Séjourné, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Président, Madame la Présidente, Monsieur le Haut Représentant, chers collègues, je souhaite commencer par saluer le courage des Ukrainiennes et des Ukrainiens qui se battent non seulement pour leur patrie, mais aussi pour leur droit à choisir leur destin. Monsieur le Président Zelensky, Monsieur le Président du Parlement ukrainien, vous êtes l'honneur aujourd'hui des démocrates. Ces derniers jours, l'Europe a montré qu'elle était le meilleur allié du peuple ukrainien. L'Europe a aussi démontré qu'elle était le bouclier qui protège la démocratie et nos libertés pour chaque peuple de l'Union.

Sur toutes les décisions prises cette semaine, Madame la Présidente, Monsieur le Président, je vous garantis le soutien absolu de mon groupe politique. Nous mesurons le travail énorme qui a été fait par les institutions européennes pour prendre et rendre opérationnelles les sanctions et les mesures de soutien à l'Ukraine. Si nous avions été seuls ou divisés, je n'ose imaginer ce que Poutine aurait fait de notre continent. Vous avez été, en quelque sorte, à la hauteur de l'histoire.

Permettez-moi d'appeler à aller un cran plus loin, notamment sur la mesure de soutien à l'Ukraine. L'octroi du statut de candidat à l'adhésion a son importance. L'Ukraine ne rejoindra pas l'Union européenne avant quelques années avec un processus rigoureux, mais il est temps que nous reconnaissons que les Ukrainiens, par le sang versé au nom de la liberté et de la démocratie, sont déjà membres de notre communauté de destin. Le statut de candidat est, en ce sens, une juste reconnaissance.

Nous attendons également des sanctions fortes avec un objectif: assécher les financements de la guerre du clan Poutine, pour mettre fin à son régime et à la guerre. Embargo commercial sur les technologies, le pétrole et le gaz, saisie des propriétés des oligarques et des passeports dorés, fin des droits de résidence – vous l'avez mentionné, Madame la Présidente – toutes ces sanctions doivent être activées le plus rapidement possible. Nous espérons que ces mesures permettront le sursaut du peuple russe, majoritairement opposé – il faut le rappeler – à la guerre. Le courage des manifestants, notamment ceux d'opposition en Russie, doit être aussi salué dans cet hémicycle.

Ces mesures ont un coût pour nos économies. Nous invitons donc l'Europe à mutualiser au niveau européen ces coûts pour les pays et les entreprises les plus exposés.

Je terminerai peut-être par un élément, Monsieur le Président, Madame la Présidente, pour rappeler que cette crise démontre que l'Europe a encore du chemin à parcourir pour garantir sa souveraineté. Ce travail de long terme vers notre autonomie stratégique doit se conclure et inclure une révision des budgets de défense, au niveau national comme au niveau européen, ainsi qu'une stratégie d'autonomie énergétique.

Chers collègues, la protection de notre modèle européen a certes un prix. Mon groupe politique, pour lequel la liberté est une valeur cardinale et fondatrice, répond sans trembler: nous sommes prêts à assumer le coût, tant dans les conséquences et les sanctions que dans les investissements massifs dans les outils de souveraineté européenne. Nous serons à la hauteur du sacrifice du peuple européen, mais aussi du sacrifice de millions d'Européens avant nous, qui ont fait du peuple européen le plus libre du monde.

Philippe Lamberts, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, I would say to our dear Ukrainian friends: we do not have enough words to praise your courage and determination to defend your freedom. Your resistance is a wake-up call to all democrats around the world. Without the will to fight, democracy will perish.

To your aggressor I say: your lies for justifying war cannot, and will not, remain unchallenged. No, Mr Putin, Ukraine is not ruled by Nazis. On the contrary, its legitimately-elected President stems from a family which was bloodied in the Holocaust.

No, Mr Putin, there is no genocide going on in the Donbas. What is happening there is a war that you yourself started eight years ago, which has already taken 14 000 lives, and which your invasion brings only to a new level.

No, Mr Putin, Ukraine has never intended to get nuclear weapons. On the contrary, it relinquished voluntarily those it inherited in 1991 from the Soviet Union in exchange for its territorial integrity, which you have been trampling on ever since you annexed Crimea in 2014.

No, Mr Putin, there was no perspective for Ukraine to join NATO in the foreseeable future. If there is such an aspiration in Ukraine, as there was in so many nations once subjugated by the Soviet Union, your aggression against Ukraine explains why.

No, Mr Putin, the NATO member states have no intention to deny the Russian peoples' right to peace and security. It is your reckless actions that imperil those legitimate aspirations. The reality, Mr Putin, is that the people of Ukraine chose freedom, democracy, the rule of law and peace. That choice, made by a people so close to Russia's by history and geography, was never a threat to Russia's security, but to the very existence of your authoritarian and kleptocratic rule.

This is the real reason for the invasion and the cost of precious human lives and livelihoods, both Ukrainian and Russian.

The reality, Mr Putin, is that your brutal aggression against the Ukrainian people is doomed to fail. You wanted to deny their very existence as a people, but your aggression is cementing their unity against the invader.

As citizens of the European Union, we know that the war on Ukraine is more than just an aggression against a sovereign state. It is a direct challenge to the values that lie at the foundation of our Union.

Ever since it was started, the European project was – and remains – a peace project, so that the rule of brute force be replaced by the rule of law and so that democracy, dialogue, compromise and cooperation across national borders provide the best basis for shared and sustainable prosperity. We Europeans cannot stand by idle when a partner country is invaded and when our fundamental values are challenged in such a brutal way.

This is why – short of direct military intervention, which would be foolish – we must, and we will, provide the Ukrainian people with all the support we can in order to face the aggression. This is why we must, and we will, provide safe haven without any discrimination to all those who are fleeing the war to seek refuge on our territory.

This is why we must, and we will, mobilise all the political, economic and financial means at our disposal to exert maximum pressure on Putin's Russia in order to make him stop his aggression.

Let me be clear to the people of Russia: we have no quarrel with you. You too have the right to live in dignity, and many of you are standing up daily to defend it at great personal risk. We know that resuming the diplomatic dialogue with your country is the only path to sustainable peace on our continent, but this can only happen if the aggression stops.

As for us Europeans, meeting the challenge put to us by Putin's war will test our strength, our determination and, above all, our unity. It will not come cheap. Therefore, it will force us to make hard choices.

The first must be for cohesion within and across Member States. The global financial crisis, the eurozone crisis and the pandemic have deepened social and economic injustice in our Union. It cannot be that, once again, the brunt of the massive efforts required to counter Putin's war will be carried by the weakest shoulders.

Should that be the case, the legitimate resentment would sap the very basis of our social contract, as well as those of our Union. This would fulfil one of Putin's unsaid goals – dividing us.

The second must be for energy independence. Indeed, our massive dependence on Russia for raw materials and energy is a primary reason for Europe's lack of determination to deter the Russian regime up until now. That is no surprise when 40% of our gas, 30% of our coal, of our oil and of our nuclear fuel – don't forget that – is provided by Russia as the EU is almost devoid of those resources.

Is our plan really to replace this massive dependence on Russia with another equally massive dependence on anyone else? We say that energy independence is the key for the EU to become a respected geopolitical player, and that will never be achieved by putting gas and nuclear at the heart of our energy strategy.

As the President said, only renewables and energy efficiency can give us the strategic autonomy we seek. It is not just for the climate that we must accelerate the energy transition. It is for our security and for the resilience of our economies.

Dear colleagues, never before has the European Union been challenged in such a direct and brutal way. I have no doubt that we collectively – and only collectively – have the strength, the resources, the determination and, above all, the wisdom to meet this challenge together, and together with Ukraine, because we belong together.

Marco Zanni, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, signora Presidente della Commissione europea, signor presidente del Consiglio, signor Alto rappresentante, onorevoli colleghi, l'ignobile attacco del regime russo all'Ucraina fa rivivere all'Europa le immagini più brutte della sua storia. Come ricordava la Presidente von der Leyen, a trent'anni dalla guerra dei Balcani, di nuovo, ancora, nel 2022, siamo a parlare di una guerra in Europa.

Il nostro supporto e la straordinaria ammirazione vanno al popolo ucraino, a queste persone che oggi, con tenacia, difendono la loro libertà e la loro sovranità di fronte a un'aggressione ingiustificabile.

Bene la condanna unanime e bene il fatto che, forse per la prima volta, in questa maniera le Istituzioni europee hanno risposto con fermezza e con velocità a una situazione emergenziale. Lo avete ricordato tutti: il pacchetto di sanzioni che è stato varato è un pacchetto che per dimensioni, larghezza e impatto, non ha eguali nella storia dell'Europa; l'approccio e l'unità con cui si sono mosse le Istituzioni europee non li abbiamo mai visti in precedenza.

Il supporto al popolo ucraino deve essere totale e dobbiamo far sì che, prima possibile, la soluzione a questo conflitto sia una pace che ripristini l'integrità territoriale dell'Ucraina. Ma allo stesso tempo, come hanno ricordato alcuni di voi, dobbiamo analizzare il fatto che il 24 febbraio cambia e ha cambiato la nostra storia e che ci sarà un «prima» e un «dopo».

E noi abbiamo l'obbligo di analizzare quali sono stati i nostri sbagli, quali sono stati i nostri errori nel prima, per far sì che l'Europa e gli Stati europei non siano impreparati per un dopo. La Russia non è l'unico regime autoritario che minaccia il mondo globale e di questo dovremmo tenere conto.

Allora, proviamo a analizzarli, questi errori: abbiamo parlato più volte – e alcuni sono stati evidenziati da chi ha parlato prima di me – della nostra dipendenza dalla Russia sull'energia, sul gas, sul petrolio, sulle materie prime, come mercato di sbocco dei nostri prodotti. Ma questa dipendenza è stata una nostra scelta politica: è stata nostra la scelta di non sfruttare le nostre risorse energetiche per comprarle poi dalla Russia o da altri Paesi.

Vedete, l'Europa non è un paese povero di fonti energetiche: ha deciso di essere un paese povero di energia. Vi faccio un esempio: il mio Paese negli anni '90 produceva 20 miliardi di metri cubi di gas all'anno. Oggi ne produce 3 e non perché il gas in Italia sia finito, ma perché abbiamo deciso di non utilizzarlo.

E riguardo alle sanzioni: come abbiamo detto, un pacchetto mai visto che, però, dobbiamo essere chiari, avrà un impatto anche sulla nostra economia e riprendo quanto detto dal collega Lambert: dopo due anni di pandemia e dopo una crisi economica mai vista, non possiamo permettere che le conseguenze di queste sanzioni pesino ancora sulle nostre imprese e sui nostri cittadini e spero che altrettanto prontamente, come ha agito sulle sanzioni, la Commissione agisca affinché questo non accada e affinché le nostre imprese e i nostri cittadini siano supportati.

Chiudo con due riflessioni. La prima: quello che abbiamo visto con la Russia deve essere una lezione per il futuro. C'è un altro regime illiberale che minaccia l'Occidente, cioè quello cinese: non commettiamo gli stessi errori che abbiamo commesso con la Russia con questo regime e ridurre la dipendenza dell'Europa da questo Paese è un obbligo.

Il secondo punto, e concludo, è più personale. Questi sono i momenti della storia in cui la politica, i politici, si dividono tra grandi e piccoli; nel mio Paese si dice tra «uomini» e «omincicchi». Purtroppo devo constatare, Presidente, che ancora una volta, di fronte a questo momento drammatico, alcuni in questo Parlamento hanno voluto essere ricordati come dei piccoli uomini: impedire al mio gruppo politico di sostenere con convinzione la risoluzione che andremo a votare è un gesto da piccoli politici, che non fa tanto danno a me, né al gruppo che presiedo, ma fa danno a questa Istituzione che, forse, per una volta nella sua storia, avrebbe potuto assumere una posizione forte all'unanimità.

Ryszard Antoni Legutko, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, the war has created an entirely new situation, and we have to do everything we can to win this war because it's our war, the war of all European nations.

Once Putin decided to go ahead with the invasion, it became clear he's determined to subdue Ukraine and will not hesitate to resort to extreme measures. It was he who once said, let me remind you, that the collapse of the Soviet Union had been the greatest geopolitical tragedy of the century. So there should be no misunderstanding as to his intentions. He plans to create what was once the Soviet empire – perhaps not with one stroke, but that is definitely his final objective. Moreover, he has been more or less open about it all along.

The Ukrainian army and the Ukrainian people are opposing the invaders, and they desperately need some military back-up, arms and other tools of defence. Fortunately, after the initial opposition from some countries, it is now about 20 governments I think, which have started helping the Ukrainians. It's very good that some time ago, in the Council, the Member States decided to create a European Peace Facility and that these funds can now be used to help Ukraine. I'm proud to say that it is my government that was first to propose, as early as Thursday morning, to activate the European Peace Facility.

So, the flow of arms, the flow of necessary technology and other means of defence must continue. Whatever the effects of the sanctions, who wins the war will ultimately be decided on the battlefield.

Finally – and I must say this, I'm sorry, because as usual, the EU with its narcissistic and self-congratulatory proclivities likes to escape responsibility – Putin made his decision because he was induced by the weakness of the West. Let us be frank. He did not think much of the Western leaders, and it showed. He didn't hide it. In a way, he was right, having been for a long time pampered by the French and German Governments, by some American administrations, and also by the European Commission that was both unable and unwilling to stymie the Nord Stream projects.

So to those Western leaders and governments that took upon themselves the job of dealing with Russia, and particularly to the German politicians – but not only to them – we must say today, ladies and gentlemen: you blew it and your leadership credibility is gone. It's time for a reset, and let us start by enabling Ukraine to join the European Union.

Manon Aubry, *au nom du groupe The Left*. – Madame la Présidente, Madame la Présidente de la Commission européenne, la guerre revient en Europe. Je fais partie de cette génération née après la guerre froide, qui n'a pas connu le choc guerrier des grandes puissances et à qui on a répété depuis l'enfance que l'Europe, c'était la paix.

Or, les fantômes du passé ressurgissent et la guerre est de retour. Je veux le dire ici très clairement: Vladimir Poutine en porte l'entière responsabilité et il a aujourd'hui du sang sur les mains. Notre groupe condamne avec la plus grande fermeté l'intolérable agression militaire contre l'Ukraine et salue la résistance héroïque des Ukrainiens et de leur président Zelensky face à l'invasion.

Les chars grondent, les balles pleuvent et les civils tentent de trouver un abri, la peur au ventre, tantôt dans le métro, tantôt sur les routes de l'exil. C'est d'abord à eux que je veux penser. Aujourd'hui, les Ukrainiens doivent savoir que nous ne les abandonnerons pas. Je veux dire au président Zelensky, que je remercie d'avoir pris le temps aujourd'hui de s'adresser à notre Parlement, que la démocratie et la liberté, pour lesquelles son peuple se bat, sont nos valeurs et précisément la hantise de Vladimir Poutine. Nous devons envoyer une aide humanitaire d'urgence sans condition et accueillir les réfugiés, sans distinction de couleur de peau, sans «mais», sans ergoter.

La crise est humanitaire, mais elle est aussi, évidemment, plus que jamais géopolitique. Poutine veut nous faire entrer dans un monde de chaos et de brutalité, où la règle du plus fort domine. Je le dis ici avec solennité: chers collègues, chère Présidente von der Leyen, cher Président du Conseil, nous ne pouvons accepter d'entrer dans un jeu terrible et acter que l'Europe se transforme durablement en champ de bataille. Je vous mets en garde, collègues, contre la surenchère militaire et la course aux armements qui mettraient notre continent à feu et à sang. Comme le disait très justement Jean Jaurès, «on ne fait pas la guerre pour se débarrasser de la guerre». L'Union européenne doit au contraire défendre, quoi qu'il en coûte, le seul objectif valable: la paix et la désescalade.

Des sanctions fortes et ciblées sont prises, mais comment voulez-vous réellement appliquer certaines d'entre elles, quand on garantit l'impunité des paradis fiscaux qui planquent les avoirs des oligarques russes? Comme quoi, lutter contre l'évasion fiscale, c'est aussi lutter contre la criminalité au niveau international. Soyons lucides, les sanctions économiques n'auront qu'un temps, car les peuples vont en subir les conséquences, notamment à travers des hausses de prix qui doivent être compensées.

Nous le savons tous, la seule option durable est diplomatique et tous nos efforts doivent être tournés vers l'obtention d'un cessez-le-feu et du retrait des troupes russes. Le chemin de la paix est certes laborieux, mais il est le seul raisonnable à cette heure. L'OTAN, alliance militaire héritée de la guerre froide, n'est pas la solution. Le juge de paix international n'est pas l'OTAN; c'est l'ONU. L'espace de discussion des conditions de sécurité du continent n'est pas l'OTAN; c'est l'OSCE. Le président ukrainien a évoqué des pistes pour sortir par le haut, par exemple un statut de neutralité protégé par l'ONU; accompagnons cette possibilité.

Je ne veux pas mentir aux citoyens, il n'y a pas de solution miracle. Toutefois, j'ai une conviction profonde: la véritable fermeté face à Poutine n'est pas de s'enfermer dans le cercle vicieux du «œil pour œil, dent pour dent»; l'espoir vient au contraire de la mobilisation des peuples pour la paix jusqu'en Russie. À Rostov-sur-le-Don, juste à côté de la frontière ukrainienne, en Russie, une jeune femme a été condamnée à huit jours de prison pour s'être postée seule dans la rue avec une pancarte blanche, symbole d'une mobilisation que Poutine veut rendre invisible. Elle symbolise aussi le courage de ces milliers de Russes défiant la répression féroce de Poutine, faisant écho aux centaines de milliers d'Européens qui se parent du drapeau ukrainien avec un message: la paix à tout prix.

Je terminerai par ces mots d'Albert Camus, le 8 août 1945, juste après le bombardement d'Hiroshima: «Devant les perspectives terrifiantes qui s'ouvrent à l'humanité, nous apercevons encore mieux que la paix est le seul combat qui vaille d'être mené. Ce n'est plus une prière, mais un ordre qui doit monter des peuples vers les gouvernements, l'ordre de choisir définitivement entre l'enfer et la raison».

Kinga Gál (NI). – Elnök Asszony, Főképviselő Úr! Magyarországra tegnap estig több mint 90 ezer menekült érkezett. A magyar történelem egyik legnagyobb humanitárius programja zajlik éppen, a hazánkba érkező menekültek, illetve az Ukrajnába küldendő segély tekintetében. Mindenkit befogadunk, ellátunk, függetlenül attól, Ukrajna melyik részéről menekül, vagy milyen etnikumú. Az egész ország egy emberként segít. Teljes mértékben elítéljük az orosz katonai agressziót, és kiállunk Ukrajna területi integritása és szuverenitása mellett. Magyarország az egységes európai fellépést kulcsfontosságúnak tartja, támogatja Ukrajna tagjelölti státuszát, s minden rosszindulatú álhírrrel, dezinformációval ellentétben, a magyar kormány támogat minden közös szankciót, egységes döntést, ideértve az európai békekeret aktiválását is.

Nem engedhetjük, hogy belerángassanak a szomszédban zajló tragikus háborúba. Az emberek békét akarnak! Háborús helyzetben a nemzeti kisebbségek még kiszolgáltatottabbak, még kitettebbek az álhíreknek, dezinformációnak, így oda kell figyelniük a kárpátjai magyar közösség biztonságára is. Most stratégiai nyugalomra van szükség, hogy az erőszak és a fegyverek térfeléről visszatérjenek a felek a tárgyalásokhoz, a diplomáciai megoldásokhoz. A béke helyreállításán kell dolgoznunk, a szomszédságban és a térségben egyaránt, és ehhez minden segítséget meg kell adnunk Ukrajnának.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Rasa Juknevičienė (PPE). – Mr President, Ukraine signed in their blood the EU membership. I myself must apologise to Ukrainians and to all others that I was too weak to convince my friends in the West in time that Putin is a major threat and that the biggest provocation is not NATO or EU membership, but not being invited to join NATO and the EU.

But today there are no more Eastern or Western Europeans. There is only our joint responsibility for the European continent. I want to turn to the Russians. You also can stop the war criminal Putin. I understand that you yourselves are imprisoned and poisoned with lies, but join us nonetheless. The Ukrainians are dying for you also, for a free Russia.

Some human being in the Kremlin must act too, to isolate this war criminal with a nuclear button in his hands. Those MEPs who went to the occupied Crimea must now go to Putin and stop him. Ukrainian blood binds you. We are witnessing the beginning of an end for Putin. When that end will come, I cannot tell you. I only know that we must do all that is in our power to bring it closer. Thank you, Ukraine. *Slava Ukraini.*

Pedro Marques (S&D). – Presidente, Presidente da Comissão, Alto Representante, Presidente Zelenskyy, ucranianos, uma agressão bárbara a um Estado livre e uma Europa que se une contra o regresso do mundo à Guerra Fria. Uma guerra que já não é apenas uma miragem. Há um povo que sofre e um mundo que muda.

Sim, armamos a Ucrânia. Sim, infligimos sanções sem paralelo a Putin e aos oligarcas. Isolamos a Rússia de Putin do mundo livre. Exortamos a coragem sem fim dos ucranianos e o exemplo dos milhares que Putin prendeu por gritarem pelo fim da guerra.

Se hoje somos menos livres, devido a esta guerra, lutaremos com mais força pela ambição do sonho europeu da liberdade. Apoiaremos a Ucrânia, enfrentaremos a crise energética. Seremos, finalmente, solidários com os refugiados todos e afirmaremos, sem mais demoras, a autonomia da Europa no mundo.

Sairemos mais fortes e unidos da crise que nos queria dividir. E sonhamos, sonhamos com o regresso à paz para os nossos filhos, para os filhos da brava Ucrânia. *Slava Ukraini!*

Petras Auštrevičius (Renew). – Mr President, Madam President, High Commissioner, dear colleagues, dear Ukrainians, today we are back to 28 in the European Union again. Ukraine has emerged as a great member of the European family. Ukraine is bravely fighting for European values and freedom for Europeans. Let us give Ukraine its due: providing a candidate status now and then accepting it in the European Union. Every day that passes makes things worse for Ukraine and we cannot allow it.

Today, the future and the fate of Europe is at stake in Ukraine. Russia's traitorous operation only confirms the Putin regime's choice to draw new red lines on the face of Europe. By ordering the attack on Ukraine, the Russian leader, Putin, has become a war criminal and has brought the Belarusian dictator Lukashenko with him. They are already in the dustbin of history. Their actions are already condemned and soon due to be convicted.

Let us give Ukraine a weapon with which it can defend itself against the aggressor. It's our duty. And let us provide humanitarian aid to its people who are suffering from the crimes of its aggressor. This support must be such that the West can look Ukraine in the eye.

Let us isolate Russia. The full political, economic and cultural blockade. Keep Russia down, Kremlin cronies out and the Russian people close. Ukraine's victory is our victory.

Slava Ukraini!

Sergey Lagodinsky (Verts/ALE). – Mr President, *Slava Ukraini!* We did not ask for this confrontation. Ukrainians did not ask for this confrontation. Ukrainians didn't spread hate. Ukrainians didn't dream of empires. Ukrainians did not dictate their neighbours what policies to follow and which alliances to join. Ukrainians did not occupy, did not annex and did not blackmail. Those actions came from Moscow, and my heart is bleeding when I say those words.

But Ukrainians, all they want is to live a free life in a free country. This is not much to ask, but this is a lot to defend. And this is why it is our European moral imperative to help, to help Ukrainians with refuge and money, but yes, also with military equipment to help them defend their own choice, to help them save their children, their families, their loved ones, the loved ones who take arms and walk to battles, help them to return.

And yes, this is why we have no other options than to put a clear alternative in front of President Putin. Either you stop this war now, or you will have to bear the consequences that will be devastating. We did not ask for this confrontation. You did.

Peter Kofod (ID). – Hr. formand! Rusland skal rammes af de hårdeste sanktioner. Vi skal sende våben til Ukraine. Vi skal sende penge. Vi skal sende nødhjælp, og vi skal tage imod de stakkels mennesker, der er tvunget på flugt fra Ukraine og kommer til vores hjem, som er deres nærområder. Vi skal sige fra over for Putins rædselsregime. Vi skal vise, at den aggression, Putin har udvist over for en fredelig nabo, er uacceptabel, at aggression vil blive besvaret med hårde konsekvenser for Rusland, og at Kremles terror aldrig vil blive tolereret af den frie verden. Den frie verden kan kun være på Ukraines side.

Jeg elsker Europa, som det mangfoldige kontinent det er. Og Ukraine er også Europa. De mennesker, der flygter i disse dage fra Ukraine, de er europæere, og de er en del af vores europæiske familie.

Når ukrainerne mødes med fjendskab og bomber fra Putin, skal de mødes med venskab og hjælp fra Europa. Diktatorer bliver aldrig mætte, og Putin får aldrig nok. I disse tider går det ud over Ukraine. I fremtiden kan det gå ud over andre europæiske lande. Det skal der sættes en stopper for. Vi må mande os op. Og vi må og skal stå vagt om enhver suveræn nations fulde ret til selv at bestemme over sin skæbne. Vi skal være beredte på at forsvare os selv imod enhver tyran, der vil udfordre os eller kommer med krig og terror. Vi har brug for et markant styrket NATO, og vi har brug for markant øgede forsvarsbudgetter. Jeg støtter den beslutning, som flertallet har forhandlet på plads.

Raffaele Fitto (ECR). – Signor Presidente, signora Presidente della Commissione, onorevoli colleghi, una tragedia ingiustificabile sta colpendo il nostro continente.

Quello che sta accadendo sotto i nostri occhi, a pochi chilometri dai nostri confini, è un attacco condotto dalla Federazione Russa a tutto campo contro la sovranità e l'integrità territoriale di un Paese democratico. Le immagini che ci giungono dall'Ucraina testimoniano non solo un attacco ingiustificato e indiscriminato ma la palese violazione di tutte le regole del diritto internazionale, comprese quelle che regolano i conflitti.

Bisogna reagire per mettere fine a queste azioni mirate contro obiettivi civili, donne e bambini, che non rappresentano una guerra vera e propria ma una barbarie, i cui responsabili dovranno essere chiamati in causa nelle sedi competenti. Barbarie alla quale il popolo ucraino, cui esprimiamo la nostra piena solidarietà e vicinanza, sta seguendo e reagendo con coraggio, dignità e con grande spirito di resilienza.

Così come penso che oggi sia opportuno sottolineare quella che è l'azione, il ruolo dei Paesi del confine orientale, i quali stanno svolgendo un'azione nell'accoglienza e nella gestione dell'emergenza umanitaria che è encomiabile. Una reazione, quella ucraina, forse per molti inaspettata e che richiede da parte nostra, in cooperazione con altri Paesi dell'Alleanza atlantica e della comunità internazionale, un impegno ancora maggiore per difendere i valori di libertà e democrazia.

Ed è per questo che l'Unione europea e l'Occidente hanno sicuramente compiuto nel passato alcuni errori: ma oggi è il momento dell'unità e della fermezza. Per questo, da parte del nostro gruppo, ribadisco il pieno sostegno alle sanzioni e a tutte quelle azioni che vanno a colpire il potere economico e militare di Mosca e che costringono il Cremlino a mettere fine a questa vergognosa offensiva nei confronti dell'Ucraina. Ma, al tempo stesso, è opportuno anche far sì che, nel preservare l'unità politica e le decisioni dell'Unione europea, si riesca a mantenere il consenso dell'opinione pubblica europea su quanto già è accaduto oltre a questi due anni di pandemia sul fronte economico.

Ecco perché dobbiamo ragionare con forza per guardare con attenzione all'istituzione di un fondo, per poter mettere al riparo i cittadini e le categorie colpite da queste sanzioni.

Idoia Villanueva Ruiz (The Left). – Señor presidente, señora presidenta de la Comisión, quiero hoy expresar nuestra rotunda condena a la invasión de Putin en Ucrania y nuestra máxima solidaridad con las víctimas del pueblo ucraniano en estos momentos tan difíciles. Pero hoy cabe recordar también que tenemos presentes en esta Cámara grupos de extrema derecha aliados de Putin, financiados para trabajar precisamente por la desestabilización de Europa, algo que no se puede seguir blanqueando. Europa debe actuar con firmeza, pero con el objetivo de construir la paz. La prioridad debe ser parar la pérdida de vidas humanas, evitar las tentaciones de utilizar este conflicto para afianzar otros intereses. Debemos impulsar espacios de negociación internacional y usar todos los medios a nuestro alcance para cuidar los espacios de diálogo, porque sabemos que es la única vía para poner fin a esta terrible tragedia. No cometamos viejos errores agravando conflictos y participando en escaladas militares que se han extendido durante años con inmenso dolor. Es el momento de hacer política con mayúsculas y demostrar que Europa puede estar y estará a la altura de los tiempos. Solo la paz es el objetivo.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Mr President, today, we are not simply condemning an unjustifiable aggression. Today, we stand up united in this House to face the criminal invasion of an authoritarian regime against international law, our principles, our values, therefore against all of us.

Putin's cynical bet assumes he would quickly overthrow the Ukrainian democracy with these divisions on the ground, but also brings other divisions no less dangerous through propaganda and fear within our countries, among our peoples. Our bond and duty is to make sure that he will fail. With our resolute support to the resistance in Ukraine and its official recognition as EU candidate and with the immediate adoption of a new solidarity package based on common European bonds. We must immediately support also our companies and families who will suffer the dire consequences of the dutiful sets of sanctions aimed at bringing Moscow to the negotiating table.

This is not the war of all the Russians. This is a crime perpetrated by a tyrant and his accomplices. Thousands of citizens are bravely taking to the streets to shout their clear 'no', risking their lives to oppose his imperialistic ravings. They deserve our full support.

This existential threat is a crucial moment in our history and calls for exceptional efforts. If we really want to protect peace, democracy and our common destiny, sometimes it takes courage to grow up and become who we really are.

Slava Europa, slava Ukraini.

Michael Gahler (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! *Schanowni ukrajinski drusi, slawa Ukraini!* Was sich hier vor unseren Augen abspielt, ist Krieg in Europa in Echtzeit, ist unermessliches Leid unschuldiger Menschen, ist die größte Katastrophe für die Ukraine seit dem deutschen Einmarsch 1941 und ist Schuld und ausschließliche Verantwortung eines zynischen, ständig lügenden und menschenverachtenden russischen Diktators, der die Existenz der Ukraine als demokratischer, unabhängiger Staat beenden und sie gegen den Willen der Menschen heim ins Reich holen will. Dieser Versuch läuft gerade, und dieser Versuch muss scheitern.

Als die Sowjetunion 1948 die Blockade Westberlins begann – die Rote Armee stand rundherum –, da richtete der Regierende Bürgermeister Ernst Reuter einen Appell an die Völker der Welt. Heute versucht das revisionistische Russland mit seinen Invasionstruppen die ukrainische Hauptstadt einzukreisen und zu strangulieren und die freien Menschen dort in die sowjetische Knechtschaft zu führen. Deshalb ist es angebracht, diesen Appell zu wiederholen: Ihr Völker der Welt, Ihr Völker in Amerika, in Europa, in der freien Welt, schaut auf diese Stadt und dieses Land und erkennt, dass Ihr dieses Land und dieses Volk nicht preisgeben dürft, nicht preisgeben könnt!

Diesem Volk, das die Revolution der Würde mit ukrainischen und Europafahnen bewirkt hat, das gesagt hat, wohin es schaut und wohin es strebt, dem müssen wir heute ein politisches Signal geben: dass sie zu uns gehören, dass ihr Freiheitskampf nicht vergebens ist, dass das Böse, das gleichermaßen stalinistische und faschistische Putin-Regime, nicht obsiegen wird und dass es nach dieser Prüfung, nach diesem Kreuzweg einen Wiederaufbau auf einem Weg in eine gemeinsame europäische Zukunft geben wird.

Ich bitte um Zustimmung zu unserer EntschlieÙung. *Slawa Ukraini!*

Tonino Picula (S&D). – Poštovani predsjedavajući, da, agresija Rusije na Ukrajinu može biti uvod u sumrak čovječanstva, ali i novog, pravednijeg međunarodnog poretka. Glavni razlog za rat je autoritarana priroda režima pod apsolutizmom ruskog predsjednika.

Ne zna se što je gore, Putinova vojna agresija ili njegov narativ kojim opravdava nasilništvo.

Putin je računao na pasivnost Ukrajinaca i podijeljenost Zapada. Precijenio je svoju snagu, podcijenio snagu otpora Ukrajinaca i sposobnost Zapada da se ujedini.

Ovaj rat izaziva i sjećanja na ratnu agresiju na moju zemlju, Hrvatsku, prije trideset godina. Napadi na dječje bolnice, civilne objekte, rušenje gradova, mnogo izbjeglica. Putin mora kao i Milošević odgovarati za svoje postupke pred sudom za ratne zločine.

Njemu će biti vrlo teÙko izaći iz ovog rata. Kremlju bi se mogla dogoditi ruska verzija Majdana. Povijest je pokazala da se diktatore može pobijediti, ali jednako je vaÙno otkloniti okolnosti koje su dovele do pojave diktatora.

Ukrajina krvari, ali Putinov režim će iskrvariti. Živjela europska Ukrajina, slava Ukraini!

Nathalie Loiseau (Renew). – Monsieur le Président, il a fallu une guerre sur le sol européen pour que l'Europe apprenne à parler le langage de la puissance. Il a fallu Vladimir Poutine et sa guerre de trop pour que le lien transatlantique se resserre, pour que l'OTAN se réveille et pour que la défense européenne naisse enfin. Il a surtout fallu l'extraordinaire courage de Volodymyr Zelensky et du peuple ukrainien pour que nous nous sentions enfin obligés d'essayer d'être à la hauteur.

Ne nous leurrons pas: la crise sera longue et elle sera dure. Nous allons devoir tenir, assumer le prix de nos décisions et surtout aller plus loin dans le renforcement de notre Union.

À Midane, en 2014, c'est le drapeau européen que les Ukrainiens brandissaient pour réclamer la fin de la tutelle de Moscou. Aujourd'hui, dans les abris où ils se réfugient contre les bombes, on voit encore des drapeaux européens. C'est vers nous que l'Ukraine regarde. Nous devons prouver aux Ukrainiens qu'ils ont raison de croire en nous. Nous devons aimer l'Europe autant qu'ils l'aiment. *Slava Ukraini.*

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Arvoisa puhemies, Venäjän hyökkäys Ukrainaa vastaan on saanut EU:n viimein näyttämään sellaista yhtenäisyyttä ja globaalia johtajuutta, jota siltä on kauan odotettu. EU ja koko demokraattinen maailma ovat onnistuneet yhdistämään voimansa Ukrainan tueksi.

Suomen presidentti Sauli Niinistö kuvasi tuntemuksiaan sanomalla, että naamiot on nyt pudotettu ja jäljellä ovat vain sodan kylmät kasvot. Tilanne on täydellinen herätys todellisuuteen, vaikka merkit Venäjän erittäin huolestuttavasta aggressiivisesta kehityksestä ovat olleet ilmassa jo pitkään. Nyt jos koskaan on rakennettava todellinen turvallisuus- ja puolustusyhteistyö Euroopan unionille, ja sen tulee kattaa kaikki EU-maat ja sen tulee antaa suojaa myös EU:n läheisille kumppaneille.

Hyvät ystävät, teille ei tarvitse kertoa, että Suomessa, sotilaallisesti liittoutumattomassa maassa, herätys todellisuuteen on ollut vielä jäätävämpi. Mitä tiiviimmäksi EU:n ja Naton yhteys tästedes rakentuu, sitä helpompi Suomen tilanteessa olevien maiden on voittaa esteet, joita Venäjä on niiden eteen kasannut, mikäli ne haluavat sinetöidä jäsenyydellä jo nyt läheisen kumppanuuden Naton kanssa.

Jordan Bardella (ID). – Monsieur le Président, alors que des négociations étaient plus que jamais ouvertes, Vladimir Poutine a franchi un pas inacceptable en jetant l'Europe devant le fléau de la guerre. Nous ne pouvons accepter que la souveraineté d'un État et d'un peuple soit violée, et encore moins par les armes. Comme vous tous, je soutiens cet élan de solidarité pour le peuple ukrainien, entré en résistance pour la défense de sa patrie.

Cependant, le retour du tragique de l'Histoire ne doit pas nous empêcher de penser avec raison, de regarder ce conflit dans sa complexité et de porter la voix de la paix et surtout de la désescalade. En soutenant l'otanisation de l'Europe depuis près de vingt ans, nous plaçant de fait sous pavillon américain, nos dirigeants ont manqué les occasions d'ouvrir une relation d'équilibre avec la Russie. Nous avons troqué notre indépendance et notre liberté d'action contre une illusion de protection et avons ainsi entretenu un climat conflictuel archaïque. Aujourd'hui, l'heure est à la fermeté et nous devons faire preuve d'unité sans ambiguïté dans le soutien au peuple ukrainien et la condamnation de cette invasion.

Toutefois, je voudrais dire qu'il est malhonnête que les institutions européennes utilisent cette guerre pour faire avancer un agenda fédéraliste que les peuples refusent. C'est le cas de l'approfondissement de l'OTAN ou de l'élargissement de l'Union européenne qui ne seraient d'aucun secours, à l'heure où notre priorité est de faire taire les armes.

Je veux aussi dire que sanctionner la Russie ne doit pas revenir, en tout cas, à se sanctionner lourdement nous-mêmes. Gare à ce que des sanctions prises sous le coup de l'unanimité ne se révèlent pas être des boulets pour le pouvoir d'achat des peuples et qu'elles ne fassent pas du mal à nos entreprises tout en permettant à la Russie de renforcer son autonomie stratégique. C'est précisément le cas avec les sanctions en vigueur depuis 2014.

N'utilisons pas non plus en Europe les méthodes que nous condamnons ailleurs. Il n'est pas dans les pratiques ni dans les valeurs de démocraties matures comme les nôtres, de fermer des médias, quand bien même ils seraient des relais d'influence étrangers.

Tomber dans une surenchère inutile aggraverait la guerre plutôt que de trouver la paix. Notre impératif est la paix, la désescalade, mais aussi, pour mon pays, le retour d'une France libre, indépendante, respectée et force d'équilibre au sein d'un monde multipolaire.

Anna Fotyga (ECR). – Mr President, I salute the heroism and resistance of the Ukrainian people facing the unprecedented aggression from the Kremlin, Putin's Russian Federation. I really admire the heroism of the Ukrainian leadership. President Zelenskyy already finds his place in universal history. I admire the heroism of the commanders, soldiers and in particular, ordinary people. You are invincible. It is our war as well and in resisting aggression, you are the best part of us, the West.

We are honoured by your request to become a Member of the European Union. We will do our utmost to provide you candidacy status as soon as possible and immediately on unprecedented rules for membership, therefore. Because we need you and of course, you need us. In this I speak on behalf of all of the ECR Group's Polish delegation. All of them fully support the resolution as negotiated by me.

Manu Pineda (The Left). – Señor presidente, condenamos el ataque y la invasión de Rusia a Ucrania, sin ningún tipo de matices.

Ni los ocho años de ataque contra el Dombás, ni la impunidad de los asesinatos cometidos por las bandas nazis, ni el incumplimiento de los acuerdos de Minsk, ni el despliegue de la OTAN en la frontera rusa: nada de esto justifica el ataque.

Estamos en contra de la guerra y, precisamente por ello, no podemos apoyar una Resolución que hace un llamamiento a las armas y que se referencia como garantía de paz en un instrumento de guerra como es la OTAN.

Tampoco podemos apoyar unas sanciones que afectan directamente a la población civil y que han demostrado históricamente su ineficacia. Nunca en la vida las sanciones han servido para acabar con ningún conflicto. Nos parece una vergüenza que un fondo de apoyo a la paz se dedique a la compra de armamento.

Nosotros defendemos la vía diplomática y política como único camino para la resolución de conflictos. Defendemos el envío de ayuda humanitaria y la apertura de fronteras para recibir a las personas refugiadas.

Quiero terminar haciendo mía una frase de nuestro secretario general, Julio Anguita: «Malditas sean la guerra y los canallas que las apoyan».

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η καταδίκη μας στην εισβολή της καπιταλιστικής Ρωσίας στην Ουκρανία συνδυάζεται με την καταδίκη των κατά συρροή πολεμικών εγκλημάτων των Ηνωμένων Πολιτειών, του ΝΑΤΟ και της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε βάρος των λαών της Γιουγκοσλαβίας, του Αφγανιστάν, του Ιράκ, της Συρίας, της Λιβύης. Οι ιμπεριαλιστικοί ανταγωνισμοί για σφαίρες επιρροής και πλουτοπαραγωγικές πηγές οδήγησαν στον ιμπεριαλιστικό πόλεμο που οι λαοί πληρώνουν με ζωές, προσφυγιά και νέα απογείωση της ήδη υπάρχουσας «πράσινης» ακρίβειας. Όλα αυτά τριάντα χρόνια μετά την καπιταλιστική παλινόρθωση στη Σοβιετική Ένωση, όπου ο σοσιαλισμός είχε καταφέρει να ζήσουν οι λαοί για δεκαετίες ισότιμα και ειρηνικά. Σήμερα, ευρω-νατοϊκοί εξοπλισμοί και κυρώσεις που επωμίζονται οι λαοί οδηγούν στην κλιμάκωση του ιμπεριαλιστικού πολέμου και με τη βαθιά εμπλοκή της Ελλάδας με όπλα και αμερικανικές βάσεις.

Οι λαοί να μη διαλέξουν πλευρά. Με την αυτοτελή πάλη τους να απαιτήσουν: καμία εμπλοκή, καμία συμμετοχή στον πόλεμο, κανένας στρατός εκτός συνόρων, ξήλωμα όλων των βάσεων-ορμητηρίων και αποδέσμευση από την Ευρωπαϊκή Ένωση και το ΝΑΤΟ, με τον λαό στην εξουσία.

Andrius Kubilius (PPE). – Mr President, dear brothers and sisters in Ukraine, dear colleagues, first of all I would like to praise the heroism of Ukrainian people. I would like to praise heroism of Ukrainian soldiers and the heroic leadership of President Vladimir Zelenskyy.

Ukrainians are facing and defending themselves against the war launched by a real new Nazi regime in the Kremlin. Putin is a real war criminal. Ukrainians are suffering because we, in the West, till now were too weak to stop Putin's crimes from the very beginning.

Ukrainians with their blood are fighting for their right to reunite with Europe. They are more Europeans than many of us. That is why we need to give them candidate status immediately and then we need to design special fast procedure for Ukraine to join us. There is an example of such a special procedure, when in 1990 East Germany integrated into the European Union and it took less than a year. So, let's establish a special procedure also for Ukraine's swift reunification with Europe.

After the EU started to deliver weapons to Ukraine, when SWIFT and other banking sanctions were introduced, we need the next steps. First of all, we need to stop imports of Russian oil and gas immediately. Each day we are paying to Putin for 100 new T-72 tanks. Twice more than Ukrainians are able to destroy during one day on the battle field.

Second, let's create a multi-billion 'Free Ukraine fund' to support the resilience, reconstruction and modernisation of the Ukrainian economy. Let's finance it in the same way as we financed the Next Generation EU Fund, with the EU borrowing in the market. Thanks, Josep Borrell, for a good idea.

Third, let's introduce full-scale SWIFT and other sanctions also against criminal Lukashenko and his banks.

And the last point, a stable peace on the European continent will be possible only if the 'de-Putinisation' of Russia will happen. With the help of Ukrainian victories on the battlefields, with our sanctions and with the help of ordinary Russians protesting on the streets, the de-Putinisation of Russia is coming closer and closer.

Mr Putin, you lost this criminal war. The International Tribunal in the Hague is waiting for you. For justice to be served. Justice first of all to Ukrainians.

(The speaker concluded his speech in Ukrainian)

Sven Mikser (S&D). – Mr President, I am proud at how strong and united we are today, but we have to be honest: we have been painfully slow and painfully late waking up to the true nature of Putin's Russia. I hope that today we finally truly understand the urgency and the existential nature of the current situation.

If we do, it is imperative that we support Ukraine in every way possible without holding anything back. This includes lethal defensive equipment, economic and humanitarian aid, help to refugees and, yes, also launching an honest and successful accession process for Ukraine to join our Union.

Regarding sanctions on Russia, for as long as the criminal ideology of Putinism remains in power in Russia, we have to go beyond punishing individuals and take the strategic decision of systemically weakening Russia's economy and industrial base. This is in our vital security interest. Yes, sanctions hit ordinary Russians too, and they are not enemies, but let's admit it, it is primarily the responsibility of the Russian people to make sure that their mad Tsar cannot kill innocent people abroad. We should fully expect and, when possible, encourage the Russian people to take that responsibility seriously.

Slava Ukraini!

Malik Azmani (Renew). – Mr President, the courageous Ukrainian people are standing up to an evil act of aggression. Europe answers Ukraine's call for help. We rise up to defend those who are fighting for freedom and democracy. The EU is showing unity and we are finally showing that we are not just a soft power. We are crippling Russia's economy, isolating Putin's regime and reinforcing Ukraine's defence. But this is just the start and we have to do more by excluding more Russian operators and banks from Swift, by blocking the Russian Central Bank's use of Western currencies – and we should even consider blocking Russian ships in our harbours and more. Also, we have to increase our support for Ukraine's economy and defence with money and weapons.

My message to the Ukrainian people: Europe stands with you. *Slava Ukraini!*

Yannick Jadot (Verts/ALE). – Monsieur le Président, chers collègues, en ce moment même, dans les rues, dans les maisons, les Ukrainiens défendent héroïquement la liberté. Ils défendent leur démocratie, ils défendent leur intégrité territoriale. Ils sont, pour l'Europe entière, le front pour la sécurité, pour la paix et pour la démocratie sur notre continent.

Sanctionnons donc massivement Poutine et les oligarques et intégrons immédiatement la Biélorussie dans ces sanctions. Soutenons militairement la résistance en Ukraine. Reconnaissons le statut de candidat à l'Ukraine pour l'Union européenne. Mettons au ban la Russie de toute la communauté internationale. Lançons un grand plan d'investissement pour la sécurité climatique et énergétique, pour mettre les énergies renouvelables au cœur de notre bouquet, parce que ce sont des énergies de paix, et pour sortir des dépendances énergétiques et des complaisances politiques qui tuent la démocratie et qui tuent le climat.

Agissons maintenant et soyons fiers de l'Europe aux côtés de la résistance héroïque de l'Ukraine. *Slava Ukraini.*

Milan Uhrík (NI). – Vážený pán predsedajúci, ešte predtým, než sa vyjadrím k Ukrajine, mi dovoľte zopár možno náročných, ale čestných otázok.

Kde boli medzinárodné sankcie, keď Spojené štáty americké zabili v Iraku 200 tisíc civilistov kvôli vymyslenej zámienke o zbraniach hromadného ničenia? Kde boli odsudzujúce rezolúcie, keď USA, opäť v rozpore s medzinárodným právom, bombardovali Juhosláviu, Líbyu či Sýriu? Kde bola Európa, keď ukrajinskí žoldnieri zabíjali deti na Donbase či upalovali civilistov v Odeze?

Dúfam, že udalosti posledných dní sú pre nás všetkých poučením, že každá vojna je zlá, priatelia, každá vojna je zlá. Nielen tie, ktoré vedie Ruská federácia, ale aj tie, ktoré vedú Spojené štáty americké. A každú vojnu treba odsúdiť. To, čo sa deje na Ukrajine, je hrozné a musí to skončiť. Musí to skončiť. Ale takisto je hrozné pokrytectvo niektorých z vás, kolegovia, ktorí prehliadajú vojny len preto, že ich nevedú Američania.

Arnaud Danjean (PPE). – Monsieur le Président, chers collègues, il est des événements qui transgressent si brutalement toutes les règles établies et qui défient de façon tellement sidérante toute rationalité qu'ils font basculer le monde dans des zones inconnues.

En agressant délibérément et grossièrement un État européen libre et souverain, Vladimir Poutine, seul, a créé un de ces événements décisifs. Ce faisant, il a sous-estimé le sentiment national ukrainien. Il a sous-estimé l'attachement à la liberté, ce concept que tous les autocrates croient dépassé. Il a sous-estimé aussi les réactions européennes.

La résistance ukrainienne est admirable. Elle mérite notre absolu soutien. On ne peut également que se féliciter de la prise de responsabilités des Européens. Cependant, la satisfaction de nous voir aujourd'hui réagir avec force et unité ne doit pas altérer notre lucidité. Cette terrible guerre va durer. L'agresseur risque même de gagner militairement, malgré l'indignité morale et sa défaite politique inexorable.

N'oublions pas non plus que, face à la guerre sur notre continent, qui a déjà existé entre 1945 et aujourd'hui, nous avons déjà vu l'Europe croire être prête à faire face. «L'heure de l'Europe a sonné», avait dit un ministre européen en 1991; on a vu une décennie de guerre terrible dans les Balkans s'ensuivre.

L'urgence aujourd'hui est de soutenir l'Ukraine. L'Ukraine défend plus que son seul destin de nation libre. L'urgence est aussi de rendre irréversible le réveil stratégique européen, car nous sommes entrés dans une nouvelle ère, où pouvoir tenir les rapports de force qui nous sont imposés par d'autres est une priorité existentielle.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, «non c'è grandezza dove non c'è verità»: sono parole di Tolstoj, che David Sassoli citava alcuni mesi fa, rivolgendosi a Putin.

E anche oggi serve la verità per raggiungere la grandezza della pace: si tratta della verità del popolo ucraino, che ha saputo resistere eroicamente, insieme al Presidente Zelensky; la verità di un'Europa che finalmente si impegna per la propria sovranità politica, energetica e di difesa e non ha paura di fare sacrifici per trovare una voce unica per fermare la guerra e salvare le vite umane perché, prima di tutto, ci sono le vittime, i morti in Ucraina, i profughi da accogliere, i russi coraggiosi che non vogliono questo delirio militarista di Putin, sapendo che ogni popolo, a partire da quello ucraino, deve essere libero di autodeterminarsi senza che avvenga qualcosa di male se cerca di decidere del proprio futuro.

Per questo diamo tutto il supporto necessario a chi oggi, difendendosi, difende anche le nostre democrazie sul suolo ucraino. Ma dobbiamo essere più coraggiosi ancora, dobbiamo essere là: i nostri governi e le Istituzioni europee vadano con una delegazione a Kiev a sollecitare il cessate il fuoco e a supportare le negoziazioni.

Putin dovrà fermarsi e sarà così ancora più evidente, anche ai suoi concittadini, la follia sua e della sua guerra disumana. Per un'Ucraina libera e per un'Europa libera!

Bernard Guetta (Renew). – Monsieur le Président, Monsieur Poutine, vous avez perdu. Oh, bien sûr, vous allez encore tuer, détruire et semer le deuil et le malheur, mais vous avez déjà perdu, car on ne reconstruit pas les empires – croyez-en un Français – et ne revient pas cet absolutisme dont vous rêvez tant, croyez-en toujours un Français.

Vous avez perdu, Monsieur Poutine, car l'Ukraine résiste héroïquement et magnifiquement, et résistera jusqu'à sa juste victoire. Vous avez perdu, car vous avez resserré comme jamais les rangs de notre Union qui prend, ce jour même et ici même, les traits tant espérés d'une union politique.

Vous avez perdu, car vous avez rapproché les deux rives de l'Atlantique et vous avez perdu, Monsieur Poutine, parce que votre peuple ne vous croit plus et n'admet pas que vous alliez massacrer ses cousins ukrainiens. Vous n'êtes pas qu'un criminel de guerre, Monsieur Poutine; vous êtes aussi une absolue nuisance pour votre pays lui-même, que vous menez dans le mur contre son gré. Vive la paix, vive l'Ukraine et vive la liberté, Monsieur Poutine!

(Die Aussprache wird unterbrochen)

10. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Der Präsident. – Ich gebe nun die Ergebnisse der ersten Abstimmungsrunde des heutigen Tages bekannt.

(Der Präsident verliest die Ergebnisse der ersten Abstimmungsrunde¹.)

1 Siehe Protokoll.

11. Russlands Aggression gegen die Ukraine (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Erklärungen des Europäischen Rates, des Rates und der Kommission (2022/2564(RSP)) fort.

Miroslav Radačovský (NI). – Vážený pán predsedajúci. Som jediný poslanec Európskeho parlamentu pochádzajúci z východného Slovenska. Moji krajanovia, priatelia, príbuzní v blízkosti ukrajinských hraníc poskytujú nezištnú pomoc utečencom pred vojnou a odsudzujú vojnu medzi dvoma slovanskými národmi.

Parlament Slovenskej republiky odsudzuje neoprávnenú vojenskú inváziu na Ukrajinu a žiada o okamžité zastavenie vojenských operácií. Slovenská republika predvčerom ponúkla ukrajinským predstaviteľom a ruským predstaviteľom Bratislavu ako miesto rokovania o mieri. Slovenská republika sa nestotožňuje s vyhlásením samostatnosti republík na území štátu za pomoci cudzích vojsk. Slovenská republika preto, ako jeden z mála štátov, neuznáva ani jednostranné vyhlásenie štátu Kosovo, pretože aj v tomto prípade to bolo za pomoci a invázie cudzích vojsk. Verím a som presvedčený, že v blízkej budúcnosti medzi národmi Ruska a Ukrajiny zavládne mier a priateľstvo. A je povinnosťou nás všetkých urobiť všetko pre to, aby tomu tak bolo.

Andrzej Halicki (PPE). – Zabite dzieci, kobiety, zniszczone miasta to ponura cena za otwarcie Europy. A oni walczą za nas, za swoją wolność, ale też za wartości, za wartości, w które wierzą: demokrację, za wartości europejskie, nasze wartości. Walczą za nas Polaków, za Litwinów, ale za was państwo też, w zachodnich krajach Europy. Po to, żeby Europa była bezpieczna.

Oni dziś potrzebują broni, to oczywiste, ale my w tej Izbie możemy dać im znacznie więcej. Możemy im dać gwarancję, że po wywalczeniu tej wolności i bezpieczeństwa dla siebie, będą żyć razem z nami w pokoju. I musimy im to dać jak najszybciej – *as soon as possible*, nie patrząc nawet na procedury, nadając szybkie tempo możliwości realizacji tych marzeń, ale też musimy być konsekwentni, nie popełniać błędów. Jeżeli zamrażamy Nord Stream 2, dlaczego nie obejmuje to Nord Stream 1? Musimy odciąć mafię Putina od wszelkich możliwych źródeł zarobku. Jego miejsce jest rzeczywiście przed Trybunałem w Hadze.

On musi odpowiedzieć za zbrodnie wojenne, ale my musimy także wyciągnąć rękę do wszystkich tych, którzy marzą o życiu w pokoju. To jest nasze zadanie. To jest ta nowa, silna, zjednoczona Europa! Wszyscy, którzy się temu sprzeciwiają, są pomagierami Putina. Silna, zjednoczona Europa dla wszystkich, którzy jej pragną! Ta wojna nie zaczęła się wczoraj na Ukrainie. 2008 rok – atak na Gruzję. A Mołdawia? Czy ma się tam polać krew? Musimy pamiętać o demokratycznej opozycji na Białorusi i o demokratych w Rosji. Wolność dla Aleksieja Nawalnego, solidarność z Ukrainą! Niech żyje zjednoczona, silna Europa i wolna, demokratyczna Ukraina!

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident! Ich bin dankbar für diese Sondersitzung, weil sie die Gelegenheit gibt, zum Ausdruck zu bringen, was die politische Nachricht dieses Tages sein muss: Wir verdammen den Völkerrechtsbruch, den Präsident Putin mit seinem Angriffsbefehl auf ein friedliches Nachbarland, die Ukraine, begangen hat. Deswegen werden die Abgeordneten der SPD in diesem Parlament die eingebrachte Entschließung umfänglich unterstützen.

Bundeskanzler Scholz hat recht – das ist Putins Krieg. Ihm und seiner Regierung gilt unser Widerstand und unser Protest, nicht dem russischen Volk. Unsere Gedanken sind heute bei den Menschen in der Ukraine, bei denen, die um ihre Freiheit kämpfen, die dabei ums Leben kommen und die flüchten, um ihr Leben zu retten. *Slawa Ukraini!*

Die EU und ihre Institutionen haben bei dieser Gelegenheit bewiesen, dass sie ihrer Aufgabe gerecht werden können, und eine nie gesehene Entschlossenheit und Handlungsfähigkeit an den Tag gelegt. Die gemeinsame Außenpolitik der EU – sie funktioniert also, wenn die Mitgliedstaaten es nur wollen. Die Sanktionen treffen hart. Viele europäische Politikerinnen und Politiker haben Putin gewarnt, wie kostspielig ein Angriff auf die Ukraine sein wird. Das bewahrheitet sich jetzt.

Die humanitäre Hilfe für die Geflüchteten läuft an. Unsere Solidarität gilt den Mitgliedstaaten an der Westgrenze der Ukraine, die jetzt ihre Erste Hilfe leisten. Ihr seid nicht allein!

Über alle Hilfe für die Ukraine und für die europäischen Nachbarstaaten müssen wir aber jetzt auch unsere Politiken weiterentwickeln. Wie stellen wir uns Sicherheit in einer multipolaren Welt vor? Diese Frage hat uns Putin in aller Brutalität gestellt. Wir werden Antworten finden.

Hilde Vautmans (Renew). – Voorzitter, mijnheer de hoge vertegenwoordiger, collega's, Poetin heeft het tegenovergestelde gekregen van wat hij wilde: méér Europese eenheid, méér NAVO, en méér westerse vastberadenheid.

Poetin is duidelijk uit op een vuile oorlog, op wraak tegen Oekraïne, tegen het Westen, en hij dreigt met nucleaire wapens. Tegen zoveel irrationele oorlogszucht is het moeilijk handelen. Maar vergis u niet! Autocraten over heel de wereld kijken toe in hoeverre wij bereid zijn onze waarden te verdedigen. Onze reactie vandaag zal bepalen in welke wereld we morgen leven.

En sinds 24 februari is de wereld veranderd. Laten we ervoor zorgen dat in deze crisis een nieuw Europa geboren wordt. Een Europa met een sterke Europese defensie en een Europees leger om onze waarden te verdedigen. Een Europa met een gezamenlijk Europees asiel- en migratiebeleid om de gevluchte Oekraïners humanair op te vangen. Een Europa dat niet langer afhankelijk is van Rusland voor de leveringen van gas. Een Europa met een Europees solidariteitsfonds voor alle Europeanen die getroffen worden door Poetins wraak. Dát is het Europa dat we nu nodig hebben.

Lang leve de vrede!

Lang leve Europa!

Slava Ukraini!

David McAllister (PPE). – Mr President, the Russian military aggression and invasion against Ukraine is illegal. It is unprovoked. It is unjustified. This is indeed a crucial and historical moment, the moment of truth, as Commission President Ursula von der Leyen pointed out.

Too many times in the past, the international community has been blind in front of unfolding tragedies. Today, we as a European Parliament are sending a strong and a united message to the Kremlin that we stand with Ukraine in full solidarity.

As Chair of the Foreign Affairs Committee, I would like to thank the colleagues from the different political groups who drafted and negotiated this resolution, and I call on colleagues to vote in favour.

I fully underline the very good arguments we have heard today. I want to add one point. Let us also strongly condemn the involvement of Belarus in this aggression against Ukraine. It was during last week's inter-parliamentary conference on the CFSP and CSDP in Paris that Sviatlana Tsikhanouskaya made it very clear that the assault on Ukraine wouldn't have been possible if dictator Lukashenko wouldn't have provided Russia with the land and the infrastructure. The Lukashenko regime has assisted and enabled this Russian aggression. For this reason, the EU should apply further appropriate sanctions also on Belarus.

Dear colleagues, the world will hold Russia and Belarus accountable for their actions.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Mr President, dear colleagues, today we feel sadness, anger for sure, but also pride – pride in the unity of the European response to Putin's war crimes.

Could you imagine just for one second that we did not have the European Union today? Then we would be divided, and divided we cannot have any response to Putin. But united, as we stand today, we have Ukraine's back.

Mr Zelenskyy, I know you have other things to do, but you know we have your back. We stand with you. We stand with your people in full solidarity, in the fight for peace, freedom and democracy. It is clear Putin will only listen to clear messages, so we need to use this clear language.

Therefore, I think it's important that we stop buying gas from Russia. We need to cut off from that gas. It's at a high price, but it is doable. If we do not pay the price today, we will be presented with the price tomorrow.

President Zelenskyy was right. He said this is the crisis of freedom and democracy. Well, dear colleagues, in Europe let's take this fight and stand up for our values.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Mr President, dear colleagues, we have a war in Europe on a scale and of a type we thought belonged to the history books. And let me be clear, this is not the war of Russian people. This is Putin's war. Putin's regime is the one to blame for waging the war, killing civilians, destroying country's infrastructure.

Putin has attacked the democratic values and European aspirations of the people of Ukraine. But the brave Ukrainians stood up strong, and they deserve fully fledged support.

Colleagues, it's time to be on the right side of history and to grant Ukraine candidate status.

Dear Ukrainians, we will not let you go. I'm sure that the light will win over the dark. We are with you the brave people of Ukraine.

Slava Ukraini!

Siegfried Mureşan (PPE). – Mr President, dear colleagues, now is the time for actions and clear words, so I will say four things very clearly.

We can only live in safety and security within the borders of the 27 Member States of the Union if we are surrounded by countries which are safe and stable in our neighbourhood. This is why defending Ukraine means defending the European Union. We have to provide all the support that we can to Ukraine, including financial support, and here we, the European Parliament, have a big role to play. We say very clearly, we are ready to spend EU money to support Ukraine and to rebuild Ukraine. We are ready to spend EU money for defence. We are ready to spend more for democracy in Ukraine and everywhere else where needed as well.

Secondly, when people in Ukraine say they want to join the European Union, our answer is yes, you are welcome. Ukraine belongs to Europe. Ukraine belongs to the European Union. This today we say with a very large majority of pro-European Members of the European Parliament. We know there is still a lot to do until membership, and many difficulties to overcome, but what more proof do we need than what the people of Ukraine are doing these days that the people of Ukraine can overcome all difficulties in view of it becoming a member of the European Union one day. We start work on this as soon as possible.

Thirdly, the Republic of Moldova, a country of less than three million people and a neighbouring country of the European Union, has welcomed more than 70 000 refugees onto their territory in the past five days. They have provided food, they have provided shelter, they have provided support. They acted in the European spirit on the basis of European values because they are led by a pro-European president and a pro-European government. This is why I say that everything that we offer to Ukraine, we have to offer to the Republic of Moldova right now in terms of EU cooperation. In terms of perspective for membership, the Republic of Moldova and Ukraine are equally important for the security of Europe.

The last thing is that the invasion of Ukraine and the assault upon Kyiv would not have been possible without Belarus. This is why all political measures that we apply upon Russia, we should apply in the same manner upon Belarus.

Robert Biedroń (S&D). – Wojna wróciła do Europy. To wojna między dwoma światami: agresywnym i autorytarnym światem Putina a drugim, gdzie chcemy pokoju i demokracji. To wojna, w której Putin jest przestępcą, a ukraińskie dzieci, mężczyźni i kobiety – bohaterami. To nie jest tylko agresja na Ukrainę, to wojna Putina z całą Europą, z naszymi wartościami, marzeniami o pokoju. Dlatego dzisiaj musimy sobie uświadomić, że nie będzie bezpiecznej Europy bez bezpiecznej i niepodległej Ukrainy. Ukrainy, która jest częścią Unii Europejskiej. To jest ten moment, ta nadzieja dla milionów Ukraińców, którzy w nas, w Unii Europejskiej widzą swoją nadzieję. Dlatego musimy dzisiaj otworzyć szeroko drzwi dla Ukrainy, zanim Putin jutro zamknie je na zawsze.

Jako Polak z kraju legendarnej Solidarności proszę dzisiaj cały demokratyczny świat o solidarność z Ukrainą. Za wolność naszą i waszą! Nigdy więcej wojny! *Sława Ukraini!*

Dacian Ciolos (Renew). – Domnule preşedinte, cetăţenii ucraineni au curaj să ţină piept uneia dintre cele mai mari armate din lume şi reuşesc acest lucru. Au curajul să lupte, dar să nu renunţe la valorile libertăţii, care sunt şi valorile Uniunii Europene. Este o lecţie pentru orice regim tiranic şi criminal care vrea să înăbuşe în sânge şi sub bombardamente aspiraţiile şi valorile europene, democraţia şi alegerea viitorului în libertate.

Dragi colegi, această lecţie a cetăţenilor ucraineni este şi pentru noi, cei care am luat de-a gata libertatea şi pacea în ultimele decenii. Lecţia noastră este că trebuie să avem determinare, curaj şi să deschidem azi calea către Uniunea Europeană tuturor europenilor care vor şi care cred în acest proiect. Şi să nu vă temeţi: aşa cum ei au putut ţine piept unei armate atât de mari, aşa vor avea puterea să-şi reconstruiască ţara şi să fie pregătiţi pentru Uniunea Europeană. Ucrainenii merită să fie în Uniunea Europeană şi Uniunea să le deschidă larg uşile. La fel cum merită şi moldovenii, şi georgienii.

Comisia a făcut paşi curajoşi istorici în ultimele zile şi aşa trebuie continuat. Uniţi suntem puternici şi asta se vede şi prin ajutorul dat de cetăţenii români, polonezi, maghiari, slovaci şi moldoveni refugiaţilor din calea războiului. Țările care şi-au deschis graniţele pentru refugiaţi au nevoie urgentă de sprijin, trebuie să fie ajutate. Slava Ukrainai!

Antonio Tajani (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, *we are all Ukrainians*. Tutta l'Europa, tutto l'Occidente, sono dalla parte della libertà e della democrazia. Continueremo a contrapporre alla violenza degli aggressori russi la forza dei nostri valori: l'unità, la coesione e la dura resistenza del popolo dell'Ucraina, la nazione forte dell'Europa! Hanno costretto, comunque, la Russia a sedersi attorno a un tavolo.

Tutti quanti vogliamo che si raggiunga la pace, ci auguriamo che i colloqui possano continuare a raggiungere obiettivi fondamentali: la pace. Ma la pace non significa colonizzazione di un Paese libero. Molti cittadini dell'Ucraina stanno fuggendo dalla guerra; è nostro dovere dar vita a corridoi umanitari e a un grande piano di accoglienza dei profughi.

I tragici, drammatici fatti di questi giorni devono anche spingerci sempre più ad avere una vera politica estera, una vera politica di difesa comune. Abbiamo bisogno di un'Europa ancora più forte per difendere i nostri valori. Serve anche l'autonomia energetica: serve un mercato unico dell'energia, se vogliamo veramente essere liberi, altrimenti saremo sempre sottoposti al ricatto di qualcuno.

Dobbiamo avere anche, però, un'Europa solidale, che aiuti le famiglie e le imprese che si sono mobilitate con grande entusiasmo a favore delle sanzioni, ma che sono anche pronte a pagarne un prezzo. Ma Stati e Unione europea devono guardare a questi coraggiosi imprenditori e a queste coraggiose famiglie, cercando di aiutarle nei prossimi mesi e nei prossimi anni perché, è vero, la libertà e la democrazia hanno un costo ma il costo del nostro impegno certamente è senza prezzo. Dovremo però guardare a chi si è battuto con grande determinazione.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! Kommissionen, den höga representanten! Ja, det är krig i Europa. Bomber faller, civila mördas, bostäder blir ruiner och barnen gråter. Putins invasion går bara att beskriva som kallblodig. Den ryska statsledningen är ensam ansvarig för detta mänskliga lidande. Men EU står mer enat än någonsin och riktar de största och mest kända sanktionerna i unionens historia.

Ukraina och president Zelenskyj ska känna Europas samlade solidaritet och stöd, och Putin ska bemötas av ett enat och kraftfullt agerande. Resolutionen är ett bevis på vår samlade kraft i unionen. Vi har ett Europa som talar med en röst, och Rysslands angrepp mot Ukraina måste omedelbart upphöra. Vi är redo att göra vad som krävs. Vi står upp för Europas säkerhet. Mitt Sverige, som bär samma vackra färger som Ukraina, vi står i solidaritet med det ukrainska folket.

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

Dan Nica (S&D). – Doamna președintă, cu toții am văzut cum o agresiune nejustificată și neprovocată a Federației Ruse în Ucraina a produs o catastrofă umanitară de proporții. Astăzi, când vă vorbesc, mii și zeci de mii de femei, copii, persoane în vârstă încearcă să se salveze, iar punctele de trecere a frontierei sunt aglomerate cu acești oameni, aceste persoane care au dreptul la o viață, la o viață civilizată și au dreptul să supraviețuiască.

Românii s-au mobilizat: guvern, autorități locale și mii și mii de cetățeni individuali care vin să le dea ce pot ei: mâncare, un adăpost. Situația este tragică.

A fost ieri doamna comisar Johansson și a văzut ce înseamnă o condiție absolut deplorabilă pe care au trebuit să o îndure acești oameni nevoiți să își părăsească casele și vreau să vă dau un singur exemplu: o femeie care a fost întrebă la trecerea frontierei care este averea ei. Avea în mână un copil mic, un copil nenăscut și un rucsac mic în spate. Soțul a rămas să își apere țara. Aceasta este lecția noastră și din acest motiv trebuie să luptăm cu toții ca să dăm statutul de țară candidată Ucrainei, Moldovei, pentru că acești oameni merită respectul și merită sprijinul nostru.

Tanja Fajon (S&D). – Gospa predsednica! Nisem si predstavljala, da bom kadarkoli na tem odru pozivala ustavite vojno Ukrajini. Ustaviti je treba glasnike vojne, zatiralce svobode, pravne države, demokracije, človekovih pravic.

Nacionalistični avtokrati, tudi v Evropi, bodo rušili demokracije, dokler jih ne bomo ustavili. Ravnanje Rusije ogroža povojno ureditev in varnost celotne Evrope. Tudi izkoriščanje v Ukrajini v politične ali dobičkonosne namene je sramota. Samo enotnost in hitro odzivanje zahodnih demokracij je upanje.

Slovenci imamo še zelo živ in boleč spomin na krvave balkanske vojne. Hočemo mir. V Sloveniji bo danes velik shod za mir. Prizadetim zaradi vojne moramo pomagati in hvala vsem, ki nesebično zbirate in nudite pomoč beguncem, ljudem v tiski, ne le danes, vedno.

Vsaka vojna se konča za pogajalsko mizo. Absurd je, da zato sploh pride do morije, uničevanja in trpljenja. Naredimo vse, da bo do miru pripeljala moč mednarodnega prava in besede in ne argument sile. Hvala lepa.

Nils Ušakovs (S&D). – Madam President, dear colleagues, I will speak Latvian today, but being myself an ethnic Russian, I would like to try to address Russians in Russia and in Europe as well.

Kad Kremlis īsteno zemisku un noziedzīgu karu pret Ukrainu, daudzi saka: 'Ir kauns būt krievam.' Tā tas nav. Krievijā tiek aizturēti tūkstošiem cilvēku, kas bezbailīgi piedalās protesta akcijās pilsētu ielās, protestējot pret karu. Eiropas pilsētās piedalās manifestācijās un demonstrācijās Eiropas Savienības krieviski runājoši pilsoņi un iedzīvotāji.

Būt krievam nav kauns. Bet vienu brīdi var pārņemt bezgalīga kauna sajūta par to, ka tu esi vai nu atbalstījis, vai nu esi mēģinājis atrast attaisnojumus tiem, kas dod noziedzīgas pavēles bombardēt ar 'Grad' Harkivas pilsētas mikrorajonus.

Ir prieks redzēt, ka Eiropa rīkojas, bet mums ir jāiet tālāk un jādara vairāk. Mums ir jānodrošina Ukrainai iespēja iestāties Eiropas Savienībā tik ātri, cik vien ir iespējams. Mums vienlaicīgi ir jāpasaka krievu cilvēkiem, gan tiem, kas dzīvo Eiropā, kas ir Eiropas pilsoņi un rezidenti, ka jūs esat mūsējie. Mēs esam pret Kremli. Mēs neesam pret krievu cilvēkiem. Un galvenie vārdi, kas ir jāpasaka šodien visās valodās ir ... (*runātājs uzstāšanos noslēdz krievu valodā*).

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Madam President, Honourable High Representative and dear colleague Commissioner McGuinness, honourable Members of the European Parliament, but first and foremost, dear Ukrainians, I have to say that I never seen a debate in the European Parliament charged with so much emotion, solidarity and the sense of common European belonging.

As you know, we come from different countries, from different political families, but we are discussing today an attack against the most fundamental European values that we all share. And therefore, today we are all Ukrainians. Because the people of Ukraine are fighting for our values. They are fighting for our freedom and they are fighting for everything we believe in, for Europe as we know it, for Europe, as we treasure it. And we will need the same unity as we felt this afternoon in this House in the days, weeks and months ahead.

It's clear that the Kremlin has failed in its goal to crush Ukraine. It failed to break the spirit of brave Ukrainians. It failed to divide or scare Europe. On the contrary, the bravery and courage of all Ukrainians and the calm and determined leadership of President Zelenskyy and his government energise not only Ukraine and Ukrainians, but the whole of Europe, all democracies, and I believe every peace-loving human being in the world.

Mr President Zelenskyy, we have been working together to reform Ukraine. We have been working together on energy security, on energy independence, and we will be working together to build a strong, democratic Ukraine.

Mr President, you ask us to prove that we are with you and I would like to respond to you: we are. We will make sure that the sanctions are vigorously applied and not only on Russia but also on Belarus. We will do our utmost to supply you with everything you need. And we will be with you to rebuild your beautiful country after your victory.

Nobody in Europe can doubt today that the people that stand up so bravely for our European values belong in our European family, and therefore I want to reassure you that as we welcome your women and children in Poland, Slovakia, Hungary, Romania and other European countries, in the same warm, receptive way, we will open our arms to Ukraine in our common House of peace, democracy and prosperity called Europe.

Slava Ukraini!

Josep Borrell Fontelles, vicepresidente de la Comisión / alto representante de la Unión para Asuntos Exteriores y Política de Seguridad, en nombre del Consejo. – Señora presidenta, señor comisario, señoras y señores diputados, Rusia se sitúa, después de la agresión a Ucrania, en un punto de inflexión de su etapa postsoviética. Rusia ha puesto fin a uno de los últimos eslabones que quedaba en su relación con la Unión Europea. Este eslabón eran los Acuerdos de Minsk. El presidente Putin los ha liquidado. Eran Acuerdos imperfectos desde muchos puntos de vista, arrancados en un momento en el que había que hacer un alto el fuego en una anterior guerra. No obstante, estos Acuerdos consagraban la integridad territorial de Ucrania y su cumplimiento, hoy ya imposible, marcaba un hipotético camino hacia una normalidad de

las relaciones diplomáticas entre Rusia y la Unión Europea. Esta referencia y esta posibilidad ahora han desaparecido.

Por eso digo que Rusia se encuentra hoy en un punto de inflexión en su trayectoria en la época postsoviética. Este tremendo conflicto solo puede concluir positivamente con un regreso de Rusia a las normas y a los principios internacionales básicos. Esta es una ocasión que, desde la Unión Europea, tenemos que aprovechar para elaborar mecanismos y tratados que establezcan garantías de seguridad más firmes y mecanismos que permitan verificar su puesta en aplicación.

Quiero recordarles, después del entusiasmo de una sesión parlamentaria, que al final la vía de la negociación y el diálogo están en la esencia de lo que es la Unión Europea. No somos una Unión militar y no hemos declarado la guerra a nadie. Somos una Unión de Estados miembros que precisamente ha renunciado a la guerra como forma de resolver los conflictos. No estamos en guerra con nadie, pero estamos al lado de alguien que ha sido agredido, y dispuestos a movilizar todos nuestros recursos diplomáticos para salvaguardar la seguridad de Europa, pero también para encontrar una solución al conflicto. Porque las sanciones son necesarias, inevitables, pero, además de las sanciones, necesitamos soluciones.

Estas sanciones tendrán un efecto muy grande sobre la economía rusa y el señor Putin no puede decir que no lo sabía, porque se lo hemos advertido: la presidenta Von der Leyen multitud de veces, el presidente del Consejo... Cuántas veces hemos dicho que las sanciones tendrían efectos masivos y altos costes; y sin duda los van a tener. El rublo se ha desplomado un 40 %. El control sobre casi la mitad de las reservas de cambio de Rusia tendrá un efecto enorme sobre su economía. Es una amenaza de *default*. Es, sin duda, una medida al lado de la cual sacar del sistema SWIFT a unos cuantos bancos es de menor importancia. Porque, en este momento, las cifras cantan. Rusia se había preparado desde hacía tiempo para hacer frente a una situación como esta y había ido quitando sus reservas del dólar y el euro para colocarlas en yuanes y en oro. Cuando Rusia toma Crimea, el 87 % de sus reservas están en dólares y euros; ahora están entorno al 40 %. Pero sigue siendo mucho, porque el oro –135 millones de reservas en oro– hay que poderlo vender y para eso hace falta que alguien lo pueda comprar. Y nuestras sanciones financieras van también a impedir la movilización de este recurso. Por lo tanto, esas medidas financieras ciertamente...

these unprecedented financial measures will go in the direction of a potential default, which will have consequences for the whole financial system, for the global financial system. So don't undervalue the importance of what we have decided to do and what will follow. I want to stress that.

Now we have to work diplomatically all over the world, reaching out to all countries in order to build a state of mind in order that the aggressor is condemned. On that, I can assure you, me as the High Representative, all my colleagues, members of the Foreign Affairs Council, all our delegations, all our embassies, will be strongly working in order to get a result in the vote at the General Assembly. This is the most important thing that we have to do right now because, I repeat, this is an issue which belongs to foreign and security policy, which is intergovernmental, and it's the Member States who have to take the lead on this response in the diplomatic sphere.

The second thing that has been discussed today, and is maybe more important than many of us could believe, is our dependency on gas. The President has been saying all the time we have to reduce this dependency, but I've been hearing for the last 20 years that we have to decrease this dependency and this dependency has been increasing during the last 20 years. So, from now on, let's put our work in accordance with our saying because we paid USD 700 million before the war for gas and oil and gold imports from Russia, and every year we import 200 billion cubic meters of gas.

We have to increase renewables, the President said, have renewable hydrogen, but keep in mind that the amount of power in a country like Italy in renewables, in a year, is less than half a billion cubic meters. We have in front of us strong work to do, and we have to remain committed to it and we have to explain to our people what it means.

This is a good occasion to develop the best, most noble side of political activity, which is pedagogy. This is the moment to do pedagogy. I understand the enthusiasm and the approach of a parliamentarian Chamber in a moment like this – I have been a parliamentarian, like you, for many years and even the President of this House – and I know that this is the moment to show enthusiasm and support, but then we have to go to acts.

So next time, when you discuss again the budget of the European Union, remember that we need resources to do what today we are doing with an intergovernmental fund that this Parliament has never approved, because it's not in its area of competence. Put more defence and security in your mind-set; stop discussing theology about strategic autonomy.

Call it the way you want, but we have to be more responsible. We have to take our responsibility more into our hands. We have to be strategically responsible – and this has nothing to do with weakening transatlantic alliances which, by the way, have proven to be stronger than ever. Our unity with the transatlantic partners has been 100% – so nothing against weakening NATO because we develop our capacities. We have to become a hard power.

I know that the words may frighten some people, but hard power, I insist, is not just talking about the military. Hard power is about having a power to coerce, the power to influence the decisions of others, and what we are doing with these measures is a lot of hard power. Be prepared for the answer. Be prepared for the consequences. Don't put all your strength in your mouth. Don't say nice things only.

From now on, we have to be prepared to resist. We have to be prepared to act in the long term with a clear understanding of our challenges and our capacities. This is the moment for the European Union to discuss what we want to be, what we are and what the limits are of what we can do, and what we want to do in the future. In order to face the challenge of the future, there are a lot of things that we have to review, a lot of things about our procedures, our methods, putting more attention on our capacity to act than on the time that we spend on internal discussions.

What's happening today in Ukraine reminds me of Budapest in 1956. I was nine years old, but I remember listening to the radio about how the Russian tanks were entering Budapest. It reminds me of 1988, the Prague Spring. I was an officer in the Spanish army then and my unit was put on alert. I don't know why, it was completely useless. On both occasions we did nothing because we couldn't do anything.

But from now on we have to face a confrontation between us, democracies, people who believe in freedom and a multi-party system where citizens choose their governments, when we live in a free market economy and we are trying to put together economic efficiency and social cohesion, and autocratic regimes which support themselves with a clique of people who take advantage of the system, while the great majority of the people don't improve their living conditions.

All the war treasury that Putin is taking from gas payments doesn't go to increase the well-being of the Russian people. It goes to make his war machine more powerful.

— Tout l'argent qu'on verse pour payer le gaz et le pétrole russe ne sert pas à accroître le bien-être du peuple russe; il sert tout simplement à augmenter sa capacité militaire. Le moment est venu, je le pense vraiment et honnêtement, pour l'Europe de réfléchir sur elle-même: que voulons-nous être à l'avenir? Je pense que nous voulons être quelque chose de plus que ce que nous sommes aujourd'hui. Tel est le véritable défi auquel nous devons faire face durant les prochaines semaines, les prochains mois et les prochaines années. C'est pour cela aussi que la conférence sur l'avenir de l'Europe joue un rôle important.

President. – Thank you very much, High Representative. That concludes the debate.

Written statements (Rule 171)

Christine Anderson (ID), schriftlich. – Ich verurteile den Einmarsch Putins in die Ukraine, aber ich habe große Zweifel, dass die in dieser Entschließung gewählten Instrumente der richtige Weg sind. Wenn in Artikel 42 der Entschließung Maßnahmen begrüßt werden, die russische Sportler und Kulturschaffende betrifft, dann bin ich mir sicher, dass man hier die Falschen adressiert. Man fördert vielmehr ein weiteres Mal eine Spaltung der Gesellschaft und bewirkt im Hinblick auf die militärische Situation in der Ukraine nichts. Auch ein Ausstrahlungsverbot für russische Fernsender und der Ruf nach Onlinesperrung für sog. Kriegspropaganda scheinen mir zweifelhaft, ist der Bürger in den Mitgliedstaaten doch selbst intelligent genug, um mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln selbst zu entscheiden, was er richtig und was er falsch findet. Eine Bevormundung im Sinne einer Selektion durch die EU braucht es nicht. Und wer, wie die Kommissionspräsidentin von der Leyen in Absatz H in dieser Entschließung, den Beitritt der Ukraine zur EU fordert, der gießt noch zusätzliches Öl in diesen Konflikt, anstatt deeskalierend zu wirken und besonnen zu handeln. Wir werden mit diesen Sanktionen vor allem uns selbst treffen, denn wir benötigen Versorgungssicherheit und bezahlbare Preise. Genau das Gegenteil wird diese Entschließung mit sich bringen.

Andrus Ansip (Renew), *in writing*. – I fully support the resolution but it is not enough. I feel that I am also guilty for what is happening in Ukraine. We are heating our family house with the Russian natural gas. As we are paying a high price for Russian natural gas, we helped Putin to collect USD 600 billion as governmental sector reserves. And now he is using this money to kill innocent people in Ukraine.

It was a huge mistake to believe that Russian natural gas is needed for us as much as our money is needed for Russia and that such interdependence helps to build up democratic Russia. It is not enough to talk about sanctions against Russia. We have to fully isolate Russia and set an embargo on Russian crude oil and Russian natural gas. I believe there should be no international sports competitions with Russian sportsmen, No EU visas to Russian citizens and further. Full isolation is also costly for us but we have to remember – freedom is not free.

Andrea Bocskor (NI), *írásban*. – Hatodik napja tart a háború Ukrajna és Oroszország között. Elítélem az orosz agressziót, amelynek minél előbb véget kell vetni. Minden erőfeszítést, minden olyan lépést támogatnunk kell, amely a mielőbbi békét segíti elő, és sürgetnünk kell a feleket, hogy az emberi életek védelmében szülessen végre döntés. Az ukrajnai lakosság rettegett időket él, segítenünk kell azokat, akik az országban maradtak, és azokat is, akik kénytelenek voltak elhagyni szülőföldjüket! Fontos, hogy a humanitárius segélyek minél gyorsabban és egyszerűsített procedúrával el tudjanak jutni Ukrajnába, ez elengedhetetlen és sürgető.

Az Európai Unió határait pedig továbbra is nyitva kell tartani, hogy az emberek menedékre és biztonságra leljenek. Továbbá óriási aggodalmat kelt a Magyarország és a kárpátaljai magyarok ellen irányuló dezinformációs kampány, mely az ország legnyugatibb régiójában élő magyar kisebbség biztonságát veszélyezteti. Mindent meg kell tennünk, hogy ezt megszüntessük, ne veszélyeztesse senki a többetnikumú térség belső békességét! Akárcsak Magyarország, a kárpátaljai magyarok is támogatják Ukrajna szuverenitását és területi integritását, a békét szorgalmazzák és segítő kezet nyújtanak a régióba érkező menekülteknek nemzetiségétől függetlenül!

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), *na piśmie*. – 24 lutego rozpoczęła się rosyjska inwazja na Ukrainę. Tym samym Federacja Rosyjska, ze swoim prezydentem Władimirem Putinem na czele, zakwestionowała prawo tego państwa do niepodległości i złamała wcześniejsze gwarancje nienaruszalności jej granic. To pierwsza taka agresja od końca II wojny światowej. Pod sztandarem pokojowej interwencji Rosja atakuje obiekty i ludność cywilną, niemającą nic wspólnego z armią, która bohatersko broni ojczyzny. Rosyjskie rakiety ostrzeliwują nawet szpitale, szkoły czy konwoje sanitarne. Dobrze, że świat wreszcie te zbrodnie dostrzegł i odpowiada na nie. Oby nie skończyło się tylko na deklaracjach państw zachodnich, np. co do konieczności uniezależnienia się energetycznego od Rosji. Apelowaliśmy o to od dawna, ale ten głos był co najmniej ignorowany. Protestowaliśmy na długo przed uruchomieniem gazociągu Nord Stream w 2010 r., ostrzegaliśmy przed strategicznym niebezpieczeństwem, jakie stwarza dla Europy. Dziś Niemcy wciąż wahają się, czy porzucić projekt Nord Stream 2! Miejmy nadzieję, że ostatecznie rozwiane zostały wątpliwości, czyje zbrodnicze plany sponzoruje zakup rosyjskiego gazu, a potrzeba przemyślanej dywersyfikacji źródeł energii jest strategiczną koniecznością dla całej Unii Europejskiej. Dziś otwieramy szeroko granice Polski dla wszystkich szukających schronienia przed barbarzyństwem rosyjskiej armii, chylimy czoła przed bohaterskimi obrońcami ojczyzny i dokładamy wszelkich starań, by nie byli osamotnieni w swej walce o życie i wolność!

Sara Cerdas (S&D), *por escrito*. – O agravamento das hostilidades por parte do Presidente Vladimir Putin, que levaram à agressão militar pela Federação da Rússia, após as várias tentativas da comunidade internacional e da União Europeia de obter uma solução diplomática de diálogo, é absolutamente condenável. Verifica-se um total desrespeito pela soberania e integridade territorial da Ucrânia, colocando em causa os valores que subscrevemos na Carta das Nações Unidas de garantia da paz e segurança internacionais, consolidados pelo direito internacional e pelos direitos humanos.

Se, por um lado, devemos estar unidos na resposta aos ataques flagrantes que colocam em causa estes valores, por outro, devemos apoiar a Ucrânia a defender-se deste ataque injustificado. Precisamos de apoiar a crise de refugiados que aí se avizinha, nas fronteiras UE/Ucrânia, através de uma posição forte, coordenada e solidária, que ponha a vida das pessoas em primeiro lugar.

A UE e os seus Estados-Membros devem, por isso, demonstrar total apoio às comunidades ucranianas e luso-ucranianas, tal como já reagiu Portugal. O despoletar de uma guerra terá um grande impacto na nossa sociedade e economia, em diferentes setores, como é o caso do turismo, motivo pelo qual a UE deve antecipar o apoio aos setores que serão mais afetados.

Josianne Cutajar (S&D), *in writing*. – The unprovoked invasion of Ukraine by the Russian Federation casts a dark shadow from the past over Europe; a shadow we must counter. Mr Putin thought the EU would be paralysed by its internal divisions. This was not the case. We are responding united, backed by the free world. We are responding without violence but with sanctions. War cannot lead to anything good! The protests throughout Russian cities show that this war is the desire of few against the will of many. By all means, Europe needs to support Ukrainian and innocent Russian people. Let us back them however we can. Let us not forget about them when the novelty of the news fades in a month or two. Human rights and international law and order must be respected and defended.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Tisztelt Képviselőtársaim! Az álhírek és félreértések elkerülése érdekében fontosnak tartom, hogy tények alapján értelmezzük az ukrajnai háborús helyzetet. Magyarország teljességgel elítéli Ukrajna megtámadását és kiáll az ország szuverenitása mellett. Hazánk az EU és a NATO tagjaként támogat a béke helyreállítását célzó minden közös uniós erőfeszítést. Magyarország hozzájárult az Európai Békekeret aktiválásához, amely lehetővé teszi az Ukrajnának történő fegyverszállítást.

A magyar Kormány továbbá egyetértett az Oroszországgal szembeni összes közös uniós szankcióval. Mindemellett Magyarország támogatja, hogy Ukrajna mielőbb kapjon tagjelölt státuszt az Unióban. A humanitárius helyzetet tekintve a hivatalos adatok szerint eddig több mint 80 ezer menekült érkezett Ukrajnából Magyarországra. Minden idők egyik legnagyobb humanitárius csomagját mozgósítva, Magyarország 600 millió forint értékű segélyt, köztük vizet, élelmiszert, babaápolási és higiéniai termékeket küldött Ukrajna kárpátjai régiójába, hogy segítsen elkerülni a humanitárius katasztrófát. Az első magyar segélyszállítmány Ukrajnába már a hétvége folyamán megérkezett, amely 28 tonna élelmiszert és 100 ezer liter járműüzemanyagot tartalmazott.

A Magyar Honvédség előrejelzései szerint akár 600 ezer menekült érkezésére is számíthatunk a magyar-ukrán határon. A hatóságok a humanitárius szervezetekkel és a polgárokkal karöltve folyamatosan gondoskodnak a napi több ezer ukrajnai menekültől. Az egység és a befogadási kultúra példátlan idejét éljük tehát a térségünkben. Köszönet minden ebben résztvevőnek.

Patryk Jaki (ECR), *na piśmie*. – Polska od początku jednoznacznie popierała Ukrainę. Nie mieliśmy nigdy wątpliwości, jak należy postępować. Polacy w takich przypadkach nie kalkulują, nie trzeba na nas wywierać presji. Przyzwoitość nakazuje w takich sytuacjach przeciwstawić się niczym nieuzasadnionej agresji. Od wielu lat rząd Zjednoczonej Prawicy ostrzegał zachodnie państwa przed uzależnieniem od surowców z Rosji. Federacja Rosyjska w ostatnim czasie zaczęła to uzależnienie wykorzystywać politycznie, ograniczając dostawy gazu i windując jego ceny. Wiele państw UE na początku bało się stanowczo zareagować na rosyjską agresję na Ukrainę. Cieszę się, że dzisiaj jesteśmy zjednoczeni. Zdecydowanie, jako Unia Europejska, potępiamy zbrodnie wojenne popełniane przez rosyjskie wojska oraz ataki na infrastrukturę i ludność cywilną, ale przede wszystkim wspieramy Ukrainę nie tylko słowami i hełmami – również w formie amunicji, broni oraz sprzętu bojowego, a także pomocy humanitarnej. Polska przyjęła już setki tysięcy uchodźców z Ukrainy i przyjmie z otwartymi rękami kolejnych, jako naród pamiętamy, czym jest wojna i staniemy na wysokości zadania. Mam także nadzieję, że obecna sytuacja doprowadzi UE do refleksji i ograniczy nieuzasadnione ataki na mój kraj.

Krzysztof Jurgiel (ECR), *na piśmie*. – W dniu 24 lutego 2022 r. rosyjskie wojska zaatakowały Ukrainę. Jest to kolejny tragiczny dzień, który na zawsze zapisze się w historii Europy, będącej przez wieki obszarem licznych wojen i konfliktów. Tym razem wróg ponownie natarł ze Wschodu, zupełnie jak w 1920 roku, kiedy to heroizmem wykazała się ludność Polski walczącej z bolszewikami o niepodległość Europy. Dziś naród ukraiński, wykazując się ogromną odwagą oraz bohaterstwem, podobnie jak kiedyś Polacy, walczy nie tylko o przyszłość swoją, ale całej Europy.

Ważne są deklaracje Unii Europejskiej. Popieram działania mówiące o przyjęciu surowych sankcji przeciwko systemowi finansowemu Rosji, jej przemysłowi oraz skorumpowanym elitom finansowym. Popieram odłączenie kluczowych rosyjskich banków od sieci SWIFT, zablokowanie transakcji rosyjskiego banku centralnego, co sparaliżuje miliardy rosyjskich rezerw walutowych. Również zamrażanie miliardowych majątków nieuczciwie zdobytych przez rosyjskich oligarchów uważam za niezbędne, a środki te powinny być przeznaczone na odbudowę zniszczonej Ukrainy. Ważne są zapowiedzi Ursuli von der Leyen zmierzające do zmniejszenia zależności od importu rosyjskich surowców (w tym gazu) oraz do przemyślanej dywersyfikacji dotychczasowych źródeł importu, dzięki czemu putinowski reżim straci ogromne środki finansowe, które dotychczas przeznaczał na zbrojenia. Budowany przez Polskę gazociąg Baltic Pipe pokazuje, że niezależenie od rosyjskiego gazu jest możliwe, potrzeba jedynie mądrych i zdecydowanych decyzji.

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie*. – Dziś, kiedy bomby spadają na Ukrainę w wyniku barbarzyńskiej napaści Rosji, wypada zadać pytanie: czy Zachód wyciągnął właściwe wnioski z historii?

Kiedy w 2008 roku Rosja zaatakowała Gruzję prezydent Rzeczypospolitej Polskiej Lech Kaczyński przybył 12 sierpnia tamtego roku do stolicy Gruzji Tbilisi. Sprzeciwił się w ten sposób rosyjskiej agresji, a jego przemówienie okazało się prorocze dla późniejszych losów wschodniej części Europy. „I my świetnie wiemy, że dziś Gruzja, jutro Ukraina, pojutrze państwa bałtyckie, a później może i czas na mój kraj, na Polskę” przestrzegął.

1 września 2009 roku prezydent Lech Kaczyński wziął udział w obchodach 70. rocznicy wybuchu II wojny światowej na Westerplatte. Wśród gości byli między innymi Władimir Putin, premier Federacji Rosyjskiej, i Angela Merkel, kanclerz Niemiec. „Imperializmowi nie wolno ustępować, nie wolno ustępować nawet skłonnościom neoimperialnym” podkreślił prezydent Lech Kaczyński. Przypomniął również o porozumieniu zawartym podczas konferencji w Monachium. Kraje zachodnie zgodziły się wtedy na przyłączenie części ziem Czechosłowacji do granic III Rzeszy.

Z Monachium trzeba wyciągnąć wnioski, imperializmowi nie wolno ustępować. Czy Donbas i Krym to nie drugie Monachium? Najwyższa cena, którą dziś płaci Ukraina, to jednak konsekwencja ustępstw i kunktatorskiej polityki Zachodu, polityki igrania z diabłem. Teraz musimy po prostu wygrać tę wojnę.

Eva Maydell (PPE), *in writing*. – Information is power, and whoever controls the narrative controls the people. I call on the Commission to convene a summit between social media platforms and regulators from both sides of the Atlantic to discuss further actions that platforms could take to tackle disinformation surrounding the Russian invasion.

However, with the stakes being as high as they can get during a war, the Kremlin's cyber army is likely to go beyond spreading fear and confusion online. We cannot exclude a full-scale online attack on critical European infrastructure – energy, financial, defence, transport and telecommunications – aiming to wreak havoc and kill. Are we ready to protect our power plants and energy transmission network, our banking or transport navigation systems from an complex outright cyberattack? We should come with initiatives at EU level to take the cyber threats as serious as those from tanks and missiles.

Alin Mituța (Renew), *în scris*. – Trăim momente cum nu credeam că vom mai trăi în Europa. O țară suverană este invadată brutal de un alt stat în numele revizionismului istoric și al dorinței unui despot de a controla destinele unor oameni care își doresc să fie liberi. Nu putem să stăm deoparte când vedem victimele nebunii criminalului de război Vladimir Putin. Trebuie să facem tot ce depinde de noi pentru a sprijini rezistența admirabilă a poporului ucrainean în fața agresiunii Kremlinului. De aceea susțin rezoluția PE privind agresiunea Rusiei în Ucraina și acceptarea cererii Ucrainei de a adera la Uniunea Europeană, și deci acordarea rapidă a statutului de stat candidat la aderarea la Uniunea Europeană. Pe lângă asta, este nevoie de sancțiuni severe pentru a afecta suficient economia Rusiei, pentru a gripa mașinăria de război dezlanțuită de Moscova. De asemenea, Uniunea Europeană trebuie să protejeze oamenii care fug din calea războiului. De aceea este foarte importantă activarea Directivei privind protecția temporară a refugiaților, astfel încât cetățenii ucraineni să beneficieze de acces imediat la protecție europeană.

Janina Ochojska (PPE), *na piśmie*. – Ukraińcy pokazali całemu światu swoją odwagę i determinację w bronienu swojej ziemi, rodzin i dzieci. Większość z nas jest zgodna co do tego, że Ukraina potrzebuje naszego wsparcia. Zgadzam się, ale jednocześnie chciałabym doprecyzować, jakiego rodzaju pomoc jest potrzebna i absolutnie niezbędna.

Przede wszystkim przestaniemy kupować rosyjski węgiel, z zakupu którego finansowana jest wojna przeciwko Ukrainie. Następnie przerwijmy swoją zależność energetyczną od Rosji. Każdego dnia miliony euro z zakupu gazu trafiają do budżetu Federacji Rosyjskiej. Ostatnie dni wyraźnie pokazały, że nie możemy polegać na współpracy i deklaracjach Putina, bo one bardzo często pozostają bez pokrycia. Europa musi pokazać, że jest niezależna i nie będzie szantażowana.

Dodatkowo wzywam do całkowitego zamknięcia przestrzeni powietrznej nad Ukrainą. Wzywam do umożliwienia dostarczenia pomocy humanitarnej cywilom, którzy znaleźli się w strefie okupacji i od kilku dni nie mają dostępu do wody, elektryczności i podstawowych produktów spożywczych. Następnie wspierajmy Ukraińców i osoby, które chcą wyjechać z piekła wojny, uciekając przed bombami, niezależnie od wyznania, pochodzenia czy koloru skóry. Wojna przeraża wszystkich niezależnie od wyglądu czy przynależności.

Urmas Paet (Renew), *kirjalikult.* – Venemaa sõda Ukraina vastu on sõjakuritegu. Venemaa kasutab Ukrainas kõikvõimalikke sõjarelvi ning ähvardab maailma tuumapommiga, sihtmärgiks on lisaks strateegilistele rajatistele ja Ukraina sõjaväele veel elumajad, lasteasutused ja muud tavarajatised. Euroopa Liit, USA ja paljud teised demokraatlikud riigid otsustasid kehtestada isiklikud sanktsioonid Vene sõjalaagatajast presidendi Putini ja tema välisministri Lavrovi vastu. Neid peetakse üheselt ja isiklikult vastutavaks rahvusvahelise õiguse ränga rikkumise eest Ukrainas. Tugevate sanktsioonide all on Venemaa tippjuhtkond. Rubla on drastiliselt kaotanud väärtust ning pikas perspektiivis saab vene majandus tugeva löögi.

Lukašenka Valgevene on kaotanud igasuguse iseseisvuse – Lukašenka teeb, mida Putin tahab. Täna alustasid ka Valgevene väed rünnakut Ukraina vastu. Sisuliselt on Putin saavutanud Valgevene režiimi üle täieliku kontrolli. Demokraatlik maailm peab veel oluliselt rohkem pingutama, et see putinism läbi ei läheks. Lähipäeval saab peamiseks sihtmärgiks Kiiev ja selle vallutamine. On selge, et see nõuab palju tsiviilohvreid ja Ukraina vastupanuvõime kestus on teadmata. Euroopa julgeolekus on saanud alguse uus ajastu.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne.* – Európska únia sa dnešným hlasovaním rozhodla jednoznačne preukázať svoju pozíciu v otázke ruskej agresie. Ukrajina ako samostatný, zvrchovaný štát nemôže byť napádaná svojím susedom, bez ohľadu na jeho domnelé teritoriálne nároky. Taktiež je neprijateľné, aby táto agresia bola ospravedlňovaná a to pod akoukoľvek zámienkou, ktorú Kreml ponúka. Jednota a solidarita, ktorú ponúka EÚ svojmu susedovi, vysíla jasný signál v podobe výrazného posilnenia sankcií, odpojenia kľúčových ruských bánk od platobného systému SWIFT a predovšetkým udeľením štatútu kandidátskej krajiny na vstup do EÚ. Je potrebné zdôrazniť, že Ukrajina v súčasnej dobe odvážne bojuje nielen za slobodu a demokraciu vo svojej krajine, ale aj v celej Európe.

Bettina Vollath (S&D), *schriftlich.* – Die russische Aggression gegen die Ukraine ist ein sehr trauriger Moment unserer Geschichte. Sie verstößt nicht nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen die Würde und das Recht auf ein Leben in Frieden der ukrainischen Bevölkerung. Als Europäer*innen ist es unsere Verantwortung, die Ukraine im bestehenden Rahmen bestmöglich zu unterstützen. Meine Kolleg*innen im Europäischen Parlament und ich schicken daher eine klare Nachricht: Die Aggressionen Russlands müssen konsequent bestraft werden. In der verabschiedeten Entschließung des Sonderplenums des Europäischen Parlaments betonen wir, dass die Invasion Russlands in die Ukraine für die Europäische Gemeinschaft inakzeptabel ist und nun alle Register zu ziehen sind. Wir unterstützen wirksame Sanktionen, die Putin zeigen, dass seine völkerrechtswidrigen kriegerischen Handlungen sofort zu beenden sind. Dies beinhaltet auch den sofortigen Ausschluss von Russland vom SWIFT-Zahlungssystem. Die Menschen in der Ukraine müssen wissen, dass wir bedingungslos auf ihrer Seite stehen und sie nicht alleine lassen. Die Aufnahme von Geflüchteten dürfen keine leeren Worte bleiben, sondern sie ist sofort und für alle Menschen zu organisieren. Zu lange haben wir bezüglich Russlands gezögert, nun muss es darum gehen, uns von Abhängigkeiten zu lösen und damit auch die Destabilisierung unserer europäischen Werte Demokratie, Freiheitsrechte und Rechtsstaatlichkeit nicht länger zuzulassen.

Anna Zalewska (ECR), *na piśmie.* – W Europie, w XXI wieku trwa wojna. To, co jeszcze kilka dni temu było niewyobrażalne, stało się faktem. Rosyjski agresor zabija ludzi, w tym matki i dzieci, niszczy miasta, grozi i szantażuje. Żąda, by Ukraina przestała być niepodległym państwem. Świat stanął w obronie demokratycznego kraju. To nie tylko sankcje, broń, ale również wsparcie na arenie międzynarodowej. Polska w ciągu kilku dni przyjęła około 400 tysięcy osób uciekających przed śmiercią.

Musimy słuchać Ukrainy i przygotować się do nowej geopolitycznej rzeczywistości już dzisiaj. Nie tylko powinniśmy rozpocząć procedury włączające Ukrainę do struktur Unii Europejskiej, ale również na nowo ustalić politykę energetyczną Europy. Trzeba natychmiast zatrzymać prace nad pakietem „Fit for 55”, którego osią jest Nord Stream II i Nord Stream I. Po odrzuceniu tej koncepcji konieczne jest wspólne działanie wszystkich państw członkowskich na rzecz bezpieczeństwa energetycznego, które, jak boleśnie się dzisiaj okazało, jest gwarantem pokoju.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito.* – A invasão da Ucrânia pela Federação Russa, para além da anexação territorial, é uma anexação político-ideológica intolerável, como aquela que já foi consumada noutros territórios limítrofes e tem sido tentada noutras latitudes através da desinformação, dos ciberataques e do financiamento de forças políticas extremistas e desestabilizadoras.

A sessão plenária do Parlamento Europeu e a resolução nela debatida e aprovada reforçam a ação das instituições europeias e dos seus Estados-Membros, que têm sido firmes a apoiar a Ucrânia de forma articulada, unida e proporcionada, enviando equipamento de defesa, retaliando sobre o invasor de forma a atingir os principais responsáveis, evitando escalar a guerra para patamares em que já não há vencedores nem vencidos e reforçando as suas redes de segurança e defesa, em cooperação com a NATO e outros países aliados e garantindo o apoio humanitário, incluindo o acolhimento e inserção dos refugiados de guerra.

Realço que o povo português e o seu Governo têm estado na primeira linha da solidariedade com o povo ucraniano, uma solidariedade que cresce por toda a Europa e pelo globo e alimenta a esperança de que se encontre uma solução de paz para a brutal ameaça com que o mundo está confrontado.

12. Zweite Abstimmungsrunde

(The vote opened at 15.30)

President. – The vote is already open and will be open until 16.15.

I now invite all colleagues to ensure there are many people in the esplanade for our address. I am looking forward to that.

(The sitting was suspended at 15.51)

13. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 17.17)

14. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

President. – Good afternoon, I would like to announce the result of the vote on the resolution on Russian aggression against Ukraine.

In the vote on the resolution as a whole, 676 Members voted. 637 Members voted in favour. There were 13 votes against and 26 abstentions. So the resolution is adopted.

15. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

16. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

17. Genehmigung des Protokolls der laufenden Sitzung und Übermittlung der angenommenen Texte

President. – The minutes of today's sitting will be submitted to Parliament for approval at the beginning of our next sitting.

If there are no objections, I shall forward the resolution adopted to the persons and bodies named in the resolution.

18. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**19. Schluss der Sitzung**

(The sitting closed at 17.19)

20. Unterbrechung der Sitzungsperiode

President. – I declare adjourned the session of the European Parliament.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5691

26.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 7. MÄRZ 2022

(C/2024/5691)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2021-2022

Sitzung vom 7. März 2022

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärung des Präsidenten	3
4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	4
5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	4
6. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)	4
7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)	4
8. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	4
9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5

Inhalt	Seite
11. Arbeitsplan	5
12. Umsetzung der Kohäsionspolitik 2021-2027 (Aussprache)	5
13. Programme zum Erwerb einer Staatsbürgerschaft oder von Aufenthaltsrechten im Gegenzug für Investitionen (Aussprache)	17
14. Schrumpfender Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft in der EU (Aussprache)	29
15. Bedeutung von Kultur, Bildung, Medien und Sport für die Bekämpfung von Rassismus (Aussprache)	39
16. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	52
17. Kohäsionspolitik: Verringerung von Unterschieden bei der Gesundheitsversorgung und Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich (kurze Darstellung)	52
18. Kohäsionspolitik: Förderung eines innovativen und intelligenten Wandels und der regionalen IKT-Konnektivität (kurze Darstellung)	54
19. Einbindung der Bürger: das Petitionsrecht, das Recht, sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden, und die Europäische Bürgerinitiative (kurze Darstellung)	57
20. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	58
21. Tagesordnung der nächsten Sitzung	63
22. Schluss der Sitzung	63
23. Schluss der Sitzungsperiode	64

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 7. MÄRZ 2022

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

President. – I declare resumed the session of the European Parliament adjourned on Tuesday, 1 March 2022.

2. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 17.00)

3. Erklärung des Präsidenten

President. – Dear colleagues, we are here again as the shelling of Ukraine continues unabated. The price of Putin's illegal invasion can be measured in civilian casualties and the upending of the democratic world order. Our outrage grows with every shell that is fired, as does the Ukrainian defiance and our peoples' solidarity.

Our cities and our governments have put European values into practice by welcoming more than a million Ukrainians fleeing the Kremlin's tanks. People have taken to the streets all around the globe, including in Russia, to condemn Putin's invasion, to tell the Kremlin aggressors to stop the killing. To demand freedom. To demand that the voices of Ukrainian children are no longer drowned out by the sound of Putin's bombs.

Much of Putin's propaganda claims that we are somehow anti-Russian. Nothing is further from the truth. We recognise the immense courage it takes to stand up. We know the Russia of Navalny, of Nemtsov, of Magnitsky, of the thousands jailed over the last days. And our message is this: Putin does not equal Russia.

Brave citizens of Russia, despite the threat of jail and the brutal crackdown, continue to stand up. They are the peace-makers. Handwritten placards with peace signs and anti-war slogans today are enough to merit people being detained. There are reports of more than 13 000 people in 147 Russian cities being held for speaking against the invasion. Only yesterday, 4 500 people were detained: Russians standing up under the toughest of conditions, showing the world that the true face of Russia does not have to be Putin's. Those brave people can today face up to 15 years in prison, according to the two laws brought into force in Russia on 4 March, criminalising not only those protesting against the war, but also informing about the war, contrary to the official information given by the Russian authorities.

Putin will find that the truth is not easily suppressed, and I want to express our solidarity with all peaceful anti-invasion protesters in Russia and applaud their courage to stand up publicly.

So on behalf of the European Parliament, I call on the Russian authorities to free all those unjustly jailed, to allow the freedom of expression. I call on the Russian authorities to stop intimidating protesters and release immediately all those who are detained.

4. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

President. – The minutes and the texts adopted at the sitting of 1 March 2022 are available.

I take it there are no comments.

(The minutes of the previous sitting were approved)

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

President. – The S&D Group has notified me of decisions relating to changes to appointments within the delegations, and those decisions will be set out in the minutes of today's sitting and shall take effect on the date of this announcement.

6. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)

President. – The PECH Committee has decided to enter into interinstitutional negotiations pursuant to Rule 71(1). The report, which constitutes the mandate for the negotiations, is available on the plenary webpage and its title will be published in the minutes of the sitting.

Pursuant to Rule 71(2), Members or political groups reaching at least the medium threshold may request in writing by tomorrow, Tuesday 8 March at midnight, that the decision to enter into negotiations be put to the vote.

If no request for a vote in Parliament on the decision to enter into negotiations is made within the deadline I just mentioned, the committee may start the negotiations.

7. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 79 GO)

President. – I would also like to inform you that, since the adjournment of Parliament's session on 17 February 2022, I have signed, together with the President of the Council, three acts adopted under the ordinary legislative procedure in accordance with Rule 79.

I would also like to inform you that on Wednesday I shall sign, together with the President of the Council, one act adopted under the ordinary legislative procedure.

The titles of the acts will be published in the minutes of this sitting.

8. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

11. Arbeitsplan

President. – Following consultations with the political groups, I wish to put to the House the following proposal for changes to the final draft agenda:

The report by our colleague Ms Toom on EU Citizenship Report 2020 is moved to Wednesday afternoon as the last item. Based on the number of amendments received, we would declare that the second voting session is cancelled.

Finally, I would like to inform you that the votes are distributed along different voting sessions taking into account the number of amendments tabled and the number of requests for split and separate votes. Please note also that this distribution could be still subject to changes.

The relevant information concerning the distribution of votes is available on the website of the European Parliament under the section entitled 'Priority information and documents'.

The agenda is therefore adopted and the order of business is thus established.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA

varapuhemies

12. Umsetzung der Kohäsionspolitik 2021-2027 (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana keskustelu Younous Omarjeen aluekehitysvaliokunnan puolesta komissiolle laatimasta suullisesti vastattavasta kysymyksestä koheesiopolitiikan 2021-2027 täytäntöönpanosta (O-000002/2022 – B9-0006/2022) (2022/2527(RSP)).

Jäseniä muistutetaan, että tällä istuntojaksolla keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä puheenvuoroja eikä sini-sen kortin kysymyksiä hyväksytä.

Huomautan vielä, että viimeaikaisten istuntojaksojen tapaan puheenvuoroja on mahdollista käyttää etäyhteydellä jäsen-valtioiden yhteistoimistoista.

Muistutan myös, että istuntosalissa puheenvuorot käytetään edelleen istuntosalin keskellä olevalta puhujakorokkeelta. Kehotankin teitä seuraamaan puhujalistaa ja siirtymään puhujakorokkeen lähelle, kun puheajan on alkamassa.

Younous Omarjee, auteur. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, mes chers collègues, avant d'évoquer notre question orale, je veux ici dire, au nom de toute notre commission du développement régional, notre solidarité pleine et sans faille avec le peuple ukrainien. Notre solidarité est aussi totale avec les Polonais, les Slovaques, les Roumains, les Hongrois, les Moldaves qui partagent une frontière physique avec l'Ukraine et sont aux avant-postes pour accueillir aujourd'hui les réfugiés ukrainiens qui fuient cette guerre ignoble et les bombes du Kremlin.

Nous sommes face, mes chers collègues, à l'un des mouvements de population les plus importants de toute l'histoire de l'Europe. En quelques jours, ce sont plus d'un million et demi de réfugiés qui sont sur les routes. C'est pourquoi notre solidarité doit être concrète. L'Europe et la politique de cohésion doivent répondre présent et faire la preuve de leur capacité à apporter maintenant un soutien supplémentaire à ces pays.

C'est pourquoi, Madame la Commissaire, je me félicite des propositions que vous avez l'intention de mettre sur la table. À la suite des discussions que nous avons eues ensemble au Conseil informel à Rouen ainsi qu'à Marseille, je vous confirme que notre commission du développement régional se tient prête, si cela s'avérerait nécessaire, pour une modification des règlements de la cohésion afin de faciliter et de permettre de financer immédiatement le soutien aux villes et aux régions qui accueillent les réfugiés et de financer aussi le soutien aux réfugiés ukrainiens.

Nonobstant cette urgence, nous sommes inquiets pour la politique de cohésion, et c'est l'objet de notre question. Car deux ans après l'adoption des règlements, la politique de cohésion 2021-2027 n'a pas encore démarré et presque aucun accord de partenariat n'a été validé. Nous avons le devoir d'agir pour que cette programmation soit une réussite et nous espérons que les programmes seront opérationnels dans les régions et sur le terrain avant la fin de cette année.

Cette situation nous inquiète d'autant plus, Madame la Commissaire, que partout en Europe les plans de relance sont déployés dans les régions en concurrence, et non pas en cohérence, avec les règlements traditionnels. Et là où il y a des abus, les États doivent être maintenant rappelés à l'ordre et au strict respect des objectifs de la politique de cohésion auxquels ils sont tenus par les règlements.

Bien sûr, il faut faire face à l'urgence de la relance. C'est absolument nécessaire, mais il est aussi impératif d'engager des programmes pour le maintien des objectifs de long terme et plus que jamais, mes chers collègues, la mise en œuvre du FEDER est d'une urgente nécessité, notamment au regard des objectifs de l'accord de Paris et de l'objectif d'autonomie énergétique de l'Europe – plus que jamais nécessaire, d'ailleurs, si nous voulons nous libérer des dépendances extérieures, notamment de la Russie.

La nouvelle politique de cohésion doit donc pouvoir se déployer partout en Europe avant la fin de cette année. C'est le message de notre commission REGI et c'est aussi, je veux le dire, la préoccupation du Comité des régions. C'est pourquoi nous attendons des réponses aux questions suivantes.

Premièrement, quel est à ce jour l'état d'avancement des accords de partenariat et des programmes de cohésion quant à leur présentation et à leur approbation? Sont-ils plus ou moins avancés qu'au même stade de la période de programmation 2014-2020?

Deuxièmement, quel est à ce jour le délai moyen d'approbation des accords de partenariat et des programmes? De plus, quand la Commission envisage-t-elle de transférer les premiers paiements intermédiaires?

Troisièmement, la Commission continue-t-elle de partager la position du commissaire Hahn, qui a déclaré – vous vous en souvenez –, en octobre 2021, que la quasi-totalité de la dotation budgétaire de 2021 devrait être reprogrammée pour les années suivantes?

Quatrièmement, quelles mesures la Commission envisage-t-elle de prendre pour éviter le risque considérable de sous-exécution des Fonds?

Enfin, Madame la Commissaire, vous connaissez l'attachement du Parlement européen au principe de partenariat. Aussi, nous voulons savoir comment la Commission veille au respect et à la mise en œuvre par les États du principe de partenariat et, par là, de la consultation absolument nécessaire de tous les acteurs locaux et de la société civile. C'est ce que nous avons voulu dans les négociations et c'est ce que nous avons obtenu.

Pour conclure, Madame la Commissaire, je voudrais vous dire que vous êtes la garante des accords débattus, discutés, négociés avec vous et les États membres dans les trilogues. C'est pourquoi nous vous demandons – et nous savons pouvoir compter sur vous – de faire en sorte que les États membres et les régions respectent les accords trouvés et les règles convenues qui nous obligent tous à présent.

Elisa Ferreira, Member of the Commission. – Madam President, dear Chair Omarjee, honourable Members, in fact, in a yet more challenging time than any of us could have imagined, when the horror of war is ravaging European soil, Europe is acting and it's acting more united and with more determination than ever before. Answering directly your call, tomorrow I hope the Commission will demonstrate again that cohesion policy can act fast in such situations, supporting our regions and Member States in welcoming the increasing number of people fleeing the conflict.

But meanwhile, our structural long-term work does not stop, and finalising the 2021-2027 cohesion programming remains, in fact, a top priority. We started the preparation very early, already in 2019, and our expectation sincerely was that all the programmes would be ready by the end of 2020. As you know, the pandemic crisis affected every aspect of private and public life, and the Commission had to come up with new proposals. And now, how far behind are we?

From previous MFF periods, at this point in time, it is true that almost all programmes had been submitted. In contrast today, we have adopted one partnership agreement, that of Greece. Twelve Member States have formally submitted theirs, together with a little over 100 draft programmes. However, it's impossible to draw a comparison between the world of yesterday and the world of today, as we all know. In the last year, Member States focused, and rightly so, on the programming and delivering of CRIL, of REACT and of the Recovery and Resilience Instrument. And in fact now I fully concur with this Parliament that in this difficult context, we must not lose sight of ensuring stable regional policy and investment in the long term.

So, let's note very quickly two or three topics. First, let's focus on what can be done on the ground. Delay in formal submission does not mean absence of resources. At this moment, Member States have funds, both from CRIL 2014-2020 and REACT-EU.

Second, it should not prevent the implementation of projects to start already because, as you know, expenditure is already eligible from 1 January this year, provided that the programming tests accommodate them.

Third, no amount will be lost – and here I answer directly your question – due to the delay in 2021. We have reallocated the 2021 money to the years 2022 to 2025. But, in 2022, we no longer have this luxury, so we cannot afford further delay.

Fourth, once programmes are in place, the Commission has both soft and regulatory tools to help reduce implementation risks, and the risks of de-commitment. We'll follow implementation almost in real time.

Let me stress two more elements. Programme quality: cohesion programmes matter more than ever before, so quality is at the centre of our concerns, and they matter for a green and digital transition for all regions. I urge Member States to send fully mature, high-quality and pre-agreed programmes in full compliance, namely with the Charter of Fundamental Rights. And second, partnership: partnership – the evidence here is clear – successful programmes have strong partnerships, so we'll monitor compliance with the Code of Conduct of Partnership.

We will also encourage the full use of community-led local development, which is a true agent of change at local level, empowering people to be in charge of their own development strategies. This is the situation; the pandemic and the ensuing crisis put us behind. We are pursuing an ambitious recovery plan for Europe. We are facing a humanitarian and geopolitical challenge that we consider unthinkable. And in the midst of all this, we must ensure the cohesion policy continues to support a resilient, cohesive, long-term approach. This is our belief, and we believe that it is also the belief and interest of you, the European Parliament, and our European citizens. So thank you very much. We are together in this concern and in this objective.

Андрей Новаков, от името на групата PPE. – Г-жо Председател, г-жо Комисар, уважаеми колеги, в ръцете си държа буквара на европейската кохезионна политика – 706 страници правила за това как функционират европейските структурни и инвестиционни фондове. В тях много добре е предвидено какво се прави в момент на криза – тогава, когато Европейският съюз е злят от вълна от бежанци. Знам добре това, защото в тези 705 страници заедно с Констанце Крел и с друг голям екип от хора посветихме две години от животите си, за да бъдат те приети.

Бедата е там, че кохезионната политика в момента не работи заради бездействието на държавите членки, а и заради това, че ние безучастно наблюдаваме тяхното бездействие. Оказва се обаче, че мерилото за лидерство са конкретните и бързи действия. Липсата на такива действия подарява лидерството на другите. *(председателстващата прекъсва оратора)*

President. – Could we please just have a small pause? We have an issue with the interpretation.

Andrey Novakov, on behalf of the PPE Group. – I can continue in English until interpretation is available. So, I'll start from the very beginning.

You already saw the book that I showed you. I said, this is the alphabet of European cohesion policy. And I know this very well because with a large group of colleagues, along with Constanze Krehl, we dedicated three years of our lives to participating in adoption of those ...

(interrupted by the President)

President. – This is not personal, but there are a number of languages involved, not just English and your language. So please wait a little bit, we will fix the problem, and we will not steal any speaking time from you.

Andrey Novakov, on behalf of the PPE Group. – I knew that at some point in my career I would end up in front of the plenary without knowing what to say. And I have to say that even knowing that for so long, it didn't prepare me well for this. But I can assure you that the situation is such that even such moments could not break our will to support our neighbours ...

(Interruption by President)

President. – Colleague, please you can continue.

Andrey Novakov, on behalf of the PPE Group. – Which language, Madam?

President. – Your own language, whichever language you want. As you know we are a multilingual Parliament.

Андрей Новаков, от името на групата PPE. – В себе си държа книгата, която е в основата на европейската кохезионна политика, както вече казах. Бедата е там, че тази политика в момента не работи и ни трябва ясни и конкретни действия. Трябва да направим така... *(председателят прекъсва оратора)*

I can send my speech in writing. I can use the services of Parliament to send it in 24 different languages, if that is going to help. But, Madam President, I would like to ask you to indicate to me when I can continue with my speech.

I will continue in English, then and we will see how the interpretation goes, but that goes so far, anyway. Good.

Надявам се, че на български също ме разбирате и чувате добре това което ще кажа, а то е, че не можем да си позволим повече забавяния като това в момента. Без значение дали има превод или не, без значение дали разбирате добре това което казвам, знам че разбирате това, което трябва да направим.

Ние българите обичаме да казваме, че съседът е част от семейството, а на семейството се помага винаги. Над милион бежанци в момента от Украйна са на територията на Полша, Унгария, Словакия, Румъния и България. Имаме достатъчно спящи пари по кохезионната политика, които в момента не използваме. Призовавам за спешни действия – Европейската комисия да създаде незабавно инструмент, с който да подкрепи всяка държава, която приема украински бежанци. Само тогава ще покажем, че зад приказките стоят действия, че вярваме в това, което правим и че можем да бъдем единни в този труден момент. Тогава, когато целият свят гледа нас.

Както виждате, няма бежанци, които да избират други държави отвъд океана. Всеки път, при всяка криза Европа е първата, която оказва помощ. Нямаме право да се извиняваме, че не сме били готови за кризи. Кога сме били? Нима по време на гръцката дългова криза, на бежанската криза преди това, нима бяхме готови за Корона кризата? Но това са моменти, след които се изправяме все по-силни и аз вярвам, че без значение колко пъти спрем преводът, всички тук сме били заедно и сме се разбрали за това, че не можем да останем настрана да гледаме как едни държави поемат тежестта за целия Съюз.

Европа трябва да действа незабавно. Европейската комисия трябва да създаде незабавна инициатива, с която да подкрепи всяка държава, която приема бежанци в момента. Имаме пари. Трябва ни воля да ги използваме.

President. – Thank you, colleague. I also thank you for speaking so slowly and clearly so that the interpreters will get the message across to even the Finnish language and English language and all the languages.

Constanze Krehl, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Als Erstes möchte ich die Gelegenheit nutzen, dass ich selbstverständlich der Kommission Unterstützung zusagen möchte, wenn Vorschläge kommen, dass wir Städte und Gemeinden, die Flüchtlinge aus der Ukraine, aus dem Kriegsgebiet aufnehmen, unterstützen.

Ich glaube, das Europäische Parlament hat in den letzten Jahren nicht nur einmal nachgewiesen, dass wir schnell und flexibel arbeiten können, wenn es darum geht, neue Herausforderungen anzunehmen. Das haben wir in der Corona-Pandemie gezeigt, als es darum ging, CRII und CRII+ zu verabschieden, als es darum ging, REACT-EU zu erfinden und auch formal zu bestätigen. Das hat es auch gegeben, als wir schnell gearbeitet haben, um den Fonds für einen gerechten Übergang zu bearbeiten und dann auch zu verabschieden.

Allerdings gibt es auch Herausforderungen, die wir nur gemeinsam bewältigen können und wo es im Moment ein wenig hakt. Wir schreiben den März 2022. Die Förderperiode für die europäische Kohäsionspolitik sollte eigentlich schon ein reichliches Jahr arbeiten. Natürlich sind wir aufgrund der Pandemie bei den Verhandlungen verzögert worden, und es hat bis zum Februar 2021 gedauert, bis wir die Trilogie verabschiedet haben. Wenn man das noch mal Revue passieren lässt, dann muss man beispielsweise sagen, dass wir während der kroatischen Präsidentschaft im Frühjahr 2020 nicht einen einzigen Trilog machen konnten. Das war coronabedingt.

Nun aber – und deswegen möchte ich wirklich die Möglichkeit nutzen, hier zu appellieren – sind wir in der Situation, dass nur ganz wenige Partnerschaftsabkommen, nur wenige operationelle Programme eingereicht sind. Aber die Regionen, die Städte und Gemeinden, die Bürgerinnen und Bürger warten darauf, dass sie anfangen können mit den europäischen Kohäsionsprojekten, weil es andere Projekte sind, als beispielsweise mit dem ARF finanziert werden können. Und sie warten darauf, dass wir uns den Herausforderungen des Grünen Deals, der Digitalisierung oder der Verbesserung der Situation der strukturschwachen Regionen stellen können und die Projekte tatsächlich durchführen können.

Deswegen nutze ich die Debatte, um nicht nur an die Kommission zu appellieren, die Mitgliedstaaten zu unterstützen, dass die Programme bald auf den Weg kommen, sondern auch die Mitgliedstaaten selber aufzufordern, ihre Arbeit zu machen, dass die Partnerschaftsabkommen so schnell wie möglich eingereicht werden und die operationellen Programme ebenso. Ich denke, die Bürgerinnen und Bürger erwarten das von uns, und sie brauchen diese Unterstützung in diesen schweren Zeiten.

Susana Solís Pérez, en nombre del Grupo Renew. – Señora, presidenta, señora comisaria, los Fondos de Cohesión se crearon para construir una Europa más justa. No podemos dejar que la burocracia convierta esta magnífica herramienta en un problema.

La crisis de la COVID ya hizo que cambiásemos nuestra forma de ver la política de cohesión y fuimos capaces de adaptar los fondos a las necesidades urgentes de la pandemia.

Ahora necesitamos adaptarnos a una nueva crisis. La guerra va a afectarnos tremendamente. Nos enfrentamos a un aumento de los precios de la energía sin precedentes, a problemas de suministro y a la llegada de cientos de miles de refugiados a los que tenemos que ayudar.

La idea de la Comisión de dar apoyo en la crisis de los refugiados con los remanentes del período anterior es una idea adecuada, pero claramente insuficiente, señora comisaria. Necesitamos presentar un nuevo instrumento de emergencia para Ucrania que dé apoyo a los refugiados y también a las empresas y a las familias europeas más afectadas por la crisis. Me gustaría conocer su postura al respecto.

¿No cree que, igual que hicimos durante la COVID, ahora es el momento de que apoyemos a las regiones más afectadas por la crisis de Ucrania con los fondos del nuevo período?

Por otro lado, y como usted bien sabe, hay otro asunto que me preocupa. El pasado noviembre, el director general de la DG de Política Regional y Urbana de la Comisión señaló a España como el país más retrasado de toda la Unión Europea en la elaboración de la política de cohesión para el nuevo período. El aviso no ha servido de nada. Seguimos sin haber presentado ni siquiera un borrador del Acuerdo de Asociación y, con el bajo crecimiento económico que tenemos, esta situación es gravísima y corremos el riesgo de perder una anualidad de los fondos. No somos el único país.

Me gustaría saber qué va a hacer la Comisión: ¿va a ser más flexible con los plazos o va a condenar a los Estados miembros que llegan tarde a perder una anualidad?

También me gustaría preguntarle qué puede hacer la Comisión para dar apoyo técnico para que los Estados no se vean sobrepasados administrativamente.

Niklas Nienafß, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Commissioner Ferreira, dear colleagues and most importantly, dear Europeans, currently we are facing two devastating crises: the climate crisis, but most importantly, of course, Russian war on European soil. These lead to great uncertainty, but not what is uncertain – that's quite clear. We know what we want to do. We want to become independent from Russian fossil fuels by extending our energy efficiency and renewable energies like wind and solar. This will hurt Russia now and make Europe stronger in the long term.

We know we want to help those who help refugees. Poland, Hungary, Bulgaria, Romania and the whole European Union says refugees are welcome and we need to support those people. We know that we want to strengthen the EU's unity through cohesion. Economic prosperity in all regions brings the European people together, and a united Europe will perceive any crisis.

The uncertainty, though, is how we reach those goals. In this uncertainty, we need, on the one hand, strategic stoicism, on the other, localised expertise. The Commission needs to ensure that even under these time constraints and the Russian aggression, our strategic goals, and the means, will be kept, including the rule of law.

Most importantly, though, the Commission must ensure that the partnership principle is valued and that local expertise is included. Partnership agreements that do not include those means must be rejected, even if we are facing time constraints. The solution to this less time is more efficient spending of money through local experts. LEADER has shown us that it can be spent very wisely and we should use CLLD and LEADER approaches in the partnership agreements.

Lastly, let's be honest, we also have to criticise ourselves (I'll be finished in a second) that we have taken too long to finish this. It was a problem from the Member States also, to not have taken the time accordingly, but that should not end up hurting the regions, and we must ensure that this comes out in the end and that they get a little bit more time in the end to use the money accordingly.

Alessandro Panza, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, signora Commissaria Ferreira, onorevoli colleghi, purtroppo non siamo ancora usciti da una crisi che ci troviamo catapultati dentro un'altra crisi, ben più grave per certi versi, una crisi che ci dimostra quanto la nostra politica di transizione fosse dipendente da qualcuno che forse non volevamo e quanto questo ci costerà nei mesi e negli anni a venire, dimostrando la nostra impreparazione ad assumere questo ruolo.

La politica di coesione può e deve fare tanto per far fronte a queste crisi che si sono avvicinate e che avranno bisogno di molto tempo per essere risolte. Ma bisogna anche dare modo agli Stati membri di poter affrontare correttamente i piani di partenariato per poter far fronte alle esigenze che la Commissione pone.

Uno tra tutti è l'accavallamento che c'è in molti stati tra il *Next Generation EU* e la politica di coesione, che sta creando, soprattutto a livello locale e a livello regionale, un intasamento di lavoro, un intasamento di burocrazia che crea grosse difficoltà allo svolgimento di questi piani.

Quindi, l'appello alla Commissione è di tenere conto, in primo luogo, della particolare situazione che stiamo vivendo a livello internazionale e delle ripercussioni che questo ha, non da ultimo sull'aspetto energetico, e del costo che ha a livello sociale ed economico e a livello energetico, e, in secondo luogo, del sovraccarico burocratico che le amministrazioni, soprattutto locali e regionali, hanno in questo difficile periodo.

Krzysztof Jurgiel, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Od wielu lat celem polityki spójności jest wzmacnianie gospodarczej, społecznej oraz terytorialnej spójności między obszarami Unii Europejskiej. W ramach polityki spójności 2021-2027 Polska otrzyma 72 miliardy euro, które przeznaczy na realizację inwestycji wynikających z polityki rozwoju państwa.

Pozytywne jest dla Polski to, że otrzymamy po raz kolejny program dla Polski Wschodniej, który przyspieszy rozwój tych najbardziej opóźnionych województw. Celem głównym tego programu jest utrwalenie warunków sprzyjających konkurencyjności makroregionu oraz wyższej jakości życia w Polsce. Wspólne ramy finansowe, które przyjęliśmy, oraz polityka spójności są realizowane z dwuletnim opóźnieniem wynikającym z wprowadzenia dwuletniego okresu przejściowego. Rząd polski przekazał umowę partnerstwa, 15 grudnia 2021 roku – krajowe programy operacyjne, a programy regionalne zostaną przekazane 15 marca 2022 roku. Dokumenty te mają być zatwierdzone zgodnie z deklaracją Komisji do końca czerwca 2022 roku. Oczekujemy na ich pilne zatwierdzenie.

Polska jest krajem skutecznie wykorzystującym środki europejskie, dzięki czemu szybko zmniejszają się różnice związane z poziomem życia jej mieszkańców w stosunku do krajów lepiej rozwiniętych. Potwierdza to konieczność kontynuowania polityki prowadzącej do wyrównania poziomu życia w różnych regionach kraju.

Polityka spójności, zgodnie z art. 174 Traktatu o funkcjonowaniu Unii Europejskiej, musi być w większym zakresie otwarta na realizację zadań związanych z rozwojem infrastrukturalnym wsi oraz zadaniami w sektorze rolno-spożywczym.

Konieczna jest, moim zdaniem, też rewizja systemu wdrażania środków na lata 2023-2027 pod względem wprowadzenia znaczących uproszczeń i bardziej elastycznego podejścia do celów Europejskiego Zielonego Ładu ze względu na nowe wyzwania wynikające z COVID-19 i agresji zbrojnej Rosji na Ukrainę.

Martina Michels, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, Frau Kommissarin Ferreira, es ist völlig richtig, auch mit Mitteln der Regionalpolitik die Kommunen und Regionen zu unterstützen, die Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine helfen. Ja, wir haben in der Corona-Krise mit den Programmen CRII+ und REACT-EU gute Erfahrungen gemacht, die wir jetzt nutzen können. Hilfe vor Ort, um Kommunen zu stärken, ist eben Teil einer aktiven Friedenspolitik. Das ist der richtige Weg, unsere gemeinsamen Werte von Menschlichkeit und Demokratie zu leben und zu vermitteln.

Aber zugleich dürfen wir unsere langfristige Kohäsionspolitik nicht vernachlässigen. Das war ja auch der ursprüngliche Anlass für diese Debatte. Die wichtigste Schlussfolgerung aus dem achten Kohäsionsbericht ist, dass die Kohäsionspolitik weiterhin dringend gebraucht wird: Zum einen sind die Folgen der Corona-Krise immer noch nicht überwunden. Der Wiederaufbau darf die nach wie vor bestehenden Ungleichheiten nicht weiter verschärfen. Und zum anderen sind der sichtbare Abbau struktureller Ungleichheiten und der faire sozial-ökologische Umbau entscheidend für den Zusammenhalt und die Widerstandsfähigkeit in der EU.

Dazu gehört eben auch die rasche Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen, ein Thema, das gerade in diesen Tagen, glaube ich, aktuell sehr an Bedeutung gewinnt.

Chiara Gemma (NI). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, purtroppo ci troviamo di fronte a una situazione assai complessa. Alla tardiva approvazione del quadro finanziario e dei suoi programmi si è infatti aggiunta la situazione pandemica, che ha ulteriormente rallentato la procedura di approvazione degli accordi di partenariato.

Stiamo seriamente rischiando la sottoesecuzione e il disimpegno di risorse in un momento in cui non possiamo assolutamente permettercelo. La Commissione europea non può far nulla e non deve far finta di nulla, ma deve mettere subito in atto strumenti in grado di evitare che le clausole di disimpegno rendano inutilizzabili i fondi di cui i nostri paesi hanno un assoluto bisogno, oggi più che mai.

Lo strumento per la ripresa non può funzionare senza il supporto degli strumenti di coesione. La Commissione europea deve aiutare gli Stati membri non solo economicamente ma anche con un supporto pratico ed efficace, affinché i fondi possano davvero favorire la ripresa e la coesione economica.

Le discrepanze nello sviluppo economico che si registrano ancora all'interno dell'Unione europea non sono più accettabili. Tutte le ambizioni di rilancio non sarebbero credibili con una politica di coesione già azzoppata in partenza.

Siegfried Mureșan (PPE). – Madam President, the European Union will be spending in the next years more money than ever, from the budget of the European Union and from the Recovery and Resilience Facility. And the Recovery and Resilience Facility, together with the cohesion policy, are the most important investment policies that the European Union has, benefiting the net recipient countries, but in fact benefiting also the single market of the European Union, the economies in all of our Member States.

We have decided the policy for the next 7 years with future-oriented objectives, objectives which will make our economies stronger, more competitive, more innovative. This is why we should, Commissioner, make sure that we are able to implement the policy without any further delay.

My first call to the Commission is to make sure that you're working with Member States to recover the delays. Yes, we had delays also in the adoption of the legal basis, but now the delays are in the adoption of the operational programmes of the partnership agreements. We have to work with governments. They concentrated and they did well on the Recovery and Resilience Facility, but we have to push them now as well because there have to be synergies between the two, because there needs to be coherence, convergence, coordination, and the Recovery and Resilience Facility will be more successful if implemented hand in hand with cohesion policy. First thing.

Second thing. The fact that there is a delay now we should also use to make sure that we allocate money where countries need it, also as a consequence of the war in Ukraine. Exactly as we reacted when COVID occurred, we should see where we can introduce more flexibility, where we can eventually amend the co-financing rate so that Member States can use the money on the ground where it is needed, including to alleviate the consequences of increased energy prices and help the most vulnerable people affected by the increase of energy prices.

Nora Mebarek (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je tiens tout d'abord à vous assurer de notre total soutien quant à votre récente annonce d'adapter les règles de cohésion pour soutenir l'arrivée des réfugiés ukrainiens. Je pense qu'il s'agit là d'un impératif moral autant que d'une nécessité économique.

Ce débat intervient à un moment clé, où les moyens mobilisés, que ce soit ceux de la cohésion ou ceux de la relance, n'ont jamais été aussi importants. On constate d'ailleurs une concurrence néfaste qui s'installe entre les plans de relance et les fonds structurels. Cela explique en grande partie les retards dans la programmation actuelle et fait peser, à terme, des risques existentiels quant à l'avenir de la politique de cohésion.

En complément de vos propositions de prolonger d'un an le cofinancement à 100 % prévu par l'initiative CRII+ et de redéployer les fonds de 2014-2020 inutilisés, l'une des pistes, Madame la Commissaire, pour remédier à ces retards devrait être de renforcer la participation des collectivités territoriales, tant dans le pilotage des plans de relance que dans l'élaboration des accords de partenariat.

À ce titre, pourriez-vous nous en dire davantage sur la mise à jour du code de conduite sur les partenariats que vous appelez de vos vœux?

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamna președintă, doamna comisar Ferreira, perioada programatică 2021-2027 este o perioadă foarte diferită de ceea ce am avut până acum. Pactul ecologic european aduce schimbări majore. Pandemia care a urmat a avut și are efecte grave asupra populației, dar și asupra economiei noastre, iar războiul din Ucraina va afecta nu doar piața energetică, dar și economia în ansamblu.

Vorbim despre o perioadă în care va trebui să depășim cât mai bine provocările, iar aceasta se poate realiza doar prin cooperarea strânsă a autorităților, a celor care trebuie să programeze fondurile de coeziune, cu societatea civilă și cu mediul economic. Trebuie să ne asigurăm încă din perioada de programare că acest dialog există, că societatea civilă este ascultată, nu doar auzită, iar prioritățile cetățenilor se regăsesc în proiectele care vor fi puse în aplicare în anii ce vin.

Este important să găsim mijloacele potrivite pentru a încuraja societatea civilă să își spună cuvântul, să își expună prioritățile, mai ales în regiunile unde nu există tradiția implicării sociale, sau unde autoritățile au decis până acum în mod unilateral. Operatorii economici, cei care au simțit efectele negative ale pandemiei și care vor simți și efectele războiului din Ucraina trebuie să fie încurajați, să vină cu soluții, cu proiecte pentru creșterea economică a regiunilor în care își desfășoară activitatea, pentru că doar în acest fel politica de coeziune va ajunge să își atingă scopurile.

Rosa D'Amato (Verts/ALE). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, è successo esattamente ciò che temevamo e che ho denunciato a più riprese. Gli Stati membri hanno preferito concentrare i loro sforzi sui piani di ripresa e resilienza, Lei dice che è una cosa giusta, però trascurare la politica di coesione e arrivare ai gravissimi ritardi di oggi non è concepibile.

Non è una sorpresa, la retorica dell'urgenza ha spinto la Commissione a chiudere gli occhi su troppe storture, perché ai piani di recupero e resilienza non si poteva dire di no.

Vorrei fare un appello perché ciò non accada anche con gli accordi di partenariato della prossima programmazione, le conseguenze sarebbero disastrose. Troppo spesso parliamo soltanto di spendere le risorse, una condizione, certo, necessaria, ma non sufficiente per una vera convergenza economica, sociale e territoriale, che invece è sempre più lontana.

Soprattutto, non ceda alle pressioni di chi vuole annacquare i *target* climatici con operazioni di *greenwashing*, usando la retorica dell'emergenza. Lo stiamo vivendo in questi giorni terribili: ritardare la transizione è solo un regalo per chi lucra sulle fonti fossili e non certo per i nostri cittadini, che sono sempre più vulnerabili.

Ladislav Ilčić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, poštovane dame i gospodo, prema nedavnom popisu stanovništva Hrvatska je u proteklih 10 godina izgubila 400 tisuća ili 10 % stanovnika. Od toga je najveći dio odselio u Njemačku, Irsku i druge zapadne zemlje. Radi se uglavnom o stručnim i visokoobrazovanim ljudima.

Dakle, kad gledamo kako ukupna europska politika, uključujući kohezijsku, djeluje na Hrvatsku, situacija je jasna – Hrvatska ulaže u edukaciju tih ljudi, a ti ljudi doprinose ekonomskom razvoju drugih zemalja.

Sve veće ekonomske razlike između siromašnijih i bogatijih zemalja sigurno neće doprinijeti koheziji. Upravo suprotno.

Zato je zaključak vrlo jasan: Europska unija treba realno sagledati situaciju i osigurati kvalitetnije i učinkovitije instrumente kojima će se potpomoći razvoj siromašnijih država i hvatanje priključka za razvijeni.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! O tym, jak ważna dla europejskich regionów i miast jest polityka spójności, nie trzeba nikogo przekonywać. Niemniej jednak teraz dostępność tych funduszy wydaje się jeszcze bardziej istotna niż zwykle. Polityka spójności może w znacznym stopniu przyczynić się do odbudowy po pandemii COVID-19, która, jak wiele kryzysów, pogłębiła nierówności w Unii Europejskiej. Nie mówiąc już o kolejnym kryzysie, z którym właśnie przychodzi nam się mierzyć, czyli o wszelkich skutkach haniebnej agresji rosyjskiej na Ukrainę. Niepokojący wydaje się więc fakt, że dochodzi do znacznych opóźnień w przyjmowaniu umów partnerstwa. Mamy pieniądze, ale pieniądze nie płyną do obywateli.

Wyduje się więc, że administracje państw członkowskich są znacznie obciążone po pandemii i że w tej sytuacji skupiły się na wdrażaniu Instrumentu na rzecz Odbudowy i Zwiększania Odporności. Jest to po części zrozumiałe, bo jako instrument antykryzysowy jest on nieco łatwiejszy i szybszy w wykorzystaniu. Dlatego musimy realnie ocenić ryzyko utraty części środków w wyniku opóźnień, o czym mówiła Pani Komisarz. Czy w związku z tym trwa dialog między Komisją a państwami członkowskimi? Jeżeli tak, jakie są najczęstsze powody opóźnień i w jaki sposób Komisja może wesprzeć państwa członkowskie w niwelowaniu tych trudności, tak aby przyspieszyć ten proces i jednocześnie, oczywiście, nie zaniedbać jakości? Utrata jakichkolwiek środków w sytuacji, z jaką mamy do czynienia, podczas kryzysu, jaki mamy na wschodniej granicy Unii Europejskiej, byłby po prostu katastrofą.

Vera Tax (S&D). – Voorzitter, commissaris Ferreira, beste collega's, de Europese steden en regio's staan voor enorme uitdagingen. Ik dacht in eerste instantie aan het verduurzamen van huizen, het aanpassen van de infrastructuur, duurzaam transport en natuurlijk niet te vergeten: COVID-19. Kijk naar de zorgsector of de toeristische sector. Er is veel in te halen en daar kunnen de cohesiefondsen bij helpen. Het wordt dus tijd dat we daar ook echt aan beginnen en gaan implementeren.

Maar meer dan ooit is nu natuurlijk de vluchtelingenstroom uit Oekraïne actueel. Ik ben heel blij, commissaris Ferreira, dat u hebt toegezegd dat u gaat kijken hoe de cohesiefondsen daar een bijdrage aan kunnen leveren. Want deze crisis moeten we natuurlijk als eerste het hoofd bieden. Daarom is het belangrijk dat de lidstaten daar ook snel aan gaan bijdragen, en ik ben blij dat u daar een grote rol in hebt.

Stéphane Bijoux (Renew). – Madame la Présidente, chère Commissaire, je veux dire d'emblée que quand Vladimir Poutine attaque sauvagement l'Ukraine, il met aussi dans son collimateur l'unité de l'Europe et la cohésion des territoires européens.

Face aux grands défis qui sont les nôtres, y compris le grand défi de la paix, il faut renforcer la cohésion et la solidarité qui sont dans l'ADN de l'Union européenne. Territoire par territoire, région par région, cette guerre impactera absolument tout le monde. L'onde de choc est puissante. Elle ébranle déjà nos cœurs et elle impactera aussi nos économies et nos équilibres sociaux. Il faut accélérer le déploiement des fonds de cohésion au plus près des territoires. Il faut aussi poursuivre les efforts de simplification pour encourager les initiatives locales. La force de notre riposte et de notre résilience passe par l'intelligence collective des territoires.

Vous savez, le dictionnaire dit que la cohésion est une force qui unit. Mais ici, nous savons que c'est aussi une force qui est capable de réunir le meilleur de l'humanité pour affronter ensemble les pires moments de notre histoire commune.

François Alfonsi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, à chaque étape historique, la politique de cohésion a permis d'intégrer à l'Union des peuples et des pays nouveaux. Elle est ainsi devenue fondamentale pour la construction européenne. Face à la pandémie de COVID-19, l'Europe a dû faire face à une crise économique très grave, à laquelle elle a répondu par des programmes de relance ambitieux.

Une nouvelle crise survient, avec la guerre en Ukraine, dans notre voisinage immédiat. Les pays et les régions limitrophes sont au premier rang et de nouvelles politiques d'urgence devront être décidées. Mais si cette succession de crises nous amène à engager des réponses immédiates, il ne faut surtout pas s'écarter des fondamentaux de la politique de cohésion, qui sont un pilier essentiel de l'Union. Aussi, il faut s'alarmer des retards que nous observons. Il faut faire en sorte qu'ils soient résorbés et, surtout, que le cap de la politique de cohésion soit fermement tenu pour l'avenir de l'Europe.

Dans les temps troublés que nous traversons, l'Europe doit s'attacher à la solidité de ses fondamentaux. La politique de cohésion en fait partie. Elle a un rôle essentiel pour décliner sur tous les territoires européens les priorités votées dans ce Parlement. Nous comptons sur vous pour tenir fermement ce cap.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, Cara Comissária, Caras e Caros Colegas, todos reconhecemos que a política de coesão é fundamental, é crucial. E é crucial para a coesão, para a competitividade e para a sustentabilidade. Por isso, é urgente que haja coordenação entre a política de coesão e os planos de recuperação e resiliência, para termos sinergias. E também é muito urgente que não se perca nem um centimo da política de coesão 2014-2020. E aí eu fazia desde já uma pergunta: qual é o montante de despesas que não foram autorizadas e que estavam disponíveis de 2014 a 2020 e que podem ser, por exemplo, utilizadas para fazer face à calamidade que nós todos estamos a viver?

Mas também é urgente que os acordos de parceria se executem e para isso têm que ser aprovados. E, lamentavelmente, só a Grécia é que tem o acordo de parceria aprovado. E estes acordos de parceria, Senhora Comissária, deviam ter um envolvimento dos territórios e dos beneficiários. Deveriam ter como princípio a simplicidade e depois também a transparência. Era necessário que nós soubéssemos onde é que o dinheiro está a cair, em que projetos, quem são os beneficiários finais e a localização. Até porque há algo que me custa: é ver-se, por exemplo, que a política de coesão, muitas vezes, é contra a coesão. Muitas vezes, o dinheiro destinado às regiões mais pobres vai para as mais ricas, o que aumenta as disparidades regionais, em vez de as diminuir.

Josianne Cutajar (S&D). – Madam President, cohesion policy represents one of the most successful examples of European integration, which can help us reduce inequalities among European regions, especially the most peripheral ones.

While the eighth report on cohesion has shown us that there are still significant gaps that we need to bridge, a swift implementation for the programming period 2021-2027 would mean to give concrete answers to citizens and small businesses in such difficult and uncertain times.

Ahead of International Women's Day, I'd like to reiterate the call of the report on cohesion policy and gender dimension, a dossier on which I worked last year for the application of gender budgeting in all stages of the evaluation, implementation and monitoring of the European structural and investment funds.

Let me conclude by stressing the importance of ensuring gender-sensitive partnership agreements that can also contribute towards reducing inequalities between men and women, fighting the feminisation of poverty, combating women's exclusion from many economic opportunities and preventing gender-based violence and all forms of discrimination.

Puhemies. – Tosiaan, huomennahan on kansainvälinen naistenpäivä.

Alin Mituța (Renew). – Doamna președintă, doamna comisar, vremurile excepționale pe care le trăim cer măsuri excepționale.

În primul rând, niciun euro din bugetul Uniunii Europene nu trebuie să mai ajungă la beneficiari din Rusia sau din Belarus. De aceea trebuie să stabilim o interdicție generală ca bani europeni, inclusiv din politica de coeziune, să poată ajunge sub orice formă la companii sau la alți beneficiari din aceste țări.

În al doilea rând, avem deja sute de mii de refugiați în Uniune și acest număr va crește la câteva milioane. Este nevoie să extindem temporar eligibilitatea fondurilor de coeziune pentru proiecte de asistență a cetățenilor ucraineni, în baza drepturilor conferite prin Directiva pentru protecție temporară.

Privind spre viitor, Ucraina va avea nevoie de reconstrucție. Trebuie să susținem crearea unui fond de reconstrucție pentru Ucraina, spre care să direcționăm inclusiv o parte din resursele programului Interreg de cooperare transfrontalieră.

Franc Bogovič (PPE). – Spoštovana gospa komisarka, spoštovana predsedujoča, kolegice in kolegi!

Osmo kohezijsko poročilo je zelo jasno pokazalo, da je kohezijska politika uspešna in kohezijsko politiko nujno potrebujemo tudi še v bodoče, kajti še vedno so velike razlike med regijami. In ta osnovni princip solidarnosti, kar kohezijska politika je, mora aktivno in z dovolj sredstvi delovati tudi v bodoče.

Covid kriza je pokazala nove probleme, v Evropski uniji smo uspeli tudi sprejeti načrt za okrevanje in odpornost. In ker so bile v preteklosti še neizkoriščene vse kvote iz finančne perspektive 14-20 so vsi tisti, ki so zaposleni s kohezijsko politiko na nacionalni, regionalni ravni, zelo zaposleni. Zato prihaja do precejšnjih zamikov tudi pri sprejemanju partnerskih sporazumov.

V teh dneh vidimo novo krizo, se pravi agresijo Rusije na Ukrajino, in val novih beguncev, ki prihajajo v Evropsko unijo. Tudi sam zelo podpiram, da poskrbimo za te nesrečnike, ki so morali zbežati z doma, in da tudi v kohezijski politiki porabimo sredstva v ta namen, da bodo občine, regije lahko dobro oskrbele tiste, ki so pomoči v teh dneh najbolj potrebni.

Vsekakor pa bo ta ukrajinska kriza, če smemo temu tako reči, zagotovo spremenila tudi naše prioritete in mislim, da bo v partnerskih sporazumih potrebno veliko kreativnosti tudi pomoči Evropske komisije, da bomo odgovorili na izzive, ki bodo prišli tudi kot posledico te krize.

Elisa Ferreira, Member of the Commission. – Madam President, thank you very much to all the honourable Members for the important questions that have been put to us. I'll try, in the short time that I have, to concentrate on three or four issues.

First, I will recall that lack of funding is not a problem at the moment, at the level of the different countries and regions, as they have to finish the 2014-2020 and/up to 2023. There is the CRII facility, there is the REACT-EU extra money that is being used and the quota of 2022 is not yet exhausted at all. And the Member States can also anticipate the support to programmes that will be absorbed later on in the 2021-2027 operational framework – so the partnership agreement – provided that the operational programmes accommodate these projects.

Nevertheless, I think we are all together in recognising the importance of speeding up the partnership agreements. We are convinced that in the first half of this year, we will formally receive from Member States most of the proposals of the partnership agreements for 2021-2027 and this is absolutely essential – with the exception of four countries that will only present them, that's the information we have – in the second half of the year.

On this capacity of cohesion policy, without jeopardising the purpose of the policy is to be able to give emergency support to the different problems that we are facing. We think and, in fact sharing your concerns, we think that we can do something with cohesion funds in support of those countries that are receiving the refugees from Ukraine. And in fact, we will, I hope, that tomorrow in the college, we will have a decision of the college in relation to the aspects that several of you have mentioned. So, the possibility to use REACT-EU funds to do it and for this, we don't need the support of the two co-legislators.

Then, the prolongation of the 100% co-financing of CRII for an extra year and the possibility to use still available funds in the operational programmes with a line to support these refugees. For these two operations, we will need the support of this Parliament and the support of the Council because this requires a change in the CPR, as you know. We are really very happy to hear so many of you already stating, and in particular the Chair of the Committee on Regional Development, that we will have this support and, of course, being fast is as important as having funds. So, we are expecting this to be operational.

My other comment is in relation to certain Members that referred to the need to stop the dependence from Russia in relation to energy. There is a package that is being prepared by the Commission on exactly how to organise our work. Cohesion funds are supporting very much renewables, as we all know, and climate targets. Also, I think it's important that we put in the possibility and the materialisation of our targets in relation to creating a true internal market for renewables that still doesn't exist, and 15% has not been reached.

In relation to other comments, yes, it is true that while we are putting pressure on Member States to speed up their presentation of programmes, we still want them to make quality programmes and that, in fact, as Mr Fernandes was mentioning, that it is important that the funds are directed to the regions that need it the most. But the quality of the vision that you have in terms of development has got to be there so that all the funds converge and in particular, and here I quote or I come back to what Mr Omarjee, among others, mentioned, that, in fact, it is not possible that the different instruments don't have a kind of coherent vision of the country and of the development strategy for the different regions that integrated. And yes, of course, we want partnership principles, correction of asymmetries and compliance with the basic principles of the European Union to be there.

I would also like to make a clarification, in particular, it was *[inaudible]* that mentioned it, that the cohesion cooperation programmes with Russia and with Belarus, the cross-border programmes, have in fact been already suspended and we are trying to reinforce, together with a lot of other instruments, the programmes in which Ukraine is a partner so that in fact, we give a contribution to the maintenance of a minimum of quality of life of the people that live close to the borders. And yes, we will have to reassess the future support in relation to the devastated territories.

Lastly, yes, the Commission is assuming its responsibilities under this framework. We see a lot of progress in the presentation of the programmes. But yes, it is a joint responsibility partnership – that's what it means, a partnership between the Member States and the Commission with a lot of support from all of you. And so I think the reinforcement of transparency, of accountability, of understanding and knowing who is the final beneficiary is among, as you know, our new legislation, as well as simplification.

So let's see, if, in fact, what we are aiming at when we negotiated in trialogues – the new legislation, if we can deliver it in practice so that you have a full sharing of the purposes of the targets that we want to reach.

Yes, the cohesion policies will be there and it is, I think, one of the basic fundamental souls of Europe when it comes to principles and solidarity, which is as we know a very important principle of us together and we see it today more than ever.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan seuraavalla istuntojaksolla, ei siis tällä istuntojaksolla.

Kirjalliset lausumat (työjärjestyksen 171 artikla)

Sara Cerdas (S&D), por escrito. – A Política de Coesão é a principal política de investimento da União Europeia. Para além de garantir a redução das disparidades económicas, sociais e territoriais, permite a concretização de investimentos estratégicos que de outra forma seriam de difícil ou morosa realização, como é o caso dos apoios complementares às regiões da UE, como as Regiões Ultraperiféricas, que permitem o seu desenvolvimento e a redução contínua das desigualdades. É, por isso, determinante agir para que o programa, no âmbito do quadro 2021-2027, que ainda não teve início, esteja no terreno antes do final do presente ano, paralelamente aos planos de recuperação e resiliência em ação.

O respeito pelos objetivos do Acordo de Paris, e orientados pelo Pacto Ecológico Europeu, e o objetivo de autonomia energética para a Europa, deverá ainda constituir uma prioridade, em parceria com as autoridades locais, instituições e sociedade civil na preparação dos programas da política de coesão desde o início. Saúdo a intenção da Comissão Europeia, em especial a Comissária Elisa Ferreira, de flexibilizar os regulamentos da política de coesão a fim de permitir o financiamento e apoio imediato às cidades e regiões que acolhem refugiados e também de financiar o apoio aos refugiados ucranianos.

13. Programme zum Erwerb einer Staatsbürgerschaft oder von Aufenthaltsrechten im Gegenzug für Investitionen (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana Sophia in 't Veldin kansalaisvapauksien sekä oikeus- ja sisäasioiden valiokunnan puolesta laatima mietintö ehdotuksista komissiolle sijoittajien kansalaisuus- ja oleskeluoikeusjärjestelyistä (A9-0028/2022) (2021/2026(INL)).

Jäseniä muistutetaan, että tällä istuntojaksolla keskusteluissa ei anneta pyynnöstä myönnettäviä puheenvuoroja eikä sini-sen kortin kysymyksiä hyväksyä.

Huomautan vielä, että viimeaikaisten istuntojaksojen tapaan puheenvuoroja on mahdollista käyttää etäyhteydellä jäsen-valtioiden yhteystoimistoista.

Muistutan myös, että istuntosalissa puheenvuorot käytetään edelleen istuntosalin keskellä olevalta puhujakorokkeelta. Kehotankin teitä seuraamaan puhujalistaa ja siirtymään puhujakorokkeen lähelle, kun puheaikanne on alkamassa.

Sophia in 't Veld, rapporteur. – Madam President, when governments are selling passports or visas, what is actually bringing in the cash is not those passports and visas, but it's the little blue and yellow logo on them. These stars of the EU flag, however, are not for sale. They belong to all of us, and governments are essentially selling what is not theirs to sell. Golden passports and golden visa schemes are not about attracting any meaningful, legitimate investment in the real economy of Europe. They are designed for shady business, shady money and shady characters.

Now, already in 2014, colleagues, this House called for a ban on golden passports. Then, in 2017, Daphne Caruana Galizia was murdered, among other things because she exposed the corruption-riddled trade in passports. Today, the war in Ukraine puts the spotlight on this problem. Russians are the largest group of third-country nationals that have obtained golden passports and golden visas in the EU, many of them oligarchs with links to Putin's Kremlin. They escape sanctions merely by waving their nice EU passports. It must end.

A large majority in Parliament sends a very clear message to you, Mr Commissioner, a message that cannot be ignored. The Commission has to put legislative proposals on the table before the end of the year. Now is not the time to first wait for the blessing of the Member States to ban these schemes, as it is actually those same Member States that exploit those schemes. So now is the time for the Commission to be independent in the service of Europe and its security.

President von der Leyen, incidentally, promised us to consider legislative initiative reports by Parliament as if we have the full right of initiative. So today would be a very good day to honour that promise. Parliament has done its homework. We have put on the table a complete and detailed set of proposals. Now let the national governments explain why they still think it's a good idea for Russian oligarchs to get EU citizenship or residency rights.

First, we want to phase out golden passports, no more sale of citizenship. Second, we call for very strict regulation of the golden visa to the point that they will lose their attractiveness for callous opportunists. Background checks shall be tightened, intermediaries shall be strictly regulated, and a requirement of physical presence shall be strictly enforced.

We also call for rules governing the investment itself. It should not be enough to just buy a house or a villa. The investment must be in the real economy and in line with the climate and social objectives of the Union. And if countries monetise their EU membership in this way, then it's only reasonable that they share that profit with their fellow Europeans in the form of a levy. The proceeds of which will be an own resource for the EU budget.

And finally, third countries, often mini states – 'statelets' – who benefit from visa-free travel in the European Union should be banned from issuing golden passports as they have become the new route into the EU for undesirable characters.

Commissioners, we are looking forward to your proposals. Consider this as support for a new initiative and independence of the Commission. And finally, I would like to thank all my shadow rapporteurs because this report is truly the fruit of a collective effort. So thank you all very much.

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, tout d'abord, je tiens à remercier tout particulièrement la rapporteure Sophia in't Veld et la commission LIBE, ainsi que toutes celles et tous ceux qui ont contribué à cet important rapport d'initiative législative.

Le présent rapport traite de questions revêtant une importance particulière pour les valeurs de l'Union, la solidarité entre les États membres et les risques pour la sécurité de l'Union. Des questions qui revêtent une importance capitale dans le contexte des évolutions politiques récentes que nous connaissons, en particulier, bien entendu, l'agression russe en Ukraine.

Je voudrais réitérer ce que la présidente de la Commission a déjà souligné dans son discours sur l'état de l'Union en 2020: les valeurs européennes ne sont pas à vendre. En effet, la vente de citoyenneté, via ce que l'on appelle parfois des «passeports dorés», pose des risques sérieux, comme la Commission l'a affirmé à plusieurs reprises – des risques en matière de sécurité, de lutte contre la corruption, contre le blanchiment d'argent et contre l'évasion fiscale.

La Commission partage pleinement les préoccupations du Parlement européen et l'objectif de prendre des mesures pour abolir les programmes de citoyenneté par investissement dans tous les États membres, et ce le plus rapidement possible.

Ces systèmes mis en place dans certains États membres permettent, comme vous le savez, à de riches investisseurs et souvent aux membres de leur famille, d'obtenir un passeport en échange du paiement d'une somme d'argent importante ou d'un investissement conséquent. Cependant, cela se fait souvent sans véritable lien avec l'État membre en question, sans véritable établissement sur son territoire et sans investissement dans l'économie réelle.

Ces programmes ont des implications évidentes pour tous les autres États membres et pour l'Union européenne dans son ensemble. Un investisseur étranger qui achète la nationalité d'un État membre peut en effet, sur cette base, bénéficier de la libre circulation dans n'importe quel autre État membre. Il peut y exercer des activités économiques et même participer au processus démocratique, notamment par l'exercice du droit de vote aux élections européennes ou locales.

C'est une chose que la Commission ne peut pas accepter. Notre position est très claire: les États membres concernés doivent abolir leurs programmes de citoyenneté par investissement, car ces programmes enfreignent le droit de l'Union – je l'ai rappelé encore aux ministres de la justice de l'ensemble des États membres lors du dernier Conseil «justice», vendredi dernier.

La Commission a travaillé activement pour maintenir cette question à l'agenda politique.

As you know, the Commission launched two infringement procedures in October 2020 against Malta and Cyprus, with the aim of abolishing their citizenship-by-investment schemes. I'm sure many of you will remember the debate we had in plenary at that time. We consider that the granting by these Member States of their nationality and thereby of EU citizenship in exchange for a pre-determined payment or investment and without a genuine link with the Member State concerned, is not compatible with the principle of sincere cooperation enshrined in Article 4 of the Treaty on European Union, and with the concept of EU citizenship as defined in Article 20 of the Treaty on the Functioning of the European Union.

In parallel, the Commission has been in close contact with Bulgaria, which also operates a citizenship-by-investment scheme.

I can now report some positive developments to you. Cyprus has brought its citizenship-by-investment scheme to an end, and the Bulgarian Parliament is currently considering a bill to abolish the country's scheme. The final vote is a question of days. The Commission welcomes the recent announcement of the Maltese authorities that they would suspend their citizenship-by-investment programme for Russian and Belarusian citizens. This is a positive first step.

En effet, il est d'autant plus inacceptable dans le contexte actuel que les riches citoyens russes, ou biélorusses, deviennent citoyens européens par le biais d'un système de ce genre et bénéficient ainsi d'un accès privilégié à notre marché intérieur, notamment à notre système financier.

Dans la déclaration conjointe du G7 du 26 février dernier relative aux mesures économiques prises dans le contexte de la crise ukrainienne, signée par la Commission, la France, l'Allemagne, l'Italie, le Royaume-Uni, le Canada et les États-Unis, nous nous sommes notamment engagés à prendre certaines mesures visant à limiter la vente de citoyenneté.

To sum up, let me underline that the request in Parliament's report to phase out citizenship by investment schemes is fully in line with the Commission's priorities. I'm grateful that Parliament's report welcomes the infringement procedures we launched. This is the best way to phase out citizenship by investment schemes in the Member States.

This would also naturally lead, for instance, to an end of the activities of the intermediaries involved in the development and promotion of such schemes, which is another request in your report.

Regarding Parliament's request for legislation to phase out citizenship by investment schemes, the legal and political feasibility of such a legislative proposal would need to be carefully assessed, in particular at a time when infringement proceedings are still ongoing.

Let me just conclude with a few words concerning some other requests contained in the report and referring to citizenship by investment schemes, such as the creation of a new category of own resources based on the investments made through these schemes.

I would like to underline that the Commission considers that such a measure would present a risk of legitimising such schemes. Our position is very clear: these schemes must be completely abolished and should not be legitimised in any way.

I thank you for your support for our action. I will be happy to hear your views during the debate and to continue our fruitful discussion on this important file, and to insist that now we have just to receive a final decision in Malta about the abolition of the complete scheme for all the different people that try to become, to be through that way, members of the national authorities, members of the national Member States.

And I want to say that it's very important to us to have a final decision as soon as possible, and we will continue to use all the tools at our disposal to reach this goal. Of course, I will have, Madam President, now the pleasure, if you agree, to give the floor to my colleague Ylva Johansson, who will address residency by investment schemes, the other part of the report.

Ylva Johansson, *Member of the Commission*. – Madam President, Ms in 't Veld, honourable Members, 11 days ago, on 24 February, we woke to the news of war on the continent of Europe. In an unprovoked invasion, Putin is bringing down overwhelming force on a much smaller, sovereign neighbour.

On the front page that day after the invasion, Olena Kurilo, a teacher, her bandaged and bloodied face in silent condemnation in a silent call to action. And we have heeded that call. Last week, the Member States unanimously agreed to welcome all refugees from Putin's aggression by activating the Temporary Protection Directive, and the EU has imposed massive sanctions to say this will not stand and to cripple the Kremlin's ability to wage aggressive war.

If you are fleeing Putin's war, you are warmly welcome here. If you are supporting Putin's war of aggression, you are not welcome. In Parliament's resolution last week you spoke out against residence investment schemes for rich Russians with links to the regime, and President Metsola called last week to close all possible loopholes. As just mentioned by my colleague Didier Reynders, the Commission and members of the G7 committed to limiting sale of golden passports. Several EU Member States are taking or considering steps to limit access to investment-based residence permits for Russians.

But this is not only about Russia and not only about this terrible war. EU residence, EU citizenship are among our greatest assets, giving access to our Union, our area of freedom, security and justice, treasured around the world, and this valuable commodity is sold cheaply. You can buy EU residency in some Member States for EUR 500 000 – a lot of money for an ordinary person, but peanuts for organised crime. It's time to act.

Madam rapporteur, Sophie in 't Veld, your report on citizenship and residence by investment schemes could not be more timely. For many years, Parliament has raised its voice against golden passports and platinum permits, citizens and residents investment schemes, schemes that give the rich and wealthy shortcuts to free movement, shortcuts to EU citizenship. And at no time has this question become more acute, more urgent than it is now.

You can count on the Commission's support to address the risks posed by these schemes. Risk to security, money laundering, tax evasion and corruption. And we have taken action. Existing EU legislation addresses some of the Parliament's concerns. Applicants for residence by investment schemes are checked in EU and international databases, including the Schengen Information System.

We consistently assess risks raised by investor citizenship schemes in third countries. I recently proposed to suspend the visa exemption with Vanuatu on grounds of public policy and security because other third-country nationals can too easily get access to the European Union. This suspension will enter into force on 3 May.

We exercise constant pressure on all visa-free countries running citizenship by investment schemes and with results. Several visa-free countries have decided to terminate their schemes or have put on hold plans to set up new schemes. And we will do more. You can count on the Commission to follow up on your report.

Investment residence schemes may never be a shortcut to citizenship. That's why I am considering strengthening checks on continuous residence as part of our current revision of the long-term residence directive. We must prevent people from using these schemes to falsify their tax residence by ensuring implementation of the directive on administrative cooperation with infringement procedures if necessary.

The anti-money laundering framework helps to reduce the risk. We will look at further measures. You ask for many different measures to eliminate and mitigate risks covering many different aspects. We will analyse all these requests very carefully and, where necessary, propose legislation.

I will continue to work together with you following up on this report. As a first and important step, very soon, the Commission will present a recommendation to all Member States addressing residence permits and citizenship under investor schemes, in particular in the current context.

PŘEDSEDÁ: MICHAL ŠIMEČKA

podpredseda

Jeroen Lenaers, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, for many, many years, we have been warning the Commission and the Member States about the risks and dangers of golden passports. We've been sharing our concerns about security, money laundering, tax evasion, corruption and organised crime in connection with these schemes, even arguing why EU citizenship should never be for sale, as it goes against the very values of the European Union and even has the potential to undermine those values.

But for many, many years, our warnings have fallen on deaf ears. And now, with Russia invading Ukraine and starting a horrific war on our continent, it seems that Member States – apart from Malta obviously – have finally woken up and realised that it might not be the best idea to offer a backdoor into Europe for each and every individual with loaded pockets, and God knows what intentions, especially given the fact that 50% of these passports end up in Russian hands.

Both Commissioners today said it's time to act. I say, better late than never, because those words need to be put into action now and not only temporarily or for the short term, we need a long-term solution. In that regard, the call of Roberta Metsola, our President, directly on the leaders of Europe to close these loopholes and end the dangerous phenomenon of golden passports was very important. We must ban the sale of EU passports and stop the flow of dirty Russian money into the European Union.

As we are facing Putin's aggression, we must take decisive action at the European level. The legislative initiative we're discussing today is the best long-term possibility to eradicate golden passports and to ensure that any residence for money scheme in the EU goes hand-in-hand with watertight security checks and thorough vetting of high risk individuals.

Let us be absolutely clear: the so-called Russian elite with links to the Kremlin and dubious self-serving investments cannot be welcome in the EU.

Juan Fernando López Aguilar, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, 'EU values are not for sale'. Do you all remember? I am quoting President von der Leyen.

Presidenta Von der Leyen, en su discurso de investidura y, sobre todo, en el discurso sobre el estado de la Unión de 2020, la presidenta de la Comisión se comprometió a atender el requerimiento firme y enérgico que viene sosteniendo la Comisión de Libertades Civiles, Justicia y Asuntos de Interior desde 2014, cuando, en lo peor de la gran recesión, se generalizaron en —¡cierto!— Chipre, Malta, Bulgaria, pero también en otros doce Estados miembros de la Unión Europea, estos esquemas de adquisición privilegiada de la residencia que da lugar a la libre circulación y abre el plazo para obtener la ciudadanía y el pasaporte de la Unión Europea a quien quiera comprarlo con dinero procedente de negocios corruptos, de negocios ilícitos, de la evasión fiscal.

Esta normativa no solamente es abyecta; es inmoral y es contraria directamente a los valores europeos, y, por eso, hemos exigido una y otra vez, y de nuevo en esta Resolución —que tiene como ponente a nuestra colega Sophia in 't Veld—, que se ponga fin a esos esquemas de adquisición privilegiada de la ciudadanía o la residencia por inversión.

Pero todo esto cobra una importancia recrecida ante la evidencia de que la Unión Europea está obligada a crecer en su respuesta, de una vez, ante la intolerable agresión de Putin contra Ucrania.

Es cierto que la Unión Europea no es una potencia militar, pero tiene que emplear todo su *hard power* para poner coto a esos oligarcas rusos que han comprado mansiones, palacios, castillos y yates de precios prohibitivos en toda la geografía de la Unión Europea. Incluso Estados miembros que tienen ahora Gobiernos progresistas, como Portugal y como España, han heredado de sus Gobiernos conservadores leyes infames que permiten esa adquisición de la residencia que tienen que ser derogadas por un instrumento normativo de la Comisión.

Por eso esperamos esa iniciativa legislativa prometida por la presidenta Von der Leyen que ponga fin a los visados dorados y a los pasaportes dorados. ¡No a los oligarcas rusos! ¡No a los visados dorados! ¡No a los pasaportes dorados!

Ramona Strugariu, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, according to a Parliament study, between 2011 and 2019 more than 132 000 persons, including family members of applicants from third countries, obtained residence or citizenship in Member States via citizenship or residence schemes, with a total investment estimated at EUR 21.4 billion.

Last week, this House called for an end to golden visas for Russian oligarchs. An urgent review of all of the beneficiaries of such citizenship or resident status needs to be made, and those attributed to Russian oligarchs and their families – in particular of those linked to sanctioned individuals and companies – need to be immediately revoked. We are still not properly implementing rules in place that we have for countering money laundering. We need to enforce these rules immediately, especially in relation to the assets deposited and spent in the EU. We have these rules. We just need to properly use them and take the risks of money laundering arising from these schemes very seriously. We also need to significantly improve these rules with the new package.

Putin's invasion has once again highlighted the massive consequences of issuing golden visas and golden passports. We need to acknowledge not only the huge revenues brought by these schemes, but also the consequences, which are far worse, namely that these schemes bear major risks in the areas of security, corruption, money laundering and tax avoidance. Examples such as Russian oligarchs purchasing islands in Eastern Finland by using a Cyprus passport, or Russian billionaires receiving a separate passport in exchange for investing in the Bank of Cyprus, need to be immediately stopped.

I am therefore calling on the Commission to come up with proposals that will definitely ban this kind of scheme and to propose new laws to harmonise and govern the rules on residence-by-investment schemes. And I am calling on the Member States to carefully look at those real-estate registries and check whether those investments are in luxury villas or in properties, or in the economy, industry and better lives for people, because this is what investment stands for.

Saskia Bricmont, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, passeports et visas européens à vendre... Pour une majorité d'exilés, le rêve d'accéder à l'Union européenne se termine à nos frontières. Pour une minorité d'ultra-riches, par contre, un claquement de doigt, assorti d'une coquette somme d'argent, suffit pour obtenir le graal européen.

Une promesse d'investissement en échange d'un passeport doré qui permet de voyager librement, d'ouvrir un compte bancaire, de voter, de faire des affaires, voire de blanchir son argent et d'exercer son influence. Des droits accordés en toute impunité aux oligarques russes, fidèles serviteurs et pourvoyeurs de fonds du régime de Poutine. Leur passeport ou visa européen doit leur être retiré immédiatement.

Mais le système de passeports et de visas dorés en lui-même comporte des risques inhérents d'évasion fiscale, de corruption, de blanchiment d'argent, d'argent sale investi dans les économies européennes. Il y a huit ans déjà, ce Parlement exigeait l'interdiction des passeports dorés, ce qui aurait fermé une porte à l'ingérence russe.

Aujourd'hui, la réalité de la guerre nous rattrape, pointant l'urgence de ce dont la Commission européenne et les États membres ont manqué jusqu'à présent: une réelle volonté politique pour, entre autres, supprimer le système des passeports dorés dans les trois ans, réguler les visas dorés pour les rendre inattractifs, réguler strictement les intermédiaires commerciaux qui profitent de ce système.

Le temps où l'Union européenne servait oligarques et autres corrompus indésirables est terminé. Circulez! La citoyenneté européenne n'est pas à vendre.

Nicolaus Fest, im Namen der ID-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar, Frau Kommissarin! Das ist schon mal ein guter Tag, wenn ich Ihnen in großen Teilen zustimmen kann. Dann ist das auch eine Premiere, und ich hoffe, dass Sie jetzt tatsächlich das umsetzen, was der liebe Ausschuss schon seit Langem fordert. Frau in 't Veld hat es gesagt: Natürlich gibt es auch sinnvolle Investitionsprogramme, aber die Probleme Korruption, Steuerhinterziehung, Geldwäsche, aber auch die steigenden Immobilienpreise sind große Probleme für die Bürger des jeweiligen Staates.

Das Einzige, womit ich hier ein wirkliches Problem habe, obwohl es alle gut finden, ist die plötzlich noch schnell eingeflickte Sippenhaft für alle Russen. Da fragt man sich natürlich: Wussten Sie eigentlich nicht, wer Putin ist? Sagt Ihnen der Name Poltkowskaja etwas? Sagt Ihnen der Name Boris Nemzow etwas? Sagen Ihnen die Auseinandersetzungen um die Krim, um Donezk und Luhansk gar nichts?

Grosny ist bombardiert worden, Aleppo ist bombardiert worden. Und was ist, wenn wir jetzt alle auf die russischen Oligarchen gucken? Was ist mit den afrikanischen Warlords? Was ist mit den Kriegsverbrechern? Was ist mit den chinesischen Kommunisten, den hohen Parteifunktionären? Und was ist mit den arabischen Despoten, die sich auch überall goldene Visa gekauft haben?

Wir sagen, dass die europäischen Werte nicht zum Verkauf stehen. Aber für mich – ich bin nun Jurist, aber gut – stehen auch die individuelle Verantwortung und die individuelle Schuld für die europäischen Werte. Und dass wir hier Sippenhaft einführen, finde ich extrem problematisch. Ich weiß, das ist eine schwierige Geschichte, aber darüber sollten wir alle noch mal nachdenken. Ansonsten begrüße ich diese Entschliebung. Aber mit der Sippenhaft kann ich mich nicht anfreunden.

Patryk Jaki, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Panie Komisarzu! Po pierwsze, trzeba podziękować sprawozdawczyni za dobrą inicjatywę, bardzo potrzebną inicjatywę.

Dlaczego ta inicjatywa jest tak potrzebna? Potrzebna jest, proszę Państwa, dlatego że rzeczywiście u nas, w Europie, funkcjonował system – czy funkcjonuje dalej system – gdzie to, co mamy prawie najcenniejsze, to znaczy obywatelstwo, można kupić za pieniądze i wykorzystywać do terroryzmu, wykorzystywać do prania brudnych pieniędzy, do zorganizowanej grupy przestępczej. Można łamać wszystkie prawa i wszystkie zasady. I trzeba to wreszcie zakończyć.

Dlatego proszę Państwa o poparcie tej inicjatywy, ale, co ważniejsze, proszę o poparcie poprawki, która nie tylko na przyszłość zakończy ten proceder, ale która pozwoli retrospektywnie (do tyłu) sprawdzić, którzy konkretnie rosyjscy oligarchowie korzystali z tego systemu.

I tego oczekuję od Państwa, od Komisji, że przyjdziecie tutaj i przedstawicie nam sprawozdanie, kto konkretnie korzystał z tego i kto chował się za tymi mechanizmami. Bo dzisiaj sobie można łatwo powiedzieć, ale musimy bardzo dokładnie sprawdzić, kto z tego systemu korzystał.

I na koniec: Państwo mówicie tyle o Ukrainie i to jest jakby bardzo cenne, w ten kontekst w ogóle wpisuje się ta inicjatywa, może ona pomóc, ale wiecie, że gdybyśmy chcieli tak naprawdę poszukać, kto dzisiaj najbardziej, kto dzisiaj realnie finansuje działalność Putina, to wiecie Państwo, że musielibyście zacząć szukać w niektórych rządach europejskich, bo 600 miliardów euro dziennie leci ciągle do Putina i on z tego kupuje bomby, które spadają na ludność cywilną. Jak chcecie poszukać, to tam trzeba poszukać.

Κωνσταντίνος Αρβανίτης, εξ ονόματος της ομάδας The Left. – Κύριε Πρόεδρε, φυσικά συμφωνούμε με την εισηγήτρια, με την κυρία Sophia in't Veld, χωρίς αστερίσκους. Ο φάκελος που συζητάμε σήμερα είναι ένας φάκελος που ενώνει τη λογική, διότι τα γεγονότα μάς προσέπερασαν, κυρίες και κύριοι. Σήμερα λέμε καθαρά ότι μια ελίτ ολιγαρχών σπλιίζει και βεβαίως σπλιίζει και βοηθάει τον απολυταρχικό, αντιδημοκρατικό κύριο Πούτιν να χτυπάει γυναίκες, άνδρες, παιδιά, αμάχους στην Ουκρανία. Αυτή είναι η αλήθεια. Αυτές όμως οι ελίτ δεν είναι μόνο στη Ρωσία. Αυτοί οι ολιγάρχες έχουν ισόποση ευθύνη για το έγκλημα, το ξέρετε αυτό πολύ καλά. Το έγκλημα κατά της ανθρωπότητας, αλλά και τα συνεχή εγκλήματα κατά της δημοκρατίας και μέσα στις χώρες τους. Τέτοιες λίστες ολιγαρχών υπήρχαν και υπάρχουν και εκτός Ρωσίας και εκτός των δραματικών γεγονότων που μας φέρνουν την είδηση μπροστά στο πρόσωπο, βίαια, και φυσικά εκτός Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Είναι δυνατόν κράτη μέλη της Ένωσής μας να είναι πλυντήρια αυτών που χρηματοδοτούν και στηρίζουν τέτοιες ακραίες αντιδημοκρατικές εξουσίες; Δεν χρειάζεται να σημειώσω και κάτι άλλο με το οποίο όλοι εδώ μέσα θα συμφωνήσουμε: Είναι απάνθρωπο και έξω από κάθε κανόνα να έχουμε ανθρώπους που βασανίζονται, ταλαιπωρούνται, πεθαίνουν στο κρύο ή πνίγονται στις θάλασσές μας ή που έρχονται από εμπόλεμες περιοχές ή σκοτώνονται από τις νάρκες στα ευρωπαϊκά σύνορα και από την άλλη να ανοίγουμε την πόρτα σε μια ελίτ, σε ολιγάρχες, υποστηρικτές επί το πλείστον ανελεύθερων καθεστώτων που έχουν απλά την λογική να ξεπλένουν μαύρο χρήμα. Τα έχουμε ξαναπεί. Ερχόμαστε τώρα πιο αποφασισμένοι και περιμένουμε πραγματικά τη νομοθετική πρωτοβουλία. Αυτό περιμένουν όλοι οι δημοκράτες και όλες οι δημοκρατίσες σε όλη την Ευρώπη.

Sabrina Pignedoli (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, scoppia la guerra in Ucraina per la vile invasione della Russia e solo allora constatiamo che molti oligarchi russi possono contare sulla cittadinanza europea grazie ai passaporti d'oro, venduti da alcuni Stati membri.

Lo sapevamo già, in fondo, ma questa pratica è stata tollerata, perché portava entrate economiche. Ora è diventato un problema, tanto che alcune procedure sono state sospese. Oggi i russi, domani chi altro? Dobbiamo attendere una nuova emergenza per capire i rischi di questa pratica?

Perché i rischi sono tanti, a partire dal favoreggiamento di organizzazioni criminali e terroristiche, al riciclaggio e al reinvestimento del denaro sporco.

Io sono a favore di un'Unione europea inclusiva, ma verso coloro che ne hanno veramente diritto. Ci sono figli di immigrati nati nei nostri paesi che vivono in un limbo giuridico per anni, vittime di una disparità economica: pensiamo prima a loro. Cerchiamo di essere sempre più un'Europa dei diritti, non del *business*.

Per questo ritengo importante un intervento che possa regolamentare e limitare la pratica dei passaporti e delle residenze d'oro, oltre a renderne trasparenti gli elenchi.

David Casa (PPE). – Sur President, f'Malta, Daphne Caruana Galizia kienet l-ewwel ġurnalista li investigat l-iskema tal-Programm tal-Investment Individwali. Kienet skema mingħajr trasparenza li ma tistennihex minn gvern serju. Haġa waħda biss kienet ċara mill-bidu nett: li din kienet idea hażina.

Din il-Kamra diġà pproklamat ruhha kontra l-bejgh ta' ċittadinanza tal-Unjoni Ewropea, u hemm raġunijiet tajbin hafna. Kif kienet fissret il-President tal-Kummissjoni von der Leyen: "il-valuri Ewropej mhumix għall-bejgh", kif reġà tennielna lllum il-Kummissarju.

Hemm Stati Membri li jidhru lesti li jinjoraw dawn ir-riskji, anke meta qieghda tiġi affettwata l-Ewropa kollha; u fil-ġieda kontra l-ħasil tal-flus u l-korruzzjoni, il-bejgh tal-passporti huwa għodda f'idejn l-aġhar aggressuri.

Dakinhar li Putin invada l-Ukrajna, l-Unjoni Ewropea introduċiet sanzjonijiet bla preċedent, kif diġà ntqal, kontra l-oligarki Russi l-aktar viċin ta' Putin. Imma, snin ta' bejgh tal-passporti fetah ferita fl-armatura tal-Unjoni Ewropea. Allura, ngħid jien, x'se jsir minnhom issa dawk ir-Russi sinjuri li diġà għaddew minn din it-tieqa u issa qegħdin fl-Ewropa?

Jiena naqbel perfettament, Sur President, ma' kliem il-President Metsola, li kienet qaltilna li wasal sew iż-żmien li pajjiżi Ewropej jagħlqu dan il-kapitlu tal-misthija darba għal dejjem.

Paul Tang (S&D). – Voorzitter, om te beginnen wil ik de rapporteur, Sophia in 't Veld, en de andere schaduwrapporteurs bedanken voor dit verslag. Het is niet voor het eerst dat het Europees Parlement zich scherp uitspreekt, maar het spreekt zich nu uit op een zeer opportuun moment. Een relevant moment, want juist nu moeten Oekraïners huis en haard verlaten om veiligheid te zoeken in de Europese Unie en hebben sommige rijke Russen het zich al makkelijk gemaakt. Met een tweede nationaliteit bevinden zij zich al veilig in Europa, want hier is blijkbaar alles te koop, ook staatsburgerschap. En staatsburgerschap staat voor het idee van gezamenlijkheid, van onderlinge solidariteit, zeker in het geval van nood.

Dit idee is ver verwijderd en staat haaks op de motieven van rijke investeerders, criminelen en corrupte kleptocraten. Zij zijn hier om hun geld, om hun vermogen, om hun lijf en goed te beschermen. Dat is de enige reden waarom ze hier zijn. Het Parlement roept er dan ook terecht toe op de uitverkoop van Europees staatsburgerschap en Europese principes te stoppen. Al hadden we ook verder mogen gaan – nee, eigenlijk zelfs móeten gaan. Ook verblijfsvergunningen zijn niet voor de hoogste bidder. De oproep om inkomsten uit de verkoop van verblijfsvergunningen aan de EU te geven is niet passend. Dat bloedgeld moet ook de EU niet willen. Daarin geef ik de heer Reynders gelijk. Het zou het alleen maar legitimeren en dat mag niet zo zijn.

Vandaar de simpele boodschap: EU-burgerschap voor hen die ons nodig hebben. Angstige vluchtelingen boven rijke Russen.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señor presidente, señor comisario, señorías, hoy estamos muy apurados porque no queremos dejar gateras para los oligarcas rusos o bielorrusos. Pero es que llevamos años indicando, como lo ha hecho la señora In 't Veld, como lo ha hecho el señor Casa, como lo hemos hecho tantas veces, que hay una docena de países que ofrecen regímenes de residencia por inversión e incluso facilitan directamente la ciudadanía, como en Chipre y Malta; algo escandaloso que abre las puertas a toda Europa, no solo la del país que cree beneficiarse del dinero, que parece fácil, pero nadie da duros a cuatro pesetas, como dicen en España.

Llevamos años, como digo, tratando de poner coto a la evasión fiscal y al blanqueo de capitales, que están relacionados también con esto. Y sí, se han abierto recientemente procedimientos de infracción para los casos más descarados de venta de pasaportes a personas extracomunitarias por parte de Chipre y Malta, pero no es suficiente. No podemos dejar coladeros para los dictadores o sus entornos. No podemos dejar coladeros para las redes del crimen organizado. El delito cada vez tiene más componentes transnacionales y el dinero sucio intoxica y corrompe allá donde se establece.

Los emprendedores, por supuesto, son bienvenidos, pero los entornos de dictadores delincuentes no deben serlo nunca, y tenemos gateras por las que entran. Hay capital ruso sucio, bielorruso, venezolano y de otras dictaduras y regímenes corruptos del mundo. Tenemos que aplicar un control estricto a esos visados dorados, porque se venden como oportunidad de negocio, de inversiones, y muchas veces no lo son; y porque, y esto es muy importante, la defensa de la democracia también pasa por la defensa de la integridad de nuestro sistema.

Así que, hoy estamos apurados; a ver si dejamos de tener este apuro.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Mr President, firstly, I would like to thank Ms Sophia in 't Veld for the excellent work on that, but I have to say I can't remember how many times this Parliament has already called for an end to these citizenship and residence by investment scheme programmes, and they continue to be there. We still have Member States which operate on a residence basis, others still operate even on a granting of nationality basis, and we know all the problems associated with money laundering, with crime, and we know that the OECD, for instance, has signalled that these schemes are misused very frequently to undermine the common reporting standard and the due diligence procedure.

So, we really need to stand united and say, this needs to stop. And we need particularly to say that in the middle of the debate about tackling the Russian oligarchs' wealth in the EU. There are many more things that can be done to tackle that problem in terms of freezing assets or banning shell companies, or confiscating some assets, as some Member States have already done. But one thing we need to start with is putting an end to such programmes, which are really shameful.

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Na wstępie chcę podziękować sprawozdawczyni za podjęcie tego bardzo ważnego, bardzo oczekiwanego tematu. Chciałabym powiedzieć o tej sprawie w kontekście sytuacji za wschodnią granicą Polski, w kontekście agresji rosyjskiej na Ukrainę. Każdego dnia do Polski wchodzi 100 tysięcy uchodźców wojennych. To są najczęściej kobiety z dziećmi, które w pośpiechu opuściły swoje domy, zabierając tylko niezbędne rzeczy do podręcznej walizki. W Polsce przyjmowani są gościnnie, serdecznie, nie są przetrzymywani w obozach dla uchodźców, korzystają z naszej polskiej gościnności. Gdybyśmy tym kobietom, które ze swoimi dziećmi musiały uciekać ze swoich domów przed wojną, powiedzieli, że w Unii Europejskiej są złote paszporty, złote paszporty, z których korzystają oligarchowie Putina, żeby zapewnić sobie dostatnie, wygodne życie, z całą pewnością na ich twarzach malowałoby się zdziwienie i pewnie nie uwierzyłyby, że dzieje się to w wolnej Unii Europejskiej, w której Przewodnicząca mówi bardzo wyraźnie Komisji Europejskiej, że wartości unijne nie są na sprzedaż. Otóż są na sprzedaż i mają wymierną cenę. Czas zakończyć ten brudny proceder i czas przejrzeć, którzy oligarchowie Putina dostali paszporty, dostali złote paszporty, złote wizy, i po prostu najwyższy czas zrobić z tym porządek.

José Gusmão (The Left). – Senhor Presidente, os vistos *gold* funcionam na base de um princípio indecente: o princípio de que os direitos que vêm com a nacionalidade podem ser comprados, o princípio de que pessoas que escolhem os nossos países para trabalhar, tantas vezes em trabalhos mal pagos, podem ficar anos à espera de ter a nacionalidade e os direitos associados, mas pessoas que querem a nacionalidade para lavar dinheiro da corrupção ou do crime financeiro podem tê-la na hora.

Este princípio não é só permitido como tem sido promovido em Portugal. Em 2013 e 2014, o governo da direita em Portugal realizou uma autêntica *tournee* na Rússia a vender os vistos *gold* portugueses. Nos mesmos meses em que decorria o *Euromaidan* e com particular intensidade depois da invasão da Crimeia, o governo português atraía milionários russos para este esquema tão lamentável. E ainda hoje, mesmo com uma guerra e uma invasão criminosa e ilegal na Ucrânia, o governo português, agora socialista, continua a recusar-se a revogar estes vistos *gold* e a penalizar a elite que está a apoiar e financiar esta invasão.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Arvoisa puhemies, on hyvä kuulla, että komissiolla on hyvää tahtoa lopettaa kultaiset passit ja viisumit ja EU-kansalaisuuden perusteeton myynti, mutta nyt tarvitsemme myös tekoja ja tehokkaita tekoja. Ensinnäkin kysyisin komissiolta seuraavaa: Ryhdyttekö kaikkiin tarvittaviin toimenpiteisiin, että nykyisen pakoteregiimin aikana jäädytetään kaikki kaksoiskansalaisuusvarat, joita kultaisia passeja tai viisumeja omaavilla venäläisillä Euroopan alueella on?

Toisekseen siellä, missä politiikassa on tahtoa, siellä löytyy myös tie. Kehotankin komissiota myös tuomaan lainsäädäntöesityksen, jolla estetään kansalaisuuden myynti. Oikeusvaltioperiaatteeseen vedoten, myös siihen vedoten, että kyse on pääsääntöisesti EU-lainsäädännön välttelemisestä ja rahanpesusta ja myös terrorismin torjunnan perusteella näin voidaan tehdä. Mielestäni tämä on myös taantuvasti kohdennettava niihin henkilöihin, jotka ovat tähän mennessä saaneet kaksoiskansalaisuuksia perusteetta. Kiitoksia vielä lopuksi esittelijä Sophia in 't Veldille erinomaisesta mietinnöstä ja aloitteellisuudesta asiassa.

Margarida Marques (S&D). – Senhor Presidente, Comissário, Comissária, muito obrigada, Sophia, por esta oportunidade. A cidadania europeia não está à venda. Democracia, liberdade, prosperidade, os valores europeus não podem estar à venda e não podem estar à venda para os mais ricos. Não só é eticamente reprovável como colocam em causa a segurança europeia. Se ainda houvesse dúvidas, os passaportes *gold* de todos os oligarcas russos tornaram-no claro no atual contexto da crise da Ucrânia e das sanções à Rússia.

Há que acabar com os passaportes *gold* e há que monitorizar de perto os vistos *gold*, monitorizar incluindo no âmbito do Semestre Europeu como refere o relatório. É preciso a certeza de que de facto há uma iniciativa efetiva de investimento. É preciso que se torne público quem beneficia.

Os vistos *gold* não podem ser usados, em nenhuma circunstância, como instrumentos de lavagem de dinheiro ou corrupção. Para uma Europa mais segura, a Comissão Europeia deverá apresentar as propostas legislativas que hoje claramente o Parlamento Europeu pede para travar todo o abuso na defesa da justiça e dos valores europeus.

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Monsieur le Président, depuis une semaine, Malte a décidé de suspendre l'octroi de ses passeports dorés aux ressortissants russes et biélorusses. Depuis une semaine, donc, des oligarques, des corrompus, des hommes dont la fortune est souvent issue d'activités criminelles ne peuvent plus s'acheter une citoyenneté européenne et la protection qui va avec, l'accès à l'espace Schengen et les autres privilèges.

Mais tous les autres, immensément riches, d'Arabie Saoudite, de Chine et d'ailleurs, pourront continuer à investir dans quelques mètres carrés et ainsi devenir Européens à Malte ou à Chypre, sans jamais véritablement y résider. Il aura fallu une guerre pour que le gouvernement maltais prenne enfin des mesures partielles contre ce système scandaleux qui profite à ces élites.

Avons-nous si peu de respect pour la citoyenneté européenne et ce qu'elle incarne comme histoire, comme projet, comme valeurs, pour la brader ainsi? Et quelle contradiction avec nos grands discours contre le blanchiment d'argent, nos promesses de lutte contre les trafics de toutes sortes et, surtout, notre refus régulier de donner l'asile aux plus fragiles.

Assita Kanko (ECR). – Voorzitter, commissarissen, dit is het Europees Parlement en ik spreek hier vandaag als Vlaming en als Europeaan. Als iemand die niet altijd vrij was. Als iemand die de waarde kent van burgerschap en de kracht van de bescherming die het voor ieder van ons meebrengt. Maar ik vergeet de verantwoordelijkheid niet die ermee gepaard gaat, en ik omhels het. Om Vlaming en Europeaan te worden, heb ik de taal geleerd, me geïntegreerd, in mijn hart beloofd dat dit land van mij is en ik van het land. Dat zijn mijn waarden die ik altijd zal dragen en helpen beschermen. Is dat niet wat we integratie en burgerschap noemen?

Ik weet ook hoe gemakkelijk een beschaving gebroken kan worden. Ze wordt geleidelijk leeg, van binnenuit, door een verraderlijk gebrek aan respect en gehechtheid aan haar ziel, aan moed, aan waardigheid. Wij moeten handelen om onze manier van leven te beschermen. Europa moet zijn identiteit opnieuw wapenen tegen corruptie, maar ook tegen het islamisme en de cancelcultuur. Corruptie en dergelijke ideologieën maken ons kapot. Het zijn regressies die mensen en onze naties beknotten. Ze bedreigen onze veiligheid en ons gevoel van trots. Burgerschap is niet te koop, maar het is ook niet gratis. Als Elon Musk vandaag Vlaming wil worden, is hij welkom. Poetin niet.

Γιώργος Γεωργίου (The Left). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, επενδυτικά προγράμματα που θα μπορούσαν να δώσουν ώθηση στην ανάπτυξη της κοινωνίας, τελικά μετατράπηκαν σε εργοστάσιο παραγωγής και απόδοσης διαβατηρίων. Ένα φαγοπότι δισεκατομμυρίων για κυκλώματα και μεσάζοντες. Ξεζούμισαν για πάρα πολλά χρόνια την κότα με τα χρυσά αβγά και τελικά την έσφαξαν. Το κόστος βέβαια το πληρώνει πάλι ο κόσμος. Εμείς προειδοποιούσαμε και λέγαμε ότι οι αυθαιρεσίες και οι καταχρήσεις θα μετέτρεπαν τα προγράμματα σε εστίες διαφθοράς και διαπλοκής, για κυκλώματα που εμπορεύονται την ευρωπαϊκή ιθαγένεια. Δυστυχώς ως Κύπριος το γνωρίζω αυτό πάρα πολύ καλά. Μπορεί η κυβέρνησή μου να σταμάτησε να εξετάζει εκκρεμούσες αιτήσεις, αλλά η ζημιά που έγινε για την Κύπρο και για τον λαό μας είναι μεγάλη. Απαιτούμε λοιπόν να υπάρξει διαφάνεια και καταπολέμηση της διαφθοράς σε κάθε επίπεδο. Απαιτούμε να κλείσουν οι φορολογικοί παράδεισοι.

Κύριε Επίτροπε, σας λέω και το ξέρετε πάρα πολύ καλά: Ρώσοι, Ουκρανοί και άλλοι ολιγάρχες δεν υπήρξαν μόνο στην Κύπρο και στη Μάλτα· είναι διάσπαρτοι σε όλη την Ευρώπη και υπάρχει και κάτι άλλο: Πάρα πολλοί ανείσπραχτοι φόροι από την απόδοση των χρυσών διαβατηρίων. Τα λεφτά ανήκουν στην κοινωνία. Θα πρέπει και να απαιτηθούν και να επανακτηθούν για να δοθούν στα κράτη τα οποία τα χρειάζονται.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, princip zlatých pasů přináší nejen finanční, ale i bezpečnostní rizika a my to tady opakujeme neustále. Je to neetické. Je to problematické. Je to absolutně proti principům, na kterých vyrostla Evropská unie. Vždyť být občanem je něco unikátního, co se nedá za dvě hodiny vybavit na Maltě cestou od tryskáče do ministerského paláce. Je to něco, co se nemůže rozdávat na počkání nějakým oligarchům nebo lidem, kteří perou peníze na Kypru. Je to něco, co nemůžeme dávat v Portugalsku a vyměňovat za peníze, které se vydělaly na těch nejzranitelnějších, na lidech, kteří pro to trpěli. Jsou to peníze obchodu se zbraněmi, jsou to peníze oligarchů, kteří obchodují s prostitutkami. Jsou to peníze, které jsou černé, a je potřeba říct v celé Evropské unii: Dost! Žijeme v jednadvacátém století. Neexistuje žádné oprávnění pro to, aby některý stát Evropské unie prodával zlaté evropské pasy. Je to hanba těch, kteří to dělají. Měli by se stydět a měli by tuto praxi okamžitě zrušit.

Daniel Freund (Verts/ALE). – Mr President, dear colleagues, a passport of an EU Member State is valuable, provides freedom, provides protection and rights. It's not because of any one Member State, but it is because of Schengen and the European Union that all our passports are valuable. You might ask how valuable? Well, Member States Malta, Cyprus, Portugal will charge you up to two million euros to get one. And let's not fool ourselves: such a price tag does not attract the brightest scientists or entrepreneurs. It opens the door for corrupt oligarchs and criminals. Golden passports support corruption inside the European Union.

We have pointed to the freeloader countries for years, but the real issue is that it shouldn't even be possible for any one Member State to sell something that belongs to the 27 Member States collectively. The rules on how European passports are handed out should be European rules. Indeed, there should be one European passport, one that is not for sale, but one that represents our shared values: democracy, self-determination, freedom and the protection from the enemies of democracy.

Malin Björk (The Left). – Herr talman! Vi är med Ukraina, men ändå inte. För om vi är uppriktiga i vårt stöd, så ser vi att vi måste göra mer. Vi måste följa pengarna. Vi måste stoppa importen av rysk olja och gas. Vi måste utöka sanktionerna, och vi måste attackera Putins maktbas, det vill säga de ryska oligarkerna som han baserar sin makt på. Vi måste stoppa dem från att härja fritt i våra länder, i det finansiella systemet, och från att till och med köpa till sig medborgarskap och visum i EU-länder.

Det är obscent att över huvud taget kunna köpa sig till ett medborgarskap, som flera av kollegerna här har sagt. Det är både ett moraliskt och ett politiskt problem. Det göder korruption och fiffel. Det måste stoppas överallt för alla, men inte minst också för de ryska Putin-oligarkerna.

Låt oss nu därför stoppa guldpassen och guldvisumen, men låt oss inte stanna vid det. Låt oss också ta oss an skatteparadiserna, där de ryska Putin-oligarkerna gömmer sina smutsiga och numera också blodiga pengar. Låt oss göra det nu.

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je voudrais d'abord vous remercier pour ce débat approfondi et vous dire à nouveau que la Commission, tout comme votre Parlement, s'est engagée pour une abolition complète des programmes de citoyenneté par investissement dans tous les États membres.

Nous ne voulons plus de passeports dorés et nous n'avons pas attendu l'agression russe en Ukraine pour agir. Je rappelle que c'est en octobre 2020 que nous avons lancé des procédures d'infraction et nous avons déjà obtenu la fin des différents programmes à Chypre, mais également l'abolition, sur laquelle le Parlement bulgare se prononce actuellement, de ce type de système en Bulgarie. Nous allons continuer à demander que cette abolition soit complète aussi à Malte, même s'il y a déjà eu une première annonce concernant les passeports dorés pour les citoyens russes ou biélorusses.

Je crois qu'il ne faut pas vouloir légitimer cette pratique des passeports dorés – c'est d'ailleurs, je l'ai dit tout à l'heure, la raison pour laquelle nous regardons vos propositions en matière de législation. L'objectif, c'est bien l'abolition des programmes de citoyenneté par investissement. Par ailleurs, nous avons demandé à Chypre de vérifier les passeports déjà octroyés, ce qui est en cours, et j'espère que nous pourrions continuer à travailler sur l'examen de ce qui a été fait ces dernières années dans les États membres qui ont octroyé la citoyenneté par investissement.

Il n'est pas normal, il n'est pas question que l'on puisse vendre ce bien commun qu'est la citoyenneté européenne, ce bien commun des Vingt-Sept, uniquement pour alimenter un budget dans un des États membres. L'objectif est donc vraiment, je le répète, l'abolition complète; il ne s'agit pas de fixer des règles pour l'autoriser, mais simplement d'aller vers une abolition complète.

En ce qui concerne les programmes de résidence par investissement – les visas dorés –, ma collègue Eva Johnson a déjà dit tout ce que nous avons fait au sein de la Commission, soit à l'égard des États membres, soit à l'égard de pays tiers, et nous allons continuer. Je peux vous dire qu'ensemble, nous allons regarder très attentivement toutes les préoccupations – j'en ai évoqué certaines tout à l'heure – soulevées dans votre rapport, y compris d'ailleurs dans ce domaine, les initiatives législatives éventuelles. Soyez en tout cas certains qu'il n'est pas question d'autoriser en quoi que ce soit que les valeurs de l'Union européenne soient vendues, que ce soit à travers l'accès à la citoyenneté ou à travers d'autres types de mécanismes, comme le droit de résidence qui est octroyé par des États membres ou par des pays tiers.

Je dois donc vraiment insister: la crise que nous vivons aujourd'hui, l'agression russe en Ukraine, provoque probablement une prise de conscience plus forte, je l'espère, dans certains États membres; mais depuis 2020 déjà, des mesures ont été prises pour qu'il soit totalement mis fin à la vente de la citoyenneté. C'est le cas à Chypre, je me réjouis que la Bulgarie vote également une législation et nous continuons à demander que Malte agisse de la même manière, et pas seulement pour les citoyens russes et biélorusses.

Bien entendu, nous n'hésiterons pas à continuer à prendre des initiatives si cette abolition n'intervenait pas très rapidement.

Sophia in 't Veld, *rapporteur*. – Mr President, I should like to thank the Commissioners and my colleagues for this debate. I very much welcome the statements by the Commission, and I thank the Commissioners for their personal commitment. I also salute the announcement of the initiatives to be taken, but I will also be frank: it still sounds a little bit timid to me, because I think the time for non-binding recommendations is over. The time to ask the national governments nicely is over. It is great if golden visa schemes will disappear, not as a result of ad hoc decisions of whoever happens to be in government at any particular given time, but structurally, as the outcome of European legislation.

Now the Commission has the power, the power of initiative. So you have a duty to use it in the interests of the European citizens. And to be clear, this report, which commands a big majority, as you have seen, is not just a friendly suggestion to the Commission, it is a legislative initiative report on the basis of Article 225 of the Treaty on the Functioning of the European Union. And that means that if the Commission chooses not to answer our call for legislation, it has to clearly state its reasons. And you have surely noticed, as I said, there is a very big majority supporting this call. And again, I remind you and ourselves of the 2019 election promise of President von der Leyen to follow up on the legislative initiatives of Parliament.

Colleagues, it's also in our own hands because I also believe it is time for this House to assert itself and to not take 'no' or 'maybe' or 'some other time' for an answer.

Dear Commissioners, I think we know each other well enough, so please don't take this personally – because usually I'm a really nice person, as you know, a real pussycat, but in this case, I'll be on your backs until we have legislation on the table, until we have banned these practices from Europe and I will harass you, I will chase you, I will hunt you down until we have the proposals on the table, because anything else is just not credible anymore.

Predseda júci. – Týmto sa rozprava k tomuto bodu skončila.

Hlasovanie o pozmeňujúcich návrhoch sa uskutoční zajtra.

A záverečné hlasovanie sa uskutoční v stredu.

Písomné vyhlásenia (článok 171)

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), na písmie. – W kilku państwach UE funkcjonują programy uzyskania obywatelstwa przez inwestycję (CBI) i prawa pobytu przez inwestycję (RBI), w ramach których obywatele państw trzecich otrzymują obywatelstwo lub status rezydenta w zamian za korzyści finansowe. Niestety charakteryzują się one minimalnymi lub żadnymi wymaganiami dotyczącymi fizycznej obecności i oferują „szybką ścieżkę” do uzyskania statusu rezydenta lub obywatela w państwie członkowskim w porównaniu z konwencjonalnymi kanałami. Programy CBI i RBI niosą ze sobą liczne zagrożenia, do których należą korupcja, pranie pieniędzy czy unikanie płacenia podatków. Ryzyka tego nie można właściwie ocenić ze względu na brak przejrzystości, a obecnie nie zarządza się nim w wystarczającym stopniu, co skutkuje słabą weryfikacją i brakiem należytej staranności w odniesieniu do wnioskodawców w ramach systemów CBI i RBI w państwach członkowskich.

Ważne, aby spojrzeć na to zagadnienie również w sytuacji brutalnej agresji Rosji na terytorium i ludność Ukrainy. Jedną z pierwszych reakcji w świecie było nałożenie sankcji na szereg osób ściśle związanych z reżimem Kremla, w tym na oligarchów, którzy często korzystają właśnie z tych mechanizmów, o których tu mówimy. Musimy zadbać, by złote paszporty nie były dla nikogo przepustką i furtką do unikania odpowiedzialności za ich czyny, m.in. dla osób zaangażowanych w zbrodnicze działania Władimira Putina.

14. Schrumpfender Handlungsspielraum für die Zivilgesellschaft in der EU (Aussprache)

Predseda júci. – Ďalším bodom programu je správa, ktorú predkladá Anna Donáth v mene Výbor pre občianske slobody, spravodlivosť a vnútorné veci, o návrhu Zmenšujúci sa priestor pre občiansku spoločnosť v Európe [2021/2103(INI)] (A9-0032/2022).

Anna Júlia Donáth, Rapporteur. – Elnök Úr! Nehéztüzérséggel bombázott lakónegyedek, fegyverekkel megtámadott atomerőművek, humanitárius katasztrófabá sodort lakórészek, szenvedésre ítélt lakosság: csak néhány pillanatkép abból a szörnyűségből, ami jelenleg is az Európai Unió szomszédságában, Ukrajnában ezekben a pillanatokban is történik. Bombák, rakéták és gépfegyverek üldöznek el milliókat! Gyermekek és családok kényszerülnek mindent hátrahagyva menekülni az ismeretlenbe, és amikor menekülés közben átlélik a határt, ki segít rajtuk első sorban, legelőször? Nem katonák, nem politikusok és nem hivatalnokok, hanem egyszerű emberek, hétköznapi emberek és civil szervezetek, akik nem szeretnének semmi mást csak, mint a menekültek: nyugalomban és békességben élni és dolgozni. Ők azok, akik felismerték, hogy csak akkor tudunk egy jobb világot teremteni, ha teszünk is érte valamit, hogy végső soron egymásra vagyunk utalva, nemzetiségtől, nyelvtől és országhatároktól függetlenül.

Képviselőtársaim, a múlt héten én is jártam a magyar–ukrán határnál, és onnan hozom a helyben civil segítőknek az üzenetét Önökhöz. Azt kéri, hogy segítsük a munkájukat és tegyünk meg mindent annak érdekében, hogy zavartalanul úzhassék azt. Azt kéri, hogy támogassuk őket, azokat, akik az uniós alapértékeknek megfelelően emberségességet és igazságosságot képviselnek a hétköznapiakban. Azt kéri, hogy védjük meg őket azoktól az elnyomó kormányoktól, akik orosz mintára üldözik őket. Az üzenetük pedig most különösen fontos, amikor erről a jelentésről beszélünk.

A jelentésből ugyanis egyértelműen kiderül, hogy több tagállamban is a kormányok akadályozzák a civil szervezetek működését. A civil tér zsugorodása pedig közvetlenül összefügg azzal, hogy az EU az elmúlt évtizedben nem állt ki megfelelően az alapértékei, azaz a demokrácia, a jogállamiság és az alapvető jogok mellett. Ez oda vezetett, hogy hibrid rezsimek jöttek létre Európa közepén. Ezek a rezsimek pedig nemcsak az általuk pénzelt álcivil szervezetekkel ássák alá a civil szervezetek, a civil társadalom lényegét, de normalizálták a kormánytól független civil szervezetek elleni támadásokat is. Jogi, hatósági, adminisztratív úton vegzálnak olyan szervezeteket, amelyek állami mulasztásokat pótolva látnak el közfeladatokat.

A hatalommal visszaélés ezen formáira, az EU-nak már a kezdetektől fogva határozott választ kellene adnia. Meg kell teremtenünk azt az európai jogi és adminisztratív környezetet, amely a civil társadalom létrejöttének, zavartalan működésének megfelelő biztosítékot adna, mert független civil szerveződések, független civil szféra nélkül nem beszélhetünk demokráciáról. Ezért szükség van egy olyan európai keretre, amely tisztázza a civil szervezetek finanszírozásának határon átnyúló lehetőségeit is, hogy egyenlő feltételek mellett adományozhassanak az európai állampolgárok, bármelyik uniós ország civil szervezetei számára. Emellett pedig a civileket vegzáló politikai lépésekre politikai választ kell, méghozzá egyértelmű és határozott politikai választ kell adnunk. Ezért van szükség egy európai szintű civil társadalmi stratégiára, és arra, hogy a civil tér helyzetének a vizsgálata az éves jogállamisági jelentésben is megjelenjen! De ne csak említés szintjén, hanem különálló fejezetben.

Képviselőtársaim, végül de nem utolsó sorban szeretném megköszönni a frakciók és az árnyékjelentestevők támogatását. Kezdetől fogva éreztem ugyanis, hogy a jelentés fontosságára és hiánypótló mivoltára tekintettel, a frakciók minden támogatást megadtak, hogy a lehető legerősebb és legelőremutatóbb jelentés születhessen meg. A Bizottságtól ennek fényében azt kérem, hogy a javaslat mentén a lehető leghamarabb lépjen, hogy még ebben a ciklusban megteremthessük a civilek védelmének minden alapját! Előre is nagyon köszönöm!

Didier Reynders, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je souhaite tout d'abord remercier M^{me} la rapporteure Anna Donáth, la commission LIBE, ainsi que toutes celles et tous ceux qui ont contribué à ce rapport. Ce rapport souligne à quel point les organisations de la société civile sont essentielles au bon fonctionnement de nos démocraties. Il présente en détail les différents défis auxquels elles sont confrontées.

Les organisations de la société civile jouent, tout comme les médias indépendants, un rôle fondamental. Elles permettent d'attirer l'attention sur les menaces envers l'état de droit, contribuent à responsabiliser les autorités et aident à garantir le respect des droits inscrits dans la charte européenne des droits fondamentaux. Préserver et protéger l'espace dévolu à la société civile est plus important aujourd'hui que jamais, alors que nos valeurs et les droits fondamentaux sont parfois sous pression, voire menacés.

Les organisations de la société civile sont également essentielles pour mettre en œuvre la politique de l'Union dans le domaine des droits fondamentaux, notamment pour l'aide aux victimes et en particulier les plus vulnérables. Elles promeuvent et protègent les droits garantis par la charte sur le terrain.

Elles devraient dès lors pouvoir opérer dans un environnement où leurs propres droits fondamentaux sont pleinement respectés. Je me réfère ici en particulier à leur droit à la liberté d'expression, y compris l'accès à l'information et aux libertés de réunion pacifique et d'association, en ce compris, bien sûr, le droit de rechercher des ressources. Ces droits doivent être respectés en toutes circonstances.

Comme l'a récemment reconnu l'ONU, un espace civique dynamique nécessite un environnement ouvert, sûr et exempt de tout acte d'intimidation, de harcèlement et de représailles. Cependant, la réalité est parfois bien différente. L'Agence pour les droits fondamentaux a rapporté qu'en 2020, environ un tiers des organisations actives dans le domaine des droits de l'homme qui ont répondu à sa consultation ont déclaré que leurs conditions de travail étaient mauvaises ou très mauvaises. En outre, plus de la moitié des organisations nationales ou locales ayant répondu à cette consultation ont déclaré qu'en 2020, la situation s'était détériorée ou fortement détériorée par rapport aux années précédentes.

The progressive erosion of the civic space is due to a number of factors that are different in each Member State. We sometimes see regulatory constraints and difficulties in accessing funding or increased controls in this field. But we also see, in some cases, legislation and government actions that hamper the work of civil society organisations and affect their independence.

Also in some Member States civil society organisations are not adequately protected from physical or verbal attacks and have been the target of strategic lawsuits against public participation, also known as SLAPPs. Several studies and trust surveys show that the pandemic has often exacerbated existing challenges.

Emergency measures must not be used to restrict fundamental rights in a way that is not proportionate, including the rights of civil society organisations. In this context, we rather need to continue to protect, support and empower our civil society organisations.

As to their protection, the Commission is continuously monitoring developments related to the legislative and policy frameworks regulating civil society in each Member State and is reporting about this in the annual rule of law report.

Civil society organisations are also closely involved in the process for the preparation of this report through a targeted consultation but also as part of our country visit and we will work more and more with the participation of civil society organisations in the follow-up of the different editions of the rule of law report because it has come to be a cycle and we need to organise the debate at national level through civil society organisations.

The Commission did not hesitate to act in its role of guardian of the treaties against a national legislation that restricted the right to freedom of association of civil society organisations by limiting their access to funding, in breach of EU law and of the Charter, as confirmed in 2020 by the Court of Justice.

Following the adoption of a recommendation on the safety of journalists last September, the Commission is currently finalising a package of measures to specifically protect journalists and rights defenders against the so-called SLAPPs.

As to the support for civil society for the citizens, equality rights and value programmes, the CERV, we have stepped up efforts in particular to support smaller, local associations that sometimes find it hard to work given the constraints they face.

Almost half a billion euro are reserved within the programme specifically for civil society organisations, with at least 40% of this amount to be allocated to local and regional civil society organisations. The large amount of civil society organisations which can benefit from the programme is also a core indicator to measure its performance.

In addition, we have coupled the traditional system of funding linked to a project to a call for grants under the Union values strand. Those grants will support the capacity building of civil society organisations, funding their running costs and development.

The first call, with EUR 51 million available, is open until 29 March. We will make sure that the funding will reach the organisations that are engaged in the promotion and protection of EU values across the Member States and that work in full compliance with the values and rights enshrined in the Treaties and in the Charter.

In order to do this the funding will be disbursed through a system of intermediaries in the Member States that know the specificities of the challenges faced by civil society organisations. The intermediaries will provide technical and methodological support to small organisations during the application phase, the monitoring and reporting phase and in the preparation and implementation of their activities.

Finally, the Commission puts civil society at the heart of each its recent strategies pertaining to fundamental rights – the strategy to strengthen the application of Charter of Fundamental Rights in the EU, the strategy on the rights of the child, the strategy on combating anti-Semitism and fostering Jewish life or the anti-racism action plan.

These strategies were developed in close consultation with civil society organisations which are also deeply involved in their implementation. The Commission will also continue to empower civil society organisations by engaging in a dialogue with them and by acting accordingly throughout all relevant stages of its work.

Permettez-moi enfin de souligner que le rapport 2022 sur l'application de la charte sera consacré au rôle de l'espace civique dans la protection et la promotion des droits offerts par cette charte. La Commission poursuivra le dialogue avec les organisations de la société civile afin de garantir que nos objectifs communs soient atteints au mieux.

Nous engagerons également des consultations spécifiques dans la perspective du rapport 2022 sur la charte. Nous allons continuer à aborder la problématique de l'espace civique et des organisations de la société civile dans un chapitre du rapport sur l'état de droit. Mais nous allons également, dans le rapport 2022 sur l'application de la charte, nous concentrer sur le rôle de cet espace civique dans la protection et la promotion des droits offerts par cette charte.

Je ne voudrais pas conclure sans rappeler que, bien entendu, grâce au support de votre Parlement, nous avons obtenu les crédits nécessaires pour renforcer notre collaboration avec les organisations de la société civile, ce dont je vous remercie. Et je me réjouis, bien entendu, d'entendre à nouveau aujourd'hui vos contributions.

Manon Aubry, *rapporteuse pour avis de la commission JURI*. – Monsieur le Président, chers collègues, protéger la société civile, c'est aussi protéger la démocratie elle-même, c'est garantir la possibilité pour le peuple de s'organiser en associations, en syndicats et de manifester pour exercer sa part de pouvoir.

Nous en avons besoin d'urgence alors que la tentation autoritaire s'installe – en Pologne et en Hongrie, bien sûr, où l'extrême droite au pouvoir écrase méthodiquement les défenseurs des droits des femmes, des migrants et des personnes LGBTI, mais aussi dans mon pays, le pays des droits de l'homme, où la répression des gilets jaunes s'est soldée par des milliers de gardes à vue abusives et des dizaines de corps mutilés. Climat, retraites, droits des femmes: tous les manifestants connaissent déjà et désormais le même sort. «Liberté, égalité, fraternité» ont cédé la place à «LBD, nasses et GAV».

En tant que rapporteure de la commission des affaires juridiques, je me félicite de retrouver nombre de mes propositions dans ce texte, pour garantir le financement des organisations de la société civile et les protéger contre les attaques de gouvernements et de tiers. La démocratie est un bien fragile. Défendons ceux qui la font tenir.

Maria Walsh, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, democracy cannot be preserved if freedom of the media, freedom of assembly and freedom of association are not guaranteed, encouraged and respected. These are key to the foundation of our European Union and each of our Member States.

This report comes as a consequence of the COVID-19 pandemic and the various examples of backsliding we have seen in some Member States since the beginning of this mandate. Our civil society organisations are facing uneasy conditions across the European Union, with increasing issues related to access to funding, discriminatory practices and restrictive criteria being imposed on NGOs.

The contraction of civic space is a first sign that the rule of law is at risk. And so often the case, these restrictions are disproportionately affecting our most vulnerable citizens and minority groups. We see this today more than ever. The European Council Commissioner for Human Rights notes that the situation in some Member States for LGBTQI people, for example, can be described as worrying, with an increase in online harassment, hate campaigns and assaults.

In addition, in this European Year of Youth, it's important that we amplify the voice of Europe's youth organisations to be sure that they are building a positive influence into public policies and seeing a stronger Europe. These issues can only be addressed through protecting our civil society organisations and ensuring adequate funding.

I welcome the Commission's 1.5 billion funding for organisations through the citizens equality, rights and values programme. However, this is only the first step. It is essential that as parliamentarians, we recommit ourselves each and every day to encouraging a vibrant and diverse civil society at regional, national and European level. I think of Ukraine. I think of the pro-democratic organisations in Russia. Be safe, be well.

Łukasz Kohut, w imieniu grupy S&D. – Panie Przewodniczący! *Putin go to hell!* Putin idź do diabła! Jesteś ludobójcą. Zniszczyłeś pokój w Europie. Niszczysz bratni naród ukraiński. Ale odebrałeś także Rosji przyszłość na dekady. Trzy, cztery pokolenia Rosjan będą nosiły ze sobą ciężkie brzemię tego, co robi obecnie armia Putina w Ukrainie.

Stawiam tezę, że gdyby społeczeństwo obywatelskie w Rosji było silne i nie było systemowo niszczone przez państwo, to tej wojny by po prostu nie było. Obywatele by na nią nie pozwolili. I tylko tego boi się Putin. Tylko tego. I dlatego tak brutalnie tłumi protesty i wysyła do łagrow oponentów politycznych.

Autokraci, dyktatorzy i tyrani nienawidzą wolnych ludzi i społeczeństwa obywatelskiego. Świadome swoich praw i obowiązków, wyedukowane społeczeństwo obywatelskie, które bierze masowo udział w wyborach i w referendach, umiejętnie korzysta z mediów i z mediów społecznościowych, to najsilniejsza broń i jednocześnie najpewniejsza gwarancja pokoju.

My w Europie wiemy dobrze, że filarem naszej wspólnoty jest społeczeństwo obywatelskie, więc trzeba je wspierać. Przygotowaliśmy sprawozdanie, w którym zwracamy uwagę na konkretne obszary, w których musi nastąpić poprawa.

Wzywamy Komisję do stworzenia katalogu przestrzeni obywatelskiej i strategii, w której będą zawarte minimalne prawne i administracyjne standardy. W tej strategii ma także zostać wprowadzony status europejskich stowarzyszeń transgranicznych i organizacji niekomercyjnych. Wzywamy do większej elastyczności w dostępie do unijnych środków dla tych podmiotów.

Dziś w Polsce, w obliczu wyzwania humanitarne, widzimy wyraźnie, kto zdaje egzamin w godzinie próby. To obywatele, organizacje pozarządowe i oddolne ruchy społeczne. To one wzięły na siebie ciężar pomocy dla uchodźców. Jestem dumny z postawy mieszkańców mojego regionu i całej Polski, lecz nasze społeczeństwo potrzebuje obecnie wsparcia – i to wsparcia jak najszybciej.

Ważne, by środki europejskie popłynęły bezpośrednio do samorządów i organizacji pozarządowych. Bezpośrednie przekazanie środków to także pewność, że zostaną one dobrze zagospodarowane, bo to organizacje pozarządowe i samorządy są najbliższe ludzi.

Last but not least, thank you very much, Anna Júlia Donáth, for the great cooperation. It was a real pleasure to work with you. I have no doubt that this war is the last backlash of nationalism in Europe, and we have to follow towards the federal Europe with Ukraine on board.

Abir Al-Sahlani, för Renew-gruppen. – Herr talman! Kommissionär, ärade kollegor! Jag vill tacka dig Anna Donáth för detta viktiga arbete. Redan innan pandemin slog till visste vi nämligen att vissa regeringar i vår union ägnade väldigt mycket tid åt att skapa ett narrativ kring det civila samhällets organisationer som till slut ledde till att deras verksamheter slogs ut. Högerpopulistiska regeringar, såsom i Ungern och Slovenien, fortsätter att begränsa, svartmåla och i värsta fall kriminalisera föreningslivets verksamheter.

Ofta börjar dessa regeringar med att attackera organisationer som försvarar kvinnors rättigheter, flyktingars rättigheter, hbtqi-personers rättigheter, européer med funktionshinders rättigheter, med andra ord organisationer som speglar kärnan i det vi kallar Europeiska unionen, vår europeiska union – värderingar, våra gemensamma värderingar, som högerpopulisterna hatar mest av allt, som högerpopulisterna vill slå ner, montera sönder med all sin kraft. Så länge föreningar tystas, hotas, så hotas också fundamentet i vår liberala demokrati.

Under pandemin gick en del regeringar rätt hårt åt, och fram, och lade förbud på organisationers verksamheter. Nu när våra samhällen återstartar, när vi kommer tillbaka, måste alla våra fri- och rättigheter återtas. Därför vill jag i kommissionens nästa rapport om rättsstatens principer se ett särskilt kapitel tillägnat förutsättningarna för civila samhällets organisationer. Än finns det nämligen tid att vända utvecklingen. Än finns det tid att vinna tillbaks vår fria union.

Damian Boeselager, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, thank you to Anna, and on behalf of Erik, I would like to thank everyone – the rapporteur, shadows and technical staff, for the great collaboration on this report.

It's a very timely report indeed. The recent intensified crackdown on civil society in Belarus and Russia shows one important truth: an organised civil society is a horror for any form of autocratic leadership because it shows if and how they fail their societies. But we don't need to look that far. Sadly, we see civil society organisations also being targeted and limited in our own Member States. Some leaders don't want to allow societies to correct their mistakes.

I've witnessed systematic persecution and criminalisation in the field of migration, an area where all our governments are currently failing. And the recent events in Ukraine show another and more humane face for Europe in that matter. So let us build on this humane Europe and show that every human being is worth saving, no matter how far they've travelled and no matter what their skin colour.

Let us build a humane Europe, Commissioner, by supporting civil society organisations, ensuring sufficient funding for CSOs and developing a green strategy for safeguarding civic spaces in the EU.

Hélène Laporte, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, la question n'est pas tant le champ d'application des organisations de la société civile au sein de l'Union européenne, mais leur impartialité et leur valeur ajoutée dans le processus législatif.

L'Union européenne pâtit d'une multitude d'entités pratiquant un lobbying agressif auprès de l'ensemble de ses institutions. Par exemple, pour les gens de l'internet, il était recensé pas moins de 1 452 lobbyistes qui ont dépensé 97 millions d'euros par an depuis 2019 pour défendre leurs intérêts. Afin de clarifier les moyens de politique non conventionnels pesant sur les décisions européennes, j'appelle de mes vœux une réforme relative au registre de transparence mis en place par la Commission en 2011. La défense de l'intérêt général doit constituer l'unique boussole du législateur européen.

Dans cette perspective, je propose trois pistes de réforme. Tout d'abord, la création d'un observatoire des ONG, afin de surveiller l'activité de ces dernières, ce qui me semble correspondre à l'exigence de transparence. Ensuite, au regard de l'influence de certaines ONG, qui sont des organisations non élues, un rapport annuel d'activités réalisé par un cabinet indépendant pourrait être publié chaque année. Enfin, il y a lieu de cartographier les réseaux réels des ONG, qui peuvent aussi bien financer d'autres ONG que des consultants indépendants. En effet, l'analyse d'une ONG isolée permet, dans certains cas, d'identifier un écosystème d'entités dont l'influence se révèle bien plus étendue.

Une réflexion d'ensemble doit être menée sur ce sujet. En effet, la Commission européenne a pris un risque inconsidéré en externalisant son besoin d'expertise vers des cabinets œuvrant pour des représentants d'intérêts économiques, ce qui a entraîné un accroissement de l'influence des lobbies dans les rapports où l'exécutif européen n'a pas un point de vue nourri par une expertise autonome. Je rejoins à ce propos la proposition du rapport de créer un comité d'éthique indépendant qui puisse fournir des orientations à ce sujet et formuler des recommandations sur les sanctions contre les pratiques déloyales des lobbies qui pourraient mettre en danger l'indépendance des institutions de l'Union.

Ladislav Ilčić, *u ime kluba ECR*. – Poštovani predsjedavajući, poštovane dame i gospodo, ovo je izvješće kontradiktorno. S jedne strane poziva na širenje prostora za civilno društvo, a s druge strane suzuje taj isti prostor, određujući vrijednosni okvir u kojem bi se civilno društvo trebalo razvijati.

Taj okvir koji nameće ovo izvješće, a pogotovo mišljenje Odbora za pravna pitanja, je vrlo jasan. On naglašava LGBT i slične udruge kao i udruge za pomoć ilegalnim migrantima.

Kritiziraju se Poljska i Mađarska, a uopće se ne spominju sve druge zemlje u kojima udruge koje promoviraju kršćanske vrijednosti su potpuno diskriminirane, koje ne dobivaju nikakav novac od nacionalnih vlada.

S druge pak strane imamo udruge s lijeve strane političkog spektra koje ne dobivaju gotovo nikakav novac od građana, ali zato dobivaju ogroman novac od nacionalnih vlada i europskih institucija. I taj novac čini veliku većinu njihovog budžeta. Kakve su to nevladine udruge kojima upravo vlade pune najveći dio proračuna?

Civilno društvo u Europskoj uniji izgleda vrlo loše. To u stvari više nisu udruge civilnog društva, nego su to instituti koji promoviraju ideje političara koji ih financiraju.

Ne možete vi s političke razine određivati profil civilnog društva. Taj profil trebaju odrediti sami građani. Zato se to i zove civilno društvo.

Dakle, pustite civilnom društvu da se slobodno razvija i budite pluralni, dosljedni i pravedni!

Malin Björk, *on behalf of The Left Group*. – Mr President, the norm should be that States support, in both legal and financial terms, a flourishing civil society – as watchdogs, as service providers, as representatives of minorities, as central actors in our democracies.

But what's the reality? In Italy, search and rescue organisations are harassed and persecuted since 2017. And I'm speaking about Luventa, Open Arms, Sea-Watch, MSF. I think it's important to name them.

In Croatia, individual activists from the organisation Are You Syrious are being persecuted by the State.

In Poland, the courageous LGBTI activists from Atlas of Hate are being persecuted by regions and local communities.

So, add to that, to this situation, the laws around funding and registrations that hamper civil society. This is EU 2022.

So what are you doing, the Commission? We have heard you speaking for two years now, but nothing is happening. It is of democratic, existential importance. Civil society is central to our democracies and you must act now.

Balázs Hidvéghi (NI). – Elnök Úr! A civil szervezetek szabad és háborítatlan működése fontos európai hagyomány. Azt viszont semmi sem indokolja, hogy ezek a szervezetek különleges elbánásban vagy kiváltságokban részesüljenek. Az végképp nem elfogadható, ha egyes civil szervezetek szándékosan áthágják a törvényeket, adott esetben figyelmen kívül hagyják hatósági utasításokat. Tömegesen fordul elő az elmúlt években, hogy NGO-k embercsempészekkel működnek együtt, és százával hordják az illegális bevándorlókat Európába a Földközi-tengeren keresztül. Nemrég arra is fény derült, hogy baloldali célokat szolgáló szervezetek hálózata, álságosan, nagyipari módon manipulálja az európai politikai vitákat, és az Európai Parlament éppen mentesíteni akarja őket a szabályok alól?

Elutasítunk minden olyan törekvést, amely megszüntetné a civil szervezetek elszámoltathatóságát, törvényes és átlátható működésének a biztosítékait. Ugyanolyan szabályoknak kell vonatkozniuk rájuk is, mint minden más szervezetre. Nem indokolt és nem is megengedhető, hogy a törvény fölé emelve, kivonjuk őket a tagállami szabályok betartása alól.

Andrzej Halicki (PPE). – Panie Przewodniczący! Społeczeństwo obywatelskie odgrywa kluczową rolę w obronie, w ochronie demokracji. I nawet kiedy praworządność jest zagrożona, pokazuje swoją siłę, bo przecież dzisiaj żyjemy w czasach nacjonalizmu, populizmu, ataku na wartości unijne. Żyjemy w dniach agresji, terroru państwowego, rosyjskiego wobec Ukrainy, wobec naszych braci za naszą wschodnią granicą. I zobaczcie, co mamy w Polsce w warunkach na pewno zagrożonej praworządności: silne społeczeństwo obywatelskie, organizacje pozarządowe, a przede wszystkim obywatele dają pomoc ponad milionowej rzeszy uchodźców, uciekinierów, którzy chronią się w Polsce przed śmiercią, bo przecież grozi im śmierć. Ta pomoc idzie właśnie od organizacji, organizacji lokalnych, społecznych, stowarzyszeń, organizacji pozarządowych. Jest możliwa dlatego, że ludzie się organizują i tym ludziom potrzebujemy, musimy, jesteśmy zobowiązani pomóc. Dlatego apeluję też, jako kontrsprawozdawca ds. programu „Obywatele, równość, prawa i wartości”, o zbudowanie strategii bezpośredniej pomocy, bo w tym programie zapisaliśmy bezpośrednie finansowanie. Obywatele muszą mieć możliwość otrzymania od nas tej pomocy bezpośrednio. Apeluję o to gorąco z tego miejsca.

Evin Incir (S&D). – Mr President, civil society organisations are under attack and democracy is in danger. We see it globally when the dictator Putin is challenging our multilateral structures and international law, and we see it in our own Union, where governments – in Poland, Hungary, Slovenia – are severely undermining our fundamental rights and attacking organisations promoting those rights: women's rights, LGBTI rights, migrant and refugee rights. And these governments are fuelling hatred and racism.

We also see it through the use of strategic lawsuits against public participation. A free and vivid society is a civil society, is the ultimate sign of a society where freedom is both a goal but also a means to reach the democratic values the EU is built on. Civil society organisations have all through history taken the leadership for more democracy and constituted a counter force against those wanting to dismantle our core values. We also see the importance of civil society organisations during the current humanitarian crisis in Ukraine with providing humanitarian aid to people in need.

Almost a decade ago, we went from progress to backlash in our Union. The Fundamental Rights Agency points out in its annual report that the COVID-19 pandemic has further accentuated many of the already existing challenges faced by the European civil society. These challenges include limitations on the freedom of association, thought and expression, and not to forget to mention constant cutting of funding for the civil society organisations for them not to be able to survive.

Colleagues, democracy is in danger right now, and it is crucial that we strengthen civil society organisations and turn around the negative spiral and to ensure that we defend democracy in our Union and beyond.

Karin Karlsbro (Renew). – Herr talman! Herr kommissionär, kolleger! Civilsamhället är demokratins ursprung och förutsättning. Att enskilda människor väljer att samarbeta, organisera sig och starta föreningar och organisationer för att driva sin sak, påverka sin omgivning, eller faktiskt bara för att man delar ett intresse, ger oss makt, mening, kunskap och sammanhang. En demokrati utan ett demokratiskt civilsamhälle är otänkbart. Civilsamhället utvecklar samhället och blottlägger brister, tillgodoser behov och löser problem där det offentliga inte klarar av det.

Utan frivilliga hjälporganisationer hade hjälpen till Ukraina inte förmedlats så snabbt. Utan modiga kvinnoorganisationer hade vi inte haft rätt till fri abort. Och när den rättigheten i dag hotas och inskränks, i Polen, är det kvinnorörelsen som mobiliserar protesterna. Utan kvinnojoursrörelsen hade tusentals våldsutsatta kvinnor inte haft skydd och stöd ens i mitt hemland Sverige, som anses vara ett av de mest jämställda länderna i Europa.

En stat som inskränker föreningars och organisationers möjligheter och rättigheter att finnas och verka inskränker också själva demokratin.

Jag vill tacka Anna Donáth för det här betänkandet, som stärker civilsamhället. Avslutningsvis vill jag uttrycka mitt fulla stöd för det modiga civilsamhälle som just nu kämpar i Ukraina och Belarus.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señor presidente, en todo el mundo, tanto organizaciones de la sociedad civil como los ciudadanos individualmente están viendo restringidas y amenazadas las libertades civiles y políticas. El deterioro es evidente en múltiples frentes, pero focalizaré la intervención en dos puntos que me preocupan especialmente.

Por un lado, la práctica cada vez más extendida de recurrir a las demandas «mordaza» o demandas estratégicas contra la participación pública por parte de los poderes económicos y políticos para amenazar y silenciar a los miembros de la sociedad civil. Pronto comenzaremos los trabajos para ponerle freno a nivel europeo.

Por otro lado, la falta de un marco europeo de protección y monitoreo adecuados que imposibilite que los Estados miembros como, por ejemplo, España, con su ley mordaza todavía en vigor, puedan adoptar leyes que recorten los derechos y desmovilicen a aquellos que actúan en defensa de los derechos humanos.

Haciendo más pequeño el espacio de acción de la sociedad civil, estamos haciendo más pequeñas también nuestras democracias.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident, Herr Kommissar! *Shrinking spaces*, also schrumpfende Betätigungsfelder für Zivilgesellschaften: Das ist nichts anderes als Fake News. Vor allem in Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern steigt Jahr für Jahr die Finanzierung, also von *shrinking space* kann da überhaupt gar keine Rede sein.

Was sind Zivilgesellschaften? Zivilgesellschaften sind das, was man üblicherweise als NGOs oder jetzt neudeutsch als NPOs – Non-Profit-Organisationen – bezeichnet. Tatsächlich verbirgt sich dahinter nichts weiter als Lobbyisten. Und wer mit Leuten von Europol spricht, wie ich es vor Kurzem getan habe, findet dort ganz klare Bedenken. Die reden nämlich davon, dass viele NGOs jetzt bereits von der organisierten Kriminalität unterwandert wurden, und auch davon, dass viele NGOs dazu dienen, Geld zu waschen. Aber da guckt das Europäische Parlament leider nicht rein.

Vor allem aber sind NGOs oder das, was hier Zivilgesellschaft heißt, ein konkretes demokratietheoretisches Problem. Zumindest in Deutschland heißt es: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Es heißt nicht: Alle Staatsgewalt geht von der Zivilgesellschaft und von Lobbygruppen aus. Genau dazu führt es aber, wenn die EU, aber eben auch die Länder immer mehr Geld an solche Lobbygruppen geben.

Deshalb sollte man einen angeblich schrumpfenden Raum für Zivilgesellschaften nicht beklagen, sondern ausdrücklich begrüßen. Zivilgesellschaften sind nicht, wie hier häufiger gesagt wurde, ein Garant für Demokratie, sondern sie sind eine akute Bedrohung, und deshalb sollte man jede Finanzierung einstellen.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Mr President, on 12 November 2019, hundreds of peaceful protesters walked the beach on the Spanish-French border at La Jonquera. As they left, many were held by the police on both sides of the border. On the French side, the Gendarmerie gave them traffic tickets, but those that were detained in Spain are facing criminal trial and may end up with prison sentences. So is the right to protest not the same on both sides of the border? Well, obviously not. The Spanish ‘gag law’, the *Ley mordaza*, gives ample leverage to criminalise dissidents, and Mr Sánchez, who ran for election promising to repeal this law, has done nothing of the sort. On the contrary, the police continue fabricating criminal cases and Spanish judges play along.

And then we have President von der Leyen going to Madrid, and she has the nerve to celebrate Spanish commitment to democracy. Give me a break! The war in Ukraine cannot be the excuse to forget about the rule of law. If scrutiny of the rule of law in Member States is blurred by the fog of war, Mr Putin is already winning. If this war teaches us something, it's that if we don't take these things seriously, we become weaker and the prospect of autocracy becomes more and more real.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, ten, kdo spí v demokracii, probudí se jednou v diktatuře, a občanská společnost k demokracii patří. Může se nám mnohokrát nelíbit, mnohokrát nemusíme mít stejné cíle, stejné názory, ale měli bychom respektovat tuto pluralitu a tuto činnost občanské společnosti, která je velmi potřebná. A ukazuje se to právě nyní v této těžké době, kdy tisíce lidí z Ukrajiny, dneska už možná dva miliony, opustili své domovy. A je to občanská společnost, která daleko rychleji zareagovala na tu situaci a pomáhá v různých státech. Tato debata je o zmenšujícím se prostoru pro občanskou společnost v Evropě. Je klíčová, je důležitá, protože Ukrajina do Evropy patří. Rusko částečně do Evropy také patří, a pokud opravdu nechceme, aby to vypadalo v Evropě, jako to dnes vypadá v Rusku, kde občanská společnost je zadušená a zadupána do země, musíme občanské společnosti a neziskovým organizacím dát prostor, musíme je transparentně financovat a musíme jim umět nastavit jasná pravidla pro fungování. Já pevně věřím, že to Evropská unie do budoucna dokáže a bude i nadále podporovat tuto činnost.

Sergey Lagodinsky (Verts/ALE). – (*Beginn des Redebeitrags bei ausgeschaltetem Mikro*) ... seit Wochen: Wovor haben Sie Angst? Wovor hat die bulgarische Regierung Angst, wenn sie eine renommierte Menschenrechtsorganisation, die *Helsinki Group*, verbieten möchte? Wovor hat die zypriotische Regierung Angst, wenn sie eine bekannte Anti-Rassismus-Organisation verbietet? Wovor hat die Orbán-Regierung Angst, wenn sie Organisationen verbietet, nur weil sie – diese Organisationen – anderen Menschen, Menschen auf der Flucht oder der LGBTI-Community helfen möchten?

Ich weiß, wovor: Angst davor, dass da Menschen Menschen helfen und sie befähigen, Menschen, die eine Demokratie, die unsere Demokratie ausmachen. Und da kann Herr Fest so lange wiederholen, wie er will – das ist ein Bestandteil unserer Demokratie. Diese Organisationen sind nicht auf das Wohlwollen ihrer Regierungen angewiesen. Das ist kein Privileg, das ist ein Recht, ein verbrieftes Recht auf Vereinigungsfreiheit. Und dafür steht der Bericht, und dafür danke ich der Berichterstatterin.

Eugen Tomac (PPE). – Domnule președinte, domnule comisar, este esențial să prețuim în fiecare clipă esența democrației și ceea ce stă la baza societăților noastre, și anume libertatea de exprimare, libertatea de asociere. O democrație nu poate fi vie atât timp cât drepturi fundamentale sunt îngrădite, iar societatea civilă nu se simte în largul ei.

Vedem astăzi ce se întâmplă în Europa, unde un tiran întâi a îngădit accesul libertății de exprimare, a eliminat societatea civilă și acum omoară oameni doar pentru că nu vor să gândească la fel ca Putin. Nu avem dreptul să ratăm această șansă de a păstra frumusețea democrației așa cum este ea, printr-o societate civilă activă, sigură, credibilă și implicată. Cred că asta este Europa pe care vrem să construim mai departe.

Didier Reynders, membre de la Commission. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, je voudrais vous remercier pour ce débat et vous dire à nouveau que la Commission s'engage à faire en sorte que tous les acteurs de la société civile puissent travailler dans un environnement sûr et favorable.

En fait, lorsque l'espace civique se rétrécit, c'est un signe que l'état de droit et la protection des droits fondamentaux, qui sont les valeurs fondatrices de la démocratie, sont menacés. Pour protéger, soutenir et encourager les organisations de la société civile, nous devons continuer à travailler ensemble.

Je voudrais à nouveau vous remercier pour le renforcement des budgets consacrés notamment au soutien aux organisations de la société civile. Nous allons effectivement continuer, comme je l'ai dit, à organiser des financements destinés à ces organisations, à travers l'ensemble de l'Union européenne.

Soyez assurés que votre rapport alimentera les travaux de la Commission. Ce sera notamment le cas pour renforcer encore le rapport 2022 sur l'état de droit, et notamment le chapitre consacré aux équilibres entre les différents pouvoirs au sein des systèmes constitutionnels des différents États membres. Il est important que nous y consacrons une grande part aux organisations de la société civile et à l'espace civique. Je dirais concrètement que nous allons pour la première fois inclure des recommandations dans ce rapport – ce sera donc peut-être l'occasion d'alimenter le débat.

Comme je l'ai proposé pour les deux premières éditions, je reste à la disposition du Parlement pour examiner l'ensemble des chapitres nationaux de ce rapport. Nous pourrions notamment débattre de l'évolution de l'espace civique et du rôle des organisations de la société civile à cette occasion. Jusqu'à présent, cela n'a pas été possible, mais peut-être que pour la troisième édition, nous pourrions avancer dans cette voie.

Comme je l'ai dit, le rapport 2022 sur l'application de la charte sera consacré au rôle de l'espace civique dans la protection et la promotion des droits issus de la charte des droits fondamentaux et, dans le courant du printemps, nous allons proposer une législation sur les SLAPP, ce que plusieurs ont évoqué à l'occasion du débat.

Je me réjouis de notre coopération. Je vous remercie encore une fois pour votre rapport et les propositions que vous y formulez. Nous allons continuer à soutenir, à travers l'ensemble de l'Union européenne, les organisations de la société civile.

Anna Júlia Donáth, Rapporteur. – Tisztelt Elnök úr! Reynders biztos, képviselőtársaim, nagyon köszönöm a támogató felszólalásokat! Sajnos az Európai Unió megközelítései továbbra is nagyon széttagoltak a civil tér kezelésében. Azt nem állítom, hogy az EU nem tesz semmit, de azt igen, hogy amit tesz a széttöredezett és komoly hiányosságokkal küzd. Hogy mennyire, azt az is mutatja, hogy Magyarországon a háború kitörése előtt három nappal, politikai indíttatásból, sőt meg merem kockáztatni, hogy a választási kampány részeként, hogyan rohanta le a magyar hatóság, az Önök által is ismert Iványi Gábor egyházát és civil szervezeteit. Még a legemibb eljárási garanciákat is mellőzték, támadva ezzel azokat, akik még a hatalom útjában állnak, és akik egyébként a társadalmi szolidaritást képviselve, a legtöbbet segítenek a rászorultakon, sokszor az állam helyett ellátva a közfeladatokat.

A mi jelentésünk nemcsak felszólítja a Bizottságot és a tagállamokat, hogy tegyenek lépéseket, de konkrét ajánlásokat is tesz, hogyan kellene javítani a civilek mozgásterén. A közös munka ezen a riporton is azt bizonyítja, hogy frakciótól függetlenül mennyire fontos mindannyiunknak, hogy biztos jogi, pénzügyi támogatást és védelmet nyújtsunk a civilek számára, és megkülönböztessük őket a GONGO-któl, és azt gondolom, hogy ez a vita is mutatja, hogy ez mennyire fontos. Üzenem azoknak a képviselőtársaimnak, akik ugyan már nincsenek a teremben, de amikről ők beszélnek az pontosan ez a különbségtétel, ugyanis a civil szervezetek nem jobb- vagy baloldaliak, hanem függetlenek. Pontosan erről szól ez a riport, ennek a védelméről, mert csak így tudják elvégezni a munkájukat mindenféle elnyomó beavatkozás ellen. Közös érdekünk, hogy megállítsuk azt az orosz mintájú politikát, ami a civileket külföldi ügynököknek bélyegzi, mert látjuk hova vezet: elnyomásba, háborúba és pusztításba.

Képviselőtársaim, azt kérem önöktől, hogy hallgassák meg a civil szervezetek kérését és támogassák szavazatukkal ezt a jelentést, hogy egyértelmű és erős jelzést küldhessünk a Bizottságnak és a tagállamoknak is, úgyhogy nagyon szépen köszönöm a támogatást, és kérem szavazzák meg ezt a riportot!

Predsedajúci. – Rozprava k tomuto bodu sa týmto skončila a hlasovanie sa uskutoční zajtra.

Pisomné vyhlásenia (článok 171)

Marc Botenga (The Left), schriftelijk. – Beste collega's, in het Belgische Luik werden recent 17 vakbondsmensen veroordeeld voor "kwaadwillige belemmering van het verkeer". Ook de voorzitter van de Algemene Centrale Antwerpen-Waasland en ABVV Antwerpen werd veroordeeld op basis van artikel 406 van het Belgische Strafwetboek. Dat artikel is zowat twee eeuwen oud en zou zogenaamd nooit toegepast worden op vakbondsacties. Die belofte werd in 1961 nogmaals herhaald. Vandaag lijkt dat steeds meer vergeten. Niet enkel in België. Is straks elke sociale actie strafbaar?

Onze democratische rechten werden afgedwongen door sociale actie. Denk aan het algemeen stemrecht. Of de sociale zekerheid. Afgedwongen door de werkende klasse, die op straat kwam, staakte, blokkeerde en marcheerde. Ook vandaag nog gaat efficiënte actie – en aan dat soort acties hebben we onze sociale verworvenheden te danken – niet zonder het recht blokkades uit te voeren. Onterechte beperkingen op sociale actie raken mogelijks elke burger. Denk aan een oudervereniging die een bewustmakingsactie houdt op een onveilig kruispunt. Kan die straks veroordeeld worden? Deze veroordelingen scheppen zorgwekkende precedentes in het hart van Europa. Dat is onaanvaardbaar. Dit Parlement en de Europese Commissie zouden zich volledig aan de kant van de vakbonden en het recht op sociale actie moeten scharen.

Bettina Vollath (S&D), schriftlich. – Eine Demokratie ohne eine wache Zivilgesellschaft – da fehlt ein zentrales Element: Bürger*innen sind Individuen mit unterschiedlichen Bedürfnissen und Vorstellungen des Zusammenlebens. Und es braucht einen guten Raum und Möglichkeiten für jene Bürger*innen, die sich in die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens einbringen wollen. Diesen Raum gilt es vor übermäßigen Eingriffen zu schützen. Durch gezielte Einschüchterungsklagen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen versuchen Privatunternehmen sowie staatliche Stellen zivilgesellschaftliches Engagement in bestimmten Bereichen zurückzudrängen oder regelrecht zu untersagen. Wachsende autoritäre Strukturen in manchen EU-Mitgliedsländern lassen immer weniger Gestaltungsmöglichkeiten zu, nur mehr regierungsnahe Organisationen haben Bestand. Diverse Organisationen, die sich beispielsweise für die Integration von Geflüchteten, für Search & Rescue-Operationen im Mittelmeer, für Frauenrechte, für LGBTIQ-Rechte und Rechte von sonstigen Minderheiten stark machen oder sich einfach mit kritischer Berichterstattung zur Regierungsarbeit äußern, sind aber unverzichtbar! Sie stärken unsere Gemeinschaft im Ganzen und schützen unsere Demokratie. Und nicht zuletzt sind es oft genau diese Organisationen, die in humanitären Krisen, wie aktuell in der Ukraine, humanitäre Hilfe leisten und dadurch für die Gesellschaft unersetzlich sind. Wir müssen die Steine, die diesen Organisationen zunehmend in den Weg gelegt werden, entfernen und uns aktiv für einen unbürokratischen Zugang zu Finanzierung sowie einen funktionierenden Rahmen für deren Wirken einsetzen.

15. Bedeutung von Kultur, Bildung, Medien und Sport für die Bekämpfung von Rassismus (Aussprache)

Predsedajúci. – Ďalším bodom programu je rozprava o správe, ktorú predkladá pani Yenbou, v mene Výboru pre kultúru a vzdelávanie, o úlohe kultúry, vzdelávania, médií a športu v boji proti rasizmu [2021/2057(INI)] (A9-0027/2022).

Salima Yenbou, *rapporteuse*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, tout d'abord, je tiens à remercier mes collègues Peter Pollák, Ibán García, Marcos Ros Sempere, Monica Semedo, Niyazi Kizilyürek et toutes nos équipes pour leur coopération pendant ces derniers mois.

«Dis papa, c'est quoi le racisme?» «Le racisme est un comportement assez répandu, commun à toutes les sociétés, devenu, hélas!, banal, parce qu'il arrive qu'on ne s'en rende pas compte. Commun, assez répandu, oui; normal, non.»

C'est ainsi que débute le roman pédagogique de l'écrivain franco-marocain Tahar Ben Jelloun, *Le racisme expliqué à ma fille*, un texte très simple et pourtant très efficace pour lancer une discussion sur le racisme avec les enfants et les jeunes autant qu'avec les adultes.

On peut partir d'un livre, on peut partir d'un film, d'une chanson, d'un mot prononcé par un enseignant ou d'un geste de son adversaire sur un terrain de sport, des nouvelles d'un journal ou d'une émission médiatique... Mais du racisme, il faut en parler. Et surtout, il faut agir.

Le racisme et les discriminations fondées sur l'origine ethnique, en Europe comme ailleurs, sont un problème documenté, identifiable et indéniable, qui n'est pas simplement le résultat d'un comportement et de préjugés individuels, mais qui est plus profondément ancré de manière structurelle dans notre société. Et vu que le racisme est partout, nous devons ainsi intégrer la lutte contre le racisme partout, dans toutes les politiques de l'Union. Le travail est énorme et prendra du temps, mais nous l'avons commencé.

Il est possible d'élaborer des politiques mieux informées et plus ciblées, fondées sur des bases solides et sur des éléments factuels. Pour ce faire, la collecte de données sur l'égalité, dans le respect de la vie privée et des droits fondamentaux, est nécessaire. Le droit de l'UE l'autorise déjà et le récent manuel de la Commission en propose des lignes directrices.

L'éducation, les expériences culturelles et sportives et les informations que nous recevons par l'intermédiaire des médias sont des vecteurs qui façonnent et inspirent les changements sociétaux et comportementaux. Ce sont des domaines qui touchent à la vie de tous les citoyens et citoyennes de l'Union européenne et qui ont la capacité unique de toucher chaque individu en donnant un contexte et un sens à nos interactions quotidiennes. Ce sont aussi des domaines où la représentation de la diversité revêt une grande importance, notamment pour encourager les individus d'origines ethniques différentes, et notamment les jeunes, dans la poursuite de leurs propres objectifs personnels et collectifs.

Comme disait Marian Wright Edelman, une activiste pour le droit des enfants, «on ne peut être ce que l'on ne voit pas». C'est pourquoi nous devons exploiter le pouvoir de la culture, de l'éducation, des médias et des sports, en s'appuyant sur les valeurs européennes de tolérance, d'équité et de solidarité, pour nous engager dans une lutte active contre le racisme et que nos filles et nos fils n'aient plus à se demander s'ils ont leur place dans nos sociétés.

Pour avancer et construire un avenir meilleur, nous devons connaître et comprendre notre passé. C'est pourquoi j'ai mis l'accent sur la nécessité pour nos élèves d'apprendre plus sur le colonialisme, l'esclavage, les génocides et tout ce qui en découle, d'avoir une plus grande représentation d'auteurs et d'autrices, d'historiens et d'historiennes et d'autres figures dans le matériel pédagogique.

Un nouvel élan pour la restitution d'œuvres d'art et d'objets culturels spoliés est aussi une étape nécessaire et très symbolique dans la lutte contre le racisme, en concertation avec les pays d'origine hors Union européenne. Il s'agit avant tout de reconnaître leur histoire et la nôtre, de leur rendre les objets de leur propre identité culturelle pour se raconter en faisant renaître la culture que nos prédécesseurs ont honteusement tenté d'effacer.

Nous avons également besoin de sanctions plus strictes pour les médias qui publient ou diffusent des contenus racistes. Je parle là d'émissions modernes qui utilisent des stéréotypes. Je parle de langage grossier et de désinformation sur les minorités, les immigrants et les réfugiés. Je parle de contenus qui ont l'intention et la portée d'être racistes. C'est à ce type de contenu que je m'attaque.

Enfin, pour le sport, nous demandons la rédaction de recommandations ou lignes directrice européennes pour soutenir les associations sportives à tous les niveaux, du club sportif du quartier à la fédération nationale, dans la lutte contre le racisme et la promotion du fair-play, invitant ainsi les sportifs, mais aussi la communauté entière à l'inclusion et au respect mutuel.

Avant de conclure, permettez-moi d'explicitier un élément crucial de ce texte qui me semble être implicite. Le terme «race» n'implique en aucun cas l'acceptation ou l'approbation de théories qui cherchent à justifier l'existence de races biologiquement distinctes. Tous les êtres humains sont fondamentalement égaux et ils doivent être traités comme tels. Cependant, nier l'existence d'un certain nombre de communautés en déclarant qu'«il n'y a qu'une seule race, la race humaine», reviendrait à effacer des siècles d'oppression et de discrimination dont certains ont été et continuent d'être victimes.

Parvenir à l'égalité et à la justice raciales signifie surmonter le déséquilibre du pouvoir et faire en sorte que les principes d'égalité et de justice s'appliquent à tous les êtres humains, indépendamment de leur apparence ou de leurs origines. Nous saurons que ces objectifs ont été atteints lorsque, partout en Europe et dans le monde, personne ne ressentira plus le besoin de se justifier, de justifier sa propre existence, sa propre identité.

«Donc, pour lutter contre le racisme, il faut s'inviter les uns les autres», suggère la fille de Tahar Ben Jelloun. «C'est une bonne idée», lui répond son père. «Apprendre à se connaître, à se parler, à rire ensemble, essayer de partager ses plaisirs, mais aussi ses peines. Montrer que nous avons souvent les mêmes préoccupations, les mêmes problèmes. C'est cela qui pourrait faire reculer le racisme.»

Mariya Gabriel, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs députés, Madame la rapporteure, permettez-moi tout d'abord de prendre une minute pour exprimer notre solidarité avec l'Ukraine, de dire qu'en tant qu'Union européenne, nous sommes aux côtés du peuple ukrainien. En ce qui concerne notre coopération dans les domaines de la recherche et de l'éducation, je me suis exprimée clairement et je voudrais le répéter: nous ferons tout pour soutenir les chercheurs ukrainiens ou encore les jeunes Ukrainiens qui sont engagés dans des activités Erasmus, et d'autres encore.

Revenons-en maintenant au débat sur le rapport de M^{me} Salima Yenbou. Je voudrais vous remercier, Madame la rapporteure, mais aussi les rapporteurs fictifs et les membres de la commission de la culture pour la qualité de votre travail. Nous partageons en effet la conviction que l'éducation est un puissant levier pour lutter contre le racisme et la discrimination. L'éducation contribue à construire une société véritablement inclusive; et cela commence par les écoles elles-mêmes, en tant que lieu de formation de nos enfants, parce que nos écoles sont le miroir de nos communautés. Et c'est à l'école que nos enfants font l'apprentissage de la vie en communauté.

Selon votre rapport, Madame Yenbou, les élèves d'horizons différents doivent bénéficier d'un soutien pour apprendre et travailler ensemble dans la même classe, avec un sentiment d'appartenance et une capacité de respect et de connexion. En effet, il n'y a pas de meilleur rempart contre l'intolérance que la connaissance de l'autre, l'échange. Et c'est aussi cette évidence qui est à la base du programme Erasmus +, qui permet depuis 35 ans maintenant à des millions de jeunes Européens d'avoir une expérience de mobilité et d'apprentissage dans un autre pays.

Il est vrai qu'aujourd'hui, avec un budget deux fois plus élevé par rapport à la période précédente, le défi est de ne pas se contenter de faire deux fois plus. Nous pouvons également, grâce à ce budget, continuer à promouvoir l'égalité des chances, l'égalité dans l'inclusion et l'accès, la diversité et l'équité dans toutes ces actions. Permettez-moi donc aussi de remercier ici le Parlement européen pour les efforts importants déployés à cet égard.

Je voudrais aussi rappeler qu'Erasmus + soutient déjà de nombreux projets qui permettent de sensibiliser les jeunes Européens à l'importance du respect des autres dans leur diversité. Ainsi, depuis 2014, plus de 2 800 projets soutenus par le programme ont porté directement, et à travers toute l'Europe, sur la lutte contre le racisme. L'enjeu est peut-être de mieux les faire connaître, de leur donner plus visibilité, de construire des réseaux, pour atteindre une masse critique qui puisse avoir des répercussions très positives sur l'ensemble de la société.

Il est vrai aussi que le manque d'inclusion dans les écoles, en particulier la ségrégation scolaire, ne permet pas à tous les enfants de ressentir l'appartenance ni de bénéficier d'un apprentissage de qualité. Et pour remédier à cette situation, la Commission continuera à soutenir les États membres dans leur mission, qui vise à mettre en place une éducation véritablement inclusive pour tous et à la faire fonctionner dans la réalité de tous les jours. Il y a encore des ponts à construire et des choses concrètes à faire.

À cet égard, la Commission continue de prendre en charge les activités d'apprentissage entre pairs des États membres dans le cadre stratégique de l'Espace européen de l'éducation. Afin de faciliter ces échanges, la Commission a créé un nouveau groupe de travail 2021-2025 sur l'égalité et les valeurs. La Commission apporte aussi un soutien technique aux réformes nationales, y compris en ce qui concerne les moyens de renforcer le volet inclusion dans l'éducation. Oui, le groupe de travail pourrait nous aider, mais il ne faudra pas attendre 2025 pour dévoiler le contenu. Et je vous assure de mon soutien pour le suivi des informations que je viens de partager avec vous.

J'ajouterais encore que pour améliorer l'inclusion dans le monde de l'éducation, la Commission a adopté, le 22 octobre 2021, une décision d'exécution créant un cadre pour des mesures d'inclusion pour Erasmus + et le Corps européen de solidarité. Ce cadre nous permettra de soutenir, de suivre et de rendre compte de la mise en œuvre des mesures d'inclusion, y compris la lutte contre le racisme et la discrimination.

Comme vous, Madame Yenbou, je suis convaincue que la promotion de la diversité culturelle et linguistique peut aussi contribuer à lutter contre le racisme et la discrimination, et cela a été relevé dans le plan d'action de l'Union européenne contre le racisme, qui reconnaît le rôle du programme Europe créative à cet égard. Les projets de ce programme devraient faciliter l'accès aux contenus culturels et créatifs pour tous les groupes, pour tous les publics, en particulier pour les professionnels et les participants moins favorisés, avec des problèmes de santé, des obstacles économiques, sociaux ou géographiques ou des différences culturelles.

Le programme Europe créative, dans son volet médias, a intégré le défi de la lutte contre le racisme à plusieurs niveaux. Après avoir mené une campagne de sensibilisation visant la diversité dans les professions, l'audiovisuel et les médias en 2021, la Commission prépare une campagne plus générale sur l'inclusion derrière et devant la caméra. L'inclusion et la représentativité dans les médias sont d'autant plus importantes qu'ils ont un impact fort sur nos sociétés et sur la formation des opinions. Concrètement, les stratégies de promotion de la diversité deviennent une partie fondamentale des projets soutenus par le programme Europe créative. Et ces dernières années, la Commission s'est dotée de plusieurs outils pour combattre l'incitation à la haine en ligne ou encore en ce qui concerne les défis dans le domaine audiovisuel. On continuera notre travail dans ce sens, en coopération étroite avec l'industrie et nos autres partenaires.

Finalement, je voudrais évoquer le sport, car le sport est un formidable vecteur d'intégration. Dans le contexte de notre partenariat avec le Conseil de l'Europe sur le thème de la lutte contre la violence et la discrimination dans le sport, nous avons récemment renouvelé notre coopération pour lutter contre les discours de haine dans le sport, pour faire du sport un instrument qui sert à combattre le racisme, l'intolérance et la xénophobie.

La lutte contre le racisme est une priorité pour les partenariats sportifs et les manifestations sportives à but non lucratif. Au total, 57 projets dans le domaine du sport ont été financés au cours de la période 2014-2017. Évidemment, avec le nouveau programme, il y en aura encore davantage. Nous avons aussi le «#BeInclusive EU Sport Awards», créé en 2017. Ce prix récompense les personnes, les organisations qui, via le sport, permettent d'exprimer la diversité, de promouvoir l'inclusion. Je pense qu'il gagnerait à être plus connu.

Je finirai en disant qu'il y a, en effet, des projets pilotes et des actions préparatoires spécifiques dans le domaine du sport qui favorisent l'intégration. Le sport est un excellent moyen de briser des murs, pour ne plus faire la distinction entre nous et eux, car cela n'a aucune raison d'être.

Je vais m'arrêter là et écouter très attentivement vos interventions.

Peter Pollák, za skupinu PPE. – Pán predsedajúci, pani komisárka, pani predkladateľka, dámy a páni, či sa vám to páči alebo nie, rasizmus v Európe existuje.

Je zakorenený v našich spoločnostiach a je prítomný vo všetkých sférach nášho života. Milióny ľudí v Európe sú každý deň vystavení len kvôli farbe vlastnej pleti rasizmu, ktorý nemôžeme ďalej prehliadať.

Vážení priatelia, rasizmus neobišiel ani mňa. Či už to bolo v minulosti, napríklad keď nás s manželkou len kvôli tomu, že sme Rómovia, nechceli pustiť do reštaurácie, alebo v súčasnosti, keď dostávam pravidelne vyhrážky o fyzickej likvidácii mňa a celej mojej rodiny. A to len pre to, že sme Rómovia.

Bohužiaľ, rasizmus neobchádza ani deti. Mnohé, napríklad rómske deti, sú v Európe vystavené segregácii, nerovnakému prístupu vo vzdelávaní či dokonca k ich umiestňovaniu do špeciálnych škôl pre postihnuté deti napriek tomu, že takéto postihnutie nemajú.

Vážení priatelia, ako človek, ktorý sa na tejto správe spolupodieľal, chcem veriť, že správa prispeje k posilneniu Európskej únie, k posilneniu Európskeho parlamentu a Európskej komisie mať skutočne antirasistickú Európu.

Táto správa sa opiera o históriu, napríklad o holokaust, o ktorom mnohí rasisti aj dnes aj tu v tomto Parlamente hovoria, že sa nestal.

Opakovaniu histórie môžeme zabrániť aj tým, že nastavíme učebné osnovy, ktoré budú pravdivo informovať aj o najhorších udalostiach našej európskej histórie.

Nesmieme prehliadať ani to, čo sa deje v médiách, ktoré často podporujú existujúce predsudky a stereotypy či zosmiešňujú príslušníkov iných rás. Prejavy rasizmu máme aj na športových ihriskách či kultúrnych podujatiach.

Vážení priatelia, boj s rasizmom môžeme vyhrať len vtedy, ak pomenujeme veci pravdivo, bez akéhokoľvek zaobalovania do falošných prázdnych fráz. Európska únia má šancu byť lídrom nielen v oblasti digitalizácie a informatizácie či ekológie, ale má šancu byť aj lídrom v oblasti boja proti rasizmu. Prosím, nepremárnime túto šancu.

Ibán García Del Blanco, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, a lo largo de la historia hemos construido civilización mediante el pensamiento de que teníamos que abandonar, de alguna forma, las pulsiones más animales, las pulsiones de manada, para construir espacios comunes en los que convivíamos y convivimos en libertad, independientemente del origen de cada cual, de la forma que tenga de sentirse.

Y, en ese sentido, todos nuestros textos constitucionales en la Unión Europea y también las leyes que los desarrollan consagran ese principio, ese principio de no discriminación, ese principio de libertad.

Pero la práctica nos dice que, en muchas ocasiones, hay retrocesos. Hay algunos discursos y algunas prácticas, incluso dentro de la propia Unión Europea, que pueden suponer retrocesos, y, por lo tanto, estamos hablando de un problema que hunde sus raíces en el mismo género humano y que, evidentemente, sigue estando presente y es estructural en nuestras sociedades. Y en ese sentido, la tentación, además, de construir sociedades puramente étnicas ha escrito las peores páginas de la historia de Europa.

En ese sentido, creo que este informe es oportuno. Quiero felicitar a la señora Yenbou por un gran informe, y también por su capacidad de negociación.

Las aportaciones que ha hecho mi grupo, el Grupo de Socialistas y Demócratas, van en cuatro ejes.

En cuanto a garantizar el acceso a la cultura, garantizar que no exista tampoco discriminación en la educación; hay muchas formas de discriminar en la educación y generar guetos y generar bolsas.

En cuanto a perseguir los discursos del odio y la desinformación que se producen todos los días mediante un medio tan poderoso como el de las redes sociales de internet, utilizar las mismas herramientas para poder combatirlos.

Y, por supuesto, utilizar un escenario tan vigoroso como es el mundo del deporte, y también el del espectáculo, y, a escala más comunitaria, para poder trasladar, transmitir todos esos valores del antirracismo.

En ese sentido, lo que queremos garantizar es que ese lema que tiene la Unión Europea, «Unidos en la diversidad», se transforme, no solo en palabras, sino también en hechos.

Monica Semedo, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, in my high school there were three black students out of more than 1 500. I was the first black TV host in Luxembourg, but not many were following, unfortunately. Once a boyfriend's mother told me 'many black people are criminals, but you are different'.

No, I am not different. I am not an exception. There are many like me, and they deserve to have a fair chance to succeed. We have to get rid of the racist stereotypes, deconstruct prejudices and represent the full diversity of our society at all levels. We need equal access and opportunities for all in culture, education, media and sports, because they play an important role in the fight against racism. They have the power to change minds and to drive social inclusion. That's what we, as the European Parliament, want to achieve with this report.

Every child should be able to fulfil its potential. In the fields of culture and media, everyone should be able to identify themselves and to seek for role models and see them. Sports is a vector of equality and integration, and we must do our utmost to ban racism from it. It does not matter where one comes from, nor one's colour of skin. Everybody has to have this chance to succeed. Everybody can contribute to our society, and we should do everything to ensure that they can. We need to be united in diversity.

Romeo Franz, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat unendliches Leid für die Menschen in der Ukraine gebracht, und unzählige Frauen, Kinder und alte Menschen suchen Schutz in den benachbarten Ländern. Diese wiederum leisten einen unglaublichen humanitären Beitrag angesichts der Massen an Menschen, die Hilfe brauchen und Zuflucht suchen. Leider gibt es vermehrt Fälle, bei denen Menschen anderer Hautfarbe oder Ethnie zusätzlich zu ihrem Flüchtlingsleid auch mit Rassismus konfrontiert werden.

Die Meldungen von NGOs und von Betroffenen sind beunruhigend. Afrikanische Studenten in der Ukraine berichten, dass sie bei ihrer Flucht benachteiligt wurden und zum Beispiel am Einstieg in Busse oder Züge, die sie zur Grenze bringen sollten, gehindert wurden – aufgrund ihrer Hautfarbe. Und auch Menschen mit Romanes-Hintergrund erfahren Diskriminierung und gar rassistische Gewaltübergriffe von Beamten an den Grenzen.

In Anbetracht des Krieges, der alle Menschen gleichermaßen schwer trifft, müssen wir zusammenhalten. Lassen wir nicht zu, dass die überwältigende Hilfsbereitschaft der europäischen Gesellschaften von Einzelnen mit Rassismus und Antiziganismus überschattet wird!

Christine Anderson, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident! Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden – so Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes, dem ich mich voll und ganz verpflichtet fühle, und ähnlich lautet Artikel 21 der EU-Grundrechtecharta.

Aber zu Grundrechten hat dieses Haus inzwischen ja eher ein gestörtes Verhältnis. Sie gelten bei Bedarf eben mal mehr oder mal weniger oder werden ganz entzogen. Heute wird hier ein umfangreicher Bericht mit Vorschlägen zur Bekämpfung von Rassismus vorgelegt, während erst letzte Woche in diesem Haus eine nicht für möglich geglaubte Renaissance des Rassismus gefeiert wurde.

In einer verabschiedeten Entschließung begrüßte dieses Haus letzte Woche ausdrücklich Sanktionen in den Bereichen Kultur und Sport gegen Russen. In Deutschland wurden bereits russische Opernsänger und Dirigenten entlassen und russische Sportler suspendiert. Der Einmarsch Putins in die Ukraine ist aufs Schärfste zu verurteilen, aber russische Sportler und Kulturschaffende aufgrund ihrer Herkunft zu bestrafen, ist Rassismus in Reinkultur.

Mit Ihrem Abstimmungsverhalten letzte Woche ist dieser Bericht damit ad absurdum geführt. Dieser Bericht bietet ohnehin keine Grundlage zur Bekämpfung von Rassismus. Meine Damen und Herren, mit *identity politics* überwindet man Rassismus nicht, sondern führt uns auf direktem Wege in genau jene tribalen Gesellschaften zurück, die der Nährboden für all das sind, was Sie hier vorgeben, bekämpfen zu wollen. Wer Nein zum Rassismus sagt, muss auch Nein zu *identity politics* sagen. Und wie ernst man es in diesem Hause mit der Rassismusbekämpfung nimmt, sieht man: Von 705 Abgeordneten sind keine 25 anwesend. Das ist beschämend!

Elżbieta Kruk, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! W sprawozdaniu o roli kultury, edukacji, mediów i sportu w walce z rasizmem znajdujemy wiele przekłamań. Wzywa się w nim do szczerej debaty na temat historii rasizmu w Europie oraz jego systemowego charakteru. Rasizm ma być więc zakorzeniony w społeczeństwach państw europejskich. Takie właśnie tezy tworzą nowe niebezpieczne stereotypy.

Nie chce się pamiętać, że prawdziwym korzeniem Europy jest chrześcijaństwo, w którego centrum jest niezbywalna godność człowieka wymagająca równego traktowania wszystkich ludzi. Twierdzi się tu, że kolonializm to historia całej Europy, nie biorąc pod uwagę, że państwa Europy Środkowo-Wschodniej nie mają w swym dorobku kolonialnego posiadania. Mamy więc tu również do czynienia z pisaniem historii na nowo.

Szlachetne idee często wykorzystuje się do realizacji określonych celów, np. wprowadzenia cenzury i ograniczenia wolności słowa. I co dziś obserwujemy? Wycofuje się ze sprzedaży książki a w kinematografii filmy, które nie wpisują się w neomarksistowską polityczną poprawność. Usunięcie jednego z największych arcydzieł kinematografii amerykańskiej „Przeminęło z wiatrem” z oferty HBO to tylko najgłośniejszy przykład. Media, w tym społecznościowe, stają się narzędziem do wymazywania ludzi z kultury. Burzone są pomniki postaci historycznych, bojkotowani są naukowcy głoszący niepopularne poglądy. Dochodzi już do takich absurdów, że profesor uniwersytecki stara się dowieść, że słuchamy Beethovena tylko dlatego, że był białym mężczyzną. Jak daleko się posuniemy? Czy będziemy palić książki wzorem hitlerowskich Niemiec?

Na naszych oczach tworzy się nową kulturę o totalitarnym obliczu, można powiedzieć *cancel culture à rebours*, a racjonalną debatę zastępuje się szantażem emocjonalnym. Zachowujmy zdrowy rozsądek, by nie doprowadzić do upadku naszej kultury i cywilizacji, dziś i tak zagrożonej w obliczu barbarzyńskiej inwazji Rosji na Ukrainę. Zamiast cenzurować, edukujmy. Uczmy się krytycznego i samodzielnego myślenia. A może wystarczy pamiętać, co mówi Biblia, o której w tej sali chciałoby się zapomnieć: „Będziesz miłował bliźniego swego jak siebie samego”.

Niyazi Kizilyürek, im Namen der Fraktion The Left. – Herr Präsident! Ich werde auf Deutsch anfangen und mit Griechisch weitermachen. Erstens ein Zitat: „Man muss kein Atomwissenschaftler sein, um den Unterschied zu sehen zwischen der Flucht aus der weit entfernten muslimischen Welt und Ukrainern, die vor dem ukrainisch-russischen Krieg flüchten.“ So sprach Herr Viktor Orbán. Und ich sage: Man braucht nicht Atomwissenschaftler zu sein, um zu verstehen, dass diese Worte Worte des Rassismus sind.

Κύριε Πρόεδρε, βεβαίως ο κύριος Όρμπαν και πολλοί σαν αυτόν μπορούν να είναι και περήφανοι που είναι ρατσιστές. Δυστυχώς βλέπουμε σε ολόκληρη την Ευρωπαϊκή Ένωση την άνοδο ακροδεξιών ομάδων και πρέπει να τις αντιμετωπίσουμε αποφασιστικά. Οι ιδρυτές της Ευρωπαϊκής Ένωσης ήξεραν πολύ καλά ότι ο ρατσισμός και ο εθνικισμός σημαίνουν πόλεμο. Ήξεραν πάρα πολύ καλά ότι η Ευρώπη πρέπει να νικήσει τον εθνικισμό για να έχει μόνιμη ειρήνη. Τόσα χρόνια μετά δυστυχώς δεν μπορούμε να πούμε ότι εξασφαλίσαμε τη μόνιμη ειρήνη. Η έκθεση που συζητάμε σήμερα για την καταπολέμηση του ρατσισμού έρχεται στην κατάλληλη στιγμή και θέλω να ευχαριστήσω θερμά την εισηγήτρια γι' αυτήν την έκθεση.

Chiara Gemma (NI). – Signor Presidente, signora Commissaria, signora relatrice, onorevoli colleghi, le tragiche giornate che stiamo attraversando, con un violento attacco militare a due passi dal cuore dell'Europa, dimostrano quanto sia ancora reale la paura del diverso. Chi non si allinea deve essere per questo inglobato e normalizzato a tutti i costi.

Gli odi di razza che sfociano nella diffusione di pensieri di violenza affondano le loro radici in paesi dove troppo spesso la gestione delle informazioni avviene solo se compiacente nei confronti del dittatore di turno.

In un momento in cui il razzismo strutturale è diventato una delle principali sfide da cui dipende il futuro dell'Unione, cultura, istruzione, sport e media devono essere l'architrave su cui costruire il futuro dell'Europa. Piantare questi semi nel suolo europeo è l'unico modo per poter un giorno godere dei frutti e permettere alle nuove generazioni di crescere nella certezza che solo il rispetto reciproco permette alla società di progredire.

Ma questo è un percorso lungo, pieno di ostacoli, dove a un passo avanti possono corrisponderne due indietro e dove non è permesso arrendersi se non correndo il rischio di spazzare via con un colpo di spugna un patrimonio di storie e culture diverse ma intrecciate da secoli.

Tomasz Frankowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! W naszym społeczeństwie nie ma miejsca na rasizm, dyskryminację. Dlatego Unia Europejska musi podjąć zdecydowaną walkę przez przyjęcie sprawozdania Komisji Edukacji i Kultury na jutrzejszej sesji plenarnej. By Unia dochowała wierności słowom swego motta „Zjednoczeni w różnorodności”, potrzeba aktywnego działania na rzecz sprawiedliwości rasowej i aktywnej walki z wszelkimi formami dyskryminacji. Niewątpliwie należy uczynić więcej, by wspierać społeczeństwo zbudowane na pluralizmie, tolerancji i niedyskryminacji szczególnie w zakresie kultury, edukacji, sportu i polityki medialnej. Jest to dziś ważniejsze niż kiedykolwiek.

Dziedziny te mają wpływ na życie każdego mieszkańca Unii Europejskiej i posiadają wyjątkową zdolność docierania do każdego z nas, tworząc kontekst i nadając znaczenie naszym codziennym relacjom. Edukacja, wydarzenia kulturalne i sportowe oraz informacje, które otrzymujemy za pośrednictwem mediów, są wektorami kształtującymi i wywołującymi zmiany w społeczeństwie i w naszym zachowaniu. Są to również dziedziny, w których reprezentacja różnorodności ma ogromne znaczenie dla zachęcania osób o różnym pochodzeniu etnicznym lub rasowym, a zwłaszcza ludzi młodych, do realizacji ich własnych celów osobistych.

Jako były sportowiec chciałbym również podkreślić podejście „zero tolerancji do rasizmu czy przemocy w sporcie”. Dlatego wzywamy Komisję, państwa członkowskie i federacje sportowe do opracowania środków zapobiegających takim incydentom. Musimy wdrożyć skuteczne sankcje oraz wspierać ofiary tych aktów oraz sportowców, którzy potępią rasizm i budują różnorodność.

Massimiliano Smeriglio (S&D). – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, viviamo in una società caratterizzata da interconnessioni continue tra le persone. Ciononostante, lo straniero continua a far paura, gli episodi di razzismo e xenofobia sono troppo spesso all'ordine del giorno. Non sempre sono azioni violente, spesso sono gesti, parole e sguardi che bastano per farci capire che c'è ancora molto da fare per la promozione di una cultura dell'accoglienza.

Su questo aspetto, la cultura, l'educazione e lo sport possono svolgere un ruolo fondamentale, offrendo gli strumenti per leggere la complessità della realtà contemporanea e occasioni educative per sperimentare il valore della diversità. Bene dunque Erasmus+, bene Europa creativa.

L'istruzione e la formazione sono le basi per costruire società inclusive, sfatare i pregiudizi e valorizzare le differenze; in quest'ottica, lo Spazio europeo dell'istruzione deve diventare realtà, per il ruolo che può avere nella lotta contro tutte le forme di discriminazione. È fondamentale formare in maniera adeguata i docenti affinché siano in grado di lavorare in contesti multiculturali, garantendo loro una formazione continua. Infine, l'educazione alla cittadinanza, europea e globale, attraverso attività curriculari ed extracurriculari, è un antidoto al razzismo e gli Stati membri devono dare maggiore spazio allo studio della storia dell'integrazione europea con l'obiettivo di promuovere la coesione sociale.

Questo approccio vale sempre, a maggior ragione oggi, davanti alla guerra. Chi fugge dalle bombe russe ha diritto a essere accolto, qualsiasi sia il suo status e il colore della sua pelle.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Herr Präsident, Frau Kommissarin Mariya Gabriel! Die Europäische Union ist eines der Hauptziele für diejenigen, die vor Krieg oder gar Armut Zuflucht suchen. Wir haben Flüchtlingswellen gesehen, die aus ihren kriegszerrütteten Ländern fliehen. Und wir sehen die Flüchtlingswelle nach Putins Krieg gegen die Ukraine. Wir sehen das täglich in Rumänien, in Ungarn, in der Republik Moldau, in Polen und in der Slowakei.

Dieser Bericht betont die Notwendigkeit, dass alle Flüchtlingskinder so schnell wie möglich Zugang zu Bildung haben. Wenn wir wirklich helfen wollen, reichen Nahrung und Unterkunft nicht aus. Wir müssen sicherstellen, dass all diese Kinder unmittelbaren Zugang zu hochwertiger, inklusiver Bildung haben, bei der vielleicht ihre Muttersprache neben anderen europäischen Sprachen unterrichtet wird, um das Risiko einer Ausgrenzung von Anfang an zu vermeiden, und dass sie sich zum richtigen Zeitpunkt entscheiden können, ob sie zum Wiederaufbau ihres Herkunftslandes oder zur Entwicklung ihres Adoptionslandes beitragen werden.

Inklusive Bildung und gegenseitiges Kennenlernen ist der einzige Weg für eine offene Gesellschaft, für den Fortschritt, den wir als Menschheit brauchen.

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

Pierrette Herzberger-Fofana (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, ce rapport vient à point nommé: il renforce les efforts actuels de l'Union européenne pour lutter contre le racisme structurel que j'ai moi-même eu à subir et dont je vous avais fait part.

Cependant, nous devons intensifier les actions concrètes en reconnaissant à cet égard le rôle important des médias, du sport et de la culture, qui peuvent contribuer à la cohésion sociale et à l'abolition du racisme. La discrimination dans le sport est récurrente. On constate que dès que les footballeurs noirs ratent un but, ils sont traités de tous les noms d'oiseaux par les fans, comme ce fut le cas lors des championnats de football, et victimes de discours haineux sur les réseaux sociaux. Or, le sport est un élément inclusif qui favorise l'intégration.

Les reportages en temps de crise, qu'il s'agisse de la pandémie ou, maintenant, de l'agression russe, révèlent la persistance du racisme, que nous devons activement déconstruire. Les médias dans leur ensemble ont hésité à rendre compte de la situation des réfugiés africains de l'Ukraine, en grande partie des étudiants. Ils ont été obligés de scander: «Nous sommes des étudiants et non des criminels!», parce qu'ils savent qu'il y a des préjugés contre eux. Ils ont été donc victimes de racisme aux frontières des pays limitrophes et on a douté de leurs témoignages, déclarés «fake news».

Le racisme apparaît dans la hiérarchisation des réfugiés, qui est contraire à la convention de Vienne et aux valeurs de l'Union européenne. Noirs et Blancs, nous voulons construire l'Europe où chacun peut s'épanouir, selon la devise de l'Union européenne: «Unis dans la diversité».

Filip De Man (ID). – Voorzitter, collega's, vandaag hebben we het over het verslag van Salima Yenbou. Met dit zoveelste verslag over racisme moet blijkaar een schuldcomplex bij de Europeanen onderhouden worden. Zo hoopt de links-liberale elite dat zij de massale immigratie blijven slikken, terwijl Europa net het minst racistische continent is van de wereld. Wij laten hier tientallen miljoenen allochtonen binnen. En zeg mij eens, waar gebeurt dat nog? In China? In Japan? In Pakistan? Nergens is men zo tolerant als hier.

Maar veel is niet genoeg: we moeten onze identiteit afzweren, de omvolking aanvaarden, uiteindelijk opgaan in een geglobaliseerde wereld zonder grenzen, en ook nog eens miljoenen vreemdelingen stemrecht geven zodat die ons beleid kunnen beïnvloeden ...

Zeventig paragrafen lang beweert men dat de arme vreemdelingen vaak het slachtoffer zijn van intimidatie, slachtoffer zijn van fysiek geweld, fysiek geweld door de politiediensten enzovoort, en zo verder. En men stelt zich na lezing van zo'n rapport uiteindelijk de vraag waarom miljoenen niet-Europese vreemdelingen dan toch per se naar hier willen komen.

Ook goed om te weten is dat dit extreemlinks rapport werd goedgekeurd door christendemocraten én liberalen in dit Parlement.

Dorien Rookmaker (ECR). – Voorzitter, mevrouw de commissaris, discriminatie op basis van geslacht, huidskleur of op welke grond dan ook is al jaren bij wet verboden en dit is vastgelegd in vele verdragen en wetgeving. En het is een belangrijk principe dat ik volledig onderschrijf. Nu komt het erop aan dat iedereen het non-discriminatieprincipe in de praktijk brengt, want daarmee wordt onze samenleving zo veel waardevoller.

Sport, onderwijs en cultuur kunnen het verschil maken. Het is belangrijk dat onze jeugd begrijpt wat discriminatie is en waarom deze zo funest is voor een gezonde samenleving.

Sport leert je bij uitstek op een eerlijke manier met elkaar om te gaan, niet te wijzen naar de ander, maar samen te werken en elkaar met respect te behandelen, want daar gaat het om.

Een *open mind*, een groot hart en kennis van elkaars culturele achtergrond zijn van wezenlijk belang voor het ontwikkelen van zelfkennis, van een goed gevoel voor humor en een tolerante levenshouding.

Om discriminatie aan te pakken, zijn wetten en regels een begin, maar alleen een verandering in ons gedrag – het gedrag van ons allemaal – maakt het verschil.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, dámy a pánové, vážená paní komisařko, Evropský parlament dnes zasedá v době, kdy na Ukrajině umírají lidé a Putin dává další rozkazy k odstřelování. Toto je myslím pro nás pro všechny hlavní priorita, čím se musíme zabývat, a já jsem ráda, že to tady všichni takto cítíme jako náš hlavní úkol. Jsou to také lidé, kteří demonstrují po celé Evropě proti válce a projevují obrovskou solidaritu s uprchlíky, kteří prchají z Ukrajiny a zachraňují své životy. To je pro nás velká výzva. V celé Evropské unii se to děje.

Za této situace zde jednáme o úloze kultury, vzdělávání, médií a sportu proti rasismu a já chci dodat také proti lži a nenávisti. Tato zpráva velmi kriticky tvrdí, že rasismus je v naší společnosti hluboce zakořeněn a provázán s kulturními kořeny a společenskými normami. Jako by se vůbec nic nezměnilo, jako by v celé Evropské unii rasismus nebyl odsuzován? Rasismus se vždy projevoval a bude projevovat. Naším úkolem je proti němu bojovat, protože rasismus je nepřijatelný a je zakázán. Naší povinností je pomáhat všem, kdo se cítí vylučováni a kdo mají menší šanci jen kvůli tomu, že mají jinou barvu pleti. A zde skutečně kultura, vzdělávání, média a sport hrají klíčovou roli a o tom je tato zpráva. Jako prevence proti rasismu a vyloučení musí fungovat vzdělávací systémy i média.

To dokládá také zpráva OECD, která říká, že rovnost a kvalita se podporují a že zaručují ty nejlepší výsledky všech dětí. Proto také v České republice byla zavedena povinná předškolní docházka, aby se zlepšilo vzdělávání i romských dětí, aby dosáhly na střední vzdělání. Já chci poděkovat paní autorce i všem kolegům, kteří na této zprávě spolupracovali, za jejich otevřenost v diskuzi.

Predrag Fred Matić (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice. Hvala kolegici Salimi koja je bila izvjestiteljica za ovaj dokument, kao i svim *shadow* izvjestiteljicama na odlično obavljenom poslu.

Problem rasizma u Europskoj uniji, nažalost, nije pitanje pojedinačnih incidenata, već strukturni problem koji je utkan u gotovo sve pore društva. Neki od najboljih kanala za rješavanje ovog problema jesu obrazovanje, kultura, mediji i sport. Obrazovni sustavi diljem Unije moraju sadržavati predmete i kolegije koji će se baviti ovom problematikom i učiti djecu i mlade da u našem društvu nema prostora rasizmu, naprotiv to je mjesto gdje se naše razlike ujedinjuju, gdje se učimo izražavati individualno, gdje stvaramo veze koje nose one naše temeljne vrijednosti: otvorenost, jednakost i toleranciju.

Iako je u svim ovim područjima, nažalost, rasizam i dalje prisutan, a o čemu govori i ovaj izvještaj, velik je posao pred nama da ga zauvijek porazimo. I upravo zato za one koji rasizam potiču, promoviraju i provode tražimo najstrože kazne, bez izuzetka.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señora presidenta, señora comisaria, educar la mirada, cultivar la mirada, humanizar la mirada es la clave, desde la infancia, para ver a cada ser humano como valioso y digno. La Resolución pide afrontar la base del prejuicio y la hostilidad, esa que genera hostilidades sociales del tipo del racismo y la xenofobia y las discriminaciones.

Yo les voy a contar una experiencia personal: desde hace dos años y medio, hemos reunido en nuestra oficina 80 000 datos sobre incidentes de odio, más de la mitad con motivación racista, de seis países europeos... Y, además, hay subrepresentación, hay subnotificación.

Hemos documentado miles de casos de incidentes racistas, a veces mediáticos, como cuando afectan a estrellas del fútbol, pero también anónimos, crueles, como en el caso de un niño de tres años de origen africano al que un padre pegó una brutal patada en el abdomen que le hizo saltar por los aires y caer al suelo —lo estrelló en el suelo—, simplemente porque el niño se había asomado a ver un bebé en un cochecito.

Donde más debemos trabajar, sin duda, es en las escuelas, porque de adultos somos muy resistentes a nuestros propios sesgos ideológicos. La escuela, para ofrecer igualdad de oportunidades, para desarrollar el talento; la escuela, para evitar segregación, guetos, nuevos prejuicios, miedo, odio al que no es exacto a cada uno de nosotros.

Señorías, podemos desarrollar muchas líneas, pero, desde hace once años, tenemos una Directiva bloqueada en el Consejo: sobre la igualdad de trato independientemente de la religión o convicciones, discapacidad, edad u orientación sexual. Desde 2008. Ha pasado tanto tiempo que el Consejo y la Comisión deben hacernos saber cómo esperan que saquemos adelante los mínimos claros y comprensibles que ayuden en las políticas públicas realistas y eficaces para desterrar este tipo de lacras.

Gilles Lebreton (ID). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, le racisme est une réalité qu'il faut combattre, mais ce combat doit être mené au nom de nos valeurs, notamment d'égalité, et non en invoquant une pensée communautariste d'origine américaine.

Or, que constate-t-on aujourd'hui? Sous prétexte de lutter contre le racisme, le rapport Yenbou cautionne les préjugés et les idéologies à la mode les plus délétères. Selon ce rapport, un racisme structurel gouvernerait les institutions des États européens. Il s'exprimerait notamment par des violences policières dont les victimes seraient, je cite, persécutées par les autorités publiques. Les médias et les programmes scolaires seraient eux aussi coupables de diffuser des stéréotypes racistes, entretenus notamment par le souvenir de la colonisation.

Cette analyse apocalyptique est le fruit de l'idéologie «woke», à laquelle le rapport se rallie sans vergogne. Rien n'y manque: ni l'apologie des prétendues communautés racialisées, ni le paradigme de l'approche intersectionnelle, ni la haine de notre civilisation, qui le conduit à demander qu'on réécrive les livres d'histoire. Le déboulonnage des statues n'est pas loin.

Le paradoxe est que, bien loin de combattre le racisme, cette idéologie «woke» cède à une nouvelle forme de racisme qui consiste à enfermer l'individu dans son ethnie d'origine en lui ôtant l'espoir de se fondre dans sa nation. Là où la Révolution française promettait à chaque individu la liberté, l'émancipation grâce à la citoyenneté, le «wokisme» cède au déterminisme des caractéristiques biologiques et promeut un monde crépusculaire de communautés raciales vouées à un affrontement sans fin.

Je proteste vigoureusement contre ce nouvel obscurantisme qui est en train de conquérir le Parlement européen. Chers collègues, je vous exhorte, au nom des Lumières qui ont façonné notre idéal, à résister à son offensive.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, κάνω αρχή με μια παραδοχή: ότι το φαινόμενο του ρατσισμού και οι διακρίσεις εξακολουθούν να ταλανίζουν την Ευρώπη. Όποιος δεν το βλέπει απλά κρύβει το κεφάλι του κάτω από την άμμο και εθελotuφλεί. Δεν υπάρχει πιο μεγάλος ρατσισμός από το να επιτίθεται σε μια χώρα κάποιου ανθρώπου, την Ουκρανία, διότι απλά διαφωνείς μαζί τους ή θέλεις να κερδίσεις κάτι. Αυτό για μένα είναι ο μεγαλύτερος ρατσισμός. Τα όσα βιώσαμε και βιώνουμε με την Covid πυροδότησαν ένα τεράστιο κύμα ξεφοβίας. Ο πολιτισμός, η εκπαίδευση, ο αθλητισμός, τα μέσα ενημέρωσης αποτελούν σημαντικά όπλα στη φαρέτρα μας για την αντιμετώπιση του φαινομένου. Θέλουμε, ή καλύτερα απαιτούμε, μια συνολική προσέγγιση μηδενικής ανοχής όσον αφορά τον ρατσισμό σε όλες τις εκφάνσεις του. Τεράστιας σημασίας η εκπαίδευση και η ευαισθητοποίηση των παιδιών, έτσι ώστε να αναπτύξουν κριτική σκέψη και να σταθούν προστάτες και θεματοφύλακες της ανθρώπινης αξιοπρέπειας. Καλούμε όλους να λάβουν αποτελεσματικά μέτρα για να εμποδίσουν τα μέσα ενημέρωσης να διαδίδουν ψευδή αφηγήματα, αρνητικές εικόνες συγκεκριμένων εθνικών ή φυλετικών ομάδων τα οποία εκτρέφουν τον ρατσισμό. Ο ρατσισμός είναι Λερναία Ύδρα, έχει πολλά κεφάλια και θα πρέπει να τα κόψουμε όλα, ένα-ένα. Αυτό απαιτεί συνεργασία και μεθοδικότητα.

Hannes Heide (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Sportplätze und Tribünen sind Orte, an denen Rassismus thematisiert und überwunden werden kann. Aber: Spielabbruch wegen rassistischer Beleidigungen des nigerianischen Tormannes Maduka Okoye in den Niederlanden am Samstag, rassistische Beschimpfungen des israelischen Fußballprofis Josef Ganda durch Fans in der österreichischen Fußball-Bundesliga am Sonntag. Auch dieses Wochenende kam es bei Sportveranstaltungen in Europa wiederholt zu rassistischen Vorfällen, die uns die Dringlichkeit für einen entschlossenen Kampf gegen jede Form der Diskriminierung schonungslos aufzeigen.

Die medial dokumentierten Fälle aus dem Profisport sind nur die Spitze des Eisbergs. Für viele Amateure und Jugendliche in Europa sind diskriminierende Erfahrungen am Sportplatz noch immer traurige Realität.

Und dabei ist der Sport einer der wichtigsten Faktoren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und eine gleichberechtigte Gesellschaft. Nirgends kann Integration so einfach stattfinden. Sportvereine und Verbände spielen eine Schlüsselrolle für die soziale Inklusion und die Vermittlung von gemeinsamen europäischen Werten. Am Spielfeld gelten die Regeln des Sports. Herkunft oder sozialer Status spielen hier keine Rolle.

Асим Адемов (PPE). – Госпожо Председател, уважаема госпожо Комисар, уважаеми колеги, расизмът е категорично в разрез с основните ценности на Европейския съюз, но въпреки това дискриминация, основана на раса или етнически произход, продължава да съществува в нашето общество.

Отговорността за борбата срещу расизма е на всички нас, но е много важно борбата срещу различните форми на расизъм да започва от ранна възраст и тук изключително отговорна е ролята на образователната система. Училищата трябва да бъдат безопасно място, където няма тормоз, няма расизъм, няма дискриминация. Необходимо е децата отрано да научат за равенството, уважението и приобщаването и да станат способни да разпространяват тези ценности сред връстниците си и в общностите, в които живеят.

Нещо друго много важно е младите хора да имат достъп до култура, независимо дали като потребители или производители.

И не на последно място, важна роля в тази борбата срещу расизма трябва да играят известни личности от света на изкуството, музиката, киното, литературата, които да популяризират целите на тази битка.

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman! Kommissionen! Varje människa är unik, men människovärdet är lika. Alla människor, oavsett hudfärg, etnisk och kulturell tillhörighet eller religion har rätt att bli behandlade med respekt. Ändå är rasism och diskriminering på grund av etnicitet fortfarande vanligt förekommande både i och utanför EU. Detta är helt oacceptabelt.

EU:s handlingsplan mot rasism är en bra utgångspunkt, och den behövs inom alla politikområden. Kultur, utbildning och idrott är grundläggande för att främja ett samhälle som är öppet och välkomnande för alla. Därför välkomnar jag betänkandet och flera av de åtgärder som lyfts fram. Att främja ett övergripande förhållningssätt i kampen mot rasism och diskriminering inom dessa områden är oerhört viktigt. Det handlar helt enkelt om alla människors lika värde.

Domènec Ruiz Devesa (S&D). – Señora presidenta Charonzová, señora comisaria Gabriel, felicitaciones a la ponente Salima Yenbou, que ha hecho un magnífico informe, porque, efectivamente, tenemos que hacer mucho más desde Europa en la lucha contra el racismo.

Podemos ver el racismo como la peor forma de frontera, peor que una frontera física: una frontera mental que tenemos que derribar con la misma energía con la que en Europa hemos derribado hace tiempo, por suerte, las fronteras físicas.

Y para eso, desde el Grupo Socialista proponemos dos elementos fundamentales.

Primero, un currículo común de educación para la ciudadanía europea que contenga un componente muy fuerte de lucha contra el racismo, el antisemitismo, la xenofobia, la islamofobia.

Segundo, que en la Conferencia sobre el Futuro de Europa pidamos incluir en los Tratados de la Unión Europea la lucha contra todas estas lacras como un signo de identidad de la Unión Europea, como una tarea concreta a desarrollar desde el propio marco constitucional de la Unión Europea.

Mariya Gabriel, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, chers collègues, je voudrais d'abord vous remercier de ce débat, de votre soutien, de vos remarques, de vos idées, de vos suggestions, des messages forts que vous avez émis aujourd'hui et auxquels je me joins.

Il est vrai que l'éducation est la clé pour combattre des attitudes discriminatoires. C'est pour cela aussi que le rôle de l'éducation sera également abordé au moment du prochain Sommet européen contre le racisme, qui se tiendra le 21 mars, dans un format hybride. J'espère que beaucoup d'entre vous seront en mesure d'y participer, parce qu'aujourd'hui, nous avons entendu des messages qui sont très forts.

Ce sommet est organisé en coopération avec l'intergroupe «Antiracisme et diversité» du Parlement européen et la commission européenne contre le racisme et l'intolérance du Conseil de l'Europe, dans le cadre de la Journée internationale pour l'élimination de la discrimination raciale. Il abordera le plan d'action européen contre le racisme 2020-2025 et la manière dont celui-ci est mis en œuvre par les institutions de l'Union, les États membres, la société civile et les organismes de promotion de l'égalité, qui travaillent tous à un objectif commun: une union de l'égalité.

La Commission, quant à elle, continuera à coopérer étroitement avec les États membres et les parties prenantes sur les actions et les initiatives de l'Espace européen de l'éducation, qui visent aussi à dissocier le niveau d'instruction et les résultats obtenus du statut social, économique et culturel, et à faire en sorte que l'éducation inclusive de qualité devienne une réalité pour tous. Nous continuerons à rendre compte de ces initiatives sur le portail de l'Espace européen de l'éducation lancé en janvier, et nous allons également y publier le premier rapport sur l'état d'avancement de l'Espace européen de l'éducation d'ici la fin de cette année 2022.

Enfin, nous ne devons pas oublier le rôle du sport et son impact sur l'ensemble de la société. Il nous aide à promouvoir des valeurs humanistes, à souder des communautés. Le sport touche le cœur des citoyens européens et nous aide à promouvoir des valeurs qui nous sont chères et font partie intégrante de nos sociétés, y compris la lutte contre le racisme et la xénophobie.

J'ai été également touchée par le message fort qui concernait l'accès à la culture, le monde de la culture, qui peut inspirer, qui peut faire briller des yeux, qui peut donner de la confiance. C'est certainement une recommandation qui nous est chère au sein de la Commission et nous continuerons à vous soutenir, notamment en ce qui concerne la mise en place d'initiatives concrètes pour soutenir cette idée.

Je remercie encore une fois la rapporteure, Salima Yenbou, et le Parlement européen, mais aussi la commission de la culture et les rapporteurs fictifs. Je vous remercie autant pour le soutien et le rapport sur le rôle de la culture, de l'éducation, des médias et du sport dans la lutte contre le racisme, que pour notre coopération étroite sur ces sujets.

Nous l'avons tous compris, il y a des messages forts; nous sommes unis. Maintenant, il nous faut encore plus d'initiatives pour convaincre ceux qui sont sur le terrain et qui voient encore des effets négatifs, car c'est par ces initiatives concrètes que nous pourrions renverser la tendance, et être une force qui convainc et pas seulement une force qui emploie de belles paroles.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Tuesday, 8 March 2022.

Written statements (Rule 171)

Andrea Bocskor (NI), *írásban*. – A magyar kormány kiáll a rasszizmus ellen, és teljes mértékben elítéli az etnikai alapú diszkriminációt. A jelentés valós problémákra hívja fel a figyelmet egész Európa területén, fontos, hogy a békés együttélés érdekében elősegítsük az alapvető emberi jogok biztosítását. Az Európai Parlamentnek határozottan ki kell állnia az őshonos nemzeti kisebbségek érdekében, és többet kell tennie a jogaik védelméért. Mindenkinél alapvető joga, hogy anyanyelvén tanulhasson, így a nemzeti kisebbségi nyelvek támogatása az oktatásban és a kultúrában elsőrendű prioritást kell, hogy kapjon.

Ez a jelentés azonban egy újabb kísérlet az EP által a tagállami hatáskörök átlépésére, hiszen az EUMSZ 6., 165. és 166. cikke alapján az EU nem követelheti meg az uniós országok törvényeinek vagy rendeleteinek harmonizációját, és csak támogatást nyújthat a tagállamok felelősségének és hatáskörének teljes tiszteletben tartása mellett. Az EU-nak teljes mértékben tiszteletben kell tartania a tagállamok felelősségét az oktatás és a szakképzés tartalmára és megszervezésére vonatkozóan. A jelentés továbbá egy újabb példája az EP liberális erőinek egy bújtatott, de agresszív migráns- és LMTQ-lobbijára. Szégyenteljes, hogy az EP nem tud vagy nem akar egyforma nézetekben foglalkozni az Európában több ezer éve élő, és az európai közös történelem és kultúra részét képező nemzeti kisebbségek, és a most érkezett gazdasági bevándorlók jogaival.

Livia Járóka (NI), írásban. – A koronavírus-járvány, illetve az ukrán–orosz háború okozta gazdasági és társadalmi hatások következtében az elmúlt 2,5 évben Európa roma közösségei még sérülékenyebbé és kiszolgáltatottabbá váltak. Az egészségügyi ellátásban való – a többségi társadalom tagjaihoz képesti – alacsonyabb részesedési arányuk, a dezinformációnak való nagyobb kiszolgáltatottságuk és az online oktatás okozta nehézségek mellett, a roma közösségekkel szembeni előítéletek mértéke is növekedett. Továbbá a deprivált csoportok a gazdasági válság közvetlen és közvetett hatásainak nagyobb arányú kitettsége miatt, a négy központi terület – oktatás, lakhatás, egészségügy, foglalkoztatás – szintjén is romlottak a kitörési és felzárkózási lehetőségeik.

Az Európai Unió intézményeinek és tagállamainak kötelessége fellépni az erősödő cigányellenesség ellen, minden létező formában. Javasoljuk az uniós direktívák felülvizsgálatát, hiszen a rasszizmus elleni akciótervnek válaszokat kell adni a járvány gazdasági és társadalmi hatásaiból továbbgyűrűző kihívásokra is. Javasoljuk továbbá az FRA és egyéb uniós szervek rasszizmus elleni tevékenységeinek megerősítését. Tagállamok esetében szorgalmazzuk, hogy a helyi szinten megvalósuló programokban vegyék figyelembe helyi roma szervezetek és vezetők támogatását, továbbá vonják be őket a döntési folyamatokba. Az antidiszkriminációs, az emberi jogi és pedagógus képzéseket nagyobb arányú bevonással kell megvalósítani. Cél a kisebbségek elleni előítéletek csökkentése. Szorgalmazzuk, a nemzeti kerettantervek és tagállami oktatási anyagok kiemelten foglalkozzanak a romákkal szembeni előítéletek hatékony csökkentésével.

16. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

President. – The ID Group has notified me of a decision relating to changes to appointments within a committee. This decision will be set out in the minutes of today's sitting and shall take effect on the date of this announcement.

17. Kohäsionspolitik: Verringerung von Unterschieden bei der Gesundheitsversorgung und Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich (kurze Darstellung)

President. – The next item is a short presentation of the report by Tomislav Sokol on cohesion policy as an instrument to reduce healthcare disparities and enhance cross-border health cooperation (2021/2100(INI)) (A9-0026/2022).

Tomislav Sokol, Rapporteur. – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, kolegice i kolege, standardi pružanja zdravstvene skrbi u EU-u nisu usklađeni budući da postoje znatne razlike među europskim regijama, ali i državama članicama. Mnogo su veće šanse da umrete od raka ako živite u slabije razvijenim regijama Europske unije, nego u najrazvijenijim dijelovima zapadne i sjeverne Europe, što je nedopustivo.

Moramo učiniti sve kako bi se te razlike uklonile, a najizdašniji instrument za tu svrhu jest kohezijska politika. Kohezijska politika promiče rast i zapošljavanje u regijama u cijeloj Uniji, a posebno u onima koje zaostaju u razvoju. U tu se svrhu koristi oko trećine proračuna EU-a. Zbog toga kohezijska politika nije samo najvažnija investicijska politika Unije, već izraz solidarnosti između nje i njezinih država članica.

Potrebno je istaknuti znatan doprinos kohezijske politike ulaganjima u zdravstvenom sektoru u posljednjem programskom razdoblju od 2014. do 2020. putem Europskog fonda za regionalni razvoj i Europskog socijalnog fonda u iznosu od oko 24 milijarde eura, što predstavlja iznos koji je gotovo pet puta veći od sredstava koja su predviđena programom EU-a za zdravlje u idućem proračunskom razdoblju.

No, nejednakost država članica u zdravstvenom smislu je i dalje činjenica te je potrebno dodatno povećati kohezijska ulaganja u zdravstvo, ali i iskoristiti ih na učinkovitiji način nego što je to bilo do sada.

U ovom izvješću su detektirani glavni problemi postojećeg stanja te se ukazuje na potencijalna rješenja. Najveći problem nejednake zdravstvene zaštite vidljivi su u elementima zdravstvene infrastrukture, ali i nedostatka radne snage koji izravno utječu na uspjeh liječenja u slabije razvijenim regijama.

Upravo zbog toga dugoročna ulaganja u infrastrukturu i radnu snagu u području zdravstva hitnija su nego ikada prije, pogotovo uzimajući u obzir gospodarske i zdravstvene posljedice pandemije. Građani u ruralnim područjima, najudaljenijim regijama i na otocima često nailaze na prepreke pri jednakom pristupu zdravstvenoj skrbi, kojima se ograničavaju njihove mogućnosti dobivanja prijeko potrebnih usluga.

U Europskoj uniji ne smiju postojati građani prvog i drugog reda te svima usluge moraju biti raspoložive i pravovremeno dostupne. Da bi se prevladale glavne prepreke koje postoje u pogledu jednakog pristupa zdravstvenoj skrbi u ruralnim područjima, trebaju se koristiti u velikoj mjeri napredne tehnologije kao što je e-zdravstvo kao sastavni dio koncepta pametnih sela s ciljem poboljšanja pristupa zdravstvenoj skrbi.

Nadalje, moramo motivirati zdravstvene djelatnike, posebno liječnike i medicinske sestre, da u ruralnim područjima počnu ili nastave obavljati svoju djelatnost. Posebno su važna ulaganja iz Europskog socijalnog fonda plus u vidu financiranja specijalizacije i subspecijalizacije u zemljama i regijama koje se suočavaju s odljevom mozgova.

Osim toga, poboljšanjem radnih uvjeta poticat će se strategija zadržavanja zdravstvenih radnika u tim područjima. Također, u izvješću sam pozvao na korištenje sredstava kohezijske politike za razvoj specijaliziranih centara izvrsnosti za određene bolesti diljem EU-a čime bi se obuhvatile i susjedne zemlje i doprinijelo prekograničnoj suradnji u području zdravstvene skrbi.

Potrebno je sinergijski koristiti sve postojeće instrumente EU-a, kao što su EU za zdravlje i Obzor Europa za razvoj mreže takvih centara koji bi ravnomjerno bili raspoređeni širom cijelog teritorija Unije. Vezano uz to, u izvješću se posebno ističe važnost programa Interreg koji je pridonio borbi protiv pandemije i ukazao na prednosti prekogranične zdravstvene zaštite.

Poseban naglasak stavljen je na projekte kojima se olakšava sklapanje ugovora između zdravstvenih osiguranja i bolnica u različitim državama članicama radi olakšavanja mobilnosti pacijenata i bolje dostupnosti zdravstvene zaštite u grančnim područjima.

Na kraju, izrazito je važno da se prilikom evaluacije učinaka kohezijske politike uzme u obzir koliko su ulaganja doprinijela poboljšanju zdravstvenih ishoda, poput stope izlječenja od raka, a to je upravo ono područje gdje vidimo najveće razlike danas u Europskoj uniji.

Pandemija bolesti COVID-19 predstavlja povijesnu prekretnicu kad je riječ o ulaganjima u zdravstvene sustave te stoga pozivam države članice da u novom programskom razdoblju nastoje mobilizirati što veći iznos sredstava u okviru strukturnih fondova za ispunjavanje potreba europskih građana u području zdravstva.

Mariya Gabriel, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, dear colleagues, our thanks to the rapporteur, Tomislav Sokol, to the shadow rapporteurs and to the Committee on Regional Development (REGI) for this very timely report.

The Commission recognises the problem of territorial disparities in healthcare across Europe. The pandemic has shown us that we need to strengthen the resilience of our health systems. The age cohesion report has highlighted the problem of unequal access to healthcare services, especially in less developed regions.

Cohesion's pandemic emergency response is short EUR 14.6 billion under the Corona Response Initiative and ReactEU combined for health care investments and emergency measures in the COVID-19 pandemic. This includes the purchases of over 13 000 ventilators, 12 000 hospital beds, financial assistance to purchase over three billion items of personal protective equipment and other medical equipment. It includes support for vaccination and testing.

Beyond emergency response, Europe needs continuous and increased investment in the capacity and efficiency of health systems – in facilities, personnel and supplies. In the 21-27 cohesion programmes, support for health services and infrastructure continues to be a key priority. Innovation is a driver for the development of the health sector. As you know, health is a growth field, and cohesion policy provided early seed funding for BioNTech and will continue to invest in innovation in this sector.

We also need comprehensive health, social and economic policies in order to ensure equal access to healthcare for all citizens and all regions. We must also anticipate future challenges and future infrastructure needs as Europe ages and we face population decline and brain drain.

Cohesion policy cannot do this alone. We need all available tools to tackle disparities in medical care and shortages in the workforce, so we are doing all we can to promote synergies between cohesion policy and other European funding programmes and instruments, such as the Recovery and Resilience Facility, the EU4Health programme, the Horizon Europe programme, the digital Europe programme and the InvestEU programme.

The Commission is working to ensure that synergies between all these instruments are fully exploited, with the requisite focus on regional needs and special considerations. The pandemic has also shown how fragile our borders are and how crucial it is to have good cross-border cooperation and coordination when a crisis hits.

Through Interreg, we have a long tradition of investment in Europe's border regions. Support continues with about EUR 8 billion for 97 cooperation programmes to be adopted this year, including under the new stand on outermost regions.

Today, we have a unique opportunity. Exceptional levels of funding, coupled with the lessons of the pandemic. This is the moment to improve our healthcare systems, and this is the moment to tackle regional inequalities in access to healthcare.

We will continue working closely with Member States in order to tackle the healthcare challenges in European regions together in line with the Union's health, social and cohesion policy priorities. We welcome your timely report and we look forward to working with you on these issues.

President. – That concludes the item.

The vote will take place on Tuesday, 8 March 2022.

18. Kohäsionspolitik: Förderung eines innovativen und intelligenten Wandels und der regionalen IKT-Konnektivität (kurze Darstellung)

President. – The next item is a short presentation of the report by Cristina Maestre Martín De Almagro on the role of cohesion policy in promoting innovative and smart transformation and regional ICT connectivity (2021/2101(INI)) (A9-0010/2022).

Cristina Maestre Martín De Almagro, ponente. – Señora presidenta, señora comisaria, señorías, promover una transformación digital e inteligente, que nos posicione en los más altos estándares de inteligencia, innovación y competitividad a nivel mundial, se hace ahora más necesario que nunca.

Lo estamos viendo en la guerra de Putin, que combina ataques convencionales con ciberataques. Son guerras híbridas que están haciendo un grave daño a la democracia y a los derechos humanos.

Y lo vemos también en tiempos de la COVID, en los que se ha puesto de manifiesto el papel tan importante que ha desempeñado el trabajo en línea en el ámbito laboral y en sectores como el educativo y el sanitario.

Este informe aborda la necesidad de avanzar en esa más que necesaria transición digital, pero sin perder de vista a los más vulnerables. Queremos que la incorporación a la era digital sea igual para todos, desde el ámbito de la cohesión social y territorial, pero ¿cómo conseguir esa transición digital sin generar desigualdades o ahondar más en las brechas ya existentes?

El reto es importante: caer en un lado u otro depende, por ejemplo, del lugar en el que se resida. Tanto es así que, según los datos ofrecidos por la propia Comisión Europea, el 41 % de los europeos que viven en zonas rurales no tienen acceso a las redes de alta velocidad. Es decir, existe una brecha geográfica muy honda, que se acentúa aún más cuando analizamos la situación en las zonas despobladas de la Unión Europea.

Pero también podemos hablar de una brecha de género, que es palpable y que reflejan numerosos estudios, que dicen que las mujeres están infrarrepresentadas de manera sistemática en el sector digital, pues ocupan solamente el 17 % de los puestos especializados en este ámbito.

Asimismo, existe una brecha generacional y educativa que es evidente: el 42 % de la población adulta de la Unión Europea no tiene capacidades digitales básicas. Además, también existe una brecha importantísima en el ámbito del sector productivo, dado que el 37 % de los trabajadores carecen de habilidades digitales para el desempeño de sus puestos de trabajo y únicamente el 17 % de las pymes han integrado de manera satisfactoria las tecnologías digitales en sus negocios.

En este sentido, la política de cohesión es, sin duda, una herramienta esencial para superar estas brechas, pero es muy importante hacerlo teniendo en cuenta las necesidades particulares de cada región y ofreciendo una asistencia adaptada. En este informe planteamos una serie de medidas para lograrlo.

Consideramos esencial aprovechar el potencial que posee el observatorio europeo para la innovación rural y el desarrollo, para la recopilación e identificación de datos, incluso a nivel cartográfico, y para una correcta intervención en las regiones y municipios más afectados.

De la misma manera, creemos que es básico que, de una vez por todas, se cumpla el compromiso de universalización del acceso a las redes de alta capacidad, un recurso básico para garantizar la igualdad en el acceso a los servicios básicos y garantizar el emprendimiento priorizando las zonas rurales y más despobladas, donde se produce la mayor brecha digital.

Debemos entender que es tan necesaria la modernización de la administración electrónica como la adaptación de industrias tradicionales a las nuevas tecnologías. También pedimos acciones concretas para avanzar en la adquisición de competencias digitales a todos los niveles: personas de edad, pero también servidores públicos y emprendedores. Es muy preocupante que muchas empresas tengan problemas para encontrar personal cualificado en nuevas tecnologías y, a menudo, tengan que recurrir a expertos de fuera de sus países para cubrir plazas de cierta especialización. Igual de preocupante es observar la fuga de talentos que se produce en determinadas zonas por falta de recursos digitales.

Por eso, pedimos que se establezcan objetivos más ambiciosos y, en concreto, la presentación de un plan de acción digital a nivel europeo, con objetivos a corto, medio y largo plazo. El presupuesto europeo y los fondos Next Generation EU suponen la inyección oportuna que necesita esta transformación digital. La Unión Europea tiene que ser una potencia puntera en esta transformación económica y hacerlo, a la vez, de una forma justa y cohesionada. No debemos perder esta enorme oportunidad para hacerlo realidad.

Quiero terminar dando mi más sincero agradecimiento a todos los ponentes alternativos que han participado en este informe por sus nutridas e interesantes aportaciones al mismo.

Mariya Gabriel, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members, Madam rapporteur Maestre. Europe's ambition is to be digitally sovereign in an open and interconnected world. A digital future can be a human-centred, sustainable and more prosperous future.

However, as we pursue digital policies that empower people and businesses to seize this future, we recognise that there is a real risk of a digital divide. The Commission therefore welcomes this report on the role of cohesion policy in promoting innovative and smart transformation and regional ICT connectivity.

We agree on the challenges the report identifies. They are also addressed in our 2030 Digital Compass: the European way for the Digital Decade, the long-term vision for the European rural areas, as well as the recently published 8th Cohesion Report.

Cohesion investments address the specific concerns raised in the Committee on Regional Development (REGI) report. Cohesion policy invests substantially in the digital agenda. EUR 18 billion were invested in information and communication technologies in the 2014-2020 period through the European Regional Development Fund. The 2021 programmes are gearing up for further investment in digitalisation. The cohesion policy post-2020 with its first policy objective – more competitive and smarter Europe – will promote innovative and smart economic transformation and regional ICT connectivity, including support to SMEs.

Inclusive and fair digitalisation is central to the cohesion approach and answers the key points raised in your report. First, the goal of cohesion policy is to ensure that no one is left behind and that every European benefits. We are committed to tackling the digital divide.

Inclusive and fair digitalisation is central to the overall approach to such investment. Cohesion policy invests in digital highways where they do not currently exist, and we support the provision of e-government services accessible to all citizens.

This is also why, as part of the long-term vision for the European rural areas, we will address the digital infrastructure and skills gap through rural proofing, along with data collection by the Rural Observatory. Stakeholders and representatives at various levels around the Rural Pact will promote connected rural areas.

Secondly, we have built in requirements for gender equality. This is a pre-condition, an enabling condition. We are checking all the new programmes against a number of very specific criteria before approval.

Thirdly, we have a particular focus on the digitalisation of small and medium-sized enterprises, so we very much welcome your report's focus on SMEs too.

Last, and perhaps most importantly, we fully agree that digital technology has a key role to play in helping every region to find the formula for future success so that the green transition is fair and works for everyone. However, cohesion investments and the Digital Decade will work together to this end.

The European ambition is to be digitally sovereign in an open and interconnected world and, as I said from the beginning, to pursue digital policies that empower people, and this includes addressing vulnerabilities and dependencies as well as accelerating investment.

For example, in order to contribute to bridging the digital divide, the recent proposal for a satellite-based connectivity system has as one of its stated goals to remove dead zones, increasing cohesion across Member States' territories, including rural, peripheral, remote and isolated areas and islands.

We welcome this report. We will welcome its conclusions, and we look forward to further collaboration with the Parliament as we move to implementation.

President. – That concludes the item.

The vote will take place on Tuesday, 8 March 2022.

Written statements (Rule 171)

Eugen Jurzyca (ECR), písomne. – Budem hlasovať proti správe, ktorá chce presúvať ľudí preč z oblastí, kam sa sami dlhodobo presúvajú za lepšími podmienkami.

Za lepšou prácou, vyššími mzdami či lepším bývaním sa ľudia sťahujú stovky rokov do miest. Ak ich teraz na dlh budeme motivovať k návratu, môžeme sa dostať do problémov v časoch, keď nám v EÚ budú verejné zdroje chýbať nielen na udržiavanie štátom vytvorených pracovných miest, ale aj na sanáciu dnešných kríz, demografického vývoja či klimatických zmien.

Karol Karski (ECR), na piśmie. – Polityka spójności jest jednym z fundamentalnych i przynoszących faktyczną wartość dodaną obszarów działalności Unii Europejskiej. Można to chociażby zauważyć przez niezliczoną liczbę projektów realizowanych z pomocą dotacji pochodzących z funduszy strukturalnych i inwestycyjnych. W związku z tym realny potencjał wpływu tej polityki na rozwój regionów, jak i samej Europy, jest niemal nieograniczony.

Żyjemy w czasach tzw. ery cyfrowej, czego namacalnie doświadczamy w codziennym życiu i codziennej pracy. Postępująca i niezaprzeczalna cyfryzacja obejmuje również wszelkie inne dziedziny funkcjonowania naszych systemów i społeczeństw, jak między innymi: administracja, medycyna, bezpieczeństwo i wszelka komunikacja. Z jednej strony, pomimo wszelkich starań dokładanych od wielu lat nadal istnieje przepaść w dostępie do usług i poziomie umiejętności cyfrowych na obszarach wiejskich i najbardziej oddalonych. Z drugiej, nadal trwamy w stanie nieprzerwanej pandemii, która w sposób brutalny unaocznia niedoskonałości i potrzeby dalszego rozwoju w zakresie telekomunikacji i innowacyjnych rozwiązań informatycznych. Ponadto, w dobie kryzysu bezpieczeństwa globalnego nie sposób zaprzeczyć jej newralgicznego znaczenia dla stabilności i skuteczności funkcjonowania systemów krajowych.

Biorąc pod uwagę wszelkie aktualne i przyszłe wyzwania, należy dążyć do jak najszybszego i zrównoważonego rozwoju w obszarze innowacyjnej i inteligentnej transformacji cyfrowej i połączeń teleinformatycznych. Uważam, że polityka spójności ma w tej materii olbrzymi potencjał.

19. Einbindung der Bürger: das Petitionsrecht, das Recht, sich an den Europäischen Bürgerbeauftragten zu wenden, und die Europäische Bürgerinitiative (kurze Darstellung)

President. – The next item is a short presentation of the report by Marie-Pierre Vedrenne on engaging with citizens: the right to petition, the right to refer to the European Ombudsman and the European Citizens' Initiative (2020/2275(INI)) (A9-0018/2022).

Marie-Pierre Vedrenne, rapporteure. – Madame la Présidente, chers collègues, vous êtes amenés à vous prononcer sur mon rapport sur le renforcement de la participation des citoyens à notre processus décisionnel, et c'est dans un contexte de guerre à nos frontières que vous êtes amenés à voter demain. Oui, la guerre est bien à nos frontières; des femmes et des hommes se battent pour préserver la démocratie en Ukraine et l'Union européenne doit se montrer digne de leur combat.

Notre rempart est la démocratie. Ce sont les valeurs qui nous unissent et les droits que les citoyens partagent, et il n'y a pas de démocratie sans les citoyens.

Le courage des Ukrainiens, leur soif de liberté, leur amour de la démocratie rappellent avec force que l'Union européenne, symbole de paix, d'unité, de liberté, doit porter haut un modèle démocratique toujours plus enclin à la participation citoyenne, toujours plus intransigeant sur le respect de l'état de droit et toujours plus favorable à la transparence.

Car il n'y a pas de démocratie sans participation active des citoyens, et la conférence sur l'avenir de l'Europe montre l'envie des citoyens de faire entendre leur voix, et ceci au-delà des élections. Leurs recommandations doivent être prises en compte. Sans résultats concrets, les citoyens vont s'éloigner encore plus de nos institutions. Et leur confiance, déjà érodée, c'est à nous, élus au Parlement européen, de la regagner.

Il est urgent de repenser les instruments participatifs et il nous faut travailler pour que tous les obstacles à la participation soient levés: barrières linguistiques, barrières technologiques... De refus de collaborer de la part de nos institutions, nous ne pouvons plus accepter. L'Union européenne doit être ambitieuse pour donner la parole à chacun, écouter et donner les moyens nécessaires pour s'impliquer. Notre démocratie, nous la renforcerons ainsi.

Pas de démocratie sans respect de l'état de droit. Nous ne pourrions faire aucun compromis. L'Union européenne est une communauté de valeurs et il n'y a pas de place pour les autocrates qui ne respectent pas l'état de droit. Ainsi, nous devons garantir une surveillance étroite des fonds européens dans nos États membres. Chaque citoyen doit pouvoir être assuré que les valeurs européennes sont respectées dans le cadre du plan de relance et en cela, le rôle du Médiateur est essentiel. Le Parlement européen lui a déjà montré son plein soutien pour assurer le respect de l'état de droit.

Enfin, pas de démocratie sans transparence. La démocratie européenne ne peut être considérée comme acquise. Sans accès aux informations, sans transparence, les citoyens ne peuvent participer pleinement. L'Union européenne doit maintenir des normes élevées en matière de transparence. Plus de transparence dans les négociations des accords de commerce, par exemple. La médiatrice a pointé du doigt les manquements de la Commission européenne, notamment sur l'accord avec le Mercosur. Plus de transparence pour éviter les conflits d'intérêts, avec un renforcement des règles concernant les anciens députés et les commissaires.

Madame la Commissaire, chers collègues, une démocratie courageuse accepte de regarder en face ses faiblesses. Une démocratie courageuse accepte qu'elle sera toujours perfectible. Une démocratie courageuse, nous la devons aux Européens, nous la devons à ceux qui, comme les Ukrainiens, la chérissent au péril de leur vie.

Mariya Gabriel, *Member of the Commission*. – Madam President, yes, today, more than ever, the European Union needs to be in direct contact and have an open dialogue with European citizens. The European Parliament has swiftly adapted to the challenges of the current pandemic. You play a key role in continuously engaging with the citizens, and I would like to thank you for all these efforts, also expressed in the report by Ms Vedrenne.

Let me first refer to the European Citizens' Initiative, which is a unique instrument of participatory democracy. It gives all European citizens the power to directly approach the European Commission and ask us to take action on a matter they care about. This year, the European Citizens' Initiative celebrates its 20th anniversary, a good opportunity to give this unique tool even more visibility.

Since the beginning of 2020, when the new updated rules started to apply, we have already registered 17 new Citizens' Initiatives, and we hope to receive many more in the future as we are further extending our information campaign and the legal and practical advice offered by the European Citizens' Initiative (ECI) Forum.

Another important right that every European has is to complain to the European Ombudsman. This is indeed a democratic and civil right, aimed at encouraging the full participation of European citizens, businesses, associations and NGOs in the everyday life of the European Union.

We attach the utmost importance to it and, as you know, around two thirds of European Ombudsman inquiries concern the Commission as the institution with the most direct administrative dealings with citizens. The inquiries and initiatives of the European Ombudsman cover a variety of important issues. It is, and will remain, essential for all institutions, bodies, offices and agencies of the EU, and particularly the Commission, to provide the best possible services and maintain the highest possible standards for the benefit of all European citizens.

Another important instrument for us is to listen to citizens and our replies to their petitions. They are an effective channel for direct contact and open dialogue with the European citizens. The Commission has made further efforts to improve the speed, quality and pertinence of our replies to petitioners' concerns. This includes the modernisation of the IT tools for handling petitions and streamlining the underlying procedures. We will continue to provide detailed responses to petitions and outline possible solutions at European or national level.

President. – That concludes the item.

The vote on amendments will take place on Tuesday, 8 March 2022 and the final vote on Wednesday, 9 March 2022.

20. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

President. – The next item is the one-minute speeches on matters of political importance (Rule 172).

I would like to inform you that for the one-minute speeches you are invited to take the floor from your seat.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, od početka krize uzrokovane bolešću COVID-19 čak šest od deset potrošača susrela su se s finansijskim poteškoćama. U takvim okolnostima brojni potrošači javljali su mi se s primjedbama da su im banke na kućnu adresu slale nezatražene kreditne kartice ili da su im jednostrano povećale limite dopuštenog i prešutnog prekoračenja na tekućim računima.

Takve prakse banaka moraju odmah prestati jer one štete finansijskim interesima potrošača koji često nisu ni svjesni povećanja limita zaduženja. Tako ću u svojstvu izvijestitelja Kluba zastupnika EPP-a već sutra podnijeti 150 amandmana na Prijedlog direktive o potrošačkim kreditima kojima ću, između ostalog, povećati razinu zaštite potrošača i zabraniti bankama da potrošačima šalju nezatražene kreditne kartice na kućne adrese ili im jednostavno povećavaju limite prekoračenja na računima.

Povelja Europske unije o temeljnim pravima jasno kažu da politike Unije moraju osigurati visoku razinu zaštite potrošača, a upravo je Direktiva o potrošačkim kreditima pravi instrument kojim to možemo postići.

Иво Христов (S&D). – Госпожо Председател, от осем години ние и руснаците живеем в света на своята пропаганда. Ние развявахме нашите принципи, а Москва ни плашеше с военната си мощ. Русия стори непростимото и вече се наблюдаваме през прицела на оръжията.

А какво стана с нашите принципи? Ако беше приложен принципът на отворените врати на НАТО, днес всички ние вече щяхме да сме във война с Русия. Отказахме диалог, не платихме цената на мира, а сега плащаме цената на войната. Украйна разчиташе на нашата закрила, днес ние разчитаме Украйна да ни закриля. Изпращаме оръжия – опасна ескалация, която може да прехвърли огъня върху най-близките страни от Съюза. Отваряме бърза писта за Украйна, с което не решаваме нито един от проблемите ни, но се отричаме от собствените си критерии.

Днес в Европа има две партии – на мира и на войната. В партията на войната Путин не е сам. Там са и лобито на шистовия газ, военната индустрия и глобални корпоративни интереси, които деградират Европа от конкурент в обикновен пазар. В партията на мира сме всички останали. Приветствам усилията на президента Макрон. Нужен е реализъм и диалог, но първо незабавно прекратяване на огъня.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamna președintă, cel mai mare atu al Uniunii Europene este piața unică de aproape 450 de milioane de consumatori, piață care aduce beneficii economice și bunăstare pentru întreprinderile mici și mijlocii din toate statele europene și poate asigura prosperitatea economică tuturor.

Încercăm să armonizăm legislația, să reducem birocratia, în timp ce creștem siguranța tuturor produselor care sunt puse în piața de consum. Dorim să creăm un mediu în care concurența loială este un atribut real.

Și totuși, nu putem vorbi despre concurență loială atât timp cât avem granițe în interiorul Uniunii Europene. Marfa produsă în statele din afara spațiului Schengen așteaptă la frontieră ore, chiar și zile întregi și chiar dacă acest fenomen este un efect secundar, timpii de așteptare adaugă costuri în plus pentru IMM-urile din statele care nu sunt integrate în spațiul Schengen.

Dragi colegi, trebuie să facem tot posibilul să eliminăm granițele din interiorul Uniunii Europene.

Gunnar Beck (ID). – Frau Präsidentin! Der Kiew-Moment, so dieses Parlament, zeige, die Bürger wollten mehr EU mitsamt eines neuen EU-Migrationspakts zur Legalisierung aller Migration, mehr Familiennachzug und sichere Zugangswege für bis zu 70 Millionen Migranten bis 2035.

Tatsächlich wollen Europäer vertriebenen Ukrainern helfen. Aber, so das Ergebnis der großen INSA-Migrationsumfrage, 80 % der Europäer wollen auch mehr Grenzsicherung. Über 80 % wollen keine unqualifizierten Migranten mehr, und 75 % sind überzeugt, Migration werde ein Problem für persönliche Sicherheit, den Fortbestand der Sozialsysteme und/oder unsere kulturelle Identität.

Werte Kollegen, nehmen Sie bitte endlich zur Kenntnis: Viele EU-Bürger wollen ihren Nachbarn helfen, aber sie fühlen sich nicht wahllos verantwortlich für alle Probleme dieser Welt.

Ladislav Ilčić (ECR). – Poštovana predsjedavajuća, u Srbiji su održani masovni skupovi podrške Putinu i imperijalističkim ambicijama Rusije. Od tih događaja u Srbiji ne smijemo okretati glavu.

Srbija nije nuklearna sila, ali može opravdavanjem ruske agresije promovirati agresivne politike koje je i sama provodila prije trideset godina. Tako bi mogla izazvati nestabilnost u ionako ranjivom prostoru svojeg okruženja.

Srbija je kandidatkinja za članstvo u Europsku uniju. Želi li to i dalje biti, mora se jasno ograditi od ruske invazije i Putinove strahovlade. Pa ta politika dnevno odnosi stotine i tisuće života u Ukrajini i prijeti nuklearnom devastacijom svijeta.

Svaka kandidatkinja za članstvo u Europskoj uniji, pa tako i Srbija, mora stati na stranu mira, pravde i prava svakog naroda na slobodu i samoodređenje.

A Europska unija mora tražiti zalaganje za te vrijednosti mira i slobode od svih zemalja kandidatkinja.

Mick Wallace (The Left). – Madam President, the current crisis in Ukraine has been used by the Irish media, at last – and a handful of politicians, to make the case that Ireland should relinquish the neutrality enshrined in our Constitution and even commit to joining NATO. Naturally, these jingoistic sentiments are from those too old to enlist their children and grandchildren, too aloft to endure the bad pay and conditions our defence forces have to put up with.

Ireland's tradition of neutrality is born out of an unwillingness to kill and be killed in imperialist wars that have nothing to do with our people and everything to do with the interests of the elites profiting from arms, fossil fuel and finance industries that just happen to own much of the media calling for a military escalation today.

Ireland is one of the few EU countries that has not been directly involved in NATO's war crimes and atrocities, and we'd do well to continue that and we should use the credibility and goodwill that comes with neutrality to facilitate diplomacy, de-escalation and peace.

Ivan Štefanec (PPE). – Pani predsedajúca, brutalita ruskej zločineckej invázie na Ukrajinu šokovala celý demokratický svet. Som si istý, že z tejto situácie nám vyplývajú minimálne tri nové výzvy.

Tou prvou je nevyhnutnosť všemožne pomôcť statočným Ukrajincom, ktorí dnes bojujú za slobodu a demokraciu v celej Európe. Ukrajinci dnes vyučujú o vlastenectve celý svet. A verím, že sa dožijem času, keď budú aj ich zástupcovia v tejto našej snemovni.

Druhá výzva je obranná. Musíme nevyhnutne zlepšiť obranu našej východnej hranice, pretože dnes sa jedná o agresora, ktorý straší jadrovými zbraňami.

Osobitnou kategóriou je obrana pred kybernetickými útokmi a nesmieme zabúdať ani na dezinformácie a nezmyselnú propagandu.

Tretia výzva je energetická. Je dôležité, aby sme nefinancovali agresora a dosiahli čo najskôr energetickú nezávislosť od Ruska. Musíme postupovať spoločne vo vybudovaní energetickej infraštruktúry, v spoločných nákupoch, ako aj v rozvoji obnoviteľných zdrojov.

Nikto nevie, dokedy bude vojnový zločinec útočiť na nevinných Ukrajincov. Ale som si istý, že tieto nové výzvy zvládneme, slobodní ľudia porazia šialeného diktátora a v Európe zavládne mier. Demokracia a fungujúci mierový európsky projekt sú toho najlepšou zárukou.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Doamna președintă, vreau să vorbesc în seara asta pentru niște prieteni – pentru Maria, pentru Sașa, pentru Veronika, pentru Katia și pentru mama lor. Aceasta este o familie de refugiați din Ucraina, pe care i-am întâlnit ieri și cu care am povestit foarte mult.

Аcești ucraineni, acești oameni au plecat în 24 februarie, dimineața, auzind bombe, crezând că este vorba de un cutremur și au spus: ne-am fi dorit să fie vorba de un cutremur. Ei bine, acești oameni au ajuns în Europa și аșteaptă de la noi să poată lucra. Аșteaptă de la noi să poată comunica. Nu pot accepta să аибă taxe de roaming. Nu pot accepta să nu аибă acte, cât de repede posibil. Nu pot accepta să nu poată vorbi în limba lor.

Și eu cred că – dragi prieteni, dragi colegi – cu 1,5 milioane de ucraineni care sunt peste tot în Europa și cu un număr mult mai mare care vine peste noi, noi trebuie să fim pregătiți să dărmăm toate barierele care încă există, pentru că acești oameni sunt frați. Acești oameni sunt europeni, sunt surorile, și fetele, și băieții, și copiii noștri.

Vă încurajez pe toți, dragilor, să facem viața lor cât mai frumoasă în Europa.

Ангел Джамбазки (ЕСR). – Госпожо Председател, колеги, руското военно нашествие, агресия, война, окупация в Украйна показва много неща – всичките от тях нелицеприятни за Европейския съюз и неговите лидери. Видяхме какво значи лидер в лицето на президента на Украйна и видяхме как се държаха част от хората, които твърдят тук че лидери, но за това ще говорим друг път.

Това, което е важно, и на което искам да обърна внимание днес и сега, е резултатът от така наречената „зелена сделка“ за енергийната независимост на европейските държави. Какво всъщност прави в момента зелената сделка? Намерението, желанието и изискването да бъдат забранени например въглищата, които са суверенни наши български, полски, германски, ни прави по-зависими от държавата агресор, прави ни по-зависими от Руската федерация, която води война в Европа.

Това, което трябва да направим, уважаема госпожо Председател и колеги, е незабавно, незабавно да преустановим действието на тази зелена сделка, да произвеждаме собствена енергия от нашите собствени източници като Марица изток, да спрем разговора изобщо за тяхното спиране и да бъдем адекватни на ситуацията.

И позволете ми нещо в края на това изложение. Европа трябва да отговори на искането на Украйна за защита. Тук трябва да гласуваме за зона забранена за полети. Тук трябва да поискаме тази зала да подкрепи легиона от доброволци, който да защитава Украйна. Дължим го, не става само с декларации и не става само с приказки. Трябва да има действие. Да живее България, да живее Украйна!

Sandra Pereira (The Left). – Senhora Presidente, os direitos das mulheres são para cumprir, para prosseguir e não podem ser apenas propaganda por uma igualdade a alcançar. No Dia Internacional da Mulher afirmamos que é preciso avançar no combate ao desemprego e à precariedade laboral valorizando as carreiras e o estatuto socioprofissional das mulheres, aumentando os salários para todos os trabalhadores e concretizando a igualdade salarial entre homens e mulheres.

É preciso avançar na promoção de direitos das mães trabalhadoras, reduzindo o horário de trabalho, cumprindo os direitos de maternidade e paternidade e o direito de mães e pais acompanharem os filhos, assegurando a gratuidade das creches e criando uma rede pública de qualidade e acessível, equipamentos e serviços de apoio aos idosos e às pessoas com deficiência. É preciso avançar na igualdade de acesso de todas as mulheres aos serviços públicos e funções sociais do Estado, na atribuição de reformas e pensões dignas pondo fim ao aumento da idade da reforma.

Daqui saudamos o papel das mulheres e as suas organizações representativas na luta pela defesa dos seus direitos. Podem contar connosco.

Радан Кънев (PPE). – Госпожо Председател, уважаеми колеги, преди седмица в тази зала се обединихме около резолюция за максимално сурови санкции, включително спиране на вноса на нефт и природен газ, за да озаптим агресора, за да помогнем с каквото можем да спре войната и страданието на украинския народ.

Това не е утопия, това е възможно решение, но ако внимателно преосмислим философията на зелената сделка и дори смисъла, който сме предали на понятието устойчивост. В тази ситуация устойчиво е всяко решение, което води до нашата енергийна независимост и до способността ни да изолираме икономически Путин и Кремъл. Най-устойчиви, разбира се, са възобновяемите енергийни източници, защото те са неизчерпаеми и независими от вноса. Но те не са единствено, решение. Също така като устойчиви трябва да се разглеждат всички технологични алтернативи на вноса от Русия – въглища, газ и ядрена енергетика, независими от чуждо влияние.

Michiel Hoogeveen (ECR). – Voorzitter, EU-federalisten misbruiken de oorlog in Oekraïne, deze vreselijke oorlog, voor hun eigen agenda. Zij willen zo snel mogelijk de EU “hervormen”, een geopolitieke Europese Commissie oprichten en het vetorecht van de lidstaten afschaffen.

Maar hoe deed de Commissie het de afgelopen dagen? We zagen een overambitieuze Borrell die dacht straaljagers te kunnen leveren, een impulsieve Von der Leyen die onder de EU-vlag wapens wilde leveren en het EU-lidmaatschap er gratis bij gaf – iets wat Moldavië en Georgië nu uiteraard ook willen. De Oekraïneoorlog laat zien dat de Europese Commissie niet de oplossing is voor deze problemen. De Europese Commissie is het probleem.

EU-federalisten roepen altijd dat de Europese Raad besluiteloos is, maar de afgelopen tien dagen zagen wij juist Europese eenheid. Eensgezind veroordeelden de lidstaten de Russische aanval en snel werden sancties afgekondigd.

De toekomst van de EU blijft intergouvernementeel. Bij echt belangrijke zaken komen de lidstaten er samen uit. Laten we dat zo houden.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, discutiu-se aqui hoje a execução da política de coesão. Para lá dos diferenciados níveis de execução ou disparidades regionais e de maior ou menor convergência, esteve ausente do debate o quadro de políticas nomeadamente macroeconómicas, mas não só, que são contrárias a esses objetivos. Da dita livre concorrência no mercado único à moeda única desajustada das condições e necessidades de vários Estados, a diversos instrumentos que lhe estão associados e que condicionam políticas ou comprimem investimento.

Estes são poderosos fatores de divergência, como o tempo e a situação específica das regiões de países mais periféricos do Sul Sudoeste, como Portugal tem vindo a comprovar, e que os envelopes da coesão cada vez mais diminutos e alinhados por condicionamentos vários não podem contrariar.

Para lá da rápida e eficaz mobilização dos fundos, o que se exige é que estes sejam livres de condicionalidade e que sirvam as opções de investimento e respondam às necessidades e à estratégia de desenvolvimento e de realidade económica e social de cada país.

Άννα-Μισέλ Ασημακοπούλου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, στη σκιά του πολέμου οφείλουμε να αφιερώσουμε τη φετινή Ημέρα της Γυναίκας στις γυναίκες της Ουκρανίας. Στις γυναίκες της Ουκρανίας που μαζί με τους άντρες πήραν τα όπλα και μπήκαν στη μάχη για να υπερασπιστούν την πατρίδα τους, την ελευθερία τους και το βίος τους, που ενωμένες σαν γροθιά φτιάχνουν αυτοσχέδιες βόμβες μολότοφ και μπαίνουν μπροστά στα ρωσικά άρματα αποφασισμένες να αντισταθούν. Στις γυναίκες της Ουκρανίας, που γεννούν σε βομβαρδισμένες αποθήκες, που παρηγορούν τα παιδιά τους στα καταφύγια, που πήραν τον δρόμο της προσφυγιάς με τα παιδιά τους, αφήνοντας πίσω συγγενείς και φίλους με τον φόβο να σφίγγει την ψυχή τους. Στις γυναίκες της Ουκρανίας, που αντίκρισαν το αποτρόπαιο πρόσωπο του πολέμου ξανά και ξανά και δεν λύγισαν, όπως η Βαλεντίνα Ρομάνοβα, που γνώρισε τον πόλεμο το 1941, έχασε τους Εβραίους συγγενείς της στο Μπάμπι Γιαρ και τώρα ορθώνει το ανάστημά της στον Πούτιν, απαιτώντας να απομακρύνει τα στρατεύματά του. Ας αφιερώσουμε λοιπόν τη φετινή Ημέρα της Γυναίκας στις γυναίκες της Ουκρανίας, ως ένδειξη αλληλεγγύης και σεβασμού για τον αγώνα που δίνουν. Είναι το ελάχιστο καθήκον μας.

Clare Daly (The Left). – Madam President, there's no doubt about it, we're living in times of catastrophic crisis where the lives of innocent civilians are sacrificed in the wars of their masters. Yes, in Ukraine, but not only.

Since the last plenary, tens of thousands of Afghani citizens have been forced to flee in search of food and safety. Five million children face famine and agonising and painful death. A 500% increase in child marriages and children being sold just so they can survive. And not a mention of it. Not here, not anywhere. No wall-to-wall TV coverage, no emergency humanitarian response, no special plenaries, not even a mention in this plenary. No Afghani delegations and no statements.

My God, they must be wondering what makes their humanitarian crisis so unimportant. Is it the colour of their skin? Is it that they're not white, they're not European, that their problems come from a US gun or a US invasion?

Is it that the decision to rob their country's wealth was taken by a despotic US president rather than a Russian one? Because, my God, all wars are evil and all victims deserve support. And until we get on that page, we have no credibility whatsoever.

Peter Pollák (PPE). – Pani predsedajúca, dnes tu opäť stojím, aby som apeloval na sociálnych demokratov. Od slovenského Smeru-SD, ktorý dehonestuje princípy demokracie, zosmiešňuje ľudské práva a tancuje na hrobkách obetí Ukrajiny, keď pomáha šíriť Putinovu propagandu, je potrebné sa dištancovať.

Strana Smer stále otvorenejšie hovorí o povolebnej spolupráci s fašistami, okázalo šíri nebezpečné hoaxy a dezinformácie. Líder tejto strany označil pred pár dňami prítomnosť spojeneckých vojsk NATO za víťanie nacistického Wehrmachtu. No o ruských vojenských jednotkách hovorí ďalší z lídrov tejto strany ako o mierových jednotkách.

Žijem na Slovensku. Pár kilometrov od nás umierajú kvôli Putinovej agresii nevinní ľudia. Denne k nám utekajú tisíce nevinných žien a detí. Utekajú pred vojnou.

Vážení priatelia zo sociálnej demokracie, nedajte si pošpiniť, prosím, svoje meno, a postavte sa proti konaniu sociálnej demokracie na Slovensku, ktorá šíri o vojne na Ukrajine bludy a neváha dlhodobo spolupracovať aj s odsúdenými fašistami na Slovensku.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní predsedajúcí, spoločná zemедělská politika Evropské unie má zajistit potravinovou bezpečnosť. A jaká bude potravinová bezpečnosť v situaci, kdy máme okupaci Ukrajiny Ruskem, kdy prchají tisíce uprchlíků z Ukrajiny do Evropy a kdy se na Ukrajině i v Rusku zastavila vlastně zemědělská produkce? Máme se obávat krize i v oblasti potravin? Já bych si dovolila pár čísel. Rusko spolu s Ukrajinou tvoří více než 30 % světového obchodu s pšenicí a ječmenem, 17 % světového obchodu s kukuřicí a více než 50 % světového obchodu se slunečnicovým olejem. Samozřejmě, že zde bude určitý dopad z hlediska zejména celosvětového obchodu, bezprostřední krize pro Evropskou unii ale nehrozí a určitě to nemůže být důvodem pro to, abychom snížili svoji solidaritu s uprchlíky z Ukrajiny a s lidmi na Ukrajině. V každém případě společná zemědělská politika i její reforma je správnou reakcí na klimatické výzvy. To, o čem můžeme uvažovat, je posunutí některých termínů, ale neměli bychom od ní upouštět.

Eugen Tomac (PPE). – Doamna preşedintă, doamna comisar, vin din zona afectată de război. M-am întălnit în aceste zile cu cetăţeni care fug din calea războiului, la toate cele trei puncte de frontieră comune ale României cu Ucraina. Am văzut sute, mii de refugiaţi care sunt afectaţi de acest război nedrept.

România tratează refugiaţii ca un stat cu un comportament european, așa cum trebuie să fim. Însă vreau să ridic aici, în plenul Parlamentului European, o chestiune care vizează frontierele noastre, pe care astăzi le păzim foarte bine și eficient. De zece ani am îndeplinit criteriile pentru aderare la spaţiul Schengen și de zece ani suntem amănaţi.

Este nedrept ca România și Bulgaria să fie sancţionate și tratate ca și cum n-ar fi state membre ale Uniunii Europene. Se încălcă tratatul prin această nedreptate și insist ca România și Bulgaria să fie acceptate cât mai curând în spaţiul Schengen.

President. – That concludes the item.

21. Tagesordnung der nächsten Sitzung

President. – The sitting is closed and it will resume tomorrow, Tuesday, 8 March, at 9.00 with the debate on the report by Ms Kalniete on foreign interference in all democratic processes in the European Union, including disinformation.

The agenda has been published and is available on the European Parliament website.

22. Schluss der Sitzung

(The sitting closed at 22.07)

23. Schluss der Sitzungsperiode

President. – I declare closed the 2021-2022 session of the European Parliament.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5692

26.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 8. MÄRZ 2022

(C/2024/5692)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2022-2023

Sitzungen vom 8. bis 10. März 2022

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der EU (Aussprache)	4
4. Wiederaufnahme der Sitzung	38
5. Internationaler Frauentag – Ansprache von Oksana Sabuschko	38
6. Abstimmungsrunde	44
7. Wiederaufnahme der Sitzung	45
8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	45
9. Die sich verschlechternde Flüchtlingssituation infolge von Russlands Aggression gegen die Ukraine (Aussprache)	45
10. Lage in Bosnien und Herzegowina (Aussprache)	86

Inhalt	Seite
11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	91
12. Lage in Bosnien und Herzegowina (Fortsetzung der Aussprache)	91
13. Anstieg der Energiepreise und Marktmanipulationen auf dem Gasmarkt (Aussprache)	95
14. Zusammensetzung der Fraktionen	119
15. Gender Mainstreaming im Europäischen Parlament – Jahresbericht 2020 (Aussprache)	119
16. Dritter EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (Aussprache)	129
17. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	139
18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	140
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung	140
20. Schluss der Sitzung	140

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 8. MÄRZ 2022

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

1. Eröffnung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode 2022-2023 des Europäischen Parlaments für eröffnet.

2. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 9.01 Uhr eröffnet)

Der Präsident – Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf die Sitzung am Weltfrauentag eröffnen und allen Damen gratulieren und uns Männer bitten, dass wir uns diesen Tag und die Ursache – die Unterschiedlichkeiten, die es heute noch diskriminierenderweise zwischen Männern und Frauen gibt, nicht nur am Arbeitsmarkt – bewusst machen.

Robert Roos (ECR). – Mr President, I would like to draw attention to Rule 237a on Extraordinary measures. According to this rule, Parliament may, ‘in exceptional and unforeseeable circumstances beyond its control, make a temporary derogation from Parliament’s usual procedures.’

Scientists have said that the effect of the COVID pass on transmission is close to zero, even though global data confirms that the pandemic has ended and we have now entered an endemic phase without serious risk to life and health. Now that Belgium and France return to normal, the time has come for the European Parliament to also return to its normal and usual procedures.

It doesn’t make any sense to think there is a normal world outside the Parliament where we can get together in bars and restaurants without masks, without social distancing and without COVID passes, but it’s too dangerous and unsafe within the Parliament and that we still need these restrictions.

Dear President, there is no logic in continuing extraordinary measures, not even a tiny bit. Let’s end these restrictions today.

Der Präsident. – Herr Kollege, Sie wissen, dass die zuständigen Gremien, sowohl das Präsidium des Parlaments als auch die Konferenz der Präsidenten, diesen Punkt auf der Tagesordnung haben. Sie wissen, dass die bisherigen Regeln bis zum 13. laufen und dass wir gestern im Präsidium die weitere Vorgangsweise besprochen haben, die zweifelsohne zu einer weiteren Öffnung führen wird. Wir werden Schritt für Schritt vorgehen und die nötigen Beschlüsse dazu durchführen.

Wir sind hier in einem hohen Ausmaß auch gewillt, mit dem Ärztlichen Dienst des Hauses und mit dem Juristischen Dienst, aber auch mit allen Fraktionen darüber zu reden, wie wir hier weiter vorgehen. Auch gestern Abend hat im Präsidium des Parlaments eine eingehende Diskussion dazu stattgefunden.

3. Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der EU (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagungspunkt folgt die Aussprache über den Bericht von Sandra Kalniete im Namen des Sonderausschusses zu Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation über Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der Europäischen Union, einschließlich Desinformation (2020/2268(INI)) (A9-0022/2022).

Sandra Kalniete, rapporteur. – Mr President, today, Europe faces two major, transformative crises which will shape our future for many years to come – the COVID-19 pandemic and Russia's unprovoked, brutal war against Ukraine.

There is one crucial, dark, vicious common denominator for both – the widespread, coordinated and systematic spread of hostile and targeted disinformation.

Since we have discussed several times the consequences of COVID-19 disinformation campaigns, today I will concentrate more on the Kremlin's propaganda machinery working in overdrive to justify Putin's unprovoked act of aggression, shredding of international law and sending thousands of Russian people to an irrational and deadly war.

And let's call a spade a spade. Putin's propaganda machinery was not 'turned on' only on February 24th, it has been working in Europe for decades already, attempting to poison and divide our societies.

With all this in mind, we have arrived at the moment of truth to ask a frank question – how did the democratic world get to this point? And how we can prevent it in the future? This is exactly the task of our report, which will be voted today, and I invite everyone to appreciate the great urgency of the moment.

Dear members of the House, the report identifies and maps the threat of foreign interference in all of its forms, including disinformation, manipulation of social media platforms and advertising systems, cyber-attacks, threats against and the harassment of journalists, covert political funding and elite capture and co-optation. In other words, this report both provides the diagnosis of the EU's vulnerabilities and prescribes the medication for strengthening the EU's resilience.

A few words about platforms and data markets. We have to shed light on the black box of social media platforms: we need truly binding EU rules for algorithms for accountability and transparency, particularly when it comes to the demonetisation of harmful content and data accountability.

Today, while the war is ongoing in Europe, online platforms and tech companies need to take a stand by proactively suspending accounts engaged in denying, glorifying and justifying aggression, war crimes and crimes against humanity. They have to reinforce content in Russian and Ukrainian languages to resist the pressure from Russian government's disinformation. In short, any tech platform complying with Putin's censorship request is an accomplice to Putin's aggression.

I would also like to highlight the need for data market accountability and transparency, including binding EU rules to limit the amount of data platforms can harvest, store and sell. It is completely unacceptable that loosely, regulated commercial entities can sell data of Europeans, me, you, all of us to the same authoritarian regimes that are trying to tear us apart.

About resilience, we see that the Kremlin is attempting to insulate, wall off the Russian information space, by imposing new censorship rules. This shows that Putin is threatened by any independent media and narrative. This is a clear signal that we should double, triple and quadruple our support for quality and independent media, including in the EU's neighbourhood.

The Kremlin is also operating with extensive cyber warfare tools. That's why we need to step up cybersecurity assistance to Ukraine, deploying there cyber rapid response team experts and using the EU cyber sanctions regime against individuals, entities and bodies responsible or involved in the various cyber-attacks targeting Ukraine.

The resilience of our societies is absolutely key here. We must not allow any malicious actor to exploit our freedoms. Therefore, resilience, awareness and media literacy must be built up as our protective shields.

Another factor weakening our resilience is foreign covert funding, elite capture and co-optation. For decades, we have watched former high-ranking European officials and politicians take up prominent positions on Russian energy companies, while we were channelling hundreds of millions into Putin's coffers and providing safe haven for his cronies and oligarchs. Look where that has gotten us.

We, with our euros, have effectively built and financed Putin's war machine, which is now being used to slaughter innocent Ukrainians. If we don't turn off the flow of gas and oil 'golden river' now, then we deserve the full consequences of our greed and sorry stupidity.

And to conclude, dear colleagues, I was harsh, but I am convinced that we across the political groups, together with the Member States and the Commission, can move forward towards implementation of the report's recommendations with utmost urgency. And I would like warmly to thank all my shadows, chair of the Committee and Secretariat and our councillors.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, on behalf of the Council*. – Mr President, dear members of the committee, dear Members of the European Parliament attending this debate, we are witnessing how the Russian assault on Ukraine continues, and this assault painfully highlights why we need to pay more attention to foreign interference and, in particular, to foreign disinformation and information manipulation.

This poses a clear threat to our democracy, to our stability, to our security, and we need to address it. So I therefore much welcome your report and the work of the Special Committee on Foreign Interference.

Information manipulation and interference is something that Russia's propaganda machine is actively using. Accompanying their military campaign in Ukraine, Russia is spreading false information among their own population about why this invasion has taken place and which is the situation in Ukraine.

Over weeks, much before the invasion started, the Kremlin outlets had been preparing the ground by reversing the cause and consequences of this aggression and portraying Russia and Russian people as a kind of a victim, saying 'Ukraine is committing genocide', 'Zelenskyy is a criminal, is a puppet on the hands of the Western people', and when they come to Kyiv, they will do a second Nuremberg in order to clean Ukraine of the Nazis who are committing genocide against the Russian people.

These are the kind of things that they are systematically spreading far and wide, undermining the legitimacy of the democratically elected Ukrainian Government, presenting them as a result of a coup d'état. It came to power, not through elections, but through a coup d'état. He's a criminal, is a war criminal, is a Nazi, is a dictator and also distorting historical facts.

Well, history can be interpreted in very different ways. But to consider that Zelenskyy is a war criminal, a Nazi who is committing genocide against the Russian people, is not a matter of historical interpretation.

The Kremlin and its outlets are systematically lying about the situation, about the military situation and about the suffering of the Ukrainian population. They claim systematically that the Ukrainian authorities are bombing their own citizens or provoking nuclear incidents in order to blame Russia systematically. This kind of news is widespread.

Also, the alleged Russia-phobia that the state-affiliated media report is another thing that people in Russia listen to. Let me say once again, that measures are against the Russian leadership, not against the Russian people and the current situation is a result of President Putin's actions. And, if he wants, he can solve it by just stopping the war.

The state media and the ecosystem around them are being used as an instrument to push this narrative, to manipulate and mislead, and they are an integral part of the aggression. It's not just bombing the houses, the infrastructure, the bodies of the people. They are bombing their minds, they are bombing their spirits. And the Russian leadership is cracking down on independent media, on civil society, it has banned Twitter, it has banned Facebook and a number of foreign media from operating in Russia.

The Kremlin has introduced a law criminalising what they call 'fake information' about the war in Ukraine. It can cause you 15 years' jail, targeting also international journalists, which are doing their vital work in Russia.

As a consequence it has deprived of Russian citizens of any access to independent media, independent information about what's happening in Ukraine and how the Russian armed forces are behaving. So Russia is moving towards complete isolation of its citizens from information coming from the outside world. They are putting them in a bubble, isolating in order not to allow them to know what's happening.

The international community has come together in response to President Putin's senseless war in a coordinated and active manner, and I am very proud to see that the European Union has been able to show its capacity to deliver on this file also, and we have been able to do that because we are not coming from scratch, it comes to 2015 when leaders of the European Union recognised the threat, offering information and misinformation streaming from Russia.

2015 is seven years ago. And then they specifically tasked the High Representative to address this challenge. And we created in the External Action Service teams of people, capacities and expertise that have been developed in the last seven years, allowing us to take today's decisive steps to tackle this issue.

We have built a strong StratCom team, which is doing, I think, an excellent work – you will judge it – has been praised in your report, thank you for that. We have been strengthening our proactive public communication to provide actual information, not least through our European Union versus disinformation website, which exposes the Kremlin narrative.

Go to this website, use our EU versus disinformation website and you will find there registered hundreds of misinformation cases in countries, European, in Germany, in the UK, in France, in Italy and Spain, targeting a variety of issues like elections, vaccines, about Brexit or about the secessionist movement in some European Member States.

We have increased our cooperation with partners like NATO and the G7 to understand how the Kremlin destabilises and manipulates information, weakening Ukraine and our Western resolve. We have a rapid-alert system that has proven its importance, allowing to swiftly share with European Union institutions, with my colleagues from the Commission – with whom we are working closely and positively, thank you – with our Member States and also partners, finding analysis and debunking material.

I insist, please, widespread existence of this web where hundreds of cases can be found. We have intensified our work to help our partners in the region to tackle the issue of interference and information manipulation, especially in the Western Balkans, which are currently being targeted systematically by these campaigns.

And most importantly, we have imposed costs on the perpetrators, including through banning Russia Today and Sputnik from broadcasting in the European Union because they are not independent media. They are assets. They are weapons in the Kremlin's manipulation ecosystem.

And I want to stop here because there has been criticism saying that we are attempting against the freedom of information. Let's consider what is information and what these outlets are. Let me take a moment to underline the essence of this issue.

We are not trying to decide what is true and what is false. I am not the minister of the truth. We don't have ministers of the truth. What we have to focus on is foreign actors who intentionally, in a coordinated manner, try to manipulate that information environment, to advance their own purposes and to harm us.

Allow me to say that in Spanish because it will be more direct to your mind.

La democracia es un sistema que funciona con base en la información. La información es el combustible de la democracia. Los ciudadanos actúan como ciudadanos basándose en la información que reciben. Basándose en lo que saben, interpretan la realidad, juzgan a sus gobernantes y deciden su voto.

La democracia es un sistema cuyo combustible es la información. Si la información es mala, la democracia es mala. Si la información está sistemáticamente sesgada y contaminada por la mentira, los ciudadanos no pueden tener cabal conocimiento de la realidad y su juicio político está sesgado.

Por eso tenemos que defender que la información sea un bien protegido.

Cuando usted va a comprar carne en un supermercado, tiene garantías sobre la calidad de ese producto para evitar que consumirlo le produzca una enfermedad. Tiene que haber, también, alguna clase de garantía para que la información no sea un elemento que contamine las mentes.

La democracia funciona con la información y por eso Rusia ha creado Sputnik. Sputnik no es un inocente medio que tiene una determinada visión de la realidad.

Sputnik is not a media that understands things, in a way. Sputnik was created by a Russian presidential decree with the aim to report on the state policy of Russia abroad. And according to its editor-in-chief, Russia Today is capable of conducting an information war against the whole Western world, and both channels facilitate and engage in cyber-facilitated influence operations, including those that have been attributed to the Russian military intelligence – the famous GRU.

And to be able to respond equally with quick and decisive action in the future, I will propose a new mechanism that will allow us to sanction those malign disinformation actors. This will be part of a broader toolbox that we are currently working on to further enhance our capacity to act. This toolbox will be structured across four cross-cutting dimensions improving our situational awareness.

First, to build up our resilience and our partners by stepping up support to independent media and civil society in third countries, and bolstering the strategic communication capacities of our delegations. Being that a tool of foreign policy, I am always talking about third countries. It is my colleagues from the Commission who are working inside the European Union territories, but there is a lot of work to do in order to support our partners around the world.

Second, to ensure disruption of malign activities and regulatory responses to them. the code of practice and the Digital Services Act, on which Vice-President Jourová will say more, are crucial elements in this regard. I am not going to go deeper on this code of practice and digital services because Vice-President Jourová knows more than I about it.

And last but not least, a continuing diplomatic response and instruments within the common foreign and security policy. Within our foreign policy, we have to introduce the battle about information since the beginning of the pandemic. I coined the sentence 'battle of narrative', and this battle of narrative is every day more important. Look what's happening in Africa, what do you think? People are influenced by what they have been told. And at the end, it goes up to the political scale, and finally it converts into votes on the international institutions.

This brings me to the report by the Special Committee for foreign interference in all democratic processes in the EU, including disinformation (INGE), which I welcome so much.

This report shows appreciation of the work that my service has been doing and constantly expanding since we received this mandate from the Council in 2015. And I want to assure you that we take your recommendations very much into account, including your proposal for new structures to make our work even more efficient and sustainable. I thank you a lot for your support.

You have been very much supporting our strategic communication teams devoted to the Balkans, devoted to the eastern border, and now, unhappily, they are so much in the news. Thank you for your support. We work together. This is a critical battle for democracy.

Once again, allow me to say democracy is a system that works on the basis of the information that citizens have, that's why we have to protect the freedom of information and to fight against disinformation.

Brigitte Klinkert, *Présidente en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Mesdames, Messieurs les députés, merci à M^{me} la rapporteure et merci à M. le Haut représentant. L'attaque injustifiée de la Russie viole le droit international et met en jeu notre sécurité collective en Europe. Vous l'avez souligné avec justesse: nous devons nous protéger des attaques hybrides et augmenter la résilience de nos systèmes en matière «cyber». Il nous faut également combattre sans relâche la désinformation, ce que nous continuerons à faire dans les prochains mois.

Je tiens à vous remercier d'avoir invité la présidence du Conseil à participer à ce débat sur une question très importante qui touche à de nombreux aspects et qui est au cœur de nos priorités. Nous félicitons la commission spéciale INGE pour le travail substantiel qu'elle a accompli depuis sa création en 2020. Le Conseil a suivi de près les discussions et apprécie le large éventail d'experts invités aux réunions de cette commission, en prélude à l'élaboration de ce rapport. Je tiens à remercier M. le Haut représentant pour les initiatives mises en place et les informations qu'il vient de partager.

L'ingérence étrangère, sous toutes ses formes, et la manipulation de l'information menacent de plus en plus nos processus et nos institutions démocratiques et ont un impact direct sur nos sociétés. Il est essentiel de poursuivre nos efforts conjoints pour lutter contre ces phénomènes en temps utile et sans ambiguïté. Nous constatons tous que le paysage de la sécurité en Europe s'est considérablement modifié ces derniers jours. Dans le cadre de l'agression russe contre l'Ukraine, les campagnes de manipulation de l'information et les cyberattaques sont un élément important du conflit. Au sein de l'Union européenne, comme les travaux de votre commission le soulignent, plusieurs acteurs étatiques – dont, en premier lieu, la Russie – font un usage massif de ces outils avec l'objectif de déstabiliser nos sociétés et de discréditer nos processus démocratiques.

Face à ces phénomènes, il faut en premier lieu continuer à relever les barrières démocratiques de nos sociétés, renforcer le pluralisme et l'indépendance des médias, développer l'éducation de tous – jeunes et moins jeunes – au numérique et leur apprendre à rechercher des informations fiables sur Internet, et sensibiliser les populations aux risques de manipulation cognitive auxquels elles peuvent être exposées en ligne, y compris avec l'usage des nouvelles technologies.

Il faut également renforcer notre résilience face aux attaques sur nos systèmes informatiques. C'est pourquoi la présidence est attachée à une révision rapide et ambitieuse de la directive concernant des mesures destinées à assurer un niveau commun élevé de cybersécurité dans l'ensemble de l'Union. Il est crucial, dans le contexte actuel, que les institutions, agences et organes de l'Union européenne relèvent eux aussi leur niveau de protection contre les cyberattaques.

Il faut par ailleurs mieux réguler la manière dont les principaux acteurs numériques prennent en compte les risques que fait peser la désinformation dans les débats publics en ligne et agissent en conséquence. C'est ici l'un des enjeux clés de la proposition de loi sur les services numériques.

Il est enfin nécessaire d'aller plus loin pour lutter contre les ingérences dans les processus électoraux. Les propositions en cours d'examen pour la révision du règlement sur le statut et le financement des partis politiques européens ainsi que pour la réglementation des publicités politiques pourront y contribuer. Ces mesures sont nécessaires pour contrer de manière globale l'ingérence étrangère dans les processus démocratiques et il est temps d'agir.

Nous devons mettre en place de nouvelles règles le plus rapidement possible et nous devons aussi être capables d'utiliser au mieux le large éventail d'outils dont nous disposons déjà. Ce n'est qu'en travaillant ensemble que nous pourrons protéger correctement nos démocraties et c'est un défi que la présidence et le Conseil sont prêts à relever.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, first of all, I would like to thank Mrs Kalniete and the INTA Committee members for their important work throughout the last year and a half, as well as their comprehensive report.

Our hearts and minds are in Ukraine, watching the war unfold before our eyes. We know that this disinformation and foreign interference has been part of Russia's military doctrine for decades. In fact, Russia was systematically preparing all of us for this to happen. Also, all the attacks through disinformation against Ukraine, which Josep described here, were preparing public opinion for this aggression.

We can also see that the playbook is not all new, and those of you who remember the times of the Soviet Union, like I do, know that the truth was the greatest enemy of this oppressive regime. Now we see the laws from 4 March — 15 years of prison for telling people the truth or for delivering objective facts. President Putin wants his nation to be blind and deaf. More than that, President Putin, I think, would like the Russian people to be apathetic. That's why I am so glad that yesterday Netflix decided to withdraw from the country because President Putin wants the people to be entertained, not to pay attention to what's happening. My response is that I welcome this decision by Netflix, because it would not be right to see Russians being entertained and, next door, Ukrainians being killed.

So we have to look at the situation in its complexity and be able to act. We have to act on several different fronts. We are working with Joseph Borrell on the issue of disinformation. He has increased the capacities of East StratCom and experts are now working day and night on detecting the disinformation coming from the Russian side. This is not new. We have seen this already for a long time. In fact, the intensity of the Russian disinformation increased rapidly after the annexation of Crimea.

As part of our response to the Russian invasion, we must be united on this front, on working together, all of us — governments, citizens and the private sector, including the big-tech companies, which are also covered in the report.

The only response to Putin's aggression is unity. Yesterday, I visited the Council of Ministers of Culture and Media with Thierry Breton, and there is a very strong agreement to join forces to fight disinformation and to support independent media. We listened to a very strong speech by Oleksandr Tkachenko, who is the Minister of Culture of Ukraine, with a strong call to action and we received a to-do list on how to react, and we should follow this. We should react.

Also, last week, we spoke with the CEOs of YouTube and Google — I was with Thierry Breton — and I'm glad that the big-tech companies want to be on the right side of history. This is my feeling from my talks with them, but they have to do more.

Extreme times require dedicated answers. This is why we took temporary, restrictive measures to immediately restrict the access to Russian broadcasting services — Russia Today and Sputnik, in the European Union — and Josep was very clear, explaining why: these outlets are part of a concerted campaign of information manipulation and disinformation, being tools in bringing forward and supporting Russia's aggression.

It is more important than ever to reach the Russian people and provide them with information. Every possible channel should be used. If you have a chance to use such a channel, if you have some people-to-people contact, let's use them. It was very impressive when the Nobel Prize winner, Svetlana Alexievich, called at the weekend on all the people who speak Russian to try their channels, to speak, to address the Russian people and to get them out of this apathetic situation.

Our strategic approach outlined in the European Democracy Action Plan is designed to tackle these issues and to minimise the impact of disinformation and other negative factors on the strengths of our democracy and our system. For the first time at European level, we have created a comprehensive agenda to strengthen the resilience of our democracies, ensure fair and free elections, support the media sector and defend against disinformation in order to also make our societies more resilient and better prepared for the challenges of the future.

The Plan builds on tangible measures and structures, notably through the first Code of Practice on Disinformation, the Rapid Alert System and the European Digital Media Observatory, and we now move to another gear. This includes the upgraded Code of Practice against disinformation. We are finishing the work with the signatories. We have very high requests, or demanding requests, as to what should be in the Code. We have also adopted new legislation on the transparency of political advertising and measures to support media, including through the Media Freedom Act. As Josep has explained, there is also a toolbox for countering foreign interference, with instruments to impose costs on perpetrators, on which we are intensely working closely together.

Also, EU Member States have invested heavily in their own framework and structures to respond to this threat, working closely with European institutions. Here I have to say that the Baltic Sea countries are always at the forefront, trying to convince the rest of Europe that there is something serious happening because they feel first-hand that Russian disinformation can have the potential to destroy our society and our peaceful coexistence in our community. So let's listen to those who have experience and who have good instincts. This is not the time to underestimate these things.

The Member States are on the case. I really see increased activity in all the Member States, not only in those of Central and Eastern Europe. Let me emphasise a point stressed in the report: independent media and journalists are a key pillar of a functioning democracy. Dmitry Muratov, the Nobel Peace Prize winner and the Editor-in-chief of Novaya Gazeta, said that journalists are the antidote against tyranny. We need strong and independent media in Europe, and we see that there is a negative trend. They are under economic pressure, so we need to introduce measures on how to protect media freedom and pluralism better in Europe. That's why I am now working on the Anti-SLAPP legislation to be adopted by the Commission at the end of April and on the already-mentioned Media Freedom Act to be adopted by – probably – the end of June. We have a lot of work ahead of us because I hear voices from the Member States that the EU should not regulate on media. I am of the opposite opinion.

Also, I welcome that the report highlights the importance of having an effective oversight and control mechanism for online platforms, putting emphasis on the need to address raising issues related to disinformation on their services quickly and efficiently.

So, we see that the Digital Services Act is now at full speed in the legislative process, and also the Code of Practice. We will want to have a strong and robust framework for the Digital Services Act, as legally binding rules, and the Code of Practice as a complementary voluntary measure.

The Code of Practice is the voluntary measure, and self-regulatory instrument which is the first ever in the world to fight disinformation. It has proven to be a useful instrument, but the one we came up with in 2018 was not strong and sufficient enough, and that's why we are upgrading it now. We are in regular contact with the signatories and I can assure you that intensive work is ongoing. I will personally want to be sure that the platforms support these objectives with commitments backed by the highest level of management. Just imagine what we want from the platforms. We want them to do a proper job: steps against disinformation in all Member States, understanding all Member States' languages and all Member States' historical context. This will require capacities and money, and this is what we want them to do.

Finally, another key initiative is the proposed regulation on transparency and targeting of political advertising. I count on your support and I believe that the European Parliament will engage quickly in the work on all these proposals, including this new one on political advertising.

Madam Kalniete, honourable Members, let me thank you once again for the comprehensive report. It will provide policymakers with important recommendations on how to strengthen the EU's capability and capacities to tackle the threat of foreign information, manipulation and interference, as well as disinformation. I am convinced that our joint work and your dedication will make our response to disinformation much stronger and effective.

Der Präsident. – Frau Vizepräsidentin, meine Damen und Herren! Der Bericht und diese Erklärungen zeigen eindrücklich, dass wir spüren, dass wir wissen, dass wir sehen, wie ernst, wie gefährlich und wie sensibel die Lage ist, und dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind.

Javier Zarzalejos, on behalf of the PPE Group. – Mr President, hybrid war is war, and it is in the light of the war that Russia has declared that we have to read this report

As Russian tanks roll into Ukrainian territory, let's not forget that the invasion has been paid by disinformation, interference and cyber-attacks. This report, which has been brilliantly produced by Sandra Kalniete, is a major and timely contribution to the protection of democratic institutions. It is based on conclusions and findings of experts and researchers but it is a political document demanding political action.

The invasion of Ukraine is a wake-up call, and we need to raise awareness of the challenge of a structural confrontation with Russia as the main threat to our security. We simply cannot tolerate the extension of Russian influence, and this report shows how to prevent it.

We have enemies. The European Union has been targeted. We know that Russia, whatever the concrete attribution might be, is always there ready to destabilise, be it in Brexit or in the secessionist move by Catalan nationalists or COVID-19.

So funding of populist and extremist parties did capture anti-European narratives. The state-owned media, which by no means deserve to be called journalism, are components of a reality that we have to face up to. And it is high time to act, stepping up the efforts and the shared commitment of Member States and European institutions.

Andreas Schieder, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Vizepräsidentin, Herr Vizepräsident und Hoher Vertreter! Lassen Sie mich zu Beginn auch einmal Danke sagen, nämlich unserer Berichtsteratterin, den Schattenberichtsterattern und -berichtsteratterinnen und auch den Mitgliedern des Ausschusses, aber auch dem Vorsitzenden Raphaël Glucksmann, der gemeinsam mit uns allen zwei Jahre intensive Arbeit geleistet hat.

Bei der Einsetzung des Ausschusses war uns allen klar: Desinformation ist ein Problem. Aber als die Arbeit des Ausschusses begonnen hat, sind wir mit jeder Stunde der Arbeit mehr darauf gekommen, wie groß das Problem ist und dass es in Wahrheit viel, viel größer und schwerwiegender ist, als wir jemals zu glauben gewagt haben. Und der Zeitpunkt der Diskussion heute und der Berichterstattung zeigt ja noch einmal, wie extrem wichtig diese Frage und wie hoch ihre Dringlichkeit ist.

Der Russland-Ukraine-Konflikt – oder der Einmarsch Russlands in die Ukraine – ist ja nur der Endpunkt eines monate-, jahrelangen Informationskrieges Russlands gegen die Ukraine. Und wir haben ja auch in den letzten Wochen und Monaten vor dem Einmarsch gesehen, wie sehr auch die Desinformationsattacken im Internet massiv zugenommen haben.

Daher dürfen wir Desinformation und die Desinformationsattacken auf unsere Demokratie nicht auf die leichte Schulter nehmen. Diese Attacken gehen ja auch Hand in Hand mit der brutalen Einschränkung der Medienfreiheit, zum Beispiel in Russland. Allein die Gesetze, die letzte Woche beschlossen worden sind, zeigen das ja.

Aber der Ausschuss, die zwei Jahre intensive Arbeit, haben auch gezeigt: Es gibt Attacken aus dem Ausland. Da geht es nicht nur um Russland. Auch andere Akteure sind hier aktiv: China, die Türkei, auch andere Länder beteiligen sich an diesem Informationskrieg.

Es gibt die Unterstützung von innen, von innerhalb der Europäischen Union. Vor allem die rechtsextremen Parteien, Politikerinnen und Politiker sind hier stark involviert mit Aussagen, aber oft auch mit der Finanzierung ihrer politischen Kampagnen durch ausländische Kräfte. Wir haben uns auch mit der Rolle der Social-Media-Plattformen ganz kritisch auseinandergesetzt, denn der Kampf gegen Desinformation darf nicht den Social-Media-Plattformen selbst überlassen werden. Wer glaubt, dass die Selbstregulierung das Problem beseitigt, der irrt sich.

Die Algorithmen in Kombination mit gegnerischer Einflussnahme durch Desinformation und der Inkaufnahme der negativen Auswirkungen auf die Gesellschaft sowie die Tatsache, dass dadurch ja auch die Wertschöpfung, also der Profit der Social-Media-Plattformen, entsteht, zeigen ja auch schon, wie schwerwiegend das Problem ist. Und hier müssen wir weiter stärker auch auf Regulierung und strenge Maßnahmen setzen.

Wir müssen aber auch die Schlupflöcher schließen, die es zum Beispiel bei der Parteienfinanzierung ermöglichen, dass vom Ausland her Parteien in Europa finanziert werden, die dann auch die Desinformationsattacken und Interessen des Auslands in die Europäische Union tragen.

Und wir müssen unsere Infrastruktur auch in dieser Herausforderung stärker fähig machen. Vizepräsident Borrell hat schon viele Maßnahmen angekündigt. Wir müssen uns in allen Institutionen bewusst werden, wie schwerwiegend das Problem ist. Daher begrüße ich es auch, dass die Arbeit dieses Ausschusses in der nächsten Zeit fortgesetzt wird.

Wir sind mit diesem Bericht nicht am Endpunkt. Der Bericht macht vieles klar, und zwar sehr, sehr ausgesprochen: die Involvierung europäischer rechtsextremer Parteien, die Involvierung einzelner europäischer ehemaliger Politiker, die Löchrigkeit in unserer Parteienfinanzierung genauso wie die Social-Media-Plattformen.

Aber worum es in all dem wirklich geht, ist dies: Wir müssen unsere Demokratie, unser Lebensmodell einer offenen Gesellschaft, unser System der Meinungsfreiheit schützen – schützen gegen die Desinformation.

Bart Groothuis, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, some people would rather see ransomware as a mere technical or criminal problem instead of the Russian state deliberately enabling criminals to weaken Europe.

Some would see former Prime Minister Gerhard Schröder working for Gazprom as a private matter, rather than a broader problem, with many top politicians working for authoritarian regimes, which is called 'elite capture'. Some see Russian troll farms as an old phenomenon, merely finding its way into the digital age, instead of clear attempts to sow distrust, weaken and divide Europe on an unprecedented scale. Some see intellectual property theft and espionage by China as the second oldest profession in the world — what's new? — instead of the slow drainage of our economic competitiveness. And some see payments from authoritarian states to political parties as a mere financial transaction, instead of direct foreign interference in our political processes.

Now, too often, too often we have looked the other way from incidents, while in fact they are part of a collective, orchestrated, broad way of foreign interference in our democratic processes.

Today, Parliament is not just voting on stopping turning a blind eye to these phenomenon. We are also calling for many ways to counter these orchestrated attempts to undermine Europe. Our freedom and democracies are at stake, like both Commissioners have told, so we need a structural and orchestrated response by the Council, the Commission, but also this Parliament. What started as a temporary commission is now going to be a structural European effort.

This is the reason why I got into politics. This is the reason why I'm here in Strasbourg, and Brussels, and I'm very glad that this is merely the beginning of a structural, core orchestrated European response to counter such threats.

Viola Von Cramon-Taubadel, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, first of all, I would like to thank the rapporteur for her very cooperative approach during the course of writing this report.

Putin's Russia is at war with Ukraine and, with that, Putin is challenging the entire democratic world. The current war is fought not only with guns, but also with disinformation. Eighteen months ago, we decided to combat disinformation. Today, Russia's actions are the reason for this report's existence.

Democracy should never be taken for granted and needs to be built, practised and defended. Those who wish to harm us compromise our democracy by interfering in our elections, co-opting our officials, and spreading disinformation. Actors such as Russia and China choose these methods only because they do not fear to be held accountable, because these methods have high profits and still very low cost.

A firm and resolved response is overdue. We need to establish a comprehensive sanctions regime that will deter any foreign interference. For the sanctions to work properly, we need to close the loopholes and take the following actions.

Firstly, coordination among the Member States is paramount: united we stand, divided we fall. We need to strive for unity in the EU, and this requires strengthening our crucial institution. EEAS StratCom must become more independent and a much stronger voice in the EU. Disinformation is best fought by information. We have to provide Russian and Chinese courses, and not the Confucius Institute or any kind of *Russky Mir*.

Independent, fact-based journalism is the cornerstone of democracy, and we need to protect our critical infrastructure. Digital platforms need to put the credibility of content before profit. The world where disinformation is not countered is dangerous and scary. A very sad example is Putin's Russia, where propaganda has reached dystopian levels, and where Putin tries to intimidate its population into believing that a democratic Ukraine, led by a President with Jewish roots, is run by a genocidal Nazi regime.

Critical thinking is the best remedy against foreign interference on the continent of enlightenment. Critical thinking is already part of our EU's DNA. This needs to be further strengthened, all this while safeguarding our fundamental values of freedom of expression, assembly and education. I hope we stay on the right side of history.

Marco Dreosto, *a nome del gruppo ID.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sin dalla creazione della commissione INGE mi sono voluto mettere immediatamente al lavoro con i colleghi per collaborare e cercare di capire come l'Unione europea possa affrontare le ingerenze e la disinformazione provenienti da paesi terzi. Sono stato orgogliosamente, come Lega, uno dei membri della prima storica missione del Parlamento europeo a Taiwan, sfidando il regime comunista cinese. Sono stato orgogliosamente parte della missione a Washington, dove abbiamo interloquuto anche con alti funzionari della Casa Bianca per rafforzare i rapporti transatlantici.

Sin dal primo incontro ho voluto sottolineare come per il contrasto alle ingerenze e alle minacce ibride sia necessaria una maggiore collaborazione con gli alleati d'oltreoceano, come sia necessario anche che la NATO ricopra un ruolo di coordinamento e come noi europei possiamo e dobbiamo fare di più, in particolare in questo momento.

I nemici delle nostre democrazie e delle nostre libertà, del nostro modo di vivere, stanno ora invadendo l'Ucraina. I nemici sono coloro i quali stanno bombardando Kiev e i civili ucraini e chi, come la Cina, sta sfidando l'Occidente con minacce a Taiwan e alle libertà civili a Hong Kong. Non dobbiamo mai dimenticarcelo.

In commissione INGE, e questo ve lo potranno confermare dal primo all'ultimo dei miei colleghi, ho voluto sempre cercare l'unità e la collaborazione, davanti a queste sfide non ci dovrebbero essere distinzioni politiche. Proprio a Washington l'altra settimana ci è arrivato un invito a depoliticizzare il dibattito e cercare di non fare propaganda elettorale su questi temi. Purtroppo, cari colleghi, non tutti lo hanno recepito.

Nella relazione c'è chi ha voluto fare illazioni, ormai smentite dai fatti e dalla storia, per mettere in dubbio la nostra appartenenza all'Asse atlantico, ma non possiamo accettare queste falsità, che purtroppo sono state inserite in una relazione per attaccare il nostro partito. Allora, ricordiamo, per il bene di tutti e a scanso di equivoci e di ulteriori strumentalizzazioni, che la Federazione russa, Putin, ha aggredito l'Ucraina, una democrazia nel cuore dell'Europa, un paese che fa parte della grande famiglia europea.

Noi della Lega ci schieriamo con l'Occidente, che condanna unito questa aggressione. Il nostro segretario Matteo Salvini si trova in queste ore al confine tra Polonia e Ucraina per portare solidarietà a quel popolo, i nostri sindaci – i sindaci della Lega – primi in Italia, hanno manifestato la loro solidarietà e l'accoglienza ai profughi e le regioni italiane guidate dal nostro governatore, dal governatore della mia regione Massimiliano Fedriga, sono in prima linea per dare accoglienza e fornire medicinali. Noi siamo orgogliosi delle nostre democrazie, noi siamo orgogliosi di appartenere all'Occidente e delle nostre istituzioni e lo ribadiamo qui con forza: siamo orgogliosi di appartenere alla NATO. Condanniamo fermamente l'ingerenza e l'interferenza russe, cinesi e iraniane nei processi democratici dell'Unione europea e riconosciamo come certe azioni provenienti da Mosca abbiano tristemente preparato la guerra che stiamo vivendo in questi giorni.

Mi sarebbe piaciuto che alcuni colleghi parlamentari avessero messo da parte la propaganda elettorale e non avessero speculato su queste vicende per un vile e mero attacco politico. Ci sarebbe stata certamente l'unità. Forse questo Parlamento, ancora una volta, ha perso una straordinaria occasione.

E permettetemi, in conclusione, Presidente, di ringraziare, in questa importante giornata, tutte le donne, tutte le donne che con grande dignità, spesso tra mille ostacoli, dimostrano di essere migliori di noi.

Dace Melbārde, *ECR grupas vārdā.* – Labrīt, kolēģi! Kopš 24. februāra, kad Krievija iesāka brutālu karadarbību Ukrainā, īsā laikā mūsu ziņojumā par ārvalstu iejaukšanos Eiropas demokrātiskajos procesos daudzas teorētiski un akadēmiski aprakstītas varbūtības ir kļuvušas par skarbu realitāti. Mūsu acu priekšā Putina militārie spēki burtiski iznīcina brīvu un neatkarīgu valsti, sodot to par tās centieniem izvēlēties Rietumu demokrātijas kursu un vērtības.

Šodien mums ir sev atklāti jāpavaicā, vai pārāk ilgi neesam pievēruši acis uz dažādiem Kremļa iejaukšanās mēģinājumiem Eiropas Savienības dalībvalstu vēlēšanu norisēs, politisko partiju finansēšanā, ekonomikā, enerģētikā, banku sektorā, kultūrā un izglītībā un arī informācijas telpā, tostarp pieļaujot, ka Kremlis vārda brīvību izmanto kā aizsegu savām dezinformācijas un propagandas operācijām.

Pašreizējā situācija skarbi parāda, ka demokrātijām ir jāspēj sevi aizsargāt, un šobrīd mūsu neatliekamais uzdevums ir nodrošināt tūlītēju un atbilstošu atbalstu neatkarīgajiem medijiem, žurnālistiem un faktu pārbaudītājiem no Ukrainas, Baltkrievijas un Krievijas, tostarp redakcijām, kas ir spiestas pārtraukt savu darbību dzimtenē un strādāt — vai vēlas atsākt strādāt — Eiropas Savienībā.

Otrkārt, Eiropas Savienībā ir jāvēršas pret visu Kremļa propagandas mašīnēriju. Borela kungs, *Russia Today* un *Sputnik* ir tikai maza daļa no Kremļa dezinformācijas armijas. Tādi Kremļa rupori kā *Rossija RTR*, *Rossija 24*, *TV Center International*, *NTV*, *REN TV*, *Belarus 24* un citi joprojām ir plaši pieejami daudzās Eiropas Savienības valstīs. Tepat Strasbūrā viesnīcā ir brīvi pieejami trīs atklāti kara propagandas TV kanāli. Vienā no tiem krievu okupanti jeb “mierā nesēji” (*“miratvorci”*), kā tos dēvē Kremļa rupori, ar tanka stobru zīmēja apsveikumu Donbasa sievietēm un uz šīs ciniskā mākslas darba fona ziņu lentē izplata melus, ka Ukraina kategoriski atsakās evakuēt savus iedzīvotājus un armija izmanto tos kā vairokus saviem tankiem.

Man ir jāvaicā, kolēģi, vai to mēs vēlamies saukt un aizstāvēt kā vārda brīvību tepat mūsu Eiropas Savienībā. Paldies kolēģei Sandrai Kalnietei par titānisko darbu.

Clare Daly, *on behalf of The Left Group*. – Mr President, while enjoying working with colleagues on the report, we have made no secret that we are resolutely opposed to the majority position of the committee and, obviously, this report is no different. Our minority report, which is attached, I think, makes the reasons why very clear.

And it isn't that we don't think that foreign interference and disinformation are serious social harms deserving of special attention. We do, and they are. It isn't that we don't think that Russia and China do propaganda and disinformation. Of course they do. All powerful states do.

It is because throughout the work of this committee, the focus has been selective. The report is silent on the most consequential sources of disinformation and interference in European democracy: that of large concentrations of capital, foreign and European, exercising massive influence over law-making and policy formation in the EU and Member States through private media ownership, corporate lobbying and political funding.

The report makes no mention of the defence industry and how it has corrupted European policy, to drive up weapons-spending and escalation. An industry needs an enemy, and the report gives it one or two, and I think the section on elite capture shows this point very well.

The report is very strong on condemning those who go to work in the Russian industry companies, and fair point, but our motion on having the similar condemnation of those who go and join American finance companies is voted down.

So instead of tackling interference in democracy, the committee has actually had a one-track mind focusing on China and Russia to the exclusion of everything else. It poses a child's version of political reality. The world is divided into democracies and authoritarian regimes: goodies and baddies. The baddies tell only lies, the goodies never utter an untrue word. And in the middle of all of this, the European Union is an innocent victim of all of this geopolitical aggression and propaganda, not a geopolitical actor itself with its own agenda.

So, instead of fighting propaganda, the committee has actually become a platform for it. We had a litany of NATO-funded think-tanks all coming from the same hymn sheet to inform us. Is it any wonder that we're left with the report the way it is, it is in their interest to spread this hysteria? And the consequence of this is insidious, it means mainstream political parties don't have to take account of their own actions. They can blame the foreigners, the foreign interference, for that.

So our concern all along has been that this poses a threat to fundamental freedoms and civil society in Europe. And it might point out that a number of the measures we're voting for here are in direct contradiction with measures that we'll be voting on later on to protect civil society in a LIBE Committee report, because it is calling for a 'whole of society' approach.

Criticism of European mainstream politics has to be seen as disinformation debunked by state-funded fact-checking organisations. The correct version of reality, including EU foreign policy, has to be promoted by strategically state-funded strategic communication centres – George Orwell's 1984 springs to mind.

Social media companies have to be brought to heel and pressure to censor anybody who has a different view of the official version of the truth. Political parties and politicians sceptical to NATO and EU narratives have to be placed under suspicion of being proxies of foreign powers.

But you know what? Avoiding conflict and de-escalation tensions means listening to your opponent, listening to their concerns, taking them seriously, however fraught the disagreement, and looking for compromises. But the function of this committee has been the opposite. It should make them be disinformation and condemn them as such.

Strong democracies tolerate internal dissent but this actually is textbook McCarthyism designed to stigmatise dissent, incite the public against internal critics, eradicate common sense and make all opposition unacceptable. It is a deliberate impairment of our society's ability to think of extra-critical importance in these times of horrendous war.

I and we absolutely reject it utterly.

Márton Gyöngyösi (NI). – Mr President, we are discussing a very relevant report with important recommendations as to how foreign interference, especially fake news, should be detected and fended off by the EU and its Member States by supporting independent media.

Unfortunately, in some EU countries, it's too late, as authoritarian governments have already conquered the entire media landscape, turned public broadcasting financed by EU taxpayers into a propaganda machine and – by controlling advertising revenues and resources – forced the commercial media to play by the rules of the regime. No, not in some distant Third World country, but within the EU! In a country like Viktor Orban's Hungary.

Mr Borrell, I was very much touched by what you said about the link between the democratic ideal and access to information. This is why I would like to recommend the establishment of a European public broadcasting and news service independent from national governments and from market pressures as well, financed from the EU budget. All citizens should have access to it in every EU language. All national broadcasters should make it available, free of charge, on a must-carry basis. It's time to create a single European narrative instead of 27 separate ones, to strengthen our European identity and to protect our citizens from malign propaganda.

Rasa Juknevičienė (PPE). – Mr President, wars end sooner or later, but the truth never ends. This report is an attempt to face the truth, to understand how deeply we are tied up. Putin's war against Europe has woken us up, and today some of the provisions of this report have already been implemented.

We have to understand, that the Kremlin's machine of lies is not media. It is a weapon of mass brain and mind destruction. The most important work today is, first, together with the whole world, to remove the malign tumour – Putin. Second, to regain European sovereignty, which has been constrained by the 'bloody' gas flowing from the Kremlin.

Our dependence on Russian gas is the result of two decades of creeping occupation of Europe. With the Kremlin gas came corruption, and the war is being financed by the euros of European states.

Every day, today, all the European countries together pay over EUR 600 million to Russia for gas and oil. That is to say, they buy at least 200 tanks for the Kremlin war every day. Dear German Greens, Socialists and Liberals, you can help Ukraine defend itself and defend us too – embargo the bloody gas now!

I wish to thank the rapporteurs for their work.

Pierfrancesco Majorino (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la nostra democrazia è un bene unico e prezioso, che non dobbiamo mai dare per scontato e che dobbiamo sempre impegnarci a difendere.

Un anno e mezzo fa questo Parlamento, decidendo di costituire un'apposita commissione speciale per analizzare e contrastare tutti i tentativi esterni di influenzare e condizionare i nostri processi democratici, ha dimostrato, proprio per questo, grande saggezza e lungimiranza. Sono stati infatti tanti, troppi, in questi anni i tentativi di interferenza da parte di attori stranieri, statali e non, che avevano, che hanno, come obiettivo di fondo quello di indebolire il progetto europeo e i valori su cui si fonda e di farlo utilizzando diversi mezzi, da forme più o meno dirette di finanziamento ai partiti ritenuti amici fino a campagne di disinformazione o persino ciberattacchi.

Nei nostri lavori sono emersi elementi importanti e inquietanti sulle strategie di attacco alla nostra democrazia, provenienti soprattutto dalla Russia di Putin, e sulle falle nelle nostre regole sui finanziamenti alla politica. Abbiamo indicato i complici delle interferenze; nel nostro rapporto indichiamo con chiarezza che ci sono stati tentativi continui di infiltrazione nella nostra democrazia, passati da rapporti stretti e ambigui tra soggetti direttamente legati a Putin e la destra sovranista in Europa. Penso all'FPÖ in Austria, al Rassemblement National in Francia, alla Lega, quella che fa riferimento a Salvini, in Italia.

È stato evidente come queste interferenze sono passate anche attraverso la proliferazione di messaggi d'odio che hanno avuto come bersaglio principale i migranti, le donne e la comunità LGBT. In questo quadro sono ancora insufficienti la responsabilizzazione delle piattaforme social e il loro impegno per contrastare campagne di disinformazione organizzate; servono il sostegno, l'alfabetizzazione mediatica digitale all'informazione libera come risposte forti per rendere più consapevoli le persone e per salvaguardare i principi democratici.

Da qui oggi, lo ribadiamo: serve una risposta organica dell'Unione europea in difesa della propria democrazia. Proprio la tragica attualità che stiamo vivendo, il dramma della folle guerra di Putin contro il popolo ucraino nel cuore dell'Europa, rende drammaticamente attuali i lavori di questa commissione e segna l'urgenza di risposte potenti, corali, permanenti contro attori senza scrupoli, che ovviamente nel mondo – purtroppo non si limitano alla sola Russia – stanno agendo.

È un lavoro quindi che non si ferma qui: il Parlamento europeo, la casa dei cittadini europei, deve essere un presidio forte e affidabile per la nostra democrazia. Servono trasparenza nelle origini e nella gestione dei finanziamenti ai partiti, azioni a difesa dei momenti elettorali, piattaforme social direttamente responsabilizzate. L'Europa deve portare fuori da sé questo principio: la democrazia va salvaguardata da ogni interferenza.

Nathalie Loiseau (Renew). – Monsieur le Président, l'Ukraine nous l'a montré, la guerre hybride mène à la guerre tout court. Pendant des années, la Russie a déversé sur Kiev des torrents de désinformation. Elle a soudoyé des hommes politiques, harcelé le pays par d'innombrables cyberattaques. Et puis, elle a donné l'assaut.

C'est parce que l'Ukraine est une démocratie qu'elle est attaquée. Aujourd'hui, ce sont toutes les démocraties qui sont la cible d'ingérences étrangères et toutes doivent comprendre la menace qui pèse sur elles. Nous devons aussi bien mesurer que ce sont tous les États autoritaires qui recourent à ces opérations d'influence pour tenter de nous affaiblir, de nous diviser et de discréditer la démocratie. La Russie la première, certes, mais elle n'est pas la seule.

Le rapport que nous allons voter présente un immense mérite. Il nomme les choses. On ne pourra plus dire que nous ne savions pas. On ne pourra plus ignorer comment les anti-vaccins ont pu être manipulés. On aura compris que, du Brexit aux élections américaines en passant par la Catalogne, des scrutins ont été exploités depuis des capitales étrangères pour tenter de fracturer nos démocraties. On ne pourra plus fermer les yeux sur les idiots utiles qui récitent la propagande dictée par des dictatures, ni faire semblant de ne pas voir que cette Assemblée en compte quelques-uns.

Le rapport que nous allons voter formule également des recommandations. Elles s'adressent aux États, à l'Union européenne, aux plateformes numériques, aux médias, aux universités. La première exigence est celle de la transparence des algorithmes, des financements des partis politiques, des accointances de certains responsables ou anciens responsables. La deuxième exigence est celle de la mobilisation de tous. Le peuple ukrainien se bat aujourd'hui pour la liberté. N'attendons pas d'en arriver là pour...

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Markéta Gregorová (Verts/ALE). – Mr President, in many ways, Putin's war has changed everything, but it has also reinforced what we found in our over a year-long investigation into malicious interference.

Dictators exploit our untransparent financing and lobbyism laws to buy themselves into our political system. Dictators buy our state-of-the-art intrusion software to spy on anyone who could expose their crimes and corruption anywhere in the world. Dictators spread their propaganda through purely profit-driven social networks and corporations that we Europeans fail to regulate.

Russia's naked aggression has united us and created the necessary common threat to hopefully enforce many of the recommendations in the report to counter these vulnerabilities. For me, it is clear that only a common European approach that combines the strengths and resources of all Member States can be successful, especially in the realm of cybersecurity, protection of critical infrastructures, regulation of online platforms and expert control of high-tech goods. Our long-term strategy must be a whole-of-society response to educate and prepare our citizens for the digital age by dedicating more time and resources to those members of civil society who strengthen and protect our common freedoms.

I admit that I am worried about our large potential for overreaction. Nobody wants a European Patriot Act. Mass censorship, mandated backdoors and eradication of secure communication cannot be our answer to increasing geopolitical hostility because they threaten the foundations of our free societies. With this report, I believe we start to walk in a good direction. We might stumble, we might miss a step, but, finally, we walk.

Gilles Lebreton (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, le rapport Kalniete a le mérite de dénoncer l'ingérence étrangère dans les processus démocratiques de l'Union européenne, notamment par le biais de la désinformation. C'est, en soi, une bonne chose, car la désinformation étrangère, notamment russe et chinoise, est une réalité.

Le rapport a aussi le mérite de donner une définition acceptable de la désinformation, qu'il présente comme une information trompeuse, intentionnellement diffusée dans le but de déstabiliser la société. Il la distingue ainsi de la mésinformation, qu'il définit comme une fausse information divulguée de bonne foi, sans intention de nuire. Sagement, il constate, je cite son considérant (V), qu'il existe une frontière ténue entre la liberté d'expression et la désinformation et qu'il ne faut pas la franchir. C'est le meilleur moment de ce long rapport, triste comme un jour sans pain.

Le reste sombre dans la diffamation des adversaires des fédéralistes européens. À mots couverts, il attaque ainsi les partis au pouvoir en Pologne et en Hongrie en les accusant, dans son considérant (X), d'avoir reçu, je cite, des millions d'euros de financements étrangers pour promouvoir des valeurs traditionnelles ou conservatrices. De façon encore plus brutale, il accuse nommément, sans aucune preuve, le Rassemblement national et la Lega, je cite son considérant (BG), d'être disposés à accepter un financement politique de la part de la Russie.

Si on veut trouver des responsables politiques français ayant des liens d'argent avérés avec des États étrangers, ce n'est pourtant pas du côté des dirigeants du Rassemblement national qu'il faut se tourner. Regardons plutôt vers les anciens Premiers ministres Jean-Pierre Raffarin et François Fillon, respectivement embauchés par des sociétés chinoise et russe. Mais évidemment, le rapport préfère faire diversion, car le premier des deux est un soutien du Président Macron.

On peut finalement se demander si ce n'est pas le rapport Kalniete lui-même qui constitue le plus bel exemple d'ingérence étrangère, car il insiste de façon suspecte pour augmenter le financement européen, pourtant déjà énorme, des ONG, sous prétexte de leur permettre de combattre l'influence étrangère. Or, les ONG sont souvent financées par des capitaux extra-européens, à l'exemple de celle du milliardaire américain George Soros. Et elles déstabilisent tout autant que certains États étrangers nos sociétés européennes, notamment quand elles organisent notre submersion migratoire. Ce sont, dès lors, des organes d'ingérence étrangère que le rapport aurait dû dénoncer et que je dénonce à sa place, à cette tribune.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Przedstawiciele Komisji! To bardzo ważne i potrzebne sprawozdanie, będące kontynuacją prac Parlamentu Europejskiego z poprzedniej kadencji. To sprawozdanie przekonuje, że praca naszej komisji jest niezbędna, bo tak naprawdę inne komisje w Parlamencie Europejskim jej nie zastąpią. Uważam, że to sprawozdanie jest sygnałem, że praca naszej komisji może być przedłużona na kolejny okres.

Uważam, że informacje, które się tam pojawiły na temat Rosji, dzisiaj nabierają innego znaczenia. Nawet ci, którzy byli sceptyczni, dzisiaj rozumieją, że Rosja prowadziła pewną, całą kampanię dezinformacyjną. Oczywiście to sprawozdanie nie mówi tylko o Rosji, ale dzisiaj, w kontekście tego, co się dzieje na Ukrainie, mówimy o Rosji głównie. Ta wojna trwa od dawna, w wymiarze militarnym trzynasty dzień, ale tak naprawdę dla Moskwy ta wojna toczy się długo.

Oczywiście są tam sformułowania, w tym sprawozdaniu, które budzą moje zastrzeżenia. Zupełnie niepotrzebnie znalazła się sprawa Pegasus w kontekście mojego kraju. Taka metafora: czasem bardzo dobry uczeń dostaje ocenę niedostateczną. To sprawozdanie jest świetne. Ten passus jest zupełnie niepotrzebny.

Myślę, że sprawozdanie to powinno być sygnałem dla elit politycznych, że nie należy lekceważyć dezinformacji, kampanii fake newsów, zwłaszcza ze strony dużych państw, tych rządzonych w sposób dyktatorski, bo one wiedzą, po co to robią. Chcą zaszkodzić demokracji, chcą zaszkodzić Zachodowi jako takiemu. Musimy o tym pamiętać.

Marisa Matias (The Left). – Senhor Presidente, é importante falar e agir sobre a ingerência estrangeira e as suas múltiplas facetas: desinformação, manipulação das redes sociais, ciberataques, ameaças a jornalistas e ativistas, financiamentos encobertos a partidos políticos, portas giratórias entre a política e os negócios, entre muitas outras. É a democracia que está em causa, assim como os nossos direitos e as nossas liberdades. Este relatório toca em problemas essenciais e oferece propostas importantes para os combater, mas peca pelo enviesamento e pela leitura reduzida da realidade.

Sim, há manobras de Putin com partidos europeus de extrema direita e há que combatê-los. Sim, há portas giratórias entre a política e os negócios da energia, chinesa ou russa, e há que combatê-las. Sim, há abuso dos dados pessoais, manobras de algoritmos e outros esquemas das redes sociais e há que combatê-los. Sim, há um ataque ao jornalismo e aos jornalistas, há esquemas de espionagem como o escândalo Pegasus e há que combatê-los.

Entendamos, contudo, que a desinformação e a manipulação da Rússia e da China são bem reais, mas não são as únicas. Estes esquemas só funcionam porque há atores disponíveis cá dentro para alimentar a ingerência interna e sabemos bem do papel dos partidos da extrema direita nesta corrida para o abismo. As portas giratórias entre a política e os negócios na Gazprom ou na CFC China Energy são bem reais, mas estão muito para além da energia e o setor financeiro continua intocado.

Além disso, a manutenção dos vistos Gold e dos paraísos fiscais tornam-nos cúmplices desta ameaça à democracia, ao Estado de direito e aos direitos dos cidadãos e das cidadãs. Se há portas giratórias é porque as salas são contíguas entre o poder político e os interesses financeiros. Não votaremos contra este relatório, mas lamentamos que o trabalho feito não tenha tido a ambição de ser irrepreensível do ponto de vista do que diz combater. Sobretudo não podemos permitir que o combate à desinformação seja usurpado como desculpa para acabar com a liberdade de expressão e de informação.

Laura Ferrara (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le ingerenze straniere che mettono in pericolo il funzionamento delle democrazie europee e le nostre libertà sono un fenomeno sempre più complesso e in evoluzione.

Come Movimento 5 Stelle abbiamo evidenziato con nostri emendamenti la necessità di una legislazione armonizzata per contrastare i pericoli riguardanti metodi di finanziamento opachi e contributi in natura provenienti da paesi terzi non soltanto a partiti, ma destinati anche a persone che ricoprono cariche elettive o pubbliche.

Vorremmo evitare ogni situazione suscettibile di esporre l'Unione europea e i suoi Stati membri al rischio di interferenze e dovrebbero farlo anche quelle forze politiche che, compiendo un clamoroso errore, hanno preferito sottoscrivere accordi di cooperazione con il partito di Putin, come la Lega Nord, o chi svolge attività in qualità di parlamentare dietro compensi riconducibili a uno Stato terzo.

Nelle guerre, come osserviamo anche in questi giorni, non si usano soltanto armi convenzionali. Il ruolo della disinformazione e delle *fake news* sulle piattaforme social e la manipolazione di fatti e narrazioni vanno oltre la propaganda per diventare una minaccia globale alle società democratiche.

Eugen Tomac (PPE). – Domnule Președinte, domnule vicepreședinte Borrell, doamnă comisar, felicit raportorul. Cred că experiența dumneavoastră este foarte importantă pentru a relata cu maximă acuratețe riscurile la care este supusă Uniunea Europeană astăzi. Știm foarte bine că la Kremlin avem un tiran care disprețuiește democrația și a încercat, și pare că până la această oră a reușit să elimine în Federația Rusă libertatea de exprimare și să reducă la tăcere societatea civilă.

Și asta vrea să exporte în Europa Putin, astăzi: dezinformare, diversiune. Și-a mutat lupta de pe front inclusiv în casele cetățenilor europeni prin instrumentele pe care le controlează. Cei mai expuși în clipa de față la aceste instrumente de dezinformare sunt cetățenii statelor care s-au desprins de U.R.S.S. și pe ei trebuie să-i sprijinim, domnule vicepreședinte Borrell.

Vizita dumneavoastră în Republica Moldova a fost importantă, însă acest efort de susținere a Ucrainei, a Republicii Moldova și a Georgiei trebuie să continue pentru că aceste state au vocație europeană, iar noi vom reuși pentru totdeauna să-i închidem ușa lui Putin și să-l oprim din această aventură atunci când îi vom aduce pe toți în Uniunea Europeană.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Vice-Présidente, Madame la Ministre, Monsieur le Haut-Représentant, permettez-moi d'abord de saluer et de remercier le travail de M^{me} la rapporteure Kalniete et de tous les membres de la commission que j'ai l'honneur de présider depuis 18 mois. Nous avons montré que la défense de la démocratie n'était pas une affaire de gauche ou de droite et que cela transcendait l'ensemble des clivages politiques.

Chers collègues, pendant 20 ans, biberonnées au mythe de la fin de l'Histoire, convaincues de ne plus avoir d'ennemis, les élites européennes ont fait preuve d'une naïveté confondante. Elles n'ont pas vu, elles n'ont pas voulu voir ce que Poutine faisait à nos portes, en Tchétchénie, en Géorgie, en Ukraine. Plus incroyable encore, ces mêmes élites intellectuelles, politiques, culturelles n'ont pas vu, n'ont pas voulu voir ces attaques au sein même de nos nations, au cœur de l'Union européenne. Il est des moments dans l'Histoire où l'indolence confine à la trahison.

Voilà pourquoi nous avons demandé, au premier jour de ce mandat, la création de cette commission spéciale sur les ingérences étrangères dans nos démocraties. La démocratie est notre trésor commun et ce trésor est aujourd'hui attaqué. Depuis 18 mois, d'audition en audition, d'étude en étude, nous avons analysé toutes les formes que revêtent ces attaques: financement de partis politiques hostiles à l'Union européenne et présents ici, cyberattaques, campagnes de désinformation, investissements dans les infrastructures stratégiques, capture des élites et espionnage... Ces attaques n'ont rien d'épisodique. Elles sont systématiques et nous plongent dans un entre-deux. Nous ne sommes pas en guerre, mais nous ne sommes plus en paix non plus. Elles brouillent toutes les frontières qui, jusqu'ici, structuraient notre pensée. Il n'y a plus de séparation désormais entre politique étrangère et politique intérieure, entre le dedans et le dehors. La conflictualité que nous voulions tant fuir se retrouve partout et nous n'avons d'autre choix que de l'assumer.

Notre responsabilité est immense et la révolution mentale qui s'impose, gigantesque. J'enjoins donc à la Commission de se saisir immédiatement des recommandations formulées dans ce rapport: harmonisons les lois électorales et interdisons les financements étrangers pour les partis et formations politiques, traquons les citoyens prête-noms et les sociétés-écrans, investissons massivement dans notre cybersécurité et sanctionnons bien plus durement les États qui coordonnent les attaques contre nos institutions, imposons des responsabilités aux plateformes numériques, construisons un système pérenne de protection de l'espace informationnel européen. Faisons-le vite. Et surtout, traquons cette corruption qui a miné nos cités. Comment a-t-on pu tolérer que nos ministres, nos chefs de gouvernement, aillent travailler pour les intérêts russes et chinois? Comment a-t-on pu tolérer, par exemple, que, de Gerhard Schroeder à Marion Scheller, ceux qui ont décidé de la politique énergétique allemande pendant des années deviennent des employés de Gazprom?

Il est temps de redonner à nos démocraties la force et la vertu sans lesquelles nous périrons.

Morten Løkkegaard (Renew). – Hr. Formand! Minister! Høje repræsentant! Kommissær! Europa er i krig. Lige nu dør ukrainere som konsekvens af den forbryderiske angrebskrig, som Putin har indledt. Men, mine damer og herrer, vi har jo været i krig længe. Konstante cyberangreb har længe haglet ned over Europa, informationskrigen på sociale medier har kørt og i værste tilfælde ført til tragiske dødsfald, som vi så tilbage i stormløbet mod Kongressen i USA i 2016. Siden 2016 er desinformation og krigen i cyberspace kun blevet værre, og vi har været for naive. Vi har troet på det gode. Nu skal det være anderledes. Vi har været for længe om at indse, at det 21. århundredes krig er anderledes. Vores demokratier bløder med små snit af gangen. Vi har døbt det »death by a thousand cuts«.

Med dette udvalgs arbejde tager vi endelig skridtet helt og fuldt ind i denne kamp. Jeg er glad for at høre, at Kommissionen tager mange af vores forslag i betænkningen til sig og arbejder med dem. Der er mange gode forslag, og jeg vil fremhæve et: At vi i Europa skal kunne sanktionere lande, der angriber os i cyberspace eller med desinformation, og at vi skal kunne gøre det med et flertal i stedet for i fuldstændig enighed, så enkelte lande ikke kan stille sig imod. Det er afgørende, at vi har et værktøj til at afskrække autokrater som Putin fra at bruge sine hackere og internethære imod os. Betænkningen har mange gode forslag, vi ikke kan nå at komme ind på her, men jeg er glad for, at Kommissionen arbejder med dem. Nu skal der følges op, og det skal ske med det samme. Vi skal stoppe blødningen. Vi skal tilbage i kampen, og det skal ske nu.

IN THE CHAIR: EVA KAILI

Vice-President

Gwendoline Delbos-Corfield (Verts/ALE). – Madam President, we are becoming more and more concerned about foreign interference in our electoral process. We now fear the destructive capacity of fake news on security issues, health matters, our political leaders. But for years and years, there has been disinformation targeting one very specific topic, women's rights. And it is a mistake that this has not been considered to be a serious problem, because gendered disinformation not only has the power to severely harm women's lives, but it is also a clear and constant attack on the foundations of our societies.

Russia is today spreading lies about the Ukrainian people, the war, Europe's involvement, but Russia has long taken an active role in promoting dangerous disinformation based on so-called 'traditional' narratives. This is meant to fuel hate against women, minorities, LGBTI people, both online and offline. These mobilisations against us, all across Europe. We see financing from anti-gender groups within the EU, from US Christian right-wing groups and Russian oligarchs, and do not be mistaken, this is part of a broader political strategy to undermine equal participation in our democracy, the European Union itself, the world we want to live in; a world of emancipation, gender equality, freedom and fundamental rights.

It is a strategy to put each and every one of us in a box where we are to stay for all our lives and accept an authoritarian, ultraconservative way of life. They first attack women, LGBTI people, Muslims, people of colour, all minorities. But in the end, once they have created threats that silence all of these people, they come for the others.

Nicolaus Fest (ID). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Nun wollte ich gerade mal etwas Freundliches über Herrn Borrell sagen, und dann geht er. So ist es halt. Aber, Herr Borrell – ich sehe Sie da oben noch –, Sie haben Recht: Korrekte Informationen sind der Grundstoff der Demokratie.

Anders als viele im INGE-Ausschuss habe ich allerdings lange als Journalist gearbeitet und weiß deshalb: Ja, Falschinformationen gibt es, aus Versehen, aus Lügen, wenn man angelogen wird, aber auch, wenn versucht wird, einen zu instrumentalisieren. Und die Hauptquelle dieser Falschinformationen ist meistens entweder die Wirtschaft oder eben die Politik. Herr Glucksmann hat es ja gesagt: Die Hauptinformationsquelle für die Propaganda pro Putin war über Jahre Herr Schröder, aber dann auch Frau Merkel, die ja alle Verträge über Gaslieferungen mit Herrn Schröder auch mitgetragen und gefördert hat, übrigens auch immer unter Mitwirkung der heutigen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die dann auch noch gleichzeitig die deutschen Streitkräfte ruiniert hat.

Also: Falschinformationen und Propaganda gibt es immer. Wir haben das auch im Irakkrieg gesehen, bei der Flüchtlingskrise, und das Gegenmittel zu Falschinformationen und Propaganda ist guter Journalismus. Und genau da liegt das Problem. Wir haben heute – zumindest in Deutschland – Chefredakteure, die nicht mehr an der Wahrheit interessiert sind, sondern an der Haltung von Journalisten, also an ihrer ideologischen Einstellung. Die Medien als vierte Gewalt sind weitgehend ausgefallen, und deshalb fehlt auch die Kontrollinstanz, die klarmacht, was Propaganda und was Wahrheit ist. Wir haben das bei zahlreichen Medienskandalen in Deutschland erlebt, vor allem beim *Spiegel* unter Claas Relotius.

Das Problem ist eben auch, dass die Medien immer weniger Finanzmittel haben und sich deshalb guten Journalismus, der wirklich recherchiert, kaum noch leisten können. Ich weiß nicht, wie man dieses Problem löst, aber ganz sicherlich keine Lösung ist ein Wahrheitsministerium. Herr Borrell hatte gesagt, er will kein Wahrheitsministerium. Aber tatsächlich gehen die Empfehlungen, die hier vom INGE-Ausschuss gegeben werden, genau in diese Richtung. Man will dann Faktenchecker und so etwas einrichten. Aber auch Faktenchecker sind Leute, die meistens eine Agenda haben und von irgendjemandem bezahlt werden, hier im Zweifel dann von der EU. Und das heißt: Auch sie sind nicht unabhängig und neutral, sondern haben eine bestimmte Zielrichtung.

Es gibt keine Algorithmen, die die Wahrheit prüfen können. Deshalb kann man nur sagen: Wenn der Journalismus als Quelle der Wahrheit ausfällt und wir nicht mehr den freien Streit der Meinungen zulassen – auch Meinungen, die wir vielleicht nicht mögen, auch Meinungen, die vielleicht falsch sind, auch Meinungen, die vielleicht von ausländischen Mächten finanziert werden –, dann haben wir eine Gesellschaft, die von Zensur beherrscht wird, wir haben eine Gesellschaft, die tatsächlich Orwells 1984 gleicht.

Wir sehen das gerade in Russland. Russland hat ein Desinformationsgesetz erlassen. Das ist im Grunde genommen genau das Vorbild dessen, was hier droht. Viele Medien haben daraufhin ihre Arbeit eingestellt, weil die Arbeit in Russland im Augenblick für freie Journalisten zu gefährlich wird. Das ist auch genau das, was hier kommen wird, wenn wir Falschinformationen mit schweren Strafen belegen.

Insofern, Frau Jurov: Ich stimme Ihnen nicht zu. INGE ist nicht wichtig. INGE ist nicht nur überflüssig, sondern geradezu gefährlich, weil wir mit INGE in einen Zensurstaat laufen.

Anna Zalewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Od 13 dni w Europie jest wojna. Putin morduje niewinnych ludzi. Putin niszczy miasta i wsie, destabilizuje energetycznie całą Uni Europejską. Ale od wielu lat trwa inna wojna, wojna na dezinformacj. Przestrzegaliśmy wielokrotnie, dlatego że dzisiaj pada od codziennych ataków nie tylko Ukraina, ale również Rosja. Rosjanie karmieni s propagand Putina. Rosja mówi wprost, że sama stworzy swoje wlasne kanały komunikacyjne i tak będzie rozmawia ze swoimi obywatelami.

Ale dla nas eurodeputowanych, Komisji to też przestroga, żebyśmy tej dezinformacji nie ulegali. Przypomnijcie sobie Państwo, jak jeszcze niedawno Polska musiała się tłumaczy z tego, że nie jest rasistowska, że nie dzieli Ukraińców i że wszystkich z otwartym sercem i otwartymi mieszkaniami przyjmuje do Polski. Jeszcze niedawno prezydent Ukrainy by nazist i my powtarzalimy te *fake newsy*, nie weryfikowalimy. To wane przesanie dla nas. Mwmy prawd. Szukajmy prawdy. Potwierdzajmy w wielu rdach.

Jérôme Riviere (NI). – Madame la Présidente, chers collègues, une fois encore, l'hypocrisie de nos débats est navrante. Le rapport que vous présentez pourrait être un rempart contre la désinformation, mais il affiche le double refus de valeurs qui sont pourtant censées être les nôtres: la démocratie et la libert d'expression.

Refus d'abord, et c'est le plus grave, de la démocratie.  vous lire, les élections dont les résultats ne sont pas conformes à l'idéologie mondialiste et immigrationniste sont forcément remportées sous l'influence d'une ingérence étrangère. Ainsi, le Brexit et l'élection de Trump, les victoires du Fidesz et du parti Droit et justice doivent être appréhendés sous ce prisme. La volonté souveraine des peuples britannique, américain, hongrois et polonais n'aurait rien à voir dans ces résultats électoraux.

Refus ensuite de la libert d'expression, bafouée au nom de l'interdiction des discours de haine. Mais aucune condamnation sur vos bans des fermetures «par erreur» de multiples comptes Twitter, de soutiens à Eric Zemmour et au Rassemblement national, en pleine campagne présidentielle en France.

Dans son discours de réception à l'Académie française, François Sureau a rappelé que la libert, c'est d'être révolté, blessé ou au moins surpris par les opinions contraires. Votre texte introduit de facto une parole officielle. Vous refusez les opinions contraires. Quel irrespect pour la souverainet des peuples! Mais n'en doutez pas, ils choisissent librement. Voyez en Hongrie, en Pologne et, demain, en France.

Salvatore De Meo (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, per troppi anni in Europa abbiamo sottovalutato il problema delle interferenze straniere sulle nostre democrazie e non abbiamo considerato le disastrose conseguenze che avrebbero avuto e che purtroppo hanno avuto, le immagini di guerra di questi giorni ne sono la conferma.

I tentativi di ingerenze straniere stanno aumentando in tutto il mondo e sono sempre più sofisticati, anche grazie all'utilizzo dell'intelligenza artificiale. Non sempre è facile individuarli perché assumono forme diverse e spesso trovano anche alleati e complici all'interno dei sistemi da condizionare. Dobbiamo prendere consapevolezza di questo rischio e dobbiamo rendere le nostre comunità più resilienti e più pronte a respingere ogni forma di attacco.

Oggi il Parlamento con i lavori della commissione INGE vuole dare un forte segnale ai cittadini e alle istituzioni, ma anche a quei paesi che per anni hanno approfittato della nostra guardia abbassata per veicolare e amplificare messaggi di odio e di disinformazione per alimentare le paure e le fragilità, per delegittimare un sistema e indebolire un modello come quello europeo. In effetti, cari colleghi, l'Unione europea fa paura: la nostra democrazia, gli standard di libertà e difesa dei diritti umani, la prosperità economica sono tutti elementi che spaventano quei paesi che fanno della coercizione e della paura gli unici mezzi di controllo della popolazione.

Oggi decidiamo di alzare la guardia, di essere più vigili e di iniziare un percorso che permetta all'Unione europea e ai suoi Stati di sviluppare una strategia coordinata di lotta all'interferenza straniera per difendersi da chi manipola le informazioni a suo piacimento e diffonde menzogne. Dobbiamo difendere il nostro modello ed essere di riferimento anche per gli altri paesi democratici al di fuori dell'Unione europea, affinché possano essere in grado di proteggersi da attacchi e da minacce esterne.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru. Formand! Kampen mod desinformation og falske nyheder har aldrig nogensinde været vigtigere. Vi ser netop nu, hvordan Putins propagandamaskine er en aktiv part i krigen i Ukraine. Desinformation er en direkte trussel imod vores frie og demokratiske verden, og det er blevet de autoritære regimers foretrukne værktøj, når de vil undergrave valgresultater, borgernes beslutninger og tilliden i samfundet. Det må vi ikke vende det blinde øje til. Derfor er jeg glad for de rigtig mange gode forslag i INGE-betænkningen. Som ordfører på DSA'en er jeg særligt glad for betænkningens fokus på de sociale mediers rolle i spredningen af desinformation. Alt for længe har de sociale mediers algoritmer spredt had, splittelse og falske nyheder. I stedet for at fjerne eller nedtone problematisk indhold og de konti, der spreder det, så har de sociale medier skabt en algoritme-megafon, der får indholdet ud til endnu flere. Og samtidig har de tjent penge på denne her forretningsmodel med at sprede de skadelige algoritmer. Det skal stoppe nu.

Mange af de gode forslag i betænkningen kæmper jeg for at få med i den endelige DSA-lovgivning: algoritmerne skal gøres gennemsigtige, platformene skal være ansvarlige, vi skal have fjernet »dark patterns«, og vi skal sætte tydelig mærkning på »deep fake« og onlinereklamer. Vi skal have forbudt målrettede reklamer til mindrerørige, og så skal vi se på forretningsmodellerne for platformene, for det er dem, der er skyld i en del af det problem, vi har. Hellere i dag end i morgen.

Sandro Gozi (Renew). – Madame la Présidente, je voudrais vous parler des NTIC. Ces quatre lettres étaient jusqu'à récemment la fierté de nos démocraties. Oui, les nouvelles technologies de l'information et de la communication permettaient au plus grand nombre de nos concitoyens de s'informer, d'échanger, de vivre.

Je dis bien «permettaient», car ces quatre lettres sont aujourd'hui tordues, abîmées par les démocraties comme la Chine, le Venezuela et, bien évidemment, la Russie. Ces pays manipulent, falsifient, truquent la vérité. Ces pays interfèrent dans nos processus démocratiques – on l'a vu avec le référendum sur le Brexit, le référendum italien en 2016, la présidentielle française en 2017. Ils en profiteraient même pour financer des forces politiques présentes ici, dans ce Parlement. Des enquêtes sont en cours. Après, si les événements récents poussent ces forces – comme on l'a entendu ce matin – à des conversions soudaines, tant mieux.

Les têtes du dragon des temps modernes s'appellent Xi Jinping, Nicolas Maduro ou encore Vladimir Poutine. Ils veulent la mort de nos démocraties. Pour nos élections, pour la publicité politique, nous devons imposer de nouvelles règles, Madame la Présidente, chère Eva, avec fermeté. Unissons nos forces pour vaincre ces dragons à plusieurs têtes.

Heidi Hautala (Verts/ALE). – Madam President, the report is very timely, and it has a wealth of recommendations. Starting from our own institutions, we need to be much more aware that some MEPs have become channels of undue foreign influence. Those travelling to authoritarian countries to observe fake elections should be sanctioned much more severely than is now the case, and the so-called friendship groups should be made much more transparent and accountable.

The report also names and shames a number of members of political elites who have been captured in the service of authoritarian regimes, including two former Finnish Prime Ministers, Paavo Lipponen and Esko Aho, who have both long worked to advance Putin's political and economic interests in Europe.

In hindsight, the warfare by Russia against Ukraine is a logical continuation of information warfare. We admire the courageous Ukrainian resistance but, at the same time, in Russia a distorted version of reality prevails. Seventeen Russian-speaking writers, among them Nobel laureate Svetlana Alexievich, have started an appeal to all Russian language speakers in the world to use all possible means of communication to contact directly their acquaintances and friends living in Russia, telling them the truth about the war and about the tragic shelling of civilians. Nobel laureate Dmitry Muratov stressed in a hearing last week in this Parliament that there is another Russia to the one represented by Putin and his cronies. We must inspire the whole of society to combat the lies and disinformation.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, hoe heet een overheid die zich intensief bemoeit met wat gezegd mag worden en wat niet, wat waar is, en wat niet? Natuurlijk, de vrijheid van meningsuiting houdt op waar geweld prediken begint, maar het voortbestaan van de democratie vereist debat, vereist dat mensen tegen een stootje kunnen, vereist dat mensen kunnen zeggen wat ze denken.

De Europese Unie wil desinformatie bestrijden. Een gevaarlijk pad, een pad dat naar censuur leidt. Nederlandse "factcheckers" tikten mensen op de vingers toen zij zeiden dat de Europese Unie een QR-paspoort aan het ontwikkelen was. Even later werd dat "nepnieuws" de realiteit. De factcheckers hadden ongelijk gehad. De les: voorzichtigheid is op zijn plaats.

Natuurlijk zijn wij ook tegen Russische propaganda, maar juist wij moeten dan voor de vrije meningsuiting staan. De Europese Unie dreigt zélf te worden wat de Europese Unie juist wil bestrijden!

Een overheid die zich te veel bemoeit met wat burgers zeggen en of dat waar is, zo'n overheid noem ik communistisch. Ons mooie, democratische Europa verdient beter.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovani kolege, poštovani građani, do prije dva tjedna bio sam uvjeren da je količinu licemjerja i laži kojom su *mainstream* mediji zasipali građane Europe i svijeta tijekom pandemije COVID-19 nemoguće nadmašiti. Međutim, jako sam se razočarao.

Od početka rata u Ukrajini količina laži i lažne podrške Ukrajini, je stravična. S jedne strane, govori se da se želi spriječiti financiranje Rusije za vođenje ovog rata. Uvode se sankcije sportašima, pjevačima se ne da pjevati, iz SWIFT-a se izbacuju nevažne ruske banke. A s druge strane, članice Europske unije su kupile 10 milijardi eura ruskog plina i nafte. Što mislite, što se radi s tim novcem?

Prestanimo biti licemjerni i zaustavimo ovaj rat odmah.

Frances Fitzgerald (PPE). – Madam President, first of all, congratulations to Sandra Kalniete for her sterling work, and to our Chair and Committee for making this a very effective committee.

Without proper facts and information, our laws will have little value. Without proper facts, our citizens cannot be confident in our institutions. The viral spread of disinformation and fake news has wreaked havoc on our political systems, namely through interference in our democracies and our elections. Let's face it, we have been asleep at the wheel. None of our institutions, or indeed our national governments, have put enough resources into dealing with this threat. We need to do far more to counter this serious threat to our elections, to our referendums, to our democracies.

Disinformation is a scourge on our democracy and needs to be fought all the way from policy-makers through to large tech firms. As I've said, campaigns have been impacted. Politicians are the losers. Our democracies are the losers. We need a well-regulated digital market. We need to increase funding for our cyber-security infrastructure, and we need to adequately regulate social media companies. As MEPs, we must of course state strongly that we stand for democracy.

For that reason, I think it's hugely important that the mandate of the Special Committee on Foreign Interference in all Democratic Processes in the European Union, including Disinformation (INGE) is prolonged. Let's ensure that, for the rest of this mandate, our political system places the highest value on truth and on facts.

If we do not do this, not only will our democracy suffer, each and every citizen will suffer, too.

Nacho Sánchez Amor (S&D). – Señora presidenta, quiero agradecer la iniciativa y liderazgo de Raphaël Glucksmann y el trabajo de la señora Kalniete y de los ponentes alternativos, incluido mi camarada Andreas Schieder.

Yo quiero comentar un aspecto en el que he insistido durante mi trabajo en la comisión, que es la interferencia en los procesos electorales. Procesos electorales: no el día de las elecciones, ni siquiera solo la campaña, sino el largo periodo de un proceso electoral, porque, como he tenido ocasión de explicar en muchas ocasiones de observación electoral, democracia es lo que pasa entre elecciones y una elección correcta no salva un proceso electoral en el que no haya habido igualdad de condiciones. Es algo a lo que se apuntan mucho los regímenes iliberales, pretendiendo que la urna lo cura todo.

La interferencia en los procesos electorales, de la que tenemos sobrados ejemplos, es especialmente peligrosa por muchos motivos. Primero, porque el objetivo es tener efectos inmediatos en el voto de los ciudadanos, condicionarlos. Pero el segundo objetivo es deslegitimar nuestros procesos electorales. No es necesario manipular un recuento electoral, pues introducir la duda sobre la limpieza de unas elecciones contribuye a ese mismo objetivo.

Es un mecanismo que se basa, además, en que no todos los ciudadanos siguen la política diariamente. Muchos ciudadanos se reenganchan a la política cuando llega un período electoral y en ese momento, en el que hay más apetito por la información política, existe una mayor vulnerabilidad.

Tenemos que adaptar nuestros mecanismos de observación electoral a este nuevo tipo de crecientes amenazas, más discretas que la desinformación publicada, porque es información basada en el *profiling* que acaba en el teléfono móvil de cada ciudadano y es más difícil de seguir.

Por tanto, usemos todo nuestro arsenal para luchar contra la interferencia maliciosa, también y especialmente durante los procesos electorales.

Anna Júlia Donáth (Renew). – Elnök Asszony! Oroszország 12 nappal ezelőtt megszállta Ukrajnát. Ebben a 12 napban az orosz hadsereg ukrán városokat tett a földdel egyenlővé és menekültek százezrei kényszerültek elindulni nyugat felé. Ehhez képest mit látunk, ha bármelyikünk megnyitja bármelyik orosz hírportált? Akkor lebombázott lakónegyedek és megtámadott atomerőművek helyett békemisszióról, orosz békemisszióról és ukrán agresszióról szóló hazugságokkal találja magát szembe. Az orosz propaganda annyira hatékony már, hogy családokat képes szétszakítani. A dezinformációnak kitett rokonok jobban hisznek a putyini hazugságoknak, mint a kijevi bújóhelyeken szorongó rokonaiknak.

De Putyin módszerei nem állnak meg az Európai Unió határainál. Ukrajna közvetlen szomszédságában, Magyarországon is, putyini hazugságokat szajkóz a magyar állami köztévé és a magyar Facebook tele van orosz propagandát tovább adó oldalakkal. Helyes lépés volt, hogy az EU kitiltotta a területéről a Sputnik és a Russia Today felületeit, de további lépésekre van szükségünk, mert Vlagyimir Putyin nemcsak Ukrajnát, hanem az európai emberek tudatát is meg akarja szállni. Ezt pedig nem hagyhatjuk!

Daniel Freund (Verts/ALE). – Madam President, Putin's invasion of democratic Ukraine shows that democracy is under siege. The shelling with bombs and missiles was preceded and is now flanked by a bombardment of propaganda, fake news and dirty money.

There's a widespread and coordinated attack by the world's autocrats on democracy, on open societies, on our way of life. We all know this didn't just start two weeks ago, but it's been going on for years and is well documented by this committee. Autocrats in Russia and China, Azerbaijan and elsewhere are spending billions to determine the news we read, the social media posts we see, and they're paying massive amounts to buy politicians, like the German former chancellor Gerhard Schröder, or entire political parties, some of which sit here in this House.

These actors do not seek to enrich our debates. They want to divide our societies. They want to destroy our democracies, because they fear nothing more than the truth and open societies that openly speak it out.

The EU has been too naive. We have ignored the threats for far too long. We've done too little to make the money flows transparent. We have not done enough to fight corruption and bribery. And most of all, we have been far too divided, because if we seek to combat this with 27 different national approaches, this is not going to work.

So we have to have a resolute democratic defence. We need to make the money flows transparent and we need to stand together as Europeans and have a joint approach to this threat from the outside.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señora presidente, regímenes como la Rusia de Putin o la Venezuela de Maduro atacan nuestras naciones y se infiltran en nuestro sistema: desde la financiación de Podemos hasta los contactos del Kremlin con los separatistas en Cataluña. Pero también son injerencias extranjeras los *lobbies* que quieren cancelar nuestra cultura, nuestra religión y nuestro modo de vida, y los que nos han hecho rehenes del gas ruso o argelino con su demencial transición energética. Los españoles lo sabemos bien: tenemos al comunismo infiltrado en el Gobierno.

Si decimos que las mujeres y niños ucranianos que huyen de la guerra son verdaderos refugiados, pero no lo son los miles de hombres en edad militar que asaltan la frontera sur en colaboración con las ONG o las mafias, no necesitamos ningún verificador subvencionado, ni ninguna red social de megamillonario que imponga la censura. Si ustedes quieren convertir la Unión en un espacio de censura, no cuenten con nuestro voto. Si van al precipicio, vayan solos.

Tenemos que defender nuestra soberanía energética, alimentaria y militar, pero no solo del comunismo, también del islamismo, del falso climatismo, del inmigracionismo o de la demencial Agenda 2030.

Sé que algún día se unirán a nosotros. Lo sé, pero lo único que me genera dudas es si, cuando lo hagan, ya será demasiado tarde.

Milan Uhrík (NI). – Pani predsedajúca, vojna na Ukrajine je desivá a musí sa čím skôr skončiť.

Čo ma však úprimne desí snáď ešte viac, je tá vlna agresívnej vojnovnej politiky alebo rétoriky, ktorá ovládla celú Európu. A týka sa to nielen liberálnych médií, ale aj mnohých liberálnych politikov, z ktorých niektorí sedíte aj tu, ctení páni a vážené dámy, ktorí tak isto voláte po cenzúre, voláte po čistkách, voláte po zbraniach, voláte po umlčaní každého iného názoru, ktorý s vami čo len trošku nesúhlasí.

Takto sa nebuduje mier. Takto sa rozdúchávajú emócie, takto sa rozdúchava hnev, nenávisť a v konečnom dôsledku aj vojna.

Bojovať proti zahraničnému ovplyvňovaniu vo voľbách alebo v médiách je samozrejme správna vec a pri tejto príležitosti by sme sa mohli pozrieť nielen na ruskú propagandu, ale aj na propagandu z niektorých amerických mimovládnych organizácií.

Na druhej strane zneužívať teraz boj proti ruskej propagande na umlčovanie akýchkoľvek opozičných médií alebo názorov je niečo nesprávne. Európa nesmie v tejto vojne stratiť svoju slobodu a demokraciu.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Madam President, happy International Women's Day to everyone and especially to Ukrainian women. We are thinking of you and I think that we are praying every day for you.

Paní předsedající, vážení kolegové, to, co říkal tady kolega Uhrík, je prostě jeden velikánský nesmysl. Necháme tady nacisty, aby říkali svoje lži o tom, kdo jsou Židé? Necháme tady Rusy vypravovat lži o tom, jak jdou se samopaly, kulometry a jinými zbraněmi budovat mír na Ukrajině a zabíjet nevinné lidi? Necháme Rusy tady šířit dezinformace? Dezinformace jsou jako virus. Všichni jsme to viděli v době COVID-19. Virus se šíří, šíří se nekontrolovaně a zabíjí jednoho člověka po druhém. Já jsem několik měsíců pracoval na covidovém oddělení, četl jsem ty nesmysly o tom, jak COVID-19 je výmysl. Ano, těmito rukama jsem každý den zavíral minimálně čtyřem lidem jejich oči. Dezinformace jsou něco, proti čemu musíme bojovat. Nesmíme v tom ustat a nesmíme říkat, že je to omezení svobody projevu. Ano, svoboda projevu má své hranice, a pokud nebudeme za tyto hranice bojovat, pak se brzo stane, že tady žádnou svobodu mít nebudeme.

Tonino Picula (S&D). – Poštovana předsedávající, gospodo povjerenice, trenutno internet povezuje oko polovice svjetskog stanovništva. Internet je odavno ključan za međunarodnu komunikaciju i trgovinu. Međutim, samo 58 % europskih građana ima osnovne digitalne vještine premda su one sve važnije za djelovanje u modernim društvima.

2017. *fake news* su proglašeni izrazom godine. Dvije godine kasnije materijalna šteta izazvana direktnim i indirektnim posljedicama dezinformacija iznosila je gotovo 80 milijardi dolara. Pored toga, otkriveno je i da 67 % lažnih vijesti plasira Rusija.

Ruska agresija na Ukrajinu je, dakle, i rat drugim sredstvima, pogotovo kampanjama dezinformiranja. Narativ Kremlja je toksičan kao i njegova vojna agresija, ali na društvenim mrežama pratimo i herojski otpor Ukrajinaca. Snažne poruke predsjednika Zelenskog i ukrajinskog vodstva izuzetno efikasno odgovaraju na ruske laži. Zato Kremlj zaustavlja iste društvene mreže koje je ranije koristio za svoju gebelsovsku propagandu.

Pored tragične situacije u Ukrajini upozoravam i na naše neposredno susjedstvo. Zapadni Balkan ne smije postati poligon za uplitanje geopolitičkih rivala koji žele poništiti temeljne vrijednosti naše Unije.

Postoji jasna politička *agenda* dezinformiranja i uplitanja, manipuliranja građanima, destabilizacije institucija i diskreditiranja nepoželjnih vlada. Pri tome se koriste dezinformacije, *cyber* napadi, potiču regionalne napetosti i podržavaju radikalne političke opcije. Ti alati potkopavaju naše partnerstvo sa susjednim zemljama, utječu na javno mnijenje i jačaju režime s autoritarnim tendencijama.

Naša reakcija mora biti kontinuirana i odlučna jer jedino tako možemo sačuvati budućnost naših demokratskih društava.

Maite Pagazaurtundúa (Renew). – Señora presidenta, señora comisaria, señora Klinkert, señora Kalniete, señorías, las bombas que vemos hoy caer en Ucrania llevaban preparándose desde hacía tiempo. La excusa del control del Dombás viene precedida de años de guerra de desinformación, con el claro objetivo de desestabilizar las democracias occidentales y a quien quiera acercarse a ellas. La injerencia extranjera, notablemente rusa, junto con Venezuela e Irán —no lo olvidemos—, va más allá de la manipulación electoral o la difusión de falsedades: busca crear caos, infligir desconfianza en los gobiernos nacionales, las autoridades públicas y el orden democrático liberal.

En el futuro, nuestra Comisión Especial deberá llegar a definiciones más claras sobre lo que necesitamos hacer, buscar una metodología y normas estándares internacionales y preparar futuras regulaciones para blindarnos contra estos ataques.

Tenemos que ser conscientes de que la desinformación prospera en entornos débiles, fragmentados a nivel nacional o de la Unión Europea, donde nuestros sistemas democráticos son cuestionados y torpedeados. Pasa cuando movimientos secesionistas, como en Cataluña, o populistas de izquierdas y derechas se alían con quienes quieren desinformar y engañar para avanzar en su agenda, caiga quien caiga.

En todo caso, tenemos que ser conscientes de que este informe inicia nuevas defensas y, por cierto, cada voto cuenta. Cada cual tendrá que rendir cuentas de los votos que emite.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Wir sprechen über Wahlbeeinflussung Russlands hier innerhalb der Europäischen Union. Und dann sollten wir darüber sprechen, dass wir gar nicht so weit in die Ferne blicken müssen. Wir haben unsere Kollegen und Kolleginnen hier im Haus sitzen. Was ist mit Salvini's Lega und dem 2014 gegründeten Verein Lombardei-Russland des Herrn Gianluca Savoini – übrigens gibt es mittlerweile Ermittlungen der Staatsanwaltschaft – und den Tonaufnahmen, die nahelegen, dass sie in einem Eni-Russland-Deal auch Gelder für ihre Wahlkampagnen abgezweigt haben?

Was ist mit der Wahlkampffinanzierung von Frau Le Pen 2014 von der *First Czech- Russian Bank*, ihren Krediten für die Wahl? Die Bank ist übrigens mittlerweile im Konkurs, und ihr Kredit wurde an Gläubiger übergeben, die eine Sammelorganisation für ehemalige KGB-Agenten sind. Oder gerade ihr neuerlicher Kredit 2022, dieses Jahr, bei Viktor Orbán und einer unbekannten ungarischen Bank – übrigens Viktor Orbán, der die Energieunabhängigkeit Ungarns gerade noch ein paar Tage vor Kriegsbeginn an *Rosatom* und damit an Putin verkaufen wollte. Hier geht es um Paks II.

Und wie ist es mit unseren eigenen österreichischen Kollegen und Kolleginnen? Mit Herrn Vilimsky, der erst 2016 in Russland einen Freundschaftsvertrag seiner Partei mit Putins Partei Einiges Russland unterschrieben hat? Das sind die wahren Probleme hier, und die sind eine unmittelbare Beeinflussung unserer europäischen Demokratie. Darauf sollten wir achten.

Ladislav Ilčík (ECR). – Poštovana predsedavajuća, poštovani kolege, osuđujem svako vanjsko uplitanje trećih država, ali i uplitanje jedne države članice u demokratske procese neke druge države članice. No kako to često biva u ovom domu, pozitivna naslovna strana nekog izvješća je zasjenjena nekom sporednom *agendom* koja je loša i koja izvješće čini neprihvatljivim.

Tako ovo izvješće želi pod kontrolu i nadzor staviti i vjerske zajednice, a sva promišljanja koja nisu na tragu LGBT *agende* ovo izvješće izjednačava sa širenjem dezinformacija ili čak s govorom mržnje. Ta intencija udara na same temelje demokracije – na slobodu govora i izražavanja.

Vjerske zajednice nisu strani faktori. One su zajednice vjernika, građana, a kršćanski svjetonazor je legalan i trebao bi biti prihvatljiv u svakom društvu, a pogotovo u Europskoj uniji koja je nastala na temelju europskih, na temelju kršćanskih vrijednosti. Molim vas da to prihvatite i da nam ne uskraćujete osnovna prava i slobode.

Miroslav Radačovský (NI). – Pani predsedajúca, v súčasnej dobe, keď sa globálne silní hráči bijú o ekonomické ovládnutie Európy a sveta, by si mala Európska únia zachovať rozvahu, pokoj a riešiť veci bez emócií, mysliac predovšetkým na budúcnosť.

Nie som presvedčený, že by správa o zahraničnom zasahovaní do všetkých demokratických procesov vrátane dezinformácií bola rozvážna, bez emócií.

Hoci v svojej podstate má zmysel, výber prostriedkov a opatrení na dosiahnutie cieľa nie je správny.

V tejto súvislosti ma zaujalo menšinové stanovisko skupiny The Left k danej správe, v ktorom sa konštatuje, že výsledná správa je nevyvážená, neobjektívna a sama osebe predstavuje dezinformáciu. Budúce generácie tento dokument oľutujú.

V histórii sa veľakrát preukázalo, že názor menšiny, ktorá nešla s davom, mal väčšiu silu myšlienky ako väčšina, a v budúcnosti sa to prejavilo. Dúfam, že poslanci zo skupiny Left nebudú označení ako dezinformátori, prípadne nebude úvaha dať ich na čiernu listinu pre ich názor.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Madame la Présidente, c'était une guerre avant la guerre. La désinformation soutenue ou initiée par des États étrangers dans nos pays démocratiques, c'est exactement cela: une guerre. Le terme associé, «hybride», ne diminue en rien la violence faite à nos sociétés occidentales. En effet, l'ingérence étrangère cherche à manipuler l'opinion publique par le mensonge afin de déstabiliser nos sociétés. Elle doit être combattue avec toute la véhémence possible.

L'influence russe dans les élections américaines qui ont vu Donald Trump arriver au pouvoir ou encore l'influence russe sur l'issue du référendum du Brexit qui a abouti à la sortie du Royaume-Uni de l'Union européenne sont des événements très graves. Ils mettent non seulement en danger les processus démocratiques, mais conduisent également à des réalités politiques de division entre les pays occidentaux. Divisés, nous sommes affaiblis: exactement le but recherché par les régimes autocratiques.

Nous devons être conscients que nos démocraties occidentales ont des faiblesses inhérentes au système. La liberté à laquelle nous tenons par dessus tout et qui détermine notre mode de vie, quand elle est utilisée à mauvais escient, est un danger pour elle-même. Trop souvent, elle permet aussi l'expression de ceux qui veulent la détruire. Il y a donc clairement de nouvelles limites à définir. Oui, Monsieur Rivière, oui, Madame Delli, ne vous en déplaise! Car la tolérance ne peut aboutir à donner de l'espace à l'intolérance et à l'autoritarisme. Nos sociétés démocratiques doivent se donner les moyens de combattre avec détermination ceux qui veulent détruire nos valeurs.

Je salue le travail de Sandra Kalniete et de notre commission INGE. Je salue les pistes présentées ainsi que notre unité et notre détermination, encore accrues face à la révolte ressentie, confrontés à la guerre menée en Ukraine par la Russie.

Radka Maxová (S&D). – Paní předsedající, paní komisařko, dámy a pánové, chtěla bych nejprve poděkovat kolegyni Kalnietové za velmi dobrou zprávu, na které jsem měla možnost také pracovat a která bohužel v posledních dnech se stává velmi aktuální. Pozornost nás všech v tuto chvíli poutá Ukrajina. Nesmíme proto podcenit vliv hybridní války, kterou nyní prožíváme na vlastní kůži. Bohužel jsme příliš dlouho nechali online platformy, aby mohly pod záminkou svobody slova šířit úmyslné dezinformace, které podkopávají důvěru nejen ve stát a veřejné instituce, ale i důvěru Evropanů mezi sebou. To jsme ostatně mohli vidět na kampaních o COVID-19 a dnes to také vidíme na tom, že jsme to my, kdo může za zločinné napadení Ukrajiny.

Proto jsem velmi ráda, že zpráva vyzdvihuje jak roli osvěty a vzdělávání o dezinformacích, tak také důslednou regulaci online platform. Snahy rozvrátit naši společnost jsou nejen přes dezinformace, ale také skrze rozdmýchávání nenávisti proti ohroženým skupinám, osobám se zdravotním postižením, etnickým, náboženským menšinám a LGBTIQ. Proti takovýmto projevům je nutné rázně zakročit a k tomu potřebujeme aktivní spolupráci online platform, které musí převzít svůj díl zodpovědnosti. Není možné, aby platformy vydělávaly na polarizaci veřejnosti, a proto podporují co největší transparentnost algoritmů, které využívají. Jde o velkou výzvu. Pokud ale chceme zajistit otevřenou, demokratickou, spravedlivou evropskou budoucnost, musíme ji společně překonat.

Petras Auštrevičius (Renew). – Madam President, authoritarian regimes and dictatorships are based on lies and deceit. They have mastered these weapons and have now turned them against us. Expertly crafted misleading news undermines civic engagement and creates a parallel reality. For example, the Kremlin has launched a full-scale war against Ukraine and has succeeded in convincing the Russian public that this is just a 'special operation'. China imprisoned and exploited more than a million Uyghurs in forced labour camps, but continues to cover up its crimes with vocational education and training centres.

We cannot allow our European society to be manipulated in this way any longer. Let us remove these sputniks from our information orbit. Let us prevent the propagandists of authoritarian regimes and dictatorships from being accredited. Let us protect and support the work of independent media. Only then will the minds and hearts of Europeans be protected. This is our common goal.

Alexandra Geese (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Zuge der Sanktionen wurden auch die russischen Sender RT und Sputnik verboten, weil sie Desinformation der russischen Regierung verbreiten. Eigentlich ist es doch überraschend, dass man in demokratischen Staaten die Meinungsfreiheit einschränken muss, um sich gegen russische Kriegspropaganda zu verteidigen. Wer schaut denn so was? In der analogen Welt fast niemand.

Aber im Internet, da ist besonders RT der Superstar. 2020 war RT auf YouTube der am meisten geschauten Sender. Und woran liegt das? Ganz einfach daran, dass die Algorithmen der sozialen Medien, allen voran Googles YouTube, die Beiträge von RT immer ganz nach oben spülen, proaktiv anbieten. Und warum? Weil diese Beiträge die Menschen mit falschen Informationen verunsichern und aufregen. Und dann bleiben sie länger im Internet, und dann kann man ihnen mehr Werbung zeigen. Denn mit Desinformation, mit russischer Kriegspropaganda, wird Geld verdient.

Deswegen brauchen wir klare Regeln für Transparenz, für algorithmische Systeme und ein Verbot der Datensammlungen, die es Plattformen erlauben, diese Inhalte ganz gezielt an dafür empfängliche Gruppen auszuspielen. Diese Datensammlung ermöglicht es auch ausländischen Staaten, Bevölkerungsgruppen bei uns gezielt zu manipulieren.

All dies wird gerade im Trilog zum Gesetz über digitale Dienste vom Parlament gefordert. Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, endlich diesen Forderungen nachzukommen und das in den nächsten Wochen zu beschließen. Dann haben wir es in der freien Welt auch nicht mehr nötig, Medien zu verbieten.

Dominik Tarczyński (ECR). – Madam President. We've got this very important discussion on this very important report, and what we could hear from Commissioner Jourová was that she's very happy about the ban – Netflix's ban in Russia. Are you serious? Are you really serious? We need a ban on Russian oil and gas before you have your satisfaction on a Netflix ban. So before the discussion turns into the grotesque, remember that Germany, the so-called European leaders, are against the ban on Russian oil and gas, and money from the gas and oil will go to the Russian Army and the Russian Army will kill Ukrainian children.

So before this discussion turns into the grotesque, remember that the ban on Netflix is a joke, because people are dying. We need a ban on Russian oil and gas now. Remember, it's Germany who is against it and history will judge again. Remember that.

Radosław Sikorski (PPE). – Madam President, congratulations on International Women's Day and congratulations to the author of this report, who anticipated that giving a free range to all kinds of aggressive activities by authoritarians will lead to something even worse. And we now have war in Europe.

We have been arrogant and naive, or rather some of you in Western Europe have been arrogant and naive, because Putin has been at war with us for years. We, or you rather, have not been accepting it. But now that it is clear, because he's bombing Ukrainian cities, we have to do something about it.

He has made a list of friendly and unfriendly countries, and we have to accept that there are some revisionist, aggressive autocracies that are at war with us, and we should therefore put together regulations that cause for money from those countries in politics to be the breaking of law. If you promote their propaganda, you're breaking the law. If you give space to their media and social media outlets, you should be breaking the law. Above all, if you help them to hide their money, you should be breaking the law. Likewise, if you are helping them to acquire strategic or dual-use technology.

Lastly, and I know I'm beginning to sound like Cato on Carthage, but I beg you colleagues, what Putin is doing in Ukraine means that we need to get serious about European defence at last.

Gabriele Bischoff (S&D). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, Kolleginnen und Kollegen! Seit vielen Jahren diskutieren wir, dass die Demokratie in Gefahr ist. Wir haben jede Menge Studien, die zeigen, dass wir heute mehr autokratische Länder in der Welt haben als Demokratien und dass wir heute wieder auf dem Stand von 1990 sind.

Und es ist ganz klar – und deshalb bin ich sehr froh über Raphaël Glucksmann, über die ganze Gruppe, die jetzt Vorschläge vorlegt –, wie wir die Resilienz in Europa stärken können, nämlich die demokratische Resilienz. Wir haben hier in der Debatte gesehen: Der Riss geht auch durch dieses Haus.

Deshalb möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Es sind nicht nur ein paar Versprengte, die genau sagen: Wir müssen viel stärker auch unsere Demokratie schützen. Wir haben die Desinformation nicht nur von ausländischen Staaten, wir haben sie auch von Regierungen innerhalb der EU, und da dürfen wir auch nicht blind sein. Aber es sind die Bürgerinnen und Bürger, die in der Zukunftskonferenz, in der Arbeitsgruppe uns diesen Vorschlag gemacht haben und uns auffordern, dafür zu sorgen – in ihrem Vorschlag Nr. 28 –, dass wir wirklich erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen aufwenden sollen, um wirklich die Desinformation zu stoppen, und dass wir tatsächlich auch die Zivilgesellschaft hier viel stärker unterstützen müssen, dass wir sicherstellen müssen, dass wir die Medienkompetenz stärken, und dass wir auch angemessene Sanktionen vorlegen gegen diese großen Plattformen zum Beispiel, die nicht ausreichend dagegen vorgehen. Deshalb: Packen wir es an!

Dragoș Tudorache (Renew). – Madam President, war kills people – not a distant figure of speech but a cruel reality which Putin has brought to our doorstep. But there are many ways to kill. Autocrats with a skewed vision of the world have also learned to kill critical judgment, to poison people's minds and souls for political gain. This kind of war can be as effective in annihilating enemies, in subduing societies and determining the future of nations.

I speak, of course, of disinformation, fake news, of deliberately using the amplified effect of new digital technologies to undermine democracy. Let's call a spade a spade. We've allowed for years that regimes such as Putin's insinuated into our digital societies and created segregation, hatred and conflict. We saw its effects in elections across Europe. We saw it in the US, we saw it in the Brexit campaign.

Protecting our democracy and prosperity is therefore not just politics, it is the foundation for peace. We have a duty to fiercely protect our democracy from foreign interference and to decide to live in a healthy society where technology is used according to our values.

I welcome this report and the work of the INGE Committee that provides the tools to fight for our democracy. Let's use them.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! Cieszę się, że padły tutaj ważne słowa dotyczące ograniczenia wpływu putinowskiej propagandy w krajach Unii Europejskiej. Cieszy, że podjęto działania ograniczające działalność stacji radiowych i telewizyjnych takich jak Sputnik czy Russia Today. Ale nie sposób nie zauważyć, iż przez ostatnie lata Putin bezkarnie i z pełną premedytacją manipulował opinią publiczną w Unii Europejskiej. Przymykano oczy na destabilizowanie i wywoływanie niepokojów społecznych w krajach członkowskich przy okazji pandemii koronawirusa.

Dzisiaj obserwujemy, jak te same antyszczepionkowe portale czy profile wspierają agresję Putina na Ukrainie. Rok temu niemiecki tygodnik „Der Spiegel” opublikował analizę dotyczącą manipulacji dokonywanych przez stację Russia Today w Niemczech. To było rok temu, a dzisiaj pomimo tej tragedii, wojny na Ukrainie, kanclerz Niemiec mówi, że Niemcy nie zrezygnują z rosyjskiego gazu czy rosyjskiego węgla. Prezydent Francji z kolei twierdzi, że Rosji należy się szacunek. Tak, Rosji jako państwu – tak, ale nie Putinowi i jego zbrodniczym siepaczom na Ukrainie.

Krok po kroku Putin próbował przygotowywać opinię publiczną w Unii Europejskiej i w Rosji do agresji na Ukrainę. Przykładem jest próba destabilizacji sytuacji na granicy polsko-białoruskiej. Ile fake newsów, powielanych również tutaj, w tej Izbie, było wymierzonych w mój kraj, w polską straż graniczną, w polskie wojsko, w polską policję! Dzisiaj musimy uczynić wszystko, aby cywilizowany świat powiedział Putinowi „Nie!”.

Liudas Mažylis (PPE). – Ponia pirmininke. Rusijai užpuolus Ukrainą geriau negu iki šiol suvokiamė dezinformacijos kampaniją galią ir žalą: tą, kuri jau padaryta ir tebedaroma toliau. O šis pranešimas siūlo konkrečius veiksmus, kaip užkirsti tam kelią. Pirmiausiai kova su dezinformacija turi būti tinkamai reglamentuota. Reikia nustatyti taisykles, užtikrinančias didesnę politinių kompanijų reklamų skaidrumą, sugriežtinti partijų finansavimo reglamentavimą. Pritariu, kad reikalinga suderinta Europos Sąjungos kovos su užsienio subjektų kišimosi strategija. Būtina griežčiau vykdyti bendrąjį duomenų apsaugos reglamentą. Taip pat reikia nustatyti privalomas Europos Sąjungos taisykles, pagal kurias interneto platformos būtų išbandomos jas vertinant ir mažinant manipuliavimą informacija. Pritariu tam, kad platformoms būtų nustatyta archyavavimo pareiga, kad būtų galima išaiškinti reklamos tikslinę grupę ir sumokėjusį subjektą. Dar pabrėžčiau, kad siekiant atsverti įtaką, daroma per rusakalbius kanalus, reikia ryžtingiau šalinti juos iš Europos Sąjungos žiniasklaidos erdvės. Geri pavyzdžiai – Sputnik ir Russia Today. Lygiai tas pats pasakytina ir apie kitų užsienio šalių bandymus manipuluoti diskursu.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora presidenta, vicepresidenta Jurovía, la Comisión Especial de este Parlamento Europeo sobre injerencias, desinformación y manipulación ha trabajado duramente durante un año y medio y se ha detenido, por poderosas razones, en los ataques a la integridad territorial de los Estados miembros por plataformas en línea que apoyan la desestabilización por parte de movimientos secesionistas para debilitar la integración supranacional y en la amenaza del odio a colectivos vulnerables —migrantes, LGTBI— en pos de un supremacismo incompatible con los valores de la Unión Europea.

Intoxicación, *targeted hacking*, amenazas híbridas forman parte de una estrategia de regímenes autoritarios contra los valores fundantes de las sociedades abiertas que integran la Unión Europea.

Y las lecciones están claras. Hace falta una estrategia europea coordinada contra las injerencias y las plataformas en línea que se injieren en procesos electorales y democráticos, y reforzar la ciberseguridad de las infraestructuras críticas.

Pero las soluciones también están claras: legislación vinculante contra la falta de transparencia de los algoritmos, alfabetización y educación digital como autodefensa de la ciudadanía y sanciones implacables contra los responsables de la desinformación.

La brutal mezcla de desinformación y represión pura y dura que campea en la Rusia de Putin, en su agresión contra Ucrania, pone de manifiesto que la tarea no ha terminado. Hay que extraer las lecciones para que haya una opinión pública libre como un pilar esencial de la idea europea de democracia.

Abir Al-Sahlani (Renew). – Fru talman! Kära kolleger, kommissionär! Om vi någonsin tvekat inför varningarna om att vår liberala demokrati är under attack, liksom våra institutioner, vårt politiska system, vårt europeiska sätt att leva, så har Putins krig mot Ukraina med full kraft visat sitt rätta ansikte. Putins krig pågår emellertid inte bara mot Ukraina, utan det pågår också mot den liberala demokratiska världsordningen. Det handlar om hybridkrig och cyberattacker mot våra institutioner och medveten spridning av falsk information och manipulation av budskap för att skapa splittring och misstro.

Dessa regimer, de auktoritära regimerna, har dock inte stannat där. De har också knutit nära kontakter med partier som finns i detta hus. Italienska Lega Nord, franska Nationell samling, österrikiska FPÖ har alla slutit samarbetsavtal med Putins parti. Tyska AfD och ungerska Fidesz användes som valobservatörer i valet i det ryskkontrollerade Donetsk och Luhansk. I Sverige kunde inte Sverigedemokraternas partiledare Jimmie Åkesson välja mellan Joe Biden eller Vladimir Putin. EU har visat sig rörande enigt mot kriget. Nu är det också dags att visa att vi står enade mot kriget mot Europa. Det är inte bara freden vi ska försvara utan också vår fundamentala frihet.

Anna-Michelle Asimakopoulou (PPE). – Madam President, we're all acutely aware of the pressures our democratic models face from the rise of populism and disinformation, and there's certainly no shortage of actors on the world stage that stand ready to exploit and probe these pressure points.

In this important report, we see the same states mentioned again and again, notably Russia, China and Turkey. In the case of Turkey, we've highlighted, first, attempts of the Turkish Government to influence its diaspora in order to relay Ankara's position and to divide European societies; second, the targeting of journalists, such as Erk Acarer in Berlin; and, third, foreign interference and disinformation campaigns against EU accession countries in the Western Balkans.

Turkey is a member of NATO and it's still an EU candidate country, so it should be aligning its foreign policy with the EU's. Yet, in the case of Ukraine, although Turkey did vote in favour of the United Nations General Assembly resolution, it's unwilling to join the EU in imposing sanctions against Russia, it keeps its airspace open to Russia, and it could potentially become a backdoor to circumvent EU sanctions on trade. We must insist that Turkey not only ceases its interference in our democratic processes, but that it takes a clear stance in proactively defending Ukraine's democracy.

Petra Kammerevert (S&D). – Frau Präsidentin! Der vorliegende Bericht könnte kaum aktueller sein. Während er die Desinformation in der EU auch durch ausländische Regimes aufdeckt und klar benennt, zeigt er aber gleichzeitig auch auf, wie wir jenseits von – aus meiner Sicht – unüberlegten Schnellschüssen wie Verboten und Sperren wirksam gegensteuern können.

Wir haben dringenden Nachholbedarf bei der digitalen und medialen Bildung, und der Bericht hebt zu Recht die Bedeutung pluralistischer, vielfältiger und unabhängiger Medien hervor. Wollen wir unsere Demokratie schützen, so müssen wir mehr tun für Medienkompetenz und zur Stärkung von unabhängigem Journalismus in Presse, Rundfunk, Fernsehen und online. Nur so können wir eine liberale Medienordnung verteidigen.

Eine solche wird sich ohne weiteres staatliches Eingreifen als wehrhaft erweisen. Einer starken und liberalen Medienlandschaft gelingt es ganz von selbst, Stumpsinn und Schwachsinn aufzudecken und zutreffend einzuordnen. Zum Schutz unserer Demokratie die Medienfreiheit zu opfern, wäre ein schwerer Fehler, denn das eine ist nicht ohne das andere zu haben.

Herzlichen Glückwunsch zum Bericht, aber bitte lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, die Erkenntnisse jetzt auch in Taten umzusetzen.

Ivars Ijabs (Renew). – Madam President, Madam Commissioner, what we are seeing right now in Ukraine makes some things crystal clear. We in Europe have always protected freedom of speech, freedom of information as our fundamental values, and at the same time we have allowed aggressive, authoritarian dictatorships to use information as a weapon against us.

It is now urgent to change this approach. Europe has to engage much more in the distribution of its positive message. We should not hesitate to emphasise our values, our position and our approach to reach the public in authoritarian countries like Russia. I'm talking here about supporting the quality journalism and analysis about access to objective expertise and independent channels of information.

I mean, these first two weeks of the ongoing Russian aggression have been catastrophic for the informational sphere in Russia. Prominent media outlets like Echo Moskvy or Dozhd have been forcibly closed, journalists expelled and arrested. Without our help, the last remnants of a free public debate will be gone in a matter of days.

This is not just about helping the Russian people, this is about also ourselves getting informed about what's happening in those countries. Thank you very much for the report.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, kolegice i kolege, zahvaljujem izvijestiteljici Kalniete na izradi izvješća koje je pravovremeno u novim okolnostima širokih pokušaja destabilizacije europskog susjedstva i narušavanja dinamike demokratskih procesa u samoj Europskoj uniji.

Kolegice i kolege, rad tipkovnicama i mobilnim uređajima traje više od desetljeća. Vjerujem da smo svi svjesni toga, a sada svjedočimo neviđenoj razini kršenja prava građana, ruskih građana na informacije, koje se u Rusiji manifestira kroz blokiranje pristupa velikim platformama kao što su Facebook, Twitter i Youtube te ograničavanje pristupa zapadnim i neovisnim ruskim medijima.

Kolegice i kolege, tamo se zbog istine ide u zatvor i to je odgovor svima onima koji pitaju zašto je Europa donijela odluku da se zabrane proruski mediji koji šire laži i dezinformacije.

Znate što je pranje novca, a ovdje je na djelu pranje informacija. Stoga pozdravljam naše izvješće koje ističe i razinu važnosti medijske pismenosti koje ostaje ključan način kako ojačavati sposobnost naših građana za prepoznavanje dezinformacija u vremenu zapaljive i manipulativne retorike na društvenim mrežama i u javnom prostoru.

Svojim amandmanom pozvala sam i Europsku komisiju da se zaduži za izradu liste softvera nezakonitog nadzora kao i osposobljavanje osoblja u institucijama.

Kolegice i kolege, transparentnost nikada nije imala bitniju ulogu, kao i odgovarajuće označavanje dezinformirajućeg sadržaja. Suradnjom europskih institucija i medijskih kuća naše strateško opredjeljenje mora biti prepoznavanje narativa manipulacije u borbi za istinu.

Isabel Santos (S&D). – Senhora Presidente, ao longo dos anos temos assistido a piratagem de bases de dados e a campanhas de desinformação e manipulação que ameaçam a competitividade dos nossos processos eleitorais e a legitimidade das nossas instituições. Assistimos também ao financiamento de movimentos políticos radicais, alguns deles com assento nesta câmara, através dos esquemas de corrupção, de branqueamento de capitais, da criptomoeda e dos ativos digitais usados ao serviço de Putin e Xi Jinping e outros ditadores e autocratas. É tempo de dizer basta!

Uma UE resiliente implica 27 democracias fortes e uma política externa ativa no fortalecimento da democracia no mundo. É imperioso que a Comissão elabore uma lista com diretrizes com vista a pôr cobro aos resquícios de opacidade no financiamento dos partidos políticos e que em diálogo com a OSCE, com o Conselho da Europa e outras organizações relevantes neste âmbito nos centremos no fortalecimento e na adaptação da observação eleitoral face aos novos desafios. As últimas semanas têm-nos mostrado que a defesa da democracia é um combate que não admite ingenuidade, alheamentos ou adiamentos.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! Fru kommissionär, kolleger! Information är ett dödligt vapen. Att säga sanningen i dagens Ryssland är straffbart. Ingen kan blunda för att Ryssland gör och har gjort lögnen till sanning, för att nå sina syften och för att undergräva och destabilisera Europas och grannländernas demokrati, göra den egna befolkningen avogt inställd till det öppna liberala samhället och få dem att på falska grunder sluta upp bakom Putin och inte dras ner i västs frihetliga dekadens.

Sanningen är att utan lögn hade Putin aldrig kunnat invadera Ukraina. Varför ljuger då Ryssland? Jo, för att det har fungerat – för att alltför många, alltför länge, har varit alldeles för naiva. Vi måste sluta spela med i Putins teater, sätta stopp för lögnerna, avslöja desinformation, värna vår demokrati och integritet.

Gheorghe Falcă (PPE). – Doamnă președinte, doamnă comisar, dragi colegi, provin din România unde, la mijlocul anilor '40, interferența străină a URSS asupra procesului democratic ne-a costat jumătate de secol de comunism. Doamnelor și domnilor, prin experiența noastră să nu mai treacă nimeni.

Zilele acestea, o refugiată ucraineană ajunsă în București descria dezinformarea rusă. Citez: „Când le-am trimis prietenilor mei din Rusia filmări cu oamenii morți din apropierea casei mele din Harkov, au încetat să îmi mai scrie”, închei citatul. Tot femeia spunea că a fost sunată de un văr din Crimeea și a invitat-o să stea la el până când armata rusă va elibera Harkovul de armata nazistă ucraineană, iar în final, când femeia și-a sunat mătușa din Belarus să-i spună că a ajuns cu bine în România cu fiuța ei, aceasta a întrebat-o ce caută la atacatorii NATO.

Doamnelor și domnilor, așa lucrează dezinformarea rusă, iar noi trebuie să avem curajul și determinarea să deconstructăm rețeaua de dezinformare Putin din Europa, rețea care finanțează partide, oameni politici, jurnaliști și analiști. Lucrul acesta trebuie să îl facem pentru că ingerințele externe constituie o încălcare gravă a valorilor și a principiilor pe care se întemeiază Uniunea noastră, cum ar fi de demnitatea umană, libertatea, solidaritatea, democrația și statul de drept. Mulțumesc și la mulți ani, doamnelor!

(Applauze)

Engin Eroglu (Renew). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, meine sehr geehrten Damen und Kollegen hier im Raum! Desinformation ist die Saat des Bösen mit dem Ziel, sich in die Herzen der Menschen zu fressen. Desinformation ist nichts Neues – ein ganz altes Instrument, das schon älter ist als 2000 Jahre. Etwas Neues sind die digitalen Plattformen – nicht älter als 20 Jahre, das ist etwas Neues. Und wohin uns diese digitalen Plattformen geführt haben, sehen wir jetzt.

Wir sehen, dass es dazu geführt hat, dass sich in der Europäischen Union flächendeckend radikale Parteien breitgemacht haben, die miteinander kommunizieren, die gleiche Saat verbreiten. Wir sehen, dass bei einer gigantischen Katastrophe wie COVID unsere Gesellschaft nicht geschlossen ist, sondern entzweit in verschiedene Radikale. Wir sehen, es kommt zum Brexit, und wir sehen, es kommt zu einem brutalen Angriffskrieg Putins mitten in Europa auf die Ukraine.

Wir müssen dieses Krebsgeschwür bekämpfen und dazu die digitalen Plattformen mit in die Verantwortung nehmen. Sie verdienen hervorragende Summen mit ihrer Arbeit und können diese Summen auch darin investieren, diese Spaltung der Gesellschaft aufzuhalten.

Miriam Lexmann (PPE). – Madam President, for the first time in decades, Europe is facing a wide-scale war. This is also highlighting the failure to remain consistent with our values. For too long, we were naive, falsely believing that by engaging with authoritarian and totalitarian regimes, we can change them. Today, we see the consequences of this naivety.

Instead, these regimes have been seeking to corrupt our democratic processes, degrade our economic strength, divide our society, undermine our alliances and rewrite international norms to suit their malign interests. Even worse, they seek to subvert the very notion of truth.

How we respond will determine the world in which we will live. We must remain united and, above all, to seek and defend the truth and the very values on which our Union has been founded, because truth and our values make us stronger and are the best weapon we have to fight back against those wishing to subvert our freedom.

Charles Goerens (Renew). – Madame la Présidente, pour un dirigeant autoritaire, rien n'est plus dangereux que des citoyens qui pensent et qui s'articulent librement. La place de ces personnes est devant une justice partielle, dans des camps de travail, voire dans des salles de torture.

Aussi, le dirigeant autoritaire voit-il souvent, à raison, son système menacé de l'extérieur. Avec ses cinquièmes colonnes présentes un peu partout dans les États membres de l'Union européenne, et même dans ce Parlement, il essaye de faire imposer ses vues, de faire basculer des majorités qui ne lui sont pas acquises. Les nouvelles technologies lui servent d'amplificateurs puissants dans des opérations de manipulation. Avouons-le, nous avons peu de moyens à y opposer. À vrai dire, nous n'en avons qu'un seul, et c'est le bon: la formation de l'esprit critique, dès le plus jeune âge, capable de discerner entre vérité, approximation, contre-vérité, mensonge, mésinterprétation.

J'aimerais conclure avec une citation de Frans Timmermans: «Poutine n'a pas peur de l'élargissement de l'OTAN, Poutine a peur de l'élargissement de la démocratie». Une société libre – et ça, c'est ma citation – est une société éclairée. Une société éclairée n'a pas peur.

Eva Maydell (PPE). – Madam President, Putin's invasion of Ukraine is part of a wider campaign to undermine our democracies. Disinformation and foreign interference isn't a new phenomenon, but Russia has digitised it, and it has combined it with other hybrid tactics. It's a playbook that has been borrowed and has been used before – be it by China, by Venezuela or by Trump.

Sometimes it feels that people may want to accept convenient lies. But we have to make sure that we can lead them to the sometimes uncomfortable truth. This is why, more than ever, we need to increase our media literacy and critical thinking. Also, platforms can and should do more. I wonder why there are some Russian state accounts that are still active on several platforms. This, for me, is hard to justify.

Tackling disinformation without suppressing free speech is a major task for Europe. This is why we need a special disinformation war room, for which I have already called – and if we ever wanted to try this, now is the time to do it.

Seán Kelly (PPE). – A *Uachtarán*, elections are, first and foremost, an expression of the will of the people. Yet efforts by foreign entities to influence domestic elections have shaken democracies around the world.

With unbridled access via social media to virtually everywhere, propaganda and misinformation have been weaponised to an extent not seen before.

In Europe, we have seen the horrors of propaganda and the devastation it can cause. Putin has tried to lock away his people from the world, closed their eyes to his inhumane attacks on the innocent, and seeks to rewrite history in real time – all the hallmarks of a tyrant.

Suffocated disinformation campaigns deeply sullied the US presidential election in 2016, as well as the Brexit vote.

We must ensure we have the tools in place to respond to this new reality. Free and fair democracies are worth defending, and no country or people should think they are immune from interference.

Paulo Rangel (PPE). – Senhora Presidente, Senhora Comissária, Presidência, antes de mais queria, naturalmente, saudar neste Dia Internacional da Mulher todas as mulheres e ter, em especial, uma palavra para as mulheres ucranianas que, ou na Ucrânia ou agora fora dela, tanta coragem têm demonstrado.

Nestes últimos trezes dias a invasão e agressão criminosa e ilegal injustificada da Ucrânia pela Rússia também é produto da nossa tolerância para com a desinformação, para com as *fake news* que tivemos ao longo destes 10, 12, 13, 14, 15 anos. Efetivamente, Putin e a Rússia estiveram sempre a usar os meios de comunicação social e as plataformas digitais e a pagar a partidos extremistas, à esquerda e à direita, para criarem um ambiente de comunicação e de informação que lançou as sementes desta guerra. É por este motivo, que este relatório, o relatório Kalniete, é tão importante. Porque mesmo antes da guerra ele já demonstra como a manipulação da informação, a manipulação do discurso político e a interferência em eleições são o pasto e a semente para uma guerra de agressão como aquela que estamos a viver. Por isso, teremos de seguir todas as indicações para montar uma estratégia ou um mecanismo de segurança, de ciberdefesa e de resiliência para evitar as falhas do passado.

Arba Kokalari (PPE). – Fru talman! Desinformation, cyberattacker, hacking, hot mot journalister, finansiering av extremistpartier, spionage – ja, listan kan göras lång i detta lågintensiva krig som har förts mot Europa i årtal, inte bara nu. Men det räcker nu. Vi får inte låta Ryssland föra informationskrig så att Putin kan motivera sina attacker mot oskyldiga civila och barn i Ukraina. Vi får inte låta Ryssland köpa europeiska politiker med styrelseplatser så att Europa blir beroende av den ryska gasen. Vi får inte låta dessa diktaturer påverka demokratiska val i västvärlden, så som man gjorde med brexit och i USA. Vi får inte låta Kina köpa upp europeiska hamnar och annan viktig infrastruktur för att använda det emot oss.

Vi måste stoppa den ryska gasen, isolera den ryska ekonomin och ha hårda sanktioner. Men vi kan också göra mycket mer för att skydda hela Europas motståndskraft, både militärt och med andra medel.

Kampen för frihet, demokrati och en ljus framtid för Europas folk är viktigare än någonsin. Det är den viktigaste kampen vi kommer ta i vår generation. Vi får inte längre låta Ryssland och Kina och andra diktaturer utnyttja våra öppna samhällen. Det är en kamp vi måste föra hårt varje minut – och vi måste göra det nu.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Madam President, thank you very much for this important discussion. Once again, this is a very important contribution to better understanding maybe where we are and what we need to do. And thank you for establishing the INGE Committee because already some time ago, many of us felt that too much, maybe everything, is at stake and that we need to pay more attention to the phenomena of disinformation and trying to decrease the trust of people in our democracy.

A lot has been said here about freedom of speech. Let me assure you that freedom of speech remains the golden grail for us. It does not change. It is in our European DNA that we protect freedom of speech. But, freedom of speech is not absolute because by protecting absolute freedom of speech, we will resign on truth. And the society which resigns on truth, which forgets to value truth, is a weak society and is lost. And this is what must not happen to us.

Paní předsedající, dovolu mi nyní reagovat na pana Uhríka. Udělám to ve svém rodném jazyce, kterému pan Uhrík dobře rozumí. Pan Uhrík přirovnal Evropskou unii k Orwellovi. Jinými slovy řekl, že tím, že zakazujeme nebo že omezujeme možnost některých médií vysílat v Evropě, zavádíme cenzuru. A já chci říct, že bychom si měli uvědomit, o čem tady mluvíme, mluvíme-li o válečné propagandě a dezinformacích, které se pojí k válce na Ukrajině.

Dnes ráno jsem četla zprávu, že v nové nabídce dezinformací je zpráva, že válka na Ukrajině je *fake*, že je vymyšlená a že to, co vidíme, jsou najatí herci. Pane Uhríku, opravdu věříte tomu, že šestiletá umírající holčička je najatá herečka? To, co jsme viděli před několika dny. Opravdu věříte tomu, že včera zabitý osmnáctiměsíční chlapeček v Mariupolu, v době, kdy mělo být zastaveno ostřelování, je najatý herec a jeho zoufalí rodiče jsou najatí herci?

Myslím si, že bychom si měli všichni uvědomit, o čem se tady bavíme a o jaké míře sprostoty a neúcty k lidskému životu mluvíme, pokud se bavíme o dezinformacích, které se váží k ukrajinské válce. Já si myslím, že je to verbální barbarismus, který se pojí s barbarismem, který vidíme v reálné válce na Ukrajině.

I will come back to English because speaking about Orwell, I think that what we see is Orwell in Russia. There we see that absolute power, which is not limited by checks and balances, leads to absolute evil. And the action of the EU against Russia today and Sputnik, I agree it's a radical reaction in an extreme situation. It's radical, it's unprecedented and it's necessary.

I want to say one thing to conclude. What we see in the days following the start of Russia's invasion in Ukraine, after 24 February, is that the investments of Putin's Russia in creating sufficient power for disinformation in Europe went in vain because it didn't disappear, but it is weakened now.

And we see that in spite of the years of massaging public opinion in the EU, especially in central and eastern Europe, the people show that they did not believe it or they do not believe it now. And there is an extremely big and important wave of solidarity. I want to thank the people in Poland, in Hungary, in Slovakia, in Romania, in my country, for such a strong action helping the people who are fleeing the war.

And this is now, this is today, but disinformation will gain again its power. I just imagine this is like the second wave of a tsunami. It will come and they are already starting and they will be harvesting the fear of people, they will be fuelling the fear of people, because there will be increased crises and there are already increased crises of energy. There will probably be increased crisis prices of food.

There will be a big portion of discomfort which the European people are not used to, and we have to be ready for that. We have to strengthen all our actions against disinformation, everything we spoke about today, our action through the code of practice and many other things. But also we have to tell the people the truth ourselves because the best way of combating disinformation is the truth. And I think that we will need a mature society, well informed people, the people who will trust us and trust cannot come without the truth.

Brigitte Klinkert, *Présidente en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les députés, je vous remercie pour la qualité du débat que nous avons eu aujourd'hui. Le Parlement européen, il y a 18 mois, en créant la commission INGE, a eu raison. L'analyse minutieuse et documentée que vous avez réalisée démontre l'étendue et la diversité des mesures auxquelles nos démocraties font face.

Pour justifier et soutenir son agression militaire contre l'Ukraine, la Fédération de Russie a lancé des actions continues et concertées de désinformation et de manipulation de l'information à destination des membres de la société civile dans l'Union européenne et les pays voisins, en faussant et en manipulant gravement les faits. Le 2 mars, le Conseil a adopté des mesures restrictives de suspension en urgence des activités de diffusion de Sputnik et de Russia Today, dans l'Union européenne ou en direction de l'Union européenne. Ces mesures seront en vigueur jusqu'à ce que l'agression contre l'Ukraine prenne fin et jusqu'à ce que la Fédération de Russie et ses médias associés cessent de mener des actions de désinformation et de manipulation de l'information contre l'Union européenne et ses États membres.

La présidence soutient par ailleurs les efforts du Service européen pour l'action extérieure et de la Commission visant à démasquer les manipulations de l'information par des médias ou des sites Internet proches du Kremlin destinées à donner une image biaisée du conflit en cours ainsi que du rôle de l'Union européenne et des Européens. Il est également important que les grandes plateformes en ligne jouent leur rôle pour prévenir et réduire les manipulations de l'information dans le cadre de ce conflit.

De manière générale, le Conseil joue un rôle actif dans ce domaine en examinant les initiatives de la Commission en la matière – telles que le plan d'action pour la démocratie européenne, la législation sur les services numériques et la directive SRI 2, entre autres – et en élaborant des réponses plus complètes et plus ambitieuses en vue de renforcer la résilience de notre société et de lutter contre les attaques de désinformation et les menaces hybrides.

Des travaux sont actuellement en cours au sein du Conseil afin de mettre au point un dispositif de l'Union européenne pour répondre de manière coordonnée aux campagnes hybrides de manipulation de l'information visant l'Union européenne et ses États membres.

Permettez-moi à nouveau de vous féliciter pour le travail considérable que vous avez accompli au cours de l'année et demie écoulée. Et permettez-moi de vous assurer une fois de plus que la présidence et le Conseil dans son ensemble attachent une importance cruciale à la protection de nos processus démocratiques, institutions et sociétés contre toute ingérence étrangère, y compris la désinformation. Le Conseil continuera à soutenir des efforts communs pour aller de l'avant en élaborant conjointement des réponses européennes ambitieuses et déterminées aux questions débattues.

Le Sommet européen, qui se tiendra à la fin de la semaine à Versailles, se penchera notamment sur cette question. Nos chefs d'État et de gouvernement, dans le contexte que nous connaissons, prennent ce sujet très au sérieux. La protection de nos processus démocratiques, à laquelle nous sommes tous attachés – le débat d'aujourd'hui l'a d'ailleurs encore bien montré –, mérite que nous concentrions tous nos efforts de façon structurée et commune.

President. – The debate is closed.

The vote on the amendments will take place today, Tuesday, 8 March 2022, and the final vote on Wednesday, 9 March 2022.

Written statements (Rule 171)

Urmas Paet (Renew), kirjalikult. – Välissekkumine, teabega manipuleerimine ja desinformatsioon on ELi põhiväärtuste tõsine rikkumine, mis õhustab demokraatlikku protsessi. Raportis märgitakse, et ELis on vajadus välissekkumise vastase kooskõlastatud strateegia järele. Veel on vaja pöörata tähelepanu vastupanuvõime suurendamisele olukorrateadlikkuse, meedia- ja infopädevuse, meedia mitmekesisuse, sõltumatu ajakirjanduse ja hariduse kaudu. EL peab investeerima rohkem elutähtsa taristu arendamisse, eriti sellistes strateegilistes sektorites nagu kaubandus ja julgeolek. Küberturvalisus ja vastupidavus küberrünnete vastu on üha olulisemad, arvestades, et vaenulike riikide, nagu Venemaa ja Hiina poolt esile kutsutud küberintsidendid on kasvav trend.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Zahraničné zasahovanie predstavuje vážne porušenie univerzálnych hodnôt, ako sú ľudská dôstojnosť, sloboda, rovnosť, dodržiavanie ľudských práv, demokracia a právny štát, na ktorých je EÚ založená. Z dôkazov vyplýva, že predovšetkým autoritárske zahraničné štátne a neštátne subjekty sa uchylujú k manipuláciám s informáciami a využívajú rôzne taktiky na zasahovanie do demokratických procesov v EÚ. Výskyt kybernetických útokov sa v posledných rokoch zvyšuje. Niekoľko z nich bolo vysledovaných štátom podporovanými hackerskými skupinami napojenými na ruské a čínske vlády. Boli medzi nimi akcie, ako napríklad globálny spear-phishingový e-mail kampane zameranej na strategické úložiská vakcín alebo útoky proti Európskej liekovej agentúre (EMA) a nórskeму parlamentu. Takéto útoky zavádzajú a klamú občanov a ovplyvňujú ich volebné správanie, rozdeľujú, polarizujú a využívajú zraniteľné stránky spoločností, podporujú nenávisťné prejavy, zhoršujú situáciu zraniteľných skupín, ktoré sa častejšie stávajú obeťami dezinformácií a majú za cieľ destabilizovať európsku demokraciu. Je preto dôležité systematicky pracovať na ochrane EÚ v tejto sfére.

Mihai Tudose (S&D), în scris. – Susțin raportul elaborat de Comisia europeană privind ingerințele externe în procesele democratice din cadrul Uniunii Europene, inclusiv dezinformarea, pentru că documentul sintetizează munca din ultimii doi ani de anchetă, analiză și formulare de soluții, în cadrul acestei comisii speciale din care fac parte și la ale cărei audieri am invitat experți români în combaterea *fake news*. Raportul este foarte vast, acoperind de la relațiile unor partide din UE cu state terțe, inclusiv finanțarea lor obscură din afara Uniunii și problema racolării elitelor europene, până la vulnerabilitățile mass-mediei și rolul platformelor de comunicare socială.

Atrag atenția asupra cererii adresate Comisiei Europene să propună o strategie coordonată și transsectorială, dotată cu resurse financiare adecvate, bazată pe politici de reziliență și concretizată în instrumente de descurgare a atacurilor hibride la adresa UE, precum și într-un regim de sancțiuni comune. Avem nevoie, totodată, de campanii intense și eficiente de informare, care să sensibilizeze cetățenii cu privire la riscuri, dar și de un suport semnificativ pentru rezistența presei europene de calitate în noul cadru digital.

Roberts Zile (ECR), rakstiski. – Šodien ir uzskatāmi redzams dezinformācijas apmērs. Tā vairs nav viedokļu atšķirība par specifiskiem jautājumiem, bet gan nepatiess notikumu atspoguļojums, kas tiek publiski izplatīts. Otrajā kara nedēļā Ukrainas ziņu kanālos un tiešsaistes platformās ir bijuši vairāki mēģinājumi — gan veiksmīgi, gan neveiksmīgi — maldināt cilvēkus, izmantojot dezinformācijas kampaņas. Šajā ziņojumā ir precīzi norādītas Eiropas vājās vietas: kas ir galvenie mērķi, kādi ir motīvi, kā arī kādi ir ieteikumi, lai stiprinātu mūsu aizsardzību. Eiropas vērtību aizsardzība ietver arī demokrātisko procesu drošību bez ārvalstu struktūru iejaukšanās. Es aicinu visus kolēģus ar vislielāko nopietnību izturēties pret šiem jautājumiem un atbalstīt turpmākos ieteikumus.

(The sitting was suspended for a few moments)

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

4. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 12.12)

5. Internationaler Frauentag – Ansprache von Oksana Sabuschko

President. – Good afternoon colleagues, I am very pleased to welcome Oksana Zabuzhko to this year's celebration of International Women's Day. On this day, the word 'celebration' is not, I think, a word we could use because the shelling of Ukraine continues unabated. We have all seen, heard, and felt some of the misery of the victims of the aggression, the first of which are always women and girls.

Yet, in these dark days, we witness strength and we witness courage. In Ukraine women are resisting, they are standing up, pushing back and taking up arms against their aggressor. So it is therefore even more important and a privilege to have with us today a Ukrainian woman and writer, Oksana Zabuzhko, whose literature and strong voice exhibits the very strength of Ukrainian women in the face of oppression.

Oksana, you left Ukraine two weeks ago with nothing but your hand luggage and you have not had the possibility to return since.

In Russia and in Belarus, women are protesting on the streets in an act of defiance against their governments. They do this in spite of the serious repercussions they face.

To these women, we say: Europe stands united, with you. We stand united with you.

(Applause)

Because there are no winners in war, there is only death. Only the pain that someone bears when they are forced to leave their country, when they learn that their loved ones are not coming home, when they have to bury their children.

Colleagues, the brave and resilient women of Ukraine serve as an inspiration to us all. Because yes, there is extraordinary power behind a Ukrainian woman asking a fully-armed Russian soldier to put sunflower seeds in his pocket, so that if he dies on her homeland, flowers may bloom from his lifeless body.

These are the acts of heroines, defending the same European values that we hold. On International Women's Day, this European Parliament will serve as a platform for the strength of these brave women to be shown to the world.

Oksana, you have the floor.

Oksana Zabuzhko. – Dear President, dear Members, dear friends, I cannot be more appreciative for this invitation and for this unique opportunity to speak here on Women's Rights Day at probably the darkest hour in Europe since 1939.

For most of my literary career, I've been speaking for women and in the name of women. In my writings I have aimed to give voice to the experiences of women subjected to violence, to those living and dead whose feelings, ideas or accomplishments were ignored, devalued or simply forgotten. I've spoken for women's rights to be free from discrimination and gender inequality, for their right to live in accordance with their own wishes and preferences. This, however, is the first time that I have to stand up for a woman's right to life itself.

Ukrainians are a strong nation. This appears to have surprised many in the West. Yet were it not so we would not have survived Stalin's genocide, the horrific man-made famine of 1933, notably still unrecognised by most of the countries represented here.

And we are a nation of strong women too. Along with the rest of the world, I cannot but admire, with tears in my eyes, my fellow countrywomen now fighting right alongside our men. They have joined the army and the civil territorial defence forces. They manage the distribution of supplies across our besieged cities, some of which, like Mariupol, stand on the verge of a humanitarian catastrophe now.

They give birth in bomb shelters supported and supervised by doctors online. Ukrainian doctors meanwhile have created Facebook pages offering instructions on how women over 37 weeks pregnant might safely deliver children in bomb shelters. An image that strikes me as almost biblical, as thousands of Marys hide with their newborns, evading Kind Herod in basements, subway stations and other stables.

Yes, we are strong and grateful for your support and your admiration. The problem is that Putin's bombs will not be stopped by the strength of our spirit. And babies born in bomb shelters die of sepsis caused by the dust raining down on them during attacks, Mary's stable was much more hygienic.

Since 24 February, when Russia launched its invasion, conceived as a blitzkrieg, only to be foiled by the ferocious determination of our military and mobilised civilians, one of history's unshakable rules has been reconfirmed: in any 'hot' war women make the most vulnerable targets, if only because it's women who remain to take care of those in need, of children and the elderly.

And it is precisely this living shield which Vladimir Putin now uses to break Ukraine's heroic resistance. Having failed to take Kyiv, Putin began shelling residential areas, including elementary schools, nurseries and hospitals.

Let me take the liberty of stressing this: every moment of hesitation on the side of western policymakers and the NATO decision-makers about whether to provide Ukraine with anti-aircraft weapons, not to speak of the no-fly zone, every coffee break you are taking during your discussions about how to interfere without provoking Putin to go further, costs someone's life. Most likely a civilian's – a woman's or a child's.

After all, Putin said it quite openly back on 17 April 2014, in the first act of the current tragedy, which he called special military operation 'Russian Spring', and which then resulted in the annexation of Crimea and in creating two Russian-controlled military zones in Donbas, but was initially meant to accomplish much more.

That day eight years ago he openly announced that Russian troops in Donbas would be standing against the Ukrainian army, behind Ukrainian women and children. I quote literally, not in front of them, but behind, daring the Ukrainian army to shoot a living shield. A typical terrorist tactic. He was then so confident of his superiority, so sure that no one would dare stop him, that he did not even bother to lie out of contempt for his audience. Isn't it amazing, ladies and gentlemen, that no one, outside of Ukraine maybe, took then his words seriously.

In May 2014, after Russian soldiers in Donbas had already begun slicing open people's bellies and shooting at teenagers for carrying yellow and blue flags, I was speaking in Berlin at the European Writers Forum. And when in my speech I compared Putin to Hitler and Stalin, the moderator was so shocked that my microphone was turned off, and in the publication the comparison was censored.

Eight years passed. So many human lives could have been saved if only the EU and the US would have woken up eight years ago to the fact that they knew Hitler was ready to pick up where the previous one had left off. If the current package of sanctions had been applied to Russia back then, right after the annexation of Crimea, and evil called by its proper name and resisted, instead of being ignored and appeased, we would not be where we are now.

I know my 'ifs' sound similar to the litanies that writers and intellectuals who survived World War Two were proposing after the war ended. Yet for me it is also a sign that we – and by 'we' I mean all Western civilization, to which Ukraine, with its millennium long history, also belongs – that we have not learned too much from history.

Putin deliberately imitates Hitler. He even uses Hitler's very language, referring to the 'final solution of the Ukrainian question' and barely disguising quotations from Hitler's speech at the Reichstag on 1 September 1939: 'I will not war against women and children. I have ordered my Air Force to restrict itself to attacks on military objectives.' That's from 1939, not from 2022.

Yes, ladies and gentlemen, it is the announcement of war. Vladimir Putin has done it in his tricky, perverted KGB language. But I am here to tell you, as a writer who does know something about language and how easily its power can be misused, that it is already a world war, not a 'conflict in Ukraine' as it is still described in many Western media. And that you better trust Mr Putin when he pronounces his ambitions.

He has already claimed back the former Soviet bloc, which is what he really means by demanding that NATO pull back from eastern Europe, and he won't stop unless he is stopped by an international front of all those nations which still believe that freedom and human solidarity are worth more than gas and oil.

Ladies and gentlemen, you have all seen videos of how Ukrainian civilians, men and women, stop Russian tanks with bare hands and loud curses. Here lies the secret of our heroism. We are not afraid of Russia. Of all the nations in Europe, we know that what Putin has for decades been selling to the West as the true story, his nuclear blackmailing included, is nothing but a pack of lies, illusion and bluff.

We know this because we do have our share in the past three hundred years of Russian imperial greatness, and by no means a minor one. That is why of all the nations, it is Ukraine that has found herself at the forefront of this war. Without us, there can be No Russian empire, no evil empire, ladies and gentlemen – that used to be a good term, after all.

First, there was Austria, then Czechoslovakia, then Poland, then Europe. First it was Georgia, then Belarus, then Ukraine, afterwards Europe.

While I was writing this, my niece and her two children, one eight years old, the other eight months old, were driving from Kyiv to western Ukraine at a speed of 200 kilometres in 10 hours. The women of Ukraine are fleeing en masse from the Russian bombs threatening their homes, while Ukrainian men stay to fight as long as it's needed, to free Europe from the spectre of the new totalitarianism.

They all know their job, both men and women. Please, don't be afraid to protect the sky above them.

President. – Thank you so much, dear Oksana, for those heartfelt words. We will now hear from the representatives of the political groups.

Frances Fitzgerald, on behalf of the PPE Group. – Madam President, I thank Oksana for that powerful speech, and thank you, Roberta, for ensuring that we had Oksana here with us today. It was truly chilling to hear her words of women giving birth in underground stations with doctors online and babies getting sepsis and all of your other images too.

We have spent much of the past 13 days talking about European values because, as you have said, Oksana, as Ukrainians take to the front line to defend their country, they are not just defending themselves and their own beliefs, but the core of our very Union here. Human rights, democracy, the rule of law, these are our European values, and right at the very heart is gender equality, not an add-on, not an extra, but in fact essential and quintessentially European from the start of our project.

Yet the tragedy of this International Women's Day is that thousands of women, as you have said, Oksana, are running under a hail of bullets, avoiding missiles and their houses falling down around them, running away from the violence, protecting their children and equally running into the fire to protect our European values.

Just two short weeks ago, these were the women contributing to Ukraine in business, in communities and in building up the country's democratic spirit and democracy. Now they run under sniper fire.

Yet Ukrainian women have others who know what it is like, even in the past year. Ask the women of Afghanistan – denied their voice, their education, their lives once again. And the women in Ethiopia raped and brutalised, that isn't just another weapon of war. The women of Yemen, the women of Belarus.

This is just one year for women in some of the worst places to be a woman, now imagine all the rest. Even in the best of places to be a woman we have unfinished democracies, unfinished gender equality agendas.

In each of these places, and with each of these experiences, the task of finding peaceful solutions must be at the top of our agenda. The UN, the US, G7, NATO, if we are to have a sustainable and meaningful peace, we cannot only have the women working from the ground up. We must have women in the senior decision-making fora of our world. Human rights, democracy, the rule of law, our European values are worth fighting for and gender equality is right at the heart.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, muchas gracias, Oksana Zabuzhko, por ser hoy la voz de millones de mujeres que están siendo atacadas en sus principios fundamentales; mujeres refugiadas que huyen de Ucrania con sus hijos, con sus hijas; mujeres ucranianas que se quedan en Ucrania teniendo que atender a los más vulnerables, porque siempre somos nosotras, las mujeres, las más vulnerables en estas situaciones.

Y por eso, escuchar hoy la voz de Oksana en la casa de la democracia europea es tan importante. Este 8 de marzo es importante; este 8 de marzo es diferente.

Pero me vais a permitir también que hoy haga una referencia al movimiento feminista en Europa y en el mundo. El feminismo no entiende de fronteras. Las mujeres tenemos una lucha común por nuestros derechos, por nuestras libertades y, por eso, hoy quiero también destacar el valor de las mujeres en Ucrania, el valor de las mujeres en Afganistán, el valor de las mujeres en tantos y tantos lugares del mundo donde alzar la voz significa poner en riesgo sus vidas.

Hoy estamos con todas las mujeres que sufren, con todas las mujeres que están alzando la voz por un mundo más justo, más igualitario, donde tengamos los mismos derechos.

Este 8 de marzo es importante y las mujeres europeas no nos podemos resignar ni cruzar de brazos. Somos muchas las que tenemos que ser capaces de avanzar en este mundo, en esta sociedad más igualitaria. ¡Viva la lucha feminista! ¡Viva el 8 de marzo!

Stéphane Séjourné, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, chers collègues, Madame Zaboujko, cette Journée internationale des droits des femmes, vous l'avez dit, se déroule dans un contexte particulièrement sombre. Les images d'Ukraine nous rappellent deux réalités sur le combat des droits des femmes.

La première est que les femmes subissent des violences spécifiques et structurelles. Les premières accusations de viol comme crime de guerre ont été enregistrées il y a quelques jours. La deuxième réalité est la place absolument fondamentale des femmes en première ligne lors de cette crise, dans les hôpitaux, les maternités, les écoles, sous les bombes. Tant de femmes sont à leur poste, y compris, aujourd'hui, au combat – vous l'avez rappelé.

Ces réalités illustrent tragiquement l'absolue nécessité morale d'un combat pour l'égalité entre les femmes et les hommes. C'est pour cela que mon groupe politique soutient sans réserve les initiatives de la Commission en la matière. Mais nous devons et nous pouvons aller plus loin, peut-être. L'égalité entre les femmes et les hommes doit devenir une partie constitutive de l'identité politique de l'Union européenne, comme la paix. Quand on dira: «je suis pro-européen», cela doit pouvoir vouloir dire que l'on est féministe, que l'on y croit et que c'est l'ADN de l'Union européenne.

Le pacte Simone Veil poursuit cet objectif en demandant continuellement aux États membres de mettre en place les dispositions législatives les plus avantageuses dans cinq domaines: le droit à l'avortement et à la contraception, la vie familiale, le combat contre les violences faites aux femmes, l'égalité professionnelle et la participation politique. Nous devons maintenir la pression politique pour que, dès 2022, les États appliquent les nouvelles législations plus protectrices.

Ainsi, Madame Zaboujko, j'espère que nous pourrons accueillir vos compatriotes ukrainiennes dans une Union européenne encore plus protectrice, encore plus féministe que celle pour laquelle elles se battent encore aujourd'hui.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, we have made advances for gender equality, but the pure fact that I stand here today, as a female politician and the President of my Group, and the fact that we have a female President of the Parliament, is unfortunately nothing to be taken for granted. It is the result of the incredible work of the many women before us who fought for equal rights and for gender equality. With that in mind, today becomes more than a celebration of women's rights. It becomes a reminder of the hard work that we need to put in for women's rights, a reminder of how much equality we're still missing.

In times of war, women are one of the most vulnerable groups, threatened by gender-based violence, fleeing conflict zones under horrible conditions and at high risk of human trafficking, while often being excluded from the formal negotiations to end the conflicts that they are suffering from. The idea of feminism is about creating a fair world, a world in which we can live freely, equally and in peace.

In the last two weeks, we have seen these ideals demonstrated by the brave women of Ukraine doing everything in their power to keep their families and their communities safe. I also want to stress that we see all the efforts of women in Russia and in Belarus protesting to show they disagree with this horrific war of Putin's, who is waging it against Ukraine, all the while not forgetting the efforts and the suffering of women in Syria, Afghanistan, Yemen and so many other conflicts in the world.

These women show us what courage and resilience look like, and this is the courage that we lose when women are not involved in the decision-making processes. Experience shows that, when women are part of the decision-making and peace-making efforts, the resulting peace is longer lasting and more broadly carried by society because diverse perspectives and additional knowledge are included.

It is our joint responsibility to make sure that women around the world receive equal opportunities to get their feet in the door and take their rightful place at the table. Feminism is the key to a more equal and more peaceful world, not just for women, but for all of us and for the generations to come.

Simona Baldassarre, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, innanzitutto il pensiero va alle donne in Ucraina che soffrono per la guerra, donne profughe, costrette a scappare sotto i bombardamenti con i figli, costrette a subire abusi, stupri e sevizie, come denunciato anche dall'UNICEF. Madri che si fanno coraggio, nella speranza di un futuro migliore. Donne forti che lottano per la pace. Penso a Maria, tra le tante donne ucraine che hanno visto la loro città distrutta e l'uccisione di civili, bambini e anziani, a Kira Rudik, parlamentare ucraina che imbraccia le armi per difendere il proprio paese, o a Mía, prima bimba nata sotto le bombe russe a Kiev in una stazione metropolitana grazie al coraggio di sua madre.

Oriana Fallaci, prima donna italiana ad andare al fronte come inviata speciale, scriveva: «Quasi niente quanto la guerra, e niente quanto una guerra ingiusta, frantumata la dignità dell'uomo».

Colleghe, non scordiamoci mai di queste donne, come anche di quelle che ancora soffrono sotto il giogo talebano in Afghanistan. Anche in Europa la situazione preoccupa, l'ultima indagine dell'Eurobarometro sulle donne restituisce un'immagine dura da accettare: tre donne su quattro nell'UE e otto su dieci in Italia riscontrano un aumento delle violenze negli ultimi due anni, maggiore difficoltà a conciliare famiglia e professione, troppo spesso a dover rinunciare a una per dedicarsi all'altra. Donne più preoccupate ma che non smettono di dimostrare coraggio e tenacia, altruiste, che nell'indagine chiedono a questo emiciclo di occuparsi in primis della lotta alla tratta e allo sfruttamento sessuale. E qui ricordo il dramma dell'utero in affitto, che ancora miete troppe vittime nel mondo.

Mai come oggi è indispensabile ringraziare le donne e ridare loro speranza nei fatti e non solo con le parole. Come diceva Giovanni Paolo II: «Grazie a te, donna, per il fatto stesso che sei donna! Con la percezione che è propria della tua femminilità, tu arricchisci la comprensione del mondo e contribuisce alla piena verità dei rapporti umani».

Assita Kanko, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, has anyone recently looked into their mother's eyes? When I look into my mother's eyes, I see the scars and our failure to protect women. When I look in my daughter's eyes, I see the promise we must keep for the future, as lawmakers. As lawmakers, we do have the power to change things, to build a world where all women are free.

I'm honoured to be standing here today on International Women's Day, but I wish this day was no longer necessary. As I stand here, I think of the women we know and those we do not know. I think of us and the power we have to drive change. We must consolidate the rights that we have acquired and build more, because equality is unfinished business, because freedom is in danger. The Ukrainian women who hastily had to kiss their husbands goodbye and walk away, alone and torn apart, know this. This war is a shame and a failure for the West. They have so much courage.

When I listened to you today, Ms Zabuzhko, I didn't know what to say anymore. To be honest, I could have walked over here and just given you a hug because sometimes words are not enough. But this would not be appropriate and would also not help you for anything today. So what I want to say is, know that we see and hear you. Thank you for coming and speaking to us. Your courage and your authenticity remind us of what we are fighting for. We must fight for people like you, but we must also fight for all other women, women of today and women of tomorrow, destroyed by war against their country or by war against their person.

This year, several women were killed also in Europe. Everywhere women have to fight to survive. In February, Madeleine, 44 years old, was trying to escape her ex-partner in Belgium, who was strangling her. Eventually, he killed her son, who was trying to protect her. This is not a single story. But together we are stronger.

Manon Aubry, *au nom du groupe The Left*. – Madame la Présidente, «N'oubliez jamais qu'il suffira d'une crise politique, économique ou religieuse pour que les droits des femmes soient remis en question. Ces droits ne sont jamais acquis. Vous devrez rester vigilantes votre vie durant». Par ces mots, Simone de Beauvoir nous alertait déjà. La marche vers l'égalité femmes-hommes est sans cesse entravée et les droits des femmes sont un combat de chaque instant. C'est particulièrement le cas en temps de guerre et en Ukraine, évidemment.

Je voulais d'abord saluer le courage de toutes celles qui s'engagent dans la résistance, patrouillent la nuit, se retrouvent à accoucher dans le métro, leur seul abri de fortune. De toutes celles, aussi, qui font tenir la société à l'arrière. Sans oublier les femmes victimes de violences innommables et de l'utilisation du viol comme arme de guerre.

Madame Zaboujko, sachez que toutes les femmes de l'Union européenne se tiennent à vos côtés et sont prêtes à mener la bataille. La bataille pour la paix, la bataille aussi pour le droit à disposer de notre corps, tout simplement. Cette guerre menée par un homme, Vladimir Poutine, symbolise un pouvoir qui s'impose par la peur et la brutalité.

Les droits des femmes sont toujours remis en cause en temps de crise et n'ont cessé d'être mis à rude épreuve ces dernières années dans nos pays. Au plus fort de la pandémie, ce sont les femmes – infirmières, aides-soignantes, caissières, agents d'entretien – qui ont été mobilisées comme premières de corvée, malgré leurs salaires au rabais. Ce sont les femmes, bloquées à domicile pendant les confinements, qui ont été victimes d'une explosion des violences conjugales. Ce sont les femmes qui ont vu leur droit à l'avortement sacrifié, avec un accroissement terrible des difficultés de prise en charge, quand ce droit n'est pas simplement rendu illégal dans certains pays européens.

Simone de Beauvoir avait raison. Ces droits ne sont jamais acquis et tous les prétextes sont bons pour mettre le droit des femmes au second plan, voire les faire reculer.

Alors que le fascisme renaît de ses cendres, les discours de haine des femmes sont de retour en Hongrie, en Pologne et même dans mon pays, la France. L'extrême droite n'a pas changé et fera toujours du saccage des droits des femmes une de ses priorités une fois arrivée au pouvoir. Mais partout en Europe, des femmes et des hommes se lèvent de plus en plus nombreux pour exiger que les femmes puissent vivre en paix et que leur dignité soit respectée. En paix dans leur pays, en paix à la maison, en paix au travail, en paix dans la rue.

Je voulais finir avec ces paroles de l'hymne des femmes: «Le temps de la colère, les femmes, notre temps est arrivé. Connaissons notre force, les femmes, découvrons-nous des milliers!» Et j'ajouterais même, des millions.

Laura Ferrara (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, grazie a Oksana Zabuzhko per le sue parole, per la sua testimonianza. Oggi il mio pensiero non può che essere rivolto alle donne di tutte le età che vivono conflitti armati, che sono costrette a sfollamento e a migrazioni, a vivere fragilità e ogni situazione che può aggravare disparità e discriminazioni.

Le turbolenze di ogni sorta che attraversano il nostro pianeta minacciano continuamente le conquiste sociali ed economiche tutte le volte che comprimono lo spazio democratico, civile ed etico in cui si manifesta il nostro essere donne. Abbiamo già sperimentato come l'impatto della pandemia abbia avuto delle ripercussioni sproporzionate sulla condizione femminile, incidendo sulla partecipazione al mercato del lavoro, facendo crescere precarietà, disoccupazione, aggravando il divario salariale e determinando penalizzazioni a causa delle maggiori responsabilità familiari e assistenziali.

Anche la violenza di genere in tutte le forme, che siano online e offline, continua a rimanere un dramma, che incide notevolmente sull'esercizio dei diritti, sulla salute fisica e su quella mentale. La sua prevenzione, la perseguibilità, la protezione e i meccanismi di sostegno per le vittime richiedono sempre continui e costanti sforzi e risorse.

Non può che allarmare il regresso riguardante anche la legislazione sull'aborto e il diritto a decidere responsabilmente in merito alla propria sessualità, inclusa la salute sessuale e riproduttiva, senza subire coercizione e abusi.

Il tema dell'integrazione della dimensione di genere nella legislazione dell'Unione europea e nelle attività parlamentari è un altro tassello verso quella parità di diritti che deve permettere nella propria diversità di essere liberi nel vivere la propria vita e realizzarla godendo pari opportunità.

La riflessione che ogni anno accompagna questa celebrazione trova il suo senso più profondo nel rinnovare l'impegno di tutti per la lotta alla rimozione degli ostacoli strutturali e culturali che limitano la partecipazione ai processi decisionali e generano disuguaglianze nel percorso di emancipazione delle donne. La promozione di una parità che non è solo un valore fondamentale dell'Unione, è un diritto umano, ma rimane la condizione per costruire una società che possa garantire uguaglianza, benessere, pace e sicurezza.

President. – That concludes this special session.

Thank you once again to Oksana and to all the colleagues who engaged in this very important debate.

6. Abstimmungsrunde

President. – We now come to today's voting session.

We will vote on the files as indicated on the agenda and the voting session will be open from 12.30 until 13.45.

The results of the voting session will be announced at 19.00.

(The sitting was suspended at 12.52)

VORSITZ: EVELYN REGNER

Vizepräsidentin

7. Wiederaufnahme der Sitzung**Erklärungen der Präsidentin**

Die Präsidentin. – Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Einen ausgezeichneten Nachmittag wünsche ich an diesem Internationalen Frauentag: Ein starkes und robustes Europäisches Parlament braucht eine starke und robuste Führung, und dazu gehören Frauen wie Männer.

(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

Die Präsidentin. – Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Einen ausgezeichneten Nachmittag wünsche ich an diesem Internationalen Frauentag: Ein starkes und robustes Europäisches Parlament braucht eine starke und robuste Führung, und dazu gehören Frauen wie Männer.

8. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Die Präsidentin. – Die PPE-Fraktion hat der Präsidentin Beschlüsse über die Änderungen von Ernennungen in Ausschüssen und Delegationen übermittelt. Diese Beschlüsse werden im Protokoll der heutigen Sitzung veröffentlicht und treten am Tag dieser Ankündigung in Kraft.

9. Die sich verschlechternde Flüchtlingssituation infolge von Russlands Aggression gegen die Ukraine (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu der sich verschlechternden Flüchtlingssituation infolge von Russlands Aggression gegen die Ukraine (2022/2575(RSP)).

Brigitte Klinkert, Présidente en exercice du Conseil. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Mesdames et Messieurs les députés, c'est avec stupéfaction que nous avons assisté à l'agression russe contre l'Ukraine et la crise humanitaire qui s'en est suivie depuis le 24 février dernier. Des millions d'Ukrainiens ont quitté leur foyer pour fuir la violence de la guerre. Des centaines de milliers d'Ukrainiens cherchent un refuge sûr dans l'Union européenne. À un moment donné, le temps d'attente à la frontière du côté ukrainien dépassait les 90 heures.

La réponse des États membres frontaliers témoigne de professionnalisme et de solidarité. En très peu de temps, des plans d'urgence ont été activés, la capacité aux frontières a été augmentée et les procédures adaptées afin d'accueillir un maximum de réfugiés tout en assurant la sécurité. Les autres États membres ont également fait preuve de solidarité en offrant un soutien à l'Ukraine, à la Moldavie et aux États membres en première ligne, et en mettant à disposition des capacités d'hébergement.

Dans ces circonstances tragiques, il faut évidemment agir de manière concertée et rapide. C'est pourquoi la présidence a convoqué, le dimanche 27 février, un Conseil extraordinaire des ministres de l'intérieur. Il a été décidé de déclencher le dispositif intégré de l'Union européenne, pour une réaction au niveau politique dans les situations de crise, d'inviter la Commission à activer la procédure de protection temporaire et de se prémunir au mieux contre les attaques hybrides.

Nous, Européens, avons tous le devoir d'accueillir les centaines de milliers d'Ukrainiens, essentiellement des femmes, des enfants et des personnes âgées, qui se trouvent principalement en Pologne, en Hongrie, en Roumanie, en Slovaquie et en Moldavie, mais qui se dirigent aussi vers d'autres États membres. Une grande partie d'entre eux disposent d'un passeport biométrique et sont donc libres de voyager sur la base du régime d'exemption de visa pour une période de 90 jours. Lors de la réunion du Conseil de jeudi dernier, les ministres de l'intérieur se sont mis d'accord pour déclencher la protection temporaire, qui s'applique à partir du 4 mars aux personnes qui ont fui la guerre en Ukraine.

La décision concernant la protection temporaire marque un moment historique pour l'Union européenne. Elle constitue un signal fort de notre unité, de notre solidarité envers ceux qui sont touchés par l'atroce agression de la Russie contre l'Ukraine. Nous avons montré que nous sommes aux côtés de l'Ukraine et que nous sommes capables de travailler de manière extrêmement rapide et efficace afin de fournir une protection à ceux qui en ont le plus besoin. Il est important de souligner que personne ne sera renvoyé de la frontière extérieure de l'Union européenne. Tous ceux qui fuient la guerre en Ukraine seront admis dans l'Union. L'objectif de cet octroi collectif de protection temporaire sur la base des normes uniformes est d'éviter de longues procédures d'asile à ces personnes.

La plupart des personnes fuyant la guerre en Ukraine, arrivées aux frontières au cours des derniers jours de la crise, n'ont pas exprimé la volonté de demander l'asile. Elles ne sont restées qu'un temps très limité dans les centres d'accueil et ont ensuite poursuivi leur chemin pour rejoindre la famille ou des amis qui peuvent les héberger. Plusieurs États membres ont rendu les transports publics gratuits pour eux.

Dans les prochains jours, nous aurons une idée plus claire du nombre d'Ukrainiens qui ont besoin d'aide pour trouver un logement. Tous les États membres ont des logements disponibles. Afin de coordonner l'aide humanitaire dans les États membres et afin de rationaliser les transferts de personnes entre les États membres ainsi que d'utiliser de manière optimale toute la capacité d'accueil disponible, une plateforme de solidarité a été mise en place sous la coordination de la Commission. Dans les prochains jours, les modifications législatives nécessaires seront apportées afin d'utiliser au mieux les fonds disponibles.

La présidence est aussi en contact direct avec les partenaires humanitaires présents sur le terrain afin de partager les informations et de mieux connaître les besoins sur le terrain.

Concernant l'aide humanitaire à l'intérieur de l'Ukraine, pas moins de 26 États membres et pays participant au mécanisme européen de protection civile ont répondu aux demandes de l'Ukraine. Une quantité incroyable de matériel médical, de médicaments, mais aussi de tentes, de draps, de couvertures et bien plus encore, ont été offerts à l'Ukraine. Grâce au centre de distribution qui a été mis en place en Pologne, le transport vers l'Ukraine se déroule de manière efficace. D'autres centres de distribution vont être ouverts en Roumanie et en Slovaquie.

L'appel des Nations unies qui a été lancé le 1^{er} mars a reçu une réponse généreuse de la part de la Commission et des États membres individuellement. L'Union européenne a annoncé une enveloppe de 500 millions d'euros et, sur la base des chiffres actuellement disponibles, les États membres ont déjà débloqué plus de 345 millions d'euros pour l'aide humanitaire. Les partenaires humanitaires sur le terrain font le maximum, mais du fait des attaques brutales et ardues, ils ont dû cesser leurs activités dans un certain nombre de régions. Il est évidemment tout à fait inacceptable que les travailleurs humanitaires ne soient pas en mesure de sauver des vies.

Nous pensons aussi à la Moldavie, un État ami qui a besoin du soutien de l'Union européenne. Huit États membres ont déjà répondu à la demande de la Moldavie dans le cadre du mécanisme de protection civile de l'Union européenne et ont déjà fourni des tentes, des lits de camp, des matelas, des couvertures, mais aussi des cuisines de campagne.

J'aimerais conclure en disant que dès les premiers jours de la crise, les États membres de première ligne ont fait tout leur possible pour accueillir les personnes qui ont fui la guerre. Entre-temps, les mécanismes nécessaires ont été activés afin d'optimiser l'aide humanitaire et d'impliquer tous les États membres dans ces efforts. Nous pouvons tous être fiers de la solidarité dont ont fait preuve l'Union européenne et les États membres vis-à-vis de l'Ukraine et de la population ukrainienne.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Madam President, today is 8 March, International Women's Day, so today I think of the young woman who, as Putin's rockets tried to kill her, gave birth to a new life in Kyiv metro. Little baby Mia was born there. And I think of the 80 000 women in Ukraine who are going to give birth in the coming three months. I think of Julia, a young teacher. She first held a gun in her hands a few days ago. She cries, she's scared, but still she goes to fight. She says, 'I just want to live in our country'.

I think of the young woman in Poland at the Medyka border crossing, where 23 000 people cross every day, pushing a pram with one hand, holding a toddler in the other, and a single backpack, all she has left. Like her, about two million people have come to the EU, fleeing Putin's war of aggression. Today, the Commission adopted a communication detailing the gravity of the situation, the action we are taking as a Union, the long and difficult road ahead, and calling for unity and continued support for refugees and Member States in need.

Last week, I went to the EU border between Romania and Ukraine. I visited Slovakia and the border between Poland and Ukraine. I witnessed the most impressive solidarity I have ever seen. In Siret at the Romanian border, I spoke to many women and the first thing they say is not how sad or scared they are, but how grateful they are to be welcomed with a bed and a meal. Women, children, the old and fragile, often moving onwards to stay with friends and families, or with kind strangers taking them in. It's heartbreaking, but the welcome is heartwarming. At train stations in Poland, people stand with signs in their hands: 'I can take in two people', 'I can take in a family with children'.

Last week, I spoke with presidents, prime ministers, ministers, mayors, border guards and civil society activists in these Member States. I asked one volunteer in Romania, 'Why are you here?', and he just looked at me and said, 'Because we're all human beings'. And, like him, volunteers, local communities, local authorities are rising to the challenge, opening their hearts and their homes, showing European values in action: unity, solidarity, humanity. It makes me proud of our European values, proud of being European.

I see – and I saw – our Member States handling this situation well, despite the very challenging circumstances. In Poland alone, arrivals numbered more than 140 000 only in one day, yesterday. Member States in the EU are helping the Ukrainian authorities to reduce congestion on their side of the border. Member States have increased staff at the border and set up the first emergency responses, like temporary shelters. Last week, the Commission issued guidelines to Member States to ensure security checks and simplify and speed up border controls with Ukraine.

As a Union, we are providing aid in the face of a humanitarian catastrophe without an end in sight: casualties mounting by the day, housing destroyed, water and electricity cut off, ambulances and aid workers caught in the crossfire. We directed more than EUR 500 million, as was just mentioned by Ms Klinkert, from the EU budget for humanitarian support, in and outside Ukraine. We provided EUR 120 million in budget support for Ukraine, EUR 1.2 billion in emergency loans, EUR 85 million in humanitarian aid to cover food, water, medicine and basic needs, EUR 5 million to cover refugees' basic needs in Moldova, as Moldova needs increasing support.

Through the Union's civil protection mechanism, 26 Member States and Norway are assisting Ukraine with supplies with a value well above EUR 100 million. Slovakia and Poland have also asked for assistance through the mechanism. We are working with the United Nations, the Red Cross to make sure aid gets into Ukraine. And today we call for the opening of humanitarian corridors so people fleeing war can leave and humanitarian aid can safely arrive.

Last week, I also witnessed one of the most impressive moments of European unity when we united to condemn Putin's aggression and support Ukraine, and when the Council unanimously adopted the proposal to activate the Temporary Protection Directive. As you are well aware in this House, this Directive is more than 20 years old. It has never been used before. Never! But now you have called on us to activate it and now we have done it. It's a unique and historic moment, and I think we should be proud in this moment. And the decision was a unanimous decision. All Member States agreed to activate the Temporary Protection Directive.

But we need to recognise the graveness of the hour and the magnitude of the challenge, and decide as one to do what is needed, to do what is right, to provide protection, to provide it fast, to provide it now. From day one, thanks to the Directive, people fleeing the war in Ukraine will be able to get a job, send their children to school, get housing, social welfare and medical assistance. At one stroke of the pen, we scrapped a mountain of paperwork, supporting Ukrainians fleeing war and relieving Member States' asylum systems.

The protection in the Directive applies to Ukrainian nationals and their family members, and to refugees that are living in Ukraine, like the Afghan refugees who are experiencing again the nightmare of a sudden exodus, or Belarusians who fled the Lukashenka regime, but also permanent residents of Ukraine. The Temporary Protection Directive does not apply to students and tourists from other countries or others on short-term permits.

We will soon present guidance to show how to practically implement the Directive. A solidarity platform will share information on reception capacity and need for support, and the Commission will coordinate operational response.

It is clear that everyone – everyone – fleeing the war has to be let into the European Union. This is obvious and this is what is happening. The Fundamental Rights Agency is reporting what we have seen, I have seen it with my own eyes. Everybody is allowed to cross the border and are welcomed into the European Union. Member States are doing their best to help third-country nationals to get safely home. The reality is that around 130 000 third-Country nationals have already entered the European Union from Ukraine, including thousands of Indians, Nigerians and Turkish nationals. Don't believe Putin's lies. If you are running away from Putin's war, you are welcome here in the European Union.

About two million refugees have now entered the EU, as I said. Just to make a comparison, in 12 days we have received two million refugees, the same number as the European Union received during 2015 and 2016 together. In 12 days. Over one million in Poland, almost half a million in Romania, 170 000 in Hungary and 130 000 in Slovakia. Member States have done, and are doing, a remarkable job setting up, and now implementing, contingency plans, opening new border crossing points and simplifying procedures. Local authorities are ensuring reception and medical assistance, working hand in hand with volunteers and NGOs. Many people quickly move on to friends and family, to Member States with a large Ukrainian diaspora.

Last week, around 8 000 Ukrainians applied for asylum, a fraction of the arrivals, actually. But this situation might change rapidly as more people flee the country. The applications so far have been mostly in Sweden and Romania. Romania has asked for operational support from the European Agency for Asylum, which can help with asylum procedures and with the reception and implementation of the Temporary Protection Directive.

Other EU agencies are also supporting Member States. A total of 2 600 Frontex officers could be deployed if needed. One hundred and sixty-five Frontex officers are now deployed at the border, including with Moldova. A further 162 Frontex officers will be deployed to Romania. Apart from Estonia, no other Member States have yet requested Frontex support. Consultations are ongoing about possible Frontex support to Moldova.

Europol is also monitoring the situation and will send two officers to Slovakia to help with security checks. Preparations are ongoing for possible similar deployments to Hungary and Romania. Europol support to Moldova is also being assessed. Besides solidarity and unity, we need money – money not only for reception right now, but also to help with education, jobs and housing for integration in our societies.

Today we propose, in another unprecedented decision, to give more flexibility to Member States to use EUR 420 million from our Home Affairs Funds, unspent money from the previous MFF, allowing Member States one more year to spend allocated funds and flexibility to switch priorities so Member States can commit more money to integration and to support people fleeing the war in Ukraine.

In the same way, we will free up money in the cohesion funds, the European Regional Development Fund and the European Social Fund. We will also propose today to make changes to our funding rules for the Asylum, Migration and Integration Fund for the current MFF, allowing Member States, foundations and donor countries to provide extra funding to asylum and migration management. I count on you in this Parliament to adopt these proposals without delay. Time is short and the need is high.

Friends, before I conclude, let me also raise one of my big concerns, and that is about the children. We don't know exactly how many children have arrived in the European Union, but from what I could see with my own eyes when I visited the borders, I should guess almost half of those two million could be children. These children need to go to school. These children need to have some kind of normality. It is urgent to support the children that have now come and are fleeing from the war, but also to make sure that we can provide support for the most vulnerable children, the unaccompanied ones.

You have seen the pictures. Small children crossing the border alone with a small bag without any parent. And unfortunately, in these situations, we also know that unaccompanied minors are at a very high risk of falling victim to criminals that would like to use them for a different purpose, for trafficking, for example. We also have some reports of criminals taking orphans from orphanages in Ukraine, crossing the border, pretending that they are relatives of the child and then using them for trafficking purposes.

And, you know, trafficking in human beings is the most profitable crime ever. If you traffic drugs, firearms or smugglers, you can sell them once. If you traffic children, you can sell them again and again and again and again. We are obliged to protect these children, and I must say that we have to do much more than we have done so far. Member States most affected are doing their utmost – their utmost – but we need to support them. We need to support the children better than we have been able to do so far. They need our support.

Because this will not be over soon. Putin is fighting his war without restraint or remorse or mercy. More is to come. Worse is to come. Millions more will flee and we must welcome them. We are facing a great test and we can meet this test if we show the same unity, solidarity and action as we have seen in the past week. That truly makes me say I am proud to be a European. Let's meet this test together, in solidarity with Ukraine, in solidarity with the refugees and in solidarity with each other in the European Union.

Jeroen Lenaers, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, this is a debate I never imagined having in my lifetime. A horrific war is ongoing on our continent, and thanks to the courageous work of many journalists we can see what is happening and the images are heart-breaking.

We see death, destruction, families ripped apart, children running away from missiles and tanks instead of running behind a football, grandparents fleeing, in some cases again with whatever belongings they could take. Unimaginable suffering and already over two million refugees have crossed into neighbouring countries, and more will follow.

This is more than the total population of some of our Member States. Two million individual stories of separation, loss and pain. And when talking about refugees, we often speak about reception and protection in the region. Well, this is our region. This is our continent and it's our duty to step up.

And Europe is stepping up, and it's heart-warming to see the warm welcome provided all over Europe. The outpouring of solidarity in support of refugees, so many volunteers becoming active, so many donations being made, so many accommodation offers, and particularly in countries bordering Ukraine, like Poland, Slovakia, Hungary, Romania, Moldova, it is really impressive to see all the efforts by citizens and communities to take care of refugees, and we must help them not only in the short term, but structurally. We need to be prepared for any scenario.

We called on the activation of the Temporary Protection Directive, and it's a strong signal that the Commission and the Council acted so quickly. It's a strong signal that Europe is united and that we stand with all Ukrainians, because it's an extraordinary moment and it calls for extraordinary measures, and our agencies should be deployed in the border to help in any way they can. And indeed, we should find the flexibility in our funding to help these Member States take care of so many refugees. And you can count on the EPP to do whatever is necessary.

In the face of Putin's brutality, Europe must continue to show humanity.

Marek Belka, *w imieniu grupy S&D*. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Pani Minister! Brutalna napaść Rosji na Ukrainę wymaga najwyższego potępienia ze strony społeczności międzynarodowej, a sprawcy tego zła powinni żałować szalonych decyzji i wynikających z nich tragicznych skutków. Naloty i bombardowania osiedli mieszkaniowych czy blokowanie korytarzy humanitarnych, których dokonuje rosyjska armia, należy nazwać zbrodnią i powstrzymać za wszelką cenę. Polska i inne kraje Unii przyjęły już około dwóch milionów uchodźców z Ukrainy i spodziewamy się, że będzie ich jeszcze więcej. Należy pochwalić instytucje unijne i kraje członkowskie za szerokie otwarcie granic oraz pierwszy pakiet pomocy humanitarnej dla Ukrainy.

Musimy jednak pamiętać o zapewnieniu Ukraińcom nadziei na względnie normalne życie w Unii również w dłuższej perspektywie. Obecną pomoc świadczoną głównie przez zwykłych obywateli wiedzionych odruchem serca musi docelowo zastąpić konkretne wsparcie finansowe i organizacyjne instytucji unijnych i krajowych. Programy pomocowe muszą być kierowane przede wszystkim do samorządów, które ponoszą już dziś największe koszty bezpośredniej pomocy. Sprawna legalizacja pobytu, miejsca pracy, opieka medyczna i dostęp do edukacji dla dzieci muszą zostać zorganizowane, aby zapewnić ukraińskim rodzinom spokój i namiastkę normalności po okrucieństwach wojny. W Polsce mówimy, że prawdziwych przyjaciół poznaje się w biedzie. Dziś przechodzimy największy test przyjaźni, wspólnoty z Europejską Ukrainą.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, Putin's war against Ukraine is first and foremost a war against civilians, against women, against children, against all the Ukrainian people.

The barbaric actions of the Russian military, which qualify as war crimes, are destroying Ukrainian towns and villages, killing and injuring Ukrainians. There is no safe place in Ukraine today and no guarantee of security for the future to anyone.

Ukrainian refugee flows are already exceeding 100 000 people a day. This number will continue to grow and will cover wider and wider areas of Ukraine. By the end of this week, the refugee influx will exceed the 2015-2016 scale, at least by twice.

Just a few days ago, together with my colleagues, Members of the European Parliament, I visited the Polish, Ukrainian border crossings and the refugee reception centres. I commend the Polish side for the well-organised reception of refugees and the provision of assistance.

However, I would like the Ukrainian refugees to feel EU solidarity, support, assistance and protection as well. We need to ensure the EU presence in every single border crossing and refugee reception centre. Our solidarity must be translated into real aid action in real time. *Slava Ukraini!*

Tineke Strik, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, at our borders, Putin is putting the lives of millions of people at risk. His brutal invasion targets the citizens of Ukraine violating international humanitarian law, and people are desperately seeking protection. It is unprecedented how quickly the number of refugees keeps growing, and the EU's response is unprecedented as well, with the activation of the Temporary Protection Directive.

We applaud the Commission and Council for the swift and united response to give their full support to the refugees and their families. It will only work, however, if every Member State is ready to host a substantial number of refugees. So let the weakest part of the Directive, namely the voluntariness, not become the obstacle for an effective and humanitarian response. Coordination, funding and guidance by the Commission will be much needed.

It is encouraging that the Council includes refugees who lived in Ukraine, but all people fleeing Ukraine must be safe. Referring third-country nationals, even if they lived permanently in Ukraine, to their region of origin, creates huge insecurities and risks, and in our view, this is unjustified, so please do not make any distinction. And this also goes for the border. We hear and see discrimination on skin colour, ethnic background, gender and sexual identity. We need agencies and international organisations to ensure equal treatment and to take care for the vulnerable people.

The heartening hospitality of citizens will not be sufficient with the rising numbers and vulnerabilities, and the Commissioner already also referred to the risk of trafficking for minors. Member States should therefore organise a safe route to hosting locations.

And Zelenskyy was right when he called the transport of refugees to Belarus and Russia immoral, because who wants to find refuge in a country of your own invader? So we must help them, but also the Russian citizens under pressure to find protection in our countries.

Refugees from Ukraine deserve our unconditional support, no matter how long, no matter how many. But let me be very clear. Being forced to flee means the same misery, despair and fear wherever you are in the world. Let this war at our doorstep not distract us from the needs and rights of refugees from other countries. Do not believe politicians who make us believe that protection for the one means less protection for the other.

If we equally share our global responsibility, we can offer every refugee the protection that she or he needs and deserves.

Annalisa Tardino, *a nome del gruppo ID.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, stampa, media e tv sono pieni di immagini che nessuno di noi avrebbe voluto vedere, come quella di un'intera famiglia stesa esanime e coperta da stracci su un marciapiede poco fuori Kiev, stazioni prese d'assalto, bambini e mamme in fuga, famiglie separate. Un triste e inaccettabile ritorno al passato.

Aiutare è un dovere e l'Europa tutta sta facendo la propria parte. L'attivazione del meccanismo della protezione temporanea, per quanto giuridicamente non condivisibile nella sua intenzione, ci sta consentendo di accogliere e aiutare i rifugiati veri: donne e bambini che scappano dalla guerra, mentre padri, figli e mariti rimangono con coraggio a difendere il proprio paese. Sono loro, lo ripetiamo da anni, a cui dobbiamo spalancare le porte, dando delle norme chiare, determinate ed efficaci, anche a chi, per tante altre ragioni diverse dalla guerra, vuole arrivare in Europa, ma sbarrandole fermamente ai trafficanti e ai delinquenti.

Oggi più che mai è necessario dimostrare fermezza ai trafficanti di esseri umani per poter destinare le risorse a chi è davvero in situazione di bisogno e a quegli Stati in prima linea, come l'Italia da decenni e come oggi la Polonia e l'Ungheria. Polonia e Ungheria, impegnate in una grande missione di solidarietà, strumentalmente insultate in quest'Aula, devono avere sbloccati i rispettivi piani di ripresa e resilienza. Dall'Europa ci si aspetta supporto anche per poter accogliere, e non certo ricatti ideologici.

Credo che i fatti di questi giorni dimostrino ancora una volta quanto poco si sia fatto a Bruxelles e come la stessa riforma del pacchetto asilo e immigrazione, che avete presentato in pompa magna, non sia attuale né efficace, tanto da dover ricorrere a uno strumento, la protezione temporanea, che paradossalmente la riforma stessa cancella. Bene, assumiate finalmente decisioni coraggiose.

Concludo plaudendo a tutti coloro che si stanno spendendo per aiutare chi è in difficoltà, chi si spende per la pace, chi si spende contro la guerra con la diplomazia e non con le armi.

Witold Jan Waszczykowski, *on behalf of the ECR Group.* – Madam President, Ukraine is fighting for its freedom, is fighting for the security of Europe also – a security which we built for the last 30 years. In this sense it is also our role to protect our security.

Some European Union countries are more responsible for Putin's aggressive military posture. In this sense, they are more responsible for this role and we expect more contribution from them. There are a lot of instruments and sanctions to stop Russian aggression: penalties, weapons for Ukraine and for the security of our eastern front. Sometimes it is not possible to immediately implement this instrument, but the hot issue right now is humanitarian assistance. Delivering it to Ukraine is extremely difficult, but we have to spare no effort to deliver.

However, there are millions of refugees in our countries. In Poland alone, as Ms Johansson rightly mentioned, there are 1.2 million refugees added to one million migrants who have emigrated to Poland. We need, for such a large number of people, comprehensive plans and money, not only visits and bureaucrats on board, but money for the state. It is the states which create jobs, education and health programmes for these people.

We have to avoid the creation of camps, ghettos and the Palestinianisation of this refugee wave. We have to study the experience of Turkey and Lebanon. But let's remember that we have provided Turkey with more than 6 EUR billion. Are we prepared to provide the same assistance, the same plan, the same money to other countries which are coping with many more waves of refugees in the last few days than Turkey?

Cornelia Ernst, *im Namen der Fraktion The Left.* – Frau Präsidentin! Als die kleine ukrainische Familie in ihrer Notunterkunft in meinem Büro vor mir stand, erschöpft von drei Tagen langer Flucht, war mein erster Gedanke: Hoffentlich schaffen es all die anderen auch.

Ich wende mich deshalb an die Menschen in Russland: Legen Sie die Waffen nieder, machen Sie diesen Krieg nicht länger mit! Es muss Schluss damit sein!

Und ja, alle Solidarität gilt den Menschen in der Ukraine, die in den Mitgliedstaaten große Unterstützung erfahren und sofort die Chance haben, sich integrieren zu können. Dazu müssen im Übrigen auch Studierende und Arbeitende aus Drittstaaten gehören.

Der Umgang mit Geflüchteten aus der Ukraine zeigt aber eines deutlich: dass es geht, dass EU und Mitgliedstaaten Menschen aufnehmen können, wenn sie es nur wollen. Ein solcher Geist muss die gesamte Migrationspolitik prägen gegenüber allen Geflüchteten, die aufgrund von Krieg und Diskriminierung fliehen. Es darf keine Geflüchteten erster und zweiter Klasse geben. Denn Solidarität ist nicht teilbar.

Andrea Bocskor (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! 2014 óta vagyok tagja ennek a Parlamentnek, és sokan tudják, hogy Ukrajnában született kárpátaljai magyarként, közvetlenül érint a háború miatti humanitárius konfliktus. Fontos, hogy minél kevesebb civil essen áldozatul, ezért a háború mielőbbi befejezésére van szükség. Addig azonban fontos, hogy azoknak is humanitárius segítséget nyújtsunk, akik Ukrajnában vannak. Például a kárpátaljai régióba rengeteg ember érkezett, menekült a belső ukrainai területekről, róluk ott gondoskodnak, és azokat is segíteni kell, akik a szomszédos országokban keresnek menedéket. Február 24. óta kétmillió ember hagyta el Ukrajnát, Magyarországra 190 ezer ember érkezett, akiknek a magyar kormány és a magyar emberek minden segítséget megadnak. Magyarország a krízishelyzetre reagálva, az egyik legnagyobb humanitárius segítségnyújtási akcióját kezdte, és támogatja a közös uniós programokat is, ennek ellenére sok jogtalan vád érte emiatt.

Hétvégén a magyar–ukrán határok melletti segélypontokra látogattam, ahol elképesztő összefogást láttam. A magyar kormány, az önkormányzatok, a civil szervezetek, az önkéntesek erőn felül próbálják segíteni a bajba jutott embereket, azokat a nőket, gyerekeket és időseket, akik Magyarországra érkeztek egy szál bőrönddel. Tegyük meg mindent a mielőbbi béke érdekében, és a háború elől menekülőket pedig segítsük minden erőnkkel!

Andrius Kubilius (PPE). – Madam President, unlike with the previous refugee crisis, we now have war on the European continent and Europeans from Ukraine are moving into other European countries for shelter. We have a simple European moral obligation to take care of all of them, our fellow Europeans.

I would like to praise the Commission, the national governments, NGOs and individual citizens, especially in Central Europe, who are doing a lot to help those who are running away from Putin's brutal war.

But our obligation to the citizens of Ukraine and also to those who are looking for safe shelter in our countries is a bigger one. Our obligation is to stop the war. We cannot speak about solidarity with Ukrainians or refugees if we are not implementing a full embargo on the import of energy resources from Russia. Each day, we're paying EUR 600 million into Putin's pocket. It covers the purchase of four hundred new Russian tanks per day. During all the days of war so far Ukrainians have managed to destroy fewer Russian tanks than we are buying for Putin in one day.

We need to declare that our sanctions on the Russian economy will stay in place until the last Russian soldier leaves Ukrainian territory, not only Kherson or Chernobyl, but also Donetsk, Luhansk and Crimea. Putin and those surrounding him in the Kremlin need to understand that they will lose this war and there will be much less suffering, not only in Ukraine, but also in Russia itself, if Putin stops his criminal war immediately and then we shall rebuild Ukraine. The refugees need to have hope and we need to deliver it, all of us are Ukrainians now and Europeans, *Slava Ukraini!*

Gabriele Bischoff (S&D). – Frau Präsidentin! Wir führen diese Debatte heute hier am 8. März. Das ist der Internationale Frauentag, und eine Kernforderung seit über 100 Jahren ist: Brot und Rosen für die Frauen.

Wir sehen jetzt, dass wir über zwei Millionen – überwiegend Frauen und Kinder – haben, die bei uns Sicherheit suchen, die bei uns Schutz suchen, und wir sehen in Europa wirklich eine Welle der Solidarität. Aber was wir eben auch feststellen können – und ich konnte mich in Berlin davon überzeugen, ich war letzte Woche in Budapest: Die Stärke Europas in so einer Situation ist die aktive Zivilgesellschaft in Europa, die nicht lange diskutiert, die die Ärmel hochgerempelt hat und überall an den Bahnhöfen steht und den Menschen hilft. Regierungen alleine, Kommunen alleine hätten das nicht geschafft. Ich finde, diese aktive Zivilgesellschaft verdient großes Lob, großen Applaus und große Unterstützung.

Vom Brot zu den Rosen. Wir haben den Flüchtlingen Brot gegeben, ein Dach über dem Kopf. Aber der nächste Schritt muss sein – und da brauchen die Kommunen Unterstützung –, dass wir Schulplätze und Kindergartenplätze für diese geflüchteten Kinder finden, dass wir sie hier integrieren. Da brauchen diese Regionen Unterstützung, denn man sieht, insbesondere wenn man in die Grenzregionen zur Ukraine geht, dass das auch die ärmsten Regionen in diesen Ländern sind. Deshalb müssen wir hier viel stärker Solidarität zeigen. Wir müssen alle Ressourcen mobilisieren, damit wir auch am Ende sagen können: Wir haben das geschafft, nicht nur am Anfang, sondern über den ganzen Zeitraum.

Sophia in 't Veld (Renew). – Madam President, Madam Commissioner, Madam Minister, I would like to start by echoing the praise for the frontline states, Poland, Romania, Hungary and Slovakia, but of course also the non-EU countries like Moldova, because in their countries citizens, civil society and local authorities are doing really an incredible job and I take a deep bow to their humanity and commitment.

So we welcome the EU support provided to those countries, and I would like to join the urgent call of the Commissioner for Frontex and EASO to be closely involved in the operation. We also strongly salute the activation of the TPD, but now we also have to take the next step. Europe has to move on from ad hoc solutions to a coherent, structural and common migration and asylum policy.

Just as Europe will be stronger by achieving energy independence, we will be stronger with a common asylum and migration policy, and I therefore invite the Council to agree a roadmap with the European Parliament, a timetable for the swift adoption of the entire asylum and migration package.

The warm welcome to the Ukrainian refugees is Europe at its best. Colleagues, it is the cradle of human rights, a community of values and Europe should also be a safe haven for those Russians fleeing the brutal Putin regime and the soldiers who refuse to fight his dirty war.

But let us also not forget the other migrants. Those who are still left dying on the borders of Europe pushed back and beaten, because Europe will offer safety to all people equally, because that's who we are.

Diana Riba i Giner (Verts/ALE). – Señora presidenta, señora comisaria, señora ministra, desde el inicio de la invasión rusa en Ucrania, un millón y medio de personas han huido a países vecinos y el ACNUR estima que esta cifra podría aumentar hasta cuatro millones.

Ante este gran reto humanitario, la Unión Europea, por fin, está a la altura del momento, al activar por primera vez la Directiva de protección temporal. Una activación que, permítanme recordar, el Grupo Verts/ALE ya había reclamado sin éxito en crisis como la de Siria o Afganistán. Millones de personas están dejando atrás sus vidas bajo las bombas de Putin. Y ante esta crueldad, Europa no tiene elección: debemos ser refugio.

Dicho esto, creo que es el momento de hacernos algunas preguntas que quizás tengan respuestas incómodas. Preguntémonos por qué ahora sí apostamos por una respuesta humanitaria y por qué no lo hicimos en conflictos pasados. Preguntémonos por qué, tal como reconoce el ACNUR, se están detectando casos de discriminación racial en la frontera de Ucrania con la Unión. Preguntémonos por qué, mientras recibimos con un abrazo a los hermanos ucranianos, este mismo fin de semana recibíamos con porras en la frontera de Melilla a los hermanos subsaharianos.

La respuesta es tan dura como clara. Y está en el color de la piel. La discriminación por motivos de raza, religión o estatus migratorio es inadmisibles. La solidaridad es un valor fundamental que no tiene excepciones. Todas tenemos derecho a escapar del horror de la guerra y de la pobreza.

El conflicto con Ucrania está derribando varios tabús. Aprovechemos este momento para avanzar hacia una política de asilo duradera, que priorice la solidaridad y los derechos humanos. Una política comunitaria que haga del refugio una de las grandes fortalezas de Europa.

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Madame la Présidente, chers collègues, certains prétendaient que, grâce à l'Union européenne, la guerre n'existerait plus, destinée à être classée dans les livres d'histoire, que l'Union européenne formerait le rempart diplomatique suffisamment crédible pour permettre une dissuasion ou pour sauvegarder la paix chez elle et ses voisins. Ceux-là doivent avoir la gueule de bois.

La guerre a fait irruption à nos portes, les portes de l'Europe. Si nous condamnons fermement et sans ambiguïté l'invasion de l'Ukraine par les Russes, j'appelle cependant M^{me} von der Leyen à plus de modération et à plus d'humilité dans ses déclarations. La situation est suffisamment grave pour que nous n'agitions pas le chiffon rouge. L'Union européenne n'est pas en guerre; elle doit en revanche incarner la raison, encourager l'apaisement et contribuer à la recherche d'une solution diplomatique. Stop à la surenchère!

C'est notamment sur le terrain humanitaire que nos efforts doivent se concentrer, et la tâche s'annonce immense. Le Haut-Commissariat aux réfugiés prévoit le mouvement de plus de 5 millions de réfugiés ukrainiens. Si le Rassemblement national, auquel j'appartiens, combat de toutes ses forces depuis plus de 40 ans la folle politique migratoire que nous subissons, à l'image d'ailleurs du pacte migratoire que la Commission européenne nous impose, il est des situations où, là encore, le pragmatisme doit primer sur l'idéologie.

La situation humanitaire en Ukraine en est l'exemple, car ces réfugiés n'ont rien de commun avec les migrants économiques qui assiègent Lampedusa ou Melilla, dont la plupart sont des hommes et dont on sait qu'ils ne fuient pas la guerre, mais qu'ils viennent bien souvent l'importer chez nous. Non, en Ukraine, ce sont des femmes, ce sont des enfants, ce sont des vieillards qui ne cherchent pas à s'installer, mais juste à se protéger tandis que leurs maris, leurs fils, leurs pères, courageusement, ont pris les armes pour défendre leur pays, leurs maisons, leurs familles.

Oui, l'Europe doit contribuer à l'accueil de ces réfugiés de guerre, de même que nous pensons que c'est à l'Afrique, au Proche-Orient, à l'Asie, de gérer et d'assumer les déplacements de populations originaires de ces régions. Oui, nous avons le devoir d'accueillir ces Européens qui partagent avec nous un territoire, une civilisation commune ou une culture chrétienne. Oui, chers collègues, nous avons le devoir d'accueillir ces réfugiés, car ils sont de vrais réfugiés de guerre.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Przed 500 laty angielski poeta John Donne, potem cytowany przez Hemingwaya, pisał: „Nie pytaj, komu bije dzwon. Bije on tobie”. Po pięciu wiekach możemy to samo powiedzieć w kontekście Ukrainy, ludzi – bo to są ludzie – ludzi z Ukrainy, którzy szukają pomocy, naszej pomocy, pomocy w krajach Unii Europejskiej.

Jestem dumny, jako Polak, że moje państwo, mój naród, społeczeństwo, którego jestem częścią, tej pomocy udzielają. Tak samo dziękuję innym krajom, które to robią. I też dziękuję tym posłom do Parlamentu Europejskiego, z którymi się czasem różnimy na tej sali, a którzy dzisiaj tę pomoc polską, wielką pomoc zauważyli. Bardzo za to dziękuję.

Chciałem powiedzieć, że miał rację pan poseł Waszczykowski, pokazując to, co stało się sześć lat temu: układ Unia–Turcja, 6 miliardów euro w dwóch ratach, gdzie – uwaga! – Turcja przyjęła przecież 1,7 mln uchodźców. Sama Polska do dzisiaj przyjęła 1,2 mln uchodźców. Myślę, że warto pomyśleć o podobnej pomocy, ale tak samo dedykowanej bardzo konkretnie. Myśmy dawali pieniądze państwu tureckiemu za to, że dzieci mogły korzystać ze szkół. Myślę, że podobne instrumenty pomocy muszą być wobec krajów, które tę pomoc oferują dzisiaj i dla tych właśnie uchodźców.

Chciałem powiedzieć, że dzisiaj mamy otwarte serca. Co będzie za dwa miesiące, co będzie za pół roku, kiedy liczba uchodźców może wynosić ponad 5 milionów? Obyśmy byli wtedy za pół roku tak samo otwarci, z sercami na dłoni, jak jesteśmy dzisiaj.

Nikolaj Villumsen (The Left). – Fru Formand! Millioner af ukrainere er flygtet fra Putins brutale krigsforbrydelser. Nogle er internt fordrevne, nogle er flygtet over grænsen til EU. Vi må sikre, at de alle hjælpes. Fra mad til medicin, fra skolegang til tag over hovedet. Den opgave kan vi ikke lade nabolandene stå alene med. Lad os løfte i flok gennem en solidarisk fordeling af flygtningene i EU. Ikke kun ukrainerne lider under Putins regime. De modige russiske mænd og kvinder, der går på gaden for fred, de militærnægttere og desertører, der nægter at føre Putins brutale krig, de har brug for vores hjælp, og de skal kunne finde sikkerhed i EU. Mennesker på flugt fra krig og undertrykkelse fortjener beskyttelse, uanset om de er fra Ukraine, Rusland, Afghanistan eller Syrien.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Madame la Présidente, il n'y a pas d'adjectif pour décrire la catastrophe humaine que provoque l'agression militaire de la Russie contre l'Ukraine. Il n'y a aucune raison qui puisse justifier cette invasion avec toute la mort et l'horreur qu'elle laisse dans son sillage. Entre autres excuses, Poutine affirme de façon particulièrement cynique qu'il mène cette invasion pour protéger les minorités russes et russophones d'Ukraine, alors que la population civile des villes à majorité russe, telles que Kharkiv et Marioupol, est celle qui souffre le plus de l'invasion dans l'est et le sud de l'Ukraine.

Il est intolérable que Poutine manipule le droit à l'autodétermination des peuples pour justifier les ambitions territoriales de son nationalisme autoritaire. Le droit à l'autodétermination ne peut pas faire l'objet de répression de la part des États autoritaires, mais il ne peut pas non plus être manipulé pour légitimer une agression armée contre des nations libres.

L'Union doit prendre position et œuvrer pour mettre fin à l'agression russe, à la guerre et à ses conséquences humanitaires. La première de ses obligations est de soutenir les réfugiés ukrainiens entrant dans l'Union et c'est donc une bonne nouvelle que le Conseil ait approuvé, jeudi dernier, une protection temporaire pour les citoyens ukrainiens. Bien entendu, tous les États membres doivent participer conjointement à l'effort d'accueil de ces réfugiés.

Tomas Tobé (PPE). – Madam President, in these dark times in Europe the only light that we see is the bravery from our Ukrainian friends but, I would like to say also, the resolute European response, the unity, the responsibility and also the solidarity. Still, we know that this will not be enough.

Firstly, Ukraine needs more support to protect itself. We need, for example, to stop funding Russian gas and oil, to stop funding Putin's war. Secondly, Ukrainians need more solidarity from all European countries to welcome and integrate refugees. There I would like to echo the message from other colleagues in the European Parliament. I would like also to invite the Council to take this opportunity to have a swift adoption of the migration pact.

Thirdly, Ukraine needs more humanitarian assistance. Yes, we have mobilised a lot, but it is far from enough and we need to establish safe humanitarian corridors that actually lead to Europe and not to Russia or Belarus. *Slava Ukraini!*

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, di fronte all'arrivo ai nostri confini di centinaia di migliaia di profughi ucraini, per lo più donne e bambini, a cui non è stata concessa nemmeno la possibilità di fuggire con corridoi umanitari dalla loro terra martoriata dall'artiglieria russa, l'Europa non si è voltata dall'altra parte, come ha fatto fin troppe volte, ma l'Europa ha mostrato il suo vero volto, il volto solidale, ha messo in pratica quei valori che i trattati hanno messo alla base del nostro stare insieme. In una parola, possiamo dire che finalmente la risposta nella gestione dei profughi ucraini è stata europea, come da tempo chiedevamo e come non è successo di fronte ad altre crisi migratorie del nostro tempo, penso in particolare a quella del Mediterraneo, da dove non arrivano rifugiati di serie B solo perché hanno un colore della pelle diverso dal nostro.

L'attivazione per la prima volta della direttiva sulla protezione temporanea dei profughi e tutte le azioni che la Commissione sta mettendo in campo garantiscono solidarietà e aiuto umanitario verso la popolazione ucraina e solidarietà tra gli Stati dell'Unione che hanno bisogno di assistenza e aiuto. Solidarietà e unità: la miglior risposta che potevamo dare anche a Putin, convinto di poter usare la crisi migratoria come una minaccia per la tenuta della coesione europea; invece così non è andata, anzi, a brutalità stiamo rispondendo con umanità.

Adesso dobbiamo sommare l'impegno coerente delle istituzioni per coordinare e facilitare l'ingresso alle frontiere europee del flusso continuo di rifugiati e per l'accoglienza in tutta Europa di donne e di bambini. Tutto questo mentre dobbiamo continuare a condannare questa aggressione ai danni di un popolo sovrano e libero e chiedere un immediato cessate il fuoco, perché cessi questo massacro a danno di civili indifesi in Europa. Un'Europa che vuole continuare a essere luogo di pace.

Bernard Guetta (Renew). – Madame la Présidente, mes chers collègues, il y a au moins trois catégories de réfugiés dans ce drame.

La première, c'est évidemment les réfugiés ukrainiens, et nous leur devons d'organiser enfin – ce devrait déjà être fait – la répartition entre nos 27 pays, car la Pologne, la Roumanie demain, ne peuvent pas supporter seules ce fardeau.

Le deuxième groupe de réfugiés, ce sont des réfugiés russes qui fuient leur pays, la répression ou le danger de la conscription. Nous leur devons tout autant assistance, car ils sont extrêmement courageux. Et souvenons-nous que le blocage des cartes de crédit vient de faire d'eux des mendiants dans leur pays de refuge. Ils n'ont plus un sou; ils n'ont plus un sou, nous devons nous en préoccuper.

Puis il y a une troisième catégorie de réfugiés, ce sont ceux qui sont perdus dans leur propre pays. À ceux-là, nous devons livrer par la voie des airs de la nourriture et des médicaments. L'ONU se propose de le faire. Le ciel de l'Ukraine est sous contrôle du gouvernement légitime de l'Ukraine. Nous devons soutenir l'action de l'ONU à la demande du gouvernement ukrainien pour aller larguer des vivres et des médicaments au dessus de l'Ukraine. C'est une urgence et un principe.

Sergey Lagodinsky (Verts/ALE). – Madam President, when I volunteered in a large registration facility in Berlin-Reinickendorf last Sunday, I saw the scars of war. Those were people, but they looked like scars. I saw the eyes of young women and old babushka holding their grandchildren, looking lost in the cold and grateful for a cup of warm soup and shelter in the container. Just two weeks ago, they had been happy. There were families, workers, teachers, lawyers. They had a life, a different life.

It is instrumental that we help them to fight their way back to a life that is a little bit normal. I heard so many of them who are grateful that they could benefit from the Temporary Protection Directive that will allow them to stay, live and work in safety. But there are issues that go beyond the obvious. We must make sure that Russian and Belarusian citizens fleeing from Ukraine have also a chance of safety here. They had escaped from Lukashenko and Putin, and now Putin and Lukashenko are getting to them. They must also be safe in Europe.

We must also remember the new wave of Russian immigrants after the TV Dozhd and Echo Moscow radio stations were banned and it has become impossible and penalised to talk the truth about the war in Russia. Those waves of refugees are fleeing a country sliding to despotism.

When I volunteered and I looked at those refugees, I felt sad and horrified, but I also felt proud, proud that this time the European Union seems to be on the right, on the humane side of history. Let's continue helping, and let's do it right.

Tom Vandendriessche (ID). – Voorzitter, collega's, de Russische agressie kunnen we slechts in de meest ferme bewoordingen veroordelen, maar aan woorden hebben de Oekraïners op dit ogenblik maar weinig. Er moeten daden volgen!

De leuze van mijn partij is: eerst onze mensen. Dat betekent niet: alléén onze mensen. We hebben steeds het asielrecht voor echte oorlogsvluchtelingen verdedigd en het asielmisbruik als kanaal voor ongewenste massamigratie bestreden. Wij kunnen natuurlijk niet de problemen van de hele wereld oplossen. Daarom pleiten wij voor opvang in eigen regio.

Wel, Oekraïne is onze eigen regio. Hier moeten wij onze humanitaire opdracht maximaal vervullen. Miljoenen échte oorlogsvluchtelingen, vrouwen, kinderen en kwetsbaren zijn op de vlucht. Hongarije vangt op dit ogenblik al 200 000 mensen op, Polen zelfs al één miljoen. Net zoals beide landen ons recent beschermden tegen de illegale invasie van alleenstaande jonge mannen uit voornamelijk Afrikaanse en Arabische landen, openen zij nu hun hart en hun grenzen en bieden zij onderdak aan échte oorlogsvluchtelingen.

We weten niet hoeveel miljoenen mensen we moeten opvangen en we weten niet hoe lang we ze zullen moeten opvangen. We weten wel dat de buurlanden dit niet alleen kunnen. Alle Europese landen hebben een fundamentele humanitaire opdracht in deze tragedie. Daarnaast moeten we alle diplomatieke energie inschakelen om het zinloos bloedvergieten in Oekraïne zo snel mogelijk te stoppen. Elke dode is er een te veel. Altijd iemands vader, altijd iemands kind.

Hoe langer deze oorlog duurt, hoe meer verliezers er zullen zijn, want deze oorlog kan op termijn ook een wereldwijde voedselcrisis, collectieve verarming en oncontroleerbare hyperinflatie veroorzaken, nog los van de mogelijk onbeheersbare gevolgen van verdere militaire escalatie.

Dit is geen tijd voor partijpolitieke spelletjes. Ik hoop dat iedereen zijn historische verantwoordelijkheid om dit conflict te neutraliseren niet lichtzinnig opneemt.

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidenta, Europa ahora sí que está ante una crisis total, ante una crisis en la cual va a decidir su destino.

Esta no es una crisis inventada, como las alarmas y las catástrofes que se ha inventado la Unión Europea para alimentar sus cuestiones ideológicas a lo largo de las últimas décadas e inventarse prioridades que iban de espaldas a la población europea.

Estamos ante una tragedia infinita, ante una agresión; y el heroísmo de los ucranianos nos ha llevado a ver realmente lo que son, lo que es la realidad y lo que es el cambio de prioridades necesario que debe realizar Europa.

Desde aquí, mando un fuerte abrazo solidario tanto a los heroicos ucranianos, que defienden su patria, como a los rusos que están reprimidos bajo la tiranía de Putin, a los bielorrusos y a todos los países, y, en especial, a Polonia que, tan vejada como ha sido en los últimos años por la Unión Europea, está demostrando una generosidad infinita y a la cual habrá que ayudar en relación con esos millones de refugiados que están huyendo de esa bárbara ofensiva del presidente Putin.

Sira Rego (The Left). – Señora presidenta, señora comisaria, sin duda este cambio de rumbo de la política de asilo de la UE es una buena noticia.

Por primera vez, desde que se aprobó hace veinte años, se activa la Directiva de protección temporal, que hoy nos permite acoger a las personas que huyen de la guerra en Ucrania. Esto demuestra que, cuando hay voluntad política, Europa puede abrir vías legales y seguras y articular mecanismos de acogida digna para quienes lo necesitan. Y eso que en apenas dos semanas hemos recibido más de dos millones de refugiadas, más del doble que en 2015. Y demuestra también que hay otro enfoque posible y necesario para el Pacto Europeo sobre Migración y Asilo: uno basado en el respeto a los derechos humanos.

No obstante, lamentamos profundamente que el Consejo haya decidido no incluir en la protección directa a los residentes de larga duración y a otros residentes, como los estudiantes africanos y de Oriente Medio. Recordemos que es imprescindible que la protección y el derecho a asilo no estén limitados por el color de la piel o por el origen.

Laura Ferrara (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, non sono mai esistite guerre giuste o sbagliate, ognuna porta il suo carico di morte e di dolore, e anche in Ucraina si sta consumando una tragedia umanitaria sempre più grave.

I dati dell'UNHCR, destinati a salire, non lasciano spazio a interpretazioni. Dal 24 febbraio più di due milioni di ucraini hanno lasciato il paese e solo in Polonia ne sono arrivati 1 200 000. Non possiamo dunque che plaudire all'attivazione della direttiva sulla protezione temporanea, perché ciò permetterà di agevolare l'assistenza alle persone in fuga, offrendo diritti immediati in materia di soggiorno, accesso ad alloggi, ai servizi sanitari, sociali e a mezzi di sussistenza. È importante che non ci siano poi discriminazioni nei confronti di chi, pur non essendo cittadino ucraino, fugge da quel paese e non può tornare nel proprio paese di origine. Poi è importante che particolare attenzione venga rivolta ai soggetti vulnerabili e ai minori, soprattutto quelli non accompagnati, per assicurare tutela legale e accesso all'istruzione.

La sfida che ancora una volta dovrà affrontare la macchina della solidarietà sarà vinta se ogni Stato membro farà la sua parte.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, kolegyně a kolegové, čelíme situaci, kterou si nikdo z nás neumí představit a která probíhá v přímém přenosu před našimi očima. Do Evropy přichází další uprchlíci. Ukrajina podepsala vstup do Evropské unie svou vlastní krví a platí za to lidskými životy. Já se neobávám o uprchlíky, kteří už jsou na území Evropské unie. Ten mechanismus dočasné ochrany je, myslím, velmi funkční. Ukazuje se, že pomáhá k rychlému ubytování, integraci, a chci tady zmínit to, co zde ještě nezaznělo, že mezi těmi zeměmi, které opravdu velmi pomáhají, je také Česká republika. Na našem území už je 100 000 uprchlíků, které vítáme jako naše spoluobčany, protože zde mají příbuzné. Dokonce se mi ozývají rodiny, které by chtěly přijmout děti bez doprovodu i do péstounské péče. Zkrátka Česká republika je maximálně připravena pomoci.

Ale my jsme také dnes slyšeli projev prezidenta Zelenského, který žádá o další pomoc, protože zde máme uprchlíky, kteří jsou vnitřně uvězněni ve městech, potřebují humanitární pomoc, potřebují humanitární koridory, aby se mohli zachránit, mrznou, nemají jídlo a děti dokonce umírají dehydratací. Je to situace, kterou Evropská unie nemůže pozorovat dál jen tak, musíme pomoci vytvořit tyto humanitární koridory. Musíme pomoci dalšími sankcemi, bude-li třeba i další vojenskou pomocí. Evropská unie stojí po boku Ukrajiny, jejich svoboda je naše svoboda.

Birgit Sippel (S&D). – Frau Präsidentin! Unsere Antwort auf Putins Krieg sind Einigkeit und weitreichende Sanktionen. Zugleich müssen wir den Menschen, die vor der russischen Aggression aus der Ukraine fliehen, helfen.

Flüchtlinge brauchen Sicherheit und Stabilität. Jetzt ist der gemeinsame Beschluss zum temporären Schutz die richtige Grundlage. Dabei muss die große Solidarität, die Hilfsbereitschaft, die wir überall von Zivilgesellschaft, Städten und Gemeinden sehen, Leitbild sein bei der nationalen Umsetzung des Ratsbeschlusses.

Was bedeutet das? Den Beschluss großzügig auslegen, um vielen Menschen zu helfen, allen Vertriebenen die Einreise aus humanitären Gründen ermöglichen, sicherstellen, dass es an den Außengrenzen nicht zu rassistischer Diskriminierung kommt, Hilfe auch für intern Vertriebene organisieren und Zivilgesellschaft und Kommunen unterstützen.

Dieser Beschluss ist ein erster Schritt, dieser Herausforderung gemeinsam zu begegnen. Weitere müssen jetzt folgen.

Fabienne Keller (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Ministre, chère Brigitte Klinkert, Madame la Commissaire, chère Ylva Johansson, en ce jour du 8 mars, je voudrais m'adresser aux femmes et aux jeunes filles ukrainiennes qui font preuve d'une bravoure remarquable, qu'elles soient réfugiées ou en soutien de leur peuple dans les pays européens. Mes pensées vont bien sûr aussi au peuple ukrainien dans son ensemble.

Le nombre de réfugiés qui arrivent dans l'Union européenne est sans précédent depuis la Seconde Guerre mondiale. L'activation de la protection temporaire est une avancée forte et je la salue, Madame la Commissaire. Mais nous pouvons faire plus pour l'accueil d'urgence et éviter les longues files d'attente aux points d'entrée dans l'Union – des femmes, des enfants, des personnes âgées, des personnes vulnérables attendent deux ou trois jours dans certaines zones aux postes-frontières, c'est inacceptable.

J'appelle, Madame la Commissaire, au déploiement immédiat des agences de l'Union. Elles disposent de ressources humaines et matérielles pour soutenir les autorités nationales dans ces procédures. En particulier, je propose de déployer pour la première fois la réserve de 500 experts nationaux en matière d'asile – peut-être 200 ou 300, mais en tout cas un certain nombre – de la nouvelle Agence de l'Union européenne pour l'asile.

Soyons, citoyens européens, au rendez-vous de ce défi. Soyons solidaires et exemplaires.

Damien Carême (Verts/ALE). – Madame la Présidente, jeudi dernier, comme aujourd'hui, Madame la Commissaire, vous déclariez que c'était vraiment le moment d'être fier d'être Européen. Évidemment, je me réjouis et vous félicite que l'Union européenne ait trouvé un accord pour déclencher la directive protection temporaire de 2001 et accueillir dignement celles et ceux qui fuient cette terrible guerre en Ukraine. Beaucoup soutenaient ici, il y a encore peu de temps, que cette directive ne servait à rien et qu'il fallait la supprimer. Son activation nous prouve que lorsque la volonté politique est là, tout est possible.

Mais nulle fierté à avoir, pourtant, lorsque l'Union européenne fait simplement preuve d'humanité et se conforme strictement au droit international. Ce n'est que le strict respect de ses engagements, des droits humains et de nos valeurs. Un malaise même, plutôt, à voir que déclencher cette directive peut être si simple et si rapide, quand on nous disait que c'était trop compliqué pour les exilés syriens ou afghans. Un malaise profond, même, à entendre nos dirigeants prôner l'accueil de cette immigration de grande qualité, européenne de culture, quand en août dernier, il nous fallait nous protéger contre les flux migratoires irréguliers importants en provenance d'Afghanistan ou encore face aux témoignages de discrimination subies par les étudiants africains et les exilés aux frontières européennes.

Un malaise, mais pas de fierté. Nous pourrions être fiers d'être Européens lorsque, au-delà de la directive, nous aurons redéfini notre politique européenne en matière d'asile et d'immigration à la hauteur de nos valeurs pour protéger et accueillir dignement tous les exilés. Nos responsabilités en termes d'accueil et de protection ne s'arrêtent pas au conflit ukrainien. Là, et seulement là, la fierté l'emportera sur le malaise.

Nicolaus Fest (ID). – Frau Präsidentin, Frau Johansson, Frau Klinkert! Sie hatten gesagt, die EU hätte schnell und effektiv gehandelt. Na ja, sozusagen eine Richtlinie in Kraft zu setzen, ist nicht gerade, was man unter schnellem und effektivem Handeln versteht. Schnell und effektiv gehandelt haben die Polen, die Rumänen, die Slowakei und auch Ungarn, und zwar ohne die EU im Einzelnen zu fragen.

Vor allem die Polen und die Ungarn waren bis gestern allerdings noch für die EU die kalten Rassisten, die angeblich kein Herz für Flüchtlinge hätten. Nun hat allein Polen 1,2 Millionen Flüchtlinge aufgenommen. Würden die USA so etwas Ähnliches tun, wären sie jetzt ungefähr bei acht Millionen. Wann – und das wäre eine entscheidende Frage – entschuldigt sich die EU-Kommission eigentlich für diese dauerhafte Verleumdung der Polen und der Ungarn? Irgendwann wird es ja jetzt mal Zeit.

Richtig ist: Die Polen, Ungarn, Slowaken und Rumänen nehmen vor allem Frauen und Kinder auf. Die ukrainischen Männer verteidigen nämlich ihr Land. Und die ukrainischen Frauen und Kinder wollen auch gar kein langes Asyl. Meistens suchen sie nach Verwandten oder Freunden, bei denen sie unterkriechen können. Sie wollen also auch keine staatlichen Leistungen. Und das, sehr verehrte Frau Johansson, ist ein fundamentaler Unterschied zu den sonstigen, vor allem afrikanischen Migranten. Die sind meistens keine Flüchtlinge – wer durch 30 friedliche Länder zieht, ist kein Flüchtling mehr –, sondern es sind Sozialmigranten, die in die Sozialsysteme einwandern wollen. Die wollen Länder wie Polen und Ungarn nicht und auch nicht die meisten anderen Länder. Die Einzigen, die die wollen, sind, glaube ich, Sie und die EU-Kommission.

Diese Migranten blockieren jetzt leider in vielen Ländern die Aufnahmekapazitäten, besonders auch in Deutschland, auch in meiner Heimatstadt Berlin. Berlin muss jetzt neue Räumlichkeiten schaffen, findet sie aber nicht. Und warum ist das der Fall? Wegen Ihrer, Frau Johansson, verfehlten, irren, realitätsblinden Migrationspolitik.

Daher mein Appell: Hören Sie erstens mal auf mit der Verleumdung von Polen und Ungarn. Hören Sie zweitens auf mit Ihrer unseligen Migrationspolitik. Und drittens, Frau Johansson, hören Sie am besten auch selber auf. Das wäre hier für das Haus das Allerbeste.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! W obecnej sytuacji zagrożenia naturalnym jest, że schronienia w Polsce szukają nie tylko obywatele Ukrainy, ale także liczni legalnie przebywający w Ukrainie obywatele praktycznie wszystkich państw świata, w tym studenci z Afryki, Bliskiego Wschodu, Azji, ale również Białorusi czy Rosji. Warto pamiętać, że jednym z najważniejszych narzędzi wykorzystywanych przez Rosję w trakcie agresji na Ukrainę jest manipulacja informacją. Polska jest otwarta na pomoc uchodźcom wszystkich narodowości, podkreślam – wszystkich narodowości. A doniesienia o dyskryminacyjnym traktowaniu przez polskie służby obywateli niektórych państw były weryfikowane na miejscu przez dyplomatów tych krajów i okazywały się *fake newsami*.

Przedstawiciele licznych krajów afrykańskich, w tym szefowie placówek dyplomatycznych wspomagających swoich obywateli na granicy, wskazują na doskonałą pracę, profesjonalizm, poświęcenie polskich służb i Polaków zaangażowanych w niesienie pomocy uchodźcom. Przykładem mogą być podziękowania otrzymywane od przedstawicieli Angoli, Azerbejdżanu, Belgii, Egiptu, Iranu, Izraela, Kenii, Maroka, RPA, Sierra Leone, Jamajki, Syrii, Tanzanii czy Zambii. Dlatego mam gorącą prośbę do tych wszystkich z Państwa, którzy z tego miejsca powielają rosyjskie kłamstwa: *don't be Putin's useful idiots*.

Pernando Barrena Arza (The Left). – Señora presidenta, señorías, los más de dos millones de refugiados que han huido de Ucrania hasta la fecha necesitan nuestra ayuda y, por eso, damos la bienvenida a la Directiva de protección temporal, que da acceso a la residencia, a la educación y al mercado laboral de la Unión, tal y como llevábamos pidiendo desde 2015.

Esto refleja que, cuando hay voluntad política, la Unión Europea es un lugar abierto a la gente que huye de la guerra y la persecución. En estos trece días hemos acogido a más refugiados que en la crisis migratoria de 2015. Hay una forma, por lo tanto, más humana de proceder que la del Pacto sobre Inmigración y Asilo de la Comisión Europea, que se limita a organizar devoluciones y reducir los derechos de quien finalmente llega a la Unión.

Todos los solicitantes de asilo y sus derechos fundamentales deben ser respetados de igual manera —¡de igual manera!—, independientemente de su nacionalidad y país de origen: vengan de Ucrania o de Siria o de Afganistán, sean vecinos o no, sean cristianos o no, sean blancos o no, son personas que huyen de la guerra y del horror.

Yo soy vasco de la nación que sufrió el bombardeo de Guernica y somos un país de acogida y en contra de la guerra, volcado siempre en la acogida de las personas refugiadas. ¡Siempre! Y, por eso, denunciamos la hipocresía de Polonia, que hace dos meses cerró su frontera con Bielorrusia a refugiados afganos e iraquíes y los dejó morir de frío, mientras, ahora sí —con buen criterio, hay que subrayar—, acoge a los refugiados ucranianos. Es una actuación hipócrita y racista, impropia de un Estado europeo.

Die Präsidentin. – Ein Dankeschön gilt vor allem den Dolmetschern, die diese sehr schnell gesprochenen Worte so bravourös übersetzt haben.

Márton Gyöngyösi (NI). – Madam President, colleagues, shortly after the Russian aggression against Ukraine, it became clear that Putin miscalculated himself. His nightmare has come true in at least three areas. A multi-ethnic, young and fragile Ukraine united in defiance against the Russian aggression and emerged as a strong nation state. A fatuous EU that was long ridiculed for not being able to speak a single voice on any foreign policy related issue united in defiance against the Russian aggressor. An EU that just weeks ago seemed desperately dependent on Russian energy, cut itself loose from Russian energy and united in record time to impose sanctions on the Russian aggressor.

Colleagues we must move forward in our support for Ukraine, impose harsher sanctions against Russia if necessary, step up diplomatic efforts to achieve a cease fire and peace and learn from our mistakes. Discard for good unanimity in the Council on foreign policy-related issues and finally create a common European army.

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, I would like to thank the Commissioner very much for all the initiatives which she undertook in recent weeks, including the visit to my home country, to Romania, to the border, and all of the support that she and the European Commission are providing to Ukrainian people in need, but also to local authorities, to volunteers, to NGOs, to governments who are trying to help Ukrainian people in need.

Dear colleagues, now we need to make the European Union visible. People in our home countries, people in host communities need to see that the European Union stands by their side and helps. I am particularly grateful that we are having this debate today, especially on the situation of refugees, because, yes, the war in Ukraine has many implications, but people come first. We need to talk about refugees. We need to find solutions for them.

It is women and children who are waiting for hours in the cold, in bad weather conditions, to enter the European Union, to exit Ukraine safely. We need to provide all we can in terms of support immediately. We need to understand that this is the beginning, it is not the end. We need to put in place good infrastructure, good structures which can care for the people for months if needed.

Then, very important, we need to start preparing schooling for children. We know from the previous migration and refugee crisis that it takes months to organise teachers, books and proper conditions for children to learn in schools. This is essential. Only an educated child has a chance to find a job and to reduce the risk of radicalisation in the end.

Likewise, we have to address the food implications in Ukraine, but also in neighbouring countries, and we also have to make sure that wounded Ukrainian citizens receive proper protection, including in EU Member States if needed. Treatment in EU Member States for wounded Ukrainian citizens is humanitarian aid. We should provide that.

Tonino Picula (S&D). – Madam President, each new day of the Russian invasion brings more suffering to Ukrainians. The humanitarian situation is deteriorating. Almost two million people, mostly women and children, have left the country, but expectations are even more grim. I would like, from the Croatian war experience, to point out that internally displaced people within Ukraine, who are not included in these statistics, also need protection and assistance. In less than two weeks, numerous attacks on civilian infrastructure, schools and hospitals took place, jeopardising the most vulnerable groups. Moreover, attempts to organise humanitarian corridors, where civilians seek a way out of the hell of war, have failed due to Russian shelling and blockades.

But the suffering of Ukraine has caused a tsunami of solidarity in the EU. The activation of the Temporary Protection Directive hopefully can turn the tide. It may eventually create momentum to be used for the long-awaited adoption of the Pact on Migration and Asylum.

SĒDI VADA: ROBERTS ZĪLE

Priekšsēdētājas vietnieks

Róza Thun und Hohenstein (Renew). – Mr President, when I was leaving for Strasbourg, I left at home, with my mother and with my husband, 11 Ukrainian refugees, mothers and children. They speak Russian. They are from eastern Ukraine and they are bombarded by Russians. They are traumatised. They are tired. They believe that they can return home, or to what was their home, in a few weeks – and yet there are more and more and more refugees coming.

They asked me to thank you all, and via you the citizens of Europe, for your support, solidarity and involvement. I believe, and I do hope that more and more people will understand that there are no better or worse wars, better or worse refugees. I am thinking here about those who are dying in the cold forests at the Belarussian-Polish border. We must not forget them now, as we think about the crimes that Putin commits in Ukraine.

We have shown our unity and potential in these last days. I trust that we can do more and that we shall do more to save lives and guarantee peace.

Terry Reintke (Verts/ALE). – Mr President, yesterday I arrived at the main station in Berlin and, when I walked up the stairs, just like in so many other places in Europe right now, I could already see the stalls, the info desks and the many, many volunteers in their neon vests who were welcoming refugees there. And I could see the people, many of them loaded with bags, a lot of children indeed, who had arrived with tired faces, exhausted from a long journey, anxious and worried. And I thought to myself, is it not that in these tired and exhausted faces, we can actually see the meaning of this Union? In these faces – and I want to say it very clearly – no matter whether their skin is white, brown or black, no matter whether their gender actually matches the markers in their documents, in these faces, the promises of this Union are reflected because this Union was built to create peace. This Union was built to defend humanity, freedom and democracy, and this Union was built to defend the rule of law against the law of the ruler. Let us live up to these promises. We have failed so many people before. Let us not fail again. Not now and not in the future.

Silvia Sardone (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la fuga di milioni di donne, bambini e anziani dall'Ucraina è un dramma che merita il massimo impegno da parte dell'Europa. Dobbiamo essere concentrati nell'accoglienza e nel sostegno dei profughi ucraini.

Secondo l'UNICEF un milione di bambini è già scappato in queste settimane. Penso alle immagini commoventi di solidarietà e accoglienza in Polonia e Ungheria; sono nazioni che la sinistra qui ha insultato per mesi e che sono state definite fasciste e razziste perché i loro governi si oppongono all'immigrazione clandestina. Ora accolgono più di un milione di persone in fuga dalla guerra. Ci danno una dimensione esatta delle differenze che ci sono tra i veri profughi e i tanti immigrati clandestini che l'Europa, e in particolare l'Italia, hanno accolto e ancora accolgono.

Abbiamo negli occhi le scene di donne e bambini che salutano i padri che rimangono lì a difendere la patria e la libertà, immagini molto diverse rispetto ai selfie sui barconi dei tantissimi migranti economici che non scappano da alcuna guerra e che la sinistra vuole in Europa per alimentare il business dell'accoglienza.

Questa caciara di sottofondo dà esattamente la cifra di quanto sia vero quello che sto affermando. Ora è finito il tempo della propaganda e del buonismo, è l'ora della concretezza, è l'ora di aiutare davvero chi scappa dalla guerra. Questa è l'unica vera accoglienza e su questa noi ci siamo e saremo sempre in prima linea.

Charlie Weimers (ECR). – Mr President, the Kremlin's useful idiots are historically found on the left. It saddens me that some on the right have become infatuated with Putin's pretend conservatism. All conservatives should know that Putin is not a traditionalist bulwark standing up against the weak woke West.

Putin has built a morally bankrupt system. Systematic bribes, corruption, killings, stealing, lies and now sending Russia's youth to die while killing their Slavic brethren. Is Putin defending Christendom by using fanatical Chechen Islamists and Syrian mercenaries in Ukraine, forcing one and a half million people away from their motherland and tearing families apart? Is that in line with family values and respect for the love of one's home? What about 'love thy neighbour'?

Is cluster bombing residential areas compatible with the commandment 'thou shalt not kill'?

Wake up! Imperialism is the antithesis to free nations.

Clare Daly (The Left). – Mr President, I wholeheartedly welcome the EU's unprecedented provision of immediate protection for Ukrainian refugees fleeing this devastating war. This rightfully respects our mandate to protect the fundamental rights of those entering our territories and it's heartening to see the outpouring of support and solidarity from every point of the EU.

But how do we explain that solidarity with, for example, in Poland, less than three months ago, the fact that 19 people perished from cold on our borders, met with barbed wire and water cannon? How do we explain that solidarity with the fact that there are Afghan refugees in Greek jails charged with people smuggling, or there are people beaten back from the borders of Croatia in appalling circumstances, sodomised and robbed?

How can this be the same European Union? It's because our society, our media and our politicians portray some refugees as more human than others, based on their origin and their race. We have to ensure a consistent, non-discriminatory application of international asylum law. Everybody has the right to the highest international standards. I hope this is a turning point.

Jörg Meuthen (NI). – Herr Präsident, werte Kollegen! Ich denke, wir sind alle noch immer zutiefst schockiert von der russischen Invasion in der Ukraine. Wir alle haben einen solchen Angriffskrieg mitten in Europa nicht mehr für möglich gehalten. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt in diesem Schock nicht verharren, sondern entschlossen den Notleidenden dieses Krieges helfen.

All jenen, die in den vergangenen Jahren Wirtschaftsmigranten fälschlicherweise als Flüchtlinge bezeichnet haben – auch hier in diesem Hause –, sage ich: Schauen Sie genau hin! Schauen Sie auf die Frauen und Kinder, die jetzt zu uns kommen, die vor den Raketen und Granaten um ihr Leben fliehen. Das sind Flüchtlinge. Ihnen gilt es, unverzüglich und unbürokratisch Asyl zu gewähren.

Polen, Ungarn, die Slowakei und andere leisten gerade Großartiges in dieser humanitären Krise. Als Deutscher sage ich: Ihnen gilt unser aufrichtiger Dank und – mehr noch – unsere volle Solidarität. Es ist selbstverständlich, dass wir unsere Partner nicht im Stich lassen und bei der Aufnahme und Versorgung der Geflüchteten aus der Ukraine mit allen Mitteln helfen. Dies ist die Stunde der Humanität und des Zusammenhalts in Europa.

Radosław Sikorski (PPE). – Panie Marszałku! Wysoka Izbo! Międzynarodowy Dzień Kobiet. Chciałbym pozdrowić wszystkie nasze Panie, te na tej sali i te nas słuchające, ale szczególnie kobiety na Ukrainie, te pod bombardowaniami, te na froncie i te, które, biorąc swoje dzieci ze sobą, wyjechały z Ukrainy, po to żeby ich mężowie mogli walczyć o wolność swojego kraju.

Popieram też apel pierwszej damy Polski, która zaapelowała do kobiet rosyjskich, aby to one spróbowały przerwać tę wojnę. Wiemy, jakie drakońskie są kary w Rosji za nawet słowo „wojna”. Ale rosyjskie matki mogą się upomnieć, zapytać o los swoich rosyjskich synów, żołnierzy. To jeszcze wolno.

Dumny jestem z tego, jak Polacy zaopiekowali się milionem Ukraińców w naszym kraju. Polacy, samorządy, także polski rząd. Mam apel do Unii Europejskiej, aby pieniędzy, które są potrzebne na integrację tych uchodźców, nie wiązać z praworządnością, bo czas jest najważniejszy w tej chwili.

Ale mam też apel do polskiej partii rządzącej. Wojna, którą Putin rozpętał na Ukrainie, nie powinna być pretekstem do szukania bezkarności za wasze zbrodnie w czasie pandemii. Wojna to też czas, aby odstąpić od represjonowania polskich sędziów. To nie jest priorytetem. Priorytetem jest uzyskanie 700 mld złotych na modernizację Polski, także modernizację polskiej energetyki. Skończcie wojenkę z Unią Europejską. Zajmijmy się wojną z Putinem.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, face à l'horreur de la guerre menée par Poutine en Ukraine et aux millions de réfugiés ukrainiens, on ne peut que se féliciter de la décision d'activer la protection temporaire.

Mais je ne peux m'empêcher de penser à ces familles syriennes, afghanes, libyennes, fuyant elles aussi l'horreur de la guerre et pour lesquelles la protection temporaire n'a pas été activée. Pourquoi? Je ne peux m'empêcher de penser à ces pays d'entrée qui, depuis 2015, demandent la solidarité de l'Union européenne et qui se sont vu refuser cette solidarité. Pourquoi? Je ne peux m'empêcher de penser à tous ceux qui ont perdu la vie dans la Méditerranée face à cette absence de solidarité. Pourquoi?

Je fais le vœu ici que cet élan de solidarité face à la crise ukrainienne change notre politique d'accueil et de migration, que celle-ci soit dictée par la dignité, la solidarité, mais avant tout par le droit à la protection, sans discrimination.

Jan-Christoph Oetjen (Renew). – Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Angesichts des Angriffskriegs von Putin gegen die Ukraine reagiert die Europäische Union mit Solidarität. Es ist richtig, dass wir jetzt die Richtlinie über die Gewährung vorübergehenden Schutzes aktivieren. Als Europäer öffnen wir unser Haus Europa und unsere Herzen und heißen die Flüchtlinge, die aus der Ukraine fliehen müssen, bei uns willkommen.

Es ist jetzt richtig, dass wir sofortige Hilfe leisten. Es braucht allerdings Unterstützung für die Staaten, die die Erstaufnahme organisieren. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir vom EASO und anderen Agenturen die Unterstützung nach Polen, nach Ungarn, nach Rumänien und in die anderen Länder senden müssen und dass wir am Ende wahrscheinlich auch einen Mechanismus brauchen für die Verteilung der Flüchtlinge, zumindest wenn der Strom nicht abreißt.

Es ist ja so, dass die Richtlinie über die Gewährung vorübergehenden Schutzes auch sagt, dass eine Arbeitsaufnahme möglich ist, und ich möchte die Mitgliedstaaten darum bitten, dafür zu sorgen, dass dies auch tatsächlich geschieht, dass Kinder beschult werden, dass Studenten ihr Studium fortsetzen können.

Meine Damen und Herren, wir alle wissen nicht, wie lange dieser Krieg dauert. Wir hoffen, dass er bald zu Ende ist, aber wir wissen nicht, wie lange er dauert. Deswegen müssen wir heute alles dafür tun, dass die Menschen, die zu uns fliehen, bei uns ein Zuhause finden.

Alice Kuhnke (Verts/ALE). – Herr talman! Människor springer för sina liv, familjer splittras, barn dödas, i direktsändning, bara några timmar härifrån. Verkligheten har visat att EU:s haltande asyl- och migrationspolitik, med fokus på stängda gränser, återvändande och samarbete med stater som inte respekterar demokratiska spelregler, inte är tillräcklig. Den politiken har spelat ut sin roll. Den är inte vad människor som flyr för sina liv behöver.

Det tillfälliga skyddsdirektivet är därför mycket välkommet. Men mer behövs. EU är världens mest fria och mest välbärgade region. Vi har en skyldighet och ett ansvar att praktisera solidaritet med Ukrainas befolkning. Vi måste också ge skydd till dem som flyr krig och terror, oavsett nationalitet, oavsett bakgrund. Vi får aldrig normalisera och aldrig acceptera rasismen.

Patryk Jaki (ECR). – Panie Przewodniczący! Otóż Putin nie jest w stanie prowadzić żadnej wojny bez pieniędzy. Polska ostrzegала was, że jeżeli Unia uzależni się od Rosji, ona wykorzysta te pieniądze w złym celu. I zamiast wstrzymać „deale” z Putinem, wy co robiliście? Mściliście się na Polsce. Policzyłem: 41 debat i rezolucji uderzających w Polskę w tej kadencji. Między innymi za co? Za nieprzyjmowanie uchodźców. I co dzisiaj powiecie? Pokazujemy wam, czym różnią się migranci od prawdziwych uchodźców, których wy trzymacie zresztą w jakiś upokarzających obozach, a my prosto z granicy przewożymy do naszych domów, prawie milion takich osób. A wy zamiast pomóc Polsce, dalej płacicie w tym czasie 600 milionów euro dziennie Putinowi i za te pieniądze on morduje codziennie ludzi, 600 milionów dziennie.

Jakaś refleksja? No pewnie, zobaczymy: co mamy jutro w planie? Proszę bardzo, tradycyjnie rezolucja z sankcjami. Na kogo? Na Rosję? Nie, na Polskę. Unia potrzebuje zmian, ale potrzebuje też komisji śledczej, która wyjaśni, kto doprowadził do tego, że Europa finansuje Putinowi wojnę. Za niemiecką butę i arogancję Europa już dwa razy płaciła wojnami. Nie możemy na to pozwolić trzeci raz. Aha, jeszcze powiem wam jedną rzecz. Wielu z was pewnie myślało, że Ukraina upadnie po dwóch dniach, a ona jak na złość walczy, więc i wasze hełmy po 12 dniach wreszcie dotarły na Ukrainę. Gratuluję.

Κωνσταντίνος Αρβανίτης (The Left). – Κύριε Πρόεδρε, αυτό το «αληθινοί πρόσφυγες» και «πραγματικοί πρόσφυγες, ενώ οι άλλοι δεν είναι» το έχει πει και ο Έλληνας υπουργός Μετανάστευσης. Να το προσέξουμε αυτό το δηλητήριο! Οι πρόσφυγες είναι πρόσφυγες. Ο πόνος είναι πόνος και αν δεν ενεργοποιήθηκε αυτή η οδηγία το 2015 –είμαι από την Ελλάδα και ένα εκατομμύριο άνθρωποι ήταν τότε στα δικά μας νερά, στα σύνορα μας, και ζητούσαμε αλληλεγγύη– καταλαβαίνουμε το γιατί. Γιατί διαφωνούσατε και δεν θέλατε να στηρίζετε την κυβέρνηση της Αριστεράς και μας πιέζατε, μία με το προσφυγικό και μία με τα μνημόνια, αλλά τώρα κάνετε το σωστό. Πολύ ορθά ενεργοποιείται η οδηγία για την προσωρινή προστασία στους Ουκρανούς πρόσφυγες και είναι σαφές ότι το λαθμενόμενο αφήγημα της Ευρώπης-φρουρίου έχει ήδη καταρρεύσει από τα δραματικά γεγονότα. Στο ένα λεπτό που έχω στη διάθεσή μου έχω να πω μόνο τούτο: ότι η αρχιτεκτονική του νέου σχεδίου μετανάστευσης έχει προσπεραστεί από τα ίδια τα γεγονότα. Με βάση τις αρχές μας πρέπει να συμφωνήσουμε σε ένα νέο σχέδιο, ανθρώπινο, δικαιο, δημοκρατικό, ευρωπαϊκό.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η απαράδεκτη ρώσικη εισβολή στην Ουκρανία, στη βάση του ιμπεριαλιστικού ανταγωνισμού της με Ηνωμένες Πολιτείες, NATO και Ευρωπαϊκή Ένωση οδηγούν μεταξύ άλλων σήμερα στην προσφυγιά εκατομμύρια ανθρώπους με τραγικές συνέπειες. Προηγούμενα, πάνω από 10 εκατομμύρια Ουκρανοί μετανάστες είχαν αναγκαστεί να εγκαταλείψουν τη χώρα τους μετά τη διάλυση της Σοβιετικής Ένωσης, αφού διαπίστωσαν από πρώτο χέρι ότι η ανεργία και η φτώχεια είναι συνώνυμο του καπιταλισμού και όχι του σοσιαλισμού, όπως ισχυρίζονταν η ουκρανική αστική τάξη, η Ευρωπαϊκή Ένωση, οι ΗΠΑ και το NATO. Η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι αστικές τάξεις των κρατών μελών είναι εκτεθειμένες πολλαπλά στο προσφυγικό και γιατί στους πρόσφυγες, για παράδειγμα από τη Συρία, το Αφγανιστάν, το Ιράκ, επιφυλάσσουν καταστολή, απελάσεις, επαναπροωθήσεις, υπερδομές-φυλακές, ενώ στην περίπτωση των Ουκρανών προσφύγων επικρατεί το κριτήριο του ευκολότερα ενσωματώσιμου φτηνού ευέλικτου δυναμικού για τα επιχειρηματικά κέρδη, μεταξύ άλλων και στην ελληνική τουριστική βιομηχανία. Η άλλη όψη της ίδιας καπιταλιστικής βαρβαρότητας. Αλληλεγγύη λοιπόν σε όλους τους Ουκρανούς πρόσφυγες, συμπεριλαμβανομένων των ρωσόφωνων, για ουσιαστική στήριξη υποδοχής σε ανθρώπινες συνθήκες με διασφάλιση των δικαιωμάτων τους σε άσυλο, υγεία, παιδεία και εργασία.

Dolors Montserrat (PPE). – Señor presidente, señor comisario, Putin ataca salvajemente a Ucrania y amenaza a Europa y al mundo. Es un peligro internacional y la Unión Europea está respondiendo unida con firmeza y solidaridad.

Hoy quiero pedirles que pensemos en los refugiados y, sobre todo, en los niños, el tesoro más preciado para una familia. Soy española y mi país es uno de los que más niños de Chernóbil acoge desde hace años para ayudarles a mejorar su salud en vista de los efectos del accidente nuclear de 1986. Y no podemos abandonarlos. Soy madre de un niño de once años y no me puedo imaginar el dolor que sufren los padres al ver en los ojos de sus hijos el miedo por culpa del terror de un tirano. Hay muchos niños con cáncer en Ucrania que, por culpa de la guerra, ven peligrar aún más su vida al no poder recibir medicamentos ni tratamientos.

Pido a la Comisión y al Consejo que apuesten por la iniciativa que estamos coordinando los miembros de la Comisión BECA de este Parlamento para enviar medicamentos a Ucrania, trasladar a los niños con cáncer a hospitales europeos y garantizar la financiación de estos tratamientos. Pedimos corredores seguros hacia la Unión Europea, hacia la libertad, y no madrigueras diseñadas por Putin.

Me acuerdo de todos los padres y, especialmente hoy, de las madres en el Día Internacional de la Mujer. De esas mujeres ucranianas que se han quedado para defender el mejor país para sus hijos y de las que decidieron irse para protegerlos de los ataques. Todas valientes.

Aquí estamos para proteger vidas, defender la libertad y construir la mejor Unión Europea.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, en poco más de diez días de brutal agresión de Putin contra Ucrania, la mayoría de este Parlamento Europeo ha expresado con claridad una conciencia de cambio de época — *breaking point, time-changer*—, de acelerador de la Unión Europea y de respuestas europeas, entre ellas nada menos que la activación, por fin, después de más de veinte años desde su entrada en vigor, de la Directiva de protección temporal. ¡Cuántas veces lo hemos requerido desde la Comisión LIBE! Lo requerimos en la crisis de los refugiados sirios de 2015, en la reciente crisis afgana...

Más de dos millones de personas, huyendo de la guerra, han entrado en Polonia, en Hungría, en Eslovaquia, en Rumanía... Y, por supuesto que merecen solidaridad y programas de realojamiento vinculantes, coordinados por la Comisión. Pero también afirmamos que esa misma solidaridad debe expresarse con todas y todos los refugiados, particularmente mujeres y niños, sin discriminación, cualquiera que sea su raza, su origen, su sexo o su religión. Solo entonces Europa se estará dando cuenta, efectivamente, de que estamos ante un *wake-up call*, ante un verdadero cambio de época.

Malik Azmani (Renew). – Mr President, barbaric scenes are unfolding as Putin's illegal invasion is escalating. Terrible violence against innocent Ukrainians is on full display at our own borders. People are fleeing from burning cities. It is without question that we need to give them a safe place.

And Europe is taking responsibility. We see countless initiatives of EU citizens to show solidarity. It is our duty to organise this well. That means full financial and operational support to Member States at the borders of Ukraine, also by participation of EU agencies like EASO and Frontex.

Members States need to show solidarity too, by reallocation of refugees. We have to set an example in organising a safe place for refugees in our own region. The EU is united and together we will manage this for the safety of the people of Ukraine.

Sylvia Spurek (Verts/ALE). – Dziękuję Eli, która przyjęła do swojego mieszkania rodzinę z Ukrainy. Dziękuję Kasi, która codziennie jest na Dworcu Wschodnim z kanapkami dla uchodźców i uchodźczyń. Dziękuję Annie, która zawiozła potrzebne rzeczy na granicę, a z granicy przewiozła matkę z dzieckiem. Dziękuję Zuzannie, która na granicę przewozi jedzenie i lekarstwa dla zwierząt.

Przez ostatnie 12 dni tysiące Polek i Polaków pokazało, czym jest solidarność. Teraz czas na decyzje i działania polityków i polityczek. Czas na odejście od przewlekłych procedur, jeśli chodzi o status Ukrainy jako państwa kandydującego, bo chodzi o życie ludzi. Czas na przyspieszenie zielonej transformacji, na *Fit for 65*, nie – 55, bo katastrofa klimatyczna przyspiesza, ale także dlatego, że szybka transformacja to gwarancja naszego bezpieczeństwa i niezależności. I czas na unijną politykę migracyjną opartą na godności człowieka i zasadzie niedyskryminacji, bo *all refugees are welcome*.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-н Председател, моля Ви да следите за реда в залата и когато има хора, които го нарушават, да взимате отношение. Това се случва, когато говореше колегата Яки – в залата имаше нарушение на реда, а Вие не взехте отношение. Моля да го правите.

А сега по темата. Що се отнася до бежанците от Украйна, ние – българското общество, хората в Румъния, хората в Молдова вече правим всичко, което трябва да се прави, а тук само се говори за него. Десетки, стотици хиляди семейства са настанени в къщи за гости, във ваканционни имоти, навсякъде, където има някой нещо помага без да говори велики празни приказки, без да чете декларации и без да се опитва да трупа някаква политическа слава от тази работа. Така че тук трябва да се работи повече и по-малко да се приказва.

Но истината, уважаеми колеги е, че в тази зала отново има лицемерие и това лицемерие засяга истинската помощ за Украйна. Украйна много ясно ви каза какво иска още на 6 март 2022 г. с писмо на външния си министър Кулеба. 20 точки има там: забрана за продажбата на нефт и газ, *no fly zone*, доставка на оръжие и материали. От това наистина има нужда Украйна, за да се защитава. Няма нужда от декларации, от приказки, ... от Евровизия. Надали някой диктатор много ще се разтревожи от тази работа, уважаеми. Затова, ако искате наистина да бъдете полезни, не повтаряйте само „слава на Украйна“, което по принцип би трябвало да го правите с чест и достойнство, а не като извинение. И вземете истинските мерки, защото не може да си поръчвате хем да купувате евтин нефт и газ и хем да сте против. Това не може и няма как да се случи. Трябват истински решения, истински мерки и истинска защита. Да живее България, да

живее Україна!

Malin Björk (The Left). – Herr talman! Jag är verkligen glad över att medlemsländerna äntligen och för första gången har beslutat att aktivera det tillfälliga skyddsdirektivet, som funnits sedan 2001 men aldrig tidigare aktiverats. Det är trygghet och skydd för alla dem som måste lämna allt, för alla dem som nu tvingats fly Ukraina på grund av Putins attacker. Jag är lättad för varje ukrainsk flykting som får skydd. Jag är också glad för att detta visar att det går att ta emot flyktingar i EU – tillsammans – och dela på ansvaret för ett värdigt mottagande. Det har vi i vänstern sagt länge nu.

Det är detta vi måste ta med oss, och utvidga, så att rätten till skydd och det delade ansvaret gäller alla dem som flyr krig och förtryck, vare sig de kommer från Ukraina, Syrien, Afghanistan, Eritrea eller något annat land. Vi ska inte ha, som den svenska och europeiska högern krävt, flyktingstopp, flyktingfängelser och rättsosäkra gränsprocedurer. Vi ska ha ett system där vi delar på ansvaret för ett värdigt mottagande. Det är vårt Europa.

Balázs Hidvéghi (NI). – Mr President, for years, we have been listening in this House to the false accusations that Hungary was not helping those in need. The tragic consequences of the current war in Ukraine clearly prove those accusations wrong. They were nothing but malicious lies.

Hungary does help refugees who are now fleeing our neighbouring Ukraine from this terrible war. The whole country has moved as one to provide care, accommodation, all kinds of assistance. And I salute all those who take part in this effort. We can witness exemplary unity and helpfulness, just like Commissioner Schinas also saluted and thanked the people when he visited the border just a few days ago and I thank the Commissioner for that.

However, instead of focusing on how best to support the frontline states, the left in this House and the EPP want to pass a resolution just tomorrow that would demand the freezing of European funds to Poland and to Hungary. Even at a time of a crisis of this magnitude, they cannot stop their usual ideological witch-hunt.

Well, how petty and short-sighted, I must say. If you keep attacking those countries who are now helping the Ukrainians, you can only prove your own incompetence and cynicism.

Isabel Wiseler-Lima (PPE). – Monsieur le Président, les images des corps allongés sans vie sont insoutenables. Femmes, hommes et enfants qui pensaient pouvoir fuir l'horreur dans laquelle ils sont enfermés depuis des jours se voient pris au piège des balles russes. Nous devons être prêts à accueillir tous ceux qui réussiront à fuir cette horreur. Ils ne sont pas non plus heureux, ceux qui réussissent à fuir. Le plus souvent femmes et enfants, seuls, leur père, leur mari étant resté en arrière, combattant pour une Ukraine libre, aujourd'hui dévastée.

Plus de deux millions de personnes, la moitié des enfants, cherchent refuge dans l'Union européenne, et les estimations parlent de six à huit millions de réfugiés ukrainiens dans un avenir proche. Ils nous arrivent exténués, sans rien, sans avenir, sans savoir où loger, ni comment se nourrir. Ils se demandent où, voire si leurs enfants iront à l'école.

L'Union européenne, et plus particulièrement les pays limitrophes, ont réagi de manière extraordinaire. «EU at its best». Ça n'avait pas été le cas pour la guerre en Syrie. Les frontières, du point de vue institutionnel, n'ont pas été un obstacle et l'aide apportée spontanément par les citoyens a été déterminante. L'Union européenne a aussi, depuis, instauré la directive de protection temporaire et montré ainsi une solidarité sans tergiversations.

Mais nous ne sommes absolument pas au bout de nos peines. Nous devons veiller à donner plus qu'un abri à ces Ukrainiens qui nous arrivent. Il faudra, au-delà du logement, surtout faire en sorte que les enfants soient scolarisés. Nous n'avons aucune idée du temps que durera cette situation humanitaire dramatique. Ces gens ne demandent rien d'autre que de retourner dans leur pays pour y vivre librement, en famille. Mais la réalité est tout autre.

L'Union européenne, à tous les niveaux d'instance et jusqu'au plus petit village, a une tâche titanesque à accomplir. Accomplissons-la, et montrons-nous à la hauteur des courageux Ukrainiens qui combattent pour la liberté et la démocratie. *Slava Ukraini*

Juozas Olekas (S&D). – Mr President, today Europe is experiencing the worst refugee crisis it has seen since the Second World War.

The atrocities committed by Russian and Belarusian soldiers are already widely documented. Murdered fleeing civilians in vehicles, women levelled by soldiers in front of their children and refugees deliberately shot in the legs. In the light of the blanket violation by Russia of the previous promise to provide safe passage to the civilian population from Mariupol, and having reports from the International Red Cross that Russian troops deliberately mined possible humanitarian corridors, Europe could and should do more on the sanctions list, including the banning of any import of gas or oil from Russia.

EU countries, in collaboration with the United Nations, should step up their efforts to establish safe humanitarian evacuation corridors for the civilian population.

Lastly, all European countries should show solidarity and share the burden in helping Ukrainian refugees. We should ensure that everybody fleeing this war receives decent living conditions, necessary medical care and possibilities of employment, and that their kids are able to continue their education in the host countries.

Slava Ukraini!

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Mr President, we speak to them, to the refugees, in numbers. But behind the numbers, there are thousands of families split apart. Difficult goodbyes between fathers and their children. Bitter tears. Shattered dreams and peaceful lives left behind.

I am pleased to see that this time around, Europe is responding in accordance with the values of humanity and compassion. That people escaping war have been widely welcomed by governments, local communities and a wave of citizens' engagement to help.

I am also happy to see that this time the Council reacted with a swift and unified response, triggering the first time the Temporary Protection Directive. But even in these difficult times, we should have lessons learned. We cannot have Europe à la carte any more. We need a European Union that has a common asylum and migration policy.

These are truly testing times for us. To the people that left their wives behind, to our empathy and to our readiness to react effectively as a Union in the future, regardless of where people in need of protection come from.

Ernest Urtasun (Verts/ALE). – Señor presidente, la guerra de Putin ha provocado ya dos millones de personas desplazadas y esta vez no podemos fallar a los refugiados como fallamos en 2015 a los refugiados que venían de Siria.

Se ha activado la Directiva de protección temporal. Es una buena noticia, pero eso no significa que esté todo resuelto.

Primero, porque la reubicación sigue siendo voluntaria y necesitaremos que los Estados miembros den plazas y acepten que haya refugiados reubicados.

Y, segundo, porque en la aplicación, a mi parecer, se da una discriminación, desde mi punto de vista, inaceptable, porque, en algunos casos, los Estados miembros podrán aplicar una protección inferior a aquellos refugiados que no tengan nacionalidad ucraniana, lo que, francamente, cuando estamos hablando de personas que huyen de la guerra, no es de ninguna manera tolerable.

Así que yo creo que lo que hay que pedir a los Estados miembros es, primero, que ofrezcan plazas —movilícense— y, segundo, que de ninguna manera apliquen protecciones distintas a personas que huyen de la guerra en función de su nacionalidad.

Y, por último, como decía Maria Arena, no olvidemos que hay miles y miles de refugiados en todo el mundo a quienes, al contrario que a los ucranianos, no estamos dando la posibilidad de esa protección. Creo que la decisión que tomemos con los ucranianos también debe ser aplicada a personas que huyen de la guerra en otras partes del mundo.

Vincenzo Sofo (ECR). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, alle porte d'Europa milioni di donne e bambini in fuga dalla guerra ci chiedono riparo in attesa di riabbracciare i propri uomini rimasti al fronte, un dramma che ci mostra chi sia davvero un rifugiato, concetto troppo spesso strumentalizzato per favorire il business dell'immigrazione clandestina.

A queste persone abbiamo il dovere di dare aiuto, ma abbiamo un sistema di accoglienza al collasso a causa dell'esorbitante immigrazione illegale, che solo nel 2021 ha portato in Europa 200 000 clandestini, metà dei quali arrivati in Italia. Urge fermare subito questi flussi indiscriminati, proteggere le nostre frontiere e rimpatriare chi è arrivato illegalmente per concentrare così il nostro sistema di accoglienza su vere crisi umanitarie come quelle in corso.

Urge strutturare questa accoglienza secondo una logica di prossimità, per consentire agli ucraini in fuga di essere il più vicino possibile ai propri cari rimasti a combattere e di non farsi sradicare dalla terra che amano.

Urge soprattutto impegnarci diplomaticamente allo stremo affinché questa guerra cessi al più presto, altrimenti non avremo fatto altro che trasformare il popolo ucraino in una nuova massa di disperati da sommare ai milioni di poveri senza speranza, immigrati e non, già accatastati nelle periferie d'Europa.

Idoia Villanueva Ruiz (The Left). – Señor presidente, hoy volvemos a expresar nuestra más profunda solidaridad con el pueblo ucraniano y la condena a la invasión de Putin en Ucrania.

Y para ayudar al pueblo ucraniano, al pueblo ruso, también, que no está de acuerdo con esta invasión, y a la ciudadanía europea, que también sufre sus consecuencias, tenemos que poner todos nuestros esfuerzos en la construcción de la paz lo antes posible. Y eso no se hace con la escalada ni enviando armas; se hace impulsando mediación internacional que sea capaz de cuidar y construir el difícil camino que es la negociación y la paz duradera.

Hoy necesitamos poner en marcha un programa de acogida ambicioso, establecer corredores humanitarios seguros y continuar enviando asistencia humanitaria y profundizando en las medidas de refugio para que todas las personas que huyen de Ucrania, así como las represaliadas rusas, puedan ser protegidas.

Hoy vemos que, cuando hay voluntad, Europa protege. La puesta en marcha de la Directiva de protección temporal en Ucrania debe ser la norma en los conflictos, pero necesitamos más: reformar el Sistema Europeo Común de Asilo y crear un sistema y una agencia común de refugio basada en derechos humanos.

No queremos más violaciones de derechos en Ucrania, como tampoco queremos más violaciones de Frontex ni más Morias ni más centros sin recursos en la frontera sur, como en Canarias. Todas las vidas importan.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, povjerenice, kolegice i kolege, više od dva milijuna civila protjerano je iz Ukrajine zbog ruske invazije. Zamislite sliku: dva milijuna ljudi, znači, jedan Pariz – ovog trenutka, Pariz je prazan. To su slike tih ljudi koji traže svoj novi dom. Procjene su Europske unije kako bi moglo više od četiri milijuna ljudi nastojati skloniti se od ruskih razaranja u Ukrajini. Neki kažu i više.

Zahvaljujem svim našim prijateljima u Poljskoj, Mađarskoj, Moldovi, Slovačkoj i Rumunjskoj koji podnose najveći teret prihvata izbjeglica. Zahvaljujem i svojim Hrvatima na tome.

Europska unija mora žurno aktivirati sve svoje mehanizme kako bi se tim državama osigurala materijalna i logistička pomoć u ovoj izvanrednoj situaciji. Moramo već sada razmišljati na koji način odgovoriti i osigurati da se izbjeglice iz Ukrajine integriraju u tržište rada, da je nastavak svih razina obrazovanja nužan za one najranjivije, djecu i mlade.

Do danas smo u Hrvatskoj primili više od 2600 ukrajinskih izbjeglica i spremni smo organizirati ne samo smještaj nego pomoć i školovanje na njihovom jeziku.

Tijekom Domovinskog rata u Republici Hrvatskoj i rata u Bosni i Hercegovini moja je zemlja primila oko milijun prognanika i izbjeglica s ratom pogođenih područja. Mi znamo što znači patnja, strah i neizvjesnost. Svjesni smo bezumnog iskaza mržnje i neprijateljstva prema jednoj suverenoj državi i suvremenom narodu čemu smo i sami bili izloženi prije više od trideset godina.

Kolegice i kolege, sućut i empatija – da, no svatko od dvije milijarde ljudi ima i ime i prezime i njihove su oči uprte u nas i naše postupke. Stoga je vrijeme da Europska unija pokaže svoju solidarnost i odgovori na ovaj izazov u duhu europskih vrijednosti.

Pietro Bartolo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, non eravamo pronti a un nuovo conflitto alle porte di casa nostra, non eravamo preparati ad affrontare le conseguenze di un'aggressione brutale, gli attacchi indiscriminati nei confronti di civili, inclusi bambini, tanti bambini. Non eravamo preparati nemmeno ad accogliere milioni di persone in fuga. Ma questa volta, almeno, l'Unione sta dando prova di unità e solidarietà.

Paesi tradizionalmente contrari all'accoglienza oggi hanno aperto le proprie porte. Quello che vorrei è che non ci fossero discriminazioni e che quelle porte rimanessero aperte per chiunque chieda protezione. Questo è il momento di una svolta, partiamo da questa unità che siamo riusciti a creare per riformare finalmente il nostro sistema di asilo, per creare un sistema in grado di resistere anche alle crisi presenti e future.

Oggi proprio quei paesi che fino a ieri non volevano accogliere chiedono solidarietà ed è giusto che la ricevano, perché le responsabilità devono essere condivise. E riprendo le parole della commissaria Johansson, che ribadisco: siamo tutti, e dico tutti, bianchi, neri gialli, cristiani e musulmani, siamo tutti esseri umani, da qualsiasi parte del mondo essi provengono.

Valérie Hayer (Renew). – Monsieur le Président, Madame la Ministre, Madame la Commissaire, chers collègues, nous pensions l'Europe débarrassée de la barbarie à jamais. Nous étions sortis de deux guerres mondiales avec confiance. Plus jamais ça. Plus jamais les bruits de bottes à nos frontières. Plus jamais les chars envahissant un pays européen. Plus jamais les familles déplacées à cause des bombardements.

La paix n'est jamais acquise, même sur notre continent, pourtant meurtri par les pires atrocités. À l'heure où je vous parle, le respect des droits humains est de nouveau piétiné sans honte par des militaires qui bloquent les couloirs humanitaires.

Chers collègues, nous assistons à une guerre sale, une guerre que les Ukrainiens paient de leur vie. Par l'envoi de missiles, par la propagande, par les cyberattaques, Vladimir Poutine s'attaque à un peuple pacifique, mais aussi à nos valeurs et à nos démocraties européennes. C'est pourquoi, tant que la Russie ne sera pas défaite, nous devons accueillir tous ceux qui sont victimes des crimes de Vladimir Poutine. Chers amis d'Ukraine, nos portes vous sont ouvertes. N'en doutez jamais.

Damian Boeselager (Verts/ALE). – Mr President, every morning when we wake to the live documentary of this terrifying war on social media, I feel helpless when I see the images of bombed streets, burning nuclear plants and lines of people fleeing. I feel helpless. But while our options within Ukraine are limited, our options for helping those who are fleeing the war are not. That's why I wanted to thank you very much, Commissioner, for your swift action and for bringing all the countries together to grant legal protection so fast. And that's why I want to thank everyone who's opening their doors currently in Poland, Hungary, Slovakia and Romania, but also all across the continent.

But much more needs to be done and we have to adapt to the situation and every moment. So, I would ask you, Commissioner, to also ensure that everyone who's fleeing is protected, no matter their skin colour or nationality – also the Russians and Belarussians fleeing their crazy tyrants.

Even if we decide that some can't stay, please make sure that they're all covered by health protection so that they can go to the hospitals to tend to their mental and physical wounds after fleeing. And please ensure that we have a new approach to the European asylum system, so that we can learn from this humane reaction to the fleeing refugees, in our new asylum system.

Beata Kempa (ECR). – Pani Komisarz! Ponad dwa miliony uchodźców przekroczyły już granicę z sąsiadującymi krajami. W samej Polsce przyjeśliśmy ponad milion osób. Tylko wczoraj w jednym dniu granicę przekroczyło 100 tysięcy kolejnych osób. Dzisiaj przywieźliśmy dzieci oficerów ukraińskich, którzy walczą na froncie. Przywozimy dzieci chore, dzieci chore na raka, dzieci niepełnosprawne, również osoby dorosłe. I w tej sytuacji Polacy mają wielkie serce. Z własnych funduszy dzisiaj finansują pobyt tych osób w Polsce. A tymczasem 660 mln euro tygodniowo wysyłane są zbrodniarzowi z Kremla za ropę i gaz. Dzięki tym pieniądzom prowadzi dzisiaj swój krwawy najazd na Ukrainę.

Potrzeba sankcji, ale potrzeba też już, jak najszybciej środków, Pani Komisarz, dla Polski, do której w tej chwili napływa najwięcej uchodźców, po to abyśmy mogli nieść tę pomoc wspólnie razem. Kreml, Putin atakuje nawet korytarze humanitarne. To są po prostu zbrodnie, to jest ludobójstwo. Musimy się temu przeciwstawić.

Pani Komisarz, Szanowni Państwo, dzisiaj jest Międzynarodowy Dzień Kobiet. Ja otrzymałam różę od naszych panów tutaj w Parlamencie Europejskim. Ja chcę tę różę dedykować ukraińskim kobietom. Dacie radę! Ja chcę tę różę dedykować dziewczynkom, które zostały już zgwałcone przez reżim. Dacie radę! I tę różę chcę dedykować polskim kobietom, które dzisiaj pomagają, polskim kobietom w Polsce i w innych krajach.

Miriam Lexmann (PPE). – Pán predsedajúci, to, ako dnes zareagujeme na Putinovu agresiu proti Ukrajine a jej ľudu, bude definovať, v akom svete budeme žiť. Ukrajina dnes bojuje za naše spoločné zdieľané hodnoty, slobodu a demokraciu a my musíme urobiť všetko pre ukončenie tejto agresie a srdcervúcej ľudskej tragédie.

Státisíce hlavne žien a detí utekajú pred hrozbami vojny. Státisíce žien a detí, ktorých budúcnosť sa premenila zo dňa na deň na jeden veľký otáznik. Sama som sa v prvých hodinách a dňoch zapojila do koordinácie a osobne som sa stretla s dobrovoľníkmi a organizáciami, ktoré od prvého dňa týmto ľuďom pomáhajú. Ďakujem za všetky tieto prejavy ľudskejšťi a solidarity. Som rada, že sa ľudia dokážu zjednotiť, aby pomohli tým, ktorí to potrebujú. Táto jednota a solidarita naprieč Európou, naprieč mojou krajinou Slovenskom nám dáva šancu sa v svojej podstate vrátiť k primárnym hodnotám, na ktorých bola po druhej svetovej vojne postavená slobodná, demokratická, prosperujúca a mierová Európa.

Ako povedal pápež František pred takmer dvoma rokmi, keď sme čelili začiatku pandémie: „Sme na jednej lodi, všetci krehkí a dezorientovaní, no zároveň dôležití a potrební, všetci povolaní veslovať spolu“.

Pretože len zjednotení v pravde a princípoch dokážeme vyriešiť výzvy, ktorým čelíme. Len zjednotení môžeme zastaviť tragédiu odohrávajúcu sa pred našimi očami. A len zjednotení obránime slobodu a demokraciu.

Dan Nica (S&D). – Milioane de femei din Ucraina nu și-au imaginat că vor petrece și vor sărbători cum ar fi trebuit, de altfel, să sărbătorească Ziua Femeii în 2022, în asemenea condiții tragice.

Spunea doamna comisar Johansson că a fost în România să vadă punctul de trecere a frontierei de la Siret. Și vă spunea ce a văzut acolo.

Dar vă spun un lucru pe care l-am văzut eu: tristețea din ochii femeilor, a multor zeci de mii de femei ucrainene, cele care sunt alături de copiii lor, îi țin de mână, îi poartă în brațe, încearcă să-i salveze trecând, după zile și zile de stat în frig, frontiera cu România, pentru că acea tristețe este pentru copiii lor. Acele femei nu știu care va fi viitorul acestor copii. Mulți și-au pierdut tații uciși de bombe sau pur și simplu pentru că și-au dat viața pentru apărarea Ucrainei. Casele lor au fost dărâmate. Care este viitorul acestor copii? Și spunea doamna Johansson de această preocupare majoră.

Eu vreau să vă mai dau un exemplu foarte dur: o femeie a murit pentru că după trei zile de stat în frig în Ucraina – și, apropo, de mâine s-au anunțat -20 de grade în Ucraina pentru următoarele zile – a trebuit să mai stea la frontieră între România și Ungaria încă aproape o zi. A murit de epuizare. Iată o nedreptate care se datorează faptului că România nu este în Schengen, iar cineva ar trebui să poarte această responsabilitate, fie ea și morală.

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, signor Ministro, signora Commissaria, onorevoli colleghi, la catastrofe umanitaria che la guerra russa contro l'Ucraina sta scatenando una grande sfida per l'Europa: le donne e i bambini che fuggono dalla guerra oggi e che rischiano di essere le vedove e gli orfani di domani hanno bisogno di essere accolti subito.

Abbiamo potuto constatare la generosità degli europei, a partire dai cittadini dei paesi confinanti, polacchi, slovacchi, ungheresi, rumeni, così come la reazione immediata delle istituzioni europee nel garantire protezione giuridica umanitaria ai profughi ucraini. Abbiamo visto il volto bello dell'Europa, un volto che è mancato troppo spesso in questi anni, quando a fuggire dalla guerra erano altri popoli. Avremo da accogliere molti milioni di ucraini e lo sforzo dovrà essere comune, dall'Estonia al Portogallo, dalla Finlandia a Cipro. C'è una sola Europa.

Ma questa deve essere anche l'occasione di approvare meccanismi e norme che si applichino indipendentemente dai confini europei di entrata; riformiamo subito il trattato di Dublino e rendiamo la solidarietà e l'umanità una regola europea.

Saskia Bricmont (Verts/ALE). – Monsieur le Président, près de deux semaines depuis l'invasion russe en Ukraine et déjà deux millions de personnes sur les routes de l'exil qui fuient une attaque chaque jour plus meurtrière et inique. Deux millions, et davantage à venir. Autant de vies et d'enfances brisées, de séparations dues à la guerre, de résistance sans faille.

Face à ce drame, l'Europe active la protection temporaire des réfugiés ukrainiens. Une décision somme toute normale et bienvenue après tant d'années d'une solidarité à l'égard des exilés reposant uniquement sur les épaules des citoyens solidaires et des associations, sans réel soutien des pouvoirs publics. Cette protection doit désormais s'appliquer à toute personne fuyant l'Ukraine. Elle doit aussi être accompagnée de moyens humains et financiers pour assurer un accueil digne et une protection de ces personnes dans les États membres.

Le réveil des consciences touche au cœur de notre humanité. L'élan de solidarité et de générosité qui nous envahit doit nous faire prendre conscience que toute personne qui fuit son pays doit trouver refuge en Europe, en tout temps, sans distinction, sans discrimination. La forteresse Europe doit tomber. Vive l'Europe accueillante!

Alexandr Vondra (ECR). – Pane předsedající, dámy a pánové, začnu čísly, tak 2 miliony za 10 dní, ne 1 milion za rok. Z těch 2 milionů za 10 dní 1 200 000 do Polska, 191 000 do Maďarska, 140 000 na Slovensko, 87 000 do Rumunska a 105 000 do České republiky, která s Ukrajinou ani nesousedí. Pamatujete si, jak jste nás tady před 5 až 6 lety moralizovali, státy střední a východní Evropy, když jsme se ptali, kdo v té vlně toho milionu za rok jde? Jestli to jsou ti, kteří utíkají před válkou, anebo ti, kteří jdou za lepším, mladí lidé s kameny. Teď se ti mladí lidé, Ukrajinci, vracejí z našeho pracovního trhu, desítky tisíc, zpátky, aby šli bojovat za svobodu. A z těch 2 milionů 55 % jsou malé děti, z toho zbytku dospělých jsou 80 % ženy a zbytek jsou senioři. Tak my děláme, co můžeme. Děláme to s láskou a úctou. Nemoralizujeme. Samozřejmě uvítáme jakoukoliv pomoc logistickou, finanční i jinou, ale žádné kvóty nežadáme.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Umgang mit den Flüchtlingen aus der Ukraine scheint uns etwas zu gelingen, wobei wir in den letzten Jahren leider versagt haben, nämlich eine gemeinsame Haltung und ein solidarisches Vorgehen gegenüber Flüchtlingen zu vereinbaren und in die Tat umzusetzen.

Erstmals in der Geschichte der Europäischen Union haben wir die Massenzustrom-Richtlinie aktiviert, um Flüchtlingen unbürokratisch und zielgerichtet zu helfen, von der Versorgung bis hin zur Arbeitserlaubnis. Die wirkliche Bewährungsprobe steht uns aber noch bevor. Aber all das zeigt uns, was möglich ist, wenn es den politischen Willen gibt, gemeinsam solidarisch, rasch, entschlossen zu handeln.

Es gibt aber noch sehr viel zu tun. Flucht und Migration bleiben ganz oben auf unserer Agenda. Nicht nur wegen des Krieges – wegen zunehmender Gewalt, wegen der erhöhten Konfliktbereitschaft, wegen des Klimawandels, wegen Corona, wegen des Arbeitskräftemangels, nicht nur im Pflegebereich.

Daher müssen wir diesen politischen Willen aufrechterhalten – für einen neuen Anlauf zu einer gemeinsamen Asyl- und Migrationspolitik samt einem fairen Verteilungsschlüssel, für eine unabhängige Energieunion und eine Sozialunion, für eine gemeinsame Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Entwicklungspolitik.

Aber lassen Sie mich zum Schluss schon sagen: Es gibt in Wahrheit keine Alternative zur Beendigung des Krieges, zu einem Leben in Frieden und Freiheit.

Javier Moreno Sánchez (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, señora ministra, señorías, estamos ante la guerra de Putin, no tiene otro nombre. Su agresión brutal a Ucrania es una barbarie que ha despertado a la Europa política. Frente a la dictadura, la democracia europea vencerá. La Unión está actuando de forma rápida, unitaria y solidaria, rompiendo dogmas y tabúes.

Hoy nuestro pensamiento y nuestro corazón están con el pueblo ucraniano y, en este Día Internacional de la Mujer, especialmente con las mujeres y niñas que sufren, huyen e, incluso, mueren.

Por ello, debemos seguir apoyando con ayuda humanitaria y militar a las ciudadanas y los ciudadanos que han decidido luchar heroicamente en Ucrania. Pero, sobre todo, señorías, la Unión debe ser una tierra de acogida sin fronteras. La activación de la Directiva de protección temporal debe garantizar un reparto solidario de los refugiados, aliviando a los países que están en primera línea.

Y, por último, señora comisaria, usted lo ha dicho. Hago un llamamiento para que apliquemos medidas de protección especial para que las mujeres y las niñas no caigan en redes de traficantes de seres humanos.

Dragoș Pîslaru (Renew). – Domnule președinte, doamnă comisar Johansson, doamnă ministru, la mulți ani de 8 martie tuturor femeilor, dar mai ales celor care fug acum de bombele și gloanțele rusești cu copii mici de mână sau rămân și luptă pentru țara lor, Ucraina.

Dragi colegi, curând avem două milioane de refugiați în Europa. Răspunsul României, Poloniei, Slovaciei, al Ungariei, al cetățenilor europeni este o dovadă vie a solidarității europene în fața căreia mă înclin. Urmează însă o criză de lungă durată, iar noi avem nevoie urgentă de coordonare la nivel european, de resurse și protecție adecvată pentru cei afectați.

Am lansat un apel către Comisia Europeană pentru a crea un portal unic european, accesibil pentru refugiații din Ucraina. Am cerut ca societatea civilă și autoritățile locale care sunt în prima linie acum, să fie susținute urgent prin finanțare și resurse adecvate.

Doamnă comisar, Comisia și statele membre trebuie să asigure protecția temporară activată la nivelul Uniunii Europene. Refugiații trebuie să aibă acces neîntârziat la consiliere, educație, sănătate, locuințe, servicii sociale și locuri de muncă. De noi toți depinde să arătăm că în aceste vremuri întunecate umanitatea va izbândi.

Slavă Ucrainei!

Grace O’Sullivan (Verts/ALE). – Mr President, Putin’s war threatens an entire nation’s people; with nuclear weapons in the hands of a reckless despot, it threatens us all. In any war zone, it is the ordinary people, the children, women and men who bear the heaviest burden.

The number of refugees escaping the Ukraine war zone has hit the staggering figure of over two million people – people fleeing their homes in terror, as I speak. For those with disabilities or with other vulnerabilities, the situation is particularly dire and so we must show solidarity in welcoming the people of Ukraine into our homes, our communities and into our nations.

Let this war be a wake-up call for EU refugee policy in general, which has only hardened in recent years, punishing migrants and humanitarians alike. The potential for war is close to us all now. Will this be the catalyst for change?

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Z uwagą słuchałam wypowiedzi Pani Komisarz, bo wiem, że Pani była w Polsce. Była Pani na polskiej granicy i doskonale Pani wie, że w ciągu zaledwie kilku dni to Polska przyjęła 1,2 mln uchodźców wojennych. To Polska zapewniła im schronienie i to przede wszystkim do Polski ci uchodźcy wojenni uciekają. I zaangażowanie polskich służb rządowych, samorządowych, polskich obywateli jest ogromne. Jestem dumna, że jestem Polką. Szkoda, że nie miała Pani odwagi, żeby to mocno i wyraźnie podkreślić.

Ale popatrzmy, jakie jest zaangażowanie Komisji Europejskiej w pomoc właśnie dla państw, które pomagają i przyjmują uchodźców. Otóż, proszę Państwa, to jest pomoc, która naprawdę jest iluzoryczna, niewielka, można by powiedzieć, że w obliczu katastrofy wojennej wręcz minimalna, żeby nie powiedzieć – żadna.

Potrzebna jest konkretna pomoc. Natychmiast należy odblokować należne Polsce środki z krajowego funduszu odbudowy, które są nieprawnie przez Komisję Europejską blokowane. W obliczu wojny i tej tragedii, która się rozgrywa na naszych oczach, czas zacząć zachowywać się solidarnie. I to wezwanie kieruję do Komisji Europejskiej i do Parlamentu, który jutro chce głosować rezolucję w sprawie blokowania środków dla Polski. Wasza hipokryzja jest niestety ogromna.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, κυρία Υπουργέ, κάναμε το καθήκον μας και η Ευρώπη ενωμένη απάντησε άμεσα στην εισβολή της Ρωσίας με κυρώσεις άνευ προηγουμένου. Όταν καταπατάται το διεθνές δίκαιο και τα ανθρώπινα δικαιώματα, αυτή πρέπει να είναι αντίδρασή μας. Ξεκάθαρη και χωρίς να δίνουμε δεύτερες ευκαιρίες. Γνωρίζω ως Κύπριος τι σημαίνει πόλεμος, προσφυγιά, ξεριζωμός. Γνωρίζω τι σημαίνει με μια βολίδα στο χέρι να εγκαταλείπεις το σπίτι σου. Γνωρίζω τι σημαίνει να χάνεις αγαπημένα σου πρόσωπα. Ο δικός μου πατέρας είναι τραυματίας πολέμου, ενός πολέμου που διέπραξε η Τουρκία κατά της Κύπρου και ουδέποτε καταδικάστηκε, ουδέποτε τιμωρήθηκε. Καταφέραμε –και καλά κάναμε– μέσα σε 48 ώρες να επιβάλουμε ισχυρές κυρώσεις στη Ρωσία, κάτι που δεν πράξαμε εδώ και σχεδόν 48 χρόνια που η Τουρκία κατέχει με τη βία τη μισή μου πατρίδα· η Τουρκία που το παίζει ανενόχλητη σε δύο ταμπλό στην ουκρανική κρίση. Δεν συμμετέχει σε κυρώσεις και δεν κλείνει τους αιθέρες στα ρωσικά αεροπλάνα. Αν θυμάμαι καλά η Τουρκία είναι ακόμα υπό ένταξη κράτος στην Ευρωπαϊκή Ένωση.

Σας καλώ να ενεργείτε με τον ίδιο τρόπο για την προάσπιση του δικαίου σε όλες τις περιπτώσεις, αποφεύγοντας την εφαρμογή της πολιτικής των δύο μέτρων και δύο σταθμών. Μόνο έτσι θα διατηρήσουμε την ευρωπαϊκή μας αξιοπιστία. Μόνο έτσι θα καταφέρουμε να πείσουμε για τις προθέσεις μας. Οι πρόσφυγες είναι πρόσφυγες από όπου κι αν προέρχονται, όσα χρόνια και να περάσουν.

Isabel Santos (S&D). – Senhor Presidente, de repente os refugiados passaram a ser os nossos vizinhos ucranianos, e somos levados a uma ação rápida face à brutalidade da agressão russa que, em poucos dias, obrigou perto de dois milhões de pessoas a fugir. Uma população em movimento constituída esmagadoramente por mulheres e crianças, pessoas em particular vulnerabilidade, e que nos convoca face às particulares necessidades de proteção e a não permitir que se instalem redes de tráfico.

Ao contrário de outros momentos, estamos a ser capazes de reagir, rápido, unidos. Muito bem, somos capazes, prova-se que somos capazes. Então aproveitemos o momento e as lições aprendidas para instituir um mecanismo obrigatório de partilha solidária da responsabilidade em matéria de proteção internacional.

Não nos esqueçamos daqueles que, fugindo do Médio Oriente, da África e de outras partes do mundo, são, neste momento, em solo europeu, vítimas de violações dos seus direitos fundamentais.

Hoje por eles, amanhã por nós. Acabemos com os infernos para migrantes e refugiados dentro da União Europeia.

Lucia Ďuriš Nicholsonová (Renew). – Mr President, the best way to help Ukrainian refugees is to stop the war in their own country and to deal with this criminal Putin once and for all. Putin is a war criminal, and I think decent countries should not be trading with war criminals. With every penny for Russian oil and Russian gas we pay, we buy Russians the weapons to kill civilians. Ukraine is buying us time and pays for it with the lives of its own citizens, and we cannot spend this precious time trading with Russia.

Russia must bleed economically, and it looks like the only way it will bleed is when we stop the oil and gas supplies to Europe and to the US. Then it is up to the Russian people to decide whether they will be able to continue with a senseless war or they will deal with the criminal Putin once and for all. *Slava Ukraini!*

Mikuláš Peksa (Verts/ALE). – Pane předsedající, vážené kolegyně, vážení kolegové, musíme si promluvit o uprchlících. V první řadě bych tedy chtěl poděkovat všem, kteří aktivně pomáhají, všem, kteří vozí lidi, zajišťují jídlo, pomáhají uprchlíkům s orientací v novém prostředí, případně dávají svoje byty k dispozici dle svých možností. A tady vidím obrovské vzepětí občanské společnosti a mezilidské solidarity. Ale stojím tady jako člověk ze země, která při poslední uprchlické vlně selhala, protože tehdy Česko odmítlo pomoci, bálo se lidí vyhnaných válkou ze svých domovů a naše společnost se dusila nenávistí. Teď je situace jiná a obětavost obyčejných Čechů je obrovská a já věřím, že to zvládneme, ale nezvládneme to sami. Já bych vás chtěl poprosit a teď se obracím na kolegy z Parlamentu i z Rady i z Komise. Prosím, zvažme co nejširší podporu pro ty státy, které se snaží poskytnout pomoc a zázemí těm, kdo ve válce prchají ze svých domovů. Děláme to především pro ně. Děkuji vám všem moc a sláva Ukrajině.

Kosma Złotowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Jest takie powiedzenie „z kim graniczy Rosja? Odpowiedź: Rosja graniczy, z kim chce”. Od dwóch tygodni Rosja pokazuje całemu światu, jak bardzo nie chce graniczyć z Ukrainą. Od dwóch tygodni przez Ukrainę przetacza się rosyjski walec, niszcząc infrastrukturę wojskową, cywilną, przemysłową i rolniczą, niszcząc domy w miastach, niszcząc domy na wsiach, zabijając ludzi. Teraz jest pora, Szanowni Państwo, żebyśmy my sobie zadali pytanie: czy my z taką Rosją chcemy graniczyć? Z dzisiejszej debaty wynika jasno: nie, z taką Rosją graniczyć nie chcemy. Szanowni Państwo, musimy być w takim razie konsekwentni. Musimy być bardzo konsekwentni i ta wojna musi skończyć się naszym zwycięstwem.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, the images of Putin's callous and inhumane invasion of Ukraine continue to be seen across the world. This unrelenting attack has forced more than two million people to flee for safety as Europe embraces for the largest group of refugees since World War II.

The EU has acted, and will continue to act, in solidarity in dealing with the influx of refugees. In particular, the speed with which EU interior ministers were able to reach consensus on how to help those arriving from Ukraine, after years of discord over EU immigration policy, is to be commended. For the moment, the pressure is on neighbouring countries such as Poland, Romania, Slovakia and Hungary, who are responding heroically by welcoming Ukrainians. However, the burden of this influx is too great for any one country, and the burden must be shared.

The devastation and tragedy in Ukraine has been staggering, and the stories of tragedy heartbreaking. However, we also cannot forget that we are still in the midst of other crises, in particular Afghanistan, where women, girls and LGBTI community continue to suffer under the oppressive Taliban regime since its takeover in August 2021. For better or worse, this is a defining moment for the EU, and this may finally be the time that we can agree on a consolidated common asylum framework.

Sylvie Guillaume (S&D). – Monsieur le Président, l'horreur de la situation en Ukraine nous frappe tous. La plupart d'entre nous pensaient ne plus jamais assister à de telles scènes de guerre sur le territoire européen. La réalité nous donne tort.

La réactivité des pays frontaliers de l'Ukraine pour l'accueil des réfugiés est remarquable et leur élan de solidarité à saluer et soutenir. Dans le même sens, le Conseil a enfin décidé de mettre en œuvre la directive sur la protection temporaire. Il était temps. Je ne peux pas m'empêcher de penser aux Syriens qui auraient pu en bénéficier, il y a quelques années, plutôt que d'être pris dans un chaos européen.

Je note toutefois qu'une très grande marge de manœuvre a été laissée aux États membres. Comment éviter alors que soit appliqué le strict minimum en termes de protection à certains ressortissants non ukrainiens? Comment éviter un morcellement supplémentaire en matière de garanties et de statut? Ces sujets devront être surveillés pour ne pas créer de précédent. Enfin, cette situation exceptionnelle et la mobilisation des Européens ne doit pas faire oublier les obligations de chacun sur d'autres volets, notamment l'accueil de réfugiés d'autres régions du monde ainsi que le respect de l'état de droit.

Elsi Katainen (Renew). – Arvoisa puhemies, hyvä komissaari, Putinin anteeksiantamaton hyökkäys Ukrainaa vastaan on järkyttänyt meitä kaikkia. Sodan nyt eskaloituessa on erityisen tärkeää varmistaa kaikkien siviilien turvallinen pääsy konfliktialueilta. Venäläiset joukot eivät ole kunnioittaneet sovittuja tulitaukoja, mikä on ehdottoman tuomittavaa.

EU-maihin on saapunut jo noin kaksi miljoonaa pakolaista sodan jaloista ja määrä tulee moninkertaistumaan. Meidän on unionina autettava hätässä olevia ihmisiä kaikin mahdollisin tavoin. On tuettava Ukrainan naapurivaltioita ja tehtävä voitavamme, jotta jonot rajoilla saadaan purettua.

On hyvä, että EU:ssa otettiin nopeasti käyttöön tilapäisen suojelun direktiivi. EU:n yhtenäistä koordinoitua on edelleen jatkettava ja on oltava valmiutta ottaa käyttöön myös uusia mekanismeja. Myös EU:n pakolaispolitiikkaa kokonaisuutena on viimeistään nyt alettava uudistamaan myös pidemmällä tähtäimellä, sillä Euroopan ja koko maailman turvallisuustilanne on muuttunut eikä paluuta entiseen ole.

Janina Ochojska (PPE). – Panie Przewodniczący! Polska i jej rząd są obecnie postrzegane jako kraj przyjazny uchodźcom i wspierający Ukrainę, ale tak nie zawsze było. Polskę zalewa obecnie fala pomocy i solidarności. Chcę Państwu uświadomić fakt, że to nie rząd, tylko Polacy przyjmują gości – bo tak mówimy o uchodźcach ukraińskich – do swoich rodzin, to NGO i samorządy organizują tę ogromną pomoc i wolontariusze obecni wszędzie tam, gdzie ktoś jest w potrzebie. W ten sposób Polacy przywrócili wizerunek Polski gościnnej i otwartej na uchodźców, niweczony ostatnimi laty przez rządzących.

Apeluję do instytucji Unii Europejskiej o przekazywanie środków na pomoc humanitarną dla Ukrainy oraz pomoc dla uchodźców znajdujących się w Polsce we współpracy z organizacjami pozarządowymi. Apeluję również o stworzenie drożnych korytarzy humanitarnych, które pozwalają na dostarczanie pomocy humanitarnej oraz opuszczenie obszaru wojny przez cywilów.

Jednak obecnie pomoc, wsparcie, ciepło i dawanie nadziei są zarezerwowane tylko dla niektórych uchodźców, tych bliższych kulturowo, mówiących podobnym językiem. Pomaganie innym migrantom proszącym o ochronę międzynarodową na granicy białoruskiej jest kryminalizowane, a osoby udzielające takiego wsparcia są prześladowane. Obecnie rząd nie dopuszcza organizacji pozarządowych do granicy polsko-białoruskiej.

Nie różnimy różnic między uchodźcami: skąd kto pochodzi, jakiego koloru ma skórę i kto bardziej zasługuje na pomoc. Konwencja genewska obowiązuje na każdej granicy w stosunku do każdego.

Łukasz Kohut (S&D). – Pani Hania z Rybnika wraz z radą kobiet zbierają dary, organizują z samorządem i panem Mariuszem noclegi dla uchodźców. Pani Agnieszka z Wodzisławia wzięła na siebie kwestię posiłków. O posiłki na samej granicy zadbał pan Mikołaj z wolontariuszami Fundacji Wolne Miejsce z Katowic. Codziennie gotują zupę dla tysiąca osób. Transport darów z Niemiec koordynuje pani Estera z Jastrzębia. W Dąbrowie pan Tomasz z rodziną udostępnił dom dla ośmiu osób z Ukrainy. To tylko kilka przykładów pięknej solidarności tylko z jednego województwa śląskiego. Skala tej pomocy jest gigantyczna, niestety podobnie jak potrzeby.

Dlatego z tego miejsca apeluję o pilne, bezpośrednie wsparcie finansowe dla społeczeństwa, nie dla rządów, które łamią prawo, ale dla tych, którzy pomagają, żebyśmy mogli zapewnić uchodźcom godne warunki. Tam na pierwszej linii pomocy są obywatele i są samorządy. Skierujmy tam bezpośrednio unijną pomoc, aby została dobrze zagospodarowana. Apeluję także do polskiego i węgierskiego rządu: wróg jest na Kremlu, a nie w Brukseli. Zrozumieliście to już? Na koniec zdjęcie z Charkowa z wczoraj, które mówi więcej niż tysiąc słów.

Dita Charanzová (Renew). – Mr President, Kyrill, 18 months – old killed from shelling. Sofia, six years old – shot to death with her baby brother, mother and grandparents trying to escape by car. Arseniy, 14 – bled to death from a fragment of projectile. Child cancer patients treated in basements of hospitals. Mothers with children targeted by gunfire while fleeing war.

These are just some examples of how Putin fights in Ukraine – attacking women, children and civilians from the very beginning, and bombing schools, orphanages, apartment buildings, shooting unarmed civilians in the streets. As Ukrainians cross the border to safety, Europe has been united in showing immense solidarity. For instance, my country, Czech Republic, has collected the highest amount of money ever in our history, all going to humanitarian aid for Ukraine.

Colleagues, we are witnessing war crimes by Putin, and he must be held accountable.

Frances Fitzgerald (PPE). – Mr President, *(missing audio)* ... the majority of whom are women and children. There is a dark cloud on this International Women's Day, as Ukrainian women and children are traumatised and exhausted. Their lives have been destroyed and many have left loved ones behind: husbands, fathers, brothers and sons. More than two million people have now fled Ukraine to seek refuge in the European Union since the onset of the Russian invasion. The fastest exodus of people from a country since World War II. I commend our eastern Member States for welcoming Ukrainians with open arms, but we must mobilise the resources of all of Europe to help them.

I welcome last week's decision by Justice and Home Affairs Ministers to activate the temporary protection directive for Ukrainians. The shocking murder of civilians, as they flee through what are supposedly humanitarian corridors, is a war crime. We must isolate Russia comprehensively, not in a piecemeal way. We must have measures that are economic, social, cultural and business must be comprehensive. This is a 'whatever it takes' moment for European democracy. There is a moral imperative on all of us to save as many lives as possible as Putin and his barbaric regime murder our Ukrainian friends and partners. We must work together. We must respond comprehensively.

Evin Incir (S&D). – Herr talman! Kolleger! Helt plötsligt blir Olof Palmes ord "dessa satans mördare" återigen högaktuella i Europa, när Putins fascism förkroppsligas genom invasionen av Ukraina. Putins plats är varken i Kreml eller på Rysslands gator. Han hör hemma i internationella krigstribunalen. Kvinnor och flickor utsätts som i många andra konflikter, även i Ukraina, för sexuellt våld, av ryska soldater. Kvinnliga flyktingar och barnflyktingar befinner sig just nu i klorna på hallikar och människohandlare. Putins barbari ser inga gränser.

Miljoner människor från Ukraina är just nu på flykt. Vi måste agera gemensamt för att stödja dem. Humanitära korridorer måste omedelbart upprättas. Situationen är alarmerande, men jag är stolt över det gemensamma ansvarstagande som alla våra medlemsländer visat för ukrainska kvinnor, barn och andra som är i akut behov av hjälp, genom omedelbar aktivering av massflyktsdirektivet.

EU och alla medlemsstater måste även fortsätta att öka det humanitära stödet. Var du än kommer ifrån, bor eller är ska du veta att vår solidaritet inte känner några gränser. *Slava Ukraini.*

Abir Al-Sahlani (Renew). – Herr talman! Ärade kommissionär, ärade kolleger! Jag överlevde ett krig när jag var tio år gammal som förändrade mitt liv för alltid. Jag minns hur min ensamstående mamma tog tag i mig och sprang. Jag minns hur hon försökte skydda min kropp med sin lilla kropp i tron att hon kunde få mig att leva ifall bomberna skulle träffa oss. Jag minns också den lilla syriska pojken Alan, vars kropp sköljdes upp på de grekiska stränderna. Han flydde från kriget i Syrien men klarade aldrig att komma till säkerheten. Jag minns även den lilla, livlösa, 18 månader gamla pojken Kirill från Mariupol, hans livlösa kropp och hans föräldrars och läkarnas desperata försök att rädda hans liv. Det gick inte att rädda.

Det vi ser i dag är en stor tragedi, men vi får inte låta den här tragedin leda till att vi blir handlingslösa. Vi måste göra allt för att ge det ukrainska folket vårt stöd, och det kan vi göra på två sätt: Det ena är att omedelbart upprätta humanitära korridorer för att skydda de civila ukrainska flyktingarna, och EU måste ge allt stöd vi kan för att skydda dem. Det andra är att vi måste sätta hårt mot hårt mot Putin. Den ryska oljan luktar ukrainskt blod. När vi fortsatt köper den ryska oljan, fortsätter vi också att ge pengar till detta krig. Detta är troligtvis unionens största prövning på många decennier. Låt oss fortsätta stå enade för Ukrainas folk. *Slava Ukraini.*

Lukas Mandl (PPE). – Herr Präsident! Der bestialische Angriff auf die Ukraine, befehligt aus dem Kreml, führt zu einer Fluchtbewegung unglaublichen Ausmaßes.

Wir führen diese Debatte im Europäischen Parlament über diese Fluchtbewegung genau am Internationalen Frauentag. Es ist daher besonders angebracht, darauf hinzuweisen, dass wieder einmal die Flüchtenden hauptsächlich Frauen und Kinder sind, auch darauf hinzuweisen, dass es wieder einmal in der Weltgeschichte Frauen sind, die riesengroße Verantwortung übernehmen, um mit Kindern durch diese Zeiten zu kommen.

Und es ist auch ein Anlass, dass wir heute einmal aussprechen – weil es stimmt –, dass es weniger Gewalt, weniger rohe Gewalt und kriegsrische Auseinandersetzungen geben würde, hätten Frauen mehr zu reden. Ich bin fest davon überzeugt, dass es Männer und Frauen braucht, dass wir einander ergänzen. Aber hätten im Kreml Frauen etwas mitzureden, wäre möglicherweise dieser bestialische Angriff, wären diese Kriegsverbrechen nicht zustande gekommen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass dieser Moment der Solidarität in Europa, diese historische Einigkeit nicht nur isoliert jetzt da sein darf, als Eintagsfliege gewissermaßen, sondern nachhaltig sein muss. Europa muss auf eine neue Stufe der Zivilisation kommen.

Und ich möchte darauf hinweisen, worauf Boris Johnson gestern hingewiesen hat: Das Vereinigte Königreich ist ja nach wie vor ein Partner für uns.

Vielleicht werden wir durch die gegenwärtige Situation auch daran erinnert, dass es nicht zu einer Hexenjagd auf russische Menschen kommen darf, wenn wir Sanktionen setzen, die wirksam sein sollen, weil sie dazu beitragen sollen, Frieden zu bauen. Aber alle Menschen sind gleich viel wert.

Петър Витанов (S&D). – Г-н Председател, г-жо Комисар, страхотен подвиг направиха европейските граждани на Полша, на Словакия, на Унгария, на Румъния и не само на тези, които имат обща граница с Украйна, но и на моята страна България, която също приюти 40 хиляди души. Два милиона души за 12 дни подслонени, нахранени, облечени. И това е пример за чудесна, за страхотна солидарност. Макар че най-добрата помощ за бежанците е да спрем войната, защото грижата за бежанците е реакция, а на нас ни трябва истинска акция.

Обаче един въпрос ме измъчва и мисля, че е насочен към всички нас. Защо някои бежанци са по-добри от други, защо за едни сме склонни да дадем ключовете от собствените си домове, а други държим затворени в лагери извън границата на Европейския съюз. Солидарността ни с бягащите от война не може и не бива да зависи нито от цвета на кожата, нито от религията ни.

Michal Šimečka (Renew). – Pani komisárka, ľudskosť nepozná hranice. To je kľúčové svedectvo zo slovensko-ukrajinskej hranice, východnej hranice Európskej únie, za ktorou zúri Putinova krvavá vojna.

A chcem sa preto aj z tohto miesta poďakovať všetkým, ktorí aktívne pomáhajú na hraničných priechodoch. Za ich ohromnú ľudskosť a profesionálne nasadenie. Často a mnohí to robia na úkor vlastného zdravia, spánku, či pohodlia, uvedomujúc si pritom, že to je iba malý zlomok toho, čo zažívajú Ukrajinci.

Slovensko, ale aj susedné krajiny dnes ukazujú tú najlepšiu tvár Európy, a preto je dôležité nenechať ich v tom samých. Obraciam sa preto aj na Vás, pani komisárka, na nás všetkých, že je potrebné naozaj aktivovať všetky zdroje, všetky nástroje na pomoc hraničným štátom a ľuďom utekajúcim pred vojnou. A tá pomoc bude potrebná nielen dnes, nielen zajtra, ale aj na mesiace a možno roky dopredu.

Kolegovia, Vladimír Putin sa spolieha na to, že utečenecká kríza nás ako Európsku úniu rozloží zvnútra, a my musíme ukázať, že aj v tomto sa mýlil.

Ivan Štefanec (PPE). – Pán predsedajúci, počet utečencov pred stupňujúcou sa ruskou agresiou voči civilnému obyvateľstvu neustále narastá. Podľa dnešných údajov už z Ukrajiny odišlo viac ako dva milióny ľudí. Najviac do Poľska 1,2 milióny, do Maďarska viac než 190 tisíc, a na Slovensko viac než 140 tisíc ľudí. Medzi týmito číslami nie sú zarátaní utečenci migrujúci vo vnútri vlastnej krajiny, a ľudia, ktorí by chceli opustiť svoje domovy, no nemôžu tak urobiť z obavy o svoju bezpečnosť. Práve nerešpektovanie prímeria pri vytváraní humanitárnych koridorov je tým najväčším akútnym a fatálnym problémom ukrajinských utečencov.

Práve tu je priestor pre nás všetkých vyvíjať všetok diplomatický a ekonomický tlak na agresora, aby garantoval bezpečnosť humanitárnych koridorov. Reálna pomoc utečencom sa však odohráva predovšetkým na úrovni členských štátov. V rámci Únie chcem špeciálne oceniť aktiváciu európskej smernice o dočasnej ochrane utečencov z Ukrajiny. Dnes potrebujeme aj presmerovať eurofondy na pomoc utečencom a mobilizovať aj ďalšie finančné prostriedky na tento cieľ. Dlhujeme im to, pretože práve Ukrajinci bojujú a umierajú v prvej línii za naše hodnoty demokracie a slobody. Popri investovaní do základnej humanitárnej pomoci ľudským bytostiam a ich najbližšej budúcnosti potrebujeme posilniť aj infraštruktúru samospráv a regiónov a členských štátov.

Dovoľte mi aj z tohto miesta, dámy a páni, poďakovať všetkým ľuďom dobrej vôle, ktorí zo všetkých síl ukazujú veľké srdce a pomáhajú statočným Ukrajincom. Z celého srdca vám ďakujem za vašu pomoc a obetavosť.

Bettina Vollath (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Frau Ministerin! Polnische Frauen stellen ihre Kinderwagen an die Grenze für erschöpfte ukrainische Mütter. In ganz Europa: Freiwilligen-Initiativen, die aus den Kriegsgebieten Fliehenden zeigen, dass sie nicht alleine sind. Endlich Solidarität mit Flüchtenden – danke! Europa zeigt, dass es für sie da ist, und wir zeigen endlich, dass wir solidarisch handeln können, gesellschaftlich und politisch.

Die Richtlinie über vorübergehenden Schutz war ein wichtiger erster Schritt. Darauf dürfen wir uns jetzt aber nicht ausruhen, sondern wir müssen den zugesagten Zugang zu Arbeit und Bildung und zu medizinischer Versorgung auch tatsächlich umsetzen. Kein Mensch darf zurückgelassen werden. Diesen viel strapazierten Satz müssen wir jetzt mit Taten füllen!

Alle Menschen, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, müssen Schutz bekommen, unabhängig von ihrem Pass, ihrer Hautfarbe. Und vergessen wir unter dem Eindruck dieser Krise nicht endgültig jene Menschen, die schon so lange unter verheerenden Bedingungen in Elendslagern oder völlig ungeschützt an anderen europäischen Grenzen ausharren. Endlich Solidarität mit Flüchtenden. Bitte!

Urmas Paet (Renew). – Mr President, dear colleagues, dear Ukrainians, Europe's greatest humanitarian catastrophe of this century is unfolding before our eyes. Because of the Russian massacres, around two million people – mainly mothers with children, have left Ukraine.

I was on the Polish-Ukrainian border a few days ago and saw a never-ending flow of refugees from Ukraine to Poland. On a freezing night, yet another train carrying 1500 women and children arrived at the Przemyśl station. This is the reality in Europe in the year 2022.

I am grateful to the Polish people and to others on the border of Ukraine who are helping the incoming refugees as best they can. The whole of Europe must give its full support to Poland and the countries that receive the refugees first. But the massacres of Putin's regime in Ukraine continue, meaning that the flow of refugees will continue. Hundreds of thousands of people are trapped in Mariupol and other cities. These people need safe humanitarian corridors, and they need them now.

The only possibility for the flow of refugees from Ukraine to stop and for the people of Ukraine to be able to return to their homeland is when Putin's regime will be defeated and pushed back and Ukraine is free and safe again. For this the strength and determination of the whole free world is desperately needed.

Karlo Ressler (PPE). – Poštovani predsjedavajući, prije nešto više od 30 godina uz jezivu propagandu i pod izlikom navodne ugroženosti srpski agresorski režim obrušio se svojom ogromnom vojnom silom na mladu hrvatsku državu. Tragedija kolona izbjeglica i prognanika iz Vukovara, ali i ostalih hrvatskih gradova i sela ponavlja se sada još jednom na europskom kontinentu. Preko dva milijuna ukrajinskih žena, djece, starijih i nemoćnih bilo je prisiljeno u prva dva tjedna ruske agresije spakirati svoje živote u nekoliko vrećica i pod granatama pobjeći od ratnih razaranja. Ovoga puta Europa je ujedinjenija nego ikada i takvo jedinstvo moramo održati pod svaku cijenu.

Uz vojnu pomoć i sankcije, ujedinjeno pomažemo i humanitarno. Od Rumunjske do Varšave, od Slovačke do Osijeka. Pokazujemo ono najbolje u nama, ono najbolje u Europi.

Danas, na Međunarodni dan žena, želim i odati najsnažnije priznanje svim ukrajinskim majkama i ženama koje su najranjivija meta u svakome ratu, a koje pokazuju hrabrost i odlučnost u teškim trenucima bolnih razdvajanja, uz obećanje da u Hrvatskoj i u Europi imaju sigurno utočište od zla i agresije protiv koje se njihovi muževi, sinovi i cijeli ukrajinski narod bori i protiv kojih će prije ili kasnije pobijediti.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani! Vsaka pomoć, vsaka donacija lahko reši življenje! Ljudje v Ukrajini in ljudje na begu iz vojne potrebujejo našo pomoč, zatočišča, zdravlila.

Brutalna ruska agresija Putina nad Ukrajino v beg sili milijone ljudi. Spremljamo trpljenje mater, otrok, starejših. Prizori lomijo srca. Nesprejemljivo je, da humanitarni delavci ne morejo reševati življenj. Begunski val je danes največji po drugi svetovni vojni. A sprejem je topel. Vsak, ki beži pred vojno, mora biti v Evropski uniji dobrodošel. Ljudi moramo sprejeti, jim omogočiti zatočišča, šolanje, zdravnika, delo.

Danes govorimo Ukrajincem. Hočemo mir. Evropa se je prebudila v drugačen svet. Vojna in humanitarna katastrofa sta velik test za nas.

Ponosni smo lahko, da so lahko države, ki so tradicionalno zapirale vrata, danes ta odprla. Tudi Slovenija. Vsi begunci so ljudje, ne glede na spol, barvo, raso, veroizpoved.

Na mednarodni dan žensk so naše misli z ukrajinskimi ženami, materami, deklicami. V našem in njihovem imenu zahtevamo mir.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

José Ramón Bauzá Díaz (Renew). – Señor presidente, la infamia de la que es capaz Vladimir Putin no conoce límites. El ejército ruso ha puesto en el punto de mira a la población civil ucraniana y su artillería dispara indiscriminadamente contra los corredores humanitarios. Hasta tal punto llega la crueldad, que la Cruz Roja descubrió, ayer mismo, que las rutas de evacuación desde la ciudad de Mariupol estaban plagadas de minas.

Atacar a la población civil es simplemente una cuestión de crimen de guerra y la Unión Europea debe garantizar que quienes cometen estos actos atroces se sienten un día ante un tribunal precisamente para ser juzgados. Pero, hasta que ese día llegue, debemos ayudar a los civiles ucranianos a defenderse.

Por eso mismo, resulta absolutamente indignante que, a día de hoy, siga aquí habiendo diputados, en esta Cámara, que se opongan a ayudar con armas a Ucrania. Señorías, no seamos cobardes con las palabras, sino valientes con los hechos y demos a los ucranianos las armas que necesitan para defenderse. ¡Slava Ukraini!

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Panie Przewodniczący! Dzisiejszy dzień jest świętem dla ukraińskich kobiet, albowiem niektóre z nich na równi z mężczyznami walczą o wolność swojej ojczyzny, inne uciekają, opuszczają swoje domy, aby ratować życie swoje i swoich bliskich. Jeszcze inne oplakują śmierć swoich dzieci. I nie mogę zrozumieć, dlaczego świat wspiera zbrodniarzy, ludzi, którzy ze strachu, nienawiści, żądzy władzy i bogactwa są w stanie zgotować innym piekło na ziemi.

Heroizm i odwaga prezydenta Zełenskiego i narodu ukraińskiego powinny być wskazówką, jak się godnie zachować. A godnie nie zachowują się rządy i politycy, którzy karmią Putina, którzy nie chcą zastosować sankcji. Natomiast godnie zachowują się tysiące Polaków i tysiące Europejczyków, ci, którzy otwierają swoje serca i swoje domy.

I z tego miejsca chciałabym podziękować mieszkańcom mojego Podkarpacia, które graniczy z Ukrainą, za Wasze serce, wsparcie i pomoc. Samorządowcom, wolontariuszom, NGO, a także tym, którzy wspierają Polaków właśnie w tej pomocy udzielanej Ukraińcom.

Dzisiaj jest ponad milion kobiet i dzieci w Polsce. One potrzebują domu, bezpieczeństwa, szkoły, pracy, wsparcia psychologów. One też potrzebują informacji, kiedy ich życie wróci do normalności, a okazuje się i chyba wszystko wskazuje na to, że szybko nie wróci.

Dlatego dzisiaj apeluję do Unii Europejskiej, do polityków, aby ruszyli z pomocą, z prawdziwą pomocą. Wesprzyjcie finansowo samorządy, organizacje, wolontariuszy i zwykłych ludzi. Bez pieniędzy i politycznych decyzji będzie tylko więcej bólu i tragedii. Dziękuję bardzo! Sława Ukrainie!

Victor Negrescu (S&D). – Doamna comisar, dragi colegi, am fost la mai multe puncte de frontieră cu Ucraina. De aceea, încep prin a felicita personalul care se ocupă de protecția frontierei, în mod special frontiera din România, pentru profesionalismul de care dă dovadă.

România asigură protecția frontierelor la fel de bine ca orice țară din spațiul Schengen.

Le mulțumesc sutelor de voluntari care s-au implicat pentru a-i ajuta pe refugiați, inclusiv colegii mei din PES Activists România pentru ce fac pentru copiii din Ucraina.

Situația, însă, este dificilă și riscă să se înrăutățească. Avem peste un milion și jumătate de refugiați dar cifra totală estimată depășește 5 milioane. Este nevoie de un răspuns european integrat care să asigure suportul extins al Frontex inclusiv în Republica Moldova, suplimentarea fondurilor și o mai bună coordonare, implementarea unor măsuri specifice pentru copii, crearea unor arii de securitate în zona frontierelor în coordonare cu autoritățile locale și societatea civilă, un statut mai flexibil pentru refugiați, un plan pe termen mediu și lung pentru migrații din Ucraina și, nu în ultimul rând, implementarea unitară a măsurilor de către toate statele membre.

Dacian Cioloș (Renew). – Astăzi, de 8 martie, în primul rând un gând de respect pentru toate femeile din lume, dar mai ales pentru cele ucrainene pentru curajul lor dovedit fie pe front, fie pe calea pibegiei pentru a-și proteja copiii.

Doamnă comisar, aș vrea să fac câteva propuneri foarte concrete și solicitări Comisiei Europene.

În primul rând, foarte mulți dintre cei care au părăsit Ucraina și se află pe teritoriul Uniunii Europene au nevoie de servicii de sănătate și de educație. Sunt competențe ale statelor membre, dar Comisia Europeană, dincolo de finanțarea pe care o acordă sprijinul statelor membre, ar trebui să asigure și coordonarea acestor acțiuni în așa fel încât toți refugiații să aibă acces la aceste servicii, indiferent de diferențele dintre statele membre în politica de educație și de sănătate.

Al doilea lucru: foarte mulți refugiați, după ce pleacă din țară, se află pe teritoriul Uniunii Europene. Au nevoie de informații. Ar fi foarte util să avem un număr unic de telefon valabil pe tot teritoriul Uniunii Europene la care să aibă acces și, tot în acest context, roaming pentru câteva luni de zile, temporar, gratuit pentru ucraineni pe teritoriul Uniunii Europene. I-ar ajuta foarte mult să comunice cu cei rămași acasă.

Peter van Dalen (PPE). – Voorzitter, levens tellen niet voor dictator Poetin. Hij zaait dood en verderf. Hij laat steden in Oekraïne willekeurig met raketten en artillerie beschieten. Miljoenen slaan op de vlucht, vooral naar het Westen. Een vraag die hierbij dan komt kijken is: waarom veroordeelt de Russisch-orthodoxe kerk het geweld van Poetin niet? Het is de heilige plicht van de kerk om dit geweld van Poetin te veroordelen.

Het kleine Moldavië moet met een bevolking van ongeveer drie miljoen mensen ruim honderdduizend vluchtelingen opvangen. Dat kan dit armste land van Europa niet aan. Bovendien vraagt iedereen in Moldavië zich af: zijn wij nu de volgende die aan de beurt is? En die vraag klemmt des te meer omdat er natuurlijk al veel troepen van Rusland in Transnistrië zijn. Dus we moeten vooral Moldavië helpen.

De rol van Servië is dubieus. Het land stemde weliswaar voor de resolutie van de Verenigde Naties waarin de Russische inval werd veroordeeld, maar je ziet aan de andere kant grote demonstraties in Servië vóór Rusland. En je ziet ook dat waar alle landen de vluchten naar Moskou hebben stopgezet, Air Serbia het aantal vluchten heeft verdubbeld. Het is hoog tijd dat we het kandidaat-lidmaatschap van Servië voor de EU heroverwegen. Voordat je het weet, halen we met Servië het paard van Troje binnen!

Antonio Tajani (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, discutere oggi di come accogliere i milioni di rifugiati non deve essere solo un fatto simbolico; sono in gioco la nostra credibilità, i nostri valori, la nostra economia.

Io, intanto, voglio ringraziare i tanti volontari e le associazioni, i medici, gli infermieri, gli amministratori locali, i governi nazionali che stanno facendo di tutto per accogliere le vittime di questo conflitto. Beneficenza e aiuti umanitari sono fondamentali ma non bastano per affrontare questo passaggio epocale, serve un'Europa politica forte. Abbiamo il dovere di accogliere e integrare i rifugiati in un sistema economico che oggi vive grandi difficoltà e che deve essere rafforzato.

Rappresentano certamente un primo passo in avanti le proposte approvate dalla Commissione europea per favorire la nostra autonomia energetica, ma servono tetti europei, tetti europei non nazionali, per i prezzi energetici, ma serve anche un piano per l'autonomia alimentare.

E per affrontare questa nuova crisi chiediamo un nuovo fondo permanente per la costruzione della casa comune europea finanziato con l'emissione comune di titoli di debito. Per fare cosa? Fondi di sostegno alle imprese per i maggiori oneri derivanti dalle sanzioni, politiche migratorie comuni, politica industriale energetica comune, difesa comune, infrastrutture per la transizione ecologica e per lo stoccaggio di materie prime.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Astăzi, de ziua lor, femeile din Ucraina nu primesc flori. Primesc sânge, suferință și lacrimi. Astăzi, primesc și despărțirea de bărbații lor, de soți, de fii, de copii. Aceasta este cea mai mare tragedie umană de la al doilea război mondial încoace, un exod al femeilor și al copiilor.

Ce putem face pentru ei? Ei au nevoie să meargă la spital, au nevoie să aibă acte, au nevoie să meargă la școală și au nevoie chiar de un loc de muncă aici, în Europa. Noi, Europa, trebuie să-i tratăm ca pe ai noștri pentru că sunt ai noștri, sunt frații noștri europeni.

Din sărăcia lor, domnule comisar, românii au dat totul, nu s-au sfiit să-și deschidă casa, să pună pe masă mămăliga, sarmalele, să aștearnă o jumătate de pat. Au dat tot și din ce nu aveau. Dar ajutorul oamenilor, al acestor îngeri, nu este suficient atunci când vorbim de 5 milioane, de 7 milioane de oameni.

Uniune, ascultă: să dăm cum nu am mai dat nicicând, pentru că suferința de acum nu se compară cu nimic. Ce distruge Putin cu o mână, să dăm noi cu două.

Ylva Johansson, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank the honourable members of the Parliament. More than one hundred took part in this debate this afternoon. I have listened carefully and I would like to thank you all for your commitments, for your strong solidarity, also for your good advice for the steps forward.

I would like to respond to some of the issues being raised. All who are fleeing from the war in Ukraine are being welcomed in the European Union, no matter their origin. The Commission has set up the Solidarity Platform that is part of the Temporary Protection Directive. That is where we, together with Member States, see where are our reception capacities, where different Member States can step in and give support so that it is not only the Member States on the first entry that are doing most. But, having said that, we have to thank Poland, Romania, Hungary and Slovakia for what they are doing. We have to thank the citizens, the volunteers, the NGOs, the border guards, the police and that the national, local, and regional authorities, and the governments; also the companies that are stepping up to give jobs to these refugees who are now coming.

It is necessary that we can step up when it comes to funding, better protection of children, and there are different kinds of additional things that we need to do. Many of you have raised the need to make progress now on the Pact. It is really necessary for us to have a common European asylum and migration system and we have a new momentum under this French Council Presidency. Let us use this new unprecedented situation with this unprecedented unity in the Council to act in solidarity, to also make progress on the pact on migration and asylum.

Unfortunately, things are going to get worse. Putin will continue to kill people, bomb people, destroy people, destroy the cities. More people will flee. We are facing a great test. I count on you in Parliament to be able to face that. We are going to have to take unprecedented actions, make unprecedented funding, work at unprecedented speed and show unprecedented solidarity. It is going to be needed. I count on your support on that. Thank you all for your contributions to this debate.

Brigitte Klinkert, Présidente en exercice du Conseil. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Mesdames et Messieurs les députés, je tiens à remercier tous ceux qui ont fait de leur mieux pour soutenir les personnes qui ont fui la guerre pendant les premiers jours de la crise. Nous nous engageons tous à continuer ce travail. Nous exprimons aussi notre totale solidarité avec le gouvernement et avec le peuple ukrainiens.

Nous n'oublions pas que nous devons faire preuve de solidarité à l'égard des États de première entrée: la Pologne, la Hongrie, la Roumanie, la Slovaquie, mais aussi la Moldavie, savent qu'elles peuvent compter sur l'Union européenne.

Nous avons bien pris en compte la demande de la commission LIBE du Parlement en faveur d'une feuille de route commune en matière d'asile. La présidence a proposé, sur le pacte asile et immigration, une approche graduelle consistant à avancer au Conseil sur les sujets les plus consensuels pour créer les conditions d'avancées permettant d'allier responsabilité et solidarité en matière d'asile et de migration.

Nous espérons, avec le Parlement européen, avancer durant les prochaines semaines. Nous continuerons, vous pouvez en être sûr, à progresser sur cette question au sein du Conseil.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171 GO)

Clara Aguilera (S&D), por escrito. – La agresión de Rusia es una barbarie que ha despertado a la Europa política y ha logrado que la Unión esté actuando de forma rápida, unitaria y solidaria, rompiendo dogmas y tabúes. Porque, frente a la dictadura, la democracia europea vencerá.

Para los socialistas españoles, la UE debe ser una tierra de acogida sin fronteras que acoge desde la solidaridad a todas y todos los refugiados, sin discriminación, cualquiera que sea su sexo, raza o religión. La activación de la Directiva de protección temporal es un enorme paso para proteger a la población ucraniana y en particular a las mujeres y los niños. Pero debemos garantizar un reparto solidario de los refugiados aliviando a los países que están en primera línea, así como programas de realojamiento vinculantes coordinados por la Comisión Europea.

Por último, los socialistas defendemos que se implanten medidas de protección especial para que las mujeres y niñas no caigan en redes de traficantes de seres humanos.

Bartosz Arłukowicz (PPE), na piśmie. – Jako lekarzowi pediatrze z wykształcenia, szczególnie bliska jest mi sytuacja dzieci, którą śledzę każdego dnia. Wiem, że w początkowej fazie wojny udało się zrobić wiele w kwestii relokacji do Polski (i innych państw sąsiadujących z Ukrainą) dzieci cierpiących na choroby onkologiczne. Musimy jednak mieć świadomość, że liczba dostępnych miejsc w szpitalach jest ograniczona i stale się zmniejsza. Mając na uwadze, że każdy dzień przerwanej terapii onkologicznej zwiększa drastycznie ryzyko niepowodzenia leczenia i ostatecznie zgonu, wzywam państwa członkowskie i Komisję Europejską do uruchomienia nadzwyczajnych procedur i objęcia pacjentów z chorobami onkologicznymi szczególną ochroną. Wzywam również do zapewnienia wszystkim uchodźcom dostępu do bezpłatnej służby zdrowia i bezpłatnych leków. Uwrażliwiam jednocześnie na sytuację pacjentów na Ukrainie, których transport do państw UE nie jest możliwy ze względu na stan zdrowia. Wiem, że tamtejsze szpitale borykają się z brakiem leków, w tym onkologicznych. Należy zatem uruchomić unijne mechanizmy pomocy, które pozwolą te braki zniwelować. W obu tych kwestiach musimy działać natychmiastowo.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Gerbiama Pirmininke, Komisijos pirmininke, kolegos, Kremliaus režimas po ilgus dešimtmečius saugotos puoselėtos taikos sugrąžinto karą į Europą. Karą, kuriuo siekiama sunaikinti Ukrainos valstybę ir jos žmonių teisę rinktis savo šalies ir savo žmonių ateitį. Karą, kuris kasdien pareikalauja nekaltų žmonių aukų. Per pastarąsias keturias savaites išgyvename nuo antrojo pasaulinio karo laikų nematytus nuo karo bėgančių žmonių srautus. Jau dabar į Europą pabėgo apie tris milijonus ukrainiečių, ir jei šis beprasmis karas nebus sustabdytas, pabėgėlių skaičius bus neprognozuojamas. Todėl privalome rimtai ruoštis, kad galėtume suteikti ukrainiečiams visą būtiną pagalbą. Turime suprasti, jog nepaprasta situacija reikalauja solidaraus ir skubaus atsako, kad suteiktume žmonėms, priverstiems palikti savo šalį, saugius namus bei galimybę išgyventi šį košmarishką laikotarpį. Galima tik pasidžiugti, jog ES susivienijo bei pirmą kartą aktyvavo laikinosios apsaugos direktyvą, tačiau turime ir toliau ruoštis priimti dar didesnius karo pabėgėlių srautus ir tam sutelkti ES finansavimo priemones.

Milan Brglez (S&D), pisno. – Zagotavljanje zaštite otrok v vojni je dolžnost vojskujočih se strani in mednarodne skupnosti. Ta je opredeljena v četrti Ženevski konvenciji in relevantnih protokolih, implementacija teh obveznosti pa določa tudi Konvencija o otrokovih pravicah.

S kolegicami in kolegi v Evropskem parlamentu, ki smo aktivni v medskupini za otrokove pravice, se še predobro zavedamo položaja otrok v vojni, ki so zaradi doživljanja oboroženih spopadov in bega pred vojnimi grozotami še toliko bolj podvrženi duševnim stiskam.

Od začetka invazije v Ukrajini je iz države pobegnilo že skoraj dva milijona ljudi, predvsem žensk in otrok. Ker menimo, da mora biti zaščita otrok v oboroženih spopadih prednostna naloga Unije, smo člani medskupine za otrokove pravice na ministre, pristojne za pravosodje in notranje zadeve, pred ministrsko konferenco 3. in 4. marca naslovili zahtevo po čimprejšnjem ukrepanju.

Konkretno smo v pismu ministrom naslovili potrebo po prednostnih obravnavah postopkov in javnih storitev za zaščito otrok, med drugim za azil, pravne storitve, šolanje, zdravstvo in psihosocialno pomoč. Prav tako potrebujemo zagotovitev vzpostavitve humanitarnih koridorjev.

Ker veliko otrok pride brez spremstva staršev, smo na ministre naslovili tudi potrebo po posebnem mehanizmu za premestitev otrok brez spremstva. V luči razvoja dogodkov pa pozdravljam tudi aktivacijo uredbe o dodelitvi začasne zaščite, ki lahko konkretno naslovi zgoraj omenjene pozive.

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – Oltre 2 milioni di persone hanno lasciato l'Ucraina dall'inizio della guerra, un numero destinato a crescere rapidamente. Quasi la metà sono minori, molti non accompagnati: bambini e ragazzi costretti a lasciare le proprie case, spesso soli, esposti anche al rischio di subire abusi e di divenire vittime di tratta e sfruttamento. E sono quasi 100 000 i bambini che vivono in istituti in Ucraina perché orfani o abbandonati.

A tutti questi minori deve essere assicurata massima protezione. L'attuazione – per la prima volta – della direttiva sulla protezione temporanea, che contiene molte disposizioni specifiche per i minori, in particolare per quelli non accompagnati, rappresenta un primo, importante passo. Occorre ora assicurare a tutti i minori provenienti dall'Ucraina accesso prioritario a protezione, assistenza e tutela legale; garantire loro accoglienza in strutture adeguate ai loro bisogni, assistenza sanitaria, supporto psicologico e accesso ai servizi educativi; attivare corridoi per consentire loro di lasciare rapidamente e in sicurezza le zone di conflitto; assicurare, in ogni momento, il rispetto del principio del superiore interesse del minore.

L'UE e gli Stati membri stanno – finalmente – dimostrando compattezza e celerità nella solidarietà: è soprattutto per i più vulnerabili che questo impegno deve proseguire.

Estrella Durá Ferrandis (S&D), por escrito. – La agresión de Rusia es una barbarie que ha despertado a la Europa política y ha logrado que la Unión esté actuando de forma rápida, unitaria y solidaria, rompiendo dogmas y tabúes. Porque, frente a la dictadura, la democracia europea vencerá.

Para los socialistas españoles, la UE debe ser una tierra de acogida sin fronteras que acoge desde la solidaridad a todas y todos los refugiados, sin discriminación, cualquiera que sea su sexo, raza o religión. La activación de la Directiva de protección temporal es un enorme paso para proteger a la población ucraniana y en particular a las mujeres y los niños. Pero debemos garantizar un reparto solidario de los refugiados aliviando a los países que están en primera línea, así como programas de realojamiento vinculantes coordinados por la Comisión Europea.

Por último, los socialistas defendemos que se implanten medidas de protección especial para que las mujeres y niñas no caigan en redes de traficantes de seres humanos.

Ibán García Del Blanco (S&D), por escrito. – La agresión de Rusia es una barbarie que ha despertado a la Europa política y ha logrado que la Unión esté actuando de forma rápida, unitaria y solidaria, rompiendo dogmas y tabúes. Porque, frente a la dictadura, la democracia europea vencerá.

Para los socialistas españoles, la UE debe ser una tierra de acogida sin fronteras que acoge desde la solidaridad a todas y todos los refugiados, sin discriminación, cualquiera que sea su sexo, raza o religión. La activación de la Directiva de protección temporal es un enorme paso para proteger a la población ucraniana y en particular a las mujeres y los niños. Pero debemos garantizar un reparto solidario de los refugiados aliviando a los países que están en primera línea, así como programas de realojamiento vinculantes coordinados por la Comisión Europea.

Por último, los socialistas defendemos que se implanten medidas de protección especial para que las mujeres y niñas no caigan en redes de traficantes de seres humanos.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Bestialska i nieuzasadniona napaść Rosji na Ukrainę zmusiła ogromną liczbę obywateli Ukrainy do natychmiastowego opuszczenia swoich domów w celu ratowania życia. Od tego czasu regularnie jestem na przejściach granicznych i za każdym razem widzę ten sam, przerażający obraz tysięcy głównie kobiet i dzieci, niosących często jedynie małą walizkę z tym, co w momencie opuszczania domu wydawało się najważniejsze lub też po prostu było akurat pod ręką. Jestem dumny z naszych obywateli, kiedy widzę, jak otwierają dla nich swoje domy i serca i jak starają się ułatwić im ten okrutny czas. Wsparcie powinno jednak przede wszystkim iść z góry, dlatego potrzebna jest systemowa, kompleksowa i natychmiastowa pomoc ze strony UE. Musimy zapewnić uchodźcom wsparcie w postaci

schronienia i opieki medycznej oraz psychologicznej. W dalszej kolejności należy zapewnić, by osoby te mogły ponownie rozpocząć normalne życie i do czasu, gdy ich powrót do domów będzie możliwy, były w stanie podjąć legalną pracę, zaś dzieci wrócić do szkół. Cieszę się, że Komisja ogłosiła program CARE mający na celu pomoc ludziom uciekającym przed wojną na Ukrainie oraz wsparcie przyjmujących ich państw i regionów granicznych. Nie ulega jednak wątpliwości, że tej pomocy potrzeba będzie więcej, dlatego apeluję o maksymalny wysiłek i solidarność w tym bezprecedensowym kryzysie humanitarnym.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Európa a második világháború óta nem tapasztalt menekültválsággal néz ma szembe az orosz-ukrán háború következtében. Az ENSZ legfrissebb adatai szerint mára átlépte az 1 millió főt a menekülésére kényszerülő ukrán állampolgárok száma. Lengyelország után a második legtöbb embert befogadó ország Magyarország. Országomba eddig 190 ezer menekült érkezett. A kétségbeesett és nincstelen nők és gyermekek tömegeinek ellátása példátlan kihívást jelent, amelyet a határmenti települések polgárai és vezetői, a humanitárius szervezetek, az egyházak, valamint a Kormány szoros és hatékony összefogása révén sikerült szervezeten és eredményesen kezelni.

Ismét hangsúlyozom, hogy Magyarország kormánya minden idők egyik legnagyobb humanitárius csomagját fogadta el, és felállította a segítségnyújtásért felelős humanitárius tanácsot. Az állam szorosan együttműködik az egyházi szervezetekkel, valamint a Magyar Vöröskereszttel is. Híd Kárpátaljáért mottóval különleges segélyakciót indított el a kormány azok számára, akik Ukrajnában, a kárpátaljai régióban kellett, hogy maradjanak. Magyarország természetesen megszárazta azon történelmi jelentőségű uniós javaslatot, miszerint az Ukrajna felől menekülőkhöz azonnali, automatikus védelmet kapjanak. A harmadik országok összesen 4900 érintett állampolgára számára Magyarország segített hazajutni mentesítő repülőjáratokkal. Örülök, hogy a helyszínen az Európai Bizottság alelnöke, Margaritis Schinas is meggyőződött a menekültekért kifejtett munkánkról és magas szinten elismerte azt. Magyarország azt teszi, ami ilyenkor minden ország kötelessége. Befogadja a menekülteket.

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie*. – Ukraina walczy. Walczy nie tylko o swoją wolność, ale i o bezpieczeństwo Europy, choć inwazja to konsekwencja kunktatorskiej polityki Zachodu. „Budowa Nord Stream 2 od lat stanowi centralny element przygotowań Moskwy do wojny przeciwko Ukrainie. Gazociąg Merkel-Putin uplasował Europę w strefie bezpieczeństwa trzeciej klasy” – to nie słowa polityków polskich czy z krajów bałtyckich, którzy protestowali już przy budowie Nord Stream 1 - tak dziś piszą niemieckie media. Ukraina dawno została sprzedana. Gdzie się podziały gwarancje wielkich mocarstw o nienaruszalności granic, gdy Ukraina nieopatrznie oddała broń atomową? Co się stało po aneksji Krymu i rozpoczęciu wojny w Donbasie? Realizowano Nord Stream 2, geopolityczny projekt, którego celem było przede wszystkim ominięcie Ukrainy. W obliczu wojny czas na solidarność. A co widzimy? Do dziś Berlin blokuje embargo na ropę i gaz z Rosji. Unia finansuje Rosję, płacąc jej 600 milionów euro dziennie. Parlament Europejski natomiast organizuje seanse nienawiści wobec Polski, kiedy Polska, na skalę niewyobrażalną w Unii, przyjęła ponad milion uchodźców w 10 dni – bo takie są polskie wartości. A jakie są wasze? Kasa. No cóż – mieliście do wyboru hańbę albo embargo na surowce z Rosji i kryzys. Wybraliście hańbę, a kryzys i tak będziecie mieli, a może i wojnę.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), *por escrito*. – La agresión de Rusia es una barbarie que ha despertado a la Europa política y ha logrado que la Unión esté actuando de forma rápida, unitaria y solidaria, rompiendo dogmas y tabúes. Porque, frente a la dictadura, la democracia europea vencerá.

Para los socialistas españoles, la UE debe ser una tierra de acogida sin fronteras que acoge desde la solidaridad a todas y todos los refugiados, sin discriminación, cualquiera que sea su sexo, raza o religión. La activación de la Directiva de protección temporal es un enorme paso para proteger a la población ucraniana y en particular a las mujeres y los niños. Pero debemos garantizar un reparto solidario de los refugiados aliviando a los países que están en primera línea, así como programas de realojamiento vinculantes coordinados por la Comisión Europea.

Por último, los socialistas defendemos que se implanten medidas de protección especial para que las mujeres y niñas no caigan en redes de traficantes de seres humanos.

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – La agresión de Rusia es una barbarie que ha despertado a la Europa política y ha logrado que la Unión esté actuando de forma rápida, unitaria y solidaria, rompiendo dogmas y tabúes. Porque, frente a la dictadura, la democracia europea vencerá.

Para los socialistas españoles, la UE debe ser una tierra de acogida sin fronteras que acoge desde la solidaridad a todas y todos los refugiados, sin discriminación, cualquiera que sea su sexo, raza o religión. La activación de la Directiva de protección temporal es un enorme paso para proteger a la población ucraniana y en particular a las mujeres y los niños. Pero debemos garantizar un reparto solidario de los refugiados aliviando a los países que están en primera línea, así como programas de realojamiento vinculantes coordinados por la Comisión Europea.

Por último, los socialistas defendemos que se implanten medidas de protección especial para que las mujeres y niñas no caigan en redes de traficantes de seres humanos.

Pedro Marques (S&D), *por escrito*. – Senhora Presidente, Senhoras e Senhores Deputados, mais de 2 milhões de refugiados. Previsivelmente, chegaremos aos 3 até ao fim da semana, e, se esta guerra não parar, não tardará muito até este número duplicar. São, na sua esmagadora maioria, mulheres e crianças. São pessoas absolutamente inocentes que, sem qualquer explicação e sem qualquer razão, viram a sua vida desmoronar-se aos olhos de todo o mundo.

Quero, apesar de tudo, deixar palavras de gratidão. Países, governos, populações, estão mobilizadas num movimento de solidariedade que nos deve deixar orgulhosos e com esperança num mundo melhor. Se em outras ocasiões, provavelmente por más razões, falhámos na solidariedade que era devida a pessoas que de nós precisam, desta vez a Europa e os europeus estão a responder.

Apenas solidariedade não vai chegar para fazer face ao maior movimento de refugiados na Europa desde a Segunda Grande Guerra. Vamos precisar de meios, de dinheiro, de casas, de escolas, de prestar cuidados de saúde a estas pessoas. Começamos pela solidariedade e fizemos bem. Façamos agora o resto porque estas pessoas não têm tempo para perder ainda mais das suas vidas.

Beata Mazurek (ECR), *na piśmie*. – W momencie zagrożenia, z jakim mierzymy się w związku z atakiem Rosji na Ukrainę, zwracam szczególną uwagę na sytuację nie tylko mieszkańców Ukrainy, ale także szukających w Polsce schronienia licznie tam przebywających obywateli wszystkich państw świata, w tym studentów np. z Afryki, Bliskiego Wschodu czy Azji. Polska jest otwarta na niesienie pomocy wszystkim, którzy uciekają przed wojną. Jesteśmy do tego przygotowani. Obserwując wysokie ryzyko wystąpienia konfliktu zbrojnego, od dłuższego czasu prowadziliśmy przygotowania na wypadek zaistnienia obecnej sytuacji. W opinii placówek dyplomatycznych, będących w stałym kontakcie ze swoimi obywatelami przebywającymi na terenie granicy polsko-ukraińskiej, Polska jest świetnie zorganizowana, służby prawidłowo pełnią swoje funkcje, a Polacy wykazali się olbrzymimi sercami i wielką chęcią niesienia pomocy. Potwierdzają to podziękowania otrzymane przez Polskę od przedstawicieli: Angoli, Azerbejdżanu, Belgii, Egiptu, Iranu, Izraela, Kenii, Maroka, RPA, Sierra Leone, Jamajki, Syrii, Tanzanii czy Zambii. W tym miejscu pragnę stanowczo zdemontować doniesienia o rzekomej dyskryminacji polskich służb względem obywateli niektórych państw. Zgłoszenia były weryfikowane na miejscu przez dyplomatów tych krajów i okazywały się fake newsami. Polskie instytucje działają w taki sposób, aby zabezpieczyć dobro uchodźców wszystkich narodowości, uwzględniając specyficzne potrzeby osób przybywających w tym kobiet, dzieci, osób chorych i starszych.

Marcos Ros Sempere (S&D), *por escrito*. – La agresión de Rusia es una barbarie que ha despertado a la Europa política y ha logrado que la Unión esté actuando de forma rápida, unitaria y solidaria, rompiendo dogmas y tabúes. Porque, frente a la dictadura, la democracia europea vencerá.

Para los socialistas españoles, la UE debe ser una tierra de acogida sin fronteras que acoge desde la solidaridad a todas y todos los refugiados, sin discriminación, cualquiera que sea su sexo, raza o religión. La activación de la Directiva de protección temporal es un enorme paso para proteger a la población ucraniana y en particular a las mujeres y los niños. Pero debemos garantizar un reparto solidario de los refugiados aliviando a los países que están en primera línea, así como programas de realojamiento vinculantes coordinados por la Comisión Europea.

Por último, los socialistas defendemos que se implanten medidas de protección especial para que las mujeres y niñas no caigan en redes de traficantes de seres humanos.

Nacho Sánchez Amor (S&D), *por escrito*. – La agresión de Rusia es una barbarie que ha despertado a la Europa política y ha logrado que la Unión esté actuando de forma rápida, unitaria y solidaria, rompiendo dogmas y tabúes. Porque, frente a la dictadura, la democracia europea vencerá.

Para los socialistas españoles, la UE debe ser una tierra de acogida sin fronteras que acoge desde la solidaridad a todas y todos los refugiados, sin discriminación, cualquiera que sea su sexo, raza o religión. La activación de la Directiva de protección temporal es un enorme paso para proteger a la población ucraniana y en particular a las mujeres y los niños. Pero debemos garantizar un reparto solidario de los refugiados aliviando a los países que están en primera línea, así como programas de realojamiento vinculantes coordinados por la Comisión Europea.

Por último, los socialistas defendemos que se implanten medidas de protección especial para que las mujeres y niñas no caigan en redes de traficantes de seres humanos.

10. Lage in Bosnien und Herzegowina (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zur Lage in Bosnien und Herzegowina (2022/2576(RSP)).

Olivér Várhelyi, *Member of the Commission.* – Mr President, dear Members of Parliament, 30 years after the bloody break-up of Yugoslavia, with the Russian invasion in Ukraine, war is back on European soil.

Once again, we are witnessing extreme human suffering, with many lives lost and millions fleeing Ukraine. The last weeks and the changing geopolitical constellations have brought the need for peace back on to the top of our agenda. This also means that the stability and security of the Western Balkans has never been so important as it is today.

The debate on the situation in Bosnia and Herzegovina is very timely. I met Bosnia and Herzegovina's political leadership for the first time in 2020. We discussed what needed to be done for the candidate status for that country. The agreement on the election in Mostar, after 12 years of blockage, was a breakthrough and gave us fresh impetus after years of standstill.

Unfortunately, 2021 was a lost year for Bosnia and Herzegovina. Although it was not an election year, we have seen no real progress on the EU path and on the implementation of the 14 key priorities. Indeed, we have seen growing political divisions throughout the country at different levels. These divisions were aggravated even further with the non-recognition of the new High Representative and with the boycotting of state institutions. All of this is negatively affecting not just Bosnia and Herzegovina on its EU path, but also the everyday life of the people and businesses.

We need constructive dialogue and political will from all sides to move forward on the EU path. This is all the more important in the changed international context following Russia's war on Ukraine. These events have in fact confirmed Bosnia and Herzegovina's European commitment. The country has aligned with the EU statements and decisions on Ukraine, which we very much welcome.

A lot of hope and efforts have been put in the ongoing talks on the electoral and constitutional reform. But the solution is not there yet. It should be found urgently and without any further delay. Fair, free and inclusive elections must take place in October, as scheduled. The Minister of Finance needs swiftly to put the required budget at the disposal of the Central Electoral Commission to organise the electoral procedures. The continued boycott of decision-making at different levels – Presidency and Council of Ministers – could jeopardise significant investments, including investments coming from the Economic and Investment Plan.

As I have stressed several times to the representatives of Republika Srpska, there is a need for urgent steps to de-escalate tensions, to avoid further rhetoric and to ensure the swift return to state institutions and ensure their full functioning. The impact is already visible.

Two weeks ago, we have launched a EUR 3.2 billion investment package to support 21 transport, digital, climate and energy connectivity projects in the Western Balkans. The package includes the investment projects submitted by Bosnia and Herzegovina, of which two – of road and rail connections along Corridor Vc – are on the territory of the Republika Srpska.

The Commission intends to sign the respective contribution agreements for these two investments – worth EUR 600 million, only after the return to the full functioning of state institutions.

Bosnia and Herzegovina is key for the future of the Western Balkans. The region's future is in the European Union. Instead of in-fighting, the country should focus on the positive and constructive European agenda. This is the agenda with real gains and real benefits for everyone. It is the agenda that brings prosperity, stability and peace long term, and this is the agenda on which we need to work together.

Paulo Rangel, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, in the shadow of the new major conflict in Europe, the aggression of Russia, we have repeatedly heard that this is the most dramatic situation in Europe since the Second World War. We cannot, and we should not, compare the tragic suffering caused by different conflicts. But neither should we forget the much more recent drama of the Balkan wars of the 90s.

In 1995, a difficult agreement was reached in Dayton, which returned peace to Bosnia and Herzegovina. Today, that agreement is under threat, a victim of secessionist rhetoric and movements intransigent political blockades and foreign and hostile interference. Peace, stability and the very integrity of the country are at stake, and we cannot allow the present conflict between Russia and Ukraine to interfere in this region.

A range of measures is therefore required, starting with the application of sanctions to the perpetrators of these manifestly unconstitutional activities. The Council has the mechanisms and the example of the United States, all that is needed is the political will. In addition to individual sanctions, the Commission must also restrict access to Union funds until the blockage of central institutions and unconstitutional movements has ceased.

Dietmar Köster, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, in Bosnia and Herzegovina, Serb presidential member Milorad Dodik and his supporting forces are boycotting the State institutions. They are working specifically on the unconstitutional transfer of powers and institutions to the Republika Srpska entity. This will lead to the destruction of the State as a whole.

Dodik rejects the condemnation of the Russian war of aggression made by Bosnian state institutions. He argued for a supposedly neutral position, which means nothing other than agreeing to Putin's war. Dodik is using the war in Ukraine to further push his pro-Russian policies and threats to break up Bosnia and Herzegovina. He is obviously collaborating with Moscow, in whose interests it is to destabilise Bosnia and Herzegovina.

In the negotiations surrounding the electoral law, the nationalist HDZ party is making demands based on an alleged lack of the so-called legitimate representation. This would lead to a further ethnic cementing of the undemocratic electoral law. It is high time for the EU to sanction politically and financially Dodik and his forces to defend the sovereignty and territorial integrity of Bosnia and Herzegovina. In this regard, the EU must support civil society much more than it has done so far.

Klemen Grošelj, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, what Bosnia needs today is understanding and, above all, a message of hope in a better, more prosperous European future. European security depends on peace and stability in our neighbourhood. As you can see in Ukraine, there is a thin line between peace and war.

Bosnia and Herzegovina is in our close neighbourhood and it needs our attention. It needs our support. It is threatened by the blockade of the state institutions, and if that is not enough, it is facing a threat of secessionism inspired by a never truly and fully cleared historical burden, which reflects itself in genocide denial.

All in Bosnia need to come to terms with the past, as painful as it might be, but without an understanding of the past, there is no hope of the future, no hope of overcoming the nightmares of the past.

To overcome all this, we need to send a very clear and united EU message. There will be no return to the past for those who still nurture nationalistic fantasies of the past, like Mr Dodik and other political leaders. We need to impose a set of sanctions to deter them from further destabilisation of the country. Sanctions need to be targeted so they will not affect the ordinary people of Republika Srpska or Bosnia in general, but only those who wish for their narrow-minded, political, frequently corrupt-linked aims to tear apart the country and cause new bloodshed.

Sending additional troops from EUFOR is part of the effort, but we need to do more. We need to seriously reconsider giving Bosnia membership candidate country status, which needs to be followed by a strong commitment by the EU to help Bosnia to do its homework. It needs to make a set of deep and demanding reforms, starting with the change of the electoral law in line with the judgment of the European Court of Human Rights, followed by credible implementation of the reforms listed in the Commission's 14-point plan and all other necessary and needed reforms which will enable the country to firmly set its European path.

Bosnia needs a sign of hope which will empower all those political forces which believe in a modern, democratic, civic and – above all – European Bosnia.

Tineke Strik, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, Europe's response to the Russian aggression was almost united – almost. While the rest of Europe was discussing sanctions, Bosnian Serb leader Dodik talked with the Russian ambassador and with Minister Lavrov. This continuous flirting with Putin reconfirms his disinterest in democracy, international order and European security.

Yet the brutal invasion in Ukraine shows the need to more strongly combat Russian interference in the Balkans, as it directly threatens European security. The long-overdue sanctions for Dodik's secessionist aggression must be imposed right away, including financial ones. So thanks, Commissioner, for your clear position on that; it's a first step.

Bosnian citizens have become truly scared, reliving their traumas from the 1990s. Russian influence and interference also moves them further away from the EU perspective, which is devastating for their right to live in a stable and fully-fledged democracy. Yet strong support for Bosnian civil society and the EU integration process right now would really increase their trust in the EU and in a democratic and prosperous future.

Let us strongly engage with the citizens, with civil society and, as a first step, ensure free and fair elections in October. That would be the best and most promising medicine against Russian interference.

Julie Lechanteux, *au nom du groupe ID*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la crise que vit aujourd'hui la Bosnie-Herzégovine est à imputer à la violation des accords de Dayton pour le maintien de la paix, signés à Paris le 14 décembre 1995. La République serbe de Bosnie a toujours respecté la structure juridique, les droits et les obligations énoncées par les accords de Dayton. Il faut que l'autonomie des deux entités du pays et les droits des peuples constitutifs garantis par la Constitution soient impérativement respectés.

Malheureusement, les mesures prises par le haut-représentant des Nations unies sur place et la pression politique exercée par le plus grand parti bosniaque, le Parti d'action démocratique, sur les institutions de l'État, sont en train de mettre à mal le cadre institutionnel du pays.

Un exemple frappant de l'entorse qui est faite au cadre institutionnel qui régit l'État depuis 1995 est la partialité manifeste de la Cour constitutionnelle, composée de neuf membres, dont quatre choisis par la Fédération de Bosnie-Herzégovine (deux Croates et deux Bosniaques), deux désignés par la Republika Srpska et trois étrangers nommés par le président de la Cour européenne des droits de l'homme. Bien trop souvent, ces juges internationaux, en violation du principe d'impartialité, se sont alignés sur les juges bosniaques et ont mis en minorité les Serbes et les Croates. De cette manière, des décisions ont été prises sur la base de critères plus politiques que juridiques, surtout au détriment de la Republika Srpska et de son autonomie.

Devant le manque de droiture des juges internationaux, j'avais proposé, il y a deux ans déjà, de réformer la Cour constitutionnelle en procédant au remplacement de ces juges par des juges nationaux. Les hypocrites, bien trop nombreux dans l'Hémicycle, qui s'émouvent des ingérences étrangères sont les mêmes qui, en même temps, se taisent devant ces violations de l'état de droit.

L'époque des protectorats est censée être révolue depuis bien longtemps. Rappelons-nous que, en 1914, l'Europe s'est embrasée à partir de Sarajevo, et si nous ne voulons pas accentuer les épisodes tragiques actuels en Europe, nous devons exiger le respect total des accords de Dayton.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the only way to ensure stability and full sovereignty of countries like Bosnia and Herzegovina, as well as other partners like Georgia and Moldova, is the final surrender of Putin's Russian Federation in bloody war waged against Ukraine, withdrawal from all internationally recognised territories of Ukraine and from meddling in the whole region and elsewhere in the world. I think that in between we have to keep utmost engagement in our relationship with Bosnia and Herzegovina.

Emmanuel Maurel, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, la situation politique en Bosnie-Herzégovine se détériore singulièrement dans ce pays pauvre, enclavé et divisé, qui n'a pas vraiment surmonté les traumatismes de la guerre civile et dont les institutions fonctionnent mal.

Les tensions sont de plus en plus vives entre la Fédération de Bosnie, dite croato-musulmane, et la République serbe de Bosnie. Cette dernière, cela a été dit, ne dissimule plus sa volonté de faire sécession. Milorad Dodik, le chef politique des Serbes de Bosnie, ne reconnaît plus la légitimité de Sarajevo et demande de pouvoir disposer de sa propre armée, de son propre système judiciaire et sa propre fiscalité.

Dans ce contexte périlleux, évidemment, la guerre de Vladimir Poutine jette une lumière crue, aveuglante, sur les projets de M. Dodik, qui ne fait pas mystère de son allégeance à la Russie et compte sur son appui pour parvenir à ses fins. Et puis, il y a aussi les États-Unis, promoteurs des accords de Dayton, qui sont très intéressés par la région et qui ont adopté des sanctions contre M. Dodik.

Nous sommes donc en phase d'une internationalisation du conflit dans la poudrière des Balkans. Et tout porte à croire que s'il n'y a pas une action rapide, déterminée de l'Union européenne, Monsieur le Commissaire, il pourrait y avoir une seconde catastrophe aux frontières de l'Europe. Parce qu'évidemment, la catastrophe ukrainienne nous émeut tous, mais il y a là un problème de sécurité, de crédibilité. Nous devons donc clarifier notre propre position, et cela ne peut être que l'intégrité territoriale de la Bosnie. Nous devons ensuite nous assurer des intentions de la Serbie – j'ai vu que le président serbe avait encouragé la Republika Srpska à participer aux institutions collégiales bosniennes. Enfin, il faut trouver une sortie par le haut parce que l'Europe ne peut pas traîner. Elle ne peut pas tergiverser. Il en va de notre sécurité.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovani predsjedavajući, želim ovdje s vama podijeliti jednu pozitivnu priču iz Bosne i Hercegovine što se tiče zaštite ljudskih i ustavnih prava građana. Osim što je prije više od godinu dana Ustavni sud BiH proglasio obavezno nošenje maski i ograničenje kretanja neustavnim, imamo i nove odluke.

23. veljače ove godine Ustavni sud BiH donio je prema apelaciji advokata Ajanovića odluku kojom neustavnim proglašava COVID potvrde i neustavnim proglašava obvezno cijepljenje koje su uveli uski segmenti izvršne vlasti. O ovome je sudilo Veliko vijeće Ustavnog suda i tri međunarodna suca. Sud je čak kritizirao parlament kako je to mogao dozvoliti izvršnoj vlasti da dozvoli kršenje vladavine prava i demokracije u zemlji.

Prema odluci suda one koji se ogluše na ovu odluku treba goniti po krivičnom zakonu kaznom od pola godine do pet godina. Kao argument, također su prihvaćeni i norveški kodeksi i Rezolucija Vijeća Europe 2361. Ustavni sud je naredio da javne vlasti moraju odmah postupiti po odluci i uskladiti svoje djelovanje s ustavnom i Europskom konvencijom o zaštiti ljudskih prava. Pobjeda je ovo protiv segregacije i diskriminacije i dokaz što narod može napraviti kad se ujedini.

Čestitam odavde Bosni i Hercegovini na ovom primjeru zaštite ljudskih i ustavnih prava od koje može učiti cijela Europa.

Michael Gahler (PPE). – Mr President, I welcome the positioning of Bosnia Herzegovina with regard to the Russian military aggression against Ukraine, and I do that also as a standing rapporteur on Ukraine. I think it is no surprise, however, that Milorad Dodik takes an opposite position. But we all know that Russia cannot deliver anything positive abroad, neither to Ukraine nor to Bosnia Herzegovina, or elsewhere. So I strongly urge everyone not to believe that a tactical siding with Dodik would profit the country as a whole or any particular grouping in the country.

I think that, and that was the clear message from the Commission for which I am grateful, that the Republika Srpska and Dodik have to return to the institutions and make them work. Therefore, I welcome the conditionality that has been set up by the Commission to implement the foreseen projects in the Republika Srpska, which is EUR 600 million, only if this actually takes place.

Moreover, with regard to the elections in October, I also welcome your position to insist that the elections take place in an appropriate set-up and also that the financial means that are required are put in the budget and used for that, in order that something can take place where the people have the right to vote, and it is not about the political parties and their infighting that has contributed to the stalemate.

Tonino Picula (S&D). – Poštovani predsjedavajući, sve neizvjesnija politička situacija u Bosni i Hercegovini još se više zakomplicirala ruskom agresijom na Ukrajinu. U državi u kojoj ne postoji suglasje o temeljnim socijalnim, ekonomskim i političkim pitanjima, u čijim se dijelovima službeno negiraju i genocid i Putinova agresija, ostaje previše prostora za politikantstvo i korištenje disfunkcionalnog uređenja za osobne i grupne interese.

Kronične blokade najbolji su pokazatelj da napretka u Bosni i Hercegovini ne može biti bez konsenzusa, međutim, konsenzus se gradi povjerenjem, a ne lošim kalkulacijama. Pogotovo ne vezivanjem za politike koje osuđuje pa i sve više sankcionira civilizirani svijet.

S druge strane, preglasavanje volje jednog od konstitutivnih naroda je direktna zlouporaba sistema koji očito ne pruža zaštitu ustavnih prava svima. Nije, dakle, održivo pozivati Bosnu i Hercegovinu da poštuje presude europskih sudova poput presude Sejdić-Finci bez da se istodobno traži poštovanje i presuda BiH sudova. A upravo se Ustavni sud Bosne i Hercegovine izjasnio da postojeće izborne prakse odstupaju od Ustava. Takva selektivnost služi kao argument onima koji u pitanje dovode državnost i teritorijalnu cjelovitost zemlje.

Stajališta građana o budućnosti oslikavaju se u demografskim statistikama. Samo protekle godine Bosnu i Hercegovinu je napustilo 170 000 građana, a od 2013. gotovo pola milijuna. Riječ je uglavnom o ljudima u najproduktivnijim životnim razdobljima.

Traženi ubrzani kandidacijski status zahtijeva i ubrzani angažman Bosne i Hercegovine na ispunjavanju 14 jasno definiranih prioriteta.

Bosni i Hercegovini je svakako mjesto u Europskoj uniji. Svaki njen pomak na tom putu treba podržati, ali i reagirati na opasne stranputice.

Ilhan Kyuchyuk (Renew). – Mr President, thank you so much for your clear message on putting a conditionality under these difficult circumstances.

I think we should act. We should act now. It's time for the EU to send a very clear signal. First, we must strongly condemn the divisive ethno-nationalistic rhetoric. Secondly, we must strongly condemn moves to undermine State institutions. And thirdly, we must be prepared to issue sanctions and immediate restrictive measures should be taken on board if the situation further escalates.

The EU must step up and increase its focus on events in Bosnia and Herzegovina, and we must clearly demonstrate our collective commitment towards the country's European and Euro-Atlantic aspirations.

This is our opportunity to demonstrate the importance of our European values and democracy. We must ensure that the October elections are held, that the transparency of the vote is ensured and their results are implemented.

I firmly believe the country's future is within the European Union, so we must make sure that the hard-earned progress is not lost and we should give the country a clear and visible path towards European Union and grant them candidate status. This will be decisive for the political future of Bosnia Herzegovina, and not only for them, but for the region. EU and Bosnia-Herzegovina; *zaedno i tochka* - They go together.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

11. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

Der Präsident. – Ich komme nun zu der Bekanntgabe der Ergebnisse der Abstimmungsrunde.

(Der Präsident verliest die Ergebnisse der Abstimmungsrunde.)

12. Lage in Bosnien und Herzegowina (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über die Erklärung der Kommission (2022/2576(RSP)) fort.

Romeo Franz (Verts/ALE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Bosnien und Herzegowinas leidvolle Geschichte liegt nicht lange zurück, und die dramatischen Entwicklungen in der Ukraine wecken schlimme Erinnerungen. Putins Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein Angriff auf ganz Europa und auf unser Wertesystem, auf unsere Friedensordnung.

Auch im Westbalkan will Putin den europäischen Einfluss zurückdrängen. Sein stärkster Verbündeter in Bosnien und Herzegowina ist Milorad Dodik, den er politisch, wirtschaftlich und selbst militärisch unterstützt. Wir fordern schon lange Sanktionen gegen diesen Ethno-Nationalisten. Einige Länder haben das bisher blockiert und stattdessen den Serbenführer mit Geld ausgestattet. Das ist infam! Auch die erfolglose Appeasement-Politik der Europäischen Kommission, denn, Herr Várhelyi, am Ende bewirkt diese Politik genau das Gegenteil: Sie stärkt nur Dodiks und Putins, die selbst mit demokratischen Werten nichts zu tun haben wollen. Sie interessiert nur Macht und Geld. Sie sind korrupt und getrieben von einem aggressiven Nationalismus.

Anstatt mit Dodik zu reden, muss er endlich abgesetzt werden. Die Menschen in Bosnien und Herzegowina wollen Frieden und Sicherheit und eine Zukunft für sich und ihre Kinder. Und sie wollen Demokratie, wollen Frieden und Sicherheit und eine Zukunft für sich. Herr Putin und seinesgleichen fürchten am meisten die Demokratie. Und zu Recht! Lassen Sie uns die demokratischen Kräfte und die Rechtsstaatlichkeit stärken – in Bosnien und Herzegowina und auf dem gesamten Westbalkan!

Roman Haider (ID). – Herr Präsident! In Bezug auf die Situation in Bosnien und Herzegowina sind mir zwei Aspekte wichtig.

Einerseits ist Bosnien und Herzegowina trotz der schon über zwei Jahrzehnte andauernden Bemühungen weiterhin ein extrem fragiler Staat, der vor allem durch äußeren Druck zusammengehalten wird. Manche sprechen sogar von einem *failed State*, und es wäre geradezu verantwortungslos, jetzt – in der aktuellen Situation – diesen mühsam errungenen Kompromiss aufkündigen zu wollen, einen Kompromiss, der bei Weitem nicht perfekt ist, aber der immerhin das Blutvergießen gestoppt hat. Einen solch fragilen Staat jetzt aber auf Biegen und Brechen in die EU aufnehmen zu wollen, wäre völlig unverantwortlich. Damit wird kein Problem gelöst, aber viele neue werden geschaffen.

Andererseits ist Bosnien und Herzegowina aber leider auch ein Paradebeispiel für den wachsenden chinesischen Einfluss am Balkan. Eine deutsche Tageszeitung hat das ganz prägnant auf den Punkt gebracht. Sie sagt: Der Balkan ist der zentrale Hebel für den Angriff Chinas auf Europa. Die Investitionen Chinas in Bosnien und Herzegowina sind Teil dieses Angriffs, und das muss inzwischen jedem in diesem Haus klar sein. Vor allem der Ausbau der kritischen Infrastruktur – wie Kraftwerke oder Verkehrswege – ist daher ganz besonders problematisch zu sehen. Der Anteil chinesischer Kredite an der bosnisch-herzegowinischen Auslandsverschuldung beträgt immerhin schon mehr als zehn Prozent. Die Abhängigkeit wird immer größer, und daher ist es wichtig, dieser Entwicklung entgegenzutreten.

Direkte Ansätze sind da gefragt. Anstatt dauernd mit dem moralischen Zeigefinger zu drohen, sind pragmatische und effektive Hilfestellungen nötig, aber nicht ein EU-Beitritt, der mehr Probleme als Lösungen schaffen würde.

Bogdan Rzońca (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Wielokrotnie bywałem w Sarajewie, jako przedstawiciel polskiego parlamentu w ramach inicjatywy śródkwoeuropejskiej, i tam rozmawialiśmy o przyszłości Bośni i Hercegowiny, która szła dobrą i prostą drogą do Unii Europejskiej. Teraz sytuacja się skomplikowała. Mamy najgorszy moment od zakończenia wojny w Jugosławii. Porozumienie z Dayton jest podważane przez Republikę Serbską, która przyjęła szereg uchwał mających na celu oderwanie się Republiki Serbskiej od wielu etnicznych instytucji Bośni i Hercegowiny. To może zakończyć się po prostu rozpadem tego państwa i problemem na Bałkanach.

Problem jest zresztą nie tylko w Republice Serbskiej, ale również w samym Belgradzie, gdzie są osoby, które chcą zapewnić swój wpływ w krajach byłej Jugosławii. Nie ma nic w tym dziwnego, że 9 stycznia Republika Serbska obchodziła swoje święto narodowe. W paradzie wojskowej uczestniczyli przedstawiciele Serbii, Rosji, Chin, którzy są silnymi zwolennikami dążenia Republiki Serbskiej do secesji i dołączenia do Serbii. Unia Europejska musi zająć twarde stanowisko wobec Serbii i Republiki Serbskiej, jeżeli Serbia chce nadal w bliskiej przyszłości dołączyć do Unii Europejskiej. Te reguły muszą być twarde. Jeśli skorzysta na tym Serbia, wtedy skorzysta także Unia Europejska.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, a un mese dal trentesimo anniversario della sua indipendenza la Bosnia-Erzegovina sta attraversando la sua peggior crisi politica dalla fine della guerra dei Balcani. Vecchie e dolorose ferite tornano a sanguinare. Addirittura viene affissa una placca celebrativa a Vračar di Ratko Mladić, criminale di guerra e genocida.

L'Unione europea ha espresso tutto il suo oltraggio per la situazione, ma non basta minacciare dure sanzioni e inviare 500 soldati per scongiurare la spirale di tensione interetnica, per scongiurare ancora il rischio che Dodik cavalchi il malcontento economico e sociale trasformandolo in sentimenti nazionalisti, mentre già partono tanti volontari filorusi dalla regione verso l'Ucraina.

Serve un nostro coinvolgimento diretto sempre più forte, con maggiori investimenti, per contrastare una crisi che oltre ad aspetti etnici ha anche connotazioni economiche molto chiare. Per proteggere l'importantissima prospettiva di integrazione europea va rivalutata profondamente, insieme ai diretti interessati, l'architettura stessa dello Stato bosniaco, superando i limiti emersi da trent'anni di crisi perenne e instabilità, altrimenti sarà sin troppo facile per Mosca continuare con la sua opera di destabilizzazione del paese, alimentando l'ennesimo scontro per procura e aprendo un secondo fronte nel cuore dell'Europa.

Željana Zovko (PPE). – Mr President, today once again we are discussing the situation in Bosnia and Herzegovina. This time it is the security context. For me, this discussion should be a public appeal to the politicians responsible to negotiate a solution to the real problem that the country is facing on the eve of its elections.

The people, and not the international community, should be able to sanction politicians with their votes. In order to allow the people to make politicians responsible for their policies of the last four years, including war rhetoric, separatist rhetoric and unitarist rhetoric, we should give them the only possible tool invented by democratic society: a functioning electoral law reformed in accordance with constitutional and international court decisions.

For 12 years, the citizens of emblematic Mostar did not have the privilege to elect their officials due to the hesitance from the international community's side to push for a solution. Now, Mostar is a success case. Let us make Bosnia and Herzegovina and its electoral law a success and give the people a chance to use their power – that they deserve – to decide, as every vote counts.

Delara Burkhardt (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich sage „In Vielfalt geeint“, denken die meisten an die Europäische Union. Ich denke aber auch an die größte Stärke, die in Bosnien und Herzegovina steckt.

Aber genau diese Gleichheit und Vielfalt wird seit 26 Jahren von Ethno-Nationalisten blockiert – nicht für die Menschen, sondern aus politischem Kalkül. Doch die Kräfte verschieben sich nicht zuletzt durch den Angriff Putins zu ihrem Nachteil.

Die Kommission und auch Sie, Herr Kommissar, müssen endlich heraus aus der Schockstarre – nicht mit Hetzern wie Milorad Dodik paktieren, sondern diese sanktionieren, den mutigen Menschen der Zivilgesellschaft die Hand reichen, das Amt des Hohen Vertreters stärken und Reformen unterstützen.

Nach 30 Jahren Unabhängigkeit wünsche ich diesem wunderschönen Land, Stärke aus seiner bunten und mutigen Gesellschaft ziehen zu können, mit uns als verlässlicher Partnerin an ihrer Seite.

Irena Joveva (Renew). – Predsedujoči. V enaindvajsetem stoletju smo. Vem, da veste, ampak žal veste tudi, da avtokrati in uničevalci demokracije, ki ogrožajo mir in človekove svoboščine, še vedno obstajajo. V enaindvajsetem stoletju, tudi pri nas na evropskih tleh.

Trideset let po vojni v Bosni in Hercegovini Milorad Dodik uničuje državo in institucije. Zanika genocid. Kot da to, kar so ljudje tam že preživel, ne bi bilo dovolj.

Trideset let po vojni v Bosni in Hercegovini se začne vojna v Ukrajini. Vladimirja Putina se označi za zločinca, in prav je tako. Ker točno to tudi je.

Ampak, kaj je pa Dodik. Kako lahko kdorkoli ne obsodi njegovih dejanj. Ker so nekatere stranke povezane z njim, je zato kaj manj hudoben človek?

Tudi državljani Bosne in Hercegovine si zaslužijo boljše življenje, veste, in voditelje, ki jim je mar. Mi pa jih moramo podpreti, državljane namreč, na njihovi poti v Evropsko unijo. Medtem ko se moramo upreti, enako glasno, vsem avtokratom in kriminalcem, ker je bilo hinavščine Evropske unije v tem okviru že zdavnaj preveč. Tudi v lastnih vrstah. Metode so zelo podobne, žal.

Thomas Waitz (Verts/ALE). – Mr President, Commissioner Várhelyi, first of all, I want to thank you for taking this step on putting a conditionality on further funding within Republika Srpska. Many of us have asked for that for quite a while, but as it is better late than never, it's important to take that step now that it has become clear that we cannot expect any constructive moves at the moment and where there is clear evidence that there is direct Russian influence in Republika Srpska decision-making.

And yes, sure, we have to talk about the Dayton Agreement. I mean, this was a peace agreement, and unfortunately, it is enshrining ethnical segregation into this new now kind of constitutional level. We need to talk about a reform there. We need to talk about an electoral reform following the European Court decisions.

But what we need to do foremost is guarantee the citizens of Bosnia an election that is fair, free of fraud and this is not filibustered by stopping the budget. If there's no budget from Bosnia and Herzegovina, it's us that need to put the budget on the floor and to send observers to grant the citizens a legal and fair vote. I think this should be the first priority.

Lukas Mandl (PPE). – Herr Präsident! Zu den Lehren, die aus dem bestialischen Überfall seitens des Kreml und der russischen Führung auf die Ukraine gezogen werden müssen, gehört, dass wir nie wieder an den Verhandlungstischen in Europa oder auf dieser Welt Nationalismus, ethnische Konflikte, pseudoreligiöse Konflikte oder einfach Lügen, falsche Geschichten, falsche Narrative zulassen dürfen, die sich gegen Menschen richten, weil sie in den Abgrund führen.

Stefan Zweig hat den Nationalismus als die Erzpest des Jahrhunderts bezeichnet, und er hat das vergangene Jahrhundert gemeint. Ich habe bis vor Kurzem die Hoffnung gehegt, im 21. Jahrhundert läuft es besser. Ich bin erschüttert darüber, welche nationalistischen Tendenzen nach dem Überfall seitens des Kreml auf die Ukraine auch am Westbalkan, auch in Bosnien und Herzegowina aufgekommen sind.

Und das ist nicht zu akzeptieren. Die Bürgerinnen und Bürger von Bosnien und Herzegowina verdienen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und dass jeder Mensch auch vor dem Staat und dem Gesetz gleich viel wert ist – in Bosnien und Herzegowina, am gesamten Westbalkan.

Andreas Schieder (S&D). – Herr Präsident, Herr Kommissar, sehr geehrte Damen und Herren! Die Lage am Westbalkan ist mehr als prekär. Sie ist gefährlich und explosiv, speziell in Bosnien und Herzegowina. Und die russische Aggression, die wir jetzt schon die ganze Woche diskutieren, kann ganz leicht und schnell auf den Balkan übergreifen.

Und einer, der daran schuld ist, ist Milorad Dodik, der genau in der *Republika Srpska* alles unternimmt, um die Einheit Bosnien und Herzegowinas schrittweise, scheibchenweise zu zerstören. Und daher ist es die höchste Zeit, dass die Europäische Union hier viel schärfer, viel radikaler für die Einheit Bosnien und Herzegowinas eintritt und auch Leuten wie Milorad Dodik mit Sanktionen nicht nur droht, sondern gegebenenfalls auch welche verhängt.

Und neben dem muss uns auch klar sein: Die Europäische Union muss noch viel einheitlicher werden. Auch Ungarn und Kroatien müssen sich hier einkriegen. Und wir müssen als Europäische Union endlich das Versprechen, das wir dem Westbalkan gegeben haben, bei Reformen auch eine Beitrittsperspektive und -möglichkeit zu geben, für alle Länder umsetzen!

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Bundeskanzler Olaf Scholz hat in Bezug auf Russlands Invasion in der Ukraine von einer Zeitenwende gesprochen. Viele Heuchler tun nun so, als hätte man das nicht kommen sehen können. Aber diese Zeitenwende ist nicht über uns gekommen wie ein Dieb in der Nacht. Wir hätten es sehen können.

Wir wissen auch, dass auch der Westbalkan auf der strategischen Agenda Putins steht. Die Frage ist: Machen wir denselben Fehler zum zweiten Mal? Oder sehen wir, was passiert? Sind wir bereit, es klar auszusprechen, klar zu benennen? Und tun wir alles, um zu verhindern, dass es noch einmal so brutal schiefgeht?

Vučić und Dodik können nicht auf zwei Schultern Wasser tragen. Sie müssen sich entscheiden, sie müssen eine Wahl treffen, und wir müssen dafür sorgen, dass sie das tun.

Um das als letzten Satz zu sagen: Es ist schon legitim, Chinas Abhängigkeiten und Einmischung in Bosnien und Herzegowina zu kritisieren, aber es liegt an uns, ob wir dafür Spielraum lassen. Ohne realistische EU-Perspektive haben wir dem Land zu wenig zu bieten.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovani predsjedavajući, potpredsjedniče, povjereniče, kolegice i kolege, stabilnost Bosne i Hercegovine bitna je za održavanje mira i sigurnosti na području jugoistočne Europe. Da bi se osigurala stabilnost u toj državi prioritet je prevladati političku krizu u kojoj se Hrvatima, kao konstitutivnom narodu, nameću nelegitimni predstavnici na razini Predsjedništva BiH i Doma naroda Parlamenta Federacije BiH.

To je moguće, jedino i isključivo, žurnom izmjenom izbornog zakona koja će osigurati ravnopravnost hrvatskog naroda u BiH kojemu je, kolegice i kolege, uskraćeno političko pravo koje nije uskraćeno praktički niti jednom drugom narodu u Europi – da sam bira svoje političke predstavnike.

To pravo priznato je odlukom Ustavnog suda BiH, koja se, nažalost, ne primjenjuje. Ključno je, dakle, da se reformom izbornog zakona osigura legitimno predstavljanje u sva tri konstitutivna naroda na jednak način, kao što je na primjer slučaj u Belgiji, i zaustavi hegemonija najbrojnijeg naroda.

Skandalozno je da neki zastupnici ovdje, u Parlamentu, to temeljno pravo koje imaju primjerice i narodi u Belgiji, poput Nijemaca, negiraju.

Ponovit ću i ovog puta, kao što sam više puta rekao s ove govornice, pitanje zaštite Hrvata u Bosni i Hercegovini koji su praktički svi građani Europske unije, pitanje je očuvanja temeljnih europskih vrijednosti poput vladavine prava, ali i ključ stabilnosti ovog dijela Europe.

Tanja Fajon (S&D). – Hvala lepa. Vojna u Ukrajini nevarno zaostre varnostne razmere v Bosni in Hercegovini. Strah, da bi tesni zavezniki ruskega predsednika Putina v Republiki srbski rusko agresijo nad Ukrajino izkoristili in sprovcirali incidente ali celo vojno v Bosni in Hercegovini, je močno prisoten.

Naraščanje nacionalističnih in separatističnih teženj že dlje ogroža mir, stabilnost in ozemeljsko suverenost države. Pozivam k politiki pomiritve. Potrebujemo glasnike miru in ne glasnikov vojne!

V Evropskem parlamentu smo Unijo pozvali naj uvede sankcije proti Miloradu Dodiku zaradi korupcije in ogrožanja stabilnosti države. Političnega soglasja očitno ne bo, saj zavezniki, kot je madžarski premier Orban, sankcijam ostro nasprotujejo.

Bosni in Hercegovini moramo zagotoviti evropsko perspektivo. Ljudje zaslužijo mir, poštene volitve in boljše življenje. Podprimo jih!

Olivér Várhelyi, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you all very much for this debate and also thank you very much for confirming our understanding on the main challenges.

As I mentioned, Bosnia and Herzegovina has aligned with the EU statements on Ukraine, and I think this is a very important development because in these testing moments, Bosnia and Herzegovina is showing its European commitment and support for the rule-based international order.

However, as was mentioned by some of you, we need to be aware of the internal tensions that are still there. The Operational Commander of EUFOR Operation Althea recently decided to almost double the number of troops stationed in the country. This is a precautionary measure as there are no threats to a safe and secure environment, but it visibly shows the EU's commitment to the security and stability of Bosnia Herzegovina.

The Commission will soon start preparing its 2022 Enlargement package, and in it we will have the occasion to take stock of our relations with Bosnia and Herzegovina. We expect to see tangible reforms in view of fulfilling the 14 key reform priorities. Only delivering on them will bring the country closer to becoming a candidate country, and it is for the country to deliver on this for its own people.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171 GO)

Dominique Bilde (ID), *par écrit*. – En vertu de l'accord-cadre général pour la paix en Bosnie-Herzégovine du 14 décembre 1995, ce pays est constitué de deux entités autonomes, notamment la République serbe de Bosnie. Il est donc évident que les velléités centralisatrices ne peuvent qu'exacerber les tensions. Par ailleurs, les institutions internationales, en particulier le Haut Représentant, ne sauraient outrepasser leurs prérogatives.

C'est d'autant plus vrai que l'occupant actuel de ce poste se trouve dans une situation ambiguë, puisque sa nomination n'a pas encore été consacrée par une résolution du Conseil de sécurité de l'Organisation des Nations unies. S'y ajoutent certaines actions de la Cour constitutionnelle bosnienne, qui est composée de trois juges nommés par le président de la Cour européenne des droits de l'homme. Je rappelle, enfin, que Milorad Dodik a expressément contesté toute intention sécessionniste.

Gardons-nous donc de jeter de l'huile sur le feu, au risque d'ouvrir un nouveau front en Europe.

Kinga Gál (NI), *írásban*. – Magyarország számára kulcsfontosságú nemzetbiztonsági és nemzetgazdasági érdek a Nyugat-Balkán, így Bosznia-Hercegovina békéje és stabilitása. Ennek egyik lényeges eleme a térség mielőbbi csatlakozása az Európai Unióhoz. Ezt Magyarország teljes mértékben támogatja.

A jelenlegi háborús kihívások közepette a Nyugat-Balkán stabilitása fontosabb, mint valaha. A térség stabilitása, békéje és nyugalma az Európai Unió biztonsági, geopolitikai és gazdasági érdeke. Az Unió konkrétumokkal teli csatlakozási perspektívát kell nyújtson úgy Bosznia-Hercegovina, mint nyugat-balkáni régió számára mielőbbi bővítéssel. Nem a nyugat-balkániakról hanem a nyugat-balkániakkal kell beszélni a kölcsönös tiszteleten alapuló párbeszéd jegyében. Ehhez elengedhetetlen érdemi kapcsolat kialakítása az országok vezetőivel a közös kihívások kezelésére.

13. Anstieg der Energiepreise und Marktmanipulationen auf dem Gasmarkt (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über den Anstieg der Energiepreise und Marktmanipulationen auf dem Gasmarkt von Cristian-Silviu Buşoi im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (O-000007/2022 – B9-0007/22) (2022/2552(RSP)).

Cristian-Silviu Buşoi, *author*. – Mr President, the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) has been following very closely the evolution of energy prices over the last months. We have dedicated quite some time to receiving expertise and debating the causes and effects of the dramatic rise in energy prices, which is largely due to rising gas prices.

It is important to note, first, that energy prices did not rise overnight and there are many factors, some with more impact than others. Whether we are talking about a sudden increase in demand at international level, especially in Asia, the decrease of internal gas production in the EU, the speculation on the EU ETS that might climb the price of carbon allowances and – especially – the game that Gazprom was playing to increase profits and the dependence of some EU countries on its resources, all these causes contribute to rising energy prices and, of course, now there is the unfortunate war started by Russia.

Gas prices peaked in December 2021, when they were 4.5 times higher than in January 2021, driven by global supply and demand dynamics, exacerbated by factors linked to the pandemic and geopolitical tensions combined with lower than expected imports of fossil gas in Europe, especially from Russia. This has led to fossil gas storage reaching lower than average levels and increasing inflation rates across the Union.

We welcomed the Commission toolbox in October 2021 as a necessary support to assist Member States to find solutions at their hands to palliate the effects of this sharp increase on vulnerable consumers and businesses. I welcome the second toolbox, the communication just launched this afternoon by the Commission, which will be presented in the ITRE Committee next week.

At the time of negotiating this oral question in our committee, Russia had not invaded Ukraine. It had not even started its so-called military exercises at its border. If anything, the events of the past two weeks have only confirmed that we are right to have suspicions of deliberate interference in the EU energy markets. What is clear is that we are certainly more vulnerable than we were a year ago. Our citizens are suffering the consequences of these rising prices in their own pockets. Inflation is heavy on our economy and our industries need our support too. Our gas reserves are sufficient for our immediate needs, but lower than average, and we must replenish them for the next winter, too.

As the economy is starting to recover from the pandemic, the EU and the Member States must find structural solutions to protect and support households, as well as EU industries and enterprises – especially SMEs and micro-enterprises.

We welcome the new communication adopted today by the Commission on Joint European action for more affordable, secure and sustainable energy and will give it all our attention in the coming days, together with all our work being carried out in the revision of the Internal Market for Gas Package.

Nevertheless, today we focus a little bit on the matter of potential manipulation in the gas market. We understand that the Commission is carrying out an investigation on possible anti-competitive behaviour in the gas market. What are the preliminary findings and when will these conclusions be made public?

At the time of negotiating the Third Energy Package, the Gas Directive included the third-country clause in its Article 11, the so-called Gazprom clause, which established the mechanism to award third-country companies certification to become a transmission system operator in the Union. The certification process required said companies to prove their activities did not endanger the security of supply in the Union.

Has the Commission started to review the certifications awarded? If not, why not? Has the effectiveness of Article 11 in reducing the risks to security of energy supply in the Member States been assessed? Such an assessment would be very welcome for our work on the revision of the Gas Directive.

With regard to strategic levels of storage, do the current levels exacerbate our vulnerability to external pressures in the short term? Are the specific thresholds for storage levels defined? What is the current picture of the liquefied natural gas carrier (LNGC) situation in the Union with regard to third-country operators? Could it also be a source of interference? Which concrete market structural changes at EU level could allow Member States to protect consumers in the future against the volatility of the international gas market?

Finally, what concrete actions will the Commission undertake to inform EU citizens better about the causes behind the dramatic increase in energy prices they are suffering from?

Kadri Simson, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you very much for giving me the opportunity to speak to you today. Your questions to me were tabled before the onset of war in Ukraine. Today, they take on an even greater significance in this new reality.

I will begin my remarks today on our relations with Gazprom. You asked me whether our rules on the certification of third countries operating in the EU are effective in ensuring our security of supply. This question is even more pertinent today. In this context, I very much welcome the German Government's decision not to proceed with a certification process for Nord Stream 2, a project ultimately controlled by Gazprom. At the same time, I believe that our rules and third party certification are rigorous and effective, as it could not be demonstrated that granting certification would not put at risk the EU's security of supply.

Importantly, we are also closely monitoring Gazprom's behaviour in the EU. As you know, we have opened an investigation into possible anti-competitive behaviour by Gazprom on the gas market and whether it has given rise to higher energy prices and this has been supported by the Ukrainian oil and gas company Naftogaz, and we are still in the fact-finding phase, but we are treating this investigation as an absolute priority.

Staying with the topic of high energy prices and security of supply. You have rightly pointed out the low levels of gas storage available in Europe today. The good news is that thanks to the mild weather and increased LNG supplies, we expect to be on the safe side for this winter, but we are also getting ready for the next one. In December, we already made proposals to improve the use of storage in the EU and to create the option for joint purchase of reserves.

However, we are not stopping there. Today, we have adopted a communication on more affordable, secure and sustainable energy. An important part of this communication is our approach to storage. The communication sets out EU-wide measures to fill storage before next winter. In April, we will bring forward a legislative proposal that will require the underground storage to be at least 90% full by 1 October each year. The proposal will also identify gas storage as critical infrastructure and tackle ownership risks.

Beyond these immediate measures, we also need to look to the future. The communication adopted today sets out our vision to reach full independence from Russian gas before the end of this decade. Reducing our reliance on Russian gas includes continuing the work we have done so far on increasing LNG supplies, and in the medium term, more green energy, diversity of energy supplies and reducing energy demand. We remain firmly on the same course set by the Green Deal, but we aim to move much faster.

On renewables, we must roll out renewable electricity in the sectors where gas dominates. This means insulating homes, installing heat pumps, solar PVs and speeding up the completion of wind parks and solar power plants across the EU. Part of this fast-tracking renewables is to look at what barriers still stand in the way. One of our biggest challenges in the renewables deployment today is permitting and authorisation for new projects, and we will propose guidance on this and introduce the concept of go-to areas where renewables development will be particularly accelerated.

To support this colossal shift in our energy system, we also need the infrastructure in place to match this new volume of renewables. That's why in the communication adopted today, we make a strong call for interconnections and trans-European networks adapted to this new reality. And similarly, consumer empowerment and protection will be key to helping them manage the challenges of even higher and volatile prices.

Energy communities will also play an increasing role, allowing citizens to come together to collectively produce and consume electricity, and the prerequisite for this energy system is the full implementation of the Clean Energy Package and the Electricity Directive. This sets the framework for the rollout of smart meters, of demand-side response and for aggregators who bundle the actions of many small consumers to be big enough to act on the market.

Let me finish by saying that we have thoroughly analysed the reasons for the dramatic rise of energy prices at many points along the road. Today's communication takes account of how the energy landscape has changed since our October toolbox, including the Russian aggression in Ukraine. The communication we have adopted today is also a way to be fully transparent with EU citizens about the causes behind these dramatic increases that they are seeing in their monthly bills and our proposed solutions to address them. At the same time we look forward to continuing the dialogue with the Parliament and Council and provide further explanations if they are needed.

Christian Ehler, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, in recent months natural gas prices have experienced historical increases to reach 400% between 2020 and 2021 and represent a considerable cost for industry, companies and households. This is caused by many reasons, obviously, but mainly linked to the geopolitical tensions and lower imports from fossil gas from Russia. With the EU gas storage at historical low levels, we witness a growing gas crisis. We need to decrease Europe's energy dependency on Russia.

I would like to thank specifically my colleague, Mr Nikka, who has been inflicting this discussion of today. Let's not be naive. There is growing evidence that Gazprom, the Russian gas giant, has been involved in deliberately withholding significant volumes of gas for the European market, although there has been more than enough natural gas supplies in Russia. Let's be realistic. Gazprom had been surprisingly reducing gas supplies to Europe, according to Gazprom's own data, that supplied 185 billion cubic meters of gas to the so-called far abroad, so to Europe, which is notably lower than the annual export of between 2017 and 2019, and only 3%, or 5.8 billion cubic meters higher than in COVID-struck 2020. It's obvious.

The decline of gas supplies to Europe in the second half of 2021 is supported by day-to-day EU gas supply statistics provided by Gazprom on its own website. So you can see that in 2021 alone, from September to December, the gas supply, run by the Ukrainian Gas Transit Network and via Yamal has been running through Belarus and Poland was reduced by 58% to 51%, respectively, during that period, in a time where the markets and the demand was exploding. So it's clear that this situation underlines the need for a speedy launch of a full scale investigation into Gazprom's alleged manipulation of the European natural gas market.

Dan Nica, *în numele grupului S&D*. – Domnule președinte, doamnă comisar Simson, vă mulțumesc că sunteți în această seară aici. V-am cerut să veniți să avem această discuție pentru că prețurile pe care le înregistrează energia electrică și gazele naturale în Uniunea Europeană, în România, au atins un nivel de nesuportat.

V-am spus și vă repet: este greu de acceptat, imposibil de acceptat că există în România facturile cumulate la electricitate și gaz care sunt mai mari decât salariul minim pe economie, că factura la gaz și electricitate este mai mare decât pensia medie în România, că riscăm să transformăm o țară cum este România, în care acum probabil peste 50 % dintre gospodăriile se încadrează în categoria consumatorilor vulnerabili. Ceva este profund greșit.

Nu este admisibil să avem producători de energie electrică, de exemplu, în România, care să vândă energie electrică de 10 ori cât este prețul de cost. Aceasta nu este o economie funcțională, nu este o piață de energie. Acest lucru duce la falimente în lanț. Zeci de mii de oameni își pierd locul de muncă pentru că nicio firmă nu poate să funcționeze în condițiile în care prețul la energie fluctuează în niște limite pe care nimeni nu le poate nici bănuși și nici prevedea.

Toate aceste lucruri au dus la o situație absolut de nesuportat. V-am cerut să interveniți și să reglementați această piață. Directorul [neinteligibil] spune că nu el reglementează piața de energie în sensul de a vedea dacă există comportament de poziție semnificativă sau dominantă de piață. Dar cine, doamnă comisar? Cei de la concurență care se ocupă și de reglementarea cartofilor și de reglementarea hainelor?

Aceasta este o chestiune care a dus într-o situație fără ieșire foarte multe țări din Uniunea Europeană. Eu cred că situația este generală, iar în România situația a devenit absolut imposibilă.

Și eu am mai cerut un lucru: din cauza acestei situații de ultimă oră din Ucraina și a bombardamentelor pe care Rusia le-a întreprins în această țară, să decuplezi achiziția comună de gaze de reglementarea pentru piața gazelor pentru ca să puteți să veniți și să venim cu toții cu o măsură urgentă, pentru că altfel și acum, și iarna următoare vom avea probleme cu aceste prețuri uriașe și de-abia peste doi ani se va previziona că s-ar putea să se întâmple ceva.

Nimeni nu mai poate rezista, doamnă comisar, și noi am promis ceva: că nimeni nu va fi obligat nici în România și nici în Uniunea Europeană să aleagă între a-și plăti factura la electricitate și a-și cumpăra medicamente sau haine.

Morten Petersen, on behalf of the Renew Group. – Mr President, let me start out by saying that, from Renew Europe's side, we are quite happy with the Commission's proposal on Joint European action for more affordable, secure and sustainable energy that was communicated this afternoon. I think it is fair to say that Renew Europe is happy to repower Europe. We still need to go through the text in detail, but I think we all find that the Commission is sending a strong message in the very right direction, namely addressing the urgency swiftly with concrete measures.

We all know that the European Union relies heavily on Russia for about 40% of our gas demands and that 27% of extra-EU crude oil imports come from Russia. It is also clear to all of us that this can no longer be the case. In the past two weeks we have been forced to re-evaluate, adapt and react but, most importantly, to find a way to protect the EU and prevent future crises.

We welcome these short and medium-term plans with the aim to be independent from Russian gas, and we want to work with the Commission in order to see also a concrete 10-year plan for Europe to achieve full security of energy supply, diversification and independence, by working both on demand and on supply. We are happy to see this materialising now.

I think it's important to say that we all need to support these efforts and this House has a very important role to play, obviously, in endorsing the Fit for 55 Package and speeding up this work, in raising these ambitions that are on the table right now. Obviously, Member States and Council would have to agree to this as well, which is not a given still.

Let me finally further emphasise the important issue of permitting, and the Commission touched upon it very well. I think we all need to address this very efficiently, and we are looking forward to the Commission's recommendations, but we need more concrete measures on this in order to tackle it and to facilitate the deployment of renewables. We are happy to work with you, Commissioner.

Marie Toussaint, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, face à la guerre menée par Vladimir Poutine contre l'Ukraine, l'Europe a montré un visage ferme, uni et déterminé. Et pourtant, nous continuons à financer l'effort de guerre russe à hauteur de 700 millions d'euros par jour parce que nous nous sommes liés les mains au gaz russe. L'ironie du sort, c'est que c'est aujourd'hui Poutine lui-même qui menace de couper le robinet européen de gaz russe Nord Stream 1.

Notre impératif pour une paix durable, pour notre indépendance, pour le climat, pour la démocratie, pour la justice sociale, c'est effectivement d'accélérer la transition énergétique et de mettre un terme à notre consommation de gaz russe en particulier et d'énergie fossile en général.

J'entends aujourd'hui des voix nombreuses nous proposer de remplacer notre dépendance au gaz russe par des gaz venant d'ailleurs – du gaz de schiste américain, du gaz liquéfié venant du Qatar ou d'autres énergies fossiles venant quasiment toujours de zones à risque. Ce serait une aberration.

Une autre voie est possible. D'abord à travers l'efficacité énergétique, pourtant peu mobilisée par la Commission dans la communication présentée aujourd'hui; mais aussi en accélérant le développement des énergies renouvelables à un rythme sans précédent. Nous devons demander aux industries européennes de réduire leur consommation avec des mécanismes d'interruptibilité, mais aussi parce que 64 % des processus industriels utilisent un gaz qui peut être remplacé. Que dire des engrais chimiques qui, à eux seuls, absorbent 2,5 % du gaz consommé en France? De l'argent peut et doit être mobilisé en taxant les surprofits de l'industrie pétro-gazière, mais aussi en réorientant les fonds publics aujourd'hui investis dans les énergies fossiles vers les énergies renouvelables.

Chers collègues, nous avons besoin d'orienter tous les fonds qui sont sur la table vers la transition. Demain, je vous demande de voter pour la proposition d'objection à la cinquième liste PCI, qui contient encore de nombreux projets gaziers, pour qu'elle soit 100 % axée sur le renouvelable et l'efficacité énergétique. Aucun des projets gaziers qu'elle contient ne sera utile dans le contexte de la crise, puisqu'aucun de ces projets ne sera créé dans les cinq ans. À l'opposé, ces projets nous enfermeront dans les énergies fossiles pour encore plusieurs décennies. Et ne nous laissons pas bernier: les nouveaux terminaux d'ELNG ne sont pas non plus des solutions puisque nous utilisons à peine 40 % des capacités actuelles de l'Europe. Nous avons besoin de tout cet argent, au contraire, pour des projets électriques renouvelables.

Alors, au nom des 107 députés signataires de cette proposition d'objection, je demande à la Commission de nous présenter au plus vite une nouvelle liste 100 % efficacité énergétique et 100 % renouvelable. Construisons ensemble un avenir qui soit respectueux du climat et garant d'un monde de paix.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Paolo Borchia, *a nome del gruppo ID.* – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione è insostenibile, la recessione è a un passo e questo è il momento di passare dalle parole alle soluzioni. Però servono anche le assunzioni di responsabilità: è il fallimento di un'idea di Europa globalizzata costretta a importare tutto, dalle mascherine ai respiratori, durante la prima fase di pandemia, mentre oggi ci siamo svegliati, realizzando che abbiamo sbagliato tutto sulla politica energetica.

Questo è anche il fallimento di una politica industriale sconfitta dal neoliberismo, impotente di fronte alla concorrenza internazionale. Le logiche di mercato sono saltate, visto che ieri il TTF ha visto il prezzo del gas pari a 16 volte rispetto a quanto lo era un anno prima. La dipendenza dal gas russo non si supera in un giorno, ma riflettano quanti in quest'Aula si sono sistematicamente opposti all'alternativa, boicottando, per esempio, la creazione del corridoio meridionale del gas. Serve tornare ad attingere dai giacimenti del Mediterraneo. Il GNL, gas naturale liquido, è una soluzione, ma è costosa, ha limiti di quantità, ci sono limiti a livello di infrastrutture, mentre delle rinnovabili conosciamo i pregi ma anche i tanti, tanti limiti.

Infine, serve riflettere sul *Green Deal*. Le politiche di contenimento delle emissioni hanno contribuito a innalzare i prezzi di materie prime ed energia, nonostante la Commissione europea, rispondendo a una mia interrogazione, abbia negato l'evidenza. Il *Green Deal* ha una tabella di marcia ai limiti dell'irrealizzabile. La riattivazione delle capacità produttive del carbone sta riportando con i piedi per terra quanti pensavano che con le rinnovabili fossimo a posto. Se non cambia l'impostazione, se questo Parlamento e la Commissione non fanno un'onesta autocritica, allora il *Green Deal* diventa un problema, non la soluzione.

Beata Szydło, *w imieniu grupy ECR.* – Panie Przewodniczący! Szanowna Pani Komisarz! Słuchając niektórych z Państwa wypowiedzi, mam wrażenie, że nie dotarło jeszcze do wielu z Was, że my jesteśmy dzisiaj w zupełnie innym czasie niż przed 24 lutego. To jest czas wojny. Na naszym kontynencie, w Europie, jest wojna i potrzebujemy na ten czas szybkich, zdecydowanych i przede wszystkim skutecznych decyzji, jeżeli chodzi o bezpieczeństwo energetyczne.

Dobrze, że Komisja podjęła dzisiaj decyzję o wstrzymaniu dostaw rosyjskiego gazu, ropy i paliw kopalnych do Europy. Dobrze, że wyciągane są wnioski z błędów wcześniej popełnionych, ale musimy mieć świadomość, Szanowni Państwo, że odnawialne źródła energii, zielona energia, Zielony Ład, projekt Fit for 55 nie rozwiążą problemu bezpieczeństwa energetycznego.

Dzisiaj jesteśmy w szczególnym czasie i potrzebne są szczególne decyzje, a więc rewizja dotychczasowych planów energetycznych tutaj, w Unii Europejskiej. Na ten czas, czas wojenny, musimy zrewidować negatywny stosunek nasz, Unii Europejskiej, do paliw kopalnych, naszych europejskich, węgla, naszego gazu. Trzeba myśleć o atomie. To oczywiście zielone źródło energii również. To jest ten miks energetyczny, który zapewni nam bezpieczeństwo. Fit for 55 doprowadzi do jeszcze większego ubóstwa energetycznego mieszkańców Europy. Musimy o tym pamiętać.

Sira Rego, en nombre del Grupo *The Left*. – Señor presidente, señora comisaria de Energía, hago más las palabras de la Comisión: tenemos que llegar a ser independientes del gas ruso.

Sin embargo, usted y yo sabemos que para responder a esta emergencia no basta con reducir la dependencia; además, es imprescindible cambiar sus reglas del juego para la fijación de precios, su fallido modelo de mercado marginalista, que, por cierto, no se atreven a tocar. Permítame un ejemplo: en mi país, ahora mismo, cerca de las ocho de la tarde, vamos a pagar 700 euros el megavatio hora, aunque solo el 1 % por ciento de la generación eléctrica dependa directamente del gas ruso. Un chantaje posible porque el mercado de la energía en Europa está diseñado para hinchar los beneficios de las grandes eléctricas.

Por eso no basta con diversificar el origen del gas. Necesitamos con urgencia un cambio de modelo que refuerce nuestra soberanía energética para que sea renovable y justa y esté bajo control público.

Necesitamos un modelo que impida que seamos rehenes y que haga imposible que el precio de la energía en Europa lo determine Putin desde su despacho.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, ο ιμπεριαλιστικός πόλεμος στην Ουκρανία συνδέεται άρρηκτα με τους ενεργειακούς ανταγωνισμούς μονοπωλίων. Η ενεργειακή ακρίβεια για τον λαό ήταν ήδη πριν τον πόλεμο σε ύψη ρεκόρ, εξαιτίας της στρατηγικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των ελληνικών κυβερνήσεων για την πράσινη μετάβαση, της απελευθέρωσης της ενέργειας, του χρηματιστηρίου ρύπων. Έτσι εγκαταλείφθηκαν τα ορυκτά καύσιμα και αναδείχθηκε το εισαγόμενο φυσικό αέριο σε στρατηγικό καύσιμο. Η επιτάχυνση της απεξάρτησης από το ρώσικο φυσικό αέριο και η επιλογή των δρομολογίων υγροποιημένου από τις Ηνωμένες Πολιτείες, που προωθούν την κερδοφορία των Ελλήνων εφοπλιστών και τα σχέδια γεωστρατηγικής αναβάθμισης της αστικής τάξης της Ελλάδας ως πύλης εισόδου για τα δυτικά Βαλκάνια και τις αγορές της Ευρώπης, προμηθεύουν για τον λαό ενεργειακή φτώχεια διαρκείας και εμπλοκή σε μεγάλους κινδύνους. Επειγόντως είναι ανάγκη, μπροστά στα ανεπαρκέστατα κυβερνητικά μέτρα, να καταργηθούν οι φόροι στα καύσιμα και ο ΦΠΑ στα τρόφιμα και στα είδη πλατιάς λαϊκής κατανάλωσης, βαδίζοντας στον δρόμο της ανατροπής για να πάψουν η ενέργεια, τα τρόφιμα και η ίδια η εργατική δύναμη να αποτελούν εμπόρευμα.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, começo por cumprimentar a Comissão Europeia pela publicação do RePower EU. A atual crise dos preços da energia, agravada pela invasão russa da Ucrânia, coloca-nos dois grandes desafios. O primeiro prende-se com a autonomia estratégica da União Europeia. Precisamos de diversificar os países de origem e de passagem do gás que importamos. As interligações são muito importantes e permitam-me que relembre as palavras do Vice-Presidente Timmermans que ontem, neste Parlamento, disse que será dada prioridade a este tema, nomeadamente às ligações de Portugal e Espanha ao resto da Europa.

O segundo aspeto é a proteção dos consumidores, daqueles que se encontram em risco imediato de pobreza energética, mas também a classe média e as empresas, pequenas e médias empresas, os setores de alto consumo de energia, como as cerâmicas e o cimento, só para dar alguns exemplos, mas também a agricultura e as pescas, que estão já a sofrer as consequências dos preços da energia.

A este respeito, gostaria de pedir à Comissão que tenha medidas concretas e imediatas e indicações aos Estados-Membros no âmbito do pacote hoje anunciado para proteger os cidadãos e as empresas na Europa.

Mohammed Chahim (S&D). – Voorzitter, laat mij heel duidelijk zijn: we moeten van het Russisch gas af. Het is niet alleen onwenselijk, maar zelfs immoreel om in deze tijd de schatkist van Poetin te blijven spekken. En zij die denken dat de prijzen nu pas de hoogte in zijn geschoten door sancties, vergis je niet: de prijzen waren al hoog. Poetin sjoemelt al langer met de gasprijzen. We moeten zo snel mogelijk af van dergelijke manipulatieve praktijken.

Hoe gaan we dat doen? We hebben vandaag een prachtig plan gezien, REPowerEU, een realistisch plan om dit jaar nog het gas uit Rusland met twee derde te verminderen. En laat ons niet vergeten: één van de beste oplossingen die we hebben, bestaat al, die heet de Europese Green Deal, ons plan voor de middellange termijn.

Daarnaast zijn er zeker nog grote winsten te boeken op het vlak van energiebesparing. Energie die je niet verbruikt, hoeft je niet te importeren. De vraag naar gas kan bijvoorbeeld met ongeveer tien miljard kubieke meter worden verminderd door de thermostaat met één graad te verlagen. Laat energie-efficiëntie en energiebesparing daden van verzet worden tegen Russische agressie. Het is nu tijd om te handelen. Laat onze huishoudens, kwetsbare groepen en ons midden- en kleinbedrijf niet de dupe worden van de hoge energieprijzen die Rusland teweegbrengt. En dat begint met de strategische onafhankelijkheid.

Klemen Grošelj (Renew). – Spoštovani! Edino pot v strateško avtonomijo in v tem okviru tudi v energetske avtonomijo bomo v Evropski uniji dosegli samo z uresničitvijo zelenega prehoda. Kratkoročno lahko ranljivost omilimo z diverzifikacijo virov, a spomniti se moramo, pri tem moramo biti pozorni, da se ne spravimo v nove odvisnosti, kot smo bili priča odvisnostim v sedemdesetih letih z naftnim embargom.

Dolgoročna rešitev je seveda samo prehod na obnovljive vire. Potrebujemo vlaganje v nove tehnologije, v tehnologije sonca, vetra, vode, in tam kjer je potrebno in obstaja družbeni konsenz, tudi razpravo o vlogi jedrske energije.

A ne smemo se osredotočiti samo na modele preteklosti, samo na proizvodnjo električne energije. Potrebno se je osredotočiti tudi na druge tehnologije, kot je recimo geotermalna tehnologija, ki omogoča ogrevanje in, vedno bolj pomembno, tudi hlajenje naših domov, ki so zaradi vročinskih valov vedno bolj na udaru.

A ob tem ne smemo pozabiti na vse, ki jih je energetska draginja prizadela. Vsem tem moramo pomagati takoj in učinkovito ter se hkrati sistemsko lotiti vprašanja energetske revščine, ki z zelenim prehodom ne bo izginila.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als wir vor einiger Zeit diese Anfrage zur mündlichen Beantwortung formuliert haben, hätte sich niemand vorstellen können, dass wir heute nicht nur über Preise diskutieren, sondern darüber, ob wir in der Europäischen Union nächsten Winter überhaupt noch in der Lage sein werden, unsere Häuser zu heizen und unsere Industrie mit Energie zu versorgen.

Es rächt sich jetzt, dass der Ausbau der Erneuerbaren verschleppt wurde und der Energieverschwendung kein Riegel vorgeschoben wurde. Deshalb gilt jetzt umso mehr, dass wir jeden Hebel nutzen müssen, um uns aus der Abhängigkeit von fossilen Importen zu lösen und vor allem den europäischen Beitrag zu Putins Kriegskasse zu verringern.

Deshalb brauchen wir jetzt einen Notfallplan für den Ausbau der erneuerbaren Energien –kein Dach mehr ohne Solarenergie –, für die energetische Modernisierung der am schlechtesten gedämmten Gebäude, für eine kostenfreie Energieberatung, insbesondere für einkommensschwache Haushalte, und für die Förderung der Energieberatung, gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen, die sehr stark unter den hohen Preisen leiden. Damit entlasten wir den Geldbeutel unserer Bürgerinnen und Bürger und helfen unseren Unternehmen, die durch die Preise zum Teil in ihrer Existenz bedroht sind.

Aber wir müssen auch in Brüssel etwas tun. Wir brauchen Eilverfahren für die Prüfung aller staatlichen Beihilfen, mit denen der Ausbau der Erneuerbaren und Effizienzmaßnahmen gefördert werden. Ich fordere die Generaldirektion Wettbewerb auf, hier ein Konzept vorzulegen. Es kann nicht sein, dass ein Gesetz wie das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz in Deutschland bis zum Dezember 2022 in der Prüfung ist, bevor es genehmigt wird. So kommen wir aus der Abhängigkeit nicht heraus.

Frau Simson, Sie haben dankenswerterweise die Bürgerenergie angesprochen und deren Wichtigkeit betont. Ich frage Sie: Wie wird die Kommission sicherstellen, dass, da ja die Deadline schon vor neun Monaten abgelaufen ist, da jetzt endlich etwas in der Umsetzung passiert? Wie werden Sie die Mitgliedstaaten unterstützen? Da wäre ich Ihnen für eine Antwort dankbar.

Georg Mayer (ID). – Herr Präsident! Also, wie weit manche hier herinnen von den Menschen draußen entfernt sind, ich glaube, das merkt man auch bei der einen oder anderen Wortmeldung, die ich da heute gehört habe.

Geschätzte Kollegen, ich bin von meiner Natur aus bei Weitem kein Schwarzseher. Es liegt mir einfach nicht. Aber was wir hier jetzt im Rahmen dieser Preisentwicklung beobachten, was am Energiemarkt passiert, das sind tiefschwarze Wolken, die hier auf Europa zuziehen. Das betrifft zum einen die Energiepreise, die jetzt durch die Decke gehen. Das betrifft aber andererseits auch zahlreiche andere Rohstoffpreise – wie etwa auch landwirtschaftliche Produkte. Geschätzte Kollegen, die Menschen sind daher auf mehreren Ebenen in ihrem täglichen Leben massiv mit Teuerungen belastet. Ich würde sogar behaupten, diese Teuerungen gehen bis an die Existenzgrundlage der Menschen.

Neben Putins Angriffskrieg gibt es zahlreiche andere Gründe, warum das derzeit so ist, zum Beispiel die chaotische Politik im Rahmen des Grünen Deals. Da trägt natürlich auch der Emissionshandel sein Scherflein dazu bei, dass die Energiepreise und die Gaspreise in die Höhe steigen. Man hat hier verschiedene andere Antriebsarten wie etwa auch den Verkehr mit eingeschlossen und den Emissionshandel darauf ausgeweitet. Und das ist natürlich der Spekulation ausgesetzt. Das beweist wieder einmal mehr für mich – und ich denke, auch für uns –, dass die Mitgliedstaaten ihre Energieversorgung wohl besser selbst in die Hand nehmen können und diese besser selbst gewährleisten können.

Die Kommission gibt jedes Jahr in Wahrheit eine andere Richtung vor: 2019 wird das Ende der Kohle- und Gasverstromung ausgerufen, 2021 sehen wir eine Verschärfung dessen. Und jetzt? Heute wird sich wieder auf Kohle konzentriert. Wo sollen denn die Menschen da wissen, wo die Reise hingeht? Das ist die eine Seite, geschätzte Kollegen.

Die andere, die wichtigere Seite sind die Menschen und ihre Entlastung, was diese Teuerungswelle jetzt betrifft. Und dies ist dringend zu machen: die CO₂-Bepreisung sofort aussetzen, Steuern auf Gas und Treibstoff sofort senken. Denn nur so können wir zwischen einer Krise und der nächsten die Menschen und die Wirtschaft in Europa etwas abfedern.

Jessica Stegrud (ECR). – Herr talman! Kommissionär! År 2011, när Tyskland bestämde sig för att stänga ner kärnkraften, skålade man på den ryska ambassaden i Berlin. En tysk journalist har vittnat om hur den ryska ambassadören höjde sitt glas och sade: "Hälsa den tyska regeringen, det här är en bra dag för rysk energipolitik, en bra dag för Ryssland". Så rätt han hade, för nu står vi här drygt ett decennium senare. Ryssland har invaderat Ukraina, och EU har satt sig i en extremt farlig situation, då övergången till förnybar energi har gjort oss beroende av rysk gas. Trots det, vill ni nu ha mer av samma medicin. Kärnkraften ska fortsatt stängas ner och ersättas med väderberoende sol- och vindkraft.

Ett nytt diktaturberoende ska ersättas av ett annat. Denna gång av Kina. Kina tillverkar i dag 80 procent av världens batterier och 70 procent av solcellerna. Man har även monopol på många kritiska metaller. Så här går det till när allt ska underordnas ogenomtänkta klimatmål. Det här är ingen lek. Alla beslut får konsekvenser – i detta fall extremt allvarliga. En stark, stabil och konkurrenskraftig union måste vara självförsörjande på planerbar och prisvärd energi. Det är dags att sluta med klimatfloskler, stoppa kärnkraftsnedläggningen och satsa på ny modern teknik, effektiviseringar, beredskap och innovation.

Marc Botenga (The Left). – Voorzitter, de gasprijzen zijn ondertussen wel twintig keer zo hoog als een jaar geleden. Sommige gezinnen riskeren tot achtduizend euro per jaar te betalen voor stroom en gas. De oorlog maakt dat natuurlijk allemaal nog erger. Dus we moeten de prijzen nu blokkeren, maar niet op het niveau van nu natuurlijk, maar wél op het niveau van september, van vóór die massale prijsstijgingen.

En dat kan, want zoals altijd, is zelfs oorlog niet voor iedereen een probleem, maar voor sommigen zelfs een lucratieve zaak. Dan hebben we het niet alleen over de wapenindustrie. Volgens de officiële cijfers van het Internationaal Energieagentschap gaan de energiemultinationals 200 miljard extra winst maken, overwinsten. Wij betalen, zij cashen! Laten we die nu belasten en laten we daarmee de factuur voor de werkende mens naar beneden brengen. Het is nú oorlog, het is nú crisis. Europese Commissie, handel, er is geen tijd meer om te wachten!

Milan Uhrík (NI). – Pán predsedajúci, terazšie zdražovanie, čo ľudia pociťujú, je nič v porovnaní s tým zdražovacím tornádom, čo sa na nás valí. Vidíme to v predstihu na burzách.

Cena plynu išla v poslednom období hore desaťnásobne. Cena pšenice stúpla zo 150 eur na tonu na 400 eur na tonu. Všetky ceny naďalej raketovo rastú. Nechcete dovážať plyn a ropu z Ruska? Dobré. Ale aké alternatívne riešenie ponúkate ľuďom? Dovážať plyn z Austrálie? Či predražené zelené technológie? Čo poviete ľuďom, keď budú ceny potravín o polovicu vyššie? Keď bude cena plynu dvojnásobná? Alebo keď budeme platiť za liter benzínu dve alebo tri eurá? Poviete im, že sa majú uskromniť? Že majú prestať kúriť alebo že majú zhasnúť žiarovky, ako to odporúčajú slovenskí ministri? Alebo ich majú zohriať marketingové frázy eurokomisárov o tom, že spoločne to zvládnu? No oni s tridsaťtisícovými platmi to zvládnu. O tom nepochybujem. Ale čo obyčajní ľudia? Keby to bolo na nás, určite by sme hľadali riešenia a snažili sa vyhnúť konfliktu, snažili sa vyhnúť vojne a robili všetko pre prospech ľudí.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señor presidente, señora comisaria, la guerra en Ucrania ha dejado al descubierto las debilidades estructurales de la Unión Europea en un sector tan crítico como es el de la energía.

Durante años, en lugar de caminar hacia una mayor independencia, hemos hecho lo contrario: caminar hacia incrementar la dependencia. Y ahora tenemos los precios más altos del mundo. Durante los últimos meses, los precios del gas han conocido subidas históricas, hasta el 400 %, y suponen ya un coste asfixiante para industrias, empresas y hogares.

Debemos actuar de inmediato, empezando por reducir los precios. Tenemos un margen de actuación mediante bajadas del IVA, de los impuestos a la electricidad, o la eliminación de gravámenes especiales. Hay que, inmediatamente, tan pronto como se pueda, diversificar territorialmente las fuentes de suministro y urge desarrollar nuevos proyectos de interconexiones para gas e hidrógeno. La Comisión debe ampliar la lista de proyectos de interés común, incluyendo el proyecto STEP entre la península ibérica y Francia.

En suma, es imperativo construir de una vez una Europa interconectada que permita la libre circulación del gas y de la electricidad.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la spirale dei prezzi del gas, giorno dopo giorno, sta diventando un'emergenza insopportabile per il bilancio delle famiglie del ceto medio e per la produzione di alcuni settori industriali, che rischiano di sospendere la loro attività con un grave danno per l'economia continentale e per la capacità produttiva del nostro continente.

Per questo bisogna assumere iniziative coraggiose; lo state facendo, dovete farlo ancora di più, signora Commissaria, con un intervento sui meccanismi di formazione dei prezzi – tema molto scomodo ma che va affrontato – oggi ancorati al prezzo marginale del gas con una spirale che, alla fine, non ha più alcun riferimento al sottostante, cioè al valore di scambio della merce.

Dobbiamo avere il coraggio di intervenire a livello europeo, cioè di Unione intera, su stoccaggi e acquisti comuni, se vogliamo ridurre la dipendenza e vogliamo ridurre i costi, e dobbiamo trovare risorse, perché questi non sono interventi a costo zero e, se le risorse non sono nel bilancio, dobbiamo trovare meccanismi come quello di SURE, che hanno avuto una buona rispondenza del mercato e hanno dato un po' di ossigeno all'iniziativa degli Stati membri.

Nicola Danti (Renew). – Signor Presidente, signora Commissaria Simson, onorevoli colleghi, un anno fa un megawattora di gas costava 17 euro, oggi è arrivato a 295. Nel delta tra 17 e 295 ci sono l'invasione russa e la crisi in cui sono precipitate tante nostre imprese, che si stavano rialzando dalla pandemia, e quella di tante famiglie che non hanno i soldi per pagare il riscaldamento e la benzina.

Bene, quindi, che la Commissione abbia pubblicato poche ore fa una comunicazione che mette in campo un'azione comune europea per far fronte a questa situazione. Sicurezza dell'approvvigionamento, sostenibilità economica e ambientale, energia sono i principali obiettivi, soprattutto se vogliamo renderci autonomi dalla Russia e lanciare un chiaro messaggio politico. Servono strumenti per mitigare la crisi dei prezzi, serve prepararci oggi ad affrontare il prossimo inverno attraverso lo stoccaggio e gli acquisti comuni, servono infrastrutture europee che consentano di condividere e diversificare l'approvvigionamento, così come abbiamo bisogno di spiegare nuovi impianti di energie rinnovabili e un ambizioso programma di efficientamento energetico.

Passiamo dalle buone intenzioni ai fatti e staniamo oggi le risorse necessarie per essere liberi domani.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Pone pirmininke, resursai tapo politiniu įrankiu. Norint užkirsti kelią manipuliacijoms, turime kuo skubiau nukreipti investicijas į Europos Sąjungos nepriklausomybės užtikrinimą. Realiai paspartinkime iškastinio kuro, urano, anglies naudojimo mažinimą. Dar svarbiau – turime priimti principinį sprendimą neremti Rusijos sukulto karo mūsų pinigais. Nutraukime dujų ir naftos importą iš Rusijos. Jūsų, Komisija, pateikta analizė sako, kad valstybės gali apsieiti be rusiškos energijos iki žiemos. Kaip žinia, šiandien paskelbta, kad JAV ir Britanija jau priėmė sprendimus atsisakyti rusiško iškastinio kuro. Šiandien šis žingsnis atidėliojamas, siekiant apsaugoti ekonomiką, žmones. Bet ar bus, ką apsaugoti, jeigu Putino kariuomenė pradės bombarduoti ir mūsų miestus. Nukreipkime lėšas pažeidžiamiausios grupės. Pasidalinkite turima infrastruktūra savo šalyse narėse, sumažinant galimas neigiamas pasekmes. Kartu mes galime tai padaryti!

Gunnar Beck (ID). – Herr Präsident! Die Preise für Gas und Rohöl steigen immer schneller und höher. Russland allein sei schuld, denn es verknappe Erdgas und manipulierte den Preis. Vielleicht. Aber die Hauptschuld trägt EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen.

Erstens: Seit ihrem Amtsantritt ersetzt sie langfristige Lieferverträge durch Spotverträge, weil sie glaubte, die Gasnachfrage werde sinken. Tatsächlich aber steigen die Preise. Spotpreise sind aber keine Spottpreise, und Spotpreise treffen die Verbraucher voll. Zweitens: von der Leyens Grüner Deal. Spaniens Zentralbank simulierte die Auswirkungen der CO₂-Steuer und Verrechnungspreise. Fazit: Die hohe spanische Inflation von über 6 Prozent wird um weitere 1,5 Prozentpunkte steigen.

Nach Sicht der deutschen Wirtschaftsweisen trägt die Ökopolitik sogar ein Drittel zur Inflationsrate bei. Selbst die EZB-Direktorin Isabel Schnabel gibt mittlerweile zu, die Klimarettung treibe die Inflation an.

Heute ist Weltfrauentag, und zeitgemäß regieren Frauen Europa. 16 Jahre war es Angela Merkel, die in Deutschland den Atomausstieg und die Klimarettung beschloss. Von der Leyen, die in Deutschland die weltweit höchsten Strompreise und in Europa die höchsten Benzinpreise beschert, und Christine Lagarde, die die Weltrettung mit Negativzinsen finanziert, die Sparer enteignet und den Euro allmählich wertlos macht.

Spätestens 2030 sind wir hier pleite. Doch dann sind die drei teuersten Frauen Europas mit Klaus Schwab und Elon Musk längst in ihre transhumane Zukunft entwichen.

Grzegorz Tobiszowski (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Nie trzeba się przekonywać, że czas mamy historyczny i wyjątkowy i musimy sobie powiedzieć, że nasz system energetyczny nie stwarza bezpieczeństwa w Europie dla naszych obywateli i naszej gospodarki. Z tego trzeba wyciągnąć wnioski, bo tylko głupiec nie wyciąga wniosków w sytuacji, kiedy ma dramat, kiedy się pomylił. Nie można mówić, że coś przyspieszymy, bo wszystko jest w czasie, i wiemy przecież, że odchodzenie od rosyjskiego gazu to nie jest powiedzenie, że wyjdziemy jutro – za bardzo się w Europie uzależniliśmy. To będzie proces, a więc musimy w czasie tego procesu zdywersyfikować źródła dostaw i zobaczyć, co w Europie mamy, a mamy oprócz gazu takie surowce jak węgiel. Należy powrócić w tym okresie przejściowym do zintensyfikowania inwestycji w węgiel, aby ten surowiec wsparł ten proces i wsparł również proces inwestycji w odnawialne źródła energii, które potrzebują stabilizatora.

Cornelia Ernst (The Left). – Herr Präsident! Nun gut, ich finde, wir sollten keine Nebelkerzen zünden, und ein grundlegendes Problem im Zusammenhang mit den gestiegenen Energiepreisen ist doch wohl auch die Architektur des Energiemarktes, die dank Liberalisierung Spekulationen, dubiose Geschäftsmodelle einfach mal begünstigt.

So müssen wir kurzfristig handeln – nämlich Energiearmut bekämpfen mit Sozialtarifen, mit kostenlosen Energiekontingenten und mit dem Verbot von Stromsperrern. Wir müssen aber auch langfristig handeln – die europäischen Strom- und Gasmärkte überdenken und klar auf erneuerbare Energien ausrichten. Das heißt doch nicht, dass wir das eine Gas durch das andere ersetzen, Hauptsache, es ist nicht russisch! Das kann doch wohl nicht der Weg sein!

Wir müssen zum Beispiel auch diskutieren über das Grenzkostenmodell. Das muss auf den Prüfstand gestellt werden, weil es Großkonzernen erlaubt, auf Kosten der Verbraucherinnen und Verbraucher enorme Gewinne abzuschöpfen. Und wir müssen begreifen, dass es sich hier bei den Energiepreisen um ein soziales Problem handelt. Was wir nämlich auch brauchen, das ist ein Recht auf Energie, und zwar für alle.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovani predsjedavajući, poštovane kolege, poštovani građani, cijene energenata rijetko kada i gotovo nikada ne odgovaraju njihovoj proizvodnoj cijeni i cijeni njihove distribucije. One najviše ovise o geopolitici i započetim ratovima.

Mi smo imali gotovo iste cijene benzina i dizela kada je nafta bila 120 dolara po barelu i kada je bila 40 dolara po barelu. Ratovi donose enormnu zaradu nekoj od grupacija u naftnoj industriji. To se dogodilo i sada.

Kao što lažne i istinite pandemije donose ogroman profit farmaceutske industriji, tako i ratovi donose ogroman profit energetske industriji. Tako će biti danas i tako će biti zauvijek jer ratovi se non-stop stvaraju i non-stop izmišljaju.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bereits vor der Invasion Russlands in die Ukraine bekamen unsere Bürgerinnen und Bürger sowie unsere europäischen Unternehmen die explodierenden Energiepreise zu spüren. Durch den Krieg in der Ukraine hat sich die Situation weiter dramatisch verschlechtert. Gestern hat bei uns in Deutschland ein Liter Diesel mehr als 2 Euro gekostet.

Wir müssen reagieren. Wir müssen sicherstellen, dass Energie bezahlbar bleibt und dass es in unseren Häusern in ganz Europa in Zukunft nicht kalt wird. Was können wir machen? Das erste Maßnahmenpaket der Europäischen Kommission vom Oktober war schon ganz gut, aber es reicht nicht aus. Ich begrüße, Frau Kommissarin, dass Sie heute ein zweites Paket – ein Tool-Paket – mit weiteren Vorschlägen vorgestellt haben, um die Haushalte zu entlasten wie auch unsere Betriebe.

Ich denke, die Kommission muss zum Beispiel zulassen, dass die Energiesteuern, die von den Mitgliedstaaten erhoben werden, ganz ausgesetzt werden können, also nicht nur reduziert werden, sondern auch – in so einer dramatischen Situation – komplett ausgesetzt werden können. Und die Regierungen in den Mitgliedstaaten müssen natürlich auch ihre Hausaufgaben machen, müssen vor allen Dingen die Mehrwertsteuer auf den Strompreis heruntersetzen.

Mein Land Deutschland ist hier gefordert. Die Bundesregierung hat das noch nicht gemacht. In vielen anderen Ländern hat man das schon veranlasst und damit sichergestellt, dass die *windfall profits* hier nicht in die Staatskassen gehen zulasten der Haushalte und der Unternehmen.

Ich denke, der russische Angriffskrieg ist eine Zeitenwende für die Politik, und wir müssen auch das Thema Energiebesteuerung auf ganz neue Beine stellen. Deshalb freut es mich, dass der Maßnahmenkatalog jetzt vorliegt, und wir werden sicher konstruktiv daran arbeiten, dass es ein gutes Paket gibt.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute eine Anfrage zur mündlichen Beantwortung des Parlaments an die Kommission, in der unter anderem die Frage gestellt wird, welche Maßnahmen denn ergriffen werden könnten, um den politischen Druck in dieser schwierigen, krisenhaften politischen Situation mit den explodierenden Energiepreisen in den Griff zu bekommen.

Die Kolleginnen und Kollegen haben ganz, ganz viele unterschiedliche Aspekte bereits angesprochen. Ich will mich auf einen konzentrieren: die wichtigen Projekte von gemeinsamem europäischem Interesse, für die wir ja immer die britische Abkürzung – die englische Abkürzung – IPCEI benutzen.

In der Mitteilung, die die Kommission heute vorgelegt hat, für die ich mich auch herzlich bedanke, sagt die Kommission zu, diese IPCEIs bis zum Ende der ersten Hälfte 2022 auf ihre wettbewerbsrechtliche Korrektheit zu überprüfen. Das ist ein bisschen spät, Frau Kommissarin. Wir haben gerade aus Deutschland ganz, ganz viele IPCEIs mittlerweile auf den Weg gebracht, um die Wasserstoffwirtschaft in meinem Land anzukurbeln. Ich weiß um Unternehmen, die vor der Investitionsentscheidung stehen und auf die Freigabe dieses Geldes und dieser Projekte warten.

Also wenn wir die Investitionen wollen – die, die uns aus der fossilen Energie herausführen, weil sie substituieren können –, dann müssen wir schneller werden.

Martin Hojsík (Renew). – Pán predsedajúci, pani komisárka, na Slovensku chceme solárne články na streche, a nie ruské tanky na dvore. Preto je čas spraviť niečo, po čom volám už roky. Naplno rozbehnúť energetickú revolúciu. Potrebujeme podporiť efektívne využívanie energie, pretože najlacnejší je ten plyn, ktorý nespotrebujeme.

Odstrániť prekážky hádzané obyvateľom, ale aj podnikateľom pod nohy, ktorí chcú prírodne citlivým spôsobom rozvíjať zelené energie. Slnko, vietor, geotermálna energia, bioplyn či vodná energia sú lacnejšie ako fosilný plyn. Mali sme to robiť už roky. Nečakať na to, kým klimatická kríza naberie na obrátkach. Kým Putin zaútočí na Ukrajinu, a vlastne na nás. Teraz musíme pridať. Musíme bežať, ale tak, aby sme tých najzraniteľnejších a najchudobnejších nenechali padnúť. Tu pomôže klimatický šek, ktorý poplatky za emisie dá ľuďom, a nie znečisťovateľom.

Zelenú energiu nám Putin neodpojí ani nám ju cena na burze nezvýši. Je naša, je energiou slobody.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Herr Präsident! Die Gaspreise explodieren! Der Gaspreis ist aktuell fast doppelt so hoch wie noch vor 12 Monaten, + 17 % seit dem furchterlichen Kriegsausbruch.

Wir sind zu abhängig von russischem Gas, und wir sind zu abhängig von fossiler Energie insgesamt. Die Energieversorgung muss kurzfristig sichergestellt werden, und die Abhängigkeit von fossiler Energie muss konsequent reduziert werden. Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen dürfen nicht die Zeche für Putins Angriffskrieg zahlen.

Es reicht nicht aus, ausschließlich auf langfristige Maßnahmen zu setzen. Wir brauchen nationale Maßnahmen wie eine spürbare Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze in Deutschland. Wir brauchen aber auch einen europäischen Gaspreisdeckel, der die Grundversorgung zu fairen Preisen für alle sicherstellt. Über einen europäischen Fonds kann die Differenz zum Marktpreis an die Versorger gezahlt werden. Durch eine Begrenzung auf die Grundversorgung würden Fehlanreize unterbunden werden.

Wir dürfen die Menschen in dieser Krise nicht alleinlassen.

Aurélia Beigneux (ID). – Monsieur le Président, alors que l'Europe se relève à peine du marasme économique lié au COVID, les Européens doivent désormais assumer le coût des sanctions contre la Russie. Alors que les prix flambent et que les factures explosent chaque jour, les entreprises et les citoyens perdent encore plus espoir dans la capacité de l'Europe à les protéger. Cette Europe qui préfère entrer en guerre plutôt que de s'occuper de son peuple.

Le contexte géopolitique en Ukraine a fait bondir le prix du gaz. Pour rappel, la Russie fournit 45 % des importations de gaz européen. Malheureusement, cette crise confirme ce que nous dénonçons depuis plusieurs années: l'Union européenne n'a jamais été autonome énergétiquement. Durant des années, les technocrates bruxellois n'ont cessé de fermer nos industries énergétiques, envoyant au passage des milliers d'Européens au chômage. Aujourd'hui, l'Europe est au pied du mur, prête à importer le gaz de schiste américain, dont on connaît pourtant les répercussions environnementales.

Aujourd'hui, après avoir commis l'erreur de l'énergie éolienne et de l'antinucléaire, nous sommes obligés de rouvrir les centrales au charbon. Ses bonnes performances en matière d'émissions de CO₂ font du nucléaire l'énergie la plus décarbonée au monde. La France est fière d'avoir été un pionnier dans ce secteur. Ce savoir-faire s'est diffusé sur tout le continent, jusqu'à ce que l'Union européenne y mette un coup d'arrêt. C'est un véritable suicide économique et énergétique.

Izabela-Helena Kloc (ECR). – Panie Przewodniczący! Czy naprawdę musimy być niewolnikami Gazpromu? Niestety niektóre państwa muszą ponieść koszt błędów przeszłości, ale to jest lepsze niż trwanie w hipokryzji. Wywieszamy ukraińskie flagi, ale nie chcemy, przynajmniej niektóre państwa, zerwać z rosyjskim gazem i rosyjskim węglem. Tymczasem gazociągami z Rosji płyną jednocześnie gaz i krew! Dziś każdy uczciwy polityk musi dążyć do zapewnienia Europie niezależności – nie od węgla, lecz niezależności od importu surowców z Rosji.

Produkcja węgla w Unii Europejskiej jest dziś nie tylko konieczna, lecz jest naszym absolutnym obowiązkiem na ten trudny czas. Pytanie, co jest dla Europy gorsze: węgiel czy rosyjskie czołgi? Kto dziś gardzi naszym europejskim węglem, gardzi ludzkim życiem.

Komisja Europejska wydaje się w końcu rozumieć powagę sytuacji. Frans Timmermans przyznał niedawno, że niektóre kraje będą musiały dłużej stosować węgiel, aby uniknąć przestawienia energetyki na gaz. Te słowa dają nadzieję, że Komisja Europejska dojrzała do polityki energetycznej opartej na faktach, a nie ideologii.

Wojna na Ukrainie wymaga od nas dojrzałości. Nie czas słuchać szkodliwych nieraz ekomarzycieli, gdy tak blisko słyszać wybuchy rosyjskich rakiet. Czas naprawę na rewizję polityki klimatycznej. Czas na powrót do węgla.

Petros Kokkalis (The Left). – Mr President, earlier today, the Commission issued the REPowerEU communication. It is a welcome realisation that the invisible hand of the market is incapable of defending either our political or our climate security. The decision to enforce public controls on the retail price of energy is monumental and long overdue. The decision to tax excess profits of fossil fuel companies is only fair to the families that have been bled dry.

As we seek to free ourselves from Russian gas and geopolitical blackmail, we cannot allow Europeans to be taken hostage by speculators and war profiteers. We must also intervene in the broken energy markets, including Rotterdam TTF, where the price of fossil gas has almost tripled since the Russian invasion. We must stop paying for weapons that kill civilians by buying billions of euros of Russian fossil fuels every week. Even if we are not willing to close the sky, we should hold our values dearer than gas and embargo Russian fossil fuels, as the US and the UK did earlier today.

Above all, we must dramatically accelerate clean energy and efficiency in a wartime peace mobilisation to deliver good jobs, energy, justice and independence. Our best ammunition against both autocracy and climate catastrophe and our best weapon for political and climate security, is the Green Deal, a peace deal to empower the EU to deliver the just energy transition.

Jörg Meuthen (NI). – Herr Präsident, wert Kollegen! Millionen Europäer überlegen sich dieser Tage zweimal, ob sie das eigene Auto noch betanken können oder die Heizung aufdrehen können. Die Verbraucherpreise für Öl und Gas sind so hoch wie noch nie zuvor. Ja, die Lage auf dem Weltmarkt ist angespannt, keine Frage.

Zur bitteren Wahrheit gehört aber: Der Staat verteuert Energie künstlich. Gerade einmal ein Drittel des Benzinpreises ist auf den wahren Preis und damit auf die Krise am Weltmarkt zurückzuführen. Steuern und Abgaben machen fast 70 % aus. Der Staat bereichert sich in dieser Energiekrise schamlos auf Kosten der Bürger. Ökosteuer und CO₂-Bepreisung belasten einkommensschwache Haushalte in ungeheurem Maße. Sie sind hochgradig unsozial.

Energie, meine Damen und Herren, muss für alle bezahlbar bleiben. Daher fordere ich die deutsche Bundesregierung auf, die unsinnige wie schädliche Ökosteuer und die CO₂-Steuer unverzüglich abzuschaffen. Die EU-Kommission ist jetzt in der Pflicht, Öl und Gas in die Liste für eine ermäßigte Mehrwertsteuer aufzunehmen, bis hin zu einem Nullsatz, um den Mitgliedstaaten eine spürbare Senkung zu ermöglichen und die Folgen der Krise auf dem Weltmarkt für die Menschen abzufedern.

Tom Berendsen (PPE). – Voorzitter, commissaris, de politieke aandacht voor het schoner maken van ons energiesysteem is de afgelopen jaren terecht groot geweest. Maar tegelijkertijd hebben we de betaalbaarheid en de leveringszekerheid te veel aan de markt overgelaten. En dat zien we nu terug op de energierekening, aan de pomp en in onze afhankelijkheid van Rusland.

Het is voor mij in deze zwarte dagen op ons continent moreel gezien onacceptabel dat we met onze gas- en olieimport 600 miljoen euro per dag bijdragen aan de oorlog van Poetin. Die afhankelijkheid moet snel verminderen. Maar dat is niet eenvoudig. Daarvoor is realpolitik nodig in ons energiebeleid. Vraag aan landen die de kerncentrales wilden sluiten: "Hou ze open." Vraag aan landen die gas produceren: "Lever ons meer", en vraag aan huishoudens en bedrijven om de verwarming een tandje lager te zetten. Laten we zon-, wind- en waterstofprojecten versnellen en de energiesystemen van de Europese landen beter met elkaar verbinden.

Europa is ruw ontwaakt uit zijn geopolitieke en strategische winterslaap. We moeten veel meer in staat gaan zijn om onze eigen energie op te wekken, om ons eigen Europese grondgebied te verdedigen en om essentiële producten zoals medicijnen, batterijen en computerchips zelf te produceren. Het is echt tijd dat we weer verantwoordelijkheid gaan nemen voor onze plek in de wereld.

Nicolás González Casares (S&D). – Señor presidente, señora comisaria, señorías, créanme que es difícil subir a hablar aquí de precios de la energía mientras se ataca a Ucrania, pero nuestra estabilidad y nuestra unidad dependen también de la paz social y esta, de los precios de la energía.

Hoy damos la bienvenida a algunas de las medidas —las hemos reclamado, las he reclamado en este estrado y las ha reclamado mi país—, porque son medidas positivas para abordar los precios de la energía y nuestra dependencia del gas ruso. Se suponía que las ganancias extraordinarias iban a suponer unos 220 000 millones de euros este año, y que no iban a ser dirigidas íntegramente a las renovables; por lo tanto, es bueno reducirlas y utilizarlas para rebajar los recibos de los ciudadanos.

Pero aún queda por hacer: aún tenemos que desacoplar totalmente los precios de la electricidad de los precios del gas, y lo veremos, y veremos, comisaria, como esa medida llegará aquí las próximas semanas, porque la necesidad va a hacerlo posible, pero, de todas maneras, quiero decirle que gracias, que vamos en la buena dirección y que la compra conjunta de gas y todas las medidas para depender menos del gas ruso y avanzar en la promoción de energías renovables son las medidas que necesita Europa.

Susana Solís Pérez (Renew). – Señor presidente, señora comisaria, en Europa no podemos seguir aceptando como inevitable nuestra dependencia del gas ruso. Después de la escalada histórica de los últimos días, es urgente evitar que se siga usando el gas como arma política.

Señora comisaria, necesitamos medidas concretas para aliviar la factura de la luz de hogares y empresas que hoy están pagando un precio récord inasumible. Le pedimos una propuesta para modificar de forma temporal el sistema de fijación de precios de la energía. En tiempos de guerra, hacen falta medidas extraordinarias para que el chantaje de Putin se acabe de una vez.

Y, además, tenemos que abordar otra de nuestras grandes debilidades: la falta de interconexiones energéticas.

En ese sentido, creo que España puede y debe jugar un papel clave en esta crisis. Hoy he enviado una carta al Gobierno de mi país para que recupere el proyecto Midcat relativo a la interconexión con Francia. Tenemos una gran capacidad de regasificación y una conexión directa con África; no apostar decididamente por ello sería una irresponsabilidad para toda Europa.

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Herr Präsident! Die EU braucht eine neue Energiepolitik. Nach Putins brutalem Angriff auf die Ukraine, einschließlich der Atommeiler, ist das dringender als je zuvor.

Die Menschen leiden unter hohen Energiepreisen, und die Unternehmen bangen um ihre Wettbewerbsfähigkeit, um ihre Existenz. Wir wollen in Europa letztlich die absolute Unabhängigkeit von Importen fossiler Energieträger. Solche Importe machen uns verwundbar und eben genau nicht souverän. Wir wissen: Energiepolitik ist Sicherheitspolitik.

Wir müssen unseren Energiebedarf senken. Wir brauchen mehr Energieeffizienz und 100 % erneuerbare Energien, so schnell wie möglich. Jetzt in indirekte Elektrifizierung und grüne Produktionstechnologien zu investieren, in Energieeffizienz zur direkten Einsparung von Gasimporten: Das ist der Weg von wettbewerbsfähiger Industrie!

Wir fordern von der Kommission jetzt endlich mehr Maßnahmen für Energieeffizienz, den Rückzug des delegierten Rechtsakts zur Taxonomie und vor allem jetzt einen Notfallplan für eine schnelle Energiewende. Wir brauchen einen starken europäischen Rahmen für CO₂-Differenzverträge und mehr Tempo und Ehrgeiz für eine nachhaltige Energiepolitik. Denn das ist gut für unsere Sicherheit, für Klima und für Umwelt.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, commissaris, met de energietransitie heeft de Europese Unie zichzelf volledig afhankelijk gemaakt van Russisch gas. Eerder noemde ik de klimaatplannen van commissaris Timmermans al een onverantwoord experiment met onze economie. Met de Russische aanval op Oekraïne is die voorspelling snel waarheid geworden. Toch zei commissaris Timmermans gisteren dat we het eerder opgelegde klimaatdoel van 55 procent minder CO₂-uitstoot in 2030 nog steeds moeten halen. Sterker nog, dat doel is volgens hem de oplossing, niet het probleem!

Maar de energieprijzen exploderen en een diepe recessie dreigt. Het leven wordt onbetaalbaar. Niet de energietransitie, maar de levering van betaalbare en betrouwbare energie moet nu topprioriteit hebben. Daarom roep ik de Commissie op: "Houd op met die Green Deal en focus op betaalbare en betrouwbare energie". De enige oplossing is om per direct gesloten kerncentrales te heropenen, om per direct gesloten of afgeschaalde kolencentrales te gaan benutten, om per direct onze eigen gasvelden te gaan gebruiken. Want nood breekt wet.

Mick Wallace (The Left). – We have an energy system that doesn't serve the people or the planet. The energy price crisis hasn't come out of nowhere. One in four European households already struggled to adequately heat, cool or light their homes. You have fossil fuel companies continuing to reap massive profits. We need a windfall tax on their inflated prices, and we need immediate financial support for those who most need it.

The leaked version of the Commission's forthcoming communication on energy prices suggests that the EU will get liquified natural gas (LNG) from the US and Qatar to replace Russian gas. Of course we should end our dependency on Russian gas, but we should not simply substitute this dependency for another dependency on filthy fracked gas from the US, a country which has bombed, invaded, occupied and interfered with more countries than anyone. Building new LNG terminals in Europe that would create more fossil fuel lock-in would be a disaster, and it would make a mockery of the Green Deal.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κυρία Επίτροπε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, διαπιστώνουμε με τον πιο σκληρό τρόπο ότι είμαστε ακόμη εξαρτημένοι από το ρωσικό φυσικό αέριο, ενώ από το 2014 ο Πούτιν μάς είχε δώσει ένα δείγμα γραφής με την παράνομη προσάρτηση της Κριμαίας. Και, ξέρετε, πρέπει να αναγνωρίσουμε όλοι εδώ ότι καθυστερήσαμε. Καθυστερήσαμε να αναζητήσουμε εναλλακτικούς προμηθευτές φυσικού αερίου. Καθυστερήσαμε να οικοδομήσουμε τα δίκτυα διασύνδεσης για τον ηλεκτρισμό και το φυσικό αέριο έτοιμα για υδρογόνο. Καθυστερήσαμε να δώσουμε έμφαση στις επενδύσεις ανανεώσιμων πηγών ενέργειας και στην ανάπτυξη της τεχνολογίας για την αποθήκευση ανανεώσιμης ενέργειας. Τώρα είναι η ώρα να αξιοποιήσουμε την εμπειρία που μας έδωσε η πανδημία. Τώρα είναι η ώρα να δώσουμε συλλογική ευρωπαϊκή απάντηση στο πρόβλημα. Να ενεργοποιήσουμε συλλογικά χρηματοδοτικά εργαλεία για να αντιμετωπίσουμε το ενεργειακό κόστος, αλλά κυρίως να διευκολύνουμε τις επενδύσεις στις ανανεώσιμες πηγές. Να δώσουμε τον δημοσιονομικό χώρο στα κράτη μέλη ώστε να υποστηρίξουν νοικοκυριά και επιχειρήσεις. Μπροστά σε αυτή την κρίση, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, είμαστε όλοι ευάλωτοι. Αυτό το μάθημα της Ιστορίας οφείλουμε να το αξιοποιήσουμε χωρίς καθυστέρηση. Με την αύξηση της δημόσιας αποδοχής οι ανανεώσιμες πηγές, κυρία Επίτροπε, μπορούν να είναι τουλάχιστον το 45 % του ενεργειακού μείγματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης το 2030. Αρκεί να ξεκινήσουμε τη δουλειά τώρα.

Tsvetelina Penkova (S&D). – Mr President, the energy crisis that began last year is now deepening and the situation in Ukraine is intensifying the situation, so we must find solutions now.

Europe has only one way forward and this is energy independence and affordable electricity prices. We must develop domestic EU renewable technologies. We need additional funding for that and we need to guarantee stable renewable energy. The future, however, requires a baseload power, and the only path here is nuclear energy. We must now establish an accelerated procedure for the approval of the new nuclear projects in the EU without this being at the expense of the severe and strict safety requirements. Renewable energy and nuclear energy are the only path forward to the green transition and to energy independence. Only this would guarantee the energy autonomy of Europe. We should not allow ourselves to move from one form of energy dependency to another one.

Emma Wiesner (Renew). – Herr talman! "Tycker inte ni att den ryska oljan luktar blod?", frågade Ukrainas utrikesminister. Jag frågar er i dag: Tycker inte ni att den ryska gasen luktar blod? Den ryska gasen har spår av ukrainskt blod, oavsett om ni kolleger vill erkänna det eller inte. Att vifta med flaggor och plakater ekar tomt i dag, i morgon och i historien, om vi inte stoppar den ryska gasen. Vi finansierar fortfarande Putins krig. Det finns bara en väg framåt, och det är ett akut importstopp av rysk gas.

Det kommer att medföra stora förändringar och nya vägval. Det kommer att kräva av oss att vi gör allt vi kan för att ställa om och minska effekterna på energimarknaden och få ner de skyhöga energipriserna. Det kräver av oss att vi börjar producera mer biogas och bioenergi, att vi börjar energieffektivisera, att vi börjar upphandla energilösningar tillsammans, att vi börjar säga nej till gas för uppvärmning, att vi börjar full etablering av energiunionen. Dessutom kräver det av oss att vi slutar sätta käppar i hjulet för den förnybara energin, slutar prata om att klippa kablar mellan länder, slutar vara protektionister och energinationalister och slutar vara nyttiga idioter i Putins krig.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Mr President, if, back in October, we were right to be concerned about rising energy prices, we now have every reason to be even more concerned. Putin's criminal attack against Ukraine further increases energy prices. We will see more vulnerable households and small businesses struggling to pay their bills.

Governments will have to support them with direct measures, and that's why I welcome some of the proposals made today by the Commission like decoupling electricity prices from gas prices. At the same time, Putin's war seems to be finally accelerating our decisions to become energy independent. However, we don't want to escape from one dependency to fall into another one. Diversifying gas routes and building new gas facilities cannot be the core of our response. It takes time to build new infrastructure – time we lack – and it diverts money that should be invested in energy efficiency and renewables. Moving fast towards renewables and a green hydrogen-based economy is the only scenario where we will be able to tackle both the climate crisis and blackmailing from despots willing to play games with us.

Alexandr Vondra (ECR). – Pane předsedající, dámy a pánové, Putin je zločinec a vyděrač. A my musíme omezit naši závislost na něm. A ten dokument, který dneska vydala Komise: jako fajn, ale říct tak transparentně německy, že někoho ještě 3 až 5 let nebo 7 let potřebujeme a pak už ne, je tedy chyba, nahráváme mu akorát na smeč. To je prostě jako, když řekneme holce: „Ještě čtyřikrát se s tebou vyspím, a pak už mě nezajímáš“. Jinak oceňuji, že tam je plyn jako strategická komodita, že máme mít rezervy. Ale jinak je to slabý čaj, nic o jádru, nic o uhlí a korunu teda všemu, že příští 3 roky chceme nahradit ruský plyn bioplynem. Takže osázíme ještě dvakrát více polí kukuřic v době, kdy budou obrovské výpadky obilí dováženého z Ukrajiny a Ruska. To teda gratuluji, to musel vymyslet Timmermans-Einstein.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Monsieur le Président, nous sommes devant une crise existentielle et il est temps d'en prendre la mesure. 400 % d'augmentation du prix du gaz en une année seulement, c'est évidemment une crise majeure, une crise vitale pour, bien sûr, les foyers et les pays européens, mais aussi pour des dizaines de milliers d'entreprises qui pourraient être condamnées à la faillite ainsi que pour notre système financier tout entier, qui est menacé d'effondrement devant les besoins de financement en train d'exploser.

Il faut réagir d'urgence. Il faut faire tout ce qui sera possible, utiliser tous les outils à notre disposition pour amortir le choc et pour surmonter cette crise. Et pour cela, les propositions faites aujourd'hui par la Commission ne suffiront pas. La Commission propose d'obliger les Européens à augmenter leurs réserves. Mais comment stocker plus de ce qu'on ne peut ni produire, ni acheter? Cela ne fera que tendre encore le marché.

L'urgence, c'est de contenir les prix et, pour cela, de revenir sur cette logique de marché que la Commission a tenté d'imposer depuis des années au secteur de l'énergie. C'est grâce à cette logique que nous versons aujourd'hui 600 millions d'euros par jour à la Russie. Les prix ne doivent plus dépendre des variations du marché, mais des coûts de production – et nous le devons à tous les consommateurs.

L'urgence est, et l'urgence restera, la production: il faut produire, produire, produire. Et de ce point de vue, il est dramatique que la Commission n'ait pas repris, parmi les propositions de l'Agence internationale de l'énergie, celle de prolonger le nucléaire existant. Si seules l'Allemagne et la Belgique décidaient de maintenir les quatre réacteurs que ces deux pays ont décidé de fermer, l'Europe économiserait 1 milliard de mètres cubes de gaz par mois sur ses importations de Russie. Est-ce que ceux qui ont fermé des centrales dans nos pays se rendent compte aujourd'hui qu'ils nous rendent plus fragiles dans la crise actuelle et qu'ils nous condamnent, d'une certaine manière, à l'impuissance face à l'agression que subit aujourd'hui l'Ukraine?

Robert Hajšel (S&D). – Mr President, today, we have to talk about both the energy prices hike and energy security.

First, ETS emissions allowances. It appears that while allowances prices have fallen by a third since the start of the war in Ukraine, the gas price is rising extremely high. I think that we have seen genuine market manipulation and speculative trading in recent months. Investors have taken profits from growing prices of the allowances and moved their money elsewhere, driving the price down. It's important for the future that the European Commission prevent such practices from happening.

Current developments in Ukraine show that Europe must reduce its dependence on Russian gas as soon as possible. However, we should not forget about our own energy security. The EU currently has about 27% of gas in storage for the rest of the winter, which should be enough. But the big question is how to ensure that the storage utilities are full for next winter, by the end of November at the latest.

Several analyses showed that without Russian gas, Europe will be short of at least 30 billion cubic meters of gas. So how to replace it? I know that there is the option of LNG. There are LNG terminals on the coast of northern Baltic Sea. But how do we import it, how do we take it to Central Europe? I think this is a big question and we have to think about it. We have to invest in the gas infrastructure. I don't think now but the other option is nuclear. I know that we are not friends of nuclear, but we will need it for some time.

Izaskun Bilbao Barandica (Renew). – Señor presidente, nuestra dependencia energética es estructural. Requiere una respuesta veloz, como la que dimos a la pandemia o a los efectos de la invasión de Ucrania con las sanciones que merece su protagonista.

Necesitamos una reserva estratégica del gas, pero hay que moderar la influencia que tiene este combustible en el cálculo del precio de la luz: las cuentas de explotación de muchas energéticas demuestran que el crecimiento de sus beneficios es muy superior al alza de las materias primas que utilizan.

Necesitamos empoderar a los consumidores como productores y un mecanismo robusto que obligue a quienes hacen en marzo su agosto a devolver a la ciudadanía y al tejido productivo parte de unos rendimientos que no proceden, precisamente, de la innovación.

Es prioritario consolidar el mercado único de la energía y las interconexiones e infraestructuras que nos faltan, como las que necesitamos para unir las redes de los Estados español y francés. Aceleremos la apuesta por la eficiencia energética en hogares y empresas y el despliegue de las renovables.

Mientras, Estados y regiones necesitan flexibilidad, comprensión, para ayudar a su ciudadanía y a sus industrias a capear este temporal. Las personas necesitan certidumbres y salarios adaptados al coste de la vida. La industria, actividad.

Frenar nuestra recuperación, empleo y crecimiento es el otro objetivo de la agresión rusa, y mantener la capacidad de seducción de nuestras libertades y nuestro desarrollo económico y social es la mejor respuesta frente a la fuerza y la dominación.

Андрей Слабаков (ECR). – Г-н Председател, уважаеми колеги, много от вас, включително Комисията и г-н Тимерманс, продължават да защитават Зелената сделка. Той ни убеждава, че именно благодарение на нея положението не е по-зле. Това обаче е самозаблуда. Истината е, че Европа рискува, като заложи на зеления преход. Унищожихме енергийната сигурност, надявайки се на дългосрочна независимост със зелена икономика. Рисувахме и за съжаление загубихме.

Благодарение на това днес цените на газа надхвърлят умопомрачителните 295 евро за мегаватчас. Това се отразява най-вече на европейските граждани. Притеснявам се от последиците за културата, притеснявам се за това, че много скоро театри, кина и всички културни институции няма да могат да си платят сметките и ще затворят. Как ще компенсираме липсата на газ? С американски втечен газ ли ще компенсираме, който струва много пъти повече? Той ще замени една зависимост с друга. Отново като временна мярка, както разбирам, докато Зелената сделка започне да дава своите плодове, което смятам, че няма да се случи никога.

Зелената сделка не е спасението, което търсим, както някои от вас се опитват да ме убедят. Тя е камък на врата ни, който ще ни удави. Време е да се отървем от нея и да потърсим истинска енергийна независимост.

Luděk Niedermayer (PPE). – Mr President, last year we made a big mistake. We allowed Russia to squeeze our gas market. Most likely, the mistake was a consequence of naivety vis-à-vis Putin's Russia, but also the belief of the Member States that they have the right to choose their energy mix allows a lack of cooperation and almost no coordination. We paid a high price and European risk management failed because we didn't even interpret the data well at the end of last year.

Today, we are facing a much larger problem. Putin's war in Ukraine is killing thousands of innocent people, and we must do everything to stop it. At the same time, as a consequence, we are facing the problem we are talking about today as we are facing the energy price crisis. I am quite glad that the Commission has presented its communication today. I guess it's a good one, but we must get it from paper to reality. I am also sad that some people, including the top politicians from some Member States, instead of speeding up the necessary measures, are scaring people. I guess this is not the right way. I believe we can, and we will, manage this crisis and, after all, the EU will get stronger, with a better energy union. We will become safer and we will secure affordable energy. But we must act. We must act now and together.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, em contexto de guerra os adversários aproveitaram as nossas fragilidades para manipular o mercado e criar uma situação difícil para todos, em particular para os consumidores mais vulneráveis e as empresas com maiores dificuldades. Por isso, a pergunta oral que conduziu a este debate não poderia ser mais oportuna. O facto é que o pacote «RepowerEU» hoje apresentado pela Comissão Europeia contém respostas em linha com o que nela foi solicitado.

A regulação dos preços do mercado, embora infelizmente não indo tão longe quanto necessário na dissociação do preço elasticidade do preço do gás, o apoio direto às empresas e aos consumidores, a possibilidade de compras conjuntas no mercado, a obrigatoriedade de constituição de reservas, o investimento acrescido e mais simplificado das energias renováveis, a aposta forte no hidrogénio verde, a criação de um mercado resiliente e fluído através de mais interligações.

Senhora Comissária, aprendamos com os erros. Um dos erros que cometemos foi o bloqueio sistemático do reforço das interligações da Península Ibérica ao mercado europeu. Essas interligações e, em particular, a terceira interligação a partir de Portugal para gás e hidrogénio são uma prioridade que agora terá que ser concretizada.

Ondřej Kovařík (Renew). – Pane předsedající, vážené kolegyně a kolegové, čelíme naprosto nebývalé situaci. Ceny energií a pohonných hmot dosahují rekordních výšek. Po podzimní vlně energetické krize společně s válkou na Ukrajině nyní to vytváří další tlak na domácnosti a firmy, především ty malé a střední. Nastal tedy čas, kdy musíme využít všechny možnosti, které se nabízí, abychom růst cen zpomalili či ideálně zastavili. Jinak hrozí, že se i u nás v Evropě stanou zdrojem nestability. Nesmíme váhat, musíme poskytnout rychlá, rázná a účinná řešení. Musíme snížit daňovou zátěž, ať už DPH, či spotřební daň, zamezit spekulacím s povolenkami, přidat kompenzace těm, na které ceny energií a paliv dopadají nejvíce. Krachy firem si v dnešní situaci nemůžeme dovolit. Do budoucna pak musíme posílit soběstačnost Evropy a také diverzifikaci zdrojů jak těch tradičních, tak obnovitelných. Zde se nyní nemůžeme omezovat. Je třeba v současném kontextu velmi dobře vyhodnotit dopady aktuální klimatické legislativy. S kolegy poslanci jsme proto k tomuto kroku vyzvali dopisem Komisi a čekáme jasnou odpověď.

Jorge Buxadé Villalba (ECR). – Señor presidente, señora comisaria, en este preciso instante, en España, estamos pagando la luz más cara de la historia: 700 euros el megavatio hora.

Felicidades a los que aplaudían a Greta Thunberg, esa niña malhumorada que reciben con honores de jefe de Estado; a los que se ponen el roscón multicolor de la Agenda 2030 en la solapa, a los que votaron a favor del Pacto Verde, el Objetivo 55, la Europa resiliente y la perspectiva de género en la PAC.

Lo han conseguido; han llevado al colapso a las clases populares de Europa: el precio de la luz disparado, gasolina por las nubes, desempleo creciente. Los pocos que trabajan: empleos precarios y salarios bajos. Miles de jóvenes en edad militar a las puertas de la frontera sur y la inflación más alta en años. Lo han conseguido.

Supongo que el *lobby* de las eléctricas, en nombre del planeta, les dará las gracias por ese sistema de fijación de precios y ese mercado especulativo de los derechos de emisión de CO₂ en el que solo ganan ellos.

Soberanía energética, ¿lo entienden? No renunciar a ninguna capacidad ni fuente de energía: hidráulica, térmica, solar, eólica, nuclear... Soberanía energética: la nación por encima del *lobby*.

Si ustedes no renuncian a sus prejuicios, condenan el futuro de Europa, y si ustedes no lo hacen, lo haremos nosotros.

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'aumento del prezzo dell'energia ha evidentemente messo a dura prova la tenuta del nostro sistema economico, ma i grandi paesi dell'Unione europea devono fare un *mea culpa* serio.

Abbiamo 185 miliardi di metri cubi di gas russo nel nostro pacchetto energetico, evidentemente qualcosa, qualche calcolo lo abbiamo sbagliato. La proposta della Commissione europea tocca alcuni dei punti più rilevanti e siamo ben lieti di poter vedere, finalmente, un lavoro serio sul tema degli stoccaggi condivisi. La disponibilità a ridefinire i meccanismi di prezzo dell'energia: una delle questioni più delicate.

Dobbiamo imparare a non cadere nelle gravi contraddizioni che fino a ora ci hanno visti protagonisti: un esempio, nella differenziazione – una delle grandi partite è quella della differenziazione delle fonti energetiche – non possiamo poi avere contraddizioni come quella dei rigassificatori in Spagna senza le *pipeline* per condurre il gas dalla Spagna verso il resto dell'Europa, ad esempio. Oppure, ben venga l'importante decisione di investire sulle rinnovabili, ma poi dopo andiamo a vedere che cosa si deve subire un imprenditore che decide di investire sulle rinnovabili in termini di autorizzazione.

Bene, il pacchetto previsto dalla Commissione ci consente di sperare in una rinnovata capacità dell'Unione europea di avere una politica europea dell'energia. Lungi da noi il cadere nelle contraddizioni di chi dice che contro questa crisi ogni paese deve andare nella sua direzione, l'alternativa a una unità europea dell'energia sarebbe la stranezza, che alcuni stanno incominciando a proporre, di ricorrere alla deindustrializzazione del nostro continente per consumare meno energia. Non si faccia nulla di tutto questo e si invochi più Europa perché il prezzo dell'energia... (*il Presidente toglie la parola all'oratore*)

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! Wojna w Ukrainie zjednoczyła cały Zachód i całą Unię Europejską. Bardzo się cieszę, że tak Komisja Europejska, jak i poszczególne państwa członkowskie mówią jednym głosem. Wprowadziliśmy bardzo kosztowne dla Rosji sankcje, które już działają. Bardzo dobrze, że zawieszony został Nord Stream 2. Czekamy na koniec tego gazociągu.

Potrzebujemy jednak dalszych kroków. Bezsprzecznie kierunek, w którym zmierzamy jest dobry. Zielona transformacja to uniezależnienie się od surowców, także rosyjskich. Populiści kwestionują zieloną rewolucję. Pamiętajmy jednak, że jeszcze trzy tygodnie temu spółkowali z Putinem. Potrzebujemy jednak embarga na import rosyjskich surowców, w tym węgla, i do czasu transformacji wykorzystajmy nasze zasoby, choćby ze Śląska. Jeżeli chodzi o gaz, potrzebujemy wspólnego działania całej Unii. Potrzebujemy solidarności i wspólnych zakupów całej Wspólnoty. Zjednoczeni jesteśmy po prostu silniejsi. Dlatego krótkie, ale bardzo konkretne pytanie do pani komisarz: na jakim etapie politycznym jest budowa wspólnej europejskiej unii energetycznej?

Róża Thun und Hohenstein (Renew). – Panie Przewodniczący! Proszę Państwa! Martwimy się o ceny gazu, a tuż koło nas toczy się potworna wojna. Mordowanie Ukraińców przez Putina odbywa się w znacznym stopniu za nasze pieniądze i sytuacja jest naprawdę dramatyczna. Bohatersko walczący Ukraińcy płacą często najwyższą cenę.

My musimy im pomóc wszystkimi dostępnymi metodami, bo przecież oni walczą także za nasze wartości i w naszym imieniu. I to znaczy, że my też musimy być gotowi ponosić koszty. Wojna nie jest wygodna. Te koszty już są. Rachunki rosną w całej Unii i to nie z powodu zielonej polityki, bo ta uniezależnia nas od Putina. Będą rosły jeszcze bardziej, dlatego że nie możemy dalej finansować rosyjskiego zbrodniczego reżimu. Potrzebujemy planu całkowitego odejścia od zakupów zasobów z Rosji. Może tymczasowo, może tylko do końca wojny, ale musimy natychmiast nałożyć pełne embargo na surowce z Rosji.

Dzisiejsze propozycje Komisji to pierwszy krok. Musimy na nich budować dalsze kolejne działania, ale równocześnie musimy chronić najsłabszych, przy tej solidarności z Ukrainą, chronić najstarszych na naszym kontynencie, dla których koszty solidarności z Ukraińcami mogą być nie do udźwignięcia.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, kolegice i kolege, europska i svjetska tržišta energenata, jasno, izložena su velikim pritiscima zbog povećane potražnje i to u svrhu oporavka gospodarstva, problemom nedovoljnog skladištenja te, naravno, ruske invazije na Ukrajinu.

Rast cijena energije kojem svjedočimo izazvao je opravdanu zabrinutost u Europskoj uniji, a poseban naglasak stavljen je na plin kojem je cijena u prošloj godini skočila za 170 posto. Ovaj skok u cijeni teško pogađa, naravno, domaćinstva, mala i srednja poduzeća koji čine temelj europskog gospodarstva, ali, razumijemo svi, izaziva i lančanu reakciju poskupljenja.

Očito je kako Europska unija mora postati relevantni akter na globalnoj energetskej sceni ako želi imati veći utjecaj na cijene energije i sprečavanje tržišnih manipulacija.

Pozdravljamo ovaj okvir, ali mislim da je on doista samo okvir i da nam nije dovoljan.

Europski zeleni plan pruža nam jedinstvenu priliku da provedemo stratešku reformu europskog tržišta energenata te poboljšamo energetske sigurnost i otpornost Europske unije. Kako bi u tome uspjeli, moramo diversificirati nabavu energenata, povećati energetske učinkovitost, dovršiti tranziciju prema čistim izvorima energije i proširiti kapacitete skladištenja i, naravno, uvesti zajednički sustav nabave energenata. To smo učinili kad je bio COVID-19 cjepiva, vidjeli smo da ima uspjeha. U svakom slučaju, Europa mora redefinirati energetske strukturu.

Zaključit ću, Republika Hrvatska, iz koje dolazim, poduzela je odlučne i pravovremene korake kako bi građanima osigurala dovoljne količine plina po pristupačnim cijenama i istaknula bih strateški važan LNG terminal kao i kratkoročne mjere jer upravo je LNG terminal omogućio Hrvatskoj da se lakše nosi s ovom krizom.

Pred nama su veliki izazovi u energetskej sektoru i trebamo snažan i jedinstven europski odgovor.

Niels Fuglsang (S&D). – Hr. formand! Fru kommissær! Ærede Kollegaer! Vi har længe i denne her sal diskuteret gasmarkedet, og om Rusland spiller efter de regler, vi andre spiller efter, eller om de manipulerer gaspriserne. En vigtig diskussion, men den virker jo fuldstændig overflødig og forældet nu, fordi det er blevet klart for os alle sammen, at Rusland ikke spiller efter nogen som helst regler. Hverken på energimarkedet, eller når det kommer til de mest fundamentale regler om nationalstaternes territoriale integritet. Vi skal bevæge os væk fra russisk gas, og det skal gå stærkt, og Kommissionen har i dag fremlagt en plan. Jeg synes, den er god. På et år kan vi mindske gasafhængigheden med to tredjedele. Det skal vi gøre. Det handler om at investere i vedvarende energi, og det handler om at øge energieffektiviteten ved at isolere vores huse og udnytte overskudsvarme, så vi kan spare på energien i stedet for at importere Putins sorte energi.

Josianne Cutajar (S&D). – Mr President, Commissioner, colleagues, the unprecedented crisis we're facing on our eastern borders exacerbates the already difficult situation with energy prices being on the rise since 2021. Such a scenario not only means higher electricity and gas bills for citizens and businesses, but also negative impacts on our value chains and higher prices even on very basic items, breads, pasta, biscuits, coffee to mention just a few.

Who is going to bear the costs? Consumers and small businesses. We should not forget that security of supply is an essential pillar of our energy union. Renewables are the solution in the long-term, yet for the time being, we need to be realistic, diversifying sources provision and supporting the most vulnerable, especially those in small and peripheral Member States that depend on imports.

Therefore, it's important that we monitor the situation and act to make sure that we really leave no one behind.

Romana Jerković (S&D). – Poštovani predsjedavajući, rat kojemu svjedočimo u posljednjih trinaest dana samo je potvrdio ono što smo i otprije znali. Netko drugi upravlja našim strateškim interesima i da, to nas čini jako ranjivima. A jasno je kao dan da bez energetske suverenosti i bez stabilnih cijena energenata nema niti razvoja niti napretka. Za to nam treba potpuno novi pristup energetskej politici i za to nam treba šesta brzina.

Mi moramo ubrzati prijelaz na obnovljive izvore energije, diversificirati izvore opskrbe, bolje upravljati strateškim zalihama i ulagati u izgradnju energetske infrastrukture na tlu Europe i međusobne povezanosti. Za to trebamo jasne ciljeve i još jasnije rokove. Rekla bih, *no more business as usual*.

Gospodo povjerenice, možete li danas s ove govornice poručiti građanima da Europa ima rješenje za ovu energetskeu krizu i da ima viziju kako zaštititi građane i osigurati im cjenovno pristupačnu energiju?

Kadri Simson, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, thank you for all your comments today. We are putting all of our efforts into reducing the burden of higher energy prices on our EU citizens. And as you have seen, we have taken action at a number of stages and this action has shifted as the geopolitical situation has in recent weeks.

Today's communication responds strongly to both the rise in energy prices and the volatile situation in Ukraine. It is both political and operational in its nature, and it sets out our plan for the upcoming winter of 2022 and in the medium to long-term it outlines our strategy to decrease our dependence on Russia, and this will require a push in three main areas: diversifying fossil fuel supply away from Russia, accelerating the clean energy transition and redoubling our efforts to be energy efficient.

In this context, I would like to address the calls also heard in this House to review the fifth PCI list to ensure it does not in any way benefit Russia. And let me be clear that the goal of all the current gas projects on the fifth list is to increase the resilience of our gas infrastructure. And all the projects in the fifth PCI list will contribute to either direct diversification by increasing access to the North and South gas corridor or LNG projects, or enhancing integration of Member States into the internal market, which allows liquidity, or increasing storage capacity and thus enhancing winter preparedness.

Altogether, these projects aim to create a more interconnected gas system, which is the only way forward to decrease Europe's reliance on Russian gas, and the fifth PCI list therefore will not benefit Russia, quite the contrary. It will make it easier for us to decrease the use and individual Member State's dependence on Russian gas.

Πρόεδρος. – Η συζήτηση έληξε.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 171)

Carmen Avram (S&D), în scris. – În general, criza militară și criza alimentară sunt interdependente. Când prima se dezlănțuie, a doua intervine automat.

În acest caz particular, însă, al unui război între principalul furnizor de energie al Uniunii, cum e Rusia, și principalul furnizor de porumb, rapiță și șrot de floarea soarelui al Uniunii, cum e Ucraina, urmările pot fi devastatoare.

O estimare globală arată că, de la începutul războiului, prețurile produselor agricole de bază au crescut cu până la 10 %. În unele locuri din țara mea, România, prețul pâinii a crescut deja cu un leu, în doar câteva zile.

La nivel european, Comisia trebuie să ia în calcul activarea tuturor instrumentelor posibile pentru a evita o criză alimentară, pentru a atenua impactul scumpirilor la alimentele de bază și pentru a calibra obiectivele „tranziției verzi” la noua realitate geopolitică.

La nivel național, însă, construirea rețelei de centre de depozitare de alimente este vitală pentru România. Ratarea acestei oportunități din fondurile alocate prin PNRR este condamnată și trebuie corectată urgent. Solicit, deci, Comisiei Europene să intervină urgent în sprijinul fermierilor europeni pentru a nu-i lăsa de izbeliște, așa cum, din păcate, a făcut-o în timpul pandemiei.

Lina Gálvez Muñoz (S&D), *por escrito*. – La invasión de Ucrania por parte de Rusia ha acentuado el incremento de precios de la energía, algo que venimos sufriendo desde mediados del verano de 2021. Los precios mayoristas de gas fósil se han disparado a cuotas inasumibles. La previsión es que estos precios continúen altos hasta 2023. Esto, a la vez, está contagiando los mercados mayoristas de electricidad. Los elevados precios mayoristas siguen impulsando al alza los precios minoristas del gas y la electricidad. Los precios de la energía son el componente principal de la inflación. Esto afectará al poder adquisitivo de los consumidores, las pymes y la industria de la UE. Pero, especialmente tendrá un impacto masivo en los hogares vulnerables. Como consecuencia, es probable que aumente la pobreza energética.

Las y los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de soluciones para abordar la subida de los precios de la energía y, en particular, de la electricidad. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

Isabel García Muñoz (S&D), *por escrito*. – La invasión de Ucrania por parte de Rusia ha acentuado el incremento de precios de la energía, algo que venimos sufriendo desde mediados del verano de 2021. Los precios mayoristas de gas fósil se han disparado a cuotas inasumibles. La previsión es que estos precios continúen altos hasta 2023. Esto, a la vez, está contagiando los mercados mayoristas de electricidad. Los elevados precios mayoristas siguen impulsando al alza los precios minoristas del gas y la electricidad. Los precios de la energía son el componente principal de la inflación. Esto afectará al poder adquisitivo de los consumidores, las pymes y la industria de la UE. Pero, especialmente tendrá un impacto masivo en los hogares vulnerables. Como consecuencia, es probable que aumente la pobreza energética.

Las y los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de soluciones para abordar la subida de los precios de la energía y, en particular, de la electricidad. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

András Gyürk (NI), *írásban*. – Teljes mértékben elítéljük az orosz katonai agressziót. A háború felbecsülhetetlen biztonsági veszélyeket, humanitárius veszteségeket okozott, és tovább mélyítette az európai energiaválságot is. A kritikus helyzet kezeléséhez három alapelv érvényesítésére kell törekednünk. Mindenekelőtt higgadságra, stratégiai nyugalomra van most szükség. Biztosítanunk kell az európai energiaellátást, hogy gazdaságaink és társadalmaink megőrizték működőképességüket. Ehhez minden megbízható energiaforrás, így az atomenergia is szükséges.

Emellett meg kell védenünk minden európai polgárt a megugró energiaárak okozta hatásoktól. Elfogadhatatlan, hogy az emberek fizessek meg a háború árát. Ennek megakadályozásához stabil, jól működő intézkedésekre van szükség. Ilyen eszköz a magyar rezsicsökkentés, ami Európa-szerte követett példává vált. Végül, különösen most, kiemelt fontosságú az egység megőrzése. Mi minden olyan javaslatot támogatunk, ami hozzájárul az ellátásbiztonság javításához és a rezsiköltségek alacsonyan tartásához. Hisszük, hogy egy higgadt, kölcsönös tiszteletre építő, egységes Európa képes megoldani az előttünk álló kihívásokat.

Alicia Homs Ginel (S&D), *por escrito*. – La invasión de Ucrania por parte de Rusia ha acentuado el incremento de precios de la energía, algo que venimos sufriendo desde mediados del verano de 2021. Los precios mayoristas de gas fósil se han disparado a cuotas inasumibles. La previsión es que estos precios continúen altos hasta 2023. Esto, a la vez, está contagiando los mercados mayoristas de electricidad. Los elevados precios mayoristas siguen impulsando al alza los precios minoristas del gas y la electricidad. Los precios de la energía son el componente principal de la inflación. Esto afectará al poder adquisitivo de los consumidores, las pymes y la industria de la UE. Pero, especialmente tendrá un impacto masivo en los hogares vulnerables. Como consecuencia, es probable que aumente la pobreza energética.

Las y los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de soluciones para abordar la subida de los precios de la energía y, en particular, de la electricidad. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

Patryk Jaki (ECR), na piśmie. – Polska jest dzisiaj jednym z najbardziej niezależnych państw w UE. Mamy swój gazoport, własne złoża w kraju i Norwegii. W tym roku kończymy budowę gazociągu Baltic Pipe. Bez strachu żądamy sankcji dla Rosji i patrzymy ze zdumieniem, jak praworządne kraje nie chcą odciąć Rosji od dopływu gotówki. W czasie kiedy polski rząd realizował plan dywersyfikacji dostaw gazu, wy budowaliście Nord Stream 2 i uzależnialiście się od Rosji. Putin wiedział, co robi, i dzisiaj to wykorzystuje, płacąc za prowadzenie wojny pieniędzmi z UE. A wystarczyło nas posłuchać i dzisiaj UE znajdowałaby się w zupełnie innym miejscu. Jeszcze kilka słów o węglu, bo to ważne w kontekście tego, co się obecnie dzieje. Potrzebujemy stabilnych i zróżnicowanych źródeł energii, likwidacja kopalń węgla i elektrowni węglowych to poważne niebezpieczeństwo dla UE. Na węgiel nie można patrzeć w kontekście Polski, bo inne kraje także mają zasoby węgla kamiennego i brunatnego. Niemcy obecnie produkują najwięcej energii z węgla w UE. Węgiel staje się gwarantem naszej niezależności i należy utrzymać jego wydobywanie. Przy obecnych problemach z gazem polityka klimatyczna musi zejść na dalszy plan. USA i Kanada już to wiedzą. Chiny, Rosja i reszta świata zawsze na pierwszym miejscu stawiały bezpieczeństwo i nigdy nie pozwoliłyby sobie na wstrzymanie wydobywania własnych zasobów naturalnych. Apeluję o rewizję polityki energetycznej.

César Luena (S&D), por escrito. – La invasión de Ucrania por parte de Rusia ha acentuado el incremento de precios de la energía, algo que venimos sufriendo desde mediados del verano de 2021. Los precios mayoristas de gas fósil se han disparado a cuotas inasumibles. La previsión es que estos precios continúen altos hasta 2023. Esto, a la vez, está contagiando los mercados mayoristas de electricidad. Los elevados precios mayoristas siguen impulsando al alza los precios minoristas del gas y la electricidad. Los precios de la energía son el componente principal de la inflación. Esto afectará al poder adquisitivo de los consumidores, las pymes y la industria de la UE. Pero, especialmente tendrá un impacto masivo en los hogares vulnerables. Como consecuencia, es probable que aumente la pobreza energética.

Las y los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de soluciones para abordar la subida de los precios de la energía y, en particular, de la electricidad. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

Marian-Jean Marinescu (PPE), în scris. – În plină iarnă, țara care încălzește 45 % din casele europene a declanșat un război în Europa, iar pe fondul pandemiei și crizei economice, prețurile la energie au explodat. Rusia a fost întotdeauna un partener dificil pentru UE, dar chiar și așa, foarte puțini dintre noi ne-am fi imaginat că pacea și securitatea energetică europeană vor fi amenințate la acest nivel.

Puteam să prevedem această situație? Da. Intențiile lui Putin au fost clare din 2008 încoace. UE trebuia să citească printre rânduri și să se desprindă energetic de Rusia. Este acum prea târziu? Nu. Trebuie să continuăm aplicarea *Green Deal*, dar să adaptăm obiectivele la această situație de criză. Ce înseamnă asta? Iată câteva măsuri imediate pe care le putem lua:

— să creștem producția de gaz din țările UE: România, Țările de Jos, Cipru, precum și din Norvegia;

— să utilizăm gazul lichefiat (LNG);

— să redeschidem exploatarea de cărbune (pe timp determinat);

— să creștem producția de energie nucleară;

— să finalizăm rețelele de interconectare energetică;

— să modificăm planurile naționale de redresare și reziliență (PNRR) și să investim mai mult în sectorul energetic.

Soluții există, sunt la îndemână noastră. UE și statele membre trebuie să aibă determinarea să le aplice cât mai rapid posibil.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Chiar în timp ce noi dezbatem în Parlamentul European măsurile adoptate de Comisie privind acțiunea europeană comună pentru o energie mai accesibilă, mai sigură și mai durabilă, prețurile carburanților la pompă au ajuns la niveluri record. La fel și cele la energie și la gaze. Uniunea Europeană trebuie să reacționeze urgent la această criză.

Consumul casnic reprezintă aproape 30 % din consumul de energie al UE. Acestor cetățeni le este cel mai greu să treacă la noi surse regenerabile de energie, iar peste 35 % dintre aceștia se bazează în continuare pe gaze naturale. Trebuie luate rapid măsuri ambițioase pentru a combate sărăcia energetică și pentru a proteja cei mai vulnerabili cetățeni și IMM-urile care riscă să-și suspende activitatea pentru că nu mai au bani să plătească facturile.

Ne trebuie o strategie la nivel european, trebuie stocuri și achiziții comune, o politică de independență energetică și trebuie să găsim resurse financiare ca niciun cetățean european să nu mai fie afectat de această criză și iarna următoare.

Inma Rodríguez-Piñero (S&D), *por escrito*. – El incremento de precios de la energía, que ya sufrimos desde verano de 2021, se ha visto acentuado exponencialmente por la invasión de Ucrania por parte de Rusia, y las previsiones nos dicen que dichos precios seguirán al alza hasta el próximo año 2023.

Entendiendo que estos precios son el componente fundamental de la inflación y, por ende, afectarán al poder adquisitivo de consumidores, pymes e industria de la UE, especialmente a los más vulnerables, las y los socialistas hemos defendido soluciones que aborden los precios de la energía. Entre estas soluciones, por ejemplo, se encuentra el desacople del precio del gas de la electricidad y, más a fondo, acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas.

Eliminar nuestra dependencia energética de Rusia, más en tiempos como los actuales, es una necesidad.

14. Zusammensetzung der Fraktionen

Πρόεδρος. – Προτού περάσουμε στο επόμενο θέμα της ημερήσιας διάταξης έχω μια ανακοίνωση. Η κυρία Salima Yenbou αποχωρεί από την πολιτική ομάδα των Πρασίνων και προσχωρεί στην πολιτική ομάδα Renew Europe από αύριο 9 Μαρτίου 2022.

15. Gender Mainstreaming im Europäischen Parlament – Jahresbericht 2020 (Aussprache)

Πρόεδρος. – Το επόμενο σημείο στην ημερήσια διάταξη είναι η έκθεση της κυρίας Tolleret και της κυρίας Delbos-Corfield με θέμα: Ενσωμάτωση της διάστασης του φύλου στο Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο – ετήσια έκθεση 2020.

Τον λόγο έχει πρώτα η κυρία Tolleret, εισηγήτρια, θα μας μιλήσει από το Παρίσι, από τα γραφεία του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, για 6 λεπτά.

Irène Tolleret, rapporteure. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, notre Parlement européen n'a jamais compté autant de femmes. Nous représentons aujourd'hui 39,5 % des eurodéputés de cette législature. Nous avons même récemment élu une femme à la Présidence de notre institution pour la troisième fois de son histoire. Est-ce un signe que l'égalité homme-femme progresse dans notre assemblée? Assurément. Est-ce pour autant suffisant? Absolument pas. Ces progrès sont beaucoup trop lents. Nous pouvons, nous devons aller plus loin et plus vite.

Au Parlement européen, l'égalité des genres doit devenir une réalité au quotidien. D'une part, pour garantir une représentation équilibrée des femmes à tous les niveaux de fonctionnement et, d'autre part, pour permettre une prise en compte effective de la dimension de genre dans toutes nos politiques. Chers collègues, c'est là l'objectif du rapport que nous votons aujourd'hui.

Pour améliorer l'égalité des genres au Parlement européen, il est essentiel que les femmes y soient correctement représentées. Et des femmes qui ont l'ambition de participer à la vie politique européenne, nous n'en manquons pas. Pourtant, des obstacles subsistent et elles ne disposent pas des mêmes opportunités d'accès au Parlement européen que les hommes. Ce rapport veut lever ces obstacles en proposant l'introduction de quotas dans la nouvelle loi électorale européenne. Dans certains pays de notre Union, les quotas en politique sont déjà une réalité. Ils ont fait leurs preuves. Ils ont largement contribué à favoriser l'accès des femmes aux instances de décision. Cette mesure est nécessaire si nous voulons espérer atteindre un jour la parité dans notre institution.

Ce travail de représentation équilibrée entre les femmes et les hommes doit se poursuivre au-delà de l'élection, car une fois élues, les difficultés commencent. Les femmes sont moins présentes aux postes de décision. Il suffit de regarder la composition des présidences de commission: sur 23 commissions et sous-commissions, seulement un peu plus d'un tiers sont présidées par des femmes. Elles ont aussi moins accès aux rapports stratégiques. Ce rapport veut supprimer ces barrières grâce à une réforme des procédures du Parlement européen, afin d'introduire une parité réelle à tous les niveaux de fonctionnement de notre institution.

En rédigeant ce rapport, nous avons constaté que la mise en œuvre de l'intégration de la perspective de genre dans nos politiques publiques est encore trop fragmentaire. De nombreuses propositions législatives ne tiennent absolument pas compte du genre. L'intégration de la dimension de genre n'est pas encore été étendue à l'ensemble du budget de l'Union européenne. Il s'agit pourtant d'une des approches officielles de l'Union européenne pour atteindre l'égalité des genres.

La mise en œuvre du «gender mainstreaming» est donc essentielle, car pendant trop longtemps, nos politiques publiques ont été faites par des hommes, pour des hommes. Or, une politique qui ne prend pas en compte les besoins spécifiques des femmes, c'est-à-dire de 52 % de notre population, c'est au mieux une chance perdue d'améliorer l'égalité entre les femmes et les hommes, mais beaucoup plus probablement le risque d'empirer la situation.

Ainsi, ce rapport propose une meilleure intégration de la dimension de genre dans nos activités parlementaires, à l'aide de différentes mesures. Trop souvent, la perspective de genre n'est pas prise en compte dans nos travaux, pas tant par une volonté des eurodéputés, mais par un manque de connaissances. C'est pourquoi ce rapport préconise une meilleure coopération avec l'Institut européen pour l'égalité entre les hommes et les femmes, afin de fournir des formations spécifiques pour les eurodéputés, pour les assistants, pour tous le personnel, afin qu'ils soient en mesure d'intégrer une dimension de genre dans leur travail.

Ce rapport demande également à ce que soit institutionnalisé le «Gender mainstreaming network», réseau de membres du Parlement européen regroupant les membres de la commission des droits des femmes ainsi que les délégués «gender mainstreaming» présents à l'intérieur de chaque commission parlementaire.

Enfin, par ce rapport, nous demandons que la perspective de genre soit réellement intégrée dans la législation européenne. Ainsi, nous appelons la Commission à accompagner chaque proposition législative et non législative d'une étude d'impact sur le genre. Nous avons besoin de données ventilées par genre, car ces données nous permettent de prendre conscience de l'impact différencié de nos politiques selon le genre. C'est cette prise de conscience qui nous permet d'agir.

Il est aussi nécessaire que le budget européen intègre cette perspective de genre en allant au-delà du simple financement de projets en faveur de l'égalité entre les femmes et les hommes, en prenant en compte de manière explicite l'objectif d'égalité dans le processus budgétaire. Chaque euro dépensé doit bénéficier autant aux femmes qu'aux hommes.

En ce 8 mars, Journée internationale des droits des femmes, il est temps de cesser les grands discours. Il est temps de passer aux actes. Nous avons l'opportunité de faire de notre Parlement européen une institution modèle pour notre société en opérant un changement de paradigme dans notre mode de fonctionnement. Moi je dis: allons-y. Nous sommes le 8 mars. Nous sommes la Journée internationale des droits des femmes. Faisons de ce Parlement une maison où, comme le disait Olympe de Gouges, la femme naît libre et demeure égale à l'homme en droits. Faisons de cette maison une journée où tous les jours sont des 8 mars.

Gwendoline Delbos-Corfield, *rapporteuse*. – Monsieur le Président, le manque d'égalité entre les femmes et les hommes, le manque d'égalité entre les genres, est un problème encore prégnant dans nos sociétés, dans nos États membres, nos économies, nos institutions, mais aussi dans nos schémas mentaux et structurels.

L'égalité constitue toujours un combat dans certains domaines professionnels, spécifiquement pour certaines femmes et dans certaines familles, et elle reste inachevée partout. Dans la représentation politique et les lieux de pouvoir, dans la manière dont nous concevons nos politiques publiques et leurs conséquences concrètes sur la vie des citoyennes européennes, dans les entreprises, avec l'écart salarial, dans l'accès à la santé, etc.

Pourtant, dans ce Parlement, qui fut précurseur avec la création, dès 1979, de la commission des droits des femmes, un mandat qui n'a fait que s'élargir et un rôle devenu essentiel dans le travail de cette institution, on pourrait penser que finalement, presque tout est fait. 39 % des membres de ce Parlement sont des femmes, Irène l'a dit, c'est plus que les 30 % des parlements nationaux dans les États membres et bien plus que les 25 % des parlements du monde.

Mais faut-il rappeler que les femmes constituent la moitié de la population européenne et qu'elles pourraient donc être représentées ici au même niveau? Dans les postes à responsabilités, là aussi, des progrès sont notables, comme la parité du Bureau du Parlement, mais seules 8 des 25 commissions ont actuellement une femme à leur tête et 15 délégations sur 43 sont présidées par une femme.

Surtout, ce manque de parité est un souci majeur dans la manière dont cela impacte notre travail législatif quotidien, dans la composition des commissions, dans la désignation des coordinateurs et des coordinatrices, dans le choix des personnes chargées des rapports, dans la répartition du temps de parole. Les dossiers majeurs, les plus stratégiques, ceux au cœur du pouvoir, sont principalement conçus, étudiés et débattus entre hommes. Climat, agriculture, économie, constitutionnelle: les grandes lois structurelles ont été dans les mains des hommes. C'est donc une question de représentation et une question de contenu.

La dimension de genre doit être pensée dans les textes législatifs produits par nos institutions. Il y a des impensés aujourd'hui en matière d'égalité dans des dossiers comme le pacte vert, la politique agricole commune, l'élaboration des budgets, les récents plans de relance et de soutien suite à la crise sanitaire. Faute d'avoir été conçues avec une vision inclusive et en mettant autour de la table les personnes concernées, nos politiques publiques vont même parfois accroître les inégalités existantes et l'argent public bénéficie principalement aux secteurs d'emplois masculins, laissant de côté les femmes, et en particulier les femmes issues de minorités.

Donc, dans la représentation politique, il faut pousser les États membres à faire élire autant de femmes que d'hommes lors des élections, mais en prenant en compte les femmes dans toute leur diversité, et ce dans l'ensemble des lieux de prise des décisions. Il faut en tenir compte dans nos équipes et dans l'administration, évidemment. Plus on monte dans la pyramide et plus la représentation masculine y est dominante. Alors, il y a des règles à changer et certaines dispositions concernent notre règlement intérieur.

Mais c'est aussi dans nos pratiques, au sein de nos groupes politiques, que nous pouvons changer les choses. Et cela nous concerne tous ici – toutes aussi, puisque nous sommes principalement des femmes à travailler sur ce dossier. Il faut intégrer une perspective de genre dans l'ensemble des décisions, y compris internes, dans notre fonctionnement et dans notre manière de travailler collectivement. Et aucun groupe n'est vertueux. Mon groupe a depuis longtemps des règles particulières en termes de partage entre les femmes et les hommes, et pourtant, ce sont pratiquement toujours les femmes qui s'occupent des dossiers liés au genre. Nous suscitons souvent un intérêt poli, respectueux, mais pas plus. Il faut une implication de tous les hommes et de toutes les femmes dans ces dossiers.

Toutes les autres préconisations importantes que contient ce rapport sont essentielles: les recrutements, la formation, les congés parentaux, l'équilibre entre le temps de travail et la vie familiale, la lutte contre les discriminations. Reste un point très important: il faut réaliser un audit, il nous faut des données; les données sont essentielles pour pouvoir faire une feuille de route. Il faut savoir d'où nous partons. On ne peut pas corriger les problèmes qu'on ne voit pas. Les commissions ont commencé à faire remonter des informations – c'est ce qui nous a permis de voir que, par exemple, la commission de l'agriculture n'a que 20 % d'expertes qui viennent parler, contre 80 % d'hommes –, mais il nous faut plus d'informations encore.

Le rapport que nous présentons aujourd'hui est le fruit d'un travail patient, méthodique, collaboratif. C'est la suite d'un travail déjà effectué par la commission FEMM depuis fort longtemps. C'est la suite d'un travail réalisé dans le cadre du «Gender mainstreaming network», d'avancées obtenues au sein du groupe de haut niveau du Parlement sur l'égalité des genres et la diversité, et c'est surtout le travail de plusieurs femmes réunies dans plusieurs groupes. C'est notre travail commun, que nous pouvons saluer ici et qui est une véritable avancée pour ce Parlement. Nous n'avons pas souvent des raisons d'être satisfaites; aujourd'hui, je crois, en est une.

Frances Fitzgerald, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, first of all, I'd like to thank the rapporteurs for the work that they did and for the consultations that they held with all colleagues. I'm delighted to be here today and able to discuss what I think is a very constructive and forward-looking report on gender mainstreaming in the European Parliament.

We know that often our parliaments fall down when it comes to women's representation, and ensuring that women are heard in leadership and politics is a much harder task than it ought to be. I'm very proud to be a Member of this Parliament, with its relatively high representation of women compared to other parliaments. Nevertheless, there is more that we can do, and I think this report is an opportunity to change things in the European Parliament, making it an even better place in relation to gender equality.

It does that by offering a clear roadmap, complete with indicators, as to how we make sure that this Parliament is entirely inclusive of women. When you look at any parliament, including this one, and you put a clear lens on it, you see what I would call sometimes subtle discriminations, not always subtle, but very often they are subtle. You see old patterns in terms of who leads committees. You see old patterns that particular positions in finance and economics tend to be taken by men, and even in foreign affairs as well, surprisingly. You see those patterns being repeated and often, in the hierarchy of parliaments, women have a lesser role. So this is about asking how we make sure that we have a very inclusive parliament. It does talk about quotas, of course, and I always say about quotas that they are a short interim measure, as the UN has said. The quotas have operated for a long time on the side of men. Let's be clear about that.

So I'm very proud to see a roadmap for the incorporation of maternity leave for MEPs into the functioning of our Parliament, as the report states. It demands, in particular, that maternity, paternity and parental leave be recognised for Members of Parliament through an amendment to the Statute for Members of the European Parliament and the implementation of solutions that guarantee Members the ability to continue working while on maternity, paternity or parental leave, such as remote voting continuing, and so on. I think that's very important. Let's build for the next generation of female politicians.

PRESIDÊNCIA: PEDRO SILVA PEREIRA

Vice-Presidente

Lina Gálvez Muñoz, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, primero, muchas gracias a las ponentes por su trabajo: sin duda, la integración de la perspectiva de género en todas las políticas y en todo el ciclo político es la mejor estrategia que podemos seguir para avanzar en igualdad de género y, para ello, su inclusión en el Parlamento Europeo es esencial porque además tenemos la responsabilidad de dar ejemplo a muchos otros parlamentos.

La realidad es que hemos avanzado en este enfoque, pero solo en parte: por ejemplo, es cierto que todas las comisiones del Parlamento han adoptado planes de acción en materia de género, pero falta supervisión para conocer si realmente se han logrado los objetivos fijados.

También es cierto que hay más presencia de mujeres en los puestos de responsabilidad de las comisiones, pero aún es minoritaria y sobre todo hay una gran segregación, con las mujeres más bien concentradas en las comisiones más sociales y más ausentes de otras que, en teoría, tienen más poder, como las del ámbito económico, y que, a la postre, definen los límites de las políticas que podemos hacer en el resto de los continentes.

También sabemos por este informe que necesitamos una mejor y más estructurada conexión en materia de incorporación de la perspectiva de género, de transversalidad de género, entre todas las instituciones de la Unión Europea; que también necesitamos unir fuerzas para luchar contra los movimientos antifeministas, antigénero y, en definitiva, antidemocráticos que hace tiempo que sabemos que están recibiendo una financiación extraordinaria para lanzar campañas antiigualdad, aunque ahora, desgraciadamente, con la guerra de Ucrania están floreciendo aún más.

También vemos que es necesario medir si las aportaciones realizadas desde la Comisión de Derechos de las Mujeres e Igualdad de Género se incorporan en otras comisiones y en la posición final del Parlamento, y para ello debemos tener mejores datos, más datos, y esa será la forma de medir la voluntad política real.

Nosotros, los socialistas y las socialistas, tenemos esa voluntad y consideramos que este informe es un gran avance, sobre todo que se incluyan las listas de cremallera en la próxima revisión de la ley electoral de la Unión Europea, que en materia de antiacoso y del #MeToo hagamos la formación obligatoria para los miembros del Parlamento y que esté la auditoría externa como una auténtica garantía. Estamos, por tanto, frente a una propuesta sólida y progresista, y es positivo que la debatamos hoy, 8 de marzo, Día Internacional de la Mujer, en el que hay tantas mujeres y tantos hombres viéndonos en todos sitios.

Svenja Hahn, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Herr Präsident! Im letzten Europawahlkampf war ich 29 Jahre alt. Ich habe damals viele Gespräche zu meinen politischen Zielen geführt. Ich wurde aber auch erstaunlich oft gefragt, ob ich denn Kinder haben möchte, denn das wäre ja mit so einem Mandat schwer vereinbar.

Denn Frauen, die Politik machen, werden immer wieder daran erinnert, dass sie den Küchentisch nicht vergessen dürfen, wenn sie schon an die Tische der Macht streben. Frauen, die eine Meinung vertreten, werden oft alleine für ihre Teilhabe am öffentlichen Diskurs angefeindet. Beleidigung, Herabwürdigung oder Bedrohung – für mich und andere Politikerinnen ist das Teil unseres Alltags. Es ist Teil einer Kultur, die Frauen am liebsten aus der Öffentlichkeit verdrängen möchte.

Als Gesellschaft müssen wir uns konsequent dieser Kultur von Diskriminierung und Hass, Solidarität und Sichtbarkeit entgegensetzen. Als Parteien müssen wir mehr Ressourcen und mehr Engagement daransetzen, Frauen für politische Arbeit zu begeistern, ihre Kandidaturen zu stärken.

Nur rund 40 Prozent unseres Europäischen Parlamentes sind Frauen. Das ist im europäischen Durchschnitt noch gut, aber das kann uns doch nicht genügen. Wir müssen unsere Parlamente inklusiver und familienfreundlicher machen.

In unserem Europäischen Parlament gibt es keine Elternzeit. Dabei ist gerade das Leben und Arbeiten zwischen drei Ländern eine besondere Herausforderung. Kollegen, lasst uns Elternzeit ermöglichen! Ermöglichen wir jungen Abgeordneten, Eltern zu sein und gleichzeitig auch die Stimmen ihrer Wähler weiter vertreten zu können. Denn wenn ich mit jungen Frauen über meine Arbeit spreche, werde ich oft als Erstes gefragt, welche Diskriminierung ich als Frau in der Politik erlebe. Denn als Mädchen, als Jugendliche, als erwachsene Frau, in der Schule, im Beruf, in der Politik erleben sie immer wieder, dass sie wegen ihres Geschlechtes gegen Vorurteile anarbeiten müssen.

Dass das Geschlecht keine Rolle mehr für individuelle Chancen spielt und das Geschlecht keine Rolle mehr für politische Teilhabe spielt, dafür streite ich. Wir fangen bei uns selber an und werden das Europäische Parlament gleichberechtigter machen. Danke an unsere Ko-Berichterstatterinnen und vor allen Dingen an Irene aus meiner Fraktion für eure wichtige Arbeit.

Christine Anderson, im Namen der ID-Fraktion. – Herr Präsident! Der FEMM-Ausschuss, im Bericht euphemistisch „Hochrangige Gruppe“ genannt, will mal wieder Geschlechterparität in der Politik und anderswo erzwingen, selbstredend aber natürlich nur in den Chefetagen, niemals aber im Straßenbau, bei der Müllabfuhr oder unter Kanalarbeitern.

Die Tatsache, dass der FEMM-Ausschuss sich nicht einmal selbst seiner eigenen, immer wieder lauthals geforderten 50-Prozent-Geschlechterquote unterwirft – 35 der 37 Mitglieder sind Frauen –, zeigt einmal mehr, dass man gerade in diesem Ausschuss irrigerweise glaubt, Scheinheiligkeit ersetze Kompetenz.

Aber überall sonst muss einfach die Quote her. In Deutschland wurden in einigen Bundesländern bereits Wahlgesetze entsprechend geändert, um unmittelbar von den Landesverfassungsgerichten als nichtig kassiert zu werden und vom Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit attestiert zu bekommen.

Normalerweise wäre die Geschichte an dieser Stelle dann zu Ende. Aber wo kämen wir denn da hin, wenn die hier versammelten, sich auf dem hohen Ross ihrer moralischen Überlegenheit verbissen im Sattel festkrallenden Allesbesserwisser es zuließen, sich ihre schöne neue, auf ideologischem Schwachsinn aufgebaute Welt von verfassungsrechtlichen Grundsätzen kaputtmachen zu lassen. Vorwärts immer, rückwärts nimmer hat schon so manch anderer Scheindemokratie das Rückgrat gebrochen.

Was tatsächlich hülfe, um Frauen in der Politik zu fördern, wäre, auf eklatante Fehlbesetzungen wie Frau Angela Merkel, Ursula von der Leyen, – jetzt ganz neu dabei – Annalena Baerbock einfach zu verzichten. Das Ausmaß, in welchem diese Damen zur Verfestigung tradierter Rollenbilder beigetragen haben, kann das EU-Parlament mit keinem Bericht, und seien es derer tausend, jemals wieder auffangen. Was so gesehen dann wiederum nicht ganz so schlecht wäre.

Auch heute demonstriert dieses Parlament wieder eindrucksvoll, welchen Stellenwert die Abgeordneten der Wichtigkeit dieses Parlaments und ihrer Arbeit beimessen. Von den 705 ordentlichen Abgeordneten sind exakt 13 anwesend.

Beata Kempa, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Nawet bardzo ciekawe sprawozdanie podające bardzo dużo bardzo ciekawych danych i zgodzę się z tym, że powinniśmy bardzo mocno pracować nad równością kobiet i mężczyzn, dlatego że termin gender w ogóle nie występuje w żadnych traktatach, nie ma żadnego wytłumaczenia prawnego, jest nieostry, jeśli idzie o kwestie pojęciowe, i nie jest przede wszystkim wiążący dla państw członkowskich oraz instytucji europejskich. Ale oczywiście warto rozmawiać o tym, aby przede wszystkim zapewnić równość, np. w zarobkach pomiędzy kobietami i mężczyznami zatrudnionymi na przykład na tych samych stanowiskach. Tyle tylko, że od ponad dziesięciu lat debat niewiele w tej sprawie się dzieje.

Ja myślę, że wtedy, kiedy rozmawiamy o tych kwestiach, warto stanąć w prawdzie. Proszę zauważyć, na przykład w moim kraju kobieta, pani Beata Szydło, otrzymała największą liczbę głosów w historii Parlamentu Europejskiego, to jest ponad pół miliona głosów. I co dzieje się w Parlamencie Europejskim? Została brutalnie wycięta. Nie ma prawa do tego, żeby być zwykłą przewodniczącą komisji. Czy tak ma tutaj wyglądać ten szacunek dla kobiet, które naprawdę robią wiele, żeby kobiety robiły karierę? To tylko taki jeden przykład. I w moim kraju jest również tak, że te nożyce zarobków pomiędzy kobietami i mężczyznami są bodaj najmniejsze. Tak, że można robić wiele, ale można mówić wiele i nie robić nic, po prostu jestem zażenowana, dane bardzo dobre, ale rzeczywiście niewiele w tej sprawie robimy.

Eugenia Rodríguez Palop, en nombre del Grupo The Left. – Señor presidente, hace ya años que la transversalidad de género dejó de ser una herramienta novedosa para promover la igualdad entre mujeres y hombres.

En la Conferencia Mundial sobre las Mujeres, celebrada en Nairobi en 1985, se instó a su implementación y, diez años después, la Plataforma de Acción aprobada en Pekín la asumió como estrategia para combatir sin paliativos las discriminaciones múltiples e interseccionales que sufren las mujeres. Hoy conocemos las posibilidades que ofrece, pero también sabemos que la transversalidad de género puede quedarse en nada si se aplica de manera fragmentada y parcial, si no existe un compromiso real y se aplica de manera mecánica.

En un momento de crisis e incertidumbre como el que vivimos, en el que la guerra viene a sumar más desequilibrio a la situación generada por la pandemia y a las desigualdades estructurales, es más necesario que nunca dotar de contenido y poner en valor la transversalidad de género. Hoy podría imponerse la normalidad de una lógica belicista que incremente el gasto militar y reduzca el gasto social, y en ese marco serán las mujeres quienes más sufran.

Es momento de reconocer la diversidad, la redistribución de oportunidades, poder y recursos y apostar por la representación igualitaria de mujeres y hombres —que ya toca—. Esta apuesta por la igualdad reduciría, además, las violencias machistas, que no son sino una manifestación brutal de discriminación y opresión.

Este Parlamento no es solo un empleador de cientos de trabajadores y trabajadoras, a los que debe garantizar un empleo en condiciones de igualdad, sino que es también un espejo en el que se miran a diario los Gobiernos de toda Europa. Y debemos dar ejemplo.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhor Presidente, caros colegas, a igualdade de género é um princípio fundamental da União Europeia que deve ser defendido e aplicado por todas as instituições europeias, em especial o Parlamento Europeu.

Ao nível da sua realidade interna, o Parlamento registou claros progressos, sobretudo na proporção de seus deputados eleitos. No entanto, precisa ainda de ser mais afirmativo. Refiro-me a temas concretos, como a representatividade das mulheres em diferentes funções nesta instituição, mas também a uma abordagem horizontal que deve estar refletida em todas as políticas do Parlamento Europeu. Neste caso não apenas no que respeita à sua própria organização enquanto instituição, mas ainda em todos os temas sobre os quais trabalha e se pronuncia.

Precisamos de uma maior representatividade das mulheres para que a perspetiva de género esteja presente, quer falemos de energia digital, ambiente, mercado interno, agricultura ou transportes. É fundamental que através das propostas e dos relatórios elaborados por este Parlamento que se promova a maior participação e liderança das mulheres nos diferentes setores da sociedade, nomeadamente na investigação científica, nas empresas, na administração pública e na política.

Robert Biedroń (S&D). – Mr President, it's a special day today, International Women's Day, and it's unfortunately a bitter sweet day, bitter because of what's happening in Ukraine and sweet because we have a bunch of good news, and let me start with that.

Today, the Commission has announced the launch, the proposal of the Directive on combating violence against women and domestic violence. The other good news – the Women on Boards and the Pay Transparency Directives are unblocked and in progress. And is it good news for our colleague Beata Kempa, who was complaining about gender pay gap. Here we are, and I hope they will be on the board supporting us.

But let me congratulate both rapporteurs for their excellent work and, as the Chair of the Committee on Women's Rights, I'm happy to see that Parliament has endorsed gender mainstreaming and we are leading by example. It was said that 40% of the Members of this House are women, but look around. What time is it now? That's not the prime time for debate. This is the reality we are now. Look at the speakers list. Where are all our male colleagues on this list? It is not a women's only topic. If you want gender mainstreaming, we need our colleagues, male colleagues on the board.

I represent the FEMM Committee. Only two members out of 37 of my committee are male, full Members. I am also a Member of another committee where there is money and power – the Budget Committee – where out of 41 Members of this committee, only 10 are women. Doesn't it show clearly the inequality in this House? This House, the sanctuary of the European democracy? There is much room for improvement, so I congratulate my colleague rapporteurs for their excellent work and I keep my fingers crossed for you.

President. – In fact Robert Biedroń was the first man to ask for the floor in this debate and we have only two male Members of this Chamber in our lists of speakers for this evening.

Isabella Adinolfi (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, molte delle iniziative che ogni giorno realizziamo cercano di mettere in moto un processo virtuoso che miri non solo ad aumentare la mera presenza delle donne in posizioni di rilievo, ma miri indirettamente a creare le condizioni formative, di supporto e lavorative, essenziali nella società moderna, per incentivare la presenza di donne in ogni livello della piramide.

Quello che però si deve assolutamente evitare è cadere in testi politicamente corretti, talvolta del tutto sterili e inutili. Concentrare così tanta attenzione ed energia su linguaggio neutro, su questioni minori, come il numero dei deputati uomini nella commissione AGRI piuttosto che Pesca, o sui cestini per le coppette mestruali nei bagni, lo trovo sinceramente distante dalla realtà che ci circonda.

Potreste dirmi che le istituzioni devono dare il buon esempio. È vero. Però dobbiamo anche evitare di dimenticarci come è il mondo là fuori, non dobbiamo cadere nella sindrome di Maria Antonietta a Versailles. Perché lì fuori ci sono problemi concretissimi. Fuori da questa bolla europea ci sono donne che a parità di mansioni lavorative guadagnano il 30 % in meno rispetto agli uomini. È come se una deputata donna guadagnasse il 30 % in meno rispetto a un collega uomo.

La strada verso la parità di genere purtroppo è ancora lunga il nostro compito come legislatori è quello di continuare a lavorare gestendo l'«ordinario» e lo «straordinario», ma senza perdere mai di vista le reali necessità delle cittadine europee.

Evelyn Regner (S&D). – Mr President, gender mainstreaming is, at the end of the day, a powerful instrument. It's about changing society, it's about changing culture. It's about changing our way of thinking and doing politics. And we, as the European Parliament, we should lead by example. With the 2020 gender mainstreaming report, we looked into how this principle has been adopted within our institution. Much has been achieved, mainly thanks to the engaged members of the gender mainstreaming network. There is so much cooperation. So thank you, Gwendoline, thank you, Irène, and thank you to all those engaged Members all over the committees in this European Parliament. How we push gender mainstreaming – this is an idea national parliaments should take over. So we adopted anti-harassment policies just last December. We're advancing on tackling vertical and horizontal discrimination within our House. And we have a comprehensive gender action plan and roadmap to achieve the goal of gender equality.

However, we also see that in the European Parliament, we also still have to do far more. For example, when it comes to the election of Members, we need parity from all political groups, not only from the left, also from the right. And we need to better institutionalise gender mainstreaming for more structure, more data and better indicators.

So, in the end, gender equality is for all of us and should be as normal in our way of thinking as breathing.

Sara Skyttedal (PPE). – Herr talman! Den internationella kvinnodagen infaller i dag, och det finns verkligen verkliga problem för kvinnor i Europa. Inte minst har många nämnt de kvinnor som nu på olika sätt påverkas av kriget mot Ukraina.

Europaparlamentets medskick den här dagen handlar emellertid i stället om jämställdhetsintegrering. Det är en form av jämställdhetsarbete som utgår från att könsmaktssystemet genomsyrar allt och att vi därför i varje enskild situation måste analysera hur förslag slår olika mot män och kvinnor.

För det första delar inte jag idén om att vi lever i ett samhälle som är totalt genomsyrat av misogyni, och dessutom leder det till ett arbete som jag anser antingen blir rent banalt, vilket jag själv erfarit från mina år i kommunpolitiken, där jämställdhetsintegrering i praktiken innebar bland annat att vi skulle göra ett genusperspektiv när vi skulle bygga ut vatten- och avloppssystemet. Tyvärr är det desto värre när arbetet handlar om det som beskrivs i parlamentets föreslagna ståndpunkt, där det handlar om skadliga förslag om kvotering på alla möjliga nivåer och hur vi förväntas förfaras bland annat över det faktum att endast tre av sju av våra politiska grupper har en kvinna som ordförande. Det är liksom lite svårt att få det lite mer jämställt än tre av sju, om vi inte lyckas kasta in en ickebinär person där också.

Det är krig i Europa, men det handlar inte om ett könkrig, vilket man kan tro när man läser betänkandet om jämställdhetsintegrering. Jag hoppas att parlamentet kan välja att fokusera på de verkliga jämställdhetsproblemen i stället.

Predrag Fred Matić (S&D). – Poštovani predsjedavajući, čestitke našim izjaviteljicama Irene i Gwendoline koje su napravile sjajan posao, kao i svim drugim kolegicama i kolegama koji su sudjelovali u izradi ovog izvješća.

Nije malen posao osvrnuti se na sve relevantne teme unutar rodne ravnopravnosti i dati nam sveobuhvatan pregled položaja naše institucije u tom području, a istovremeno dajući širi društveni kontekst. Ono što mogu dodatno naglasiti, a što je vidljivo iz izvješća, velik je posao pred nama i ne možemo biti zadovoljni trenutnom situacijom.

Osobito tu naglašavam poziv za rodno osviještenu izradu proračuna. Ništa od svega što želimo postići nije moguće bez adekvatne alokacije sredstava.

Ne možemo stajati ovdje iz mjeseca u mjesec i osuđivati nasilje nad ženama, galamiti zbog manjka pristupa procesima odlučivanja ili se ljutiti zbog nedostatka mehanizma za suzbijanje rodnog jaza u plaćama, a da nismo kao jedan od osnovnih preduvjeta osigurali sredstva da se sve to promijeni.

Ne smijemo zaboraviti ni na posljedice COVID-19 pandemije na rodnu ravnopravnost i to uvijek treba naglašavati. I nevjerovatno je da, primjerice, zahtjev FEMM odbora da u svakom nacionalnom planu za oporavak mora biti poglavlje u rodnoj ravnopravnosti nije ispunjen.

Nema oporavka društva, ekonomije i europske zajednice bez potpune implementacije načela rodne ravnopravnosti. I dokle god se pola našeg društva smatra drugotnim, a to često čujemo da se govori za žene, nema nama europske budućnosti.

Danuta Maria Hübner (PPE). – Mr President, in this House, we know how important equality and representation are for democracy. We also note that inclusive leadership is good for the quality of decision-making and, with 40% women among our membership, the European Parliament represents inclusive leadership in European politics.

But we also know that some political parties in this House do not accept any inclusivity, including in terms of gender. The context for the equality we have to look at today includes COVID consequences, insane Putin's aggression, long-term gender gaps in many areas of our lives, and the conclusions of the recent report on the Recovery and Resilience Facility (RRF) implementation. This context tells us that the need for progress on all gender fronts remains fundamental. We also see with more clarity that progress can only be achieved through binding measures. Fortunately, as co-legislator, we have the tool in our hands.

Colleagues, now, in the time of multiple challenges, we must remain particularly vigilant. There are risks of reversing the EU's gains, its shift in gender equality over the last two decades. What was a largely supported achievement 10 years ago, the Istanbul Convention, is questioned today in some political parties, in particular in central European countries, where ruling parties reject even the word 'gender', and we heard it tonight. This anti-gender attitude means that gender equality is rejected as a recognition of human rights for women. We should include these issues in our dialogue with national parliaments.

The EU has always been seen as a global champion in gender equality, largely due to the commitment of the European Parliament. As we see that political commitment to gender equality cannot be taken for granted, we count on the engagement of the Commission, and our House should strengthen its role as guardian of gender equality.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhoras e Senhores deputados, em fevereiro de 2020 antes da pandemia começar, as mulheres enfrentavam inúmeras desigualdades políticas, sociais e económicas, algumas das quais foram acentuadas nestes dois últimos anos ou, pelo menos, tornaram-se mais visíveis, como a precariedade do emprego e, portanto, o maior desemprego, ou a falta de conciliação entre a vida pessoal, profissional e familiar.

No Parlamento Europeu, em todas as comissões em que trabalhamos, da política externa à economia, do orçamento ao mercado interno, da agricultura às pescas, tentamos colmatar estas e outras desigualdades. Diz quem está cá há mais tempo do que eu que até o temos feito melhor nesta legislatura do que acontecia em legislaturas anteriores. Mas sabemos que nem tudo está bem.

Foram aqui já dados alguns números que mostram que há ainda uma representação desequilibrada entre homens e mulheres. Como o meu colega Robert Biedroń aqui disse, quando olhamos também para as escolhas das comissões não ficamos muito contentes. Por exemplo, na Comissão Especial de Inteligência Artificial, no relatório final participaram apenas homens, tanto os relatores-sombra como o relator.

Como escreveu Caroline Criado Perez no seu livro «Mulheres invisíveis», a verdadeira razão porque excluimos as mulheres é porque vemos os direitos de 50 % da população como os interesses de uma minoria.

Isabel Benjumea Benjumea (PPE). – Señor presidente, miren, si yo hubiera nacido en el siglo xix, les aseguro que yo hubiera sido sufragista y hubiera peleado con toda mi capacidad por reivindicar la igualdad entre hombres y mujeres; si yo, en estos tiempos, hubiera nacido en Arabia Saudí, en Irán o en Chad, por ejemplo, les aseguro que estaría peleando con uñas y dientes, con toda mi capacidad, por la igualdad entre hombres y mujeres.

Pero yo he nacido en Europa, he nacido en España: soy miembro de una democracia en la cual se me reconocen mis derechos y libertades. Y no me cansaré de decir que en Europa las mujeres no nacemos víctimas, y es importante que dejemos de sentirnos víctimas, no lo somos: gozamos de las mismas oportunidades que los hombres, y ya está bien de este lamento constante que llevamos escuchando.

Estamos viviendo una guerra en la que están hombres, principalmente hombres, aunque también muchas mujeres, pero principalmente hombres, luchando por nuestras libertades, y nosotros estamos aquí lamentándonos por representación de cuotas dentro de las instituciones europeas.

Las mujeres no necesitamos en Europa, ni en ninguna parte, que nos digan ni lo que tenemos que estudiar, ni en lo que tenemos que trabajar, ni cómo tenemos que organizar nuestra vida familiar: lo que queremos es que se nos deje libertad de elegir y tener un ordenamiento jurídico como el que tenemos en Europa, en el que, si hay cualquier caso en el que haya discriminación, no entre hombres y mujeres, entre cualquier ciudadano, tengamos un tribunal al que poder dirigirnos para exigir que se solvente esa desigualdad.

En Europa las mujeres no nacemos víctimas.

Vera Tax (S&D). – Voorzitter, “Vera, waarom maak jij je steeds weer druk over vrouwenrechten? Er is een oorlog gaande in Europa. Waar liggen jouw prioriteiten?” Deze vraag krijg ik steeds vaker en eigenlijk altijd als het gaat over gendergelijkheid. Op dit moment vechten Europese vrouwen en mannen in Oekraïne voor hun land, proberen zij hun kinderen te redden en in veiligheid te brengen. Sommige vrouwen zijn zelfs genoodzaakt om hun baby ter wereld te brengen in de metro. In elke crisis, of het nu oorlog is of een pandemie, zijn het vrouwen die zwaar getroffen worden. Elke keer weer. De cijfers spreken voor zich.

Maar als het gaat om de strategische keuze voor een veilig leven voor jou en je gezin, dan zitten de vrouwen niet of zwaar ondervetegenwoordigd aan tafel. Het aantal vrouwen dat actief is in de politiek in alle lidstaten van de EU is nog steeds niet gelijk. Vrouwelijke politici zijn vaker het doelwit van intimidatie, vooral op sociale media. Het ontmoedigt hen om actief deel te nemen aan de politiek en om mee te doen in democratische besluitvorming.

Ook in mijn eigen land, Nederland, is die gelijkheid nog bedroevend. Volgende week zijn er lokale verkiezingen. Gemiddeld is drie op de tien gemeenteraadsleden vrouw en dat in 2022! Dit moet anders. Het is in het directe belang van onze democratie dat mensen gelijk vertegenwoordigd zijn. Hier in het Europees Parlement en daarbuiten.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, poštovana povjerenice, kolegice i kolege, pa imamo i ostale dane u godini kako bismo se mogli baviti ovim takozvanim ženskim temama, ne samo na jedan dan.

Prema procjenama izvješća o globalnom rodnom jazu za 2021. godinu, koje donosi Svjetski ekonomski forum, ako nastavimo sa sadašnjim naporima, svijetu će trebati 135,6 godina da se smanji jaz među spolovima.

Fenomen staklenog stropa ostaje problem u različitim područjima, političkoj participaciji, poziciji poslovnog i ekonomskog odlučivanja. I dalje su žene suočene s brojnim predrasudama, stereotipima i dvostrukim kriterijima i, naravno, izazovima. Trebamo osvijestiti društvo da shvati kako političarke svojom strašću i iskustvom daju nemjerljiv doprinos kvaliteti i sadržaju politika. Žene često nisu na takozvanim pozicijama moći i to je svima jasno.

Kada govorimo o ovom dokumentu, mislim da on izaziva i brojne kontroverze. Međutim, nemam vremena danas o njima govoriti. Kada bi se ženama pružile jednake prilike, do 2050. godine BDP po stanovniku u Europskoj uniji mogli bi povećati za 3,15 bilijuna eura. Pa zar to ne bi bilo sjajno? Ako napravimo samo mali korak, ako uvedemo nešto drugo i uvedemo promjene, tada ćemo doista učiniti korak naprijed.

I za kraj, bitni su nam mediji. Bitno je ono što se događa na ekranu i izvan njega jer ono što ne vidite ne želite ni postati, a žene čine samo 24 posto osoba o kojima slušamo ili čitamo u vijestima. Ovaj termin teško da će završiti u udarnim vijestima.

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação sobre este ponto da ordem de trabalhos terá lugar amanhã.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Guido Reil (ID), *schriftlich*. – Sie haben wieder einen Bericht zu Gender-Mainstreaming verabschiedet. Wie üblich werfen Sie alles durcheinander und kämpfen gegen Phantom-Feindbilder. So sind wir gerade als rechte Partei selbstverständlich für die Gleichstellung von Mann und Frau. Ihre ewig-falschen Unterstellungen, dass dem anders sei, sind komplett absurd und unredlich. Es ist jedoch lächerlich, wenn sich junge, erfolgreiche Politikerinnen als Opfer von Diskriminierung darstellen. Die Tatsache, dass sie weiblich sind, dürfte ihrer Karriere nicht geschadet, sondern sie im Gegenteil befördert haben. Wenn Politikerinnen Beleidigungen, Herabwürdigungen und Bedrohungen erfahren, ist das entsetzlich, trifft aber viele Politiker – unabhängig vom Geschlecht. In der Regel liegt das an der Art des Mediums. Social Media verrohen den Diskurs – für alle. Wenn Sie wirklich für die Recht von Frauen kämpfen möchten, dann reisen Sie in die Länder, aus denen die EU in den letzten Jahren so viel Zuwanderung erfahren hat. Dort ist die Ungleichheit der Geschlechter noch sehr real. Sie hätten sofort meine volle Unterstützung. Stattdessen reden Sie jungen Frauen ein, dass jeder Rückschlag, den sie erfahren, auf ihr Geschlecht zurückzuführen sei. Das ist narzisstisch und verhindert die Persönlichkeitsentwicklung und das Erwachsenwerden.

16. Dritter EU-Aktionsplan für die Gleichstellung (Aussprache)

Presidente. – Segue-se o debate sobre o relatório da Deputada Chrysoula Zacharopoulou, em nome da Comissão do Desenvolvimento e da Comissão dos Direitos das Mulheres e da Igualdade dos Géneros, sobre o Plano de Ação III da UE em matéria de Igualdade de Género (2021/2003(INI)) (A9-0025/2022).

Gostaria de recordar aos senhores deputados que não haverá, como tem sido habitual, procedimentos catch-the-eye nem perguntas sob a forma de cartão azul.

Chrysoula Zacharopoulou, *rapporteure*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, mes chers collègues, en cette Journée internationale des droits des femmes, je voudrais d'abord rendre hommage au courage et à la force des femmes ukrainiennes. À 2 000 km d'ici, les femmes prennent les armes pour défendre leur pays. Elles accouchent sous les bombes. Elles s'exilent avec leurs enfants. Elles résistent.

Notre génération est témoin de crises mondiales d'une ampleur inédite qui mettent toute l'humanité face à de nouveaux défis: les guerres, la crise sanitaire, la crise climatique. Lorsqu'on est plongé dans l'inconnu, les inégalités ressurgissent et s'aggravent. Et lorsqu'on parle d'inégalités, on le sait, ce sont les femmes qui sont les premières victimes.

La pandémie de COVID-19 nous a fait entrer dans une nouvelle ère: augmentation de la précarité, du chômage, des violences intrafamiliales, des grossesses non désirées, de la déscolarisation. Selon une étude, la crise nous a fait perdre 36 ans de progrès en matière d'égalité. La crise climatique et environnementale a un impact disproportionné sur les femmes qui subissent le plus durement les conséquences du changement climatique et des catastrophes naturelles.

En Afghanistan, depuis le retour des talibans, les femmes sont privées de leur émancipation et de leur liberté. En République démocratique du Congo, dans les zones de conflits, le viol est utilisé comme une arme de guerre pour terroriser les populations civiles. Au Mexique, la lutte contre la pédopornographie et contre l'exploitation sexuelle des femmes et des enfants se heurte à la corruption et au machisme de la société. En Irak, les femmes yézidiennes ont été réduites en esclaves sexuelles par Daech et des milliers sont encore portées disparues aujourd'hui. Partout dans le monde, des filles et des femmes souffrent dans leur chair des discriminations et des violences, mais n'abandonnent pas.

Voilà pourquoi un nouveau plan européen d'action extérieure pour l'égalité est d'une importance capitale. Le GAP III est un instrument politique et financier majeur de l'Union européenne. Il réaffirme haut et fort notre volonté de porter nos valeurs d'égalité dans notre action extérieure. C'est que l'on appelle la «diplomatie féministe».

La rédaction de ce rapport est le fruit d'un long travail de terrain, de consultations sur tous les continents – l'Asie, l'Amérique latine, l'Afrique, le Moyen-Orient. J'ai eu de nombreux échanges avec la société civile, des survivants de violences, des militants, ministres, députés, journalistes, diplomates. Tous ont contribué, avec leur vécu, leurs expériences et leurs propositions, à ce que ce rapport réponde aux besoins des femmes et des filles ainsi qu'aux problématiques propres à chaque cause.

Je voudrais exprimer ma gratitude aux deux prix Nobel de la paix, le docteur Denis Mukwege et Nadia Murad, mais aussi à toutes les personnes consultées qui font confiance à l'Union européenne et à ce GAP. Je souhaite remercier également les délégations de l'Union européenne pour leur appui précieux, ainsi que mes collègues rapporteurs fictifs et toutes les équipes des deux commissions, FEMM et DEVE, pour cette excellente collaboration. C'est grâce à vous tous que nous avons aujourd'hui un texte complet et ambitieux avec des pistes innovantes et concrètes.

Voici, Madame la Commissaire, quelques propositions du Parlement européen: généraliser, dans les zones de conflits, des centres de prise en charge holistique des victimes de violences sexuelles et mettre fin à l'impunité des criminels de guerre qui violent et torturent les femmes; former les filles au numérique; garantir l'accès à l'avortement sûr et légal, à la contraception, à l'éducation sexuelle et à la santé maternelle; financer les dispositifs d'hygiène menstruelle dans les écoles, pour augmenter la scolarisation des filles; généraliser les «gender bonus» pour financer la transition féministe et inclure les femmes dans l'économie; impliquer les hommes et les garçons, qui doivent être protagonistes des changements de mentalités; soutenir les acteurs de la société civile qui se battent courageusement. Ces propositions et tant d'autres font de ce rapport un message fort. Nous devons trouver dans les crises la détermination et la force de bâtir un futur juste et humaniste.

Mes chers collègues, partout dans le monde, tous nous envient les avancées et les valeurs de l'Europe; nous devons être d'autant plus exigeants avec nous-mêmes. Quelle que soit la région du monde où elles vivent, nous devons accompagner les femmes et les filles du monde qui veulent faire entendre leur voix et être maîtres de leur destin. Il n'y a pas de diplomatie politique, économique, sans diplomatie féministe. À travers le GAP, on investit dans le développement humain, dans l'émancipation. On investit dans un futur où la «génération égalité» n'est plus un slogan.

En ce 8 mars, et face aux crises qui se succèdent, je voudrais conclure sur l'importance d'inclure les femmes dans les processus de résolution des conflits, les faire participer directement à la table des négociations. Elles sont des actrices incontournables pour la construction d'une paix durable. Avancer sur le chemin de la paix ne se fera qu'avec elles.

Hannah Neumann, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs*. – Mr President, do you still remember how we chuckled at Putin's horse riding pictures, his long table that just got longer the more lies he was telling us? Well today we know this man is peak toxic masculinity. And what we see in Ukraine is the suffering that comes with a foreign policy that focuses on domination and aggression.

What hides behind the term feminist foreign policy, on the other side, is the foundation for a badly needed different approach to foreign policy: one where the security of humans is more important than that of nations or empires; one where the diversity of perspectives is seen as an asset and not as a threat by those in power.

So while we fight Putin's aggressions, while we define sanctions, while we increase military spending, let's not lose sight of the kind of change to change the kind of foreign policy that got us in this mess in the first place. If you want peace, we will need to get rid of the patriarchal structures dominating today's foreign policy, also in our own institutions. The Gender Action Plan III is an ambitious tool in the right direction: let's implement it with full force, exactly because of the crisis we are seeing today.

Alexandra Geese, *rapporteur for the opinion of the Committee on Budgets*. – Mr President, on International Women's Day, many people seem to know what women really need, but the answer is very easy. They need equal access to power, but also to money. And the good news is that the EU Gender Action Plan for external action is a very good step in the right direction.

Eighty-five per cent of all new actions need to incorporate gender as a significant or principal objective. Twenty per cent of ODA must be allocated to gender equality. We have gender-disaggregated data collection, gender budgeting, a system for tracking, monitoring and evaluating EU expenditure, gender impact assessment, gender parity in management positions. This is what we do in external action because we know that it works, because there's ample evidence to prove that the economic, social and ecological outcome is better when women take the decisions.

But what works for countries outside the EU would also work in Europe. So why can't we have the same high standards also in the EU? It is high time.

Jutta Urpilainen, *Member of the Commission*. – Mr President, I want to start by thanking the European Parliament, the DEVE and FEMM committees, and in particular the rapporteur, Ms Zacharopoulou, for this excellent report.

With our gender action plan and our new programming under way, we have achieved visible results in a short period, and I would like to outline three important aspects of our good work.

First, country-level implementation plans: for the first time ever, we have a shared strategic EU vision for promoting gender equality in over 120 partner countries. This is the result of the EU working as Team Europe in close cooperation with partner governments, civil society – including women's organisations – and youth and the private sector.

Second, we are investing both politically and financially in gender equality. I am pleased to confirm today that our Gender Action Plan III (GAP III) target – which was successfully introduced into the Neighbourhood, Development and International Cooperation Instrument thanks to the support of this House – of 85% of gender-sensitive projects by 2025, is already almost in reach. After one year of implementation, preliminary indications show that 78% of all new projects in Africa, Asia and South America target gender equality: 78%. This is a significant increase compared to the previous years. The Spotlight Initiative also continues to achieve solid and promising results. For example, 84 laws to protect girls and women against violence have been strengthened or signed across 17 different countries.

And third, capacity and resources. There has been a major effort to strengthen delegations' gender expertise and capacities through training and awareness-raising. We are reinforcing our Gender Focal Points Network and encouraging gender-responsive leadership. The gender action plan has brought people together like never before. Last November, we held the first annual structured dialogue on the implementation of GAP III, with great participation of civil society and women's organisations.

Honourable Members, we can commit to you that your report will contribute to this joint endeavour for a gender-equal world. And I would like to conclude by expressing my solidarity with the women and girls affected by the conflict in Ukraine. The Commission is working to support, protect and save lives, and this implies a gender-specific approach, too. In Ukraine and all areas of violent conflict, we must ensure that women and girls' needs are addressed, that women as human rights defenders and as members of the armed forces are protected, and that women's role for a sustainable and peaceful tomorrow is strengthened.

Marlene Mortler, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Was erwarten Sie vom 21. Jahrhundert? Diese Frage stellte ich damals Horst Köhler. Es wird das Jahrhundert der Frauen, sagte er. Und ich: Warum? Seine Antwort: Weil sie leidensfähiger sind.

Horst Köhler war unter anderem Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland und vier Jahre lang geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds. Bei seinen zahlreichen Afrika-Reisen sprach er sich dafür aus, die Armutsbekämpfung auf dem Kontinent zu einer Hauptaufgabe des IWF zu machen. Und er hat immer mit Respekt und Hochachtung über die Rolle der Frauen dort gesprochen, dafür gekämpft – ein starker Verbündeter, nicht nur heute am Weltfrauentag.

Auch Oksana Sabuschko, die ukrainische Schriftstellerin, hat uns heute hier im Parlament die Augen geöffnet. Putins Bomben, sagt sie, können wir nicht stoppen. Aber wir sind stärker im Geist. Und darum geht es auch im Aktionsplan für die Gleichstellung. Die Gleichstellung der Geschlechter ist nicht nur ein fundamentales Menschenrecht, sondern eine notwendige Grundvoraussetzung für eine friedliche, gedeihende und zukunftsfähige Welt.

So fordern es auch die Vereinten Nationen: die Armutsquote senken, Mehrfachdiskriminierung abbauen, reale Arbeitszeit anerkennen und entlohnen, geschlechtsspezifische Gewalt abbauen, Zugang zur Gesundheitsversorgung verbessern, Förderung von Frauen in Führungsrollen ermöglichen und so weiter. Ich danke allen, die am Bericht mitgearbeitet haben – der Berichterstatteerin –, und werde diesem Bericht zustimmen, wenn ich auch nicht gleich in allen Punkten übereinstimme.

Evin Incir, *för S&D-gruppen*. – Herr talman! Kolleger, kommissionär! Det finns inte en enda kvinna någonstans under någon tid som aldrig fallit offer för de patriarkala strukturer som existerar i vår union och utanför. Demokrati och mänskliga rättigheter kan och får inte förbli bara ord. Kvinnors och flickors rättigheter är mänskliga rättigheter och är helt avgörande för alla folks frihet. Vår kamp för jämställdhet måste därför bedrivas i vår union och globalt.

Vår nya handlingsplan för EU:s globala jämställdhetsarbete är den tredje av sitt slag och utgör den riktning vi vill ta och utrustar oss med verktyg. Den både förpliktigar och visar vägen genom förslag på åtgärder som bör, kan och måste tas. Vårt betänkande om handlingsplanen tydliggör dessutom att även GAP III måste stärkas än mer. Det är både symboliskt och praktiskt viktigt att vi denna dag, den 8 mars, Internationella kvinnodagen – precis som alla andra dagar – är tydliga med vår solidaritet med kvinnor och flickor runtom i hela världen genom att diskutera hur vi kan stärka arbetet ytterligare. Solidariteten måste emellertid också förkroppsligas genom handlingar.

Tystnaden är inte ett alternativ när halva världens befolkning mördas, förtrycks, hotas, hatas och får bära bördan av ojämlikheten i våra samhällen, när patriarkala strukturer systematiskt uttraderar kvinnors röster och när sexuellt våld används som ett vapen i krig. Ett av de senaste exemplen, där det vidriga fenomenet sexuellt våld används, är i diktatorn Putins aggression mot Ukraina.

Feminismen är vetenskapen om att kvinnor och män, flickor och pojkar, är lika mycket värda och att ojämställdheten måste krossas. Jag är därför glad att vi i vårt betänkande är tydliga med att ta efter den svenska feministiska utrikespolitiken. Detta krav utgår jag ifrån att kommissionen tar med sig i sitt fortsatta arbete. Det inkluderar kvinnors deltagande i fredsprocesser och politiska beslut.

Rapporter från 2015 visar att 80 procent av parlamentarikerna runtom i världen – hör och häpna – var män. 50 procent av befolkningen har alltså bara tillgång till 20 procent av makten. Vi kvinnor som grupp har alltså varken rätt till våra grundläggande fri- och rättigheter eller möjlighet att ändra vår situation när vi knuffas bort från att få tillgång till verktygen att förändra.

Som socialdemokrat och feminist är jag även glad att vi tydligt i betänkandet understryker vikten av tillgång till sexuell och reproduktiv hälsa och rättigheter världen över, inklusive hbtq-personers rättigheter. Agenda 2030-målen, eller som jag vill benämna det, verktygslådan som kan rädda mänskligheten, är viktiga för att uppnå våra mål. Vi kan få slut på ojämlikheterna och allt det våld kvinnor och flickor dagligen utsätts för. Receptet stavas politisk vilja. Kolleger, *don't forget what the society should do. It is to beat dictators, and not women.*

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, señora comisaria, este año, el Día Internacional de la Mujer está marcado por la invasión criminal e ilegal de Ucrania y por el mayor éxodo de refugiados que hemos vivido en suelo europeo desde la Segunda Guerra Mundial. Este éxodo tiene rostro de mujer.

Hace apenas seis meses, nos encontrábamos con que las mujeres afganas volvían al infierno del que habían salido hace veinte años. La comunidad internacional se daba de bruces con una verdadera emergencia de género en Afganistán. Estas dos realidades nos indican la pertinencia del GAP III.

La defensa de los derechos y libertades de las mujeres y su protección específica en nuestra acción exterior deben ser, sin ninguna duda, una prioridad de la Unión Europea. El objetivo del GAP III es salvaguardar todo lo que hemos conseguido desde la Declaración de Pekín: evitar los retrocesos en derechos y libertades que se están produciendo en muchos países del mundo y avanzar hacia una igualdad real.

En muchos países socios, las mujeres no tienen apenas voz y, por eso, debemos dársela: deben estar en las mesas y en los procesos de paz; deben estar en las negociaciones y deben estar también presentes sus necesidades en la programación y los presupuestos de nuestros recursos financieros en política exterior.

A menudo, han sido las mujeres las que han levantado la voz frente a las injusticias, las que más. Por eso, desde la Unión Europea debemos desempeñar este papel de liderazgo a nivel multilateral, con una diplomacia feminista, una diplomacia de género para levantar la voz por todas las mujeres, hoy, que están al frente en Afganistán, en Ucrania y en tantos y tantos países del mundo.

Pierrette Herzberger-Fofana, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la journée internationale que nous célébrons cette année se déroule d'une façon tragique et nos pensées vont vers toutes ces femmes-là, dans des pays en guerre, que ce soit l'Ukraine, le Congo, le Yémen ou bien l'Éthiopie.

C'est pour cela que notre rapport sur le GAP III souligne les violences que subissent les femmes dans le monde entier, telles que les abus sexuels, le viol ou encore toutes les traditions désuètes comme les mutilations génitales féminines qui affectent la santé des femmes et des filles.

L'autonomisation ne peut être acquise sans le droit à l'éducation et à la santé reproductive et sexuelle pour toutes les femmes. C'est pourquoi il est important d'assurer aux femmes une formation qui puisse les rendre autonomes face aux aléas de la vie. Les femmes qui vivent dans ces zones de conflits sont des cibles vulnérables et nous avons, comme je l'ai dit d'emblée, une pensée toute particulière pour toutes ces femmes.

Dans ce sens-là, les stratégies nationales pour la paix doivent intégrer la dimension du genre et lutter contre l'impunité. En tant que rapporteure fictive pour la commission du développement, j'ai insisté sur la nécessité d'inclure la notion d'intersectionnalité comme principe fondamental pour l'égalité des genres. L'Union européenne doit tenir compte de cela dans toutes ses actions. En effet, de nombreux facteurs entrent en ligne de compte, tels qu'une multiple identité, l'appartenance religieuse, l'origine culturelle ou sexuelle. L'Union européenne doit reconnaître ces divers caractères et accompagner les femmes et les filles dans leur quête vers l'émancipation, afin que toutes les femmes puissent s'épanouir au sein de leur société et puissent être elles-mêmes actrices de ce changement.

Vouloir atteindre l'égalité entre les femmes et les hommes est une question de respect des droits fondamentaux.

Christine Anderson, on behalf of the ID Group. – Mr President, dear colleagues, the Gender Action Plan III report is full of big concepts and ideas, but we could break it down to the real and biggest issue: submitting the bodies of millions of poor women across the world to surrogacy, using their vulnerability to blackmail them into selling themselves off to the desires of clients from the most privileged parts of the world and then having the audacity to call it ‘sexual rights’.

Under the threat of taking away humanitarian aid, Members of this House are ready to mould Third World countries into a copy of what they fantasise Europe to be, without any regard for the right to self-determination, especially the one of women they claim to defend. While insisting to be the home of human rights, embracing diversity – lifting it as a banner just to show the world how great we are – we are about to vote in favour of enslaving women from all over the world under the pretence of saving them from sexual violence. Yes indeed, we have lost all sense of shame.

You claim you want to fight gender stereotypes, yet you are reinforcing those stereotypes by repeatedly referring to women as a vulnerable group. Please spare the women your hypocritical pity. Instead of empowering women to be strong and self-confident, you degrade them into helpless beings in dire need of the administration’s help. Surely you couldn’t be any more misogynistic than that.

And here, too, for the record, out of the 705 Members of this House, only 17 are currently present. That is a shame in and of itself.

President. – Thank you so much, and I hope you can join us in our debate until the end of the debate.

Margarita de la Pisa Carrión, en nombre del Grupo ECR. – Señor presidente, la acción exterior de la Unión Europea en la lucha contra la desigualdad no puede basarse en teorías ideológicas que socavan la identidad humana: la ideología de género es perversa, degrada a la mujer, nos enfrenta con el hombre y desestructura la familia y la sociedad. Los terceros países que necesitan nuestro apoyo tienen derecho a ser respetados en su identidad y a no ser contaminados con atrocidades como la promoción del aborto. Es una manipulación, un chantaje: exportar estas teorías corrompe su cultura y sus tradiciones, como está ocurriendo aquí en Europa.

Somos favorables a la promoción de los derechos económicos y sociales, a la igualdad, a garantizar la autonomía de las mujeres y las niñas, pero siempre respetando su esencia y su grandeza, nunca en oposición al hombre ni en permanente conflicto de lucha de sexos: los avances los conseguimos unidos, hombre y mujer, complementándonos. Denunciamos las prácticas que denigran la dignidad de la mujer, que afectan a su libertad. Este plan de acción no muestra esta preocupación.

Transmitamos todo lo bueno que nos ha dejado nuestra herencia cultural europea, no les privemos de enriquecerse de la sabiduría de nuestras raíces en el humanismo cristiano.

Eugenia Rodríguez Palop, en nombre del Grupo The Left. – Señor presidente, hoy es 8 de marzo y tenemos que pararnos a pensar, una vez más, en los retos que tenemos pendientes las mujeres: acabar con las violencias machistas, garantizar los derechos sexuales y reproductivos, fomentar el liderazgo de las mujeres y apostar por una acción humanitaria con perspectiva de género, por ejemplo. Y vamos a trabajar en ello, aunque las fuerzas de extrema derecha, que también se sientan en este Parlamento, estén determinadas a impedirlo. Lo digo porque el Plan de Acción, del que hoy informamos, ha sido vetado por cuatro Gobiernos en el Consejo, que dicen rechazar el término «género»: siglos de reflexión y lucha feminista ventilados de un plumazo.

Por supuesto, nos tendrán enfrente. No lograrán imponernos su marco de sinsentido ni sus regresiones. No retrocederemos en la lucha por la igualdad de género. Avanzaremos en un enfoque interseccional que sea transformador y articularemos una agenda constructiva y de futuro que refuerce la representación de las mujeres. Lo haremos hoy por las mujeres ucranianas y por todas las que luchan por la paz en el mundo, las mujeres que son botines de guerra, hoy más que nunca.

Las feministas seguiremos avanzando con férrea voluntad y determinación hasta lograr que las mujeres vivan las vidas que quieran y merezcan vivir. Por eso, exigimos recursos efectivos, profesionales formados en perspectiva de género y un presupuesto que nos permita planificar nuestros objetivos y nuestras acciones, llevar a cabo actuaciones concretas y evaluar su impacto.

El próximo 8M no queremos seguir leyendo que en Europa las mujeres caminamos a paso de tortuga o que tendremos que esperar sesenta años para habitar un mundo de iguales.

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Mr President, this is the third action plan in a row that started 10 years ago to put gender in the limelight in our development and foreign policy. And I need to admit that I need to congratulate the Commission and the Commissioner for the extremely ambitious and fast implementation of these targets.

This is so far the best programme, and the idea is that – as we heard – that over 80% of the activities should be in line with the gender action plan and integrating gender in foreign policies and in development. And we heard already that – was it 78%? – that this is already achieved. So congratulations, this is the direction to go in.

But not to be complacent about what is done, I would like to look further at the upcoming challenges, and there I just would like to raise some of the points which the Parliament finds extremely important. One of them is that we would have a special unit in the European External Action Service for gender activities and gender knowledge, and I think that that really would help us in our service units across the world – the limelight and to find the gender analysis in country politics.

Last but not least, one small but important point I would like to raise is that I hope that you could do all in your powers to find a way to help the female human rights defenders in our services.

Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D). – Senhor Presidente, Senhoras e Senhores deputados, neste Dia Internacional da Mulher é bom que não fiquemos apenas a discutir os problemas internos do Parlamento Europeu, que também existem, mas que nos lembremos das mulheres de todo o mundo. Que nos lembremos das mulheres afegãs, cujos direitos mais básicos, como o acesso à educação, desapareceram com os regimes talibã, que nos lembremos das mulheres, ou melhor das meninas, que são forçadas a casar e não escolhem a idade em que o podem fazer ou que o querem fazer, que nos lembremos de mais de 120 milhões de raparigas em idade escolar que estão fora do sistema educativo, que recordemos grupos terroristas, como o Boko Haram, que são conhecidos por destruir escolas, matar professores e sequestrar as raparigas, cujo único crime é quererem aprender.

Estima-se que só este grupo, que é ativo maioritariamente na Nigéria, que não é assim tão longe da Europa, tenha matado mais de 2200 professores, destruído mais de 1400 escolas e feito com que 600 mil crianças tenham perdido o acesso à educação.

A nossa política externa também pode ser uma arma para defender os direitos das mulheres, especialmente as que se encontram em situações mais vulneráveis por esse mundo fora, e ajudar a combater problemas que já deviam ter sido erradicados do mundo, como a mutilação genital feminina, que ainda afeta 200 milhões de mulheres em todo o mundo.

O relatório que estamos hoje a discutir aqui, e agradeço à relatora o excelente trabalho feito, realça a importância de garantir o apoio às vítimas desta e de outras formas de violência, defende a necessidade de ter em conta dados desagregados por sexo na distribuição da ajuda humanitária e pede que uma percentagem significativa desta ajuda seja dedicada a projetos que têm como objetivo principal reduzir as desigualdades de género.

Tal como na Suécia, a Política Externa da União Europeia e de todos os Estados-Membros tem de ser feminista e não pode ignorar metade da população.

Izaskun Bilbao Barandica (Renew). – Señor presidente, señora comisaria, en 2005, rompí un techo de cristal: me convertí en la primera mujer en presidir el Parlamento vasco. Una de las primeras llamadas que recibí llegó desde aquí.

Aquella Cámara había conseguido la paridad gracias a una ley pionera que obligaba a los partidos políticos a incluir cuotas de mujeres e intercalarlas con los hombres en las candidaturas. Hoy, aquí, hay quienes discuten las cuotas, mientras aquel Parlamento regional, conservando aquel logro, da un nuevo salto, mejorando aquella norma con nuevas medidas sobre igualdad salarial o lucha contra la violencia.

Saludo esta nueva Comunicación para avanzar en la igualdad. Es un tema de leyes y presupuestos, de comparación, de compartir buenas prácticas, de implementar lo que funciona, de señalar las ideas reaccionarias que niegan hasta la violencia machista, como hace algún partido de ultraderecha en el Estado español. Pero no olvidemos que es también una tarea personal, íntima, que empieza en cada individuo y continúa en la familia y el sistema educativo. Sin ese compromiso individual, que sin duda catalizan estos planes desde las instituciones, los resultados tardarán en llegar.

Necesitamos gestionar este esfuerzo en femenino, combinar el rigor y la competencia técnica en el desarrollo de los programas con la gestión de las emociones, porque el desarme de los prejuicios que propician la desigualdad necesita mucho trabajo en ese plano. El primer argumento para convencer a quienes dudan es informarles sobre el placer que proporciona todo el universo de emociones al que renuncian.

Annika Bruna (ID). – Monsieur le Président, le plan d'action que vous nous proposez entend faire de l'Union européenne le porte-voix des droits des femmes dans le monde. Lorsqu'il s'agit de combattre les féminicides, les mariages d'enfants, les mutilations génitales, la traite des êtres humains ou encore les violences sexuelles, je partage totalement ces objectifs et je les soutiens pleinement.

Ce texte, cependant, me semble idéologique et pose question. En effet, son principal objectif est d'imposer que 85 % de toutes les nouvelles actions extérieures de l'Union européenne aient l'égalité hommes-femmes comme objectif important ou principal.

Rappelons tout d'abord que les relations internationales sont avant tout la prérogative des États souverains. Ensuite, interrogeons-nous sur l'opportunité de conditionner la quasi-totalité des aides internationales de l'Union européenne à des actions favorisant l'égalité hommes-femmes. Si la progression du droit des femmes est sans aucun doute un combat essentiel, il n'est pas le seul qu'il soit souhaitable de mener. Ainsi, des objectifs qui doivent être impérativement liés à l'aide au développement, tels que la maîtrise de la démographie ou des migrations ou encore la protection de l'environnement, seront relégués au second plan.

Par ailleurs, la hausse des budgets consacrés à l'aide internationale par l'Union européenne, en parallèle – et parfois en contradiction – à l'action des États membres et de leur diplomatie, n'est pas nécessairement souhaitable. Elle l'est d'autant moins lorsqu'elle est idéologique. Ainsi, le texte dénonce les discours conservateurs, c'est-à-dire le droit de s'opposer aux théories de genre. Dans le même temps, alors qu'en Europe et dans le monde, la montée de l'islam radical est une menace forte pour les femmes, pour leurs libertés et leurs droits, le texte ne consacre pas un mot à la dénonciation de cette problématique.

Frances Fitzgerald (PPE). – Mr President, I would like to thank the Commissioner for her work and her team.

Colleagues, we only have to look around the world today to see the necessity of the EU's gender action plan to advance gender equality in our external action. Gender-based violence, education for women and girls, support for female entrepreneurship, access to sexual and reproductive health and rights, and women in leadership: each of these issues need to be thoroughly integrated into our foreign policy at its core.

In particular, on the day when the European Commission put forward a proposal for a directive on tackling violence against women in the EU, we must look to the Spotlight Initiative to tackle this issue outside the Union. I'm pleased to say that in 2017, the EU and the UN made a joint pledge to work together to spend EUR 500 million to combat and tackle violence against women across the world. That project has been enormously successful. The statistics speak for themselves: 880 000 men and boys educated on positive masculinity, respect for family relationships, non-violent conflict resolution and parenting, and 84 laws passed, signed and strengthened across 17 countries, 1 million young people reached. This is the kind of work we need to be doing that needs to be supported in our external actions.

I want to support my colleague Sirpa Pietikäinen for all the work that she's done on this and also the points she made in relation to human rights defenders. They do need to be specifically mentioned in our external action work. They need specific support. Also in relation to female genital mutilation (FGM), of course, let me be clear, this is a heinous crime, violating the dignity of women and girls, from which they may never recover. We must tackle this horrendous phenomenon relentlessly.

Colleagues, we only have to look at the brave women of Ukraine to know why gender equality needs to be at the core of our foreign policy. Let's do it.

Mónica Silvana González (S&D). – *(inicio de la intervención fuera de micrófono)* ... igualdad no es un privilegio de las europeas. Por eso, celebramos la aprobación del tercer plan de acción de la Unión Europea en materia de género en la política exterior.

Nos alegra las cifras que ha dado la comisaria, sobre que el 78 % de los proyectos financiados por el IVCDCI, pero tengan perspectiva de género, pero le recordamos, desde la Comisión de Desarrollo, que es urgente priorizar a las mujeres con discapacidad en la acción humanitaria; que la acción climática de la Unión Europea tenga perspectiva de género y ayude a canalizar los fondos de desarrollo hacia la educación digital de las mujeres y las niñas, y que haya un acceso universal a la salud sexual y reproductiva, también del derecho al aborto, para aquellas mujeres que viven fuera de nuestras fronteras, incluidas las mujeres LGTBI.

El debate hoy es más oportuno que nunca con la presentación de la ley europea para obligar a los países a penalizar las relaciones sexuales no consentidas como la violación, la mutilación genital femenina, el ciberacoso o el intercambio en línea no consentido de imágenes íntimas, conocido como el «porno vengativo».

Como pedimos las feministas socialistas en este Parlamento, con esta ley exigimos la creación de instrumentos jurídicos, como la orden europea de alejamiento, la financiación de albergues y centros para mujeres y sus hijos, líneas telefónicas de ayuda para las víctimas y educación en las escuelas.

El mensaje es clave. Tiene que haber consenso y celeridad para aprobar definitivamente esta legislación. No es un problema de los países menos desarrollados, es un problema también de las europeas. Muchas gracias, y todas y todos con Ucrania en esta noche.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, kolegice i kolege, poštivanje ljudskog dostojanstva i ravnopravnosti spolova i dalje je izazov s kojim se susreću milijuni žena i djevojaka u svakodnevnom životu i cijelu večer provodimo zapravo govoreći o tome.

Danas se suočavamo s brojnim preprekama u osnaživanju naših položaja, a diskriminacija i u mnogim slučajevima obiteljsko nasilje, iskorištavanje i siromaštvo svakodnevica su velikog broja djevojaka i žena diljem svijeta. G3 trebao bi biti okvir za aktivan doprinos vanjskog djelovanja Europske unije u borbi protiv nejednakosti spolova. U skladu je to s ciljevima održivog razvoja, ali i na liniji civilizacijskog razvoja.

Trebalo bi se usredotočiti na eliminaciju nasilja i ojačati koordinirano djelovanje u borbi protiv femicida i svih vrsta nasilja usmjerenog prema ženama, na internetu i izvan mreža.

Nalazimo se u vremenu kada osim o pandemiji koronavirusa trebamo govoriti i o pandemiji u sjeni, pandemiji nasilja nad ženama. Ona se događa u krugu doma, na ulicama, u parkovima, u trgovačkim centrima i naravno u *off* i *online* svijetu.

Danas u svjetlu agresije na Ukrajinu svjedočimo i zločinu protiv čovječnosti i tu moramo pogledati u oči svim tim ženama i djevojčicama. Procjene su radne skupine za rodna pitanja UNESCO-a da je 73 posto žena u svijetu izloženo nekom obliku *online* nasilja, dok se u Europskoj uniji devet milijuna djevojaka do 15. godine već suočilo s njim.

Europska unija treba promicati veće sudjelovanje žena, podržati i prepoznati žene, mlade žene i djevojke.

Kolegice i kolege, povjerenice, da, zakonodavni okvir se povećava, no kakva je njegova istinska primjena? Tranzicije koje najavljujemo moraju uključivati i žene, a razvoj osvijestene politike i vrednovanje političkih procesa moraju se sagledati i iz druge perspektive.

Heléne Fritzon (S&D). – Herr talman! Kommissionär! Den 8 mars är en viktig dag, en dag för att lyfta framgångar för kvinnors rättigheter, men det är också en dag för att belysa alla de utmaningar och orättvisor som kvarstår. Allra mest är det emellertid en dag då vi ska höja ambitionerna. Vi ska sluta upp bakom våra mål och se till att vi faktiskt agerar. Vi vet att kvinnors rättigheter är mänskliga rättigheter, vilket borde vara en självklarhet.

EU:s tredje handlingsplan för jämställdhet innehåller viktiga mål. Om dessa mål ska göra en faktisk skillnad måste de genomföras fullt ut och prioriteras i alla delar av EU:s åtgärder. Det kräver politiskt ledarskap, precis som i mitt hemland Sverige, där vi har en feministisk regering som har bestämt sig för att vägen framåt är ett jämställt samhälle. Vi socialdemokrater kräver att EU ökar takten i jämställdhetsarbetet, både inom och utom vår union. Om vi inte ökar takten, kommer det att ta tre generationer innan våra döttrar får leva i ett jämställt Europa. Kvinnor och män, flickor och pojkar, ska ha samma makt att forma samhället och sina egna liv. Det är helt enkelt en förutsättning för en hållbar och fredlig värld.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, σήμερα, την Ημέρα της Γυναίκας, συζητάμε την εξαιρετική έκθεση της αγαπητής συναδέλφου Χρυσούλας Ζαχαροπούλου για τις δράσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τα θέματα φύλου, που την υποστηρίζω αναφανδόν και πλήρως. Γιατί για μένα η αρχή της ισότητας των φύλων ήταν, είναι και παραμένει αδιαπραγμάτευτη αρχή και αξία της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Όμως σήμερα ολονών τα βλέμματα και οι σκέψεις βρίσκονται στην Ουκρανία και στις αγωνιζόμενες, δοκιμαζόμενες γυναίκες της Ουκρανίας. Ολόκληρη η ανθρωπότητα σήμερα πραγματικά υποκλίνεται μπροστά στο μεγαλείο της ψυχής και τον ηρωισμό των γυναικών της Ουκρανίας, αυτών των γυναικών που δεν λύγισαν μπροστά στη ρωσική εισβολή, των γυναικών που συνεχίζουν να αγωνίζονται ακόμα και αυτή τη στιγμή που μιλάμε για να προασπίσουν την πατρίδα τους, των γυναικών που αγωνίζονται και υπερασπίζονται τα πανανθρώπινα ιδανικά και τις ευρωπαϊκές αρχές και αξίες.

Στο πρόσωπο όλων αυτών των Ουκρανών γυναικών σήμερα αντικρίζω το πρόσωπο των Κυπρίων γυναικών, που το 1974 υπερασπίστηκαν κατά τον ίδιο και ανάλογο τρόπο την πατρίδα μας και υπερασπίστηκαν την ελευθερία. Στο πρόσωπο της Ουκρανής πρόσφυγας, που πήρε τον μαρτυρικό δρόμο της προσφυγιάς σήμερα μαζί με τα παιδιά της, αντικρίζω το ίδιο μαρτυρικό πρόσωπο της Κύπριας πρόσφυγας μάνας, που περιμένει εδώ και 48 χρόνια από τον προσφυγικό συνοικισμό για να επιστρέψει. Ίδιος ο πόνος, ίδια η προσφυγιά. Εμείς εδώ ενωμένοι, κύριε Πρόεδρε, έχουμε να στείλουμε ένα ισχυρό μήνυμα, ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση ενωμένη στέκεται απέναντι σε κάθε εισβολέα, απέναντι σε κάθε κατοχική δύναμη, απέναντι σε κάθε παραβίαση του Διεθνούς Δικαίου.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, señora comisaria Urpilainen, debatimos en este Parlamento Europeo el Plan de Acción en materia de Género de la UE III en el marco de la estrategia europea de género y lo hacemos nada menos que el 8 de marzo, Día Internacional de la Mujer, que debe comprometernos por igual a todas y a todos, a las mujeres y a los hombres, y hasta que no comprendamos esto es que no habremos comprendido nada.

Hace ya décadas que las Constituciones de cada uno de los Estados miembros de la Unión Europea —cuarenta y tres años en el caso de la española— prohibieron toda forma de discriminación por razón de sexo, y hace trece años que la Carta de los Derechos Fundamentales de la Unión Europea la prohibió, además, por identidad de género u orientación sexual, y, sin embargo, esta batalla sigue siendo imprescindible para todas y para todos.

Me permito señalar dos objetivos que pueden ayudar a completar esa tarea europea por la igualdad de género. En primer lugar, celebramos el inminente cumplimiento del compromiso de la presidenta Von der Leyen de traer a este Parlamento una iniciativa legislativa que, sobre la base jurídica del artículo 33, penalice la violencia de género con una ley europea y proteja a las víctimas de la violencia de género, pero la tarea debe completarse, además, con el cumplimiento del compromiso, que debe ser también inminente, de reformar la Directiva penal contra la trata de seres humanos de modo que penalice el uso de servicios sexuales de víctimas de la trata y, por tanto, convierta en un delito el uso y abuso de la prostitución que se cierne sobre las víctimas de la trata y se ensaña con ellas.

Cumpliendo esos dos compromisos, la Unión Europea habrá dado un paso más para permanecer como un ejemplo global en la lucha contra toda forma de violencia y discriminación contra las mujeres.

Isabella Adinolfi (PPE). – Signor Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, come ho detto in quest'Aula tempo fa, in Europa i diritti fondamentali sono per molti ma non per tutti.

Parliamo spesso di libertà, giustizia, uguaglianza di genere, ma non riusciamo a garantirle nemmeno qui a casa nostra. Purtroppo, ancora oggi, non tutti gli Stati membri dell'Unione europea hanno ratificato la Convenzione di Istanbul. Ancora oggi, sotto i nostri occhi, migliaia di donne e bambini sono vittime della tratta di esseri umani, vengono venduti come schiavi, uccisi o costretti a prostituirsi. Ancora oggi in alcuni Stati membri la prostituzione è legalizzata ed è vista come un semplice lavoro. Ancora oggi lì fuori ci sono donne che non riescono nemmeno a denunciare i propri aguzzini, come è accaduto alla giovane Anna Borsa, che purtroppo, dopo innumerevoli aggressioni, è stata uccisa qualche giorno fa in Italia dall'ex fidanzato con una pistola detenuta illegalmente. La sua unica colpa era quella di aver interrotto una relazione con una persona che evidentemente era malata. Perché a volte si abita in piccoli centri, dove si conoscono tutti e diventa difficile psicologicamente, perché la società comunque ti colpevolizza.

Molte donne purtroppo non sono ancora consapevoli dei propri diritti, del proprio valore e della propria forza. Il nostro compito è quello di prenderle per mano, offrendo loro quell'aiuto morale e materiale di cui hanno bisogno, per restituire loro la speranza, spingerle a lottare e a non arrendersi. Solo un'azione congiunta promossa a ogni livello politico e in concerto con la società civile può realmente mettere in moto quel cambiamento sulla carta molto spesso già avvenuto ma che stenta a vedere la luce nella vita di ogni giorno.

Jutta Urpilainen, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank honourable Members for this, I would say, empowering debate. I could not agree with you more. There is definitely no time to lose, especially considering what is happening right now in, for instance, Afghanistan, but also in Ukraine and other countries where conflicts hit women hard. So my heart goes out to the millions of women and girls whose rights and safety are under threat at the moment.

The EU will continue to be at the forefront of efforts to protect them. For instance, in Afghanistan, we are insisting on women's rights and girls' education. It is one of our red lines because an empowered, educated girl is an immense force for change, for her community, but also for her country and the entire world. We are closely monitoring developments and I will not waver from this commitment. I look forward to continuing to work with you on women's empowerment and gender equality.

Presidente. – O debate está encerrado.

A votação deste relatório terá lugar amanhã.

Declarações escritas (artigo 171.º)

Sylvia Spurek (Verts/ALE), na piśmie. – Władze Unii Europejskiej nadal nie posiadają zdolności do realizacji fundamentalnych celów i działania zgodnie z fundamentalnymi wartościami. Przypomnę, wartości naszej Wspólnoty to godność osoby ludzkiej, wolność, demokracja, równość, poszanowanie praw człowieka. Nadal władze jedynie wyznaczają wizję, planują i określają wskaźniki, zamiast działać i realnie budować równościową politykę, społeczeństwo i gospodarkę. Czy Unia Europejska może być światową liderką równości, wyznaczać światowe standardy, promować równość na świecie, kiedy dziesiątki milionów obywateli naszej Wspólnoty nie mogą czuć się bezpiecznie we własnym domu, kiedy nie mają dostępu do opieki medycznej? Pierwsza połowa tej kadencji została zmarnowana, nie posunęliśmy się nawet o krok w kierunku ratyfikacji przez UE konwencji stambulskiej. Przemoc wobec kobiet nadal nie została wpisana do wykazu przestępstw UE. Przypomnijmy, że przemoc wobec kobiet jest najbardziej drastyczną formą dyskryminacji ze względu na płeć i nigdy nie będzie równości płci bez skutecznej walki z przemocą wobec kobiet. Nie sposób nie wspomnieć także o prawach reprodukcyjnych. Miliony Europejki nie mają dostępu do legalnej i bezpiecznej aborcji. W Polsce są kobiety, które nie mają dostępu do poradni ginekologicznej tylko dlatego, że urodziły się i mieszkają na wsi. Chyba już czas, aby skończyć z ładnymi słowami, ładnymi wizjami, ładnymi raportami i zacząć walczyć o prawa człowieka kobiet!

17. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Presidente - A ordem do dia de amanhã já foi publicada e está disponível no sítio Web do Parlamento Europeu.

20. Schluss der Sitzung

Presidente. – A sessão está encerrada.

Será reiniciada amanhã, quarta-feira, 9 de março, às 8h30 com o debate conjunto sobre o Semestre Europeu.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5693

26.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 9. MÄRZ 2022

(C/2024/5693)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2022-2023

Sitzungen vom 8. bis 10. März 2022

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)	3
3. Rechtsstaatlichkeit und die Konsequenzen des Urteils des EuGH (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	3
4. Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2022 — Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte in der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2022 (Aussprache) . . .	3
5. Wiederaufnahme der Sitzung	26
6. Aussprache mit der estnischen Ministerpräsidentin Kaja Kallas – Die Rolle der EU in einer im Wandel begriffenen Welt und die Sicherheitslage Europas nach Russlands Aggression gegen die Ukraine und der damit verbundenen Invasion (Aussprache)	27
7. Erste Abstimmungsrunde	47
8. Aussprache mit der estnischen Ministerpräsidentin Kaja Kallas – Die Rolle der EU in einer im Wandel begriffenen Welt und die Sicherheitslage Europas nach Russlands Aggression gegen die Ukraine und der damit verbundenen Invasion (Fortsetzung der Aussprache)	47
9. Wiederaufnahme der Sitzung	53
10. Batterien und Altbatterien (Aussprache)	53

Inhalt	Seite
11. Allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2030 (Aussprache)	75
12. Ein neuer strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für die Zeit nach 2020 (Aussprache)	90
13. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll	96
14. Ein neuer strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für die Zeit nach 2020 (Fortsetzung der Aussprache)	96
15. Faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie (Aussprache)	105
16. Zweite Abstimmungsrunde	106
17. Faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie (Fortsetzung der Aussprache)	106
18. Europäischer Rahmen für die Quellenbesteuerung (Aussprache)	114
19. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	120
20. Bericht über die Unionsbürgerschaft 2020 (Aussprache)	120
21. Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll	125
22. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	125
23. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	125
24. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	125
25. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	125
26. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	125
27. Tagesordnung der nächsten Sitzung	125
28. Schluss der Sitzung	125

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 9. MÄRZ 2022

VORSITZ: EVELYN REGNER

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 8.30 Uhr eröffnet)

2. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO) (Weiterbehandlung)

Die Präsidentin. – Zum Beschluss des PECH-Ausschusses über die Aufnahme interinstitutioneller Verhandlungen gemäß Artikel 71 Absatz 1 GO, der bei der Eröffnung am Montag, 7. März 2021, bekannt gegeben wurde, hat die Präsidentin keine Anträge zur Abstimmung im Parlament von Mitgliedern oder einer oder mehreren Fraktionen erhalten, durch die mindestens die mittlere Schwelle erreicht wird. Der Ausschuss kann deshalb die Verhandlungen aufnehmen.

3. Rechtsstaatlichkeit und die Konsequenzen des Urteils des EuGH (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

4. Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2022 — Europäisches Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte in der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2022 (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— den Bericht von Irene Tinagli im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2022 (2022/2006(INI)) (A9-0034/2022) und

— den Bericht von Helmut Geuking im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über das Europäische Semester für die wirtschaftspolitische Koordinierung: Beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte in der jährlichen Strategie für nachhaltiges Wachstum 2022 (2021/2233(INI)) (A9-0040/2022).

Helmut Geuking, Berichterstatter. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Kommissar! Nun liegt er auf dem Tisch, dieser Bericht, der für so viel Unruhe insofern gesorgt hat, als viele nicht verstehen konnten, was da so in diesem Bericht alles niedergeschrieben worden ist. Es ist ein Bericht zu nachhaltigem wirtschaftlichem Wachstum nach COVID-19. Und der Bericht fängt damit an, dass uns die nächsten Krisen schon ins Haus stehen werden.

Als wir den Bericht im Dezember angefangen haben zu schreiben, war die Ukraine-Krise noch weit entfernt. Wir haben die nächste Krise: die Ukraine-Krise. Und eines haben die Krisen alle gemeinsam: Die Leidtragenden dieser Krisen sind die Familien, sind die Kinder, sind die sozial Schwächsten in unserer Gesellschaft. Sie baden das aus, was diese Krisen alles verursachen.

Europa steuert auf eine Katastrophe zu, wenn es uns nicht gelingt, unsere Märkte krisenresistenter zu gestalten und entsprechend auszugestalten, dass sie solche Krisen zukünftig besser überstehen können. Ja, dafür haben wir diesen Bericht mit den Ansatzpunkten Soziales und Beschäftigung geschaffen.

Ich bedanke mich bei den Schattenberichterstatlern für die hervorragende Zusammenarbeit. Ich habe das als sehr positiv empfunden. Ich finde, wir waren ziemlich konform in den meisten Bereichen. Dass dann von hintenherum immer wieder andere Abgeordnete kommen, die den Bericht gar nicht kannten, sondern einfach ihr Wissen zum Besten gaben oder glaubten, geben zu müssen – was das Ganze noch erschwerte –, das ist der Natur der Sache geschuldet.

Wie gesagt, hier geht es um Soziales und Beschäftigung, und das sind die Schwerpunkte. Wir möchten mit diesem Bericht die Kinder aus der Armut herausholen, und die Kernaussage des Berichtes ist: Wir müssen ein Wirtschaftsprogramm auflegen, wo wir die Wirtschaftskraft stärken, wo wir die Kaufkraft stärken in jedem einzelnen Land. Und wer ist dafür besser geeignet als arme Menschen? Wer ist dafür besser geeignet als Kinder, die teilweise in Europa sogar Hunger leiden?

Wenn wir ein Kinderkostengeld – was das Subsidiaritätsprinzip nicht verletzt, in keinster Weise – einführen und den Menschen direkt das Geld in die Hand geben, wird dieses Geld ausgegeben. Und die Familien benötigen das Geld. Sie geben es in den Geldkreislauf hinein, das bedeutet als Effekt höhere Steueraufkommen in jedem einzelnen Land, mehr Produktivität, weniger Arbeitslose, mehr Arbeitsplätze, mehr Arbeitsplatzsicherung. Und das sind die Ansatzpunkte in diesem Bericht: Kaufkraft stärken und bei den Menschen sein. Eine Politik für den Menschen machen.

Und dafür sind wir alle hier mal angetreten. Wir möchten eine Politik für den Menschen machen, und wenn ich Sie mir quer durch die Reihen anschau, egal, welcher Fraktion und Partei Sie angehören: Hier haben Sie heute die Möglichkeit, mit Ihrer Zustimmung ein ganz klares Signal zu geben und zu sagen: Jawohl, wir sind Europäer, und wir sind für den europäischen Gedanken, wir sind für ein Miteinander.

Wir können es nicht mehr tolerieren. Wir wollen 30 Millionen Kinder mit diesem Programm aus der Armut herausholen und herausführen. Es ist unsere Pflicht, und daher werbe ich dafür, dass Sie diesem Bericht bitte zustimmen.

Neben der Kaufkraftstärkung enthält dieser Bericht noch ganz, ganz viele andere Sachen. Aber eines ist sicher: Dieser Bericht greift nicht das Subsidiaritätsprinzip an. Dieser Bericht greift nicht eine Vergemeinschaftung der Schulden an, wie viele immer behaupten, sondern dieser Bericht zeigt im Gegenteil Lösungen auf, wie wir gemeinsam Krisen zukünftig besser bewältigen können.

Und die nächsten Krisen stehen vor der Tür. Wenn die Ukraine-Krise und die COVID-19-Krise eines Tages überwunden sind, wird garantiert eine weitere Krise kommen. Es ist nur eine Frage der Zeit. Deswegen müssen wir uns heute dazu aufmachen, die Märkte krisenresistenter zu gestalten. Dieser Bericht ist ein Beitrag aus der Sicht Soziales und Beschäftigung, um die Märkte Europas krisenresistenter zu gestalten.

Und dieser Bericht hat im Mittelpunkt den Menschen stehen. Und das ist das, wofür wir alle, alle hier in Europa angetreten sind, um unsere Welt ein Stück lebenswerter zu machen, um unser Europa mit Wohlstand, Frieden und Freiheit, mit Leben zu füllen und nicht nur irgendwelche Papiere – Sozialpapiere – zu erarbeiten, die in den Schubladen liegen, die sich wunderbar lesen lassen, die man in Wahlkampfzeiten herausholt – aber man hat halt nichts umgesetzt.

Dieser Bericht ist der Garant dafür, dass wir willens sind umzusetzen und dass wir auch umsetzen werden und können. Und dieser Bericht – an den Kommissar gerichtet – beinhaltet Maßnahmen, die sich nach kürzester Zeit auch wieder amortisieren. Auch das Kinderkostengeld – da gibt es Berechnungen – hat sich nach zwei bis drei Jahren amortisiert. Die Spätfolgen, wenn man Armut und Kriminalität zusammenbringt, sind in zehn bis zwölf Jahren sogar so weit, dass man in ein Plus gehen könnte. Das heißt, wir haben hier ein Instrument in der Hand, wo wir wirklich Menschen aus prekären Situationen direkt herausholen können.

Und deswegen spricht überhaupt nichts dagegen, egal, welcher Fraktion man angehört, für diesen Bericht zu stimmen, und deshalb werbe ich dafür: Bitte stimmen Sie für diesen Bericht! Bitte zeigen Sie den Menschen Europas, dass sie es uns wert sind und dass wir für sie eintreten und unsere Gesellschaft krisenfester machen. Dazu ist dieser Bericht ein kleiner Beitrag.

Die Präsidentin. – Unsere nächste Berichterstatlerin, Irene Tinagli, steckt im Straßburger Verkehr fest und wird daher später, wenn sie eintrifft, die Gelegenheit bekommen, ihren Bericht vorzustellen.

Margarida Marques, *relatora de parecer da Comissão dos Orçamentos.* – Senhora Presidente, Comissários, começo por felicitar os meus colegas da Comissão do Emprego e dos Assuntos Sociais e da Comissão dos Assuntos Económicos e Monetários.

A Comissão dos Orçamentos sublinhou que o NextGenerationEU está a ter um efeito estabilizador para os Estados-Membros e que o mecanismo de recuperação e resiliência exigiu mais uma adaptação do Semestre Europeu. Para a promoção de crescimento sustentável inclusivo todas as opções devem ser ponderadas, incluindo a revisão do Pacto de Estabilidade e Crescimento, a importância da existência de uma capacidade da Comissão Europeia de ir aos mercados financeiros em nome da União Europeia.

Finalmente, o sucesso do mecanismo de recuperação e resiliência deve ser a base para a redefinição do Semestre Europeu como instrumento privilegiado de coordenação das políticas económicas orçamentais, sociais e ambientais, com renovada legitimidade democrática, maior responsabilização, mais supervisão parlamentar. Um semestre europeu com identidade, que lhe deverá ser dada por um regulamento próprio baseado nos ensinamentos da governação do mecanismo de recuperação e resiliência.

Brigitte Klinkert, *Présidente en exercice du Conseil.* – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-Président, Mesdames et Messieurs les députés, le Conseil accorde une grande importance au Semestre européen et je me réjouis d'avoir un échange de vues avec vous ce matin.

Le Semestre européen demeure particulièrement pertinent pour assurer une coordination efficace des politiques économiques. Il est clair que nous ne pouvons pas ignorer ni prévoir précisément l'impact que l'agression brutale et non justifiée de l'Ukraine par la Russie est susceptible d'avoir sur les perspectives économiques. Nous mettrons tout en œuvre pour limiter cet impact sur nos pays, nos concitoyens, nos entreprises.

Le Conseil se félicite des priorités économiques proposées par la Commission dans l'examen annuel 2022 de la croissance durable, qui vise à une reprise durable et équitable. Nous avons toutefois, dans ce contexte difficile et incertain, des défis économiques, sociaux et environnementaux à relever et du travail à accomplir.

Les répercussions économiques de la pandémie de COVID-19 continuent de se faire sentir dans l'ensemble de nos économies. Les mesures de confinement associées aux contraintes d'approvisionnement ont contribué à faire augmenter l'inflation au-delà des prévisions, ce qui a une incidence négative sur la vie quotidienne de nos concitoyens. Les ruptures d'approvisionnement et d'autres facteurs aggravant l'inflation, tels que la hausse des prix de l'énergie, sont également susceptibles de s'intensifier en raison de la situation géopolitique actuelle.

Certaines composantes plus vulnérables de notre société ont été particulièrement touchées par la pandémie. Je pense aux travailleurs occupant des emplois atypiques ou ayant des contrats à durée déterminée, aux travailleurs peu qualifiés, aux jeunes, aux parents isolés, aux personnes handicapées ou aux travailleurs nés en dehors de l'Union européenne.

De nombreux États membres restent sous pression en raison d'une tension accrue sur les systèmes de santé, associée à des pénuries de personnel. Il est essentiel de protéger nos citoyens, leur santé et leur emploi.

Compte tenu du degré d'incertitude qui prévaut actuellement, le Conseil est d'avis que les États membres devraient rester flexibles quant à leur réponse en matière de politique budgétaire afin d'être en mesure de réagir à l'évolution de la situation actuelle. Nous invitons donc les États membres à réévaluer régulièrement l'utilisation, l'efficacité et l'adéquation des mesures de soutien, et à se tenir prêts à les adapter, si nécessaire, à l'évolution de la situation tout en préservant la viabilité des finances publiques.

Le Conseil est convaincu que la mise en place d'un ensemble cohérent de réformes et d'investissements publics et privés soutenant la compétitivité et la création d'emplois contribuera à accroître l'emploi, la productivité et l'innovation et à soutenir la double transition.

Nous saluons aussi la proposition de rapport conjoint sur l'emploi en 2022 de la Commission et l'attention accrue qui est portée aux principes du socle européen des droits sociaux, ainsi que l'intégration dans la proposition des grands objectifs et des indicateurs du tableau de bord social, conformément au Semestre européen et à la déclaration de Porto.

Comme mentionné dans vos rapports, des inégalités persistantes et croissantes subsistent entre les États membres et les régions et en leur sein. En fait, elles ont été exacerbées par les effets de la pandémie. Ces inégalités croissantes aggravent la pauvreté et l'exclusion sociale. Ainsi, des mesures robustes de protection sociale et relatives au marché du travail sont nécessaires pour en atténuer les effets. Cela exige des efforts soutenus et coordonnés.

Le bon fonctionnement du marché unique est, par nature, une source importante de productivité pour l'économie de l'Union européenne et demeure une priorité pour la présidence française. Le Semestre européen est le principal instrument dont nous disposons pour accomplir cette tâche. Il reste le cadre qui nous permet de relever ces défis et de veiller à une coordination efficace des politiques économiques. C'est la raison pour laquelle les États membres, y compris les parlements nationaux, doivent saisir toutes les occasions de tenir un dialogue transparent avec la Commission, à toutes les étapes du Semestre européen et dans le cadre de la facilité pour la reprise et la résilience, notamment pour promouvoir la mise en œuvre des plans nationaux pour la reprise et la résilience et, dans le même temps, pour assurer une surveillance multilatérale efficace.

La présidence française entend assurer un cycle harmonieux du Semestre européen et veiller à ce que toutes les parties concernées mettent tout en œuvre pour atteindre l'objectif commun de voir les recommandations par pays approuvées par le Conseil européen.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, today, our hearts and minds are with Ukraine. Russia's barbaric and illegal invasion, its attacks against civilians, continue to take the ultimate toll of innocent people. I express my condolences to the Ukrainian people for their losses, and I salute their courage and determination to defend their homeland and our European values. We stand by Ukraine, providing all the support we can, and we are putting maximum pressure on Russia to stop the aggression.

There is no doubt that these dramatic events – including sanctions we are introducing against Russia and Russia's counter-sanctions – will weigh on the European economy. We will see overall higher inflation, more pressure on energy and food prices, and market volatility. While uncertainty is very high, our current assessment is that growth will clearly be impacted. But this is a price worth paying for defending freedom and peace, and our economic fundamentals are strong.

The EU economy has regained all the ground lost during the COVID-19 crisis. Unemployment is at a record low. This is not least thanks to the unprecedented policies we have put in place: Next Generation EU and the Recovery and Resilience Facility (RRF).

This very worrying situation once again shows the importance of Europe remaining united, strong and resilient, and of sticking to our policies, because they are working. Promoting economic and social resilience is vital to ensuring Europe's stability and prosperity. I would like to congratulate the rapporteurs, Irene Tinagli and Helmut Geuking. Their report demonstrates the broad alignment of views for coordinated policies to support our inclusive green and digital future.

The European Semester remains our framework for coordinating the EU's economic and employment policies. We have adapted it to take into account the implementation of the RRF. With its very large investments in energy efficiency, decarbonisation and renewables, as well as in the resilience of vital infrastructure, the RRF is a powerful tool to reduce our energy dependency and build Europe's future stability. The 30% of expenditure committed so far to employment and social goals will help to mitigate the impact of the transition on the most vulnerable, and also strengthen our social resilience.

Since we are now going through exceptional uncertainty, we will use the European Semester to identify new challenges and to follow up on those not addressed under the recovery and resilience plans. On the fiscal side, Member States need to continue supporting their economies this year with targeted measures. As you know, the General Escape Clause remains activated. Last week, the European Commission provided preliminary fiscal guidance for 2023. Our current projections indicate that the general escape clause is due to be deactivated as of next year, but in view of the uncertainty, we will reassess this in the spring on the basis of our spring economic forecast.

Overall, fiscal support should remain broadly at the same level as this year – this means a broadly neutral fiscal stance – and the RRF will continue to provide substantial support. In turn, high-debt Member States should start to rebuild buffers in a growth-friendly way. To achieve this, budgetary adjustment should be gradual, and all Member States should promote and protect public investment in their fiscal plans. This underscores the importance of improving the quality and composition of public finances.

Honourable Members, these are exceptional times. We are living through a period of very high uncertainty. Our policies need to remain agile. We need to monitor developments very closely, see how different risks evolve, and adjust our policies as necessary.

Martin Hojsík, *rapporteur for the opinion of the Committee on the Environment, Public Health and Food Safety*. – Madam President, the European Semester was born out of the financial crisis of the late 2000s. Now we are facing the climate and biodiversity crisis, the – hopefully – post-pandemic recovery, but also the security and energy threats that culminated with the Russian invasion of Ukraine. It's time to make it ready for the 2020s.

It's time to recognise that 'business as usual' is over. And that also means new ways of monitoring progress in delivery of what we agreed on together. The new deal, including the acceleration of the green energy drive, that we need to do to cut our strategically dangerous dependence on Russian fossil fuels, needs to be properly reflected in the semester's monitoring framework.

True sustainability, fitting the EU into planetary limits, needs to rest on three pillars: the economic, the social and the environmental. We need to ensure that we are coherent in all three of them, and that means from an energy perspective that we need to further integrate the EU's climate, environmental – including biodiversity – and social objectives in a more comprehensive manner. Economic indicators are not enough in times of need to reduce our ecological footprint.

We need to check properly the alignment of the Recovery and Resilience Facility (RRF) and Multiannual Financial Framework (MFF) with the climate and biodiversity spending targets, but also policy objectives. We cannot allow our public money to do significant harm. We cannot afford regression, and we need to include partners, not just us in the Parliament, but also civil society, social partners, scientific bodies and other stakeholders.

We need a semester that looks at progress towards sustainability as a whole, not just part of it.

Markus Ferber, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal freut es mich, dass es uns im Ausschuss für Wirtschaft und Währung gelungen ist, uns auf einen gemeinsamen Text zu verständigen – auch wenn er hier leider nicht präsentiert werden durfte, was ich doch etwas überraschend finde. Das war in der Vergangenheit nicht immer möglich.

Dies vorausgeschickt, würde ich aber doch gerne auf einen zentralen Punkt zu sprechen kommen. Die Gretchenfrage, die uns als EVP immer umtreibt, ist: Was ist eigentlich das Europäische Semester? Es ist das zentrale Instrument zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Das heißt: Es geht beim Europäischen Semester um die richtigen Weichenstellungen für eine stabile Haushaltspolitik und für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Es geht um Fiskalpolitik und eben Wirtschaftspolitik.

Dieser Fokus ist angesichts der neuen geopolitischen Situation – der Exekutiv-Vizepräsident hat darauf hingewiesen – noch einmal wichtiger geworden als ohnehin schon. Wir sprechen mittlerweile ganz offen von einer offenen strategischen Autonomie.

Dazu gehört eben auch ganz entscheidend, dass wir eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige industrielle Basis haben, die uns im Zweifelsfall auch diese Unabhängigkeit sichert. Das heißt, ich kann die Kommission nur bitten, jetzt auch eine ganze Reihe von Gesetzgebungsvorhaben und bestehender Gesetzgebung zu überprüfen, ob das dieser Verantwortung auch noch gerecht wird.

Das bedeutet aber auch Unabhängigkeit von Finanzmärkten. Wir müssen schon aufpassen, dass wir uns nicht den Finanzmärkten ausliefern – und am Ende entscheiden die Finanzmärkte, ob sie noch Kredite an Staaten vergeben, und nicht wir hier im Europäischen Parlament.

Deswegen will ich schon ganz deutlich sagen: Wir lehnen alle Anträge der Fraktion The Left ab. Es sind auch nicht so viele da von dieser Fraktion. Ich muss ehrlich sagen, ich habe selten so viel Unvernunft geballt an einer Stelle gelesen wie in diesen Änderungsanträgen. Damit schwächen wir Europa, damit geben wir uns in die Hände der Kapitalmärkte. Damit sind wir nicht in der Lage, die Herausforderungen zu bewerkstelligen. Die EVP wird alles mittragen, was wir miteinander verabredet haben, aber alle Anträge der Linken ablehnen.

Estrella Durá Ferrandis, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señores comisarios, compañeros, compañeras, los socialistas queremos una recuperación justa de progreso y bienestar social en Europa. Estos son los principios que llevamos por bandera.

El Semestre Europeo, como mecanismo de coordinación de las políticas económicas y de empleo, desempeña un papel fundamental para hacer frente a la difícil situación que atravesamos en Europa en estos momentos y poder afrontar los costes socioeconómicos que acarreará esta terrible guerra brutalmente impuesta por Rusia.

Debemos, sin duda, acoger y ayudar a todas las personas víctimas de la invasión en Ucrania, guiados por la solidaridad que nos precede como Unión.

Pero, además, debemos redoblar nuestros esfuerzos para prevenir el aumento de las desigualdades y la pobreza dentro de nuestras fronteras, a través de medidas de redistribución de la riqueza y de una fuerte inversión en nuestros sistemas de bienestar social.

Y esto ha de hacerse con el apoyo de recursos europeos. Dejar atrás políticas fiscales basadas en la austeridad ya no es una opción: es una necesidad para poder garantizar unas condiciones de vida dignas y un desarrollo sostenible y de progreso social. Y no únicamente para las grandes corporaciones: para todos y todas.

Por ello, los y las socialistas consideramos que el Semestre Europeo debe estar dotado de una fuerte dimensión social que otorgue a los objetivos sociales la misma relevancia que a los digitales o medioambientales. Y también en lo referente a la inversión. Un Semestre Europeo que garantice coherencia entre las recomendaciones específicas por país y los objetivos del Reglamento del Mecanismo de Recuperación y Resiliencia, que incluya un mayor número de indicadores sociales como parte del marco de coordinación de las políticas.

Defendemos, asimismo, modernizar el actual Pacto de Estabilidad y Crecimiento, prolongar la cláusula general de salvaguardia con el fin de facilitar la inversión pública y alcanzar una gobernanza económica basada en la solidaridad, la justicia social y el bienestar social para toda la ciudadanía europea.

Luis Garicano, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, alarm bells are ringing as we speak in the markets. The markets, I think, believe that Putin's war might mark the start of the third European recession in a row. How should we react to that?

Monetary policy has its hands full. We cannot rely, like before, on the European Central Bank. We need to have a serious fiscal response. We need to welcome several million refugees. We need to accelerate the energy transition and cushion the blow to our households. We need to invest in our defence. All of those things need fiscal space that our countries do not have right now.

So what can we do? I think that it has to be Europe acting together like we did against COVID. We needed to act together against the pandemic. We need to start a new recovery fund, similar to the one we put together against COVID, to fund together all of those investments that Europe needs to undertake.

Now the problem, as some of my colleagues have remarked, is that the debt trajectories are probably not sustainable, particularly given where our welfare states and the demographic change that is driving their increase are going. So what we need to do is to condition access to this new European fund on a path of fiscal consolidation in the medium term that should be made sure to be followed by a new European fiscal agency. A European independent fiscal agency that ensures that access to this new fund comes in exchange for a credible fiscal consolidation path. I think that this can be done, and I hope that this can be accomplished.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, señor vicepresidente ejecutivo, señor comisario, señora presidenta en ejercicio del Consejo, gracias por estar aquí. Quiero agradecer a mis compañeros de la Comisión de Asuntos Económicos y Monetarios, y particularmente a nuestra presidenta Irene Tinagli, el buen ejercicio compartido que nos ha permitido tener un informe con un gran apoyo transversal y creo que lo importante, sobre todo en el momento en que estamos ahora, es que podamos lanzar un mensaje de que esta Casa es capaz de ponerse de acuerdo en un enfoque sobre el Semestre, pero es evidente que la guerra lo está cambiando todo y también nuestras urgencias, y quiero señalar algunas.

En primer lugar, yo creo que, en el corto plazo, no tenemos más remedio, señor vicepresidente ejecutivo, que alargar la cláusula de escape un año más. Usted ha dicho que lo evaluarán a partir de las proyecciones de primavera; por lo menos, quisiera trasladarle todo mi apoyo para que esa decisión sea tomada.

Y, en segundo lugar, está la cuestión energética, de la cual no podemos escapar: primero, porque creo que la Comisión Europea tiene que ayudar a garantizar el suministro, sobre todo a partir de las noticias que conocimos ayer, pero también porque tenemos que intervenir en el mercado del gas y, sobre todo, en la fijación de precios. Y en muchos países —hoy tenemos la reunión de ministros—, como Grecia o España, con colores políticos muy distintos, están diciendo que la factura de la luz no puede seguir a estos niveles. Por lo tanto, se impone la decisión de o bien desacoplar el sistema de asignación marginalista del gas, o bien establecer algún tipo de medida para fijar el precio, como ha pedido el primer ministro griego; creo que son urgencias que no podemos eludir en el corto plazo.

En el largo plazo, es evidente que la crisis nos obliga a acelerar la transición energética y ecológica, y, desde ese punto de vista, yo creo que el debate que tendremos sobre las normas fiscales y sobre la capacidad de dar más margen a la inversión para la transición ecológica es un pilar fundamental, y el otro pilar fundamental es que creo que la guerra y las urgencias en la transición probablemente nos obligarán a poner en marcha un nuevo fondo europeo para apuntalar dicha transición.

Yo creo que estas son algunas de las vías de trabajo en el corto y en el medio y largo plazo que no podemos eludir.

France Jamet, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, mes chers collègues, Messieurs les rapporteurs, oui, avec le retour de l'inflation et la flambée des prix de l'énergie et des matières premières, de plus en plus de nos compatriotes peinent à se chauffer, à se soigner, à se nourrir, enfin, à vivre dignement.

Pendant ce temps, ici, sous prétexte d'écologie, on ne parle que de taxes vertes et d'écologie punitive. Comment relever le défi de la fin du monde sans se préoccuper des hommes et des femmes qui ne peuvent pas terminer le mois? En France, 10 millions de personnes vivent en dessous du seuil de pauvreté. L'Union européenne en porte la responsabilité, avec une politique toujours plus favorable aux multinationales, aux spéculateurs et à la financiarisation de nos sociétés globalisées, qui ont détruit nos usines, notre agriculture, notre pêche et nos entreprises.

Il ne doit pas, il ne peut pas y avoir de croissance durable et de progrès social sans eux, car ce ne sont pas les hommes qui doivent être au service de l'économie, c'est l'économie qui se doit d'être au service des hommes.

Johan Van Overtveldt, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, commissaris, vicevoorzitter, in normale omstandigheden zou ik hier mijn pleidooi herhalen voor groeigerichte hervormingen en gezonde, sobere overheidsfinanciën, de beste garanties voor welvaart en welzijn van onze burgers. Bovendien laat een dergelijke combinatie ook toe om externe schokken op te vangen en dus onze weerbaarheid en veerkracht te vergroten. Maar dit zijn helaas geen normale omstandigheden.

De coronacrisis is eigenlijk nog niet echt achter de rug en we hebben te maken met een verschrikkelijke oorlog hier op het Europese continent. De Oekraïense crisis houdt Europa niet één maar meerdere spiegels voor. Europa heeft te lang een steriel onderscheid gemaakt tussen enerzijds economische belangen en anderzijds geopolitieke strategische overwegingen. De oorlog in Oekraïne toont ook het enorme risico aan dat samenhangt met energieafhankelijkheid, en dan nog wel afhankelijkheid van een wispelturig dictatoriaal regime.

Daarom alsnog een pleidooi voor hervormingen, en vooral hervorming van ons geopolitieke denken. Op korte termijn moet dat ervoor zorgen dat we ons de komende winters tegen aanvaardbare prijzen kunnen verwarmen, en vooral dat we op lange termijn een situatie creëren waarbij we niet meer constant achter de feiten aanhollen, wat helaas al veel te lang het geval is. Laten we dat debat met open vizier aangaan. Laten we kijken hoe we onze energiemarkten beter kunnen verbinden. Daar zit het grote geheim, denk ik. Maar laten we bovenal de oude groene dogma's, zoals de heilloze kruistocht tegen kernenergie, definitief begraven.

José Gusmão, *em nome do Grupo The Left*. – Senhora Presidente, as regras económicas da União Europeia estão obsoletas e são e sempre foram contraproducentes. Foram suspensas durante a pandemia porque toda a gente sabia que não permitiriam responder a mais essa crise económica. E sabemos já hoje que também não vão permitir responder à crise económica que vem e que vai ser provocada pela invasão da Ucrânia pela Rússia, nem do ponto de vista da resposta à crise económica e social, nem do ponto de vista do investimento imprescindível na transição energética para que a Europa possa reduzir a sua dependência em relação à Rússia neste domínio.

É por isso que a suspensão das regras económicas é uma janela de oportunidade para as mudar, uma janela de oportunidade que este relatório contribui para desperdiçar. O relatório pede um caminho claro para a revisão das regras, mas que não tem um único compromisso claro, substancial, sobre como deve ser feita essa revisão. Tem ideias vagas e parágrafos que dizem uma coisa e o seu contrário, como ouvimos também na intervenção do Comissário Dombrovskis. Até tem as famosas referências às políticas orçamentais, chamadas prudentes, que destruíram tantas economias dentro da União Europeia.

Temos partilhado com os socialistas e os verdes perspetivas comuns sobre a necessidade de revisão das regras económicas da União Europeia. A estratégia da direita é clara, é adiar e protelar este debate para deixar tudo na mesma quando esta janela de oportunidade se fechar. Este relatório faz esse jogo e contribui para perder essa oportunidade.

Enikő Győri (NI). – Tisztelt Elnök asszony! Semmi nem lesz már olyan, mint 14 nappal ezelőttig. A gazdaságról is csak így beszélhetünk. Magyarország elítélte az orosz agressziót, és mielőbbi békét akar. A szívünknek és az eszünknek egyaránt a helyén kell lennie, amikor cselekszünk. Példátlan összefogással minden segítséget megadunk a menekülteknek, erről Schinas biztos is megbizonyosodhatott a hét végén.

Gazdasági lépéseinkkor viszont nagyon racionálisnak kell lennünk. Négy dolgot emelnék ki: először, az Uniónak meg kell erősítenie magát katonai értelemben, mert csak így lesz tényező. Másodszor, azoknak, akik be akarják tiltani az orosz gáz és olaj importját, ne akarják ellehetetleníteni az ipari termelést Európában. Ne löjünk lábon magunkat, ne a polgárainkkal fizetessük meg a háború árát. Brüsszel legyen bátor, akár nyúljon hozzá a Zöld megállapodáshoz vagy a helyreállítási források feltételrendszeréhez. Harmadszor, a baloldal ne érezze úgy, hogy most itt az ideje, hogy végre adósságuniót csináljon az Európai Unióból.

Végezetül, az Unió ereje az összefogásban van, ezért nagyon fontos, hogy megszűnjön az az egyenlőtlen helyzet, hogy egyes tagállamok hozzájutnak a fejlesztési forrásokhoz, mások nem. Magyarország és Lengyelország a védelem pontján áll. Kérem a Bizottságot, hogy adjon oda a neki járó forrásokat, ne legyenek politikai és ideológiai játszmák háború idején.

Irene Tinagli, *rapporteur*. – Madam President, when the Commission opened the 2022 Semester cycle last autumn, war in Europe was not even in our worst nightmares. On the contrary, there were many hopes that the Union could leave behind the difficult months of the COVID pandemic and start to face more decisively the digital, environmental and social challenges. When we started to draft this report, we thought – and we still believe – that the Semester is the right tool with which to coordinate all these efforts in order to maximise their effects at Union level.

When the Semester cycle started, the economic situation we faced was quite positive and expectations were good, although we still started to notice that there were some elements that could have jeopardised the strength of the recovery in 2022. First of all, we had problems of labour shortages that have involved many service sectors in the reopening phase, that in the coming months could have affected other sectors, like logistics, transport and activities related to information technologies. Second, we were still dealing with COVID. We were still dealing with the new variants, we were afraid of new waves, and there were low rates of vaccination in some parts of the world and of Europe as well. Last but not least, we started to observe a sharp rise in energy prices and, for this reason, also of the inflation rate. The succession of these elements could of course have led to some slowdown, but with an adequate policy mix and a full coordination of monetary and fiscal policy action, both at the European and national level, we were optimistic and positive that we could preserve the good prospects for 2022.

And then the war. The war has drastically changed this scenario. The tough but necessary sanctions against Putin's regime are the right response to his barbaric attack on Ukraine, but we know they will have an important impact on our economies. We are, of course, willing to shoulder these costs. We will. We have to. But we have to be ready. We have to prepare. If the situation in Ukraine does not improve, we could have considerable consequences on the availability of some goods and above all, of course, energy products. This will result in an increase not only of energy prices, but also of the prices of other important commodities that will affect various sectors like agriculture, food industries and others.

In this regard, I see three possible risks that we have to be aware of and prepare to address. The first relates to the ability of the downstream market to absorb price increases. The risk that I see is that this could lead to a slowdown in aggregated demand, delaying the time of recovery or slowing it down compared to what we expected before. The second factor is the possible effect on wage dynamics, which could occur, of course, if the shock were to extend over a longer period of time. This will also have an impact on inflation. The third factor is that a prolonged energy crisis and, in particular, a possible asymmetric effect in energy costs for the Union would also lead to a loss of competitiveness for European industry and also to divergences in the single market. On top of that, a prolonged phase of tension on energy prices would have consequences not only on inflation, as we have seen in the past months, but also on industry costs by influencing the investment decisions of manufacturing companies. Therefore the risk is that we could see a phase of investment postponements or rescheduling. This is possible despite the high level of current demand.

So against this complex and worrisome background, I really think that all policy tools should be used to manage this delicate phase and to do it in the most appropriate, incisive way. First, EU institutions will have to empower EU governments to rise to these epochal challenges. This is why I welcome the European Commission's willingness to adapt its fiscal guidance for 2023 to the new realities. This is not the time to go back to fiscal rules that were meant for completely different moments. They are not adequate to face the challenge that we have ahead and we need to support Member States in keeping people safe and confident for the future.

But second we also need to put in place an EU response, EU tools, as we did for COVID. We usually say that we have to learn from past mistakes, but sometimes we also have to learn from what worked, from past success. If we look back at how we managed the COVID crisis, if we look back at what worked, the key factors that explain the EU success in managing the consequences of the COVID crisis were putting in place the right policy mix, balancing monetary policy, fiscal policies and effective coordination in the policy actions of Member States, and the introduction of new European tools that were adequate to the challenge that we faced, tools that made us stronger, more united, and that allowed us to go back to a pre-crisis level of growth much faster than anybody would have thought. So let us approach this new phase with the same spirit, and I'm sure we can make it.

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, I should like to welcome the Commissioner back to the European Parliament. The war in Ukraine, the military invasion of the Russian Federation into Ukraine, shows exactly why Europe needs a strong economy. We will be able to face much easier the economic consequences of this war if our economy is strong, if our economy is competitive. This is valid during this crisis and this will also be valid during the next crisis, which for sure will occur. We do not know when the next crisis will occur, what its origins will be, but for sure, the next crisis will occur. And this is why our economies have to be strong. We will be hit harder if our economies are weaker and the best instrument that we have at European level to ensure the strength of our economies is the European Semester.

The European Semester is now becoming more important also because of the Recovery and Resilience Facility, the new funds which we are putting at the disposal of Member

States. And we have ensured that the country-specific recommendations and the European Semester play a big role in this context. This is why our call towards the Commission is to make sure that Member States are implementing the reforms that they have committed to, and some reforms are more important. Firstly, the structural reforms are very important. Secondly, the fiscal consolidation. And thirdly, the growth-enhancing measures, because we are launching Next Generation EU. We have indebted ourselves, and in order to be able to repay back this debt, our economies have to be stronger because debt always has to be paid back in good times and in bad times.

The RRF has also made the European Semester more enforceable. We call on the Commission, we expect the Commission to work together with us, to work together with Member States, to enforce the European Semester now and for the future. We can also imagine a closer link between the European Semester and other financial instruments of the Union.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, Comisión, Consejo, la verdad es que nos enfrentamos a un debate en un momento delicado, en un momento que, sin duda, no contemplábamos hace algunas semanas, cuando negociábamos el informe que hoy se aprueba -un informe robusto, un informe consistente-, y me gustaría agradecer a Irene Tinagli su trabajo en estas semanas para alcanzar una amplia mayoría en esta Cámara.

En todo caso, la guerra de Putin ya es el tema central, así como los posibles efectos económicos y sociales de esta guerra, por supuesto, en Ucrania, en primer lugar, pero también en el conjunto de Europa.

Y yo creo que tiene semejanzas y diferencias con la crisis que parecía que estábamos superando hace algunos meses derivada del efecto de la COVID. Sin duda, de la respuesta a la crisis de la COVID tenemos buenos ejemplos: supimos responder a esa crisis con la construcción de bienes públicos europeos, supimos gestionar conjuntamente la compra de vacunas, la inversión en I+D para desarrollar esas vacunas y también la política de respaldo a la recuperación con el New Generation EU y, sin duda, con el apoyo también del Banco Central Europeo.

Y en esta crisis, la crisis de Ucrania, están en juego también bienes públicos europeos, la seguridad de los europeos -en primer lugar-, la independencia y la autonomía de nuestro continente.

Pero también es cierto que hay algunas diferencias. Probablemente, la mayor de las diferencias es que nos estamos enfrentando a una ralentización de la economía, previsiblemente a una nueva recesión, con tasas de inflación muy elevadas. Y esto, de alguna manera, cambia sustancialmente el marco de referencia donde debemos plantear las respuestas comunitarias.

Sin duda, a corto plazo no hay más camino que mantener la cláusula de escape del Pacto de Estabilidad. Pero también tenemos que pensar claramente cómo podemos responder conjuntamente a esa inversión para acelerar la independencia energética, algo ligeramente distinto a lo que hemos hecho con el New Generation EU.

Dragoş Pîslaru (Renew). – Madam President, the moment to reflect on the EU governance framework has come and it is now more important than ever.

We have been through a pandemic which presented a challenge but also an opportunity to relaunch our economies and society, while accelerating the dual transition to green and digital in a more sustainable, resilient and inclusive manner. We have been very ambitious and successful in creating the Recovery and Resilience Facility, and we have important lessons to learn from this. Already, after the RRF experience of setting it up, we have lessons that we can use for revamping the Semester.

Now, an irresponsible act of aggression of an independent country is creating a humanitarian crisis, an energy crisis and most certainly will reflect in economic and social consequences dire for the European Union. The new economic governance framework needs to reflect all these lessons and be adapted to the new reality. So this is yet another argument to rethink the way the Semester works.

So what do we need to do is expand the basis of the Semester to cover the new topics that we are talking about. We are talking right now, more and more, about social resilience, especially of our health and social protection systems, opportunities for the next generations, while looking at strategic autonomy, security, defence and economic well-being. It is time for a common response with solidarity and proper ambition – the EU style. So I'm looking forward to that.

Tatjana Ždanoka (Verts/ALE). – Madam President, we have to admit that the European Union is in a deep global crisis, or even recession. It's not just COVID-19 shock, as written in the Commission paper on the annual sustainable growth survey 2022. In such a crisis situation, people and only people can be at the forefront as the saviour and engine of development. The Commission paper refers to the four mutually reinforcing dimensions of competitive sustainability, but their mutual influence is non-linear, and we cannot give equal weight to these four aspects. We must choose those that are a priority and subordinate the rest of them, and just fairness must be the condition under which the other three dimensions – that is environmental sustainability, productivity and macroeconomic stability – are to be examined.

Fairness is about people. Broad social guarantees, an effective fight against poverty in general, with a special focus on in-work poverty, direct support for the most vulnerable groups: that is a solution which is needed now. We would like to thank Mr Gueking for our common work done on this report, and we hope that after the votes on the amendments, we will be able to change our position – that is abstention at committee level – and support the report.

Hélène Laporte (ID). – Madame la Présidente, Madame la Ministre, Messieurs les Commissaires, même si la stabilité macroéconomique de l'Union européenne constitue un gage de reprise économique globale au sein de la zone, un débat doit s'ouvrir sur le rôle et l'efficacité du Semestre européen.

Tout d'abord, s'agissant d'un instrument de coordination des politiques économiques et budgétaires, je suis surprise par l'absence d'implication des parlements nationaux dans le processus de décision depuis la création de cet instrument.

Concernant la mise en œuvre des recommandations, un rapport de la Cour des comptes européenne avait conclu que les États membres n'avaient mis en œuvre, en tout ou partie, qu'un quart des recommandations formulées par le Conseil entre 2011 et 2018, tandis que pour près d'un tiers d'entre elles, les progrès ont été limités, voire nuls.

La raison en est simple: les recommandations reposent sur un ensemble disparate de dispositifs d'origines diverses qui ont en commun de ne pas avoir de valeur nominative impérative, ne créant ni droits ni obligations, mais qui doivent exercer une influence régulatrice sur les comportements des États membres.

Une meilleure transparence dans le processus de décision, une association des parlements nationaux et de l'Eurogroupe, me semble être des pistes de réforme nécessaires.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panowie Komisarze! Podzielając zawarty w sprawozdaniu pani poseł Tinagli optymizm dotyczący odbudowy poziomu PKB sprzed pandemii do końca 2022 roku we wszystkich krajach unijnych, chcę jednak zwrócić uwagę, że napaść Rosji na Ukrainę, wojna tocząca się na pełną skalę za wschodnią granicą Unii Europejskiej, odciśnie na gospodarce europejskiej negatywne piętno. Zresztą mówił o tym pan komisarz Dombrovskis.

Mam także nadzieję, że Unia zdecyduje się wreszcie na pełne sankcje wobec Rosji, łącznie z embargiem na ropę i gaz. W związku z tym powinniśmy uwzględnić ich negatywne skutki dla europejskiej gospodarki i jej systemu finansowego. Unia musi się na takie sankcje zdecydować, bowiem w sytuacji kiedy Rosjanie mordują na Ukrainie ludność cywilną, kontynuowanie importu – przepraszam za brutalność sformułowania – oznacza, że razem z ropą i gazem do Europy płynie krew ukraińskich dzieci i kobiet.

Zresztą, Panie Komisarzu, jeżeli nie zatrzymamy sankcjami Rosji w Ukrainie, to następne będą kraje nadbałtyckie, w tym Pana kraj, Łotwa, a później być może także mój kraj, Polska. Pełne sankcje spowodują kłopoty finansowe wielu europejskich firm, banków i funduszy. Trzeba także pamiętać, że Rosja pożyczyła na Zachodzie około czterysta miliardów dolarów i w sytuacji, kiedy już w zasadzie ogłosiła ograniczoną niewypłacalność, te wszystkie firmy, banki i fundusze będą miały ogromne kłopoty.

Chciałbym także zdecydowanie przeciwstawić się dalszemu blokowaniu przez Komisję środków z polskiego KPO. W sytuacji, kiedy Polska przyjęła w ciągu 13 dni milion trzysta tysięcy uchodźców i wszyscy oni znaleźli miejsce w polskich rodzinach, w budynkach użyteczności publicznej, w hotelach, blokowanie tych środków jest po prostu hańbą Komisji.

Eugenia Rodríguez Palop (The Left). – Señora presidenta, si algo bueno ha traído la dramática excepcionalidad que vivimos desde hace ya dos años, es que ha abierto una ventana de oportunidad para el desarrollo de políticas no alineadas con la ortodoxia ordoliberal que ha dominado hasta ahora el marco de gobernanza económica de la Unión Europea. Es algo que queda bien ilustrado en la suspensión misma del Pacto de Estabilidad y Crecimiento.

Por eso, creo esencial que este Parlamento aproveche este pequeño espacio que se ha abierto para defender una transformación radical del Semestre Europeo y de las reglas de gobernanza económica, para dejar atrás un mecanismo que acarreo la degradación de las condiciones de existencia de la mayoría de la población trabajadora y el incremento exponencial de la desigualdad social.

Frente a esa imagen, que permanece aún en nuestra retina, se trata de defender la incorporación de mayores consideraciones sociales que lo acerquen a parámetros equitativos e igualitarios, en línea con las expectativas democráticas de la ciudadanía. De no hacerlo, habremos perdido una oportunidad de oro para transformar un instrumento que podrá volver a utilizarse como mecanismo para disciplinar a nuestras sociedades y tensionar nuestras democracias.

Ádám Kósa (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! Európa legfontosabb céljai közé kell tartoznia a gyermekek és fiatalok jólétének és esélyegyenlőségének. Ezért minden eddiginél fontosabb a gyermekgarancia és a megerősített ifjúsági garancia végrehajtása. A családok az európai társadalom sarokkövét jelentik. Ők biztosítják a nemzetek fennmaradását, csak erős családok képezhetnek olyan erős társadalmat, amely képes megállni a helyét a globális versenyben. Ezt látjuk most, hiszen családok ezrei segítik önkéntes alapon az ukrán menekülteket.

Magyarország kormánya komoly támogatásokkal segít a fiataloknak az otthonteremtés és a családalapítás szempontjából. A már kilenc éve bevezetett rezsicsökkentés pedig lehetővé teszi, hogy ne a fűtésszámlára menjen el a családok jövedelme, aminek kifejezett jelentősége van, különösen ebben a mai helyzetben. Ingyenes továbbá a közoktatás és a tankönyvek, és ez hozzájárul ahhoz, hogy a következő nemzedékek esélyegyenlőséggel indulhassanak el.

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

Lídia Pereira (PPE). – Senhora Presidente, a análise anual do crescimento é um pontapé de saída do Semestre Europeu. Este ano, se de facto for o último da cláusula de derrogação geral do Pacto de Estabilidade e Crescimento, é fundamental para o debate e sobretudo para as decisões sobre o futuro da governação económica na União Europeia.

Mas vamos ser claros, não estamos nem vamos crescer ao nível do que esperávamos. As previsões económicas desta reta final da pandemia já avançam números mais modestos, mas o eclodir da guerra na Ucrânia está a mudar significativamente as nossas expectativas. A política económica e orçamental não o pode ignorar.

Se a revisão das regras orçamentais era necessária para a recuperação da pandemia, tornou-se urgente na resposta à guerra. Essa revisão tem de ser feita antes do final do ano sob pena de perdermos o ímpeto reformista que emergiu destes desafios que a União agora enfrenta.

Percursos realistas para a redução dos défices, a responsabilidade na gestão das dívidas públicas nacionais e a ambição na emissão de dívida conjunta na União são três pilares deste debate. Temos de ser arrojados nas soluções, mas conscientes de que temos um dever de solidariedade para com as gerações futuras.

Queremos mais Europa, mais união e mais solidariedade porque queremos, precisamente, um futuro melhor.

Agnes Jongerius (S&D). – Madam President, not even a year ago, government leaders of Europe came together in Porto and made a solid declaration to make concrete steps towards a more social Europe. This promise must be reflected in the European Semester.

We should not use the old recipes now that the war in the Ukraine plunges us in yet another social economic crisis. Not only the defence capacity, energy dependency or the economic robustness is at stake but also the well-being of people, including the Ukrainian refugees who are welcome in Europe.

With skyrocketing prices of energy and with deep-diving purchasing power, I fear the most vulnerable will bear the burden. It's our duty to ensure that everyone contributes a fair share – also the well-to-do, also the multinationals. The question is, how is Parliament going to deal with these questions? We should not retreat on our ambitions. Social standards are not red tape.

The European Semester process must be giving equal importance to economic, social and environmental policies. We must ensure a sustainable future for people in Europe. The governance architecture of the EU must be based on solidarity, on fair distribution of wealth and on making quality jobs a reality. This battle must be won to overcome the current crisis in the long run.

Billy Kelleher (Renew). – Madam President, at the outset the immediate priority must be to support the countries – Poland, Slovakia, Hungary, Romania and Moldova – in welcoming and supporting and assisting the Ukrainian refugees that are pouring across our borders to the sanctuary of Europe. I visited western Ukraine last weekend to see thousands and thousands of people dragging their bags behind them as they walked for kilometre after kilometre to the sanctuary of Europe.

So when we talk about semesters and we talk about financial frameworks, our immediate priority must be to support the refugees and the countries that are welcoming them at the moment. That must be our immediate priority. We also have to accept that all the fundamentals and the certainties that we based this report on and our views up until now are changed and probably changed forever. So we are now in a new dispensation, and I want to say that from now on, when we talk about stability and growth, when we talk about the general escape clause, we have to accept that Europe's capacity to provide sanctuary and safety, not only for refugees, but also the new plight that will be facing the citizens of Europe in terms of cost of living, will be issues that we will have to do a big rethink on very, very quickly.

Rasmus Andresen (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Die Wirtschaftskrise kommt zurück. Hohe Inflation und niedriges Wachstum sind ein gefährlicher Cocktail. Der Weg zur Rezession ist nicht weit.

Es ist wichtig, unsere europäische Wirtschaft zusammenzuhalten. Wir müssen Beschäftigung weiter ankurbeln, Unternehmen unterstützen und in die Energieunabhängigkeit investieren. Nach wie vor ist die Arbeitslosigkeit in weiten Teilen Europas sehr hoch. Und wenn sich die Eurozone weiter spaltet, leidet ganz Europa. Eine zu strikte Geld- und Fiskalpolitik würde uns ökonomisch schaden.

An die Adresse der fiskal Konservativen in diesem Haus sei gesagt: Wir müssen Staaten handlungsfähig halten und deshalb den Stabilitäts- und Wachstumspakt für 2023 noch einmal aussetzen.

Wir brauchen gemeinsame europäische Investitionen – ja, auch über einen neuen Fonds –und eine gerechte Verteilung der Krisenkosten. Und wir brauchen eine Europäische Zentralbank, die umsichtig handelt und die ökonomische Entwicklung jetzt nicht durch die Anhebung des Leitzinses abwürgt.

Antonio Maria Rinaldi (ID). – Signora Presidente, signori Commissari, signora Ministra, onorevoli colleghi, quanto tempo dovremo ancora attendere affinché anche i più irriducibili sostenitori del rigore e dell'austerità si convincano che siamo all'ultima spiaggia per modificare tutta la fallimentare governance economica dell'Unione? Quanto tempo dovremo ancora attendere per vedere tutti i meccanismi automatici, a iniziare dal patto di stabilità, terminare i propri effetti nefasti nelle economie europee?

Negli ultimi vent'anni la media della crescita del PIL dei paesi dell'eurozona è stata notevolmente inferiore alla media di tutti gli altri paesi OCSE. Cosa deve succedere ancora oltre alla pandemia e a una guerra scellerata ai nostri confini orientali, che sta letteralmente sconvolgendo a livello planetario il nostro concetto di democrazia e i piani energetici e di approvvigionamento di materie prime?

Non bastano gli effetti politici e materiali dalla dipendenza energetica da paesi terzi per aggiungere anche con il *Green* e il *Digital* ulteriore dipendenza da tecnologie e materie prime importate da aree ormai dominatrici del nostro sviluppo?

Chiedo pertanto a questo Parlamento una rapida, seria e immediata verifica degli obiettivi rigidamente schematizzati nell'agenda del *Next Generation EU* per permettere di riformulare i rispettivi piani nazionali con criteri di attualità e di sostenibilità, altrimenti l'Unione continuerà a essere sempre più un gigante dai piedi d'argilla.

Infine, le regole dell'attuale patto di stabilità costringono i paesi membri con debito eccessivo a utilizzare i fondi con le condizionalità del *Next Generation EU* che, come specificato nelle ultime previsioni economiche autunnali della Commissione, produrranno bassi moltiplicatori della crescita, mentre di contro gli altri paesi ricorreranno a debito autonomo verso investimenti con alti moltiplicatori, generando il paradossale effetto di aumentare le asimmetrie fra le stesse economie europee. Cerchiamo di meditare su queste considerazioni.

Elżbieta Rafalska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panowie Komisarze! Szanowni Państwo! Koordynacja polityki gospodarczej w ramach Semestru Europejskiego zyskała nowy wymiar w kontekście pandemii Covid-19 i jej skutków gospodarczych i społecznych. Wszystko jednak radykalnie zmieniła wojna na Ukrainie. Mamy głęboki kryzys humanitarny. Niedawno mówiliśmy, że gościny w Europie będzie szukało pięć milionów uchodźców. Dzisiaj jest mowa już o siedmiu, a może większej liczbie uchodźców. Tego nie wiemy, bo ten rozwój wydarzeń jest zupełnie nieprzewidywalny, tak samo jak nieprzewidywalne są skutki, konsekwencje tego kryzysu.

Dzisiaj patrzymy na wyzwania, które nas czekają, zarówno te związane z przyjęciem uchodźców, jak i te, które są konsekwencjami również covidu, a więc na rynek pracy, na zatrudnienie, pogłębianie się nierówności społecznych czy fakt, że wiele młodych osób straciło pracę lub znalazło niepewne zatrudnienie. Mamy kryzys mieszkaniowy, malejącą dzietność, mamy wyzwania na poziomie UE i państw członkowskim. One się również zmieniają w związku z wojną, która toczy się na Ukrainie.

Manon Aubry (The Left). – Madame la Présidente, chers collègues, je voudrais vous parler de réalités concrètes, du litre d'essence qui augmente à plus de 2 euros sans que l'État n'intervienne, de la facture d'énergie globale qui pourrait augmenter de 400 euros cette année, des lits d'hôpitaux qui ont fermé en pleine crise du COVID, des allocations chômage et des retraites qu'on diminue. Une réalité dure pour les peuples européens, une réalité loin de notre hémicycle et de ses débats parfois lunaires.

Tout cela parce que les États doivent suivre les critères d'austérité de la Commission européenne et couper dans les dépenses, des règles tellement absurdes que la Commission elle-même a fini par les suspendre pour éviter le chaos en pleine crise sanitaire. La seule chose qui doit nous occuper aujourd'hui, chers collègues, est comment en sortir définitivement plutôt que d'organiser leur retour à l'horizon 2023.

Face aux urgences écologiques et sociales, le déficit et la dette ne peuvent plus être l'alpha et l'oméga des politiques économiques européennes. Et si vous voulez de la convergence économique, j'aurais bien quelques idées: le bien-être des gens, la réduction des inégalités, la protection de l'environnement...

Sortez de votre bulle, chers collègues, et regardez cette réalité pour enfin y répondre.

Daniela Rondinelli (NI). – Signora Presidente, signori Commissari, signora Ministra, onorevoli colleghi, il semestre europeo dovrebbe concentrarsi sulle priorità sociali: su istruzione, competenze, lotta alla disoccupazione giovanile, lotta alla povertà lavorativa, per la quale è necessario adottare al più presto la direttiva sui salari minimi.

In commissione occupazione ho votato contro la relazione perché, secondo me, non tiene debitamente in conto gli aspetti che ho appena menzionato. Non tiene assolutamente in conto il fatto che la pandemia in questo momento ci sta devastando dal punto di vista economico e sociale, per di più in un contesto molto particolare, atroce, dove appunto questo conflitto appena cominciato può mettere seriamente a rischio le nostre economie e, soprattutto, le nostre democrazie.

Noi del Movimento 5 Stelle riteniamo assurdo che in un contesto come questo, economico e sociale così complesso, alcuni politici e burocrati di Bruxelles si ostinino a difendere i principi dell'austerità che tanto male hanno fatto a milioni di cittadini e imprese. Ribadiamo quindi con forza la necessità di rivedere il patto di stabilità e crescita, di modificare le regole fiscali e di adottare una politica davvero aperta agli investimenti verdi e sociali, slegata da anacronistici vincoli di bilancio.

Solo cambiando dal profondo il nostro sistema di governance potremo creare un'Europa che sia davvero un *player* globale autorevole e resiliente, in grado di far fronte a qualsiasi minaccia interna ed esterna.

Sara Skyttedal (PPE). – Fru talman! Det är återigen dags för Europaparlamentet att komma med sin önskelista för det sociala området och arbetsmarknaden, inom ramen för planeringsterminen. Tyvärr ser vi återigen att det inte tycks finnas några gränser för hur mycket makt vänstersidan i parlamentet vill flytta från medlemsstaterna till EU-nivå. Bland annat har det i år dykt upp ett förslag på att ha ett barnbidrag på EU-nivå. Därtill har vi en lång rad destruktiva förslag som man använder för att de påstås uppnå våra sociala mål och en fungerande arbetsmarknad. Bland annat föreslår man att delar av den stabilitets- och tillväxtpakt som vi har ska upplösas. Vänsterrepresentanterna påstår att det är den här pakt som ligger till grund för det dåliga i vårt samhälle. Samtidigt är tillväxt faktiskt det som gör att fler människor får ett jobb, att människor och familjer har råd att få en ökad levnadsstandard. Det är det som gör att människor lämnar fattigdom. En minskad skuldsättning gör att vi kan säkerställa att våra barn och barnbarn kan växa upp utan att stå betalningsskyldiga för vårt överflöd.

Den som försvarar stabilitets- och tillväxtpakten anklagas för någon form av rå, kall kapitalism. Jag vill dock utmana den bilden. Den som står upp för en väl förvaltd ekonomi värnar nämligen de mjuka värdena och att vårt samhälle ska hålla ihop ekonomiskt för familjer här och nu, och också för att en bättre framtid ska säkras för våra barn, bättre än vad ett EU-bidrag för barnen skulle göra.

Pedro Marques (S&D). – Madam President, after two years of the pandemic Europe was on the right track. The vaccines then the RRF. These moments of solidarity and unity honour the legacy of the EU. We found ourselves in the position to deliver economic growth and sustainable reforms again.

Unfortunately, reality betrayed our best hopes. With Putin's war on Ukraine, we face now a new, humongous challenge. Energy, essential goods and supply chains are suffering a severe shock that deserves our full attention. This is certainly not the time to reinstate old fiscal rules and budget cuts, but rather to work together, invest towards our energy independence and to relieve the European people from the negative impacts of this war. We need a true European response to the economic and social consequences of Putin's aggression.

Marie-Pierre Vedrenne (Renew). – Madame la Présidente, Messieurs les Commissaires, Madame la Ministre, depuis deux ans et demi, nous, Parlement européen, appelons à réformer le processus du Semestre européen pour qu'il soit un instrument de coordination de nos politiques au service du progrès social et des transitions environnementale et numérique. Depuis deux ans et demi, les crises se succèdent et elles nous donnent raison.

Crise pandémique, tout d'abord. Le Semestre actuel a montré sa flexibilité, avec le déclenchement de la clause générale d'exception, pour permettre nos politiques du «quoi qu'il en coûte», et son maintien jusqu'en 2023 est fondamental.

La guerre en Ukraine, maintenant: aller plus vite et plus loin pour bâtir notre souveraineté européenne, notamment énergétique. Cela doit signifier des investissements massifs pour une transition vers une économie neutre climatiquement et indépendante énergétiquement.

Cette souveraineté doit aller de pair avec notre promesse de ne laisser personne de côté. Et pour cela, il faut revoir nos règles. Dès demain, le sommet de Versailles, initié aussi par le Président Macron, doit être ce nouveau départ.

Piernicola Pedicini (Verts/ALE). – Signora Presidente, signori Commissari Dombrovskis e Gentiloni, onorevoli colleghi, questa relazione sul semestre europeo giustamente si focalizza sull'aumento delle disuguaglianze di genere, generazionali, sociali, economiche e, soprattutto, territoriali dovute alla crisi COVID-19.

Purtroppo non abbiamo fatto in tempo a uscire da una crisi che già ci ritroviamo all'interno di un'altra, quella generata dalla guerra, e voi avete dichiarato che il dispositivo per la ripresa e per la resilienza è fondamentale per limitare l'impatto della nuova crisi. Io faccio notare che subito il governo italiano si è affrettato a varare un piano B per sostenere le imprese, localizzate per di più al Centro e al Nord, sacrificando ancora una volta il Mezzogiorno d'Italia, che pagherà il prezzo della guerra. Quindi, ancora una volta, il governo italiano non ha fatto nulla per far assorbire le risorse che toccano al Sud e favorisce il Nord con buona pace della lotta alle disuguaglianze territoriali.

Io credo che la Commissione europea adesso non dovrebbe accettare nessun cambiamento dei piani nazionali, se non vogliamo allargare ulteriormente la crisi economica.

Guido Reil (ID). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es heute? Wir reden über das Europäische Semester für wirtschaftspolitische Koordinierung – beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte. Was ist der EU wichtig, wenn es um beschäftigungs- und sozialpolitische Aspekte geht?

Es geht um die Klimaneutralitätsziele der EU. Das ist der EU wichtig. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum soll das Ziel eines inklusiven und nachhaltigen sozioökologischen Wandels unserer Volkswirtschaft sein – sozioökologischen Wandels! Da sind wir ja wenigstens mal ehrlich.

Also für mich ist das nichts anderes als Ökosozialismus, worum es hier geht. Hier sollen in Zukunft Billionen investiert werden – Billionen, die wir nicht haben, die wir erzeugen –, um unsere Wirtschaft zu transformieren, wohin auch immer.

Das wird Folgen haben: Menschen werden auf der Strecke bleiben. Um diesen Menschen, die in Armut kommen, sich die Energie nicht mehr leisten können, sich ihren Wohnraum nicht mehr leisten können, dann zu helfen, richten wir einen sozialen Klimafonds ein. Also erst investieren wir Billionen, um die Menschen in Armut zu treiben, und dann investieren wir noch einmal Hunderte von Milliarden, die wir auch nicht haben und wieder erzeugen, um ihnen dann zu helfen. Also Sinn macht das für mich alles nicht, dieses Parlament ist verrückt geworden.

Aber – und das ist jetzt interessant – schon 1977 sagte der französische Präsident Mitterrand: Europa wird sozialistisch sein oder nicht sein. Innerhalb weniger Jahrzehnte hat sich die EU von einem Wirtschaftsraum in einen ökosozialistischen Transfer- und Schuldenraum transformiert. Damit muss endlich Schluss sein. Und die Alternative für Deutschland ist die einzige Partei, die sich dagegenstellt – in Deutschland.

Michiel Hoogeveen (ECR). – Voorzitter, de afgelopen twee jaar beleefden we ongekende uitdagingen. De pandemie bracht onze economie uit balans, met enorme inflatie tot gevolg. De toekomst vraagt ons verstandig economisch beleid te voeren: hervormingen, houdbare staatsschuld, en lidstaten die zich aan de gemaakte afspraken houden. Hoewel dit in het Europees Semester wordt aangekaart, missen wij een plan om de problemen van de mensen thuis aan te pakken.

De prognoses geven aan dat de economieën van de lidstaten eind dit jaar zullen terugkeren naar het niveau van vóór de pandemie. Maar de wereld is veranderd en de prognoses zijn achterhaald. Door de oorlog in Oekraïne zal de inflatie verder toenemen en zullen de energieprijzen verder stijgen. Als wij onafhankelijk willen worden van Russisch gas, is het van belang dat wij de Europese Green Deal loslaten.

Met wind- en zonne-energie gaan we het niet redden. Met investeringen in Europees gas, moderne kolencentrales én kernenergie moeten wij nú beginnen, want de mensen thuis betalen de prijs en hun begrip is niet oneindig.

Chris MacManus (The Left). – Madam President, so far 2022 has been a year of trauma and shock. War in Europe has returned to compound the escalating cost-of-living crisis. Such is the context for us to discuss EU economic planning. The weeks and months ahead are uncertain and we must retain the maximum flexibility to deal with any situation. That means ruling out a return to the fiscal rules in nine months' time. It is simply not a realistic plan.

This brutal Russian attack has rightly provoked sanctions from the EU and others. These sanctions are acknowledged not to be cost-free for people living in the EU, and their impact must be considered within the recovery. We must also take into account that we have no clarity yet on the revision of the fiscal rules. Even if we achieve the deep and radical reform needed, 2023 is too early. Let us not tie the hands of countries as they navigate the unknown. Keep the fiscal rules suspended until at least 2024.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ο ιμπεριαλιστικός πόλεμος στην Ουκρανία μετά την εισβολή της Ρωσίας μαίνεται. Τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης προκήρυξαν μια γιγαντιαία κούρσα εξοπλισμών, οξύνοντας τον ανταγωνισμό με τη Ρωσία, τον οποίο θα πληρώσει ο λαός μέσα και από τα ευρωομόλογα, που θρέφουν την πολεμική βιομηχανία και τους ενεργειακούς ομίλους. Οι λαοί ήδη φορτώνονται το κόστος της όξυνσης των ανταγωνισμών. Πληρώνουν τον μηχανισμό ανάκαμψης ανθεκτικότητας, που προικίζει με δισεκατομμύρια τους πράσινους και ψηφιακούς ομίλους, που ενισχύει την εμπορευματοποίηση της υγείας μέσα στην πανδημία. Παρά την προσπάθεια της έκθεσης να τα φτιασιδώσει (ευρωεξάμηνο, συστάσεις ανά χώρα, ενισχυμένη εποπτεία), είναι το μνημόνιο διάρκειας που καθορίζει σκληρά προαπαιτούμενα σε βάρος των λαών που σπεύδουν να υλοποιήσουν στη χώρα μας η κυβέρνηση της Νέας Δημοκρατίας μαζί με ΣΥΡΙΖΑ και ΚΙΝΑΛ.

Οι εργαζόμενοι, ο ελληνικός λαός χρειάζεται να κλιμακώσουν τους αγώνες τους καταδικάζοντας τον ιμπεριαλιστικό πόλεμο, για την απεμπλοκή της Ελλάδας από NATO και ΕΕ, διεκδικώντας τα δικαιώματά τους για συλλογικές συμβάσεις εργασίας με αυξήσεις σύμφωνα με τις σύγχρονες ανάγκες, εξασφάλιση εργασιακών ασφαλιστικών δικαιωμάτων, κατάργηση των ειδικών φόρων σε καύσιμα και ενέργεια, κόντρα στα σχέδια της Ευρωπαϊκής Ένωσης, των μονοπωλίων και των κυβερνήσεών τους.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine erfolgreiche Zukunft Europas lebt vom Willen zur Zusammenarbeit, auch von wirtschaftspolitischer, sozialpolitischer, fiskalpolitischer, sicherheitspolitischer Zusammenarbeit.

Eine engere Koordinierung ist unverzichtbar, nicht nur, wenn es Krieg in Europa gibt, sondern auch, wenn wir den neuen Herausforderungen und globalen Entwicklungen in die Augen schauen, um die optimalen Ergebnisse zu erzielen, um mehr zu tun für gesunde Haushalte, Innovation, Investitionen, Wachstum, Beschäftigung, Wettbewerbsfähigkeit und sozialen Zusammenhalt. Wir haben 25 Milliarden Euro pro Jahr brachliegen, die wir sofort heben können – nur durch die fiskalpolitische Zusammenarbeit und eine stärkere Koordinierung.

Die massiven Zukunftsinvestitionen, die notwendig sind, müssen aber auch mit konsequenten Strukturreformen einhergehen, weil unser Geld und das Geld der Steuerzahler nicht Fehlentwicklungen der Vergangenheit finanzieren soll, nicht in dunkle Kanäle, in Vetternwirtschaft und Korruption gehen soll. Wir haben Luft nach oben. Mehr als 50 Prozent aller Empfehlungen, was wir besser machen können, werden von den Mitgliedstaaten nicht umgesetzt.

Für eine nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt und weniger Armut und Ungleichheit und mehr Beschäftigung brauchen wir mehr Zusammenarbeit.

Gabriele Bischoff (S&D). – Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, werte Vertreterin des Rates, werter Vertreter der Kommission! Die Mehrheit der Rednerinnen und Redner hier sieht ganz klar, dass wir uns jetzt nicht hier in den Routinen des Europäischen Semesters weiterbewegen können. Wir sind in einer vollkommen neuen Situation, und deshalb ist *business as usual* hier überhaupt keine Option.

Wir haben in der letzten Krise immerhin den Schritt gemacht, um zu sagen: Wir müssen die Resilienz stärken. Und zwar die Resilienz der Wirtschaft, aber auch der Gesellschaft. Da müssen wir weitermachen. Denn wenn wir uns die Situation jetzt angucken, dann müssen wir doch einfach sehen, dass wir vor riesigen Herausforderungen stehen, auch was die soziale Stabilität unserer Gesellschaften anbelangt.

Die Ratsvertreterin hat es gesagt: Schon in der letzten Krise waren es überwiegend die Menschen in prekären Lebens- und Arbeitssituationen, die am meisten betroffen waren. Es wird in dieser Krise auch nicht anders sein. Deshalb ist es wichtig, dass wir das im Europäischen Semester aufgreifen. Starke Schultern müssen mehr schultern, und diejenigen, die jetzt besonders betroffen sind, brauchen Unterstützung.

Wenn wir das hinkriegen, vermeiden wir eine weitere Destabilisierung unserer Gesellschaft. In diesem Sinne: Europa wird sozial sein oder nicht sein. Zumindest das ist das richtige Zitat von Mitterrand.

Linea Søgaard-Lidell (Renew). – Fru formand! De sidste to år kommer vi aldrig til at glemme. De har været bistre, og de kommer også til at være dyre. Vi står midt i Ruslands forfærdelige krig i Ukraine, vi har haft en alvorlig pandemi med dødsfald og nedlukninger og også lange perioder med økonomisk nedgang. Kriser koster penge, og regninger skal betales. Mange af disse regninger bliver det vores børn, der skal betale. Den næste generation er dem, der kommer til at betale af på vores coronagæld, og samtidig kommer de til at skulle betale for klimaforandringerne, for den nødvendige grønne omstilling, for vores sikkerhed og også for voksende ældre generationer. Så vi er nødt til at tage ansvar nu, hvis de skal have en chance. Det er også nu, at vi er nødt til at modernisere den europæiske økonomi og skabe de reformer, der strammer op på forældede økonomiske systemer i stedet for at skubbe problemerne foran os. Vi skal stå sammen for at gøre EU den økonomiske supermagt, som vi burde være – også i fremtiden.

Karima Delli (Verts/ALE). – Madame la Présidente, mes chers collègues, ce vote arrive à un moment charnière: les signaux d'une accalmie dans la pandémie, un conflit extrêmement incertain aux portes de l'Union européenne et enfin une révision à venir des règles relatives à la gouvernance économique de l'Union européenne. Tout cela dans un contexte climatique désastreux, comme en témoigne la lecture du dernier rapport du GIEC.

Ces événements combinés nous imposent prudence et responsabilité. Ainsi, face aux énormes incertitudes entourant l'Europe orientale et leurs conséquences sur l'Union européenne, nous devons garantir une levée de la clause dérogatoire générale seulement quand les circonstances le justifieront pour soutenir les économies européennes. Au vu des possibles vacillements économiques, il est encore trop tôt pour se positionner fermement en faveur d'une telle levée en 2023, et toutes les options doivent être envisagées.

D'autre part, dans un contexte de révision des règles de la gouvernance économique, il est essentiel – je dirais même ici, dans cet hémicycle, il est vital – de pleinement intégrer l'urgence climatique à laquelle nous faisons face. Je plaide depuis des années pour une réforme des règles budgétaires, avec notamment un traitement particulier favorable aux investissements verts.

Nous voyons à quel point le prix de notre dépendance aux énergies fossiles est élevé. Les nouvelles règles budgétaires doivent donc favoriser une transition verte, seule solution pour nous permettre réellement de nous en sortir.

Gunnar Beck (ID). – Frau Präsidentin! Wir sind die Gewinner im Ukraine-Krieg, nicht Moskau, Kiew noch Beijing, sondern – derweil jedenfalls – Paris, Rom und Frankfurt.

Eigentlich sollten die Maastricht-Regeln nach COVID-19 wieder aktiviert werden. Aber der Ukraine-Krieg bedeutet: Vor allem Paris und Rom müssen nicht sparen, und die EZB in Frankfurt druckt weiter täglich Milliarden.

Nach der COVID-19-Krise liegen die Staatsschulden in der Eurozone bei fast 100 % der Wirtschaftsleistung, die EZB-Bilanzsumme bei über 82 % des Bruttosozialprodukts. Das heißt, die Euro-Staaten geben viel mehr aus, als ihre Länder erwirtschaften, und die Geldmenge expandiert, ohne dass die Wirtschaft wächst. Die Folge ist Geldentwertung.

Die Maastricht-Kriterien sollten Regierungen mäßigen, Geldverschwendung verhindern und die Bürger und ihr Erspartes schützen. Sie aber hier enthemmen Regierungen, und Spekulanten mehren Großvermögen und enteignen die Bürger.

Margarita de la Pisa Carrión (ECR). – Señora presidenta, señorías, el Semestre Europeo es el marco en el que se coordinan las políticas económicas y presupuestarias de los países de la Unión Europea.

Ahora se pretende la injerencia de cambiar su naturaleza incluyendo otras materias que cambian sus objetivos y, además, con un lenguaje ideológico como la igualdad de género, la transición verde, fluida e inclusiva, la neutralidad climática, la sostenibilidad. Una manera para poner nuestra economía al servicio de los Objetivos de Desarrollo Sostenible de las Naciones Unidas para forzar un cambio social. ¿Hacia dónde?

Tras estos eufemismos se esconde un gasto fuera de control en un momento de crisis y necesidad acuciante. Se alienta, incluso, a un incremento de los impuestos de la Unión.

Valoramos positivamente las referencias a la protección de la familia y la familia numerosa y a la conciliación. Pero no podemos tolerar que la formación sobre orientación sexual e identidad de género forme parte integral de los sistemas educativos. No apoyaremos ninguna iniciativa política con intención ideológica.

Eugen Tomac (PPE). – Doamna președintă, domnilor comisari, stimați colegi, întâi am avut criza de sănătate. Pandemia ne-a lovit și din acest șoc părea că nu ne mai revenim. Totuși, am trecut cu bine. Apoi a fost criza de energie, care apasă și astăzi pe umerii cetățenilor europeni și pune la grea încercare toate statele membre. Și nu a fost suficient să ne lovim în ultimii doi ani de zile de aceste două crize, pentru că un criminal care stă la Kremlin a decis că este momentul să declanșeze un război și să pună o presiune fără precedent pe Europa.

În aceste vremuri este esențial să răspundem coordonat tuturor acestor provocări. Indiferent cât de dificilă este situația, este esențial ca în aceste vremuri să avem capacitatea de a ne coordona politicile, astfel încât să putem să susținem mediul de afaceri, să-i oferim un cadru predictibil și stabil, să acționăm cu multă responsabilitate, pentru că doar prin investiții putem crea noi locuri de muncă, putem să le oferim cetățenilor noștri mai multă siguranță.

Milioane de ucraineni se îndreaptă în aceste zile spre Uniunea Europeană, pentru că aici se simt în siguranță, pentru că aici cred că le pot oferi un viitor copiilor lor, pentru că aici cred că pot găsi un loc de muncă decent. La toți acești cetățeni trebuie să ne gândim în aceste zile.

Aurore Lalucq (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, tout d'abord, félicitations à M^{me} Irene Tinagli, la rapporteure, d'avoir débloqué ce dossier, car nous allons avoir besoin de coordination des politiques économiques et budgétaires plus que jamais. Mais pas n'importe lesquelles.

La pandémie nous a rappelé avec douleur que, plus que de réduire la dette et les déficits publics, il est important d'avoir une industrie pharmaceutique et textile, d'avoir un État-providence. La guerre en Ukraine nous rappelle avec honte qu'il y a plus important que la réduction de la dette et des déficits publics. Il y a l'indépendance énergétique, l'investissement dans la sobriété, les renouvelables, le fait de ne pas faire commerce avec n'importe qui, n'importe comment, ou encore le fait de financer une défense.

Face à ces événements tragiques, face au dérèglement climatique, au probable défaut de l'État russe, ce serait bien d'arrêter de redécouvrir l'eau tiède à chaque crise et de nous nous outiller, d'anticiper, comme l'a dit la rapporteure, avec un changement des règles, avec un plan massif d'investissement dans la sobriété et les renouvelables, avec plus de justice sociale aussi, ce qui passe par plus de justice fiscale.

Que l'Europe continue à avancer dans l'unité et avec force, comme elle l'a fait ces derniers jours.

Атидже Алиева-Вели (Renew). – Г-жо Председател, г-н Комисар, г-жо Министър, колеги, отново сме на прага на определянето на новите приоритети и цели, които Съюзът си поставя с оглед на постигането на едно по-стабилно и устойчиво бъдеще. Определянето на тези насоки изисква прецизност и проникателност, защото войната в Украйна, която дълбоко осъждам, се случва в Европа, на крачка от границите на Съюза, и несъмнено ще се отрази на икономическото и социалното ни развитие. Вярвам, че семестърът е ключов инструмент за гарантиране на ефективно икономическо управление и осигуряване на гъвкавост за държавите членки за справяне с предизвикателствата, пред които са изправени икономиката и обществото.

Този семестър поставя фокус върху управление, основаващо се на солидарност, социална справедливост и интеграция, равенство между половете, висококачествени и достъпни обществени услуги, образователна система и заетост. Несъмнено всички те са от съществено значение за развитието на Съюза. Вярвам, че трябва да се стимулират икономическият растеж и конкурентоспособността, като същевременно се осигури адаптиране към новата реалност.

Λουκάς Φουρλάς (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριοι Επίτροποι, κύριε Υπουργέ, σήμερα με την πανδημική κρίση και τον πόλεμο στην Ουκρανία να μαίνονται, τα νοικοκυριά χαμηλού εισοδήματος αντιμετωπίζουν σοβαρότατο πρόβλημα φτώχειας. Υπάρχει επείγουσα ανάγκη να προωθηθούν πολιτικές που να είναι φιλικές προς την οικογένεια, πολιτικές που να διασφαλίζουν τα δικαιώματα και την ευημερία των παιδιών μας. Το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο θα πρέπει επίσης να επικεντρωθεί στα άτομα με αναπηρία. Αυτά τα άτομα αντιμετωπίζουν ιδιαίτερα αυξημένο κίνδυνο φτώχειας και κοινωνικού αποκλεισμού. Θα πρέπει η Επιτροπή να αξιολογήσει την εφαρμογή της σύμβασης των Ηνωμένων Εθνών για τα δικαιώματα των ατόμων με αναπηρία στα κράτη μέλη. Θα πρέπει επίσης να καλύψουμε τα κενά και τις ελλείψεις δεξιοτήτων πανευρωπαϊκά, βελτιώνοντάς τες ανάλογα με τις ανάγκες των μελλοντικών αγορών εργασίας. Η βιώσιμη ανάπτυξη και ευημερία όλων των Ευρωπαίων πολιτών πρέπει να βρίσκεται στο επίκεντρο της κοινωνικής στρατηγικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Αυτή τη στιγμή βρίσκεται σε εξέλιξη μια τεράστια ανθρωπιστική κρίση στην Ευρώπη. Οφείλουμε να βάλουμε ως προμετωπίδα της πολιτικής μας τον άνθρωπο.

Marc Angel (S&D). – Madam President, the review of the EU's economic governance framework must come up with an ambitious proposal that recognises the need for far-reaching investments. The European Semester remains far from being obsolete and will remain a crucial instrument for Member States to coordinate economic, fiscal, social and employment policies. However, it should also be more than that.

We must generally move away from an obstinate focus on quantitative growth and budgetary orthodoxy. The Recovery and Resilience Funds and the national recovery and resilience plans already show that well-designed instruments can bring about lasting change. We should learn the lessons and transform the European Semester into an instrument to achieve inclusive and sustainable growth, meet environmental and social objectives and improve the well-being of our citizens. This means integrating the pertinent environmental and social indicators related to the Paris Agreement, the SDGs and the European Pillar of Social Rights.

The European Semester can be more than a somehow dreary bureaucratic process. If we democratise it, ascribing a clear role to social partners, involving other relevant stakeholders and claiming a stronger role for the European Parliament throughout the process, then we can find solutions to the real problems on the ground and we will be able to adapt to the new sad reality with the war on our eastern border.

Ivars Ijabs (Renew). – Dārgā priekšsēdētājas kundze! Dārgais Dombrovska kungs! Pirms dažām nedēļām Eiropas ekonomika atkopās pēc Covid pandēmijas radītajiem satricinājumiem, turklāt ievērojami straujāk, nekā tas tika prognozēts, un tas notika arī, tādēļ ka tai tika sniegts mērķēts Eiropas Savienības un dalībvalstu atbalsts pandēmijas visvairāk skartajām nozarēm. Un tas savukārt atgriezta jau šobrīd visas dalībvalstis pirms pandēmijas attīstības līmenī. Mēs vēl nesam runājam par Stabilitātes un izaugsmes pakta darbības atjaunošanu, par vajadzību atgriezties pie ierobežojumiem valsts palīdzībai un tā tālāk.

Diemžēl mirklī, kad šie satricinājumi, tā kā likās, ir pārvarēti, Krievijas iebrukums Ukrainā un ieviestās sankcijas nostāda Savienību un dalībvalstis pilnīgi jaunu izaicinājumu priekšā, un gaismu tūņļa galā mēs šobrīd vēl neredzam. Bet viens jau ir šodien skaidrs — reģionā notiekošā karadarbība neizbēgami ietekmēs mūsu ekonomikas un radīs asimetriskus šokus tieši uz tām dalībvalstīm, kas atrodas šim vardarbības skartajam un agresijas skartajam reģionam vistuvāk.

Tādēļ es aicinu Eiropas Komisiju jau laikus izstrādāt rīcības plānu, kā praktiski palīdzēt mazināt ekonomiskās sekas un praktiski palīdzēt tieši šajās grūtībās nonākušajām dalībvalstīm. Tāpat Komisijai ir jāsagatavo rekomendācijas, kā Eiropai kopīgi samazināt energoresursu cenu lēcieni ietekmi uz mūsu ekonomikas attīstību ilgtermiņā.

Isabel Benjumea Benjumea (PPE). – Señora presidenta, señores comisarios, señora ministra, en estos momentos de incertidumbre económica, el Semestre Europeo cobra todavía más relevancia como garantía de la estabilidad macroeconómica dentro de la Unión Europea.

Las terribles consecuencias de la crisis de la COVID o las consecuencias que están por llegar y que vamos a vivir de la guerra de Ucrania no pueden ser la excusa para que la Unión Europea se ancle en la laxitud de las normas presupuestarias. No nos hagamos trampas al solitario: la flexibilidad de hoy en el control del déficit es la inestabilidad y la falta de control de la sostenibilidad en las cuentas públicas de mañana.

La movilización de recursos de la Unión Europea para la recuperación económica de los Estados no debe sentar un mal precedente. Digo no al desarrollo de las políticas de gasto estructural con cargo a deuda que hipotequen el futuro de las generaciones venideras.

Apostemos por unas reglas presupuestarias que ayuden a la reducción del déficit y la deuda de una forma creíble que haga de la Unión Europea una economía más competitiva.

Joachim Schuster (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der russische Überfall auf die Ukraine wird auch tiefgreifende ökonomische Konsequenzen für die EU haben. Deswegen ist es richtig, dass erwogen wird, die europäische Schuldenbremse auch 2023 auszusetzen. Das verschafft uns auch mehr Zeit für notwendige Reformdebatten.

Zunächst brauchen wir eine Reform der Schuldenregeln. Dazu hat das Parlament Mitte letzten Jahres einen wichtigen Bericht verabschiedet.

Darüber hinaus brauchen wir aber auch eine grundlegende Reform des Europäischen Semesters. Bisher ist das Semester weitgehend wirkungslos. Hinter verschlossenen Türen werden Strukturreformen entworfen, und dann ist es faktisch ins Belieben der Mitgliedstaaten gestellt, ob sie diese Empfehlung ignorieren oder vielleicht mit Abstrichen umsetzen. Eine effektive Koordinierung leistet das Europäische Semester nicht. Das müssen und können wir ändern!

Das Europäische Semester muss demokratischer werden. Wir brauchen keine weiteren Empfehlungen für neoliberale Strukturreformen. Stattdessen brauchen wir eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die eine Steigerung öffentlicher Investitionen ermöglicht und den sozialen Ausgleich fördert.

Antonio Tajani (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'aumento delle materie prime, a cominciare da gas e petrolio, ha innalzato ulteriormente l'inflazione in Europa erodendo la capacità di spesa dei nostri concittadini. Molte imprese oggi rischiano di chiudere per sempre. I conti pubblici degli Stati europei già provati dalla pandemia dovranno far fronte al costo dell'accoglienza dei rifugiati (30 miliardi solo per quest'anno), all'aumento delle spese militari (40 miliardi), all'esplosione delle bollette energetiche e a nuovi sostegni alle imprese.

L'attuale bilancio europeo non è in grado di rispondere a queste sfide; per questo è necessario che l'emissione comune di titoli di debito, gli *eurobond*, diventi permanente. La proposta della Commissione europea per un'azione a favore della sicurezza energetica va nella giusta direzione, ma questo non basta. I limiti al prezzo dell'energia non possono essere stabiliti dai singoli Stati, l'Unione dovrebbe negoziare un prezzo unico sul mercato come per i vaccini. Serve anche realizzare quell'autonomia alimentare che serve a sostenere l'agricoltura, contenendo i prezzi di grano e mais.

È un appello alla Commissione europea, al Commissario Gentiloni, che parlerà dopo di me: un ritorno alla riattivazione del vecchio patto di stabilità e crescita con scelte rigoriste sarebbe dannoso per l'intera economia europea.

Paolo Gentiloni, *Member of the Commission*. – Madam President, a new crisis is with us – unprecedented. February 24th changed the course of our history. And in these circumstances, I think that the importance of coordination and common political will is stronger than ever. And this is why we appreciate the report we are discussing this morning. We thank Irene Tinagli and Helmut Geuking.

I think we will need – in the coming months and probably years – unity and ambition. They are needed to stand with Ukraine and to face the new challenges. These new challenges, in my view, have two key words. One is autonomy, and the second one is again, solidarity. And we will need autonomy and solidarity to face challenges on defence, on energy transition, on the refugee crisis.

On economy, recovery as usual is not an option. And we all know that this crisis will weaken our growth. In the forecast I presented exactly one month ago, we were estimating a growth of 4% for this year. I think we will have more of negative situation, and apart from the growth weakening, we will also have to face disruption in our production chains and consequences for jobs.

But we need to intervene. We need action to avoid that the recovery could completely derail and to avoid the increase of divergences among Member States, because we know that also this crisis, especially on the refugee issues, but potentially also on the energy supply, is an external shock that could have asymmetrical consequences. And this is the basis for our reaction. We need to react using all the national and common rules and tools available that we can agree upon to avoid these consequences.

Also, the ongoing discussion on the economic governance is not another story. It's part of this story, and to try to find an agreement, consensus in the Parliament, among Member States, will be the task that the Commission will have in the coming weeks.

The situation is unique. We are in the aftermath of a crisis, the COVID crisis. We are in the middle of the green transition and we have a war at our borders. So only our unity and working together, I think, can give Europe the strength to face this unique situation.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Madam President, I think that there is a large consensus that, in this exceptional situation, described by Commissioner Gentiloni just now, we need a strong semester. We need strong governance – economic, social – in the European Union. We need, obviously, strong solidarity and we have managed, up to now, to show this strong solidarity.

I think we have learned a lesson from the COVID crisis that a strong economy can only be a resilient economy, an economy that adapts rapidly and that also creates the resources to respond to challenges. The big challenge we have now is certainly how we can stabilise the recovery. There will certainly be an impact on growth. There will be, or there might be, an impact on employment. Some weeks ago, we noticed that it was about job shortages, qualified labour shortages. Now, maybe, given the situation and given the increases in prices of energy and of food, we might again head for more difficulties on our labour markets. So we have to be ready to respond to that.

Therefore, the semester is an essential tool to have strong governance. This governance has to be economic, certainly, fiscal, yes, but also social. These are the two sides of the same coin if we want a resilient economy and a resilient society. It has been said that we now also need stability in our society. During the COVID crisis, the most vulnerable paid a high price and we have to avoid the price of this terrible war being borne by the most vulnerable.

First, on refugees, I think here there is a need for very, very strong and rapid solidarity. We do not know the numbers. It has been said that it's about two million today and there might be seven, eight or more million people who have to be received and welcomed, and who have to get all the support they need, especially in those Member States who are the 'frontline' Member States. The Commission yesterday adopted a package, as a first step, with the Asylum, Migration and Integration Fund, of EUR 400 million, and with REACT-EU, which can make available about EUR 10 billion which, in a very flexible way, can be devoted to taking care of the people arriving. We have a proposal on a new system, which is similar to the coronavirus response investment initiative (CRII) system, and which we call 'cohesion's action for refugees in Europe' (CARE), which also allows Member States to take funds from the Cohesion Fund to allocate to the reception of refugees.

This is a duty, and there is a particular duty, because you have, Mr Geuking, spoken – rightly so, by the way – on children. There are, among the refugees, hundreds of thousands of children who have lost everything. And there's a duty now to take care of these children, as it is a duty, by the way, to take care of all children. I fully agree with you. Therefore, in a few days, we will have the national plans on the implementation of the child guarantee and we also have to include in this child guarantee the children of refugees. It is not conceivable that these children have no education, that they will be nowhere, that they will be the lost Ukrainian generation, which is, by the way, the aim of the dictator in Moscow. Therefore, we have a strong responsibility to give them – again, as for all children – the right support, the right education, the right care.

Yes, this war is a challenge for poverty. In the European Union, we still have a high degree of poverty. More than 96 million people are at risk of poverty. We have taken an important commitment by reducing it by at least 15 million, including at least 5 million children, and it cannot be that the war will increase poverty in Europe. This is a challenge. We have to find the right responses, the right resources, the right policies and the right investments in our economies, but also in our social systems.

Brigitte Klinkert, *Présidente en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Messieurs les Commissaires, Mesdames et Messieurs les députés, je tiens à vous remercier pour vos remarques.

Comme beaucoup d'entre vous l'ont soulevé, il est indéniable que l'agression de la Russie contre l'Ukraine aura un impact sur les perspectives économiques au sein de l'Union européenne. Il est trop tôt aujourd'hui pour avoir une idée précise des implications potentielles de cette agression et de cette crise au niveau économique. Mais il est néanmoins déjà clair que les sanctions financières et économiques de grande envergure adoptées par l'Union européenne contre la Russie vont aussi jouer dans le contexte économique des États membres.

La défense de la paix, la stabilité et le droit international, tout comme la dignité, la liberté et la démocratie, n'ont pas de prix. L'unité des pays européens et la force de notre économie européenne nous permettront de limiter les impacts de la crise. Nous prendrons les mesures appropriées pour circonscrire les conséquences sur les citoyens et sur les entreprises.

Les conséquences économiques de la crise géopolitique, notamment sur le secteur de l'énergie, ne feront qu'accélérer l'agenda lancé ces derniers mois visant à renforcer notre indépendance économique et à assurer une croissance durable et résiliente.

C'est pourquoi, dans quelques jours, demain et après demain, lors d'une réunion informelle des chefs d'État et de gouvernement de l'Union européenne à Versailles, les dirigeants se pencheront notamment sur la résilience économique de l'Union européenne face aux défis qui se posent actuellement, au sortir de la pandémie, mais aussi dans la situation géopolitique actuelle en évolution.

Permettez-moi de vous assurer une fois de plus que la présidence française accorde une grande attention au processus du Semestre européen. Aujourd'hui, vous avez abordé des points importants et vos idées apporteront une contribution précieuse aux débats ministériels qui se poursuivent au sein du Conseil. Vos remarques concernent plusieurs aspects, car les défis qui sont devant nous sont multiples. Nous ne devons jamais oublier qu'il importe de toucher autant de citoyens que possible afin d'accroître l'appropriation nationale. Je salue les initiatives qui ont été prises à cet égard, telles que le dialogue accru dans les capitales ainsi que la consultation des parties prenantes, de la société civile et des partenaires sociaux.

Le débat qui a eu lieu aujourd'hui a montré que, malgré certaines divergences, il existe un large terrain d'entente sur lequel nous appuyer. J'ai donc confiance dans notre coopération continue pour travailler ensemble à des solutions appropriées permettant de relever les défis qui sont devant nous.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung über die Änderungsanträge findet am Mittwoch, 9. März 2022, und die Schlussabstimmung am Donnerstag, 10. März 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Josianne Cutajar (S&D), in writing. – The yearly debate around the European Semester offers us the opportunity to reinforce our call to make economic growth and sustainability go hand in hand in the process of coordinating Member States' economic policies. While European countries should have enough room for manoeuvre to address their specific challenges, we should not overlook the potential of public investments to contribute to a more sustainable and social Europe, which strives for the wellbeing of its citizens. This is the reason why I welcome the staunch commitment of my political group – the S&D – to include environmental and social aspects in the European Semester. We should remember that we can achieve high results if we pay heed to all the actors responsible for the sustainable economic growth of our Union. From workers and their rights to small and medium businesses that are an essential element of our social fabric and need to be further supported in the environmental and digital transition, also through a reduction of the administrative burden they suffer from, an inclusive growth will be possible only if we manage to foster a truly effective social dialogue.

Krzysztof Jurgiel (ECR), na piśmie. – Europejski semestr, jako narzędzie służące koordynacji polityki gospodarczej i budżetowej w UE, jest potrzebny, aby unijne gospodarki były ze sobą lepiej zharmonizowane, a finanse publiczne wolne od nadmiernego zadłużenia. Roczna analiza wzrostu gospodarczego na 2022 r. wskazuje na potrzebę dalszego zwiększania stabilności makroekonomicznej, dlatego koordynacja polityk gospodarczych w UE powinna służyć trwałemu i zrównoważonemu wzrostowi gospodarczemu. W tym kontekście transformacja ekologiczna i cyfrowa muszą go realnie wspierać, natomiast obecna polityka klimatyczna Unii jest bardzo kosztowna i uderza w potencjał rozwojowy takich krajów jak Polska.

Ciężka obecnie rzeczywistość gospodarcza, będąca konsekwencją pandemii COVID-19, wysokiej inflacji, a teraz zagrożenia wojną na szeroką skalę, sprawiła, że planowanie z zasady jest bardzo trudne, a dynamika zmian tego nie ułatwia. Dlatego uważam, że należy bardzo rozważnie podchodzić do kwestii dezaktywacji ogólnej klauzuli wyjścia w ramach paktu stabilności i wzrostu, aby nie pogłębić trudności gospodarczych w tych państwach, gdzie sytuacja jest trudna. Szczególnie, że roczna analiza wzrostu gospodarczego na bieżący rok była opublikowana w 2021 r., kiedy na Ukrainie nie było wojny. Prowadzenie polityki gospodarczej w obecnych czasach jest niełatwe, a powrót do stabilnego i szybkiego wzrostu skomplikowany, dlatego środki w postaci Krajowego Planu Odbudowy powinny być dla Polski jak najszybciej odblokowane, aby wspomagać nimi odbudowę gospodarki.

(Die Sitzung wird um 10.34 Uhr unterbrochen)

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

5. Wiederaufnahme der Sitzung

(Hin li fih tkomplet is-seduta: 10.38)

6. **Aussprache mit der estnischen Ministerpräsidentin Kaja Kallas – Die Rolle der EU in einer im Wandel begriffenen Welt und die Sicherheitslage Europas nach Russlands Aggression gegen die Ukraine und der damit verbundenen Invasion (Aussprache)**

President. – The next item on the agenda is the debate with the Prime Minister of Estonia, Kaja Kallas, on the EU's role in a changing world and the security situation of Europe following the Russian aggression and invasion of Ukraine (2022/2583(RSP)).

Let me start by saying dear Prime Minister, dear Kaja, dear colleagues, the session today is devoted to the one of the most pressing issues – the EU's changing role in a changing world.

Putin's invasion shattered the peace our generation has known. It has changed everything. And Europe's response must be proportionate to the serious, real and growing threat to our collective security. So we need to re-assess the European Union's role in this new world. We need to boost our investment in defence and innovative technologies. This is the time for us to take decisive steps to ensure the security of all Europeans. The time to build a real security and defence Union and reduce our dependencies on the Kremlin.

What we have seen so far in terms of European coordination, solidarity and unity is unprecedented and this must be the blueprint of what we do going forward. Our people and our states have welcome more than 1.5 million Ukrainians into our communities, our homes and our hearts. We have matched massive sanctions with practical solidarity in a show of European values. And I know we can go further still and we must all do what we can.

We have with us today the Prime Minister of Estonia, Kaja Kallas. Kaja, thank you for accepting our invitation to address the Parliament and the people of Europe as part of our new 'This is Europe' debates, where different EU leaders can be present to discuss our common agenda.

We are also so pleased to welcome you back among us now as Prime Minister of Estonia, a Member State of the European Union that shares a near-300 km border with Russia.

Let me assure you, Prime Minister, that you will find us together in opposing this invasion, in ensuring a clear response to dealing with the Kremlin and in ensuring that democracy prevails.

We stand together for Ukraine. We stand together with Ukraine.

Kaja Kallas, Prime Minister of Estonia. – Honourable President Metsola, esteemed Members of Parliament, dear guests, it is an honour and a privilege to be speaking here today. The European Parliament is not only a House of European democracy; it has also been my political base for four years. So here I feel at home, I feel among friends.

Sadly, our fellow Europeans in Ukraine cannot say the same. They are fighting for their homeland, for their loved ones, their freedom to choose their own destiny. The Ukrainian armed forces are putting up a fierce resistance that President Putin did not expect.

Ordinary people are on the streets showing the flag to the invading army, inviting them to go home. Ukrainian farmers have become famous for towing captured tanks back home. One story circulating on social media even speaks of a woman who downed a Russian drone by throwing a jar of pickles at it. Later she contested that it was a jar of pickled tomatoes.

'How', asks the commentator, 'did they expect to occupy this country?'

At the same time, many others are streaming across borders, over two million have reached safety in the European Union. These refugees will keep coming. In the words of one humanitarian worker, 'in a conflict, always watch which way the refugees are going'. In the current war, they are headed for the European Union, not for Russia.

Putin's war is an act of raw military aggression against an independent and sovereign country that wants nothing more than to fulfil its own European dream. The aim is to terrorise civilians. We have seen it before in Grozny, we have seen it in Aleppo. Kindergartens, hospitals, residential buildings are targeted, in contravention of the international humanitarian law.

You have been doomscrolling on your phones just like I have. So I do not need to tell you of the atrocities taking place now, everyday, in places like Kharhiv, Mariopol as well as Kyiv, where many people are without water, electricity, food.

Putin's war has also left ordinary Russians without access to the truth, they are living in isolated infospace. We thought that in times of the internet this was no longer possible, but it is. Our task is to break the wall of lies. It is a complicated task, we need to mobilise our technological potential to win the war for truth. And it goes without saying that global internet platforms have a huge role to play.

If you allow me Madam President, I would also like to address the Russian people directly.

Dear Russian friends, the European Union is not acting against you. Our measures are intended to isolate President Putin and his government, which is conducting a brutal war against Ukraine. You are now seeing only the beginnings of a deprivation which will become much worse as our sanctions kick in.

Your government is already instituting practices that are familiar to me from the Soviet times. Like censorship. Like threatening journalists with 15-year prison sentences for speaking about the war. Like rationing of foodstuffs. Like asking teachers to report on the political sympathies of their pupils and their parents.

Global companies are pulling out of Russia, airlines are no longer flying, you can no longer use your VISA and Mastercards. None of this is directed against you. It is directed against President Putin and his government. We understand that it hurts you, but it also hurts us.

It hurts you because autocrat does not care for the people, he only cares for his power. That is something that is so hard to understand in a democratic world.

Last year's Nobel Peace Prize laureate Novaya Gazeta, editor-in-chief Dmitri Muratov, called this a question between, and I quote, 'people for the state, or the state for the people'.

Dear Russian friends, we continue to hope for a democratic and stable Russia that is respectful of its neighbours and is governed by a rule of law.

Madam President, dear Members, since the 24 February, which coincidentally was the 104th anniversary of Estonia's independence, the world has changed. President Putin's invasion of Ukraine has ushered in a period of insecurity on our continent that we have not seen since 1939. And like we saw after the Second World War, our world will not return to the status quo ante.

Russia's relationship with the outside world will be different. How to restore the trust in respecting international law and order? European attitudes toward security will be different and our institutional set-ups will need to adjust. And we might just have re-discovered what the liberal, international rules-based order was all about in the first place.

So in short, we will, in the future, speak about before times and the after times.

The free world has already begun to respond and the European Union has been at the forefront of this response, which itself is a welcome change. The EU is not normally seen to be a particularly nimble organisation, but in terms of security, we have changed more in the last couple of weeks than we have in the last 30 years.

We have imposed three packages of tough sanctions on top of those existing already since Russia's invasion of the Donbas and annexation of Crimea in 2014. We have frozen assets, stopped Moscow's access to its reserves held abroad and thrown Russia out of SWIFT. We have closed our airspace to Russian registered, owned and operated aircraft. We have shut down disinformation channels masquerading as media outlets. And we have acted to use the European Peace Facility to send a half a billion euros in much needed defensive weapons and non-lethal aid to Ukraine.

The EU has acted with an urgency, conviction and unity that has surprised President Putin and the world, and I dare say we have also surprised ourselves. We have, indeed, acted as a geopolitical Union.

Our citizens have responded as well by opening their pocketbooks and their hearts. By welcoming refugees, often into their own homes. By volunteering on humanitarian missions. By collecting food, clothing and medicines for those fleeing the war. Let's not forget about the Irish fishermen. Our citizens are showing a generosity of spirit that makes me proud to be Estonian and proud to be European.

I know a bit about the kindness of strangers. As many of you know, I am the child of deportees whom Stalin sent away to Siberia. My mother was just six-months old when she was deported on a cattle car, along with her mother and grandmother, to what Estonians call the Cold Land. It was a stranger who gave my grandmother a jar of milk that kept my mother alive during this journey. It was strangers who dried the baby's diapers on their skin as it was the only warm place in the cattle car. And it was strangers who helped in untold ways when they were allowed to return to Estonia.

So you could say we Estonians have some experience in being deported and fleeing wars. And we also have some experience with Russia, which we have been trying to share with the European Union since we joined. It was 78 years ago today when the Red Army bombed my home city Tallinn to the ground.

But my mother, the same baby who took her first trip abroad to Siberia, always taught me that it was impolite to say I told you so.

Madam President, dear Members, we are in this for the long haul. We will have to exercise strategic patience, because peace is not going to break out tomorrow. Russia expects us to make a step back soon. As Dmitri Medvedev explained to Putin in a recent public meeting of the Russian Security Council and I quote: 'Sooner or later they – the West – will get tired of their own initiatives, they will come to ask us about returning to discussions and negotiations regarding all the matters of strategic security'. End of quote.

Putin will come to test us and yes, we will have to resist. That means that we need to keep supporting those fighting for Ukraine's independence, while giving time for the sanctions and isolating measures to work to their full capacity. This will require a sustained effort from all of us. But we need also to think about what comes next. I see two areas for action.

First, we need to hardwire our fundamental change of heart into a policy of smart containment. We all want a democratic and secure Russia. This House expressed that desire last year when it honoured Russian opposition leader Alexei Navalny with the Sakharov Prize.

But what I mean by hardwiring is that we need now to consolidate what the free world has accomplished in the last weeks and build on it. We need to do this together with our trusted transatlantic partners and others who are like-minded. And there are many like-minded partners. If you look at last week's UN General Assembly, the vast majority of the world community, 141 states, voted to condemn Russia's military aggression against Ukraine. This vote demonstrates not only a victory for multilateralism but a win for the rule of law.

We also need collectively to give our strongest support to the International Criminal Court once the time comes. Last week, ICC Prosecutor Karim Khan announced that 39 State Parties to the Rome Statute had referred the situation to his office. This enables him to go ahead with the investigation into any past and present war crimes, crimes against humanity and genocide committed on any part of the territory of Ukraine by any person.

Here in the European Union, we need to push harder and faster to cut our energy dependence on Russian gas and oil. Because we have already committed to the green transition, this will be a win-win for our energy independence but also good for the planet.

We also need to move quickly to synchronise Ukraine's power grid with that of continental Europe and make sure all parts of the EU are synchronised into the continental grid as well.

Turning to defence. Our decisions of last week to use the European Peace Facility to assist Ukraine are but the first step toward strengthening our continental security. We must transform our deterrent posture into a defence plan.

I am mindful that not all European Members are NATO allies. When my father was leading the Estonian negotiations to join NATO, he was often asked 'why do you need this? Russia does not pose a threat anymore'. Well, we knew our neighbour then and we also know our neighbour now. I can only be grateful to the decision to join the defence alliance, but being part of the alliance also comes with obligations.

The 2% of GDP defence spending target must become an absolute minimum requirement. Estonia decided this already 10 years ago. And allow me here to thank Germany for having taken the previously unimaginable decision of raising its defence spending to 2%. All of Europe thanks you.

Let me say here clearly that as we strengthen European defence, we need to work hand-in-hand with NATO. Time after time we have agreed that a stronger Europe means a stronger NATO, just as a stronger NATO implies a stronger European defence. I look forward to a third joint declaration between the EU and NATO on the matter.

A stronger European defence means planning our spending wisely and in coordination. We must concentrate on those capabilities that are too expensive for any individual Member State to develop on their own, such as long-range air defence, including missile defence.

Our European capabilities need to be mobile, so we can move them quickly if we need to. And they need to be state-of-the-art. Russia may have an enormous military force, but we can compete with quality, breakthrough technology. I urge all Member States to submit only PESCO projects that bring a technological innovation to the table.

And here is a sobering thought: in stepping up European defence, we must find a consensus within the EU that sometimes the best way of achieving peace is the willingness to use military strength.

These are my thoughts on the need for a policy of smart containment. Let me now turn to the second area we should concentrate on as we think of the post-war order, and this is the future of Ukraine.

Madam President, dear Members, Ukraine came under attack in 2014 because it wanted to join the European Union. It came under armed attack on 24 February because it seeks to take its rightful place among us. It is in our interest that Ukraine becomes more stable, more prosperous and solidly founded on the Rule of Law. I know from Estonia's own experience that this is how it works.

But it is not only in our interest to give Ukraine a membership perspective; it is also our moral duty to do so. Ukraine is not fighting for Ukraine, it is fighting for Europe.

If not now, then when?

I thank you for your attention.

Josep Borrell Fontelles, *Vice-President of the Commission / High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy*. – Madam President, I should like to thank the Prime Minister of Estonia, Ms Kallas, for setting so clearly what is at stake. Her presentation has been so complete that I am afraid it will be difficult for me not to repeat what you have already said. I will try. I will try not to repeat what the Prime Minister has said, and you already know. And I want to bring to this House a double message. First, we have done a lot. Second, we haven't done enough.

First, we have done a lot, breaking taboos and advancing something that was unthinkable some days or hours before. But certainly, it's not enough and we should have done it quicker. So let's be self-praising, but at the same time, let us be self-critical because the challenges that we are facing will require a stronger stance from our side. And we will require to be ready to pay a price, to pay a price because the consequences of the war will be long lasting and the consequences of this war will be shaping European policies for the years and decades to come.

We are going to face the problem of gas supply, refugees, changing above all in what do we understand by the security and defence policy of the European Union, and the fragmentation of the world economy that will certainly result from the weaponisation of interdependency, which is no longer something to be discussed in academic circles – it is not an abstract concept, it is a reality. Weaponisation of interdependency, and certainly we are dependent on Russian gas, and the first thing to do is to cancel this dependency.

Dear Members of the European Parliament, when the phone rang at 5 o'clock in the morning two weeks ago, and my Head of Cabinet told me they had started bombing Kyiv, I felt the page of history turning, and I felt that we were entering in a new era, in a new moment of the history, in an occasion in which we Europeans, we should be able to really face the challenge that Russia is putting to us.

And in order not to repeat what the Prime Minister has already said, allow me to make some evaluations about in general terms what's going on in this new era of our history. The first one is that the fact that we Europeans don't like war doesn't allow us not to think about war.

Nous, les Européens, on n'aime pas la guerre. On l'a trop faite entre nous et ça nous a laissé un goût amer. On ne veut pas la faire, mais ceci ne veut pas dire que les autres ne veulent pas la faire. Il faut être deux pour faire la paix, il en faut seulement un pour faire la guerre.

À présent, nous faisons face à une guerre, car Poutine a une vision de l'Histoire complètement différente de la nôtre. Son univers mental est différent du nôtre et c'est pour cela qu'il a fait ce qu'il a fait. C'est aussi pour cela qu'il faut y faire face, tout en sachant qu'il s'est trompé dans un certain nombre de prévisions.

Putin ha pensado que Ucrania era débil y servil y se ha encontrado con un país fuerte y resistente. Pensó que Europa estaba demasiado dividida y era demasiado dependiente de su gas para mostrarse unida frente a él. Pensó que los Estados Unidos estaban demasiado ocupados con China para volver a fijar sus ojos en lo que pasaba en Europa. Pensó que la división entre Europa y los Estados Unidos era lo suficientemente grande como para que no nos uniéramos como hemos demostrado hacerlo. Y pensó que su ejército era capaz de aplastar Ucrania en pocos días, ocupar Kiev y colocar allí un régimen fantoche. Y todo eso no ha sido como él pensaba. Esta guerra va a durar y saldremos de ella en función de una serie de circunstancias que después les intentaré explicar.

La segunda consideración que hemos de hacer es que la interdependencia económica y una globalización no cambian la brutalidad de las relaciones de fuerza. Que el cambio político a través de las relaciones comerciales es una buena manera de construir un mundo pacífico, pero no es suficiente. Y, desde luego, no lo es frente a aquellos que no comparten nuestros valores de la democracia liberal.

Creo que fue Lenin quien dijo aquello de que los capitalistas estarían dispuestos a vender hasta la cuerda con la que los ahorcaremos si de ello sacan algún beneficio. Y Putin pensó que nuestra adicción al gas ruso era lo suficientemente fuerte como para hacernos retraer de la guerra en Ucrania. Pensó que nuestros lazos energéticos con Rusia nos inmovilizarían y, ciertamente, nuestros lazos energéticos con Rusia nos condicionan. Porque cada año pagamos por el petróleo, el carbón y el gas rusos el equivalente de las reservas de cambio que hemos bloqueado en los bancos occidentales, donde el Banco Central ruso las tiene depositadas. Hemos bloqueado el *stock*, pero no hemos parado el flujo. Y ya sabemos que los *stocks* son consecuencia de la acumulación de flujos, como ha hecho Putin desde que invadió Crimea, cuando puso a salvo sus reservas de cambio sacándolas de la denominación en dólares y en euros para ponerlas en la moneda china, en oro o en divisas que estuvieran fuera de nuestro alcance.

Por lo tanto, la primera cosa que tenemos que hacer es cortar el cordón umbilical que une nuestra economía con la rusa y cortar el flujo que le permite acumular reservas con las cuales financiar la guerra.

Eso lo podemos hacer al nivel de la macropolítica, como ayer hizo la Comisión, con una nueva directiva que pretende recortar, de aquí a fin de año, en dos terceras partes nuestra dependencia del gas ruso. Objetivo difícil pero realizable si realmente nos aplicamos a ello. Y eso requiere medidas macroeconómicas, medidas técnicas, y también requiere que los ciudadanos europeos bajen la calefacción de sus casas. También requiere que todo el mundo haga un esfuerzo individual en recortar el consumo de gas, igual que recortamos el consumo de agua cuando hay sequía e igual que nos ponemos una mascarilla para combatir el virus. Lo que hemos hecho contra la COVID-19 lo hemos de hacer a favor de Ucrania. Tiene que ser una movilización de los espíritus, de las actividades, de las actitudes individuales, en un compromiso colectivo para hacer frente a una tarea que es, sin duda, histórica y que hemos empezado demasiado tarde, pero más vale tarde que nunca.

Porque cuando Rusia invadió Crimea dijimos que teníamos que reducir nuestra dependencia del gas ruso. Desde entonces hasta ahora la hemos aumentado. En vez de reducirla, la hemos aumentado. Ya es hora de que sistemáticamente, permanentemente, constantemente, con el valor casi de una cruzada política, los europeos reduzcan su dependencia del gas ruso.

Porque la defensa de los valores liberales no se hará si no existe un compromiso político de los ciudadanos dispuestos a pagar un precio por ello. Será una pura quimera, serán declaraciones teóricas y retóricas si no estamos dispuestos a actuar más unidos, más coordinados, y a pagar el precio que tiene, inevitablemente, cualquier transformación estructural como aquella que representa cambiar el *mix* energético del conjunto de un continente.

También tenemos que luchar contra la narrativa. Ayer estuve hablando a los ciudadanos de la India, de Oriente Medio, de los Emiratos Árabes Unidos, para contrarrestar el discurso de Rusia, que dice que hemos sido nosotros, los occidentales -en particular los ucranianos-, los que hemos iniciado la guerra, que somos nosotros los que lanzamos amenazas nucleares, que la culpa es nuestra por intentar empezar lo que ya llaman -la llaman así- 'la Tercera Guerra Mundial'. Hay que combatir esta narrativa, primero cortando las fuentes de desinformación, como hemos hecho, y después desarrollando la nuestra. Porque no basta con silenciar la suya. Hay que desarrollar la nuestra. Les invito a todos ustedes, parlamentarios, a que desarrollan una gran labor de diplomacia parlamentaria, a hacerlo ahora más que nunca, llevando la voz de Europa para explicar qué es lo que realmente pasa.

Porque no todo el mundo tiene la misma clara conciencia que nosotros sobre lo que está pasando en Ucrania. Y porque los mensajes falaces, trucados de mentiras pueden perfectamente contaminar las mentes de aquellos que no tienen más información que la que reciben. Es nuestra obligación dar esa información permanentemente, porque tenemos una batalla acerca de la interpretación histórica de estos acontecimientos.

Hay que separar también al régimen de Putin del pueblo ruso. Hemos llamado a esta guerra 'la guerra de Putin'. Y es cierto, es su guerra, porque es él quien ha decidido iniciarla y solo él puede pararla. Pero tenemos que separar claramente lo que son los designios de una determinada persona, apoyada por un régimen, apoyada por un conjunto de oligarcas, basados en la corrupción y en la sustracción de las riquezas de un gran país, de lo que es el pueblo ruso, que ha tenido también el valor de salir a la calle a protestar contra la guerra. Hay varios miles de ciudadanos rusos que están en la cárcel por ello y que merecen nuestra solidaridad y apoyo tanto como los habitantes de Ucrania.

Esta confrontación va a durar. Va a ser como la COVID, no va a desaparecer un buen día. Va a permanecer y dejar su marca en la historia. Y su evolución va a depender de varios factores, algunos de los cuales no controlamos.

El primero es el equilibrio del poder militar en el terreno. Una guerra la ganan o la pierden los que combaten en ella y por eso es importante que sigamos apoyando con medios militares el esfuerzo del ejército del pueblo de Ucrania.

El segundo serán las consecuencias de las sanciones que hemos decidido aplicar contra Rusia en la dimensión financiera y económica. La economía rusa está poco integrada en la economía mundial. Rusia es hoy básicamente una gasolinera y un cuartel. Es un sitio donde venden hidrocarburos y con ello alimentan a unas fuerzas armadas dispuestas a intervenir donde haga falta, desde el Sahel al Cáucaso, pasando por Siria, y ahora en Ucrania. Dependerá del efecto de nuestras sanciones. Las noticias empiezan ya a señalar que Rusia corre el riesgo de *default* en algunas de sus deudas externas. En todo caso, la caída del rublo ha sido impresionante, lo cual demuestra la vulnerabilidad de su economía y eso tendrá impactos, desgraciadamente, también en la población. Sus efectos debilitarán, pero, desgraciadamente, no podemos esperar que se produzcan en los próximos días. Su impacto será duradero, pero se manifestará progresivamente a lo largo del tiempo.

Por eso hemos de seguir aumentando la presión a través de los medios de los que disponemos. Y quiero anunciar a esta Cámara que a estas horas se ha hecho llegar a los Estados miembros un nuevo paquete de sanciones que incluye a más de cien responsables de distintos niveles del Gobierno y de la nomenklatura rusa, y más sanciones económicas, que espero que sean aprobadas antes de que acabe esta sesión.

También va a depender de la movilización internacional contra la guerra. Va a depender de lo que haga el resto del mundo. Sí, podemos estar satisfechos del extraordinario éxito diplomático que representa que 141 países hayan condenado a Rusia y solamente 4 -¡y qué 4!- hayan sido los que la apoyan. Y ¡qué 4!: Corea, Bielorrusia, Eritrea... Valiente compañía. Esta es su única compañía.

Pero también hay muchos países que se han abstenido. Y hemos de interpretar esta abstención, especialmente en África. Hemos de entender de qué forma entiende el mundo lo que está ocurriendo. Y hemos de reforzar nuestros lazos con aquellos países que, por algunas razones relacionadas con el temor a Rusia y otras relacionadas con el ansia de demostrar una independencia de pensamiento y de acción, no se han unido a la condena, sino que se han abstenido o no han participado en la votación. América, la del Norte y la del Sur, ha estado muy unida en la condena a Rusia. No lo ha estado tanto África. Desde el punto de vista geopolítico tenemos que concentrar nuestra atención en una relación más profunda con los países africanos para compartir las mismas actitudes cuando el mundo entra en una fase crítica como esta.

Putin ha intentado conquistar rápidamente las ciudades. Y no lo ha conseguido. Pretendía tomar Kiev en una semana y Kiev resiste. Todas las ciudades ucranianas resisten. Y, ante eso, hace lo que el ejército ruso sabe hacer, que es bombardear. Lo hizo en Alepo. Lo ha hecho en toda Siria, reducida a escombros, lo hizo en Chechenia y lo va a hacer en Ucrania. Sin ninguna clase de consideración por las víctimas civiles que pueda producir, abriendo corredores humanitarios con la condición de que conduzcan hacia Rusia y bombardeándolos en el momento en que la gente empieza a utilizarlos.

Nuestra condena moral no puede ser mayor. Pero esto no es un problema de moral. Es un problema de fuerza. Es un problema de trabajo diplomático. Porque a pesar de toda la condena que hagamos, tenemos que seguir trabajando para conseguir un alto el fuego y que se abran negociaciones directas e incondicionales entre Ucrania y Rusia bajo los auspicios de las Naciones Unidas.

Mientras tanto, nosotros tenemos que repensar lo que queremos ser. Tenemos que repensar cuándo y cómo vamos a activar aquellos artículos del Tratado —que están en el Tratado— que prometen que Europa construirá una defensa común —no alternativa a la OTAN, sino complementaria—, que dedicaremos más fuerza, más capacidad, más voluntad política, más compromiso a tener capacidades que aumenten nuestra seguridad y nuestra defensa.

Y debo expresar mi satisfacción por el hecho de que Alemania haya dado un primer paso al frente en esta dirección. A nadie le gusta decir a sus ciudadanos que tiene que aumentar su esfuerzo militar. Todos preferimos la mantequilla a los cañones, como se decía durante las guerras mundiales. Pero, cuando en 1975 se firmaron los Acuerdos de Helsinki, los países que hoy forman la Unión Europea gastaban en defensa aproximadamente el 4 % de su PIB. Y ahora están gastando aproximadamente el 1,5 % de su PIB. Una reducción del 4 al 1,5 % en cincuenta años de paz pudo estar justificada cuando los dividendos de la paz se empleaban en aumentar la seguridad social, el Estado del bienestar. Pero, ahora, con los desafíos que tenemos enfrente, sería realmente negar la realidad si no hiciésemos el esfuerzo pedagógico necesario para explicar a nuestros ciudadanos que nuestro sistema de vida tiene un precio; que hemos organizado Europa como un jardín a la francesa, ordenado, regulado, regido por leyes y normas, pero que, fuera, la jungla crece. Y si no queremos que la jungla invada nuestro jardín, tenemos que invertir no solo en cuidarlo, sino también en defenderlo. Porque desde Gibraltar hasta el Cáucaso nuestro entorno está rodeado por un círculo de fuego alimentado, entre otros, por Rusia, en el Cáucaso, en Siria y ahora en el Sahel.

Los europeos necesitan que el ruido de las bombas a las cinco de la madrugada de hace quince días, al caer sobre Kiev, les despierte de sus sueños de bienestar y les permita enfrentar los desafíos que no hemos buscado, pero que el mundo proyecta sobre nosotros. Y Ucrania es el primero. Corten el gas en sus casas. Disminuyan la dependencia de quien ataca a Ucrania y comprometámonos más en una defensa colectiva, que es una obligación de los Tratados a la que hemos prestado demasiada poca atención hasta ahora.

Arnaud Danjean, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, Madame la Première ministre, Monsieur le Haut Représentant, depuis 30 ans et les guerres yougoslaves, les occasions d'entendre que l'heure de l'Europe a enfin sonné n'ont pas manqué. Et pourtant, dans le domaine de la défense, les progrès n'ont jamais été à la hauteur des effets d'annonce.

Aujourd'hui, l'agression russe contre l'Ukraine nous fait basculer dans une nouvelle ère et l'Europe doit vite en tirer les conséquences. Pour concrétiser enfin l'indispensable réveil stratégique européen, nous avons déjà à notre disposition beaucoup d'instruments qui ne demandent qu'à être utilisés. Ce qui a manqué ces dernières années, ce ne sont pas des outils, ce sont surtout des volontés politiques fortes, unanimes et simultanées de la part de nos États membres.

Nous avons des pans entiers du traité de Lisbonne sur la sécurité et la défense qui n'ont pas été explorés – article 42, paragraphe 7, article 44. Nous avons des instruments financiers dont nous découvrons aujourd'hui la pertinence, mais qui n'ont pas reçu les ressources budgétaires nécessaires – Facilité européenne pour la paix, Fonds européen de la défense. Nous avons même déjà la fameuse force d'intervention puisque les groupements tactiques – les fameux «battle groups» – existent déjà depuis plus de 20 ans.

D'autre part, nous savons aussi ce qui nous fait défaut: tous nos manques technologiques et capacitaires sont identifiés et recensés chaque année dans les rapports européens. Il faut maintenant agir. Nous avons une industrie européenne de défense performante, capable de relever ces défis. Que la Commission, de grâce, cesse immédiatement toute velléité de soumettre ces industries, d'ailleurs largement duales, à des règles de taxonomie, sociales ou environnementales, qui vont assécher les investissements dans un secteur stratégique.

Plus que les annonces importantes qui vont être faites dans les prochains jours par les dirigeants européens, la crédibilité européenne se jouera sur la durée. C'est de mise en œuvre concrète et irréversible dont nous avons besoin, car rien ne serait pire que de se retrouver dans quelques mois ici, à la faveur d'une accalmie que nous espérons tous, pour constater que l'effort se sera relâché.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señora primera ministra Kallas, bienvenida al Parlamento Europeo, a su casa.

El ataque criminal de Putin nos ha puesto ante el espejo de nuestras propias fortalezas y debilidades como Unión. La posición vacilante que tradicionalmente tuvimos hacia el Kremlin contrastó con las medidas energéticas tras el estallido de la guerra, en particular el acuerdo con las sanciones económicas y el cambio de una política de asilo que nos aleja del vergonzoso cierre de fronteras a los sirios en 2015.

En apenas unos días, hemos dado un paso gigante en nuestra construcción como actor global. Una vez más se demuestra que la Unión Europea se forja a golpe de crisis. Y ha llegado el momento también de hacer autocrítica para aprender de nuestros errores: nunca más debemos sacrificar los derechos humanos por el gas.

La creación de reservas estratégicas de gas, la compra conjunta de gas y la interconexión de la península ibérica como centro de almacenamiento y distribución son un imperativo estratégico urgente. La imposición de un gravamen a las empresas eléctricas que no invierten en energías renovables es igualmente una necesidad imperiosa, porque cada euro que invertamos en energías verdes reducirá nuestra vulnerabilidad estratégica.

También necesitamos una hoja de ruta para rectificar los errores cometidos en la crisis de refugiados de 2015. La activación de la Directiva sobre protección temporal obliga a los Estados miembros a facilitar alimentación, educación, sanidad y trabajo. Ahora debemos consensuar un sistema de reparto solidario y establecer una estructura de acogida. La protección a las víctimas de guerra representa una oportunidad para pensar en una nueva política migratoria basada, esta vez sí, en la responsabilidad y en la solidaridad.

Y también debemos prepararnos para apoyar al pueblo ucraniano. Nunca quisimos una guerra; Putin es el único responsable. Hoy, las armas para la supervivencia de una Ucrania libre son las que no tuvo la Segunda República española hace ochenta años por la inacción de las democracias europeas. En esta hora trágica, el ejército ucraniano necesita medios militares para defender a hombres, a mujeres y a personas vulnerables. Su seguridad también es la nuestra, porque nadie estará a salvo en el resto de Europa si permitimos que Putin se imponga.

El asesinato impune de la población viola las mismas leyes de la guerra contempladas en la Convención de Ginebra, y es urgente que las Naciones Unidas puedan organizar corredores humanitarios. Igualmente, la Corte Penal Internacional debe avanzar en la investigación de Putin como criminal de guerra. Y, en su papel de mediación, China debe abandonar su ambigüedad y ofrecer pasos tangibles para garantizar la paz.

La solución a la cobarde agresión de Putin no debe ser la rendición de Ucrania o la amputación de su territorio. Hablemos alto y claro ante Putin: todo Estado europeo democrático tiene derecho a formar parte de la Unión Europea, incluida Ucrania.

Hoy también es importante que este Parlamento exprese su absoluto apoyo a los países bálticos y a todos los países que tienen fronteras con Ucrania y con Rusia. Hace unos días pude comprobar la fuerza de la solidaridad en la frontera entre Ucrania y Hungría. Es admirable el trabajo de la Cruz Roja y de las organizaciones y de los voluntarios que están atendiendo las necesidades de los refugiados. Aprovechemos el apoyo de la ciudadanía para fortalecer la identidad europea, para reafirmar nuestros valores, para avanzar en una Europa más fuerte.

En la lucha contra tiranos como Putin, ha llegado la hora de dejar de pensar qué puede hacer la Unión Europea por nosotros y pensar qué es lo que nosotros podemos hacer por la Unión.

Nathalie Loiseau, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Madame la Première ministre, Monsieur le Haut Représentant, la guerre est revenue hanter l'Europe. La mort frappe à nos portes et nous devons nous rendre à l'évidence: en dépit de nos efforts et de l'héroïsme du peuple ukrainien, nous n'avons pas pu empêcher la guerre et nous ne parvenons pas encore à l'arrêter.

Bien sûr, nous avons fait beaucoup en peu de temps, des sanctions contre le régime russe à la fermeture des canaux de propagande de Moscou, en passant par la livraison d'armes à l'Ukraine. Mais nous le voyons bien, ce n'est pas encore assez.

Nous devons faire plus pour défendre le peuple ukrainien et pour nous défendre nous-mêmes. Nous devons apprendre à nous passer du pétrole et du gaz russes. Nous devons armer davantage encore l'Ukraine, non pas pour prolonger le conflit, mais pour qu'elle puisse protéger ses civils pris sous le feu des bombes russes. Nous devons veiller sur la Moldavie, qui accueille tant de réfugiés et qui tremble d'être la prochaine cible de Vladimir Poutine. Nous devons nous protéger nous-mêmes en accroissant enfin de manière significative nos efforts de défense. L'Allemagne augmente son budget militaire? Tant mieux, il était temps. Le Danemark songe à rejoindre l'Europe de la défense? Qu'il soit le bienvenu.

Mais il nous reste encore beaucoup à faire. La mobilité militaire n'a pas fait assez de progrès. Nos infrastructures critiques ne sont pas encore assez protégées. Nous devons surtout renforcer la solidarité des pays européens. Je salue le renforcement de la présence de l'OTAN à l'Est, mais songeons tout autant aux pays qui ne sont pas membres de l'Alliance atlantique – je pense en particulier à la Suède et à la Finlande. À l'heure où l'Europe doit adopter sa boussole stratégique, n'hésitons pas, ne lésinons pas, construisons l'Union européenne de la défense. Ce ne sera pas trop tôt après en avoir parlé si longtemps. Faisons en sorte que ce ne soit pas trop tard.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, the war Putin is waging is targeted against Ukraine, shelling civilian areas and attacking refugees, but his war is also meant against Europe as a whole.

Putin intends to destroy the post-Cold War European security architecture. Putin is waging a war against democracy, rule of law and freedoms, which are universal values. As the European Union, as the Union built for peace, we must act for the European security.

At European level, we need to make sure that the Member States' defence is functioning, that investments are compatible with one another, that pooling and sharing finally gets implemented, and that we have common standards so equipment cannot be used by one State alone.

But colleagues, if we are exclusively thinking about the army when saying defence and security, then we don't see the whole picture. Security means much more. It means energy security and energy independence. We need to get rid of the dependence on Russia's fossil fuels and raw materials – be it gas, oil, coal or uranium. We have plenty of sun and wind to use on our own. We have the technology at hand. We need to reduce our consumption and speed up Fit for 55, investing massively in renewables, in energy efficiency and in energy saving.

Security also means civil protection. In the last years and decades, much of the protective infrastructure in Europe has been neglected. Floods and wildfires in recent years have already shown us the lack of preparedness. The EU and its Member States need to urgently work on how to effectively protect citizens.

Security also means making sure that Europe's critical infrastructure is well-functioning, well-stocked and in public hands. The same goes for cybersecurity and our digital infrastructure and data. We need to talk about resilient societies, about communities that help each other and are educated to withstand misinformation campaigns and to spot fake news.

Security for Europe means solidarity among Member States, about sharing the efforts, for example, for welcoming the many people fleeing Ukraine. They need to be housed, they need medical care, the children need to go to school, and that will need a shared effort by all Member States and not just a few. We have seen it in the last two weeks. When we act together, we are strong. This is the lesson that we have to carry forward.

Jaak Madison, *on behalf of the ID Group*. – Madam President, I will start in English because it's for a bigger audience. I'm really surprised, in a positive way, that, if I listen, our good colleagues from the Socialist Group and from the Renew Group are calling for more military help to Ukraine. That's exactly what we have to do. I've heard some arguments that, if we help Ukraine in a military way, then the war would be bigger, there would be more chaos, it would be a disaster in the world, and it would be a Third World War. But no. The sooner we end the war in Ukraine, the sooner the Russians will be back in their own territory, and the sooner those refugees – who are really refugees today, women and children are escaping from a war zone to neighbouring countries – can go back to their homes.

I just read yesterday that our good colleagues from Poland are ready to help Ukraine with fighter jets. That's what we have to do. And unfortunately, I read that our good colleagues from the US are scared now. They are not ready to really move those fighter jets through NATO bases to Ukraine. But every day the Russians are just killing ordinary people. They are killing children. They are attacking hospitals. They are attacking ordinary houses. And every day that we wait to help, the more disasters there will be. And if the Russians succeed in Ukraine, then there is the question, who's next? In the last three months, we have seen their ambitions. We have seen what they have said and their dream is to go back to the Soviet Union times. Unfortunately I, and also Ms Kallas, are from a country that is very close to Russia, and it's very easy to close the Baltic States from the Western world. That's why we have to stop the war as soon as possible, and harmfully, against Russians.

I would also like to mention that we have to understand that there has been huge support from the Russian population for Putin. Look at 2014, after the Crimean annexation. There was huge support to go to Crimea and to occupy it. So that's why I wouldn't say that there are totally different parts of Russia, that there is Putin and the Kremlin, and there are ordinary people. A large part of Russians are unfortunately still supporting this aggressor.

Lõpetuseks eesti keeles proua Kallasele, kuna see on nõ siseriiklikult ka oluline ja kuna mul ei ole Teiega võimalik väga tihti kohtuda. NATO on meile oluline liitlane, keegi ei kahtle selles. Aga selleks, et liitlased saaksid meid kaitsta, on meil vaja ka ise panustada, maksimaalselt. Eestis on poliitiline konsensus kõikide parteide poolt, et me peame investeerima võimalikult kiiresti ja võimalikult palju Eesti riigikaitseks. Võtma riigikaitsealaenu ajal, kui meil on kõige madalam välisvõlatase Euroopa riikidest, ajal, kui inflatsioon on lendamas taevasse, ja ajal, kus meil käib sõda meie naabri juures. Ainult üks partei on sellele vastu olnud – kahjuks Reformierakond ja peaministri erakond. Põhjendusega, et muidu eelarve pole tasakaalus. Täna pole aeg rääkida eelarve tasakaalust – täna on vaja rääkida sellest, et me suudame investeerida meie kaitsevõimesse, kus kõik parteid, isegi Eesti sotsialistid, on sellega täiesti nõus. Seega, proua Kallas, kaitseme Ukrainat, kaitseme Euroopat, aga kaitseme ka Eestit! Suur aitäh!

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, we used to call the Soviet Union ‘the empire of evil and the prison of nations.’ Now looking, listening to news after the bloody, awful, full-scale, cruel aggression of Russian Federation on Ukraine, we feel an unbearable *déjà vu*. Once more willing to call it like this.

Ukrainians fight what we call ‘*bellum iustum*’ – a war that is just – because with arms in their hands, they defend their territory, whole territory, internationally recognised territory. They defend their families, innocent civilians against an enemy, against war crimes, against crimes against humanity, because we see traces of this, not only traces, actually already many documented cases.

Unfortunately, future security of our continent and probably global security, very much depends on the result of this war, and therefore we have to do our utmost to stop it. How to respond proportionately, Madam President, to killings of innocent children only 18 months old and how to use strategic patience when we have these kinds of results.

The only way I see, is that after the surrender of the Russian Federation, full rejections of neo-imperialist ambitions of will. And that is not only Putin, that’s sure. The will to stay aggressive vis-à-vis neighbours and much more beyond. We have to work to this end.

Martin Schirdewan, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin! Herzlich willkommen, Frau Ministerpräsidentin! Der völkerrechtswidrige Angriff auf die Ukraine hat viele Menschen zutiefst erschüttert. Viele haben derzeit Angst davor, dass dieser Krieg andere Länder erfassen könnte und zu einer Eskalation zwischen Atommächten führt.

Wir müssen alles dafür tun, dass dieses Szenario nicht eintritt und dass dieser Krieg im Herzen Europas unverzüglich beendet wird. Die europäische Friedensordnung wird mit jedem Flugangriff, mit jeder Granate, mit jeder abgefeuerten Kugel zerstört und die bestehende globale Sicherheitsarchitektur erschüttert. Dafür trägt Wladimir Putin die Verantwortung – ohne Wenn und Aber.

Ich will an dieser Stelle auch sagen, dass dieser feige Angriff eigene politische Ansichten infrage stellt und mich dazu zwingt, um neue Antworten zu ringen. Da, wo es keinen Zweifel geben kann, sondern nur eine eindeutige Antwort, ist unsere Solidarität und unser Mitgefühl mit der ukrainischen Bevölkerung, die eine schreckliche Tragödie durchlebt. Meine Gedanken sind auch bei den mutigen Russinnen und Russen, die nicht nur gegen den Krieg, sondern unter großen persönlichen Gefahren auch gegen die zunehmend diktatorische Herrschaft von Putin auf die Straße gehen.

Es braucht wirksame Sanktionen gegen Putin und seine Oligarchen. Nur wer dessen Machtapparat trifft, greift auch seine Machtbasis an. Vergesellschaften wir deren Villen, die Jachten, spüren wir dem schmutzigen Geld nach und stellen wir diese Reichtümer für humanitäre Zwecke und den Wiederaufbau der zerstörten Städte in der Ukraine zur Verfügung. Aber damit die gezielten Sanktionen wirklich wehtun, muss endlich Schluss damit sein, dass Oligarchen ihr Geld in EU-Steuerparadiesen parken. Wir brauchen Steuertransparenz, EU-weite Immobilienregister und eine scharfe Regulierung für Kryptowährungen.

Perspektivisch wird die Europäische Union ihre Rolle in einer neuen globalen Sicherheitsarchitektur nur dann glaubwürdig umsetzen können, wenn sie sich unabhängig mit Energie versorgt. Erneuerbare Energien müssen jetzt ausgebaut werden, und es braucht eine nachhaltige europäische Ernährungssouveränität, es braucht Autonomie und öffentliche Kontrolle bei kritischer Infrastruktur – wie der Halbleiterindustrie, bei der Gesundheitsversorgung, bei der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Meine Damen und Herren, es wird eine Zeit nach diesem fürchterlichen Krieg geben. Und auch wenn in diesen Tagen viele Gewissheiten infrage gestellt sind, so bleibt doch eine Überzeugung intakt: Die Welt wird durch Aufrüstung und militärische Gewalt kein sicherer Platz. Wollen wir unseren Kindern eine friedliche Zukunft garantieren, brauchen wir konkrete Abrüstungsschritte, die Stärkung internationaler Organisationen, ein Ende von Massenvernichtungswaffen. Wir werden weiterhin an einer Sicherheitsarchitektur arbeiten müssen, die auf internationalem Recht basiert und in der Konflikte friedlich durch Diplomatie und nicht durch Krieg gelöst werden.

Kinga Gál (NI). – *(a felszólalás eleje mikrofon nélkül hangzik el)* ...katonai agressziója. Európa közös érdeke, hogy Ukrajnában mielőbb visszaálljon a béke és a biztonság. Fontos a NATO-külgügyminiszterek pénteki döntése, miszerint NATO nem lesz a háború részese, és meg kell akadályozni, hogy a háború Ukrajnán túlra terjedjen. Ehhez most stratégiai nyugalomra és felelősségtudatra van szükség. Minden olyan lépést kerülni kell, amely belerángatná hazánkat a szomszédban zajló háborúba, veszélybe sodorva a magyar emberek biztonságát.

Magyarország elkötelezett a béke helyreállítása mellett. Szombaton a magyar–ukrán határon jártam. Láttam a tömegesen érkező menekülteket, szinte csak nőket gyermekekkel. Egy emberként segíti őket az ország, érkezzenek Ukrajna bármelyik részéről. Magyarország egyik legnagyobb humanitárius akciója zajlik, emiatt érthetetlen és elítélendő a rengeteg ellenünk gerjesztett rosszindulatú álhír, dezinformáció, amelyek akár a határ túloldalán élő magyarok biztonságát is veszélyeztetik. Hiszen háborús helyzetben minden szónak fokozott ereje van. Kérek mindenkit, hagyjanak fel a rosszindulatú álhírtörzsezzel.

Rasa Juknevičienė (PPE). – Madam President, colleagues, the security situation in Europe today depends on one thing and one thing only: whether we stay strong and united and defeat the 21st century Hitler and Stalin in one, called Putin; whether we defeat him is up to us. Yesterday, a Ukrainian writer, Oksana Zabuzhko, said 'Ukrainians are not afraid of Russia. The Ukrainians will defend their land'. What about us? Is the European Union afraid of Russia? Are we afraid of high costs? All of us, we have to say 'no'.

Now the key questions for ourselves are, first, full military assistance to the Ukrainians currently defending Europe. Second, full containment of the Putin regime and Russia to the point of total embargo. Third, sanctions until the very end, until the last occupier leaves the Ukrainian soil, all of its territory. Fourth, a special procedure for Ukraine's EU candidate status now. Ukraine signed its membership application in blood. I call on the Council not to be afraid of Russia and of this challenge to ourselves. Ukraine needs political protection.

Pedro Marques (S&D). – Senhora Presidente, Senhora Primeira-Ministra, Caro Alto Representante, Colegas, a guerra que nos choca pelas atrocidades cometidas, infiltra-se agora na nossa vida através da economia. É o custo dos combustíveis dos nossos carros, a carne à nossa mesa, o pão. Mas não permitamos que as consequências económicas ditem qualquer cedência perante a bárbara agressão, pois seria uma falha de humanismo e solidariedade de que nunca nos perdoaríamos.

Assumamos os custos da defesa da liberdade. Hoje é a dos ucranianos, amanhã pode ser a nossa. Tal como na pandemia, é fundamental que a UE aja rápido antes que da guerra resulte uma crise profunda. Um grande plano económico de resposta à crise da guerra é, por isso, indispensável. Não será o redirecionamento do NextGenerationEU, cujos fundos são necessários para o défice de investimento estrutural da União Europeia.

É preciso um novo plano com novos recursos comuns, um NextGenerationEU 2.0. O sucesso que tivemos quando não nos faltou ambição para responder à crise da COVID-19 deve guiar-nos agora para respondermos a mais este desafio, que põe em causa a própria União.

Petras Auštrevičius (Renew). – Madam President, Putin's plan to steadily expand aggressive Russkiy Mir has turned into a brutal war against Ukraine, a human tragedy and become a litmus test for the EU and the West in general.

Let us recognise that Ukraine is a welcome candidate to our family. Let us help repel the aggressor and let us give them all the support they need. Let us provide a safe haven for Ukrainian women, children and elderly people who are forced to flee. We have no right to let Srebrenica happen again. We must do everything possible to return the sky over Ukraine to a peaceful blue and to make the evacuation of civilians safe.

Let us create an EU civilian force that can ensure the safety of evacuation at short notice. Colleagues, no-fly zone, No Europe zone. The European Union's response to the aggression against Ukraine must be based on a principle, collective victory or collective failure, and I believe only the latter is not a choice. Long live European Ukraine!

Jordi Solé (Verts/ALE). – Madam President, Jean Monnet was definitely right when he wrote in his memoirs, 'Europe will be forged in crisis'. The EU's response to the terrible crisis provoked by Putin's invasion of Ukraine has been swift, united and strong. It's an answer that lives up to the seriousness of the moment, the worst security crisis in Europe since the end of the Second World War, and it has allowed us, EU citizens, to feel convinced that, by helping Ukraine in almost every way we can, we are defending the pillars of our common European house as well.

Whether this determination will lead the EU finally to become a geopolitical player is still to be seen. We have progressed a lot in just a few days, it's true, but there is still much more to be done and much more convergence in foreign and security policy to be achieved. What is for sure is that the EU's response has been one of Putin's many miscalculations. He expected the usual disunity and vague diplomatic jargon, but instead he has got unprecedented sanctions for his regime and unprecedented solidarity with Ukraine.

It is now of the utmost importance that the EU's unity and solidarity holds in the event of a prolonged war, and even when the economic reverberations of the war start hitting our economies. Our unity will be key to make Putin end his bloody war. While decisive progress in shaping our own security and defence is to be expected in the months to come, we must not forget or relinquish the role that real diplomacy will have to regain at some point in this painful conflict. The sooner, the better. We will also have to be ready to play a key role in that.

Mara Bizzotto (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la guerra in Ucraina è una drammatica follia. L'aggressione militare fatta dalla Russia di Putin contro l'Ucraina va condannata nella maniera più assoluta e va fermata il prima possibile, usando le armi della diplomazia per ristabilire la pace. Siamo di fronte a una guerra sporca, che sta provocando morte e distruzione tra i civili, e che rischia di sconvolgere il mondo intero. La guerra in Ucraina ci riguarda tutti da vicino, perché è un attacco ai nostri valori e a tutto l'occidente libero.

La minaccia nucleare avanzata da Putin è una minaccia alla sicurezza mondiale, alla sicurezza di ognuno di noi, di fronte alla quale non si può far finta di nulla. Tutti noi abbiamo il dovere di difendere con ogni mezzo la nostra libertà e la nostra democrazia. Questa deve essere la nostra missione di fronte alle minacce globali che ci arrivano da dittature e regimi come la Cina comunista, l'Iran e i pasdaran islamici o la Russia di Putin.

Per vincere queste sfide dobbiamo essere compatti e rilanciare con forza l'alleanza con gli Stati Uniti d'America; è tempo di rafforzare l'Alleanza atlantica, è tempo di costruire una solida alleanza con Israele, è tempo di creare una relazione speciale con la Gran Bretagna e i paesi dell'anglosfera, che sono alleati fondamentali per le politiche di sicurezza e difesa comune.

Su queste partite politiche l'Europa deve recitare un grande *mea culpa* per le ambiguità, i doppi giochi e gli errori commessi in questi anni. Cari colleghi, la guerra in Ucraina ci pone di fronte a un bivio della storia: da una parte il mondo della libertà e della democrazia occidentale, dall'altra parte il mondo della dittatura, dell'oppressione e della violenza. Noi stiamo dalla parte del popolo ucraino, perché il bene vinca sul male, perché la pace fermi le bombe e perché la libertà trionfi sulla dittatura.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Premier! Panie Wysoki Przedstawicielu! Sankcje realne – tak, ale bez wyjątków. Rosja utrzymuje się z eksportu broni i eksportu surowców. Jeśli kraje naszej Unii będą mówić: sankcje – tak, ale..., to wówczas będzie to prezent dla Putina i będzie to pozorna solidarność. Pan przewodniczący powiedział o rozmowach pokojowych pod auspicjami ONZ-etu. Jutro będą w Turcji, z inicjatywy Turcji, rozmowy szefów MSZ-etu Ukrainy i Rosji. Na te rozmowy nie mamy żadnego wpływu. Na negocjacje pod auspicjami ONZ-etu być może jakiś byśmy mieli. Ktoś był szybszy, ktoś był wolniejszy.

Piękna metafora, Panie Przewodniczący, o europejskim ogrodzie i dżungli. Tyle że w tym ogrodzie był brak solidarności. W naszym ogrodzie były spory wewnętrzne i ataki na kraje, które sąsiadują z dżunglą. Teraz chciałbym, żeby Pan obiecał, że tych ataków w sytuacji inwazji dżungli więcej nie będzie. Zwłaszcza na kraje, które z tą dżunglą graniczą.

I wreszcie parę słów o NATO, bo o tym mowa. Cieszę się, mam nadzieję, że Finlandia tę decyzję podejmie. Zwłaszcza po rozmowach w zeszłym tygodniu, jakie miały miejsce między Helsinkami a Waszyngtonem. Natomiast jedna rzecz bardzo ważna: wspólne działania NATO, a nie tak, że poszczególne kraje na własną rękę będą podejmowały decyzje, bo takich decyzji nie będzie.

Silvia Modig (The Left). – Arvoisa puhemies, arvoisa pääministeri, Venäjän aloittama sota on täysin tuomittava. Se on julma ja raukkamainen hyökkäys suvereenia valtiota kohtaan ja täysin viattomat siviilit ovat sen suurimpia kärsijöitä. Samalla kun varaudumme auttamaan pakolaisia, meidän on tehtävä kaikkemme, jotta Ukrainaan saadaan rauha, ja kiristettävä pakotteita entisestään.

Monissa jäsenvaltioissa käydään nyt kiivasta keskustelua niiden asemoitumisesta uudessa, huonommassa turvallisuuspoliittisessa tilanteessa. Kuten Ukrainalla, kaikilla suvereenilla valtioilla on oikeus tehdä omat turvallisuuspoliittiset ratkaisunsa itsenäisesti. Niitä ei tule tehdä pelon sanelemana, vaan vakaan harkinnan kautta maltilla, mutta ilman turhaa viivyttelyä tai painostukseen taipumista, ja niiden päämääränä tulee olla rauha.

Välittömien rauhanponnistelujen ja humanitaarisen avun lisäksi EU:n on nyt nopeassa aikataulussa päästävä irti riippuvuudestaan venäläisestä fossiilisesta energiasta. Tämä on välttämätöntä niin ilmaston, energiavarmuuden kuin turvallisuuden näkökulmasta.

Komission eilinen tiedonanto oli hyvä alku, mutta pystymme vielä parempaan. Meidän on välittömästi saatava liikkeelle sellaiset vihreät investoinnit, jotka vauhdittavat siirtymää nopealla aikavälillä. Tarvitsemme hyvin nopeasti toimenpiteitä energiatehokkuuden parantamiseksi ja lämmitysjärjestelmien muutoksiin. Jäsenvaltioissa tarvitaan nyt tieto siitä, että nämä välttämättömät, myös työpaikkoja synnyttävät investoinnit voivat lähteä saman tien käyntiin. Jos tämä vaatii olemassa olevien tai käsittelyssä olevien rahoitusmekanismien uudelleenarviointia, on meidän oltava siihen valmiit.

Francesca Donato (NI). – Signora Presidente, signora Prima ministra, signor Alto rappresentante, onorevoli colleghi, la scelta di armare l'Ucraina e aumentare a dismisura le sanzioni alla Russia sta producendo i suoi amari frutti: più morti sulla scena del conflitto, le prevedibili contromisure di Putin e le inevitabili devastanti ricadute sull'economia europea. I cittadini e le imprese europee pagano il conto delle politiche miopi e avventate decise dalla Commissione, ed è un conto salatissimo.

I prezzi delle materie prime stanno esplodendo, le ripercussioni sul costo dei beni al consumo già si iniziano a vedere. Sta arrivando un periodo di iperinflazione e carestia in cui migliaia di imprese falliranno, la povertà aumenterà drammaticamente e le tensioni sociali si inaspriranno. Tutto questo non accadrà in Russia, colleghi, ma in Europa. E la responsabilità di questo disastro non potrà essere scaricata solo su Putin, perché in realtà è anche frutto di scelte inadeguate del governo europeo.

Siete convinti di risolvere il problema con più armi, più morti e più sanzioni? Ma è troppo comodo fare gli eroi con le vite degli altri. E a fronte di questo proponete di concentrare in Unione europea la difesa e la sicurezza di tutti noi investendo i soldi dei contribuenti per finanziare un esercito sotto la guida della Commissione? Questo è dunque l'obiettivo? No, grazie.

David McAllister (PPE). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der barbarische Angriffskrieg gegen die Ukraine bedeutet, wie mehrere Vorredner es bereits betont haben, eine Zeitenwende. Die Gewissheiten der letzten drei Jahrzehnte seit 1990 haben ihre Gültigkeit endgültig verloren, die Welt der Mächtekonkurrenz ist zurück. Als Europäer müssen wir wieder lernen, für unsere Werte zu streiten, unsere Interessen in der Welt zu benennen und durchzusetzen.

Um unsere Freiheit, Sicherheit und Versorgung dauerhaft zu sichern, braucht Europa einen Realitätscheck. Ja, wir benötigen dringend eine grundlegende Neuausrichtung unserer Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Dafür gilt es, eben genau diese gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik effektiver zu gestalten. Das Europäische Parlament hat mit großen Mehrheiten seit Jahren konkrete Vorschläge dazu gemacht, zuletzt während der Plenardebatte und der Plenarsitzung hier in Straßburg, wo die beiden Berichte verabschiedet wurden. Lasst uns jetzt endgültig konkrete Schritte hin zu einer europäischen Verteidigungsunion gehen – eng abgestimmt mit unseren Nachbarn, eng abgestimmt mit unseren NATO-Partnern –, und zwar schnell und engagiert.

Marek Belka (S&D). – Pani Przewodnicząca! Pani Premier! Panie Wysoki Przedstawicielu! „Ile jeszcze Twoich dzieci zabierze nie twoja wojna?” - śpiewa ukraiński zespół Okean Elzy. Niestety wojna właśnie wróciła do Europy i puka również do naszych drzwi. Skoordynowane działania pomocowe i sankcyjne pokazały Unię jako silny blok, który nie będzie wbrew nadziejom szalonych dyktatorów jedynie przyglądał się wojnie na jej granicach. Nasze dotychczasowe sankcje wykluczają Moskwę z cywilizowanego świata. Jako Unia wspólnie musimy kontynuować działania, które uderzą w Kreml z siłą dewastującą w rosyjską gospodarkę. Te sankcje muszą boleć Putina, oligarchów, ich rodziny i niestety również zwykłych Rosjan. Dlaczego? Bo społeczne niezadowolenie i bunt w kręgach władzy mogą zapobiec eskalacji konfliktu i dalszym zbrodniom tego szaleństwa.

Czy sankcje zabolą i nas? Tak, czekamy na strategię Komisji ograniczającą negatywne skutki sankcji dla Europejczyków. Jest jednak cena, którą i my zapłacimy za obronę naszych wartości. Jako wspólnota musimy zrobić wszystko, by znów nie było potu i łez na twarzach Europejczyków.

Nicola Beer (Renew). – Frau Präsidentin! Erst zwei Wochen ist es her, dass wir aufwachten mit Krieg, mitten in Europa. Russland hat den Frieden aus den Fugen gehoben. Seit zwei Wochen leistet die Ukraine heldenhaft Widerstand, erleidet die Zivilbevölkerung die Schrecken des Krieges.

Europa hat bewiesen, dass es schnell und entschlossen handeln kann. Das ist ein Funken der Hoffnung. Mit dieser Entschlossenheit hatte Putin nicht gerechnet. Doch jetzt gilt es, Kolleginnen und Kollegen, einen langen Atem zu haben, keinen Fußbreit gegenüber Putin zurückzuweichen und die Ukraine langfristig wirtschaftlich, humanitär und mit Waffenlieferungen zu unterstützen. Wir müssen die beschlossenen Sanktionen zielgenau umsetzen, nachschärfen, Schlupflöcher schließen. Wir müssen alle Möglichkeiten zur Beendigung der europäischen Energieimporte aus Russland nutzen und gemeinsam entschlossen handeln.

Kein Euro darf mehr fließen! Es ist an uns, Putins Kriegskasse auszutrocknen. Europa muss sich als Bastion von Recht und Freiheit behaupten. Wir müssen unsere Fähigkeiten schnell nachhaltig ausbauen. Militärisch in voller Komplementarität mit der NATO, ökonomisch mit Blick auf Stärkung der Resilienz unserer Wirtschaft, politisch in einer gemeinsamen Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Und auch gegenüber China brauchen wir Geschlossenheit. Peking muss sich entscheiden, ob es Partner oder Gegner der freien Welt sein will. Noch ist es für China Zeit, zum friedensstiftenden Vermittler zu werden und auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen.

Viola Von Cramon-Taubadel (Verts/ALE). – Madam President, dear Prime Minister, High Representative, the world that was is no more. It changed irreversibly when Putin's troops crossed the Ukrainian border and started killing civilians. Putin did exactly what some of us have been warning you about for years. Yet I don't feel pleasure for saying I told you so. It's no time for pointing fingers, it's time to stand up for Ukraine and bolster our security.

Putin's bloody war has shaken us to the core. Now we need to protect our democracy and our Union by all means. Many things we considered unthinkable happened. Nord Stream 2 is stopped. Russia is partly cut off from SWIFT. The EU Member States' defence budgets have increased significantly. This means that we can act and adapt in the face of danger. Regardless of how the Russian invasion ends, Putin has already lost this war. He turned his country into a pariah state and destroyed its economy. Modern Russia is not the military superpower as claimed by Putin. Its imperial ambitions will be forever buried under the Ukrainian *rasputitsa*.

It is not a war only against Ukraine. This is Putin's war against the civilised world. Ukraine, on the front line, is defending us and every democracy. We cannot let Ukraine fall. We need to support our fellow Europeans with all resources they require in their defence war.

Harald Vilimsky (ID). – Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das, was meine Vorredner hier von den mitgenommenen Zetteln abgelesen haben, ist für mich viel zu viel an Säbelrasseln und der aktuellen Situation auch nicht dienlich. Ich möchte eines klarstellen: Das, was das russische Regime und Putin hier gemacht haben, nämlich einen Angriffskrieg zu führen, wo es auch einen Blutzoll bei der Zivilbevölkerung gibt, ist in jeder Form zu verurteilen. Krieg kann und darf nie eine Lösung sein. Wie aber hier dieses Haus darauf mit einer Entschließung reagiert hat, ist für mich auch ein Öl-ins-Feuer-Gießen und der falsche Weg.

Ich möchte Ihnen das anhand von wenigen Beispielen erläutern. Beispiel Nr. 1: Die weitere Involvierung der NATO ist auch ein Zeichen dafür, dass wir hier nicht den Frieden vor Augen haben, sondern eine Eskalation vielleicht durchaus zulassen.

Weiteres Beispiel: Die Ukraine im Expressvorgang in die Europäische Union hereinzuholen, ist auch der falsche Weg. Wie viele der europäischen Kriterien wollen Sie denn noch über Bord werfen? Sie haben Dublin über Bord geworfen, Sie haben Schengen über Bord geworfen, Sie haben Maastricht über Bord geworfen und jetzt Kopenhagen mit den Kopenhagener Kriterien. Zählt überhaupt nichts mehr von diesem europäischen Regelwerk hier?

Und der dritte Fall ist die Sanktionsgeschichte, wo aus meiner Sicht hier nicht die von der Leyens und die Bidens und die Staatenlenker hier großen Schaden nehmen. Nein, es sind die Menschen draußen, die hier über 2 Euro, mitunter 2,50 Euro für den Liter Treibstoff zahlen müssen. Ich bin dafür, hier alles zu unternehmen, um zu deeskalieren. Ich bin dafür, dass ein Vorschlag der Ukraine, der jetzt auf dem Tisch liegt, sich selbst für neutral zu erklären, ein richtiger Weg sein kann. ...

(Die Präsidentin entzieht dem Redner das Wort.)

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, mevrouw de premier, geachte mijnheer de hoge vertegenwoordiger, de oorlog in Oekraïne heeft ons snoeihard met de neus op de feiten gedrukt.

Oorlog in Europa? Dat was iets uit het verleden.

Investeren in defensie? Dat was allemaal niet meer nodig, vonden heel veel partijen.

Inmiddels weten we beter.

Het roer moet om, zoveel is wel duidelijk. Nee, niet door een nieuwe Europese commandostructuur in het leven te roepen, laat staan een Europees leger te vormen, maar wel door militair samen te werken en te coördineren tussen lidstaten. Voor onze defensie hebben we al een uitstekend samenwerkingsverband. Dat is de NAVO. Laten we dat koesteren en vooral daarin investeren.

Het is vooral ook aan de lidstaten om hun verantwoordelijkheid te nemen. Er moet geld bij. Er moet zelfs heel veel geld bij! Eindelijk is Duitsland met zijn hersteloperatie van 100 miljard euro wakker geworden. Maar wij? Waar blijft de rest? De NAVO-norm van 2 % van het bnp hebben we niet voor niets.

Rusland is een groot gevaar voor de wereldvrede. Daar moeten we ons tegen wapenen.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjednice, dobivamo mnogo optužbi iz Ukrajine, pa i od samog predsjednika Zelenskoga, da ih je Zapad ostavio na cjedilu. Zelenskij godinama sluša riječi potpore i ohrabrenja i obećanja o ulasku u NATO i Europsku uniju. A sada kad se nalazi pod ruskim napadom, osim nešto oružja i opreme Zapad ne čini ništa jer ne želi riskirati treći svjetski rat.

Nije li se isto dogodilo s Gruzijom, godine obećanja ohrabrivanja i potpore, ali kad je došlo do same ruske intervencije na Gruziju, ostala je sama. Tu su naravno i sankcije. Zapad je spreman izbaciti Rusiju iz SWIFT-a, za koji oni imaju alternativu, sankcionirati ruske mačke, votku, otkazati prekograničnu suradnju nacionalnih parkova, sankcionirati Čajkovskog i Dostojevskog, koji nema nikakve veze s ovim ratom.

Ali ozbiljne sankcije, nafta, plin, nuklearno gorivo, Zapad je tu vrlo vrlo suzdržan i nastavlja *de facto* financirati Rusiju. Ono što moram spomenuti je su zadnje informacije koje su se pojavile i u američkim i kineskim medijima o nekoliko desetaka biolaboratorija na području Ukrajine koji su pod direktnom kontrolom američkog ministarstva obrane.

U interesu građana tražim da se razjasni što se to tamo nalazi, ako se nalazi što se razvijalo jer nam ne treba novi Wuhan

Βαγγέλης Μεϊμαράκης (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, κύριε Πρωθυπουργέ, σάς ευχαριστούμε για την παρουσία σας, κύριε Υπάτε Εκπρόσωπε, εγώ πιστεύω ότι η Ευρώπη από τις κρίσεις γίνεται πιο ισχυρή και έτσι και τώρα, μετά τη βάρβαρη και αλόγιστη εισβολή της Ρωσίας στην Ουκρανία, πιστεύω ότι γεννιέται μια νέα γεωπολιτική Ευρώπη, μια Ευρώπη στην οποία θα πρέπει να αισθανόμαστε τα εδάφη όλων των κρατών μελών δικά μας εδάφη και τα οποία θα μπορούμε να υπερασπιστούμε με οποιοδήποτε κόστος.

Μια Ευρώπη ισχυρός παίκτης πλέον με ρόλο, λόγο και παρέμβαση διεθνή στην ειρήνη. Για τον λόγο αυτό περισσότερο από ποτέ τώρα έχουν ωριμάσει οι συνθήκες να συζητήσουμε την ενίσχυση της άμυνας και της ασφάλειας της Ένωσης μας με τη δημιουργία ευρωπαϊκής δύναμης ταχείας δράσης ειρηνευτικού και αποτρεπτικού χαρακτήρα, που θα μπορεί να υπερασπίζεται τα σύνορα της Ευρώπης όταν αυτά απειλούνται. Υποτίμησε ο Πούτιν, όπως είπαν όλοι, τη σθεναρή αντίσταση των Ουκρανών και είναι πλέον γεγονός ότι, μπορεί στρατιωτικά να επιβληθεί αλλά έχει χάσει τη μάχη. Υποτίμησε και την άμεση αντίδραση της Ευρώπης, η οποία αισθάνθηκε επίθεση στο έδαφός της και ξύπνησε δρώντας με ενιαία φωνή. Επέβαλε λοιπόν αυστηρές κυρώσεις, διαμηνύοντας ότι τις αρχές, τις αξίες της ελευθερίας και της δημοκρατίας δεν τις διαπραγματεύεται με την τιμή του φυσικού αερίου και την ευημερία, αν και γνωρίζει ότι θα πονέσει γι' αυτό και θα πολεμήσει.

Tonino Picula (S&D). – Poštovana predsjednice, gospodo premijerko, visoki predstavnice, rat ruskog predsjednika Putina protiv Ukrajine prijelomni je trenutak u novijoj europskoj povijesti. Rуска agresija potaknula je tektonske promjene u Europskoj uniji. To je jedini pozitivan ishod tragičnih događanja u protekla dva tjedna.

Vidimo da 27 članica može ujediniti stajališta, može zajednički djelovati kao geopolitički akter na globalnoj pozornici. Zajednička vanjska i sigurnosna politika ne smiju ostati najslabije karike europske integracije. Europska sigurnost ne smije se dogovarati bez Europske unije. Unija konačno treba preuzeti veću odgovornost za svoju sigurnost i obranu, ali treba moći spriječiti i nove Vukovare i Srebrenice na kontinentu.

Krajnje je vrijeme za potvrdu strateškog kompasa, povećanje ulaganja u zajedničku obranu i jačanje strateške autonomije. Europa treba biti predvodnik uspostave nove multilateralne agende. Iskoristimo ovaj politički momentum zajedništva i izjednačimo ambicije s konkretnim akcijama.

Očekivanja naših građana su jasna. Jačanje zajedničke obrane za njih je prioritet, a Europski parlament kao njihov direktan predstavnik želi i treba biti ravnopravno uključen kao partner.

Bernard Guetta (Renew). – Madame la Présidente, Madame la Première ministre, Monsieur le Haut-Représentant, il avait cru qu'il n'y aurait pas de résistance ukrainienne et il s'est trompé. Il avait cru que les Vingt-sept ne sauraient pas réagir et il s'est trompé. Il avait cru que les Américains ne bougeraient pas et il s'est trompé. Il avait cru que les Russes l'applaudiraient et il s'est trompé.

Ce si puissant stratège s'est trompé sur tout et il ne nous reste plus à le détromper que sur un dernier point: M. Poutine doit maintenant comprendre que nos nations sont prêtes à lui résister par les armes et par l'abandon de son gaz.

Nous, le Parlement, devons appeler nos 27 gouvernements à ne plus acheter ni gaz ni pétrole russes et à fermer le ciel de l'Ukraine à M. Poutine. Nous devons par là manifester la volonté de la nation européenne de résister à cette guerre d'agression menaçant tout notre continent. Mais c'est bien évidemment à nos 27 gouvernements qu'il reviendra ensuite de voir comment et quand le faire, tout en sachant qu'ils pourront alors se prévaloir de notre détermination et de notre soutien dans leur nécessaire discussion avec le Néron du Kremlin.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiama Pirmininke, gerbiama Ministrė Pirmininke, kolegos. V. Putinui pradėjus ši karą, aš tikiuosi, kad mes visi išmokome atidžiau klausytis perspėjimų, nes apie Kremliaus planus Baltijos šalys kalbėjo jau seniai. Antra – mes vis dar mokomės, bet pradėdame greičiau reaguoti į iššūkius. Tai rodo ir sankcijų priėmimo sparta. Trečia – aiškiai suvokėme, kad tik globali partnerystė su kitomis šalimis gali duoti reikšmingų rezultatų.

Tikiuosi, kad mes supratome, kad tuščiomis kalbomis apie Europos Sąjungos autonomiją padėties nepakeisime, – reikia veikti kryptingai ir sparčiai.

Ministrė Pirmininke, kiek yra šansų, kad Taryba priims sprendimą atsisakyti Rusijos iškastinio kuro?

Ir kada galima tikėtis sprendimo dėl Ukrainos pakvietimo į Europos Sąjungą?

Beata Szydło (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Premier! Panie Wysoki Przedstawicielu! Szanowni Państwo! To jest czas próby. To jest czas odpowiedzialności i solidarności całej Unii Europejskiej, całego cywilizowanego świata. Stajemy dzisiaj przeciwko najeźdźcy, agresorowi. I musimy powstrzymać Putina. Musimy wspierać Ukrainę, bo to jest kwestia przyszłości i bezpieczeństwa nas wszystkich, całej Europy.

A więc czas, ażeby skończyć wygłaszać płomienne przemowy, a zacząć działać konkretnie. I o tych konkretach musimy również tutaj rozmawiać, bo to jest również czas odpowiedzialności tej Izby, Parlamentu Europejskiego, i Komisji Europejskiej. Nie może być, Szanowni Państwo, tak, że w najtrudniejszym czasie Polska, która, tak jak Estonia, pomaga ze wszystkich sił Ukrainie, uchodźcom, gdzie każda polska rodzina przyjmuje i wyciąga dłoń pomocną do Ukraińców, którzy znajdują w Polsce nowy dom i bezpieczne schronienie, jest przez tę Izbę karana. I po raz kolejny będzie dzisiaj próba podejmowania rezolucji przeciwko Polsce, próba zahamowania i powstrzymania wypłaty środków dla polskiego rządu. Tak nie może być.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Madam President, our duty is to help Ukraine because they are suffering an intolerable aggression and because the principles of the international system must be upheld – territorial integrity, no invasions are allowed to change borders, the right to self-determination and third, we believe in solving conflicts through democratic means.

So the EU has reacted, but more is needed. Military aid must be sped up. Let's not hesitate. War crimes are being committed. We must help the refugees more and better. We need to stop energy imports from Russia and broaden sanctions. The EU is willing to impose sanctions against the oligarchs, but that's not enough. Sanctions must also target the bureaucrats at the higher echelons of the Russian state.

We must extend our pressure to the allies of Putin, those who promote autocracy at our borders and also inside the EU. We have awakened. Let's show that we can be better.

Andrzej Halicki (PPE). – Szanowna Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Premier! Szanowni Państwo! Tak, to czas historycznej próby dla nas, bo ta wojna nas dotyczy, przyszłość i bezpieczeństwo Europy zadecydują się na Ukrainie i dlatego nie możemy być tylko trochę po stronie Ukrainy, a jednocześnie trochę płacić Putinowi, żeby on dalej dozbrajał tę terrorystyczną armię, która dzisiaj morduje Ukraińców, niewinne dzieci, niewinnych cywili. My musimy mieć pełną solidarność i pełną konsekwencję w działaniu. Pełne embargo na gaz, węgiel, ropę, bo nie możemy dawać nawet jednego euro Putinowi, który jest dzisiaj terrorystą. Jego miejsce jest w Hadze. Musi być osądzony, a my musimy być solidarni i zjednoczeni, bo na tej sali są pomagierzy Putina, którzy chcą osłabiać sankcje i demontować wspólną Europę. Przyszła Europa musi być bezpieczna, dlatego musi być zjednoczona i solidarna. I tak jak Ukraińcy potrzebują dzisiaj broni i bezpiecznego nieba nad sobą, tak wsparcia potrzebują te uciekające matki i dzieci. Apeluję o to, o bezpośrednie uruchomienie środków dla władz lokalnych i samorządów, żeby im pomóc, bo potrzebują naszej pomocy.

Sven Mikser (S&D). – Madam President, what transpired on 24 February was shocking, but not surprising. In fact, canaries in the coalmine had been singing about these threats all along. But it was a watershed moment and we have changed in those two weeks.

Now we have to make those changes sustainable. We have to do six things. First of all, of course, we have to deny Putin a victory in Ukraine and show to the world that, ultimately, good triumphs over evil. Secondly, we have to strategically weaken the Russian dictatorship. Any threat consists of two vectors: the intent to do harm and the ability to do so. We cannot expect to change Putin's evil intent so we simply have to remove his ability. Thirdly, we have to boost our defences, including defence spending. Fourth, we have to boost our resilience, including the resilience of liberal democracy itself. Fifth, we have to reduce our dependence on authoritarian countries like Russia in strategic areas. And, finally, we have to build alliances. The maxim 'together with allies whenever we can, alone only if we really must' is still very much valid, especially in existential crises like this one.

Guy Verhofstadt (Renew). – Madam President, I would like to thank the Prime Minister for her leadership. Let's say it here in the House: Estonia was one of the first countries, if not even the first country, to send weaponry to Ukraine. You are showing that in these dramatic circumstances, smaller countries in our Union count and can lead by example. So thank you very much for that.

But for the rest, let's not pat ourselves on the back. The sad reality, dear colleagues, is that we are not doing enough for Ukraine today. A no-fly zone is not on the radar. Our financial sanctions are only targeting seven Russian banks. That's 30% of the Russian banking sector. And most importantly, there is still no ban on Russian oil and gas.

Ukraine is fighting for European values and for our democracies while we Europeans continue to finance the war machine of Putin's evil. So, in my opinion, it's time that, after the Americans and also the British, we decide on a full temporary ban on Russian oil and gas for as long as this aggression is continuing. That is what we need to do.

And yes, we will suffer, but we will survive in the coming months. But it is not clear if the Ukrainians will survive in the coming months if we don't take that decision and we don't need – Mr Borrell, it's not to you that I'm saying this, it's to the Commission in general – a fantastic strategic paper to lower our dependency on Russian gas. No, that's for later. What we need now is immediate action and a decision on the European level, to temporarily ban, until the end of the war, Russian oil and gas.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowna Pani Premier! Chciałbym podziękować za Pani głos, głos politycznego realizmu polityka kraju sąsiadującego z Rosją. My, mieszkańcy Europy Środkowo-Wschodniej, musimy dzisiaj przywoływać właśnie w tej Izbie głosy realizmu płynące z krajów, które mają wielowiekowe, trudne doświadczenia sąsiedztwa z Rosją. Nieważne, czy była to Rosja bolszewicka, czy dziś jest to Rosja Putina. Zawsze dążyła do podporządkowania sobie naszych państw. Dlatego polityka *soft power*, polityka podporządkowywania bezpieczeństwa, w tym również bezpieczeństwa energetycznego, interesom pojedynczych państw dziś kończy się barbarzyństwem i mordowaniem ludności cywilnej na Ukrainie.

Kiedy w 2008 roku prezydent Polski Lech Kaczyński mówił w Tbilisi prorocze słowa: dziś Gruzja, jutro Ukraina, następnie państwa bałtyckie, a później przyjdzie czas na mój kraj, Polskę – w wielu stolicach Europy Zachodniej, również w tej Izbie, padały głosy, że to przesada. Kiedy rząd premiera Jarosława Kaczyńskiego rozpoczął budowę gazoportu w Świnoujściu, z Niemiec płynęły głosy, że to fanaberia, a budowa ta może zagrozić – uwaga – nietoperzom, które zamieszkują zniszczone bunkry pozostawione przez hitlerowców na wyspie Wolin.

Dziś samorządowcy niemieccy z Meklemburgii odmawiają przyjęcia uchodźców ukraińskich. Dlaczego? Bo uważają, że będą stanowili zagrożenie dla infrastruktury krytycznej. Jakiej? Ano, w tej gminie krzyżują się gazociągi Nord Stream 1, Nord Stream 2. Jeżeli poszczególne państwa będą dalej prowadziły tego typu politykę, to Putin dalej będzie mordował niewinnych Ukraińców. Możemy powstrzymać Putina, tylko będąc solidarni, będąc jedną pięścią.

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, I should like welcome the Prime Minister back to the European Parliament. Four points on my side.

Firstly, thank you, Prime Minister, for everything that yourself and Estonia has been doing in support of Ukraine. Estonia was one of the first countries to understand the importance of developments in Ukraine, to help Ukraine even before the invasion. I feel that Estonia understands that defending Ukraine means defending Europe.

Second point: Prime Minister, I believe you can continue helping us very much by explaining to the world what the Russian Federation is doing. Your insights, the experience of the Estonian people are very important. You have witnessed the provocations of the Russian Federation. You understand their actions better. You know their vulnerabilities. I believe that explaining this to Europe and to the world from your side and the side of the Baltic countries is very important.

Thirdly, I also believe that we should stop buying Russian gas because buying Russian gas means financing Putin's war. It makes us weaker in terms of security.

And fourthly, we have to do more together, use the economies of scale. That means that we will make our armies more modern, more innovative, cheaper. We will be able to do more and better defend ourselves with the same resources. We have to spend more on defence. We should start doing more on security and defence and keep that, because we've now understood that Russia is a threat and that Russia will continue to be a threat.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Madam President, Prime Minister, dear Kaja, can I also first give my deep respect and appreciation for what you do. You come from a very small country, and in this case a very vulnerable country, and you take sound political leadership in the EU. Thank you very much for that.

Collega's, de eerste fase van deze oorlog pakt eigenlijk slecht uit voor Vladimir Poetin. Het Oekraïense volk is moediger dan ooit. De Russische economie heeft het erg moeilijk. Bedrijven, oligarchen, maar ook de Russische bevolking komen op straat en de autocraat staat er dus redelijk alleen voor.

Maar we mogen niet denken dat het gemakkelijk gaat worden. Het moeilijke ligt nog voor ons. Poetin gaat in eerste instantie de Oekraïners proberen te verdelen, maar ook de eenheid van de Europese Unie proberen te breken. Het enige antwoord bestaat er dus in samen, in solidariteit, pal te blijven staan door onze navelstreng van gas en olie radicaal door te knippen.

We moeten dat doen en we moeten dan solidair zijn onder elkaar, door de Oekraïners te steunen met geld en humanitaire hulp én door aan de Europese bevolking te laten zien dat we dit samen kunnen, hoe moeilijk het ook wordt.

Waar Poetin verdeeldheid zaait, zal Europa antwoorden met eenheid, solidariteit en vertrouwen.

Urmas Paet (Renew). – Head kolleegid, hea peaminister! Mul on väga hea meel, et Euroopa Parlamendi ees on täna just nimelt Eesti peaminister, kes on Eesti ja Euroopa põhimõtete väljendamisel ning Euroopa Liidu ja NATO positsioonide kujundamisel olnud selge ja põhimõttekindel. Aga Ukrainas on juba praeguseks kümned tapetud ja sajad vigastatud lapsed. Mariupoli ja teiste linnade elanikud on lõksus Vene pommide all. Üle kahe miljoni põgeniku, kellest enamik on naised lastega. See kõik avaldab mõju kogu Euroopale. Ja see kõik kestab, kuni Putini režiim jätkab tapatööd Ukrainas. Humanitaarkoridore on põgenikele vaja kohe. End kaitsvale Ukrainale tuleb anda kõike, mida vaja. Lennukitest ja muudest relvadest toidu ja ravimiteni. Gaasi ja nafta eest makstav Euroopa raha ei tohi enam jõuda Vene sõjamasinat rahastama. Seda kõike saab vaba maailm tagada, et aidata Ukrainal agressor tõrjuda.

Putini režiim on Venemaa välja pommitanud nüüdisaegsest Euroopast. Aga Euroopa Liit peab ümber vaatama ka oma suhtumise neisse riikidesse, kes Venemaa sõda Ukrainas takka kiidavad. Ma näen siin vabanevat näiteks Euroopa Liidu kandidaatriigi kohta Ukraina jaoks.

Eestile on praeguses maailmas loomulik toimimiskeskond meie Euroopa Liidu ja NATO liikmelisus. Samasugune võimalus peab olema ka teistel Euroopa rahvastel. Eesotsas Ukrainaga. Et ei korduks kunagi see, et lastega kodumaalt põgenenud naine ütleb läbi pisarate: „Mul polnud teist valikut”.

Michael Gahler (PPE). – Frau Präsidentin! Mit vielen Kollegen habe ich mich seit Jahren – seit 2015 — gegen Nord Stream 2 ausgesprochen. Heute ist das breiter Konsens, und wir sehen: In Wirklichkeit ging es nicht nur um die Schwächung und Umgehung der Ukraine, sondern auch darum, freies Schussfeld zu haben, weil man ja einen Ersatz für eine im Krieg zerschossene Pipeline hat – so glaubte Putin zumindest.

Ich bin auch schon länger für Waffenlieferungen an die Ukraine eingetreten, weil ich keine Illusionen hatte, dass ein schwacher Gegner für einen Diktator immer eine Versuchung ist. Auch das ist heute weitestgehend Konsens.

Heute bin ich dafür, dass wir jetzt alle Register der Sanktionen ziehen, jetzt einen umfassenden Öl-, Gas- und Kohleboykott verhängen, nicht erst, wenn es ein Flächenbombardement à la Aleppo oder Grosny gibt.

Freiheit, Demokratie muss uns immer mehr wert sein als der höhere Preis von Öl und Gas. Jeder Bürger kann zwei Grad für die Ukraine opfern. Drehen Sie die Heizung um zwei Grad herunter, und drehen wir gemeinsam dem stalinistischen Diktator im Kreml die Quelle seiner Einnahmen ab.

Suur tänu ja kõike head, Eesti!

Slawa Ukraini!

(The debate was suspended)

7. Erste Abstimmungsrunde

President. – We now come to today's first voting session.

We will vote on the files as indicated on the agenda and the voting session will be open until 13.45.

The results of the vote will be announced at 19.00.

8. Aussprache mit der estnischen Ministerpräsidentin Kaja Kallas – Die Rolle der EU in einer im Wandel begriffenen Welt und die Sicherheitslage Europas nach Russlands Aggression gegen die Ukraine und der damit verbundenen Invasion (Fortsetzung der Aussprache)

President. – We will now continue with the debate with the Prime Minister of Estonia, Kaja Kallas, on the EU's role in a changing world and the security situation of Europe following the Russian aggression and invasion of Ukraine (2022/2583(RSP)).

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, η άνοιξη φέτος δεν ήρθε για τα παιδιά της Ουκρανίας. Η εισβολή του Πούτιν είναι μια παράνομη και βάρβαρη πράξη, που βυθίζει στην καταστροφή και την απελπισία έναν ολόκληρο λαό. Δυστυχώς ζούμε προκλήσεις που τις θεωρούσαμε ένα πολύ άσχημο και μακρινό παρελθόν. Η τυφλή προσήλωση των ευρωπαϊκών κυβερνήσεων στα οικονομικά τους συμφέροντα υποτίμησε τις επικίνδυνες αυτοκρατορικές αναθεωρητικές ιδέες του Πούτιν αλλά και του Ερντογάν. Με έναν τραγικό πλέον τρόπο ανοίγει μια νέα εποχή. Η Ένωση οφείλει να αποκτήσει τα μέσα και να υπερασπιστεί τις αξίες της απέναντι στον φρικτό τυραννικό δεσποτισμό. Η ενιαία εξωτερική πολιτική και άμυνα, η ενεργειακή αυτονομία, είναι προτεραιότητες. Ο ευρωστρατός, τα κοινά εξοπλιστικά προγράμματα, οι ισχυρές οικονομικές κυρώσεις και το εμπάργκο όπλων είναι εργαλεία που μπορούν να περιφρουρήσουν την ευημερία μας και τα σύνορά μας, από την Εσθονία και τη Φινλανδία μέχρι την Ελλάδα και την Κύπρο. Δεν ζητώ σε καμία περίπτωση να επιστρέψει η Ευρώπη στον милитарισμό, αλλά πρέπει να κάνουμε ό,τι περνάει από το χέρι μας ώστε να μην επιτρέψουμε την επιστροφή του.

Luis Garicano (Renew). – Madam President, Madam Prime Minister, Mr Borrell, thanks very much, both of you, for your leadership.

But let me ask the question, dear colleagues, are we doing enough to help Ukrainians? The sad answer is no. True, we are arming the Ukrainians, Madam Prime Minister, you talked about the half a billion euros peace facility. But the truth is that we're spending many more resources arming Putin. Today, every day, we're sending EUR 1 billion to pay for our oil and gas, etc. to Putin. Why? Our leaders tell us that we might fall in a recession if we stop doing that. Come on, dear colleagues, that hypocrisy has to stop. The moral and strategic arguments of not arming our enemies are obvious, but so are the economic arguments. Our economies will suffer much more as a result of a slowly escalating and long-lasting war than if we bankrupt Putin now if we make it impossible for him to pay wages, pensions and the salaries of his military.

Prime Minister Kallas, Mr Borrell, let's bite the bullet now. Not buying Russian gas is bearable for our economies. What is unbearable is continuing to pay for Putin's murders.

Riho Terras (PPE). – Madam President, Madam Prime Minister, dear Kaja, thank you very much for being with us in this Hemicycle today. And I also want to join the people who have thanked you for your leadership in these very difficult times.

I certainly agree with the assumption that we are in there in this for a long haul. That makes us responsible of making the right decisions today. That demands from us committing adequate resources and building up the European Pillar of Defence, together with NATO. This pillar must not be an oversized construct or an empty buzzword, but a well-funded and coordinated effort, which means, if not today, then when should we reach the 2% of minimum of defence spending in all of Europe?

But at the moment we need to act as one to paralyze Putin. Full embargo and the deepest cuts against aggression, combined with maximum military support, air defence, planes to Ukraine. Thank you. *Slava Ukraini!*

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Madam President, I would like to welcome to the European Parliament the prime minister of a neighbouring country, dear Kaja. In Finland and Estonia, we share the same external border with Russia, the country that brutally, alone, attacked Ukraine. We share historical memories, too. When Sweden decided now to send military equipment to Russia, it was first time since 1939 — when they helped Finland in the winter war. Be sure that we are now discussing several proposals to strengthen the Union and strengthen our security, and this is done in a democratic way.

A new era was brutally started by Russia on 24 February. Our sanctions were not enough and our actions were not enough after the occupation of Crimea, and now we see attacks against a democratic rule-based system and against innocent civilians. The two past weeks show that we have not imposed enough sanctions. The attack on Ukraine is not only the concern of a sovereign state, but the horrifying fact that war is in Europe. The concern is also for the whole of humanity. It is important to see that crossing the border and breaking the rules also had causes and the International Criminal Court (ICC) is opening an investigation into the alleged war crimes and crimes against humanity in Ukraine. The EU has been leading now and transatlantic relations are very important, to be sure.

Dear President, in this very room, we will have an opportunity this weekend to build a better, more secure Europe, by the citizens and for the citizens, when we talk in the Conference on the Future of Europe.

Nils Torvalds (Renew). – Madam President, High Representative. *Kallis Kaja, tere tulemast tagasi parlamenti, ainult veidi teises rollis.* During the last few days, I have had flashbacks from my years as a correspondent in Russia. I covered the first war in Chechnya and I saw the catastrophic results of moral decay in the Russian army. And a morally decayed or derailed army is something very, very dangerous. And we see the same political decay inside the walls of the Kremlin.

Today, with the tragic results for Ukraine, for the young men, for the mothers and the children, we see the result of this moral catastrophe. Who wanted this? If you use the words of Yevtushenko's poem '*Khotyat li russkiye voyny?*' (Do the Russians want war?), there is a sentence saying 'You ask those soldiers that lie under the birches, and let their sons tell you, "*khotyat li russkiye voyny*" (whether the Russians want war). The Russians don't want the war.'

The one who's wanting it is Mr Vladimir Vladimirovich Putin. Let us make this his last wish.

Paulo Rangel (PPE). – Madam President, I would say to the Prime Minister that she has just said that her mother taught her that saying 'I told you' was rather impolite; it may be impolite, and it won't change the past, but it can be very useful. I hope that today everybody in this House and every leader in the European Union has heard you and has listened to your advice, your proposals and your views. Then we won't need to say 'I told you' any more.

A resposta a dar a Vladimir Putin tem de ser uma resposta clara. É tempo agora de banir as compras de gás e de petróleo à Rússia. O próximo Conselho Europeu, este Conselho informal, deve dar esse passo. Ele implica sacrifícios, implica perdas, mas é a única forma de não estarmos a financiar a guerra de Putin, de não estarmos a financiar a destruição da Ucrânia.

Raphaël Glucksmann (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Haut Représentant, l'avenir de l'Europe se décide dans les ruines de Marioupol et de Kharkiv, dans les rues de Kiev et d'Odessa. Si nous n'arrêtons pas Poutine en Ukraine, nous ne connaissons plus la paix sur notre continent.

Alors, nous n'interviendrons pas militairement, mais nous pouvons faire bien plus que ce que nous faisons aujourd'hui. Chaque jour, nous finançons à hauteur de plus de 600 millions d'euros la machine de guerre qui rase des villes et des villages. Chaque jour, nos importations de gaz et de pétrole permettent de détruire des écoles et des hôpitaux.

Alors il est temps d'y mettre fin. Oui, cette décision coûtera à nos nations, mais nos États ont les moyens de faire face, d'aider les ménages, de mettre à contribution les géants de l'énergie. Le «quoi qu'il en coûte» de la pandémie vaut pour la paix et la liberté en Europe. Si le prix de l'inaction est élevé, celui de l'action, eh bien! nous pouvons le relever.

Chers collègues, la politique, en dernière instance, c'est cette question: savoir quel prix une cité est prête à payer pour sa liberté et sa souveraineté. De la réponse que nous apporterons collectivement à cette question dépend l'avenir de l'Ukraine, mais aussi l'avenir de l'Europe.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, con la agresión rusa a Ucrania, estamos en un escenario geopolítico nuevo: la Rusia de Putin opta por convertirse abiertamente en una enemiga, ignora nuestros valores y desata una guerra. Tenemos en nuestras fronteras del este un adversario cruel que ignora el Derecho internacional e incluso amenaza con el empleo de armas nucleares.

Para la Unión Europea, las elecciones creo que son claras. Además de la necesaria solidaridad con Ucrania y sus ciudadanos, tenemos tres prioridades bien conocidas. Primero: reforzar seriamente nuestra política exterior y de defensa —afortunadamente, estamos ya en esa línea—; segundo: diversificar nuestro aprovisionamiento energético, es decir, reducir drásticamente nuestra dependencia de la Rusia de Putin; tercero, reforzar nuestras relaciones con Estados Unidos, con una Administración, como la de Biden, mucho más sensible y cercana a los intereses europeos que la anterior Administración.

La Unión debe aumentar también sus vínculos con la OTAN y con los países afines en este mundo multipolar, si bien un eventual acercamiento entre Rusia y China podría hacerlo evolucionar hacia un orden bipolar de autoritarismo frente a democracia.

Željka Zovko (PPE). – Madam President, the events in Ukraine have struck us all. The violence is a threat to our European peace and it is still unclear what consequences the war will have on our lives. I lived through war. I know what war means.

One thing is certain: the world has changed and the EU has changed with it. Within days, even hours, European Member States have shown their unity by condemning the aggression and by taking concrete measures to safeguard our security. Over the last two weeks, we have witnessed why European strategic sovereignty is so crucial. The EU is showing that it has the leverage and the power to make proactive policies, to reduce its dependency, and to increase its cooperation with like-minded partners.

Although the end game is not yet in sight, let us use this clear momentum to create a real security union. Let us improve our resilience and defence capacity, based on a strong strategic compass, in cooperation with our transatlantic partners. While managing the crisis today, we should ensure our peace and stability for tomorrow. Let's work for peace – because families and those who are fearing for their loved ones only want peace at this moment.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, inutile de rappeler les constats très justes que nous venons d'entendre, je voudrais simplement rappeler un point qui nous concerne tous, bien au-delà de ces murs. Avec l'invasion de l'Ukraine, ce n'est pas seulement la liberté et la souveraineté du peuple ukrainien qui sont menacées – peuple auquel nous devons notre solidarité. Ce sont aussi les principes nécessaires à la paix du monde.

Jamais, jamais une grande nation ne devrait résoudre quelque désaccord que ce soit par la violence. Jamais non plus une armée n'a le droit de s'en prendre à des civils, de bombarder, comme nous l'avons vu ces dernières heures, des cibles qui n'ont aucune nécessité militaire et jusqu'à des couloirs d'évacuation par où des familles fuient la guerre. Rappeler cela, ce n'est pas de l'idéalisme naïf, c'est rappeler le droit international. Même la guerre a ses règles. Il y a mille ans déjà, l'Europe savait que les armes n'ont pas tous les droits et elle a payé cher à chaque fois qu'elle l'a oublié.

À toutes les forces russes impliquées dans ce conflit, par la volonté destructrice qui voudrait nous faire croire qu'à nouveau la violence l'emporte sur le droit, nous devons rappeler ce principe simple: nous avons tous une conscience, nous sommes tous responsables, définitivement. Un jour, la justice passera.

Et maintenant, il est temps de montrer ce que veut dire être un homme. Pour nous, Européens, qui avons trop longtemps cru que la guerre était derrière nous, il est temps de rappeler enfin que c'est trahir les principes dont nous avons hérité que d'être trop désarmés pour pouvoir les défendre au moment du danger.

Antonio López-Istúriz White (PPE). – Madam President, it was Sir Winston Churchill that said that democracy means that if the doorbell rings in the early hours, it is likely to be the milkman. Well, ladies and gentlemen, these days it is not the milkman ringing our doorbells, but bombs, missiles, misery and pain. Authoritarian regimes that want to destroy our liberties, our freedoms and our way of life are ringing that doorbell. Make no mistake: we are the main course on Putin's menu.

Only through the brave and courageous resistance of our Ukrainian brothers and sisters, only through our help to those who fight for democracy and European ideals in Georgia, in Moldova, in Belarus, in the Balkans and even in Russia, will we prevail. Thanks to them, we might give an opportunity to our children to live the democratic dream. Let's fight, outside and inside this European Union, the enemies of our liberties. Let's start by cleaning our House of populists and extremists financed by Moscow, Caracas or Tehran. Europe, this is a wake-up call. Let's show the world our desire to have the milkman at our doorstep.

President. – That brings us back to Prime Minister Kallas. You see that you enjoy the full support of this House in the work that we can do together. Over to you.

Kaja Kallas, Prime Minister of Estonia. – Madam President, I would like to thank all the Members for this very, very good debate. I think we are very much agreeing on different topics, but I will just point out a few things that I wanted to react to.

First of all, we have been very united during this as the EU, also with our transatlantic partners, and we should keep it this way. It's going to be tougher because Putin wants to see us divided. Let's not give them this pleasure. Let's stay united. I think that's very important.

Second, there were some calls for making agreements regarding the security architecture. The problem is that the goal of Putin, or Russia, is to get those agreements because he knows that one of the values of the European Union is that we respect agreements – *pacta sunt servanda*, which means that we follow the agreements – whereas the Russian side is never going to follow them. So when we talk about disarmament or we talk about taking down military exercises or limiting defence, it actually means that we are making ourselves weaker because the other side is not going to follow those agreements, and we should not do that.

There was also somebody who said here that expanding NATO, taking new members into NATO, would be provoking Russia. Well, it's not provoking Russia. Every country has the right to decide in which union or alliance it wants to be. It's not up to any other country to say that you can't be there. And I remind you, NATO is a defence alliance. It's not attacking anybody. It's meant to be there for defending the countries that are in this alliance. And from what we see right now, it's very much necessary. So we shouldn't fall into that trap.

Regarding the sanctions, I think we should also think about how one side is seizing assets, but the other side is also confiscating assets, so that we can use the means from those assets to build up Ukraine. And therefore, if this signal goes out, then it also means for every bullet that they fire, for every building that they destroy, they're going to pay for this. They're going to build this from their own money. It's coming from their pockets. I think it has to be very clear regarding this.

On energy, we have to understand that it's going to hurt. And of course, Ukrainians are suffering now, and I do agree with those who have said that we shouldn't finance the war machine of Putin, but we also have to understand that some of the countries in Europe are 100% dependent on Russian gas – Bulgaria, for example. If we don't have alternatives, it's going to hurt them a lot and maybe so much that there is not going to be unity within Europe. We have to see what the alternatives are, how we can help those countries so that it wouldn't be so hard on their populations.

Some Members said that we, the EU, have emerged stronger from the crisis and I do agree with this. We have built on the lessons that we learned from the debt crisis, which enabled us to be better in the health crisis. We had all the funds ready to react to a possible economic fall. But now we also have to use the lessons learned from previous crises to be stronger and I do agree we are stronger here as well.

And the last point – no, one more point before the last point – and that is that the representative of the EPP Group from France said that the defence clause for Article 42(7) (TEU) has never been used, but actually, that is not correct. It has been used once – and it was for France – because of the Bataclan crisis, so I just wanted to correct that. And if some countries who are not members of NATO, like Finland and Sweden, need this article to be in force right now to feel more secure, then we should agree on this. I think we are not giving anything away.

And the last point is about the Ukrainian perspective to join Europe. I think what the Ukrainians need right now is hope. They are literally fighting for Europe in Ukraine, and the least we can do is give them this hope and say that ‘yes, you are part of Europe; you are welcome in our family’.

President. – Thank you very much, Prime Minister Kallas. Thank you to all the colleagues who participated in this debate and stayed until this time.

The debate is closed.

Written statements (Rule 171)

Andrus Ansip (Renew), kirjalikult. – Olen uhke, et Eesti oli üks esimesi riike, kes saatis Ukrainale Javelin tankitõrjerelvi. Olen uhke ka selle üle, et Leedu oli üks esimesi riike, kes saatis Ukrainasse Stingereid. Eesti ja Leedu tegid seda ajal, mil väga paljudes Euroopa riikides avalik arvamus selliseid relvasaadetisi sõjakoldesse ei soosinud. Olen tänulik Saksamaale ja kõigile riikidele, kes Ukrainale relvaabi on andnud. Agressiooni peatamiseks tuleb Venemaa täielikult isoleerida. Koheselt tuleb peatada Vene gaasi ja nafta ostmise. Vene sõjamasina finantseerimine tuleb lõpetada. Ukrainale tuleb kohe anda Euroopa Liiduga liitumise perspektiiv.

Ádám Kósa (NI), írásban. – Tisztelt Elnök Úr! Európában nem lehet háború újra. Mindannyiunk közös érdeke, hogy Ukrajnában mielőbb visszaálljon a béke. Meg kell akadályozni, hogy a háború Ukrajnán túlra terjedjen. Üdvözlöm, hogy a NATO ennek megfelelően, felelősségteljesen jár el. Stratégiai nyugalomra és felelősségtudatra van szükség. Minden olyan lépést kerülni kell, amely belerángatná hazánkat a szomszédban zajló háborúba, veszélybe sodorva a magyar emberek biztonságát.

Magyarország elkötelezett a béke helyreállítása mellett. Személyesen tapasztalom, hogy rengeteg magyar civil szervezet, közöttük fogyatékossgal élőkkel foglalkozók is segítenek a menekülteken. Magyarország egyik legnagyobb humanitárius akciója zajlik most. Eppen ezért értetlenül állok az ellenünk gerjesztett rosszindulatú álhírek és dezinformációk előtt, amelyek akár a határ túloldalán élő magyarok biztonságát is veszélyeztetik. Kérek mindenkit, fejezzék be ezt. Békére van szükségünk!

Sirpa Pietikäinen (PPE), kirjallinen. – Venäjä on EU-maiden merkittävä maakaasun toimittaja ja ajankohtainen energiakriisi on vahvistanut entisestään sen markkina-asemaa, kun Eurooppa elää pahinta energiakriisiä sitten vuoden 1973. Loppusyksystä lähtien maakaasun markkinahinta on noussut raketin lailla ja raakaöljyn hinta on korkeimmillaan vuosi-kausiin. Hintojen nousu ja niihin kohdistuneet tuet eivät ainoastaan ole kasvattaneet rahavirtaa kaasun ja öljyn tuottajille, vaan paisuttaneet Venäjän sotakassaa. Putinin sotarikosten tukemista eurooppalaisten kustannuksella ei tule katsoa läpi sormien, vaan tarvitaan omavaraisuuden lisäämistä panostamalla uusiutuviin energianlähteisiin. Energiaturvallisuuden on oltava EU:n strategisen autonomian ytimessä. Komission tulee mitä pikimmiten pyrkiä vieroittautumaan venäläisestä kaasusta, alkaen sen rajaamisesta ulos EU-taksonomiasta. Venäläisen kaasun ja ydinvoiman leimaaminen nyt vihreäksi keskellä sotaa on myös ristiriidassa kaikkien sanktioiden kanssa ja myös heikentää Euroopan uskottavuutta.

Alfred Sant (S&D), in writing. – The Russian invasion of Ukraine stems out of a longstanding instability in the European security architecture resulting from the collapse of the USSR that was glossed over. Yet, none of the concerns Russia might have can excuse the ongoing war it has launched. Today, it is understandable that Member States feel the need to upgrade their military capabilities, as well as to coordinate this at a pan-European level. Nonetheless, neutral countries must retain the option to stay out of any long-term commitment equating to a military alliance. Yet, bread and butter issues remain fundamental to the internal security of Europe. There is the urgent need for EU-level coordination on very basic issues. To start with, a secure and stable supply of energy. The Commission's long-term push towards the liberalisation of the energy markets is, in this current juncture, showing major weaknesses. Energy supplies and their security cannot be left to the management of private interests operating under 'free' market conditions. The war in Ukraine is also putting under threat the concept of secure food supplies at affordable prices. Finally, a thorough assessment of the contagion risks that a Russia default would bring to the European economic and financial system is needed. Concrete measures in this regard must be taken.

Christine Schneider (PPE), *schriftlich*. – Der Einmarsch Russlands in die Ukraine markiert den Beginn einer neuen Ära für Europa und die Welt. Ich stimme der estnischen Ministerpräsidentin zu: Wir müssen unsere Energieabhängigkeit von russischem Gas und Öl verringern und die europäische Verteidigung verknüpft mit der NATO stärken. Die brutale Aggression des russischen Präsidenten Wladimir Putin sind erschreckend und ich bewundere die ukrainische Armee und das ukrainische Volk, die für ihr Land, die Freiheit, die Demokratie und die gemeinsamen europäischen Werte kämpfen.

Tom Vandenkendelaere (PPE), *schriftelijk*. – De geopolitieke spanningen aan onze oostflank lopen dramatisch op door de brutale Russische agressie tegen Oekraïne. Europa veroordeelt niet alleen in woorden maar ook in daden de uitgelokte oorlog door de Russische Federatie. Aanzienlijke vooruitgang bij de opwaardering van ons gemeenschappelijk veiligheids- en defensiebeleid is nodig en het “Kiev-moment” voedt het politieke momentum, vooral dankzij een hervonden bereidheid in Washington om de trans-Atlantische betrekkingen te cultiveren en de samenwerking tussen de EU en de NAVO te versterken, dankzij de ontwikkeling van een nieuw strategisch kompas van de EU met een opvallende nadruk op de daadwerkelijke uitvoering ervan, en dankzij de herziening van het strategisch concept van de NAVO, die niet op een beter moment had kunnen komen. Op de Europese top in Versailles is een duidelijk startschot gegeven om de afhankelijkheid van de EU op verschillende belangrijke beleidsterreinen, waaronder het brede terrein van het buitenlands, veiligheids- en defensiebeleid, te verminderen.

Monika Vana (Verts/ALE), *in writing*. – The European Union is and must remain a union of peace. All EU Member States together already have the second highest military expenditure in the world. I am therefore extremely critical of the additional militarisation of the EU, including increases in defence spending – which are also largely bypassing the European Parliament and its scrutiny function. As a member of a neutral state, I would also like to stress the role that neutral countries can play in regards to mediation, dialogue, civil crisis aid, humanitarian engagement and reconstruction efforts after a war. We need an additional investment Programme for climate and social infrastructure, not new military armament!

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Kiitos pääministeri Kallas erinomaisesta puheenvuorosta. On ollut rohkaisevaa nähdä, kuinka yhtenäisesti paitsi EU myös koko länsiliittouma on vastannut Venäjän aggressioon ja tukenut Ukrainaa. Viro yhdessä muiden Baltian maiden kanssa on näyttänyt tässä vahvaa esimerkkiä koko EU:lle. Ukraina tarvitsee taistelussa kaiken tukemme. Venäjän raakalaismaiset iskut on saatava poikki. Oli erittäin tärkeä avaus, että EU rahoittaa myös suoraan Ukrainan asehankintoja. Seuraavaksi EU-jäsenmaiden pitää lopettaa öljyn ja kaasun ostot Venäjältä. Se todella iskisi lopullisesti Venäjän talouteen. On kestävämpiä, että samalla kun sanktioimme isosti Venäjän taloutta, kuitenkin samalla rahoitamme sotaa satojen miljoonien energiaostoilla joka päivä. EU:n riippuvuus Venäjän energiasta on tehnyt meistä heikon. Sen seurauksena EU-maat eivät riittävän vahvasti kyenneet sanktioimaan Venäjää heti Krimin laittoman miehityksen jälkeen. Todella vahvoihin toimiin lähdettiin vasta nyt ison hyökkäyssodan alettua. EU:n energiariippuvuudesta on tehtävä loppu. Tällä viikolla EU-komissio esitteli REPowerEU-toimenpidelistan, jolla energiariippuvuus Venäjästä saataisiin poikki. Aikataulu on kuitenkin pettymys, sillä komissio tavoittelee riippuvuuden loppumista vasta vuoteen 2030 mennessä. Tarvitsemme paljon nopeampia toimia. EU-jäsenmaiden on lopetettava venäläisten fossiilisten energialähteiden käyttö ja lisättävä investointeja puhtaisiin teknologioihin ja energian varastointiin. Totta kai energiaostojen lopettaminen iskee jäsenmaihiin, mutta niin iskee myös sota. Venäjän kaikki loputkin pankit on irrotettava Swift-järjestelmästä. Samat toimet on ulotettava myös Valko-Venäjään, joka on tukenut Venäjän hyökkäystä.

Marco Zanni (ID), *per iscritto*. – L'aggressione dell'Ucraina da parte della Russia è un atto sconsiderato che è nostro dovere contrastare. Tuttavia, nei giorni scorsi ho sentito alcuni colleghi parlare con troppa leggerezza di guerra e di intervento militare da parte europea, senza considerare le conseguenze e i rischi che potrebbero comportare: ritengo che le sanzioni siano state un passo importante, ma ora deve essere la diplomazia a portarci verso la risoluzione del conflitto.

Ciononostante, va anche riconosciuto che lo sforzo diplomatico e la capacità di mediazione dell'UE sono rese molto più difficili dalla dipendenza energetica dalla Russia. L'incapacità di essere autonomi e di diversificare i fornitori ci ha reso vulnerabili alle pretese del regime russo e rischia di far ricadere il peso economico della guerra sui nostri cittadini.

Questa stessa dipendenza energetica sta anche mostrando gli aspetti più critici della transizione verde. In poche settimane siamo passati dai «bisticci» sulla tassonomia verde all'unanime approvazione di utilizzare le centrali nucleari e a carbone, sottolineando la netta distinzione tra obiettivi ideologici e pragmatici.

Vorrei concludere accogliendo con favore l'intenzione di diversi paesi di rinnovare il proprio impegno di spesa verso la NATO. Ritengo che questa crisi ci ricordi l'importanza della fiducia e dell'alleanza che abbiamo con i nostri partner oltreoceano.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Face à agressão e invasão russa da Ucrânia, a União Europeia uniu-se numa resposta coordenada e robusta impulsionada pela expressão livre e democrática das suas opiniões públicas. Essa resposta não pode, no entanto, deixar de expor também as suas fragilidades, designadamente na dependência externa para a sua segurança e defesa, na dependência energética e na relativa desproteção em relação aos processos de desinformação e ataques cibernéticos. A boa articulação no contexto da NATO, valorizando o eixo transatlântico da segurança global e a coordenação de esforços dos Estados-Membros, permitiu ao Vice-Presidente da Comissão Europeia e Alto Representante para a Política Externa afirmar que a invasão russa da Ucrânia marcou «o ato de nascimento de uma União Europeia geopolítica». Esta proclamação tem um sentido. Já não basta a diplomacia, embora ela continue a ser decisiva, para que a União Europeia garanta a sua relevância e sobretudo a sua segurança e defesa. Mantendo a perspetiva multilateral que faz parte da sua essência e dos seus valores e princípios, é preciso reforçar a aliança de segurança e defesa e dotá-la dos meios necessários para garantir a proteção da União e projetar a sua visão de paz e liberdade no contexto global.

(The sitting was suspended at 12.57)

PRESIDENZA DELL'ON. PINA PICIERNO

Vicepresidente

9. Wiederaufnahme der Sitzung

(La seduta è ripresa alle 15.01)

10. Batterien und Altbatterien (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la relazione di Simona Bonafè, a nome della commissione per l'ambiente, la sanità pubblica e la sicurezza alimentare, sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativo alle batterie e ai rifiuti di batterie, che abroga la direttiva 2006/66/CE e modifica il regolamento (UE) 2019/1020 (COM(2020)0798 – C9-0400/2020 – (2020/0353(COD))) (A9-0031/2022).

Simona Bonafè, *relatrice*. – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, basta guardarci intorno anche in quest'Aula per capire come l'utilizzo delle batterie sia già parte integrante della vita quotidiana di ognuno di noi, e lo sarà sempre di più nei prossimi anni se è vero, come è vero, che l'Europa si è posta l'obiettivo della neutralità climatica da qui al 2050.

La mobilità infatti sarà sempre più sostenibile, le nostre città sempre più smart e per puntare maggiormente sulle fonti di energia rinnovabili avremo sempre più bisogno di accumulatori. In una parola, le batterie saranno il pilastro su cui costruire il nostro nuovo paradigma di sviluppo sostenibile. Ecco perché il regolamento di cui stiamo discutendo è fondamentale. Fondamentale per creare in Europa una vera e propria catena del valore intorno a questo prodotto, a partire dalle regole e dagli standard nella progettazione e nella realizzazione fino ad arrivare a nuovi *target* nel recupero e nel riciclo di batterie.

Per la prima volta infatti la normativa europea prende in considerazione l'intero ciclo di vita di un prodotto. Qui stiamo parlando dal momento in cui il prodotto viene concepito, quindi dal suo design, fino al fine vita, come appunto dicevo prima. Questa nuova impostazione olistica – ci tengo a sottolinearlo – dovrà da ora in poi rappresentare la regola per le future legislazioni in materia di prodotti sostenibili e di economia circolare. E non è un caso, non è stato un caso che questo approccio olistico sia stato proposto per un prodotto come le batterie, che nei prossimi anni vedranno aumentare sensibilmente il proprio utilizzo ma anche la propria applicazione in nuovi settori.

Per dare qualche numero: si stima infatti che l'utilizzo di batterie, per i soli veicoli elettrici, aumenterà di 15 volte dal 2030 al 2035, senza contare che già oggi, già in questo momento, si stanno diffondendo sempre di più mezzi di trasporto leggeri come il monopattino, l'e-bike e l'e-scooter. Questi dati per capire come aumenterà di pari passo anche l'uso dei materiali strategici alla base della tecnologia, in particolare degli ioni di litio e quindi di cobalto, litio, nichel e manganese, di cui, ahimè, purtroppo l'Europa è povera e, a oggi, dipende completamente dalle importazioni.

Per riuscire a rimanere al passo con i nostri *competitor* globali, garantendo un'autonomia strategica nell'approvvigionamento e sfruttando le potenzialità delle nuove tecnologie, si dovranno mettere in campo politiche di industrializzazione che utilizzino i principi della circolarità. Pertanto, il nuovo regolamento deve avere un doppio obiettivo: garantire da una parte un'elevata tutela della salute umana e di protezione dell'ambiente, ma anche assicurare con standard armonizzati che la produzione di batterie rimanga in Europa. Dovremo evitare infatti l'errore fatto in passato per i pannelli solari, per i quali all'incentivo alla commercializzazione non è corrisposta la creazione di un nuovo settore industriale europeo.

Impronta carbonica massima, contenuto minimo di materiale riciclato, standard di performance, durabilità e removibilità sono i principali requisiti di sostenibilità, introdotti per la prima volta per le batterie, che devono puntare a diventare un *benchmark* per l'intero mercato globale e dovranno essere applicati a ogni tipologia di batteria commercializzata nel mercato europeo, incluse quelle importate dai paesi extra UE.

Per rendere le batterie realmente sostenibili non basta rispettare l'aspetto ambientale ed evitare azioni predatorie sulle risorse naturali, ma ciò deve essere coniugato con il rispetto dei diritti sociali, uno fra tutti il divieto di sfruttamento del lavoro minorile nelle miniere di estrazione delle materie prime. Attraverso questo regolamento ci siamo posti questo obiettivo e abbiamo reso, per la prima volta, la *due diligence* obbligatoria per un prodotto specifico. Pertanto, tutte le batterie immesse sul mercato saranno coperte da queste nuove regole.

Il maggior ricorso alle batterie si tradurrà inoltre in una maggior quantità di rifiuti. Si prevede, ad esempio, che il numero di batterie al litio pronte per essere riciclate aumenterà di 700 volte fra il 2020 e il 2040. Si può ben capire come una raccolta di qualità e in quantità ambiziose per tutte le categorie di batterie sia il prerequisito essenziale per attuare un modello circolare e creare un mercato efficiente delle materie prime e seconde. L'inserimento di requisiti obbligatori per la responsabilità estesa del produttore e l'aumento dei *target* di raccolta vanno esattamente in questa direzione.

Per concludere il mio intervento, penso che siamo tutti consapevoli della complessità di questa legislazione che dovrà anche adattarsi all'evoluzione delle nuove tecnologie, non ancora completamente mature. Del resto, però, abbiamo davanti a noi una sfida che richiede una risposta immediata. Noi come Parlamento l'abbiamo colta, spero lo stesso possa fare il Consiglio, in modo da avere in tempi brevi una normativa ambiziosa che consenta all'Unione europea di avere tutti gli strumenti per diventare leader globale nel mercato delle batterie.

Patrizia Toia, relatrice per parere della commissione per l'industria, la ricerca e l'energia. – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, l'Europa in passato ha spesso commesso l'errore di non collegare alle sue politiche ambientali una coerente politica industriale, come nel caso dei pannelli fotovoltaici, un classico, e ha creato così una sua pericolosa dipendenza da altre aree del mondo, sia per prodotti ad alto contenuto tecnologico che per prodotti a basso contenuto.

Ora siamo di fronte alla sfida delle batterie ad alta capacità di accumulo, batterie indispensabili per la mobilità elettrica, ma anche per tutta la transizione verso le rinnovabili, come la relatrice ci ha ben illustrato. Molti hanno pensato che fosse troppo tardi, che la sfida fosse già persa per l'Europa, ma noi crediamo di no, l'Europa crede di no e per questo sta lavorando per diventare un continente competitivo su questa produzione, sia sul piano tecnologico che sul piano industriale, e per realizzare una sua sovranità come è spesso nelle nostre ambizioni. Per questo abbiamo creato una *Battery Alliance*, chiamando a raccolta il mondo della ricerca, delle imprese e delle autorità pubbliche, e in qualche modo abbiamo anche fatto passi avanti, questo stesso regolamento fa dei passi avanti: non si limita a parlare dello smaltimento, ma copre tutto l' *upstream*, definendo le caratteristiche che le batterie devono avere per essere immesse sul

mercato europeo e dando così dei principi, anche sulla *due diligence*, che varranno per tutti, e definendo *target* e quote di smaltimento e riciclo delle componenti per le materie prime critiche. Il regolamento da un lato, l'Alliance per la ricerca e l'innovazione tecnologica, i PCI per i progetti comuni di interesse europeo, le *gigafactory* per creare capacità produttiva: solo così, con tutti questi strumenti, potremo avere in Europa le batterie più performanti e il massimo riciclo delle loro componenti. Su questo piano è stato il nostro contributo come commissione ITRE e la nostra ambizione al progetto; la sfida si vince in Europa, se le politiche ambientali si collegano alle strategie industriali, allo sforzo tecnologico e alla completa applicazione dei principi dell'economia circolare.

Antonius Manders, *rapporteur IMCO*. – Voorzitter, commissaris, de huidige droevige toestand in de wereld laat meer dan ooit zien dat Europa voor de energietransitie zijn eigen batterijcelproductie moet opbouwen om niet meer afhankelijk te zijn van derde landen. We hebben 19 maal meer batterijen nodig om de klimaatdoelen te halen.

Ik ben ontzettend blij met de complimenten die ik heb gekregen dat het dossier dat in de commissie IMCO is goedgekeurd, nagenoeg is overgenomen. Ik geef die complimenten graag door aan Simona Bonafè.

Een nieuw Europees strategisch industriebeleid zat in het IMCO-dossier en zit ook in het dossier waarover wij vanavond en morgen gaan stemmen. Hetzelfde geldt voor de bescherming van ons milieu, met een kringloop van grondstoffen van batterijen, van ontwerp over productie en gebruik tot recycling.

We wilden een exportverbod voor gebruikte batterijen om zo de grondstoffen binnen Europa te houden en ze weer te gebruiken voor de productie van nieuwe batterijen.

Ook wilden wij een statiegeldsysteem voor consumentenbatterijen, opnieuw om de grondstoffen te kunnen hergebruiken en de cashflow te gebruiken om de ontwikkeling van nieuwe batterijcellen, gemaakt van Europese grondstoffen, te bevorderen. Jammer dat dat eruit is gehaald, maar wellicht komt dat later nog.

Het uiteindelijke doel is dat Europa voor zo'n belangrijke sector als energie niet afhankelijk mag en kan zijn van derde landen.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, let me start by sincerely thanking the European Parliament for all the work that went into preparing the report that we are discussing this afternoon and on which you will vote later this evening.

I will not be able to name all of you, but representing the lead Committee on the Environment, Public Health and Food Safety (ENVI), as well as the associated committees, the Committee on the Internal Market and Consumer Protection (IMCO), the Committee on Industry, Research and Energy (ITRE) and the Committee on Transport and Tourism (TRAN), I would address my thanks in particular to the rapporteur, Simona Bonafè, as well as to Antonius Manders, Patrizia Toia and Ismail Ertug. Thanks to your relentless work on this important file over the last years and months and to your commitment to proceeding as fast as possible to build up a large support for your mandate, we are here today close to starting trilogues once the Council has adopted its position next week at the Environment Council. In the light of Russia's unprecedented attack on Ukraine and the imperative of making Europe independent from fossil fuels, a new regulatory framework for the EU battery value chain is more needed and urgent than ever before.

The fact that no less than four of your committees were involved in examining our proposal is testimony to its strategic importance for the EU. The proposal for a new batteries regulation was our first legislative proposal implementing the European Green Deal and, in some respects, it constitutes a blueprint for other legislation to come on sustainable product policy. When we adopted it in December 2020, we did not anticipate the level of support it generated among the co-legislators and the enthusiasm that it developed. When preparing the proposal we tried to strike a careful balance between the level of ambition, the burden on economic operators and the feasibility of implementing the requirements and provisions proposed.

Looking at the amendments you proposed today, I can see that you clearly considered our proposals a good starting point. But I also know that you would like to go further and faster with many of the sustainability requirements and end-of-life aspects. In the coming weeks and months, we will engage as an honest broker in the political negotiations over the final text. Changes will need to be assessed with care. The regulation should be ambitious and, at the same time, its implementation should be realistic. We need to keep the balance. But what matters most is that, in the end, we will have a forward-looking predictable regulatory framework which ensures the sustainability and the competitiveness of the emerging battery value chain in the EU. You can count entirely on our active and constructive support to ensure a successful and satisfactory outcome of those negotiations.

Many business decisions and investments are already being made in the light of the changes this new regulatory framework will bring when progressively rolled out over time. We need to deliver on these expectations with ambition and credibility. Thank you very much for your attention, and I am looking forward to today's debate.

Ismail Ertug, *Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Verkehr und Tourismus*. – Frau Präsidentin! Ich kann nicht genug betonen, wie wichtig dieser Bericht für die Erreichung unserer Klimaziele ist. Noch vor ein paar Wochen hätten wir womöglich nur über die umweltpolitischen, ökologischen und sozialen Vorteile der Batterie-Verordnung gesprochen, die Europa eben auf den Weg zu einer nachhaltigen und emissionsfreien Zukunft bringen wird.

Aber mit dem Krieg in der Ukraine ist nichts mehr so, wie es vorher war. In diesem Bericht, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es nun auch um die strategische Sicherung der Rohstoffe für eine schnell wachsende Batterieindustrie und die Beschleunigung eben unserer sauberen Energiewende. Es ist angesprochen worden, dass das Recycling von wertvollen und umweltkritischen Materialien aus Batterien ein Schlüssel zu einer nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Batterieindustrie sein wird, die weltweit an der Spitze stehen sollte. Die Einführung von Mindestzielen für die Recyclingeffizienz und für die Sammlung von Altbatterien wird entscheidend zu diesem Ziel beitragen.

Aus der Transportperspektive möchte ich vor allem die Ausweitung auf leichte Verkehrsmittel und die Streichung des 2-Kilowatt-Schwellenwertes hervorheben. Wir machen somit die Gesetzgebung zukunftssicher, indem wir die E-Bikes und die sogenannten E-Scooter in die Verordnung aufnehmen.

Europaweit sind in diesem Sektor rund 1000 kleine und mittlere Unternehmen mit mehr als 155 000 direkt oder indirekt beschäftigten Fachkräften vorhanden. Allein in der Fahrradindustrie wird ein Umsatz von mehr als 18 Milliarden Euro erwirtschaftet. Das heißt, mit der Batterie-Verordnung werden wir sicherstellen, dass die Märkte für Elektrofahrzeuge und E-Bikes mit all den Vorteilen dieser Fahrzeuge für Umwelt und Gesundheit weiterhin florieren und diese Fahrzeuge auf den europäischen Markt gebracht werden.

Pernille Weiss, *for PPE-Gruppen*. – Fru formand! Brugte batterier har længe været problematiske for vores miljø. Derfor er det ikke første gang, at batterier er på dagsordenen her i Europa-Parlamentet. Denne gang er det dog anderledes, for siden sidst har vi for alvor forstået, hvad cirkulær økonomi kan, og hvor centralt batterier placerer sig i den grønne omstilling. Vi skal derfor lave økosystemer for batterier, så de bliver i kredsløb væk fra at skade naturen, vores sundhed og sikkerhed. På den måde bliver de til råmaterialer, som kan få en tur mere eller flere i et nyt batteri i omløb, der understøtter EU's selvforsyningskæder af det, vi ikke kan undvære, når der er uro på markederne, og når vi skal vise respekt for, at naturens ressourcer ikke er uendelige. Det er rigtigt godt!

Hvad der også er godt er, at vi styrker indsatsen for miljøet og øger forbrugersikkerheden ved at skelne meget tydeligere imellem, hvilke typer af batterier der bør udskiftes af hvem. Og så styrker vi og strukturerer vi det indre marked for batterier og sikrer ens konkurrenceregler. Det sker med ambitiøse standarder og harmoniserede regler, og det vil give den europæiske batterisektor meget bedre vilkår for at udvikle sig til at indtage en global førerposition. Det er vigtigt for EU's konkurrencekraft og økonomi, og det er afgørende for, at EU kan skubbe resten af kloden i en bedre retning. Det er rigtigt godt!

Vi må nemlig aldrig nogensinde glemme, at det er og bliver den private sektor og dens innovative virksomheder, der er den stærkeste motor til at drive verden videre frem i en renere, sundere, grønnere og rigere retning. Vi politikere skal sikre rammerne, reglerne og incitamenterne, så det gøres muligt, og det gør vi med denne opdatering af EU's batteriforordning, som vi nu vedtager, og det er vi i PPE meget tilfredse med.

Adriana Maldonado López, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señor comisario, quiero, en primer lugar, felicitar a mi compañera Simona Bonafè por el gran informe que ha sido capaz de sacar adelante la Comisión de Medio Ambiente, Salud Pública y Seguridad Alimentaria.

Creo que es importante que pongamos en contexto el porqué de la importancia de este futuro Reglamento (anterior Directiva —ya algo muy importante—) que va a salir posiblemente, aquí, adelante en el Pleno del Parlamento Europeo.

Este futuro Reglamento se enmarca dentro del Plan de Acción para la Economía Circular que presentó la Comisión en marzo del año pasado. Este Plan recogía el cambio de directiva a reglamento y, en la Comisión IMCO, estamos muy orgullosos, porque, en primer lugar, permite armonizar una norma y hacerla totalmente transversal para los diferentes Estados miembros.

Este Reglamento es importante porque se enmarca dentro del tsunami legislativo del Pacto Verde Europeo, que va a cambiar nuestra forma de consumir, de relacionarnos, de producir dentro de la Unión Europea y, en definitiva, nuestra forma de relacionarnos también con el mundo que nos rodea.

Es la primera vez que la Unión Europea es capaz de regular a lo largo de toda la cadena de valor de un producto: desde cómo extraemos las materias primas y las condiciones que tiene que tener esa extracción hasta cómo somos capaces de eliminar los últimos residuos o reciclar las baterías.

Quiero destacar tres aspectos importantes que creo que se ponen en valor y que son el centro de esta aprobación que haremos en el Parlamento Europeo.

En primer lugar, entre esos tres objetivos, se halla el de respetar los derechos humanos durante todo el proceso, sobre todo en la extracción de las materias primas; también reducir el impacto ambiental durante la fabricación de las pilas y las baterías; y, por último, pero no por ello menos importante, que las baterías que circulen por el mercado interior sean sostenibles, de un alto rendimiento y, sobre todo, sean seguras para todos los consumidores.

Además, es importante que pongamos en valor lo que hemos logrado: no solamente se van a incorporar ciertas baterías; hay que incluir las baterías portátiles, las baterías de automoción, las de vehículos eléctricos y también las baterías industriales.

Pero me quiero centrar también en un elemento muy utilizado por un segmento de la población muy importante, como es la gente joven. Hemos sido capaces de incorporar los medios de transporte ligeros, como son los patinetes eléctricos, ya que no nos podemos quedar fuera de este cambio tecnológico y de hábitos de consumo.

En definitiva, un futuro Reglamento que viene a enmarcarse dentro de la agenda verde y de la agenda tecnológica de la Unión Europea. Tenemos que poner en valor el papel que desempeñan los consumidores y, sobre todo, crear esa conciencia social en los ciudadanos europeos con relación a todo lo que tiene que ver con lo que consumimos, con lo que fabricamos y con cómo nos relacionamos con el medio ambiente.

Karin Karlsbro, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, how many batteries do you have in your home? I tried to count mine: cell phone, computer, headphones, toys, speakers, smoke alarms and, hopefully, in my next car. Batteries do play an increasing role in our lives to ensure that appliances and services used daily, like mobility and energy storage, work. We need batteries for electrification and innovation as we leave fossil fuels behind us.

The European Batteries Regulation is a new type of environmental legislation model that follows the product's lifecycle from manufacturing to consumption and all the way to recycling into new products. With the new regulation, we will have more sustainable batteries that require responsibility for both human rights and the environment. Their carbon footprint has to be declared in a special passport and the material has to be recycled. With the new regulation, it will be easier to replace worn out batteries with new, recycled ones. A fully harmonised regulation, applicable in all Member States, also increases predictability for all stakeholders involved. A circular economy is a win for us and for the climate, and a decarbonised future requires sustainable batteries.

Malte Gallée, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Simona! Ich glaube, es ist uns allen klar, es war noch nie so deutlich und noch nie so dringend wie in diesen Tagen und Stunden: Wir müssen alles dafür tun, um weg von fossilen Treibstoffen zu kommen, und Batterien sind dafür eine absolute Schlüsseltechnologie.

Klimakrise, Artensterben, Umweltverschmutzung – all diesen Krisen müssen wir uns mit voller Kraft entgegenstellen. Dafür braucht es eben Gesetze, die genau das ermöglichen.

Herr Kommissar, ich möchte Ihnen ausdrücklich für einen exzellenten Gesetzesvorschlag danken. Zum ersten Mal denken wir in der Produktpolitik wirklich nachhaltig und ganzheitlich, vom Abbau der Rohstoffe über die CO₂-arme Produktion zu langen Lebenszeiten bis zum echten Recycling. Diese Batterie-Verordnung kann eine wirkliche Blaupause werden für zukünftige Gesetzgebung, für nachhaltige Produkte.

Aber an einigen Stellen mussten wir den Vorschlag natürlich noch einmal entscheidend nachschärfen. Erstens brauchen wir ein starkes Recht auf Reparatur. Alle Batterien in Handys, Laptops und ähnlichen Geräten müssen von den Verbraucherinnen und Verbrauchern selber ausgetauscht werden können. Hier haben die Unternehmen in der Vergangenheit wirklich lange genug die Interessen der Menschen und der Umwelt missachtet.

Zweitens echtes Recycling für alle Batterien. Die wichtigen Rohstoffe wie Lithium, Kobalt, Nickel müssen nicht nur recycelt werden, sondern dann natürlich auch wiederverwendet werden. Nur so schaffen wir den Schritt hin zu einer echten Kreislaufwirtschaft.

Und drittens: Ausbeutung – in einer Kobaltmine zum Beispiel – wird ja nicht auf einmal egal, nur weil der Rohstoff danach in einer kleinen Batterie verwendet wird. Deshalb müssen Regeln zur Sorgfaltspflicht natürlich für alle Batterien gelten und nicht nur für Elektroautos.

Alles in allem: Gemeinsam konnten wir ein wirklich revolutionäres Paket schnüren, auf das die Zivilgesellschaft in der ganzen Welt mit großer Erwartung blickt, besonders auch indigene Gemeinschaften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns heute den Grundstein legen für saubere Batterien *made in Europe*, für zukunftsfeste Arbeitsplätze in Europa, saubere Technologie für die so nötige Energiewende, wirksamen Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher und globale Gerechtigkeit.

Sylvia Limmer, im Namen der ID-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Abgesehen davon, dass es komplett irrsinnig ist, per politischem Dekret den Automarkt zu zwingen, auf teure, keineswegs CO₂-freie, ressourcenverschlingende Elektro- und damit Batterietechnik umzustellen – also abgesehen vom üblichen Unsinn –, stimme ich der Kommission zu, dass Batterien eine Schlüsseltechnologie sind – bzw. zu einer beföhlen wurden und daher der Regulation bedürfen. Nicht zuletzt auch, weil diese Technik noch in den Kinderschuhen steckt, und insbesondere, um die Bedingungen, denen Verbrennungsmotoren und Elektromobilität unterworfen sind, anzugleichen.

Denn entgegen anderslautenden Behauptungen sind Batterien weder besonders nachhaltig, CO₂-frei oder umweltschonend, was die vorliegende Verordnung zum Teil ändern will – was ich erst einmal für begrüßenswert halte. Allerdings will man sich für meinen Geschmack dafür zu viel Zeit nehmen. Statt der von mir geforderten Zertifizierung des CO₂-Fußabdrucks von Batterien bis Mitte 2023 soll es lediglich bei einer CO₂-Deklaration ein Jahr später bleiben. Seltsam für eine E-Mobilität, die von sich behauptet, CO₂-frei zu sein!

Dass man den enormen ökologischen Schäden, aber auch den absehbaren ökonomischen Abhängigkeiten mit einer Recyclingquote beikommen will, ist maximal als netter Versuch zu werten. Eine Studie kam zum Schluss: Wollte man die 32 Millionen britischer Fahrzeuge elektrifizieren, bräuchte man das Doppelte der Weltproduktion bei Kobalt und 75 - Prozent der weltweiten Lithiumproduktion.

Weltweit werden aber jährlich 56 Millionen Autos produziert. Außerdem befinden sich laut Analyse des Fraunhofer-Instituts vom November 2021 sämtliche Recyclingverfahren noch in den Pilotphasen und produzieren als extrem energieintensive Verfahren selbst große Mengen an CO₂ und giftigen Abfallprodukten.

Für schwerwiegender halte ich die Probleme, die aus den zukünftigen Rohstoffabhängigkeiten resultieren. Bis zu 20 Prozent des batteriefähigen Nickels kommen aus Russland. Die Abhängigkeit von China bezüglich seltener Erden und fast aller verarbeiteten Batteriezutaten ist nicht minder bedenklich. Die derzeitige Krise sollte uns hier Lehrmeister sein. Wir sollten nicht mutwillig neue Abhängigkeiten kreieren.

Mein Fazit daher: Eine weitere grandiose politische Fehlentscheidung im Namen des Klimas mit nachfolgender Gesetzgebung zu retten, wird vermutlich scheitern.

Am Ende aber etwas, was mir als Mutter persönlich am Herzen liegt: Alle meine Anträge, Kinderarbeit als Ausschlusskriterium in den Lieferketten zu implementieren, wurden im Ausschuss abgelehnt. Lassen Sie bitte nicht zu, dass Kinder für die E-Lifestyle-Karossen der betuchten grünen Klientel zu Leidtragenden werden. Schauen Sie nicht weg. Stimmen Sie unseren Anträgen diesbezüglich zu.

Nicola Procaccini, *a nome del gruppo ECR*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la cieca avanzata nella transizione energetica passa oggi da quest'Aula e trae nuova linfa dal contenuto di questa relazione, un documento che, nonostante alcuni sforzi apprezzabili, tradisce un'impostazione ideologica non tecnica, non realistica e neppure giustificata dal punto di vista ambientale, dato che è perlomeno impreciso affermare che un'auto elettrica inquina meno di un'auto a benzina.

Questa propensione acritica verso l'elettrico conferma un approccio non solo manicheo ma anche privo di una visione strategica che ci porta dritti dritti verso un'altra dipendenza energetica, quella dalla Cina, un paese che monopolizza, con la brutalità tipica dei regimi totalitari, i giacimenti di materie prime necessarie per la realizzazione delle batterie da cui dipendono le fonti rinnovabili. Davvero non vi è bastata la lezione di questi giorni? Correndo a tappe forzate verso una riduzione di emissioni di CO₂ che impatterebbe solo sull'8 % di cui siamo responsabili su scala mondiale abbiamo rinunciato a estrarre gas dai nostri giacimenti, abbiamo rinunciato a gasdotti e rigassificatori, chiuso centrali nucleari, dismesso quelle a carbone, che oggi si vorrebbero riaprire in tutta fretta, ma, soprattutto, ci siamo resi schiavi dell'acquisto di energia dalla Russia, dal Qatar e da altri regimi nient'affatto liberali, cosa che ci impedisce, tra l'altro, di sanzionare in maniera efficace la folle guerra di Putin in Ucraina, un conflitto che potrebbe persino diventare apocalittico.

Ben venga allora la neutralità climatica, ma la nostra priorità politica, ve l'abbiamo ripetuto tante volte, deve essere l'indipendenza energetica, da cui dipende la tenuta del nostro sistema economico ma anche la nostra sovranità democratica.

Ci preoccupa la temperatura di 1 o 2 gradi più alta nel lungo periodo, ma i nostri figli ci chiedono innanzitutto di arrivarci al lungo periodo.

Silvia Modig, *The Left-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, monista ilmastopolitiikan ja kestävä kehityksen keinoista ollaan tässä salissa oltu erimielisiä. Toivon ja uskon, että kiertotalous on sellainen ratkaisu, joka näyttyy mahdollisuutena, jossa kaikki voittavat. Samalla kun pääsemme irti neitseellisten luonnonvarojen ylikäytöstä, luomme uusia arvoketjuja ja mahdollistamme uusien työpaikkojen syntymisen. Kun jäte suunnitellaan jo valmistuksessa pois, tarjoaa tuote saapuessaan käyttöikänsä päähän meille uuden raaka-aineen, joka jatkaa kiertoaan. Ilmasto kiittää, emme tuhlaa planeetan rajallisia luonnonvaroja ja mahdollistamme uusien työpaikkojen synnyn.

Akkujen tarve tulee moninkertaistumaan, talousfoorumin arvion mukaan jopa 19-kertaiseksi lähivuosina. Ilmastotavoitteiden saavuttaminen vaatii akkujen käytön lisäämistä liikenteen päästövähennysten saavuttamiseksi ja myös arjen palveluiden digitalisaatio lisää akkujen tarvetta. Kasvuvauhti on kova. On aivan välttämätöntä, että pystymme ottamaan talteen akkujen arvokkaat metallit ja käyttämään ne uudelleen. Tämän asetuksen voima on siinä, että se huomioi aivan koko elinkaaren.

Pidän erityisen tärkeänä, että otamme kantaa myös ihmisoikeuksiin. Monet arjen digitalisaatiossa tarvitsemamme raaka-aineet ovat peräisin konfliktialueilta ja pahimmillaan niiden arvo aiheuttaa konflikteja. On kestävämpää, että kulutuksemme mahdollistuu ihmisoikeuksien kustannuksella, ja siksi onkin tärkeää, että yritysvastuun mukainen huolellisuusvelvoite koskee tulevaisuudessa kaikkia akkuja.

Olen iloinen ja kiitollinen esitteli Bonafelle siitä, että mietintö asettuu kunnianhimon kannalle. Olisin itse ollut valmis vielä pidemmälle menemään, mutta tulen äänestämään tyytyväisenä tämä mietinnön puolesta. Tämä on planeetan etu, ja se myös vähentää Euroopan riippuvuutta näiden kriittisten raaka-aineiden osalta. Lisäksi asetus helpottaa kuluttajan tilannetta, kun akkuja pystyy itse vaihtamaan ja pakkausmerkinnät kertovat hiilijalanjäljen. Uusi akkuasetus on tärkeä askel tiellä kohti planeetan rajoja kunnioittavaa raaka-aineiden käyttöä ja kohti kiertotalouden täyden potentiaalin saavuttamista.

Ljudmila Novak (PPE). – Gospa predsedujoča, spoštovani gospod komisar!

Zadnje krize, ki so prizadele svet in Evropsko unijo, so razgalile vrsto problemov, ki smo se jih prej premalo zavedali.

Ne samo, da smo se po začetku te vojne prebudili v novi svet, pač pa smo tudi na novo spregledali. Sedaj tudi bolje vidimo vse manipulacije, laži, prevare in zločine velikega diktatorja.

Kljub izjemnim strahotam in izzivom zaradi vojne moramo še zmeraj dovolj pozornosti nameniti okoljskim izzivom. Soočanja s temi problemi ne moremo prestavljati na prihodnost, ker nam zmanjkuje časa. To bo zahtevalo od nas veliko sprememb v naših ravnanjih in v našem načinu življenja.

Razgalila se je naša prevelika odvisnost od drugih držav na mnogih pomembnih področjih, od energije, pomanjkanja sestavin za zdravila in komponent za sodobne tehnologije, da o prehranski varnosti niti ne govorimo.

Baterije so ključna tehnologija za energetski prehod Evrope. Zato potrebujemo nov strateški pristop za njihovo proizvodnjo, uporabo in tudi razgradnjo. Poleg pozitivnega vidika imajo baterije tudi škodljiv vpliv na okolje.

Naša odvisnost ob pomanjkanju naravnih virov na različnih področjih zahteva od nas še bolj skrbno ravnanje s tem, kar imamo. Krožno gospodarstvo za trajnostni razvoj in ponovna uporaba strateških materialov sta izredno pomemben del naše prihodnosti. Z določanjem in upoštevanjem trajnostnih meril ter s sodelovanjem proizvajalcev in uporabnikov, ob upoštevanju ustrezne zakonodaje, bomo naredili korake v pravo smer.

Günther Sidl (S&D). – Frau Präsidentin, werter Herr Kommissar, Kolleginnen und Kollegen! Batterien sind eine Schlüsseltechnologie für die Energiewende in Europa. Sie sind für eine nachhaltige Mobilität und für die Speicherung von Energie aus erneuerbaren Quellen unerlässlich und zudem ein fester Bestandteil unseres täglichen Lebens.

Schätzungen zufolge wird die Gesamtmenge der Industriebatterien, einschließlich derjenigen für E-Bikes und Elektrofahrzeuge, von derzeit 0,7 Millionen Tonnen auf fast 4,4 Millionen Tonnen im Jahr 2035 ansteigen.

Ich bin sehr zufrieden mit dem vorliegenden Bericht, da viele wichtige Themen entlang des gesamten Lebenszyklus von Batterien neu geregelt wurden und nicht nur entlang der Lieferkette, sondern entlang der gesamten Wertschöpfungskette. Wir setzen neue Maßstäbe für saubere Batterien. Erstmals müssen Batterien Mindestanforderungen für nachhaltigen und sozial verantwortungsvollen Abbau von Rohstoffen erfüllen.

Überdies werden auch die Verbraucherrechte massiv gestärkt. Auch Produkte mit alltäglicher Relevanz sollen unter die neuen Regelungen fallen. Dazu zählen insbesondere Produkte mit verbauten Batterien wie etwa Handys oder Tablets. Diese Batterien müssen in Zukunft austauschbar sein, um die Lebensdauer von Produkten zu verlängern.

In diesem Sinne vertraue ich auf Ihre Unterstützung, damit dieser Bericht in der Abstimmung nicht verwässert wird.

Elsi Katainen (Renew). – Arvoisa puhemies, hyvä komissaari, EU tarvitsee viipymättä uuden akkuasetuksen, kun liikenteen sähköistyminen etenee vauhdilla ja akkujen tuotanto ja kysyntä kasvavat. Olen tyytyväinen, että parlamentin mietintö lähettää vahvan signaalin kestävästä akkutuotannon edistämiseksi Euroopassa, mikä on ratkaisevaa niin investointien ja huoltovarmuuden kuin myös päästövähennystavoitteiden kannalta.

Akkujen kasvava kysyntä luo painetta raaka-aineiden saatavuudelle. Kasvavan kysynnän takia on tärkeää varmistaa akkujen tuotannon vastuullisuus, joka on parlamentin mietinnössä tasapainoisesti huomioitu. Tämän lisäksi on positiivista, että mietintö korostaa uusien innovatiivisten raaka-aineiden käyttöä ja kehittämistä akkutuotannossa. Puupohjainen ligniini on hyvä esimerkki tällaisesta uudesta, kestävästä materiaalista, joka edistää akkuteollisuuden kestävyttä ja kiertoaloutta.

Uudet liikennemuodot, kuten sähköpyörät ja sähköpotkulaudat, ovat kasvattaneet räjähdysmäisesti osuuttaan viime aikoina. On erinomaista, että asetuksen kunnianhimoiset kierrätystavoitteet on laajennettu koskemaan myös kevyen liikenteen akkuja, jotta tehokas ja laajamittainen kierrätys sektorilla varmistetaan. Tämän lisäksi akkujätevirtoja koskeva joustavuus tuottajille ja tuottajayhteisöille varmistaa, että jo tehokkaasti toimivat kierrätysjärjestelyt siirtyvät vaivattomasti myös tämän uuden asetuksen alle. Uuden akkuasetuksen avulla luomme kestäväää kasvua ja uusia investointeja Eurooppaan.

Anna Cavazzini (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft, der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien – seit Putins schrecklichem Angriffskrieg auf die Ukraine wird, glaube ich, auch den Letzten klar, dass wir die grüne Transformation nicht nur für unser Klima, sondern auch für unsere strategische Souveränität brauchen. Und Batterien sind der entscheidende Baustein für diese Transformation.

Riesige Industriebatterien speichern den erneuerbar erzeugten Strom und ermöglichen eine Einspeisung ins Stromnetz. Batteriebetriebene Fahrzeuge verdrängen Diesel- und Benzinmotoren von den Straßen Europas, auch wenn das der AfD nicht gefällt. Derzeit werden allerdings 90 % der Batterien in die EU importiert. Ob importiert oder hergestellt – für all diese Batterien werden Rohstoffe benötigt, und deren Abbau führt häufig zu Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung.

Ich habe mich dafür eingesetzt – und wir haben im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hart daran gearbeitet –, dass die Batterie-Verordnung angeschärft wird und Menschenrechte und die Umwelt entlang der Lieferketten verpflichtend gewahrt werden müssen. Und das ist eine wichtige Nachricht auch für die Bürgerinnen und Bürger, die immer wieder sagen: Ja, ich will ein Elektroauto, aber ich habe keine Lust auf Batterien, an denen Blut klebt.

Wir haben im Parlament dafür gesorgt, dass Batterien länger halten werden. Und wir haben ein Recht auf die Reparatur von Geräten mit Batterien geschaffen. Damit können wir uns endlich von verklebten Batterien verabschieden und Geräte länger nutzen, wenn die Batterie den Geist aufgeben sollte.

Wir haben den Kommissionsvorschlag verbessert, sodass alle Batterien, die auf dem Binnenmarkt verkauft werden, mit sauberer Energie hergestellt werden. Schließlich stammen 70 % der Emissionen einer Batterie aus der Produktionsphase, und viele Batterien werden heute mit Kohlestrom und anderen fossilen Energieträgern hergestellt.

Mit dieser Batterie-Verordnung gehen wir den Weg in eine echte Kreislaufwirtschaft, in der die Rohstoffe in alten Batterien und Geräten systematisch zurückgewonnen, recycelt und wiederverwertet werden. Das sollten wir schleunigst mit allen Produkten tun – für einen echten grünen Binnenmarkt.

Julie Lechanteux (ID). – Madame la Présidente, les batteries de véhicules électriques sont aujourd'hui produites par l'Asie. En 2020, les six premiers acteurs mondiaux du secteur ont accaparé 86 % du marché et sont tous originaires de Chine, de Corée du Sud et du Japon. Un choix industriel dont il faut souligner notre dépendance, qui est soi-disant écologique, qui nous est imposé, mais qui est loin de faire l'unanimité parmi les experts, car les batteries électriques sont polluantes, quoi qu'on en dise.

La commissaire européenne a beau parler d'économie circulaire, de recyclage, de contraintes environnementales, cette filière pose de nombreuses questions. La production de batteries est tellement énergivore que l'appeler transition verte est une vaste supercherie. Dans la Laponie suédoise, pour l'installation d'une gigantesque usine de batteries, c'est une forêt grande comme 70 terrains de football qui a été rasée. Pour produire des batteries, il faut des quantités d'énergie phénoménales. Un exemple: pour fabriquer une batterie de 50 kW qui fournira 400 km d'autonomie à une voiture, l'usine consomme 3 500 kW d'électricité, soit 60 fois plus. En pleine crise de l'énergie, c'est ubuesque.

À cela, vous ajoutez la question de la nocivité des matières premières qui entrent dans sa composition: le plomb, le mercure, le lithium et le cobalt. On comprend vite qu'on a affaire à des produits hautement dangereux pour notre santé et pour l'environnement. Des ressources dont l'extraction a fait l'objet d'un rapport de l'ONU, publié en 2020, concernant la production des batteries pour véhicules électriques.

Un chapitre de ce rapport concernant l'exploitation du cobalt, ses enjeux sociaux et environnementaux, interpelle à plus d'un titre. Le rapport indique par exemple que la majeure partie du cobalt fourni sur les marchés mondiaux provient de la République démocratique du Congo, dont 20 % proviennent de mines artisanales du sud du Katanga, où travaillent 40 000 enfants. Et les cas de non-respect des droits de l'homme y sont nombreux.

Enfin, il y a la question de la traçabilité par le biais d'un passeport de la batterie qui présente un risque de fichage des automobilistes, avec une violation évidente du droit au respect de la vie privée et du consentement du propriétaire du véhicule.

Face à ces défis majeurs, pourquoi ne pas investir dans les biocarburants et dans l'hydrogène, qui pourraient nous assurer une indépendance énergétique à un moindre coût social et environnemental?

Rob Rooker (ECR). – Voorzitter, dank aan de rapporteur voor dit verslag. Wanneer in dit Parlement over de circulaire economie, de “van boer tot bord”-strategie of de Green Deal wordt gesproken, dan kunnen de doelstellingen vaak niet hoog genoeg zijn. Ik vind het belangrijk om een realistisch beleid te voeren. Beleid dat voedselzekerheid stimuleert in plaats van ondermijnt. Beleid waarmee mijn kiezers hun energierekening kunnen betalen en aan het eind van de maand ook nog geld overhouden. Beleid waarbij de burger centraal staat in plaats van de bureaucratische plannen van de Europese Unie. Ik moet dan ook vaak tégen wetsvoorstellen stemmen. Voorstellen die het leven van de burger niet beter maken, maar wel veel duurder.

Vandaag is het echter anders. Het verslag dat vandaag besproken wordt, gaat onder andere over de duurzaamheid van batterijen en ik ben van plan om voor dat wetsvoorstel te stemmen. Niet omdat ik denk dat de klimaattransitie nodig is. Sterker nog, ik denk dat het een exercitie is die de Europese burgers heel veel geld gaat kosten en onze economieën heel hard gaat raken. Maar als de EU die transitie dan zo nodig wil, laat ze dan in ieder geval geen extra milieuschade in andere delen van de wereld veroorzaken. En ook mag de transitie in geen enkel geval door kinderarbeid tot stand komen.

Om deze redenen zal ik vóór het wetsvoorstel stemmen.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, kolegice i kolege, baterije su iznimno važne za industrijsku europsku konkurentnost i ispunjavanje zelenog plana, naravno onog ambicioznog. S tehnološkim razvojem povećavaju se mogućnosti i performanse baterija što dodatno potiče, naravno, i njihovu široku primjenu.

Procjenjuje se da bi ukupan volumen industrijskih baterija mogao se popeti na gotovo 4,4 milijuna tona do 2035. godine u odnosu na 0,7 milijuna tona iz 2020. Prepoznavajući tu važnost Europska unija je do 2021. uložila 127 milijardi eura, a očekuje se do 2030. uložiti dodatne 382 milijarde eura.

Ja pohvaljujem ovakvu ambiciju i držim je ohrabrujućom. Pozdravljam i napore ovog izvješća koje postavlja zajednički set pravila za održivost, sigurnost, označavanje i informiranje vezano za korištenje baterija.

Jednako tako izvješće definira zahtjeve za prikupljanje, obradu i recikliranje istrošenih baterija. Na taj način jačamo funkcioniranje jedinstvenog tržišta, promičemo kružno gospodarstvo te smanjujemo ekološki i društveni utjecaj tijekom svih životnih faza ciklusa baterija.

Iskoristila bih prigodu i istaknula pozitivan primjer iz Republike Hrvatske iz koje dolazim. Radi se o uspjehu mladog poduzetnika i inovatora Mate Rimca čija tvrtka Rimac automobili proizvodi baterije vrhunske kvalitete za najbrži svjetski električni automobil Neveru.

Jednako tako pohvaljujem što je razini Europske unije prepoznato da inovatori i oni koji već žive zelenu tranziciju imaju i onu financijsku potporu. Budućnost se dakle negdje već dogodila.

Dragi kolege, a budućnost će sve više biti pogonjena i energijom skladištenom u baterijama, a na nama je da postavimo zakonodavne temelje koji će ih učiniti ekološki prihvatljivima i naravno ekonomski isplativima.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! När EU går från kol- och stålunion till att bli världens första region som är klimatneutral, då är elektrifieringen den stora nyckeln. Vi behöver batterier, mängder med batterier. Därför är det viktigt att den hållbara omställningen också blir hållbar. Hela livscykeln måste vara hållbar. Våra batterier måste produceras med full respekt för mänskliga rättigheter, med hållbara produktionsmetoder och med så mycket återvunnet material som möjligt.

Jag är därför glad över det progressiva mandat som vi tar i dag i batteriförordningen, med fem tydliga ambitionshöjningar: 1. Högre mål för återvinning av bärbara batterier. 2. Alla bilbatterier och industribatterier ska samlas in. 3. Tydlig märkning av koldioxidavtrycket från batteriers hela tillverkningsprocess. 4. Mer gemensamma standarder för laddare. 5. Tillverkarna måste säkra att standarder för social och miljömässig hållbarhet uppnås.

Jag vill avsluta med att tacka min partikamrat Simona Bonafè för ett utmärkt arbete som föredragande, och jag vill önska dig, Simona, stort lycka till i de kommande viktiga förhandlingarna.

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, the impact of the war in Ukraine is everywhere, even in relation to batteries. The war has already shut down the production of electric cars in a number of Member States, including the Czech Republic, due to the electric parts that go into connecting batteries to the vehicles being blocked. As vehicle manufacturers struggle to find new sources of supplies, we must prevent a similar problem in the future with the batteries themselves. That is why this legislation should help support better production and recycling in Europe, so that, in the future, we have a safe supply of raw and recycled materials.

At the same time, this legislation must not be used as a tool against a global supply chain. When we are not faced with a crisis, the best source of many batteries and battery materials will continue to be outside the European Union. I firmly believe that we must work with other international players, including in the UN Economic Commission of Africa (ECA) Forum, as we implement this legislation towards making these rules universal and not for Europe alone.

As we move towards a future of electric vehicles, the question of batteries will not be a question of AA or AAA batteries. We need a plan for what to do with these huge car and truck batteries. The car industry must be a partner in this and our laws must be able to be implemented. As we go into trilogues, I ask all sides to make sure this law will work in practice. Only if we work with the industry will we get this right.

Manuela Ripa (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Batterien sind aus unserem täglichen Leben nicht mehr wegzudenken, aber Batterien sind mittlerweile mehr als nur unsere häuslichen Alltagsprodukte.

Die Nachfrage nach Batterien wird in den kommenden Jahren rapide ansteigen, insbesondere bei Elektrofahrzeugen. Daher war es richtig und wichtig, einen Gesetzesvorschlag zu haben, der nicht nur gebrauchte Batterien und nur bestimmte Kategorien von Batterien behandelt, sondern sich den gesamten Zyklus aller Batterien anschaut, von der Entstehung bis zur Endverwertung. Dies ist umso wichtiger, als Batterien bei der Mobilitätswende eine entscheidende Rolle spielen sollen.

Jedoch brauchen Batterien viele Rohstoffe. Daher war es nur folgerichtig, auf einen kreislaufwirtschaftlichen Ansatz zu setzen. Denn Rohstoffe sind endlich. Ihr Abbau muss unter Einhaltung von Menschenrechts- und Umweltstandards geschehen und darf nicht Naturschutzgebiete gefährden. Doch nicht nur die Recyclingquoten mussten erhöht werden, sondern für ein echtes Recycling aller Rohstoffe brauchen wir auch ein besseres Sammelsystem für alle Batterien und ein besseres Design der Batterien. Denn Recycling fängt bereits bei der Produktherstellung an und muss ganzheitlich gedacht werden.

Genauso wichtig war es, in dem Gesetz die Sorgfaltspflichten der Wirtschaftsakteure für Menschenrechte und unsere Umwelt auf die gesamte Wertschöpfungskette zu erstrecken, also auf alle Batterien, alle Materialien, einschließlich der Abfallbehandlung. Es freut mich sehr, dass es uns gelungen ist, dies einzubringen. Auch haben wir es geschafft, giftige Substanzen in Batterien einzuschränken.

Aus aktuellem Anlass möchte ich noch einen weiteren Aspekt beleuchten: In Europa entstehen immer mehr Batteriefabriken. Diese könnten auf Industriebrachflächen gebaut werden, werden aber leider immer öfter auf Grünflächen wie Ackerböden oder Wäldern konzipiert. Hinzu kommt, dass sie sogar in Wasserschutzgebieten gebaut werden. Exemplarisch hier ist Tesla in Brandenburg, Deutschland.

Wir dürfen nicht beim Kampf gegen den Klimawandel auf beiden Augen blind sein für den Verlust der Artenvielfalt und für den Boden- und Wasserschutz. Um nachhaltig zu sein, muss man ganzheitlich nachhaltig denken. Dieser Gesetzesvorschlag ist ein erster guter Aufschlag in diesem Sinne.

Annika Bruna (ID). – Madame la Présidente, ce règlement a pour objectif de réduire l'incidence pour l'environnement et la santé humaine de l'utilisation des piles et des batteries. C'est la raison pour laquelle nous le soutiendrons. De plus, en augmentant nos exigences, notamment à l'égard des batteries de véhicules électriques, nous éviterons la publicité mensongère qui présente ces véhicules comme plus vertueux qu'ils ne le sont. Et l'information du consommateur en la matière en sera nettement améliorée.

Les objectifs de réutilisation et de recyclage des batteries ou de réutilisation des matières premières sont ambitieux. Ce texte est également une avancée vers l'interopérabilité de tous les types de batteries. Cela permettra d'une part au consommateur de faire des économies – puisqu'il pourra réutiliser ces batteries et conserver les appareils – et d'autre part de réduire les déchets en créant des normes facilitant le recyclage. Dans ce cadre, nous soutenons également l'indispensable hausse des objectifs de collecte des piles et batteries usagées. Par ailleurs, je remercie le rapporteur d'avoir pris en compte les amendements que j'ai, ainsi que d'autres collègues, déposés en faveur d'un système de consigne pour les piles et batteries. La Commission étudiera la faisabilité et l'intérêt de ce système et je me réjouis de cette avancée.

Malgré ces points positifs, plusieurs aspects négatifs sont à relever. Dans le règlement, en particulier, nous ne pouvons que regretter l'absence de prise en compte sérieuse du drame que représente le travail des enfants. Plusieurs dizaines de milliers d'enfants travaillent dans les mines d'extraction de cobalt à destination de la fabrication de batteries. À l'heure où un règlement européen s'intéresse aux conditions de production des batteries, nous ne pouvons fermer les yeux. Des amendements du groupe ID vous proposeront de refuser le travail des enfants pour la production des batteries utilisées en Europe. Je vous invite par vos votes à les soutenir.

Enfin, si nous partageons les objectifs de ce texte ambitieux pour le développement des batteries durables et la réutilisation des matières premières qui les composent, nous nous interrogeons sur le réalisme d'une électrification massive et rapide. L'électrification des modes de chauffage, mais surtout des véhicules en Europe, nécessitera de produire dans les années à venir des centaines de térawattheures supplémentaires d'électricité. Et les conséquences de la crise russo-ukrainienne pèseront également sur l'approvisionnement en énergie.

Les capacités de production électrique de nos nations vont devoir être multipliées. Comment comptez-vous faire face à cette demande? Ce n'est pas le rôle de ce texte, bien sûr, de répondre à cette question, mais, nous le savons, rendre des batteries propres pour les recharger avec des centrales à charbon est un non-sens.

Carlo Fidanza (ECR). – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, l'ideologia del *Green Deal* offre agli europei la cieca illusione che la transizione ecologica della nostra sola, piccola Europa possa salvarci dalla cosiddetta crisi climatica, mentre tutto là fuori intorno a noi sta portando a gravi carenze di approvvigionamento di materie prime strategiche. La produzione delle batterie non può prescindere dalle terre rare, rare sia per la loro distribuzione geografica, sia per il loro processo di estrazione ad alto impatto ambientale. L'Unione europea importa oggi il 98 % del suo fabbisogno dalla Cina, nonostante i vari partenariati con altri paesi, il più recente siglato con l'ahinoi martoriata Ucraina il 13 luglio scorso.

E allora prevedere standard comuni e ragionare di produzione e smaltimento delle batterie con una logica di circolarità è un passo avanti, ma sappiamo che non basterà e che abbiamo bisogno di tempo. Di fronte a questa realtà la Commissione dovrebbe aprire gli occhi: gli obiettivi e le tempistiche per il raggiungimento della neutralità climatica non sono realistici e pensare di raggiungerli puntando tutto sull'elettrico non solo andrà contro il principio di neutralità tecnologica, ma ci renderà ancora più dipendenti da paesi terzi, con buona pace della tanto decantata sovranità energetica. Paesi che peraltro sono governati in buona parte da regimi tirannici pronti a ricattare l'Europa e l'Occidente e ai quali, in nome dell'ideologia *green*, di Greta Thunberg e degli interessi di qualche lobby, stiamo offrendo nuovi strumenti di ricatto.

Le immagini di oggi, i costi di oggi dovrebbero insegnarci qualcosa e invece si continua con lo stesso approccio suicida di ieri. Fermatevi prima che sia troppo tardi.

Lídia Pereira (PPE). – Senhora Presidente, caros Colegas, o momento que atravessamos só reforça a importância de garantirmos uma crescente autonomia energética. Essa autonomia passa por uma maior utilização da energia elétrica com o correspondente progressivo abandono dos combustíveis fósseis, das energias fósseis. Mas, para tal, temos não só de ser mais autossuficientes na produção de energia elétrica, mas também no desenvolvimento, na promoção, na produção e recuperação de baterias e dos seus componentes.

Tendo o planeta Terra recursos finitos, precisamos de ser capazes de usar e reutilizar estes componentes. Isto só pode ser feito com uma forte aposta na economia circular e também na vertente das baterias. Portanto, importa recordar aqui o objetivo geral de alcançarmos um nível significativo de recuperação de materiais das baterias, que não está a ser alcançado.

Reforço aqui a minha concordância com os objetivos gerais da proposta: o reforço do funcionamento do mercado interno, nomeadamente de produtos, processos e resíduos, assegurando um mercado e condições de concorrência justas com regras e normas comuns, a promoção da economia circular dos diversos componentes e a redução dos impactos ambientais e sociais de todas as etapas do ciclo de vida das baterias.

Podemos, no entanto, com o nosso voto, ir ainda mais longe facilitando o processo de remoção e troca de baterias em veículos ligeiros e uma política de rotulagem transparente para o consumidor. As grandes mudanças fazem-se com pequenos passos e as grandes vitórias com pequenos avanços.

Se queremos autonomia energética, descarbonização e avançar na eletrificação, deixando para trás os combustíveis fósseis, avancemos então nestas matérias. Para quem quer aprender, a ignorância é meramente uma etapa. Que continuemos a aprender e a viver de forma sustentável respeitando os limites do nosso planeta.

Maria Arena (S&D). – Madame la Présidente, tout d'abord, je souhaiterais féliciter Simona Bonafè pour le travail qui a été réalisé dans ce rapport sur les batteries. On le sait, sortir des énergies fossiles passera inévitablement par plus de batteries, raison pour laquelle la réglementation, telle qu'elle est proposée aujourd'hui, est nécessaire.

En effet, plus de batteries voudra dire plus de recyclage et plus d'économie circulaire. On le sait, aujourd'hui, seulement 12 % de l'aluminium, 22 % du cobalt, 16 % du nickel sont recyclés, ou encore 52 % des déchets sont effectivement collectés. Plus de batteries signifiera aussi plus d'extraction de ressources, et cela ne peut se faire au détriment des pays et des populations qui les possèdent. C'est pourquoi l'inclusion du devoir de vigilance obligatoire est si importante pour s'assurer que les batteries que nous utiliserons ne provoquent pas de dommages environnementaux ou de dommages sociaux.

Mais plus de batteries, c'est aussi plus de produits chimiques potentiellement dangereux qui devront être remplacés par des alternatives plus durables, tel que le prévoit la législation REACH actuellement.

Ce n'est qu'à ces conditions que la transition se fera de manière durable.

Martin Hojsík (Renew). – Pani predsedajúca, pán komisár, mobily a počítače nosíme všade so sebou. Baterky sa stali úplne bežnou súčasťou našich životov a naozaj už to nie je len o malých tužkových baterkách. Technológia milujeme. Ale milujeme ich iba vtedy, keď naozaj fungujú. A poviem vám, veľmi ma hnevá, keď si musím kúpiť nový mobil alebo počítač len preto, že sa nedá vymeniť baterka. Najšialenejšie je to, že sa mi to častokrát viac finančne opláti, ako vymeniť samotnú baterku.

Preto potrebujeme veci zmeniť. A to nehovorím len o baterkách v počítačoch alebo v mobiloch. Je to otázka bateriek v autách, bateriek v bicykloch v dnešných dňoch, či v elektrickej sieti. Nemáme k dispozícii nekonečné zdroje. Planétu máme len jednu. Aj tá má svoje kapacity. A to si hádam už v roku 2022 uvedomujeme všetci.

Preto táto legislatíva prichádza naozaj v najvyššom čase. Musí mať pravidlá nielen pre výrobu, výmenu či zneškodnenie batérií, ale aj pre ich recykláciu. Potrebujeme konečne prejsť na cirkulárnu ekonomiku aj pri batériách. Je to niečo, po čom všetci dlho voláme. Batérie sa musia nielen plne recyklovať, ale aj byť vyrobené z druhotných surovín. A musia byť vyrobené bez toxických látok. Nemôžeme sa tváriť, že to, čo je za hranicami, sa nás netýka. Ak požadujeme bezpečné a férové pracovné podmienky doma, zaslúžia si to aj pracovníci, ktorí vyrábajú batérie pre európsky trh. Ak chránime prírodu doma, nemôžeme kvôli našim potrebám ničť životné prostredie tam, kde nedovidíme. Ako Európa máme práve aj touto legislatívou možnosť ovplyvniť svetový trh, nastaviť štandardy tak, aby sa dodržiavali nielen u nás, ale po celom svete. Môžeme z tohorobiť zlatý štandard pre svet. Batérie budú v budúcnosti veľmi dôležité. No len batérie vyrobené a používané na planéte a ľuďmi priateľským spôsobom nám pomôžu vytvárať zelenú a spravodlivú budúcnosť.

Eleonora Evi (Verts/ALE). – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, l'energia più pulita, sostenibile ed economica è quella che non usiamo. Ecco perché l'efficienza energetica deve essere sempre al primo posto. Ma per costruire un'economia altamente efficiente e alimentata al 100 % da rinnovabili abbiamo bisogno, sempre di più, di batterie. Per questo motivo oggi è così importante rivedere la legislazione sulle batterie e ringrazio la relatrice Bonafè per il lavoro che ha svolto e per aver migliorato la proposta della Commissione.

Il diritto alla riparazione, la rimovibilità delle batterie, la restrizione all'uso di sostanze pericolose, il riutilizzo, il riciclo e soprattutto il rafforzamento notevole delle disposizioni sulla *due diligence*, essenziale per garantire che l'intera catena del valore, in particolare l'estrazione dei materiali rari, rispetti standard sociali e ambientali e i diritti umani. Tutti questi sono punti cruciali.

E mi soffermo sui materiali rari, anello critico e debole della corsa alle batterie. La via d'uscita è senza dubbio creare un sistema circolare per recuperare e riciclare questi preziosi materiali. Ma se esistesse anche un altro modo? Se si potessero utilizzare risorse ampiamente disponibili in Europa? Il sale, ad esempio. Ebbene, le batterie al sale stanno dando prova di essere una soluzione interessante e promettente, sebbene con qualche miglioramento, ma a basso costo, facilmente riciclabile e su cui investire maggiore attenzione.

Una preconditione di tutto è però accelerare verso l'indipendenza energetica. Noi Verdi chiediamo una legge europea per l'indipendenza energetica, non basta diversificare gli acquisti di gas per risolvere la nostra dipendenza dalle fossili. Dobbiamo rivoluzionare l'attuale modello energetico e costruirne uno che crei pace, che sia democratico, che rispetti i diritti umani, che crei posti di lavoro e combatta la crisi climatica. E questo modello si basa su efficienza energetica e rinnovabili.

Beata Mazurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Szanowni Państwo! Według szacunków Światowego Forum Ekonomicznego, aby przyspieszyć proces przechodzenia na gospodarkę niskoemisyjną, należy 19-krotnie zwiększyć światową produkcję baterii. Produkcja i wykorzystanie baterii oraz postępowanie ze zużytymi bateriami to kwestie przekrojowe, które mają wpływ na wiele obszarów polityki. Sprawozdanie w sprawie baterii i zużytych baterii to dokument, który powinien uwzględnić uwarunkowania gospodarcze i środowiskowe wszystkich państw członkowskich. Tylko takie podejście pozwoli, by stanowiło ono wartość dodaną europejskiej zielonej transformacji. Należy zastanowić się, czy proponowane zmiany nie ograniczą innowacyjności i w konsekwencji nie podniosą ceny baterii i akumulatorów, co może stworzyć wyraźny problem zwłaszcza w sektorze transportu.

W związku z obserwowanymi gwałtownymi wzrostami cen paliw i proponowaną w drogowym ETS dodatkową opłatą wzrost cen akumulatorów sprawi, że wszystkim obywatelom będzie jeszcze trudniej przestawić się na inną formę jazdy. Dla dobra zrównoważonego rozwoju wszystkich krajów Unii zachodzi konieczność zabezpieczenia interesów państw, które znajdują się w procesie intensywnej transformacji w kierunku neutralności klimatycznej, tak aby baterie produkowane w tych krajach były równie konkurencyjne jak te produkowane w państwach o wyższym udziale OZE w produkcji energii. Musimy pamiętać, szczególnie w obecnej sytuacji, że rozwój rynku elektromobilności poza kwestią o dużym znaczeniu gospodarczym jest również strategicznie ważną kwestią z punktu widzenia bezpieczeństwa.

Радан Кънев (PPE). – Г-жо Председател, колеги, без съмнение в момента нашият основен, да не кажа единствен приоритет, е енергийната независимост на Европейския съюз. И това не е приоритет за предстоящите седмици или месеци, а след 20 години на погрешна политика в това отношение, трябва да го осъзнаваме като приоритет най-малко за следващите 20. И ако в краткосрочен план осигуряването на енергийната ни независимост трябва да се постигне с каквито и да било средства – нямаме особен избор, то в дългосрочен план ние имаме и политика, която вече следваме, и политика, която трябва да оценим безусловно като правилна. А тя е да съсредоточим цялото си усилие в осигуряване на енергийната независимост и енергийната сигурност на континента, държавите и гражданите ни чрез възобновяеми енергийни източници, чрез използване на енергията, която природата ни дава – неизчерпаема и независима от чужди фактори.

Съответно първостепенна задача е да имаме средства за съхранение и използване на тази енергия, които най-общо наричаме батерии. И тук идва моментът, който десетки вече колеги преди мен поставиха. И той е независими ли сме ресурсно, когато развиваме батерийната си индустрия, когато развиваме системите си за съхранение на енергия? И отговорът към момента очевидно е „не“. А както сме зависими от изкопаемите ресурси на Русия, така в момента сме зависими от необходимите ресурси, за да развием батерийното си производство. Въпросът е „Имаме ли ресурси да бъдем независими?“. И тук трябва да дадем един много ясен отговор: да, имаме най-важния ресурс, ресурса на хората, ресурса на знанието. Това е ключовият ресурс, който Европа има и който Европа трябва да развие – технологиите, иновациите, познанието, за да бъдем категорични лидери в световното производство и развитие на батерии.

Robert Hajšel (S&D). – Madam President, the war in Ukraine confirmed how vital it is for Europe to increase its resilience and strategic autonomy in all key sectors in order to increase the competitiveness of our industries and, above all, decrease our dependence on third countries, including Russia.

In this context, let me mention the European Battery Alliance established by the Vice-President of the European Commission, Maros Šefčovič, is a good example of how to decrease both dependency on foreign countries and emissions at the same time. We are moving towards strategic autonomy in this sector, which is critical for the Green and Digital transformation. The total investment with the entire battery value chain reached EUR 127 billion, which makes Europe a global battery hotspot.

At this pace, we are set to meet almost 90% of the domestic demand for batteries by 2030, but satisfying a growing demand depends on our ability to face two challenges: critical raw materials and skills. Almost one million workers need to be re-skilled in the next three years. Securing supplies of critical raw materials such as lithium, cobalt and magnesium is a strategic security question for Europe.

Current regulation has to be used to demand stronger sustainability and performance requirements and clear targets for waste collection and recycling efficiency. Thank you also to our rapporteur, Ms Bonafè. We are going in this direction. We must make Europe more attractive for the development of sustainable raw materials projects, while respecting the highest environmental standards and protecting public health.

Susana Solís Pérez (Renew). – Señora presidenta, señor comisario, la Unión Europea se ha propuesto ser un referente en la industria de las baterías. Una pieza clave en nuestra lucha por la autonomía estratégica.

En 2030 queremos que circulen por nuestras carreteras 30 millones de vehículos eléctricos y estas cifras implican un aumento exponencial de materiales estratégicos como el litio, el cobalto, el manganeso, el níquel, de los que Europa es pobre y de los que dependemos completamente de las importaciones. Solo en 2020 necesitaremos 18 veces más litio o 5 veces más cobalto.

Por eso, si queremos garantizar nuestra autonomía estratégica, necesitamos incentivar y desarrollar en Europa una industria que utilice los principios de la circularidad como palanca principal. Y para ello necesitamos un marco normativo, unas nuevas reglas del juego que garanticen la regulación y la seguridad jurídica de toda la cadena de valor.

Y esto es lo que propone la propuesta de hoy. Legislamos de forma integral sobre todo el ciclo de vida del producto, desde su diseño hasta el final de su vida útil para que las baterías sean más sostenibles y más competitivas. Creo que es una propuesta ambiciosa. Se introducen requisitos sobre el contenido del material reciclado de las baterías, medidas más ambiciosas de recogida; regulamos la segunda vida de las baterías de los vehículos eléctricos, de los millones de baterías que tendremos para que puedan tener otros usos, y se implementa un pasaporte de la batería que refleje su huella de carbono para que su impacto medioambiental sea también transparente.

Por supuesto, la sostenibilidad medioambiental debe ir unida a la dimensión social. Hay que asegurar la eliminación de los abusos de los trabajadores y el uso de mano de obra infantil en las minas.

Gracias, comisario. Creo que con esta legislación hoy damos un gran paso. Somos ambiciosos y damos una señal fuerte en Europa para acelerar nuestra independencia energética.

Ciarán Cuffe (Verts/ALE). – Madam President, this proposal on batteries is welcome and timely. In the last two weeks, the rulebook on energy has been rewritten. The goals of geopolitics and the climate movement now converge on the need to phase out fossil fuels. As we move towards electrification in all spheres, batteries will play a crucial role in weaning ourselves off fossil fuels, including Russian sources, and this will result in healthier communities with cleaner air.

And with transport, we shouldn't just promote a private electric vehicle for everyone. The resources required would be enormous, and it wouldn't solve issues like congestion and road safety. So instead, let's allocate the required rare earths and minerals smartly, for example, by electrifying public transport as part of our modal shift efforts.

And I strongly welcome the Parliament's position on the batteries in waste batteries regulation. I welcome the expansionist scope to cover all batteries. The strengthening of the right to repair and removability requirements and provisions on due diligence and supply chains.

A cleaner mobility transition must not come at the expense of decent working conditions elsewhere, however. But Europe can lead the battery revolution, and it has a chance to do so fairly.

Adam Bielan (ECR). – Madam President, the regulation modernises the EU's regulatory framework for batteries and aims, among other things, at strengthening the internal market, while reducing the environmental impact of batteries.

Although I support the original intentions of this regulation, I believe the final position of the European Parliament is too ambitious and may prove not to be realistic. Without the right balance, it could hinder innovation and eventually increase battery prices. This is especially important as, by 2030, at least 30 million zero-emission electric vehicles are expected to be on EU roads. Too high environmental and social standards, combined with shorter deadlines, risk hindering customers' choice to switch to zero-emission vehicles. Consequently, new, greener and more ethical batteries would ultimately, and paradoxically, not become an effective tool to combat climate change. We need to use the leverage of the internal market to establish an EU world-leading competitive cell battery industry and reduce our dependency on other parts of the world. I fear that this legislation, as it stands, could weaken the desired result.

Despite my reluctance regarding some proposals in the final text, I nevertheless welcome the fact that the issues and risks related to the manufacturing of batteries are addressed in the regulation, including child labour and other human rights violations.

Seán Kelly (PPE). – Madam President, batteries are everywhere in today's world, and demand is only going to increase with the rise in electric mobility and our ever-growing reliance on handheld devices.

Sustainable batteries and vehicles underpin the mobility of the future, and swift progress is crucial to enhancing the sustainability of the emerging battery value chain. The current battery supply chain is not very sustainable, although batteries are highly recyclable due to the nature of the critical materials inside of them. Cells often travel more than 20 000 miles from mines to manufacturing facilities.

A significant shortage of supply for battery materials is also looming in the near future. Therefore, it is imperative that we put the framework in place to boost the reconditioning of batteries for reuse. New measures for batteries are crucial for the transition to a circular and climate-neutral economy.

We must also make it easier and safer for consumers and independent operators to remove or replace portable batteries, such as those in smartphones, which often contain integrated batteries. It is crucial we solve this waste-to-scrap problem. There is an opportunity to link recycling, solving the end-of-life problem, with the supply chain, allowing us to bring more materials back into the feedstock so as not to bottleneck battery production.

Setting green criteria for batteries sold in Europe will boost domestic production and help the continent to take its place as a centre of excellence for battery production and adoption of a circular economy.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! I 1991 var batterier noget, vi puttede i fjernbetjeningen, i vækkeuret og i walkman'en. I dag har vi batterier i alt lige fra mobiltelefoner til elløbehjul og elbiler, for slet ikke at tale om batterier i industrien. Og forbruget af batterier bliver ikke mindre foreløbigt. Det er vigtigt for vores grønne omstilling, at flere ting bliver drevet af el i fremtiden – og dermed også af batterier. Alt tyder faktisk på, at verdens efterspørgsel på batterier i 2030 vil være 14 gange større end i dag, og at hele 17 % af denne efterspørgsel vil komme fra EU.

Og batterier gror jo ikke på træerne. Mange af batteriernes indholdsstoffer fremkommer ved minedrift, og meget ofte er det begrænsede ressourcer, vi har til rådighed. Derfor siger det sig selv, at vi bliver nødt til at sikre en væsentlig bedre anvendelse af vores batterier. Vi skal genanvende dem, og derfor er det også godt, at det lykkes os med Europa-Parlamentets betænkning at sørge for at få omfattet flere typer batterier, både fra husholdningen og fra industrien. Mange flere end Kommissionen havde lagt op til. Det er vigtigt, at langt størstedelen af batterierne bliver omfattet. Samtidig sikrer vi også, at kravene til farlig kemi forbliver i batteri-lovgivningen. Vi får standarder for ladere, og vi får sikret mærkning af CO₂ osv. Vi får gjort rigtig, rigtig mange ting. Står det til Europa-Parlamentet, så får vi en europæisk batteri-lovgivning, der omfatter hele batteriets levetid. Det er cirkulær økonomi, når det er allerbedst.

Mauri Pekkarinen (Renew). – Arvoisa puhemies, akkuasetus tarjoaa hyvän kehyksen toimille, joilla Euroopan unioni ottaa pitkän askeleen kohti sähköistä liikennettä. Monia pullonkauloja on kuitenkin aukaistava.

Yksi haaste ovat akkuteollisuuden raaka-aineet. Nojaamme kierrätykseen ja uusiokäyttöön ja hyvä niin, mutta tarvitsemme valtavasti myös neitseellisiä akkuraaka-aineita. Sellaisia, joista muutaman komissio määritteli jo kaksi vuotta sitten niin sanotuksi kriittiseksi raaka-aineeksi. Erityiset huolet liittyvät kobolttiin, litiumiin ja nikkeliin. Niiden saatavuuteen ja niiden eettisesti ja ympäristön kannalta kestävään tuottamiseen.

Euroopan oma akkujen raaka-ainetuotanto on täysin riittämätöntä. Rikollinen sota vaikeuttaa tilannetta entisestään. Venäjä on nikkelin suurin tuottaja. Vaikutukset nikkelin maailmanmarkkinatilanteeseen tiedämme. Saatavuus heikkenee ja hinta nousee.

Komission tulisikin valmistella nopeasti uusi sodan huomioon ottava arvio. Miten akkuraaka-aineiden toimitusketjut voidaan taata? Ja miten oman, eurooppalaisen, kestävä ja kansalaismielipiteen hyväksyntää nauttivan malminetsintätömminnan ja kaivostoiminnan Eurooppa voisi saada paremmin toimivaksi, nopeammaksi ja tuottavammaksi?

Henrike Hahn (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Putins Angriff auf die Ukraine führt uns jetzt einmal mehr besonders drastisch vor Augen, wie problematisch die Versorgung mit Energie und Rohstoffen in Europa sein kann.

Umso dringender benötigen wir in Europa Substitution und eine Kreislaufwirtschaft mit funktionierenden Märkten für recycelte kritische Rohstoffe. Die Batterie-Verordnung ist jetzt ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Das Recht auf Reparatur, Nachhaltigkeitskriterien, die Sorgfaltspflichten für die Batterie, die Wertschöpfungskette mit klarem Blick auf soziale und ökologische Standards und ein verpflichtender Anteil für recycelte Rohstoffe wie etwa Lithium sind in der Forderung des Europäischen Parlaments ein wirklicher echter Erfolg, und kritische Rohmaterialien können in grünen Technologien zur Reduzierung von Treibhausgasen beitragen.

Wir alle kennen das viel diskutierte Beispiel von Elektrofahrzeugen, die natürlich Batterien mit Lithium auch benötigen. Die Batterie-Verordnung wird uns jetzt dabei unterstützen, in Europa Alternativen zum zunehmenden umweltschädlichen Abbau von Rohstoffen zu entwickeln. Eine europäische Industrie mit grünen Produktionstechnologien, eingebettet in Kreislaufwirtschaft, ist möglich, und Kreislaufwirtschaft ist aus industriepolitischer Sicht, aus klima- und umweltpolitischer Sicht und jetzt auch angesichts des Krieges in Europa aus geopolitischer Sicht das Gebot der Stunde.

Anna Zalewska (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Baterie są tak powszechne w życiu człowieka i sprawiają tak wiele kłopotów i zmartwień, że rzeczywiście wydaje się konieczne, żeby nie tylko przeanalizować, ale dokonać próby regulacji. Bardzo się cieszę, że mówimy tutaj o odpowiedzialności producenta, dlatego że nie może być tak, że zawsze konsument jest skazany na to, by zastanawiać się, w jaki sposób zutylizować sprzęt, którego używa.

Niestety mam sporo obaw, jeżeli chodzi o wdrożenie tego dokumentu. Po pierwsze, od kilku tygodni, miesięcy mamy zmieniony świat – nie tylko wojnę, która przynosi śmierć i potęguje kryzys gospodarczy, ale mamy kryzys energetyczny. W związku z tym należałoby, mam nadzieję, że tak będzie na posiedzeniach trójstronnych, nanieść te wszystkie zmieniające się rzeczywistości na dokument, by uznać, że chcemy naprawę osiągnąć cel, a nie tylko mówić, że mamy ambicje.

Ja chcę Państwu przypomnieć, że lit w ciągu jednego roku zdrożał pięciokrotnie, że wydobycie litu niesie zniszczenie – nie tylko wylesianie, ale zanieczyszczenie powietrza. Nie możemy udawać, że tego nie widzimy. Owszem, wspominamy, natomiast, tak naprawdę, nie mamy żadnych mechanizmów. Powiedzcie Państwo to producentom, którzy będą chcieli produkować baterie, że nie będą przymykać oka na to, w jaki sposób wydobywa się lit i kobalt. Nie mamy żadnych gwarancji, że po prostu producent europejski na przykład nie kupi z takiej kopalni, ale są dziesiątki innych producentów, którzy jeszcze kupią to za podwójną cenę. Bądźmy realistami, bo tylko w taki sposób jesteśmy w stanie osiągnąć cele.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, vážené dámy, vážení pánové, tohle nařízení o bateriích, o odpadech a o tom, jakým způsobem mají být zpracovávány, je vlastně klíčová zpráva v oblasti cirkulární ekonomiky. Evropa se musí dynamicky rozvíjet. V environmentálních otázkách a bezpečnosti máme pořád co dohánět. A jestliže v roce 2019 bylo pouze 51 % přenosných baterií prodaných v Evropské unii recyklováno, tak je něco špatně. Je nutná mnohem vyšší míra sběru a recyklace baterií a je nutná také mnohem vyšší podpora této recyklace.

Je absolutně nemyslitelné, že v současné době máme v Evropě jen 4 zařízení, která dokážou recyklovat lithiové baterie. Je otázkou času, kdy dojdou jejich kapacity, protože už dnes se nachází na jejich pokraji. Je potřeba zásadní posun v hledání nových zařízení a způsobů recyklace. Např. pro různé druhy baterií ani neexistují v Evropě zpracovatelé, mluvím o lithium-železo-fosfátových bateriích, které jsou vyhazovány do směsného odpadu. Tento přístup, přestože Komise byla několikrát vyzývána ke změně, není šetrný k životnímu prostředí a je potřeba dosáhnout konkrétních změn, které budou udržitelné a které povedou k další recyklaci baterií. V současné době je potřeba také zmínit, že recyklace je bohužel dražší než dovoz z některých zemí, především z Číny, a to je také potřeba změnit. Proto volám po systematickém přístupu Evropské komise a po pokračování v boji za větší recyklaci baterií.

Delara Burkhardt (S&D). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vom morgendlichen Weckerklingeln bis zum Scrollen vor dem Einschlafen: Batterien sind aus unserem Alltag nicht wegzudenken.

Jedes Jahr importieren wir über eine Million Tonnen Batterien, und die Nachfrage steigt. Für das Erreichen unserer Klimaziele spielt die Batterietechnologie eine wichtige Rolle. Wir brauchen immer mehr, doch die Rohstoffgewinnung und die Recyclingquoten sind alles andere als nachhaltig. Von kreislauffähigen Batterien sind wir meilenweit entfernt, und das wollen wir hier ändern.

Doch das Problem beginnt ja schon beim Design. Viele Akkus sind so verbaut, dass wir sie gar nicht entnehmen können. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns hier klar positionieren: Batterien und Akkus müssen austauschbar sein! Es ist nicht nachhaltig, wenn es billiger ist, ein neues Gerät zu kaufen, als einen neuen Akku einzusetzen.

Mit der EU-Batterie-Verordnung können wir neue globale Umwelt- und Menschenrechtsstandards setzen, wenn diese Regeln verbindlich und einklagbar sind. Unternehmen, die durch den Abbau von Lithium in Chile für Wasserknappheit verantwortlich sind, könnten durch eine solche Regulierung zur Rechenschaft gezogen werden.

Wir müssen klar sein: Es kann keine nachhaltige Nutzung von Batterien und Akkus geben, wenn wir nicht menschenrechtliche Standards und Umweltstandards garantieren. Und hier hat der Grüne Deal auch eine Verantwortung über unsere Grenzen hinaus.

Deswegen vielen Dank Simona Bonafè und allen Beteiligten für diesen guten Bericht, und ich hoffe, wir kommen damit weit.

Jakop G. Dalunde (Verts/ALE). – Madam President, the importance of independence with regard to energy supply has been made painfully obvious by the Russian invasion of Ukraine. We must use this pivotal moment – as we transition away from combustion engines to electrification – to become more energy independent.

The amount of batteries the EU will need will increase immensely in the coming years, and we must not simply switch our dependence from fossil fuels to dependence on rare materials from regions that are problematic when it comes to democracy, human rights and the environment. To be energy independent, we must instead create a circular economy for batteries. This is an important strategic topic for the EU, with many serious implications.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, dámy a pánové, já chci přispět do této bohaté diskuse a chci také podpořit tento návrh nařízení. Souhlasím s tím, co zde kolegové v té dlouhé rozpravě říkali na obhajobu a podporu tohoto návrhu. Pro mě osobně – vedle těch environmentálních důvodů – je zde velmi silný důvod geopolitický, který všichni cítíme a který je zde debatován v různých bodech během tohoto zasedání Evropského parlamentu, a ten se týká toho, že bychom měli velmi omezit do budoucna odběr surovin z Ruska, a tím oslabit vliv Putinovy diktatury na evropské země. Já bych byl pro co nejrychlejší omezení odběru těchto surovin. Někteří jsou pro pomalejší omezení, ale všichni se shodujeme, že závislost na Rusku je špatně, a toto nařízení, které se týká baterií, k tomu ve svém dílci určitě přispěje.

Jak už jsem řekl, velmi podporuji tento návrh, protože s rozvojem naší zelené politiky, s rozvojem elektromobility se očekává, že bude do budoucna potřeba až 19krát více baterií, než je užíváno nyní. A když se podíváme na aktuální problémy, kteří zde někteří z vás skloňovali, jako je třeba recyklace baterií, která příliš v praxi nefunguje, je to přibližně půl na půl, polovina baterií je recyklována, polovina není, tak je opravdu třeba přijmout nová tvrdší pravidla, která recyklaci posílí. To nařízení je podle mě kvalitní, je tam celá řada pozitivních věcí vedle, řekněme, specifikace recyklace baterií, je tam otázka právě dobíjení baterií, interoperability jednotlivých nabíječek. To jsou všechno konkrétní praktická ustanovení, která, pokud se nám podaří uvést do praxe, pak jsem přesvědčený, že lépe zvládneme otázku baterií v novém světě elektromobility, takže to nařízení podporuji.

César Luena (S&D). – Señora presidenta, querido comisario, me sumo a las felicitaciones que se le están haciendo a la ponente y también a los ponentes alternativos.

La ecologización de las baterías que pretende este Reglamento es esencial en la transición energética verde. Estamos viendo ya un aumento de la demanda de baterías, y de la electrificación del sector del transporte, que va a dar lugar a un mayor aumento —está claro— para su uso en vehículos eléctricos.

El año 2035 es el año previsto por la Comisión para eliminar los motores de combustión de los turismos y furgonetas y, además, cada vez hay más medios de transporte alternativos —como patinetes eléctricos— y una mayor dependencia de dispositivos portátiles eléctricos.

Por ello, tenemos que ser ambiciosos en la fijación de límites a las emisiones de carbono en la producción de baterías y en la obligación para los Estados miembros —también para los fabricantes— de recogida y de utilización del contenido reciclado. Este último punto es importante dado los posibles déficits de litio en el mercado, que estamos viendo ya. El año pasado, mientras las ventas globales de coches eléctricos alcanzaron un récord histórico, un 108 % más que en 2020, las necesidades de litio aumentaron un 25 %, pero la producción mundial repuntó solo un 21 %. Tenemos ahí ya el problema.

Las baterías se han convertido en una industria estratégica a nivel mundial y, en estos tiempos que vivimos, el suministro energético es clave. Las baterías van a desempeñar un importante papel en la necesaria estabilidad del sistema energético, ya que pueden almacenar y distribuir energía renovable cuando no brilla el sol o cuando no sopla el viento.

Por todo ello, apoyamos el excelente trabajo, apoyo el excelente informe y abogo por que este Reglamento pueda y deba convertir a la Unión Europea en un continente que sea líder en materias sostenibles. ¡Enhorabuena!

Hildegard Bentele (PPE). – Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen! Ich begrüße die neue Batterie-Verordnung, die wir heute beschließen, ausdrücklich, denn sie beinhaltet wichtige strategische Positionierungen von uns, dem Europäischen Parlament, zur Kreislaufwirtschaft und zu kritischen Rohstoffen. Vor allem aber berücksichtigt sie den Lebenszyklusansatz, und damit kann die Batterie-Verordnung fast schon als Schablone für weitere Verordnungen gelten.

Wir haben mit dieser Verordnung die Anpassungen an die aktuellen Anforderungen geschafft. Unsere Ziele – nachhaltige Produktgestaltung und unabhängigere Lieferketten – werden damit Realität werden. Vor allem im Bereich des Recyclings haben wir konkrete Fortschritte gemacht, was mir als Rohstoff-Berichterstatterin besonders wichtig ist.

Leere Batterien und nicht mehr funktionstüchtige Akkus sind nicht einfach Müll, sondern wichtige Rohstoffe, die wir in Zukunft in der EU behalten, einsammeln und weiter verwerten wollen. Wir müssen zuverlässig Sekundärrohstoff-Kreisläufe aufbauen. Deshalb erhöhen wir mit der neuen Verordnung nicht nur die Recyclat-Anteile, sondern auch die Sammelquoten. Deshalb fordern wir mehr Sammelstellen und besondere und bessere Informationen für Verbraucher.

Ich persönlich gehöre zu den Kolleginnen und Kollegen, die es außerdem für notwendig halten, in diesem Zusammenhang über die Einrichtung eines europäischen Pfandsystems nachzudenken, damit wir wirklich die besten Voraussetzungen und die höchsten Anreize für die Sammlung von Batterien schaffen, die in Zukunft in immer größerer Zahl in ganz Europa auf den Markt kommen werden. Der Prüfantrag an die Kommission, den wir aktuell im Abstimmungstext haben – alle offenen Fragen der Umsetzbarkeit, der Sicherheit und der Kosten zu analysieren und entsprechende Vorschläge zu unterbreiten –, ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Ich hoffe, dass wir damit auch die Mitgliedstaaten zum Nachdenken anregen. Zumindest aus meiner Heimat Deutschland habe ich erfreulicherweise Hinweise erhalten, dass man sich zumindest mit einem nationalen Batterien-Pfandsystem befassen möchte. *A happy note.*

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Madam President, batteries are a crucial element for our green transition and the new circular economy. As renewable energy sources become more and more important, batteries have a key role in balancing the grid. They are key in electromobility, transforming the transportation sector to carbon neutral. Demand for batteries will dramatically increase in coming years as the whole energy system is also transforming. As mentioned here, war in Ukraine will have an impact on this as well.

How can we guarantee sources when the trade and material chains are breaking globally? I think the Commission has worked hard since the last Commission period and continued today by Commissioner Šefčovič and now, Commission, is still no time to sleep. This is a great piece of legislation with regard to the sustainability and also the source of materials as the best source is recycled once used materials. But have you mapped, have you looked at what we have in our soils? There is a lot of potential. I know in my country there are unused sources for cobalt, graphite and lithium with sustainable working conditions.

If we still need to import from other countries, do we now have security that they pay due diligence duties and that it is ecologically and also sustainably sourced so that battery industries can trust that due diligence covers human rights as well? I think Europe can become an important player in the battery industry by creating a battery ecosystem based on the sustainability requirements and excellent research and innovation and by incorporating values.

Salvatore De Meo (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, bisogna riconoscere che, a differenza di quanto accaduto in passato, dove abbiamo sostenuto politiche ambientali a favore del fotovoltaico senza avere una produzione europea, in questa occasione l'Unione europea sta allineando le sue politiche ambientali con quelle industriali e mira ad avere una sua graduale autonomia produttiva di qualità da contrapporre a quella dei paesi terzi. Certo, il fattore tempo rappresenta una variabile essenziale, anche alla luce del conflitto bellico in corso che, ove malauguratamente dovesse protrarsi, ci obbliga a perseguire, sì, i nostri obiettivi, ma allo stesso tempo ad aprire un profondo confronto per valutare in modo pratico quale correttivo eventualmente adottare alle modalità di attuazione delle nostre strategie ambientali.

Fatta questa precisazione, credo che il lavoro del regolamento rappresenti un modello da replicare per l'approccio olistico con cui si è proceduto a definire una normativa riferita all'intero ciclo di vita di un prodotto, così da poter sfruttare al massimo le sue potenzialità e creare un virtuoso sistema circolare. È stato detto, la domanda di batterie crescerà in maniera esponenziale per favorire sia la mobilità sostenibile che l'accumulo delle energie rinnovabili, ma sappiamo anche che purtroppo l'Europa è dipendente dai paesi terzi per i necessari componenti chimici. L'attuale blocco della Russia ad esportare nichel evidenzia ancora di più la necessità e l'urgenza di un nostro sistema produttivo circolare il più possibile autonomo, come il regolamento mira a raggiungere.

Voglio ringraziare la relatrice Bonafè, che ha saputo condividere e definire un testo innovativo e ambizioso ma anche equilibrato; spero tuttavia che ci possa essere ancora un margine di miglioramento in sede di negoziato, soprattutto per alcuni punti: penso, in particolare, alla definizione di batteria o di produttore o alla formulazione dell'articolo 11 sulla sostituibilità e rimovibilità delle batterie, per le quali credo si debba consentire una facile e pratica sostituzione senza compromissioni né per i dispositivi né, tantomeno, rischi per il consumatore.

Infine, mi auguro che la nuova regolamentazione sia accompagnata anche da una riduzione del carico burocratico delle imprese, affinché esse non perdano competitività. Perché ricordiamoci che saremo in grado di raggiungere gli ambiziosi obiettivi ambientali se non indeboliamo la nostra economia.

Biljana Borzan (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, čak 42 % kvarova na pametnim telefonima i 27 % kvarova na laptopima povezano je s baterijom. Svi se sjećamo vremena kada se baterija na mobitelu mogla lako izvaditi i zamijeniti te je svatko od nas mogao biti sam svoj majstor. Sada se mobiteli sastavljaju na način da se baterija zalijepi i ako je pokušate odvojiti, velika je šansa da ćete dodatno oštetiti uređaj. Ovaj prijedlog obvezuje proizvođače da proizvode baterije na način da ih serviseri i sami potrošači mogu lako zamijeniti.

Dodatni problem na koji se potrošači žale jest kratko trajanje baterija, ili pak da lošije rade nakon što se ažurira operativni sustav. Oznake trajanja na baterijama će značajno pomoći povećanju transparentnosti na tržištu i suzbijanju takozvanih ugrađenih kvarova.

Želim čestitati svima koji su radili na ovome dokumentu. Cilj nam je proširiti odredbe ove uredbe na sve vrste proizvoda, posebno vezano za dulje trajanje uređaja i lakših popravaka, boljeg informiranja potrošača te poštovanja ljudskih prava u proizvodnji.

Frustrirajuće je što je uvijek potrebna kriza da bi se išlo u projekte za koje se zalažemo godinama. Sa svakom krizom jasnije je koliko je važna energetska neovisnost i učinkovitost. Živjeti zeleno ne smije biti privilegija onih koji si to mogu priuštiti već stvarnost svih nas.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Madam President, I have listened very carefully to the different interventions and taken good note of the honourable Members' ambitions and also their ideas.

I think we are here to ensure that the green transition in the EU is powered by truly sustainable batteries. Setting up the new legal framework for batteries in Europe is a top priority for us and even more so in the current context after Russia's attack on Ukraine. We must overcome our dependency on fossil fuels, and batteries are a key part of the solution. The same goes for the security of supply of critical raw materials, and that's why circular economy solutions are key building blocks of the proposal.

I'm very pleased to see the constructive proposals regarding light means of transport and separate waste collection targets. With regard to the level of ambition and timetable for the implementation of the regulation, I would like to note that the Commission's initial proposal has already set the bar high and struck the right balance between ambition and realism.

Talking about shorter timelines or the extension of requirements to other batteries, I would call on you to work towards focusing efforts on other matters and considering what the additional burden on economic operators, the extra cost, would be.

In addition, some caution is required when considering increasing recycling efficiency rates. This may not deliver real environmental gains as expected, and for instance, a doubling of recovery levels of lithium may lead to disproportionate amounts of energy required in the process, and we should carefully analyse and discuss the related amendments.

Regarding the calendar for the adoption of the secondary legislation, I understand that you would prefer a faster calendar, and so would I. However, the Commission needs to develop quality secondary legislation. Advancing deadlines could result in legal uncertainty, with a risk of litigation and damage claims, and this would be the opposite of what we all want to achieve.

Many of you talked about sustainable sourcing of the raw materials in our batteries, and due diligence is important. The Commission has just made a proposal on corporate sustainable due diligence that will apply across sectors. For batteries, we have the concern that the substantial changes to the Commission proposal go beyond the risks related to the mining of minerals that we identified. So we need to discuss this also in light of the new proposal on corporate sustainable due diligence.

You also highlighted reparability – ‘the right to repair’ – and this is very important for me personally. I am sure that we will be able to find the right balance between reuse, repair and safety concerns.

So, in the upcoming dialogues, we stand ready to work with you very closely and the Council, as an honest broker, to find compromises that are mutually agreeable. Together, I am sure that we can put in place as soon as possible a new regulatory framework for the new battery value chain that is both ambitious and implementable. Thank you once again for your work and for the good discussion today.

Simona Bonafè, relatrice. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io in questo minuto che mi manca voglio innanzitutto ringraziare tutti i colleghi che sono intervenuti oggi in questa bella discussione; mi faccia anche ringraziare il commissario Sinkevičius per il supporto di questi mesi e, soprattutto, voglio ringraziare i relatori delle commissioni IMCO, TRAN e ITRE per il lavoro comune e i relatori ombra della commissione ENVI, con cui c'è stata un'ottima collaborazione.

L'avete, l'abbiamo detto tutti: questo regolamento era già importante prima, per i motivi che sono stati ben spiegati, ma la guerra in Ucraina ha reso questo dossier ancora più strategico, perché abbiamo capito quanto sia importante puntare sull'autonomia produttiva dei settori centrali per il nostro sviluppo e per la nostra competitività, penso all'energia ma penso anche alle batterie, visto che peraltro questi due settori sono molto legati fra di loro.

E allora, ai pochi colleghi che hanno chiesto qui di fermarci, di abbandonare la transizione ecologica, la transizione energetica, solo perché non abbiamo materie prime da utilizzare per le batterie, e quindi per la nostra autonomia energetica, io domando se dobbiamo, per caso, tornare anche al telefono a gettoni, visto che le batterie servono non solo per la mobilità elettrica, ma servono anche per i nostri telefonini.

E allora mi viene il dubbio che l'approccio ideologico appartenga non a chi sta difendendo questo regolamento, ma appartenga invece a chi non vuole vedere che questo regolamento è esattamente la risposta alla dipendenza da altri paesi, perché aumenta i tassi di riciclaggio, perché potenzia le filiere produttive in Europa e, al tempo stesso, punta sulla *due diligence* e punta sulla tutela e la salute umana. E allora dico che non solo non dobbiamo fermarci, ma dobbiamo evidentemente correre.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione sugli emendamenti si svolgerà mercoledì 9 marzo 2022 e la votazione finale si svolgerà giovedì 10 marzo 2022.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Rovana Plumb (S&D), in writing. – Given the important role they play in the roll-out of zero-emission mobility and the storage of intermittent renewable energy, batteries are a crucial element in the EU's transition to a climate neutral economy. This proposal is designed to modernise the EU's regulatory framework for batteries in order to secure the sustainability and competitiveness of battery value chains. It would introduce mandatory requirements on sustainability (such as carbon footprint rules, minimum recycled content, performance and durability criteria), safety and labelling for the marketing and putting into service of batteries, and requirements for end-of-life management, having in mind that more than 1.9 million tonnes of waste batteries are generated annually in Europe. I consider to be consistent with January 2020 resolution on EGD, which stressed that the new EU regulatory framework for batteries should cover at least sustainable, ethical and safe sourcing, ecodesign including measures to address recycled content, substitution of hazardous and harmful substances where possible, improved separate collection, reuse, refurbishment, remanufacturing, repurposing and recycling – including higher recycling targets, the recovery of valuable materials, extended producer responsibility, and consumer information. The framework should tackle the full lifecycle environmental impacts, with dedicated provisions on batteries relating to mobility and energy storage.

PRZEWODNICTWO: EWA KOPACZ

Wiceprzewodnicząca

11. Allgemeines Umweltaktionsprogramm der Union für die Zeit bis 2030 (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Grace O'Sullivan w imieniu Komisji Ochrony Środowiska Naturalnego, Zdrowia Publicznego i Bezpieczeństwa Żywności w sprawie wniosku dotyczącego decyzji Parlamentu Europejskiego i Rady w sprawie ogólnego unijnego programu działań w zakresie środowiska do 2030 r. (COM(2020)0652 - C9-0329/2020 - 2020/0300(COD)) (A9-0203/2021).

Grace O'Sullivan, rapporteur. – Madam President, we are voting on this Environment Action Programme (EAP) just a week after the Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) published its latest sobering assessment report. That report concludes that the scientific evidence is unequivocal: climate change is a threat to human well-being and planetary health. Any further delay in global action on adaptation and mitigation will miss a rapidly closing window of opportunity to secure a liveable and sustainable future for us all.

Scientists are clear that between now and 2030 is the decisive decade for humanity, for our future on Earth. We are in a triple planetary crisis of climate change, biodiversity loss and waste and pollution, and that requires rapid, bold and far-reaching action. So we are voting at a time when the violent consequences of our dependence on fossil fuels have been laid bare for all to see. It is therefore imperative that all objectives and measures contained in the eighth EAP are implemented, and implemented fast.

This includes the objective of a well-being economy, which gives back more to the planet than it takes. We know the endless pursuit of eternal GDP growth is simply incompatible with our planet's finite resources. For us to live well, within the planetary boundaries, we need to rethink how we define economic progress.

This is echoed in last week's IPCC report, which states that benefits for health and well-being can be gained by transitioning to a low carbon, well-being-oriented and equity-oriented economy consistent with the aims of the Sustainable Development Goals. With this eighth EAP, the EU recognises that the systemic change necessary to meet our environmental goals requires a new kind of economy that looks beyond GDP, and now is the time to deliver.

This week, we have seen that our addiction to fossil fuels does not just steal the future from next generations, but also brings conflict and destruction to our very own neighbourhood. Massive public subsidies to already profitable fossil fuel industries continue to this day, while hundreds of millions of euros are sent to undemocratic regimes every single day. Investment in fossil fuel infrastructure meanwhile locks us into this pattern for decades to come.

After difficult negotiations, the European Parliament won a key point – the EU now must set a concrete deadline to phase out fossil fuel subsidies that is consistent with the ambition of limiting global warming to 1.5 °C. To secure a liveable planet for today's young people and future generations, public money must be redirected away from activities that further heat the planet and towards those truly sustainable ways. The eighth EAP's commitment to end other environmentally harmful subsidies is just as important. Nature is key to our planet's life support system, yet governments continue to subsidise these activities that destroy ecosystems.

As the rapporteur, I have high expectations for the Commission to swiftly pinpoint and end these harmful subsidies once and for all, so that we can invest instead in biodiversity protection and restoration. It is also now incumbent on the Commission to treat the protection of EU soil just like air and water, with legislation on soil health required by 2023. This agreement makes it clear – at the behest of the Parliament – that measures taken to protect the environment and climate must be carried out in a socially fair and inclusive way in line with a just transition, in line with a just transition.

We must remember that the longer we delay environmental action, the more disruptive and damaging the transition will be. Fair environmental action is fast environmental action.

So, while the agreement we are voting on today is an ambitious framework programme to bring us to 2030, we know that we need more ambition. We need results. That's why the addition by the Parliament of a governance mechanism to the eighth EAP is so crucial. We must ensure that our progress towards our environmental objectives are kept high on the political agenda and that decision makers are held to account. In this most crucial decade of implementation, we cannot miss our 2030 goals.

I would, at this time, like to thank the shadow rapporteurs for all of your excellent cooperation in the negotiations on this file over the past year, as well as the Slovenian Presidency and, of course, the Commission, who have worked very well to agree on this meaningful framework for environmental action. Now, while the window of opportunity remains open to us, let us make sure it happens.

Virginijus Sinkevičius, *Member of the Commission*. – Madam President, I'm very happy that we reached a political agreement just before the end of last year. We have avoided a big gap between the seventh and eighth environmental action programme (EAP) and this is great news.

With this agreement, I believe we have reached our common goal together. Our agreement on the way, we see the future is essential for our unity and resilience. And here we have laid down ambitious and inspiring common ground. Our determination to strive for a well-being economy where growth is regenerative and nothing is wasted, our ambition for climate neutrality and for reducing inequalities, our resolution to pursue a system where a healthy environment underpins the well-being of all people. Where biodiversity is concerned, ecosystems thrive and nature is protected and restored, thus increasing resilience to climate-related disasters and other environmental risks. And where our Union sets the pace for ensuring the prosperity of present and future generations globally, guided by intergenerational responsibility.

These are words from the vision of the eighth EAP, words that are important to remember and repeat, words that inspire actions and make us even more committed to do our job as good as we can.

The action programme we are adopting comes not only with a long-term vision, but also defines priority objectives and enables us to help shape environmental policy until the end of this decade.

We have also taken the first steps towards the monitoring framework. Work can now conclude on a headline indicator set that will guide us towards our objectives for the environment and for climate for 2030 and for 2050. We are working intensely to finalise these indicators and I hope to present them to you shortly.

The targeted stakeholder consultations confirmed a broad agreement on most indicators, and we want to further improve our tools to measure progress and close indicator gaps. This is very useful, for example, for showing the links between environmental degradation and social inequalities. You can expect an initial progress report in late 2022 or early 2023, and a more comprehensive report in the mid-term review in early 2024.

We have a joint interest in this guidance, and I am convinced that the eighth EAP will help improve tracking progress towards our common goals and show us where more effort is needed.

Finally, a word of sincere thanks to all who contributed and helped us reach this agreement, and especially to the rapporteur, Grace O'Sullivan, and all the European Parliament shadow rapporteurs and their teams, our constructive and close cooperation with the Council Presidencies of Germany, Portugal and Slovenia, who have all contributed very much from their side to this very good outcome, which resulted in an ambitious programme towards living well within the planetary boundaries. Thank you very much for your attention.

Pär Holmgren, *föredragande av yttrande från jordbruksutskottet*. – Fru talman! Det är lite drygt en vecka nu sedan IPCC publicerade den senaste sammanställningen, som är den mest omfattande sammanställningen av bedömningarna av klimatförändringarnas konsekvenser hittills. Det är en oerhört dystert läsning. Effekterna är allvarigare, kommer snabbare än väntat och rapportens sista mening är tydlig. Det står: Varje ytterligare försening av samordnade och förebyggande globala åtgärder kommer att missa ett kort och snabbt försvinnande fönster av möjligheter att säkra en beboelig värld.

Jag är dock otroligt stolt över gröna gruppens arbete med denna lagstiftning, och inte minst min kära kollega Grace O'Sullivan's arbete – vilket fantastiskt inledningsanförande du gjorde för övrigt. Kommissionens förslag till denna viktiga lagstiftning hamnade lite i skymundan av deras icke-bindande strategier. Årligt talat utgjorde det ett relativt tomt ramverk. Men det har vi gröna nu fyllt med konkret innehåll för att skapa riktiga systemförändringar, inte minst att vi för första gången i en rättsligt bindande text i EU har på pränt att vi behöver ett slutdatum för fossila subventioner i linje med 1,5-gradersmålet.

Det har varit en utmaning för oss gröna att få igenom det. Det borde ju så klart vara en självklarhet. Men nu när alla ser vad vår fortsatta finansiering av det fossila kan bidra med, nämligen finansiering av Putins krigsmaskin, finansiering av det ukrainska folkets lidande, hoppas jag också att alla förstår vikten av dagens beslut och att vi så klart borde ha tagit det för länge sedan.

Klimatpolitik är säkerhetspolitik. Låt oss ta det på allvar en gång för alla och använda detta miljöhandlingsprogram för att verkligen genomföra en riktig grön omställning. Klimatkrisen är en kamp mot klockan, och snart är klockan slagen.

Agnes Evren, *au nom du groupe PPE*. – Madame la Présidente, enfin! Enfin, le 8e programme d'action pour l'environnement – que nous allons, j'en suis convaincue, adopter aujourd'hui – va pouvoir entrer en vigueur, certes, avec un an et demi de retard lié à la crise sanitaire, mais il n'en reste pas moins qu'il devenait absolument urgent d'avoir des indicateurs clés afin d'évaluer notre progression dans la mise en œuvre du pacte vert.

Grâce à ce programme d'action pour l'environnement, nous aurons désormais une boussole jusqu'en 2030 afin que nos résultats correspondent à nos objectifs. Il permettra à l'Union européenne de créer les conditions propices à une croissance durable dans les limites planétaires pour que la transition écologique crée de nouveaux emplois et participe au bien-être de nos citoyens.

L'accord que nous avons trouvé en trilogue est un bon accord et je remercie à cette occasion Grace O'Sullivan pour son excellent travail. Il vient créer un programme d'action à la fois clair, mais aussi efficace, qui identifie des initiatives concrètes plutôt que de multiplier les charges administratives. Il se concentre sur l'essentiel, c'est-à-dire nos politiques environnementales et climatiques, sans remettre en cause nos principaux instruments économiques. C'est grâce d'ailleurs à cette clarté qu'il sera un programme utile pour l'avenir. C'est pourquoi, mes chers collègues, je voterai naturellement en faveur de ce texte et compte sur vous pour en faire de même.

Δημήτρης Παπαδάκης, *εξ ονόματος της ομάδας S&D*. – Κυρία Πρόεδρε, στόχος του όγδοου προγράμματος δράσης για το περιβάλλον είναι η γρήγορη και δίκαιη μετάβαση της Ένωσης σε μία κλιματικά ουδέτερη και χωρίς αποκλεισμούς οικονομία. Πρέπει επίσης να επιτευχθούν οι περιβαλλοντικοί στόχοι της Ατζέντας 2030 των Ηνωμένων Εθνών και αυτοί της αειφόρου ανάπτυξης. Το πρόγραμμα αποτελεί φιλόδοξο στρατηγικό εργαλείο υψηλού επιπέδου για καθοδήγηση της περιβαλλοντικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ένωσης ως το 2030. Πρέπει να περιλαμβάνει τις δράσεις και τους στόχους της Ευρωπαϊκής Πράσινης Συμφωνίας και τους στόχους της βιώσιμης ανάπτυξης. Παράλληλα θα πρέπει να παρακολουθεί στενά την πρόοδο για επίτευξη των στόχων μέχρι το 2050 το αργότερο. Οι άνθρωποι θα πρέπει να ζουν καλά εντός των πλανητικών ορίων σε μια ευημερούσα και βιώσιμη οικονομία όπου τίποτα δεν θα σπαταλάται. Ένα καθαρό περιβάλλον θα διασφαλίζει την υγεία των ανθρώπων. Η βιοποικιλότητα και τα οικοσυστήματα θα ευδοκούν και η φύση θα προστατεύεται. Θα υπάρχει επίσης ενισχυμένη ανθεκτικότητα στις κλιματικές αλλαγές, στις φυσικές καταστροφές και σε άλλους περιβαλλοντικούς κινδύνους.

Η Ευρώπη μαζί με τον υπόλοιπο κόσμο βρίσκεται σε μια κούρσα ενάντια στον χρόνο, για να αποφευχθούν καταστροφικές επιπτώσεις στην οικονομία και την κοινωνία από την κλιματική αλλαγή, την υποβάθμιση του οικοσυστήματος και την υπερκατανάλωση φυσικών πόρων. Ειδικότερα σήμερα, με την τεράστια περιβαλλοντική καταστροφή, πέραν της ανθρώπινης που εξελίσσεται στην Ουκρανία, είναι αδήριτη η ανάγκη εφαρμογής του προγράμματος. Εξασφαλίσαμε τη συμπερίληψη στο 8ο πρόγραμμα κοινωνικών ζητημάτων όπως αναφορές στη μείωση των ανισοτήτων. Διασφαλίσαμε επίσης ότι οι ενέργειες που λαμβάνονται για την επίτευξη των στόχων του προγράμματος θα εκτελούνται με κοινωνικά δίκαιο και χωρίς αποκλεισμούς τρόπο. Προστασία λοιπόν του περιβάλλοντος, με παράλληλη ασπίδα στα κοινωνικά δικαιώματα!

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, gracias a la ponente por el trabajo realizado en este informe.

Los retos y oportunidades que tenemos por delante son de una magnitud y una urgencia sin precedentes. Por lo tanto, la urgencia de avanzar en el Pacto Verde y en este octavo programa marco es claramente urgente.

Se oye alguna voz de que, ante la emergencia y las consecuencias de la guerra, deberíamos retrasar los objetivos del Pacto Verde. Nada más lejos de la realidad. Lo que debemos hacer en estos momentos es lamentar no haber puesto antes en marcha el Pacto Verde ni haber acelerado e invertido en sus compromisos.

Hoy llegamos tarde. Llegamos tarde a la diversificación e independencia energética. Y llegamos tarde porque no hemos invertido a tiempo más dinero para buscar nuestra autonomía energética. Por eso hoy necesitamos actuar a corto y a largo plazo. A largo plazo necesitamos una inversión masiva en la transición energética.

Comisario, hemos gastado muchísimo tiempo en hablar de la financiación de la transición climática, pero muy poco tiempo en hablar de lo que invertimos precisamente en financiar lo contrario. Y en las negociaciones de este octavo programa marco hemos hablado mucho de la necesidad de la eliminación de las subvenciones a las energías fósiles. 52 000 millones de euros nos hemos gastado en 2020 en financiar las energías fósiles de las que hoy tenemos que desprendernos inmediatamente porque el gas ruso se ha convertido en la financiación de la guerra, de la invasión terrible y criminal de nuestros hermanos, de nuestros vecinos ucranianos. 52 000 millones de euros en 2020 que nos comprometimos a eliminar en el séptimo programa marco.

¿Qué habríamos conseguido con estos 52 000 millones si hubiéramos invertido en acelerar las energías renovables, en aumentar las interconexiones entre Francia y España y el resto de Europa? ¿Qué habríamos conseguido invirtiendo en el almacenamiento de energías renovables? Por eso tenemos que avanzar en este octavo programa marco.

El sol, el viento y el agua son el principal activo contra la dependencia energética. Son mucho más previsibles que las previsiones de un tirano como Putin. Tenemos que proteger nuestros ecosistemas porque son la garantía de la soberanía alimentaria y no debemos cometer los errores de incumplimiento del séptimo programa marco. Está en nuestras manos.

Jutta Paulus, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir stimmen heute über das Ergebnis des Trilogs über das Achte Umweltaktionsprogramm ab, und zum ersten Mal wird in einem europäischen Gesetzestext die Notwendigkeit der Beendigung von Subventionen für fossile Brennstoffe festgehalten.

Im Angesicht der derzeitigen Lage in der Ukraine ist es allerdings mehr als nur bedauerlich, dass die Parlamentsposition, diese Subventionen bis spätestens 2025 zu beenden, von den Mitgliedstaaten blockiert wurde. Denn wir erleben doch gerade, in welch unsicheres Fahrwasser uns diese künstliche Verbilligung von Kohle, Öl und Gas gebracht hat.

Und auch andere umweltschädliche Subventionen fallen uns bereits heute auf die Füße. So haben die Subventionen für eine nicht nachhaltige Fischerei dazu geführt, dass der Dorschbestand in der Ostsee zusammengebrochen ist, dass es im Mittelmeer praktisch keine Thunfischpopulationen mehr gibt. Die Exportsubventionen und die Flächenprämien in der Landwirtschaft bewirken eine immer intensivere Nutzung von Agrarflächen, und damit verlieren Insekten und Feldvögel ihren Lebensraum.

50 Jahre nach dem ersten Bericht des *Club of Rome* ist es höchste Zeit, diese Gelder umzulenken in eine nachhaltige Wirtschaft, die unseren Kindern und Enkeln einen bewohnbaren Planeten gewährleistet. Deshalb bin ich froh, dass viele gute Punkte in diesen Gesetzestext aufgenommen wurden.

Für mich zentral ist die Orientierung an den planetaren Grenzen und der Gemeinwohl-Ökonomie. Denn die bisherige Fokussierung auf das Bruttoinlandsprodukt hat uns blind gemacht für das, was in unserer Gesellschaft und auch in der Umwelt schiefläuft. Jetzt wird es zukünftig Fortschrittsberichte geben jenseits des BIP, in denen wichtige Indikatoren wie Rohstoffverbrauch, wie Kreislaufwirtschaft, wie Umweltverschmutzung, wie Gesundheit aufgenommen werden.

Wir werden die Vorschläge, die die Kommission dazu macht, intensiv prüfen, damit dieses Umweltaktionsprogramm auch Wirkung entfaltet.

Amazing Grace: Ich möchte unserer Berichtsteratterin danken, die dieses wunderbare Ergebnis verhandelt hat.

Silvia Sardone, *a nome del gruppo ID.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questo programma di azione dell'Unione europea per l'ambiente fino al 2030, così come il *Green Deal* e altre proposte sul clima, in questo contesto di crisi e di guerra sembrano oramai totalmente fuori dalla realtà.

Gli enormi rincari sui prezzi dell'energia si stanno abbattendo drammaticamente sulle bollette delle famiglie e su quelle delle imprese, con rincari che arrivano fino al 500 %, costringendo molte aziende persino a una sospensione temporanea della produzione. In Italia, nel mio paese, le bollette in un anno sono aumentate del 131 % per la luce e del 94 % per il gas; il costo del gas è balzato a un massimo di 295 euro per megawattora, un anno fa lo stesso gas costava circa 18 euro, il prezzo si è quindi decuplicato.

La risposta della Commissione europea di fronte a una crisi epocale come questa qual è? È ancora vuoto ambientalismo, negazione della realtà e tentativi irreali di opporsi all'uso, almeno temporaneo, di carbone, gas e nucleare esistente. In questo programma proponete l'eliminazione entro il 2025 di tutti i sussidi diretti e indiretti ai combustibili fossili a livello nazionale e, quindi, anche a livello di tutta l'Unione europea. Una scelta irresponsabile, soprattutto ora.

Inoltre, non è condivisibile la vostra richiesta di fare il miglior uso possibile della tassazione ambientale. L'Unione europea ottiene circa il 40 % del suo gas e il 30 % del petrolio dalla Russia, e la nostra dipendenza energetica dall'estero invece di migliorare è andata peggiorando negli ultimi anni a causa della transizione energetica che avete portato avanti, che ha portato a chiudere le centrali a carbone; vi siete totalmente opposti a fonti energetiche come, per esempio, il nucleare, puntando tutto sulle rinnovabili e non garantendo il necessario mix energetico. Anche in queste ore le risposte della Commissione sono piuttosto vaghe, si parla ancora di accelerazione sulle rinnovabili, che nel breve periodo non aiuterà assolutamente il nostro continente.

Anziché pensare a delle serie alternative alla dipendenza dalla Russia avete partorito l'ennesima idea geniale: abbassare il termostato, come se gli europei non lo facessero già, visti i prezzi folli delle ultime settimane. Inoltre, con l'impennata delle materie prime ci sono migliaia di aziende agricole e allevatori totalmente in crisi. Spero che vengano immediatamente archiviate le idee di ridurre la produzione agricola del 30 % e di lasciare incolto il 10 % dei terreni agricoli per tutelare la biodiversità. Insomma, è il momento di smetterla con l'ideologia stile «Greta»; aziende, consumatori e famiglie penso che abbiano necessità di serietà e sano realismo, un po' di *Realpolitik* insomma.

Anna Zalewska, *w imieniu grupy ECR.* – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! 8. ramowy plan na rzecz ochrony środowiska do 2030 roku to polityczne cele. To bardzo często słuszne idee, słuszne wskaźniki, ale bardzo często utopijne. Pani sprawozdawczyni, która ciężko pracowała nad tym dokumentem, w płomiennym wystąpieniu powiedziała: wyjdźmy poza paradygmat PKB. Szanowna pani poseł, my musimy myśleć o każdym Europejczyku. Pani sobie poradzi, pan komisarz sobie poradzi, czy pani przewodnicząca.

Bo my mamy zabezpieczone inne środki do życia. Natomiast przeciętny Europejczyk liczy pieniądze codziennie. Te zmieniające się ceny energii, zmieniające się ceny paliw – on będzie ponosił koszty. Bez niego nie będzie żadnego planu. Bez niego, bez człowieka, bez Europejczyka nie będzie żadnych działań.

Pan komisarz mówi o dobrobycie. Każdy tak myśli, każdy tak chce. Ale panie komisarzu, pakiet „Fit for 55” głęboko sięga do kieszeni Europejczyków. Mówi Europejczykowi: wejdziemy wam do domu, wejdziemy wam do samochodu, pójdziemy na wasze pola, pójdziemy do miejsc, gdzie przebywacie, do samolotów, na wasze wakacje i powiemy zapłaćcie, dużo zapłaćcie. Dlatego, że taki jest pomysł. Nie zgodzę się z tym.

Euractiv dzisiaj donosi o tym, że Niemcy powiedziały, że właśnie aktywują wszystkie swoje zabezpieczenia węglowe. W czasach dramatycznego kryzysu gospodarczego, kryzysu energetycznego, wojny z Ukrainą absolutnie i w żaden sposób nie można wycofać się z subsydiów na wszystko, co kopalne. Dzięki temu Europa i Europejczycy przeżyją. Nie zastąpimy tego elektrowniami wiatrowymi i płytami fotowoltaicznymi. Nie mam miejsca i czasu, żeby polemizować o tym, jakim greenwashingiem jest produkcja elektrowni wiatrowych czy płyt fotowoltaicznych.

Idoia Villanueva Ruiz, *en nombre del Grupo The Left*. – Señora presidenta, este Programa de Acción es una buena noticia para el medio ambiente y, por tanto, para todas las personas que integramos la Unión Europea. El aumento de la ambición, la eliminación de financiación de combustibles fósiles, la integración de la salud y el bienestar animal son algunos de los elementos que nos pueden hacer sentir orgullosos de avanzar en la dirección adecuada.

Hoy, sin embargo, este Parlamento tiene la mirada puesta a 2 000 kilómetros de aquí. El intento de control de Ucrania tiene mucho que ver con lo que recoge este programa de medio ambiente: nuestra dependencia del gas, en general, y del ruso, en particular, es uno de los grandes escollos para avanzar hacia nuestra soberanía energética y medioambiental. Es una razón más para dejar, por fin, los combustibles fósiles a un lado y tomarnos en serio la transición ecológica. Y es que este seguidismo a la industria del gas nos está saliendo muy caro. En España ya se notan las consecuencias de la guerra en Ucrania y estos días el precio de la luz va a alcanzar en algunas franjas los 700 euros el megavatio hora.

La Unión Europea no puede seguir jugando a dos bandas: o apostamos por una soberanía energética, por poner coto a los beneficios caídos del cielo, por parar el cambio climático, o continuamos blanqueando la industria del gas en su conjunto, incluida la financiación de los gasoductos de Putin.

Nosotras lo tenemos claro: profundizar en la gestión pública de los sectores estratégicos, regular el mercado eléctrico y una apuesta firme por la transición energética.

Edina Tóth (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! Noha az ukrajnai helyzet minden fontos témát háttérbe szorít, a klímaváltozás és a környezetvédelem ugyanolyan égető kérdések, mint korábban voltak. Az, hogy Európa a világ első klímasemleges kontinensévé válik, jelentős siker, de egyben kihívás és lehetőség is. Viszont háborús helyzetben új megközelítésre van szükség. A folyamatok élére kell állnunk azáltal, hogy biztosítjuk azt is, hogy a zöld átállás a társadalom minden tagjával szemben méltányos legyen.

A lakossági energiafogyasztás jelentősen megnőtt. Üdvözlöm ezért, hogy a támogatások kivezetésére vonatkozóan az irracionális céldátumok kikerültek a javaslatból, ezáltal polgárbaráttá és pénztárcabaráttá vált az Unió legújabb környezetvédelmi programja. Továbbra is ragaszkodnunk kell ahhoz, hogy ne a polgárokkal, ne a családokkal fizetessék meg a zöld átállás költségeit. A környezetvédelem és a munkahelyek megőrzése egyszerre fontos a jelenlegi kihívásokkal teli helyzetben.

Ljudmila Novak (PPE). – Spoštovana predsedujoča, spoštovani gospod komisar!

V teh dneh gledamo skupine beguncev, ki so vzeli s seboj najnujnejše stvari in se odpravili na pot. Čeprav prestrašeni, trpeči in utrujeni, so srečni, ko pridejo končno na varno, dobijo hrano in topla oblačila.

Vedno več je tudi okoljskih beguncev. Kako malo je človeku potrebno, da preživi. Za kakovostno življenje pa seveda potrebujemo še veliko več. Naj izrazim svojo podporo ukrajinskemu narodu v boju za svojo domovino, svobodo in demokracijo, hkrati pa izražam svoje občudovanje in hvaležnost vsem tistim, ki Ukrajincem velikodušno pomagajo.

Večina Evropejcev na srečo še vedno živi v miru. Napredek družbe merimo glede na rast BDP. Vse bolj pa postaja očitno, da bomo morali kazalnike za merjenje napredka spremeniti. Našo uspešnost bomo morali meriti glede na dobrobit in blaginjo ljudi in planeta.

Zato podpiram predlog o novem sklopu kazalnikov Evropske unije za merjenje napredka. Prihodnja zakonodaja EU mora biti skladna s cilji trajnostnega razvoja in z osmim okoljskim akcijskim programom. Seveda je potrebno spremljati tudi njegovo izvajanje in napredek, ki smo ga dosegli. Samo tako bomo vedeli, v kolikšni meri smo uspešni in kaj smo že dosegli.

Če planet umira, bo umrlo tudi življenje na njem. Osnova za spremembe je zeleni dogovor. Jasno smo zapisali vse cilje, ki jih moramo doseči. Zaradi vedno novih kriz pa so naši cilji vedno bolj vprašljivi.

Menim, da brez odrekanja in spremenjenega načina življenja ne bo šlo. Manj bomo morali trošiti in manj obremenjevati naš ekosistem. Obnašati se bomo morali veliko bolj odgovorno do planeta, do hrane, do življenja na Zemlji.

César Luena (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, está bien que tengamos aquí la futura ley sobre la salud del suelo; creo que es uno de los logros de este acuerdo. Lo celebro porque refuerza el compromiso de los Estados miembros con la necesidad de regular a nivel europeo la problemática del suelo. Ya era hora. Espero que no nos pase como en 2006 —saben ustedes que al final se cayó del programa—.

También es muy importante que el texto recoja la necesidad de elaborar un conjunto de indicadores más allá del producto bruto. El progreso social tiene que tener en cuenta —tenemos que tener en cuenta, señorías— otros parámetros: la salud, un clima estable, un medio ambiente saludable, ecosistemas prósperos, no solo el crecimiento económico.

Aquí se ha hablado también de la eliminación de las subvenciones a los combustibles fósiles y de los subsidios que perjudican al medio ambiente. Lamento la negativa del Consejo a la creación de nuevas obligaciones o a la mención de un año concreto para la eliminación progresiva. Está muy bien que se hayan incluido la mención a la fiscalidad ambiental y la creación de una metodología para identificar otras subvenciones que perjudican al medio ambiente. Pero, reitero, tenemos que incluir una fecha concreta; a veces cuesta conseguir compromisos concretos.

Y, por último, me parece muy adecuada la mención a la reducción de la huella material y de consumo de la Unión. Lamento que se haya eliminado la mención a objetivos vinculantes para la reducción del uso de materias primas originales. Creo que así el texto quedaba más completo, pero, bueno, seguimos avanzando. Enhorabuena por el trabajo, especialmente a la ponente, y pongamos fechas y compromisos cada vez más concretos.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! Herr kommissionär, kolleger! EU är världens största ekonomi och världens mäktigaste miljöorganisation. Jag är en varm Europavän, och jag är stolt över EU:s arbete för att rädda klimatet, skydda den biologiska mångfalden, säkra tillgången till rent vatten i sjö, hav och vattendrag. Mycket har gjorts, men den största utmaningen ligger framför oss: att få bort miljöskadliga subventioner är en avgörande fråga där vi måste se mer resultat.

Utan internationellt samarbete klarar vi varken av att hantera de gemensamma miljöutmaningar vi delar globalt eller de problem vi måste lösa lokalt. Utan gröna spelregler för vår internationella handel och regler för den inre marknaden kan vi inte utveckla den cirkulära ekonomin. Det är dock väldigt glädjande att se hur EU går i bränschen.

I dag är det omöjligt att tala om vårt gemensamma europeiska miljöarbete utan att ta utgångspunkt i den ryska invasionen av Ukraina. Det finns ingenting viktigare än att sätta stopp för inflödet av rysk olja och gas. För det första för att den är rysk. För det andra för att den är fossil.

Mina tankar går just nu till Ukrainas befolkning som kämpar för sin frihet och för Europas frihet. Just nu under denna debatt tänker jag på de miljöaktivister som jag samarbetade med för några år sedan. I dag ska vi ge Ukraina allt politiskt, ekonomiskt och militärt stöd vi bara kan. En av de viktigaste sakerna vi kan göra är att skyndsamt välkomna Ukraina i den europeiska gemenskapen. Landet har förberett sig länge, och någon mer värdig kandidat har jag faktiskt svårt att tänka mig. Ett fritt Ukraina kommer att vara en viktig partner för att också utveckla EU:s miljöarbete.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Madam President, firstly I would like to thank the rapporteur, Grace O'Sullivan, for delivering a great job on this file on the 8th environment action programme. I had the pleasure of chairing the last negotiation rounds and you really did a very good job, which has led to the result that, for the first time in a legislative package, we really are calling for a clear deadline to phase out fossil fuel subsidies and also to work on a methodology to phase out environmentally harmful subsidies.

I think, to be very honest, Parliament would have loved to go further. That's no surprise. That was also very transparent from our position. But it was quite shocking to see the attitude of the Council, to be very honest. Every time we hear the Council at the G7 or G20 and all the statements at the OECD, it's always 'we want to get rid of fossil fuel subsidies'. In Glasgow, Europe was at the forefront fighting to stop fossil fuel subsidies. Then, a month later, we go into negotiations on a European law and the Member States say, 'No, but we don't want that in a law'. Apparently, we want to keep that for nice speeches.

If we look at the current situation, at what's happening right now in Ukraine, we see what our fossil dependency is doing. What more evidence do we need? We need to do something about that, to reduce our dependency. One step we need to take to do that is, of course, stopping fossil fuel subsidies, which are subsidising, with public money, our fossil dependency on regimes like Putin's.

So now I expect the Commission to go full steam ahead in coming up with dates for stopping our fossil fuel subsidies and speeding up the methodology for stopping our environmentally harmful subsidies. If now is not the moment, I do not know when the moment is. So really, dear Commissioner, it was great to do the negotiations, but now the homework of this 8th environment action programme is there and it's urgent.

Aurélia Beigneux (ID). – Madame la Présidente, le Parlement doit une nouvelle fois se prononcer sur le programme d'action pour l'environnement. Les citoyens européens seront ravis d'apprendre qu'ils devront, une fois de plus, passer à la caisse pour nourrir les folles ambitions de la Commission, eux qui ont déjà consenti de manière forcée aux sacrifices imposés ici-même. Le tout au nom d'une politique plus punitive que réellement environnementale et surtout dictée par des pseudo-écologistes n'ayant jamais quitté le centre-ville de la capitale bruxelloise.

Les dates butoirs sont plus courtes que jamais et le secteur agricole est désigné comme un des principaux responsables de la dégradation de l'environnement. Vous exigez une pollution zéro, ce qui est aussi absurde qu'utopique, et vous souhaitez la fin des énergies fossiles. L'ambition est belle, mais il s'agit de définir la politique écologique de l'Union européenne et non de réciter les psaumes de la secte Greta Thunberg.

Comment peut-on avoir aussi peu de considération pour nos industries, nos petites et moyennes entreprises ou nos agriculteurs? Comment peut-on demander des efforts à ceux qui agonisent déjà depuis des années, qui découvrent chaque année que leur facture va s'accroître et leurs revenus diminuer? La réponse est simple: ceux qui écrivent ces règlements ne connaissent strictement rien à la réalité sociale et économique de notre continent. Leur idéologie verte est issue des congrès internationaux et des déjeuners-débats dans les capitales européennes, pas du dialogue avec les principaux concernés.

Personne ici ne peut nier la dégradation de notre environnement, la perte de notre biodiversité ou encore la disparition des espèces. Mais les solutions que vous proposez sont toujours les mêmes et ne servent strictement à rien, si ce n'est provoquer encore une fois la colère de notre peuple. Pour couronner le tout, au lieu d'ajouter un paragraphe sur le localisme, l'indispensable soutien à l'énergie nucléaire ou encore la promotion des produits européens, vous mentionnez à plusieurs reprises les discriminations et le genre. Félicitations, votre quota de références gauchistes est atteint!

Dans quelle partie de ce texte se trouve la dénonciation des traités de libre-échange? Nulle part. Produire à l'autre bout du monde, dans des pays qui se fichent de l'environnement, et acheminer ces biens chez nous est pourtant la première source de pollution. Dans quelle partie de ce texte se trouve la promotion de la relocalisation? Nulle part. Où se trouve la défense d'une autosuffisance industrielle réduisant la facture carbone des transports? Nulle part. Dans quelle partie du texte encourage-t-on la recherche? Encore une fois, nulle part.

Une Europe verte est possible, mais elle nécessite du bon sens, du dialogue et un protectionnisme environnemental sans tabou.

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidenta, el octavo Programa General de Acción de la Unión en materia de Medio Ambiente no es solo un ejemplo de cómo la ideología verde, esta que domina todo el Parlamento, desprecia la ciencia, la realidad del mercado y los intereses del ciudadano europeo; en las actuales circunstancias de una Europa en guerra, es un auténtico insulto.

Ni la COVID ni la invasión rusa de Ucrania han servido para que la Comisión Europea haga una revisión crítica de su Pacto Verde y reconozca que las prioridades han de cambiar radicalmente. El vicepresidente socialista Timmermans y tantos otros pretenden, con sus obsesiones ecológicas y climáticas, seguir como si nada ocurriera en este continente, que está prácticamente en llamas.

Es terrible que los grandes partidos no se atrevan a llevar la contraria a los radicales del ecologismo fanático e irresponsable. Estamos ante un drama que exige que la realidad se imponga a los caprichos ideológicos.

Este Programa pretende ser el marco para un desarrollo sostenible, el Pacto Verde y la Agenda 2030. Los objetivos son malos, ideológicos y falsarios. El texto es muy malo también y la Posición del Parlamento es casi peor.

En un momento dramático en el que ya muere gente en Europa por el frío, por la pobreza energética, en el que se ha hundido la calidad de vida de los europeos por una política absolutamente errada, por una insensata dependencia de los combustibles rusos que la Unión Europea ha aumentado, y con soluciones a las renovables que son insuficientes o que directamente han fracasado, vemos cómo hablan de una economía climáticamente neutra, sostenible, pero no tóxica, resiliente, competitiva y circular de forma justa, equitativa e integradora.

La realidad exige acabar con las ensoñaciones ideológicas de la Agenda 2030 y del Pacto Verde. Por favor, realidad para todos.

Πέτρος Κόκκαλης (The Left). – Κυρία Πρόεδρε, το νέο δεκαετές πρόγραμμα περιβαλλοντικής δράσης είναι ιδιαίτερα κρίσιμο, καθώς η νέα έκθεση του IPCC καταδεικνύει ότι ο χρόνος λιγοστεύει επικίνδυνα για τον άνθρωπο. Όσο καθυστερούμε τόσο πιο επιτακτική θα είναι η ανάγκη λήψης όλο και πιο ριζοσπαστικών μέτρων. Η άμεση συστημική, αλλαγή στην οικονομία είναι αυτή που θα εγγυηθεί ότι όλοι οι άνθρωποι θα μπορούν να ζουν καλά εντός των πλανητικών ορίων. Η συμπερίληψη νέων δεικτών πέρα από το ΑΕΠ μάς βρίσκει απολύτως σύμφωνους και τους αναμένουμε με αγωνία από την Επιτροπή, συμπεριλαμβανομένων των στόχων για την Πράσινη Συμφωνία και των παγκόσμιων στόχων των Ηνωμένων Εθνών. Η άρνηση της θέσης του Κοινοβουλίου για την κατάργηση των επιδοτήσεων των ορυκτών καυσίμων μέχρι το 2025 από το Συμβούλιο δεν δείχνει διορατικότητα. Όμως η υποχρέωση της Επιτροπής να ορίσει νομικά δεσμευτικούς στόχους συμβατούς με τη συμφωνία των Παρισίων είναι μια σπουδαία επιτυχία και τους αναμένουμε άμεσα και φιλόδοξους. Συγχαρητήρια λοιπόν και την ευγνωμοσύνη μας στην εισηγήτρια κ. O'Sullivan αλλά και στον Επίτροπο κ. Sinkevičius για αυτό το νέο πλαίσιο, που μας ανοίγει έναν νέο δρόμο για τη βιώσιμη ανάπτυξη στην Ευρώπη και στον κόσμο.

Marlene Mortler (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kollegen! In den vergangenen Jahrzehnten hat die Umweltpolitik der EU sowohl für die Menschen als auch für den Planeten erhebliche Vorteile gebracht. Deshalb begrüße ich das Achte Umweltaktionsprogramm für die europäische Umweltpolitik bis 2030 mit ihren ehrgeizigen Zielen und Vorhaben für Menschen und unseren Planeten.

Wir wollen Vorreiter bleiben. Doch der verbrecherische Putin-Krieg in der Ukraine stellt Europa vor riesige Herausforderungen: Ernährungssicherung und Energieversorgung sind in Gefahr. Der Krieg mitten in Europa wird brutale kurz- und langfristige Auswirkungen auf die Bevölkerung der Ukraine, auf uns Europäer und nicht zuletzt auf die Weltmärkte haben, vor allem auch auf die Entwicklungsländer, die auf Weizenexporte aus der Ukraine dringendst angewiesen sind.

Wenn der deutsche Agrarminister sagt, für uns reicht das Essen, dann blendet er einfach die Realität in den Ländern aus, die jetzt und in Zukunft unsere Hilfe brauchen. Wenn die Ukraine und Russland als Lieferanten ausfallen, sind wir in der Verantwortung für die Menschen, die sich nicht selbst helfen können. Die Satten dürfen die Armen nicht ausspielen.

Zeitenwende heißt auch Produktionswende. Die EU muss ihr Konzept für die Ernährungssicherheit und für mehr Resilienz überarbeiten. Wir können es uns nicht leisten, Flächen stillzulegen, wenn große Ernteaussfälle wegen des Krieges drohen. Besonders dringlich ist das bei Erzeugnissen, die aufgrund der Aussetzung der ukrainischen Exporte am stärksten von Engpässen betroffen sind, wie Getreide, Ölsaaten, Eiweißpflanzen und Düngemitteln. Es eilt, damit unsere Landwirte in den nächsten Wochen zukunftsichtige Entscheidungen für den künftigen Anbau auf ihren Äckern treffen können. Denn Landwirtschaft funktioniert nicht auf Knopfdruck. Wir müssen jetzt alles dafür tun, um Versorgungsengpässe zu vermeiden.

Christel Schaldemose (S&D). – Fru formand! Hvert år rykker »Earth Overshoot Day« længere frem. Dagen markerer, hvornår vi har brugt den mængde ressourcer, som jorden kan nå at genskabe på et helt år. I 2021 lå dagen allerede den 29. juli.

Vi skal turde at have høje ambitioner, hvis vi ønsker, at der er en grøn klode med ressourcer, som vores børn og vores børnebørn kan leve gode liv på – også i fremtiden. Og det er netop, hvad der ligger i det 8. miljøhandlingsprogram, som vi stemmer om. Pres fra Europa-Parlamentet har sikret, at ambitionerne for miljø og bæredygtighed er højere end i Kommissionens oprindelige udspil. Samtidig har vi sikret, at der er en holistisk tilgang, hvor klima og miljø ikke bliver set som afkoblet fra økonomi eller fra den måde, som vi skal indrette vores samfund på.

Målet er klart: Senest i 2050 skal vi alle kunne leve gode liv, uden at vi dræner kloden for ressourcer. EU skal være klimaneutralt og cirkulært, og biodiversiteten skal være øget. Og så skal kløfterne i vores samfund være mindsket. Det er store men helt afgørende mål for vores fremtid. Men vi skal også sikre vejen derhen. Derfor har vi også klare mål for, hvad vi skal opnå allerede i 2030, og vi kræver, at Kommissionen senest i 2024 kommer med forslag til, hvordan vi får konkretiseret delmålene. Med det 8. miljøhandlingsprogram tager vi endnu nogle vigtige skridt i retning af en mere bæredygtig verden. En verden, hvor vi bliver fri for forurening og for farlig kemi og efterlader en grønnere klode end den, vi har taget over.

Nicolae Ștefănuță (Renew). – Doamna președintă, domnule comisar, eu mă întreb de ce ar trebui să credem că o criză elimină pe alta și de ce nu două crize deodată sunt mai rele. Eu cred că avem mai multe crize deodată și că într-o lume invadată de tragedii trebuie să ne concentrăm asupra modului în care ne putem salva de sub dărâmături. Nu putem să amânăm gestionarea crizelor cu care ne confruntăm, nu putem opri eforturile de a reduce emisiile, poluarea, de a proteja biodiversitatea și sănătatea oamenilor.

În acest moment, avertismentele comunității științifice despre criza climatică devin din ce în ce mai îngrozitoare. Efectele schimbărilor climatice vor face ravagii și mai mari, vor arunca lumea în insecuritate alimentară, furtuni, incendii, valuri de căldură, inundații. Noul raport al IPCC ne reamintește că încă mai avem o scurtă fereastră pentru a implementa măsuri importante și a evita scenariul unde acțiunea este deja prea puțin și prea târziu.

Nu putem continua să finanțăm armata și războiul lui Putin – ați auzit bine, da, noi am finanțat așa ceva – prin dependența energetică față de importuri. Iar soluția nu este nicidecum creșterea dependenței Europei pe termen lung față de surse de energie fosile. Nu o să fie ușor, nu o să fie nici popular, pentru multe din statele membre, dar neimplementarea măsurilor climatice va veni cu un cost, până la urmă. Întrebarea cea mai importantă este cât ne va costa dacă nu acționăm acum, dacă rămânem pasivi.

Respectarea și implementarea programului dumneavoastră, a Programului de acțiune până în 2030 este un pas esențial. Clima se schimbă ca rezultat al activității umane și schimbarea se accelerează pentru că noi nu facem nimic. Domnilor, asta este soarta noastră, să salvăm planeta din mai multe mâini deodată.

Ville Niinistö (Verts/ALE). – Madam President, I would first like to thank and congratulate my dear ? colleague, Grace O'Sullivan, for great work in finalising this negotiation. Putin's war in Ukraine has put the phasing out fossil fuels to the top of the agenda for all of us. Even many who didn't realise the importance of this before have now come to realise that we really need to invest in renewables and energy efficiency in Europe and get rid of dependency on energy imports.

Fossil fuel imports from Russia are a way for him to finance the Russian war machine. So we really need to stop importing energy and fossil fuels from Russia, but also look beyond that; that we stop using fossil fuels in general, and we phase out those fast. It's a way for us to become energy independent, but it's also a way for us to invest in our climate future and to a healthy environment.

So this is something we really need to look at when we implement this environmental action plan, that the scaling down of fossil fuel subsidies and other environmentally harmful subsidies are now on the top of the agenda of the Commission. These subsidies, the fossil fuels that create environmental problems and climate problems, also environmentally harmful subsidies, they have been a great paradox of our policy. On one hand, we try to support our environmental policies and a sustainable future and, on the other hand, we have destroyed it, creating damage to our health and to the environment.

The goal set in this program for phasing out the environmentally harmful subsidies and, in particular, fossil fuel subsidies, really needs to be implemented without delay. They are important in order to achieve our climate goals and to limit global warming to 1.5 °C. They also help our local environment in many cases, and I think it's important that the Commission realises that there is no security without sustainable environment and sustainable climate policy and vice versa. So we need to really look at both of these in getting rid of dependency on fossil fuels.

Krzysztof Jurgiel (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Celem ogólnego ósmego unijnego programu działań w zakresie środowiska jest przyspieszenie przejścia Unii Europejskiej na gospodarkę neutralną dla klimatu. W Polsce, moim kraju, którego gospodarka energetyczna w dużej mierze opiera się na paliwach kopalnych, jednym z wrażliwych punktów tego programu są zapisy dotyczące wycofania dotacji szkodzących środowisku, między innymi na paliwa kopalne.

ECR zgłasza przeciwko unijnemu programowi działań w zakresie środowiska, ponieważ, po pierwsze, program wzywa do wycofania dopłat do paliw kopalnych, których zastąpienie alternatywnymi źródłami energii byłoby niezwykle czasochłonne, w związku z czym jest postulatem uciążliwym, niemożliwym dla osiągnięcia w krótkim okresie czasu, szczególnie teraz podczas wojny.

Po drugie, charakter planu nie uzasadnia rozstrzygnięcia w nim kwestii odnoszących się do przyszłych zobowiązań państw członkowskich, a data wycofania subsydiów do paliw kopalnych powinna zostać określona w osobnym akcie prawnym. Po trzecie, program zostaje wprowadzony w okresie bezprecedensowego kryzysu energetycznego, ale nie odnosi się on do problemu ubóstwa energetycznego. Po czwarte, program działań nie wykorzystuje szansy uwzględnienia pochłaniaczy dwutlenku węgla, które mają wysoki potencjał w rolnictwie, gdzie CO₂ pochłaniany jest przez glebę.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, domnule comisar, doamnelor și domnilor colegi, schimbările climatice reprezintă realități ce nu pot fi contestate sub nicio formă, iar durabilitatea sectoarelor economice poate fi afectată pe termen mediu și pe termen lung. În acest context, cu toții trebuie să devenim actori implicați în combaterea acestor schimbări climatice, care ne influențează calitatea vieții de zi cu zi.

Uniunea Europeană a demonstrat că poate și trebuie să fie lider mondial în acest demers. Obiectivele europene asumate până în acest moment sunt ambițioase, fie că vorbim de păstrarea biodiversității, protejarea pădurilor, ori de exploatarea durabilă a terenurilor.

Astăzi însă la granițele Uniunii Europene, în Ucraina, se duce un război care, în opinia mea, ne obligă, și subliniez acest lucru, ne obligă să ne adaptăm noilor realități care nu pot fi ignorate.

Liderii europeni și-au exprimat deja susținerea pentru o politică energetică responsabilă și orientată spre viitor, decisivă nu numai pentru economia noastră, dar și pentru mediul nostru înconjurător și pentru securitatea noastră. Reducerea dependenței de gazul rusesc se poate face doar prin dezvoltarea surselor regenerabile.

Uniunea Europeană, acum mai mult ca niciodată, trebuie să ia măsuri imediate și concrete, pentru a diminua efectele secundare, atât ale schimbărilor climatice, dar și ale războiului, deoarece conflictul, dincolo de problemele umanitare, creează tulburări de piață, de la energie, la transport maritim, dar mai ales la agricultură și subliniez din nou, mai ales la agricultură.

Atrag atenția că deja sectorul agricol la nivel european se confruntă cu provocări majore generate de pandemie, creșterea prețurilor la îngrășăminte și energie, iar capacitatea și reziliența acestuia este serios afectată, punând în pericol securitatea alimentară.

Solicit Comisiei Europene, în acest context extrem de complicat, să facă o adaptare a obiectivelor climatice actuale, astfel încât securitatea alimentară, nu doar la nivelul Uniunii Europene, ci la nivel mondial, să fie garantată pentru viitor.

Sara Cerdas (S&D). – Senhora Presidente, este oitavo programa de ação para o ambiente é um instrumento essencial para guiar a União Europeia nos seus objetivos ambientais e climáticos para os próximos anos com 2050 à vista. A nossa resposta às emergências climáticas e da biodiversidade exige a implementação de uma abordagem holística, que tenha em atenção medidas de mitigação e adaptação, a economia circular, a proteção e recuperação da biodiversidade e o objetivo da poluição zero.

Esta abordagem terá também de considerar as especificidades das regiões europeias e que estas têm pontos de partida diferentes. Aqui, chamo a atenção para as regiões ultraperiféricas como a Madeira e os Açores. É fundamental também incluir o nível local no processo de tomada de decisão, o que ajudará a contribuir para a coesão territorial na UE.

Agora, mais do que nunca, temos todos os sinais de que devemos diminuir a nossa dependência de combustíveis fósseis e terminar os investimentos nos mesmos o mais rapidamente possível.

A resposta e a única forma de salvarmos o planeta para as futuras gerações é a transição para uma economia sustentável e de bem-estar.

Asger Christensen (Renew). – Fru formand! Kommissær! Krigen i Ukraine har vist, at energipolitik er sikkerhedspolitik – og sikkerhedspolitik er energipolitik. Spiller vi kortene rigtigt, kan både sikkerhed og miljø gå hånd i hånd. Krigen har sendt gaspriserne på himmelflugt. Europæiske virksomheder og borgere ser allerede fatale konsekvenser i øjnene. Der er et presserende behov for, at vi i EU sætter alt ind for at løsrive os fra Putins jerngreb.

Vi skal arbejde for at blive en energiunion. Hvis vi i EU skal nå målet, er et af vores bedste kort på hånden biogas. Der er et kæmpe uudnyttet potentiale i biogas – en løsning, jeg længe har talt for. Biogas er en hurtig, effektiv og grøn energiform, der kan hjælpe os af med organisk affald i samfundet, rykke os tættere på klimamålet og bidrage til den cirkulære økonomi. Vi skal skru ned for den fossile russiske gas og skru op for biogassen, nu! Biogas kan potentielt forsyne de europæiske husstande med en fjerdedel af gasbehovet. I Danmark viser nye tal, at vi kan dække 100 procent af gasforbruget i 2027-2028 — hvis vi spiller kortene rigtigt. For Danmark er biogas en god og effektiv løsning.

Vi må finde fælles løsninger, for krisen er grænseoverskridende. Men det er vigtigt, at vi sikrer fleksibilitet for de enkelte medlemslande. Biogas er ikke den bedste løsning for alle. Derfor skal det være op til medlemslandene at vælge, hvilke energiformer der passer bedst til de ressourcer, de enkelte lande nu har. EU skal sikre et bredt og fleksibelt udvalg af energikilder. For det er afgørende, at vi udnytter krisen til at sætte skub i den grønne omstilling. Vi har brug for mere vedvarende energi, og krisen har i sandhed vist, at det er muligt at handle hurtigt. Det skal vi tage bestik af! For vores sikkerhed, for klimaet og for miljøet.

Margrete Auken (Verts/ALE). – Fru formand! Tak til kommissæren og især til dig, Grace, for en meget flot indsats. Og selv om vi godt kunne have ønsket niveauet endnu højere, så er der mange gode ting i teksten. Jeg vil benytte chancen her til at fremhæve helhedstænkningen. Vi må holde op med at tænke i bokse, hvis vi skal håndtere klimakrisen, ødelæggelsen af naturen, udpiningen af muldjorden, misbruget af drikkevand, den løbske forurening, osv. Kun hvis vi ser dem i sammenhæng, har vi en chance. Løsningerne styrker ofte hinanden.

Et helt oplagt, men også meget overset eksempel, er udrulningen af den vedvarende energi og beskyttelsen af naturen. Tværtimod at være i konflikt, kan de hjælpe hinanden. Kystnære vindmøller skaber kunstige rev med masser af liv og fisk og skaldyr og mad til fugle og havpattedyr i vores ødelagte havmiljø. Det er i hvert fald meget slemt oppe nordpå. Kæmpe vindturbiner forstyrrer i øvrigt landskaberne mindre end de små, da vingerne kører langsommere og roligere. Så det skal vi også have med. Og solceller er ikke skønne. Nej! Men de kan give plads til masser af natur med insekter, smådyr og fugle. Arbejder vi sådan med samttænkning, er der gevinst på alle pladerne. Og det har vi brug for, hvis vi skal virkeliggøre miljøhandlingsprogrammet og de andre dele af den grønne omstilling. Der er ingen tid at spilde!

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, o resultado das negociações em trípulo deste oitavo programa confirma melhorias em diversas dimensões face à proposta inicial da Comissão, mas também um recuo face ao mandato do Parlamento, mais ambicioso.

Dissemo-lo antes e voltamos a relembrar que os elementos positivos que se encontrem impressos neste programa confrontam-se com as políticas da União Europeia que esta proposta não rejeita, de cunho neoliberal e mercantilista, de depredação de recursos e exploração da natureza com base no lucro, na concentração da atividade em grandes grupos económicos e em soluções para os problemas ambientais que condicionam o carácter público das políticas e dos serviços, limitando essa dimensão à assunção de custos sem acautelar o bem comum.

O que dizer das perversas e ineficazes abordagens de mercado que consagram o direito a poluir, como o comércio de emissões; ou de ditas transições justas e verdes a pretexto das quais, como no meu país, se precipitam encerramentos de importantes unidades industriais estratégicas gerando desemprego, substituindo produção nacional por importações e impondo maior dependência externa e sem evidência de efetivos ganhos ambientais; ou de políticas liberalizantes dos setores produtivos que contrariam necessárias respostas que possibilitem circuitos curtos de comercialização, valorizando a produção e soberania nacional em diversos domínios; ou de políticas de mobilidade, que insistem na promoção do transporte individual, quando o que é necessário é a promoção do transporte coletivo assente num serviço público de transportes e na sua intermodalidade e progressiva gratuitidade; ou da desregulação e liberalização de políticas comerciais com impactos nocivos no plano social económico e ambiental; ou da política da guerra, do militarismo e da indústria do armamento, com os seus dramáticos impactos humanos e ambientais contrários a uma política de paz?

É necessária uma viragem na política ambiental, uma política ambiental que vise a preservação do equilíbrio da Natureza e dos seus sistemas ecológicos e que garanta a democratização do acesso e usufruto da natureza, combatendo a mercantilização do ambiente e a sua instrumentalização ideológica.

Радан Кънев (PPE). – Г-жо Председател, г-н Комисар, колеги, знаете ли, бях на 10 годишна възраст, когато безхабрието на комунистическата диктатура в Кремъл взриви Чернобилската ядрена централа и доведе до хиляди жертви в цяла Европа. През последвалите години протестите срещу комунистическата диктатура в България бяха основно с природозащитни и с екологични каузи. В този смисъл свободата, мирът и опазването на природата винаги са били дълбоко, интимно свързани и винаги са били основата и на европейската демокрация и по-общо на европейския хуманизъм.

Защо казвам всичко това? Защото днес някои се опитват да противопоставят необходимостта от засилване на политиката за сигурност на необходимостта от съхраняване на нашата активна природозащитна политика. Това е неразумен подход. Това не са различни ценности. Човекът не е отделен от природата, човекът е част, и то малка, скромна част, от природата. И все пак не мога да пропусна факта че в доклада, който обсъждаме, има твърде много пожелателно мислене. Пожелателно мислене, което стимулира това противопоставяне между сигурността, която днес е основният ни приоритет, и дългосрочната сигурност, която само съхранената природа може да даде на нас и най-вече на поколенията след нас.

Колеги, в днешния ден, в който Чернобилската ядрена централа отново е в ръцете на московска диктатура, и отново е под ядрена тревога заради агресия и безхаберие, трябва да си дадем сметка, че за съжаление и за кой ли път раят се отлага. Нашите приоритети са преди всичко сигурността и на нашите семейства, и на нашите държави, и на нашата планета.

Günther Sidl (S&D). – Frau Präsidentin, werter Herr Kommissar! Seit mehr als 40 Jahren bestimmen die Umweltaktionsprogramme die europäische Umwelt- und Klimapolitik. Der Vorschlag für das nun ausverhandelte Achte Umweltaktionsprogramm wurde von der Kommission im Jahr 2020 vorgelegt, einem Jahr, in dem wir uns mitten in der Pandemie befunden haben.

Die aktuelle Abstimmung nun trifft uns in einer Zeit einer großen geopolitischen Krise. Wir haben Krieg in Europa, und die Versorgungssicherheit in einigen Bereichen unseres Lebens scheint nicht mehr zu 100 Prozent gewährleistet zu sein. Dies führt zu starken Preisanstiegen im Energiebereich, bei sonstigen Produkten des täglichen Bedarfs und bei Lebensmitteln.

Wie zu Beginn der Pandemie werden wieder Stimmen laut, dass wir die ökologische Schwerpunktsetzung in der aktuellen Situation opfern müssen. Das Argument lautet, dass wir nur so die Wirtschaftlichkeit und das Überleben unserer Industrie gewährleisten können. Aber wenn die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen zerstört wird, beispielsweise durch steigende Meeresspiegel und verheerende Trockenperioden, werden soziale Konflikte und Migrationsströme die Folge sein. Klimaveränderungen bedeuten daher auch sicherheitspolitische Probleme.

Eine Reduzierung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen sowie die Förderung und Ökologisierung der Industrie und eine nachhaltige Lebensmittelproduktion müssen im Zentrum unseres gemeinsamen politischen Handelns sein. Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind dabei auf einem guten Weg.

Benoît Biteau (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, je voudrais d'abord prendre un moment pour remercier ma collègue Grace O'Sullivan qui, en tant que rapporteure sur ce texte, a fait un travail formidable, dans une négociation délicate avec le Conseil. Je salue notamment son action déterminée pour conserver une référence à la nécessité de sortir des subventions encourageant le recours aux ressources fossiles.

Il n'est pas anodin que nous discutons de ce texte dans le moment très particulier que nous vivons aujourd'hui. La guerre, accompagnée de son cortège de malheurs, est de retour à nos portes. Le choc est immense et tout doit être mis en œuvre sur le court terme pour mettre fin à ce conflit et atténuer ses effets sur la population du monde entier.

Mais dans ce moment particulier, justement, il nous faut garder la tête froide, et ce rapport rappelle la boussole qui doit être la nôtre sur le long terme. En vérité, mes chers collègues, le changement climatique et l'effondrement de la biodiversité sont des menaces ultimes auxquelles nous devons absolument faire face. Mais heureusement, là où il y a une volonté, il y a un chemin. Et comme le rappelle justement le rapport, le chemin de la sobriété est aussi un chemin de prospérité humaine. J'ajouterai que c'est également un chemin de souveraineté, un chemin qui réduit nos dépendances tout en évitant l'autarcie et le repli.

J'appelle évidemment tous mes collègues à voter pour cet excellent rapport et j'espère qu'il sera une salubre piqûre de rappel pour celles et ceux d'entre nous qui, sous le coup, bien compréhensible, des émotions du moment en viendraient à douter du bien-fondé du pacte vert.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, dámy a pánové, já bych chtěl podpořit tento osmý akční program pro životní prostředí. Padlo to tady několikrát v debatě, naše planeta umírá, dochází k obrovským změnám klimatu, je třeba hledat řešení. Jen budu doufat, že v praxi tato řešení nepovedou k poškození evropského průmyslu a neuvedou naše občany do energetické chudoby. I to bychom měli vnímat a hledat řešení realistická. Co chci v té debatě ještě doplnit a říci, v čem se trochu liším od některých svých kolegů, je spojovat toto hledání alternativ vůči fosilním palivům s aktuální geopolitickou situací a s útokem diktátora Putina na Ukrajinu. Já těžko dokážu přijmout tezi, že do roku 2030 budeme brát fosilní paliva z Ruska a že tedy ještě několik let budeme financovat Putinovi jeho útočné aktivity, v tomto případě na Ukrajinu, v budoucnu třeba na nějakou jinou zemi.

Já si myslím, že je třeba hledat řešení rychlého odklonu od odebírání fosilních paliv z Ruska i za cenu, že po přechodnou dobu budeme brát fosilní paliva zkrátka od jiného dodavatele, od nějakého dodavatele, který ty peníze nezneužije proti svobodnému a nezávislému státu. A že tedy není možné čekat několik dalších let, ale že je třeba v tomto roce ukončit odběr fosilních paliv z Ruska. To nijak nekritizuje tento plán, který zde dnes projednáváme a který, jak jsem řekl, v hlasování podpořím, ale prosím nenecháme další léta možnost Putinovi získávat od nás peníze a ty využívat na útočnou válku. Pojďme v přechodném období získávat fosilní paliva od někoho jiného. Komise konstatovala ve své zprávě, že je možné až dvě třetiny nahradit v tomto roce. Pojďme nahradit z Ruska veškerá fosilní paliva v tomto roce.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! I tider av osäkerhet, mörker och turbulens behöver vi ibland komma ihåg vilket samhälle vi brinner för: ett rättvist, hållbart, demokratiskt samhälle. Att EU nu kan enas över de politiska grupperna, i en tydlig riktning för EU, är ett bra tecken på unionens styrka. I dag röstar vi om vårt åttonde miljöhandlingsprogram. Det är en tradition som har hållit sedan 70-talet.

Senast 2050 ska vi i EU leva i ett klimatneutralt samhälle inom planetära gränser, och väl innan dess ska utsläppen minskas betydligt. Vi ska leva i en fullt cirkulär ekonomi med hög biologisk mångfald och med en giftfri miljö. Vi förtydligar också våra milstolpar till år 2030 med minskade utsläpp av växthusgaser och med utfasning av farliga kemikalier. Vi måste öka takten med den gröna given och fullt ut uppnå FN:s utvecklingsmål.

Jag hade önskat att medlemsstaterna till slut gav med sig och accepterade det självklara i att få slut på fossila subventioner, allra senast 2025. Det är en kamp vi måste ta vidare.

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiama Pirmininke, Komisare. Ši aplinkos veiksmy programa yra svarbi Žaliojo susitarimo stebėsenos, bendrų sprendimų ir klimato politikos planavimo priemonė. Šiuo metu, kai Europos aruodas – Ukraina – yra apšaudomas ir sprogdinamas, kada derlingiausias mūsų žemyno laukus vagoja V. Putino tankai, yra gyvybiškai svarbu užtikrinti maisto tiekimą. Aplinkosauginiai tikslai neturi kelti pavojaus aprūpinimui maistu ir kaimo ekonominio gyvybingumo tęstinumui. Turime pabrėžti Europos Sąjungos žemės ūkio pažangą saugant aplinką, mūsų ūkininkų jau sukurtą vertę. Socialinis perėjimas prie tvaresnės ekonomikos aspektas yra ypač svarbus. Turime užtikrinti mažų ir vidutinių ūkių ir jaunų ūkininkų galimybes naudotis naujomis technologijomis ir žiniomis, kurios padėtų ūkininkauti ekologiškiau. Privalome teikti pirmenybę visų piliečių gerovei, ūkininkų pažangos derinimui su socialine pažanga ir su

planetos išteklių apsauga ateities kartoms.

Romana Jerković (S&D). – Poštovana predsjedavajuća, živimo u izuzetno kriznim vremenima s prijetnjom globalnog rata i pandemije, što klimatske promjene nažalost gura u drugi plan. A baš sada je trenutak, više nego ikada prije, da doista razdvojimo gospodarski razvoj od iskorištavanja resursa i uništavanja okoliša.

Iako imamo najambiciozniju politiku zaštite okoliša u svijetu, europsko gospodarstvo svake godine snosi 55 milijardi eura zdravstvenih i drugih troškova povezanih s okolišem zbog neprovođenja okolišnih uredbi i direktiva. Naši napori, dakle, moraju biti usmjereni ka implementaciji i praćenju rezultata, a ovaj osmi program djelovanja Unije za okoliš nam nudi upravo to, sadrži snažan mehanizam praćenja provedbe okolišnih politika i daje smjernice za postizanje ciljeva održivog razvoja, istovremeno štiteći socijalnu dobrobit naših građana.

Važno je i da podržimo ovaj program jer time podržavamo pravo na život u zdravom okolišu i održivu ekonomiju.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, I am grateful for the opportunity we had today to discuss once more the eighth environmental action programme (EAP), and I would like to thank all of you for your interventions.

Our citizens, in particular the youngest, expect us to address the climate and environmental crisis. Yes, in the meantime, tragically, we are facing a new crisis caused by Russia's war on Ukraine, which is threatening peace and stability in Europe and beyond. It focuses our energy and attention, and rightly so. But the immense threat caused by climate change and by the destruction of our ecosystems remain and the war and its impact make our fight against this crisis even more relevant and more urgent than before.

With the eighth EAP, we have a joint strategy to 2030 and for the green transition. Its strong narrative will focus minds and get everyone on board. It's a plan for regional and local authorities, for citizens and businesses, for entrepreneurs, scientists and researchers.

And thank you for recalling today the key challenges ahead. The need to review our tax system, the commitment to move to a well-being economy and environmental governance are all extremely important. Let me briefly address some of the key points raised in today's debate.

Concerning the next steps on environmentally harmful subsidies. I can say that we have a good plan, but very challenging circumstances. The eighth EAP supports the Commission's effort to take ambitious action on phasing out environmentally harmful subsidies as soon as possible.

We have to be clear that more subsidies for fossil fuels means less funds for other priorities – social policies, job creation, improving quality of life, including by better environment and less pollution. It is a fallacy that fossil fuel subsidies benefit the most vulnerable members of our society. There are other ways to help them. At the same time, those people are most exposed to environmental degradation and pollution.

For fossil fuel subsidies, we will continue on the path set out in the governance regulation and the climate law. The Commission is preparing an implementing act for the integrated national energy and climate progress report, which Member States will have to submit every two years starting from 15 March 2023.

The EAP plan for adoption this year will also include a methodology for reporting on the phase out of energy subsidies, in particular for fossil fuels. For non-fossil fuel subsidies, there will be a sequencing of steps, notably on monitoring, reporting and a toolbox for phasing them out.

Let me now say just a few words on the focus on well-being. The beyond GDP narrative is very important to me. We need to ensure that we have a comprehensive approach to people, planet and prosperity. Beyond GDP does not mean we do not care about people's income, about energy or other forms of poverty. It's just the opposite. The beyond GDP narrative and the Commission has developed many new indicators in recent years to measure progress, especially on well-being and planetary boundaries, and the sustainable development goals are now being mainstreamed in all policy cycles, including the upcoming European Semester Spring Package.

Now we are working also on finalising the monitoring framework for the eighth EAP. Once this is done, I will further pursue the EAP call for measuring economic performance and societal progress beyond GDP and moving towards using well-being as a compass for policy.

Honourable Members, dear colleagues, thank you once again for your support, for your relentless work and for your commitment to achieve this very good result.

Przewodnicząca. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się w środę 9 marca 2022 r.

12. Ein neuer strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für die Zeit nach 2020 (Aussprache)

Przewodnicząca. – Kolejnym punktem porządku dziennego jest sprawozdanie sporządzone przez Marianne Vind w imieniu Komisji Zatrudnienia i Spraw Socjalnych w sprawie nowych strategicznych ram UE dotyczących bezpieczeństwa i higieny pracy po 2020 r. (2021/2165(INI)) (A9-0023/2022).

Marianne Vind, Ordfører. – Fru formand! Europæiske arbejdstagere har i over hundrede år kæmpet for et bedre arbejdsmiljø. Alligevel er der over 3 300, der hvert eneste år dør på arbejdspladser i EU. Over 200 000 dør hvert år af arbejdsrelaterede sygdomme efter det arbejde, de har haft. Men det kan vi altså gøre meget bedre, og derfor ser jeg afstemningen i dag om EU's syvårige arbejdsmiljøstrategi som et lys i mørket – en vej til et bedre arbejdsmiljø for alle. Vi har forhandlet en fantastisk betænkning på plads. Tak til mine kolleger for den utrolige indsats, vi har gjort sammen. En fælles strategi for at sikre bedre sikkerhed og sundhed for millioner af Europas arbejdstagere. Betænkningen sætter ambitionerne tårnhøjt. Det er noget, jeg er stolt af. Kommissionens forslag var fint, men Europas lønmodtagere fortjener mere. For vi skal ikke have et EU, hvor hundredetusind hvert år dør af arbejdsrelateret kræft. Vi skal ikke have et EU, hvor over halvdelen af arbejdstagerne oplever stress i hverdagen, og vi skal heller ikke have et EU med over 3 millioner ulykker om året på arbejdet.

Alle de tal, jeg nævner, om ulykker, sygdomme og mentalt dårlige arbejdsforhold er en skandale. Kommissionens nulvisionstilgang er en rigtig god idé. Men vi ønsker at udvide denne vision til at dække alle arbejdsulykker. Og jeg tror på, at vi i Europa er kommet langt nok til, at vi kan forlange, at man ikke skal komme til skade eller blive syg af sit arbejde. Det skal kunne lade sig gøre, at alle ansatte er beskyttet i forhold til deres fysiske og psykiske helbred, når de går på arbejde. Et godt eksempel er asbest. Asbest har været forbudt i EU siden 2005, men der findes stadig mange gamle bygninger, der trænger til en ordentlig renovering, og mange af dem har asbest i. Så mange håndværkere kommer til at arbejde med asbest uden at vide det, uden at kende konsekvensen og uden at vide, at over 80 000 årligt dør på grund af det. Men renovationsbølgen, der kommer, kommer til at øge dette tal. Derfor foreslår vi en meget lavere grænseværdi for arbejdet med asbest, ligesom vi ønsker skærpede grænseværdier i forhold til en lang række kræftfremkaldende stoffer. Man skal ikke få kræft af at passe sit arbejde.

Coronapandemien har haft store konsekvenser for vores arbejdsvilkår. Mange blev sendt hjem og mistede derfor muligheden for at se deres kolleger i hverdagen. Og en stor gruppe mennesker har skullet arbejde mere end normalt, har været i frontlinjen og har arbejdet under ekstra pres og i risiko for sygdom. Når man kan arbejde hjemmefra, betyder det også, at man kan arbejde hele tiden med devices. Det er derfor vigtigt, at vi diskuterer retten til at holde fri. Retten til at være offline. Slukke computeren, slukke telefonen – holde fri, når man har fri. Hjemmearbejde er ikke noget, der går væk – og heldigvis for det. Det giver fleksibilitet, men det er jo virkelig vigtigt, at vi sikrer adgangen til det gode arbejdsmiljø i hjemmet. Og det gælder også for stress. For det er ikke i orden, at man kan møde op på arbejdspladsen med en klump i maven og tanken om: hvordan skal jeg klare mig igennem i dag? Det skal ikke være sådan.

Til slut vil jeg gerne afkræfte en meget kendt myte: Arbejdsmiljø er ikke en kæmpe udgift. Arbejdsmiljø er en god investering. Virksomhederne skal se arbejdsmiljø som en investering og ikke en udgift. Det kan betale sig at investere i det gode arbejdsmiljø. Med denne betænkning har vi et solidt fundament for at lave en god europæisk lovgivning, der forbedrer arbejdsmiljøet for hele EU. Jeg håber, at Kommissionen tager den til sig.

Nicolas Schmit, *Member of the Commission*. – Madam President, I am very pleased to see the ongoing commitment of this House to the safety and health of workers in the European Union. I fully share your engagement for safe and fair working conditions for all workers. I particularly want to thank the rapporteur, Madam Vind, and all those who have worked on this excellent report for this commitment.

First of all, I agree with you that prevention is key and that nobody should suffer from work-related diseases or accidents. This is why this strategic framework on health and safety at work 2021-2027 adopted last year puts forward the vision-zero approach under which various actions are being put in place, including awareness-raising and capacity-building.

First, your report refers to Principle 10 of the Pillar of Social Rights that clearly states that workers have the right to a high level of protection of health and safety at work. This should apply to all workers, but I must say this should also apply to those who are self-employed. They deserve the same protection. Together, we have delivered the first commitment of the European cancer plan by adopting the fourth amendment of carcinogens, and with the gene's directive, to protect workers from cancer.

I must say that I particularly appreciated also, the provision that improves the protection of those who work in the health sector; the majority, by the way, are women. They are exposed to dangerous substances. They have to handle the treatment of patients and many patients suffering from cancer. So here we have set an important standard, which now has to be implemented in the health sector. But we don't stop here. Preparatory work on future batches of hazardous substances is ongoing. For instance, before the end of this year, the Commission aims to adopt the next proposal, revising the exposure limit values for lead, major reprotoxicants and di-isocyanates as well as to put forward its plans for revising a further 25 substances.

The Parliament has been particularly sensitive to the need to reduce workers exposure to asbestos. The rapporteur mentioned it; we had the debate not so long ago on the dangers of asbestos. I fully share this determination. As I have already informed your Parliament, the Commission will present a communication setting out measures under existing and new instruments in view of addressing the risks from asbestos. Your report mentions the terrible figures. Asbestos claims around 88 000 lives annually in the European Union and is responsible for 45% of all lung cancers. This is not a fatality. We have the possibility to reduce rapidly, and massively, these casualties.

Therefore, we will also present a legislative proposal to lower the existing occupational exposure limit under the Asbestos at Work Directive. I agree with you that further action is also needed to protect workers from psychosocial risks. We strongly believe that the measures in this field must include tailor-made tools adjusted to specific national, local, socio-economic and cultural context. We are working on further actions in this area. For example, EU-OSHA 2023-2025 healthy workplaces campaign: safe and healthy work in the digital age, will, among others, address psychosocial and ergonomic risks.

I know that your Parliament is very sensitive also to the issue of mental health, and this is a real issue. We have seen it during the pandemic, but mental health has affected a lot of young people, but more and more, it affects also many workers, more and more workers to burnouts, to stress, and I have read in your report that 51% of workers say that stress is common in their workplace. So we have really to develop practices, approaches to limit this impact on mental health through the working conditions. We are also ensuring a proper follow-up of the Parliament's resolution on telework and the right to disconnect, in line with the Commission's commitment to respond to resolutions from the European Parliament based on Article 225.

The role of social partners is key in the realm, therefore, the Commission stands ready to support social partners in finding commonly agreed solutions to address these challenges and encourages social partners to follow up on their 2020 framework agreement on digitalisation. At the same time, the Commission is putting forward a number of actions to gather evidence and data on telework and the right to disconnect. By the way, next week, together with the Parliament, we are organising a conference on the right to disconnect. This includes also a study analysing the trends and regulatory and policy landscape of telework and the right to disconnect in Europe, in the context of digitalisation and the future of work.

As we move forward, we are drawing lessons from the COVID-19 pandemic and looking at ways to increase preparedness for future crises. The commission continues working on an in-depth assessment on the effects of the pandemic and the efficiency of our frameworks to develop emergency procedures and guidance in any potential future health crisis. Particular attention will also be paid to health workers who put their lives on the line for us.

Effective application and enforcement for the existing EU-OSHA legislation is paramount to properly protect workers in the EU and, at the same time, it contributes to the promotion of a level playing field in the Union. While the enforcement is mainly a national competence, the Senior Labour Inspectors' Committee promotes effective and proper application of the EU legislation across Member States. I have to say that labour inspection is key and has to benefit from sufficient resources. I agree that the ILO recommendation of one labour inspector per 10 000 workers should be respected everywhere. We also need strong social dialogue to guarantee that enforcement. Our strategic framework has a global ambition. The EU promotes decent work across all sectors and policies in third countries and in global supply chains. On 23 February, the Commission adopted a communication on decent work worldwide.

In the first half of 2023, the Commission, together with the Swedish Presidency, will organise a high level Occupational Safety and Health Summit, gathering the EU institutions, Member States, social partners, the EU-OSHA, and other relevant stakeholders. Your report represents an important contribution to the preparations of this summit. I know that Parliament gives its continued support and commitment to deliver on a healthy, safe and well-adapted work environment in Europe, and this Commission shares this commitment and will continue to work with you on its implementation.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Cindy Franssen, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter, collega's, vandaag stemmen we over ons verslag voor een nieuw strategisch kader voor gezondheid en veiligheid op het werk voor meer dan 170 miljoen werknemers in Europa. Ik wil vooreerst van de gelegenheid gebruikmaken om de rapporteur, collega Vind, en de schaduwrapporteurs te bedanken voor alweer een bijzonder goede samenwerking. Het zijn altijd dezelfde rapporteurs rond deze thema's en het is bijzonder aangenaam samenwerken met jullie – schouder aan schouder, over de partijgrenzen heen.

Dit strategisch kader bouwt niet alleen voort op het bestaande, maar zet ook in op nieuwe trends op de arbeidsmarkt, zoals het mentale welzijn, telewerk en platformwerk. Door de COVID-19-crisis begon meer dan 40 % van de werknemers te telewerken. Naast heel wat voordelen heeft dat ook geleid tot een toename van psychosociale en ergonomische klachten. Sinds corona is er ook een stijging van mentale problemen bij werknemers, zoals burn-out of depressie. Daarom pleiten we in ons verslag voor een richtlijn voor mentale gezondheid op het werk.

In 2022 zou niemand nog mogen sterven op de werkvloer, louter omdat hij zijn job uitoefent. In 2022 zou niemand nog mogen sterven op de werkvloer als gevolg van blootstelling aan asbest of kankerverwekkende stoffen, noch door een gebrek aan veiligheidsvoorzieningen op het werk. En toch sterven jaarlijks nog steeds 200 000 Europeanen aan beroepsziektes, waarvan de helft aan beroepskankers.

We hebben de voorbije jaren al heel wat stappen vooruitgezet met het aanpakken van de gevaarlijkste kankerverwekkende stoffen en met het asbestverslag. Maar om onze ambitieuze doelstelling ook daadwerkelijk waar te maken, zullen we nog een tandje moeten bijzetten. Daarom pleiten we in ons verslag ook voor een hogere risicopreventie, ambitieuze veiligheidsstandaarden, een betere Europese coördinatie van veiligheidsregels en extra arbeidsinspecties.

Collega's, ik roep jullie dan ook op om dit verslag massaal te steunen.

Estrella Durá Ferrandis, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señor comisario, asistimos hoy a una transformación de las relaciones laborales debido al impacto de factores como la digitalización.

Es evidente que la pandemia no ha hecho más que evidenciar e incrementar los riesgos de un fenómeno que llevaba ya tiempo gestándose de forma acelerada: el nacimiento de una nueva economía social, digital, de mercado que repercute directamente sobre las condiciones de trabajo y, por tanto, en la seguridad y salud de los trabajadores, incluida la salud mental.

El uso y la aplicación de nuevos sistemas avanzados de inteligencia artificial, como los algoritmos, han supuesto la precarización de las condiciones de trabajo, en parte, debido a la falta de regulación existente hasta la fecha. El aumento del control y la vigilancia de las horas trabajadas, la falta de interacción social y de separación entre la vida privada y profesional son solo algunos de los muchos aspectos que evidencian la presión ejercida sobre el trabajador y el riesgo que ello supone para la salud mental.

El nuevo marco europeo de salud y seguridad en el trabajo debe adaptarse a esta realidad y a los desafíos actuales, y ello también se traduce en la necesidad de establecer mecanismos legales vinculantes para la prevención de riesgos psicosociales y para regular el uso de la inteligencia artificial en los lugares de trabajo. También para ejercer el derecho a la desconexión y establecer unos requisitos mínimos para unas condiciones de teletrabajo justas e igualitarias.

Depresión, estrés, ansiedad, *burnout*, patologías bien conocidas por todos, como ha señalado el señor comisario, presentes cada día en nuestro entorno laboral como una nueva forma de pandemia y, sin embargo, no reconocidos como enfermedades ocupacionales.

Los y las socialistas tenemos el compromiso de asegurar que avanzamos hacia una modernidad justa y de bienestar social. Ello incluye proteger a los trabajadores de riesgos derivados de la hiperconectividad, la macrovigilancia, el control y la discriminación o decisiones digitales automatizadas. Innovación y progreso no fueron concebidos como sinónimos de explotación y precariedad laboral.

El informe que debatimos hoy aquí sobre un nuevo marco estratégico de salud y seguridad en el trabajo es clave para garantizar que todos los trabajadores y trabajadoras en Europa gocen de una necesaria protección y dignidad en el lugar de trabajo.

Lucia Ďuriš Nicholsonová, za skupinu Renew. – Pán predsedajúci, ochrana zdravia a bezpečnosti pri práci je obrovská téma hlavne v nadväznosti na obrovské výzvy, ktoré nás čakajú. To je zelená a digitálna transformácia. Ale aj preto, lebo sa týka obrovského počtu ľudí. To je 170 miliónov pracovníkov v rámci Európskej únie. A napriek tomu, že za posledných 25 rokov sme urobili pokrok, v roku 2018 bolo zaznamenaných na území Európskej únie viac ako 3300 smrteľných pracovných úrazov. A 3,1 milióna prípadov úrazov bez smrteľných následkov. A k tomu samozrejme treba prirátat každoročných zhruba dvestotisíc úmrtí na choroby z povolania. Toto sú obrovské čísla. Toto je obrovské ľudské utrpenie. Nehovoriac o pandémie Covid-19, tá, samozrejme, ukázala zraniteľnosť pracovníkov s nešťastnými zmluvami vrátane pracovníkov pracujúcich digitálne alebo prostredníctvom platforiem, alebo, ako už zmienil aj komisár Schmid, ľudí, ktorí sú samostatne zárobkovo činné osoby.

A preto zachovanie a zlepšovanie úrovne ochrany týchto pracovníkov je naozaj obrovská téma v kontexte zelenej a digitálnej transformácie. Ja vítam v strategickom rámci Komisie na obdobie 2021-27 zavedenie prístupu nulovej úmrtnosti v súvislosti s pracovnými úrazmi a s chorobami z povolania. Avšak myslím si, že ten strategický rámec mohol byť viac konkrétny a mohol byť viac zameraný na vykonávanie účinných opatrení, a tiež si myslím, že je veľmi dôležité, aby Komisia predložila konkrétne návrhy zodpovedajúce tým všetkým ambíciám a vypracovala plán na zníženie počtu pracovných úrazov a úmrtí pri práci. Zároveň si myslím, že je úplne esenciálne, aby sa členské štáty v budúcnosti viac zamerali na plnenie stratégií prevencie, a prevencia je drahá. Na to potrebujú peniaze, to znamená, tam bude treba uvoľňovať čoraz väčšie a väčšie finančné zdroje pre členské štáty. Páči sa mi, že Komisia zvýšila svoje ambície v oblasti boja proti rakovine. Tu chcem upozorniť, tak ako už aj kolegyňa predtým, aby smernica o ochrane pracovníkov pred rizikami z vystavenia účinkom karcinogénov a mutagénov bola priebežne a v ambicióznom časovom rámci neustále aktualizovaná, tak ako sme sa dohodli na našich ostatných dialógoch pri jej revízii, pretože potrebujeme nové limitné hodnoty pre minimálne 25 ďalších prioritných látok. Zároveň nové limity pre olovo, azbest a kobalt. Nemali by sme určite zabúdať v tomto kontexte ani na osoby so zdravotným postihnutím a na mladých pracovníkov. Preto členským štátom a zamestnávateľom musia byť jasne poskytnuté ambiciózne usmernenia.

Katrin Langensiepen, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, times are changing and new emerging challenges, such as digitalisation and climate change, are highly affecting the way we work. On top of this, the pandemic, as not only a general health crisis but also an occupational health issue, has shed light on old and new challenges. Some economic sectors have been major vectors for the spread of COVID-19.

It's unacceptable that workers remain exposed to risks that put their health and even their lives in danger. Prevention to secure safety and health at work is key. That is why I support the 'vision zero' approach to work-related accidents and diseases presented by the Commission last year. Unfortunately, the Commission failed to propose appropriate measures and, as a result, its proposal lacks ambition.

This report, however, is ambitious, which is why our group is happy to support it. The report calls for legislation that is more stringent towards the so-called 'old risks', such as exposure to hazardous substances like asbestos, for instance. The report also identifies fields in which we urgently need new legislation to address the growing cases of stress, burnout and other problems. Therefore, we call on the Commission to legislate on telework, the right to disconnect and psychosocial risks, and to produce clear guidelines for Member States and employers on the protection of persons with disabilities at work.

Finally, yet importantly, we call on the Commission to look into the potential risks due to climate change in occupational settings. Only when doing so, can we adapt our labour markets to the needs of these challenging times.

Guido Reil, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über die EU-Strategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz.

2018 starben 3300 Menschen bei tödlichen Arbeitsunfällen, und 200 000 sind an arbeitsbedingten Erkrankungen gestorben. Das ist natürlich viel zu viel. Dieses Thema liegt mir persönlich sehr am Herzen, denn als Steiger auf dem letzten deutschen Steinkohlenbergwerk war ich viele Jahre lang für die Arbeitssicherheit verantwortlich. Und wir haben das da gut hinbekommen. Obwohl Bergbau gefährlich ist, hatten wir eine der niedrigsten Unfallquoten in der deutschen Industrie.

Wie haben wir das geschafft? Wir haben viel investiert. Arbeitssicherheit kostet Geld, viel Geld, und das hat dazu geführt, dass die deutsche Kohle teurer ist und gewesen ist als Kohle aus Russland, China oder Kolumbien.

Und ich schweife jetzt mal kurz ab, weil es gerade tagesaktuell ist. Aber der deutsche Steinkohlenbergbau hat nicht nur sichere Arbeitsplätze geboten, sondern auch Energiesicherheit für unser Land. Denn die deutsche Kohle ist die einzige heimische Energie. Und sie hat auch die deutsche Steinkohlereserve sichergestellt. Das Ganze ist jetzt gerade mal vier Jahre her, und auf einmal können sich deutsche Politiker doch wieder vorstellen, dass diese deutsche Steinkohlereserve doch eine gute Sache ist. So schnelllebig ist manchmal die Zeit und Politik.

Aber zurück zum eigentlichen Thema: Was schlägt die Kommission jetzt vor, um für mehr Sicherheit am Arbeitsplatz zu sorgen? COVID-19 soll in die Liste der Berufserkrankungen aufgenommen werden. Das erschließt sich mir jetzt überhaupt nicht.

Ja, und dem Endgegner müssen wir uns natürlich auch bei der Arbeitssicherheit stellen: dem Klimawandel. Der Klimawandel bedroht uns jetzt also auch noch am Arbeitsplatz. Also warme Arbeitsplätze gibt es eigentlich schon immer: Überall, wo Maschinen laufen, ist es warm, in Küchen ist es warm. Damit ist man bis jetzt klargekommen. Aber der Hauptgrund soll jetzt sein, dass der Klimawandel besonders schlimm für Hauterkrankungen ist. Hautkrebs ist das große Thema.

Hautkrebs – erzählen Sie das mal einem deutschen Bauarbeiter, der lacht sich kaputt! Die arbeiten gerne mit freiem Oberkörper. Und nun ist es auch so, dass Menschen, wenn es zu warm wird und es Hautprobleme gibt, sich in der Regel etwas anziehen. Deswegen arbeitet in der Wüste auch niemand nackt! Und mir fällt jetzt auch kein Arbeitsplatz in Europa ein, wo nackt gearbeitet wird. In der Regel haben die alle was an.

So! Das sollte jetzt mal lustig sein. Aber jetzt mal wieder zu den ernsten Themen: Die aktuellen Studien aus den USA sagen, dass die gestiegene Zahl der Hautkrebserkrankungen überhaupt nichts mit der richtigen Sonne zu tun hat, sondern mit der künstlichen, mit der falschen Sonne aus Birnen oder Strahlern. Mir fällt zu der ganzen Sache wirklich nichts mehr ein, als dass wir hier ständig über Schwachsinn reden.

Interessant ist vielleicht: Wer weiß denn, was so ziemlich der sicherste Arbeitsplatz der Welt ist? Hat irgendwer eine Ahnung? Ein Atomkraftwerk! Atomkraftwerke sind so ziemlich die sichersten Arbeitsplätze der Welt.

Ja, ein unsicherer Arbeitsplatz, glaube ich, ist dieses Parlament. Anscheinend ein sehr unsicherer Arbeitsplatz, denn das war das einzige Parlament der Welt, das in der COVID-19-Krise nach Hause geschickt wurde. Wir sind ja geflohen, wir waren hier weg. Hier geht es offensichtlich besonders gefährlich zu.

Und dann reden wir von einer ständigen Steigerung der psychischen Erkrankungen. Diese Gefahr sehe ich in diesem Parlament und in der Kommission leider auch. Und das hat viel damit zu tun, dass Leute, die nicht so besonders qualifiziert sind, unglaublich viel bekommen hier – nicht unbedingt verdienen, sondern bekommen – und sich jahrelang in ihrer eigenen *bubble* aufhalten und sich überhaupt nicht mehr mit Menschen, die mit ehrlicher Arbeit ihr Geld verdienen, auseinandersetzen. Und das sollte man mal ändern. Auch die Leute hier, die Parlamentarier, sollten mal wieder ein bisschen anständig arbeiten gehen.

Elżbieta Rafalska, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Pracownicy mają prawo do wysokiego poziomu ochrony zdrowia i bezpieczeństwa w miejscu pracy, zgodnie z zasadą dziesiątą Europejskiego filaru praw socjalnych. Unijne prawodawstwo dotyczące BHP odgrywa zasadniczą rolę we wdrażaniu tej zasady i w ochronie prawie 170 milionów pracowników w Unii Europejskiej.

Przegląd strategii na lata 2021-2027 jest wyjątkową okazją do ustanowienia priorytetów i działań na nadchodzące lata, nie tylko dla Unii Europejskiej po pandemii, ale również w świetle zmian na rynku pracy związanych z transformacją cyfrową, transformacją ekologiczną. Pandemia pokazała, że europejskie przepisy w świetle tak szybko zachodzących zmian nie są dość aktualne – była tu o tym też mowa. Nowa rzeczywistość ery cyfrowej wymaga nowego poziomu ochrony, m.in. przed brakiem równowagi. Telepraca, której wielu z nas doświadczyło po raz pierwszy, to nie tylko większa elastyczność, ale także zacieranie granicy między życiem prywatnym a życiem zawodowym.

Grupa ECR zgadza się zasadniczo ze wzmacnianiem polityki w ramach strategii BHP, jako że jest to kluczem do poprawy zdrowia i jakości życia unijnych pracowników. Popieramy wiele elementów tekstu sprawozdawczynie, takich jak pojęcie „wizja zero” dla wypadków, dla chorób zawodowych, aktualizacja dyrektywy o substancjach rakotwórczych, mutagennych, idea walki z azbestem czy wezwania do zwalczania schorzeń mięśniowo-szkieletowych. Zakres jest jednak tak szeroki, że w ostatecznym tekście znalazło się wiele elementów, inicjatyw, których moja grupa, ECR, nie może zaakceptować.

Nikolaj Villumsen, for The Left-Gruppen. – Fru formand! Ingen skal blive syge af at gå på arbejde. Men det sker desværre alt for ofte. Rengøringsassistenter, industriarbejdere, malere og sygeplejesker møder ofte farlige kemikalier, der kan gøre dem syge eller skade deres muligheder for at få børn. Bygningsarbejdere risikerer at miste livet, når de klimarenoverer vores huse, fordi de støder på den livsfarlige asbest. Alt for mange rammes af arbejdsrelateret stress, fordi der ikke er en ordentlig balance mellem arbejde og fritid. Folk bryder sammen. Folk bliver syge. Folk dør – ene og alene fordi de passer deres job. Det er en krise. En arbejdsmiljøkrise. Og der er akut behov for handling.

Det handler om millioner og atter millioner af lønmodtagere i EU. Om deres familier og om vores samfund, hvor et snævert fokus på virksomhedernes bundlinje alt for ofte sættes over hensynet til medarbejdernes sundhed. Vi har brug for bedre beskyttelse af vores fysiske og psykiske arbejdsmiljø. Det kræver bedre regulering. Det kræver en styrkelse af Arbejdstilsynet i medlemslandene, og det kræver en kulturændring, hvor vi tager de hårdtarbejdende menneskers ve og vel alvorligt i stedet for at tage dem for givet. Kære kolleger. Med dagens vedtagelse sender vi et klart signal. Et signal om at vi forventer handling. Og kære kommissær. Millioner af lønmodtagere kigger på dig. Hver dag gør de deres job med fare for at blive syge eller miste livet. Nu er det tid til, at EU gør sit job og leverer en bedre beskyttelse af vores fysiske og psykiske arbejdsmiljø. Det sker ikke af sig selv, for så var det sket for længe siden. Vi har en samlet europæisk fagbevægelse, der kræver handling. Vi har bekymrede borgere, der kræver handling. Og når denne betænkning er vedtaget, har vi et samlet EU-Parlament, der kræver handling. Kære kommissær. Nu er det tid til at levere!

Ádám Kósa (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Hatékony megelőzés nélkül nem lehet eredményesen csökkenteni, netán nullára csökkenteni a munkahelyi balesetek, betegségek és halálesetek számát. A munkavállalókat védeni kell a rákkeltő anyagoktól, vagy a mérgekkel való érintkezéstől. Ugyanakkor a megbetegedést sok minden más is okozhatja. A hosszú ideig tartó állás, ülés, a nehéz tárgyak emelése vagy a folyamatos rezgés.

Itt az ideje, hogy komolyan vegyük a stressz, a szorongás, a depresszió és a kiégés problémáját, valamint a szabadidő kárára történő munkavégzésnek a negatív hatását is. Sokrétű problémáról beszélhetünk tehát, a megelőzésben fontos szerepet játszhatnak a munkahelyek, az egészséges életmód népszerűsítésével, a sportolás és a fizikai tevékenységek ösztönzésével.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

13. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse: siehe Protokoll

Der Präsident. – Ich komme nun zur Bekanntgabe der Ergebnisse der ersten Abstimmungsrunde.

(Der Präsident verliest die Ergebnisse der ersten Abstimmungsrunde.)

14. Ein neuer strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz für die Zeit nach 2020 (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über den Bericht von Marianne Vind (A9-0023/2022) fort.

Miriam Lexmann (PPE). – Pán predsedajúci, pán komisár, v prvom rade by som chcela vyzdvihnúť význam nového strategického rámca pre ochranu zdravia a bezpečnosti pri práci. Tento rámec predstavuje dôležitý míľnik ochrany pracovníkov, ktorý je vzhľadom na veľké zmeny na trhu práce v dôsledku digitalizácie, demografických zmien, ale aj v dôsledku pandémie viac ako potrebný. Čeliac novým podmienkam totiž musíme nastaviť aj nové stratégie na ochranu pracovníkov pred nepriaznivými vplyvmi na ich fyzické či psychické zdravie. Na pracovnom trhu nám pribúdajú nové výzvy v podobe potreby prispôbenia trhu práce pre starších pracovníkov či ľudí, ktorí prekonali závažné ochorenia a po dlhšej neprítomnosti sa chcú opäťovne zaradiť do zamestnania. Práve pre týchto pracovníkov potrebujeme vyvinúť účinné stratégie, ktoré zahŕňajú napríklad aj adaptáciu pracovného miesta či flexibilnú organizáciu práce. Samotná digitalizácia, ale i súčasná pandémia presunuli množstvo práce do online prostredia, čo však pre mnohých znamenalo pracovať z domu v často nevyhovujúcich podmienkach a prácu kombinovať so starostlivosťou o deti či príbuzných. Toto sa, žiaľ, podpísalo na zvýšenej miere stresu a psychických problémov. Vieme veľmi dobre, že stres a psychická nepohoda prispievajú aj k vzniku rôznych závažných ochorení vrátane autoimunitných chorôb, reumatických, zápalových, ale i onkologických ochorení. Toto všetko musíme reflektovať.

Podporujeme preto prevenciu a zdravý životný štýl. Chránime pracovníkov pred negatívnymi vplyvmi pracovného miesta, ale aj pred stresom a nedostatkom rovnováhy medzi pracovným a rodinným životom. Na druhej strane je potrebné tiež myslieť aj na tých zraniteľných a znevýhodnených pracovníkov, ako aj na ľudí so zdravotným postihnutím, ktorí sa chcú plnohodnotne na pracovný trh zaradiť. Vážení kolegovia, musíme urobiť všetko pre to, aby každý mohol naplno využiť svoj potenciál. Týmto chcem spomenúť aj státisíce hlavne žien, ktoré u nás hľadajú útočisko pred vojnou na Ukrajine. Keď využijeme naplno náš potenciál, urobí nás to silnejších v tejto dobe, keď sa láme história.

Milan Brglez (S&D). – Predsedujúci hvala za besedo, spoštovaní komisari, kolegice in kolegi!

Zahvaljujem se kolegici Vind in vsem vključenim za odlično pripravljeno poročilo. Evropski parlament ostaja zagovornik vseh delavcev in delavk in vztraja pri viziji nič delovnih nezdod in nič z delom povezanih bolezni.

Namreč, pandemija nam je dokazala, kako pomembni so ključni poklici, hkrati pa so premalo cenjeni, premalo plačani in potekajo v slabih delovnih pogojih. To je zlasti realnost zaposlenih v zdravstveni oskrbi, ki ne morejo delati od doma.

Samo na področju dolgotrajne oskrbe je 6,3 milijone takšnih, od katerih je 81 % žensk, katerih delo je podplačano, nepredvidljivo, izmensko in poteka ob neustreznih normativih. Velike številke obolelih zaposlenih oskrbovalcev prikazujejo nesorazmerno izpostavljenost okužbam, nevarnemu delovnemu okolju in snovem.

Skrb za druge in pomoč sočloveku je naporna tako psihološko kot fizično, ni pa tudi tabu, da se pogosto stiske oskrbovancev prenašajo na oskrbovalce. Poklic sam je lep in izpolnjujoč, kar dokazuje ankete, toda neustrezni delovni pogoji so ključen razlog za velike in nagle odhode iz sektorja, zmanjšanje kakovosti javnih storitev in povečanje potrebe po neformalni oskrbi.

Kot poročevalec za področje oskrbe na Odboru za zaposlovanje in socialne zadeve bom Komisijo ob pripravi Evropske strategije za oskrbo pozval k ambicioznemu okviru rešitev za izboljšanje plačil in delovnih pogojev v tem sektorju, s posebnim ozirom na vidik spola. Kar bi skupaj z investicijami, na tem področju, v javne storitve oskrbe pomenilo prvi in minimalni korak k Evropi, ki bo vsem generacijam zagotavljala dostopno, celostno in kakovostno oskrbo, kadar koli jo potrebujejo.

Атидже Алиева-Вели (Renew). – Г-н Председател, г-н Комисар, колеги, осигуряването на благоприятна работна среда и условия за опазване на здравето на всички работници продължава да е предизвикателство в Съюза. Недопустимо е все още над 200 000 работници да умират от професионални заболявания всяка година.

Нужно е да защитим работниците от излагане на вредни вещества, стрес по време на работа и наранявания. Повече от всякога внимание заслужават и проблемите, свързани с менталното здраве, които пандемията задълбочи.

Влиянието на новите технологии като изкуствения интелект, машини и инструменти от ново поколение, влиянието на нови химични вещества и продукти, следва да бъдат отчетени по отношение на осигуряването на здравословни и безопасни условия на труд. Днес все повече работници се насочват към работа през платформа или други нетипични форми на заетост. Тези работници също трябва да имат ефективна защита.

Категорично подкрепям подхода за „нула жертви“ от трудови злоупотреби и заболявания. Държавите членки трябва да разработят стратегии за адаптиране на работните места към нуждите на застаряващата работна сила, на хората с хронични заболявания и на тези с увреждания. Насърчаването на образованието, обучението и ученето през целия живот за всички хора от всички възрасти, както и мерки за постигане на по-добър баланс между професионалния и личния живот, трябва да са част от тези стратегии, заедно с насърчаване на обмена между поколенията на работното място.

Силено вярвам, че този доклад е една добра основа и дава солидна основа за подобряване на действията за опазване и спасяване на човешки животи чрез подобряване на цялостното състояние на здравето.

Nicolaus Fest (ID). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Der Schutz von Arbeitnehmern am Arbeitsplatz ist wirklich ein wichtiges Thema. Deshalb hätten Sie auch Besseres verdient als diesen neuen sogenannten Rahmen, der durchtränkt ist von Ideologie und – man muss es leider so deutlich sagen – Schwachsinn.

Drei Beispiele: Erstens soll der Klimawandel nun also schuld an einer erhöhten Zahl von Hautkrebserkrankungen sein. Das soll besonders für Bauarbeiter gelten. Wenn man nach Südostasien fährt, sieht man dort auch Bauarbeiter bei der größten Hitze voll verklebt mit Hüten und Wollschals arbeiten. In Deutschland lieben es die Bauarbeiter lieber ein bisschen freizügiger. Das hat wahrscheinlich mit dem Schönheitsideal zu tun. In Südostasien ist eine weiße Haut das Schönheitsideal, hier ist das wahrscheinlich anders. Aber ganz ernsthaft: Soll sich das Europäische Parlament jetzt damit befassen, ob Bauarbeiter oberkörperfrei sind oder nicht? Also, Leute, wenn man da eingreift, sind wir wirklich beim Abmarsch in den Nanny-Staat.

Noch mehr Ideologie: COVID-19 soll jetzt angeblich auch eine Berufskrankheit sein. Das verwundert ja auf den ersten Blick, denn COVID-19 betraf bekannterweise nicht nur Arbeitnehmer, sondern eben auch vor allem ältere Leute, aber quer durch alle Bevölkerungsschichten. Man muss den Bericht genau lesen, um überhaupt diesen Gedankengang zu verstehen. Warum soll COVID-19 jetzt eine Berufskrankheit sein? Weil viele Leute zu Hause arbeiten mussten und sich deshalb angeblich weniger bewegt haben. Und das hätte nun Einfluss auf die Muskulatur und den Bewegungsapparat.

Das ist aber natürlich ein geradezu aberwitziger Zirkelschluss, denn nicht COVID-19 hat hier zu irgendeiner Berufskrankheit geführt, sondern der Lockdown. Das will man aber nicht sagen, weil natürlich auch das Europäische Parlament und auch die EU-Kommission solche Lockdowns für ihre Arbeitnehmer verfügt haben. Und man will ja nicht zugeben, dass man hier möglicherweise selber zu Berufskrankheiten beigetragen hat.

Ob es tatsächlich Berufskrankheiten in diesem Sinne gibt, ist außerdem außerordentlich fraglich. Wer sich die Umsatzsteigerung von Online-Fitnesskursen und vor allem von Geräteherstellern anguckt, könnte eher auf den Gedanken kommen, dass es nie einen größeren Boom in dieser Sparte gab und die Leute sich mehr bewegt haben als je zuvor.

Dritte ideologische Überfrachtung dieses Rahmens ist natürlich der Verweis – der niemals fehlen darf – auf angebliche sexuelle Gewalt. Argumentation ist hier: Weil so viele Leute zu Hause waren, wurden auch die Fahrerinnen von Lieferdiensten häufiger sexuell belästigt. Das ist ja klar: Die Fahrerinnen von Uber Eats, von Amazon Fresh oder von DHL haben bekanntlich, wenn sie vorbeikommen, immer wahnsinnig viel Zeit und sind wahrscheinlich gerade deshalb die perfekten Opfer für sexuelle Gewalt. Wenn also jemand kurz ein Paket abgibt und dann sofort wieder abzischt – da kann ich mir ehrlich gesagt nicht vorstellen, wie es da zu Anzüglichkeiten kommen sollte. Aber vielleicht gibt es auch dazu irgendwann mal eine Studie.

Kurzum: Arbeitsschutz ist ein außerordentlich wichtiges Thema, und gerade deshalb hätten die europäischen Arbeitnehmer etwas Besseres verdient als diese Studie, die vor Ideologie und Dummheit nur so stotzt.

Beata Mazurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Każdy pracownik ma prawo do wysokiego poziomu ochrony zdrowia i bezpiecznego miejsca pracy. Ta podstawowa zasada to filar europejskich praw socjalnych, których sprawne egzekwowanie ma zapewnić bezpieczne i sprawiedliwe warunki pracy dla blisko 170 milionów pracowników w Unii Europejskiej. Musimy pamiętać, że rynek pracy po 2020 roku zmienił się diametralnie. Pandemia Covid-19 spowodowała pojawienie się nowych możliwości zarówno dla pracowników, jak i pracodawców. Wraz z nowymi korzyściami pojawia się odpowiedzialność za zabezpieczenie i aktualizację przepisów w zakresie bezpieczeństwa i higieny pracy, tak aby odpowiadały one nowym realiom ery cyfrowej. Dodatkowo nie zapominajmy o pracownikach pracujących fizycznie, szczególnie tych sezonowych pracujących poza granicami swojego kraju. U takich pracowników warunki bezpieczeństwa i higieny pracy w miejscu pracy są często karygodne. To dotyczy w szczególności pracowników z Europy Środkowo-Wschodniej.

To sprawozdanie to kolejny krok do poprawy bezpieczeństwa i higieny pracy na wspólnym europejskim rynku – rynku, który zmienia się tak szybko, jak szybko zmienia się sytuacja międzynarodowa. Wojna na Ukrainie spowodowała exodus milionów uchodźców wojennych do państw członkowskich, z dnia na dzień jest ich coraz więcej. Ci ludzie będą niebawem częścią naszego rynku pracy. Tworząc przepisy musimy o tym pamiętać i pamiętać także o tym, że na pierwszym miejscu zawsze powinien być człowiek.

Leila Chaïbi (The Left). – Monsieur le Président, hier, en Bretagne, un ouvrier agricole de 43 ans s'est fait happer par un engin qui servait à semer de l'herbe. Il est mort. Avant-hier dans l'Yonne, dans une entreprise qui fabrique des canapés et des fauteuils, un ouvrier de 50 ans qui avait pris son poste à 5 heures du matin s'est retrouvé écrasé par une machine. En France, plus de 800 personnes meurent chaque année au travail. C'est le chiffre le plus haut de l'Union européenne.

Emmanuel Macron, qui est, comme vous le savez, l'homme qui préside le Conseil de l'Union européenne en ce moment, a dit un jour: «La vie d'un entrepreneur est bien souvent plus dure que celle d'un salarié. Il ne faut jamais l'oublier parce qu'il peut tout perdre, lui, l'entrepreneur». Comment peut-il oser? Ce sont bien les ouvriers qui risquent leur vie chaque jour au travail. Deux tiers des morts au travail sont ouvriers et on ne réglera pas le problème en mettant un compteur d'accidents à l'entrée des usines, un peu comme dans le générique des Simpson ou à l'entrée des entrepôts Amazon. Comme si les accidents du travail n'étaient qu'une question de motivation, la faute aux ouvriers.

Ce n'est pas parce que les travailleurs sont étourdis, ce n'est pas parce qu'ils sont maladroits qu'il y a des accidents et des morts au travail – faut-il le répéter? Et ce n'est pas non plus une fatalité. Tout cela est le résultat de choix politiques qui encouragent une course aux profits où le capital humain est vu comme un coût, comme une charge. La productivité avant tout, et pour la sécurité, on verra plus tard.

La réponse est politique. Il faut stopper cette course aux profits, améliorer les conditions de travail. Il faut de façon très concrète redonner des moyens aux inspections du travail en doublant les effectifs des inspecteurs qui s'assurent que droit et sécurité sont respectés. Et il faut non seulement rétablir les comités d'hygiène, de sécurité et des conditions de travail, ou CHSCT, que Macron, avec sa casquette de président de la République française, avait supprimé à peine élu, mais il faut aussi augmenter leurs moyens.

Travailler tue, et c'est inadmissible.

Daniela Rondinelli (NI). – Signor Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, con la relazione che ci apprestiamo a votare, il Parlamento europeo stabilisce, tra l'altro, il principio della «tolleranza zero» per le morti sul lavoro. Una mattanza che solo nel mio paese, l'Italia, vede la morte di quattro lavoratori in media al giorno.

Come Movimento 5 Stelle accogliamo con favore questa relazione; grazie ai nostri emendamenti, tutti approvati, sono stati stabiliti dei principi fondamentali, come l'approccio europeo unico e coordinato, che è indispensabile per tutelare la salute, ma anche come stroncare le forme più scandalose di *dumping* compiute sulla pelle dei lavoratori.

La strategia europea «zero morti sul lavoro» non potrà limitarsi a una mera dichiarazione d'intenti, ma dovrà prevedere finanziamenti adeguati, obiettivi e indicatori chiari e monitorabili e meccanismi vincolanti per garantire la salute e la sicurezza di tutti i lavoratori.

È assurdo che, nel momento in cui l'Unione europea monitora le performance economiche e sociali degli Stati membri nel quadro del semestre europeo, non tenga conto di indicatori chiave come gli infortuni e i decessi sul lavoro, nell'ottica di una loro progressiva riduzione.

Allora la salute e la sicurezza non possono più essere considerati un *optional*, ma un diritto inalienabile di ogni lavoratore, nonché il caposaldo di una società giusta e civile.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Pane předsedající, vážený pane komisaři, vážené dámy, vážení pánové, svět se výrazně změnil. Žijeme daleko rychleji, daleko rychleji i často pracujeme, někdy na hraně našich možností. Ochrana před zdravotními a bezpečnostními riziky a zajištění důstojných pracovních podmínek pro 170 milionů pracovníků Unie jsou proto velmi nezbytné. Politika musí reflektovat také realitu nového digitálního věku. Jsou nové podmínky. Začal se teď třeba v době COVID-19 více využívat *home office* a měli bychom reflektovat i to, že pracovníci třeba ve službách nebo v určitých profesích, kde pracují na počítačích ve svých domovech, by měli mít právo odpojit se. Stres, úzkosti, deprese nebo vyhoření se často stávají našimi nedobrovolnými kolegy a vidíme to i tady na zaměstnancích v Evropském parlamentu nebo u vás, pane komisaři, v Evropské komisi.

Ať už se jedná o kancelářskou nebo manuální práci, je naprosto klíčové zajistit standardní a vyhovující podmínky. Jsem proto rád, že zpráva vyzývá k revizi evropského seznamu nemocí z povolání a zohledňuje i poruchy duševního zdraví. Musíme zohlednit např. i inovativní způsoby jejich léčby. A závěrem mi dovoluji jednu věc. Klíčem k úspěchu je náležitě prosazování a uplatňování, proto vyzývám Evropskou komisi, aby nepřivírala oči při porušování podmínek pro zaměstnance a aby se snažila aktivně tyto podmínky změnit.

Elisabetta Gualmini (S&D). – Mr President, if truth be told, we should not die from work. We should not get sick from work. We should not risk burnout because of work. The revision of the European strategy on health and safety at work after the pandemic is totally necessary.

In Italy, in 2021, one hundred people died at work each month; 10% of these were women. Even two young people, Giuseppe and Lorenzo, aged 16 and 18, recently died during their internship. Non-fatal accidents are also increasing, and risks and serious illnesses, stress, psychological disorders and cancer are growing and growing. The COVID pandemic has worsened the phenomenon. In a labour market which is changing a lot, old jobs are disappearing and new jobs, often precarious, unpaid, discontinuous, are spreading.

We have advanced the legislation in Europe on health and safety. Now we have to connect the dots with the transformation of the labour market after the pandemic, not to mention the consequences of this cynical and criminal Russian aggression of Ukraine, with refugees who will have to work in European countries in decent and regular conditions.

Platform workers, writers, remote workers. No big deal. But are we sure that smart working is really smart when you have to balance kids and work? The right to disconnect has to be part and parcel of remote working.

We are now voting for a 'vision zero' approach for no more work-related deaths by 2030. This is a huge goal. But, at the end of the day, we have to transform work into what it has to be: good and rewarding. Because work gives you dignity. It gives you perspective. It gives you confidence, self-esteem, and it gives you imagination. This is what we are going to fight for forever, we as socialists and democrats, for decent and healthy work everywhere and for everyone.

Eugenia Rodríguez Palop (The Left). – Señor presidente, en cualquier revisión del marco jurídico de seguridad y salud en el trabajo, hay que tener en cuenta que las trabajadoras son las grandes excluidas. Por eso, quiero plantear dos propuestas muy simples.

En primer lugar, hay que dar una respuesta firme al acoso laboral, un fenómeno que, lejos de resultar circunstancial, ilustra un problema estructural de nuestros centros de trabajo, alimentado por la tolerancia, el desequilibrio en las relaciones de poder, la ausencia de espacios seguros y, sobre todo, la falta de políticas de prevención y paridad de género. Es hora de superar el bloqueo a la ratificación del Convenio 190 de la OIT.

En segundo lugar, sobre el teletrabajo, que, lejos de contribuir a la conciliación, ha añadido nuevas cargas en la espalda de las mujeres, agravando los estereotipos de género, empeorando sus dobles y triples jornadas y dificultando su desarrollo profesional y salarial.

Así que es muy importante, en línea con las medidas adoptadas en países como España, que tengamos una directiva que establezca estándares mínimos para el teletrabajo y que contemple también los desafíos específicos que afrontan las mujeres.

Antonius Manders (PPE). – Voorzitter, commissaris, het is bizar dat wij het hebben over veiligheid op de werkvloer, terwijl in een buurland niets meer veilig is en burgers worden gebombardeerd. Maar wij praten nu over de toekomst en de toekomst moet goed zijn voor werknemers.

Het is goed dat er een nieuw kader komt voor gezondheid en veiligheid op de werkvloer. Kanker zorgt nog steeds voor de meeste werkgerelateerde doden. Gevaarlijke stoffen moeten we dus proberen uit te bannen.

Digitalisering is natuurlijk erg efficiënt, maar zorgt vooral bij oudere werknemers ook vaak voor stress. Het is belangrijk dat oudere werknemers de tijd krijgen om zich aan te passen aan die nieuwe technieken. Daar zullen werkgevers voor moeten zorgen.

Stress zorgt voor heel veel mentale problemen. Daarom zou het goed zijn als er een evenwicht komt tussen de werksituatie en de thuissituatie, want heel vaak zie je dat met name oudere werknemers naast hun werk, thuis ook nog een mantelzorgfunctie hebben. Het zou goed zijn als werkgevers daar vaker rekening mee houden. In België hebben we al het recht om te ontkoppelen en er wordt hier ook over gesproken. Het zou wellicht een idee zijn om dat op Europees niveau in te voeren.

Rotatie kan ook een probleem zijn. In dit Parlement, bijvoorbeeld, moeten ambtenaren elke vijf jaar roteren. Dat is eigenlijk discriminerend, vooral voor oudere werknemers, want als je eenmaal je ritme en kennis hebt, moet je naar een nieuwe werkplek. En dan moet je eigenlijk weer als junior beginnen in een nieuwe afdeling. Dat zorgt vaak voor mentale stress.

Wij pleiten voor preventie op de werkvloer en voor een gezonde werkvloer. Wij pleiten ervoor dat werkgevers meer gaan investeren in preventieve gezondheidszorg, want dat is een investering in toekomstige besparingen. We hebben die werknemers immers nodig, nu en in de toekomst.

Ilan De Basso (S&D). – Herr talman! Jag vill börja med att tacka min danska kollega Marianne Vind för ett utmärkt arbete. De åtgärder som presenteras i betänkandet är viktiga för att skydda arbetstagarna i Europa och för att skapa ett hållbart arbetsliv. Det är därför viktigt att vi nu höjer ambitionerna på arbetsmiljöområdet. Arbetsmiljölagstiftningen och arbetsmiljöstrategin måste utgå från den verklighet som råder i dag, också från en dialog tillsammans med arbetsmarknadens parter, för det är trots allt de som står löntagarna närmast.

Att ha ett arbete att gå till är viktigt, men människor ska också komma hem från en trygg arbetsplats. Vi ska utgå från perspektivet av ett hållbart yrkesliv. Det är bra för löntagarna, och också för den europeiska arbetsmarknaden. För alltför många präglas det i stället av otrygghet och risker. Ett starkare skydd krävs för hälso- och säkerhetsrisker, eftersom ingen ska riskera att drabbas av olyckor eller bli långtidssjuk. Verkligheten är också den att folk dör genom att gå till arbetet, när de ska försörja sin familj, för att sätta mat på bordet, för att skapa en bättre framtid för sig själva och sina barn. En nollvision behövs för att aktivt förebygga arbetsrelaterade olyckor och sjukdomar.

Cancer orsakar 52 procent av alla arbetsrelaterade dödsfall i EU. Det är skrämmande siffror. Asbest har varit förbjudet sedan 2005. Trots det exponeras vi dagligen i våra skolor, på arbetsplatser, i våra hem. En europeisk strategi för sanering av all asbest kommer att rädda liv. Vi har en lång väg att vandra, men betänkandet ökar också tempot för att nå dit. Tillsammans ska vi säkra ett hållbart arbetsliv för alla löntagare i Europa. Tillsammans ser vi till att ingen dör på jobbet.

Sandra Pereira (The Left). – Senhor Presidente, os acidentes de trabalho, as doenças profissionais, as questões de segurança e saúde no trabalho não são indissociáveis das condições de trabalho existentes, da precariedade, dos ritmos de trabalho impostos, ou da desregulação dos horários de trabalho. O direito à segurança, higiene e saúde no trabalho é um direito social dos trabalhadores que obriga ao respeito pelo direito à integridade física, à prevenção dos acidentes, das doenças profissionais, das doenças relacionadas com o trabalho e à promoção da saúde no local de trabalho.

Em Portugal, esse direito é um direito constitucional, cabendo às entidades patronais a tomada de medidas que garantam esse direito, e cabendo ao Estado, através das inspeções do trabalho, a efetiva fiscalização do seu cumprimento e a respetiva ação punitiva em caso de incumprimento.

Muito ainda está por fazer para reduzir drasticamente os acidentes de trabalho, nomeadamente aqueles que são mortais. Simultaneamente, é fundamental que se aumente a proteção social e as medidas efetivas de acompanhamento no regresso ao trabalho dos trabalhadores sinistrados. Algumas doenças profissionais que, apesar de não estarem classificadas como tal, na realidade são-no verdadeiramente.

Doenças como algumas do foro psíquico não dão origem a baixa por doença e isto é uma tremenda injustiça já que os trabalhadores, vítimas das péssimas condições de trabalho, de brutais ritmos que lhes são impostos, de discriminações no trabalho, de terrorismo psicológico, são depois classificados como absentistas.

No século XXI, o direito à segurança, higiene e saúde no trabalho não pode ser uma miragem.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Szanowni Państwo! Obywatele Unii Europejskiej w swoich miejscach pracy powinni czuć się bezpiecznie. Niestety w dalszym ciągu w naszych zakładach pracy dochodzi do wielu wypadków. W 2018 roku było ich aż ponad trzy miliony. Dlatego tak ważne jest, aby poprawić funkcjonowanie unijnych ram regulacyjnych w zakresie BHP i w jeszcze większym stopniu postawić na prewencję. Ważną rolę w tym procesie odgrywają inspekcje, ale też szkolenia. Musimy mieć pewność, że wszyscy pracownicy będą mieli do nich dostęp i że znajdą się na nie środki.

Wielu obywateli Unii niestety cierpi także na choroby zawodowe. Do najpoważniejszych z nich należą nowotwory, które odpowiadają za ponad 50 proc. wszystkich zgonów związanych z pracą w Unii Europejskiej. W tym zakresie również potrzebujemy zdecydowanych działań. Powinniśmy zwiększyć ambicje europejskiego planu walki z rakiem i skuteczniej zapobiegać chorobom zawodowym. Potrzebujemy jasnego planu działania w tym zakresie. Bardzo ważne jest ustanowienie i regularne aktualizowanie dopuszczalnych wartości narażenia zawodowego dla szkodliwych substancji.

Nie można też zapominać o szkodliwym działaniu azbestu. Pracowaliśmy już zresztą w Parlamencie nad zaleceniami dla Komisji w tej sprawie. Przede wszystkim konieczne jest utworzenie strategii rejestrowania, usuwania, a także właściwego przetwarzania i unieszkodliwiania azbestu. Musimy mobilizować fundusze na ten cel na poziomie Unii i państw członkowskich. Należy też zadbać o bezpieczeństwo pracowników usuwających azbest.

Wreszcie, mówiąc dzisiaj o BHP, nie możemy nie wspomnieć o aktualnych trendach i zmianach na rynku pracy. W wyniku pandemii wielu Europejczyków przeszło na pracę zdalną. Telepraca ma wiele zalet, jednak wiąże się też z poważnymi trudnościami. Do najważniejszych należą długie godziny pracy, brak równowagi między życiem zawodowym i prywatnym, brak dostępu do odpowiedniego sprzętu czy odpowiednich warunków środowiska pracy.

W sytuacji kiedy praca zdalna staje się nową rzeczywistością, wielu pracowników musi być pewnych, że będą im przysługiwały te same prawa i standardy, które przysługują osobom pracującym na porównywalnych stanowiskach w zakładach pracy.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il mondo del lavoro è già stato trasformato dall'irrompere di nuove tecnologie, su tutte l'intelligenza artificiale, che ci costringono, queste tecnologie, a riprogrammare con urgenza le politiche sociali e occupazionali dei nostri paesi.

Voglio parlare di questo perché, come relatore del regolamento sull'intelligenza artificiale, sto lavorando per plasmare un nuovo approccio europeo sull'intelligenza artificiale che ponga l'uomo al centro, l'essere umano, bilanciando la necessità di un quadro normativo che favorisca l'innovazione, sì, ma che tuteli al tempo stesso i diritti fondamentali, inclusi il diritto a condizioni di lavoro sane, sicure e dignitose, oggetto di questo importante lavoro che discutiamo oggi.

Sempre più spesso il lavoro è supervisionato e coordinato da algoritmi, da *big data*, che tracciano produttività dei lavoratori, la loro posizione, i loro segni vitali, le espressioni micro facciali; non possiamo permettere che l'ufficio e la fabbrica si trasformino in ambienti da scenario orwelliano. La salute psicofisica dei lavoratori non deve essere messa a repentaglio.

Servono nuove regole, perché le macchine devono essere al servizio dell'uomo e non il contrario.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, povjereniče, kolegice i kolege, pandemija COVID-a 19 dodatno je ubrzala postojeće transformativne procese koje donose zelena i digitalna tranzicija, što ima izravan učinak i na tržište rada.

Kako bi omogućili najvišu razinu zaštite europskim radnicima, moramo osigurati prilagodljivo europsko zakonodavstvo za zdravlje i naravno sigurnost na radnom mjestu. Ovi ciljevi preklapaju se i s europskim stupom socijalnih prava te izravno utječu na živote gotovo 170 milijuna europskih radnika i njihovih obitelji.

Uslijed postojeće pandemije prisiljeni smo na rad od kuće još uvijek čime su granice između poslovnog i privatnog života ozbiljno poremećene. Unatoč brojnim tehnološkim iskoracima koji olakšavaju rad na daljinu, svjedočimo porastu slučajeva narušenog mentalnog zdravlja, dok o dugoročnim posljedicama još uvijek ne možemo sa sigurnošću govoriti, ali to je izazov o kojem moramo ozbiljno razmišljati.

Usto, rak ostaje najveći problem s više od 52 posto odgovornih slučajeva smrtnosti povezanih upravo s radnim mjestom. Iz tog razloga pozdravljam iskorake koje donosi ovaj strateški okvir, ali istodobno pozivam na bolju prilagodljivost na promjene koje pogađaju tržište rada.

Jačanje prevencije nesreća u mojoj zemlji, Hrvatskoj, imamo sjajnu regulativu, ali uvijek postoji pomak unaprijed i bolesti naravno povezanih s radom kao i na spremnosti na potencijalne buduće zdravstvene krize. Djelovanjem danas, svi smo toga svjesni, stvaramo i predujete za lakše borbe protiv zloćudnih izazova sutra.

Neovisno o opisu posla, gdje tko radi, moramo uvijek imati jasnu misao, a to je da ničije zdravlje ne smije biti ugroženo samo zato što radi.

Leszek Miller (S&D). – Panie Przewodniczący! Pandemia pokazała braki w europejskich przepisach w zakresie bezpieczeństwa i higieny pracy. Musimy wyciągnąć wnioski z tej trudnej sytuacji i przygotować się na potencjalne przyszłe kryzysy zdrowotne. Szczególną uwagę trzeba zwrócić na przepisy dotyczące pracowników pierwszego kontaktu, którzy stanęli na pierwszej linii walki z pandemią. Możliwość pracy w domu wymuszona sytuacją zwiększyła elastyczność dnia pracy, jednakże stworzyła nowe zagrożenia dla zdrowia psychicznego i fizycznego pracowników, takie jak długie godziny zatrudnienia, izolacja i złe wyposażenie stanowiska pracy. Trzeba też zwrócić uwagę na ciężką sytuację kobiet. W obecnej sytuacji kluczowe jest, aby zaktualizować przepisy i opracować strategię, które umożliwią szybsze reagowanie na kolejne zmiany. Powinniśmy dążyć do tego, aby wszyscy pracownicy mieli zagwarantowane odpowiednie warunki pracy niezależnie od tego gdzie i jaką pracę wykonują.

VORSITZ: OTHMAR KARAS

Vizepräsident

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, děkuji za slovo k této mimořádně zajímavé zprávě. Určitě téma bezpečnosti a ochrany zdraví při práci je důležité téma, které máme sledovat i na úrovni Evropské unie. Ale asi můj názor bude trochu jiný oproti zástupcům levice, co vše má Evropská unie v této oblasti regulovat. Já si myslím, že máme regulovat spíše méně a nechávat to na jednotlivých členských státech, ale určitě je zde celá řada témat, kde společná regulace má svůj smysl a může být efektivnější než úpravy jednotlivých členských států. A to je třeba v té zprávě, jak jsem si ji četl, otázka azbestu, kde mi připadá velmi záslužné, že zde je snaha postupovat společně proti důsledkům, které přináší azbest v některých budovách, kde zaměstnanci pracují. Opravdu je pro mě šokující informace, která zde dnes už zazněla a která je ve zprávě obsažena, že ročně až 88 000 lidí umírá právě v důsledku expozice azbestu, tedy v důsledku expozice azbestu na pracovišti.

Takže tady bych, pane komisaři, chtěl požádat, aby toto téma třeba bylo vnímáno a akcentováno jako téma mimořádně důležité, protože ač od roku 2005 je azbest zakázán, tak autoři této zprávy předpokládají, že v dalších dvou desetiletích bude narůstat množství těch, kteří v důsledku expozice této látky budou postiženi touto závažnou a bohužel v mnoha případech smrtelnou chorobou, tzn. že budou zasaženi rakovinou plic. Myslím si tedy, že tady společný postup Evropské unie může vést k tomu, že zachráníme více životů a že tedy můžeme v této věci společně udělat více než jednotlivé členské státy. Zajímavé téma, které zde bylo otevřeno, je samozřejmě práce na dálku způsobená i otázkou COVID-19, ale to je asi ještě na jiné povídání.

Sara Cerdas (S&D). – Senhor Presidente, tendo em conta o elevado nível de proteção da saúde que pretendemos atingir em todas as políticas e ações da União, é essencial apostarmos na extensão da Visão Zero para cobrir também a prevenção ativa de acidentes e doenças relacionadas com o trabalho, nomeadamente atendendo aos riscos psicossociais e à saúde mental, na adaptação às transições digital, ambiental e demográfica, minimizando os impactos negativos e potenciando os efeitos positivos na literacia em saúde e o seu papel no reconhecimento dos riscos e nos fatores de risco modificáveis, nomeadamente aqueles ligados ao cancro, que representam ainda hoje a principal causa de morte relacionada com trabalho.

Este é, assim, um relatório realista e progressista que reivindica melhores condições de trabalho e segurança para os trabalhadores e é nosso dever garantir que será consequente.

Tudor Ciuhodaru (S&D). – Domnule președinte, ca medic vreau ca viața fiecărui cetățean care muncește să fie protejată. Onorată Comisie, onorați membri, lumea s-a schimbat, la fel și piața muncii și condițiile de muncă, iar războiul și pandemia vor avea în continuare consecințe încă greu de evaluat.

Lucrez de la începutul acestei pandemii într-un spital de suport Coronavirus în Iași, Spitalul Clinic de Urgență „Nicolae Oblu”, un spital în care se dă ora exactă în urgențe și neurochirurgie la nivel european și care a tratat în aceste zile primii refugiați din Ucraina.

Să știți că au apărut noi factori de risc ai bolilor profesionale și nici problema celor vechi nu a fost încă pe deplin rezolvată. Constat că unul din cinci locuri de muncă în Europa este slab din punct de vedere calitativ, iar diferențele de abordare și legislație între statele membre nu fac decât să constituie un factor de risc și să aibă consecințe imediate, iar consecințele se văd.

Într-un singur an, în Uniunea Europeană, am constatat peste trei milioane de accidente de muncă cu 3 000 de decese, 200 000 de decese legate de bolile profesionale, 100 000 de decese legate de cancerul profesional și acesta este doar vârful aisbergului, pentru că cifrele reale sunt mult crescute și de asta cred că, în acest moment, vreau ca viața fiecărui om să fie protejată și că e nevoie să adoptăm astăzi o altă strategie, un plan zero în ceea ce privește decesele profesionale, legate de bolile profesionale și accidentele de muncă și sunt conștient că putem face acest lucru azi.

Nicolas Schmit, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, chers députés, quelle conclusion tirer de ce débat très riche? Elle est simple. Il y a un très large consensus sur la nécessité de poursuivre toutes les initiatives en matière de santé et de sécurité au travail.

Vous savez, l'Europe sociale s'est construite à partir de règles en matière de santé et de sécurité au travail. Dès ses débuts, dès la CECA, c'était un volet très important de la construction européenne. Aujourd'hui – cela a été dit, il y a beaucoup de nouveaux problèmes compte tenu du changement dans le monde du travail. Évidemment, nous avons besoin de règles. Ces règles doivent être appliquées, mises en œuvre, d'où l'importance des contrôles, qui sont du ressort des États, comme je l'ai déjà dit.

Nous avons surtout besoin d'une vraie culture de la sécurité et de la santé, à tous les niveaux. La formation est capitale dans ce sens. La formation au niveau des entreprises, mais peut-être aussi au niveau des écoles: il faut apprendre aux jeunes – et on a cité des cas de jeunes qui ont perdu la vie, récemment encore, dans un État membre –, former les jeunes, donc, pour qu'ils prennent conscience des enjeux en matière de santé et de sécurité au travail.

La sécurité et la santé au travail ne représentent pas un coût en tant que tel, car la vie et la protection de la santé n'ont pas de prix; il s'agit d'un investissement. D'ailleurs, je n'ai pas vu d'entreprises intelligentes qui n'auraient pas fait cet investissement-là, qui n'auraient pas investi – comme je le fais aussi – dans la santé de ce qui est, finalement, leur capital le plus précieux: les femmes et les hommes qui travaillent dans ces entreprises.

Cette commission a donc lancé une série d'initiatives et de propositions. Nous avons beaucoup parlé de certaines propositions, notamment en ce qui concerne l'amiante. Nous allons poursuivre et je suis très heureux que le Parlement européen nous accompagne sur cette voie.

Marianne Vind, *Ordfører*. – Fru formand! Tak for ordene, kommissær Schmit! Jeg er meget glad for, at vi har en fælles dagsorden her. For arbejdet i EU skal foregå i et sundt og sikkert arbejdsmiljø. Det er jo forfærdeligt at tænke på, at mens vi taler her i salen, er der mennesker, der kommer til skade på arbejdspladserne. Det skal vi have ændret på. Jeg ser frem til topmødet.

Det er jo ikke mig alene, der har lavet betænkningen. Tusind tak til alle skyggerne, til medarbejderne i EMPL, til sekretariatene og ikke mindst til team Vind. I har gjort en kæmpe indsats. Uden alles indsats havde vi ikke fået algoritmer, kvinder på arbejdsmarkedet, covid, retten til at være offline, asbest, klimaændringer, stress etc. med. Det betyder virkelig meget. Det bliver en samlet betænkning, der kommer til at gøre en stor forskel for arbejdsmiljøet for Europas arbejdstagere. Det glæder mig.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 9. März 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Stefania Zambelli (ID), *per iscritto*. – In questi mesi, il Parlamento europeo ha lavorato senza sosta per prevenire e combattere i tumori professionali. Pensiamo al Piano europeo di lotta contro il cancro, o alla quarta revisione della direttiva CMRD, di cui sono stata relatrice.

Questa relazione si aggiunge alla nostra strategia per combattere la mortalità e gli incidenti sui luoghi di lavoro. Sul tema, infatti, i numeri sono ancora troppo alti: Ogni anno in Europa 3300 persone perdono la vita, oltre 3 milioni sono gli incidenti sul lavoro. In Italia, nel 2021, si sono registrati più di tre morti al giorno. Una strage che spesso è troppo silenziosa e della quale dobbiamo farci carico.

Appoggiamo per questo l'ambizioso obiettivo «zero vittime» della Commissione, puntando specialmente sulla prevenzione dei tumori, che rappresentano la prima causa di morte sul lavoro. Particolare attenzione deve essere data anche ai problemi cardiovascolari, così come agli aspetti psicologici sul lavoro, in netta crescita nel post-pandemia.

Ridurre l'esposizione professionale a sostanze pericolose, rendere più sicuri e puliti i posti di lavoro, garantire alti standard di protezione sono impegni che non possiamo più rimandare.

15. Faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Luděk Niedermayer im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung mit Empfehlungen an die Kommission zu einer fairen und einfachen Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie (Folgendermaßen des Europäischen Parlaments zu dem im Juli vorgelegten Aktionsplan der Kommission und zu den 25 Initiativen der Kommission in den Bereichen Mehrwertsteuer, Unternehmensbesteuerung und Individualbesteuerung) (2020/2254(INL)) (A9-0024/2022).

Die Aussprache findet unter den gleichen veränderten Rahmenbedingungen statt, die Ihnen schon bekannt sind.

Luděk Niedermayer, rapporteur. – Mr President, let me start by saying that I have just come back from the meeting outside supporting Ukraine, and I am sure that the minds of many of us are with the people suffering as a result of the attack of Russia on Ukrainian territory. But in spite of that, we have to work.

By the vote in this plenary, we will conclude the work that has lasted for more than a year. With my colleagues, we had many expert meetings and we received a very good report from the European Parliamentary Research Service (EPRS). This was about how to formulate the recommendations, how to improve the EU dimension of tax policy, how to improve the collection of taxes due, to reduce the cost of compliance and also uncertainty for taxpayers, and to better use the technology of the 21st century.

The result is the report with a recommendation to the Commission on fair and simple taxation supporting the recovery. It refers to the Commission Action Plan and the 25 initiatives in the area of VAT, business and individual taxation. The report also contains a reflection of the Commission's work, including the more recent communication of business taxation and the work done by the OECD.

The war in Ukraine has, in my view, increased the urgency of this topic. There will be consequences of the war on the EU economy as well as on the global economy. Surging energy prices are one of the most visible consequences. The growth of the EU economy will be negatively affected, and I believe that there will be a justified case for some well targeted and efficient fiscal interventions. Both these facts – the slowing down of economic growth and fiscal intervention – will lead to a higher fiscal deficit. In combination with the impact of the COVID crisis, countries will end up with higher debt, fiscal deficit and the urgent need to put their fiscal houses in order. Usually, the measures should concern both sides of the budget, but instead of increasing taxes it would be much better to properly collect the taxes that are due. Also, by reducing the cost of compliance, companies will be left with more money to invest, to grow and to promote economic growth.

While tax policy is mostly in the hands of the Member States, there is also a strong EU dimension. A significant part of tax fraud or tax evasion has a cross-border dimension, and the high cost of tax compliance is a reality, especially for SMEs doing business in the single market. I believe that the European Parliament should play its part in pushing legislators to reduce the risks and cost to honest taxpayers as well, and fight to prevent tax evasion, tax avoidance and tax fraud.

Digitalisation can help greatly. During our work on the report it became clear that some Member States are lagging behind. There is an increasing risk that the development of a digital system would not go hand in hand with the creation of standards simplifying tax compliance in the single market. This risk is rising. That is why we call for the creation of a single standard and development of a digital mechanism for tax compliance, doing so early enough before countries start to create their own, incompatible standards.

I mentioned the SMEs that are the foundation of our economy. Instead of talking about support, we should, among other things, focus on ensuring that they do not pay huge amounts of money just to ensure tax compliance when they operate in the single market. We also ask the Commission to consider the introduction of a unique pan-European income tax regime for small enterprises and start-ups. We also want to address the issue concerning the uncertainty of tax residence. We know that the VAT gap is large and, according to experts, it will become even higher after COVID. We propose a number of ways to reduce this gap. It is also essential to simplify procedure. That's why we recommend the Commission moves forward the adoption of the single EU VAT registration process and the single EU VAT number by 2023, and to consider standards for an online reporting obligation, especially in cross-border trade.

In the report, we also look at business taxation communication, and we very much welcome it. For example, we would like to support it through the introduction of a single and harmonised corporate income tax return form to support the BEFIT framework. Furthermore, we call for the debt-equity bias to be addressed. Obviously, we support the OECD initiative too. We also echo the previous Commission presentation statement concerning Article 116 in order to promote the change needed.

I believe that this is a good list of initiatives and I was delighted to see that, at the ECON vote, there was very wide support. It was reached by very good, open-minded cooperation among all the rapporteurs, and I want to thank them for that. Last but not least, the possibility to consult with the Commission was of great help. Let me also thank our support staff, our assistants and the group employees.

Let me conclude here and wish that the improvement of EU tax policy will play an important role in allowing fiscal policy to address unprecedented challenges in the consolidation phase later on, as well as in promoting the recovery that will hopefully come in the near future, not just here but also, I hope, in Ukraine. Finally, I would ask you to please support our report.

(Die Aussprache wird unterbrochen.)

16. Zweite Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Ich eröffne jetzt die zweite Abstimmungsrunde des heutigen Tages.

Die Dossiers, über die wir abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde findet von 20 Uhr bis 21.15 Uhr statt.

Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den vergangenen Abstimmungsunden. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Ich erkläre damit die zweite Abstimmungsrunde für eröffnet. Die Ergebnisse werden morgen um 9.00 Uhr bekannt gegeben.

17. Faire und einfache Besteuerung zur Unterstützung der Aufbaustrategie (Fortsetzung der Aussprache)

Der Präsident. – Wir setzen nun unsere Aussprache über den Bericht von Luděk Niedermayer (A9-0024/2022) fort.

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, indeed, as Mr Niedermayer just said, our thoughts are in these days on what is happening in Ukraine and especially now on the terrible video that we saw of the bombing of a maternity hospital. But as Mr Niedermayer said, we have to go on with our work.

And so I would first like to thank for the extensive and very useful recommendations you are providing in this report and assure you that the Commission entirely supports the objectives expressed in the report. A key priority for us is, of course, in the area of business taxation, the implementation of the two pillars of the OECD tax deal.

But the OECD reform is only one piece of the puzzle and of the importance of taxation policy in this very moment when we need our economic strength and resources to respond to the crisis. As you rightly point out, there is much more that can be done to improve fairness and further simplify our tax system, in particular for SMEs.

Let me start with simplification. We want to simplify compliance and help in the fight against VAT fraud. This is why the Commission is preparing its VAT in the Digital Age initiative for the second part of this year. This proposal will seek to modernise VAT reporting requirements, including facilitating invoicing, it will improve and modernise the VAT rules for platforms and will broaden the scope of the VAT One-Stop Shop to include the remaining business-to-consumer transaction. Hence we will limit the cases to the minimum when businesses would need multiple VAT registration in different Member States and it will allow a single VAT registration number in the EU.

At the same time, we need to ensure tax fairness where everyone has to pay their fair share, and this leads to the much-needed reduction of the tax gap and compliance costs and your requests for an enhanced Euro-FISC 2.0.

As you know, VAT fraud continued to deprive Member States from much-needed revenues. EU countries lost EUR 134 billion in VAT revenues in 2019. And we have to do everything we can to support Member States. It's their competence, of course, but we have to do everything we can to support them, including through electronic systems, to identify cross-border fraud and reduce the VAT gap. And we will do this also in coordination with other initiatives of the Commission, namely the one addressing the use of shell companies.

Also with respect to your suggested new coordinated European corporate income tax system, the Commission confirms our intention to propose an initiative to address the debt-equity bias, DEBRA. A robust anti-abuse framework will be part of this initiative to avoid aggressive tax planning possibilities.

In what concerns the need for more certainty for taxpayers and/or Member States' tax administrations, the existing Council Directive on a tax dispute resolution mechanism provides for an effective framework. The review of the application of the provisions of this directive after a period of 5 years – so in 2024 — will be the occasion to identify remaining gaps in the directive as recommended in your report.

The Commission has been discussing also the extent of the issues relating to tax residency and is also working on the DAC 8 initiative as an amendment to the Directive on Information Exchange, also involving crypto-assets and e-money.

So, much work is ongoing and I am pleased, honourable rapporteur, that the Commission and the European Parliament are supporting the same objective. Together, we still have a long way to go and will have to cross new obstacles and challenges along the path, but we will support each other in this path.

Lídia Pereira, *em nome do Grupo PPE*. – Senhor Presidente, a fiscalidade está no centro do debate político. Temos, por um lado, os impulsos positivos do acordo para a reforma do sistema fiscal internacional e as iniciativas recentes da Comissão e, por outro lado, temos os impulsos negativos dos escândalos fiscais e a crise económica que resulta da pandemia.

A resposta a esta crise não pode ignorar a dimensão dos impostos. Além disso, começamos a sentir os efeitos da guerra que eclodiu na Europa e todos sentimos no bolso a dimensão da fiscalidade sobre a energia. Aqui chegados, torna-se claro que os impostos terão um papel fundamental na recuperação da economia europeia e na transição verde e digital.

Este relatório vem, por isso, em boa hora e quero cumprimentar o Deputado, colega e amigo Luděk Niedermayer, pelas propostas que traz a este Parlamento. Propostas essas que vão no bom sentido e dou apenas alguns exemplos. Simplificar os processos fiscais para cidadãos e empresas com menos burocracia e custos de contexto, refletir sobre o papel dos incentivos fiscais positivos e o equilíbrio com a livre concorrência no mercado interno, apostar na digitalização com faturas eletrónicas, modelos harmonizados e um regime de balcão único, melhorar os sistemas de troca de informações e potenciar as plataformas europeias, além de atenuar a distorção fiscal em favor da dívida.

Como disse, a fiscalidade está na ordem do dia e os contribuintes europeus querem mais do que declarações, querem ações concretas. Aqui estaremos e aqui estamos para as exigir.

Marek Belka, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, it is difficult to talk about taxation as if nothing was happening, when Russian bombs are falling on hospitals. We are talking, however, about a recovery strategy. Mostly the COVID crisis, but also the consequences of the Russian attack on Ukraine, will cause economic turbulence for the EU. Therefore, taxation policy will play a crucial role also in the aftermath of the current crisis so that our companies and citizens can feel safe, and for the EU priorities to be implemented. This report serves as a guide for the Commission on what we, Parliament, believe should be done on tax policy until the end of the current mandate.

First, VAT. Tackling the VAT gap and fraud should be an urgent priority, as the VAT gap is estimated to have been around EUR 140 billion in 2018, and it will rise due to the COVID crisis, not to mention the further hit to the economy that the Russian war in Ukraine might trigger. Nevertheless, for our SMEs to be able to tackle the crisis and thrive in these difficult times, we need a more understandable VAT system that is not a burden for their cross-border operations. E-Invoicing and the enhancement of the One-Stop Shop are the suggestions we make to help tackle this issue.

Second, we need to be sure that both pillars of the OECD agreement are accepted by the Member States. There is no pick-and-choose on this topic. At the same time, we should be sure that our international partners walk the talk and fulfil their promises on the deal. Moreover, taxes should be fair and transparent. Going further, having BEFIT to define a common tax base is a must.

Last but not least, we urge the commission to dare to use Article 116 of the Treaty, as tax policies in the union for too long have been hostage to the usual suspects. This document is not a text that can be ignored by the Commission. We are acting under Article 225 of the Treaty and we want the Commission to take steps. The times are changing, but our striving towards a recovery strategy that serves our people cannot stop, especially now. We are waiting for the proposals we listed in this text, Commissioner.

Dragoș Pîslaru, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, the European economy has suffered for two years from the impact of the COVID-19 crisis, and now it will need to further adjust to strategic choices made to protect our citizens and our values against autocrats that violate peaceful order and international law.

Against all these challenges, we need a strong fiscal policy response that can encompass the strengths and overcome the weaknesses of all 27 national tax systems. This can be achieved through better digitalisation of national public administration in order to reduce the VAT gap and to improve tax collection and information sharing across the Union. Stronger support for our SMEs; it is unthinkable right now for them to face the extra tax burden and the unnecessary red tape when they represent 99 % of businesses in the Union and create two out of three private sector jobs. Better use of the Fiscalis programme, which offers EUR 269 million to national tax authorities to cooperate better to combat tax fraud, tax evasion and aggressive tax planning. Strengthen the EU's network of anti-fraud experts, Eurofisc, and empower them with sufficient resources to effectively carry out risk analysis and coordinate investigations on VAT fraud.

This is how the Renew Europe Group envisages the action plan on fair and simple taxation supporting the EU recovery, well reflected in the Parliament position, for which I would like to thank our rapporteur, Luděk Niedermayer, and all the other shadow rapporteurs.

But no action plan is possible if fiscal policies are a mere reflection of our political beliefs. They should be a portrait of our current reality, and the truth is that today we need to better protect the Union's financial interests. This requires flexibility and effectiveness. Therefore, Renew Europe believes that the Conference on the Future of Europe should represent a good opportunity for us to explore, with our citizens, the decision-making process used for taxation policies.

Claude Gruffat, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, c'est un plaisir pour moi aujourd'hui de prendre la parole sur ce rapport, de manière générale, et sur le plan de la Commission sur une fiscalité équitable et simplifiée. Équitable, c'est un mot fort et important. Mais une taxation équitable pour qui? Pour les plus faibles? Pour les PME? Pour la justice sociale? Qui défendons-nous dans cette enceinte? Quel modèle devons-nous construire pour une Europe résiliente, mieux protégée des crises?

Je pense à nos PME, particulièrement. Des structures qui sont chères à mon cœur et si malmenées ces dernières années. Ces PME représentent 99 % des entreprises de l'Union européenne et sont à l'origine de deux emplois sur trois dans le secteur privé. Elles sont ancrées dans nos territoires dont elles font vivre le tissu économique et social. Elles sont à taille humaine. Elles sont notre avenir et nous devons les protéger contre les aléas géopolitiques, mais aussi et surtout contre le modèle qui les broie économiquement.

Alors que les profits boursiers explosent, c'est toujours elles qui portent sur leurs épaules le fardeau du coût de la crise, malgré les alertes et les études qui se succèdent pour dénoncer ce scandale. Comment survivront-elles, prises entre le marteau des multinationales qui échappent à l'impôt et l'enclume de l'ubérisation qui nivelle par le bas le modèle social européen? Sans changements radicaux, leurs marges et leurs emplois ne survivront pas à cette séquence actuelle.

Le rapport rappelle que 190 milliards d'euros manquent dans les caisses des États européens à cause des trous dans la raquette. Ces sommes ne sont pas le fait des PME, mais de notre système favorisant l'optimisation fiscale. Alors, attaquons-nous à cette fiscalité injuste qui nuit à la démocratie et favorise les transferts d'argent sale. Les solutions existent.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident! Die EU-Mitgliedstaaten haben die höchste Steuerlast der OECD. Die deutsche Steuerbelastung für unselbstständige Arbeit beträgt 50 %, verglichen mit dem OECD-Durchschnitt von 34,6 %. Dennoch hat die Eurozone die höchste Arbeitslosigkeit der OECD: 7,2%, verglichen mit dem OECD-Durchschnitt von 5,5 %. 3,9 % sind es für die USA und 2,8 % im migrationsfreien Japan.

Die verheimlichte Steuer – die Inflation – enteignete deutsche Sparer allein 2021 um 116 Milliarden Euro. Doch die Inflation steigt. Dieses Jahr werden es daher wohl 200 Milliarden Euro sein. Die Antwort auf diese Probleme starrt uns ins Gesicht: Wir brauchen eine umfassende Steuerreform. Das heißt, die Mitgliedstaaten müssen die Steuerlast für Normalverdiener mildern, die enormen Ausgaben für außereuropäische Zuwanderung mindern und die Inflation der Geldmenge als Schleichsteuer stoppen.

Stattdessen ignoriert dieses Parlament die Überbesteuerung und fordert sogar neue EU-Steuern, um den Grünen Deal zu unterstützen. Ferner sollen die Mehrwertsteuersätze auf hohem Niveau harmonisiert werden, sodass die Mitgliedstaaten die Steuern auf fossile Brennstoffe nicht senken dürfen, um die Ärmsten vor dem Erfrieren zu retten.

Ihre grüne Wende ist die unsozialste Ideologie seit der industriellen Revolution. EU-vertraglich schützt das Prinzip der Einstimmigkeit die nationale Steuerhoheit vor Übergriffen der EU. Vertragsänderungen bedürfen ebenfalls der Einstimmigkeit. Deshalb fordert das Europäische Parlament den Rat nun auf, die vertraglichen Steuerregeln in Artikel 114 und Artikel 115 AEUV zu umgehen. Steuerfragen, die Einstimmigkeit im Rat erfordern, sollen als wettbewerbspolitische Sachpunkte gemäß Artikel 116 umformuliert und neu definiert werden. Dann reichte die qualifizierte Mehrheit.

Indes will die EU Mitgliedstaaten für Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit abstrafen. Gleichwohl ruft sie offen zur Umgehung der Verträge auf, wenn es der eigenen Machtfülle dient.

Die EU-Position ist stets die gleiche: Wenn uns die Verträge im Wege stehen, ignorieren wir sie oder hebeln sie aus. Der Europäische Gerichtshof wird uns schon Recht geben. Und genauso ist es auch. Während der EuGH der Kommission in 80 % aller Vertragsverletzungsverfahren gegen Mitgliedstaaten Recht gibt, weist derselbe EuGH Nichtigkeitsklagen der Mitgliedstaaten gegen die EU-Organe regelmäßig ab. Deshalb ist die Rechtssicherheit im EU-Recht auch besonders hoch, denn der EuGH entscheidet regelmäßig pro EU.

Mit Rechtsstaatlichkeit hat solche Rechtssicherheit allerdings sehr wenig zu tun. Heuchelei, so der französische Moralist La Rochefoucauld, sei der Tribut, den das Laster der Tugend zollt. Ebenso ist es mit all dem Gerede von Rechtsstaatlichkeit in diesem Parlament.

Michiel Hoogeveen, *namens de ECR-Fractie*. – Voorzitter, James Madison, de vader van de Amerikaanse grondwet en later president, zei ooit: “De macht om mensen te belasten is essentieel voor het bestaan van de nationale overheid.” Inderdaad, “nationale overheid”. Belasting betalen is een noodzakelijk kwaad. Als u ooit in een korte rij wilt staan, ga dan in de rij staan van de mensen die vinden dat zij te weinig belasting betalen. Maar het is nodig om publieke voorzieningen te betalen en een sociaal vangnet voor de meest kwetsbaren te financieren. Belasting betalen verbindt de burger met de overheid.

De Europese Unie is geen overheid: geen nationale overheid, geen federale overheid, zelfs geen supranationale overheid. De Europese Unie is een internationale organisatie, waaraan landen onder het mom van de gemeenschappelijke markt bepaalde bevoegdheden hebben overgedragen. Belastingen zijn de bevoegdheden van de nationale overheden.

Het is goed dat de rol van de EU op het gebied van belastingen beperkt is. Slechts een coördinerende rol is toebedeeld als de gemeenschappelijke markt in het geding is. Maar de EU is overmoedig en probeert stelselmatig bevoegdheden naar zich toe te trekken. En dat zien wij vandaag weer terug in een resolutie die op het eerste gezicht best nobel bedoeld is, namelijk om belastingontwijking aan te pakken en fiscale geschillenbeslechtingen te bespoedigen.

Helaas wordt er, zoals wel vaker in dit huis, een soort kerstboom volgehangen met droomwensen. De harmonisering van de criteria voor de fiscale woonplaats is onaanvaardbaar, aangezien zij de vrijheid van de lidstaten in belastingzaken aantast. Bovendien zijn er ook de suggesties om de unanimiteitsregel in belastingzaken te omzeilen. Ook wil de resolutie terugkomen op wetgevingsvoorstellen die in de Raad in het verleden al lang zijn verworpen, bijvoorbeeld een definitief Europees btw-stelsel.

Om deze redenen zullen wij dit voorstel niet steunen.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo The Left*. – Senhor Presidente, nas últimas décadas, enquanto as multinacionais e grandes fortunas beneficiaram de múltiplos e generosos benefícios, isenções e de diversos instrumentos de planeamento fiscal agressivo, a incidência fiscal sobre os rendimentos dos trabalhadores e os impostos indiretos foram aumentando. Também as micro e pequenas empresas foram duramente castigadas por políticas fiscais injustas.

Trata-se, também com responsabilidades da União Europeia, de um fenómeno inegável, como é a complacência com os paraísos fiscais dentro e fora da União Europeia que permitem parquear lucros, rendimentos e propriedades de multinacionais e grandes fortunas que urge erradicar e que o relatório praticamente ignora.

Este relatório não encontra no seu conteúdo as respostas necessárias à reivindicação de justiça fiscal que o seu título preconiza, rejeitando uma harmonização fiscal supranacional que atenta à soberania fiscal de cada Estado. O que falta é a introdução de medidas no plano nacional que articulem em medidas de cooperação entre Estados, onde se verifique necessário.

Uma política fiscal mais justa, articulada com a dimensão orçamental, exige que a tributação evolua para assegurar o investimento e sustentar o financiamento das funções sociais do Estado, desonerando fiscalmente os trabalhadores, assim como as micro e pequenas empresas, e obrigando as grandes fortunas, as multinacionais e os grandes grupos económicos a um esforço fiscal mais elevado e adequado.

Exige autoridades tributárias providas de meios robustos, a tributação dos lucros onde são gerados, a tributação das transações financeiras das multinacionais do setor digital, dos bens de luxo e das grandes fortunas, contribuindo para a recuperação económica e o alívio das famílias.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovani predsjedavajući, zahvaljujem izjavitelju i slažem se da je tema iznimno važna, posebno u ovim izazovnim okolnostima. Pandemija virusa COVID-19 već je izazvala teške posljedice za funkcioniranje europskog i svjetskog gospodarstva, što je dovelo i do smanjenja poreznih prihoda te, naravno, do zaduženosti i rashoda.

Rezultat ovakvih negativnih trendova je povećanje državnoga duga, što može dovesti i do, jasno je, dugoročnih makroekonomskih posljedica za Europsku uniju i države članice. Posebno su na udaru mala i srednja poduzeća koja čine takozvanu kičmu europske ekonomije.

Procjenjuje se da je u 2018. godini razlika između očekivanih prihoda od PDV-a i skupljenih sredstava bila vrtoglavih 140 milijardi eura te se očekuje da ta brojka poraste na 160 po završetku pandemije. S druge strane, troškovi MSP-ova koji poštuju porezna pravila čine čak 30 posto njihovog poreznog opterećenja. Za velika poduzeća, s druge strane, oni čine dva posto.

Građani su svjesni problema i zahtijevaju hitno rješavanje. Kada govorimo o oporezivanju moramo biti svjesni da nikada nećemo naći onu zadovoljavajuću razinu, ali bez poreza jednostavno države ne mogu funkcionirati.

Pozdravljam prijedlog Komisije koji teži pravednom oporezivanju poduzeća i građana, povećanju transparentnosti i povjerenja u društvo, poštenog tržišnog natjecanja na temelju koordiniranih i digitaliziranih sustava izvješćivanja. S druge strane, pozivam i na oprez kada govorimo o porezu na dodanu vrijednost jer radi se o bitnom i specifičnom alatu za državne proračune svih država članica.

Svjesni smo da su brojni ministri financija morali balansirati u proteklih gotovo dvije godine, da nije bilo lako, da su bili brojni izazovi, da je trebalo izaći ususret i malim i srednjim poduzećima, gospodarstvu općenito. Imali smo brojne nezaposlene, izazove, posebno recimo u Republici Hrvatskoj, u turizmu koja najveći dio svog proračuna puni iz turističkog sektora, tako da molim vas da razmislimo o tome. PDV zaista jest alat koji nama osigurava stabilnost i državnih financija.

Paul Tang (S&D). – Mr President, when preparing this debate, I thought, what a mess the VAT is. And I was last year approached by a small business owner, she organises one-off events across Europe and she faces a different nightmare every time. Endless forms in German or in Spanish, piles of documents to send around and high consultancy costs. For a one-off event in Rome, this amounted to EUR 11 000, 10% of her profits, and this I dare to say is the single biggest barrier to the EU's internal market.

And at the same time, the mess enables fraud. Some EUR 50 billion, we know or is estimated, is lost each year due to cross-border VAT fraud. So we need to tackle also this crisis, this VAT crisis head on. And I congratulate Luděk Niedermayer and other shadows for drafting a report that does just that. His proposals can unleash a boost of economic activities for SMEs and tackle the outbursts of fraud in VAT.

And there's more contributions in this report, but let me single out one, which I hold dear, and that is the EU Tax Observatory. What we need in order to have an informed policy debate is fact-based independent research. This is what we're lacking. The EU Tax Observatory can help there, so we need to make it permanent.

To come back to where I started and President I will be quick – I want to tell the conference organiser that a problem will be addressed with this report. I am more confident in doing so.

Billy Kelleher (Renew). – Mr President, I welcome the debate on this particular issue regarding the report on fair and simple taxation supporting recovery. And I suppose while we were publishing these reports and processing these reports the last number of weeks, we are now very much in a new dispensation, Commissioner. We face existential challenges in terms of the Ukrainian crisis, and it has changed all the basic metrics on which we were assessing growth into the future and making projections and predictions about how Europe would recover from the COVID pandemic. But we now, as I said, face a more serious crisis, the immediacy obviously of supporting Ukraine, addressing the refugee crisis and supporting the countries where refugees are spilling into the European Union so they can cope and provide humanitarian assistance.

But beyond that, when we talk about a fair and simple taxation supporting the recovery, we also have to acknowledge that we do need to do an awful lot more in terms of coordinating within the European Union, reducing the administrative burden so small and medium-sized businesses can trade across the entirety of the single market. And that is always, and consistently is, a significant challenge.

So we want to simplify the codes, but at the same time, I am challenged because I also have a difficulty with some of the tone and the content, not just necessarily of this report, but of the general content coming from the Commission, for example, around the issue of unanimity in taxation matters. And Commissioner Gentiloni, you have often raised this particular issue yourself. And I just highlight one instance that will create huge difficulties for Irish people in the short and medium term, that is the cost of home heating oil, a massive increase in home heating oil, and the Irish Government's hands are tied because there is no flexibility around the issue of VAT in terms of home heating oil. So I bring that to your attention because I am concerned with this continual drift and encroachment of the independence of countries to set their own tax rates. In income tax specifically and other areas, I have a deep concern.

But I make a plea on the issue of VAT that there would be flexibility, not just to Ireland, but to many Member States that will find that families will be significantly challenged because of the cost increases in home heating oil and many other fuel products.

Andželika Anna Możdżanowska (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Kryzys COVID-19, którego skutki będziemy odczuwać jeszcze długo, ale także tocząca się od 14 dni wojna w Ukrainie zapowiadają bardzo poważne trudności gospodarcze dla Europy.

Niedoskonałość obecnych systemów podatkowych, brak solidarności między państwami członkowskimi czy potrzeba nowej „architektury podatkowej” to główne z wyzwań nowej rzeczywistości, z jakimi musimy sobie pilnie poradzić.

Moim celem jest usprawnienie i zmodyfikowanie systemów podatkowych, by stały się sprawiedliwe, efektywne i przyjazne dla biznesu. Priorytetem jest przywrócenie równowagi fiskalnej i utrzymanie konkurencyjności międzynarodowej gospodarki. Sprawozdanie zawiera propozycje usprawniające funkcjonowanie europejskiego systemu podatkowego poprzez poprawę przepływu informacji czy uproszczenie obsługi podatnika.

Sprawiedliwe rozstrzygnięcie sporów podatkowych, rozszerzanie automatycznej wymiany informacji czy e-fakturowanie, rozszerzenie zakresu platformy VAT – One Stop Shop i ujednolicenia deklaracji podatku dochodowego CIT pomogą zarówno przedsiębiorcom, jak i organom podatkowym.

Kluczowe w tym zakresie są: solidarna współpraca organów podatkowych państw członkowskich oraz zaniechanie dziś bardzo szkodliwych praktyk podatkowych polegających na stosowaniu niejasnych kryteriów ulg i zwolnień wobec międzynarodowych korporacji. W istocie jest to okradanie jednych państw członkowskich przez drugie, na co nigdy nie możemy się zgodzić.

Jestem zdecydowaną zwolenniczką suwerenności państw członkowskich i sprzeciwiam się odchodzeniu od zasady jednolitości w sprawach podatkowych. Stawiam tu na współpracę i wymianę informacji, a nie na odgórną harmonizację, tworzenie nowych przepisów i mnożenie regulacji. Każde zmiany istniejących reguł powinny być poprzedzone dokładną analizą skutków, jakie one przyniosą.

Ujednolicenie kryteriów rezydencji podatkowej jako działanie ingerujące w suwerenność państw członkowskich i wywieranie presji na Radę, by powróciła do projektów, które nie znalazły poparcia, uważam za szkodliwe i niepotrzebne.

Dlatego chcę jeszcze raz powtórzyć i przypomnieć, że to głos krajów europejskich powinien być dla Parlamentu Europejskiego najważniejszy. Nie jesteśmy od tego, żeby „wiedzieć lepiej”, jak uszczęśliwić europejskich obywateli. Pamiętajmy, że jesteśmy tutaj, aby służyć ludziom, którzy nas wybrali.

Aurore Lalucq (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, ce rapport part d'un constat implacable: l'incidence fiscale, je cite, s'est déplacée de la fortune vers le revenu, du capital vers le revenu du travail et la consommation, des entreprises multinationales vers les PME, du secteur financier vers l'économie réelle, avec un déplacement de la charge fiscale des plus mobiles vers les contribuables les moins mobiles. Il liste des propositions pour inverser cette situation et je tiens à féliciter le rapporteur pour cela, ainsi que pour l'ambiance de travail, qui semble avoir été très bonne et très constructive lors des différentes négociations.

TVA, BEFIT, réflexion sur la question des PME... Tout cela va dans le bon sens, mais je pense qu'aujourd'hui, le contexte a changé. L'Europe a changé en moins d'une semaine. On parle désormais d'Europe de la défense, de la nécessité de sortir d'urgence des énergies fossiles, d'inflation, de crise économique, de crises sociales.

Je crois que si nous voulons pouvoir aider l'économie sans alourdir, justement, la question de la dette, il va falloir briser encore une fois un certain nombre de tabous, notamment le tabou fiscal dont nous débattons ici. Avoir une liste sérieuse, robuste, des paradis fiscaux, avoir peut-être de nouvelles formes d'impôts de solidarité. Et puis briser un ultime tabou, qui nous empêche d'avancer d'un point de vue fiscal: la question de l'unanimité.

Martin Hlaváček (Renew). – Pane předsedající, pane komisaři, pane zpravodaji, kvalitní daňový systém je základem fungující a důvěryhodné ekonomiky. Jednoduchost, efektivita a spravedlnost jsou klíčové prvky. To je zásadní v zotavování po COVID-19, ale i v dnešní době bezpečnostní krize. Neměli bychom proto s některými otázkami otálet. Systém DPH musí být přizpůsoben 21. století. V souvislosti se současnou krizí by členské státy také měly mít maximální rozsah daňových opatření a flexibilitu, která jim umožní efektivně pomáhat.

Komise by měla předložit návrh směrnice o výměně informací o kryptoaktivech (DAC 8). Komise by měla také co nejrychleji předložit zjednodušující a modernizující pravidla, tzv. balíček DPH pro digitální věk. Jakákoliv práce na režimu DPH musí mít za cíl zlepšení právního rámce, a nikoliv vytvářet nové daňové komplikace. Měli bychom řešit i téma jednotné daňové registrace. Členské státy by měly mít jistotu, že příslušná pravidla pro výběr daní budou fungovat. Proto je férové, aby jejich úprava byla kompromisem všech. Na to by se nemělo zapomínat. Dobré řešení je takové, které podporují všichni. Volání po odklonu od jednomyslnosti je pouze alibistickou rezignací na hledání nejlepšího řešení.

Marc Angel (S&D). – Mr President, secure tax revenues and fair and simple taxation are crucial underpinnings of a strong recovery. They contribute to achieving our far-reaching ambitions, including social justice. All Member States must continue to fight against tax evasion, tax avoidance and tax fraud because that undermines tax revenue needed to build a better future for our citizens and hinder fair competition and functioning social systems.

We should also ensure that our tax systems do not disproportionately tax labour, and therefore we need a fair balance between taxation of labour and capital, and we must ensure that multinational companies are properly taxed.

I fully support the efforts to update international tax rules, notably through the two-pillar solution of the OECD/G20 agreement. Better cooperation between national tax authorities and increased transparency will also be necessary.

The excellent report we debate today proposes pertinent recommendations to the Commission on fair and simple taxation. I am concerned, however, that future good initiatives risk getting stuck in the Council. We should therefore consider rethinking the requirement for unanimity on tax matters in the Council, as the citizens who are participating in the Conference on the Future for Europe recommend us in their written texts.

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Mr President, I think we all know that the challenge to have a simpler and fairer taxation system is a long-lasting one. Simplicity is needed to deal with the differences between Member States, and fairness is always a challenge because we are progressive. We have reached a global agreement, but at the same time tax fraud is also progressing and finding a new way. So we have, I think, a common cause here. I consider the report that you are discussing to be a very good step forward, with a lot of good elements for our reflection.

I am also convinced that the situation we are in with this new crisis of the war on our borders is bringing a couple of things that we have to take into account. First, we will need a lot of public spending in the coming years for several issues. Second, the protection of our single market against distortion is also the protection of our strength and of the model that we want to support against this kind of aggression. So I think that the importance of this work for a simpler and fairer taxation system is also a way to understand the situation we are in and to respond to this crisis.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 10. März 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Enikő Győri (NI), írásban. – Azt gondolom, hogy a jelenlegi gazdasági helyzetben az eddigieknél is fontosabb az adócsalás és adóelkerülés elleni fellépés. Adót mindenkinek kell fizetnie a valós gazdasági tevékenysége után. A gazdaság helyreállításához és a fenntartható növekedéshez pedig közös érdekünk, hogy stabilak legyenek az állami bevételek. Fontos az is, hogy csökkentsük a kis- és középvállalkozások adminisztrációs terheit, könnyítsük az egységes piacon való működésüket. Emiatt egyetértek a jelentés azon részeivel, amelyek az erre irányuló kezdeményezéseket vagy az adóügyi információcsere javítását célozzák. Annál is inkább, mert az elmúlt években e téren tett előrelépések nagy mértékben hozzájárultak az adóelkerülés elleni küzdelemhez mind az Unió szintjén, mind pedig a tagállamokban.

Büszkén mondhatom azt is, hogy Magyarországon az áfa adórés mára 9%-ra csökkent. Ezt pedig három fontos kormányzati fellépés segítette: az online pénztárgépek, az elektronikus közútiáruforgalom-ellenőrző rendszer és az online számlázási rendszer bevezetése. Elutasítom azonban a jelentésnek az uniós szerződéseket támadó részeit. Újra emlékeztetném baloldali képviselőtársaimat, hogy az adópolitikai döntések tagállami hatáskörbe tartoznak. Ismét felhívom a figyelmet, hogy az adóharmonizáció az egész Unió versenyképességének csökkenését eredményezné. Kérem tisztelt képviselőtársaimat, hogy tartsák tiszteltetben a szerződéseket és csak olyan szabályokat, jelentéseket alkossunk ebben a Házban, amelyek ezekben a nehéz időkben is az európai ipar versenyképességét segítik, nem pedig az ellen hatnak.

18. Europäischer Rahmen für die Quellenbesteuerung (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Pedro Marques im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über einen Europäischen Rahmen für die Quellenbesteuerung (2021/2097(INI)) (A9-0011/2022).

Pedro Marques, rapporteur. – Mr President, in these difficult times we are facing, in which, as the Commissioner was just referring to in the previous debate, we will need significant amounts of resources to face the challenges in front of us because of this war.

I am pleased that in this report we managed to achieve a broad majority supporting fairer and simpler taxation in the field of withholding taxes, guaranteeing progress in different issues within our discussions. There was a positive environment of discussion between those more actively participating in the negotiations, and even at this late hour in the evening many of the shadow rapporteurs are here with us – I see as Isabel, Billy, I see Ernest, some of our colleagues that were our shadows and probably others are at home, but they were certainly intensely involved in the debate. I want to thank them and want to thank the secretariat, obviously, of the FISC Subcommittee, but also our Group's team and my own team that helped with all this work and endeavour we did together.

The final result, I think, mirrors this positive environment and constructive debate we had. We want to increase the effectiveness of our tax systems, reducing avoidance and fraud risks. We want to improve cross-border investments and lower the administrative burden. These efforts should go hand in hand, and this is the tone of this report on the European Withholding Tax framework.

After the many recent scandals regarding tax abuse, the European Parliament has the responsibility to address the shortcomings that still allow profit-shifting and aggressive tax planning to continue. The report starts by welcoming the OECD Inclusive Framework Agreement, including the global minimum effective corporate tax for multinational corporations. This is an historic moment, and we call on the Council to ensure the agreement comes into effect already in 2023. In light of this positive momentum created, we expect the Commission to present a legislative proposal for an EU-wide withholding tax in order to ensure that payments generated within the Union are taxed at least once before leaving it. This is particularly important in the current environment we are living in. We cannot allow financial resources to leave the Union without being subject to taxation while facing inflationary pressure due to the severe shocks in the supply of energy, of essential goods, all the consequences of what we are facing at these moments.

The report calls on the Commission and the Member States to ensure that all payments, including dividends, royalties and interest generated in the EU are taxed at an effective rate. These payments should cease to be a means of profit-shifting. The review of the IRD and PSD directives should be on the table and then in light of the 'Cum-ex' and 'Cum-cum' scandals, it is clear that further cooperation and assistance between tax authorities is needed. This fraud was responsible for EUR 140 billion lost in revenues in just 11 Member States. Therefore we must act swiftly and decisively. Therefore we call on the Commission to extend the mandatory exchange of information to dividend arbitrage schemes and capital gains, including granting refunds, but also to assess the extension of reporting requirements to cross-border arrangements.

The final chapter of the report is focused on simpler taxation and removing barriers to investments in the single market, building on the commitment to complete the Capital Markets Union, which is also something very important for the completion of our monetary union.

Repayments of withholding taxes remain predominantly a paper-driven process: slow, burdensome and more prone to fraud. In the past, the Commission issued recommendations about simplification, but the results, unfortunately, are not totally convincing. With this in mind, we welcome the intention of the Commission to pursue legislative harmonisation for a common and standardised system of withholding taxes. There is more than one way to go in this direction, as it was exposed in the impact assessment. For the moment, pursuing legal harmonisation of procedures is the most sensible and feasible path. This can be complemented with the use of digital technologies, making the resulting system more efficient in the countries, but also to facilitate seamless procedures between different national systems. A full relief-at-source system should only be considered at a later stage and cannot be in any way detrimental to the fight against tax abuse.

Colleagues I think the negotiation team managed to find a very positive and balanced text that delivers a win-win approach. Again, I thank you for your support in those negotiations, and I certainly call on your support in the vote tomorrow on this important report about fairer and simpler taxation in the EU.

Paolo Gentiloni, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, the cross-border investment, simplified taxation and fighting tax abuse are priorities for the European Union. Since years, initiatives have been on the subject; we were discussing this report in 2009 and then in 2017. But despite our efforts – our common efforts, as you rightly note in your report – obstacles still remain in the European Union.

You know that we announced in our action plan in July 2020 that further work is needed after many initiatives in this area failed to remove the hurdles that cross-border investors face to receive their refund from the source country. Furthermore, greater transparency towards the tax authorities is required from the so-called financial intermediaries to ensure that the correct amount of tax is levied and that not too much is being refunded.

So the Commission is committed to present a proposal that would take away the hurdles and make the procedures more efficient, and at the same time prevent the risk of fraud. Our services are now gathering input from stakeholders and from tax administrations. Our intention is to launch a public consultation soon. These contributions will feed into the design of the proposal. The points raised by your report are, in this respect, very timely in informing our work.

At this stage, I can say that we are looking into ways to ensure greater transparency and digitalisation. This could include developing minimum common standards of data that will need to be provided to tax authorities, using digital tools to perform risk management and EU wide registry for approved financial intermediaries or an EU-approved digital tax residency certificate. Ideally, the tax authorities of the Member States will have access to the required data in a manner that allows for quick processing and should result in a relief at source or a refund with minimal effort performed both by the investor and the tax administration.

Moreover, the need to maintain a coherent and consistent approach to aggressive tax planning remains our top priority. The Commission sees positively the entry into force of some measures, for example, in 2021 new withholding tax measures in the Netherlands, and we also welcome the commitments taken by Ireland and Cyprus in their recovery and resilience Plans to act against the erosion of the EU tax base through royalty interest or dividend payments that can exit the EU potentially untaxed because of the absence of withholding taxes. Nonetheless, we know that this is not enough and we will continue to closely monitor and to intervene by all possible means to address the issue of aggressive tax planning and distortion of the single market through payment exiting the EU and tax.

As regards the EU listing process, on previous occasions I welcome your support in inviting Member States to introduce defensive measures against countries that do not cooperate with the EU on tax matters. Today, I can confirm that your pledge has been taken into account with very few exceptions. All Member States currently apply agreed measures vis-à-vis listed countries.

To conclude, I would like to reiterate how much the global agreement is important for us and also the implementation of the Pillar Two. We are sparing no efforts to support the French Presidency, and we know that the European Parliament is also already dealing with this fight. So let me thank you, Honourable Member Marques, for providing useful ideas and recommendation exactly in this moment to our work and to our common initiative.

Isabel Benjumea Benjumea, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor presidente, señor comisario, en primer lugar, quería dar las gracias y la enhorabuena al ponente, el señor Marques, porque creo que es un buen informe el que estamos presentando hoy y también por el buen espíritu que ha reinado durante todas las negociaciones y largas reuniones que hemos tenido para poder presentar hoy este informe y someterlo a votación. Y ya les adelanto que el Grupo PPE va a votar a favor.

En el actual contexto socioeconómico marcado por los últimos coletazos de la COVID y por la inestabilidad geopolítica que la invasión rusa en Ucrania está provocando, sin lugar a dudas, se hace evidente que la Unión Europea debe convertirse, ahora más que nunca, en una región fuerte a nivel económico, capaz de competir en la esfera internacional. Este informe es un buen instrumento para la consecución de tal objetivo.

Necesitamos establecer un marco europeo para la retención fiscal que fomente la integración de los mercados e incentive las inversiones transfronterizas. De este modo, el establecimiento de este marco europeo permitirá avanzar hacia la tan necesaria Unión de los Mercados de Capitales, donde nuestras empresas e inversores puedan operar con libertad y sin trabas burocráticas.

Por este motivo, dicha Unión es el ámbito en el que se debe promover que los Estados miembros modifiquen sus marcos fiscales nacionales con dos objetivos: en primer lugar, aligerar la carga fiscal asociada a las inversiones transfronterizas con especial impacto en los inversores minoristas y en las pymes; y, en segundo lugar, evitar la doble imposición y la mal llamada armonización fiscal, que no es otra cosa que el intento de subir los tipos mínimos impositivos en todos los países.

Por estos motivos, celebro la existencia de este informe como punto de partida para que en el Parlamento Europeo sigamos trabajando para lograr la verdadera Unión de los Mercados de Capitales, que incentive oportunidades de inversión a largo plazo, ayude a los ciudadanos de la Unión a obtener mejores rendimientos de sus ahorros y, por último, haga de la Unión Europea la región más competitiva y atractiva para inversores y empresas internacionales.

Aurore Lalucq, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, quand on entend parler d'un rapport sur la retenue à la source, cela peut paraître à première vue anecdotique, un peu technique, en tout cas tout sauf politique, notamment quand on regarde l'ampleur de ce qu'il y a à faire dans le domaine des paradis fiscaux. Et puis, on écoute Pedro Marques, on lit son rapport, on réalise et on comprend.

Il nous rappelle à cette occasion – et nous nous rappelons à cette occasion – d'un braquage à 140 milliards d'euros, d'après les dernières estimations, le plus grand braquage européen. Les victimes: les États, nous, les citoyens; les impliqués: les avocats, des banques; le nom du montage: les arbitrages de dividendes.

Premier type de schéma: CumCum. C'est simple: pour échapper à la taxe sur les dividendes, les propriétaires étrangers de titres cotés en bourse se débarrassent de leurs titres au bon moment. Juste au moment où ils doivent payer l'impôt, certaines banques les récupèrent contre une commission, puis les leur redonnent. Deuxième type de fraude: CumEx. Là, c'est le jackpot, puisque non seulement les propriétaires de titres ne payent pas d'impôt, mais en plus, ils se font rembourser des impôts imaginaires qu'ils n'ont jamais payés.

Sans les lanceurs d'alerte, sans un consortium de journalistes, nous n'aurions pas été au courant de toute cette situation. Et c'est exactement pour lutter contre ce type de fraude – et bien d'autres encore probablement que nous ne connaissons pas – que la retenue à la source prend tout son sens, qu'on en comprend l'utilité et qu'on en comprend aussi la dimension politique. Merci donc à Pedro Marques pour sa constance sur ce sujet. Merci pour ces propositions éminemment politiques.

Nous attendons maintenant de la Commission qu'elle s'en saisisse et qu'elle suive les recommandations de ce rapport, y compris sur l'échange d'informations et sur la question du minimum d'imposition effectif pour les dividendes.

Billy Kelleher, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, first of all, I'd like to thank the rapporteur Pedro Marques and my fellow shadows for the excellent work on this particular report. Of course, the withholding tax framework was unfortunately thrust into the spotlight by a series of scandals involving flawed and complex webs of transactions in the so-called cum-ex and cum-cum scandals. It is clear that the framework needs reform. We need to close the loopholes and improve communication amongst our tax authorities, as was referenced by Pedro Marques and also by the Commissioner himself this evening.

And we need to ensure that criminals can be identified and brought to justice, and that is where we have a significant challenge within many Member States. The political will, the legislation, the enforcement, the effort of the system to ensure that those that are caught in tax evasion are prosecuted. We do have, by and large, two rules. One's for smaller criminals and those that fly private jets and are very often swanning around in the finest resorts in their yachts. Yet no sanctions taken against people who wilfully abuse our tax laws.

Another more positive aim of the reform is to simplify and streamline the reclaiming of withholding tax. And this was obviously an issue that was brought to our attention when we spoke to many of the experts in this particular area. Many of them stressed that it was burdensome, the administrative procedures across Member States were very difficult and hard to understand, and that they didn't link into each other from a digital point of view. So we do need to digitise and when we talk again about digital Europe in the area of tax authorities talking to each other, being able to relay live information, transactions across Member States, the administration of taxation itself, we do have to embrace that concept of digitisation.

And while I'm often critical of the Commission and people in this House with regard to Article 116 about rates of taxation and about the sovereignty of countries in terms of striking rates in taxation, we still have the opportunity – and in my view the obligation – to ensure that we share information, that we pool information, so that there is no hiding place for those that want to abuse our complex tax laws that are in various Member States.

So we do need to simplify the overall taxation code, and I welcome this particular report. I think it is a very inclusive report. It takes into account a lot of the views expressed by the various groups. But more importantly, the overall framework of taxation referred to in Pillar I and Pillar II needs also to be transposed to ensure that we have an effective modern taxation system for the EU in the years ahead.

Ernest Urtasun, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor presidente, quiero empezar por agradecer al ponente Pedro Marques y al equipo negociador, que muchos están aquí, por la buena colaboración que hemos tenido.

Por primera vez, el Parlamento se va a posicionar a favor de medidas ambiciosas y eficaces como un tipo mínimo para la retención para los intereses, cánones y dividendos, así como la necesidad de un marco común europeo para la tributación de estos ingresos.

Quiero destacar tres cosas de este informe que me parecen especialmente relevantes. En primer lugar, reconoce la necesidad, como he dicho, de un tipo mínimo de retención para los intereses, cánones y dividendos. En segundo lugar, reconoce la necesidad de un tipo mínimo de retención también para los flujos salientes fuera de la Unión Europea. Y, en tercer lugar, exige de forma clara y contundente que la Autoridad Bancaria Europea y la AEVM rindan cuentas por el escándalo de «cum-ex» y asuman sus responsabilidades en la supervisión.

Quiero recordar que este escándalo puede haber costado la pérdida de ingresos fiscales de al menos 150 000 millones de euros a nivel global en los últimos veinte años. Solo en España, por poner un ejemplo, se pueden haber perdido entre 10 000 y 18 000 millones.

Por eso, señalamos en este informe que la ABE y la AEVM tienen que dar explicaciones porque nos parece inaceptable, desde nuestro punto de vista, que todavía no está claro hasta qué punto estas operaciones de arbitraje de dividendos o «lavado de cupón» sean ilegales o no.

Finalmente, el Parlamento Europeo nunca antes se había pronunciado de forma tan clara a favor de establecer tipos mínimos. Esperamos que la Comisión tome nota ante la próxima propuesta legislativa sobre los procedimientos de retención fiscal en la UE, prevista para el segundo trimestre de 2022.

Y en este sentido, también hay que pedirle al Consejo que desbloquee y concluya rápidamente las negociaciones de la revisión de la Directiva sobre intereses y cánones, que también nos parece que es un paso imprescindible para luchar contra el fraude y la evasión fiscal y avanzar hacia una fiscalidad justa en la Unión Europea.

Hoy cubrimos un elemento de nuestra armonización fiscal en la UE que es esencial y por ello quiero terminar también agradeciendo una vez más a Pedro Marques y a todo el equipo por el excelente trabajo.

Andželika Anna Możdżanowska, w imieniu grupy ECR. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Cieszę się, że wreszcie w Parlamencie Europejskim zajęliśmy się kwestią podatku u źródła. Przypomnę, że już w 1989 roku Komisja proponowała pierwsze propozycje regulacji w kwestii przepływu kapitału między państwami – wypłaty dywidend przez spółki akcyjne czy opłat licencyjnych za używanie znaków towarowych i praw autorskich. Niestety dopiero wykrycie olbrzymiego skandalu Cum-EX zintensyfikowało nasze prace, po 23 trzech latach!

Obecnie większość państw członkowskich podpisała umowę o unikaniu podwójnego opodatkowania. Niestety przepisy dotyczące zwrotu i poboru podatku różnią się między poszczególnymi państwami, nie mówiąc już o krajach trzecich, co wykorzystywały grupy przestępcze i nieuczciwe instytucje finansowe. Szacuje się, że Unia Europejska w ten sposób straciła około 140 miliardów euro.

Jako kontrsprawozdawczyni dziękuję za świetną merytoryczną pracę panu sprawozdawcy, wszystkim kontrsprawozdawcom za współpracę i szukanie kompromisów, zidentyfikowanie głównych problemów. W wyniku tak pogłębionej analizy i ogromu wykonanej pracy w naszym sprawozdaniu wezwaliśmy Komisję do pilnego ujednolicenia procedury zwrotu podatku WHT w całej Unii, do pomocy administracjom skarbowym w przepływie informacji. Te rozwiązania przyniosą budżetom państw członkowskich do 20 mld euro rocznie, co w obecnych czasach kryzysu jest znaczącą kwotą.

Oczywiście nasza praca nie kończy się na tym dokumencie. Powinniśmy niezwłocznie zająć się harmonizacją definicji rzeczywistego odbiorcy – i to także bardzo skrupulatnie podkreślamy. Kwestia ta bowiem w istotny sposób wpływa na pobór podatku u źródła i stosowanie preferencyjnych stawek. Obecnie każdy kraj członkowski interpretuje to bardzo odmiennie, co znacząco utrudnia przepływ kapitału na wspólnym rynku. Orzeczenie Trybunału Sprawiedliwości Unii Europejskiej nie rozwiązało tego problemu. Mam nadzieję, iż w tej sprawie będziemy działać znacznie szybciej.

Enikő Győri (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Üdvözlök és támogatok minden olyan kezdeményezést, amely csökkenti az adminisztrációt, és serkenti az adóügyi információcserét. Annál is inkább, mert az elmúlt években e téren tett előrelépések, nagy mértékben hozzájárultak az adóelkerülés elleni küzdelemhez az Unió szintjén és a tagállamokban. Emellett kiemelt jelentőségűnek tartom azokat az intézkedéseket, amelyekkel egyszerűbbé kívánjuk tenni a kis- és középvállalkozások életét, és megkönnyíteni az egységes piacon való működésüket.

A jelentés azonban, ahogy azt már megszokhattuk ebben a Házban, túlmegegy az adott témakörön, s adóharmonizációs törekvéseket tartalmaz. Ismét csak felhívnom képviselőtársaim figyelmét, ezek tagállami kompetenciák. Így nincs jogalap kötelezővé tenni a forrásadót, a mértékét harmonizálni, beleszólni, hogy melyik harmadik országgal, ki milyen adóügyi megállapodást köt. A nemzeti adópolitikák folyamatos támadása helyett, a multinacionális vállalatok megadóztatására, vagy a digitális adó kérdésre kellene koncentrálni.

Lídia Pereira (PPE). – Senhor Presidente, os escândalos fiscais, de que os «Pandora Papers» são o exemplo mais recente e mais recente, levam os nossos cidadãos, e bem, a exigir mais dos decisores políticos. No plano internacional o acordo alcançado ao nível da OCDE para a reforma do sistema fiscal internacional é paradigmático.

Na União temos agora a responsabilidade de liderar na sua aplicação. No plano europeu estamos empenhados em fazer do novo quadro para a tributação dos rendimentos das empresas, o BEFIT, um instrumento ao serviço da justiça e da transparência fiscal mas também da competitividade das nossas empresas.

Os sistemas nacionais de retenção na fonte surgem assim como uma das áreas em que podemos e devemos ir mais longe, melhorando a cooperação entre os 27 e salvaguardando a integridade do nosso mercado interno. Por um lado, as retenções na fonte garantem receitas recorrentes para os orçamentos nacionais, ajudam a combater as transferências de lucros e contribuem para evitar a evasão e elisão fiscais. Por outro lado, enfrentamos riscos de dupla tributação, de dissuasão do investimento transfronteiriço e da sobrecarga burocrática para os contribuintes.

É para potenciar as vantagens desses sistemas e para mitigar os seus riscos que queremos um quadro europeu mais claro. Esse quadro europeu passa pelo desbloqueio de legislação europeia há muito parada como a Diretiva Juros e Royalties, pela aproximação das regras de redução e isenção e pela melhoria dos sistemas de troca de informação.

O combate à fraude e à evasão e o compromisso com os sistemas fiscais mais justos transparentes e competitivos têm várias frentes. Esta é uma delas. E aqui estamos prontos para assumir.

Jonás Fernández (S&D). – Señor presidente, señor comisario, la verdad es que es difícil hablar de otro tema distinto al de la guerra en Ucrania, especialmente después de ver las imágenes esta tarde de ese hospital materno-infantil bombardeado. Pero vamos a intentarlo.

En primer lugar, me gustaría felicitar a Pedro Marques por este buen informe que, de alguna manera, se une o insiste en una cierta reorientación del debate tributario que estamos observando a nivel mundial. Celebrábamos hace algunos meses el acuerdo en la OCDE y celebramos también la propuesta de la Comisión para poner en funcionamiento ya el pilar 2 de ese acuerdo y esperamos que tengamos una propuesta rápidamente también para para el pilar 1.

Este informe viene a complementar esos acuerdos internacionales y a destacar, también, la necesidad de ir más allá en otros ámbitos, en el caso de hoy en el pago de impuestos como es debido a los dividendos o las retenciones donde existen opciones de elusión y de evasión fiscal que hemos conocido y que necesitamos, sin duda, cerrar absolutamente en la Unión Europea.

Lamento que, en este debate, como casi siempre, el Consejo no nos acompañe. Llevamos años peleando para que el Consejo adopte medidas en ámbitos tributarios y en que esa unanimidad, que se exige de alguna manera, se revise, y se revise rápidamente.

Por eso, me extraña y tengo que decirlo, que aquellos que piden solidaridad ahora para los países que acogen a refugiados, vengan aquí y vuelvan a hablar de todas estas historias, de que no quieren saber nada de gestión europea, de los impuestos, como hemos oído en este debate.

En fin, enhorabuena, Pedro. Espero que la Comisión tome nota y deseo que el Consejo actúe rápido.

Paul Tang (S&D). – Mr President, Uber in Amsterdam, Nike in Hilversum, Pfizer in Capelle aan den IJssel. Yes, it's a list of multinationals in the Netherlands, but it's also a list of multinationals in the Netherlands that shift profits and cheat us out of billions.

It points to a fundamental flaw at the heart of Europe, and the flaw is that when we removed the borders within Europe, we forgot to put up a common European border with the rest of the world. And the results: profits flow to the country where they can leave the European Union untaxed. This is why Nike books its European profits in the Netherlands and pays it out tax-free to offshore subsidiaries in the form of royalties, amassing USD 12.2 billion. Pfizer channels dividends to the US to avoid taxes on over EUR 10 billion. Uber uses a 16 billion internal loan to channel all EU profits to tax havens in Singapore in the form of interest. And the list goes on. Its interest, royalties and dividends, and it can find its way out of the EU tax free. And if one country raises its rates, there's always another country to let them out.

But there is an obvious solution and I'm glad to see it. It is a common EU withholding tax. With this, we can finally complete the Schengen of capital and combine free movement within the EU with common borders with the outside world. This is part and parcel of any future tax reform. And I want to warmly congratulate the rapporteur, my colleague Pedro Marques, and the shadows for finding a broad majority and a clear signal from this Parliament. It's literally worth billions.

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Mr President, I would again just like to thank the Parliament and the rapporteur. I think that these proposals will be quite important for the proposal that the Commission will table in the coming months. In the two discussions we had this evening, I think we clearly understood together the link between the difficult situation we are in and the need to protect our public finances to improve the capital market union, which is fundamental.

We know the difficulties because we have been dealing with these difficulties for years and years: to simplify without harmonisation and to guarantee transparency, respecting national sovereignty, these are all difficult balances to find. But I think that, with the Parliament and the Commission working together in the same direction, the direction we discussed this afternoon, we can find the political boost to try to find solutions, and these solutions are in the interests of the entire Union.

Pedro Marques, Rapporteur. – Senhor Presidente, Comissário, obrigado pelas palavras e obrigado sobretudo aos colegas que intervieram. Gostaria de dizer que o mais importante talvez seja a tão alargada unidade que demonstramos em prioridades que vão para lá da também tão importante simplificação do sistema de tributação e retenção na fonte. Exigimos, pedimos, consensualizamos medidas que têm a ver exatamente com este sistema comum de tributação na fonte ao nível europeu e que impeçam a saída de lucros, lucros esses gigantescos, da União Europeia em direção a paraísos fiscais, como os exemplos aqui trazidos pelo presidente da Subcomissão FISC, Paul Tang.

Agora que temos um acordo global para a tributação das empresas precisamos também de avançar de modo coordenado nesta direção. Comissário, como digo, para lá da simplificação, exigimos e pedimos coragem à Comissão nas propostas que aí vêm e exigiremos certamente dos membros do Conselho que sejam consequentes neste tempo em que vamos precisar de recursos para uma resposta justa à crise que temos pela frente.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 10. März 2022, statt.

19. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Der Präsident. – Ich habe Ihnen nun eine Mitteilung zu machen. Die Renew-Fraktion hat der Präsidentin einen Beschluss über die Änderung von Ernennungen in eine Delegation übermittelt. Dieser Beschluss wird im Protokoll der heutigen Sitzung veröffentlicht und tritt am Tag dieser Ankündigung in Kraft.

20. Bericht über die Unionsbürgerschaft 2020 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Yana Toom im Namen des Petitionsausschusses über den Bericht über die Unionsbürgerschaft 2020: Stärkung der Bürgerteilhabe und Schutz der Bürgerrechte (2021/2099(INI)) (A9-0019/2022).

Diese Aussprache findet, wie Sie schon wissen, unter geänderten Rahmenbedingungen statt.

Yana Toom, rapporteur. – Mr President, European citizens are one of the success stories of the European Union. It is proof that we are not just a group of countries, but a Union based on common values and principles. But every success must be protected and not taken for granted, such is the case with freedom of movement. The notion of a borderless Europe is second nature for hundreds of millions of Europeans, and yet so many of us have had an experience of the exact opposite when travel restrictions were imposed in the wake of the COVID-19 pandemic. These restrictions have had a significant negative impact on the lives of Europeans. In this House, we said before that any disruptions to the ease of internal movement should be proportionate to the risk caused by the pandemic and should be lifted as soon as it is deemed no longer necessary.

As the epidemiological situation takes a turn for the better in the majority of Member States, we must watch the situation carefully and take steps towards removing any restrictions that interfere with the freedom of movement. Having freedom of movement does not only mean that you are able to pass from one country to another without being checked on the border. The full enjoyment of this right means that any European can move to another Member State and start enjoying life in the new country. This means that there should not be discrimination based on nationality, that living in another country should not affect access to national services, that people should have a right to influence the decisions that affect them. It means that they should not be overburdened by arbitrary or even discriminatory administrative procedures. It means that they should not be subject to double taxation.

We must not forget that mobile Europeans face many different situations when living in another Member State. Same-sex marriages are not recognised in every Member State. Cross-border couples with children that go through a separation might be faced with court proceedings that are harder and more complex than those for regular couples. Cross-border and seasonal workforce is at the core of the European economic activity, but they aren't always treated in the best way. We have situations in some countries where mobile Europeans are not able to get national sickness insurance or a social security number, and this leaves them without access to a majority of that country's administrative services. All of these are areas we need to work on.

The Commission will soon release an updated version of the guidelines on the implementation of the Freedom of Movement Directive, and this is the perfect opportunity to address such challenges, and we call on the Commission to investigate these practices and to address them in the guidelines.

There are challenges as well with mobile citizens' electoral rights. Some Europeans that choose to move to another country are unfortunately left without the right of participation in elections. Their native Member State does not allow them to vote in elections as they have left the country and their host Member State does not allow them to vote in general elections as they are not nationals. And on top of that, they're being hindered in the voting in local elections by a combination of burdensome procedures. We simply cannot stand for this because our Union is based on democratic values that cherish universal suffrage. We have to ease the access to elections so that mobile Europeans should be able to vote or stand for local and European elections just as easily as locals, and we have to explore and expand the possibilities of remote voting.

We should also improve the participatory framework that allows Europeans to have a say in European law-making. In our committee we sometimes receive petitions which are better suited for the Ombudsman or Citizens' Initiative. This makes me think that Europeans might be confused about the participatory tool that they should be using. This could easily be solved by creating a single platform with access to all three, and better guidance on the appropriate tool.

Lastly, the European citizenship rights we are so proud of cannot make a difference if Europeans are not aware of them. That is why we must do more to inform people about their rights and we must promote political education on EU affairs.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, I would like to thank everyone who contributed to the EU Citizenship Report 2020. With the adoption of the EU Citizenship Report, the Commission has once again reaffirmed its attachment to the strengthening and promotion of EU citizenship rights.

Alongside peace, EU citizenship is one of the most significant achievements of the European project and is unique in the world. Today, as we are witnessing a brutal aggression taking place on our continent, we are once again reminded of the values of peace, democracy, human rights and the rule of law, and of the importance to place individual rights at the centre of our policies and of our actions.

We are a union of free citizens. Our guiding principles in the Citizenship Report are to empower all EU citizens and protect their rights, while safeguarding democratic values and the rule of law as a priority. Having this in mind, we have now embarked on the implementation of our commitments from the Citizenship Report. To that end, the Commission has established the following priorities, in particular strengthening democratic participation and citizens' empowerment, protecting and promoting EU citizenship, facilitating the exercise of free movement and simplifying daily life, and protecting EU citizens in Europe and abroad, including in times of crisis.

The future of European democracy depends on making sure citizens participate actively. We need to encourage civic and democratic participation in order to sustain and further develop open and inclusive societies. This is why the Commission notably proposed the new priorities and actions aiming to enhance democratic participation, empowerment and inclusion. This includes the proposal we made in November 2021 to update the rules on the voting rights of mobile EU citizens.

We also continue our efforts to protect the very concept of EU citizenship. The Commission's position is clear. European values are not for sale. As exchanged on this point yesterday, the Commission will continue its efforts to ensure that No Member States sell EU citizenship. Now, more than ever, the COVID-19 pandemic and the war in Ukraine are also highlighting the value of solidarity between Member States as well as individual members of society.

Jarosław Duda, w imieniu grupy PPE. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarko! Szanowni Państwo! Przede wszystkim, jako kontrsprawozdawca PPE, pragnę pogratulować Yanie Toom kompleksowego sprawozdania i podziękować za dobrą współpracę. Wielu obywatelom, zwłaszcza ludziom młodym, urodzonym w Unii Europejskiej, przywileje płynące z obywatelstwa wydają się oczywiste. Dopiero teraz, kiedy solidarnie wspieramy naszych ukraińskich przyjaciół, szukamy możliwości poprawy ich sytuacji, np. poprzez ułatwianie w przemieszczaniu się, zniesienie roamingu, pomoc w dostępie do rynku pracy, umożliwienie zamieszkania czy nauki w Unii Europejskiej.

Przywileje, z jakich korzystamy jako obywatele europejscy, są dostrzegalne i w pełni doceniane. O przyszłości Europy zdecydują ludzie młodzi. I to do nich trzeba dotrzeć z przekazem o ich prawach, o tym, że mają realny wpływ na to, w jakich kierunkach rozwijać się będzie Unia.

Przy tej okazji warto jednak przypomnieć o obywatelach, którzy wciąż napotykają bariery w korzystaniu ze swoich praw. Na przykład o osobach starszych, które często doświadczają marginalizacji w nowej cyfrowej rzeczywistości. O osobach bezdomnych, które nie potrafią przerwać zakłętego kręgu wykluczenia i izolacji. I wreszcie o osobach z niepełnosprawnościami, stale napotykających prawne, organizacyjne i fizyczne przeszkody w pełnym uczestnictwie w życiu społecznym.

Naszą ambicją powinno być, aby w kolejnych wyborach europejskich każdy obywatel mógł skorzystać ze swoich praw. Powinniśmy zapewnić każdemu obywatelowi dostęp do informacji, głosowania, debat, programów wyborczych w dostępnym dla niego formacie oraz prawo do głosowania i kandydowania w wyborach. To są podstawy europejskiej demokracji, z których jesteśmy dumni i których gotowi jesteśmy bronić.

Δημήτρης Παπαδάκης, εξ ονόματος της ομάδας S&D. – Κύριε Πρόεδρε, η ιθαγένεια της Ευρωπαϊκής Ένωσης είναι ένα από τα πιο απτά επιτεύγματά της και βρίσκεται στο επίκεντρο μιας κοινής ευρωπαϊκής ταυτότητας, με βάση την ισότητα και την απαγόρευση των διακρίσεων. Ως εκ τούτου είναι εξαιρετικά σημαντικό τα θεσμικά όργανα της Ένωσης να διασφαλίζουν ότι τα δικαιώματα που απορρέουν από την ιθαγένειά της δεν υπονομεύονται με κανένα τρόπο. Γι' αυτόν τον λόγο εισηγήθηκε την προώθηση κοινών κανονισμών για την παραχώρηση ευρωπαϊκής ιθαγένειας, που θα ισχύουν σε όλα τα κράτη μέλη, έτσι ώστε να σταματήσει ο αθέμιτος ανταγωνισμός στην παραχώρηση διαβατηρίων μεταξύ των κρατών μελών και χωρίς να κακοποιείται το πρόγραμμα.

Οι κάθε είδους διακρίσεις απασχολούν πολλές αναφορές πολιτών. Διακρίσεις λόγω φύλου, εθνικότητας, σεξουαλικού προσανατολισμού, γλώσσας, εθνοτικής καταγωγής. Σημαντικά προβλήματα αντιμετωπίζουν τα άτομα με αναπηρία στην καθημερινή τους ζωή, στον τόπο εργασίας, στην πρόσβαση σε ιατρική περίθαλψη και στην εκπαίδευση. Η απαίτηση των πολιτών της Ευρωπαϊκής Ένωσης για άσκηση των εκλογικών δικαιωμάτων τους, ακόμη και όταν διαμένουν σε άλλο ευρωπαϊκό κράτος μέλος, αποτελεί συχνό φαινόμενο αναφορών, καθώς το δικαίωμα ψήφου είναι ένα από τα σημαντικότερα δικαιώματα των πολιτών μας. Γι' αυτό θα πρέπει να εξασφαλίζουμε σε κάθε πολίτη το δικαίωμα να ψηφίζει σε όποιο κράτος της Ένωσης διαμένει.

Επίσης, η ελεύθερη κυκλοφορία αποτελεί μία από τις ισχυρές κατακτήσεις, καθώς παρέχει στους πολίτες μας την ευχέρεια να ταξιδεύουν, να σπουδάζουν, να δημιουργούν επιχειρήσεις, να εργάζονται και να ζουν αρμονικά σε άλλες χώρες της Ένωσης. Τα τελευταία έτη όμως έχει καταγραφεί αυξανόμενος αριθμός αναφορών που σχετίζονται με τα προβλήματα που αντιμετωπίζουν οι πολίτες σε σχέση με το δικαίωμά τους για ελεύθερη κυκλοφορία. Εύκολα λοιπόν αντιλαμβάνεται κανείς ότι θα πρέπει να προχωρήσουμε σε άμεση εξεύρεση λύσεων, χωρίς άλλες καθυστερήσεις, γιατί το θέμα συνδέεται άμεσα και με την ίδια την εικόνα της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Maite Pagazaurtundúa, *en nombre del Grupo Renew*. – Señor presidente, señora comisaria, todos estamos muy preocupados estos días. Yo, por eso, quiero dar especialmente las gracias a mi colega Yana Toom por el gran trabajo que ha realizado junto a los ponentes alternativos para este informe. Es muy importante este informe, aunque sean unas horas muy tardías de debate.

Hace tres años, a mí misma me tocó evaluar la implementación de la ciudadanía europea; por eso sé lo importantísimo que es. Todo lo que dijimos entonces, todo lo que se aporta ahora —que es un gran trabajo— es absolutamente necesario. Pero es que, además, los tiempos que estamos viviendo, la propia invasión rusa de Ucrania, han cambiado de golpe nuestra mirada sobre muchas de las cosas que antes mirábamos con incluso menos preocupación.

La ciudadanía europea se va a convertir en algo esencial, porque los europeos vamos a hacer frente, unidos, a cada amenaza y a cada chantaje. Por eso, reforzarla tiene todo el sentido; por eso, analizarla, como han hecho ustedes, tiene todo el sentido. Y se pide que les demos a los ciudadanos europeos un estatuto en el que se diga que lo son, que son ciudadanos y que, por serlo, tienen derechos adicionales, que, además, deben reforzarse.

Y es una historia de éxito: la ciudadanía europea nos une y nos identifica; y esa identidad democrática común para el siglo XXI es la que va a conseguir —como digo— que nos mantengamos a flote a pesar de las amenazas. Su naturaleza es ahora estratégica.

Y hoy, más que nunca, son las personas las que dan sentido a la Unión Europea. La cohesión del proyecto reside en la voluntad ciudadana de tener una Unión Europea fuerte y relevante a nivel geopolítico. Y, por eso, no podemos fallarles; por eso, es importante este informe de aplicación.

Nosotros podemos y debemos dar razones y más fuerza a los ciudadanos para defender nuestras democracias, poniéndolos en el centro del sistema político, como han hecho ustedes. Es muy importante, y hemos de tratar también la necesidad de dar todos los derechos necesarios a los apátridas.

Muchísimas gracias por el trabajo a la ponente y a los ponentes alternativos.

Tatjana Ždanoka, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, today we are discussing the EU citizenship report. Let's ask the following question: which notion describes the situation that is the opposite to the possession of citizenship? Your answer would be 'statelessness'. But this is not a complete answer because some stateless people are not actually stateless, while at the same time they are not citizens of any state. This interesting special status was invented in two Member States, Latvia and Estonia. The people are not stateless since the state issues them 'non-citizen' passports, granting protection abroad and the right to free return to the country. In fact, these people are being deprived of a number of political and social rights, and are second-class citizens of the country.

In 2004 the European Parliament resolution on the state of preparedness of Latvia for EU membership recommended that the authorities envisage the possibility of allowing non-citizens to take part in local government elections. It was a citation. Our non-citizens, making up 10% of the population, can now take part in municipal and European elections.

In the Petitions Committee we are trying to do our best. Petitions tabled by Latvian and Estonian non-citizens have been examined; we are implementing the recommendations on voting rights in our deliberation reports; special debates took place in this very same hemicycle in 2009, etc. The Commission has to react, finally, and the declaration approximating the equality of non-citizens with EU citizens in the whole sphere of EU competence is a solution. Such a solution will give a much bigger weight to this same notion of EU citizenship.

Gerolf Annemans, *namens de ID-Fractie*. – Voorzitter, collega's, het burgerschap van de nationale staten ligt mij nauwer aan het hart dan het grotendeels artificieel geconstrueerde burgerschap van de Europese Unie. De Europese Unie zou een vrijwillig platform van samenwerking moeten blijven en zij moet ophouden zich de gedaante van een gecentraliseerde staat te willen aanmeten. De vermelding in het links-liberale Duitse regeerakkoord dat de Europese Unie een zogenaamde federale bondsstaat Europa moet worden, is een ernstige waarschuwing.

Met uw EU-burgerschap kan u wel denken dat u vrijheden verleent, maar daar zit ook meteen de denkfout. Vrijheid wordt niet verleend. Het EU-burgerschap kan immers evengoed leiden tot een excessieve, gecentraliseerde greep op burgers.

Om die reden wil ik hier met klem protesteren tegen de plannen van de Europese Commissie om een digitale identiteit, een zogenaamde *digital wallet*, door te drukken. We hebben gezien tijdens de coronacrisis tot wat voor een onaanvaardbare controlemaatschappij wij op zo'n korte tijd waren uitgegroeid: een pasjesmaatschappij die burgers afhankelijk maakte van een gecentraliseerd digitaal groen licht om nog een vrije burger te mogen en te kunnen zijn. Dit zogenaamde "Covid Safe Ticket" werd op die manier de voorafbeelding van de controlemaatschappij naar Chinees model, waar vrijheid een beloning is die wordt toebedeeld aan burgers met het centraal door big brother bepaalde juiste gedrag. Vrijheid staat in die context niet meer onaantastbaar boven alles. Vrijheid wordt in die federale bondsstaat via een digitale *wallet* grootmoedig toegekend.

Het organiseren van de onvrijheid wordt door de Europese Unie op die manier gefaciliteerd. Corona was maar een voorproefje, een testfase voor de verdere afglijding. De Europese digitale identiteit is de bevestiging en de verankering van die controlemaatschappij. De ID-Fractie in het algemeen en mijn nationale partij Vlaams Belang in het bijzonder zullen zich daar met hand en tand tegen verzetten.

Ik doe een beroep op en een oproep aan de Commissie om dit project onmiddellijk en definitief stop te zetten, en anders aan de lidstaten om dit in de Raad van tafel te vegen.

Αλέξης Γεωργούλης, *εξ ονόματος της ομάδας The Left*. – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, θα ήθελα να ευχαριστήσω την εισηγήτρια Yana Toom για το σημερινό ψήφισμα, που θεωρώ ότι είναι ιδιαίτερα σημαντικό για τον Ευρωπαίο πολίτη. Βρισκόμαστε σε μία εποχή όπου τέθηκαν ζητήματα περιορισμού των ατομικών ελευθεριών λόγω της πανδημίας. Σε κάθε περίπτωση θα πρέπει να προσέξουμε αυτά τα έκτακτα μέτρα να μη γίνουν μόνιμα. Έχουμε την υποχρέωση να προστατεύσουμε όλα τα δικαιώματα που απορρέουν από την ιδιότητα της Ευρωπαϊκής Ένωσης, όπως είναι η ελεύθερη κυκλοφορία, η ελευθερία έκφρασης, πρόσβασης και ανταλλαγής πληροφοριών, καθώς και ο πλουραλισμός των μέσων ενημέρωσης, που αποτελούν κρίσιμα στοιχεία του κράτους δικαίου για κάθε Ευρωπαίο πολίτη. Θα πρέπει επίσης να ενθαρρύνουμε τη μεγαλύτερη δυνατή συμμετοχή του Ευρωπαίου πολίτη μέσω της χρήσης των συμμετοχικών εργαλείων, όπως είναι οι αναφορές, στη δημοκρατική διαδικασία της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Μόνο έτσι θα καταφέρουμε ο κάθε Ευρωπαίος πολίτης να μην αισθάνεται μόνος. Δεν αφήνουμε κανέναν πίσω.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I would like to thank you for this debate and assure you that the rights of EU citizens and their effective exercise remain in the centre of our work.

The opinion of citizens is well known. For them, EU citizenship is both about protecting our common values and principles, as well as delivering practical benefits and freedoms, allowing them to lead their lives more fully. And we must never lose sight of both of these dimensions.

And by the way, Mr Annemans, the COVID passport or COVID certificate saved at least 20 million jobs in the EU, in the tourism sector and in other related sectors, because thanks to this, people were able to travel and use these services in a more or less normal way. So, I cannot help it, this was practical and this was very much welcomed by the people. And also this is very much welcomed according to what the citizens are expressing and telling us in the Conference on the Future of Europe debates, but thank you for your opinion.

Honourable Members, your report and this debate is a valuable contribution to our implementation of the current report, as well as for our preparation for the next one. Let me thank you again for your contributions.

Yana Toom, *rapporteur*. – Mr President, I should like to thank the Commissioner, all the colleagues and of course all the shadow rapporteurs. I apologise that I didn't thank you in the very beginning, I did have a feeling that we are approaching the end. But in my closing remarks, I unfortunately have to address the letter sent this evening by a group of MEPs regarding tomorrow's vote, in particular with a concern that we are aiming to give stateless people and long-term residents the same rights as EU citizens. Let me underline on the European level, not intervening into citizenship policy of Member States.

This para says, for instance, that stateless people in the EU are not protected from discrimination under EU *acquis* and are not covered by the visa code. The authors of the letters are not concerned by that. Their concern is Putin, to whom, in their view, adoption of the report will give a platform to attack Estonia and Latvia.

Firstly, this is a problem not only in my home country and neighbouring Latvia, this is also a problem, for instance, of Roma people in many different Member States. Secondly, I believe that bringing Putin into this discussion is absolutely unacceptable and shows very poor understanding of the problem.

We are speaking about Europeans, we are speaking about people who are living in Europe for decades, we are speaking about taxpayers. The number of petitions received by our committee on this issue, number of signatures collected in different Member States to support minorities clearly shows that these people rely on Europe. They do not rely on Putin. They rely on us. So please let us show that the words we are so often using in this House, 'nobody is left behind', actually are true.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 10. März 2022, statt.

21. Aussprachen über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Bekanntgabe der eingereichten Entschließungsanträge): siehe Protokoll

22. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

23. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

24. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

25. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll

26. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

27. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Der Präsident. – Die Sitzung ist damit insgesamt geschlossen und wird morgen, Donnerstag, 10. März 2022, um 9.00 Uhr wie angekündigt mit der Bekanntgabe der Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde von heute wieder aufgenommen. Die Tagesordnung wurde veröffentlicht und ist auf der Website des Europäischen Parlaments verfügbar.

28. Schluss der Sitzung

(Die Sitzung wird um 21.45 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5694

26.9.2024

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 10. MÄRZ 2022

(C/2024/5694)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2022-2023

Sitzungen vom 8. bis 10. März 2022

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	4
3. Transparenz- und Verwaltungsstandards – die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit nach der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 (Aussprache)	4
4. Erste Abstimmungsrunde	11
5. Transparenz- und Verwaltungsstandards – die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit nach der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 (Fortsetzung der Aussprache)	12
6. Das Erfordernis einer ambitionierten EU-Strategie für nachhaltige Textilien (Aussprache)	14
7. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	26
7.1. Die Lage von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern in Mexiko	26
7.2. Myanmar/Birma ein Jahr nach dem Putsch	33
7.3. Zerstörung von Kulturerbe in Bergkarabach	39

Inhalt	Seite
8. Tagungskalender des Parlaments – 2023	47
9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	47
10. Wiederaufnahme der Sitzung	48
11. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	48
12. Zweite Abstimmungsrunde	48
13. Wiederaufnahme der Sitzung	48
14. Ein systematischer Ansatz der EU in Bezug auf chronische Nierenerkrankungen (Aussprache)	48
15. Wiederaufnahme der Sitzung	55
16. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse	55
17. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll	55
18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	55
19. Petitionen: siehe Protokoll	55
20. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll	55
21. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	55
22. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll	55
23. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll ...	55
24. Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll	55
25. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	56
26. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte	56

Inhalt	Seite
27. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	56
28. Schluss der Sitzung	56
29. Unterbrechung der Sitzungsperiode	56

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 10. MÄRZ 2022

SĒDI VADA: ROBERTS ZĪLE

Priekšsēdētājas vietnieks

1. Eröffnung der Sitzung

(Sēde tika atklāta plkst. 9.00.)

2. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Sēdes vadītājs. – Sākšu ar vakardienas otrās balsošanas rezultātu paziņošanu.

(sēdes vadītājs nolasa balsošanas rezultātus)*

*Sīkāku informāciju skatīt protokolā.

Pirms pāriesim pie debatēm, saskaņā ar Reglamenta 59. panta 4. punktu vēlos dot vārdu A. Moretti sakarā ar to, ka komitejai iestāžu sarunām tiek nodots atpakaļ S. Bonafē ziņojums par baterijām un bateriju atkritumiem.

Alessandra Moretti, deputising for the rapporteur. – Mr President, following the vote on the amendments, on behalf of the rapporteur Ms Bonafè, I would like to request referral back to committee pursuant to Rule 59(4), in order to start interinstitutional negotiations.

Sēdes vadītājs. – Par šo pieprasījumu tiks balsots pēc balsošanas par Komisijas priekšlikumu šodienas pirmajā balsošanā.

3. Transparenz- und Verwaltungsstandards – die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit nach der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 (Aussprache)

Sēdes vadītājs. – Nākamais darba kārtības jautājums: Komisijas paziņojums — Pārredzamība un administratīvie standarti — pamatojoties uz Regulu (EK) Nr. 1049/2001 iesniegtu publiskas piekļuves pieprasījumu apstrāde (2022/0578(RSP)).

Vēlos atgādināt deputātiem, ka nevienās šīs sesijas debatēs nebūs brīvā mikrofona procedūras un netiks pieņemtas zilās kartītes.

Turklāt tāpat kā nesenajās sesijās ir paredzēts organizēt attālinātas uzstāšanās no Parlamenta vietējiem birojiem dalībvalstīs.

Vēlos arī atgādināt, ka sēžu zālē arī turpmāk būs jāuzstājas no centrālās tribīnes. Tāpēc aicinu jūs sekot līdzi runātāju sarakstam un doties pie centrālās tribīnes, kad tuvojas jūsu uzstāšanās laiks.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Mr President, thank you for the possibility to speak on transparency and administrative standards. As you know, transparency is one of the underlying principles of this Commission.

The transparency obligation embraces several areas. One is public access to documents, but there is also legislative transparency and transparency of relations of the Commissioners, members of Cabinets and Directors General with interest representatives. The interinstitutional agreement on a mandatory transparency register ensures greater transparency of the relations of institutions with interest representatives. The Commission proactively publishes a wide variety of legal, policy, administrative and other documents on different websites and registers. Many are available on the register of Commission documents, the register of delegated and implementing acts, and other corporate registers on EUR-Lex.

Last year, the Commission released a new version of the register of Commission documents featuring additional search functionalities, an improved user interface and the proactive publication of new document types. In the second phase of this project, the Commission will integrate the register of Commission documents with other Commission registers, thus gradually transforming it into a single entry point for Commission documents. The regulation concerning public access to documents lays down the general principles and limits to the right to public access to documents, and provides the means of redress available against the final decision of the institution, a complaint to the European Ombudsman or an action before the Court.

I would like to draw your attention to the two legislative proposals for recast of this regulation tabled by the Commission and which have been pending for a long period. The Commission does not see, for the moment, a willingness on the part of the co-legislators to engage in a revision process on the basis of these proposals, and we remain fully ready to support further legislative and political discussions. If there is no prospect for any further progress on these files, the Commission is also ready to propose their withdrawal again and come with a new, updated and holistic proposal adapted to the developing realities of the 21st century, also considering the case law and the Ombudsman's recommendations.

In the meantime, the Commission is regularly analysing its administrative practice. For example, currently we are working to develop a new portal and new IT tools. With this new portal and IT systems for submitting and handling requests for access to Commission documents – Electronic Access to European Commission Documents, that's the name of the system – citizens will be able to submit their initial and confirmatory requests, see their ongoing and closed requests, receive replies electronically with no need for notification, search for documents disclosed to other applicants, manage their personal data, and so on. The system is expected to go live by mid-2022 — so, very soon.

The statistical data for access to documents show a high level of transparency, as full or partial access is granted to a vast majority of the requested documents. The Commission receives a high number of requests for access to documents. Concretely, 8 001 initial and 309 confirmatory applications were received in 2020, more than for any other institution. Transparency is thus part of the daily business of all Commission departments.

The statistics from 2020 show that requests for documents by citizens were fully or partially granted in 81% of the initial cases. Wider, or even full, access was further granted in more than 37% of the cases reviewed at the confirmatory stage. This proves that the Commission takes transparency very seriously.

The preliminary data from 2021 that will be presented in the forthcoming Commission Annual Report on Public Access to Documents confirm this positive trend, as well as the high interest on the part of the general public to obtain access to documents held by the Commission in the areas related to the pandemic and the Recovery and Resilience programmes. This data shows the commitment of the Commission to the right of access to documents as part of its overall transparency policy, including in the unprecedented pandemic situation. With regard to the transparency of the purchase of the vaccines against COVID-19, the Commission proactively published the advance purchase agreements with pharmaceutical companies. We are also preparing a response to the European Ombudsman recommendation on the European Commission's refusal to grant public access to the text messages exchanged between the Commission President and the CEO of a pharmaceutical company on the purchase of a COVID-19 vaccine. The Commission will provide a response by the deadline of 26 April 2022.

Tomislav Sokol, u ime kluba PPE. – Poštovani predsjedavajući, povjerenice, kolegice i kolege, transparentnost demokratskog sustava od ključnog je značaja jer omogućuje građanima sudjelovanje u donošenju odluka. Transparentnost čini okosnicu svih europskih politika, a među njezinim najvažnijim elementima je pravo građana da zatraže i dobiju pristup dokumentima kojima raspolažu europske institucije.

U načelu, svi dokumenti institucija trebali bi biti dostupni javnosti. No s druge strane, s određenim dokumentima bi zbog njihova veoma osjetljivog sadržaja trebalo postupati na poseban način. U tom kontekstu, određene javne i privatne interese treba posebno zaštititi putem izuzeća, što je i predviđeno u sklopu Uredbe o javnom pristupu dokumentima institucija EU-a.

Institucije imaju pravo, kad je to potrebno, zaštititi svoja savjetovanja i konzultacije da bi osigurale provođenje svojih zadaća. Trenutni pravni okvir Uredbe o javnom pristupu dokumentima institucija je generalno zadovoljavajući, ali moramo se dodatno pobrinuti da se odluke donose na što otvoreniji način i na razini što je moguće bližoj građanima.

Otvorenost omogućuje da građani još aktivnije sudjeluju u procesu odlučivanja i jamči da administracija uzima veću legitimnost te da je učinkovitija i odgovornija prema građanima EU-a. U tom smislu mislim da treba pohvaliti Komisiju generalno za transparentnost nakon svih ovih brojki koje smo čuli danas.

Naravno, kad je riječ o transparentnosti, puno se govorilo o zajedničkoj nabavi cjepiva. Istaknuo bih da se tim postupkom ubrzao proces razvoja i dostupnosti cjepiva, a Unija je ostvarila bolji pregovarački položaj te smo dobili više cjepiva pod boljim uvjetima i za bolju cijenu. Također, zajedničkom nabavom izbjegnuto je nadmetanje među državama članicama čime je manjim i slabije razvijenim državama omogućen jednak pristup cjepivu i mislim da se doista taj cijeli postupak može okarakterizirati kao uspjeh.

Naravno, u slučaju bilo kakvih nejasnoća i sumnji – sve što postoji treba razjasniti, ali bez dovođenja u pitanje cijelog postupka i ja doista željno iščekujem da Komisija pruži odgovor na ove dileme vezane uz SMEs-ove.

Na kraju, istaknuo bih da je Europska unija na čelu s Komisijom napravila ono najvažnije: uspješno odgovorila na ovu pandemiju. Osiguran je jednak pristup cjepivu svim europskim građanima te je time poslana snažna poruka zajedništva i solidarnosti na razini Europe.

Evin Incir, on behalf of the S&D Group. – Mr President, at the heart of democracy lies transparency, because without transparency, there is no accountability. Let me quote the President of the Commission, Ursula von der Leyen, herself, back in 2019: 'If Europeans are to have faith in our Union, its institutions should be open and beyond reproach on ethics, transparency and integrity'. Yet in 2020, the words seem to still be just words, because if the true will would have been there, we wouldn't have needed to call for a debate to demand access to what should have been an obvious thing to do. Be open with the Commission President's conversation with Pfizer's Chief Executive, regardless of if they are done via text message, email, letter or even pigeons.

The Commission President could have transformed her words from 2019 into actions in 2020 in order to pave the way for all our Union's institutions and constituted a role model for the Member States, but instead, she chose the opposite.

Being an advocate for rule of law and democracy means understanding the importance of public access to documents. This is because in a functioning democracy, the public power requires the trust of the people. Public access enables the citizens to exercise control over the administration. Public access allows for civil society and journalists to exercise their fully-fledged scrutiny over society and its functions.

By allowing transparency, we build citizens' trust and confidence, and we combat undemocratic ideas and powers. There is a clear link between a high degree of transparency and a low level of corruption. This is because transparency allows us to detect corrupt practices and prevent it.

Public access to information means preventing corruption and creating trust. To achieve trust is truly a challenge for a Union with approximately 450 million citizens in 27 Member States. This is important and something we must be mindful of because transparency is only resisted when governments see it as a threat and transparency is only a threat when we have something to hide.

The Lisbon Treaty clearly demands more transparency in the EU, and especially so in legislative procedures. Transparency is what citizens have the right to demand and what the EU has a duty to deliver.

The time is now to update the Union's legislation on access to documents. The current legislation is two decades old and needs a thorough makeover to provide our citizens with their fundamental rights.

Sophia in 't Veld, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, transparency is essential for accountability, and accountability is the cornerstone of democracy.

Now, the Commission pledges allegiance to transparency and indeed we have laws in place, but we all know that the practice is an entirely different one. And I happen to be a veteran of access to document requests, and I can tell you the Commission and the Council are actually not practicing a culture of transparency. They go out of their way to avoid transparency.

And it's not only the Commission and the Council. If you look at Frontex, which is not only refusing access to documents but then making applicants pay for expensive external lawyers that they've hired. And then we also see that the European Council is taking over more and more of the legislative work of the Council so that a growing chunk of decision-making is moving back into the black box.

Now, let's get to the case at hand here. The European Commission has its own wrong interpretation of the transparency regulation, and this is not me considering that, this is considered maladministration by the European Ombudsman, and the European Ombudsman knows a thing or two about transparency. Yesterday, a Dutch newspaper called *Follow the Money* disclosed internal papers from the Commission Legal Service and other services that show that the Legal Service had already warned against the Commission interpretation of the transparency regulation, saying that the definitions were insufficiently precise. So the Commission knew, but it chose to ignore those warnings. If we cannot trust the guardian of the treaties to be open to scrutiny, if the guardian of the treaties is deliberately, knowingly misinterpreting the transparency rules, how can we trust them?

There's been the case of the text messages exchanged between President von der Leyen and Mr Bourla. And I think it is high time that President von der Leyen confirms if they have been deleted, yes or no. And to those who start to hyperventilate about the confidentiality of commercial negotiations, you should know the Transparency Regulation, OK? I recommend everybody reads it because the fact that those messages are considered a document officially, doesn't mean that they will automatically have to be published, but they must be open to requests for access.

If the President doesn't feel that she is accountable to the public and to this House, I would like to know how we can trust the Commission to manage the spending of EUR 450 million on weapons in the near future. I'm all in favour of the military support to Ukraine, but I also think that strict scrutiny is in order. President von der Leyen also happens to have a past as Defence Minister, where she ran into the same trouble with an exchange of messages that she deleted, so she should have known better.

Incidentally, I think President von der Leyen should have been here. There seems to be a pattern of avoiding debates where awkward questions may be asked. I think that is a contempt for democracy, it's a contempt for Parliament.

But one last remark. We should do also more as a Parliament. We cannot outsource parliamentary scrutiny to the European Court of Justice or to the Ombudsman or the Court of Auditors. We have to hold the Commission to account.

Daniel Freund, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Kommissarin Jourová, ich sehe, Sie haben Ihr Handy griffbereit und wahrscheinlich heute schon Dutzende Nachrichten geschrieben. Wie bei uns allen ist das Handy 24 Stunden mit dabei. Ich hoffe, es ist auch bei der Kommissionspräsidentin 24 Stunden am Tag griffbereit, denn schließlich muss sie ja erreichbar sein.

Wie wir alle hier im Haus, jeder Einzelne von uns, nutzt die Kommissionspräsidentin ihr Handy, um ihr Team zu kontaktieren, wichtige Gedanken auszutauschen, um Politik zu machen. Und wir wissen ja schon, dass sie es auch benutzt hat, um den Kauf von Impfstoffen für 450 Millionen Europäerinnen und Europäer zu organisieren und damit deren Leben zu verbessern.

Das, was auf dem Telefon von Frau von der Leyen passiert, ist Politik, und gleichzeitig behauptet jetzt der Juristische Dienst der Kommission, dass Kurznachrichten „prinzipiell keine wichtigen Informationen über die Politik, die Aktivitäten oder Entscheidungen der Kommission“ enthalten. Dann kann ich also nur davon ausgehen, dass das Handy ausschließlich für *Candy Crush* benutzt wird.

Ich glaube das nicht. Der Zugang zu Dokumenten ist eines der zentralen Grundrechte jedes demokratischen Systems. Es kann nicht sein, dass Journalistinnen und Journalisten fadenscheinige Begründungen bekommen und abgewimmelt werden. Es kann nicht sein, dass die Kommission selbst die Empfehlung der Bürgerbeauftragten ignoriert. Und es kann nicht sein, dass der Zugang zu zentralen Dokumenten schon wieder dadurch verhindert wird, dass Ursula von der Leyen SMS löscht.

Lassen Sie uns endlich Transparenz schaffen darüber, was auf den Telefonen der Kommissare passiert.

Alessandro Panza, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, signora Commissaria, signora Presidente della Commissione europea, onorevoli colleghi, la trasparenza per chi ricopre un ruolo istituzionale di così alto livello non solo è un dovere amministrativo e soprattutto etico, ma anche la garanzia del proprio buon operato, che può essere così sgombro da illazioni, dubbi o fraintendimenti. Se poi l'oggetto di questa scarsa trasparenza fosse la più grossa crisi che l'Europa e le sue istituzioni si sono trovate ad affrontare, la chiarezza diventa un imperativo irrinunciabile. Forse è proprio questo lo spirito con cui il Mediatore europeo che, interpellata sull'accesso al testo di alcuni SMS che lei avrebbe scambiato con il CEO di Pfizer, ha ribadito, cito: «l'accesso ai documenti UE è un diritto fondamentale».

Purtroppo dall'inizio dell'emergenza Covid ci sono stati diversi momenti in cui la Commissione ha mancato di trasparenza e ogni volta che ciò accade la sua credibilità viene incrinata. Pensiamo a quando si scoprì per caso, grazie a Wikileaks, che la Commissione finanziava il laboratorio di Wuhan e solo grazie a un'interrogazione del nostro gruppo la stessa Commissione ha dovuto ammettere che quel laboratorio non era ottemperante alla documentazione richiesta, oppure quando quest'Aula ha chiesto fortemente di poter vedere i contratti di acquisto dei vaccini anti-Covid con le principali case farmaceutiche mondiali, salvo poi vedersi consegnare dei documenti in larga parte censurati.

Presidente, noi siamo convinti della sua buona fede nell'affrontare una crisi politica e sociale mai vista e che ha richiesto uno sforzo politico incredibile, ma non possiamo lasciare spazio a dubbi, ed è per questo che la questione dei cosiddetti SMS non è solo per sapere se ci sono o cosa contengono, ma devono essere lo strumento per dimostrare che la Commissione è al di sopra di ogni sospetto, affinché nessuno possa speculare, travisare sulla mancanza di trasparenza oppure, peggio, pensare che qualcuno anteponga gli interessi commerciali, magari con la Cina, agli interessi dei cittadini europei.

Signora Presidente, lo dobbiamo alle vittime del Covid, lo dobbiamo alle famiglie che hanno subito e stanno subendo le conseguenze sanitarie ed economiche della pandemia, lo dobbiamo a tutti i cittadini europei.

Concludo, Presidente: si dice sempre che questa è la casa dei cittadini europei, ebbene, allora che sia una casa di vetro e inondata di luce, dove non ci sia mai spazio per nessuna ombra.

Marc Botenga, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, nous avons tous entendu la médiatrice parler de mauvaise gouvernance. Et nous avons découvert autre chose: non seulement pendant les négociations entre «Big Pharma», Pfizer et la Commission européenne, la présidente de la Commission européenne envoyait des petits SMS au PDG de Pfizer, mais en plus, plus elle envoyait des SMS, plus le prix augmentait. En effet, on paye maintenant plus cher la troisième dose que la première dose. Ça, c'est quand même louche. Vous envoyez des SMS pendant les négociations et le prix augmente. L'objectif devrait quand même être le contraire.

On s'est donc demandé est-ce que, potentiellement, la Commission européenne n'était pas en train de nous arnaquer, est-ce qu'elle n'était pas en train d'organiser un hold-up sur la sécurité sociale en filant ses sous à des amis de Big Pharma, de Pfizer, etc. Des citoyens se sont alors souvenus – effectivement, cela a été dit –, de ce règlement qui permet de demander l'accès public aux documents (c'est-à-dire que chacun des citoyens que vous êtes censés représenter peut demander l'accès à des documents, quel qu'en soit le support, qu'ils soient sur papier ou stockés sous forme électronique), et c'est ce que des citoyens ont fait. Et vous, vous avez répondu. Et vous avez répondu quoi? Non, désolé, on a effacé peut-être, parce que cet accès du public ne vaut pas pour des messages qui sont éphémères ou de courte durée.

Je le concède, c'est bien trouvé. C'est cyniquement brillant: en effaçant une information, elle devient éphémère, et puisqu'elle est éphémère, vous avez le droit de l'effacer. Écoutez, c'est bien trouvé. C'est, quelque part, une master class de mauvaise foi que vous avez donnée. Nous ne saurons probablement jamais ce qu'il y a dedans. Nous devons revoir les règles, bien sûr, mais les meilleures règles ne servent à rien si vous n'avez pas l'intention de les appliquer, d'en respecter l'âme et la finalité.

En fait, ce que vous dites aux gens – et je trouve que c'est grave –, c'est qu'on ne peut peut-être pas vous faire confiance et que les institutions européennes vont finalement trouver l'entourloupe pour éviter toute transparence. Et ça, ça va se payer cash.

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Mr President, transparency and public access to documents is at a low level in Europe. The Corona crisis, unfortunately, showed us that very clearly. It failed with regard to the purchase agreements for COVID vaccines.

Why cannot we, as MEPs, have access to the purchase agreements? First, it was in a committee: we in the ENVI Committee had a chance to see the agreements but were not allowed to scan, copy, take a photo or tell anybody about it. This is ridiculous and was a humiliation of Members of the European Parliament.

Then it was really published, but it was published in a redacted version, leaving everything important covered in black ink. At the end there were text messages between the CEO of Pfizer and the President of the Commission, and even the European Ombudsman had to take action on this.

One could get the impression, from the media, that they are more in a friendly relationship than in a professional one. Instead of being a role model, the Commission is clearly mocking the citizens.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, dámy a pánové, dovolu mi několik slov k tomuto tématu. Od obecné debaty o transparentnosti dokumentů Evropské komise jsme přešli ke konkrétní kauze. Já chci nejprve poděkovat paní místopředsedkyni za úvod, kdy jasně popsala snahu Komise o to, aby některé procesy byly transparentní, zavedení a posílení veřejného portálu atd. Ale to téma nakonec stejně sklouzlo k dojednávání smluv o vakcínách proti COVID-19 a o případných SMS zprávách zástupce Komise s výrobcí. Za mě to není tak o transparentnosti tento problém, ale vůbec o politické kultuře. Já si myslím, že debata nemá být o tom, jestli SMS zprávy vysokého politika, který dojednává kontrakt s nějakým výrobcem, mají či nemají být veřejné. Já si myslím, že takové SMS zprávy vůbec nemají být, pokud tedy byly. Takové kontrakty se mají dojednávat transparentně v jasných dokumentech při oficiálních jednáních a ne skrze nějaké SMS zprávy.

Osobně si nemyslím, že je nutné uvažovat o nějaké změně právní úpravy, to nařízení z roku 2001 i s vymezením výjimek je podle mě dostatečné. Otázka je opět v aplikaci. Já si myslím, že pokud jsou výjimky z transparentnosti, pak je Komise má vykládat restriktivně, nikoliv extenzivně. V tom vidím možná ten rozdílný přístup. Vedle kauzy, která zde byla zmiňována, mě jako zástupce České republiky se týká kauza našeho bývalého premiéra, kde probíhal audit, který právě nebyl zveřejněn s odkazem na tyto výjimky, byť část odborníků si myslela, že ten audit má být právě ve veřejném zájmu zveřejněn. Takže opět je zde otázka oně restriktive výkladu výjimek. Myslím si, že v kauze českého premiéra právě byl extenzivní výklad výjimek a že to zkrátka nebylo správně využito. Říkám to takhle obecně, nechci z toho dělat politiku, ale bavíme se o tom, jak je v praxi nařízení z roku 2001 aplikováno.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, commissaris, laat me eerst zeggen dat het halverwege dit debat duidelijk mag zijn dat een grote meerderheid in het Parlement de interpretatie van de Commissie over de toepassing van de transparantie niet volgt, dat we er op een heel andere manier naar kijken en dat het duidelijk moet zijn dat we daar verandering in willen zien. En ik wil de *case* die voor ons ligt toch nog even duiden, omdat die heel erg goed aantoont waar het hier over gaat.

We weten – in de pandemie – dat er voor de Commissie geen bevoegdheid is op het gebied van publieke gezondheid, en tóch heeft zij gehandeld. En dat heeft de volle steun van dit Parlement gekregen. Als zij niet had opgetreden rond de vaccinaankopen, dan hadden we vaccinongelijkheid binnen de Europese Unie gezien, en dat zou bijzonder slecht geweest zijn.

Het nadeel van het feit dat we die bevoegdheid niet hebben, is dat er te weinig parlementaire controle geweest is op het onderhandelen van die contracten. En dan – en dat maakt het extra pijnlijk – is er iets gebeurd, met name dat het beleid verpersoonlijkt is. Er waren heel erg veel persoonlijke contacten, onder meer met Commissievoorzitter Von der Leyen en de CEO van Pfizer.

En ik heb al heel lang een heel ongemakkelijk gevoel, want we hebben dan wel geen vaccinongelijkheid gehad binnen de Europese Unie, maar we hebben immens grote vaccinongelijkheid in de wereld gehad. En de *Pfizers* van Europa en de grote big pharma, ook in de Verenigde Staten, hebben zich echt achter die brede rug van de Europese Commissie kunnen verschuilen in de patentdiscussie. Ik heb het ongemakkelijke gevoel dat er daar dingen beloofd zijn die de buitenwereld niet mag weten. Maar misschien vergis ik mij. Misschien vergis ik mij, en daarom is het zo ontzettend belangrijk dat alle documenten, inclusief het sms-verkeer, worden blootgegeven.

En u weet, deze week is er ook een speciale commissie goedgekeurd om te evalueren wat er tijdens het coronabeleid gebeurd is: de goede dingen, de minder goede dingen. En we gaan – ik beloof u dat – als Parlement tot op de bodem van dit verhaal. Wat is er daar afgesproken tijdens die onderhandeling?

Tilly Metz (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, voilà plus de 20 ans que le règlement sur la transparence est entré en vigueur. Deux décennies plus tard, la pratique de garantir l'accès du public à des documents est désormais, certes, a priori établie, mais ce règlement doit être révisé et adapté à la réalité d'aujourd'hui, où la communication se fait à travers des canaux multiples, sans nécessairement laisser de trace.

Ainsi, il convient de responsabiliser l'administration européenne en ce qui concerne ces nouveaux supports, afin de garantir des pratiques et des procédures transparentes, élément clé de la démocratie. Ce règlement doit s'appliquer sans exception à tous les organes de l'Union européenne. Aussi aura-t-on besoin d'une nouvelle définition, beaucoup plus large, de ce qu'est un «document», pour s'adapter à l'air du temps.

Il s'agit ici d'une question de gouvernance et de confiance, surtout quand l'argent du contribuable est en jeu. Et cette pratique ne doit pas être négligée en temps de crise, lorsque la Commission signe des contrats avec des entreprises pharmaceutiques où l'intérêt supérieur des citoyens et des citoyennes doit prévaloir sur des intérêts purement commerciaux.

Virginie Joron (ID). – Monsieur le Président, chers collègues, Madame la Présidente de la Commission, je regrette tout d'abord l'absence de la présidente von der Leyen. Mais je suis heureuse de pouvoir vous transmettre, de la part de mes concitoyens français, des questions autour de la transparence, ou plutôt de l'opacité, qui entoure vos actions.

La COVID-19 a créé un univers hors droits sous couvert d'urgence. La transparence, surtout quand on touche à la santé de nos enfants, c'est fondamental. Et jusqu'à présent, on ne peut pas dire que cela soit la vertu de la Commission. Des milliards d'euros pour des milliards de doses de vaccins commandées aux «Big Pharma» alors qu'ils sont encore au stade de l'étude clinique et que leur efficacité est remise en question. Le scandale de l'achat du médicament remdesivir – que je n'oublie pas – par votre Commission, aurait pourtant dû vous alerter. Un milliard d'euros pour le laboratoire Gilead, pour 500 000 doses de ce traitement, alors qu'en même temps des résultats négatifs étaient publiés pour celui-ci. Dans votre stratégie de vaccination mondiale, vous avez envoyé des vaccins AstraZeneca rejetés ou périmés, dont des milliers de doses ont dû être détruites par le Nigeria.

Ferez-vous toute la lumière sur ces échecs? Pourquoi des pages entières de ces contrats d'achat de vaccins sont-elles cachées? Ces clauses grisées portent notamment sur l'absence de responsabilité des labos en cas d'effets secondaires indésirables. Pourquoi de telles clauses d'irresponsabilité? Pourquoi avoir caché le prix des doses? Qui va payer les effets secondaires indésirables? Pourquoi la Commission européenne s'entête à ne pas transmettre au médiateur européen les échanges de SMS entre le PDG de Pfizer et la présidente de la Commission européenne?

À M^{me} la présidente von der Leyen, qui est absente: ne demandez pas aujourd'hui aux États membres de réfléchir à une obligation vaccinale, quand on est incapable de répondre à toutes ces questions.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Mr President, we are discussing today a very important topic that concerns a very fundamental general principle of the EU institutions, namely transparency.

Trust between citizens and the institutions depends on transparency and how it's practiced. It is central that all institutions function in a transparent manner, according to the regulation that embodies the rules on public access to the documents of the institutions. That ruling is called Regulation (EC) 1049/2001.

Of course, means of communications have changed since then. There is an urgent call to look if that is still unclear, and I think the strong message from the Ombudsman, who accused the Commission of maladministration, is a need to change the situation. So, important content can be a text message and can be something else.

But of course, in real life, there are situations when information cannot be disclosed, but even then, these situations need to be well justified and based on EU law, not wrong predictions.

Eleonora Evi (Verts/ALE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quando si parla di soldi pubblici la trasparenza è un dovere, eppure siamo nel 2022 e abbiamo un regolamento vecchio di vent'anni, a causa soprattutto del blocco opposto dai governi europei in Consiglio, e ancora in UE persistono casi di grave mancanza di trasparenza.

Io parlo del progetto ferroviario ad alta velocità Torino-Lione e degli 813 milioni di euro di soldi pubblici per finanziarlo. CINEA, che è l'agenzia incaricata, continua a negare l'accesso alle informazioni sul finanziamento, richiamando l'eccezione prevista dal regolamento sulla sicurezza pubblica, senza dare però valide motivazioni. Oltre al danno quindi la beffa, perché oltre al devastante impatto ambientale di un progetto scellerato, ai cittadini viene negato il legittimo diritto a verificare che i beneficiari dei soldi pubblici li impieghino rispettando gli obblighi previsti.

Io, quindi, chiedo alla Commissione di far luce su questa inaccettabile situazione, perché il diritto all'accesso ai documenti costituisce uno dei pilastri fondanti dell'assetto democratico della nostra società.

(Debates tika pārtraukta.)

4. Erste Abstimmungsrunde

Sēdes vadītājs. – Pirms turpināt debates, tātad atklāšu šodienas pirmo balsošanu.

Balsosim par darba kārtībā norādītajiem dokumentiem.

Balsošana notiks no plkst. 9.45 līdz plkst. 11.00.

Tiks izmantota tāda pati balsošanas metode kā iepriekšējā balsošanā.

Visi balsojumi notiks pēc saraksta.

Paziņoju, ka pirmā balsošana ir atklāta.

Jūs varat balsot līdz plkst. 11.00.

Un pirmās balsošanas rezultāti tiks paziņoti plkst. 13.00.

5. Transparenz- und Verwaltungsstandards – die Behandlung von Anträgen auf Zugang der Öffentlichkeit nach der Verordnung (EG) Nr. 1049/2001 (Fortsetzung der Aussprache)

Sēdes vadītājs. – Turpinām debates par Komisijas paziņojumu — Pārredzamība un administratīvie standarti — pamatojoties uz Regulu (EK) Nr. 1049/2001 iesniegtu publiskas piekļuves pieprasījumu apstrāde (2022/0578(RSP)).

Joachim Kuhs (ID). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, werte Kollegen! Wir reden heute über ein zentrales und wichtiges Thema: die Transparenz allen Verwaltungshandelns innerhalb der EU-Institutionen. Da finde ich es wirklich beschämend, dass Ihre Chefin, Frau von der Leyen, nicht anwesend ist.

Denn der Elefant im Raum sind nicht die Transparenzregeln, über die wir uns sicher einigen könnten. Der Elefant im Raum ist das Verhalten von Frau von der Leyen im Rahmen ihrer Pflichten bei der Impfstoffbeschaffung, und da möchte ich doch darum bitten, dass Sie ihr ausrichten, dass es wirklich nicht so gehen kann. Wir brauchen hier die absolute Transparenz über dieses Verhalten und über das, was tatsächlich passiert ist.

Denn es geht nicht nur um die Impfstoffbeschaffung. Es geht darum, was sie über die gefährlichen Impfstoffe wusste, über die Gefährlichkeit, über die Impf-Nebenwirkungen, die schon in den Versuchen bei der Erprobung von Pfizer selbst festgestellt worden sind. Es gibt dort zigtausende Impfschäden, und deshalb muss das auf den Tisch.

Hier brauchen wir absolute Transparenz, und es ist meine Bitte, dass Sie Frau von der Leyen einen Brief, den ich ihr vorhin übergeben wollte, mitgeben und ihr dann sagen, dass es mir leidtut, dass sie heute nicht hier war.

Milan Brglez (S&D). – Gospod predsednik! Predsedujoči, hvala za besedo, spoštovana komisarka, kolegice in kolegi. Transparentnost ali preglednost je temelj evropske demokracije. Iz tega načela izhaja pravica evropskih državljanov do dostopa do dokumentov evropskih institucij, ki je utemeljena tako v Pogodbi o delovanju Evropske unije kot v listini temeljnih pravic.

Znotraj tega bi izpostavil zlasti dostop do okoljskih migracij. Ker je Evropska unija dolžna po mednarodnem pravu to zagotavljati, ker je pogodbenica Aarhuške konvencije. Tudi zaradi vojne v Ukrajini danes bistvena elementa človekove varnosti predstavljata okoljska in podnebna varnost, zato je krepitev demokratizacije in preglednosti v okoljskih zadevah tudi naš prispevek k spoštovanju človekovih pravic.

Zato močno podpiram revizijo uredbe o dostopu javnosti in s tem tudi priporočilo evropske varuhinje človekovih pravic, ker nam to predstavlja možno zapolnitev vrzeli v naši demokratični ureditvi in vladavini prava. Če se je kdaj, se je tukaj in zdaj potrebno boriti za naše vrednote znotraj in navzven. Če z njimi, bomo kot Evropska unija skupaj obstali, ali pa nas več ne bo.

Gerolf Annemans (ID). – Voorzitter, collega's, u zal zich herinneren hoe Hillary Clinton destijds met haar e-mailwan-beheer serieus in de problemen kwam. Wat toen als conclusie naar voren kwam, is het volgende: iedereen met grote verantwoordelijkheden – zeker politieke verantwoordelijkheden met belastinggeld – is verplicht zorgvuldig en zonder geheimdoenerij te handelen.

De Europese Commissie beseft te weinig wat voor diepgaand effect is uitgegaan van de coronacrisis op de burgers. Een van de vele als schandaal aan gevoelde effecten is – naast de laattijdige en daarna nutteloze vrijheidsbeperkingen – dat de vaccincontracten eens ze openbaar werden, onleesbaar bleken te zijn gemaakt omwille van een zogenaamde geheimhoudingsplicht.

Gelukkig, door een vergissing van een Belgische staatssecretaris die de prijzen van de vaccins in een Twitterberichtje plaatste, kennen we de prijsverhoudingen tussen de vaccins. Pfizer, waarmee de voorzitter van de Commissie naar een verklaring van Pfizerbaas Bourla zelf “een diepe vertrouwensband had gecreëerd”, blijkt de op een na hoogste prijs te hebben.

Dat de persoonlijke berichtjes tussen die beiden, zoals de Commissie nu als verweer aanvoert, slechts “efemeer” van aard zijn, overtuigt natuurlijk niet. In uw hooggeplaatste bubbel en in uw elektrische limousines beseft u de woede niet van de mensen die nog het liefst van al zouden willen dat de Europese Commissie zélf efemeer, van voorbijgaande aard, zou blijken te zijn.

Annalisa Tardino (ID). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo qui oggi per un motivo semplice quanto importante: i cittadini meritano di conoscere la verità sull'ingente trattativa che pare essere avvenuta tramite uno scambio di messaggi tra la Presidente von der Leyen e l'amministratore delegato della Pfizer, relativa alla fornitura all'UE del vaccino anti-Covid.

La risposta delle istituzioni all'indomani del diffondersi del virus è stata forte nella lotta allo stesso e oggi possiamo parlare di un quasi ritorno alla normalità, nonostante siano stati commessi molti errori a tutti i livelli.

Ma una cosa è certa, l'emergenza non può giustificare zone d'ombra né il mancato rispetto delle regole. Non può nemmeno giustificare il dubbio. Il dubbio che il diniego della Commissione dinanzi alla richiesta di accesso agli atti possa nascondere altro. Siamo quindi qui per fare luce su quanto accaduto, seguendo anche le indicazioni del Mediatore europeo, che ha deciso di aprire un'indagine.

Vedete, non c'è potere senza responsabilità e non ci può essere responsabilità senza potere.

Oggi non si parla solo di uno scambio di messaggi, ma della violazione di un principio, quello della trasparenza dell'azione della Commissione. E la replica della Commissione, secondo cui questo tipo di comunicazione non sarebbe rilevante, è tanto debole quanto sospetta. Come ha ricordato il Mediatore, è il contenuto che conta e non la forma utilizzata.

Per questo chiediamo alla Commissione di rispondere del proprio operato: lo deve a noi ma lo deve *in primis* ai cittadini che hanno affrontato questa pandemia con sacrifici e il loro rispetto delle regole.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Mr President, I am sure that President von der Leyen is following this debate, but on the other hand, I think I am the right person to address it here today because I am paid to work on the transparency of the Commission. So that's why I am glad to be here and to be allowed to listen to your debate and also to be able to answer, which I want to do now.

I agree with Ms Incir, who said that without transparency there is no accountability. I myself used this sentence so many times when we were discussing and negotiating the transparency register. And, believe me, the Commission was the one that was pushing for as strong transparency as possible because, from what I heard, it was the other two institutions that were saying how we should be more careful, not be so open, that we have to be operational, not publish documents during trilogues, and so on. So I don't agree with Sophia in 't Veld when she says that the Commission is not trustworthy enough. I have been working in this institution for many years now, and I can see that there is a high level of support for the maximum possible transparency. So we will work with the Parliament and the Council to do better, because I agree with those of you who said that there is a lot of room for improvement. I will come to this because this is the debate about one case, and also systemic matters relating to the way in which we communicate and enable access to documents.

On the ad-hoc case, the text messages, I have to say that in times of crisis, indeed, when you are an executive body and you have the burden of responsibility on your shoulders, you have to be operational; you sometimes have to engage in personal communication; you have to be fast. As for the burden of responsibility, well, we can discuss it, whether we should have done what we did: we invested in vaccine research; we invested a lot in having common procurement and, as you said, the EU has very little competence in the field of health care. In spite of that, President von der Leyen took the risks and she engaged heavily, days and nights, in guaranteeing the early delivery of the vaccines to the European people, and I admire her for this work. I think that in this case, she is the role model, not the other way around. You may not see her as a role model of transparency but I see her as a role model for taking her responsibility seriously and acting quickly and in an efficient way.

As for what Mr Annemans said, that the Commission acted in an ephemeral way, well if that had been the case we would not have had the people vaccinated in Europe. So I'm sorry but I have to look at this case also in context and the real nature of the situation, and this was at the peak of the COVID-19 crisis. But this case is not closed, and I said before that we are preparing an answer to the Ombudsman with a deadline of 26 April, and we will give all of the information necessary to reply to the Ombudsman's requests.

On the systemic side, so let's make an agreement to increase the system, or improve the system, of access to documents in all three institutions – in the Commission, Parliament and Council. You know well that we have the legislation from 2001 and you said it here many times that the rules need to be modernised. I agree 100%. When we started in COVID times with purely online communication, not face to face, and with a lot of telephone diplomacy, I felt myself that this was a new way of communicating and was something which should be reflected also in how transparent we are. So I agree that we need to reflect in new rules that there are modern channels and modern ways of communication, and that should be our new interpretation of the exemptions which Mr Pospíšil called for. There should be a new, precise definition of what constitutes a document. I agree with all that.

So, my question to you is whether you will unblock the situation around the directives, which were prepared to update the rules from 2001, and whether we will be able to withdraw the legislation which is pending and prepare new rules. We are working on them. And if this will not be possible for all the institutions, we are determined to come with new internal rules for the Commission. And as I said many times before, I don't want to wait because I am really convinced that we have to modernise the rules and reflect also the new technological reality.

So this is my call for cooperation with the Parliament to push things forward where they should be pushed, in the interest of higher transparency and better access to documents.

So I wanted to be concrete in my answer, also to confirm that I am aware that we should do better, and I am ready to cooperate.

Sēdes vadītājs. – Debates ir slēgtas.

6. Das Erfordernis einer ambitionierten EU-Strategie für nachhaltige Textilien (Aussprache)

Sēdes vadītājs. – Nākamais darba kārtības jautājums: Komisijas paziņojums — Nepieciešamība pieņemt ES ilgtspējīgu tekstilizstrādājumu stratēģiju (2022/2539(RSP)).

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Mr President, the textiles sector has major effects on our climate and our environment and, in fact, textiles consumption is one of the top four supply-chain pressures on resource use, land use, water and greenhouse gas emissions. As a value chain, it places huge pressure on biodiversity. Many hazardous chemicals are still used in textile products and a considerable share of the microplastics released into the environment can be traced back to the source. The sector also plays a crucial role to ensure the labour rights of workers in Europe and abroad.

Worst of all, the trends are moving in the wrong direction. We throw away clothes faster than ever before, and we use them for ever shorter periods of time. Most of them end up in landfill or incineration. Around the world, less than one percent of all textiles are now recycled into new textiles. We need to encourage and support the sector to do better.

In the EU, it employs 1.5 million people in more than 160 000 companies, most of which are SMEs. In 2019, the annual turnover was EUR 162 billion. When we talk about textiles, we are talking about everything from the automotive and agriculture sectors to home furnishings, clothing and medical equipment. The largest share of our textiles consumption is fashion. We are a major destination for textiles and garments. In 2019, the EU was the second largest global importer of clothing and, in the first 15 years of this century, world production of textiles more or less doubled. The consumption of clothing, footwear and household textiles happening in Europe creates the most impact in other regions of the world, where the majority of production takes place. For textile supply chains, the pandemic brought considerable disruption and many citizens realize that the sector needs radical change.

As all other sectors, textiles needs to build back better. We need to help the sector to do that. We need to build in more circularity and sustainability, and that's vital to address climate change, to help win the fight against pollution and to reduce the pressure on nature and reverse biodiversity loss. We need to do it while preserving and creating growth and decent jobs, respecting human rights.

At the end of this month, as announced in the circular economy action plan, the Commission will adopt an EU strategy for sustainable and circular textiles. It will be a strategy to strengthen innovation and reduce the environmental footprint, a strategy to boost the market for sustainable and circular textiles, a strategy for increasing textile reuse and repair, boosting circular business models and addressing fast fashion, and a strategy that can also boost the competitiveness of sustainable textiles industries. Social aspects, including working conditions, will also be considered.

The strategy builds on extensive consultations and input from stakeholders, who supported its development through thematic workshops and online public consultation. At its heart is a new approach to design. We want textiles to be more durable, recyclable and easier to reuse, repair and upgrade. That way, we reduce the consumption of resources, we extend the lifespan of textile products and we boost the recovery of valuable materials and components at the end-of-life stage. It means better material efficiency, a reduced environmental footprint and a longer textile-usage life. Acting at the design phase makes it easier to choose materials free of hazardous substances and made of recycled fibres. It also means that microplastics can be designed out of the process.

For all these reasons, textiles will also be a key value chain in the upcoming sustainable product initiative. As promised in the European Green Deal, we are acting to ensure that sustainable products become the norm. It is part of our drive for a climate-neutral Europe by 2050, but more sustainable and circular design alone will not be enough. We need to reduce consumption altogether, in particular in the fashion sector.

That's why we find it especially important to boost the uptake of new business models. These include, for example, more circular models like reuse, resale, repair on demand, manufacturing and product as service. In our sustainable product initiative, we will propose another powerful tool, which will be useful for textiles, the digital product passport, which will improve access to information about product characteristics. That way, all economic actors can make decisions that are better informed. It will enable better transparency and traceability for the value chain, which is particularly important for textiles. Action on the supply chain needs to be coupled with initiatives to empower consumers, and that's why the Commission is also preparing a legislative proposal on green claims in order to fight greenwashing and to ensure that claims are based on reliable, verifiable and comparable information. We aim to present that later this year.

We also need to take into account the international dimension. What we do internally also has an impact on operators in partner countries, and that's why our strategy ambition is, together with our partner countries, to tie sustainable and circular textile value chains globally. Also important for the textile value chain is the legislative proposal on corporate sustainability due diligence recently adopted by the Commission. It comes with a corporate sustainability due diligence obligation to prevent and mitigate actual adverse impacts for sustainability.

When it comes to achieving our social, environmental and climate goals, the textile sector plays a pivotal role. But to play that pivotal role, the sector needs to change. The strategy we are presenting will help drive that change. It means new ways of doing business, different patterns of production and consumption, products that are durable and repairable, and citizens who care, refashioning and sharing the textiles they wear.

It's time to redefine the textile economy in Europe and with our partner countries. We are counting on the support of the European Parliament and we look forward to your views on the strategy we propose. With citizens, youth and stakeholders working together, it's time to rethink the structure of textiles. It's time to refashion fashion.

PRESIDENZA DELL'ON. PINA PICIERNO*Vicepresidente*

Christian Ehler, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, Commissioner, to be honest, I don't believe a word. We have been announcing that for years. It had been this Parliament strengthening the research programme, doubling the challenge for the creative industries, for innovation. We are facing a transitional phase where clothing is not just about sustainability and new textiles. We are going to a world where fibres will change the consistence of textiles. It will be related to health, to information, to the digital world, to a lot of other things. But we hear announcements. We hear announcements. We hear announcements.

There's still no transition pathway which had been announced by the Commission as part of the 14 ecosystems, where you described the textile industry as one of the 14. There is no transition pathway. There is no strategy. There are just an announcements. And yet another referred that what we share to sustainability. But it is just another administrative nightmare you're describing. This industry is hit. We have been losing one million jobs before the pandemic, another 500 million within the pandemic, and the Commission is waiting. For two and half years you could have done calls in the research programme. We have EUR 2.3 billion for the creative industry. We have a new powerhouse and you are announcing, and you're announcing, and you're announcing. And this sector, yes, has to change. And this sector is up for potential for the future. That's one of the European USPs. That is what Europe can do where fashion is leading, where a young generation is interested, but instead, announcement, and another administrative nightmare.

So go to action, not announce, you would have had two and a half years, tons of money in the research programme to start innovation products. Not a single one.

César Luena, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, vaya de entrada que yo sí me he creído las palabras del comisario.

El consumo de ropa, calzado y textiles para el hogar en la Unión Europea supone el uso, señorías, de 675 millones de toneladas de materias primas cada año, es decir, una media de 1,3 toneladas por cada ciudadano de la Unión Europea al año. El sector textil ejerce la segunda mayor presión sobre el uso de la tierra y es el quinto sector en emisiones de carbono procedentes del consumo doméstico. Y un dato más: la industria textil usa 53 000 millones de metros cúbicos de agua cada año. Y, ¿saben dónde acabarán al final el 73 % de todos los textiles? Pues en vertederos o incinerados.

Por tanto, necesitamos una estrategia ambiciosa que contribuya a la sostenibilidad y circularidad del sector y a crear las condiciones e incentivos necesarios para la resiliencia, para la competitividad, más aún, sobre todo, tras la crisis de la COVID.

Necesitamos una estrategia que aumente la esperanza de vida útil de los productos textiles, que garantice que estos puedan ser fácilmente reutilizados o al menos reparados, que aborde también la prevención, la divulgación y la trazabilidad de la utilización de sustancias químicas peligrosas en las cadenas de valor del sector textil.

Y, por último, necesitamos una estrategia que impulse el consumo de textiles reciclados, que deje atrás ese modelo empresarial lineal. Podría ser también una oportunidad para gravar el uso de recursos vírgenes por parte del sector textil. Una estrategia que haga que la industria textil de la Unión sea responsable de su papel en el mundo, pues gran parte de las presiones derivadas de nuestro consumo de textil se dan fuera de nuestras fronteras.

Por tanto, el sector textil debe ser circular. No basta con que las marcas promuevan algunas colecciones hechas con materias sostenibles. Es insuficiente mientras siguen vendiendo miles de productos baratos con un enorme impacto medioambiental y climático.

Por tanto, la circularidad debe significar una reducción radical del impacto ambiental de la industria. El objetivo principal de la nueva estrategia debe ser finalmente contribuir a la reducción de la producción de productos textiles, que es lo que decía el comisario. Necesitamos mejores materiales que sean menos tóxicos y que duren más, señorías. Es decir, ropa reutilizable, reciclable. Pero esto debe ir acompañado de una reducción general de la producción.

Esta es una estrategia deseada, necesaria. Yo lo que le pido a la Comisión es que sea ambiciosa, que incluya todas las medidas legislativas necesarias que permitan la transformación del sector, porque creo que todos compartimos que no podemos dejar pasar esta oportunidad.

Ulrike Müller, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Textilien sind einer der größten Treiber unseres Rohstoffverbrauchs. Die globale Textilindustrie steht an fünfter Stelle bei den CO₂-Emissionen, in etwa auf Augenhöhe mit der Automobilwirtschaft.

Auf dem Weg in eine klimaneutrale Kreislaufwirtschaft ist es deshalb notwendig, dass wir uns mit einer nachhaltigeren Textilwirtschaft beschäftigen. Allerdings zentrieren sich die Ankündigungen bisher hauptsächlich auf Wiederverwendung, Recycling und Reparierbarkeit, Herr Kommissar.

Die Logik ist klar. Die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs ist ein großer Hebel für effizientere Nutzung. Dabei wird aber der zweite große Hebel bisher weitgehend außer Acht gelassen – die Förderung nachhaltiger Materialien. Die gängigen Textilien haben große negative Auswirkungen auf Landnutzung und Umwelt. Baumwolle, die für 43 % aller Textilien steht, braucht viel Land und Wasser, Dünger und Pflanzenschutzmittel. Die Produktion findet größtenteils in Ländern statt, in denen mit deutlich niedrigeren Nachhaltigkeitsstandards produziert wird als in der EU. Polyester wird aus fossilen Rohstoffen gewonnen und ist eine Quelle für Mikroplastik, das in Gewässer gelangt.

Ich möchte heute Ihren Blick, Herr Kommissar, auf die Wälder lenken. Sie haben das Potenzial, einen substanziellen Beitrag zu nachhaltigen Textilien zu leisten. Textilien mit aus Holz gewonnener Zellulose haben derzeit einen Anteil von weniger als 10 %. Das *European Forest Institute* rechnete vor, dass eine Erhöhung dieses Anteils auf etwa 50 % realistisch ist. Dank des drei- bis fünfmal geringeren CO₂-Fußabdrucks im Vergleich zu Baumwolle und Polyester können damit Emissionen in einer Größenordnung von mehr als 400 Millionen Tonnen eingespart werden.

Diese Beispielrechnung macht deutlich, dass die Strategie zu kurz greift, wenn sie nicht auch Rohstoffe für Textilien stärker in den Blick nimmt. Ich hoffe sehr, dass die Kommission dieses Potenzial nicht liegen lässt.

Anna Cavazzini, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele von uns haben wahrscheinlich Berge an Kleidungsstücken zu Hause liegen, die wir manchmal gar nicht mehr benutzen.

Aber was passiert denn mit dieser Kleidung? Die Zahlen sind wirklich vernichtend. Weltweit wird weniger als 1 % der Kleidung recycelt, aber immer mehr produziert, verkauft, gekauft. Und das ist wirklich interessant: Wir reden inzwischen nicht mehr von *fast fashion*, sondern von *superfast fashion*.

Der ökologische Fußabdruck ist gigantisch. Der textile Sektor – und das wurde gerade schon gesagt – verursacht ein Zehntel der weltweiten CO₂-Emissionen. Alleine für die Herstellung eines T-Shirts brauchen wir 2700 Liter Wasser. Davon würde ein Mensch zwei Jahre seinen Durst stillen können.

Die Textilbranche steht außerdem wie kein anderer Sektor symbolisch für die Wegwerfgesellschaft und die Ungerechtigkeit in der globalen Wirtschaft. Wir kennen doch alle die Bilder von Arbeitern und Arbeiterinnen – ja, vor allem sind es Frauen –, die dicht gedrängt an den Nähmaschinen sitzen. Kein Tageslicht, stattdessen Akkordarbeit. Und solange die Konzerne in letzter Minute schlecht bezahlte Aufträge erteilen oder diese wieder stornieren, bleiben die Arbeitsbedingungen prekär.

Diese Probleme zeigen, dass eine Strategie für nachhaltige Textilien die ökologischen, aber auch die menschenrechtlichen Probleme adressieren muss. Die Textilstrategie – das haben auch viele Kolleginnen und Kollegen heute gesagt – darf eben nicht nur über Ankündigungen und schöne Worte reden, sondern es müssen auch konkrete gesetzliche Regelungen auf den Weg gebracht werden. Wir brauchen auch für die Textilien eine echte Kreislaufwirtschaft auf unserem Binnenmarkt, längere Haltbarkeit, wirksame Reduktionsziele für den Materialverbrauch und für die Emissionen und außerdem hohe Sammelquoten und endlich mehr Wiederverwertung und mehr Recycling!

Es muss für die Verbraucherinnen und Verbraucher deutlich werden, wie groß der ökologische Fußabdruck der Jeans oder der Jacke ist, die sie kaufen. Und dafür brauchen wir einen elektronischen Produktpass, der genau darüber informiert, und ich bin froh, Herr Kommissar, dass Sie das angekündigt haben.

Ein letzter Punkt: Es gibt bereits eine Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken im Agrar- und im Lebensmittelsektor. Ich finde, solch eine Regel ist unbedingt auch für den Textilsektor nötig.

Pietro Fiocchi, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I fully agree with the position of the Commissioner. There are unluckily two major problems regarding the textile sector. They are very technical. Number one is the colouring of the textile, which is on one side strongly regulated by the Workers' Safety Regulation, the Environmental Emissions Regulation and so on, but on the other side is still a problem. We need funds and we need research centres so that we can change 2 000 years of history.

The other problem is the release of micro- and nanoplastics. And for this, we do not have a technical solution to filter and take out this nanoplastic from the water that goes into the sea and then gets eaten by the fish and then we eat them. Now, of course, I would like to see on these funds to find a solution about this. Reduction of artificial textiles is a solution but it is not the only solution. I would like to see a full economic, social and technical assessment of a more stringent regulation on the textile sector, because otherwise we are going to kill a very important economic thing.

On the positive side, we do have all the social media platforms that are trading in used clothing which are reducing the number of clothes going to the landfills.

Last but not least, I really do not understand the politically correct approach in opposition to natural fibres and to natural material like leather and fur. They are natural, they last longer than the artificial stuff, they do not contain microplastic. So are we defending the environment or the animals?

Helmut Scholz, *im Namen der Fraktion The Left*. – Frau Präsidentin! Herr Kommissar, ich habe Ihnen genau zugehört: Wir wollen, wir müssen, wir brauchen. Seit drei Jahren warten wir darauf, dass die Kommission das Versprechen ihrer Präsidentin umsetzt und eine Strategie – wirklich eine Strategie – für nachhaltige Textilien vorlegt. Diese Industrie beschäftigt weltweit Millionen von Menschen unter zumeist ausbeutenden Bedingungen. Die Produktionsmethoden verbrauchen und verschmutzen Unmengen von Wasser. Die Zahlen sind genannt in der Debatte.

Ein großer Teil dieses Unrechts versorgt nur den Überfluss in den reicheren Staaten der Erde. Neues Zahlenbeispiel: Jede Europäerin und jeder Europäer konsumiert im Schnitt 26 Kilogramm Textilien pro Jahr und wirft davon elf Kilogramm weg. Wenn die Kommission die im Grünen Deal gesteckten Nachhaltigkeitsziele erreichen will, muss nun endlich mal etwas Konkretes kommen.

Wir brauchen ein Recht auf würdige Arbeit entlang der Lieferketten. Wir brauchen eine rechtsverbindliche Verantwortung der Unternehmen in Europa, Umweltverbrechen in der Produktion zu verhindern. Wir brauchen eine Begrenzung der Gesamtmenge an Textilien, die zu vergünstigten Zöllen in die EU importiert werden darf. Wir brauchen eine Förderung von Recycling im Textilsektor – konkret, verbindlich.

Hinken Sie deshalb nicht länger dem Wunsch der Bevölkerung, dem Fortschritt hinterher. In den europäischen Städten des fairen und ethischen Handels, Gent und Malmö, boomt besonders die Nachfrage nach – in diesem Sinne – sauberen Textilien. Wenn die EU-Kommission endlich handelte, dann diene das auch dem Schutz von Unternehmen und Beschäftigten, die innerhalb und außerhalb der EU zu besseren und fairen Bedingungen produzieren.

Pernille Weiss (PPE). – Fru formand! Kære kolleger, kære kommissær. Lige nu forbereder jeg Europa-Parlamentets forslag til en absolut nødvendig revidering af affaldstransportforordningen. Den skal nemlig have cirkulær økonomi ind i sit DNA, og digitalisering skal afløse det gammeldags papirnusseri, der spænder ben for et harmoniseret og bæredygtigt indre marked for transport af affald. Også tekstilaffald – som vi har alt, alt for meget af i EU og i verden omkring os. Derfor byder jeg Kommissionens initiativ til en strategi for bæredygtige tekstiler velkommen. Men jeg er også enig med kollega Ehlers og kollega Fiocchis utålmodige kritik. For udfordringen er stor, og den er nødvendig, for kun 1 % af klodens tøj genanvendes til nyt tøj. 1 %! Og undervejs i tekstilernes alt for lineære liv bruges der enorme mængder af vand. Alt for meget vand. Og råvarer. Og energi. Det går simpelt hen ikke længere!

Desuden ligger der faktisk enorme forretningsmuligheder for EU i at løse netop disse problemer, som ingen i verden endnu har fundet løsningen på. Tekstilbranchen er jo i forvejen enorm. 160 000 små og mellemstore virksomheder og 1,5 mio. arbejdspladser alene i EU. Det vil sige, at EU kan – og skal, hvis vi vil – vise resten af verden hvordan. Tekstilbranchen er i den grad global. Det giver gode muligheder for at vise vejen frem og derigennem styrke den europæiske konkurrencedygtighed og teknologiske førerposition. Derfor er det også vigtigt, at vi går systematisk og ambitiøst til opgaven. Vi skal finde nye produktionsmetoder og processer, nye design og nye materialer. Vi skal forske, og vi skal understøtte innovation meget mere. Og så skal vi give det indre marked en rusketur, så hele værdikæden i tekstilbranchen – fra designeren til forbrugeren – sætter klima og miljø i centrum på en reelt bæredygtig måde. Ja – nødvendigheden og mulighederne er enorme. Det er forventningerne også til Kommissionens udspil. Denne gang: skuf os endelig ikke.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, il grande cambiamento della sostenibilità sta investendo tutti i settori produttivi, oltre che il nostro modo di vivere, di muoverci e di lavorare. E per questo anche il settore produttivo deve essere accompagnato, il produttivo relativo al tessile deve essere accompagnato in questa trasformazione, e dico volutamente accompagnato, perché qui si tratta di fare insieme delle strategie pubbliche e anche di avere un'iniziativa privata adeguata, insomma, di lavorare insieme per correggere comportamenti e scelte sbagliate e non più sostenibili e, nello stesso tempo, trarre tutte le opportunità che questo settore può offrire.

È un settore... per questo, signor Commissario, lamentiamo veramente la mancata presentazione da parte della Commissione di quella strategia che era stata promessa. Dicevo, è un settore che ha una grandissima valenza, non solo come volume produttivo e come peso nella produzione, ma anche come valorizzazione delle nostre capacità creative, pensiamo a quanti giovani, a quanti giovani talenti della creatività e dell'arte lavorano nella moda, e anche come valore commerciale, perché ci sono volumi di consumi e di distribuzione in tutto il mercato europeo molto molto significativi, oltre che, naturalmente, extraeuropeo.

Allora, conosciamo i punti della sostenibilità relativi alle materie che vengono utilizzate e alle sostanze nocive, è stato detto, e citate dai colleghi precedentemente, che vengono impiegate nei processi produttivi, e poi riguardano tutta la parte relativa allo smaltimento e al riciclo all'insegna dell'economia circolare. Questi temi li conosciamo, io voglio toccare due aspetti però, che spesso stanno un po' sullo sfondo ma che, secondo me, sono altrettanto importanti.

A proposito della fase finale del ciclo di vita, soprattutto nel *fast fashion*, c'è tutto un grande volume, diciamo, di prodotti che vengono mal raccolti e mal smaltiti, ma c'è anche un'esigenza, una grande possibilità di dare uno sbocco a tutto l'ambito delle ONG e del volontariato che questi indumenti recuperano e immettono nel mercato della donazione e della solidarietà. Per l'Europa questo è un capitolo importante, se diciamo che anche la solidarietà sociale è un tratto distintivo della nostra economia; allora qui dobbiamo avere regole che facilitano, invece oggi le regole impediscono una corretta canalizzazione degli indumenti in questo mercato.

Infine, la *due diligence*, che è stata citata. Io penso che, come europei, noi dobbiamo essere responsabili di tutto ciò che consumiamo, anche se non lo produciamo qui, e di ogni prodotto, di ogni merce dovremmo chiederci da dove viene, come è stata estratta o prodotta, che catena c'è di controllo di tutto il processo di diffusione, di arrivo in Europa, e poi anche come ci lavorano: in quel prodotto, parlo proprio del tessile, hanno lavorato bambini, hanno lavorato lavoratrici, donne schiave, per esempio come in Bangladesh, che vivono chiusi in certi capannoni e non possono neanche tornare a casa la sera.

Insomma, io penso che queste domande fanno parte della nostra responsabilità europea; il settore tessile deve diventare un esempio, anche di *due diligence*.

Marie-Pierre Vedrenne (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, assurer des chaînes d’approvisionnement justes socialement et responsables écologiquement ne peut rester une exception, et de nombreuses initiatives volontaires ont été pionnières: standards Fairtrade, pacte sur la durabilité, lignes directrices de l’OCDE, principes directeurs de l’ONU. Des actions déterminantes, bienvenues, mais insuffisantes pour installer des changements durables et en profondeur dans les chaînes de production mondiale du secteur du textile.

L’Union européenne reste avant tout une puissance normative. Elle a le devoir de fixer des normes environnementales et sociales élevées pour façonner la mondialisation de demain. Après deux reports et plus d’un an et demi de préparation, la Commission présente sa proposition sur le devoir de vigilance raisonnable des entreprises. C’est un véritable pas pour changer la mondialisation. Nous ne devons plus transiger. Nous devons nous assurer que toutes les entreprises – grandes, moyennes, petites – remplissent leur part du contrat au service du respect des droits fondamentaux, du progrès social, de la protection de l’environnement.

Le secteur du textile mérite une attention particulière. Nous avons besoin d’une stratégie propre pour assurer que les vêtements que nous importons, que nous portons, ne sont pas le fruit du travail forcé, du travail des enfants ou de la destruction de l’environnement. Et cette stratégie, elle doit aller de pair avec la création d’un instrument interdisant l’importation de biens, notamment dans le textile, produits par le travail forcé. C’est une question de crédibilité de la défense de nos valeurs et c’est l’unique moyen pour ne plus cautionner les pratiques chinoises avec la minorité ouïgoure.

Alice Kuhnke (Verts/ALE). – Fru talman! Textilsektorn har en stor påverkan på klimat, miljö och mänskliga rättigheter. Just därför behöver vi regler och riktlinjer för hur vi minskar all den negativa påverkan som i dag är ett faktum.

Vi har försökt påverka kommissionen att presentera ett helhetsgrepp, vilket också är det som branschens aktörer kräver. Vi har gjort allt vi kan för att ni ska komma med bindande förslag, inte fortsatt hålla dörren öppen för godtycklighet. Vi har lagt fram siffror och fakta om diskriminering och brott mot mänskliga rättigheter som finns i industrin och som vi skulle kunna ta steg bort ifrån.

Mina frågor till ansvariga kommissionären är följande: Kommer strategin att innehålla ett bindande klimatmål som inkluderar alla utsläpp från vår konsumtion? Kommer strategin att ta hänsyn till det faktum att vi drastiskt måste minska vår konsumtion och produktion av textilier? Hur då? Sätter ni mål för detta? Hur kommer ni att se till att jämställdhetsperspektivet integreras i alla led i hela värdekedjan?

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, a indústria têxtil é um dos ecossistemas mais importantes da Europa. Dezenas de milhares de empresas, na sua grande maioria pequenas e microempresas, dedicam-se a esta atividade que dá emprego a milhões de pessoas. Ao longo da história, a indústria têxtil europeia tem estado na vanguarda da inovação e da competitividade global. É um motivo de orgulho e um importante ativo europeu que a estratégia têxtil deve valorizar e ajudar a crescer ainda mais.

Todos sabemos que o setor terá de se transformar, que deve ficar mais verde, mais circular e sustentável, aproveitar em pleno uma digitalização e impulsionar a reutilização, reciclagem e redução de resíduos. Ao mesmo tempo, a estratégia têxtil deve criar um quadro positivo para o setor, um quadro que dê ênfase às competências, à tecnologia, à inovação, um quadro que reconheça a complexidade dos desafios que este setor enfrenta e enfrentou, nomeadamente no contexto da pandemia, que tenha em conta a complexidade da cadeia de valor, mas também que premeie a resiliência da indústria têxtil e todo o seu contributo ao longo da nossa história e o seu património e o seu legado.

Senhor Comissário, é hora de atuar para bem do setor e da competitividade da indústria europeia.

Agnes Jongerius (S&D). – Voorzitter, *sustainable, green, conscious, recycled polyester* ... Wanneer je door een kledingwinkel loopt, staan deze termen steeds vaker op etiketten en posters. En als je dan de winkel uitloopt met je aankoop in een gerecyclede plastic tas, voelt het bijna als verantwoord. *Bijna*, want die honderden certificaten die beweren groen te zijn, vallen in werkelijkheid eigenlijk bijna altijd tegen. Groen is het bijna nooit en de omstandigheden waarin mensen werken zijn van onbehoorlijk tot levensgevaarlijk zelfs, in sommige gevallen. En als we kijken naar wat mensen verdienen om te werken in zulke omstandigheden, dan zijn het zeker geen leefbare lonen. Niet in Zuidoost-Azië, niet in Europa of aan de randen van ons continent.

En deze uitbuiting achter een façade van nepduurzaamheid moet ten einde komen. Het is hoog tijd een einde te maken aan de wildgroei in de certificering die in de sector plaatsvindt. Het is eigenlijk gewoon valsspelen ten koste van wie wél fatsoenlijk wil doen, en ten koste van mens en milieu. Ik denk dat je niet anders kan zeggen dan dat iedereen hier de dupe van wordt. Zowel de consument die graag goed wil doen als de kleine opkomende fatsoenlijke alternatieven die weggeconcurrerd worden door de grotere merken met hun greenwashing. Ik denk dat het tijd is voor actie, actie tegen greenwashing, actie vóór een *sustainable sector*, waar mens en milieu van profiteren in plaats van er de dupe van te worden.

Svenja Hahn (Renew). – Frau Präsidentin, liebe Kollegen, Herr Kommissar! Verantwortungsvoller und nachhaltiger Konsum ist vielen Verbrauchern wichtig. Und dennoch hat sehr wahrscheinlich jeder von uns einen Pullover oder ein T-Shirt aus Zwangsarbeit im Kleiderschrank hängen, denn alleine 20 % der weltweiten Baumwolle kommen aus Chinas Zwangsarbeit-Region Xinjiang.

Als Konsumenten haben wir große Macht. Wir können einen Unterschied machen. Wir können aber nicht alle Verantwortung tragen. Dafür braucht es einen gesetzlichen Rahmen: die Textilstrategie.

Die Textilstrategie muss diesen fairen Rahmen setzen. Denn in einer globalisierten Welt ist auch Verantwortung global. Faire Spielregeln in einer sozialen Marktwirtschaft stärken verantwortungsvolles Unternehmertum und sortieren schwarze Schafe aus. Die Textilstrategie muss die weltweite Kreislaufwirtschaft voranbringen. Wir hören: *Reuse, recycle* und *reduce* ist das Credo. Denn die Textilbranche macht rund 10 % der weltweiten Emissionen aus, mehr als Flug- und Schiffsverkehr zusammen.

Die Textilstrategie und die Textilbranche müssen Menschenrechte endlich stärken. Die Textilstrategie muss ein Baustein im Kampf gegen Kinderarbeit und Zwangsarbeit sein. Die Textilstrategie muss deshalb auch eng mit dem Lieferkettengesetz verknüpft werden. Der Kommissionsvorschlag zum Lieferkettengesetz muss allerdings noch an einigen Stellen nachgebessert werden.

Liebe Kollegen, mit Kleidung verbinden wir vor allem Emotionen. Kleidung ist Wärme und Schutz, Kleidung ist Ausdruck unserer Persönlichkeit. Manche Kleidungsstücke sind besondere Erinnerungsstücke. Kleidung hat aber auch einen ökologischen und sozialen Fußabdruck. Und dem müssen wir mit der Textilstrategie endlich an den Kragen gehen.

Saskia Bricmont (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, vous l'avez dit, les impacts sociaux et environnementaux du secteur textile ne sont plus à démontrer. J'ajoute à la longue liste que vous avez déjà établie que les travailleurs y ont 60 % de risques en plus d'être victimes du travail forcé, que les femmes, majoritaires dans la main-d'œuvre de ce secteur, travaillent dans de piètres conditions pour des rémunérations indécentes – sans parler du travail des enfants –, qu'elles manipulent des substances chimiques dangereuses, parfois interdites, et ce sans protection. Et en tant que consommateurs, nous ignorons bien souvent qu'en portant ces vêtements, nous subissons nous aussi les effets des perturbateurs endocriniens et d'autres substances nocives pour la santé et pour l'environnement.

Réguler le secteur textile est donc une des clés de la réalisation du pacte vert européen et des objectifs de développement durable. La stratégie européenne pour le textile durable doit drastiquement réduire l'empreinte écologique et sociale du secteur et, surtout, s'appliquer à toutes les entreprises – toutes, y compris les PME, qui constituent majoritairement ce secteur. Malheureusement, la directive sur le devoir de vigilance des entreprises ne le fait pas, vu qu'elle se limite aux plus grandes multinationales.

Par ailleurs, pour réellement avoir un effet, la stratégie doit être complétée par des outils qui doivent être adoptés pour le secteur textile, comme l'interdiction de l'importation de produits issus du travail forcé, mais aussi l'interdiction de substances chimiques nocives.

La demande citoyenne est forte. Il est grand temps d'y répondre.

Maria Spyra (PPE). – Madam President, the new strategy for sustainability in the fashion industry should, first of all, address the needs of consumers. Nowadays, consumers are becoming more conscious of the impact of their clothing choices. In this regard, we have to support measures to implement minimum reparability requirements, minimum ecodesign standards for stress resistance and lifetime of products and components, and ban the use of hazardous chemicals and materials in clothing and textile products.

It is time to act now. It is time because textile consumption in Europe helped to leverage the fourth highest impact on the environment and climate change from a global lifecycle perspective in 2020. After food, housing and mobility, the clothing industry has one of the highest impacts on the planet since it represents 11 kilos per citizen in textiles and it produces about 20% of global wastewater and around 10% of global carbon emissions.

In this regard, I insist that it is also important to support actions at EU level in order to increase the effectiveness of extended producer responsibility schemes by establishing an EU level definition for obligated producer and an EU level classification for when textiles become waste. We must ensure that the future will lead from fast fashion to sustainable clothing, meaning that we cannot accept half of working practices, overextraction of raw materials and high energy consumption.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamnă vicepreședintă, domnule comisar, stimate colege, stimați colegi, am asistat în ultimii ani la un adevărat exod al industriei textile din Uniunea Europeană înspre țările din Asia. Știm cu toții motivele, pentru că în multe state din acea zonă costurile de producție sunt mult mai mici, iar relocarea a devenit necesară pentru a avea prețuri competitive. Chiar dacă globalizarea are multe atuuri, aceasta prezintă și neajunsuri pe care le-am observat foarte clar în pandemie, când a trebuit să așteptăm ca echipamente de protecție, cum sunt măștile, halate, să fie trimise din țările din Asia.

Efectele asupra populației Uniunii Europene le vedem însă de multă vreme, prin creșterea șomajului în rândul lucrătorilor din industria textilă, în majoritatea lor femei, atunci când fabricile au fost relocate în zone din Asia – cum spuneam mai devreme – unde drepturile muncitorilor sau impactul asupra mediului sunt mai puțin reglementate. Chiar în orașul meu, Arad, din România, acest fenomen a lăsat sute de femei fără loc de muncă.

Până acum nimeni nu a luat în calcul costurile acestor relocări asupra mediului, dar odată cu „Green Deal” trebuie să evaluăm impactul poluării produselor pe care le consumăm în UE, chiar dacă acestea sunt produse în alte părți, dacă vrem să vorbim despre concurență loială. Nu în ultimul rând, va trebui să luăm în calcul și condițiile în care sunt produse textilele noastre, din punct de vedere al condițiilor de muncă, al exploatării muncitorilor.

Domnule comisar, industria textilă – dacă vrem să mai vorbim despre o asemenea industrie în Europa – are nevoie urgentă de o abordare și de o strategie la nivel european, pentru că nu mai putem vorbi doar despre competitivitatea prețurilor. Uniunea Europeană nu mai poate să rămână la statutul de consumator. Avem nevoie de autonomie, de industrie proprie și de acțiune, cum a zis domnul Ehler.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Madame la Présidente, je veux vous parler de Barsa. Barsa, qui a péri dans les ruines du Rana Plaza après avoir passé sa vie à produire des vêtements à bas prix pour quelques centimes, en étant exposée à plus de 8 000 substances toxiques – dérivés chlorés, colorants, phtalates ou encore pesticides. Comme Barsa, 60 millions de travailleuses sont quotidiennement exposées aux produits chimiques toxiques et dangereux. Je dis travailleuses parce que 80 % des ouvriers du textile sont des ouvrières et que c'est dans le secteur du textile que se sont tenues les premières grèves des femmes dans nombre de pays.

À l'autre bout du monde, au Chili, je veux vous parler de Rosa. Rosa vit avec sa famille dans le désert d'Atacama, où 39 000 tonnes de déchets de la «fast fashion» en provenance des pays occidentaux y polluent l'air, les sols et les nappes phréatiques. La «fast fashion», c'est 10 % des émissions de carbone, 20 % du gaspillage de l'eau, 500 000 tonnes de microplastiques dans l'océan et plus de 12 kilos de déchets par Européen et par an.

Barsa et Rosa n'existent pas, mais elles auraient pu. Et c'est précisément parce que les drames sont bien réels que l'Union européenne, grande consommatrice de textile, doit enfin mettre en place une stratégie durable basée sur le devoir de vigilance pour l'ensemble de la chaîne de valeur du textile. Une stratégie pour la planète, les droits sociaux et les droits des femmes, pour que plus jamais les hommes et, donc, surtout les femmes qui travaillent pour la «fast fashion» ou écopent les déchets de la surconsommation ne soient ignorés.

Sunčana Glavak (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, kolegice i kolege, Europljani, ako je suditi prema podacima, baš vole kupovati tekstil. Godišnje kupujemo oko dvadeset i šest kilograma tekstila, a bacamo ga oko 11, dakle više od 15 milijuna tona tekstilnih proizvoda kupe stanovnici Europske unije na godinu.

Međutim, 90 posto europskog tekstila spaljuje se ili uništava iako se može reciklirati. Naravno, otisak koji se ostavlja golem je, ali propisi u tome ne pomažu jer nisu ujednačeni. Prijedlog je dobar, međutim treba razmišljati i o poticanju onih koji su predvodnici u takozvanoj održivoj modi.

Vjerujem da ste čuli za koncept virtualne odjeće koji je snažno počeo mijenjati uporabu klasičnih odjevnih predmeta. Međutim, za taj dio inovacija i industrije, koja je već ovdje, ne postoje baš nikakve poticajne mjere.

Koncept održivog razvoja javlja se kao značajno globalno rješenje. Naravno da je potrebno osvijestiti građane o važnosti koju modna i tekstilna industrija ima u ostvarenju klimatskih ciljeva Europske unije. Investicijama u istraživanje i razvoj održivih tekstila, koje sam već spomenula, možemo pomoći sektoru da ojača svoju konkurentnost, a istodobno pridonese ekološkim ciljevima Europske unije primjenom principa kružnog gospodarstva na proizvodnju, potrošnju, gospodarenje otpadom i sekundarnim sirovinama.

Moramo poticati proizvode koji su dizajnirani da budu trajniji, višekratni, lakši za popraviti i reciklirati. Promicanjem korištenja održivih vrsta vlakana poduzimamo prvi korak na tom putu. Uz to, jedan od prijedloga potiče jačanje uloge specijaliziranih poduzeća koja prikupljaju i ponovo koriste tekstil te ih je potrebno upoznati sa zakonskim obvezama i ciljevima prikupljanja i gospodarenja otpadom.

Naravno, ne smijemo zaboraviti radnike u tekstilnoj industriji koji najčešće dolaze iz trećih zemalja gdje nema visoke razine zaštite i radnih prava kao što su prisutna u Europskoj uniji. Trgovinski ugovori s trećim zemljama trebaju uvažiti ovu realnost te poticati naše partnere na ekološku i društvenu odgovornost.

I zaključit ću, svatko od nas može doprinijeti široj primjeni održivih tekstila i zato vas pozivam da kupujete odgovorno.

Manuela Ripa (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Modische Kleidung ist doch eigentlich etwas Tolles. Wer mag das leugnen? Doch wie bei so vielem: Schaut man hinter die Kulissen, sieht man, dass unsere *fast fashion* einen zu hohen Preis hat. Die Herstellung erfolgt unter schlechten, teilweise menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen, sie belastet sehr stark die Umwelt, wie der hohe Rohstoff-, Energie- und Wasserverbrauch sowie Wasserverschmutzung und die hohen Treibhausgasemissionen zeigen.

Die Kleidung hat oft eine schlechte Qualität. Sie ruft verschwenderisches und unnötiges Käuferverhalten hervor. Daher ist es höchste Zeit, diesen Sektor radikal zu ändern. Wir brauchen Sorgfaltspflichten für Menschenrechte und ökologische Effizienz entlang der gesamten Wertschöpfungskette, echte Kreislaufwirtschaft, die auf Abfallminimierung und Ressourcenschonung setzt und die Prinzipien von Wiederverwendung, Reparatur und Recycling fördert. Schadstoffe müssen radikal eliminiert werden – wie auch Mikroplastik –, und die Verbraucher müssen wissen, was sie kaufen, durch klare Kennzeichnung.

Deshalb, sehr geehrter Herr Kommissar, ergreifen Sie die Gelegenheit und machen Sie einen ambitionierten Vorschlag, der den Namen Nachhaltigkeit verdient! Unsere Unterstützung haben Sie!

Sirpa Pietikäinen (PPE). – Madam President, textiles are growing environmental harm, as we have heard many times already today here in the plenary, and it is up to buildings and food on the scale of circular economy and resource efficiency of the material consumption what we have globally. It is championing to be the first or the second in chemicalisation, in water consumption, in waste problems and in CO₂ emissions. Should I continue?

And what is the problem with the textiles is that basically everything goes wrong with the textiles. It is from sourcing to the whole processing of the materials, and we know all the social and chemical and other problems there. And it is up to very short use of the textiles itself and then the very improper discarding of that material. And when you add up that with the extremely increased use of the model fashion and textiles, we can see a blowing catastrophe just in front of our eyes.

So because of that, I would like to thank and congratulate the Commission and Commissioner to coming up with this textile strategy that the Parliament has been calling for several times. And I hope that with this strategy, the Commission would set vital requirements and then the voluntary action. We need them both. And let me describe very briefly a couple of those.

We need to act on the sourcing and to put the regulatory framework what is sustainable sourcing on the quality, durability, and longevity of the materials. We need to set up a proper life-cycle analysis to support it. We need to prolong the use, and there the target should be that the hub of the textiles by 2030 should be served as services. We need to reuse, recycle and then refibre back to the use, so with the target with the tenfold resource efficiency.

And to conclude, there needs to be minimum regulation on social and environmental standards and the neglect should be criminalised. But we need the voluntary actions, that is the Disclosure Regulation, due diligence, taxonomy and CSRD that the textiles should be included in.

Malte Gallée (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, lieber Herr Kommissar! Was denken Sie, wie alt diese Jacke ist, die ich hier gerade anhabe? Sieht eigentlich aus wie neu, würde ich sagen, haben Sie gestern auch schon gesehen. Aber die Jacke ist tatsächlich älter als ich. Und genau diese Qualität in der Lebensdauer, die kenne ich von neuen Produkten im Modesektor nicht mehr.

Fast fashion ist ein Verbrechen an der Umwelt, an den Menschen, die für uns produzieren, und an allen Verbraucherinnen und Verbrauchern. Deshalb ist Qualität statt Quantität die politische Vorgabe, die wir verfolgen müssen.

Herr Kommissar, Sie haben es in der Hand. Die EU-Textilstrategie muss den absoluten Ressourcenverbrauch im Textilssektor verbindlich per Gesetz verringern und ein *race to the top* in der Langlebigkeit der Kleidung fördern, weil nur das nachhaltig ist. Also sorgen Sie dafür, dass jedes Kleidungsstück auch ein Erbstück werden kann. Das sind wir den Menschen in unseren Lieferketten und der Umwelt schuldig.

Virginijus Sinkevičius, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, thank you again for putting the EU strategy for sustainable and circular textiles on today's agenda. Addressing the impacts of this sector is a key part of our response to the environment and climate challenges of our times, and thank you for recalling the various challenges and also opportunities involved.

I can assure you that we are on the same line as regards our ambition to protect the environment and to give our citizens long-lasting and quality textiles. And I fully share your sense of urgency too, and I can assure you we have a good plan. Our vision is that all textile products placed on the EU market should be durable, repairable and recyclable to a great extent made of recycled fibres and free of hazardous substances, that consumers benefit longer from high quality textiles, that fast fashion is out of fashion and economically profitable reuse and repair services are widely available.

In a competitive, resilient and innovative textile sector, producers should take responsibility for their products along the value chain, including when they become waste. In this way, the circular textile ecosystem can thrive with growing capacities for innovative fibre-to-fibre recycling. The incineration and landfilling of textiles has to be reduced to the minimum.

With these goals in view, we expect the upcoming strategy to initiate the transformation of the sector, to foster concerted action across the sectors and across policies, and with everyone on board, policymakers, local authorities, citizens, businesses and entrepreneurs, scientists and researchers, we are intensively working on finalising the strategy. And you will see it very soon as part of the package of the circular economy initiatives.

Now, let me briefly address some of the key points you raised in today's debate. First of all, I'm aware that some of you are very engaged with the textile sector and thus you know your contribution is crucial. The green and digital transition of the textile ecosystem is a key priority for us. The twin transitions will demand the textile industry to reshape their business models, integrate the proper technologies, ensuring a more efficient production process and more sustainable products, and develop the right skills to manage this transition.

And to support the textiles ecosystems in its greening and digitalisation efforts, the Commission is preparing the ground for a transition pathway. The transition pathway aims to identify with stakeholders what specific actions and commitments are needed to accompany the green and digital transitions. The co-creation of the transition pathway will kick-off during the second quarter of 2022.

Speaking about the concrete programmes, there are a number of projects in the textile sectors that the EU has funded and will continue to do so. Under Horizon Europe, there was programme from 2021 to 2022, which set out calls focusing on reality of textile value chains. There is an example of a project to develop nanomaterials, so really going into innovative areas. I cannot list all the projects that we have supported under Horizon Europe, under LIFE, also under PULSE. But I can assure you that this is a priority, and I think with our strategy it will continue to do so and more and more projects will be launched.

Continuing, the Commission will continue to support, of course, research and investments and innovation through a series of EU initiatives aiming at strengthening also digital and sustainable technologies. And moreover, Member States have a key role to play in supporting research and innovation, including by using loans and grants of the Recovery and Resilience Facility, and I am happy to see that some countries are already going in this direction.

The skills aspects is important for textile ecosystems and up- and re-skilling is yet another tool to empower women who represent two-thirds of the workforce. Our collective efforts need to result in making the ecosystem attractive to skilled and young entrepreneurs, and the ecosystem employees.

The textile industry needs to take advantage of the employment opportunities brought by the digital and green transitions. A strong alliance has been built under the EU Pact for Skills with commitments that now need to be implemented through the national and regional skills partnerships.

Let me also mention a very important part. The life of a product starts with design. Textiles are indeed a key product to be addressed under the broader ecodesign framework, and we are going to propose this together with the strategy. Binding product specific eco design requirements can increase textiles' performance in terms of durability, reusability, fibre-to-fibre recyclability and mandatory recycled fibre content. And we can strive to minimise and track the presence of substances of concern and reduce adverse impacts on climate and environment. We also can take measures to stop the destruction of unsold or returned textiles. We can have better transparency on the number of textile products big companies discard and destroy.

Citizens should also know how these products are treated in terms of preparing for re-use, recycling, incineration or landfill. We can also do much more in terms of information to consumers through a digital product passport and labelling. All these aspects have a place in a future-oriented textile strategy.

You also spoke about sustainable sourcing, both in social and environmental terms, human rights' worsening condition. The European Commission has presented a legislative proposal on sustainable corporate governance. It is part of the implementation of the European Green Deal. It's a corporate sustainability due diligence obligation – a duty to identify, prevent, mitigate and account for actual and potential adverse sustainability impacts in companies' own operations and their supply or value chains.

Let me also highlight a very important and powerful tool – extend the product's responsibility. It can be a really effective instrument to improve waste management and work well together with other measures such as separate collection, pay-as-you-throw schemes and targets. EPR (Extended Producer Responsibility) schemes can also improve design and support waste prevention objectives. We are aware of Member States planning to set up EPR schemes for textiles and France already has it in place for several years. We will consider the role of EPR as a tool to improve textile waste prevention and waste management in the context of the waste legislation review foreseen in 2023.

Microplastic pollution. It is indeed a source of serious and growing concern. It has become widespread in the environment, and one of the main sources of the unintentional release of microplastics are textiles made of synthetic fibres. About 60% of fibres used in clothing are synthetic, of which polyester is predominant and this amount is growing. Synthetic fibres shed into the environment at different stages of the textile lifecycle. Reduction measures can therefore target the design of products, improve manufacturing processes and pre-washing in industrial manufacturing plants, labelling and the promotion of innovative materials. Further options include washing machine filters, which can reduce release from laundering by up to 80%, development of mild detergents, caretaking and washing guidelines, end-of-life textile waste treatment and regulations for improved wastewater and sewage sludge treatment.

The proposal introduces corporate sustainability due diligence obligations, a horizontal cross-sectoral duty to identify, prevent, mitigate and account for actual and potential adverse sustainability impacts in companies' operations. So, the textile sector was identified as a priority sector for its implementation.

Sustainability and circularity of the textile sector in Europe and the world is critical to address current environmental challenges, and this needs to become a joint endeavour, together with business, public authorities and consumers. And I'm glad to count on the European Parliament's support to this goal, and it will be essential to mobilise, first of all, our citizens, in particular, our young generation.

So with this, let me conclude and really thank you for today's exchange, for your work and for such a passionate approach to this topic.

Presidente. – La discussione è chiusa.

7. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

7.1. Die Lage von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern in Mexiko

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione su sei proposte di risoluzione sulla situazione dei giornalisti e dei difensori dei diritti umani in Messico (2022/2580(RSP)) (*).

Leopoldo López Gil, autor. – Señora presidenta, señorías, el artículo 19 de la Declaración Universal de Derechos Humanos reza que todo individuo tiene derecho a la libertad de opinión y de expresión; este derecho incluye el no ser molestado a causa de sus opiniones, el de investigar y recibir informaciones y opiniones, y el de difundirlas por cualquier medio de expresión.

Es evidente que la libertad de expresión y la libertad de información son claves para el ejercicio de un periodismo emancipado, capaz de informar de manera objetiva sobre los hechos que afectan a la vida de los ciudadanos, incluyendo las actividades de sus gobernantes y, así, establecer un camino para la rendición de cuentas permanente de la dirigencia, lo que se traduce en un efectivo fortalecimiento de la democracia.

Cuando la divulgación de información delata la corrupción y las tramas infames del crimen organizado, el oficio de informar sufre amenazas y hasta asesinatos, situación agravada cuando los gobiernos son partícipes en ello, por acción u omisión, ignorando la gravedad que tal situación representa para el bienestar del Estado de Derecho y la democracia.

En el Parlamento Europeo sabemos que la situación crítica que sufren los periodistas y medios de comunicación en México es lamentablemente de larga data. Pero hoy contemplamos perplejos cómo a partir del cambio de gobierno, hace tres años, los asesinatos a estos profesionales se han triplicado y, solo en los primeros meses de este año, hemos contado con casi un asesinato por semana.

Es inexplicable, frente a esta trágica situación, la retórica presidencial contra los periodistas y los medios de comunicación. Consideramos deplorable la creación de plataformas estatales para exhibir, estigmatizar y atacar a los periodistas con el pretexto de combatir la desinformación. Más del 90 % de los crímenes que han sufrido los periodistas ni siquiera han sido investigados.

Ante esta inaceptable impunidad, entendemos la contundente respuesta de una valiente periodista mexicana ante la pregunta: «Y ¿por qué sucede esto en su país?» Y contestó: «Simplemente porque se puede».

No podemos seguir así.

Inma Rodríguez-Piñero, Autora. – Señora presidenta, señora comisaria, las resoluciones de urgencia del Parlamento Europeo sirven para denunciar situaciones inaceptables que suelen resultar desagradables para los Gobiernos de los terceros países a los que se refieren, lo que es especialmente difícil cuando se trata de un país amigo, como es México. Pero hay que tener en cuenta que, en los últimos veinticinco años, al menos 150 periodistas han sido asesinados en México. Desgraciadamente, con la llegada del nuevo Gobierno la situación ha empeorado.

En esta legislatura ya se han superado las cifras de la legislatura precedente. Solo desde principios de 2022 seis periodistas han sido brutalmente asesinados, lo que marca uno de los peores períodos para la prensa mexicana en los últimos tiempos. Además, según declaraciones oficiales, el 90 % de las agresiones a periodistas quedan impunes. Por todo ello, la violencia contra periodistas ejercida con impunidad en México nos preocupa, y mucho, a mi grupo y a este Parlamento. Y así queda perfectamente expresado en esta Resolución, que manifiesta nuestra preocupación y que es apoyada por una amplia mayoría de este Parlamento.

Pedimos a México que refuerce la estrategia del Mecanismo de Protección para Personas Defensoras de Derechos Humanos y Periodistas. A los demócratas no nos gusta que el presidente de un país señale a periodistas en sus frecuentes alocuciones en público y, menos aún, si se da la fatídica coincidencia de que se convierten en víctimas de violencia.

La libertad de prensa y el ejercicio libre y seguro de la profesión del periodista son señas de identidad de la democracia y del Estado de Derecho en un mundo libre. Los periodistas y la prensa libre están para opinar sobre lo que hacemos los políticos. No al revés. Estamos con México solidariamente en la tristeza que supone esta lacra para las personas y para la democracia. Solo con respeto, con transparencia y seguridad será posible garantizar la libertad de expresión en México y fortalecer así su democracia.

Esta Resolución añade la voz de este Parlamento al clamor mundial para que se revierta la situación de inseguridad e indefensión que sufren los periodistas y los defensores mexicanos de derechos humanos.

Nicolae Ștefănuță, *author*. – Madam President, I might be the only non-Spanish-speaking author of this resolution, but that's important because this is a European issue, defending the rule of law and defending journalists across the world.

Exposing high-level corruption led to the death of Mexican journalist Roberto Toledo. Criticising local authorities for their relationship with Mexican organised crime got media worker José Luis Gamboa killed. Over the last two months, we've seen what's very likely the deadliest time for the Mexican press in over a decade. Toledo and Gamboa are two of seven journalists who have lost their lives in Mexico since the beginning of the year, while others were threatened or went missing.

There are two outstanding actors in these tragic stories. One is the violence unleashed by the war against the drug cartels. The other is the near total impunity. As the country's justice system has eroded, corruption has proliferated at all levels. While 99% of all crimes are not prosecuted, Mexico is launching a war on truth, killing journalists and human rights defenders.

Dear colleagues, here in this House, we defend freedom of speech as it is an essential part of our functioning democracy. It's high time we called on Mexico to do the same, not to let murder go uninvestigated, to strengthen the protection mechanism, and to refrain from stigmatising media workers and let them do their job. Let's remind those involved in such brutal murders of a simple truth: even if you kill the messenger, you will never kill the message.

The people of Mexico are angry at censorship and they don't want to be complicit in the murder of freedom of expression in their country. We also call on these people, who are very dear to us and who are very close to us, to fight for their right to speak freely and to stand for the journalists in their country. They don't carry weapons: they only carry a notebook and a pen to defend themselves.

One last message, perhaps, to the Mexican Government: you are an essential partner for the European Union, but we won't close our eyes when your democracy, when your freedoms, are eroded.

Diana Riba i Giner, *autora*. – Señora presidenta, señora comisaria, el 5 de julio del año pasado un individuo mataba de un disparo a Simón Pedro cuando se dirigía al mercado. Lo mataron de forma cobarde, ante los ojos de su propio hijo.

Simón Pedro había sido presidente de Las abejas de Acteal, una organización indígena que denunciaba la violencia estructural en Chiapas, a través del pacifismo más radical.

En México, defender la libertad de expresión, el medio ambiente o los derechos humanos es un trabajo de altísimo riesgo que puede costar la vida. Según las últimas cifras, que proporcionó la Secretaría de Gobernación de México, desde diciembre de 2018 han sido asesinados 98 defensoras de derechos humanos y 54 periodistas y permanecen impunes más del 90 % de los casos.

Vamos a ser claros: deben cesar los mensajes que el propio presidente mexicano lanza criminalizando a periodistas y a organizaciones de la sociedad civil y hay que exigir que se destinen todos los esfuerzos a construir una política pública de protección integral que atienda a la prevención, la protección, la investigación y la reparación.

Estas peticiones deben ser una condición en la reforma del Acuerdo global entre la Unión Europea y México, porque creer en el Estado de Derecho es precisamente esto: exigirlo dentro de nuestras fronteras, pero, también, a nuestros socios más estrechos.

Hermann Tertsch, Autor. – (*inicio de la intervención fuera de micrófono*) ... Resolución sobre la violencia contra el periodismo en México, en la cual se han incluido otras víctimas de la violencia. Podíamos haber extendido la lista indefinidamente porque la violencia brutal que se extiende por todo México es absolutamente increíble y nos recuerda a las situaciones más brutales en algunos otros países, donde estas han colapsado directamente ya la ley y el orden.

El periodismo tiene allí un carácter especial, porque si bien tenemos víctimas —como digo— en toda la geografía mexicana y, en algunos Estados ya el crimen organizado, aliado en gran parte con los poderes públicos, se ha hecho con el poder efectivo y mata directamente a todo aquel que se le opone o le molesta, los periodistas son un caso especial porque son objeto de acoso directo, de señalamiento por parte de las autoridades en la capital. Y lo son directamente —y esto sí que es un caso bastante inaudito en una democracia— por parte del presidente de la República.

Las acusaciones directas, personalizadas que ha hecho el presidente López Obrador contra la prensa en México es algo absolutamente —como digo— inaudito que debe ser denunciado por todos; hemos de pedir encarecidamente a este jefe de Estado que retorne a una conducta razonable de protección de los periodistas, de búsqueda de los culpables de los muchísimos asesinatos, en un 96 % no esclarecidos, que busque a los responsables y que no vierta más gasolina sobre lo que es una gran pira en la cual se consumen las libertades de los mexicanos.

No puede ser que México caiga en la misma espiral, con la misma retórica, en la que está Venezuela.

Miguel Urbán Crespo, autor. – Señora presidenta, la persecución, intimidación y violencia de la que es objeto la prensa es un problema muy preocupante. Al menos 47 periodistas han sido asesinados desde 2018, lo que ha convertido a México en uno de los países más peligrosos del mundo para la prensa. Una violencia que también golpea de forma especialmente preocupante a los defensores de los derechos humanos y a los defensores del medio ambiente, con 42 asesinatos en 2021.

Además de los asesinatos, una de las amenazas más peligrosas a las que se enfrentan los periodistas y los defensores de derechos humanos son las desapariciones: casi 100 000 personas han desaparecido desde 1964, según la Comisión Nacional de Búsqueda de México.

Todos estos son problemas reales a los que se enfrenta la sociedad y que deja patentes las carencias del Estado mexicano.

Desde aquí, hacemos un llamado para implementar políticas que aseguren un derecho tan básico en democracia como el derecho a la información, sin que esto suponga arriesgar la propia vida, solidarizándonos con periodistas como Guillermo García, un nuevo caso, entre tantísimos otros, de acoso a la prensa.

El problema es que algunos grupos políticos de esta Cámara están utilizando esta situación como un arma arrojada contra el Gobierno mexicano, con unos intereses que poco tienen que ver con la defensa de los periodistas y de los defensores de los derechos humanos. Y esto es intolerable.

Francisco José Millán Mon, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora presidenta, México vive una situación muy preocupante. Es muy elevado el número de periodistas asesinados; el último, el pasado viernes. Además, los asesinatos de periodistas y también de defensores de derechos humanos se producen en un clima de impunidad, pues los responsables son raramente detenidos y llevados ante la justicia.

Añadamos los muy numerosos casos de violencia sobre la mujer y los cuantiosos crímenes relacionados con el narcotráfico. México sufre una media de noventa asesinatos al día. El país vive un auténtico tsunami de violencia y cada semana está siendo asesinado un periodista.

Se produce en México un claro deterioro del Estado de Derecho. El Gobierno populista se centra en el liderazgo personalista de su presidente y no en el funcionamiento eficaz de sus instituciones, en especial las responsables de la seguridad y la justicia. No hay seguridad para las personas, tampoco hay seguridad jurídica para las empresas. Esta carencia la sufren, por ejemplo, las inversiones extranjeras en el sector eléctrico, entre ellas empresas europeas.

Gobernar es, ante todo, garantizar la vida, los derechos y libertades de los ciudadanos, incluidos, desde luego, los de los periodistas, que son profesionales indispensables en una democracia. También es prioritario buscar y asegurar el bienestar y la prosperidad de los ciudadanos. Sin embargo, en México, la marcha de la economía está siendo muy decepcionante. No se ha producido el rebote que se esperaba del crecimiento económico tras la crisis de la COVID.

El buen gobierno de un país no es pronunciar discursos diarios que buscan polarizar y la acusación regular a sectores e instituciones. Gobernar tampoco es obstinarse en desenterrar el lejano pasado colonial ni inventarse enemigos exteriores con un ánimo de confrontación.

México es un gran país, socio indispensable para la Unión Europea en América Latina. Fue el primer Estado del continente con el que la Unión Europea firmó un Acuerdo de asociación económica y concertación política. Hace 25 años, fue en 1997. Y desde 2009 es uno de los llamados socios estratégicos de la Unión Europea.

Pues bien, en esta década deberíamos dar un nuevo salto en nuestra relación y poner en marcha cuanto antes el nuevo Acuerdo concluido en el año 2020, que moderniza y amplía el del 97. Supondría un fuerte impulso para nuestras relaciones económicas y comerciales y también para la concertación política.

Evin Incir, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, democracy is in danger all over the world. Journalists are being killed even on open streets and a dangerous culture of impunity is growing. The spike in the murder of journalists in Mexico is a part of the deteriorating situation of journalists in the whole world. 2020 has proved to be a very deadly year for journalists in Mexico, and it is the worst place on this planet in which to exercise their profession. Between 2012 and 2022, 78 journalists were killed in the country; 33 of them were killings linked to their professions. Violence against journalists, human rights defenders, indigenous women and LGBTI people are rarely investigated or prosecuted.

Dear colleagues, it is a matter of deep concern and a mockery that a country with these kinds of growing violations continues to call itself a democracy. Inhuman acts of killing and violence against journalists and human rights defenders in Mexico must be condemned. The Mexican authorities must uphold commitments to investigate and resolve these crimes and prosecute perpetrators to the full extent of the law. That is how it should be in a rule-based country. The Mexican Government must strengthen protections for journalists and human rights defenders, and the authorities must implement their international commitments on human rights and the rule of law.

The EU can't continue with business as usual. We need to toughen up and step up our support for the journalists and human rights defenders and all those who are suffering right now at the hands of the Mexican Government.

María Soraya Rodríguez Ramos, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, México ha comenzado uno de los años más sangrientos para la libertad de prensa con seis periodistas asesinados (47 desde 2018), una situación estremecedora que muestra la situación de violencia que viven los periodistas en México.

En este contexto, también esta violencia tiene rostro de mujer porque en el período 2010 a 2021 se han registrado más de 1 200 agresiones contra mujeres, principalmente reporteras (769 de estos casos en los últimos tres años).

Esta es la situación; este es el contexto.

México cuenta con un mecanismo federal de protección de defensores y periodistas que está claramente superado por la violencia. Lourdes Maldonado, recientemente asesinada, tenía protección, pero no sirvió de nada. No sirve de nada porque la impunidad es alarmante: el 95 % de los asesinatos de periodistas queda sin resolver.

Y, en este contexto, no es aceptable que el gobierno cree una plataforma gubernamental aprovechada por el presidente para estigmatizar, criticar y ridiculizar a periodistas con el pretexto de luchar contra las mentiras y las noticias falsas. Esta plataforma debe eliminarse y se debe luchar contra los verdaderos enemigos de la democracia en México, que son aquellos que están asesinando impunemente a los periodistas.

Sin libertad de prensa no puede haber democracia.

Susanna Ceccardi, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Thomas Jefferson diceva che «dove la stampa è libera e tutti sanno leggere, non ci sono pericoli». La cartina tornasole delle nostre democrazie è proprio la libertà di stampa. Perché la stampa libera può essere buona o cattiva, ma senza libertà la stampa non può essere altro che cattiva.

Proprio per questo quel che sta avvenendo da anni in Messico è molto preoccupante. I numeri ufficiali forniti dal governo messicano parlano di 43 giornalisti uccisi dal dicembre 2018 al luglio 2021, e questo trend inaccettabile prosegue anche nel 2022, con almeno sei giornalisti già assassinati. Due anni fa esatti sono stata in Messico in una missione ufficiale del Parlamento. È un paese con ampie possibilità di crescita, è la quindicesima economia del mondo e sta diventando negli anni non più una nazione di emigranti in America ma una meta di immigrati dal Sud America.

Il problema della sicurezza e della criminalità nel paese è uno dei problemi principali che fa da tappo a maggiori possibilità di sviluppo. In Messico nel 2021 sono stati registrati 33 308 omicidi, e può darsi che il dato ufficiale sia più basso del reale. Un bilancio spaventoso, che sottolinea l'incapacità delle autorità messicane di fronteggiare l'emergenza, alla base c'è l'impunità. Di solito gli accusati di omicidio sono solo pedine, i mandanti restano liberi e impuniti.

Il dubbio è che tutto ciò sia anche ascrivibile alle politiche del presidente socialista messicano Obrador, poco incisivo nel combattere i criminali. D'altronde preferisce investire in politiche socialiste, che bloccano lo sviluppo del paese, invece che sulla repressione dei reati violenti. Le sue dichiarazioni traballanti di condanna all'invasione ucraina ordita da Putin assomigliano pericolosamente alla posizione pro Russia dei dittatori comunisti di Venezuela e Cuba.

Quest'Aula ha il dovere di condannare l'atteggiamento indulgente di chi ha il potere per prendere misure drastiche e imporre una strategia urgente a tutela della sicurezza e della libertà di questi professionisti. Dobbiamo agire subito, affinché nessun cronista debba più morire e il diritto fondamentale all'informazione possa tornare a essere garantito anche in Messico.

Clare Daly, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, Reporters Without Borders describes this year in Mexico as beginning with a bloodbath for journalists, and the reality is that it has continued so since. But it's not new and as we approach the 10th anniversary of the murder of Regina Martínez, the veteran crime journalist who was beaten and suffocated in her apartment in 2012, we should take note. Mexico is of course now the most dangerous country on Earth for journalists. Many are being killed – on average, as colleagues have said, almost one a week now. Many more are missing. No investigations. Total impunity because of the collusion between the state forces and criminal gangs, and this is obviously completely unacceptable.

But it's not the only area of criminal impunity, and we should look at our relationships with Mexico, our FTAs, where we see that transnational corporations, including some of our own, have also had impunity for their actions and violations against human rights defenders and indigenous peoples in Mexico. If we're to be consistent, we have to condemn all such violations.

Antoni Comín i Oliveres (NI). – Señora presidenta, en 2021 en México murieron asesinados muchos periodistas, pero también 42 defensores de los derechos humanos, de los cuales 30 eran defensores de los derechos de los pueblos originarios sobre sus tierras ancestrales. Evidentemente, México debe mejorar su insuficiente Mecanismo de Protección para Personas Defensoras de Derechos Humanos y Periodistas, pero la Unión también se tiene que comprometer a fondo en este empeño.

Necesitamos, primero, que las delegaciones de la Unión Europea en países como México se impliquen en la implementación efectiva de las Directrices del Consejo para la protección de los defensores de los derechos humanos.

Y, en segundo lugar, la Unión no puede aceptar los proyectos de grandes empresas europeas en México y en el resto de América Latina que violan los derechos de los pueblos indígenas, que degradan el medio ambiente, que perjudican los derechos laborales, que minan el Estado de Derecho, incluyendo la participación del crimen organizado, o que instauran una estructura económica neocolonial. Por ello, la futura tramitación en este Parlamento de la Directiva sobre la *due diligence* es trascendental y debe recoger todos estos objetivos.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, dámy a pánové, já bych chtěl také na tomto místě podpořit návrh usnesení. Myslím si, že je mimořádně důležité reagovat na situaci v Mexiku. O to více je to důležité, protože Mexiko je naším klíčovým partnerem v Latinské Americe. Je to dlouhodobý obchodní, politický partner, významná země a ta situace se v poslední době v Mexiku výrazně zhoršuje, co se týče ochránců lidských práv a novinářů. Správně to tady bylo řečeno, nemá cenu opakovat fakta, ta fakta jsou opravdu tragická. Jenom na počátku tohoto roku zemřelo 6 novinářů a ta situace se bohužel stále zhoršuje. My proto musíme chtít po tamním prezidentovi, který je jednou z příčin tohoto neutěšeného stavu, aby stát, politická reprezentace začala situaci řešit, aby justice začala ty kauzy vyšetřovat, protože většina těch vražd není vyšetřena. A musíme to spojit s naším dialogem mezi Evropskou unií a Mexikem a musíme to spojit i se vzájemně výhodným obchodem. Není možné obchodovat se zemí, kde se novinářům a ochráncům lidských práv děje takovéto násilí.

Jytte Guteland (S&D). – Fru talman! María de Lourdes Maldonado López, Margarito Martínez, José Luis Gamboa, Ever López Vázquez, Roberto Toledo – bara för att nämna några av de journalister och medierbetare som har mördats i Mexiko under de senaste åren. Mexiko är världens farligaste plats för journalister, undantaget världens krigszoner. Sedan 2018 har situationen försämrats. Sammanlagt har 47 journalister mördats. Journalister som utreder korruption av tjänstemän eller drokarteller lever särskilt farligt.

Mexikos president López Obrador har sedan makttillträdet 2018 förödmjukat och hotat oberoende journalister i sina dagliga presskonferenser. Under förevändning att motverka falska nyheter har regeringen inrättat en statlig medieplattform för att angripa granskande journalistik. Sammanlagt har minst 68 människorättsaktivister mördats. Kvinnovåldet är utbrett och kvinnomorden vanligt förekommande.

Miljöaktivister, ursprungsbefolkningar och kvinnorättsaktivister är särskilt utsatta. Mexikos regering måste vidta konkreta åtgärder för att journalister ska kunna arbeta utan rädsla för repressalier. EU och medlemsländerna har nu ett särskilt ansvar att sätta frågan högst på agendan i dialogerna med Mexiko.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! Fru kommissionär, kolleger! Journalistik är aldrig ett brott. Graden av mediefrihet och möjligheten för journalister att uttrycka sig är ett lackmustest på demokratin i ett land. När journalister trakasseras, fångas, mördas, som i Mexiko, är det vårt ansvar att se och agera. Mexiko sticker ut men är tyvärr inte unikt. I Kina, Belarus och inte minst i Ryssland ser vi tydligt samma mönster och hur farligt – hur livsfarligt – det är att vara just journalist.

Trygga, demokratiskt valda makthavare vågar låta sig kritiseras och granskas. Osäkra, desperata, mer eller mindre självutnämnda presidenter runtom i världen tar till alla medel för att tysta det fria ordet. Genom att desinformera och kontrollera vad som får sägas och höras vill man styra sin befolkning. Målet är att förvränga människors världsbild, så att de inte tvingas att lyda, utan på falska grunder väljer själva att lyda.

Att säga sanningen är det största hotet mot auktoritära ledare. Vi ser modet hos de journalister och aktivister i Mexiko som utsätts för brutala övergrepp. Vi måste ställa regeringen till svars och sanktionera alla ansvariga för våldet. Det fria ordet är grunden för demokrati i Europa och världen.

(¹) Vedasi processo verbale.

PŘEDSEDNICTVÍ: DITA CHARANZOVÁ

místopředsedkyně

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση διατηρεί ισχυρές οικονομικές σχέσεις με το Μεξικό. Οι ευρωενωσιακές κυβερνήσεις χαιρέτισαν τη δήθεν αριστερή διακυβέρνηση που εφαρμόζει σκληρά αντεργατικά μέτρα και κλιμάκωσε την καταστολή λαϊκών κινητοποιήσεων. Κατά την πανδημία, τα κέρδη των μονοπωλίων υπερδιπλασιάστηκαν, ενώ ο πληθωρισμός ξεπέρασε το 13, κατατρώγοντας το τσακισμένο εισόδημα της λαϊκής πλειοψηφίας. Συνδικαλιστές, εργάτες, φοιτητές, άλλοι αγωνιστές, δημοσιογράφοι, όσοι αποκαλύπτουν την ένταση της εκμετάλλευσης, οργανώνουν την εργατική λαϊκή πάλη, μπαίνουν στο στόχαστρο και παρακρατικών μηχανισμών, συνδεδεμένων με συμφέροντα μεγαλοεπιχειρηματιών, αστικών κομμάτων, τμημάτων αστυνομίας και στρατού, καθώς και των καρτέλ.

Η εμφάνιση της ΕΕ ως υπερασπιστή δικαιωμάτων είναι αβάσιμη. Τέτοια φαινόμενα και δολοφονίες δημοσιογράφων συμβαίνουν και στα κράτη μέλη. Σχετίζονται με το οργανωμένο έγκλημα, συμφέροντα μεγαλοεργοδοτών με καπιταλιστές-ιδιοκτήτες μέσων, τους οποίους εξυπηρετείτε και που αφήνουν εκτεθειμένους και ακάλυπτους τους δημοσιογράφους. Ελευθεροτυπία α λα καρτ και με σκοπιμότητα, αφού η Ευρωπαϊκή Ένωση πρωτοστατεί και υποθάλπει απαγορεύσεις εφημερίδων κομμουνιστικών κομμάτων. Να σταματήσουν τώρα οι διώξεις και η καταστολή του λαϊκού κινήματος στο Μεξικό! Εκφράζουμε την αλληλεγγύη μας στο κομμουνιστικό κόμμα και στους αγώνες του λαού. Καταδικάζουμε απερίφραστα τις δολοφονίες. Απαιτούμε να διαλευκανθούν πλήρως τα εγκλήματα σε βάρος αγωνιστών και δημοσιογράφων.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, Tá bród orm labhairt as Gaeilge sa díospóireacht seo go háirithe os rud é go bhfuil Seachtain na Gaeilge ar siúl i mo thír féin faoi láthair.

Is é Meicsiceo an áit is dainséaraí ar domhan d'iriseoirí, lasmuigh de zóin cogaidh oifigiúla. Tá cúrsaí ag dul in olcas agus dúnmharaíodh ochtar iriseoirí ó thúis na bliana seo. Leis an scéal a dhéanamh níos measa, níl aon bhaol go ngearrfar pionós ceart. Níor cuireadh pionós ar 90% de dhúnmharfóirí iriseoirí i Meicsiceo.

Chun an scéal a dhéanamh níos measa fós, cáineann an tUachtarán López Obrador iriseoirí neamhspleácha agus cosantóirí chearta an duine go minic, agus cuireann sé imeaglú orthu.

Tá údarás Mheicsiceo ag cur in iúl go bhfuil an foréigean seo ceadaithe.

Táimid ag impí ar Mheicsiceo a dhualgas a chomhlíonadh agus leasuithe a chur i bhfeidhm chun iriseoirí agus cosantóirí chearta an duine a choimeád sábháilte.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Madam President, the growing stigmatisation, the weakening of institutions, the increase in violence and the diffuse impunity all provide a clear message: in Mexico, the press and freedom of expression overall are under siege. Since his election in 2018, López Obrador has not only failed to improve the country's human rights record, but he has allowed the loss of many of the hard-fought gains activists, rights groups and campaigners have achieved since the end of one-party rule in Mexico.

The Western world, the European Union included, has been noticeably silent regarding these accelerating attacks on democracy and fundamental rights. So far, the democratic clause of the global agreement has not resulted in any decisions or measures that help alleviate the continuous violation of human rights. If journalists and activists, especially activists for indigenous people's human rights, are deliberately targeted and threatened while those who attacked them go unpunished, democracy itself is also under threat.

As we are working at the modernisation of our joint comprehensive agreement, we need to be clear with the representatives – Mexico is a long-standing and, we stress in our resolution, vital partner of the EU – that the prospect of ratification is heavily reliant on improvement on human rights and on the government's clear commitment to international standards and obligation.

¡Derechos y libertad para todos los periodistas y los activistas mexicanos! ¡No estáis solos!

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, journalists and human rights defenders are central to functioning democracies. They are key in holding governments and societies to account and speaking up for those who otherwise would not have a voice.

Mexico is one of the EU's strategic partners and a like-minded partner in multilateral fora, and currently we extend our gratitude and appreciation for Mexico's support in condemning Russian aggression and standing up for Ukraine's sovereignty and its democracy at the UN Security Council, the General Assembly and the Human Rights Council. The protection of human rights and upholding the rule of law and accountability are part of the government's declared political objectives, but Mexico continues to face serious challenges in the implementation of its human rights legal framework.

The most significant threat to the promotion and protection of human rights remains organised crime. The current situation as regards journalists is especially worrying. We are highly concerned about the rising number of assassinations and attacks against journalists and human rights defenders in Mexico and about the hostile environment in which they work and risk their lives. The press can never be fully free if journalists are facing harassment, attacks or even mortal danger while doing their jobs.

Mexico's federal mechanism for the protection of journalists and human rights defenders, launched in 2012, is an interesting model. However, the death toll suggests that a far more comprehensive effort is needed if the challenge of violence against journalists is to be successfully addressed. We regularly address these issues with the Mexican authorities with regard to the human rights situation, as well as specific cases of human rights defenders and journalists, both in a dedicated human rights dialogue and in other contexts. As well as speaking out clearly against this violence, we engage continuously through our delegation in Mexico City with civil society, human rights defenders, journalists and international actors. This is in order to show our support and to raise awareness about the need for further action to address the current situation.

We also provide practical, financial and technical support to the largest extent possible. Governments can never be fully accountable if human rights defenders and journalists cannot carry out their work safely. Attacks against journalists and human rights defenders are therefore a threat to the foundation of our democracies. When they come under attack, effective protection must be provided, and the perpetrators of such attacks must be brought to justice.

The fight against impunity is therefore a key priority to stop threats and attacks against journalists. If not addressed, the silencing of journalists and human rights defenders is bound to continue.

We welcome the European Parliament's strong commitment on this issue and reiterate the EU's commitment to cooperating and working with Mexico to foster the protection of human rights defenders and journalists, both with concrete projects on the ground and with dialogue, including our regular high-level dialogues on human rights and civil society seminars.

President. – The debate is closed.

The vote will take place today.

7.2. Myanmar/Birma ein Jahr nach dem Putsch

President. – The next item is the debate on six motions for resolutions on Myanmar, one year after the coup (2022/2581(RSP)) (*).

Seán Kelly, author. – Madam President, one year on from the coup in Myanmar, the situation there remains critical. We continue to condemn in the strongest possible terms the coup executed by the military in Myanmar in February of last year and call for the reinstatement of the elected government.

Since they seized power, the military have implemented a series of severe restrictions on freedoms and everyday life. They have shown little respect for human rights and are causing untold suffering for the people of Myanmar. Particularly concerning are reports of killings and unlawful arrests of peaceful pro-democracy protesters. The Office of the UN High Commissioner for Human Rights estimates that at least 1 500 people have been killed and over 11 000 arrested since the military seized power last year.

The humanitarian situation in Myanmar is dire, with reports of a systematic and sustained attacks on the Rohingya, Christians and other groups perpetrated by the military government. With regard to everyday life, the government has imposed a number of extreme restrictions on personal freedoms, including freedom of expression and access to media and information.

Women's rights also have been seriously curtailed since the military took power, with the women subject to widespread detention, sexual assault, gender-based violence and in some cases killings. The government has also exploited the COVID-19 pandemic to facilitate a crackdown on pro-democracy activists, a trend which is extremely concerning.

It is imperative that former leaders – the President and the State Counsellor – are immediately and unconditionally released and the results of the democratic elections of November 2020 are respected.

Although Myanmar's former government did not demonstrate full respect for human rights either, they represented the only viable alternative to the current military rule. It is crucial, therefore, that we, the international community, do everything in our power to halt the systematic human rights abuses that are occurring in Myanmar.

Evin Incir, author. – Madam President, I want to start with thanking my colleagues from the different Groups represented yesterday at the meeting for very fruitful and constructive negotiations, and I hope that we will be able to send a clear message to the horrific military junta in Myanmar today.

Over one year has passed now since the bloody military coup in Myanmar. The military junta has erased years of progress and the people are suffering. It is with a heavy heart that we observe the deteriorating situation, but we can't continue just observing. We need to strengthen the sanctions and demand change. That includes EU companies taking their share of responsibilities also. We can't just observe while violations of international law are taking place because it is about real people's lives we are talking.

There has been an increasing number of reports of violent attacks and killings against civilians, labour unions, journalists, religious representatives and peaceful democratic protests. According to the UN, over 14.4 million people are in need of urgent humanitarian assistance. Of the affected, the most vulnerable are women, girls and children.

The international community has to drastically increase demand of an immediate end of the military junta's violence towards the civilian population, including religious and minorities such as the Rohingya. We cannot stand by while the people of Myanmar are suffering. The latest two weeks have shown that actions can be taken if the will is there. Let us create the will today before it is beyond even more of our control.

Svenja Hahn, Verfasserin. – Frau Präsidentin! Seit einem Jahr mordet, vertreibt, verhaftet und vergewaltigt Myanmar's Militärjunta ungestraft – so pervers geplant und systematisch, dass wir klar von Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen sprechen müssen. Und es ist kein Ende in Sicht für die grausame Militärherrschaft.

Im letzten Jahr hatten Kollegen und ich hier die Möglichkeit, online gewählte Abgeordnete Myanmar's zu treffen. Sie mussten untertauchen, um ihr Leben oder das ihrer Familien zu schützen. Die zivile Regierung ist im Exil, auf der Flucht, ermordet oder nach Scheinprozessen inhaftiert.

Es muss das Interesse aller Demokratien sein, Myanmar noch junge Demokratie wiederherzustellen. Deshalb darf es für uns keine internationale Zusammenarbeit mit Myanmar Machthabern geben, vor allem, wenn wir sehen, wer die Freunde der Militärjunta sind: China und Russland liefern verlässlich Waffen für das Morden und blockieren den UN-Sicherheitsrat. Sie destabilisieren ein Land, das sich eine demokratische Zukunft erhofft. Sie destabilisieren eine gesamte aufstrebende Region.

Der große Konflikt unserer Zeit heißt Autokratie versus Demokratie. Dieser Konflikt ist mehr als nur noch ein wirtschaftlicher Wettbewerb. Die Autokraten und Despoten dieser Welt terrorisieren und morden weltweit, weil sie den Wunsch nach Freiheit und Demokratie verachten und fürchten.

Deshalb ist es mir auch völlig unverständlich und offen gesagt auch unerträglich, dass die Kommission immer noch keine Prüfung der Handelsvorteile Myanmar veranlasst hat. Danke, Kommissarin Jourová, dass Sie heute hier sind, aber ich frage mich wiederholt bei außenpolitischen Debatten: Wo ist eigentlich Herr Borrell?

Ich verlange von der Kommission: Stellen Sie endlich sicher, dass kein Unternehmen des Militärs durch den bevorzugten Zugang zu unserem Binnenmarkt profitiert! Setzen Sie die Handelsvorteile aus! Denn als Europäische Union müssen wir unserer Verantwortung als demokratische und wirtschaftliche Macht gerecht werden.

Kein demokratisches Land darf uns zu klein oder zu weit weg sein, um nicht an der Seite von Freiheit und Demokratie zu stehen. Danke für euren Einsatz, Kollegen!

Heidi Hautala, author. – Madam President, one year after the military coup of 1 February 2021, we can see that the situation is very dire and that we need to add to the pressure against the military junta.

We as Parliament welcome sanctions which have now come to four rounds, but we would demand that more needs to be done as for sanctions. We can still add, for instance, the State Administrative Council to the list as an entity, not just as a person. We welcome the fact that now, finally, the Council has added the national oil and gas company, MOGE, to the sanctions. But we demand that a derogation allowing European oil and gas companies to operate and conduct transactions in the country be removed.

So what more can be done? I believe that it's very important to point out to European businesses that they should not mix with anything in the business of Myanmar which touches the interests and adds to the interests of the army, the Tatmadaw.

And finally, I want to say that we need to find support for the refugees fleeing the country. We especially need to expect that there will be no forced returns to Thailand, China and India as neighbouring countries.

Bert-Jan Ruissen, Auteur. – Voorzitter, commissaris, de oorlog in Oekraïne eist vrijwel alle aandacht op. We zouden bijna vergeten dat elders in de wereld ook vreselijke dingen gebeuren. Zoals in Myanmar, waar ruim een jaar geleden een staatsgreep plaatsvond die de nog kwetsbare democratie gewelddadig de kop indrukte.

De trieste balans na één jaar: meer dan 7 000 gerichte aanvallen op burgers door het leger; bijna 1 500 mensen omgekomen, waaronder vrouwen en kinderen; honderdduizenden mensen op de vlucht in eigen land; tientallen gedocumenteerde rapporten van aanvallen op kerken en andere religieuze instellingen; religieuze leiders zijn vermoord of opgepakt; het leger blokkeert de toegang van humanitaire hulp; er is een tekort aan alles ...

Gelukkig heeft de Raad eerder dit jaar een nieuwe ronde met sancties ingesteld. Ik moedig de Raad aan om hiermee door te gaan en samen met de internationale gemeenschap de druk op de militaire junta op te voeren om het geweld te stoppen en de levering van humanitaire hulp niet langer te blokkeren. Tevens moet de regering van nationale eenheid als legitieme behartiger van de democratische wensen van de bevolking van Myanmar betrokken worden in een inclusieve politieke dialoog en bij het streven naar een vreedzame oplossing van de crisis. Ook de bevolking van Myanmar moet op ons kunnen rekenen!

Pernando Barrena Arza, author. – Madam President, a year ago, the military of Myanmar seized power through a coup d'état and arrested the State Counsellor, Aung San Suu Kyi, and the President. In August, the Commander-in-Chief of the army announced he was appointing himself Prime Minister and since then a mass protest movement has taken to the streets and protested for a return to a democratically elected civilian government.

Since the coup, military authorities have once again perpetrated crimes against humanity, war crimes and other serious violations of human rights and international humanitarian law. Human rights violations, in particular against the Rohingya, have continued.

We support the EU-adopted the sanctions against those involved in serious human rights violations in Myanmar, but we cannot limit the scope and not give a look at whom. The derogation that explicitly allows EU oil and gas operators remaining in Myanmar is unacceptable and must be suppressed.

It's time for peace and democracy in Myanmar and that will only arrive along with demilitarisation, dialogue, diplomacy and international law. Europe should make pressure to the Tatmadaw to immediately stop repression against peaceful activists and members of the public in general and transfer powers to the organised civil society. That is the only way forward acceptable.

Michaela Šojdová, za skupinu PPE. – Paní předsedající, kolegyně a kolegové, paní místopředsedkyně, pro Evropskou unii je v těchto chvílích nejpalcivějším úkolem podpořit Ukrajinu, pomoci ji v obraně proti agresi Putina, který i v těchto chvílích, v těchto minutách bombarduje ukrajinská města. Přesto nesmíme zapomínat na ochranu lidských práv i v dalších místech a týká se to i Myanmaru, kde dál pokračuje skutečná genocida místních obyvatel – Rohingů. Od poslední rezoluce Evropského parlamentu z října minulého roku se bohužel nic nezlepšilo. Vojenská junta i nadále páchá násilí, vraždí civilisty, systematicky pronásleduje křesťany, ničí kostely. Více než 9 500 politických vězňů již bylo obětí tohoto represivního režimu a 1 600 z těchto politických odpůrců bylo dokonce zabito. Evropský parlament silně odsuzuje vojenskou juntou a zejména odsuzuje podporu Ruska a Číny, které ji podporují. Tyto země se tak přímo podílí na této genocidě a bohužel stejně jako v případě ruské invaze zde selhává Rada bezpečnosti OSN, proto Evropský parlament vyzývá ke konkrétním akcím a sankcím.

Andrea Cozzolino, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è trascorso un anno dal colpo di Stato in Myanmar. Da allora, le già precarie condizioni umanitarie sono enormemente peggiorate: più di 1 500 cittadini sono stati uccisi, più di 8 600 persone sono in carcere, 80 quelle condannate alla morte, più di 400 000 sono i nuovi sfollati. Tutto questo da quando c'è stato il colpo di Stato militare di un anno fa e dopo le contestate elezioni democratiche. Oggi il potere è nelle mani della giunta militare.

Noi siamo in campo, come Europa, come Parlamento, in difesa della popolazione civile e dei difensori dei diritti umani e, in particolare, a difesa delle minoranze etniche e religiose, che già prima del colpo di Stato soffrivano di pesanti persecuzioni. Chiediamo alla giunta militare il rilascio di tutti i detenuti politici e di ripristinare il governo democraticamente eletto. Solo la politica, un processo democratico può ripristinare una condizione di pace e stabilità nel paese. Al tempo stesso, al nostro Borrell, alla Commissaria Jourová, alla Commissione nella sua interezza l'invito a sostenere tutte le iniziative diplomatiche, come quelle in corso all'Associazione delle nazioni del sud-est asiatico, ma soprattutto mettere pressione, pressione, sulla giunta militare per rendere possibile l'ingresso degli aiuti umanitari per tutta la popolazione civile nel paese, in particolare per gli sfollati.

Dobbiamo essere risoluti, determinati e vigili, soprattutto in questo momento. Se non ci sono sviluppi positivi, essere pronti a rafforzare e introdurre nuove sanzioni. Colpire fino in fondo gli interessi economici che si raccolgono intorno alla giunta militare: questo è il compito dell'Europa e questo è il compito che si dà il Parlamento europeo.

Adam Bielan, on behalf of the ECR Group. – Madam President, since the military coup in February 2021, the Myanmar military has committed serious crimes and has violated a range of human rights by murdering civilians, arbitrarily detaining prisoners, forcing displacements of thousands of people and oppressing ethnic and religious minorities.

With over 14 million people in humanitarian need, the targeting of civilians and humanitarian actors is unthinkable. Yet it is happening in Myanmar. It is a blatant violation of international law. So today we urge Myanmar military authorities to immediately reinstate the civilian government, allowing a swift return of Myanmar to the path of democracy and to release immediately and unconditionally all political prisoners.

I welcome the recent round of sanctions adopted by the Council against people and entities involved in the coup. This is an important EU instrument to sanction violators of human rights. But we should intensify our help by all possible means. The international community must relentlessly continue to take additional actions to help Myanmar citizens fighting for democracy. Fundamental rights should never be compromised.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Madam President, the recent events made clear that we are facing a global battle: democracy versus authoritarianism; the rule of law versus the rule of power; respect for human rights against their total disregard. It's a battle fought in different places with different means, and Ukraine's invasion is only the most evident example. Nevertheless, it is the same fight.

One of the battlegrounds is in Myanmar. Since the coup in February 2021, the situation has continuously worsened. Some 1 500 civilians were killed, 12 000 arrested, 84 sentenced to death. Numbers that bring back ghosts from the past. China and Russia have taken a clear position in this fight. They block any attempt of the United Nations Security Council to draft a resolution. They legitimise the junta, which supports Putin's war on Ukraine, also providing it with military means that are used every day in the repression.

Words fall on deaf ears. We need strong action instead. New and more stringent measures, coordinated international pressure, the referral of the situation to the International Criminal Court and the immediate suspension of Myanmar from GSP and EBA trade preferences. Yesterday was already late, Madam Commissioner. We need to use all instruments at our disposal and stay united, because their civil society should not feel abandoned and because this is a fight for democracy we can't afford to lose.

Marianne Vind (S&D). – Fru formand! Vi skriver år 2022, men vi har ikke en fredfyldt verden. Det er over et år siden, at juntaen i Myanmar overtog magten og har siden begået drab på civilbefolkningen. Jeg fordømmer på det kraftigste, at Rusland, Kina og Serbien som FN-medlemmer har hjulpet kupmagerne med at levere våben til militærstyret i Myanmar. At støtte et militærregime, der bruger magt mod civilbefolkningen, fortjener fordømmelse og sanktioner, ikke hjælp fra FN-lande. Den myanmarske befolkning skal ikke leve med tortur og overgreb som en del af hverdagen. Her tænker jeg på rohingyaerne, der er særligt udsatte. Jeg ønsker en fredfyldt løsning, der respekterer det demokratiske valg fra 2020 og giver magten til den civile befolkning – den civile befolknings valg af en regering. Hvis der ikke sker forbedringer, bør vi kraftigt overveje flere sanktioner, for over 14 mio. mennesker har brug for humanitær hjælp. Mange børn og voksne sulter. Jeg opfordrer i dag til, at vi i EU står sammen om sanktioner mod Myanmar's junta.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, signora Commissaria, onorevoli colleghi, in Myanmar come in Ucraina, certo più lontano dai nostri occhi ma altrettanto efferata, la violenza più brutale continua. Arresti, bombardamenti, uccisioni dei civili più inermi, come sempre in queste situazioni, donne e bambini, aggressioni sessuali, persecuzioni dei cristiani e delle altre minoranze, brutale repressione militare, folle immense di profughi che necessitano di cibo e di medicine. Insomma, una catastrofe umanitaria, e ancora una volta colpiti sono proprio gli inermi.

Di fronte a questo io credo che non possiamo più accettare una generale inazione del tutto inadeguata della comunità internazionale. L'ONU deve uscire dal suo torpore, lo dico da appassionata onusiana, deve uscire dal suo torpore e fare qualche iniziativa forte, le commissioni d'inchiesta indipendenti, altre iniziative, ma soprattutto noi chiediamo un ruolo alla Commissione europea, all'Alto commissario Borrell e a tutta la Commissione: dovete fare di più e in prima persona, non lasciare sola l'Asia né agli altri interlocutori, deve farlo l'Unione europea. Il riconoscimento del governo di unità nazionale di opposizione, i corridoi umanitari, l'embargo delle armi; insomma, tutte le iniziative che possono essere fatte per un paese che è diventato un simbolo della democrazia con Aung San Suu Kyi e con un popolo che lotta per difendere la propria democrazia e la propria libertà.

Věra Jourová, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, indeed you are right. This is a matter for the whole Commission. This is not only the matter of Josep Borrell, who cannot be here today because he had to choose how to spend his time in the urgent situation around Ukraine especially. He is in Versailles in Paris on the European Council.

But indeed, you are right by saying that the public attention is now focused on the war in Ukraine and that the gross violations of human rights and disproportionate use of force applied by the military regime in Myanmar increased in recent weeks and months. And this must not be forgotten or we should not lose sight of these horrifying situations.

The country's democratic transition has been halted with disastrous humanitarian, social, security, economic and human rights consequences. The Myanmar military increased arbitrary detentions and used ever more torture, sexual and gender-based violence, persecution of civil society, human rights defenders and journalists, as well as attacks on the civilian population, including ethnic and religious minorities. According to the United Nations, half of the population is now living under the poverty level.

Our policy response is robust and coordinated with like-minded partners. It supports ASEAN and United Nations efforts in devising a peaceful solution to the crisis. We have imposed sanctions, withheld or reoriented development assistance and stepped up humanitarian support.

On 21 February, the EU adopted a fourth package of restrictive measures. These add to the existing EU restrictive measures, including an arms embargo. All sanctions now apply to a total of 65 individuals and 10 entities. This now also includes the Myanmar Oil and Gas Enterprise, the country's main petrol producer. It is key to cut the financial resources of the military junta while seeking to avoid unnecessary suffering for the Myanmar population.

In parallel, the EU and its Member States remain one of the most important donors in Myanmar with the envelope of EUR 65 million. In response to the needs, the EU has provided over EUR 23 million in 2021.

So far, it is the EU's policy to maintain our unilateral trade preferences under the Everything But Arms scheme, with a view to avoiding to harm the most vulnerable, particularly female workers in the garment sector. The scheme contributes to the strengthening of the resilience of the general population.

As regards justice and accountability, we increased our financial support to the UN Independent Investigative Mechanism for Myanmar by EUR 1 million. At the multilateral level, we will present a resolution at the UN Human Rights Council to help ensure that the human rights situation in Myanmar remains high on the agenda of the international community.

Let me also inform you that we have appointed the EU Ambassador to ASEAN to be also our new special envoy to Myanmar to support the efforts of the UN and ASEAN's special envoys and to reach out to other international and regional actors.

Let me assure you, the crisis in Ukraine does not mean we forget the acute suffering of the people of Myanmar. The EU keeps all policy options under review, with the aim of supporting the people of Myanmar and bringing the country back to a path towards democracy.

President. – The debate is closed.

The vote will take place today.

Written statements (Rule 171)

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Od wojskowego przewrotu w Birmie minął już ponad rok. Jako wiceprzewodniczący delegacji ASEAN w PE z niepokojem śledzę rozwój wydarzeń i bardzo trudną sytuację mieszkańców Birmy, którzy pozbawieni są podstawowych demokratycznych praw, takich jak wolność słowa czy wyznania.

Co więcej, dyskryminuje się obcokrajowców oraz mniejszości religijne i etniczne. Wystarczy chociażby wspomnieć o tym, że od przewrotu wojskowego udokumentowano 35 przypadków napadów na kościoły, miejsca kultu oraz osoby wierzące, w tym chrześcijan i muzułmanów.

Birma nie jest sama. Chciałbym tu podkreślić zaangażowanie ASEANu, który nieustannie podejmuje próby pokojowego rozwiązania aktualnego kryzysu, a także pomoc humanitarną, jaką Birma otrzymuje od UE. W 2021 r. UE przeznaczyła 23 miliony euro między innymi na pomoc uchodźcom z Birmy szukającym schronienia w sąsiednich krajach. Część tej pomocy została też przeznaczona na pomoc w walce z pandemią COVID-19.

Liczę na dalsze kroki mające na celu ustabilizowanie sytuacji w Birmie. Przywódcy przewrotu wojskowego powinni bardzo mocno odczuć, że na ich działania nie ma zgody.

(¹) See Minutes.

7.3. Zerstörung von Kulturerbe in Bergkarabach

President. – The next item is the debate on six motions for resolutions on destruction of cultural heritage in Nagorno-Karabakh (2022/2582(RSP)) (¹).

Peter van Dalen, Auteur. – Voorzitter, president Aliyev van Azerbeidzjan zorgt goed voor zichzelf en zijn familie. Hun vermogen wordt inmiddels op meerdere miljarden geschat. We zien bij hem wat we bij veel despoten zien: corruptie, witwaspraktijken, het oppakken van politieke tegenstanders, het schenden van de mensenrechten.

Maar er is meer. Azerbeidzjan maakt het leven van de inwoners van Nagorno-Karabach elke dag onmogelijk. Nog deze week: artilleriebeschietingen. Nog deze week: afsluiting van een gaspijplijn. Het leven van de inwoners van Nagorno-Karabach wordt elke dag bedreigd. En er zijn ook nog heel veel vermisten, waar we nooit meer iets van gehoord hebben.

Maar bovenal zien we dat onder leiding van Aliyev het culturele erfgoed van Nagorno-Karabach wordt vernietigd, stelselmatig wordt kapotgemaakt. Kerken, historische gebouwen, monumenten en andere plaatsen worden kapotgemaakt. En zo wordt het culturele erfgoed van Nagorno-Karabach vernietigd.

Dit Parlement is unaniem. We zijn in grote mate eensgezind, we veroordelen ten strengste dit geweld door Azerbeidzjan en we veroordelen ten strengste de “armenofobie” van het regime in Bakoe. En we roepen de Unesco op snel voor een onderzoeksmissie naar het land te gaan, naar Nagorno-Karabach, om te kijken hoe ernstig de situatie is.

We hopen op en bidden voor verandering. We hopen op en bidden voor gerechtigheid. En we zeggen neen tegen regimes die het leven van andere mensen kapotmaken!

Evin Incir, author. – Madam President, the recent situation in Nagorno-Karabakh is a systematic attempt by Azerbaijan to erase Armenia's history and its rich culture. The Armenian cultural heritage dates back to ancient times and needs to be treated with the respect that it deserves.

Azerbaijan's attack on the Armenian cultural heritage is an attack on its people, a country and most importantly, it is an attack on its future generations. It is also an attack on international commitments. In its attempt to rewrite history, to assert dominance, Azerbaijan has resorted to the destruction of cultural treasures that future generations now never get to enjoy. This is something that I, with my own Kurdish roots, have seen happening to my people and our identity for decades by Turkey. It has consequences beyond possibility of explanation.

In December 2021, the International Court urged Azerbaijan to cease all destruction of Armenian cultural heritage. The resolution that we will vote on today provides us with an opportunity to send a clear message to Azerbaijan. The world is watching and we will not stay quiet if this silence and threat of violence doesn't stop. The European Parliament must stand firm against the unacceptable action of Azerbaijan. International agreements must be followed. We therefore call upon Azerbaijan to comply with its obligation, especially with regard to its membership in UNESCO, which clearly opposed the destruction of all cultural heritage. Enough is enough.

Nathalie Loiseau, auteur. – Madame la Présidente, la culture, c'est la mémoire du peuple, la conscience collective de la continuité historique, le mode de penser et de vivre. Cette phrase de Milan Kundera nous rappelle que chaque fois qu'on s'attaque à la culture d'un peuple, c'est qu'on cherche à le détruire. Nous l'avons vu quand les talibans ont fait exploser les Bouddhas de Bâmiyân. Nous l'avons encore vu quand Daesh a détruit le temple de Nimroud, les sanctuaires de Mossoul ou le Lion de Palmyre.

Le 3 février dernier, le ministre de la culture d'Azerbaïdjan a annoncé la mise en place d'un groupe de travail sur le patrimoine du Haut-Karabakh. Il est vrai que depuis le conflit armé de l'automne 2020, près de 1 500 monuments sont passés sous le contrôle de l'Azerbaïdjan. Parmi eux, 161 églises ou monastères arméniens, 345 pierres tombales, 591 stèles. Il y aurait donc matière à assurer leur protection. Mais il y a, en réalité, matière à s'alarmer de ce que le ministre azéri compte faire.

En effet, le 15 mars 2021, le président Aliyev s'est déplacé à Tsakuri, dans la région d'Hadroust; face à une église du XII^e siècle, il a promis d'effacer les inscriptions arméniennes qui y figurent. D'autres églises ont déjà été détruites. Le prétexte invoqué: rendre justice à la culture des Albanais du Caucase. Si vous ignorez de quoi il s'agit, ne vous inquiétez pas, aucun historien sérieux n'en atteste. Si vous vous demandez s'il y a vraiment de quoi s'inquiéter, sachez qu'entre 1997 et 2006, 89 églises arméniennes, 5 800 stèles et plus de 22 000 tombes, dont celles du cimetière arménien de Djoulfa, ont été rasées par l'Azerbaïdjan dans l'enclave du Nakhitchevan. Bakou nie toute destruction et s'insurge du mauvais procès qui lui serait fait. L'Azerbaïdjan affirme que l'Arménie porte la responsabilité de la destruction de patrimoine azéri dans le premier conflit du Haut-Karabakh. C'est possible, et si tel est le cas, cela doit être condamné.

Mais pourquoi alors l'Azerbaïdjan empêche-t-il l'Unesco de faire son travail et d'envoyer sur place une mission d'experts, comme cela est proposé depuis novembre 2020. C'est pourtant le rôle de l'organisation onusienne d'intervenir dans le cadre de la convention de 1954 pour la protection des biens culturels en cas de conflit armé.

Aujourd'hui, j'en appelle aux coprésidents du groupe de Minsk pour qu'ils interviennent auprès de l'Azerbaïdjan. J'en appelle à l'Union européenne, afin qu'elle se prévale des liens privilégiés du partenariat oriental pour obtenir des assurances claires de la part de Bakou que le patrimoine arménien sera préservé. J'en appelle à l'Unesco, qui ne doit pas se laisser intimider, mais aussi à d'autres acteurs de terrain, tels qu'Aliyev, pour qu'ils agissent enfin.

Écoutons ce que Sigmund Freud nous a appris: tout ce qui travaille à la culture travaille contre la guerre.

Viola Von Cramon-Taubadel, *author*. – Madam President, the Caucasus, and particularly Nagorno-Karabakh, is the crossroad of civilisations. For millennia, different cultures, nations and religions have been creating masterpieces here. These masterpieces belong not only to the people of the Caucasus, but also to the world. It is our common obligation to preserve them.

What took millennia to build in times of peace can be destroyed in a moment by the war. After the second Karabakh war, thousands of Armenian monuments came under Azerbaijani control. Very recently, Aliyev's government erased Armenian churches, crushed stone tombstones in another Azerbaijan region, Nakhchivan. This provides a dramatic peek into the potential future of Armenian artefacts in Nagorno-Karabakh.

We cannot allow the cultural devastation of Nakhchivan to repeat in Nagorno-Karabakh too. Attempts to revise history should be condemned, be it the so-called Albanisation or removing the conical dome from the Armenian Holy Saviour Cathedral in Shusha.

Equally unacceptable is the destruction of Azeri cultural heritage sites left behind by 600 000 IDPs. After the first four, many Azeri religious sites were destroyed and neglected. Cultural heritage is erased not by bulldozers, but by people full of hate. If the two Caucasian nations focus more on what unites them instead of what divides them, they will discover that their cultures are much more similar than they imagined.

Charlie Weimers, *author*. – Madam President, Commissioner, I witnessed the results of the Islamic State's cultural genocide against Christians, Chaldeans, Assyrians and Syriacs when I visited Iraq and Syria. Desecrated millennia-old churches, decapitated statues of Mary, destroyed icons, charred pages from Bibles that littered the streets. To destroy cultural heritage is to erase an identity, a history, a nation.

Azerbaijan's President Aliyev is following in the footsteps of the Islamic State. During the war in 2020, Azeri armed forces deliberately twice shelled the Holy Saviour Cathedral in Shushi. Shortly afterwards, Azerbaijan destroyed the 18th-century St John the Baptist Church.

Reports in satellite imagery have meticulously tracked the systematic destruction of almost 100 medieval Armenian churches, thousands of cross stones and tens of thousands of tombstones. As these sites of religious significance, of history and of culture are destroyed, we may not see them, but we will never forget.

President Aliyev has sought to cover up his crimes by distorting history through the promotion of false Albanisation theories and the erasure of Armenian scripture on churches. We can't let him get away with it.

Commissioner, colleagues, the EU needs to speak up, condemn the cultural genocide committed by President Aliyev against Armenian Christian heritage sites. Will you hold him accountable for the continued cultural genocide against Armenians? We must sanction him. Palmyra, Maaloula, Qaraqosh, St John's Baptist Church in Shushi. Lest we forget.

Željana Zovko, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, cultural heritage, national or religious, is a representation of people's identity. These artefacts, buildings and monuments are built with the greatest care and devotion. It is something that people are proud of. Respect and protection of cultural heritage is not only part of our European values and European neighbourhood policy, it is also enshrined in several international conventions and treaties. If these monuments are destroyed or desecrated, it is an insult and a direct attack.

By erasing cultural heritage, history is altered. The evidence of the existence of an entity vanishes. In conflict areas, such as in and around Nagorno-Karabakh, monuments and religious buildings are often targeted because of their symbolic value, something I deeply deplore and strongly condemn. It is just thanks to the inherent meaning that cooperation on, and mutual respect for, cultural heritage has a power of reconciliation, a power to promote coexistence, a power that can lead to peace. First is to take stock of the status of cultural heritage in the region.

I call on UNESCO and the international community to urgently organise a fact-finding mission in and around Nagorno-Karabakh and I call on the states of Azerbaijan and Armenia to fully cooperate. UNESCO's motto is that war starts in people's heads, and it's there where peace begins.

Κώστας Μαυρίδης, *εξ ονόματος της ομάδας S&D*. – Κυρία Πρόεδρε, ο πολιτισμός πρέπει να είναι μέσο προσέγγισης των λαών και όχι μέσο μίσους. Η καταστροφή και βεβήλωση μνημείων πολιτισμού θρησκευτικής ή εθνικής κληρονομιάς παραβιάζει το Διεθνές Δίκαιο και τις αρχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης, στις οποίες όλοι μας δεσμευόμαστε και τις υπηρετούμε. Όταν δε η καταστροφή ή η βεβήλωση γίνεται με συστηματικό σχέδιο κατόπιν επικράτησης της ισχύος των όπλων, η παραβίαση αυτή αποτελεί πολιτισμική γενοκτονία και έγκλημα, όπου κι αν συμβαίνει· είτε στην Παλμύρα της Συρίας από το Ισλαμικό κράτος, είτε στην κατεχόμενη Κύπρο από την Τουρκία, είτε στο Ναγκόρνο Καραμπάχ από το Αζερμπαϊτζάν, πράγμα που εξετάζουμε σήμερα.

Τα γεγονότα φανερώνουν πολιτισμική γενοκτονία εναντίον του πολιτισμού αιώνων των Αρμενίων στο Ναγκόρνο Καραμπάχ, πράγμα που αποτελεί συστηματική κρατική πολιτική του Αζερμπαϊτζάν. Η άρνηση του Αζερμπαϊτζάν να επιτρέψει πρόσβαση της UNESCO πρέπει να έχει κόστος. Στην περίπτωση ενώπιόν μας υπάρχουν εγκληματικές ευθύνες. Θα δράσει το διεθνές δικαστήριο της Χάγης εναντίον καθεστωτικών αυταρχικών ηγετών, οι οποίοι διαπράττουν αυτά τα εγκλήματα, εγκλήματα κατά του πολιτισμού και της ανθρωπότητας; Ο πολιτισμός είναι μέσο προσέγγισης και όχι μέσο μίσους.

François Alfonsi, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je veux d'abord remercier celles et ceux qui ont fait en sorte que la question du Haut-Karabakh soit à l'ordre du jour de cette session.

Dix-huit mois après l'agression menée par la dictature de Bakou contre le peuple arménien de l'Artsakh, la situation reste préoccupante et les tensions très vives. La défaite des forces arméniennes a créé de graves déséquilibres dans les relations entre l'Arménie et les États voisins agresseurs, la Turquie et l'Azerbaïdjan.

Par la proposition que nous votons aujourd'hui, nous apportons un soutien bienvenu à ceux qui sont, à juste titre, inquiets de leur avenir. Le négationnisme à l'égard du patrimoine culturel arménien, et la destruction des édifices par l'armée azérie dans les territoires qu'ils ont conquis par la force qui en est le témoin, sont le prélude à de nouvelles agressions. L'Artsakh est toujours menacé d'épuration ethnique. Par notre soutien, le peuple arménien est plus fort et les intentions belliqueuses de ses voisins seront plus facilement écartées.

Il n'y a pas, dans le Haut-Karabakh, deux belligérants qui se neutralisent: il y a un agresseur et il y a une victime. L'agresseur est une dictature. La victime est une démocratie et elle est très affaiblie. L'Europe doit se mettre aux côtés de l'Arménie et apporter sa contribution pour écarter le risque d'une nouvelle guerre.

Susanna Ceccardi, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, chi, come noi, ha la fortuna di essere nato nel terzo millennio ha creduto per molto tempo di vivere nella pace e nella prosperità. Oggi la tragedia è in Ucraina, ma solo due anni fa il dramma aveva bussato a appena qualche centinaio di chilometri più a sud, in un fazzoletto di terra tra l'Armenia e l'Azerbaigian, in una regione, l'Artsakh, dove in poche settimane hanno perso la vita migliaia di innocenti, soldati e civili, e dove un patrimonio culturale inestimabile è in pericolo.

Anche in questa occasione, come nel 1915, e come nel 1938, siamo di fronte a un bivio della storia: restare indifferenti, spettatori passivi, oppure aprire gli occhi sulla sistematica distruzione di una delle culture più antiche e affascinanti del mondo. La storia, come si sa, la fanno i popoli. Ma a scriverla sono sempre i vincitori. E quando lo fanno, il *modus operandi* è spietato e ben elaborato: cancellare la memoria, negare la storia, creare una narrazione parallela e infine la propaganda.

Il dovere delle istituzioni, quindi il nostro dovere, è proprio maggiore laddove è necessario tutelare la memoria e sostenere chi per timore di subire una rappresaglia non ha potuto nemmeno manifestare il proprio dissenso verso la Russia che bombarda l'Ucraina. Li abbiamo lasciati soli in passato e ora non vogliono più esporsi. Rispettare la storia dei vinti, porre le basi per costruire un futuro di rispetto e civile di convivenza, ammettere le atrocità di un genocidio. Questa è l'Europa.

Per questo motivo è nostro dovere impegnarci e impegnare l'UNESCO e tutte le parti in causa a effettuare, censire e proteggere la storia e il patrimonio culturale dell'Artsakh. La distruzione del patrimonio storico di un popolo viola i principi dell'Europa democratica, riportando l'orologio del tempo al 1915 e l'essere umano a ripetere per l'ennesima volta, ancora una volta, lo stesso errore.

Anna Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, the fate of cultural heritage in armed conflict is a matter of utmost importance. I dedicated a lot of my time in the Parliament to this issue. That includes, of course, Nagorno-Karabakh.

Yes, we have to remember that both sides in recent phases of conflict used a lot of information – actually, disinformation – using it as warfare, actually, so we have to rely on impartial sources like UNESCO's mission. That is a fact finding mission that is to be sent to the region. We have to support this and to remember the role of Russia, that always wants to ignite the conflict and benefit from escalation.

Mick Wallace, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, I welcome the call to allow UNESCO access to cultural heritage sites in Nagorno-Karabakh to assess the damage and take steps towards preservation. The EU also has a role to play in the wider region that has seen conflict in recent times.

I travelled to Iraq last year and met a lot of religious and political public officials. We heard that there used to be EU delegations going to Iraq regularly and cooperating on archaeological digs and restoration. It was perceived as being incredibly helpful by the Iraqis and they are really disappointed that it's not happening anymore because obviously it was stopped by the invasion by the US and allies and the bombing. Sadly, the war gave rise to ISIS and allowed groups like al-Qaeda to flourish and these groups in particular have done untold damage to architectural and cultural heritage.

Today, the Western-backed Saudi coalition are actually deliberately targeting extraordinary cultural heritage. We need to stop all this bombing and militarism everywhere and start to rebuild and preserve the artefacts of our common history. We helped to destroy it. We should help to fix it.

Carles Puigdemont i Casamajó (NI). – Madam President, Armenia and Azerbaijan agreed to a cessation of hostilities, but are still a long way from peace. The destruction of the cultural heritage in Nagorno-Karabakh, known as the Republic of Artsakh, is a clear example of this.

The long-running conflict has had a catastrophic impact on the cultural heritage of the region. Azerbaijan needs to actively protect the Armenian cultural heritage in and around the Republic of Artsakh and stop its destruction. It's our duty to ensure the transmission to future generations of the cultural and natural heritage. No development can be sustainable without a strong cultural component. Indeed, only an approach to development based on mutual respect and open dialogue among cultures can lead to lasting peace.

I urge the European Parliament and the European Commission to use its powers and influence to prevent and punish acts of vandalism and desecration affecting Armenian cultural heritage in Nagorno-Karabakh.

Andrey Kovatchev (PPE). – Madam President, the reality of today shows us that history, identity, culture and religions matter. Manipulation, falsification and destruction of historical heritage leads to hate, discrimination and violence. The war of Putin against Ukraine proves this one more time. He's also using these ugly instruments of history manipulation for justification of these terrible actions.

Reconciliation can be achieved only by reaching mutual trust. The topic of the destruction of cultural heritage in Nagorno-Karabakh against Armenians is just one example of how important is trust. The destruction of any cultural heritage sites, artefacts and objects contributes to the escalation of hostilities, lack of mutual understanding and prejudice between and within societies. On the contrary, the respect of minorities, which is one of our core values, includes the protection of their cultural identity and heritage.

The urgency resolution which we are voting today welcomes the UNESCO proposal to send an independent experts' mission to visit Nagorno-Karabakh and assess the situation on the ground. We request further that international experts be given unhindered access by Azerbaijan to all cultural sites for a proper inventory to be carried out. It is critical to remember that the protection, rebuilding and restoration of historical heritage and religious heritage should be seen in the broader framework of the conflict resolution between Armenia and Azerbaijan, and needs to be requested, supported and welcome. This process includes also the condemnation of any destructions of cultural, religious and historical sites, regardless of whether this happened in the past or in the present day, or by whom.

The new generations need to have a peaceful and secure future without the hate from the past.

Marina Kaljurand (S&D). – Madam President, aggression of Russia against Ukraine demonstrates once again how important is the EU's engagement with the Eastern Partnership countries. While the EU was largely absent during the second Nagorno-Karabakh war, we can still make a difference if we take a more active role today. War is not the solution, and the conflict in Nagorno-Karabakh cannot be solved by military force. This is one of the lessons learned from the first war.

Falsification of history, as well as war against cultural heritage, cannot be justified. Actions perpetrated by Armenia in the past, and damage to Azerbaijani heritage over the past decades does not justify attacks on cultural heritage in the present. Sustainable peace has to be negotiated. Reconciliation and rehabilitation should stem from mutual respect, including respect for minority rights and protection of historical, religious and cultural heritage.

While effort is needed from both sides to resolve this conflict, we condemn the continued policy of Azerbaijan to erase and deny Armenian cultural heritage in and around Nagorno-Karabakh. I would like to recall the provisional measures introduced by the International Court of Justice last year in the case of Armenia v. Azerbaijan. Azerbaijan must take all necessary measures to prevent and punish acts of vandalism and desecration affecting Armenian cultural heritage, and I urge Azerbaijan to remove all obstacles and facilitate the UNESCO independent mission of experts in order to assess the situation regarding cultural properties in and around Nagorno-Karabakh.

Virginie Joron (ID). – Madame la Présidente, chers collègues, Madame la Commissaire, alors que tous nos regards sont légitimement tournés vers l'Ukraine, un autre pays européen continue à souffrir le martyre, loin des caméras et de l'agitation diplomatique, malheureusement. Ce pays, c'est l'Arménie, ce peuple est le peuple arménien, cruellement lâché par tous à l'automne 2020.

L'Arménie continue aujourd'hui de souffrir. Au Haut-Karabakh, ce territoire disputé avec l'Azerbaïdjan, les troupes azéries procèdent à la destruction du patrimoine culturel arménien de cette région, et ce dans le but de faire fuir la population arménienne de ce territoire. Il y a encore quelque temps, j'étais à Erevan et j'ai pu constater la souffrance du peuple arménien face à cette guerre qui continue. Nous nous étions émus, à juste titre, de la destruction des mausolées de Tombouctou par l'État islamique. Mais qui se soucie de l'épuration culturelle qui menace aux confins du continent européen?

Monastères, églises ou pierres tombales, 1 500 monuments culturels arméniens sont menacés de destruction. Ces actes ont déjà eu lieu par le passé au Nakhitchevan où, en 2006, l'Azerbaïdjan avait fait raser la nécropole de l'ancienne ville arménienne de Djoufa. Ces actes menacent de se répéter aujourd'hui, alors que, semble-t-il, l'Azerbaïdjan vient de créer un groupe de travail dont les activités consisteront à effacer les «inscriptions fictionnelles» arméniennes des monuments religieux ou historiques du Haut-Karabakh.

Si toutes les destructions du patrimoine culturel sont à blâmer, où qu'elles aient lieu, dans le monde entier, cette menace-là nous oblige particulièrement envers ce peuple frère, chrétien et européen.

Bert-Jan Ruissen (ECR). – Voorzitter, commissaris, collega's, Armenië heeft een zeer rijke historie. Als eerste land ter wereld riep het in de vierde eeuw na Christus het christendom uit tot nationale religie. Vele duizenden locaties, onder meer in Nagorno-Karabach, herinneren hieraan.

Door het langlopende conflict met Azerbeïdzjan wordt dit culturele en religieuze erfgoed nu enorm bedreigd. Vele monumenten zijn inmiddels beschadigd of verwoest. Armeense sporen worden uitgewist door "albanisering" van het cultureel erfgoed. Het is een regelrechte poging tot geschiedvervalsing!

Met onze gezamenlijke resolutie maken we vandaag een duidelijk statement: 1) de EU moet Azerbeïdzjan streng aanspreken op de systematische vernietiging van het cultureel erfgoed; 2) een onafhankelijke onderzoeksmissie is nodig om ter plaatse de schade te inventariseren; 3) in onze nabuurschapsrelaties met Azerbeïdzjan moet het onderwerp een heel prominente plek krijgen.

De afbraak van het cultureel en religieus erfgoed in Nagorno-Karabach moet stoppen!

Martina Michels (The Left). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem Waffenstillstand und dem unerträglichen Siegesgeschrei aus Baku im November 2020 ist der Südkaukasus bis heute so fragil wie zuvor, einschließlich Kampfhandlungen.

Die Zerstörungen von Stein gewordener Geschichte und deren anschließende Fälschung durch Aserbaidschan sind inakzeptabel. Ethnische Homogenität ist eine Fiktion von Rassisten. Sie erklärt nirgendwo auf der Welt die Grenzen von Nationalstaaten. Die kulturellen Identitäten der Völker sind ein Mix aus positiver Migrationsgeschichte, aus einem achtsamen Umgang mit Mahnungen, aus Krieg und Vertreibung. In Bildern, Liedern und Begegnungsorten ist festgehalten, wie Versöhnung und Frieden im Alltag aussieht.

Mit der heutigen Entschließung fordern wir den Zugang von Expertinnen und Experten unter dem Dach der Unesco und den Schutz zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie sollen das Kulturerbe der Regionen insbesondere um Bergkarabach und Nachitschewan kartografieren und sichern können. Dafür müssen auch die Minsk-Gruppe und die OSZE vermitteln, um Stabilität in der Region nachhaltig zu sichern. Die Zerstörung von Kulturgütern ist ein Symbol von Überlegenheitsdenken, das in Kriegen systematisch eingesetzt wird. Und deshalb geht es uns alle an. Und zwar überall.

Fabio Massimo Castaldo (NI). – Madam President, in these days, we are all deeply moved by the criminal invasion of Ukraine, for which Putin created unacceptable justifications. He falsified the past, bending history to his propaganda needs, and he is trying to prevent a sovereign country from choosing its own future.

Similar trends are present in Nagorno-Karabakh, where Azerbaijan's authorities are trying to eradicate the cultural heritage of the autochthonous Armenian population in the territories they occupied with brute force. Monuments, medieval monasteries, churches, tombs: there is no respect for either the living or the dead. Cancelling the past, their leadership intends to criminally justify the future they have in mind for the region, and we cannot accept and let it happen.

From this House we must speak clearly. We call on the Azerbaijan authorities to immediately halt this barbaric vandalism and to open a constructive and inclusive dialogue in the region. Furthermore, we encourage UNESCO to put in place its fact-finding mission, and we must support their endeavours, also taking a strong position vis-à-vis Baku's reluctance to allow such deployment. As the Roman philosopher Cicero said, history is the witness of time, the light of truth, the teacher of life and is committed to immortality. Therefore, it cannot be rewritten to justify expansionist and imperialistic ambitions.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Szanowni Państwo! W Górskim Karabachu niszczone są cmentarze, kościoły i budynki o znaczeniu historycznym, niszczone jest ormiańskie dziedzictwo kulturowe i religijne – to nie tylko bezsensowne akty wandalizmu, ale przede wszystkim akty przemocy. Nie o budynki tu przecież chodzi, tylko o ludzi. Dziedzictwo kulturowe to przecież bardzo ważny element tożsamości całych społeczności. Jego niszczenie jest więc próbą wykluczenia i unicestwienia wszelkich śladów innej kultury i tożsamości, które podsyca tylko wzajemną niechęć i wrogość. Takiemu działaniu mówimy dzisiaj zdecydowane nie.

Zwracamy się do władz Azerbejdżanu o podjęcie natychmiastowych działań w celu zapobiegania aktom wandalizmu i karania ich. Unia Europejska powinna wykorzystać dostępne jej narzędzia, aby wywierać presję na władze Azerbejdżanu i jasno domagać się działania.

Bardzo ważne może być też wysłanie do Górskiego Karabachu misji niezależnych ekspertów UNESCO. Pozwoliłoby to na oszacowanie skali zjawiska i strat. Tu chodzi o coś więcej niż budynki, a nawet o coś więcej niż ich historyczna czy artystyczna wartość. Chodzi o szacunek, o tolerancję i równość – wartości, których musimy bronić.

Lars Patrick Berg (ECR). – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Ich unterstütze voll und ganz eine unabhängige, von der Unesco geleitete Untersuchungskommission, die das gesamte Ausmaß des kulturellen Vandalismus in Artsach untersuchen und feststellen soll. Ich bin auch sicher, dass diese Mission die mutwillige Zerstörung von armenischen Kirchen, von Denkmälern, Artefakten und Gedenksteinen, den sogenannten Chatschkaren, aufdecken wird.

Was wir erleben, ist die systematische Vernichtung des armenischen Kulturerbes in Artsach, die eindeutig gegen die Urteile des Internationalen Gerichtshofs verstößt. Eine unabhängige, von der Unesco geleitete Mission muss endlich ungehinderten Zugang zu Artsach erhalten, um die weitere Zerstörung des armenischen Kulturguts in Artsach zu verhindern. Und wir sollten nicht zulassen, dass die aserbajdżanischen Behörden eine solche Mission endlos verzögern und behindern.

Pernando Barrena Arza (The Left). – Madam President, the Armenian people have known the worst with the genocides perpetrated by Turkey in 1915, and they have longed for freedom and democracy. Two years after the Azeri attack supported by Turkey against the people of Artsakh, the Armenian people and its cultural heritage are still under threat.

In this context, we firstly call on Azerbaijan to discard once and for all its militaristic approach and territorial claims in Armenia and engage in good faith in negotiations and under the OSCE Minsk Group on the final status of Nagorno-Karabakh.

It's essential to respect the right to self-determination of Nagorno-Karabakh as a democratic principle in order to deal with conflicts in a democratic way. We cannot accept Azerbaijan's stance and we must send a clear message. Azerbaijan must stop attacking and denying the existence of Nagorno-Karabakh as a fully independent political entity. Azerbaijan must be respectful of the people of Artsakh and international law.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, une guerre ne doit pas en faire oublier une autre. Aujourd'hui encore, en Arménie, dans le Haut-Karabakh, des familles attendent le retour de prisonniers de guerre détenus illégalement par l'Azerbaïdjan, maltraités, utilisés comme monnaie d'échange. Des militaires et des civils sont régulièrement pris pour cible par des soldats azéris, au mépris des engagements de cessez-le-feu. Hier encore, le village de Khnushinak a été ciblé par des tirs de mortier, et ce matin, celui de Khramort.

Mais ce ne sont pas seulement les vivants qui meurent. Le président Aliyev veut aussi tuer l'Histoire, comme les talibans à Bâmiyân, comme Daesh au Levant. Depuis la fin de la guerre, des dizaines de monuments, d'églises, de khatchkars, ont été délibérément détruits dans une volonté négationniste insensée d'effacer les traces millénaires de la présence arménienne sur ces terres, que le gouvernement azéri déclare très officiellement être une fiction. Violence ultime qui, en privant un peuple de son droit à décider de son destin, veut lui voler aussi jusqu'à la trace de sa présence. Violence qui nous concerne tous, car ce patrimoine inestimable est aussi le nôtre. C'est un trésor de l'humanité.

Notre résolution, aujourd'hui, affirme l'urgence d'une mission de l'Unesco pour vérifier dès maintenant la protection du patrimoine arménien. Si cette résolution n'est pas suivie d'effets, l'Union européenne doit suspendre les fonds qu'elle verse à l'Azerbaïdjan, car aucun soutien n'est dû à un État qui viole le droit international et ses propres engagements. L'Europe en a pris conscience aujourd'hui, elle doit être enfin présente concrètement aux côtés de l'Arménie.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR). – Pani Przewodnicząca! Zarówno w potocznym, jak i politologicznym postrzeganiu konfliktu azersko-ormiańskiego konflikt ten jest sporem terytorialnym i ma charakter narodowościowy. Jednak, jak donosi chociażby Watykan, już od czasu zawieszenia broni pomiędzy Azerami i Ormianami oraz przejęcia kontroli nad znaczną częścią Górnego Karabachu przez Azerów dochodzi do bestialskiego niszczenia religijnego i kulturowego dziedzictwa ormiańskiego na tych ziemiach.

Na terenach zajętych przez wojska azerskie znajduje się co najmniej 1456 zabytków kultury, religii i historii Ormian. Ormianie na całym świecie obawiają się, że zabytki te może spotkać to samo, co spotkało kościoły i zabytki w Nachiczewanie. Według oficjalnych danych w tym regionie zburzono do tej pory 28 tys. zabytkowych obiektów, w tym 89 kościołów, 5840 ręcznie rzeźbionych kamiennych krzyży, tzw. chaczkarów, oraz 22 tys. nagrobków.

Pojęcie ludobójstwa trafiło do prawa międzynarodowego dzięki studiom i badaniom nad przerażającą rzezią dokonaną na ludności ormiańskiej. Badania te prowadził polski prawnik żydowskiego pochodzenia Rafał Lemkin. Dziś świat musi protestować. Dziś świat musi zwrócić uwagę na inne zagrożenie. Tym zagrożeniem, tym bestialstwem jest ludobójstwo kulturowe.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, povjerenice, kolegice i kolege, katedrala svetog Jakova u Šibeniku, crkva svetog Krševana u Zadru, povijesna jezgra grada Dubrovnika, Banski dvori u Zagrebu – sveukupno je stradao 1861 nepokretni spomenik kulture zbog srpske agresije na Republiku Hrvatsku čiji je cilj bio poništiti hrvatski nacionalni identitet, građen stoljećima. Upravo zato, mi u Hrvatskoj znamo koliko je važno ustrajati na zaštiti kulturne baštine, naročito u ratnim okolnostima.

Nažalost, svjedoci smo kontinuirane politike brisanja i negiranja armenske kulturne baštine u Gorskom Karabahu i njegovoj okolini, čime se krši međunarodno pravo i nedavna odluka Međunarodnog suda. Radi se o još jednom slučaju progona kršćana i zatiranja njihovog vjerskog identiteta što je, nažalost, slučaj u mnogim dijelovima svijeta.

Na globalnoj razini 2019. više od 245 milijuna kršćana bilo je žrtvama ozbiljnih progona što je 40 milijuna više nego 2018. To znači da jedan od devet kršćana na globalnoj razini doživljava progon, a o tome se jako, nažalost, malo govori. Stoga pozdravljam prijedlog rezolucije kojom se Europski parlament snažno protivi negiranju armenske kulturne baštine na području Gorskog Karabaha i oko njega.

Kolegice i kolege, uništavanje kulturne baštine u Gorskom Karabahu mora prestati što prije.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Jako człowiek mogę mówić o ludzkich dramatach – tych, którzy tam mieszkają, i tych, którzy stamtąd musieli uciekać. Jako historyk mogę mówić o długiej i skomplikowanej historii tego regionu. Jednak przede wszystkim jako polityk, który był w tym regionie przeszło 20 razy, a więc trochę się na tym znam, mogę powiedzieć, patrząc Państwu w oczy, że z tego konfliktu między Armenią i Azerbejdżanem najbardziej cieszy się dzisiaj ten, który toczy wojnę przeciwko Ukrainie – pan pułkownik prezydent Putin. On jest beneficjentem tego konfliktu. Pamiętamy spotkania prowadzone przez niego, chociażby w Soczi, między prezydentem Azerbejdżanu Aliyevem a ówczesnym prezydentem Armenii Sarkisjanem. To Putin był tym sędzią, ordynatorem, tym, który rozstrzygał. Pamiętajmy – na pytanie „Cui bono?” odpowiadamy: Rosja i Putin.

Věra Jourová, Vice-President of the Commission. – Madam President, the European Union has a very clear position regarding the key role of cultural heritage in promoting peace, democracy and sustainable development. It was only in June last year that the Council approved conclusions welcoming the EU concept of cultural heritage in conflicts and crises, calling for the protection and safeguarding of cultural heritage during periods of conflict and crisis.

This has also been the position of the European Union with regard to all cultural and religious heritage in the territories affected by the conflict in and around Nagorno-Karabakh. As you know, the issue of cultural and religious heritage in the region has been contested and sensitive since at least the beginning of the Nagorno-Karabakh conflict. The war in 2020 has further aggravated this situation. Through public statements and direct discussions with both sides, we have repeatedly called for the protection of all religious and cultural heritage in the region, particularly heritage sites affected by conflict, without any differentiation based on ethnic or religious grounds. Any attempts to destroy or desecrate heritage sites before, during or after the hostilities or attempts to alter their identity will be met with strong condemnation from the European Union. We have also been joined by the international community in these calls.

It is important to have an objective and inclusive international assessment of all religious and cultural heritage affected, or potentially affected, by the conflict. For this reason, the EU supports the initiative of a UNESCO technical assessment mission to visit the area and has asked the sites to allow such a visit to take place and to fully cooperate with it. Steps taken towards such a mission would also contribute to building confidence between the sides, something the EU has been working towards, particularly with the engagement of the President of the European Council, Charles Michel, who visited both Armenia and Azerbaijan last year, held frequent phone calls with the leaders and brought them together for two trilateral meetings.

We will continue to insist with both parties on the need to fully protect all religious and cultural heritage. Key to this will be to allow an international assessment mission to take place, to continue engaging in concrete steps to overcome conflict, to cooperate on core issues and to build an atmosphere of trust.

President. – The debate is closed.

The vote will take place today.

(¹) See Minutes.

8. Tagungskalender des Parlaments – 2023

President. – At its meeting of Wednesday, 9 March 2022, the Conference of Presidents adopted a proposal for the calendar of part-sessions for the parliamentary year 2023. The dates are available on the plenary webpage. The deadline for tabling amendments is Monday, 21 March at 12.00. The vote will take place on Thursday, 24 March at 11.30.

9. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

President. – I will now move to the results of the first voting session of today, 10 March 2022.

(The President read out the results of the vote)(¹)

(The sitting was suspended at 13.06)

(¹) See Minutes.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

10. Wiederaufnahme der Sitzung*(Die Sitzung wird um 13.50 Uhr wieder aufgenommen)***11. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen**

Der Präsident. – Die Renew-Fraktion hat der Präsidentin einen Beschluss über die Änderung von Ernennungen in einen Ausschuss übermittelt. Dieser Beschluss wird im Protokoll der heutigen Sitzung veröffentlicht und tritt am Tage dieser Ankündigung in Kraft.

12. Zweite Abstimmungsrunde

Der Präsident. – Wir kommen nun zur zweiten Abstimmungsrunde des heutigen Tages.

Die Dossiers, über die wir abstimmen, sind der Tagesordnung zu entnehmen. Die Abstimmungsrunde ist von 13.45 Uhr bis 15.00 Uhrgeöffnet. Es kommt dasselbe Abstimmungsverfahren zur Anwendung wie in den vorangegangenen Abstimmungsrunden. Alle Abstimmungen sind namentliche Abstimmungen.

Ich erkläre die zweite Abstimmungsrunde für eröffnet. Sie können bis 15.00 Uhr abstimmen. Die Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde werden um 16.00 Uhr bekannt gegeben.

Die Aussprachen werden um 15.00 Uhr mit der Erklärung der Kommission zu einem systematischen Ansatz der EU in Bezug auf chronische Nierenerkrankungen wieder aufgenommen.

*(Die Sitzung wird um 13.51 Uhr unterbrochen)***13. Wiederaufnahme der Sitzung***(Die Sitzung wird um 15.00 Uhr wieder aufgenommen)***14. Ein systematischer Ansatz der EU in Bezug auf chronische Nierenerkrankungen (Aussprache)**

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu einem systematischen Ansatz der EU in Bezug auf chronische Nierenerkrankungen (2022/2579(RSP)).

Ich erinnere die Mitglieder daran, dass es bei allen Aussprachen dieser Tagung keine spontanen Wortmeldungen gibt und dass keine blauen Karten akzeptiert werden.

Außerdem sind wie auch bei den letzten Tagungen Zuschaltungen aus den Verbindungsbüros des Parlaments in den Mitgliedstaaten vorgesehen.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Mr President, it's estimated that chronic kidney disease affects about one in ten Europeans and that alarmingly high number is expected to grow even further. As we all know, typical risk factors such as diabetes and hypertension are becoming more prevalent. If we add to that what we have learned, all of us, with the COVID-19 pandemic, we have seen that all patients with chronic diseases are at a higher risk to suffer a serious course of the infection. That's why I'm really very happy that you have added this point on your agenda today, but also because I've had the opportunity in the last few months to have meetings with associations of patients with chronic disease so I have heard very closely and at first hand the many challenges they are facing.

As a Commission, we have not taken our eye off non-communicable diseases, while, of course, we have been fighting the pandemic together. On the contrary, I would say our efforts have been to help Member States deal with non-communicable diseases even more effectively. We provide support to Member States in their work to meet the United Nations Sustainable Development Goals and World Health Organization targets. This goes specifically for SDG Target 3.4, where the international community has subscribed to the goal to reduce premature mortality from non-communicable diseases by one third by 2030. We all know that this can only be done through prevention and treatment and by identifying and sharing best practices at both national and EU level.

To achieve this, we have a number of tools at our disposal. We recently launched a new EU initiative on non-communicable diseases called Healthier Together to address the leading causes of avoidable premature death. Healthier Together focuses on health promotion and prevention. At the same time, it supports improvements in every stage of a patient's life, from screening and early diagnosis to early detection, treatment management and, of course, all important quality of life, along with improving knowledge and data availability. The priority strands of the initiative include cardiovascular diseases, diabetes, chronic respiratory diseases, mental health and neurological disorders. These are the leading causes of avoidable premature death, not including cancer.

As you know, diabetes and high blood pressure are among the main risk factors for chronic kidney disease. By working on these strands, we will also have a positive impact on kidney disease. The priorities and actions of this initiative will continuously be discussed with Member States and with stakeholders via the EU Health Policy Platform, and I will be very happy to be able to share with the European Parliament all progress made on these efforts.

We are all aware that this House has also made a priority Europe's Beating Cancer Plan. This is a comprehensive plan, it is an ambitious plan and it foresees that we tackle health determinants such as tobacco use, nutrition, physical activity and alcohol. This will also help other non-communicable diseases like chronic kidney disease by addressing common risk factors.

Last but not least, we have our new EU4Health Programme. I will never stop thanking all the Members of this Parliament for their vocal support for that programme, which has given the EU4Health the resources to make it a real game-changer and bring about what I would say is a paradigm shift towards the stronger European health union that we're all working together to build. This means we can support networks for knowledge-sharing and mutual learning, we can support capacity-building actions and strengthen strategic planning, and Member States will have more opportunities to exchange best practices. Indeed, a call under the 2022 EU4Health Programme for collecting and implementing evidence-based practices for non-communicable diseases specifically refers to chronic kidney disease.

The EU has funded many research actions under the Horizon 2020 programme. We have 40 projects directly addressing chronic kidney disease worth EUR 64 million and 24 projects related to kidney transplantation amounting to EUR 47 million. In the Horizon 2021 work programme our new flagship, the European Innovation Council, includes a call for medical technology and devices that includes portable dialysis.

So we are working strongly. We are working and supporting Member States in sharing best practices for organ donation and transplantation, where we all know that there are many challenges faced. We are working on digital transplant registries for the kidney transplant recipients and living kidney donors to be able to bring all the data together at EU level and to improve transplantation outcomes.

In ending, honourable Members, we fully appreciate the importance of research and of pooling knowledge, but more than that, we need to bring all this together to increase the quality of life and to increase the life expectancy of those living with chronic kidney disease. That's why our support in this crucial area will not only continue, but I have personally committed to this to the patient organisations themselves. I look forward now to hearing your views on this very important matter.

Sirpa Pietikäinen, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, I'm very happy that we are having this very frank and good exchange of opinions here in Parliament on kidney disease, like we have had on other diseases, where you have taken very prompt action.

We know that chronic kidney disease (CKD) is a significant burden for our healthcare system. One hundred million Europeans suffer from it, and predictions are that it is in sharp extension and increase. Of course, this is easy to understand. We live longer. We eat more medicine. There are the other big non-communicable diseases (NCDs) – we heard about diabetes and blood pressure. Then there's our livelihoods and what we eat and what chemicals we put in ourselves – and that all gets into our kidneys.

But the difference with some other diseases, like the big ones like diabetes where we have the European programme, like heart and cardiovascular diseases, is that kidney disease is a silent killer. We do not raise it as a big issue at Member State level.

More often than not, patients are not aware of the situation until it is already a severe condition. Even though, in some cases, it would be preventable with different choices of medication, for example, if there's a lack of understanding, prevention is undone. And then, if doctors often do not take it as a priority, the patients do not know, and the healthcare system doesn't prioritise and understand it, and there you have it.

It keeps on growing and spreading silently in our societies. That's why I think, and we co-signatories of this initiative think, that this would be a very good and proper time for the Commission to start thinking about having a separate kidney disease (CKD) programme that has the normal elements we always see in health programmes: how to prevent, how to diagnose early, how to screen, how to start the best treatments, how to develop better and more cost-effective treatments, as we know that this is one of the most expensive therapies we have in our healthcare system.

And with this, we can tackle this challenge. But I'm only afraid that if this is only one part of the NCD programme, and not even listed as one of the highest, we might not be able to tackle the challenge.

So this is the plea from us to the Commission: please consider having a separate programme about it and action in the future.

Nicolás González Casares, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señora comisaria, primero, me gustaría agradecer tener la posibilidad de debatir en el Parlamento Europeo sobre una enfermedad, la enfermedad renal crónica, que afecta a entre 75 y 100 millones de ciudadanos y ciudadanas europeos, que tiene un alto grado de infradiagnóstico porque no ponemos los medios adecuados y que, en algunos casos, puede ser prevenible. Y ha dicho la comisaria que el Plan Europeo de Lucha contra el Cáncer también interviene, con recomendaciones en salud pública, en el campo de la prevención. Pero, bueno, ya hemos visto que no se ha sido lo suficientemente ambicioso; yo creo que también siendo ambiciosos en esa prevención conseguiremos reducir la enfermedad renal crónica.

Los enfermos renales crónicos, además, sufren, sufren mucho durante su enfermedad. Los tratamientos son, además de costosos, duros, a veces exigen desplazamientos y, además, muchas veces se vive bajo la ansiedad de un trasplante. Pero, a pesar de todo eso, todos quieren y todos necesitan la posibilidad de recibir un tratamiento. Y hay muchas desigualdades en Europa para acceder a esos tratamientos.

Por lo tanto, le pedimos a la Comisión un plan de acción e inversiones. Sabemos que en Horizonte Europa lo está haciendo, pero, además, debe tomar buena cuenta de algunas iniciativas que existen en los diferentes países europeos.

Vengo de un país, España, donde tenemos un orgullo: nuestra Organización Nacional de Trasplantes, que marca récords a nivel europeo y mundial. Ese es un modelo que se puede seguir en Europa para buscar la igualdad.

Pero no nos salgamos del foco. Necesitamos nuevos tratamientos y que estos pacientes tengan nuevas oportunidades de tratamiento, que no se deje de investigar y que se investiguen también las causas de la enfermedad, porque a veces ayuda al tratamiento.

Me quiero acordar de aquellos pacientes a los que alguna vez traté o que iban a diálisis y tenían que desplazarse kilómetros y kilómetros, o que estaban en lista de espera para un trasplante, como mi amigo Fermín de O Corpiño, quien finalmente lo consiguió y ha mejorado su calidad de vida. Eso es lo que yo espero para todos los europeos y europeas. Que nos pongamos manos a la obra.

Jutta Paulus, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to say to Commissioner Kyriakides that she has described the problem very well and has already listed quite a few of the issues that the Commission is doing already, such as focusing on promotion and prevention, screening, diagnosis and knowledge data.

Commissioner Kyriakides, I'm glad that you are ready to take up the idea of having digital transplant registries in order to improve the situation of people that are waiting for an organ. But actually I missed a bit of the answer to part of our oral question, for example, when it comes to equitable deployment, when it comes to innovation and when it comes to greener dialysis. Actually, dialysis is still done in the same fashion as it was done 30 years ago when I was at university studying pharmacy. I think there has been so much progress in other parts of medicine and treatment that it is quite curious that this has not changed a lot and that it is still as time consuming, as resource consuming and as strenuous for patients as it was 30 years ago. I think that is really a realm where we should focus in our research activities and in our innovation programmes. I would really like to see an approach by the Commission which takes this into account.

We have repeatedly heard that, in the EU, 100 million people are suffering from chronic kidney disease. 9 874 people are currently waiting for an organ, and more than 3 000 of those have been waiting for more than five years. For these patients, going to dialysis three times a week, which is a time-consuming, strenuous and expensive exercise, and which also uses up a lot of energy and consumes a lot of plastic waste and lot of water, that should be our push for action.

We should also have a talk with Member States. I come from a Member State where organ transplantation is not as widespread an issue as it actually should be, because I know that there are other Member States – I'm looking to you, Ms Kyriakides! I would like you to address the Ministers of Health of the European Union in order to find how we can actually raise the numbers of people that are ready to donate an organ, for example, having a sort of default choice 'Yes, I will donate organs' instead of, as in Germany, where you have to opt in, not opt out. I think that would be the right way to address this issue in order, in three years, maybe no longer to have 10 000 people waiting for a kidney. And these are only kidneys. There are also things like livers and others.

The numbers on organ transplants are stagnating. They should actually go up because people should be aware of the problem, but they are not. I think the major lack is in screening and early detection because, when this disease is detected, people are already very ill. I think what we need is a really good training programme for the health workers on the front line. I would be very happy if you would support this at the Health Minister stage.

Gunnar Beck, *im Namen der ID-Fraktion*. – Herr Präsident! 100 Millionen Menschen – das hörten wir schon – leiden an chronischen Nierenerkrankungen, und laut Prognosen werden Nierenleiden bis 2040 die häufigste Todesursache weltweit sein. Die Nierenfunktion nimmt bei jedem Menschen ab dem 50. Lebensjahr um ein bis zwei Prozent jährlich ab. Kommen gewisse Risikofaktoren wie Diabetes, Übergewicht oder Bluthochdruck hinzu, kann sich die Funktion der Niere sogar um bis zu 15 % jährlich verringern.

Nierenleiden sind eine menschliche, aber auch eine finanzielle Belastung für die Gesundheitssysteme. Die jährlichen Kosten in Europa betragen rund 140 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Trotzdem hinkt die Erforschung neuer Therapien gegen chronische Nierenerkrankungen in Europa international hinterher. Den meisten Patienten ist ihr Gesundheitszustand aufgrund der fehlenden Frühdiagnose nicht bewusst – das Ergebnis auch eines Fachärztemangels an Nephrologen in Europa.

Die bevorzugte Behandlung von Nierenversagen im Endstadium ist die Transplantation. Doch die Wartezeit auf eine postmortale Organspende liegt bei 6 bis 8 Jahren. Die einzige Alternative ist die Dialyse. Daher werden in der EU nur 45 % der Intensivpatienten transplantiert, 55 % sind auf Dialyse angewiesen.

Wo können wir Geld einsparen, um Nierenpatienten zu helfen? Hier ein paar Vorschläge:

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen hat ein Budget von fast 8 Millionen Euro, die wir sofort einsparen könnten. Der Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds, der Nothilfefonds für Afrika und die Flüchtlingszahlungen an die Türkei kosten uns jährlich rund 5,5 Milliarden Euro, die ebenfalls eingespart werden könnten, wenn wir die Grenzen sicherten. Nebenbei: Die Bundesregierung lässt sich ihre Migrationspolitik mindestens 60 Milliarden Euro pro Jahr kosten, und die Klimarettung und die Energiepolitik kosten die Deutschen allein schon jetzt über 100 Milliarden Euro pro Jahr. Bedenken Sie die Dialysestunden, Ärzte, Pflegekräfte und Organspendekampagnen, die man damit einkaufen könnte.

Während wir jedes Jahr Hunderte Milliarden für Weltrettungsprojekte verschwenden, müssen wir heute hier im Europäischen Parlament um angemessene Mittel für 100 Millionen Menschen bitten, die dringend auf Gesundheitsversorgung angewiesen sind.

Damit es nicht gleich einen Aufschrei gibt: Wir sind nicht gegen Umweltschutz oder Ortshilfe für Flüchtlinge, nur gilt unsere erste Sorge Landsleuten und Europäern, vor allem wenn sie Not leiden oder erkranken.

Denn moralische Pflichten sind wie konzentrische Kreise – vom Nahen zum Fernen. Das sehen wir so, aber im Einvernehmen mit den Stoikern, Scholastikern, Immanuel Kant, den schottischen Moralisten oder auch Hegel. Nur wollen Sie von europäischer Kultur hier ja überhaupt nichts wissen. Denn Sie denken ja vornehmlich an ferne Länder, von denen wir wenig wissen.

João Pimenta Lopes, *em nome do Grupo The Left*. – Senhor Presidente, Senhora Comissária, nos últimos anos tem-se verificado no mundo um aumento do número de doentes com doença renal crónica. A resposta a esta doença exige o reforço do serviço público e da resposta que dá na prevenção, controlo e tratamento da doença a par de apoios específicos aos doentes.

Uma doença que tem vários fatores de risco associados, nomeadamente a diabetes, hipertensão, obesidade, tabagismo, doenças pulmonares, entre outros, a que se tem que dar atenção com vista à introdução não só de medidas preventivas, mas também de medidas para a deteção precoce da doença.

Na Europa, estima-se em 75 milhões o número de pessoas com manifestação de algum dos estádios desta doença. Em Portugal, estima-se que uma em cada dez pessoas tenha algum estágio da doença, verificando-se uma das mais elevadas incidências a nível da Europa, com valores que oscilam entre os 218 e os 235 doentes por milhão de habitantes.

Estima-se que existam cerca de 20 mil doentes renais crónicos, em estágio cinco, em tratamento substitutivo renal, cerca de 60 % em hemodiálise, 37% de transplantados renais e menos de 4 % em diálise peritoneal. Por ano, mais de 2 mil doentes renais crónicos iniciam hemodiálise, constatando-se a ausência de serviços de proximidade para muitos dos doentes, obrigando-os a percorrer largas dezenas de quilómetros para os tratamentos.

Quase 50 % dos doentes têm como causa apontada outras patologias, a saber, a diabetes, (cerca de 30 %) e a hipertensão arterial (cerca de 15 %), as quais importa considerar com vista a adotar medidas preventivas primárias e de controlo da doença que impactem no desenvolvimento e na evolução da doença renal crónica. Sucede que cerca de 25 % dos doentes não tiveram seguimento em nefrologia antes de iniciarem a hemodiálise.

Importa reforçar igualmente a prevenção secundária com vista à identificação precoce da doença renal crónica, o que pode conduzir ao abrandamento da sua progressão, assim como a uma melhor preparação do doente e da sua família para o tratamento e as opções que existam.

Acresce que mais de 90 % dos doentes em hemodiálise são tratados em unidades privadas de hemodiálise convencionadas com o Estado, no essencial detidas por dois grandes grupos privados. No decurso da pandemia, contrariando períodos definidos pelas autoridades de saúde, assistiu-se a iniciativas de redução das sessões para três horas no lugar de quatro. Verifica-se, por sua vez, que muitos dos profissionais de saúde nestas unidades não têm um vínculo permanente, mas são sim contratados. Fica evidente que a preocupação não é assegurar o bem-estar dos doentes, mas sim a obtenção de lucro.

Por tudo isto, é fundamental alargar a resposta pública no Serviço Nacional de Saúde. A resposta à doença e os tratamentos de diálise devem ser incorporados no serviço público de saúde, incluindo respostas de proximidade a par do reforço dos profissionais de saúde e da sua valorização.

Importa ainda referir a dimensão humana e as dificuldades acrescidas que uma doença crónica comporta nas vidas dos doentes, com impactos que se traduzem no plano pessoal, familiar e laboral. São necessárias, por isso, medidas que garantam a proteção laboral destes doentes e a adequação do posto de trabalho, dos horários e das funções às limitações da doença, a par de outras como a isenção das taxas de saúde, o acesso gratuito à medicação e o tratamento da doença.

Juozas Olekas (S&D). – Gerbiamas Pirmininke, Komisijos nare, gerbiami kolegos. Paskutiniais porą metų sveikatos apsauga tapo aktyviai diskutuojama Europos Sąjungos mastu. Didysis kovos prieš vėžį planas ar vieningas atsakas į COVID-19 pandemiją ne tik padėjo užtikrinti geresnę sveikatos apsaugą Sąjungos piliečiams, bet ir parodė, jog sveikata Europos Sąjungoje turi būti reguliuojama bendrai.

Lėtinė inkstų liga, kuria Europoje serga apie 100 milijonų, prognozuojama, 2040 metais taps penkta dažniausia mirties priežastimi. Tai, jog liga dažnai prasideda besimptomiu pavidalu, yra diagnozuojama tik pažengusiose stadijose, sukelia rimtų iššūkių gydymui, o daugelis gyvybių, deja, yra prarandamos. Todėl privalu, kad visos Europos Sąjungos mastu ankstyvoji diagnozė būtų užtikrinta. Ypatingai rizikos grupėse, žmonėms, sergantiems sunkiomis ligomis, kaip diabetas, hipertenzija, širdies kraujagyslių ligos, vėžys, ar turintiems viršsvorio.

Dėmesį privalome atkreipti į dvi sritis. Pirma, daugelis antrinių ligų yra jautrios socialinei įtakai: depresija ar nerimas, – dažnai sukelti ekonominio nepritekliaus, nelygybės ar sudėtingų gyvenimo sąlygų, o dabar ir karo, – ypatingai labiausiai nepasiturintiems, dažnai veda prie streso, kuris sukelia dalį rizikos grupės ligų. Antra, privalome užtikrinti, kad ankstyvoji diagnozė bei technologinės inovacijos būtų vienodai prieinamos visose Europos Sąjungos šalyse. Tai reikalauja bendro Europinio reguliavimo ir sustiprintos Europos sveikatos sąjungos, kuri apimtų ne tik pasirengimą pandemijoms, bet ir kasdinių sveikatos problemų reguliavimą.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la mortalità correlata alle malattie renali continua ad aumentare ogni anno; si prevede sarà la quinta principale causa di morte entro il 2040. Inoltre, i dati parlano di circa 850 milioni di persone a livello mondiale che soffrono di una malattia renale, tra queste circa 13 milioni hanno avuto una malattia renale acuta pericolosa per la vita e 2,6 milioni hanno subito un trapianto o sono sottoposti a dialisi.

Informazione, prevenzione, diagnosi precoci possono fare la differenza per un percorso terapeutico ottimale e una migliore qualità della vita. Le disuguaglianze e ingiustizie sono tutt'oggi presenti nell'accesso alle cure per queste patologie. Il motivo per cui la malattia cronica è sottovalutata risiede nel fatto che questa progredisce per anni in maniera asintomatica.

In occasione della giornata mondiale del rene di oggi, 10 marzo 2022, il mio pensiero non può che andare ai pazienti affetti da malattia renale che si trovano in Ucraina; deve essere assolutamente garantita la continuità delle cure per la dialisi, i trapianti e l'assistenza sanitaria. Polonia, Romania, Slovacchia e Moldavia stanno attualmente fornendo cure essenziali ai profughi dializzati e trapiantati dall'Ucraina, ma si teme che le loro infrastrutture sanitarie locali saranno presto sovraccaricate; dobbiamo dare una mano, dobbiamo aiutare i paesi in prima linea.

Infine, voglio esprimere tutta la mia solidarietà e vicinanza ai medici, agli infermieri, a tutto il personale sanitario dell'Ucraina impegnati strenuamente in queste ore per garantire cure ai loro connazionali.

Stella Kyriakides, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, I'll start with the last comment I heard from Mr Benifei. You're absolutely right that we need to support those frontline Member States who are receiving, on a daily basis, thousands and thousands of refugees because of the war in Ukraine. What I can assure you is that I am working, almost on a daily basis, with all those Health Ministers, and other Health Ministers, and we have now secured an initial first 10 000 beds in order to be able to transfer patients from those frontline Member States whose health systems are being severely pressed to other Member States who have come forward. These beds include general ward beds, oncology beds, burns units, neonatal beds with their mothers, paediatric beds, ICU and, of course, other diseases. So this is not coming, it is a priority and we are all working on it on a daily basis because we are facing a really tragic situation. In a war, it is the most vulnerable that are, of course, most affected, as all others.

Ms Pietikäinen, you are right that it's almost a silent killer. Personally, I might not have been aware of this if I had not had three close friends in the last two years who needed dialysis, two of whom have had transplants. Reducing the burden of chronic kidney disease has become very evident. We are working on it, and I just want to tell you that there is a separate call for projects, which is open under the 2022 EU4Health work programme on non-communicable diseases, and this includes this.

Mr González Casares, we need to prioritise prevention. I totally agree and yes, as you mentioned, Spain has set an example for the work that you do with transplant and increasing donors. Good practices need to be exchanged between Member States.

Ms Paulus spoke of innovation, and I just want to say that, in our European Innovation Council, we included a call for medical technologies and devices that include portable dialysis. This is in part also to make the dialysis greener, in line with the latest science and technology, which is something that you mentioned. And we do need to do a great deal more on organ donation awareness.

Mr Pimenta Lopes, we need to do much more to raise awareness on organ donation and on how we can save lives. There are disparities between Member States on donation and transplantation and, following the EU action plan on organs, we saw the need to focus on the implementation of the developed knowledge in Member States. We need of course to bring in national authorities and professionals to take the lead on this in the different Member States by exchanging good practice.

Ms Olekas, on health there has been a paradigm shift. We can all see that. Early diagnosis is key, but prevention is really crucial. I want to say here because we are speaking of Europe's Beating Cancer Plan, that the prevention pillar of Europe's Beating Cancer Plan is so significant that it will impact on the prevention of other non-communicable diseases, and we are going to deliver on this plan. On innovative methods of treatment, we are coming forward with a new legislative proposal for the pharmaceutical legislation at the end of this year, which I will very much look forward to presenting to you.

Thank you for this very important exchange on the issues around chronic kidney disease. It's essential that we address these challenges, that we work together among the Member States, that we never forget that those who have been hardest hit by COVID-19 are those with chronic illnesses, and that our healthier together programme will be able to bolster Member States' actions on non-communicable diseases and risk factors which are common to many diseases, including chronic kidney disease. Let me repeat to you that we will be working on it continuously and with the Member States to share good practices, and we will make best use of the call under EU4Health.

Once again, thank you for putting it on the agenda today because, by using your voices, you also in a sense support the work that the Commission is doing and the commitment we have to change the world around non-communicable diseases.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Wir haben jetzt zuletzt dieses ernste Thema gehabt. Wir beenden eine schwierige Woche. Wir haben jetzt zwei Jahre und einen Monat Pandemie. Vor zwei Jahren und einem Monat waren wir zum letzten Mal hier. Jetzt sind wir wieder hier. In der nächsten Woche werden wir erstmals wieder Besucher empfangen können. Und jetzt, nach zwei Jahren und einem Monat, nach der Pandemie, kommen diese schrecklichen Nachrichten, die uns alle betreffen und bedrücken.

Nach dem Brexit, nach der Pandemie und diesem Überfall auf ein unabhängiges Land auf unserem Kontinent werden wir zum dritten Mal in kurzer Zeit daran erinnert, dass wir vieles auf diesem Kontinent gemeinsam schneller und besser erreichen können.

Lassen Sie uns zusammenbleiben, lassen Sie uns zusammenhalten, lassen Sie uns bewusster werden, Bewusstsein entwickeln für das, was wir haben. Es ist kostbar, es ist zerbrechlicher, es ist flüchtiger, als wir manchmal denken. Es ist jedenfalls weniger selbstverständlich, als manche glauben. Lassen Sie uns an die denken, die in diesen Tagen um Freiheit, Frieden und Demokratie kämpfen und die erfahren, dass all dies eben gerade nicht selbstverständlich ist.

Die Sitzung wird um 16.00 Uhr mit der Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse wieder aufgenommen.

(Die Sitzung wird um 15.38 Uhr unterbrochen)

15. Wiederaufnahme der Sitzung

(Die Sitzung wird um 16.02 Uhr wieder aufgenommen)

16. Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse

Der Präsident. – Wir kommen nun zu den Ergebnissen der zweiten Abstimmungsrunde von heute.

*(Der Präsident verliest die Ergebnisse der zweiten Abstimmungsrunde.)**

17. Erklärungen zur Abstimmung: siehe Protokoll

18. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

19. Petitionen: siehe Protokoll

20. Beschlüsse zur Ausarbeitung von Initiativberichten: siehe Protokoll

21. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

22. Assoziierte Ausschüsse (Artikel 57 GO): siehe Protokoll

23. Beschluss über die Anwendung des gemeinsamen Ausschussverfahrens (Artikel 58 GO): siehe Protokoll

24. Änderung von Titeln von Initiativberichten: siehe Protokoll

25. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**26. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte**

Der Präsident. – Die Protokolle der Sitzungen vom 7. bis 10. März werden dem Parlament zu Beginn der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorgelegt.

Wenn es keine Einwände gibt, werde ich die in diesen Sitzungen angenommenen Entschlüsse den in diesen Entschlüssen genannten Personen und Gremien übermitteln.

27. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll**28. Schluss der Sitzung**

(Die Sitzung wird um 16.04 Uhr geschlossen)

29. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die Sitzungsperiode des Europäischen Parlaments für unterbrochen.

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. MÄRZ 2022

(C/2024/5695)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2022-2023

Sitzungen vom 23. und 24. März 2022

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Eröffnung der Sitzung	3
3. Erklärung der Präsidentschaft	3
4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen	4
5. Zusammensetzung des Beratenden Ausschusses zum Verhalten von Mitgliedern	4
6. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	4
7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)	4
8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 72 GO)	4
9. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll	5
10. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll	5

Inhalt	Seite
11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	5
12. Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll	5
13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5
14. Arbeitsplan	5
15. Abstimmungen über Anträge auf Dringlichkeit (Artikel 163 GO)	7
16. Information über die Sitzung des Europäischen Rates in Paris am 10. März 2022 — Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 24./25. März 2022 (Aussprache)	9
17. Wiederaufnahme der Sitzung	34
18. Ansprache des kanadischen Premierministers Justin Trudeau	34
19. Das Erfordernis eines vordringlichen Aktionsplans der EU zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit inner- und außerhalb der EU in Anbetracht des russischen Einmarschs in die Ukraine (Aussprache)	43
20. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	67
21. Pilotregelung für auf der Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen (Aussprache)	67
22. Roamingverordnung (Neufassung) (Aussprache)	72
23. „Suisse Secrets“ – Wie in Drittländern Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche eingeführt werden können (Aussprache)	77
24. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (Aussprache)	83
25. MFR 2021-2027: Bekämpfung von oligarchischen Strukturen, Schutz der EU-Mittel vor Betrug und Interessenkonflikten (Aussprache)	89
26. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	97
27. Tagesordnung der nächsten Sitzung	101
28. Schluss der Sitzung	101

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. MÄRZ 2022

IN THE CHAIR: ROBERTA METSOLA

President

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

President. – I declare resumed the session of the European Parliament adjourned on Thursday, 10 March 2022.

2. Eröffnung der Sitzung

(The sitting opened at 15.00)

3. Erklärung der Präsidentschaft

President. – It's nice to see everyone back in the room. Dear colleagues, I am pleased to see you all back in this Chamber after almost two years of hybrid sessions. Can I ask you to take your seats? We have a very heavy agenda ahead of us.

So as you know, dear colleagues, at the peak of the pandemic, this House continued with its work in a new setting under modified rules. To date, we have successfully concluded over 180 legislative files. We have lived up to the expectations and served our citizens. Now, as the overall health situation is improving, we are gradually lifting our special arrangements, reopening this Parliament, as we have seen this week with so much activity to our citizens.

Of course, lessons from the pandemic will be drawn. And in the three upcoming part-sessions, we will be testing some recommendations of the focus groups that were tasked by our late President Sassoli to rethink parliamentary democracy, and our reforms will not stop there.

This Parliament is constantly evolving, just as the world around us is, and it is timely that during this session, in full presence, we will vote on the cohesion action for refugees in Europe to assist those persons, humans, individual citizens fleeing Ukraine.

Later today at 17.30 we will have the Prime Minister of Canada, Justin Trudeau, addressing the House. I encourage you all to be here for the debates.

Our teams are currently negotiating more than 40 legislative files with the Commission and the Council, and I welcome the President of the Commission and the President of the European Council here. But this is just the beginning. Over the coming weeks and months, our legislative activities will further intensify, and I know I can count on your dedication to get our work done.

I also want to welcome our former President, Mr Pat Cox, who is with us in the gallery today.

(Applause)

He will be participating in the Solidarity Days with Ukraine, and I would like to thank you for joining our efforts to stop Russia's brutal invasion.

4. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen

President. – The minutes and the texts adopted of the sittings of 7, 8, 9 and 10 March are available. Can I ask colleagues whether there are any comments?

No, that does not seem to be the case.

(The minutes of the previous sitting were approved)

5. Zusammensetzung des Beratenden Ausschusses zum Verhalten von Mitgliedern

President. – In accordance with Article 7 of the Code of Conduct for Members of the European Parliament with respect to financial interests and conflicts of interest, on 16 March 2022, the following Members were nominated as members of the Advisory Committee on the Conduct of Members, and these are Danuta Maria Hübner, Giuliano Pisapia, Pascal Durand, Heidi Hautala and Geert Bourgeois, while Gerolf Annemans and Helmut Scholz will be the reserve members of this committee.

6. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

President. – The Renew Europe, Verts/ALE, ID and ECR groups have notified me of decisions relating to changes to appointments within committees and delegations. Those decisions will be set out in the minutes of today's sitting and they shall take effect on the date of this announcement.

7. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Parlaments (Artikel 71 GO)

President. – The JURI, EMPL/FEMM and ECON committees have decided to enter into interinstitutional negotiations pursuant to Rule 71(1) of the Rules of Procedure. The reports, which constitute the mandates for the negotiations, are available on the plenary webpage, and their titles will be published in the minutes of the sitting.

Pursuant to Rule 71(2), Members or political groups reaching at least the medium threshold may request in writing by tomorrow, Thursday, 24 March at midnight, that the decisions to enter into negotiations be put to the vote. If no request for a vote in Parliament on the decisions to enter into negotiations is made within the aforementioned deadline, the committees may start the negotiations.

8. Verhandlungen vor der ersten Lesung des Rates (Artikel 72 GO)

President. – The JURI and FEMM committees, in joint meeting, have decided to enter into interinstitutional negotiations ahead of the Council's first reading, pursuant to Rule 72 of the Rules of Procedure.

The position adopted by Parliament at first reading which constitutes the mandate for those negotiations is available on the plenary webpage and its title will be published in the minutes of the sitting.

9. Delegierte Rechtsakte (Artikel 111 Absatz 2 GO): siehe Protokoll

10. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 112 GO): siehe Protokoll

11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

12. Weiterbehandlung der Entschließungen des Parlaments: siehe Protokoll

13. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

14. Arbeitsplan

President. – We now come to the order of business. The final draft agenda as adopted by the Conference of Presidents on 9 March pursuant to Rule 157 has been distributed.

I would like to remind you that I informed all colleagues by email about the receipt of three requests for urgent procedure from the Commission, REGI and LIBE committees, pursuant to Rule 163, on the following legislative files: refugees in Europe (CARE); more flexible funds and use of funds under the AMIF Regulations in light of the war in Ukraine; and the Status Agreement between the EU and Moldova on Frontex operational activities. The vote on these three requests will be taken today once the order of business has been established.

Next, with the agreement of the political groups, I wish to put to the House the following proposal for changes to the final draft agenda.

Today, an address by Justin Trudeau, the Prime Minister of Canada, is added at 17.30 after the joint debate on the European Council meetings. The address will be followed by one round of political group speakers. The remaining debates already scheduled for this afternoon will start at 18.30 or after the end of the address by the Prime Minister of Canada. As a consequence, the sitting is extended until midnight.

On Thursday, if the vote on urgent procedure regarding CARE is carried, then a debate will be added at 11.00.

The objection pursuant to Rule 112(2) on maximum residue levels for flutianil and the reports by Mr Lebreton and Mr Dzhambazki on the request for the waiver of the immunity of Members are added directly to the votes.

Finally, the vote on the motions for resolutions on the implementation of the 2021-2027 cohesion policy is postponed to the next part-session.

If there are no objections, these changes would be deemed to be approved.

Good, I take it there are no objections. The agenda is adopted and the order of business is thus established.

I would also like to inform the House that I have received three requests for points of order. I will give the floor first to Manfred Weber to raise his point.

Manfred Weber (PPE). – Frau Präsidentin! Es ist zunächst toll, ein volles Plenum zu sehen, wenn ich das zum Ausdruck bringen darf. Dass wir heute wieder starten mit normalen Betrieb, ist eine tolle, schöne Erfahrung.

Dieses Haus, sehr geehrte Frau Präsidentin, war über die letzten Jahre geeint im Kampf für den Rechtsstaat in der Europäischen Union. Das ist etwas, was uns wichtig ist, was uns alle eint in diesem Hause, über die Parteigrenzen hinweg.

Letzte Woche wurde in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union der Oppositionsführer für 24 Stunden ins Gefängnis gesteckt, und es lag keine formale Anklage vor. Es lag auch kein Richterbeschluss vor. Kein Richter wurde beteiligt. Es war nur eine Anweisung des Innenministers, eines Politikers, der den Oppositionsführer in die Haft gesteckt hat. Heute hat ein Gericht in Sofia entschieden, dass das Vorgehen des Innenministers nicht rechtskonform war, nicht mit der Rechtslage in Sofia, in Bulgarien in Einklang zu bringen ist. Wir haben es dort mit einem Bruch des Rechtsstaatsmechanismus zu tun.

Ich möchte es ansprechen, ich möchte die Kommission und auch unsere internen Dienste bitten, sich das genau anzuschauen. Wir wollen einen Kampf gegen Korruption – da stehen wir alle dahinter, aber dieser Kampf gegen Korruption muss auf Rechtsstaatsprinzipien basieren, und die wurden in Bulgarien gebrochen. Das muss geklärt werden.

President. – Thank you, Mr Weber. I will now give the floor to Christine Anderson for her point.

Christine Anderson (ID). – Madam President, based on Article 195 *[inaudible]* that it would have been more appropriate for Mr Trudeau, Prime Minister of Canada, to address this House according to Article 144, an article which was specifically designed to debate violations of human rights, democracy and the rule of law, which is clearly the case with Mr Trudeau.

Then again, a Prime Minister who openly admires the Chinese basic dictatorship, who tramples on fundamental rights by persecuting and criminalising his own citizens as terrorists just because they dared to stand up to his perverted concept of democracy, should not be allowed to speak in this House at all.

Mr Trudeau, you are a disgrace for any democracy. Please spare us your presence.

President. – I assure you, Ms Anderson, that Prime Minister Trudeau will address this House and exchange with us on the most important topics that we are facing today.

(Loud applause)

Bernhard Zimniok (ID). – Frau Präsidentin, werte Kollegen! Wir sprechen hier immer über unsere europäischen, unsere demokratischen Werte, auf denen unser aller Handeln basieren sollte. Ich habe als Diplomat fünf Jahre in Syrien und vier Jahre in Pakistan gelebt und weiß daher die Demokratie sehr zu schätzen.

Nun laden Sie, werte Frau Präsidentin, den kanadischen Premierminister Justin Trudeau ein, der diese Werte zuletzt mit Füßen getreten hat; der zehn Tage lang den Notstand ausgerufen hat, weil freie Bürger gegen die Coronamaßnahmen, die völlig unverhältnismäßig waren, protestiert haben; der rund 200 Bankkonten von kanadischen Bürgern hat einfrieren lassen, weil sie eine nicht genehme Bewegung unterstützt hatten. Offensichtlich kann man die Werte gar nicht mehr missachten, als er es getan hat.

Daher stelle ich den Geschäftsordnungsantrag, diesem Feind der demokratischen Werte keine Redezeit in diesem Hohen Haus der Demokratie – und jetzt halten Sie hier mal den Mund – zu geben.

President. – Thank you, I think you can wrap up now.

Iratxe García Pérez (S&D). – Señora presidenta, puesto que damos comienzo a una nueva etapa normalizando la actividad parlamentaria, yo lo que solicitaría a la Presidencia es que nos atengamos a nuestros procedimientos habituales. Para plantear una cuestión de observancia del Reglamento primero hay que indicar el artículo al que se refiere, para ver si es que no hemos cumplido algún artículo. Una cuestión de observancia del Reglamento no es para que aquí cada uno pueda coger el micrófono y decir lo primero que se le ocurre. Por lo tanto, si hay una cuestión de observancia del Reglamento, que se diga a qué artículo se hace referencia y en qué se está vulnerando el Reglamento de la Cámara.

President. – Let's now come to the votes on the requests for urgent procedure.

15. Abstimmungen über Anträge auf Dringlichkeit (Artikel 163 GO)

President. – We will vote on three requests. First of all, on refugees in Europe (CARE).

Before the vote, only the mover and one speaker against may be heard, along with the Chair or rapporteur of the committee responsible. So I'll give the floor now to Mr Omarjee, Chair of the REGI Committee, who asked to move the request. I give you the floor for 3 minutes.

Younous Omarjee, président de la commission REGI. – Madame la Présidente, au nom de notre commission REGI, je veux m'exprimer en faveur de ce vote d'urgence, qui, vous en conviendrez, ne porte pas sur une petite affaire, mais sur ce qu'il y a de plus horrible, de plus terrible, de plus tragique: la guerre, qui s'invite aujourd'hui dans nos travaux.

Nous pressentons tous que cette guerre d'Ukraine aura des conséquences vertigineuses pour toute l'Europe. Déjà sous nos yeux, d'ailleurs, a lieu l'un des plus vastes mouvements de population de notre histoire européenne récente. Des millions d'Ukrainiens, pris au piège des bombardements de l'armée russe et de ce qu'il faut bien appeler les crimes de guerre de Vladimir Poutine, ont pris le chemin de l'exode. En moins de trois semaines, ils sont déjà plus de 4 millions à avoir fui les bombes pour trouver refuge au sein de l'Union européenne. À l'heure actuelle, la Pologne accueille 2 200 000 réfugiés, la Roumanie 500 000, la Hongrie 300 000, la Slovaquie 300 000 et la Tchéquie 300 000. Et nous savons tous que, au fur et à mesure que la guerre durera, la pression ira croissant.

Partout, les besoins humanitaires augmentent de manière exponentielle, en majorité pour des femmes et pour des enfants. Ce sont des besoins premiers – aide alimentaire, santé, éducation et logement –, auxquels nous devons impérativement répondre.

Pour ces pays, pour les réfugiés ukrainiens, pour ces citoyens européens qui s'acquittent, dans des conditions parfois inimaginables ici depuis Bruxelles, de ce devoir d'accueil, nous devons, par ce débat, dire que la cohésion est présente, que nous faisons tout et que nous ferons tout ce qu'il est possible de faire pour apporter un appui concret aux États, aux régions et aux villes qui se trouvent aux avant-postes. C'est là l'objet du règlement CARE proposé par la Commission européenne, que notre commission REGI soutient. C'est notre devoir et c'est notre honneur de le faciliter à travers la politique de cohésion.

Madame la Présidente, mes chers collègues, pour conclure, ce débat sera aussi, j'en suis certain, celui de l'unité réaffirmée de notre Parlement pour dire que nous n'abandonnons ni les réfugiés ukrainiens ni les citoyens européens, qui, fidèles aux valeurs de l'histoire, se hissent aujourd'hui au niveau du devoir historique de fraternité, de solidarité et d'humanité qui est le nôtre.

President. – Is there anyone in this Chamber who wishes to speak against this request?

(Parliament agreed to the request for urgent procedure)

Nice to see that. So the request is adopted and a debate on this file will be held tomorrow, Thursday, 24 March at 11.00, with one round of political group speakers. As a consequence, our sitting will start at 8.30 in the morning. The vote will then be held also tomorrow at 11.30. The deadline for tabling amendments is today, Wednesday, 23 March at 17.00, and the deadline for tabling split and separate votes is later tonight at 20.00.

The second request is on a more flexible use of funds under the AIMF Regulations in light of the war in Ukraine. Again, before the vote, I will give the floor to the mover and any speaker who would like to speak against, along with the Chair or rapporteur of the committee responsible. I give the floor for 3 minutes to Mr López Aguilar, Chair of the LIBE Committee, who asked to speak in favour of this request.

Juan Fernando López Aguilar, *Chair of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Madam President, on behalf of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs, I hereby confirm the urgency and priority of this procedure that has been activated by the Commission proposing a regulation to the Parliament and the Council amending a previous regulation laying down general provisions on the Asylum, Migration and Integration Fund, the so-called AMIF, and the regulation, the same year – 2014, related to Home Affairs Funds.

The objective of this proposal is addressing the harsh consequences of the unjustified and brutal war launched by Putin against Ukraine by facilitating all resources for the period 2014-2020 of the Asylum, Migration and Integration Fund, as well as to allow more flexible access to the internal security fund, to secure external borders and visas, and to prevent and combat terrorism and radicalisation. Greater flexibility, allowing to extend the scope and the period of eligibility and unblocking access to unspent resources.

In addition, this greater flexibility for the management of the funds will enhance the adoption of the measures set out in the Council Directive of 2001 on minimum standards for granting temporary protection, that we all know has been activated for the first time ever.

In addition, Member States will be able to allocate contributions for the period 2021-2027 under the heading of external assigned revenue. We're all aware of the situation – dramatic – caused by Putin's war and the particular situation at the border. Very delicate.

From the European Parliament and from the Committee that I have the honour to chair, we have been working to reaffirm our commitment to continue providing political, financial, material and humanitarian support in a coordinated manner, as well as supporting the reconstruction of a democratic and pluralistic Ukraine.

The proposal allows urgently to utilise remaining funds amounting to EUR 420 million, to help to address the increased number of persons on borders and migration management systems arising from the invasion. It is undisputable that this European Parliament should give its support, in our view, to respond to the current challenge and help people fleeing war zones.

Let me point out finally that a united approach is more necessary than ever before, at European level, to manage this situation. It must be based on mutual trust, solidarity, shared responsibility between Member States and institutions alike, all to ensure sustainable and responsible migration policy, security, border management, increasing the confidence of our citizens in the ability to join forces at EU level.

But I will also stress the importance of the complementarity of this proposal with the other that has been discussed in this session of the European Parliament – Cohesion Action for Refugees in Europe (CARE).

To conclude, let me highlight that we call on the Russian President to fully comply with his obligations under international humanitarian law, ensure humanitarian access to victims internally displaced in Ukraine and allow safe passage for civilians compelled to leave their beloved country.

President. – Thank you, Mr Lopez Aguilar. Is there anyone in this Chamber wishing to speak against this request ? I don't see anybody so I put the request to the vote.

(Parliament approved the request for urgent procedure)

The request is adopted and the vote will be held tomorrow at 11.30. The deadline also for tabling amendments is today at 17.00 and then for tabling split and separate votes at 20.00.

And finally, the third request is on the Status Agreement between the EU and Moldova on Frontex operational activities. I will give the floor once again to Mr Lopez Aguilar for 3 minutes.

Juan Fernando López Aguilar, *Chair of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs*. – Madam President, I have also been requested to request this urgent procedure for the handling of the Council decision on the conclusion of an agreement between the European Union and Moldova on operational activities carried out by Frontex, the so-called Status Agreement. The state with refugees at Ukrainian borders, as I said, is dramatic, following Putin's invasion against Ukraine.

The situation is extremely difficult for many bordering countries, which show determination to support them, including this one, which does not happen to be a member of the European Union, but it is under the impact of nothing less than half a million persons entering the Republic of Moldova from Ukraine following the invasion.

In view of that, we should support Moldovan authorities to be able to respond to the current challenges, help people fleeing as the situation continues. But this overall objective of the Status Agreement is also to ensure that the EU's largest agency, which is Frontex, will be able to provide operational support for the Moldavian authorities on the ground. Officers from Frontex will be able to support document checks, registration processes, assist vulnerable people.

But we also insist on the importance of protecting fundamental rights. Urgent need to support a neighbouring third country – sure – but it goes without saying that we must also make sure that the same level of protection and safeguards against fundamental rights violations will comply in Moldova, as in the EU.

So we expect the Commission and the agency providing the Parliament with information on the implementation of the Status Agreement regularly. We call on the Frontex Executive Director to terminate or suspend any operational activities if violation of fundamental rights or international protection obligations occur.

President. – Is there anybody wishing to speak against?

(Parliament approved the request for urgent procedure)

The vote will be held tomorrow at 11.30.

16. Information über die Sitzung des Europäischen Rates in Paris am 10. März 2022 — Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 24./25. März 2022 (Aussprache)

President. – The next item is the joint debate on:

— European Council and Commission statements on the debriefing on the European Council meeting in Paris of 10 March 2022 (2022/2570(RSP));

— Council and Commission statements on preparation of the European Council meeting of 24-25 March 2022 (2022/2532(RSP)).

Let me also inform you that you will be able to request catch-the-eye and blue-card interventions via your voting machine, after you have inserted your voting card. So I would therefore invite you always to bring your voting card to the Hemicycle. Instructions in fact have been made available to you. Should you wish to register for catch-the-eye you should start doing so now.

I also want to remind you that interventions in this Chamber will continue to be made from the central rostrum, except for the catch-the-eye, blue cards and points of order, so I kindly invite you to keep an eye on the speakers' list and to approach the rostrum when your speaking time is imminent.

Charles Michel, *President of the European Council.* – Madam President of the European Parliament, Madam President of the Commission, dear Members of the European Parliament, one month of war, one month of death, destruction and suffering. One month of Russian terror against the people of Ukraine. One month of the democratic world rising up with full force to condemn Russia and to stand against this barbaric and immoral war.

Mariupol, like other cities, will forever be engraved in the history of martyred towns: a theatre bombed and an art school bombed, where so many people took refuge; 90% of the city damaged or destroyed; residents held hostage by Russian troops; no food, no water, no electricity, no heating. Mariupol, one month ago, was a vibrant city and today is in ruins.

Russia is responsible for this war. Russia alone. Targeting women, children, civilians – these are crimes and those responsible will face international justice. No impunity.

We are not alone in condemning this brutal war. Far from it. The EU, along with our partners and allies, is rock solid in our solidarity for Ukraine. For one month, an international coalition has risen up to denounce this war: nations, businesses, citizens, the United Nations. Together, we have one common goal: to defeat Vladimir Putin. Putin thought he would conquer Ukraine in a few days, and he was wrong. He thought he would divide the EU and our allies, and he was wrong. Because the people of Ukraine are fighting bravely, defending their homes and the future of their children, defending their democracy and defending our European common values.

The European Union, with our allies, we stand as one and we are taking action against the Kremlin. With our international partners, we have imposed the heaviest sanctions we have ever adopted, hitting the financial system, crippling key economic sectors and cracking down on supporters of the regime, freezing Russia's foreign reserves and banning banks from SWIFT. The rouble has plummeted, multinationals are fleeing, and there are sanctions on Russian companies and on decision-makers – propagandists, oligarchs – freezing their EU assets, banning their travel in the EU, targeting their yachts, their villas, their private jets. We are implementing these sanctions and working to close the loopholes that provide an escape for Russia. And we are prepared to do more to starve Putin's war machine.

As we speak, the Ukrainian people are battling for their freedom and we will not abandon them, because this is our political and moral duty. They are fighting not only for themselves, but they are fighting for our common values and principles in this side.

In Versailles two weeks ago, we decided to increase our humanitarian, political, financial and material support to Ukraine. Over three million people have fled to the EU, mostly women and children, and we are welcoming them with dignity and will continue to offer them any assistance they need and show solidarity with the countries on the front line. We will also continue to provide military equipment to Ukraine, with EUR 1 billion already mobilised through the European Peace Facility. We also have a very powerful tool in our Association Agreement with Ukraine and we must make the most of it.

Just last week we continued our support in the energy sector by connecting Ukraine and Moldova to our European electricity grid. We have also worked intensely on the diplomatic front to try to end this war. President Macron and Chancellor Scholz have also played an important role in our diplomatic efforts. I speak to President Zelenskyy nearly every day and have spoken with President Putin multiple times and the goal is clear: this war must end.

Our Ukrainian friends are also asking for another kind of help. That is political help. Ukraine is part of our European family and we agreed to support the European choice of Ukraine and its right to choose its own destiny. We have decided to immediately strengthen our bonds and deepen our partnership and to support Ukraine in pursuing its European path.

We have proposed to launch the Ukraine Solidarity Trust Fund and an international donors conference to provide support to Ukraine for its immediate needs and to help rebuild a free and democratic Ukraine.

Mesdames et Messieurs, nous aurons l'occasion d'aborder ces thèmes demain, lors de la réunion du G7 et du Conseil européen. Enfin, je veux présenter quelques éléments concernant ce 'programme de Versailles', qui, je crois, représente un élan vers une ambition de souveraineté européenne.

Nous savons tous ici que la promesse qui fonde le projet européen est celle de la paix et de la prospérité. Nous savons tous ici que, ces dernières années, dans cette assemblée, on a travaillé de concert avec le Conseil pour engager la transformation du projet européen en matière de prospérité prenant en compte les ambitions climatiques et numériques. Nous savons combien la COVID-19 a fait pression sur nous, a révélé nos forces, a montré nos faiblesses et nous a engagés à montrer encore plus de solidarité et d'ambition pour ces ambitions européennes.

À Versailles, nous avons recensé nos points de force et de faiblesse, et défini le programme et la méthode de travail qui nous permettront de progresser, nous le souhaitons, au sein du Conseil en étroite collaboration avec la Commission et le Parlement. Il y a trois points que je souhaite particulièrement mettre en évidence.

Le premier point, nous le voyons brutalement, mais nous ne le découvrons pas avec cette guerre: nous avons une faiblesse sur le plan énergétique. Cela montre la justesse de ce choix lié au pacte vert pour l'Europe et à notre ambition d'être davantage indépendants sur ce sujet à l'avenir. Or, sans attendre cette neutralité climat, il nous appartient de prendre immédiatement les mesures pour renforcer notre résilience et notre indépendance dans ce domaine, de sortir progressivement de notre dépendance, en particulier vis-à-vis du gaz russe. Ce sujet sera bien sûr au cœur de nos débats dès demain et après-demain au Conseil européen.

Le deuxième sujet, nous le voyons bien, c'est la question de la sécurité et de la paix liée à elle, et donc la question de l'Europe de la défense. Nous savons que, depuis de nombreuses années, des voix se sont élevées avec plus ou moins de force pour plaider ce rapprochement entre pays européens, pour développer davantage de capacités européennes en matière de défense et de sécurité. De premiers instruments ont été institués et mis en place. Nous le voyons bien, il faut maintenant changer de régime et de vitesse. Je suis totalement convaincu que cette décision qui a été prise avec courage par les vingt-sept dirigeants européens, à savoir la mise en place, par l'intermédiaire de la facilité pour la paix, d'une capacité de livraison de matériel militaire, est un pas en avant substantiel qui montre que l'Europe peut disposer, si nous le souhaitons, d'une réelle capacité d'influence et de puissance au service de la paix et de nos valeurs.

Enfin, Mesdames et Messieurs, le troisième élément touche à la robustesse de notre base économique. Si nous sommes en mesure de prendre des mesures qui atteignent le régime à Moscou, c'est parce que nous représentons une force économique: 450 millions de consommateurs et un marché intérieur puissant, avec des points de force et des atouts qui sont indiscutables, mais aussi – c'est vrai, soyons lucides – avec quelques points de faiblesse et de fragilité qu'il faut rapidement corriger. C'est le sens du travail qui est mené étroitement avec la Commission, avec le Conseil et, je l'espère, avec vous aussi au sein du Parlement européen.

Sur les microprocesseurs, nous devons être engagés pour développer les technologies qui, demain, vont fonder la différence, et garder cette capacité d'innovation. Quant au secteur de la santé – on a vu à quel point la santé touche directement notre capacité de bien-être collectif, mais aussi la capacité de soutenir notre base économique –, sur tous ces sujets et sur quelques autres, nous allons aussi continuer à progresser.

Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs les Parlementaires, il est certain que les quelques dernières années n'ont pas été de tout repos pour le monde et pour l'Europe: la conscience d'une transformation climatique et numérique; une crise mondiale, la COVID-19, une pandémie qui nous a ébranlés et à laquelle nous avons résisté et à partir de laquelle nous avons tenté de tirer un certain nombre d'enseignements, y compris pour la relance économique et la volonté de travailler davantage ensemble; enfin, nous nous sommes réveillés, toutes et tous, il y a un mois avec une Europe différente, avec un monde différent, parce qu'à nouveau la guerre se déploie sur le sol européen.

Nous sommes conscients que notre responsabilité est d'être à la hauteur de ce moment, parce nous sommes conscients que les décisions que nous prenons aujourd'hui doivent être intelligentes et stratégiques pour faire en sorte que nous soyons à la hauteur de cette promesse de l'Union européenne: la paix et la prospérité.

Ursula von der Leyen, *President of the Commission*. – Madam President, Mr President, honourable Members, every day we watch in horror the images coming from besieged Ukrainian cities – the devastation of Mariupol, Kharkiv and the outskirts of Kyiv.

But let me take you for a moment beyond the front line, into occupied Ukraine. After the siege and the shelling, the reality of occupation is just as terrifying. Fresh food has become a luxury. Hospitals and pharmacies are running out of medicines. Hundreds of people have been detained by Russian occupation forces. And yet, every day, thousands of Ukrainians keep taking to the streets to protest against the invasion. In Kherson, in Berdyansk, in Melitopol they are waving their blue and yellow flags in the faces of the occupying soldiers. And they haven't stopped, even after Russian soldiers have beaten them and shot some of them down.

Honourable Members, if freedom has a name, its name is Ukraine. And the Ukrainian flag is the flag of freedom today.

All our efforts are aimed at making this war a strategic failure for Putin. And this is why Member States agreed to assign EUR 1 billion for security assistance to the brave Ukrainian fighters. But supporting Ukraine also means draining the resources that Putin is using to finance his atrocious war.

Last week, we decided on a fourth package of unprecedented sanctions. We are denying Russia the status of most favoured nation and severely restricting its access to our markets, because Russia should not benefit from the very same rules-based order that it is so grossly violating.

We are stopping new European investment across Russia's energy sector because we should not be reinforcing the energy dependency that we want to put behind us. We continue to pressure Russian elites close to Putin by hunting down their yachts, prestigious villas and expensive cars. Because those who sustain Putin's war should not be able to enjoy their lavish lifestyles while bombs are falling on Ukraine.

These measures come on top of three other packages of sanctions. They are already biting hard into the Russian economy. The rouble plummeted to an all-time low earlier this month. Interest rates are above 20%. Rating agencies have downgraded Russian bonds to junk status. Hundreds of global companies are leaving Russia because they don't want to feed Putin's war of choice. This, honourable Members, is the legacy that Putin will leave behind in Russia. He has become the worst enemy of the Russian people too. But first and foremost, he is responsible for the human tragedy in Ukraine. Until now, more than three million people have left Ukraine, half of them children. Every second, a child from Ukraine arrives in our Union – every second. So while I'm speaking to you here in the heart of European democracy, 800 children are leaving Ukraine – courageous, traumatised and in need of help. They leave behind their brothers and fathers not knowing whether they will see them again.

It is heartening to see the pan-European wave of solidarity for our Ukrainian friends. I applaud the enormous generosity of all Europeans, all Member States and Moldova. At the European level, we will mobilise massive resources to support Member States hosting people fleeing the war. We've made sure that the Regional Development and Cohesion Funds and REACT-EU can be used with the greatest flexibility so that cities and regions can invest in schools, housing and health care. And many, many thanks for your support. I just saw this is up to EUR 17 billion that we are moving now. Many thanks to you. But I think this is not enough.

We now propose to accelerate EUR 3.4 billion to frontload liquidity to our Member States that are showing such exceptional solidarity. So I count on you, honourable Members, to green-light this money quickly. This will send a strong message of our common commitment to supporting the Ukrainian people.

We should be clear-eyed about what lies ahead of us. Our continent is being rocked by a tectonic shift not seen since the fall of the Berlin Wall. The consequences of this war on Europe's security architecture will be far-reaching. And I'm not just talking about security in military terms, but also energy security and even food security are at stake.

So let me start with energy. Energy policy is also security policy, and that's why the Commission has proposed measures that would allow us to significantly reduce our gas imports from Russia. This is very ambitious, but we can achieve it. We have already set a clear path to do this and we are now accelerating. With our new proposal, REPower EU, we can speed up this transition even more. First, by fast-tracking renewable projects, this is a strategic investment in our security, including hydrogen and biogas. Second, by speeding up investment in energy efficiency everyone can contribute in reducing our dependency on Russian gas. And third, by diversifying our gas supply away from Russian gas towards reliable suppliers.

Tomorrow, I will discuss with President Biden how to prioritise LNG deliveries from the United States to the European Union in the coming months. We are aiming at having a commitment for additional supplies for the next two winters.

We are stronger when we use the power of our single market and deliver solidarity. In that spirit, we have just presented proposals to jointly tackle one of our root causes of the energy crisis, and these are the high and volatile gas prices. We are proposing common gas procurement and stricter rules for storage, because instead of outbidding each other and driving prices up, we should pull our common weight and start buying gas together as Europeans, not 27 different Member States.

In addition, we should use our gas storage facilities in some Member States of our Union to secure the gas supplies everywhere in our Union. This will not only benefit the Member States where those tanks are located, but also their neighbours. Take the Baltics, for example. Lithuania has one of the biggest LNG terminals in the region, while Latvia boasts massive underground storage facilities. So already today, LNG gas arriving in Klaipėda is used to fill storage facilities in Latvia and, of course, customers in neighbouring Estonia benefit as well. This is the way to go.

Finally, the effects of the Russian war go beyond energy, of course. They are also disrupting vital food supplies and driving food prices up. The European Union has assigned at least EUR 2.5 billion until 2024 to help regions across the world facing food insecurity. This morning, we decided on a wide range of special measures to help European farmers. We will table a package of EUR 500 million to support those most affected by the crisis.

We should not forget that Ukraine alone provides more than half of the World Food Programme's wheat supply. The shelling and bombing makes it impossible for Ukrainian farmers to sow. On top of that, Putin is blocking hundreds of ships filled with wheat in the Black Sea. So the consequences will be felt from Lebanon, Egypt and Tunisia to Africa and the Far East. I call on Putin to let those ships go, otherwise, he will not only be responsible for one death, but also for famine and hunger. Let these ships go!

Tonight will mark the first month of the Russian invasion. Since the very first day, Europe has stood united. Let us continue to do so. If there is anything that Putin did not anticipate, then it's our unity, the speed of our action and our determination. He should be in no doubt that we will stay the course. Long live unity and long live Europe!

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin Metsola, Frau Präsidentin von der Leyen, Präsident Michel, *dear colleagues!* Vier Wochen haben wir jetzt Krieg in Europa – und das, was uns als erstes einfällt, ist Respekt gegenüber den Ukrainerinnen und Ukrainern. Ihr Kampf für ihr Land, aber auch für Freiheit und Demokratie, für Rechtsstaat sind beeindruckend. Sie verteidigen den *European way of life*, und Russland steht für einen groben, brutalen Zivilisationsbruch.

Die erste Aufgabe ist die Unterstützung für die Ukraine, und die wurde bisher auf beeindruckende Weise dargestellt. Ich möchte mich bei allen Exekutivverantwortlichen bedanken für das Engagement Europas. Europa steht zusammen bei den Sanktionen, bei der Unterstützung der Ukraine. Die wichtigste Botschaft ist sicher: Waffen, Waffen, Waffen. Zusätzliche 500 Millionen Euro wurden bereitgestellt. Ich möchte mich ausdrücklich bei Josep Borrell bedanken für seine Unterstützung und sein Leadership in dieser Frage. Die Europäische Union und die NATO sind nicht Kriegsparteien, aber die Ukraine hat das Recht zur Selbstverteidigung, und dabei unterstützen wir sie.

Die zweite Frage sind die Flüchtlinge, die Kinder, die Frauen, die nach Europa kommen. Auch ich möchte der Zivilgesellschaft Respekt zollen. Ich möchte Warschau erwähnen als einen der Orte, wo viele Flüchtlinge in Europa ankommen. Rafał Trzaskowski als Bürgermeister von Warschau, die Zivilgesellschaft, die Bürgerinnen und Bürger, die vor Ort helfen. Danke dafür! Sie zeigen das gute Gesicht Europas. Mehr Geld ist notwendig. Wir werden dabei noch weiter umschichten müssen. Und um Solidarität in Europa auch auf die lange Strecke aufrechtzuerhalten, werden wir auch über verbindliche Solidaritätsmechanismen, Verteilmechanismen in Europa reden müssen, damit alle ihren Beitrag leisten.

Das Dritte, was ich ansprechen will, ist, noch einmal an die Frage zu erinnern, die Präsident Selenskyj, als er hier gesprochen hat, uns gestellt hat. Er hat uns die Frage gestellt: Ist es wert zu kämpfen? Sind wir als Ukrainer willkommen? Dürfen wir Mitglied der EU werden? Ich habe gesagt: Ja, natürlich darf die Ukraine, muss die Ukraine Mitglied der Europäischen Union werden. Ich erhoffe mir, dass dieses Signal auch vom Rat kommt diese Woche – dieses klare Signal vom Rat kommt. Warum nicht jetzt einen Kandidatenstatus aussprechen? Warum nicht? Rechtsfragen sollten uns nicht davon abhalten.

Und dann, liebe Kolleginnen und Kollegen, bleibt die 660-Millionen-Euro-Frage: Wir haben jetzt zweimal 500 Millionen Euro bereitgestellt, um die Ukraine militärisch zu unterstützen. Aber jeden Tag überweisen wir über 600 Millionen Euro, um unsere Gasrechnungen zu bezahlen, an Wladimir Putin. Das ist der Bezug, in dem wir arbeiten. Auch da ist Europa bisher nicht in der Lage, klare Antworten zu geben.

Es ist Realität: Wir finanzieren den Krieg. Es ist Realität: Wir finanzieren den Populismus, die Propaganda und die Diktatur. Es ist Realität: Wir finanzieren den Kriegsverbrecher in Moskau. Das ist die Realität. Und deswegen muss auch hier der Rat Führung zeigen, der Frage nicht ausweichen. Die Idee eines Sperrkontos liegt auf dem Tisch. Ich persönlich bin der Meinung, dass wir zumindest bei Öl und bei Kohle, wo eine Substitution leichter möglich ist – nicht einfach, aber leichter möglich ist –, dass wir zumindest bei diesen beiden Bereichen jetzt einen Importstopp aus Russland aussprechen. Wir dürfen nicht ausweichen. Und die Oligarchen in Moskau müssen spüren: Sie sind auf der Verliererstraße.

Zu guter Letzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, die geopolitische Dimension: Heute Nachmittag wird Premierminister Trudeau im Europäischen Parlament sprechen. Warum wir jetzt aktuell so stark sind, hängt mit der wirtschaftlichen Stärke unseres Kontinents zusammen – und die hängt an der Frage, ob der Handel auf dieser Welt funktioniert, ob wir Handel treiben können. Davon leben unser Wohlstand und unsere wirtschaftliche Stärke. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir jetzt mit allen Demokratien und freien Gesellschaften dieser Welt ein Upgrade machen müssen bei den Handelsbeziehungen, ein CETA Plus aushandeln mit Kanada. Alle diejenigen, die hier im Europäischen Parlament CETA abgelehnt haben, die möchte ich schon einmal daran erinnern: Ein Handelsvertrag zwischen Europa und Kanada ist kein Teufelszeug. Es ist eine gute Grundlage, um Europa zu stärken, um Wirtschaft zu treiben, um unsere wirtschaftliche Basis zu erhalten. Deswegen brauchen wir jetzt den Mut, dort voranzugehen.

Zu guter Letzt: Joe Biden hat den Telefonhörer in die Hand genommen und mit Präsident Xi in China telefoniert. Seine klare Botschaft war: Wenn China Waffen liefert an Russland, dann unterstützt es einen Kriegsverbrecher. Die USA werden das nicht dulden. Ich stelle mir die Frage: Wer nimmt im Namen Europas jetzt den Telefonhörer in die Hand und spricht mit China über diese Frage? Ist Europa bereit, Klartext zu sprechen gegenüber China in dieser Frage? Entscheidet euch nicht für die falsche Seite. Diese Thematik steht im Raum, nächste Woche findet der EU-China-Gipfel statt, und ich hoffe, dass Europa die Geschlossenheit hat, die Kraft hat, auch gegenüber China zu sagen, dass wir es nicht dulden werden, wenn China sich für die falsche Seite entscheidet. Wir laden sie ein zur Partnerschaft, aber wir werden nicht dulden, wenn Kriegsverbrecher unterstützt werden.

Iratxe García Pérez, en nombre del Grupo S&D. – Señora presidenta, un mes después de la invasión criminal de Putin, la fortaleza de nuestra unidad ha convertido a Rusia en un paria internacional, con graves daños para su economía. Pero, si queremos resistir y respaldar la admirable resistencia ucraniana, debemos orientar todos nuestros esfuerzos hacia dos frentes: mantener la presión sobre Putin y fortalecer la autonomía estratégica de la Unión Europea en energía y en defensa.

Las sanciones han estado a la altura de este momento, pero debemos —y podemos— hacer mucho más: cortar el acceso de Rusia a las bolsas de criptomonedas, perseguir a los paraísos fiscales que protegen a los oligarcas sancionados, aislar aún más a los bancos y gigantes de energía rusos y poner fin a nuestra dependencia del gas y el petróleo del Kremlin.

La debilidad de nuestro sistema energético siempre fue una verdad sabida que la guerra de Rusia ha dejado al desnudo. Hoy debemos afrontar los retos que tenemos: liberarnos de la dependencia energética de Rusia, acelerar todo lo posible la transición energética y gestionar los precios.

El gas ruso debe suplirse diversificando las fuentes de origen del gas e incrementando las interconexiones. La creación de reservas estratégicas y la compra conjunta también aumentarían nuestra resiliencia energética. Y, si realmente queremos hacer realidad nuestra autonomía estratégica y liderar una transición global, debemos acelerar el ritmo de instalación de renovables.

Seamos honestos, la defensa, que es el precio de la libertad y la democracia, está provocando el encarecimiento de los combustibles, de los fertilizantes, de los cereales, y esto nos empuja a tomar decisiones urgentes.

La fiscalidad debe seguir siendo una herramienta indispensable para afrontar el coste de la crisis: el diseño de un mecanismo de rebaja a las familias y a las empresas más vulnerables y que, a la vez, aumente los impuestos a las empresas eléctricas por los beneficios caídos del cielo, nos permitiría equilibrar los costes sociales de la crisis.

También resulta imprescindible reformar totalmente el sistema marginalista que rige el precio del mercado eléctrico de la Unión. Es la hora de desvincular el precio de la electricidad del precio del gas. No podemos seguir mirando a otro lado: sabemos que el precio del gas provoca subidas descontroladas de los precios, a pesar de suponer una fracción muy pequeña del total de la generación eléctrica.

El cobarde ataque de Putin también hace inevitable que aumentemos nuestro gasto en defensa. Pero no solo se trata de gastar más; se trata de gastar mejor. Y, por lo tanto, la brújula estratégica diseñada por el señor Borrell nos brinda la oportunidad de utilizar nuestras capacidades de forma eficiente.

En estas trágicas horas, casi cuatro millones de hombres, mujeres y niños han llamado a las puertas de la Unión Europea. Resulta urgente la adopción de un paquete de protección que cubra las necesidades básicas de los niños y las niñas. Son el futuro de un admirable pueblo que ahora lucha por sus libertades y también por las nuestras. La movilización y los gestos de solidaridad con los refugiados no solo deben mantenerse mientras dura la guerra, sino que deben conducirnos a un nuevo pacto de migración y asilo que ya no puede esperar más.

Las imágenes de los monstruosos ataques contra la población civil son testimonio de los crímenes de guerra cometidos por Putin. La Corte Penal Internacional no puede dejar impune la barbarie de este señor, de Putin. La Unión Europea también debe cumplir: los sacrificios que cada Estado pueda asumir por una acción conjunta de la Unión Europea permitirán que la conciencia cívica y democrática prevalezca.

Stéphane Séjourné, *au nom du groupe Renew*. – Madame la Présidente, Monsieur le Président, Madame la Présidente de la Commission, chers collègues, notre réponse inédite à l'invasion russe en Ukraine a suscité dans toute l'Europe un sentiment d'unité. Les images de souffrance et de désolation en provenance d'Ukraine doivent nous pousser à aller plus loin dans les sanctions, dans l'aide à ce pays et dans l'autonomie stratégique. La brutalité insensée des attaques russes sur les civils ne doit pas rester sans réponse. Il faut acter des sanctions plus dures pour couper le financement du régime et coordonner l'accueil des réfugiés afin d'éviter une catastrophe humanitaire.

Cependant, soyons honnêtes, et je le dis également aux groupes qui militent aujourd'hui pour aller plus loin: pourquoi les prochaines étapes paraissent-elles plus difficiles pour l'Europe? Pourquoi le coût de notre engagement auprès du peuple ukrainien est-il si lourd, aujourd'hui, pour l'Europe? C'est parce que l'Europe n'a pas encore tous les outils de sa puissance, et ce n'est pas un constat nouveau. Ce Parlement – mon groupe en particulier – n'a cessé depuis 2019 de soutenir l'ambition géopolitique de la Commission européenne; mais il serait naïf de croire que nous y arriverons sans une profonde révolution de nos organisations internes, de notre économie et de notre stratégie communautaire.

En effet, l'Europe-puissance demande une indépendance énergétique. Oui, l'urgence est à la diversification de nos approvisionnements, mais, sur le long terme, nous ne pouvons pas remplacer une dépendance par une autre. Ce programme lié au pacte vert doit être aussi revu et, sûrement, accéléré.

L'Europe-puissance demande une souveraineté alimentaire, on l'a vu, et nous avons également aujourd'hui une résolution à voter sur ce sujet-là au Parlement européen. Nous devons continuer notre transition tout en assurant une production massive, pour répondre aux besoins en protéines et aussi éviter une famine dans le monde.

L'Europe-puissance demande également une autonomie stratégique du point de vue industriel. Nous devons investir massivement dans les filières d'avenir et sécuriser nos approvisionnements en matières premières: c'est aussi là l'occasion de créer des millions d'emplois et de redynamiser notre économie.

L'Europe-puissance est enfin une demande sur la défense européenne, en lien étroit avec l'OTAN et avec notre propre ambition. Le groupe socialiste l'a rappelé, pour opérationnaliser notre boussole stratégique, nous savons que 5 000 soldats au sein d'une force d'intervention rapide ne suffiront pas.

Voilà, Madame la Présidente, Monsieur le Président, Madame la Présidente de la Commission, chers collègues: nous avons besoin de confirmer nos objectifs communs de souveraineté, de chiffrer les besoins financiers; nous sommes prêts à travailler à un fonds pour l'autonomie stratégique européenne, Monsieur le Président du Conseil, pour mutualiser les coûts et les conséquences de cette guerre et tenir le cap des réformes, sinon les prolonger et les amplifier.

C'est à ce prix, mais sans le statu quo, que nous serons capables de répondre à notre seul devoir: protéger nos citoyens européens et défendre nos alliés, quels que soient par ailleurs les fracas du monde.

Ska Keller, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, Putin has brought back the horrors of war to Europe, and a cruel reminder of those horrors of the past and present is the violent death of World War Two Nazi concentration camp survivor, Boris Romanchenko, who was killed last week in the shelling of his apartment in Kharkiv. Our condolences go out to his family and friends, and to all Ukrainians who have lost loved ones in this senseless war.

Millions of people have had to flee from Ukraine. Women, who still a month ago were building their careers, are now homeless. Children who were surrounded by their friends at their last birthday party now hold onto their pets as their only friends left. Students who are studying for their final exams are now stranded and old couples who maybe used to sit in street cafes, watching passers-by, now sit for days in overcrowded trains, hoping to arrive somewhere safe, and yet they have nowhere to go.

In this war, as in so many others, lives have been disrupted from one day to the next and people have been left shattered and scattered. The suffering of those refugees is immense, but there is also immense solidarity among Europeans who give donations, hand out food and even open their homes for those people in need. I want to thank those volunteers wholeheartedly. You are showing what Europe is about. You are showing what humanity is about.

Member States have eased access at the borders and are setting up housing capacities. This solidarity is important and it is outstanding, but we need to speed up and we need to redouble those efforts. We need to redouble them and we need to protect people without discrimination.

As always, it's the countries that are in close geographic proximity that take the biggest inflows, but we all need to share together as Europeans, as European Member States, we need to share this effort of housing refugees among Member States, of registration and supporting those in need. We cannot expect a few countries alone to shoulder this immense task. All Member States have to do their share and they have to do it in the long run.

Unfortunately, many more people will probably have to leave their home or their temporary shelter in western Ukraine. The least we can do is to offer them a safe shelter, and that safe shelter needs to be organised now.

Let us not wait until we are sitting in a situation where we don't know what to do next. Let us prepare. We know what to do. We know that we need to be prepared. So everyone, every single Member State, needs to make the efforts to make sure that those people who are traumatised by the war will finally find a place to rest and to live in safety.

PRESIDENZA DELL'ON. PINA PICIERNO

Vicepresidente

Marco Zanni, a nome del gruppo ID. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Presidente della Commissione, signor Presidente del Consiglio, ogni giorno le immagini della devastazione e dell'aggressione russa all'Ucraina sono più drammatiche che mai e, nonostante sia passato già un mese da quel tragico 24 febbraio, non riusciamo davvero ad abituarci a questa devastazione che dobbiamo combattere con tutti i mezzi.

Quindi bene che giovedì e venerdì gli Stati membri e il Consiglio discutano su come incrementare il supporto alla straordinaria resistenza che il popolo ucraino sta portando avanti con mille difficoltà. E questa resistenza nel difendere la propria libertà deve essere da esempio per tutti noi.

Ovviamente ci sono queste emergenze. Il supporto al popolo ucraino prima di tutto. Il tema dei costi dell'energia, perché sappiamo, e ce lo siamo detti sin dall'inizio, che le scelte che stiamo portando avanti per supportare il popolo ucraino e contrastare la Russia nella sua azione hanno un costo per noi, hanno un costo per i nostri cittadini, e dobbiamo fare tutto il possibile affinché, dopo già due anni di pandemia drammatici, questi costi non ricadano sulle spalle dei più deboli.

Allo stesso tempo, credo sia necessario affrontare le emergenze che rimangono. La priorità è guardare al futuro, guardare a cosa le istituzioni europee devono cambiare per far sì che le debolezze che oggi dimostriamo di fronte a tanti fattori non diventino un elemento di debolezza nel futuro.

Il mondo stava cambiando prima del 24 febbraio e cambierà ancora più velocemente dopo il 24 febbraio. Credo che guardando alla mappa delle votazioni sulla risoluzione russa all'ONU dobbiamo porci delle questioni. È bene che il Consiglio inizi a dibattere su questi scenari futuri, perché paesi che rappresentano più della metà della popolazione mondiale non hanno sostenuto, si sono astenuti o hanno votato contro quella risoluzione.

Dobbiamo interrogarci sul perché questi paesi oggi non guardano al modello occidentale come un esempio da seguire, come un esempio di cooperazione, ma vengono attratti da modelli autoritari, da modelli che noi contrastiamo. Questa deve essere la domanda. Paesi amici, paesi che ricevono ogni anno fondi ingenti sia dagli Stati europei sia dal bilancio europeo, che oggi non si mostrano cooperativi, che oggi sono fondamentali nell'aiutare la Russia ad aggirare le sanzioni occidentali.

Ecco, credo che il Consiglio di giovedì e venerdì debba focalizzarsi sul futuro. Se non saremo in grado di dare una risposta a queste domande e di avere una strategia per i prossimi dieci o vent'anni, dove correggiamo questi errori, non possiamo parlare di autonomia, non possiamo parlare di un ruolo futuro geopolitico per il nostro continente, non possiamo parlare di un futuro prospero.

Chiudo con una domanda. Ne ha parlato il presidente Weber e io ne parlo da molto tempo. Cosa succede domani mattina se la Cina invade Taiwan? Siamo pronti ad agire e ad essere riparati contro qualsiasi evento che quanto accaduto il 24 febbraio ci pone davanti? Credo che questo sia il momento in cui, di fronte alle non scelte, scegliamo un percorso di scelte coraggiose.

Raffaele Fitto, a nome del gruppo ECR. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, da ventotto giorni stiamo assistendo ad un'aggressione militare da parte della Russia e ad una sempre più crescente serie di barbarie che colpiscono obiettivi civili e contemporaneamente ad una grande prova di coraggio e di resistenza da parte dell'Ucraina e del suo popolo. Ma sono anche ventotto giorni in cui il nostro continente ha riscoperto quel clima di guerra fredda che aveva caratterizzato il secolo scorso.

L'Unione europea e i suoi Stati membri hanno reagito con unità e determinazione all'aggressione dell'Ucraina, fino ad ora. Ma sappiamo che questo potrebbe non bastare e nelle prossime settimane potremmo essere chiamati ad ulteriori decisioni per contrastare questa azione. Per questo auspichiamo che il prossimo Consiglio europeo confermi le misure necessarie per fermare l'offensiva russa, in accordo con i nostri partner, e rafforzi il suo spirito di solidarietà, cooperazione e supporto nei confronti dei milioni di rifugiati che in questi giorni sono costretti ad abbandonare il loro paese e di quegli Stati come la Polonia e gli altri paesi di confine, che stanno dando una straordinaria prova dell'accoglienza e nella gestione dell'emergenza umanitaria.

Sappiamo tutti che le sanzioni sono necessarie, ma al tempo stesso ci rendono più vulnerabili. Per questo motivo ci deve essere un impegno ancora più forte per tutelare le nostre economie dalle conseguenze della guerra e mantenere il consenso dell'opinione pubblica europea.

Prendiamo atto positivamente del primo passo fatto nel campo della difesa con il varo della bussola strategica. Rimettere la difesa al centro delle nostre politiche è fondamentale. Le nostre economie devono continuare ad essere supportate, iniziando dai settori più colpiti dalle sanzioni. Se la guerra dovesse protrarsi nelle prossime settimane, le prospettive di crescita sarebbero fortemente e definitivamente ridimensionate.

Per questo occorre agire partendo dalle regole della governance economica. Tornare, in questi giorni, alle vecchie regole o alle vecchie procedure sarebbe una riforma al ribasso che costituirebbe un gravissimo errore. Sarà fondamentale fare scelte nel settore dell'agricoltura e dell'energia.

Al tempo stesso, in vista del prossimo vertice Unione europea-Cina, dobbiamo riaffermare con forza la nostra posizione, in particolare rafforzando la nostra autonomia economica, commerciale e strategica, e chiedendo senza ambiguità un impegno per la soluzione della crisi russo-ucraina. È il momento di decisioni concrete e immediatamente applicabili per l'Europa di oggi, ma soprattutto per quella di domani.

Δημήτριος Παπαδημούλης, *εξ ονόματος της ομάδας The Left*. – Κυρία Πρόεδρε, η βάρβαρη εισβολή του καθεστώτος Πούτιν στην Ουκρανία απαιτείται να βρει μια κοινή, ισχυρή, ενωμένη ευρωπαϊκή απάντηση σε όλα τα επίπεδα: και στο επίπεδο της οικονομίας και στο επίπεδο της ενέργειας. Και οι κοινές κρίσεις –το έχουμε διδαχθεί από την πανδημία– απαιτούν κοινές απαντήσεις, ισχυρές και γρήγορα. Η πανδημία οδήγησε την Ευρωπαϊκή Ένωση στο να δημιουργήσει το Ταμείο Ανάκαμψης και Ανθεκτικότητας και να κάνει έναν τεράστιο κοινό ευρωπαϊκό δανεισμό. Μας οδήγησε σε κοινή διαπραγμάτευση και παραγγελία εμβολίων. Το ίδιο πρέπει να κάνουμε και με την ενεργειακή κρίση. Η Διεθνής Υπηρεσία Ενέργειας εκτιμά ότι τα υπερκέρδη των εταιρειών ενέργειας, μόνο για το 2022, είναι 200 δισεκατομμύρια.

Χρειάζεται λοιπόν φορολόγηση και πλαφόν σ' αυτά τα υπερκέρδη για να στηριχθούν νοικοκυριά και επιχειρήσεις: κοινή ευρωπαϊκή προμήθεια φυσικού αερίου LNG και υδρογόνου, επιτάχυνση των επενδύσεων με ανανεώσιμες πηγές ενέργειας και με δημόσιους πόρους, κοινή ευρωπαϊκή παρέμβαση κατά της αισχροκέρδειας στις τιμές χονδρικής και λιανικής και για την οικονομία. Έχουμε αύξηση του πληθωρισμού, δραστική μείωση της ανάπτυξης μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση και νέα αύξηση των κοινωνικών και περιφερειακών ανισοτήτων. Γι' αυτό χρειάζεται κοινός ευρωπαϊκός δανεισμός με ευρωομόλογο και για την αντιμετώπιση της κρίσης και του πολέμου και της εισβολής στην Ουκρανία, όπως κάναμε με την πανδημία: παράταση της ρήτρας διαφυγής και για το 2023, ρεαλιστικές αλλαγές στους κανόνες του Συμφώνου Σταθερότητας, για να μη σκοτώσουμε τις επενδύσεις και την ανάκαμψη, για να μην ακυρώσουμε τα θετικά του Ταμείου Ανάκαμψης, για να αποφευχθεί μια νέα κρίση χρέους και άγριας λιτότητας, που, αν παρασύρει τον Ευρωπαϊκό Νότο, θα κοστίσει και στον Ευρωπαϊκό Βορρά και στην Ευρωπαϊκή Ένωση ολόκληρη.

Daniela Rondinelli (NI). – Signora Presidente, signori Presidenti, onorevoli colleghi, quella pace che in Europa tutti noi abbiamo sempre dato per scontata oggi non lo è più. La pace richiede quattro condizioni essenziali: verità, giustizia, amore e libertà. Questa frase di Papa Giovanni Paolo II oggi è più che mai attuale.

Se Putin sta calpestando tutte e quattro queste condizioni, noi al contrario le dobbiamo testimoniare, con tutta la nostra forza politica, diplomatica e morale, per non scivolare in un nuovo devastante conflitto mondiale. Perseguire la verità, sostenendo il giornalismo libero e non mentendo mai ai cittadini. Perseguire la giustizia e punire i crimini di guerra commessi in Ucraina. L'amore, accogliendo i rifugiati ucraini con dignità, e la libertà, aiutando il popolo ucraino a difendersi dalle bombe ma anche accompagnandolo nel percorso di ingresso nell'Unione europea. Dimostriamo con i fatti di essere diversi dalle barbarie e lavoriamo per la pace in Ucraina.

Contemporaneamente l'Unione europea deve fare un nuovo passo in avanti. Archiviamo una volta per tutte il Patto di stabilità e approviamo un *Energy Recovery Fund* contro il caro bollette e per gli investimenti nelle rinnovabili. Dimostriamo ancora una volta che quando serve l'Unione europea c'è e fa sul serio.

Michael Gahler (PPE). – Madam President, when I listen to certain Member States' governments who are speculating about possible oil and gas shortages for the next winter season, I really wonder how long they think and foresee that this war should last. I think we should take now all available measures to shorten this war, and that can only be done by applying now all possible sanctions on the war criminal in the Kremlin in order to strangle him economically to the extent that he has to stop this war.

That is why I call on our Member States and the Commission and the Council to really prepare for comprehensive oil, gas and coal sanctions now, as early as possible, in order to have this effect and, of course, to continue with the supply of arms, humanitarian aid and financial supplies to the government of Ukraine, to the extent possible, and thereby in parallel, of course, also helping the refugees.

That is the comprehensive way we can achieve something, not by nitty-gritty considerations. Let's do it now. *Slava Ukraini!*

Simona Bonafè (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'invasione militare dell'Ucraina voluta da Putin ha riportato la guerra nel cuore dell'Europa. Ma la guerra in Ucraina non è solo l'aggressione contro uno Stato sovrano, è un attacco frontale ai nostri valori di libertà, autodeterminazione e democrazia. Se vogliamo che questi valori siano ancora garantiti in futuro, in Europa ed altrove, noi dobbiamo saper cogliere fino in fondo la nuova fase che si apre.

L'Unione europea ha risposto con tempestività e coordinamento con una serie di pacchetti di sanzioni economiche e aiutando i milioni di profughi arrivati ai nostri confini. Non era scontato. Putin contava sulle nostre divisioni interne e ha sbagliato. Ancora una volta, l'Unione di fronte alle difficoltà ha saputo agire unita. Ma non basta. Questa guerra sta mostrando la necessità di accelerare sulla nostra autonomia strategica, riducendo la dipendenza energetica, rafforzando la nostra capacità di difesa comune, parlando con una sola voce in politica estera, costruendo una base economica europea più solida.

Il vertice di Versailles, nel sottolineare il sostegno totale dell'Unione all'Ucraina, ha messo anche a fuoco le sfide più urgenti che abbiamo davanti. Ora però devono seguire azioni, già dalla riunione del prossimo Consiglio, a partire dalla risposta alla crisi energetica, con forti investimenti nelle fonti rinnovabili, con stoccaggi acquisto comune di gas per ridurre già da quest'anno, già da ora, la dipendenza dalle forniture russe, e con l'introduzione di un tetto massimo europeo al prezzo del gas, per calmierare ora e in futuro i prezzi dell'elettricità ed evitare il collasso di famiglie e imprese. Solo così, solo rafforzando la nostra autonomia strategica, saremo davvero in grado di far prevalere la forza della legge alla legge della forza.

Malik Azmani (Renew). – Madam President, Putin's unjustified, brutal war against the innocent people of Ukraine continues to rage. The sheer bravery, dedication and determination of the Ukrainian people is awe-inspiring. We all feel the need to show our solidarity with Ukraine. We can do so by helping the Ukrainian people on the frontline of the battle for democracy. Financial, humanitarian and military aid must continue to flow.

The EU has shown its determination and unity so far, and Renew Europe applauds this. But let me be clear, Renew Europe wants to continue with imposing strict and coordinated sanctions aimed at Putin and his regime. The EU leaders will meet again for a fifth package of sanctions.

My message is this: the cost for Russia must continue to go up. No price is too high to prevail democracy. The longer the war lasts, the more we will be tested in our unity and solidarity towards the Ukraine. We already see the negative impact of the war in the rising prices of food and energy. And yes, we must mitigate these consequences to our citizens and businesses. However, this cannot become an excuse to back down. Let us always remember that it's the Ukrainian people who suffer the most and they are fighting our fight.

Jordi Solé (Verts/ALE). – Madam President, four weeks into Putin's criminal invasion of Ukraine, what is certain is that this war is not proceeding according to the Kremlin's fullest plans, latterly due to the impressive resistance of the Ukrainian people and a strong response from the European Union and our international allies.

Our priority now has to be ending this war. No more devastated Mariupols. This requires bold action on three levels. First, keep mobilising material means and humanitarian aid to help Ukraine resist the Russian attack. Second, increase the pressure on the Kremlin and its entourage, through new sanctions – which, yes, have to include energy – now. Sanctions alone will not stop Putin, but they will greatly increase the cost of his war. Finally, promote honest diplomatic negotiations.

The Strategic Compass is an attempt to give the EU a little more of hard power but a little less, maybe, of soft power. But even if defence cooperation is more timely than ever, our geopolitical awakening will only be real if we are able to combine capabilities and resilience with diplomatic, effective influence.

Gunnar Beck (ID). – Madam President, never let a good crisis go to waste. In common parlance, crises instil fear and disorientation, which allow clever politicians to impose otherwise unacceptable policies. We saw that during COVID and are seeing it now over Ukraine. We are told the war is fuelling energy and food price explosions because we are too dependent on Russian gas and oil. The EU's conclusion: to end Russian energy imports and to accelerate the green transition.

The truth is, without Russian energy, the lights would go out over most of Europe and energy prices would rise sky high – not because of delays over the Green Deal, but because of the Green Deal and because Germany, when President von der Leyen – who's now slipped away – was still a minister under Merkel, decided it would quit reason and be the first happy-go-lucky, hippy, green industrial power without nuclear energy and fossil fuels at one and the same time. Madness is trying the same thing over and over again and expecting different results. This includes the insane obsession of creating a single EU federal state, even if, as a result, most people are worse off.

Why does the European Commission not invite EU citizens to submit their energy bills to the Commission and indicate how much more they are willing to pay for the Green Deal, or whether they would prefer the Commission to use that money instead to pick up their energy bills.

Beata Szydło (ECR). – Pani Przewodnicząca! Na oczach świata kolejny tydzień mordowane są ukraińskie dzieci, kobiety. Niszczono są ukraińskie miasta i wsie. Miliony uchodźców szukają schronienia w innych państwach. Już ponad 2 miliony przybyły do Polski. Polacy otworzyli swoje serca i domy i przyjmimy każdego, kto będzie potrzebował pomocy. I tak się dzieje w każdym polskim mieście, w każdej nawet najmniejszej polskiej miejscowości. Każdy Polak jest dzisiaj zaangażowany w niesienie pomocy narodowi ukraińskiemu. Polski rząd nie ma ważniejszego priorytetu niż pomoc Ukrainie i Ukraińcom.

My nie zostawimy Ukrainy. Polacy zawsze będą stali przy Ukrainie i przy Ukraińcach, ale potrzebujemy waszego wsparcia. Potrzebujemy waszej pomocy. Potrzebujemy, żeby wszystkie te kraje, które dzisiaj stają się domem dla milionów uciekających Ukraińców – ponieważ Putin cały czas morduje dzieci, kobiety i niszczy ich piękną ojczyznę – czuły realne wsparcie ze strony Unii. To nie Polska, to nie Słowacja, Czechy, Estonia czy inne kraje muszą prosić o pomoc. To tutaj, w tej Izbie, w Komisji Europejskiej, muszą zapadać konkretne decyzje, konkretne i odważne.

Odwagi Europo! Odwagi Europo, bo to jest ten moment, w którym waży się los nie tylko Ukrainy, ale ważą się losy całej Europy. Putin nie zatrzyma się, jeżeli Ukraina – ta dzielnie, bohaterstwo broniąca się Ukraina – zostanie pokonana. On pójdzie dalej. I musimy mieć wszyscy tego świadomość. To jest czas, w którym musimy być skuteczni. Same słowa, debaty i konferencje nie wystarczą. Sankcje, które przyjmujemy, muszą być skuteczne. To jest ten czas, kiedy walczymy o wolność nas wszystkich.

Özlem Demirel (The Left). – Frau Präsidentin! Meine Solidarität gehört den Menschen in der Ukraine. Doch das Leid der Ukrainer wird hier instrumentalisiert für eigene Geopolitik. Die EU macht sich auf den Weg hin zu einer Militärunion, weil aktuell der Kampf Demokratie versus Autokratie anstehe. Doch wer das glaubt, glaubt möglicherweise auch an den Weihnachtsmann. Denn Militarismus geht auch immer einher mit einem Abbau der liberalen Demokratie.

Die EU löst sich vom russischen Gas, heißt es. Doch gleichzeitig baut man Deals mit Katar aus, wie in Deutschland. Ist Katar keine Autokratie? Führt Katar keinen Krieg im Jemen? Ja, der Angriffskrieg des Putin-Regimes ist ohne Wenn und Aber zu verurteilen. Doch mit der Militärunion, mit den Milliarden für Hightech-Kriegsgerät wird doch jetzt kein Ukrainer gerettet. Bezahlen sollen die Aufrüstung hier Arme und Arbeiter. Mehr arbeiten sollen sie. Sie sollen höhere Preise akzeptieren. Dabei sagte schon die *EU Global Strategy*, worum es wirklich geht bei der Aufrüstung: Die EU müsse in der Lage sein, wichtige Handelswege und Seewege – zur Not auch militärisch – zu verteidigen.

Nun, im strategischen Kompass mit einer flexibel einsetzbaren Kampftruppe, soll sie auf den Thron gehoben werden, die Militärunion. Dabei rühmte sich die EU doch immer, eine Macht der Diplomatie zu sein. Die Message an andere Großmächte heute ist klar: Die EU ist nicht nur als Wirtschaftsmacht, sondern auch als Militärmacht bis auf die Zähne gerüstet, vorbereitet im Kampf um kommende Einflussphären. Dem Sicherheitsbedürfnis der Völker in Europa wird man so nicht gerecht – alle Seiten nicht.

Wir, die Völker, die arbeitenden Menschen, die Arbeiter wollen weder diese Kriege bezahlen noch dafür kämpfen.

Balázs Hidvéghi (NI). – Madam President, every effort that we make in this situation has to be directed towards creating peace, reaching a ceasefire first and then a peace agreement as soon as possible. We should avoid any escalation of this terrible situation, which is terrible already. The bloodshed must end, and so we must make our decision based on that overarching goal. Sanctions are undoubtedly necessary. We have come out with sanctions, come up with sanctions, but we cannot harm ourselves more in this effort than the country we want to pressure with the sanctions. So although it's an emotional time, understandably, rationality must be maintained.

Now, let me come to the question of refugees. We are seeing the large influx of refugees into central Europe, into the European Union, and this is an extraordinary time. I salute the efforts of Hungary, Poland, Romania, Slovakia, the countries that are helping and taking most of the burden in this situation. But this is also a situation of a test of maturity for the EU and the EU institutions in particular. It is high-time to leave behind the unimportant, petty ideological debates that have divided us so much over the past. Stop withholding funds to Hungary and Poland, as they are doing the most to help millions of Ukrainian refugees. These attempts were unacceptable already before the war, but since the war they are outright scandalous. Help the people who are helping the Ukrainians!

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, the situation in Ukraine is worsening. People in Ukraine are being bombed, civilians are being bombed, hospitals are being bombed and schools are being bombed. So our answer needs to be clear – maximum support for Ukraine and the people of Ukraine, and maximum sanctions for the Russian Federation.

We have already applied some sanctions, but I believe that more is needed and more is justified when it comes to sanctions because of what the Russian army is doing in Ukraine.

This is why I say, firstly, the list of Russian individuals who are sanctioned has to be longer. Russian politicians, Russian oligarchs, Russian businesspeople, and all of those who are supporting the current Russian regime and the invasion in Ukraine have to be sanctioned. We have to stop their skiing in the Alps, their sunbathing in Nice, and their shopping in Paris and Vienna right now.

Secondly, we have to exclude Russian entities from public procurement in the European Union. Russian companies still have access to public procurement, including in key sectors. We have to stop that.

And thirdly, we have to stop funding the war machine, which means that we have to reduce as much as possible our imports of coal, gas and oil. I am for a total ban of these into Europe, even if it has costs. We have to see that defending democracy costs, but not defending it costs even more.

Marek Belka (S&D). – Pani Przewodnicząca! Już miesiąc Ukraińcy bohatersko bronią swój kraj, ale także demokratyczną Europę i świat przed bestialskim atakiem Rosji. Gdy tam trwa walka o życie, Wspólnota sankcjami osłabia kremlowskich zbrodniarzy.

Nie chciałbym uprawiać tutaj czarnowidztwa, ale z jednej strony blokujemy SWIFT, z drugiej setki rosyjskich ciężarówek codziennie rozjeżdżają nasze drogi. Z jednej strony zakazujemy eksportu drogich torebek, z drugiej płacimy miliardy za rosyjskie surowce. Zamrażamy majątki oligarchów lub, jak w Polsce, tylko głośno o tym mówimy, ale w rajach podatkowych ich pieniądze mają się dobrze.

Nakładane sankcje muszą przede wszystkim być skuteczne. Nie możemy traktować ich jako uspokojenia naszych sumień. Nie możemy dłużej udawać, że wkoło jest wesoło. Czas na większą przejrzystość i konsekwencję naszych działań. Czas wpisać Rosję na czarną listę krajów, które piorą pieniądze. Pora na zdecydowane kroki i jasny plan szybkiego odejścia od rosyjskich paliw kopalnych. Nawiązując do słów prezydenta Zełenskigo, nie potrzebujemy spokojnego sumienia Zachodu, potrzebujemy działań.

Katalin Cseh (Renew). – Madam President, long years of completely misguided policy towards Russia now cripples our ability to stop Putin, and we have to be absolutely furious about this right now. But there is still a way out of this trap and the key here is, once again, European solidarity. We need a new EU fund to help us break free of Russian dependence, to help our households who are suffering from the cost of living crisis.

But there is one even more urgent step here. Let's put an EU price cap on Russian gas. Gazprom jacked up their prices, so now we are handing extra profits to a war criminal. It is already on the Council table, this proposal. So let's reach an agreement right now. If we speak with one voice, Putin has no chance but to accept our terms – in our currency, in our price. He cannot put his gas elsewhere. He cannot stop extracting it. It is in our hands.

If Viktor Orbán disagrees, let's ask him why. Don't you want lower prices? Whose interests is he serving now here? It is Moscow driving energy prices to the sky while Orbán is blaming Brussels. So it's time for the Council to call his bluff. Also, it's time for Hungarian voters to do the same on 3 April.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Madam President, we've seen until now a very coordinated and united European response, and that has been very good and very important. However, the hard work still needs to be done, and one part of the hard work is our energy future. We have made a lot of mistakes in our past, but what are we going to do in the future?

I thank the Commission for coming up with proposals today for more jointly working on energy. However, this also needs to be done in the future, and this question is really for the Council. Will you now finally move on an Energy Union where we take decisions together, because Russia is profiting every day from 27 Member States who are competing with each other instead of working together on our energy future? That's one of the answers that we need to give, not only in the short term, but also in the long term.

To the Commission, I really want bolder proposals on energy efficiency. You talk about it, Ursula von der Leyen talked about it, it's very good language, but we haven't seen concrete proposals. We have not seen new targets on the table that will accelerate energy efficiency, because that's the key – energy we do not use is energy we do not have to import.

Jaak Madison (ID). – Madam President, I am very sorry that the President of the Commission had to leave. I really wanted to remind her of some small things. First of all, after 2014, when the Russian invasion against Ukraine started, for the next five years European countries increased, every year, the import of oil and gas from Russia. So that means for the last six, seven years, we have paid more and more money to Russia, and that's the money they can use in the army against Ukraine. So those European countries are also responsible for the war against Ukraine.

Second thing, if you are talking about our military capacity, what did Ms von der Leyen do when she was six and half years Minister of Defence in Germany. Its military capacity was destroyed. Two weeks ago, Germany promised to give at least military aid to Ukraine, but what came out? It doesn't have it – it doesn't have anything to give! That's also the fault of Mrs von der Leyen, unfortunately.

But okay, that's history. How can we go forward? Tomorrow, and in two days, there is a Council meeting – just now in the morning I checked. Twelve countries of the 27 have supplied military aid to Ukraine. Twelve of the 27. All the others have not done this. It's time to give more and more military aid to Ukraine, because the peace agreement can't be that the Russian occupants will stay in Ukraine, in Mariupol or eastern Ukraine. They have to get out of Ukraine. And for this work, we have to help in any way we can.

Hermann Tertsch (ECR). – Señora presidenta, a mí también me hubiera gustado que estuviera aquí la señora Von der Leyen para que nos explicara. Hace tres años nos vino con un cuento de Alicia en el País de las Maravillas, con una serie de prioridades que se ha visto que son unas prioridades radicalmente equivocadas y que nos han traído a donde estamos.

Desde luego, hay una cosa muy clara: estamos en una situación en la que cada vez es más evidente que si Ucrania fuera un miembro, una provincia lejana de una Unión Europea federal, ya la habrían hecho rendirse. Ucrania está luchando y Ucrania está cambiando el pulso de Europa porque es una nación, porque es una nación soberana, porque es una nación independiente y porque está luchando con sus hijos para mantener esa soberanía y esa independencia. Esa es la gran lección que debemos extraer de esta guerra y ayudarles a recuperar esa soberanía y mantener todos nosotros nuestra soberanía también.

José Gusmão (The Left). – Senhora Presidente, a agressão militar da Rússia à Ucrânia veio mostrar como é importante vencer a dependência da Europa em relação à Rússia. Uma dependência económica que se tornou também uma dependência política na resposta a esta agressão militar.

É importante que esta soberania energética da Europa se faça com uma agenda para a transição energética, sem hesitações e zigzagues, e não através de um regresso à Idade do Carvão. E é importante também que a resposta verdadeiramente solidária e responsável que está a ser dada à crise dos refugiados desta guerra da Ucrânia se alargue a todos os refugiados de todas as proveniências, cores de pele e religiões. A Europa não pode ter duas políticas de asilo, não pode discriminar entre vidas humanas.

Mas é importante também que as vítimas desta guerra não sejam usadas para remilitarizar a Europa, engordando a mesma indústria militar europeia que vendeu uma parte das armas com que a Rússia hoje agride o povo ucraniano. Dez países europeus continuaram a vender armas à Rússia, mesmo depois do embargo decretado pelas Instituições Europeias. A remilitarização é a promoção desta indústria, que depois irá espalhar armas pelo mundo. E também é, e também não pode ser, o branqueamento e o fortalecimento da NATO, uma organização internacional que é responsável por tantas guerras criminosas, por tantos milhões de mortos e refugiados por esse planeta fora.

O caminho da paz é o caminho de uma diplomacia autónoma da União Europeia, uma diplomacia para a paz.

Κώστας Παπαδάκης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, ενώ η ρώσικη εισβολή μαινεται συνοδευόμενη από κλιμάκωση εξοπλισμών και κυρώσεων από Ευρωπαϊκή Ένωση, Ηνωμένες Πολιτείες και NATO, οι λαοί πληρώνουν πολλαπλά με ζωές, προσφυγιά, πανάκριβα καύσιμα, ενέργεια και τρόφιμα. Τα παζάρια και οι αντιθέσεις στο Ευρωπαϊκό Συμβούλιο με την εμπλοκή και των Ηνωμένων Πολιτειών για το ενεργειακό εμπόριο στη Ρωσία, για τις κοινές παραγγελίες, την εξασφάλιση χρυσόπληρωμης επάρκειας του ούτως ή άλλως πανάκριβου εισαγόμενου φυσικού αερίου δεν προμηνύουν τίποτα θετικό για τον λαό. Αντιθέτως, η ευρωενωσιακή στρατηγική Πράσινης Μετάβασης, το Χρηματιστήριο Ενέργειας, προδικάζουν τους αντιλαϊκούς όρους τέτοιων συμφωνιών. Όροι που καθιστούσαν άλλωστε πανάκριβη την ενέργεια και πριν τον πόλεμο. Πρόκειται για συμφωνίες χρυσοφόρες για τους ομίλους με βασική προϋπόθεση ο λαός να πληρώνει αδρά για τα κέρδη τους.

Τώρα να δυναμώσει ο αγώνας για κατάργηση των έμμεσων φόρων, των πράσινων χαρατσιών στα καύσιμα και την ενέργεια με πλαφόν ανά κιλοβατώρα, για εξουσία και οικονομία με σχεδιασμένη αξιοποίηση του συνόλου των μορφών και των πηγών ενέργειας για τις λαϊκές ανάγκες, για να σταματήσει η ενέργεια να είναι εμπόρευμα!

Arnaud Danjean (PPE). – Madame la Présidente, il y a deux semaines jour pour jour, juste avant le sommet de Versailles, j'avais modestement pris la parole à Strasbourg devant cette assemblée pour rappeler que, en matière de défense européenne, nous n'avons pas besoin de réinventer la roue, l'eau tiède ou l'eau chaude – comme on veut –, et que tout existait. Tous les outils, nous les avons à notre disposition.

Tout en saluant certaines initiatives, comme l'utilisation abondante et bienvenue de la facilité européenne pour la paix pour livrer des armes à l'Ukraine, je constate quand même que les conclusions du sommet de Versailles sont très loin des attentes. Il y a beaucoup d'autosatisfaction, mais il y a surtout beaucoup de déclarations d'intention.

Je vais prendre un seul exemple, très parlant parce qu'il concerne les capacités, nos équipements militaires, ce sur quoi tout le monde convient qu'il faut faire des efforts aujourd'hui. Voici le point 11 des conclusions de Versailles: «Nous invitons la Commission, en coordination avec l'Agence européenne de défense, à présenter une analyse des déficits d'investissements dans la défense d'ici la mi-mai». Pourquoi attendre la mi-mai? Je vais exonérer la Commission de ce travail: tout figure dans le rapport annuel de l'Agence européenne de défense. Celui de 2020 énumère les six domaines d'action prioritaires qu'il faut entreprendre. Mieux, le document de l'Agence européenne de défense fait référence aux conclusions du 14 novembre 2016. Si vous comparez les conclusions du Conseil de novembre 2016 et celles du sommet de Versailles, vous serez bien en peine de trouver beaucoup de différences.

Donc maintenant, assez des déclarations d'intention, assez d'autosatisfaction: il faut agir. On ne peut pas perdre six ans de plus.

Pedro Marques (S&D). – Senhora Presidente, Caros Colegas, a cruel e injustificada invasão da Ucrânia está a provocar um verdadeiro desastre humanitário: dez milhões de deslocados, tantos deles para a União Europeia.

A solidariedade com os que recebemos tem que ter correspondência nos meios que mobilizamos para os receber e integrar. A resposta à guerra não é apenas dada com as sanções ou o apoio militar à Ucrânia. Tem que ser dada também com meios para apoiar os refugiados aqui na Europa e enfrentar as consequências sociais desta guerra. São as pessoas mais desfavorecidas que mais sofrem o impacto da escalada de preços, da energia ou dos alimentos. Não podemos permitir que o aumento da pobreza, nomeadamente a pobreza energética, seja o preço a pagar por esta guerra.

Soubemos criar o *Next Generation EU* para responder à crise da COVID. Saibamos também agora inovar, saibamos estar à altura desta luta que é também a nossa luta pela liberdade e a democracia.

Luis Garicano (Renew). – Madam President, the purpose of the financial sanctions that we placed on Russia was to crush the financial system. This was our key contribution to the war effort. Sadly, we have failed in this mission.

In the first ten days of the war, the rouble crashed 17%. Since then, it has basically recovered most of that fall. Is the financial system in meltdown? No, by no means. Why did it fail? Why did we fail? The answer is very simple – our sanctions have more holes than a Gruyère cheese.

Two key facts: first, we have only blocked some banks from SWIFT. The rest of the financial system is enough to channel all the payments. Second, even as we blocked the existing reserves of the Russian Central Bank, we are adding EUR 1 billion more in hard currency every day. To borrow a saying from my Dutch friends – this is like mopping the floor with the tap on. It cannot work.

Mr Minister, Mr Vice-President, there is no such thing as a cheap victory. Sanctions with holes are no sanctions at all. Freedom is worth much, much more than we have been willing to pay for it until now.

Viola Von Cramon-Taubadel (Verts/ALE). – Madam President, Russian bombs in Ukraine are falling not only on kindergartens and maternity wards, but also on silos and tractors. In today's global world, a grain field burnt down by Russia in Sumy spells hunger in Yemen. Ukraine is a major exporter of wheat and other crops. The poorest states in Africa are facing a looming famine because one man in the Kremlin wants to destroy a nation.

Millions of displaced Ukrainians, among them farmers, who cannot cultivate their land, are also on the verge of a humanitarian calamity. While Russian bombs kill thousands, Russian-caused famine endangers hundreds of millions. China and India contribute to skyrocketing grain prices through excessive hoarding. There's enough reason to be alarmed. All international donors and organisations, every responsible party, has to act to prevent the catastrophe.

The EU has a responsibility to decrease meat production, reduce livestock numbers and to scrap mandatory admixture of biofuel. In this way, the EU could at least mitigate a famine and a humanitarian disaster.

Anna Fotyga (ECR). – Madam President, it may be difficult, costly and painful, yet we have to make everything possible to assist Ukraine in defeating the empire of evil. First, by imposing further sanctions and thus stopping financing of the Russian war machine. Then, to assist in combating the aggressor. Last but absolutely not least, to bring all perpetrators of war crimes and crimes against humanity – each and every one, not only Putin – to justice. God bless Ukraine.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – Madam President, while everybody was looking at Ukraine, Spain has recognised the sovereignty of Morocco over the Western Sahara. Spain is ignoring the right of self-determination and international law. Pedro Sánchez is dancing to the tune of an autocratic regime and is opening a crisis with Algeria.

The Council needs to be paying attention to this. Why have they done this? Perhaps because of Ceuta and Melilla, perhaps because of the control of immigration that they want to give to Morocco. Why is the Commission ...

(The President cut the Speaker off)

Presidente. – Onorevole le chiedo di attenersi all'ordine del giorno, altrimenti devo interromperla. Come sa abbiamo un regolamento che vale per tutti, nessuno escluso.

Clara Ponsatí Obiols (NI). – But it's not right to be looking the other way on the affair of Western Sahara. Yet again, Spain's nationalistic pride is dragging the Union away from international law and democratic ...

(The President cut the Speaker off)

Presidente. – Direi che possiamo andare oltre perchè l'onorevole non si attiene al nostro ordine del giorno. Come sapete, il regolamento vale per tutti e quindi, purtroppo, le devo togliere la parola. Mi dispiace ma è così. Ci siamo dati un regolamento che vale per tutti e che rispettiamo tutte e tutti.

Antonio Tajani (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'invasione inaccettabile da parte della Russia dell'Ucraina provocherà un cambiamento epocale nell'Unione europea. Il Consiglio di domani e dopodomani dovrà affrontare la grande questione di un'Europa che deve essere politicamente più forte per difendere i propri valori, ma che deve puntare anche sulla autosufficienza.

Autosufficienza della difesa: bene, quindi, la bussola e bene i passi in avanti nella difesa unica dell'Unione europea come strumento di politica estera. Autosufficienza industriale: abbiamo bisogno di microchip europei. Autosufficienza alimentare: non possiamo essere sottoposti ai capricci di Mosca e di altre potenze. Autosufficienza energetica: dobbiamo fare dei passi in avanti verso il mercato unico dell'energia, con un tetto al prezzo del gas e acquisti di stock unici, per permettere all'Europa di essere libera e di non essere costretta ai ricatti o della Russia o di altri paesi.

Ecco perché serve un'azione forte anche dal punto di vista economico, serve rinviare il Patto di stabilità, serve un *Recovery* con dei bond per avere più soldi e serve che la Banca centrale continui con il *quantitative easing*.

Heléne Fritzon (S&D). – Fru talman! Artikel 2: "Alla barn har samma rättigheter och lika värde." Artikel 3: "Barns bästa ska beaktas vid alla beslut som rör barn." Barnkonventionen innehåller mänskliga rättigheter för barn, och alla EU:s medlemsländer har förbundit sig att följa dem.

Vi hörde att ett ukrainskt barn flyr Ukraina varje sekund. Rysslands brutala krig mot Ukraina är också ett brutalt krig mot Ukrainas barn. Vi måste alltid försvara barns rättigheter, och självklart även i krig.

Förra veckan krävde vi socialdemokrater att rådet och kommissionen omgående ska ta fram ett barnpaket för att skydda och hjälpa barn, både de som flyr från Ukraina och också dem som är kvar i Ukraina. Vi är glada att kommissionen har lyssnat, det är bra. Nu vill man betona ett barnrättsperspektiv som måste integreras i alla åtgärder. För det krävs åtgärder – nu.

Frédérique Ries (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, nous devons un respect immense au peuple ukrainien, à ces hommes et à ces femmes qui, depuis vingt-sept jours, face à la brutale agression de la Russie, se battent pour défendre leur terre, se battent pour défendre leur patrie et se battent aussi pour défendre les valeurs fondamentales qui sont les nôtres.

Alors, notre message au Conseil européen est simple, finalement: accueillir dignement ces millions de réfugiés qui frappent à notre porte et garantir le droit à l'éducation pour leurs enfants et le droit à l'aide sociale ainsi qu'à un emploi digne pour leurs parents.

Au-delà des sanctions à contrôler ou à ajouter contre le régime de Vladimir Poutine, l'Union européenne doit appliquer la même méthode, dans le fond, que celle qui a bien fonctionné pour la gestion de la pandémie: je veux parler des achats groupés, cette bonne idée espagnole présentée au Conseil au mois d'octobre, si je me souviens bien, et à laquelle j'ai fait référence à plusieurs reprises à cette tribune.

Oui également à un accord sur le plafonnement des prix de l'énergie en prévision de l'hiver prochain. C'est la seule manière d'aider les ménages européens à garder la tête hors de l'eau. En Europe, depuis janvier dernier, le prix du gaz a ni plus ni moins que triplé. C'est intenable.

Je conclus, Madame la Présidente: l'Europe doit être solidaire à la fois avec les Ukrainiens, qui paient le prix du sang, et avec tous ces foyers européens qui sont aujourd'hui au bord de la précarité.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Madame la Présidente, 18 milliards, c'est la somme que nous avons versée à Vladimir Poutine depuis un mois, depuis qu'il a lancé son agression contre l'Ukraine, pour le simple achat d'énergies fossiles. Ce sont 18 milliards qui financent sa guerre.

Notre réponse doit reposer sur une sortie accélérée des énergies fossiles. Or, dans notre pays, Monsieur, en France, un géant de l'énergie comme Total ne comprend toujours pas qu'on ne peut pas faire de profits au détriment du climat et des droits humains. Nous avons besoin d'une sortie rapide et définitive pour cesser de financer la guerre actuelle et pour éviter les conflits à venir du fait du dérèglement climatique.

Mais où sont les grands travaux pour la rénovation et l'efficacité énergétiques, ou pour les interconnexions et les énergies renouvelables? Où est l'interdiction des vols des jets privés ou des vols à vide? Où est l'aide si terriblement nécessaire à l'Algérie pour l'énergie solaire? Où est la requête qui doit être faite à l'industrie de remplacer les 64 % de gaz qu'elle consomme par des pompes à chaleur ou des solutions alternatives?

Non, les solutions que vous proposez aujourd'hui – la prolongation à long terme des contrats de gaz de schiste comme ceux d'Engie, la construction de multiples infrastructures gazières ou le stockage permanent du gaz – ne font que déplacer le problème, au détriment même de la paix que nous prétendons défendre.

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente do Conselho, Senhora Vice-Presidente, é fundamental ser solidário com os ucranianos, com a tragédia humanitária que nós vemos todos os dias diante dos nossos olhos. Mas para isso é fundamental acabar com o financiamento da guerra do Kremlin e de Putin. Isso significa ser capaz de fazer um embargo imediato à compra de petróleo e de gás, e eventualmente um embargo comercial total. Neste momento, Putin quer que o gás e o petróleo sejam pagos em rublos, o que só fortalecerá a sua economia.

Não podemos pactuar com o financiamento da guerra, não podemos fortalecer aqueles que fazem uma guerra de agressão e de invasão. E para nos protegermos é fundamental, naturalmente, tratarmos do fornecimento energético e do fornecimento alimentar, e no caso do fornecimento energético, que este Conselho tenha um plano especial para as interconexões em toda a Europa, da Península Ibérica à Grécia, do norte da Alemanha ao Adriático.

Gabriele Bischoff (S&D). – Frau Präsidentin! Millionen von Flüchtlingen sind inzwischen in Europa angekommen, Millionen traumatisierter Kinder, Millionen Frauen, die ihre Liebsten, ihre Väter, ihre Brüder zurücklassen mussten, um in Europa Schutz zu suchen. Die Mehrheit dieser Geflüchteten ist in Polen. Polen hat mehr aufgenommen als alle anderen EU Länder zusammen – danke dafür.

Aber auch in meiner Heimat, in Berlin, kommen jeden Tag tausende Menschen an. Mehr als 20 000 Menschen haben Schutz gefunden, und wir sehen, es kommen Gruppen an, die besondere Unterstützung brauchen, gerade solche, die krank sind oder pflegebedürftig. Deshalb ist es richtig – und ich möchte der Kommission dafür danken –, dass sie CARE so schnell auf den Weg gebracht hat.

Wir müssen all den Kommunen, all den Städten, die jetzt helfen, die so eine starke, tolle Zivilgesellschaft haben, ganz konkret das Signal geben: Wir lassen euch nicht im Regen stehen, wir unterstützen euch jetzt, wo wir kommen – Europa hilft hier.

Aber diese Hilfe wird mittelfristig nur funktionieren, wenn wir jetzt wirklich einen Verteilschlüssel für alle Flüchtlinge europaweit verabschieden. Deshalb mein Appell an den Rat: Das liegt bei Ihnen auf Eis, lösen Sie das! Ansonsten werden wir in einem halben Jahr nicht mehr sagen können: *Long live unity!*

Nicola Danti (Renew). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Ministro, signor Vicepresidente, credo che tutti noi conosciamo il senso di frustrazione e di smarrimento dei nostri cittadini dopo due anni di pandemia e l'arrivo di una guerra ai nostri confini. Ma mai come adesso l'Europa è percepita come una casa che protegge. Ecco perché i risultati del prossimo Consiglio devono sostanziare questo messaggio.

Dai capi di Stato e di governo ci aspettiamo segnali forti nei prossimi giorni di lavoro. Ci aspettiamo un segnale all'Ucraina, continuando a sostenerla nella sua resistenza e nei suoi cittadini che scappano, garantendo loro accoglienza. Ci aspettiamo un segnale alle nostre famiglie, alle nostre imprese, mettendo in campo gli acquisti comuni di gas e un tetto ai prezzi dell'energia. Ci aspettiamo un segnale ai settori europei penalizzati dalle sanzioni alla Russia, approvando un piano di sostegno, come è stato fatto a suo tempo per la Brexit.

Infine, ci aspettiamo un segnale al mondo ed in particolare a quei paesi che all'ONU hanno votato contro la risoluzione alla Russia. Non speri di essere partner commerciale domani, chi oggi sceglie di stare dalla parte sbagliata della storia.

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Madam President, 85 years ago, Nazis and fascists bombed Guernica. Today, Putin's totalitarian regime destroys Mariupol by bombing civilians there just as cruelly. Or should we compare the siege of Mariupol to the criminal siege of Leningrad in the Second World War? In 1937, democratic Europe did not do enough to help defend the Spanish Republic against Nazi and fascist terror. Are we doing enough today to help defend Ukrainian democracy? No, not yet.

I appeal to the Council: send Ukraine more arms and stop financing Putin's war machine now!

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, let me be very short. Maybe it's time to speak less and act more. So let me ask the Council first to drastically reduce or eliminate the cash flow to Russia for purchasing gas and oil. Second, to take measures that will minimise the negative impact across the EU of these steps. Last not least, in order to support millions of Ukrainian refugees, to use as much as possible of EU money to assist the countries that are welcoming these millions of people.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Madam President, I would say to dear Ukraine: you show us what is important in life. It is peace, it is democracy, it is the rule of law and it is friends. We don't need more authoritarian leaders or violent nationalism, but cooperation and unity.

You actually, Putin, made us love the European Union. You made us see the things that we should have done earlier, take the steps that we should have taken earlier. We are too dependent on fossil energy, and we are paying into your war machine. This needs to stop.

Also, the Council needs to take brave steps on the Strategic Compass and make Europe more resilient. Sanctions will hit Russia, no question about it. But it is not possible, if we are to continue your energy politics, that we will pay so much.

Putin, the blood on your hands will not be long hidden from the people of Russia!

Seán Kelly (PPE). – *A Uachtaráin*, the bombs continue to drop in Ukraine, and while Putin, hiding his evil from his own people, levels cities with complete and utter disregard for human life, we now see the most intensive refugee crisis since World War Two.

Putin, the tyrant, has been placated and facilitated by some even in this House, most of whom have desperately scrambled to rewrite their own record, but also a small minority who remain wilfully blinded by Russian propaganda.

The enormity of the amount of people fleeing terror will require a response from government and society unlike anything most in Europe have ever seen. We must meet this challenge.

The cost of living crisis across Europe must also be addressed. We need urgent, targeted measures to prevent more surges of energy prices. The Council must look at VAT and energy tax rates immediately, and the Commission should adopt extraordinary measures to allow subsidies to alleviate energy policy and wean ourselves off Russian fossil fuels as soon as possible.

Klára Dobrev (S&D). – Tisztelt Elnök Úr! Bármennyire is sokkolnak minket a háborús agresszorok, meglepnek minket a háborújakkal, a háború sosem előzmények nélküli, csak későn vesszük észre a jeleket. A háborús agresszorok először mindig a saját országukban kezdik. Ott kezdik az elnyomást. Eltűntetik a független médiát, ami marad azt a párt propagandacéljaira használják fel. Civileket ügynököknek bélyegeznek, megpróbálják megfélemlíteni az ellenzéki politikusokat, a független intézményeket, bíróságot, ügyészséget, alkotmánybíróságot, megpróbálják pártirányítás alá helyezni és zajlik az államilag szervezett lopás, az oligarchák gazdagítása. Igen, Putyinról beszélek, de innen üzenem az összes illiberális, kis Putyinak Európában, hogy soha többé nem leszünk vakok. Hogy ez a Ház, az Európai Parlament, soha többé nem fogja hagyni, hogy a jogállamiságot és a demokráciát lábbal tiporják. Mert ha valamire megtanított minket Putyin háborúja, hogy a jogállam és a demokrácia az egyetlen, ami megvédi az európai emberek békéjét.

Andrius Kubilius (PPE). – Madam President, it's our war too. This war is fought not only in Ukraine; the fight is also going on in EU capitals.

The only real way to end the war now is to introduce the maximum sanctions on Russia now – an embargo on oil and gas, an embargo on ports, and SWIFT sanctions on all Russian banks, and doing so in such a way as to push Putin to capitulate and withdraw.

Unfortunately, there are capitals in the EU who are opposing the introduction of those maximum sanctions, including an embargo on energy imports, without clear arguments and clear numbers. European people have a very clear opinion. They demand that we show maximum support to Ukraine, alongside maximum sanctions.

Yesterday here in the Parliament, we created a global network of parliamentarians: United for Ukraine. That is the title of this network. As a beginning, there are 160 parliamentarians from 28 countries, but there will be much more. The network will do its utmost to convince national leaders, Members of the European Council, to listen to their voters and to stop financing Putin's war.

Either we're on the side of Ukraine and European citizens, or we continue to finance Putin's war. It is a simple black-and-white choice, which we need to make now.

Ivan Štefanec (PPE). – Vážená pani predsedajúca, už štyri týždne prebieha zločinecká ruská vojnová invázia na Ukrajinu a už štyri týždne statočne Ukrajinci bránia nielen svoju vlasť, ale aj slobodu, demokraciu a Európu. Som si absolútne istý, že musíme zastaviť všetky, naozaj všetky obchodné vzťahy s agresorom, ktorí priamo či nepriamo financujú ruskú vojnu. Takéto rozhodnutie je nielen logické a ekonomické, ale aj morálne. Ekonomické sankcie voči agresorovi nielen sťažujú jeho fungovanie, ale zároveň aj zvyšujú našu bezpečnosť. Spoločný európsky prístup v energetike, spolupráca pri energetických zásobníkoch a spoločný nákup energií – to sú záruky, že tak ako v pandémie, aj v tejto šialenej ruskej vojne dokážeme situáciu spoločne zvládnuť.

Naša podpora statočným Ukrajincom prebieha na všetkých úrovniach. Dnes je pán prezident Zelenskyj lídrom ochrany života a slobody myslenia nielen vo svojej vlasti, ale aj na celom svete. Som si istý, že si zaslúži našu podporu, aj naše najvyššie ocenenie, ktorým je Sacharovova cena za slobodu myslenia. Ďakujem za vašu podporu.

Procedura «catch the eye»

Karlo Ressler (PPE). – Poštovana predsedavajúca, agresija na Ukrajinu označila je početak nove epohe za cijeli naš kontinent, epohe velikih geopolitičkih promjena, ali isto tako epohe neizvjesnosti.

Takav primjer neizvjesnosti imali smo primjer vidjeti, nažalost, i prije dva tjedna u Zagrebu, mome gradu, kada je vojna bespilotna letjelica sovjetske proizvodnje, preko četrnaest metara velika, preko šest tona teška, pala u Zagrebu, u naseljenom području, neposrednoj blizini studentskog doma i sama je sreća da nije bilo poginulih. Ali, neovisno o tome, ovaj opasan, neobičan incident poprilično dobro pokazuje koliko smo blizu rata, nažalost i bliže nego što nekad mislimo.

I zato je vrijeme da se probudimo iz nekakve uljuljkanosti. Vrijeme je za jedinstvo. Vrijeme je za lojalnost u ovim najosjetljivijim trenucima za cijelu Europsku uniju, za cijeli NATO, ali isto tako i za cijelu europsku civilizaciju jer ovo je jedna ozbiljna opomena da slobodu i mir niti na europskom kontinentu više ne možemo uzimati zdravo za gotovo i da ćemo se za slobodu i mir morati moći i ovdje u Europi, ali i u Hrvatskoj, izboriti.

Margarida Marques (S&D). – Senhora Presidente, o que se espera deste Conselho Europeu é uma resposta europeia que permita apoiar a Ucrânia e os ucranianos e ucranianas, os que ficam no país e os que chegam à União Europeia. Que penalize o invasor, sem cortar com o povo russo que, tal como nós, se opõe a esta invasão. Que assuma novas prioridades, como a defesa e a segurança energética. Mas estas prioridades devem ser somadas às prioridades e à ambição política da União Europeia, assumidas no quadro do mecanismo de recuperação e resiliência, como a transição climática e o digital. Somar e não substituir. Que proteja os cidadãos europeus em matéria de segurança, mas também do impacto das sanções nas economias europeias. Não podem ser os mais vulneráveis a pagar os aumentos dos preços da energia ou dos produtos alimentares. Que abra caminho para uma autonomia estratégica da União Europeia em todas as suas dimensões, incluindo a energia.

Espera-se uma resposta europeia robusta, como europeia e robusta foi a resposta à crise pandémica.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiama Pirmininke, kolegos, jau mėnuo laiko, kai vyksta šis karas, šis siaubas. Ar pakankamai mes padarėme, kad įsivyrautų taika? Manau, kad ne. Turime ne tik klausyti, bet ir girdėti Ukrainą, ko jai reikia ir kiek mes galime jai padėti. Manau, kad laikas jau apsispręsti dėl kandidatės statuso. Taip pat manau, kad privalome didinti sankcijas Rusijai. Jau visiems aišku, kad turime atsakyti Rusijos iškastinio kuro ir nefinansuoti karo mašinų. Komisijos pateikti duomenys rodo, kad Europa iki žiemos yra pilnai apsirūpinusi tiek dujomis, tiek iškastiniu kuru. Taip pat laikime manipuliuoti. Ir jeigu nutraukėme Rusijai galimybę naudotis SWIFT, tai nutraukime visiems bankams, ne tik kai kuriems.

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca! Zwracam się do pana komisarza i do przedstawiciela prezydencji francuskiej z pytaniem, czy prezydencja francuska weźmie pod uwagę to, co robi Polska dla uchodźców? Przyjęliśmy 2 miliony uchodźców, nie otrzymaliśmy pieniędzy z Krajowego Planu Odbudowy. Czy według Pana to jest sprawiedliwe? Czy wy nam pomożecie? Bo te pieniądze Polsce po prostu się należą. Liczę na to, że będziecie po stronie prawdy i sprawiedliwości.

Dziwię się ogromnie, że dzisiaj na tej debacie nie pada w ogóle podziękowanie w stronę Polski, Polaków, polskiego rządu, polskich samorządów, podkarpackich samorządowców, którzy pomagają uchodźcom z Ukrainy, przyjmując ich pod swój dach. I wiem dlaczego to pomijacie, bo jest was wstyd, że głosowaliście poprzednio wiele razy na tej sali przeciwko Polsce. Chcieliście wprowadzić sankcje przeciwko Polsce za jakiś rzekomy brak praworządności. Tego się wstydzicie i nie wymieniacie Polski. A Polska dzisiaj jest pierwszym krajem, który niesie bezinteresownie pomoc.

Bardzo proszę przedstawiciela prezydencji francuskiej o odpowiedź i o pomoc dla Polski, Polaków, którzy służą Ukraincom, którzy uciekli przed bombami Putina z Ukrainy, ze swojej ojczyzny i ze swoich domów.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, o que a discussão no Conselho permite antecipar é a intenção de acelerar o processo de considerável aprofundamento do militarismo da União Europeia: uma bússola estratégica orientada à guerra, ao intervencionismo, à ingerência, à confrontação, que garante uma maior e substancial mobilização de recursos financeiros para a indústria das armas, a criação de capacidade operacional e um alinhamento com a NATO, assumindo-se a UE como seu pilar europeu.

A quem serve e quem pagará este caminho? Este caminho não serve a paz, não serve os interesses dos povos e a resposta às necessidades e problemas com que se confrontam.

Ao mesmo tempo que se propõe a isenção do IVA para o armamento, milhões de pessoas confrontam-se com incompressíveis aumentos especulativos dos preços da energia e combustíveis, a par do generalizado aumento do custo de vida.

Para lá de medidas que só agora – em situação extrema – se admitem de regulação do mercado, o que urge é fazer o caminho de reversão da liberalização do setor e recuperar o controlo público do setor energético, estratégico para o desenvolvimento soberano de qualquer país.

(Fine della procedura «catch the eye»)

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Madam President, Minister, honourable Members, first and foremost I would like to thank all the Members intervening in this very important debate, because they truly underscored the historic times we are living and the need for courageous European decisions to support brave Ukrainian people in their fight for freedom and in their fight for our European values. And in this respect, this week's discussion of our leaders at the European Council will be truly a strategic one. The leaders will consider all issues related to the Russian war against Ukraine, and I think that we should be proud of our response so far. It has been resolute, robust and rapid, and I think that it was also a result of the first-class cooperation and coordination within the EU, among all our institutions, but also beyond.

If you allow me to reiterate, in unwavering terms, the European Union stands by Ukraine and its people. And I think it was very clear from today's debate in this House that we all share a determination to remain united, that we will continue to work on further coordinated political, financial, material and humanitarian support to Ukraine; that we are standing ready to move quickly with further coordinated sanctions and close the loopholes, as some of the honourable Members have been highlighting how important it is, and add all of those to the sanctions which we already adopted and which we see that are having a crippling effect on the economy of Russia.

A lot of the honourable Members brought very emotional, and rightly so, stories of refugees fleeing the Ukrainian war. And I have to say that we approach it with the same emotion in the European Commission. Therefore, you saw that today we've been adopting new rules to make sure that these 3.4 million people, so far, who are overwhelmingly women and children, would have proper shelter and proper protection. That we would make it easier for them by our welcoming reception, but also making sure that their kids go back to school as quickly as possible. That everyone who needs it will get proper healthcare anywhere in the European Union and therefore we guaranteed 10 000 beds – and I really would like to thank all the Member States for being so solid there in showing the possibility to treat patients in all the hospitals across the European Union. That the housing will be provided for those who need it and that we will protect the children more than anyone else.

Many of the honourable Members have been referring to the very important issues of energy – our dependence on fossil fuels coming from Russia and the need to reshape our system as quickly as possible. I am glad that here we are not starting from scratch and I was working with many of you on the Energy Union in the previous mandate. And I have to say that your work, your support, was so crucial for us having now the world interconnected, an energy security network, and it helps us a lot in these very difficult geopolitical circumstances.

But we are working further on increasing diversity of the supplies, having more LNG in our system and we are working with all partners. And just last week I visited the United States, where I felt a strong desire to help us, to supply us with LNG in quantities that Europe would need.

But I agree with all of you that we need much more coordinated EU policy on gas: on buying, on storing, on responding to any supply disruption. And to this end, we stand ready to create a task force on common gas purchases at European level to make the best possible deals with this and put our purchasing power of the European Union being the number one, top-class client in the world. I believe that the leaders tomorrow will give a green light to this solution, and the task force will be up and ready to make sure that we will secure those deals for European businesses and for European consumers.

I also recognise the need to tackle high energy prices, which are hitting our households and businesses and therefore we adopted a series of options for the leaders to debate tomorrow. What can we do with reduced VAT? How can we use the vouchers for the most vulnerable consumers? And do we want to go in the direction of the possibility to cap electricity and gas prices, as well as using the new temporary crisis framework for state aid? All these are on the table, and we believe that after leaders' deliberations tomorrow, we will be able to proceed very quickly with concrete proposals.

To answer the honourable Member, I totally agree with him that the cleanest energy is the energy which is saved. Therefore, we see this as an opportunity to accelerate green-energy build-up, to reduce energy consumption and increase energy efficiency. I am very glad that now we have legally binding targets when it comes to energy efficiency and by 2030 we would increase it by 36-39% and reduce our energy consumption by 9%.

To conclude, let me once again say that we are absolutely united more than ever to support the Ukrainian people, and I'm sure after what we have seen over the last four weeks, what I've witnessed in the debate today, that the brave people of Ukraine will prevail and Ukraine will come victorious out of this atrocious war.

Slava Ukraini!

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-Président, Mesdames et Messieurs les Députés, cela fait un mois qu'a été déclenchée une guerre abjecte, dont la seule responsable et la seule coupable est la Russie de Vladimir Poutine. Cela a été rappelé dans un esprit, je crois, d'unité et de responsabilité.

Nous avons trois messages européens et trois lignes de conduite depuis le déclenchement de cette guerre. D'abord, nous nous devons la fermeté à l'égard de la Russie pour exercer une pression maximale, qui a déjà un effet majeur sur la Russie, économique notamment. Nous continuerons ainsi – cela a été dit par le président du Conseil européen, cela a été encouragé par la Commission européenne et relevé par beaucoup d'entre vous: nous devons faire davantage, notamment en matière de sanctions. Cela est discuté, vous le savez, régulièrement au sein du Conseil. Nous devons continuer cet effort, beaucoup l'ont souligné, y compris sur la question de l'énergie, à l'évidence.

Un message, évidemment, de solidarité à l'égard de l'Ukraine et de son peuple, qui mènent ce combat avec un courage extraordinaire au nom de nos valeurs et au nom de l'esprit européen, pour la liberté de leur territoire et la souveraineté de leur pays. Cette solidarité passe par une aide humanitaire européenne, par une aide militaire exceptionnelle, les efforts d'ordre militaire ayant été soulignés. Il est vrai que, comme l'a rappelé le député Danjean, c'est la volonté politique qui doit être renforcée, et je crois que la facilité européenne de paix a démontré qu'elle n'était pas simplement un outil budgétaire, mais aussi un outil concret, qui permet aujourd'hui, avec le doublement annoncé en début de semaine, de livrer concrètement des armes pour la défense de l'Ukraine. Cette solidarité, elle doit s'exercer également entre pays européens, notamment pour l'accueil des réfugiés qui ont déjà fui par millions l'Ukraine. Je salue en effet l'effort d'accueil et de solidarité particulier des pays qui sont en première ligne: la Pologne, la Roumanie, la Hongrie, la Slovaquie et, en dehors de l'Union européenne, la Moldavie. Avec tous ces pays, nous devons renforcer aussi l'effort de soutien, activer, comme nous l'avons fait, la protection temporaire, qui permet d'ores et déjà de partager une part de cet effort, et, nous l'avons dit, en tant que présidence comme en tant que pays, nous sommes prêts à renforcer encore cet effort de solidarité européenne dans les prochaines semaines.

Le troisième message, c'est précisément celui de cette unité de l'Union européenne, que nous devons développer et approfondir. Cela veut dire améliorer nos capacités de défense et nos capacités de souveraineté – nous l'avons souvent dit et porté – dans les domaines énergétique et agroalimentaire.

Cette semaine a été adoptée la boussole stratégique, laquelle sera confirmée, au niveau des chefs d'État ou de gouvernement, demain et après-demain. Ce n'est pas simplement un document; c'est une feuille de route d'action avec des mesures concrètes. Il faudra là aussi la volonté politique pour la traduire en réalité le plus vite possible. C'est aussi cette unité, ce renforcement de la souveraineté européenne, la réduction de notre dépendance dans les domaines que j'ai évoqués. Oui, nous devons le faire plus rapidement, cela a été plusieurs fois rappelé, dans le domaine énergétique, et pas seulement pour les quelques semaines qui viennent. Nous devons réduire de manière rapide et durable notre dépendance aux énergies fossiles – de Russie, notamment. L'énergie sera très importante dans les discussions du sommet européen qui a été évoqué, et qui se tiendra donc demain et après-demain.

Je salue les propositions nouvelles que la Commission européenne a formulées aujourd'hui pour nourrir cette discussion. J'ai évoqué la réduction des dépendances à long terme. Cela veut dire aussi, pour le court terme, d'avoir des mesures – qui seront discutées, qui sont parfois difficiles, nous le savons – d'achat et de stockage communs, ou des mesures de maîtrise des prix, pour que notre dépendance soit précisément mieux maîtrisée.

Tout cet effort européen se fait en coordination avec nos partenaires internationaux. Nous entendrons le Premier ministre du Canada dans un instant, et vous savez que demain, avant le sommet européen, une réunion de l'OTAN et une réunion du G7 se tiendront également, pour que tout notre effort se fasse avec le message de fermeté et d'unité le plus grand de la communauté internationale et des Occidentaux contre la Russie.

Nous devons faire plus, nous devons le faire ensemble et nous devons avoir en tête à chaque fois, malgré les dépendances qui existent et que nous devons limiter le plus rapidement possible, que c'est nous qui sommes la puissance forte, c'est nous qui imposerons nos valeurs, c'est nous qui défendrons nos intérêts, et nous le ferons en soutien à l'Ukraine et à ses côtés.

Presidente. – Grazie, grazie davvero, sottosegretario Beaune. Grazie anche a tutte le colleghe e a tutti i colleghi che hanno contribuito alla discussione.

La discussione congiunta è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 171)

Kinga Gál (NI), írásban. – Magyarország segít, Ukrajna számíthat ránk. Eddig közel fél millió menekült érkezett Magyarországra, főként nők és gyermekek. Mindenkin segítünk: azokon, akik a háború elől menekülnek, és azokon is, akik Ukrajnában maradtak. Egyre több a belső menekült, akik az ország nyugati felében, így Kárpátalján keresnek biztonságot. Magyarország nem szállít fegyvereket a háborúba, de minden humanitárius segítséget megad a bajbajutottaknak. Most épp egészségügyi ellátáshoz szükséges eszközöket és hogy legyen elég tiszta víz a térségben, nagymértékű segítséget küldünk Ukrajnába. Elítéljük az orosz agressziót, kiállunk Ukrajna szuverenitása mellett, erőfeszítéseink középontjában a béke megteremtése áll. Minden erőnkkel azon kell legyünk, hogy elkerüljük a háború eskalálódását, a konfliktus ne terjedjen Ukrajna határain túlra. Határozott álláspontot képviselünk abban, hogy Magyarországnak ki kell maradnia ebből a háborúból. Magyarország nem támogatja az EU-s szankciók energiaszektorra történő kibővítését. Az olyan javaslat, amely az Oroszországból érkező energia szankcionálását célozza, egyrészt ellehetetlenítené az európai egységes fellépés fenntartását, másrészt Magyarország és néhány más uniós ország esetében aránytalanul, szinte elviselhetetlenül nagy terhet jelentene. Az energiaellátás biztonsága elsődleges szempont, számunkra a magyar emberek biztonsága az első. Teljes mértékben elítélem azt a veszélyes dezinformációs kampányt és az ellenünk gerjesztett álhírt, amit sajnos néhány képviselő kollégám is terjeszt felelőtlenül, mert ezáltal veszélyeztetik a határ túloldalán élő emberek biztonságát.

Marcos Ros Sempere (S&D), por escrito. – Los socialistas españoles subrayamos la fortaleza de la unidad europea y reclamamos que todos los esfuerzos se concentren no solo en mantener la presión sobre Putin, sino también en fortalecer la autonomía estratégica de la Unión Europea en energía y en defensa.

Abogamos a medio y largo plazo por diversificar el abastecimiento energético, incrementar las interconexiones, crear reservas estratégicas, poner en marcha compras conjuntas de gas y acelerar el ritmo de instalación de renovables.

Y a corto plazo, reclamamos tomar decisiones urgentes para aliviar las consecuencias económicas de esta guerra que ya se están sintiendo en el bolsillo de los ciudadanos europeos, principalmente en la cesta de la compra y en la factura energética. Por eso defendemos el diseño de un mecanismo de rebaja a las familias y a las empresas más vulnerables que, a la vez, aumente los impuestos a las empresas eléctricas por los beneficios caídos del cielo, para así equilibrar los costes sociales de la crisis.

También es el momento de que Europa se responsabilice de su propia seguridad aumentando sus capacidades de defensa y seguridad de forma eficiente e innovadora.

Por último, los socialistas españoles reclamamos, una vez más, un Nuevo Pacto de Migración y Asilo.

Christine Schneider (PPE), *schriftlich*. – Wir sind nach wie vor fassungslos über die Gewalt, mit der wir jeden Tag konfrontiert werden: Bei den russischen Angriffen auf die Zivilbevölkerung und auf zivile Objekte, darunter Krankenhäuser, medizinische Einrichtungen, Schulen und Schutzunterkünfte, gibt es unzählige Todesopfer und Verletzte in der Zivilbevölkerung. Ich unterstützte die Forderung, dass sich alle Länder den verhängten Sanktionen anschließen, und dass alle Versuche, die Sanktionen zu umgehen oder Russland auf andere Weise Hilfestellung zu leisten, unterbleiben müssen. Die Aufnahme der Flüchtlinge, die vor dem Krieg in der Ukraine fliehen, fordert unsere Solidarität. Daher begrüße ich die rasche Mobilisierung von EU-Finanzmitteln für Flüchtlinge und diejenigen, die Flüchtlinge aufnehmen.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Ukrainan sota on yhdistänyt Euroopan unionin ja koko länsiliittoutuman ennennäkemättömällä tavalla. Osoituksena tästä myös Yhdysvaltain Presidentti Biden osallistuu huomiseen EU-huippukokoukseen. Länsiliittoutuman on yhdessä tehtävä kaikkensa, jotta Putinin armottomat sotarikokset Ukrainassa saadaan loppumaan. Turvallisuuspoliittista yhteistyötä on jatkettava niin NATO:n piirissä kuin laajemminkin. Tarvike- ja aseapua Ukrainaan on edelleen lisättävä.

Nyt jäsenmailta tarvitaan päätös viidennen pakotekierroksen asettamisesta Venäjää vastaan. Ruuvia on kiristettävä. Sekä Venäjään että Valko-Venäjään kohdentuvia sanktioita on tehostettava ja laajennettava Venäjän taloutta kannattelevalle energiasektorille. Samoin loputkin pankit on irrotettava SWIFTistä. On sietämätöntä, että me edelleen rahoitamme Putinin sotaa tuomalla Venäjältä fossiilista energiaa sadoilla miljoonilla joka päivä. Jäsenmaiden on lopetettava venäläisen kaasun, öljyn ja kivihiilen tuonti.

Komission RePowerEU-tiedonanto ja esitykset kaasun toimitusvarmuusvarastoinnista ja muista valmiustoimista ovat tervetulleita. Ne on toteutettava nopeasti. Energian korkeisiin hintoihin on vastattava ensisijaisesti kansallisen tason toimilla. Päästökauppajärjestelmään tai sähkömarkkinoille häiriöitä aiheuttaviin toimiin ei pidä ryhtyä. Pidemmällä tähtäimellä tärkeintä on vauhdittaa siirtymää omiin vähäpäästöisiin energiaratkaisuihin, mukaan lukien ydinvoima.

Venäjän hyökkäyssota Ukrainassa on osoittanut, että Euroopan unionin puolustus- ja turvallisuuspoliittista yhteistyötä on tiivistettävä. Strateginen kompassi antaa tähän hyvät suuntaviivat. Niitä on lähdettävä nyt toteuttamaan ja vahvistettava EU:n roolia Naton eurooppalaisena pilarina.

Presidente. – La seduta è sospesa per pochissimi minuti e riprenderà con l'allocuzione del Primo ministro del Canada Justin Trudeau.

(La seduta è sospesa alle 17.36)

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA*President***17. Wiederaufnahme der Sitzung***(The sitting resumed at 17.40)***18. Ansprache des kanadischen Premierministers Justin Trudeau**

President. – Let me welcome the Canadian Prime Minister, Justin Trudeau. Thank you for joining us here today.

Le Canada est un allié, un ami et un partenaire précieux. Nous sommes des garants solides des valeurs de démocratie, d'État de droit et de paix – des valeurs que nous partageons.

The enduring relationship between the European Union and Canada has withstood the test of time and only grows stronger. Geography may divide us, but there is no ocean that can part our shared values, shared outlook and shared way of life.

Through our Strategic Partnership, and the Comprehensive Economic and Trade Agreement, our privileged relationship has reached new heights, but today we are facing a threat to all of us.

We did not provoke Putin's illegal invasion of Ukraine, we did not invite this confrontation between peace and war, but we share a commitment to solidarity with Ukraine and the millions of people forced to flee Putin's bombs.

There is so much at stake. No one knows this better than Canada, that is home to one of the largest Ukrainian communities in the world.

The core values we all share are under attack. The democratic world order and the peace we have known are under threat. Scenes we thought were confined to the dark chapters of our history books have returned.

The fight of the Ukrainian people is a fight for freedom, democracy and our way of life. We cannot leave them alone and we will not leave them alone.

With millions forced to flee, the world is again staring at an ever-worsening humanitarian crisis that we must be ready – and we must be willing – to face. Canada is a world leader in welcoming and resettling people in search of a life away from horror and we must rely on your expertise and your solidarity now again. It is really time to come together, now like never before.

'Whatever it takes' means continuing to match massive sanctions with aid, military equipment and financial support. But it must also mean real humanitarian corridors, urgent relocation, air bridges and a redoubling of efforts to seek a ceasefire. That is the response that all our citizens – whether in Canada or Europe – expect. That is the response worthy of our place in history.

This is our generation's moment to prove we can live up to the promise of the world we inherited. We can give Ukrainian children, women and men a chance at a future without fear, but we can only do this if the world acts together.

Dear Prime Minister Trudeau, thank you for being here with us, for reaffirming your great country's commitment to democracy, to equality, to multilateralism and to Canada's proud record of defending our shared humanity.

Mr Prime Minister, the floor is yours.

Justin Trudeau, *Prime Minister of Canada*. – Madam President, I would like to thank you, David McAllister, Chair of the Committee on Foreign Affairs, and Stéphanie Yon-Courtin, Chair of the Delegation for relations with Canada. Distinguished Parliamentarians, ladies and gentlemen, it is a privilege to be here in Brussels with you all.

Avant de commencer, j'aimerais d'abord exprimer mes condoléances à la suite du décès en début d'année du président Sassoli. C'est une grande perte pour votre Parlement et pour l'Europe. J'aimerais également prendre un moment pour adresser mes condoléances aux proches des victimes de la tragédie de La Louvière ainsi qu'à tous ceux dont la vie a été bouleversée par ces événements. Nos pensées et notre amitié sont avec la Belgique dans ces moments difficiles.

I first addressed the European Parliament in Strasbourg in 2017. It was the first time a Canadian Prime Minister addressed your Parliament. Back then, this Parliament saw me as someone new on the world stage. We got to work tackling progressive issues, building the things that we thought mattered. We could see that something was lurking off on the horizon, something shadowy, something that was threatening. We didn't look close enough.

When I spoke to this Parliament five years ago, I spoke about making multilateralism work for the middle class and those working hard to join it, so that economic frustrations don't become fertile ground for populism, nativism, protectionism and the polarisation towards more extreme political views. Well, today we are staring these forces in the face as they threaten the peace, justice, truth, democracy and stability of our world. We have a choice about what we do next.

Since 2017, the world has changed a lot. A global pandemic has taken the lives of over six million people and disrupted the lives of everyone else. A global recession saw millions lose their jobs, with many economies still struggling to bounce back. It is a world that is no longer forecasting, but living, the dangers of climate change.

There is a growing distrust of governments and facts, and a weakening of democratic institutions. We saw one of our staunchest guarantors of the rules-based order choosing for four years to step away from NATO and away from multilateralism, and now we see Putin's criminal invasion of a sovereign, independent and democratic Ukraine.

People have a real and deep sense of uncertainty about what the future holds. These are anxious times, and people are looking for leadership and solutions. Unfortunately, we're seeing a rise in cynical populists who are trying to exploit these anxieties. They pretend to have easy solutions that play on people's fears.

Even in Canada, where 90% of people are vaccinated and our motto as a country is 'peace, order and good government', we saw anti-vaccine and anti-government protests devolve into illegal occupations of our communities and blockades of our borders. The leaders of those convoys were effective in turning citizens with real anxieties against the system best-suited to allay those concerns. But democracy isn't a game, and there just aren't easy solutions to the big, complex problems we are all facing. But that doesn't mean that the way forward isn't clear. There is no greater clarity than the will of the people who want better for themselves and their children at home, and no stronger defence against destructive forces from the outside, from outside our democracies, than the unwavering unity of like-minded partners.

Au cours des quatre-vingts dernières années, nous avons collectivement établi et renforcé une série de règles et d'institutions afin d'accroître la stabilité et la prévisibilité dans les affaires internationales. Nous l'avons fait pour protéger les gens, pour leur offrir les meilleures perspectives de paix, pour défendre leur dignité et leurs droits inaliénables et pour faire en sorte qu'ils soient libres de choisir leur propre avenir.

Aujourd'hui, ces règles et institutions sont ouvertement menacées. Vladimir Poutine a enfreint les préceptes les plus fondamentaux du droit international, et il tue maintenant les civils innocents en bombardant des hôpitaux et des immeubles résidentiels. Ce mépris flagrant des lois et de la vie humaine constitue une menace immense pour l'Europe et pour le monde entier.

Canada, the EU and all of our partners and allies are facing a defining moment. We cannot fail. We must meet this moment. I speak to you today no longer as someone quite so new. In fact, I may now be one of the longer-serving progressive leaders around. I'm certainly not going to pretend to have all the answers, but what I do know is that there is work that lies before us as thoughtful leaders, as people focused on the short— and long-term well-being of all our citizens, and as people committed to democracy and the values that underpin them. That work is more important than ever.

Putin thought democracy was weak. He saw our disagreements and debates as weakness, but what he has never understood is that the rigours of debate, that forceful civic engagement, is what makes us strong, and that democracy at its best will always be stronger than authoritarianism. If we're going to be honest, and we need to be honest in this place, we haven't always been at our best these past years. Putin thought we were divided. He thought he could weaken the EU and NATO. He miscalculated, and he is seeing it backfire.

NATO and the EU are now more resolved and united than ever, because all of us in this room who are committed to democracy know in our bones that democracy didn't happen by accident, and it will not continue without deliberate, mindful effort.

Mes amis, je veux être bien clair. Les Européens, y compris nos alliés en Europe de l'Est, peuvent compter sur l'amitié et le soutien total du Canada. Le Canada dirige le groupement tactique de la présence avancée rehaussée de l'OTAN en Lettonie, mission qui regroupe dix pays de l'OTAN. Depuis cinq ans, des centaines de militaires canadiens sont déployés à des milliers de kilomètres de chez eux pour se positionner à 200 kilomètres de la frontière russe. Ils sont déployés en Lettonie, parce que ce qui est important pour la sécurité de l'Europe l'est aussi pour la sécurité du Canada. Récemment, nous avons annoncé que nous doublions notre déploiement dans le cadre de l'OTAN pour les années à venir. Ces militaires ne défendent pas seulement la Lettonie et l'Europe de l'Est; ils défendent notre liberté, notre sécurité et toutes nos démocraties.

We cannot let Ukraine down. They are counting on us, so let's use all the tools we have at our disposal. President Zelenskyy and I have been talking often about the strong ties between our countries. Canada, as mentioned, is home to the second largest Ukrainian community in the world after Russia, so we must all collectively step up to provide humanitarian aid, to support families affected by this war, and already start thinking about investing to rebuild Ukraine afterwards.

We must all continue to send military equipment and lethal aid to help Ukrainians in their heroic defence, not just of their lands, but of all of the principles that defend ours. We must continue to impose unprecedented sanctions on Putin and his enablers in Russia and Belarus, increasing the pressure as much as we can. We must ensure that the decision to invade a sovereign, independent country is understood to be a strategic failure that carries with it ruinous costs for Putin and Russia.

Putin's attack on Ukraine is an attack on the values that form the pillars of all democracies. We have a responsibility to make the case to people about why these values matter so much, not just to Ukrainians, but to us all. We must recommit ourselves to the work of strengthening our democracies and demonstrate the principled leadership citizens everywhere are looking for. That leadership means reinforcing the things our citizens have in common, rather than playing to their differences. The task before us is not small, but given the right tools, we can do it. We should all be reassured of how much of this work is already underway in this place and in parliaments like it across Europe and around the world.

Au Canada, notre gouvernement élabore actuellement une nouvelle mesure législative pour lutter contre les méfaits en ligne. Cette année, le Canada assume la présidence de la Coalition pour la liberté en ligne, et nous comptons mettre l'accent sur la protection des droits de la personne, l'inclusion et la diversité dans l'espace numérique.

Ici, à l'Union européenne, votre devise est 'Unie dans la diversité'. Au Canada, la diversité est aussi au cœur de notre identité. Bien sûr, nous savons qu'il y a toujours plus de travail à faire, mais sur le plan de la réconciliation avec les peuples autochtones, de la lutte contre le racisme systémique, de l'égalité des sexes et de la défense des communautés LGBTQ2, nous faisons énormément de progrès. Que ce soit en assurant la mise en œuvre de la Déclaration des Nations unies sur les droits des peuples autochtones ou en investissant pour soutenir les entrepreneurs des communautés noires, nous donnons des outils pour la croissance économique à ceux qui, trop souvent, ont été laissés pour compte.

Governments can and should play a positive role in people's lives. In Canada, like in many European countries, we made massive investments to respond to the COVID-19 pandemic. It was the right thing to do to protect our people, and it was the necessary thing to do to ensure a strong and robust economic recovery.

We know that when we invest in people, including in the most vulnerable, and when we grow the middle class and make life more affordable for everyone, not only do individuals benefit, but our entire country and the foundations of our democracy also benefit.

Que ce soit les conséquences immédiates de l'insécurité alimentaire, de l'inflation et des prix élevés de l'essence, ou que ce soit les conséquences à long terme du changement climatique ou de la pandémie, les démocraties doivent faire de leur mieux pour engager les conversations difficiles et nécessaires avec leurs citoyens afin de trouver des solutions.

En matière de lutte contre le changement climatique, la collaboration entre le Canada et l'Union européenne continue d'être essentielle. Notre travail se poursuit pour accélérer la transition vers une énergie verte et renouvelable, pour respecter nos engagements de la COP 26 et pour sécuriser nos chaînes d'approvisionnement, y compris pour les minéraux critiques. Il faut continuer d'agir ensemble pour bâtir un avenir plus propre et une économie plus résiliente.

Canada and European countries also share the goals of reducing poverty and inequality while growing the middle class. We share aspirations for a better, safer and cleaner future. Progressive trade agreements, like CETA, are helping our economies grow and creating good jobs while protecting high standards for workers, consumers and the environment.

Our ability to pull together, despite differences, and deliver for people really matters, and I thank you all for that. With the longest coastline in the world, Canada's shores reach out into the Atlantic, Pacific and Arctic oceans. Our connections with the whole of the Americas is strong. We're one of the most globally connected partners at the UN, with memberships in NATO, the G7, the G20, the Arctic Council, APEC, the OAS, the Commonwealth and *La Francophonie*.

We all have a lot of work to do, and collaboration will be key to success towards building a better future for our kids and our grandkids. It will require constant efforts, but I'm confident that we are up to the task. I'm confident in all of us here today. I'm confident in the resilience of our institutions, and mostly I'm confident in our citizens. I can say that that because of what I have witnessed over the past four weeks. The resolve of our united response to this unacceptable invasion has been stronger than anything Putin expected – and not just from governments, but from citizens in all our countries. It's that spirit and resolve that we must take forward with us.

The European Union has mobilised to defend democracy, and, as always, you can count on the friendship and full support of Canada every step of the way.

Ensemble, nous devons soutenir les démocraties partout à travers le monde, y compris les plus fragiles, et lutter contre l'autoritarisme grâce à plus d'investissements et en nous engageant pour montrer l'exemple. Nous devons appuyer les gens courageux comme le président Zelensky et les Ukrainiens qui luttent pour leurs droits. Chacun de nous doit poursuivre son travail afin d'améliorer la démocratie dans son propre pays.

Five years ago, we saw the storm clouds on the horizon. But today, we are clear-eyed.

Continuons à combattre les mensonges par la vérité, la peur par les faits et la division par l'unité.

As long as we don't take our democracy for granted, as long as we keep working every day to make it better, as long as our partnerships are strong, we can be confident in the future. In the words of Volodymyr Zelenskyy, light will win over darkness.

(The House rose and accorded the speaker a standing ovation)

President. – Thank you so much, Prime Minister Trudeau, for those powerful words and messages.

We will now hear from representatives of all political groups in this House, starting with the PPE Group.

Siegfried Mureşan, on behalf of the PPE Group. – Madam President, I should like to welcome Prime Minister Trudeau. Welcome to Europe. Thank you for addressing the people of Europe today and thank you very much for choosing the European Parliament to address the people of Europe today.

Canadian soldiers have fought for democracy and freedom in Europe throughout the First World War and throughout the Second World War. We have seen, we have known, we have felt, that we can rely on the people of Canada and on Canada when it comes to defending freedom and democracy in Europe. And today, Prime Minister, you came again to Europe to defend a European country, and for this, we all in Europe and all of us in the free world say thank you.

The partnership between Canada and the European Union is a long one, is a strong one. It is based on democracy. It is based on the rule of law. It is based on equality. It is based on the freedom of speech. And now is the time for all free nations to stand up in the name of these values, to be united and defend Ukraine. Because defending Ukraine means defending Europe and it means defending the free world.

The rules that our western societies are built on are good for the people, and now is the time to reject the habits and the lack of rules on which the regime of Vladimir Putin is based on. Now is the time for all of us to say no to threat, to exclusion, to hate, to fear, to intimidation because we have all seen that after the people of central and eastern Europe have defeated Communism 30 years ago, choosing transatlantic values, choosing the European Union, choosing NATO membership, brought safety, stability and prosperity to central and eastern European countries. And if this is what the people of Ukraine choose for their country, it is our duty as European Union and as Canada to stand by the side of the people of Ukraine together.

This is the first and most important thing that we have to do: to answer the call of the people of Ukraine. The second thing is to be united. And I believe this is what citizens in Europe and in Canada expect of us, because we have seen people in Helsinki, in Tallinn, in Prague, in Berlin, in Paris, in Warsaw, going on the streets in defending Ukraine, exactly as people of Canada have gone to the streets, to Montreal, to Hamilton, to Edmonton, to Toronto and to Canada in the past weeks. We have to be united, this is what the people expect of us and we have shown unity already in the last weeks by acting together when it came to sanctions.

But I believe dear colleagues, I believe, Prime Minister, as you have also said, we have to do more when it comes to sanctions. Maximum support to Ukraine, but also maximum possible cost for the Russian Federation. We have to enlarge the list of Russian politicians, enlarge the list of Russian businesspeople and oligarchs who we sanctioned. We have to tell them very clearly: no more skiing in the Alps, no more shopping in Paris or Vienna, no more sunbathing in Nice or on the coasts of Europe as long as the regime which they are supporting in Russia is invading a free country. We have to close loopholes. We have to forbid access to public procurement for Russian companies, be it private or public, here in the European Union and also in Canada. And we have to reduce our dependency on Russian fossil fuels as much as possible and as soon as possible.

We have to be honest and transparent also to the people in our countries in telling them that defending democracy costs, but not defending democracy would cost even more. Now is the time for leadership. It is the time for unity. It is the time for defending the European values, the transatlantic values, the alliances that we are together in, which have proven the test of time, they stood the test of time.

Thank you once again very much for coming to Europe today, for speaking to us in the Parliament, for showing your solidarity. It is always good to know that we have friends in these times.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, señor primer ministro Trudeau, bienvenido al Parlamento Europeo. Comparece usted ante el corazón de una democracia europea que puede y debe sentir suya, porque también fue construida con el valor de los canadienses que hace ochenta años sacrificaron sus vidas en este continente para devolver la democracia y la libertad a Europa. Fue tiempo después, con la caída del Muro de Berlín en 1989, cuando nos adentramos en un horizonte de esperanza que creíamos que nunca más retrocedería en el tiempo. Sentíamos que viviríamos siempre en paz, basándonos en el multilateralismo y sin países satélites ni amenazas nucleares.

Hoy, la guerra criminal de Putin sobre Ucrania ha cambiado el orden civil y político. Esta barbarie imperialista nos traslada a la lucha entre las democracias y las autocracias del siglo anterior, como si no hubiéramos aprendido nada del sufrimiento de ese «mundo de ayer» del que hablaba Stefan Zweig. La tragedia de Ucrania ha impulsado en Canadá, en los Estados Unidos y en la Unión Europea una respuesta común impensable, con la que estamos caminando más lejos de lo que hicimos en 2014 tras la anexión de Crimea.

Juntos hemos convertido a Putin en un paria internacional con graves perjuicios para su economía. Y juntos debemos y podemos hacer mucho más: cortar el acceso de Rusia a las bolsas de criptomonedas, perseguir a los paraísos fiscales que protegen a los oligarcas y estrechar nuestra cooperación. Porque si queremos liberarnos para siempre de las tiranías, juntos debemos liderar una transición global, cimentada también en las energías renovables.

La irrupción de la guerra en Europa ha puesto al descubierto la necesidad de dotar a la Unión Europea de medios propios. Por primera vez hemos acordado aportar mil millones de euros en ayuda militar para un tercer Estado, cuyos valores democráticos son la última frontera con el agresor. Para detener a Putin, Canadá y los aliados europeos también debemos asumir nuestros compromisos con la OTAN, incluyendo un gasto en defensa del 2 % del PIB.

Construir un futuro mejor exige promover los valores democráticos no solo con palabras, sino con hechos, demostrando que nuestros valores ofrecen una vida más digna que las autocracias. Uno de los valores transatlánticos es la solidaridad, un espíritu de acogida que ahora debemos fortalecer ante el éxodo de refugiados que huyen del terror.

Esta situación nos exige estar a la altura y luchar contra las desigualdades en el corazón de la agenda transatlántica. Porque solo un modelo social basado en la igualdad de oportunidades podrá desactivar a la extrema derecha que Putin sostiene a ambos lados del Atlántico.

Señor Trudeau, si en este largo y difícil camino mantenemos la unidad trasatlántica, Putin claudicará y pasará sus últimos días, esperamos, ante la Corte Penal Internacional. La Historia nos ha enseñado que ninguna guerra de ocupación se gana, por muy poderoso que sea el ejército invasor. El espíritu de 1989 seguirá vivo gracias a la fortaleza transatlántica y al valor del pueblo ucraniano.

Malik Azmani, on behalf of the Renew Group. – Madam President, I should like to welcome Prime Minister Trudeau to the European Parliament. Welcome to the House of European democracy.

As a member of our Liberal family, Renew Europe is particularly honoured to have you here in our midst. The west is not a geographical place. It's a set of values and institutions. It entails freedom, democracy and the rule of law. We share this, Prime Minister, your great nation and our Union we hold so dear. We are partners and allies bound to each other through history, tradition and shared values.

Brave Canadians have sacrificed their lives on this continent, defending our freedom. Because of Putin's brutal war, people are dying on this continent once again, defending freedom and democracy, and this is unacceptable. And together we stand with the brave Ukrainian people.

Autocracy is gaining ground. The 'End of history' has been postponed. Autocratic dictators around the world are trying to undo the rules-based world order. They are threatening our way of life. Democrats need to stand firm. We should stand shoulder to shoulder and confront this fundamental threat together. Transatlantic relations should be at the core of our common stance once more.

Your leadership and engagement has set a strong example. Canada has stood firm with this continent in a time of need, and in need we find ourselves once more, Prime Minister. As long as Putin does not cross the 'golden bridge to retreat', we need to act swiftly with a firm hand and act as one. Peacefulness, predictability and Putin do not go hand-in-hand.

We see the world with new eyes now, and complacency is a luxury we can no longer afford. Whether in the Arctic or in the Baltics, our alliance must hold. We must work together to further isolate Putin's economy. We need to help each other in gaining energy independence so we can stop financing Putin's war. And we need to remain strongly committed to our defence of the NATO alliance. This also means living up to the 2% spending norm. This is a sensitive topic amongst many members of our alliance, but I think we need to be clear: freedom does not come cheap. And yes, this European Union will need to step up its effort to build a strong military pillar within NATO. The EU and NATO are not two separate security providers. We are both united and complementary.

Let me finish, dear Prime Minister, by echoing statements made by your government. We will not stand idly by while a nation seeks to erode the international norms that have kept us safe since the end of World War II.

Dear Prime Minister, we share a long, common history. We are partners, allies and friends. Once again, we face a common threat. Once again, we shall stand together as one. Once again, in unity, we shall overcome.

Ernest Urtasun, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, je souhaite à monsieur le Premier ministre la bienvenue au Parlement européen. Le Canada est depuis de nombreuses décennies un proche partenaire et ami de l'Union européenne, et aussi de l'Ukraine. Au nom du groupe des Verts, je tiens à vous remercier, vous et les nombreux Canadiens qui ont fait preuve de clarté et de détermination en soutenant l'Ukraine en ces heures dramatiques.

Nous le savons bien, il ne s'agit pas simplement d'une guerre entre deux pays, mais d'une attaque brutale contre un ordre international fondé sur le droit et la démocratie, et non sur la force des bombes. Au moment où nous parlons, Poutine commet des crimes de guerre en Ukraine, en bombardant des jardins d'enfants et des hôpitaux, et nous devons soutenir la lutte des Ukrainiens contre cette invasion, dans l'unité comme nous l'avons fait.

L'Union européenne et le Canada sont appelés, Monsieur le Premier Ministre, à travailler ensemble pour défendre, dans les prochaines décennies, une architecture globale fondée sur le droit international et la défense des droits de l'homme devant les menaces croissantes des autoritarismes.

I would like to thank you, Prime Minister, particularly for opening the doors to the Ukrainian refugees, helping those who are most in need. I would like to wholeheartedly thank the Canadian people for that.

But here in Europe, dear Prime Minister, we have also made mistakes. Putin's fossil-fuelled war must wake us up. Our energy transition is today not only an urgency for tackling climate change, but also a matter of security and international stability. Climate change is one of the biggest threats that humankind has faced in the last centuries, and we need to act urgently. Also in Canada, Prime Minister, where fossil-fuel infrastructure is still being built, where net zero is only planned to be reached by 2050 without any intermediate target, where tar sands, one of the most climate-polluting sources of oil, have been expanded. You may allow me, friends and partners need also to be honest and frank to each other.

Our collective addiction to fossil fuel is a security risk now. In Europe and in Canada, it is a destabilising factor. It is a threat to peace. And Canada and Europe should urgently change the course of action if we want to abide to the commitments of the Paris Agreement.

It's very good to be strong supporters of multilateralism, as we are, and believe strongly in multilateralism, but we should live up to the promises, then, of the Paris Agreement and move forward to action. It is our responsibility. It is your responsibility, Prime Minister.

We are hundreds of millions of people to build another future in Europe and Canada. In the face of this brutal attack in Ukraine, in the face of an authoritarian backlash in the world, let's work together. And let's work together, not building our societies in old, short-sighted policies, but really based on our common wish to live in a peaceful world and on an habitable planet.

Merci beaucoup, Monsieur le Premier Ministre, pour votre solidarité et pour votre présence parmi nous aujourd'hui.

Marco Zanni, a nome del gruppo ID. – Grazie Presidente, benvenuto Presidente Trudeau, bentornato al Parlamento europeo. È una grande opportunità per questo Parlamento dibattere con lei alla vigilia di incontri così importanti che hanno la necessità di mostrare come l'Occidente sia unito nel dare una risposta coordinata ed efficiente all'invasione russa dell'Ucraina.

Un'unità con la quale, fino ad ora, l'Europa si sta muovendo di concerto con la sua e molte altre importanti nazioni del mondo. Signor Primo ministro, vorrei cogliere l'occasione, alla sua presenza, per ricordare come, dopo anni di crisi, abbiamo la necessità di far sì che l'Alleanza Atlantica venga rafforzata non soltanto in un periodo di crisi e di emergenza come quello attuale, ma in modo costante e costruttivo, e soprattutto nell'accezione originaria dell'Alleanza, che è un'accezione deterrente e non offensiva.

Valorizzare quindi, appunto, la funzione della NATO come unione di forze che percorrono la via della pace a contrasto di chi tutt'oggi continua a mettere a rischio la sicurezza comune. Proprio ieri il Presidente ucraino Zelensky, parlando al Parlamento del mio paese, al Parlamento italiano, invitava l'Unione europea a utilizzare in modo efficace lo strumento della diplomazia e del dialogo, e con questo ribadendo implicitamente i principi stessi che ispirano appunto la modalità d'azione dell'Alleanza Atlantica.

Faccio un'altra considerazione, Presidente Trudeau. Nemmeno a lei, ovviamente, sarà sfuggito come il mondo stia rapidamente spostando il proprio asse verso nuovi equilibri geopolitici. Ne abbiamo avuto, purtroppo, recente dimostrazione guardando il voto all'Assemblea delle Nazioni Unite sulla risoluzione per la condanna all'invasione russa. Le forze occidentali, da un lato, si sono espresse senza esitazioni, compatte, ma un gran numero di Stati, quelli più popolosi, quelli che detengono la maggior parte delle risorse del pianeta, hanno voluto dare un segnale differente che va ben oltre il testo della risoluzione. Un segnale che deve essere compreso nel suo significato più profondo, e spero che questo sia un tema centrale dei vostri dibattiti nei prossimi giorni.

Il conflitto in Ucraina ci sta mettendo di fronte a nuove importanti scelte e a nuove sfide. Siamo a oggi alle prese con un mondo che non è più improntato al solo modello occidentale, ma è tornato multipolare. Questo non significa che l'Occidente non debba essere il punto di riferimento, anzi deve ritrovare la propria convinzione e la forza per dimostrare che i modelli democratici sono quelli vincenti e che la violenza, l'oppressione e le dittature non possono mai essere la soluzione.

Per fare questo serve riappropriarsi appieno dei nostri valori e della nostra identità sul piano politico, sociale, culturale e anche economico con chi crede che l'orgoglio di un modello di sviluppo che non si basa su guerre e sopraffazioni, ma sul rispetto dei popoli e delle loro libertà, valori che non possiamo mettere in discussione né ora né mai.

Di fronte alla follia –, e mi avvio a chiudere Presidente, è il momento della razionalità e speriamo davvero che questo sia il principio fondamentale che guiderà le vostre scelte in questi giorni drammatici e importanti. In bocca al lupo perché abbiamo bisogno di una leadership occidentale forte che riporti pace e equilibrio nel nostro continente e nel mondo.

Raffaele Fitto, a nome del gruppo ECR. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, benvenuto signor Primo ministro Trudeau, il Presidente ucraino Zelensky, prima in quest'Aula e poi nel Parlamento canadese, ha sottolineato che gli ucraini stanno difendendo i valori che formano i pilastri di tutti i paesi liberi e democratici e che l'unità di questi paesi è ora più importante che mai.

Per questo credo, signor Primo ministro, che la sua presenza oggi qui tra noi abbia un forte valore, innanzitutto simbolico, e testimonia il forte legame e spirito di cooperazione tra il suo paese, l'Unione europea e i diversi Stati membri. Nel 2014 il Canada è stato uno dei primi paesi a sostenere il governo di Kiev e la sovranità e l'integrità territoriale dell'Ucraina. Sostegno che non è mancato lo scorso giugno, al termine del summit Unione europea-Canada, e che oggi credo sia ancora una volta importante sottolineare, ribadendo il nostro impegno comune anche attraverso ulteriori sforzi e azioni da intraprendere nei prossimi giorni in tutte le sedi opportune per mettere fine all'offensiva russa.

La crisi russo-ucraina ha evidenziato la necessità da parte dell'Unione europea di tornare ad occuparsi e a investire in difesa e sicurezza, ma anche di rinnovare e rafforzare la cooperazione con i nostri partner tradizionali come il Canada, ai quali siamo legati non solo dalla comune appartenenza alla NATO, ma anche da accordi e legami bilaterali.

Unione europea e NATO, mai come in queste settimane, hanno intrapreso azioni coordinate ed efficaci in risposta all'aggressione russa e a sostegno dell'Ucraina e del suo popolo, dimostrando una unità e una determinazione senza precedenti, dalla quale dovremmo trarre insegnamento per affrontare le sfide future, non solo dal punto di vista militare ma anche per quanto riguarda la cibersicurezza, il rafforzamento della capacità di intelligence e il contrasto al terrorismo e alle minacce ibride.

Le relazioni transatlantiche e la cooperazione Unione europea-NATO, nel pieno rispetto dei principi stabiliti nei trattati e di quelli concordati dal Consiglio europeo, sono elementi essenziali rispetto ai quali dovremo agire insieme con maggiore unità e complementarità, se vogliamo affrontare con successo le sfide geopolitiche e di sicurezza comune che dovremo affrontare nei prossimi anni.

Nikolaj Villumsen, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, I should like to welcome Prime Minister Trudeau back to Brussels. It is dark times, as you rightly said.

In my housing block we have now new neighbours. I met them the other day when I was at the playground with my eldest daughter. Here we met Misha and Roma, two small boys from Ukraine at the ages of eight and four. Together with their mother they have fled Putin's invasion. Like a million more they need shelter, they need shoes, and they need food.

We need to stand together in solidarity to help the refugees. That is why I am happy to hear that Canada will take an unlimited number of refugees. Taking care of refugees cannot be a question about numbers. It is about human lives and human rights. I hope the EU and Canada can unite on this and I hope our unity will go further. We need to strengthen the sanctions. We need to cancel the Ukrainian foreign debt. We need to support Ukraine.

Dear colleagues, we need to do our utmost to support Ukraine. It is clear that Putin is exploiting the EU's dependency on Russian gas, oil and nuclear power. Our best weapon against Putin is a green transition and energy independence. It is not only about security. It is, of course, also about tackling the climate crisis before it is too late.

Mr Prime Minister, listening to the news, it is clear that there is an urgent need for humanitarian corridors in Mariupol and the besieged cities in Ukraine. Moreover, there is a need to make sure that Putin and other war criminals do not repeat the horrors that we see in Ukraine. We need to strengthen the international order under the UN. We need to make sure that all countries have freedom and self-determination.

Mr Prime Minister, we need peace, not war.

Mislav Kolakušić (NI). – Poštovana predsjednice, poštovane kolege, dragi građani, premijeru Trudeauu, sloboda, pravo izbora, pravo na život i zdravlje, pravo na rad, za mnoge od nas to su temeljna ljudska prava za koja su milijuni građana Europe i svijeta položili svoje živote. Za obranu naših prava i prava naše djece koje smo stjecali stoljećima mnogi od nas, uključujući i mene, spremni smo riskirati vlastitu slobodu i položiti vlastite živote.

Nažalost, danas su među nama i oni koji gaze te temeljne vrijednosti. Kanada, nekada simbol modernog svijeta je pod vodstvom vaše kvazi-liberalne čizme proteklih mjeseci postala simbol kršenja temeljnih ljudskih prava i građanskih sloboda.

Gledali smo kako konjima gaze žene, kako samohranim roditeljima blokirate bankovne račune da ne mogu platiti djeci školovanje, da ne mogu platiti lijekove, da ne mogu platiti račune za struju i vodu, da ne mogu platiti rate kredita za svoje domove.

Za vas to možda liberalne metode, međutim za mnoge građane svijeta to je diktatura najgore vrste. Budite uvjereni da građani svijeta udruženi mogu zaustaviti svaki režim koji želi uništiti slobodu građana, bilo bombama bilo štetnim farmaceutskim proizvodima.

President. – Thank you, dear colleagues. Thank you once again, Prime Minister, for being with us. We look forward to having you here quite soon again.

That concludes the debate.

VORSITZ: EVELYN REGNER*Vizepräsidentin***19. Das Erfordernis eines vordringlichen Aktionsplans der EU zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit inner- und außerhalb der EU in Anbetracht des russischen Einmarschs in die Ukraine (Aussprache)**

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Thema „Das Erfordernis eines vordringlichen Aktionsplans der EU zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit inner- und außerhalb der EU in Anbetracht des russischen Einmarschs in die Ukraine“ (2022/2593 (RSP)).

Da wir nun schrittweise – zumindest was die parlamentarische Arbeit im Plenum betrifft – wieder in Richtung Normalität vorwärtskommen möchten, weise ich Sie darauf hin, dass Sie mithilfe ihres Abstimmungsgeräts spontane Wortmeldungen beantragen und blaue Karten einsetzen können, nachdem Sie ihre Abstimmungskarte eingeführt haben. Daher bitte ich Sie, stets die Abstimmungskarte mitzubringen. Die Anleitungen liegen im Plenarsaal aus für diejenigen, die es in der Zwischenzeit vergessen haben.

Wenn Sie sich für eine spontane Wortmeldung anmelden möchten, ersuche ich Sie, das bereits ab jetzt zu tun und nicht erst das Ende der Aussprache abzuwarten. Damit haben wir dann einen Überblick, wie viele Abgeordnete sich zu Wort melden möchten.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass die Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Dies gilt allerdings nicht für spontane Wortmeldungen, blaue Karten und Wortmeldungen zur Geschäftsordnung. Diese erfolgen am Platz.

Ich ersuche Sie daher, die Redner- und Rednerinnenliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Clément Beaune, président en exercice du Conseil. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Mesdames et Messieurs les Députés européens, parmi les conséquences dramatiques – dont nous ne voyons d'ailleurs que le début aujourd'hui – de la guerre organisée par la Russie contre l'Ukraine, il y a la question alimentaire, celle de notre agriculture et de notre alimentation.

Cette agression de la Russie contre l'Ukraine aura – nous le savons déjà et nous le voyons en partie – des effets importants sur les marchés agricoles et alimentaires, car les deux pays, l'agresseur russe et la victime ukrainienne, représentent à eux deux près de 30 % des exportations mondiales de blé et d'orge, et sont notamment des exportateurs-clés de maïs et d'huile végétale. En outre, nous le savons, la Russie joue traditionnellement un rôle central dans tout le commerce mondial des engrais, au bénéfice d'ailleurs, économiquement, de notre agriculture européenne.

Nous le savons aussi, depuis plus de soixante ans désormais, la sécurité alimentaire et la production agricole constituent l'ADN même de notre politique agricole commune. Cette politique agricole commune, je le rappelle, est la première des politiques européennes que nous avons constituées il y a six décennies, avec un objectif simple que nous ne devons jamais oublier. La fonction nourricière de notre agriculture est essentielle. Le projet d'autonomie européenne ne peut s'exonérer de ce projet d'autosuffisance alimentaire et d'une capacité de production qui doit intégrer de nouvelles exigences, la transition écologique en premier lieu, mais garder toujours cet objectif simple: nourrir l'Europe et contribuer à nourrir le monde.

Nous le savons aujourd'hui, les Nations unies et la FAO l'ont souligné, il y aura sans doute, à la suite de cette guerre et de ses conséquences agricoles, une immense augmentation du nombre de personnes souffrant de la faim: 8 à 13 millions de personnes pourraient être concernées dans le monde, selon la FAO.

Dans ce contexte, l'Europe a une double responsabilité: assurer et prolonger sa production pour elle-même, pour garantir ce projet d'autonomie et de souveraineté, qui passe par l'alimentation; une responsabilité aussi pour le monde, car si les exportations que j'évoquais vont être limitées ou même annihilées, l'Europe devra contribuer par sa solidarité à aider son voisinage le plus proche – je pense notamment à l'Afrique du Nord et au Proche-Orient, voire à l'Afrique de manière plus générale – à se nourrir et à éviter la faim, la famine ou les difficultés alimentaires. Cette double responsabilité a été reconnue par les chefs d'État ou de gouvernement lors du sommet informel tenu à Versailles les 10 et 11 mars dernier.

Nous avons inclus dans la déclaration de Versailles – je crois que c'est un point important qui n'a pas été suffisamment souligné –, parmi les objectifs de réduction de nos dépendances et de renforcement de notre autonomie, la question agricole et alimentaire. Pour les Européens, c'est une question de prix, c'est une question d'autonomie, c'est une question de sécurité alimentaire; pour le monde, c'est une question de faim et d'alimentation élémentaire.

Lors du débat qui a eu lieu avant-hier au Conseil en votre présence, Monsieur le Commissaire, les ministres de l'Agriculture, sous la présidence française, ont unanimement salué les mesures d'urgence que la Commission a présentées pour soutenir précisément la production agricole de l'Union à court terme et pour accroître son autonomie stratégique, à son bénéfice et au bénéfice du monde, à moyen et à long terme. Les ministres de l'agriculture et vous-même, Monsieur le Commissaire, avez souligné qu'il fallait non seulement garantir cette autosuffisance de l'Union, mais aussi renforcer cette capacité à nous montrer solidaires et à renforcer le plus rapidement possible notre capacité d'autonomie en matière de produits fondamentaux – je pense aux engrais et aux protéines.

Nous l'avons dit et nous l'avons porté depuis de nombreux mois: il est temps aujourd'hui d'agir. Parmi les mesures que vous avez évoquées et que vous présenterez certainement, Monsieur le Commissaire, les mesures d'urgence, les mesures de marché et la mobilisation de la réserve de la politique agricole commune font partie des outils qui doivent être mobilisés rapidement et sans doute encore davantage. Forts de cette expérience, les ministres avaient déjà débattu il y a quelques semaines d'un plan d'urgence pour assurer durablement l'approvisionnement et la sécurité alimentaire en temps de crise. Ce fut un débat qui eut lieu au mois de décembre; son urgence et son impératif sont encore plus évidents aujourd'hui.

Nous le savons, l'agression russe de l'Ukraine a d'ores et déjà des conséquences durables sur l'alimentation et sur l'agriculture. L'Europe doit se montrer à la hauteur, adapter ses outils, garder son objectif de transition écologique, mais, surtout, toujours garder en tête que nous devons nourrir l'Europe et contribuer encore davantage à nourrir le monde. Ce sera notre impératif et notre responsabilité d'Européens pour les semaines qui viennent. Merci d'avance pour ce débat et merci à la Commission européenne pour les mesures déjà prises et pour celles qui viendront.

Janusz Wojciechowski, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members of the European Parliament, the Russian invasion of Ukraine has shown us also the importance of ensuring food security at all times, both within the EU and more globally.

The objective enshrined in our founding Treaties, some 65 years ago, is today as important as ever. For the global food system, the loss of grain exports from Ukraine means that up to 25 million tonnes of wheat must be substituted in the current and the next season. This is indispensable for overall world food needs, which are also affected by a likely reduction of Russian exports.

Combined, Ukraine and Russia are responsible for over 30% of world wheat exports. The strong price increase on cereal markets puts global food security at risk, affecting vulnerable people in food deficit countries. We must shield vulnerable countries, notably in Africa, the Middle East and the European neighbourhood region, from pressures on food availability and prices.

In recent days I have spoken with Ministers from Ukrainian Government who have described the situation facing the farmers. They have spoken of destroyed land, of lost crops and livestock. We had a discussion with the Ukrainian Agriculture Minister, Roman Leshchenko, during AGRIFISH Council meeting on Monday, and he told us that Ukrainian farmers are fighting at day and working to provide food at night. He also reminded us of the uncertainty of sowing and harvesting in Ukraine may continue for several years and that this puts pressure on global markets.

I also spoke with deputy minister of Mr Taras Dzoba, who said that Russia is taking Ukrainian soil and using it as a weapon, a weapon against its own people and a weapon of starvation. In the face of this weapon, the European Union will not stand down. We will step up. We will defend our neighbours, defend the international community and defend ourselves.

The Versailles Declaration of the European Council called upon the Commission to take urgent action to present options to address rising food prices and the issue of global food security as soon as possible. Today we have adopted the Communication on safeguarding food security and reinforcing the resilience of food systems. The Communication sets out actions in three areas. First, it presents our immediate action to safeguard food security in Ukraine and around the world. Second, we have addressed the challenge of food stability in the European Union food system with a range of measures to support our farmers and maintain affordability for our citizens. Finally, we confirm our agenda to make our food system sustainable and resilient in the years to come.

Security, stability and sustainability. These are the words that define our response. First and foremost, we will stand by the people of Ukraine to address the serious impacts of Russia's invasion of Ukraine and food supplies in their homeland. To support the farmers of Ukraine, the Commission and international partners are working in ensuring that necessary inputs like seeds and fertilisers can reach Ukraine and that transportation and storage facilities are maintained to enable Ukraine to feed its citizens.

One particular problem is supply of diesel. I have spoken with the Polish Prime Minister. Mateusz Morawiecki, and he assured me that Poland can provide diesel for Ukraine from the strategic reserve.

The Commission has rapidly mobilised EUR 93 million in initial humanitarian funding for Ukraine and Moldova, of which 90 million has already been disbursed to humanitarian partners. Together with Member States, the Commission will also continue working with international partners to coordinate policies and assess the risk to global food security. We will therefore reinforce our humanitarian aid assistance to the regions most affected by food insecurity and assist them diversify their sources of food supplies. We will ensure that trade can continue and avoid restrictions that prevent food and fertilisers being brought where most needed. And we will strengthen our cooperation on transitioning to a sustainable food system across the globe.

The second area addressed in our Communication is the short-term actions to maintain food system stability in the European Union. In the EU, we are largely self-sufficient for almost all agricultural products. However, the European Union is importing feed grains and oilseeds from Ukraine and fertilisers and natural gas from Russia. Arable farmers feel the costs of high input prices and the livestock sector, pigmeat and poultry in particular, feel the strong impact of feed price increases.

Thirdly, I am pleased to underline that our European food security crisis preparedness and response mechanism is up and running and will increase cooperation to mitigate food security risk and monitor the situation. A second meeting of the mechanism is taking place today. To improve our monitoring capability. The Commission also proposes that Member States communicate data on their private stocks of essential food and feed to have a timely and accurate overview of their availability.

Let me be clear, currently, thanks to the work of our farmers and the support of the Common Agricultural Policy, food security in the European Union is not under threat. However, our food system is facing challenges. For our citizens it's not a question of availability, but affordability. While there is enough food, in the EU prices are rising – food inflation reached 5.6% compared to February 2021 — and we must protect lower income citizens and vulnerable families. We must remember that in the last three weeks, our population has grown by more than 3 million people. That is more than 3 million extra mouths to feed every day. The Commission calls on Member States to use their social policies to protect vulnerable citizens from food insecurity. Member States can also implement reduced rates of VAT on food and use the Fund for European aid to the most deprived.

For farmers it is not a crisis situation, but a critical situation, especially for a number of specific sectors and smaller family farms. Let me briefly outline what this Communication holds for farmers. Firstly, the Commission has adopted exceptional support measures of EUR 500 million to directly assist those farmers most affected by the higher input costs and the closure of export markets. The Commission will submit its proposal to use the crisis reserve for this support package to both the European Parliament and the Council. Member States can exceptionally complement this EU support by up to 200% with national funds.

In addition, the Commission will allow Member States to pay increased levels of CAP direct payments in advance, to address the cash flow difficulties that farmers are facing. We have also adopted an exceptional temporary derogation to allow the production of any crops on fallow land this year, while maintaining the full level of greening payments for farmers. In view of the particularly difficult situation in the pigmeat sector, the Commission will open a new private storage aid scheme to stabilise the market.

Member States can also take measures at national level. The temporary crisis framework for state aid has been put in place to allow Member States to grant direct aid to producers affected by the crisis and to energy-intensive undertakings such as fertiliser manufacturers.

Finally, some Member States have started to use the specific flexibilities to existing import requirements related to pesticides for animal feed, provided that safety is ensured. We must act with these measures in the short term to address food security and affordability concerns now.

Let me remind you that we do not currently face a food security threat in the European Union. It is simply prudent that we support our farmers to produce more food sustainably while they can. That is why the Commission is acting with these short term measures.

Let me say one word also on fisheries, which is of course equally part of our food system. The EU fishery, aquaculture and processing sector is also directly affected by the disruptions of the market. Contrary to agriculture, the European Union is not self-sufficient when it comes to seafood. We are very much import dependent, including as regards imports of raw materials for fish processing. The sharp rise in marine fuel prices makes most fishing fleets unprofitable. The fisheries sector will benefit from some of the measures I just mentioned, including the temporary crisis framework for state aid.

Let me say this clearly: fundamentally, the transition to sustainable agriculture as envisaged in the Green Deal and the Farm to Fork Strategy is our only path to food security. This is strongly recognised and reinforced in our Communication. We must also ensure that our food system is resilient to external shocks like the one we are now experiencing.

This is why the Farm to Fork strategy is an important part of our response. It sets the path to reducing our dependence on inputs like fertilisers, without undermining productivity. This will require a greater use of knowledge sharing and innovation in areas like precision farming, organic farming, nutrient management and agro-ecology, which must be facilitated through CAP strategic plans.

On the subject of the CAP, the Commission will address the Russian invasion of Ukraine in its letters of observation to the CAP strategic plans, which will be adopted next week. I have called on the Member States to use their strategic plans to strengthen the sustainability and resilience of their agricultural sectors, reducing energy, pesticides and nutrient dependence and prioritising actions that increase yields.

On sustainability, the Commission will support Member States who, for example, use funding to boost sustainable biogas production, improve energy efficiency, foster bio-economy solutions, convert into organic farming and protein crop production, and develop their knowledge and innovation systems.

In conclusion, honourable Members, I am confident that while we face a significant challenge, we can overcome it. But we need to act together within the European Union and with our international partners. I know I can count on the loyal cooperation of this House to face this crisis together, to address the challenges we are confronted with, and to preserve our long-term strategy, making our food system more sustainable and resilient.

Herbert Dorfmann, *im Namen der PPE-Fraktion*. –Frau Präsidentin, Herr Kommissar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! 43 Milliarden Euro. So viel wiegt der Sonderplan der Kommission zur Bewältigung der Versorgungskrise mit Chips.

Mit 500 Millionen Euro – die übrigens schon in der GAP als Krisenreserve vorgesehen sind, also schon Geld der Bauern sind – will die Kommission nun die Lebensmittelkrise lösen, die klar und deutlich auf uns zurast – das hat auch die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen heute hier schon gesagt. Das bedeutet also, dass ein fehlender Chip genau hundertmal wichtiger ist als ein leerer Teller, und ich bin gespannt, ob die Bürger der Europäischen Union das dann auch so sehen werden.

Deshalb: Gut, dass die Krisenreserve, Herr Kommissar, aktiviert wird, aber das kann nur ein Anfang sein. Es wird wahrscheinlich mehr Geld brauchen. Gut, dass unsere Bauern auf den ökologischen Vorrangflächen anbauen können, aber es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Gut, dass wir bei Importen flexibel sein wollen, aber was wir importieren, wird letztendlich in anderen Ländern fehlen.

Wir müssen diese Versorgungskrise antizipieren. Wir müssen dafür sorgen, dass der interne Markt funktioniert, dass nicht weitere Dinge passieren wie mit Ungarn, wo Exporte verboten werden.

Wir hatten gestern im Agrarausschuss ein Treffen mit dem ukrainischen Landwirtschaftsminister. Und obwohl in der Ukraine Krieg ist, müssen wir alles tun, damit die Bäuerinnen und Bauern in diesem Land auch dort produzieren und anbauen können. Sie brauchen, wie Sie gesagt haben, Treibstoff, Pflanzenschutzmittel, Dünger. Wir müssen diese Produktionsmittel nun ankaufen und versuchen, in die Ukraine zu liefern, und zwar sofort – die Aussaat beginnt in wenigen Wochen. Dazu brauchen wir grüne Korridore von der EU in die Ukraine. Wir brauchen also einen wirklichen Plan.

Was wir nicht brauchen, Herr Kommissar, sind Gesetzesinitiativen der Kommission, die die Lebensmittelsicherheit weiter gefährden. Die können auch warten, bis wir diese Krise überstanden haben. Das wird leider einige Monate dauern. Wir müssen also jetzt handeln. Sofort und entschieden.

Iratxe García Pérez, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora presidenta, la tensión y la incertidumbre que vivimos estos días en Europa no tienen precedente en medio siglo. Y, sin embargo, yo hoy quiero lanzar un mensaje de tranquilidad a los europeos y europeas. La Unión Europea está preparada para hacer frente a los efectos de esta guerra y asegurar que no habrá escasez de alimentos.

Y esto es así porque llevamos mucho tiempo preparándonos. ¿Quién nos iba a decir que sesenta años después de que se creara la política agrícola común nos encontraríamos en esta situación? Sin duda, la PAC ha sido uno de los mayores logros de la Unión Europea.

Durante la crisis de la COVID-19 ya vimos la resistencia y la capacidad del sector alimentario europeo, a pesar del nerviosismo de algunos al principio que intentaban hacer acopio de alimentos. Ahora bien, la COVID-19 ya sometió a una gran presión al sector de la alimentación y a la cadena de distribución. Hicieron un enorme esfuerzo por garantizar el suministro en toda la Unión y ahora necesitan todo nuestro apoyo. Los sectores agrícola, pesquero y ganadero se enfrentan a los altos precios del combustible y a la dificultad para importar piensos y fertilizantes.

No es un debate nuevo, señorías. En esta misma Cámara ya hemos hablado desde hace varios años sobre las medidas necesarias. Precisamente, el Pacto Verde Europeo y la Estrategia «De la Granja a la Mesa» pretenden ayudarnos a producir de manera sostenible, reduciendo nuestra dependencia de petróleo, de gas y de fertilizantes.

La guerra en Ucrania solo confirma las decisiones que ya habíamos tomado y nos obliga, por un lado, a acelerar el paso y, por otro, a fortalecer los sectores afectados. Es el momento de evaluar el impacto de la guerra en las políticas y de ajustarlas para asegurar que se mantiene la producción, pero también que los agricultores, los pescadores y los ganaderos, mantienen sus ingresos. Algunas ganaderías pronto tendrán problemas para alimentar a sus animales. Esperamos con urgencia esta propuesta de la Comisión para asegurar el pienso.

El gran reto para nuestra agricultura será cortar la dependencia de los fertilizantes que importamos de Rusia y Bielorrusia, de los que difícilmente podremos prescindir a corto plazo. Debemos intensificar la búsqueda de alternativas.

Al mismo tiempo, debemos asegurar liquidez a los agricultores y a los ganaderos con la flexibilidad que ya permite la política agrícola común. Hagamos uso de la reserva de crisis, pero pensemos al mismo tiempo en el futuro. Hemos de usar todos los mecanismos disponibles en la organización común de los mercados agrícolas para estabilizar los precios, evitar la especulación y asegurar un precio decente, tanto a los productores como a los consumidores.

Y, además de a los transportistas, el alto precio del combustible también afecta al sector pesquero y para ambos es necesario encontrar apoyos.

Como decía al inicio, hacemos un gran esfuerzo colectivo, pero tenemos todos los instrumentos para afrontar esta crisis. Otros no, no lo olvidemos. La irresponsabilidad de Putin no solo nos obliga a ser solidarios y a garantizar alimentos para Ucrania y para los refugiados, sino que también debemos ser conscientes de las consecuencias globales. No podemos resignarnos simplemente a que la brutalidad de Putin haga descarrilar el segundo Objetivo de Desarrollo Sostenible de las Naciones Unidas: la erradicación del hambre.

Señorías, ante retos de esta magnitud no hay atajos. Mirar hacia otro lado no nos hace avanzar. Solo el paso firme, la unidad y la confianza de estar haciendo lo correcto.

Ulrike Müller, *im Namen der Renew-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, sehr geehrte Kollegen! Der Angriffskrieg Russlands in der Ukraine verschärft die ohnehin schon angespannte globale Lage mit Blick auf die Ernährungssicherheit auf drastische Art und Weise. Der Vorsitzende des UN-Welternährungsprogramms erwartet im Lauf des Jahres eine regelrechte Hungerkatastrophe in der Dritten Welt.

Dies sind alarmierende Aussagen. Wir in der EU haben eine produktive Landwirtschaft. Unsere Landwirte erzeugen hochwertigste Lebensmittel. In der jetzigen Situation sind wir besonders in der Verantwortung, unsere Möglichkeiten auszuschöpfen.

Dabei dürfen wir aber die langfristige Tragfähigkeit keinesfalls aus den Augen verlieren. Wir sollten deshalb nicht der Versuchung erliegen, die Zeit zurückdrehen zu wollen. Unsere Landwirte brauchen stattdessen Perspektiven und innovative Lösungen, um mehr mit weniger zu produzieren. Diese Lösungen aufs Feld zu bringen, sollte jetzt unser dringlichstes Ziel sein. Das gilt heute noch mehr als vor dem 24. Februar.

Martin Häusling, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Ukraine zu helfen, das muss unsere erste und wirklich wichtigste Maßnahme sein. Unsere volle Unterstützung gehört der Ukraine, und wir müssen jetzt helfen, mit Saatgut, Treibstoff und allem, was wir zur Verfügung stellen können an Technik.

Aber des Weiteren ist das Wichtige der Kampf gegen den weltweiten Hunger, der droht. Die Länder, die jetzt kein Getreide mehr aus der Ukraine bekommen, werden Hunger leiden. Russland wird seine Exporte in die Länder, die ihm wohlgesonnen sind, als Waffe benutzen. Das müssen wir sehen. Russland greift auch damit die Kornkammer Europas an, und es geht auch um einen Kampf um Nahrungsmittelreserven.

Aber geben wir eigentlich die richtige Antwort, Herr Kommissar? Wir müssen unsere ganze Agrarpolitik überdenken und was wir mit unserem Getreide machen. 60 % des Getreides wandern in den Trog, 20 % in die Industrie und in die Kraftstoffindustrie und nur 20 % dienen der menschlichen Ernährung. Können wir damit wirklich eine Antwort für die Zukunft geben? Kann Europa in Zukunft die Fleischtheke der Welt bleiben? Können wir damit die Menschen ernähren? Nein! Ich denke, da müssen wir umdenken.

Wir müssen tatsächlich der Getreideproduktion für die armen Menschen Vorrang geben. Wir müssen als Erstes nicht die ökologischen Vorrangflächen betrachten, sondern wir müssen als Erstes bedenken, dass wir den Einsatz von Kraftstoffen mit Biokraftstoffen nicht mehr zulassen.

Die Klimakrise und die Biodiversitätskrise machen halt keine Pause. Deshalb, liebe Kollegen, alle, die jetzt alle grünen Maßnahmen hier infrage stellen, an die kann ich nur dringend appellieren: Wir brauchen eine nachhaltige Landwirtschaft! Wir brauchen mehr Ökologisierung, um unabhängig von Düngemittelimporten zu werden und auch unabhängig von Importen von Soja. Das muss unsere Aufgabe sein, und nicht, das Rad zurückzudrehen zu einer Politik der 70er-, 80er-Jahre.

Mara Bizzotto, *a nome del gruppo ID*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, recuperare la sovranità alimentare e l'indipendenza energetica per essere liberi dai ricatti della Russia di Putin e di tutti i paesi ostili. Sono queste le due grandi sfide che la guerra in Ucraina ci impone di affrontare con assoluta urgenza.

Sfide alle quali l'Europa arriva impreparata, dopo anni di politiche sbagliate dettate dai falsi ecologisti della sinistra italiana ed europea. I nostri agricoltori vanno aiutati a fare il loro lavoro, che è quello di produrre cibo e alimento per tutti. Esattamente il contrario di quello che l'Europa ha fatto in questi anni.

Bruxelles ha massacrato i nostri agricoltori, li ha riempiti di vincoli e burocrazia. Li ha accusati di essere i principali responsabili dell'inquinamento. In questi anni l'Europa ha colpevolmente sacrificato le nostre produzioni agroalimentari sull'altare della globalizzazione selvaggia.

L'Europa deve fare un grande mea culpa per gli errori commessi e deve cambiare velocemente politiche. Serve cambiare in profondità la strategia «Farm to Fork» e la PAC e servono soldi veri per aiutare i nostri agricoltori, stritolati dal caro bollette e dall'aumento dei prezzi delle materie prime.

Cari burocrati europei, basta inseguire fantasmi. Basta con i vostri attacchi contro il made in Italy. Basta con le vostre follie come la carne sintetica o il formaggio senza latte. La drammatica guerra in Ucraina dimostra che non c'è più tempo da perdere. Tutti noi abbiamo il dovere di difendere la nostra agricoltura e di riprenderci il prima possibile la nostra sovranità alimentare.

Veronika Vrecionová, za skupinu ECR. – Paní předsedající, jsem ráda, že se tady všichni shodneme a ruskou invazi pojmenováváme správnými slovy a za viníka války označujeme Putina. Je také dobře, že všichni vnímáme hrozby jak v podobě velké migrační vlny, tak i hrozby nedostatku potravin. Na pojmenování problému se shodneme, na způsobu řešení už méně.

Česká republika na svém území nyní hostí více než třistatisíc uprchlíků. Poskytuje Ukrajině zbraně i humanitární pomoc a náš premiér byl společně s polským a slovinským osobně podpořit prezidenta Volodymyra Zelenského v Kyjevě. Podporujeme co nejtvrdší sankce proto, aby válka co nejdříve skončila. To je klíčové řešení. Podporujeme ukončení dovozu ropy a plynu z Ruska proto, abychom nemuseli řešit příliv milionů dalších uprchlíků a hrozící hladomor nejen na Ukrajině, ale i v severní Africe a Blízkém východě. A tady je rozdíl mezi členskými státy. Zatímco řada jich pomáhá, jako Česká republika nebo Polsko, jiné, jako Německo nebo Maďarsko, nejsou ochotny obětovat ani euro a obávají se pomalejšího hospodářského růstu a každý den posílají Rusku miliony eur na nákup dalších tanků.

Jestli chceme tuto válku zastavit a také ukončit růst cen potravin, tak musíme jednat rychle. Musíme jednat tvrdě a musíme jednat společně. Usnesení, které budeme zítra přijímat, nám mnoho nepomůže. Pomůžou pouze opravdové činy.

Anja Hazekamp, namens de The Left-Fractie. – Voorzitter, natuur is essentieel voor ons bestaan. Natuur is onvervangbaar. Natuur is onmisbaar voor onze voedselvoorziening. Dat zijn de wetenschappelijke conclusies van het IPBES.

Het is tegenstrijdig en onverantwoord dat de Europese Commissie juist deze onmisbare natuur slachtoffer onder het mom van voedselzekerheid. Opnieuw pompt de Commissie miljoenen euro's in de vee-industrie. Gebieden die bedoeld zijn om natuur te herstellen, wil ze volplanten met veevoer. De klimaat- en biodiversiteitscrises wachten niet tot Rusland de wapens neerlegt. Je helpt de voedselproductie niet door deze minder duurzaam te maken. "Dat is een illusie", zei commissaris Timmermans vorige week. Maar een week later is dat precies wat de Commissie doet.

Het voeden van megastallen gaat ten koste van mensen, dieren, klimaat, natuur en milieu. Europa zou zich nu juist moeten richten op het inkrimpen van de vee-industrie en op duurzame voedselproductie rechtstreeks voor mensen. Alleen dan bereik je echte voedselzekerheid. En daarom ben ik voorts van mening dat de Europese landbouwsubsidies moeten worden afgeschaft.

Andrea Bocskor (NI). – Tisztelt Elnök Úr! Majd egy hónapja tart az ukrajnai háború, mely óriási kihívások elé állította Ukrajnát és egész Európát. Súlyos a humanitárius helyzet és már látszik az élelmiszer-biztonság felborulása. Az ukrajnai gazdák nagy része nem tudja végezni munkáját, ami nagy élelmiszerhiányt fog okozni. Ukrajna legnyugatibb megyéjében, Kárpátalján a háború árnyékában sok kistermelő megkezdte a mezőgazdasági munkálatokat, de az élelmiszerhiány már most is érzékelhető. Annál inkább oda kell figyelni az élelmezési gondokra és gyors segítséget kell nyújtani azok megoldására, hiszen Kárpátalján az 1,2 milliós lakosság mellett a helyi szerveknek ellátást kell biztosítaniuk annak a körülbelül félmillió embernek, akik Kárpátalján lettek menekültek a háború elől, és akik száma a tragikus események fényében egyre csak növekszik. A háború elől menekülők nagy része folytatja útját az Európai Unió egyes tagállamaiba, de nagyon sokan szülőföldjükön maradnak, ezért folyamatos élelmiszer-utánpótlásra van szükség. Az EU-nak nagy segítséget kell nyújtania a tartós élelmiszerek, üzemanyag, gyógyszerek eljuttatásában Ukrajna területére, és azokra a területekre is, ahol jelenleg nincsenek harci cselekmények. És támogatnia kell azokat az országokat is, szomszédos országokat, amelyek befogadják az ukrajnai menekülteket. Nagyon fontos, hogy a legrászorultabbak, az anyagilag

nehéz helyzetben élők is segítséget kapjanak, de a legsürgetőbb hogy mielőbb béke legyen és stabilitás Ukrajnában.

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, Commissioner and Minister, welcome back to the Parliament. We do not know the full implications and the impact of the Russian invasion into Ukraine, but we know for sure that we have to avoid a food crisis in Europe and in our immediate neighbourhood at any price. This is why we have to do the following: firstly, increase production in Europe as much as we can so that there is enough agricultural products here in Europe, so that we can come up for the eventual supply shortages in Ukraine, so that we can care for Ukrainian refugees who come and are hosted in EU Member States. And we have to also make sure that people in our neighbourhood have enough agricultural products at their disposal.

We also have to make sure that the internal market for agricultural products functions and Commissioner, the European Commission has to provide a comprehensive assessment of the Farm-to-fork measures, its consequences, because the enemy now is Vladimir Putin, the Russian Federation. It is not European farmers.

And as Herbert Dorfmann said, what the European Commission presented today is a first step. It is a good first step, but we have to be ready to do more if needed. Support the farmers.

Mohammed Chahim (S&D). – Madam President, first and foremost, I would like to emphasise that the European Green Deal and its underlying strategies will make our food system in Europe more resilient in the long run. And I am therefore a bit amazed by the EPP attempt to use this crisis to undermine and delay the European Green Deal, the Farm-to-fork strategy and the biodiversity strategy. We should stay on track to reach the goals we set out in the European Green Deal.

That being said, in the light of the current crisis, we need, yes, some more flexibility to ensure food supply and food security in Europe as well as outside Europe. And I fully support the EU's willingness to help third countries when necessary. Many countries, especially in Africa, are largely dependent on agricultural products like wheat from Russia and Ukraine. Supporting them and sharing our knowledge and expertise with other countries can make their food production more resilient and lower their dependence on Russia and Ukraine.

Besides temporary measures to increase our own production, we should also realise that there are other ways to improve our food system. Healthier diets, wasting less and greater biodiversity are just a few measures which can make a huge difference.

Jan Huitema (Renew). – Voorzitter, geachte commissaris, dank voor de communicatie over voedselzekerheid in de wereld, waarin de ernst van de situatie op een goede manier wordt beschreven.

Allereerst voor Oekraïne zelf: ik ben heel blij dat de communicatie voorziet in noodhulp en hulp aan Oekraïne. Ten tweede, voor voedselimporterende landen: dat wij, met onze kennis en kunde en ook noodhulp, dat de Europese Unie ook daarin hulp verschaft. En dan, als derde, voor de Europese Unie zelf: dat we gaan bekijken hoe we minder afhankelijk kunnen zijn van Rusland, van aardgas, van kunstmest en noem maar op.

Ik heb er lang voor gepleit dat we in plaats van kunstmest zo veel mogelijk organische mest zoals bijvoorbeeld dierlijke mest, maar ook de uitwerpselen van mensen in rioolslib gaan gebruiken. Eindelijk ziet de Europese Commissie ook in dat we dit moeten gaan gebruiken. Ik roep de Commissie wel op om niet te blijven hangen in onderzoek, maar nu – vandaag – ook daadwerkelijk actie te ondernemen. Want bijvoorbeeld voor het gebruik van dierlijke mest zijn die criteria – die RENURE-criteria – al gemaakt. We kunnen die morgen inzetten.

Benoît Biteau (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, la guerre en Ukraine a des répercussions immédiates sur l'alimentation planétaire. Les pays du nord de la mer Noire fournissaient près de 30 % du marché mondial des céréales. Les habitants du bassin méditerranéen sont inquiets car ils savent que le prix du pain va très fortement augmenter. Le système agricole mis en place par l'Organisation mondiale du commerce s'est effondré. Cette guerre démontre la vulnérabilité de ses logiques.

Sur le moyen terme, nous avons donc le devoir de revoir totalement ces politiques néolibérales. Sur le court terme, l'urgence est d'utiliser les céréales pour nourrir les humains. L'Europe doit privilégier l'utilisation des terres à des fins alimentaires. La priorité n'est donc pas de produire des agrocarburants, de l'agrogaz ou des aliments pour les animaux.

Il faut également soutenir financièrement les pays importateurs pour éviter à tout prix un défaut de paiement aux conséquences catastrophiques. Les paysannes et les paysans européens font face à deux défis: assurer l'alimentation de milliers de personnes tout en accélérant la lutte contre le changement climatique et l'effondrement de la biodiversité.

La Commission européenne ne doit pas céder à la panique en remettant en cause la stratégie «De la ferme à la table». Ces orientations nous permettront de réduire notre dépendance vis-à-vis des engrais russes et du soja brésilien. Aujourd'hui, elles sont encore plus importantes et pertinentes qu'hier. Elles nous rapprochent de la souveraineté alimentaire en renforçant notre autonomie et nous rendent plus résistants aux dangers extérieurs.

Thierry Mariani (ID). – Madame la Présidente, merci. Prenons garde, Monsieur le Commissaire, à ce que les sanctions européennes prises en réponse à la guerre en Ukraine et les sanctions contre la Russie n'entraînent une véritable crise alimentaire. Quand on prend des sanctions, je me pose toujours la question: est-ce qu'on évalue leurs coûts et leurs incidences?

Aujourd'hui, je voudrais simplement, dans le peu de temps que j'ai, prendre un exemple: les sanctions qu'on a prises il y a bientôt deux ans contre la Biélorussie. Quel a été leur résultat? Est-ce que le système et le régime de la Biélorussie se sont effondrés? Non. Par contre, quelle a été la principale sanction contre la Biélorussie? L'embargo sur la potasse, principale ressource de la Biélorussie. Résultat, le prix de l'engrais de potasse en 2021 a été multiplié par trois. Depuis le début de l'année, cet engrais a encore augmenté de 40 %.

En fin de compte, est-ce que la Biélorussie a perdu de l'argent? Non. Il semblerait même qu'il gagne plus, parce qu'il a réorienté son marché, parce qu'il y a une pénurie mondiale et que les prix, je le répète, ont triplé. Par contre, nos agriculteurs – j'entends le discours sur le remplacement par les engrais naturels et je suis entièrement d'accord, mais il faut du temps – payent aujourd'hui leurs engrais de synthèse trois fois plus cher. Nos consommateurs voient le prix de cet engrais répercuté sur les prix des matières qu'ils consomment.

Alors, je dis simplement: quand on prend des sanctions, essayons d'en évaluer les incidences. Il est toujours difficile de mesurer les effets politiques sur le pays qui est visé. Je ne connais pas de pays qui ait ployé à cause de sanctions. Par contre, je vois les effets pour le consommateur et pour nos agriculteurs. Excusez-moi, mais dans l'exemple que j'ai sur la potasse, c'est un échec total.

Mazaly Aguilar (ECR). – Señora presidente, señor comisario, la invasión rusa en Ucrania ha puesto de manifiesto las enormes carencias de producción agrícola europeas para asegurar el suministro de productos tan necesarios no solamente para las personas, sino también para el ganado. El encarecimiento de los precios de las materias primas está perjudicando a nuestros agricultores y ganaderos, que ven disparados sus costes de producción. Y, a todo esto, la crisis se ha visto agravada por la inmensa sequía en países como Portugal, España, Italia o Francia.

Hemos conocido hoy las medidas que ha tomado la Comisión, algunas de ellas temporalmente, como utilizar las tierras de barbecho. Pero lo que realmente debería haber hecho la Comisión era paralizar y modificar las Estrategias «De la Granja a la Mesa» y de Biodiversidad ante esta crisis que se nos presenta. Porque lo que no puede ser temporal es que la agricultura de Europa dependa de la energía o de la importación de piensos.

Nuestros agricultores saben hacer muy bien su trabajo. Dejemos que lo hagan. Hay tierras suficientes para evitar esa dependencia extrema. Pongámoslas a trabajar, aprovechemos esta oportunidad que se nos presenta para ser autosuficientes. La seguridad alimentaria es una prioridad; pero lo más urgente, señorías, lo más urgente en estos momentos es el abastecimiento, y para ello es indispensable aumentar la superficie de tierra en producción.

Eugenia Rodríguez Palop (The Left). – Señora presidenta, señor comisario, medidas excepcionales para situaciones excepcionales. El sector primario acumula pérdidas desde hace años y hoy se enfrenta a la escalada de precios del combustible, la electricidad y los fertilizantes. Una escalada que se está traduciendo ya en paros, desabastecimiento y crisis alimentaria. Había que lanzar un cabo al que agarrarse sin perder el norte y esa era la idea inicial de esta resolución hasta que el PPE ha intentado boicotearla en el último momento. Parece que se olvida de que esta situación no es solo el producto de una guerra, sino de un modelo productivo insostenible y dependiente. Dependencia energética, estructural y endémica; dependencia del mercado global y dependencia de químicos para producir alimentos porque hemos devastado nuestros territorios. Si no hubiéramos llegado tarde a los diagnósticos y a las soluciones, no seríamos tan vulnerables ni estaríamos al albur de los caprichos de un sátrapa. Así que, cuidado, porque no se trata de borrar las huellas, sino de aprender la lección. La Estrategia «de la Granja a la Mesa» no es un error que vayamos a enmendar; el error ha sido no haberla implementado mucho antes. Hoy toca estar con los agricultores, los ganaderos y los pescadores. Pero lo urgente, que lo es -y mucho-, no es incompatible con lo importante.

Dino Giarrusso (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questa guerra sciagurata e sanguinosa non può essere pagata dai cittadini europei. Dipendiamo troppo da idrocarburi e materie prime importate e dobbiamo lavorare affinché l'agricoltura europea sia presto autosufficiente e sostenibile, restando sicura per i consumatori.

Incentiviamo la produzione interna, specie di grano, mais e girasole. Diamo risorse che rendano conveniente coltivare e trasformare il prodotto qui. Smettiamo la pessima abitudine di importare sottocosto del grano di cui non sempre abbiamo certezza della qualità – leggi glifosato – per abbassare il prezzo del grano nostrano in un perverso gioco di mercato dove ci perdono gli agricoltori e ci guadagnano solo le multinazionali.

Ristoriamo chi ha subito perdite, aiutiamo chi vorrà produrre in modo virtuoso, rendendoci indipendenti dalle materie prime russe e ucraine, ma senza nemmeno pensare di utilizzare la guerra per tradire il lavoro fatto finora sul biologico, la limitazione dei pesticidi, la sostenibilità e la difesa della biodiversità.

Oggi siamo chiamati ad una grande responsabilità, abbiamo in mano il futuro di milioni di cittadini europei e dei loro figli. Non possiamo tirarci indietro né voltarci dall'altra parte.

Norbert Lins (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Staatssekretär! Die Situation in der Ukraine ist dramatisch, nicht nur für das Leben der Menschen, sondern auch für die Landwirtschaft. Die Ukrainerinnen und Ukrainer kämpfen tagsüber für ihre Freiheit und nachts für ihre Ernährungssicherheit. Niemand von uns kann sich vorstellen, welches Leid vor Ort gerade herrscht. Und wir müssen helfen – wir müssen helfen, wo wir helfen können. Auch die weltweiten Folgen des Krieges auf die Versorgungssicherheit sind bedeutend. Das Welternährungsprogramm warnt vor einer Hungerkrise, wie wir sie noch nie zuvor gesehen haben.

In der jetzigen Lage haben wir nicht die Wahl zwischen Brot und Kuchen. Viele haben verstanden, dass es jetzt darum geht, andere Weltregionen mit den notwendigen Rohstoffen zu versorgen. Wir haben eine globale Verantwortung, insbesondere für unsere Nachbarschaft. Ich begrüße deshalb die Vorschläge der Kommission, jetzt die Ernährungssicherheit und die Produktion an erste Priorität zu setzen.

Wir müssen aber auch schon an 2023 denken – nicht nur für uns, für unsere Ernährungssicherheit in Europa, sondern für unsere Partner, und gegen Putin, der Hunger als Waffe einsetzt. Ich wiederhole es zum Schluss noch einmal: Jede Tonne Weizen in Europa, die mehr angebaut wird, ist eine Tonne gegen Putin und für die Demokratie und Freiheit.

Clara Aguilera (S&D). – Señora presidenta, señor comisario, estamos ante un debate en el que queríamos solicitar la urgencia de un plan de acción ante la invasión de Rusia en Ucrania. Lo primero, obviamente, es atender la demanda humanitaria, por supuesto, de los ucranianos; pero, en segundo lugar, tenemos que garantizar el abastecimiento de alimentos en Europa, por supuesto, y también en el resto del mundo. Y, por eso, bienvenido sea este plan de medidas de la Comisión, que va en la línea acertada.

Felicitó a la Comisión por haber presentado algunas medidas interesantes, como que las zonas CIEM se pongan en producción, como que se active la reserva de crisis. Probablemente habrá que activar más medidas, señor comisario, para todos los sectores: agricultores, pescadores, ganaderos y acuicultores. Los cuatro sectores están afectados por igual y, por lo tanto, debemos garantizar ese abastecimiento.

Aquí el problema son los precios y los costes que están sufriendo los agricultores, que hacen insostenibles las explotaciones. Si no ayudamos a los agricultores, si no ayudamos a los pescadores, si no ayudamos a los ganaderos ni a los acuicultores, probablemente abandonen sus explotaciones y abandonen sus embarcaciones, porque no se puede continuar con los costes de producción actuales. Por lo tanto, yo creo que son un buen abanico de medidas, pero habrá que tomar más.

Y ahora les expongo una cuestión sobre la propuesta de Resolución: es necesario que unánimemente aprobemos la propuesta de Resolución mañana, que se sumen los grupos que no se han sumado a la firma y que dejemos otras cosas atrás. Aquí no se trata de cuestionar el Pacto Verde Europeo, sino de aumentar la flexibilidad para atender los requisitos del abastecimiento alimentario; lo demás son estrategias políticas en las que no debemos caer.

Pierre Karleskind (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre – vous remarquez que les micros fonctionnent mieux à Strasbourg qu'à Bruxelles et que l'on est mieux dans l'hémicycle strasbourgeois –, chers collègues, Monsieur le Commissaire, vous avez évoqué la pêche dans votre propos liminaire, Monsieur le Ministre également. Quand on parle de souveraineté alimentaire, il ne faut pas oublier que 70 % des produits de la mer que nous consommons dans l'Union européenne sont importés. Autrement dit, la souveraineté alimentaire sur ces produits est une conquête pour l'Union européenne.

Pourquoi aider les pêcheurs? Pourquoi aider les agriculteurs? Eh bien, c'est très simple: à chaque fois qu'un pêcheur renonce à aller pêcher – et c'est le cas en ce moment: les bateaux de pêche restent à quai, car ils ne peuvent plus être rémunérés correctement – à chaque fois, nous augmentons les importations. Quand nous augmentons les importations, nous allons cibler éventuellement des poissons, des produits de la mer qui pourraient nourrir des populations ailleurs dans le monde.

Au moment où nous craignons la hausse de la faim dans le monde, nous ne pouvons pas, nous, Européens, nous permettre que nos pêcheurs restent à quai. La pêche est au cœur de notre alimentation, et c'est pour cela que nous devons nous engager derrière elle.

Eleonora Evi (Verts/ALE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questa guerra sta già oggi provocando fame, speculazione e prezzi da capogiro. Le famiglie più fragili sono quelle più a rischio. Ma questo Parlamento, la Commissione e i governi di che cosa si stanno preoccupando? Di dare da mangiare agli animali negli allevamenti intensivi!

Il 70 % dei terreni agricoli europei è destinato già oggi alla produzione di mangimi e ciononostante importiamo continuamente mangimi, quasi tutti OGM, dai paesi terzi, alimentando l'ennesima dipendenza strutturale dopo quella del gas. Il problema dovrebbe essere evidente: sovrapproduzione e consumo eccessivo di prodotti animali, cibo che peraltro per oltre un terzo diventa rifiuto.

Per continuare tutto ciò oggi si vuole andare a coltivare anche nelle aree di interesse ecologico, usare più pesticidi, allentare e ritardare l'attuazione delle strategie «Farm to Fork» e sulla biodiversità. Non a caso è già stata posticipata la tanto attesa legge sul ripristino della natura. Non è quindi il momento di cedere alle lobby dell'agro-chimica, ma di ripensare profondamente il nostro modello alimentare.

Nicolaus Fest (ID). – Frau Präsidentin! Wir reden heute über die Folgen des völkerrechtswidrigen russischen Einmarschs in die Ukraine für unsere Nahrungsmittelsicherheit und damit über die EU-Agrarpolitik. Glücklicherweise waren wir mit der wie bekannt nie – zu viele Subventionen, zu viel bürokratische Kontrolle aus Brüssel und natürlich viel zu teuer für den Steuerzahler. Jüngst kamen noch grüne Lifestyle-Ideen wie Greening oder die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ hinzu.

Meine Damen und Herren, es ist wirklich eine Schande, dass erst der Krieg Ihnen die Augen öffnen musste und dass wir erst jetzt auf ein Ende der Politik hoffen dürfen, die Bauern mit Zuschüssen dafür belohnte, dass sie ihr Ackerland gerade nicht bewirtschaften. Jahrelang hat die Kommission, unterstützt von diesem Haus und von vielen Linken und Grünen, auf nationaler Ebene alles getan, um Lebensmittel teurer zu machen. Der deutsche Landwirtschaftsminister – natürlich ein Grüner – forderte noch im Dezember höhere Lebensmittelpreise. Nun fürchten und beklagen Sie und er genau die. Wie unglaublich kann man eigentlich noch werden? Es brauchte einen Krieg, damit Sie endlich aus Ihren globalen und – wie wir heute wissen – sicherheits- und sozialpolitisch unverantwortlichen Agrarräumen aufwachen.

Deshalb meine Bitte: Reformieren Sie endlich die Agrarpolitik! Akzeptieren Sie endlich moderne Produktionsmethoden! Unsere Änderungsanträge liegen auf dem Tisch.

Krzysztof Jurgiel (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzy! Uzgodniony wspólny tekst rezolucji, który będzie głosowany jutro, posiada poważne mankamenty. Z jednej strony wskazuje na potrzebę dodatkowej elastyczności w nowej WPR i zwiększenia produkcji żywności na obszarze Unii Europejskiej, a z drugiej z uporem lansuje cele Zielonego Ładu, zwłaszcza w strategii „Od pola do stołu”. Tych dwóch kierunków, Szanowni Państwo, nie da się pogodzić.

Pozytywne i oczekiwane przez rolników są następujące elementy, zgłoszone przez komisarza Janusza Wojciechowskiego: po pierwsze, interwencja na rynku wieprzowiny, po drugie, wykorzystanie rezerwy kryzysowej; po trzecie, czasowe zawieszenie przewidzianego w ramach Zielonego Ładu obowiązku odłogowania i umożliwienie państwom członkowskim wypłacania rolnikom pomocy do zakupu nawozów.

Ponadto w tekście wyraźnie widać typowe dla instytucji europejskich stosowanie podwójnych standardów dla państw członkowskich. Jedynym krajem krytykowanym imiennie są Węgry, ale w całym tekście ani razu nie pada nazwa Nord Stream 2. Ciągłe mamy „Europę lepszych i gorszych”.

Luke Ming Flanagan (The Left). – Madam President, short-sightedness put us in this position and it certainly won't get us out of it. The sustainable path was always to produce our food with inputs that are also produced within EU boundaries we control and regulate. We haven't done that. We became massively dependent on imports of basic inputs such as feed, fertiliser and energy – dependent in many cases on despots. You knew this and you let it happen. Now that this supposedly bullet-proof system has collapsed, the very people who created a model dependent on imported inputs are now telling us that the solution to our current crisis is to exhibit even more short-sightedness.

You are now saying that we must destroy ecological focus areas in order to feed the world. I can't go along with such a lie. 62% of the grain in the EU is fed to animals, only 23% to humans. So growing more grain is not about feeding the world. It's about feeding an intensive meat industry system that isn't fit for purpose.

Instead, here today, we should be supporting sustainable livestock production, such as extensively reared suckler beef. We're not though. Why? Because even at a time of war, you're being led by the nose, by industry. Disgrace!

Ivan Vilibor Sinčić (NI). – Poštovana predsjedavajuća, problemi s hranom nastali su daleko prije rata u Ukrajini tako što se malim zemljama uz pomoć njihovih marionetskih vlada uništavala domaća proizvodnja i poljoprivreda da bi bogate zemlje svoje otpatke, viškove i nekvalitetnu hranu koja ne zadovoljava standarde ni za hranu za životinje izvozila u zemlje periferije kontinenta.

Ljudi obolijevaju od hrane koju u razvijenim zemljama ne želite davati niti kućnim ljubimcima. Hrvatska je po oboljenju od raka na samom vrhu, a ovakva hrana koja nam se plasira jedan je od glavnih razloga tome.

Pozivam građane Hrvatske, ali i svih drugih zemalja, da odbace takvu politiku, da odbace takve političare, da pogledaju svoju djecu i zamisle se za vrijednost njihovih života i budućnosti. Još uvijek imamo šanse spasiti svoje poljoprivrede, svoje djedovine, svoje domovine.

Mi, kao građani periferije Europe, nismo ničiji pokusni kunići za proizvode loše kvalitete. Mi imamo svoja prava i pozivam sve građane da se zajedno izborimo i od malih zemalja stvorimo velike jer Hrvatska ima sve predispozicije biti uspješna i hranom samodostatna zemlja koja ima kapacitete na svojim plodnim poljima hraniti 30 milijuna ljudi umjesto da strahujemo hoćemo li ostati gladni.

Juan Ignacio Zoido Álvarez (PPE). – Señora presidenta, la invasión de Putin ha despertado a muchos europeos de su sueño de bienestar y de abundancia y nos ha devuelto a la realidad. Los europeos hemos tenido que reordenar nuestras prioridades a marchas forzadas para preocuparnos de la cosa del comer, literalmente. A día de hoy, el suministro de alimentos para millones de europeos no está garantizado. Y no solamente para los europeos, tampoco lo está para los millones de refugiados ucranianos que están llegando a nuestros países, para los millones de ucranianos que resisten en ciudades devastadas ni para los millones de habitantes del norte de África que dependían de los cereales rusos y ucranianos para sobrevivir.

Como la gran potencia agroalimentaria que somos, los europeos tenemos la responsabilidad histórica de garantizar el alimento de todos. Pero para lograrlo necesitamos que nuestros agricultores, nuestros ganaderos y nuestra industria produzcan al máximo rendimiento. Por eso, no podemos atarlos de pies y manos con normativas que restrinjan su capacidad productiva. Por eso, no podemos poner en riesgo nuestra seguridad alimentaria con alguna de las iniciativas recogidas en el Pacto Verde Europeo.

Maria Noichl (S&D). – Frau Präsidentin! Ich glaube, wir sind uns einig: Menschen, Institutionen, große Firmen, die Krieg ausnutzen – das ist verachtenswert! Es ist verachtenswert, Krieg dazu zu benutzen, sich eigene Vorteile zu verschaffen.

Aber ich möchte es hier in dem Hause auch mal ganz, ganz deutlich sagen: Es ist verachtenswert von der EVP, den Krieg auszunutzen, um die eigene Agenda in Sachen Agrar auszudrücken. Es ist verachtenswert! Dieses Wort möchte ich hier nennen, denn es geht genau um eines: Sie setzen Ihre alte Agenda – Ihre Agenda „Pestizide auf ökologische Vorrangflächen“, Ihre alte Agenda „Immer mehr Fleisch“, Ihre alte Agenda gegen den *Green Deal*, Ihre alte Agenda gegen *Farm to Fork* – die setzen Sie jetzt ein im Schatten eines Krieges. Für mich als S&D-Frau ist es verachtenswert, dass Sie so etwas tun.

Und zu Ihnen, Herr Kommissar, möchte ich eines noch sagen, mit genauso harten Worten: Sie stehen hier minutenlang und sprechen über eine Überschrift – es geht um „innerhalb der EU“ und „außerhalb der EU“. Und Sie reden nicht einen Satz zum Thema Afrika, nicht einen Satz dazu, dass andere Menschen verhungern. Sie sprechen sogar davon, dass wir uns eigentlich ganz sicher fühlen können – bei uns ist alles in Ordnung, wir haben das gut im Griff. Und Sie verstehen nicht, dass andere verhungern. Sie benennen es nicht. Auch da möchte ich sagen: Das kann ich nicht verstehen. Eigentlich schätze ich Sie. Aber heute war ich sehr, sehr von Ihnen enttäuscht. Ja, es ist so! Die Situationen, so, wie wir sie heute haben, so heftige Situationen brauchen auch diese heftigen Worte.

Und ich hoffe – ich hoffe, dass die EVP bis morgen noch Zeit hat, ihre fünf Änderungsanträge, die so heftig sind, zurückzuziehen, um deutlich zu machen, dass es ihnen um die Sache geht und nicht um ihre alte Agenda.

Атидже Алиева-Вели (Renew). – Госпожо председател, безпрецедентната ситуация с войната в Украйна налага спешни, координирани и добре премерени мерки на европейско и национално ниво. Важно е незабавно да подпомогнем финансово фермерите, особено малките стопанства и животновъдите. Малките производители на храни, които се сблъскват с увеличени производствени разходи, с недостиг и високи цени на суровини. Помощ трябва и за всички хора с ниски доходи, за да бъде храната достъпна. Господин комисар, силно приветствам мерките, предложени от Комисията за осигуряване на продоволствената сигурност. Българските фермери са на ръба на фалита. Силно приканвам българските власти да предприемат незабавни мерки и да се възползват от всички инструменти, предложени от Комисията. Настоявам в този процес активно да бъдат включени и фермерите.

Erik Marquardt (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, Herr Minister! Putins Angriffskrieg ist schrecklich. Schrecklich natürlich vor allem für die Menschen in der Ukraine – aber er kann auch schnell zum Schrecken für die Schwächsten auf der Welt werden. Allein die Ukraine konnte 400 Millionen Menschen ernähren. Sie war die Kornkammer Europas. Wer dieses Land angreift, der trägt natürlich Verantwortung für das Leid der Menschen in der Ukraine. Aber er trägt eben auch Verantwortung dafür, wenn zusätzlich Millionen Menschen auf der Welt hungern und viele von ihnen sterben.

Um das zu verhindern, brauchen wir kurzfristig mehr humanitäre Hilfe und mittelfristig mehr Ergebnisse in Ernährungssicherheit und Armutsbekämpfung. Damit das gelingt, ist es gut, dass wir im Parlament hier reden, aber wir müssen eben auch investieren. Wir können nicht dabei zuschauen, wie China und Putin ihre Interessen auf dem afrikanischen Kontinent durchsetzen. Wir haben bei Putin gesehen, wo das hinführt.

Eine Minute wird noch nicht reichen, um dieses Thema – komplex, wie es ist – zu beschreiben oder die Lösung aufzuzeigen, aber vielleicht ist eine Minute Redezeit auch ganz sinnbildlich für das Thema, über das wir reden. Wir haben nicht mehr viel Zeit, müssen uns beeilen und der größte Fehler wäre, erst anzufangen, wenn es zu spät und schon vorbei ist.

Julie Lechanteux (ID). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, les conséquences des sanctions économiques et des restrictions commerciales en réaction à la guerre en Ukraine se font déjà sentir dans le monde agricole, avec une flambée des prix des matières premières, comme le blé, le soja, le colza et le maïs, mais aussi des engrais et du pétrole, qui ont une incidence sur la sécurité et la souveraineté alimentaires des nations.

Pour faire face à cette crise, il faut s'assurer de la capacité des pays à s'approvisionner, mais surtout à être indépendants. Il est donc nécessaire de revoir notre approche en matière de sécurité alimentaire afin de réduire notre dépendance à l'égard des importations de céréales, d'oléagineux, de maïs, de protéagineux et d'engrais. On comprend l'inquiétude de nos concitoyens au sujet de la disponibilité immédiate et à venir d'une alimentation suffisante, nutritive et de qualité.

Pour toutes ces raisons, nous devons agir vite afin de conjurer de possibles pénuries, en Europe, mais aussi dans les pays en développement, qui pourraient en plus créer une déstabilisation sociale et politique et engendrer de nouvelles vagues migratoires en direction de notre continent. Avec mes collègues du groupe ID, nous avons proposé à la Commission européenne la prise immédiate d'une série de mesures de prévention de perturbation des marchés et de soutien des secteurs les plus touchés par la crise, comme ceux de la viande porcine et des semences. Nous devons agir vite afin de produire davantage pour garantir notre indépendance alimentaire, en débloquant des fonds pour nos agriculteurs et pour nos éleveurs.

Milan Uhrík (NI). – Vážená pani predsedajúca, keď vidím, aký dopad začínajú mať niektoré tie sankcie na európsku ekonomiku, ako začínajú chýbať niektoré základné suroviny, ako prestávajú vyrábať fabriky, zatvárajú sa veľké automobilky, ako raketovo rastú ceny energií a potravín, tak sa vás musím spýtať, či cieľom tých protiruských sankcií má byť potrestať Ruskú federáciu alebo ekonomicky zdevastovať Európu, pretože mnohé z tých sankcií sú naozaj pripravené veľmi zle v neprospech Európy.

Hovoríme tu teraz o prichádzajúcej potravinovej kríze. Roky voláme po zásadnej reforme spoločnej poľnohospodárskej politiky Európskej únie. Neurobilo sa nič. Namiesto toho sa tu riešia nezmysly, ako počas minulého pléna, keď sa hlasovalo o chýbajúcich záchodoch pre tretie pohlavie. Preto navrhujem konštruktívne riešenie, začnime okamžite s obnovou poľnohospodárstva v strednej Európe. Je tam obrovský potenciál pre produkciu kvalitných, cenovo dostupných a zdravých potravín pre milióny ľudí. Nevyužíva sa to, nerobí sa s tým nič. Mohli by sme začať trochu myslieť konštruktívne a venovať sa konečne aj tomuto regiónu.

(Rečník súhlasil s tým, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty.)

Michaela Šojdrová (PPE), otázka položená zvednutím modrej karty. – Mám dotaz na pana Uhríka. Jsem úplně šokovaná tím, co jste tady řekl, že sankce jsou namířené proti obchodování, proti produkci v zemích Evropské unie. Vy víte velmi dobře, že to jsou sankce, které mají zabránit tomu, aby Putinův režim dál vyráběl zbraně, které zabíjejí děti, ženy, staré lidi, které ničí zemědělství v Ukrajině. Já se Vás chci zeptat, protože hovoříme o Ukrajině: Co Vy chcete udělat proto, abyste se nemusel dívat na to, jak ruská letadla bombardují ukrajinskou zemi, jak zabíjejí zemědělce, jak zabíjejí zvířata, jak zabíjejí, jak ničí nemocnici? Já se vás chci zeptat, co jste proto udělal a co pro to uděláte?

Milan Uhrík (NI), odpověď na otázku položenou zdvihnutím modrej karty. – Ďakujem, pani Šojdrová, za modrú kartu. Čo sa týka tých sankcií, samozrejme, nikto nespochybňuje to, že majú byť namierené proti Ruskej federácii. Veď je to úplne prirodzené a taký by mal byť ich účel. Ale aj z reakcií slovenských poľnohospodárov, priemyselníkov a všeobecne obchodníkov je zrejmé, že mnohé tie sankcie viac poškodzujú Európu, Európsku úniu, európsky priemysel ako samotnú Ruskú federáciu, pretože vojna stále pokračuje a európskym firmám sa prestáva dariť a takisto sa dostávajú do ekonomických ťažkostí. A uvidíme, ktorá strana vydrží dlhšie znášať túto sankčnú vojnu, či to bude Ruská federácia alebo teda Európa a európsky priemysel. To je pragmatická vec, to teraz nie je zastávanie sa Ruska alebo obhajovanie ruskej agresie, jednoducho musí niekto myslieť trochu aj racionálne. Nemôže každý len nariekať nad nešťastím, ktoré sa momentálne deje na Ukrajine, ale musíme myslieť na to, čo bude s Európou ďalej. Takže takto treba na to pozeráť do budúcnosti.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, l'attaque de la Russie contre l'Ukraine ne met pas seulement en danger la vie des Ukrainiens, elle met aussi en danger les conditions de la vie pour bien d'autres et pour longtemps en menaçant les semis et les moissons en Ukraine, mais aussi en coupant du monde une région qui produit aujourd'hui 30 % du blé mondial.

Pendant ce temps, dans nos pays, les agriculteurs et les pêcheurs sont dans une extrême difficulté à cause de la montée des prix du carburant et de toutes les matières premières, laquelle met directement en danger la poursuite de leur activité. C'est pourtant de la condition de la vie que nous parlons, et nous devons aujourd'hui redire notre soutien aux agriculteurs face aux soupçons dont ils font encore l'objet et que nous entendons encore ici.

Pour cela, il est nécessaire aussi de réviser, Monsieur le Commissaire, nos politiques en la matière. Je pense notamment à la stratégie «De la ferme à la table». Comment pouvons-nous poursuivre cette stratégie, dont le groupe d'étude de la Commission européenne lui-même dit qu'elle va faire baisser la production alimentaire européenne, augmenter les prix pour les consommateurs, diminuer le revenu pour les agriculteurs et augmenter notre dépendance à l'égard des importations mondiales? Ce serait une folie de persévérer dans cette voie.

Madame Noichl, comment pouvez-vous accuser ceux qui osent mettre sur la table ce débat pourtant nécessaire dans le moment que nous traversons? Ceux qui mettent en danger notre souveraineté, ceux qui nous rendent fragiles face à l'attaque de la Russie, ce sont ceux qui veulent faire baisser la production européenne quand nous avons besoin au contraire de la renforcer.

Paolo De Castro (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, per troppo tempo l'Europa ha ritenuto la pace, così come la sicurezza alimentare, qualcosa di acquisito. L'attacco russo nei confronti del popolo ucraino ha fatto saltare questa convinzione, con ripercussioni profonde da un punto di vista umanitario, politico, sociale ed economico.

Le misure messe in campo oggi, che raccolgono le richieste di questo Parlamento, caro Commissario, rappresentano un primo e importante segnale per i nostri produttori: l'Unione è al vostro fianco, con scelte a favore di una maggiore produttività e con la mobilitazione di 1,5 miliardi di euro a supporto dei settori più colpiti.

Non possiamo però strumentalizzare la guerra e rimettere in discussione gli obiettivi strategici fissati dal *Green Deal*. Al contrario, la rinnovata attenzione sulla sicurezza alimentare deve creare le condizioni per raggiungere una maggiore autonomia strategica dell'Unione, anche sui mercati agroalimentari.

Per vincere questa sfida serve una vera *Global Food Policy*, che superi posizioni che porterebbero alla decrescita del nostro potenziale produttivo e che renda agli agricoltori dunque un'arma formidabile per garantire cibo sufficiente, sostenibile e di qualità per tutti.

VORSITZ: NICOLA BEER

Vizepräsidentin

Jérémy Decerle (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, la guerre en Ukraine est un désastre. Les Ukrainiennes et les Ukrainiens sont sous les bombes, tués, négligés et sacrifiés à cause d'un homme fou et dangereux. Les Ukrainiennes et les Ukrainiens risquent bientôt de souffrir de faim parce que leurs champs sont devenus des théâtres d'opérations militaires.

Alors, Européens, décideurs, entreprises, chacun à son niveau, notre responsabilité est aujourd'hui d'aider l'Ukraine à se nourrir. En Europe, avec dignité et retenue, tirons au moins de cette guerre des enseignements: remettons au même niveau la souveraineté alimentaire et nos ambitions environnementales. Soyons déterminés à reconstruire enfin une Europe agricole solide, souveraine et durable.

Roman Haider (ID). – Frau Vorsitzende! Mit Russland und der Ukraine fallen zwei der größten Agrarproduzenten der Welt de facto aus. Es droht eine weltweite Lebensmittelknappheit. Und was macht die EU in dieser Situation? Sie hält stur an ihrer völlig widersinnigen Agrarstrategie *Farm to Fork* fest. Sie hält an einer Agrarstrategie fest, die die Agrarproduktion in Europa um mindestens 13 % absenken würde.

Da muss ich mich schon fragen: In welcher Realität leben Sie eigentlich hier? Ist Ihnen überhaupt bewusst, was für einen immensen Schaden Sie hier anrichten? Nicht nur in Europa – weltweit. Für die EU bedeutet das massive Preissteigerungen, soziale Verwerfungen, enorme Inflation. Für Nordafrika und für den Nahen Osten bedeutet das Lebensmittelknappheit, Hunger, Instabilität, Krieg. Wollen Sie das?

Es gibt nur einen einzigen Ausweg: Befördern Sie *Farm to Fork* dorthin, wo dieser Plan hingehört, nämlich auf den Misthaufen der abgehobenen Spinnereien. Am besten beerdigen Sie den ganzen *Green Deal* gleich mit dazu.

Daniela Rondinelli (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, gentile Commissario, l'ingiustificata ed ingiustificabile guerra di Putin contro l'Ucraina ci sta dimostrando come anche la pressione alimentare e le carestie sono armi politiche e questioni negoziali. Per questo è urgente una risposta forte e coesa dell'Unione europea.

Dobbiamo aiutare l'Ucraina, un paese a forte vocazione agricola, a non interrompere la sua produzione e a rifornirla di cibo, lavorando alla costruzione di corridoi alimentari insieme a quelli umanitari.

Dobbiamo liberare il nostro potenziale produttivo per raggiungere il massimo grado possibile di autosufficienza alimentare, ma allo stesso tempo preservando quegli obiettivi di sostenibilità sociale e ambientale che rappresentano essi stessi gli strumenti fondamentali per conseguire la nostra sovranità alimentare.

Infine, abbiamo la responsabilità di sfamare quei paesi terzi, penso per esempio a quelli dell'Africa e del Medio Oriente, che dipendono dall'agricoltura ucraina. Regioni già instabili e fragili che potrebbero diventare nuovi focolai di tensioni e conflitti dalle conseguenze imprevedibili.

Prevenire fame e carestia è in imperativo non solo morale ma anche strategico per garantire un futuro di pace per tutta l'Europa e per l'intero pianeta.

Gabriel Mato (PPE). – Señora presidenta, señor comisario, gracias por esta comunicación, especialmente por incluir a la pesca y a la acuicultura que, junto con toda la cadena de valor de los productos de la mar, son sectores fundamentales que contribuyen a la seguridad alimentaria en la Unión Europea. Muchas gracias.

Sin embargo, las medidas previstas para la pesca son claramente insuficientes. Desde hace meses, los sectores de la pesca y la acuicultura se han enfrentado a una difícil situación económica. Vemos con preocupación cómo buques de muchos Estados miembros están amarrando como consecuencia del fuerte aumento de los costes. Es hora de ejecutar acciones urgentes y no de palabras bonitas. Se necesita compensar a los operadores por la pérdida de ingresos o los costes adicionales, proporcionar ayudas al almacenamiento y compensaciones por el cese temporal de las actividades. Además, necesitamos aumentar el límite de las ayudas *de minimis* y un aumento de la flexibilidad de las cuotas interanuales.

Las circunstancias excepcionales necesitan medidas excepcionales y valientes para la agricultura, para la ganadería y también para la pesca.

Carmen Avram (S&D). – Doamnă președintă, salut rezoluția Parlamentului și planul Comisiei de salvare a sectorului agricol în acest moment de mare criză. Dar pentru securitatea alimentară, avem nevoie de și mai multe măsuri, bine calculate, ca: adaptarea la noua realitate a planurilor naționale strategice, amânarea unor prevederi care pot scădea producția, creșterea procentului de avans la subvenții, soluții viabile pentru independența totală a producției europene, ajutor pentru producătorii afectați de criza energetică și cea a îngrășămintelor și mai ales sprijin pentru statele care pot suplini golul lăsat de Ucraina pe piața agroalimentară.

România poate face asta prin culturile ei de floarea-soarelui, cereale și soia, dar, de patru ani, aflată deja în mare risc de deșertificare, țara mea se confruntă cu secetă extremă. Cu un buget de fix zero euro pentru agricultură în PNRR, România are nevoie de redeschiderea Planului, fără modificarea sumei alocate, pentru a investi în sisteme sustenabile de management al apei și în spații de depozitare a produselor agricole. Nu este un moft, este o necesitate vitală pentru asigurarea securității noastre alimentare, a țărilor cu un flux masiv de refugiați, a Uniunii și a statelor vulnerabile.

Martin Hlaváček (Renew). – Paní předsedající, pane komisaři, kolegové, před pár minutami nás zasáhla těžká zpráva. Madeleine Albrightová, první Češka, první žena v úřadu ministra zahraničí USA, která se velmi zasadila po pádu železné opony o začlenění střední a východní Evropy do demokratického světa EU a NATO, zemřela. Doufám, že tím, co tady děláme, budeme podporovat dál její odkaz.

Nacházíme se v situaci, které jsme nečelili po desetiletí. Dostupné a cenově přijatelné potraviny, které mnozí považovali za samozřejmost, jsou poprvé v reálném ohrožení. Je třeba poděkovat všem zemědělcům, kteří produkují potraviny pro naše občany. Pane komisaři, je třeba přijmout kroky, které odvrátí sociální rozklad evropské společnosti. Kombinace energetické, úrokové a potravinové inflace představuje nebezpečný koktejl pro naši jednotu a soudržnost. Děkuji Vám, že jste tak rychle zareagoval a budeme Vás všemi způsoby podporovat.

V krátkém horizontu je třeba především pomoci Ukrajincům, jejich zemědělství a maximalizovat produkci potravin v Evropě. Ve střednědobém horizontu, prosím, zvažte využít i nástroje k řízení obchodu, které Vám Smlouva poskytuje. Je třeba stabilizovat trhy, ceny komodit a zahájit transformaci, která bude v dlouhodobém horizontu řešit naši závislost na energiích, osivech a především bílkovinách.

Krzysztof Hetman (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Agresja Putina na Ukrainę ma poważne i długoterminowe konsekwencje wychodzące daleko poza samą Ukrainę, a nawet Europę. Jedną z nich jest ryzyko globalnego kryzysu żywnościowego. W zaistniałej sytuacji nie możemy mieć złudzeń – nasza polityka nie może w żaden sposób zagrozić lub ograniczyć produkcji żywności, ani stanowić dodatkowego obciążenia dla rolników. Obecnie funkcjonujące i nowo wprowadzane polityki unijne w zakresie rolnictwa muszą być w trybie pilnym poddane ocenie pod kątem ich potencjalnego wpływu na produkcję żywności i bezpieczeństwo żywnościowe.

Potrzebujemy całościowej strategii dla Unii Europejskiej w celu zapewnienia bezpiecznego łańcucha produkcji. Musimy też wykorzystać wszystkie instrumenty, jakimi dysponujemy w ramach WPR, aby ustabilizować rynki i wspierać produkcję żywności w Unii. Ważne jest także zapewnienie większej elastyczności w odniesieniu do udzielania pomocy państwa dla rolnictwa. Unia Europejska powinna też wspierać Światowy Program Żywnościowy i państwa rozwijające się w budowaniu ich zdolności i odporności. W tym trudnym czasie musimy realnie spojrzeć na ogrom stojących przed nami wyzwań i podjąć zdecydowane działania. Pustymi słowami nie nakarmimy ludzi.

Alin Mîtuța (Renew). – Doamnă președintă, domnule comisar, domnule ministru, fermierii europeni sunt îngrijorați de prețurile la combustibil, la îngrășăminte sau la furaje, iar cetățenii sunt îngrijorați, pe bună dreptate, de prețul la alimente.

În momente ca acestea, ne dăm seama cât de important este să avem o politică agricolă comună care ne asigură securitatea alimentară. Avem acum datoria să folosim toate aceste instrumente de care dispunem la nivel european și să sprijinim fermierii noștri, nu doar pentru a produce alimente pentru Uniune, dar și pentru alte regiuni dependente de exporturile din zonele de război.

Trebuie să activăm rezerva de criză pentru a ajuta fermierii să aibă acces la îngrășăminte la un preț rezonabil; trebuie să cultivăm fiecare hectar rămas nefolosit, pentru a suplini exporturile din Ucraina și din Rusia; și, nu în ultimul rând, trebuie să ajutăm Ucraina cu sprijin financiar, logistic și cu stabilirea unor coridoare alternative de transport.

Simone Schmiedtbauer (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Nahezu täglich hören wir Berichte – Ukraine, die Kornkammer Europas, und darüber hinaus. Wir wissen, die Ukraine und Russland gemeinsam machen über 30 % des weltweiten Handels mit Weizen, über 32 % mit Gerste, über 17 % mit Mais und gar über 50 % mit Sonnenblumen aus. Diese Mengen wird es dieses Jahr nicht mehr am Weltmarkt geben, und auch nächstes Jahr nicht. Sämtliche Rahmenbedingungen haben sich vollkommen verändert, und so ist es höchste Zeit für unseren Entschließungsantrag. Europa hat eine Verantwortung. Europa hat eine Verpflichtung. Nicht nur seinen Bürgerinnen und Bürgern gegenüber, sondern auch über die Grenzen Europas hinaus.

Drei Punkte: Die EU-Gesetzespakete für den Agrarsektor, *Farm to Fork* und die Biodiversitätsstrategie müssen vollkommen neu bewertet werden. Produktionseinschränkungen sind heute fehl am Platz. Wir brauchen echte Unterstützung für europäische Landwirte, die trotz der exorbitant hohen Futtermittel-, Dünger- und Spritpreise tagtäglich für unsere Ernährungssicherheit im Einsatz sind. Wir brauchen frisches Geld – nicht aus der Krisenreserve, denn dann bezahlen wir uns diese Krise selbst. Und drittens: Gratulation an die Kommission! Rund 4 Millionen Hektar stillgelegte Anbauflächen wurden für den Anbau freigegeben. Das ist ein Beitrag zur Ernährungssicherheit.

María Soraya Rodríguez Ramos (Renew). – Señora presidenta, señor comisario, esta ilegal y criminal invasión de Ucrania va a generar una situación de inseguridad alimentaria a miles y miles de kilómetros de la guerra. Muchos países que viven hoy ya de la ayuda alimentaria van a ver deteriorada su situación y países de renta baja que dependen en gran medida de la importación de alimentos también.

En la Unión Europea nuestra situación es que somos autosuficientes en muchísimos productos. Exportamos trigo, pero dependemos de insumos como fertilizantes, plaguicidas o combustibles fósiles que han incrementado muchísimo la producción. Por eso, nuestros agricultores necesitan medidas excepcionales, flexibles, rápidas y temporales para ayudarles a producir, pero, desde luego, sin comprometer la hoja de ruta del Pacto Verde Europeo, que va a evitar el deterioro de nuestros ecosistemas y de la biodiversidad y va a hacer indudablemente que la agricultura europea sea mucho más sostenible, resiliente y, desde luego, independiente.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Voorzitter, ik ben het eens met de resolutie en roep het Parlement op om de amendementen van de EVP-Fractie te steunen. Dat vraag ik ook aan de commissaris.

Geen goede landbouwgrond meer naar natuur! De “van boer naar bord”- strategie en de biodiversiteitsstrategie ondermijnen de voedselproductie. Dat horen we overal. Deze moeten snel de ijskast in. De doelstellingen moeten heroverwogen worden.

Het is tijd om in te zetten op innovatie: dat is toch Europa? Om groene kunstmestvervangers uit verwerkte dierlijke mest volledig toe te staan. Ik wacht daar al 35 jaar op. Roept u commissaris Timmermans op om dit een keer te realiseren? Dit is noodzakelijk om onze onafhankelijkheid van CO₂-intensieve en peperdure chemische kunstmest te verminderen en om daarnaast biogas als alternatieve energiebron te benutten. Dat is heel belangrijk.

Het is tijd om de voedselproductie in onze Europese landen op te voeren. We moeten nu onze boeren, tuinders en vissers steunen om dit te realiseren.

Tot slot moet Europa er alles aan doen om het huidige zaad- en pootgoedseizoen in Oekraïne te redden, zoals de Oekraïense minister van Landbouw ons gevraagd heeft. Europa is vrede, voldoende voedsel, maar ook innovatie. Laten we aan het werk gaan.

Álvaro Amaro (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Comissário, Caras e Caros Colegas, não deveria ser por razões desta guerra absurda, mas sim pela justiça para com os agricultores, que são homens e mulheres que querem produzir respeitando as boas práticas ambientais. Mas a verdade é que a agricultura, a segurança e a soberania alimentar vieram para a agenda política por essas razões que não deviam existir. Razões que nos levam também a que hoje possamos encarar a realidade e deixarmos-nos de ideologias e de combate ideológico que não faz nenhum sentido.

O PPE, naturalmente, tem que defender os agricultores europeus. Nós temos de produzir mais porque a Europa tem que alimentar mais. E Senhora Presidente, Senhor Comissário, situações excecionais exigem medidas excecionais.

Por isso lhe proponho: a Comissão deve rever os objetivos e os prazos das Estratégias do Prado ao Prato e da Biodiversidade. Rever os prazos, não acabar. Suspender os processos legislativos. E por último, Senhor Comissário, reforce, mas faça chegar com toda a urgência, os apoios aos agricultores.

Marlene Mortler (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kollegen! Als dieser brutale Krieg mitten in Europa begann, war die erste Reaktion eines Vertreters der Kommission: Putin will vom Klimaproblem ablenken, und: das Parlament missbrauche den Putin-Krieg, weil es nach mehr Produktion rufe. Ich sage Ihnen klar: Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun. Und unsere reale Welt ist keine heile Welt. Deshalb ist es unsere Pflicht, humanitäre Hilfe zu leisten. Und die Tränen des ukrainischen Agrarministers gestern waren nicht nur echt, sie waren ein echter Hilferuf.

Unsere Bäuerinnen und Bauern in Europa stehen in den Startlöchern, um mitzuhelfen. Deshalb begrüße ich alle Maßnahmen, die jetzt und in Zukunft beschlossen werden, um unsere Potenziale und unseren Beitrag zur Ernährungssicherung für die Menschen in der Ukraine und für hungernde Menschen weltweit zu leisten. Das ist nachhaltige Politik. Danke allen politischen Kräften für Ihre Einsicht und Weitsicht.

Benoît Lutgen (PPE). – Madame la Présidente, chers collègues, il y a quinze jours, j'étais en Ukraine. Dois-je vous avouer que je suis parfois gêné d'entendre certaines positions ici, gêné des tergiversations de certains alors que l'heure devrait être à la mobilisation pour produire? Nous savons que les capacités de production, de stockage et d'exportation de l'Ukraine sont soit mises à mal, soit détruites aujourd'hui. Nous savons aussi que les risques de la guerre et de sa continuité apporteront peut-être demain des catastrophes encore plus importantes.

Pendant ce temps-là, certains tergiversent. Oui, nous devons produire et utiliser chaque centimètre carré cette année pour faire en sorte que la production soit suffisante. Nous le devons aux Ukrainiens, à nos agriculteurs et à nos consommateurs, pour qu'ils puissent encore se nourrir demain à un prix décent. Nous le devons aussi aux Somaliens, aux Égyptiens et à tous ceux qui, effectivement, auront besoin de notre nourriture demain pour pouvoir s'alimenter, tout simplement, et faire face à leurs besoins. Alors oui, l'heure n'est pas aux tergiversations, l'heure est à la production et à la mobilisation générale. Je pense qu'on ferait bien de s'inspirer de cette force et de cette volonté qui existent en Ukraine.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, dámy a pánové, je velmi těžké mluvit v této chvíli, zatímco na Ukrajině umírají a trpí lidé.

Pane komisaři, podpořme ukrajinské zemědělce! Ale je těžké v tuto chvíli hospodařit, když Putin zabíjí zemědělce, zabíjí lidi, bombarduje jejich pole, ničí infrastrukturu. Víme, že skutečným opatřením je zastavení Putinovy agrese. Zastavení financování Putinovy armády z našich peněz za plyn a ropu. Víme, ale nekonáme. Samozřejmě také víme, že po letošní sklizni bude chybět 30 % světového obchodu pšenice a ječmene z Ukrajiny. Proto považujeme zajištění dostatečné zemědělské produkce a potravin za naši povinnost nejen vůči našim občanům, ale i vůči Ukrajině. Musíme zemědělce podpořit. Musíme k tomu využít maximum půdy a prostředků. Pokles produkce v tuto chvíli o 10 % podle *Farm to Fork* si prostě nemůžeme dovolit. Proto, pane komisaři, konejte!

Spontane Wortmeldungen

Salvatore De Meo (PPE). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, questa guerra ingiusta e ingiustificabile sta mettendo in crisi le nostre filiere produttive e la nostra autonomia alimentare. La guerra è un evento eccezionale e straordinario, rispetto al quale l'Europa deve agire e reagire con misure altrettanto eccezionali e straordinarie, sia per favorirne la cessazione sia per difendere la nostra sicurezza produttiva alimentare.

Mentre si costruisce una strategia di lungo termine per la nostra autonomia, dobbiamo avere il coraggio di riconoscere che le varie strategie di sostenibilità precedenti alla guerra in Ucraina devono essere contestualizzate. E quindi necessario capire come rimodulare ogni iniziativa che possa incidere sulla capacità produttiva europea e adeguare le nostre strategie alla luce delle criticità emerse.

Nessuno intende rinunciare ad un'agricoltura più sostenibile e rispettosa dell'ambiente, ma bisogna essere pragmatici. La sostenibilità ambientale non può prescindere da quella economica se vogliamo rendere le nostre aziende più competitive per raggiungere il risultato che noi abbiamo posto come ambizioso e vogliamo raggiungere.

Barry Andrews (Renew). – Madam President, the issue of food security is the reason why Putin's invasion of Ukraine is on the verge of becoming the most disastrous geopolitical moment in modern history.

A group of states already on the edge of famine are totally dependent on Ukraine and Russian exports. Even for the more commercially independent, the rise in global energy and food prices will push citizens over the edge. We should remember that the last food crisis in 2007-2008 resulted in riots in 40 countries across the world.

The resolution correctly diagnoses the seriousness of the situation in the EU, but we have to understand how much more serious the situation is for the developing world.

In Europe, one of the most food-secure regions in the world, it's about balancing, on the one hand, the need to increase production, while retaining our gains on climate targets. It's a question of managing disruption, of managing price pressures. But in the developing world, it is a question, sadly, of life and death.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Gerbiama Pirmininke, gerbiami kolegos, iš tikrųjų, visi turbūt suprantame, kad Ukrainai šiandien reikia taikos. Tai yra tai, ko reikia labiausiai. Tačiau karas paveikė ir kitas sritis. Ir, iš tikrųjų, jeigu Ukrainoje trūks maisto produktų, tai trūks jų ir pasaulyje, todėl turime dėti visas pastangas, turime girdėti, ką sako Ukraina, kad padėtume jiems kuo daugiau pasėti. Toks dabar laikas, nėra kada laukti. Ir, iš tikrųjų, kuo daugiau Ukraina pasės, tuo turėsime daugiau galimybių mes čia Europoje vykdyti savo įvairias programas. Ir antras dalykas, turime padėti eksporto keliams. Pagrindinis eksporto šaltinis iš Ukrainos yra jūrinis – uostai. Uostai yra okupuoti, užminuoti ir šiandien negali vykdyti veiklos. Tai irgi turim atkreipti dėmesį ir padėti. Net jeigu užauginsime, neturėsime galimybės išvežti.

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca! Chciałem podziękować panu komisarzowi za powrót do naturalnego rolnictwa, bo sytuacja jest bardzo poważna. Musimy przecież odtworzyć małe naturalne gospodarstwa rolne, które zostały zniszczone w ostatnich latach przez wielkie mafie producentów żywnościowych działających na skalę przemysłową. Musimy do tego powrócić i musimy też uderzyć się w piersi, bo co dzisiaj widzimy na łąkach europejskich? Zamiast krów i owiec widzimy wielkie ściółki farm solarnych. Ponad lasami wyrastają dzisiaj farmy wiatrowe. Tego ekolodzy nie widzą. Tego Zieloni nie widzą.

Myślałem, że dzisiaj Zieloni pomogą nam odpowiedzieć na pytanie, co zrobić? Usłyszałem tylko, że trzeba mniej jeść i wtedy będzie lepiej. Proszę państwa, mamy problem z zatrzymaniem wody. W tej chwili ekolodzy przeszkadzają w budowie zbiorników wodnych dla rolników, a ta woda jest potrzebna do produkcji żywności. I moje pytanie na koniec do pana komisarza: czy nie będzie jakiegoś zakłócenia dla tych rolników, którzy produkują biomasę? Czy da się to pogodzić w tej trudnej sytuacji?

Franc Bogovič (PPE). – Ukrajinska nesreča. Agresija Rusije je 27. februarja razblinila evropske sanje, da bodo za našo varnost skrbeli v Natu in pa Združenih državah Amerike, da bomo imeli energetska varnost zagotovljeno v Rusiji, in tudi pri prehranski varnosti, ki je bolj poskrbljena kot prvi dve varnosti, vidimo, kako smo odvisni od trga Ukrajine in pa tudi Rusije.

Že pred to vojno smo videli velike podražitve tako na eni strani energije, posledično gnojil, pomanjkanje tudi nabave gnojil, zato je bila prehranska varnost ogrožena že prej.

Ta kriza pa zagotovo zahteva od nas to, kar je predlagala Komisija – da sprejmemo odločne ukrepe, da zagotovimo čim večjo proizvodnjo v letošnjem letu. In tudi to, kar smo zapisali v strategijo, da se temeljito razmisli o vplivih teh strategij, ki so na naši mizi.

Če nismo dobili prej presoje vplivov, kaj te strategije pomenijo, ko bi jih morali dobiti, je sedaj čas, da o tem resno razmislimo. Hvala.

Irène Tolleret (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, nous devons collectivement, ici et maintenant, être au rendez-vous des besoins de l'Ukraine et des Ukrainiens. Nous devons nourrir les réfugiés, nourrir leurs enfants, les éduquer, les éduquer aussi à rebâtir leur pays. Nous devons envoyer de la nourriture en Ukraine. Nous devons aussi aider l'Ukraine, comme cela a été demandé hier, à faire ses récoltes. Il est important que nous mettions en place les couloirs verts qui ont été demandés et que nous fournissions tous les produits pour aider l'Ukraine à manger.

Cette guerre a des conséquences dans notre Union et elle révèle nos faiblesses. Cette guerre révèle notre dépendance énergétique. Elle révèle aussi notre dépendance vis-à-vis de pays tiers pour la nourriture animale. Il est important que nous gagnions en souveraineté en investissant. Nous le devons à l'Ukraine et au monde.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señora presidenta, nuestro sector pesquero se enfrenta en estos momentos a una situación también dramática: los precios de los combustibles y de la logística están disparados e impiden que la flota salga a faenar. La Unión Europea debe adoptar soluciones ambiciosas de manera urgente para mitigar el impacto económico en la pesca y la acuicultura de la trágica guerra de Ucrania.

El umbral de las ayudas de Estado, las conocidas como «ayudas de minimis», debe incrementarse hasta los 500 000 euros por buque y se debe movilizar de forma urgente la financiación del nuevo Fondo Europeo Marítimo y de Pesca para compensar a los operadores. Además, mi grupo, el Popular, ha presentado una enmienda a la propuesta de Resolución que votaremos mañana para reclamar una reforma legislativa que permita que este Fondo pueda también dar ayuda a la emergencia en tiempos de crisis. Por otra parte, ante un escenario de paros generalizados, deberíamos aumentar hasta el 25 % la flexibilidad interanual de las cuotas pesqueras.

En cualquier caso, las soluciones no deben venir exclusivamente de Bruselas. Los Gobiernos de los Estados miembros tienen también la responsabilidad de apoyar a la cadena mar-industria en estos momentos realmente críticos.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Janusz Wojciechowski, Członek Komisji. – Pani Przewodnicząca! Rozmawiamy rzeczywiście w wyjątkowo dramatycznych okolicznościach, których sobie do niedawna nie wyobrażaliśmy. Kiedy dwa dni temu, w poniedziałek, mieliśmy posiedzenie Rady i występował ukraiński minister rolnictwa, mówił o tym, że jego dwóch przyjaciół, rolników pracujących w polu, zginęło w czasie prac polowych, a w pewnym momencie wystąpienie ukraińskiego ministra zostało przerwane alarmem bombowym, który miał miejsce w Kijowie. Takiej sytuacji, z małymi wyjątkami, Europa nie знаła od 1945 roku. To się zdarzyło w latach 70-tych na Cyprze, to się zdarzyło w latach 90-tych w krajach byłej Jugosławii i to wreszcie spotkało Ukrainę.

Państwo, które jest znane od kilku wieków co najmniej ze swoich imperialnych skłonności, zaatakowało Ukrainę, czyli kraj, który jest ważnym producentem rolnym. Niszczy infrastrukturę tego kraju, zablokowało porty, uniemożliwiło eksport dziesiątek milionów ton zbóż tak ważnych dla bezpieczeństwa żywnościowego na całym świecie. Padł zarzut, że nie mówiłem o Afryce. Mam wrażenie, że wymienilem Afrykę wśród tych regionów, które są dotknięte skutkami tej sytuacji.

Co Unia Europejska w tej sytuacji może zrobić? Oczywiście pomagamy Ukrainie w różny sposób, także w tej dziedzinie. Przede wszystkim trwa wielki wysiłek, żeby pomóc uchodźcom – to jest wielki wysiłek Europejczyków (dwa czy ponad trzy miliony uchodźców przybyłych w ciągu trzech tygodni). W wielkim kryzysie migracyjnym w 2015 roku było milion osiemset tysięcy migrantów w ciągu całego roku. Wielki szacunek dla wszystkich, którzy pomagają uchodźcom. Ponad 2 miliony uchodźców jest w kraju najlepiej mi znanym, w moim ojczystym kraju, w Polsce. Pomagamy rolnikom ukraińskim, zdając sobie sprawę z tego, jak ważni są dla bezpieczeństwa żywnościowego, jak ważna jest ich praca. Oni bronią nie tylko własnych pól, ale bezpieczeństwa żywnościowego w szerszym światowym wymiarze.

Dostarczamy paliwo. Polska jest gotowa dostarczyć i już dostarcza paliwo ukraińskim rolnikom, a Unia Europejska, Komisja Europejska jest gotowa ponieść skutki finansowe tych dostaw – i to jest bardzo ważne i stąd zmiany i te, które prezentowałem w pierwszym moim wystąpieniu i które są zawarte w tym komunikacie. W sytuacji, kiedy o kilkadziesiąt milionów ton zmniejszy się podaż żywności na świecie (już to wiemy), zablokowana Ukraina jako ofiara agresji i w dużej mierze zablokowana Rosja jako sprawca agresji, czy możemy pozwolić sobie na to, żeby ziemie w Unii Europejskiej, 4 miliony hektarów ziemi zdolnej do produkcji, nie produkowało? Nie, to nie byłoby rozsądne. To byłoby sprzeczne z racjonalnością i troską o bezpieczeństwo żywnościowe. I dlatego ta zmiana została zaproponowana i myślę, że większość z Państwa występujących w tej debacie podeszło do tego ze zrozumieniem.

Duża część dyskusji dotyczyła właśnie bezpieczeństwa żywnościowego. Przypomnę tylko, że w strategii „od pola do stołu” jest wyraźnie zapisane (sam o to wnosiłem, żeby taki zapis się w niej znalazł) że mamy monitorować wpływ realizacji tej strategii na bezpieczeństwo żywnościowe – podobnie jest zresztą w strategii bioróżnorodności. I mamy do czynienia właśnie z taką sytuacją, że musimy zareagować na te elementy strategii, które mogą mieć negatywny wpływ na bezpieczeństwo żywnościowe. Odłogowanie właśnie w tym momencie taki wpływ ma i dlatego trzeba było to zrobić, to znaczy pozwolić na produkcję na obszarach dotychczas ugorowanych.

Natomiast inne elementy strategii, w moim głębokim przekonaniu, mają wręcz pozytywny wpływ na bezpieczeństwo żywnościowe: rolnictwo węglowe i wielkie plany jego rozwoju, wspieranie rolników w praktykach korzystnych dla środowiska, ale też korzystnych dla gleby, dla klimatu – to jest pozytywny wpływ na bezpieczeństwo żywnościowe – czy krótkie łańcuchy dostaw, które mają zdecydowanie pozytywny wpływ na bezpieczeństwo żywnościowe, są wręcz niezbędne dla tego bezpieczeństwa, czy rolnictwo precyzyjne, które ma absolutnie pozytywny wpływ na bezpieczeństwo żywnościowe. Dobrostan zwierząt – każdy rolnik wie, że w produkcji zwierzęcej dobrostan przynosi lepszą produkcję, a brak dobrostanu przynosi straty. To każdy rolnik wie, więc nie ma powodu, aby od tych elementów, które mają pozytywny wpływ na produkcję, odstępować. W związku z tym nie mogę zgodzić się z wypowiedziami, które mówią, żeby tę strategię wyrzucić do kosza. Nie, trzeba monitorować, oceniać wpływ na bezpieczeństwo żywnościowe, a wiele elementów tych strategii ma bardzo pozytywny wpływ na bezpieczeństwo żywnościowe. Polityka rolna staje się polityką bezpieczeństwa. Do tej pory sobie z tego nie zdawaliśmy w pełni sprawy, że na równi z polityką obronną, z polityką energetyczną, a może nawet w niektórych elementach bardziej, nie da się żyć bez żywności i musimy tę politykę tak traktować.

Tu nawiążę, przepraszam, że nie odniosę się oczywiście szczegółowo do wypowiedzi, ale pan Dorfmann o tym wspominał, i kilku innych mówców, między innymi pan Lins, że potrzebujemy więcej funduszy. To nie jest rolą komisarza takie postulaty zgłaszać tu w tym momencie, ale na tę politykę bezpieczeństwa żywnościowego, na Wspólną Politykę Rolną, wielką politykę bezpieczeństwa żywnościowego dzisiaj wydajemy około 0,3% produktu krajowego brutto Unii Europejskiej. Te 58 miliardów euro, które rocznie wydajemy na WPR, w porównaniu z 15 bilionami euro produktu krajowego brutto Unii Europejskiej, no to jest właśnie tyle. Myślę, że trzeba się głęboko nad tym zastanowić. Jeśli chcemy mieć bezpieczeństwo żywnościowe, zapewnić fundamentalne bezpieczeństwo żywnościowe, musimy zwiększyć możliwości naszego działania w tym obszarze.

Pani Przewodnicząca, Szanowni Państwo, bardzo dziękuję. Ta debata była bardzo potrzebna i oczywiście to jest początek wysiłków na rzecz wzmocnienia bezpieczeństwa żywnościowego. Dziękuję za debatę, ale dziękuję przede wszystkim za inspirację do decyzji, które już podjęliśmy w ramach Komisji. Myślę, że odniosą one skutek w tym krótkoterminowym wymiarze, a w dłuższym – musimy głęboko rzeczywiście przemyśleć naszą strategię działania nad tym, żeby Europa była bezpieczna pod względem żywnościowym i żeby miała też pozytywny wpływ na bezpieczeństwo żywnościowe na świecie.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, Mesdames et Messieurs les Députés, je serai bref pour simplement ajouter quelques remarques au nom de la présidence. La double responsabilité européenne que j'évoquais en introduction à ce débat est, je crois, largement partagée au-delà des nuances et des différences d'expression qui ont eu lieu, et je crois qu'elle est partagée au sein du Conseil: à la fois produire une alimentation suffisante et de qualité pour les Européennes et les Européens – c'est notre devoir, que nous ne devons jamais perdre de vue, et la première fonction de cette politique agricole – et avoir une capacité de production qui nous mette en situation d'assumer la solidarité internationale qui est indispensable aujourd'hui – nous le disions, et beaucoup d'entre vous l'ont relevé.

La réponse est la même face à ces deux responsabilités: produire en Europe, conformément aux règles, aux standards et aux normes que nous avons définis. Je crois qu'il n'y a pas de contradiction, cela a été dit par plusieurs intervenants, entre cette fonction nourricière et une politique agricole qui contribue évidemment à la transition écologique. Les agriculteurs sont les premiers acteurs de la lutte contre le changement climatique, et je crois qu'il n'y a pas de choix européen à faire entre ces deux impératifs.

Il faut sans doute discuter – ce sera aussi évoqué au cours du Conseil européen et des conseils des ministres de l'agriculture, à nouveau – des ajustements pragmatiques, le cas échéant, pour tenir compte de la crise que nous vivons, de la guerre et de ses conséquences sur l'Europe et sur le monde.

C'est dans cet esprit que le président de la République portera une initiative européenne et internationale au nom de la France, au nom de la présidence, pour que nous coordonnions, comme nous l'avons fait en matière de vaccins et de dispositifs médicaux lors de la crise de la COVID-19, des gestes et des actions de solidarité internationale pour s'assurer que des pays, parfois proches de l'Europe, ne se retrouvent pas dans des situations désastreuses et dramatiques, qui seraient d'ailleurs aussi lourdes de conséquences pour notre Europe dans les prochaines semaines et dans les prochains mois.

Je relève pour finir que, puisque nous avons parlé d'alimentation, cela concerne évidemment le secteur de l'agriculture, mais aussi la question de la pêche, qui a été soulevée par plusieurs intervenants, et qui nécessite que nous ayons, face à cette crise également, des dispositifs de soutien et d'accompagnement. Et au nom du Conseil, Monsieur le Commissaire, comme cela a été fait encore il y a quarante-huit heures, je ne saurais que trop encourager la Commission à surveiller l'ensemble des dispositifs que nous devons mobiliser, et à aller, le cas échéant, plus loin que les premières mesures déjà prises pour soutenir à la fois notre agriculture et notre pêche dans l'Union européenne.

Die Präsidentin. – Gemäß Artikel 132 Absatz 2 der Geschäftsordnung wurden sieben Entschließungsanträge eingereicht (*).

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 24. März 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Асим Адемов (PPE), в писмена форма. – Руската военна агресия срещу Украйна доказва за пореден път, че производството на храни е стратегически сектор и продоволствената сигурност не може да се приема за даденост. В отговор на създалата се ситуация, ЕС трябва да намали зависимостта си от вноса на някои стратегически суровини. За целта е необходимо да увеличим вътрешното производство и да диверсифицираме веригите на доставки, без да допускаме вредни практики като забраната за износ на зърнени култури, които застрашават правилното функциониране на вътрешния пазар на селскостопански продукти. В условията на нарастващи цени на енергия, суровини, торове и фуражи, земеделските ни стопани се нуждаят от допълнителна подкрепа, за да се смекчат последиците върху най-засегнатите сектори и да се компенсира увеличението на производствените им разходи.

Затова приветствам предложените от ЕП мерки за мобилизиране на резерва за кризи в размер на близо 500 млн. евро, незабавното прилагане на спешни мерки срещу смущенията на пазара, по-голяма гъвкавост при отпускането на държавни помощи, разширяване на обхвата на извънредните мерки за развитие на селските райони във връзка с Ковид, за да се преодолеят текущите проблеми с ликвидността на фермерите, увеличаване на авансовите плащания, както и адаптиране на националните стратегически планове съобразно новите обстоятелства, включително и допускане на възможността да се увеличат обработваемите площи.

Dominique Bilde (ID), par écrit. – La guerre ukrainienne, outre ses conséquences dramatiques pour tant d'Ukrainiens amenés à prendre les armes ou jetés sur les routes, est un nouveau révélateur des déséquilibres des systèmes alimentaires mondiaux. En dépit de la disponibilité de terres arables, le continent africain, par exemple, reste largement tributaire des importations de denrées alimentaires. L'Égypte importe environ 90 % de son blé de Russie et d'Ukraine. Et si des solutions de substitution sont sans doute possibles, on ne saurait faire l'impasse sur un aggiornamento, qui permettrait de parvenir à l'autosuffisance alimentaire. L'aide au développement de l'Union européenne devrait contribuer à des investissements indispensables à l'essor de l'agriculture locale, par exemple en ce qui concerne l'électrification rurale, trop longtemps laissée en jachère. Dans l'immédiat, il s'agit de prendre toutes les mesures nécessaires pour éviter une crise de la faim dans certains pays les moins avancés, parfois en butte également à des défis sécuritaires majeurs – c'est le cas au Sahel. Espérons toutefois que cette tragédie aboutira à une prise de conscience salutaire.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Europa cunoaște cea mai mare tragedie de la sfârșitul celui de-al Doilea Război Mondial. Agresiunea Rusiei nu produce doar moarte și suferință poporului ucrainean, această agresiune afectează într-o formă sau altă întreaga omenire.

Totul în jurul nostru este influențat de războiul din Ucraina, de la combustibil la îngrășămintele, conflictul Rusia-Ucraina tulbură piețele. Acest război și sancțiunile legitime impuse Rusiei au dus deja la o perturbare de mare amploare a piețelor mondiale agricole. Mai mult decât atât, din cauza bombardamentelor rusești asupra porturilor de la Marea Neagră, comerțul cu alimente devine aproape imposibil.

Uniunea Europeană, fără întârziere, trebuie să ofere un sprijin financiar suplimentar sectorului agricol, pentru a-i ajuta pe fermieri să atenueze lipsa importurilor din Ucraina și Rusia. De asemenea, este nevoie de reevaluarea strategiei *Farm to Fork* și a Pactului verde european, astfel încât să fie crescută suprafața cultivată.

Uniunea Europeană trebuie să fie un lider, să asigure securitatea alimentară atât a Europei, cât și a țărilor în curs de dezvoltare și cu venituri mici, care sunt în special expuse riscului de criză alimentară.

Sara Cerdas (S&D), *por escrito*. – Em consequência da invasão da Ucrânia pela Federação Russa, a União Europeia passa agora pela fase inicial de uma crise alimentar, provocada pela disrupção nas cadeias de abastecimento e distribuição e pelo aumento exponencial dos preços dos combustíveis. É necessário desenvolver um plano de ação detalhado que assegure a autonomia estratégica da UE, nomeadamente a autonomia e resiliência do sistema alimentar.

Para tal, os nossos sistemas agrícolas e de pesca devem tornar-se mais sustentáveis e virados para o futuro, visando diminuir a dependência de importações e aumentar a produção doméstica. Devemos reduzir a dependência de combustíveis fósseis e de fertilizantes, procurando alternativas, mas garantindo sempre a proteção dos nossos agricultores, nomeadamente através da Política Agrícola Comum.

Neste sentido, devemos tomar partido das medidas já planeadas e adotadas a nível europeu como o Pacto Ecológico Europeu e as Estratégias da UE para a Biodiversidade e do Prado ao Prato que contribuirão para a mitigação desta crise e redução da incerteza nos setores afetados. Na resolução desta crise, deveremos manter os fluxos comerciais alimentares em todas as regiões europeias, nomeadamente aquelas que, pela sua distância da plataforma continental, podem ser desproporcionalmente afetadas, como as regiões ultraperiféricas.

Pedro Marques (S&D), *por escrito*. – O apoio à Ucrânia e a capacidade de resposta que a UE tem de ter para fazer face às consequências da guerra tem que se traduzir em atos concretos. Estamos confrontados com dramas humanitários, ao mesmo tempo que já começamos a sentir as consequências económicas desta guerra inexplicável. Esta realidade já se traduz nos preços que pagamos pelos produtos alimentares que, para além da especulação, repercutem a turbulência das cadeias de distribuição, o preço dos combustíveis e do transporte dos alimentos, e refletem a falta de matérias tão fundamentais como os fertilizantes.

Incluo-me, portanto, naqueles que defendem que deve ser acionado o Mecanismo de Proteção Civil da UE. Na vertente humanitária, sem dúvida, mas também para tentar prevenir riscos que adivinhamos para a segurança alimentar da UE, que possam resultar de uma escalada ou do prolongamento desta guerra. É, por isso, avisado a UE ter um plano de ação capaz de assegurar as cadeias de abastecimento, recorrendo a «corredores alimentares» por via marítima, ferroviária ou rodoviária, acelerando ao mesmo tempo medidas com impacto no setor agrícola.

Janina Ochojska (PPE), *na piśmie*. – W następstwie niesprobowanej i nieuzasadnionej agresji Rosji na Ukrainę stoimy w obliczu kryzysu żywnościowego w Europie i naszym najbliższym sąsiedztwie. Z Ukrainy i Rosji pochodzi około 30 % światowych dostaw pszenicy, 32 % jęczmienia, 17 % kukurydzy oraz ponad 50 % oleju słonecznikowego. Ponadto łańcuch dostaw nawozów i surowców potrzebnych do ich produkcji już w tym momencie jest zdestabilizowany. Nie możemy jednak dopuścić do sytuacji, w której za parę miesięcy na półkach w sklepach w UE zabraknie chleba lub jego cena wzrośnie kilkukrotnie.

Przed wszystkim powinniśmy tymczasowo zwiększyć produkcję w Europie tak bardzo, jak tylko jest to możliwe, abyśmy nie byli podatni na szoki rynkowe wynikające z niedoboru produktów rolnych, ale także abyśmy mogli eksportować zboże na Ukrainę, jeśli działania wojenne uniemożliwią zebranie plonów w tym roku.

Chcę podkreślić, że działania te nie mają na celu uniezależnienia się od importu zbóż i oleju z Ukrainy w przyszłości, gdyż jest to kraj z ogromnym potencjałem rolnym. Rolnictwo stanowi ważną gałąź gospodarki ukraińskiej i musimy o tym pamiętać, kiedy przyjdzie czas odbudowy tego kraju. Putin jest tego świadomy, dlatego wydał rozkaz minowania pól, aby skazać obywateli Ukrainy na głód i zdestabilizować rynek zbóż w sąsiedztwie. Nie pozwólmy mu na to!

Tom Vandenkendelaere (PPE), schriftelijk. – Het is opvallend hoe we een oorlog aan onze grenzen nodig hebben om een debat te krijgen over de Europese voedselzekerheid. Toen we in de zomer de resultaten van een aantal studies over van boer tot bord in handen kregen, wezen die ook al op minder Europese productie, hogere voedingsprijzen en meer import uit derde landen. In tijden van dreigende voedseltekorten met enorme prijsstijgingen moet er een stevig pakket aan maatregelen komen.

Op korte termijn pleit ik zeker voor een uitzondering voor het circulaire gebruik van verwerkte dierlijke mest, om afhankelijkheid van dure kunstmest uit derde landen te drukken. Ook een alomvattende Europese eiwitstrategie om onze veeteelt verder te verduurzamen en minder afhankelijk te maken, dringt zich op.

De coronacrisis heeft getoond dat het EU-landbouwbeleid werkt: terwijl we moesten smeken om mondklappers, paracetamol en chips, bleven de rekken in de supermarkten wel vol. Vandaag wordt eens te meer duidelijk dat voedselproductie een strategische sector is. Als we nu niet snel de klik maken en onze boeren soigneren om die voedselproductie hoog en kwalitatief te houden, dan moeten we binnenkort misschien niet alleen werk maken van een EU-chipverordening, maar ook van een EU-voedselverordening.

(¹) Siehe Protokoll.

20. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

Die Präsidentin. – Die ID-Fraktion hat der Präsidentin Beschlüsse über die Änderung von Ernennungen in Ausschüssen übermittelt. Diese Beschlüsse werden im Protokoll der heutigen Sitzung veröffentlicht und treten am Tag dieser Ankündigung in Kraft.

21. Pilotregelung für auf der Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Johan Van Overtveldt im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Pilotregelung für auf der Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen (COM(2020)0594 – C9-0305/2020 – 2020/0267(COD)) (A9-0240/2021).

Johan Van Overtveldt, rapporteur. – Madam President, dear colleagues, dear Commissioner McGuinness, dear Minister Beaune, integrated capital markets are a prerequisite for sustaining growth over the longer term. I therefore welcome all measures to provide additional input impetus to the European Capital Markets Union.

At the same time, digitalisation is rushing through the financial services industry, and to cope with this trend, it is not only vital to make existing financial legislation fit for digital, but also to show an openness towards new technologies that could make financial markets safer and more efficient. The digital finance package is an important milestone in that regard.

The technology that underpins crypto assets – the so-called distributed ledgers, or DLT – has a great potential for creative destruction and this will lead to productivity improvements. Its possible benefits in the provision of financial services include less complexity, strengthened network resilience, and reduced operational and financial risks.

Currently, financial markets infrastructures are not authorised to use DLT to issue, trade, and settle financial instruments such as bonds, shares and exchange-traded funds. The DLT pilot regime aims at testing exactly that while also addressing associated risks.

The project fully fits the CMU objectives, helps us to keep on track in an evolving digital world and puts the EU at the forefront of innovation. During the trilogues Parliament held high six objectives or principles. First, innovation. We followed a 'sandbox' approach, meaning that we allow for temporary and conditional exemptions from current legislation. The experience gained that way should foster innovation further.

Secondly, market integrity. The existing Market for Financial Instruments Directive and the Central Securities Depositories Regulation apply in a traditional, account-based environment. To ensure adequate regulatory and supervisory requirements for this regime, we checked in detail which rules from both pieces of legislation would also be essential for application in a DLT environment.

Third principle: investor protection, which I think speaks for itself.

Fourth element: financial stability. Our feeling was that the initial commission proposal was a bit too lenient on financial stability safeguards, as provided for in the CSDR. We have significantly strengthened these safeguards.

Fifth: level playing field. Providing equal opportunity to all market players is a fundamental principle of EU legislation.

And the sixth and last of the objectives was of course technological neutrality.

As a final remark, I would like to address our successors as co-legislators with a few words of caution for the longer term. What works in a limited testing environment does not necessarily work in a broader context. If the project turns out to be successful, simply expanding its scope and changing the permanent regulatory framework for financial services accordingly might create risks that are not noticeable or that were not noticeable in the pilot phase.

Secondly, future co-legislators should thoroughly scrutinise the exemptions granted under the pilot project before upscaling them. This is notably the case for possible risks linked to settlement in commercial bank money.

Thirdly, the Parliament negotiating team would also have liked a stronger role for ESMA as a central supervisor of the DLT pilot regime, but that turned out to be a no-go for the Council negotiators.

Let me, to finish, express my thanks to all involved in the file: the shadow rapporteurs, particularly Jessica Polfjård, Eva Kaili, Stephanie Yon-Courtin and Ernest Urtasun; the Slovenian Presidency; the European Commission, particularly Commissioner McGuinness; and of course the parliamentary services.

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Madam President, I would just like to say how pleased I am, actually, to be here this evening for this discussion on what has been a very successful agreement on the distributed ledger technology (DLT) pilot project. And I want to begin by thanking, of course, the rapporteur from the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON), Mr Van Overtveldt, who has given an extremely good rundown of what has been achieved and indeed given us some warnings about the future, which I have taken good note of.

But together we're paving the way for the future of European finance with this initiative. Digital innovation is becoming ever more important, and again, I am pleased that this House shares the commitment of the Commission to support innovation within the regulated space. As you know, this regulation forms a key part of our digital agenda and ensures that EU financial services legislation is fit for the digital age. We are providing regulatory certainty to pioneer the use of distributed ledger technology in financial services. So briefly, I want to mention some of the key elements of the agreed regulation.

The digital representation of financial instruments on distributed ledgers is expected to open opportunities for efficiency improvements in trading and post-trading processes. The issuance of traditional asset classes in tokenised form will enable them to be issued, stored and transferred on a distributed ledger, which will also increase efficiency. With this regulation, the European Union is opening up to the use of DLT in existing financial market infrastructures such as investment firms, market operators and central securities depositories.

In concrete terms, it will allow for targeted exemptions from existing rules where those rules would pose technical obstacles to achieving the full benefit of DLT. As regards supervision, national competent authorities will remain in charge for authorisation, while the European Securities and Markets Authorities (ESMA) can issue an opinion on application. An explanation would be needed if national competent authorities decide to deviate significantly. And last but not least, consumer protection. DLT operators will have to put in place mechanisms to handle client complaints and compensation.

In the trilogues, I know that it was especially important for Parliament to ensure a level playing field, and a significant role for ESMA. I'm glad that we were able to find good solutions and significantly improve the Commission proposal in these areas. The pilot regime is, by its nature, temporary. It will last five years. This will allow market participants to safely experiment with the DLT to issue, trade and settle securities. This experience will inform future policymaking in digital finance and could open the door to more policy initiatives.

Before I finish, I want to thank again the rapporteur and all of the shadow rapporteurs, because this is groundbreaking work and I look forward to our debate.

Jessica Polfjärd, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, I should like to thank Commissioner McGuinness for being here.

I would like to start by thanking the negotiation team under the leadership of Johan Van Overtveldt for the great cooperation on this file. By early on agreeing on several core principles, we made a good proposal even better.

The DLT pilot regime is an important step in the work to make Europe fit for the digital age. European rules must be innovation-friendly, and this agreement is a good example of sound European lawmaking. As we never know what the future will bring, we should allow experimenting to see what potential benefits new technology might have. And I believe DLT could indeed bring several improvements to how financial markets function. But we will, of course, not know if we don't try.

We have managed several successes in this work. First of all, legal certainty for market participants wanting to try new technologies. Also expanding the scope and thresholds will make it more attractive to participants in general. And this is crucial in ensuring the usefulness of this pilot regime. If no one tries, we cannot identify the shortcomings.

If we want to use this pilot regime to identify potential changes to the existing rule book, we have to ensure that enough actors participate. I believe it bodes well for future legislation as well, that both in the European Parliament and in trilogues, we so easily agreed on the principle of technology neutrality.

Furthermore, by making use of EFMA's expertise in the annual reports, both market participants and regulators will get a better understanding of the progress of functioning, which I believe will be crucial in the coming years.

In many ways, this agreement is not only a good example of a European Union that understands that we have to be open to new things and internationally competitive: it is an example of a European Union that also acts on these facts. That gives me a lot of inspiration for the further work.

Eva Kaili, *on behalf of the S&D Group*. – Madame President, let me start by thanking our rapporteur, Mr Van Overtveldt, a lot for successfully steering the Commission's proposal, in the spirit of cooperation and compromise, to achieve the best result. Asset organisation is a major application of distributed ledger technology (DLT) in finance, and we need to test how it could be deployed, as well as financial market infrastructures on the issuance, registering, trading, settling and safekeeping of tokenised financial instruments. It is of great importance to acknowledge the benefits of the use of blockchain that allows, basically, the transactions to be recorded on a distributed ledger, and for trading and settlement to happen without delays – virtually in real time – enabling the merger of trading and post-trading activities. I think it's very important that we manage to test this technology in a structured manner across the EU, in accordance, as our reporter rightly said, with the technology neutrality principle and innovation-friendly principle, building upon the spirit of the first blockchain resolution in 2015. Hopefully the related markets in cryptoassets (MiCA) file will also follow the

same spirit. The DLT pilot regime regulation has been adopted by a large majority. I hope that this will enable a trustworthy framework and a protected result to follow, in a safe way, the implementation of a more permanent legislation. So thank you so much, rapporteur, and thank you Commissioner.

Caroline Nagtegaal, *on behalf of the Renew Group*. – Madam President, I will speak on behalf of my dear friend and colleague Stéphanie Yon-Courtin.

The distributed ledger technology (DLT) pilot regime is yet another good proof that Europe is the continent for digital finance. With the pilot regime, Europe will be a pioneer on the use of blockchain on the financial markets. And with this pilot regime, innovative financing solutions for SMEs will be developed in Europe.

So with the pilot regime, disruption will shape the future of the financial markets with no concessions on financial stability and on consumer protection. In that case, Renew fully supports the trilogue agreement and we hope for swift progress on the rest of the digital finance package.

France Jamet, *au nom du groupe ID*. – Madame la Présidente, mes chers collègues, manquer le défi de l'innovation dans le domaine des chaînes de blocs serait une faute grave, évidemment. Un obscurantisme pseudoécologiste voudrait les interdire sous prétexte qu'elles seraient trop consommatrices. Il est étrange d'ailleurs que les mêmes ne songent pas à interdire YouTube et autres réseaux sociaux très prisés et tout aussi énergivores.

Les seules conséquences avérées à l'absurde limitation des registres électroniques distribués – autrement dit des chaînes de blocs – seront de permettre à la Chine, aux États-Unis ou à d'autres de nous dominer technologiquement et économiquement, comme on l'a vu pour le nuage de données – je veux parler du cloud. On ne doit pas entrer dans un millénarisme de la décroissance, mais faire confiance dans la capacité de l'homme à innover, à s'adapter et à se dépasser. C'est le génie de notre civilisation depuis Aristote.

Michiel Hoogeveen, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, the use of distributed ledger technology (DLT) can be a tremendous ally in the quest for a stronger capital markets union. The current regulatory framework is not sufficiently equipped to deal with the increasing digitalisation of the financial sector. Well-targeted derogations from existing legislation should allow our capital markets to take advantage of the opportunities offered by this technology. We welcome the creation of a testing ground for the use of digital ledger technology in this field, with the potential for countless innovations. DLT offers, for example, the opportunity to reimagine clearing and settlement in a true, borderless 24-7 operating environment, providing access to securities and cash pools to facilitate real-time settlements, delivering at near-100% settlement rates. With the vote on the DLT pilot regime tomorrow, we are taking a quantum leap towards the much-needed further digitalisation of our capital markets. Therefore, I congratulate the rapporteur and Parliament's negotiating team for a job well done.

Chris MacManus, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, I wish to thank Mr Van Overtveldt for his fair and diligent work on this file. Unfortunately, the end result goes much too far in the direction of deregulation for The Left Group. This is best summed up by the fact that thresholds set by the Commission proposal to contain this pilot project have been increased recklessly. The European Central Bank (ECB), for example, expressed concern at the beginning of the process that for some countries, the thresholds might need to be lowered and that there was a danger of them being circumvented. The Left were not alone in this position, with MEPs from other Groups also seeking to reduce or at least maintain these thresholds.

Let me be clear; this is not opposition to innovation or technological advances. It is opposition to irresponsibility and to industry lobbying leading to a pilot project spiralling into what would be, effectively, an exercise in deregulation.

Jonás Fernández (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, en primer lugar, y dado el amplio apoyo que ha conitado la propuesta de Reglamento sobre un régimen piloto para desarrollar infraestructuras digitales, quería felicitar al conjunto de los ponentes y muy especialmente a Eva Kaili, la ponente alternativa de mi grupo.

Y me gustaría también aprovechar este debate —a la vez que agradecemos ese amplio acuerdo para esta propuesta de Reglamento— para lamentar que no haya habido un acuerdo similar para la aprobación del Reglamento MICA hace apenas unos días en la Comisión ECON y que, además, esa comisión, o la derecha en esa comisión, haya bloqueado el debate en el Pleno sobre el Reglamento MICA, porque ese Reglamento exigía, en nuestra opinión, un debate claro en este Parlamento, especialmente en estos momentos y después de escuchar el debate previo sobre los efectos de la invasión de Rusia en Ucrania. Porque esas tecnologías, esas monedas digitales, tienen un consumo energético brutal; esas tecnologías se están usando para blanquear capitales, para blanquear movimientos de capitales. Y espero que en el diálogo tripartito ambos requisitos puedan ser incorporados en la negociación entre el Parlamento y el Consejo.

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Madam President, can you hear me? I have to say, there's something rather bizarre about a debate on technology when the technology fails. But what is wonderful is that we actually do have technology supplements, so well done, Madam President, and all the technical advisers. I think one of the earlier speakers mentioned that they would not sing – in fact a fellow Irish person, I believe. I've certainly been known to do that.

But what really strikes me, getting back to our debate here this evening, is the unity of purpose amongst you, the rapporteur and the shadows, and also your leadership, Mr Van Overtveldt, is deeply appreciated, because this is a first. And I think it's good to be involved in something that is a first, but also it is not a free-for-all. It is a first with conditionality. We have to test something to see does it work before we make any more decisions.

So it's been really good to hear this debate here this evening. I very much look forward to the vote in this House tomorrow. And in terms of deregulation, I'm on record, I think, in one of my first interventions in this Parliament as Commissioner responsible for financial services, that deregulation is not on my agenda, but effective, better regulation is: innovation and technology is part of that.

Lastly, if I may say that I had the great pleasure of meeting a group of young people today. They were young leaders, in fact, from Northern Ireland, and they were in the Commission, and it was absolutely impressive to hear them talk about cryptocurrencies, this technology and what young people are doing. So it's really important that we in this House are involved in this, because the future is digital and young people are not starting from where we start from. They're already there.

So well done to all of you for your work, for your cooperation, and for being part of what is a first.

Die Präsidentin. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 24. März 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Andżelika Anna Możdżanowska (ECR), na piśmie. – Postęp w dziedzinie digitalizacji dotyka wszystkich sfer naszego życia, także sfery ekonomicznej. Cechą charakterystyczną naszej cywilizacji – a zarazem tym, co decydowało o jej rozwoju – była zawsze otwartość na innowację twórczą. Osiągaliśmy sukcesy dzięki wolnej od uprzedzeń adaptacji wynalazków i innowacji. Rozwijające się technologie cyfrowe rewolucjonizują rynki finansowe. Pozwalają na zawieranie skutecznych i bezpiecznych transakcji w zupełnie nowy, nieznany dotąd sposób. Pozwalają też na powstawanie nowych, cyfrowych form aktywów.

Ustawodawstwo i nadzór ostrożnościowy w całym świecie dopiero dostosowuje się do nowych realiów. Unia Europejska – często kojarzona z nadmiarem biurokracji i ociążałością administracyjną – zyskuje więc szansę, by przez przyjazną legislację „przyciągnąć” rynki finansów cyfrowych i rozbudować tę gałąź gospodarki. Jest to tym ważniejsze, że pojęcia wolnego rynku i swobody wyboru narodziły się właśnie w Europie: powinniśmy być naturalnym liderem w tym wysiłku.

Program pilotażowy DLT jest otwarciem drogi dla bezpiecznego i kontrolowanego obrotu kryptoaktywami. Oczywiście, w tej dziedzinie naturalnym przedmiotem naszej troski jest zjawisko prania pieniędzy, któremu chcemy za wszelką cenę przeciwdziałać. Dlatego równoległe do wprowadzanych ułatwień musimy finalizować pracę nad pakietem AML.

22. Roamingverordnung (Neufassung) (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Angelika Winzig im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Union (Neufassung) (COM(2021)0085 – C9-0085/2021 – 2021/0045(COD)) (A9-0286/2021).

Angelika Winzig, rapporteur. – Madam President, dear Commissioner McGuinness, dear colleagues, first, I would like to thank the Slovenian Presidency and Commissioner Breton for the good cooperation during the trilogue negotiations. Special thanks to the shadow rapporteurs and the involved staff for your excellent work.

I am convinced that we found a good agreement for European citizens and businesses. The new Roaming Regulation is not just a simple prolongation, but it represents a significant improvement for all end-users. Consumers will benefit from the same quality of service across the entire Union. This means that operators cannot deliberately slow down the data speed of the customers anymore.

Furthermore, the new regulation foresees increased transparency obligations in terms of value-added service numbers as well as emergency communication. From now on, consumers will be able to better differentiate between ordinary numbers and numbers where additional charges apply. This access to emergency communications when travelling will be easier and more transparent.

The mobile telecommunication market as a whole, and especially the roaming market, are developing fast. With the development of future network technologies as well as the increased use of IoT-devices and M2M services, we are looking towards an exciting future.

In order to keep the regulation up to date, we need to gather as much data as possible, to take the right action to foster innovation and facilitate business development. Therefore, the Roaming Regulation extended reporting obligations, which brings us in the position to keep the finger on the pulse of the market.

It is very clear that the European Parliament needs to stay in charge of the next review of the Roaming Regulation. In this regard, the European Parliament fought to take out the delegated act and prevailed, as Parliament we are pushing the Commission to have a closer look into fair-use policies.

It is a fact that a true 'roam like at home' experience is only possible when end-users can benefit from the full subscription abroad. The balance between the ability of operators to offer roaming services sustainably and the possibility for customers to use the tariffs as extensively as possible should be re-evaluated.

We also tackled the topic of the intra-EU calls. It's not understandable for our citizens when I have to pay surcharges when calling from my Member State to another EU country but I don't have to pay extra when I'm travelling across the Union. The Roaming Regulation contains a provision that urges the Commission to carry out an evaluation of the current situation.

Last but not least, the most important issue in this regulation, the wholesale caps. Low wholesale caps empower small operators to offer a roaming service sustainably and are key for more competition in the telecommunication market, and I think that's necessary. At the end, we found a balanced agreement which takes into account both aspects: the consumers and the investment needs of operators. Starting with two euros in 2020, we gradually reduced the wholesale charges on data to one euro in 2027. I know there's still a lot of work in the future and I'm looking forward to the discussion now.

Andreas Schwab, Verfasser der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal die Gelegenheit nutzen, Frau Kollegin Winzig zu einer exzellenten Arbeit als Berichterstatterin für den federführenden Ausschuss zum Thema Roaming zu danken. Es ist wichtig, dass wir das Kernanliegen der Regulierung in diesem Bereich aufrechterhalten, dass wir nämlich den Bürgerinnen und Bürgern, den Nutzerinnen und Nutzern, den Verbrauchern den Binnenmarkt in einer Weise anbieten wollen, dass er ihnen am meisten nutzt.

Richtig ist dabei, dass dadurch natürlich die wirtschaftlichen Aspekte der Anbieter ein Stück weit eingeschränkt werden mussten; und wir sehen – und ich weiß, dass auch Frau Kollegin Winzig sich dessen bewusst ist –, dass das Investieren in den europäischen Telekommunikationsmarkt in den vergangenen zehn Jahren deutlich weniger attraktiv war als beispielsweise in den amerikanischen Markt. Wir sehen das auch bei einigen Unternehmen, die ich jetzt nicht namentlich erwähnen möchte. Aber das muss uns natürlich für die kommenden zehn Jahre Auftrag sein, dass wir die Investitionsbedingungen auch in Europa wieder vereinfachen.

Gleichzeitig, Frau Präsidentin, möchte ich kurz darauf hinweisen, dass mir drei Punkte wichtig sind, auch mir als Mitglied des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz: Anrufe innerhalb der EU sind in den Anwendungsbereich aufgenommen worden. Das ist gut. Es macht keinen Sinn, dass Anrufe von zu Hause in ein anderes EU-Land im Anwendungsbereich sind und möglicherweise teurer sind als Anrufe im Ausland. Zum Zweiten hat Frau Kollegin Winzig für die EVP sicherstellen können, dass bei Diensten im In- und Ausland die gleiche Qualität gewährleistet wird. Das ist wichtig, denn mit 5G wird es immer bedeutsamer, dass die Dienste eine entsprechende Qualität haben. Und schließlich ist es wichtig, dass der effektive Zugang zu Notrufen in allen Mitgliedstaaten die gleiche Bedeutung bekommt und überall in gleicher Geschwindigkeit verfügbar ist.

Es sind drei gute Argumente, warum heute alle Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union von diesem Vorschlag profitieren. Und deswegen herzlichen Dank, Frau Kollegin Winzig.

Mairead McGuinness, *Member of the Commission*. – Madam President, really, I do want to say a big thank you to honourable Members and the rapporteurs because your work on the negotiations means that every European will continue to benefit for a further 10 years from the freedom to travel across the Union without having to pay additional roaming charges for calls, text messages and mobile data. And this is an excellent result.

For many people it's not only a feature that they enjoy and they are aware of, it's a clear symbol of what it means to be part of the single market. We've seen that leaving the single market brought back roaming surcharges for many British citizens. With the agreement reached in December EU citizens will not only be free from surcharges but will also be guaranteed better quality, better protection from hidden costs and better access to emergency services.

The work of this House also greatly contributed to making this regulation more sustainable for telecom operators by providing a path for reduction of the caps for prices at wholesale level while still ensuring cost recovery. It's now crucial that the new rules enter into force before the existing Regulation expires in June.

One final point. Recently, many of you, and indeed many of our Member States, have raised the roaming charges issue in the context of Putin's aggression against Ukraine as a way to show our support and solidarity with the people of Ukraine in this tragic moment. I could not agree more. In the face of this crisis, for Ukrainian citizens forced to flee their country, being able to communicate with their loved ones back home is of the utmost importance.

I'm very happy to report that various European telecom operators took swift action to reduce roaming costs, to provide hundreds of thousands of free SIM cards or free calls to Ukraine or free Wi-Fi in border areas or shelters. These voluntary measures are the quickest way to address this challenge and have already made a real difference on the ground to many refugees.

The Commission has been calling on European operators to continue these measures for as long as this tragic situation persists, and for more operators to join this action as Ukrainian citizens are increasingly moving across all of Europe. We are also looking into possibilities to go further. Together with the European telecom regulators we are working closely with EU operators and Ukrainian authorities on this issue. I'm sure this is very important for this House and I'm very pleased to bring that information to you, and I look forward to our debate.

Robert Hajšel, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, Madam Commissioner, let me thank the rapporteur Angelika Winzig for the fruitful cooperation in reaching the agreement on this revision, also to other shadow rapporteurs from other political groups.

'Roaming like at home' became a reality in 2017 and it changed our travelling patterns forever. After more than two years of pandemic, with the war in Ukraine, Europe is now facing even more serious challenges. As S&D negotiator for roaming, I am glad we managed not only to extend the rules for another 10 years, but also to remove existing barriers and discriminatory practices. We managed to further lower wholesale prices, introduced guarantee of quality of service, improve transparency and secure free access to emergency services. All of this hasn't been the case until now.

Europeans benefiting from free movement cannot be punished with lower quality or higher charges, no matter where they come from or how long they stay in another Member State.

Facing the war in Ukraine, I am happy that I insisted on inclusion of the free roaming provisions also in the international agreements to be concluded in the future. In this context, I think that the lower charges for mobile-phone use in Europe should be very helpful to all the refugees coming from Ukraine.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, señora comisaria, este acuerdo para prolongar diez años la gratuidad del *roaming* permite a cualquier persona entender qué significa avanzar en el mercado único digital. Gracias a un proceso de integración consolidamos un derecho que notamos, además, en nuestros bolsillos, porque no habrá sobrecostes por hacer llamadas de voz o usar servicios de datos mientras viajamos por la Unión Europea.

Aprovecho aquí para proponer que nos empeñemos —como ha dicho la comisaria— en resolver el problema que causa el *roaming* a los millones de desplazados que llegan a la Unión desde Ucrania: conectar con sus familiares y amigos que defienden allí, sobre el terreno, los valores de nuestra Unión contra la dictadura de Putin es una necesidad básica, y hacerlo desde aquí tiene para ellos un gravoso sobrecoste.

Avanzar en el mercado único digital es, además, un estímulo que abre oportunidades para que la innovación propicie la aparición de nuevos servicios que fortalezcan nuestra competitividad en la economía de los datos, en la economía digital.

Finalmente, este paso adelante es, además, una esperanza. Este acuerdo demuestra que, si hay voluntad de diálogo y empeño, hay mecanismos para intervenir en los precios cuando el mercado por sí mismo no funciona adecuadamente. La Unión debe desplegar con urgencia esta misma capacidad regulatoria en otros sectores, como la energía, cuyo mercado necesita una mayor integración. La soberanía y la resiliencia de Europa dependen de ello.

Jordi Solé, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señora presidenta, señora comisaria, hace cinco años, el fin de las fronteras para las tarifas móviles supuso un antes y un después para los usuarios. La aplicación estos años de la normativa ha sido un éxito, demostrando no solo la oportunidad, sino también la viabilidad de la misma. Hoy, con la extensión del Reglamento sobre el *roaming* para los próximos diez años, damos un paso más reforzando el principio de «*roam like at home*» y las garantías de calidad de prestación del servicio.

Gracias al papel del Parlamento durante las negociaciones, hemos conseguido que se rebajen paulatinamente los precios máximos que las operadoras se cobran entre ellas por el uso de la red, facilitando así una mayor diversificación del mercado. También es destacable que se incluyan más números de servicios de emergencia, que deberán prestarse sin coste adicional para el usuario de *roaming*.

Finalmente, en definitiva, creo que el texto atribuye unas obligaciones asumibles para las operadoras, a la vez que refuerza los derechos de los usuarios para acceder a los servicios móviles con la misma calidad y al mismo precio que en su país de origen.

Por último, quiero agradecer a la ponente y al resto de ponentes alternativos el trabajo realizado.

Evžen Tošenovský, *za skupinu ECR*. – Paní předsedající, paní komisařko, v první řadě bych chtěl velmi ocenit spolupráci s celým parlamentním týmem v čele s paní zpravodajkou Winzigovou a současně jí poblahopřát k dojednanému nařízení, protože to nebylo nic jednoduchého. V telekomunikačních roamingových službách se bohužel v minulosti ukázalo, že administrativní zásah je nutný. Trh dlouhodobě nebyl schopen nalézt rozumné parametry. Vidíme, že zafungovalo odbourání roamingu napříč Unii založené na principu *roam like at home*, a jsem proto rád, že ze stávajícího systému budou moci profitovat naši občané i v příštích deseti letech. Dojednali jsme další zlepšení informovanosti spotřebitelů při překročení hranic, vyřešení problému čísel pro tísňová volání i služeb s přidanou hodnotou. Vzhledem k tomu, že jsem byl stínovým zpravodajem pro předchozí legislativu k roamingu, byla pro mě závěrečná noční debata o velkoobchodních cenových stropech určitým *déjà vu*. Je zajímavé, že vždy schvalujeme roaming někdy hluboce po půlnoci. Můj přístup byl vždy spíš konzervativnější. Cenové stropy by měly sloužit jako pojistka, jako opravdový strop, pod který se

schovají všichni operátoři. Nalezený kompromis definující stropy pro velkoobchodní ceny za datové přenosy je ve výsledku velmi rozumným řešením. Ještě jednou děkuji paní kolegyni Winzigové a všem kolegům stínovým zpravodajům.

Lina Gálvez Muñoz (S&D). – Señora presidenta, señora comisaria, en primer lugar, me gustaría dar la enhorabuena al equipo negociador que, tras complejas conversaciones, ha llegado a un compromiso equilibrado que garantiza la continuidad del *roaming* por otros diez años más, evitando que se interrumpiera ese logro para los consumidores. La política de itinerancia como en casa o *roaming*, es un logro europeo que debemos seguir defendiendo para que los consumidores puedan seguir usando sus teléfonos móviles cuando viajan por la Unión Europea sin sorpresas ni cargos adicionales.

El acuerdo al que se llegó en un diálogo tripartito que tuve el honor de presidir garantiza el derecho a la misma calidad y velocidad de conexión móvil cuando se viaja a otros Estados miembros, igual que en casa, y reduce progresivamente las tarifas de itinerancia al por mayor, el acceso gratuito a los servicios de emergencia, también para personas con necesidades especiales, y prevé que la Comisión evalúe si es necesario seguir reduciendo los recargos para las llamadas internacionales dentro de la Unión. Por todo eso, creo que debemos votar a favor del acuerdo que garantiza la continuidad de la política de itinerancia como en casa, y mantener así el gran éxito visible para la ciudadanía europea dentro del mercado único digital.

Dita Charanzová (Renew). – Madam President, consumers today may take it for granted, but I remember the huge bills consumers faced for using their phone while roaming. It was outrageous. For me, it is clear: extending the ban on roaming charges is the right step. The end of roaming is a concrete example of the European Union solving a practical problem.

We did the same with limiting the costs of long-distance calls – so-called intra-EU calls. During the last mandate, I fought hard for our citizens to get a deal on lower prices on long-distance calls. However, the price limits that protect the most vulnerable among us will expire in May 2024. So the Commission should now extend the price limits on intra-EU calls, or even go further and abolish long-distance surcharges altogether. The message today is clear: ‘no’ to roaming charges and ‘no’ to long distance.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Madam President, five years went quickly. I am very happy now because I was the rapporteur last mandate. I know the mandate before, we didn’t succeed. Last mandate we did and it was thanks to the good work of Parliament mainly that we managed to push down prices. And now I may congratulate the negotiators on the good results, with the right data prices, fair-use policy, even improved quality of service. But today we do have people among us who long for their dear ones in Ukraine. And thanksto the generosity of the telecom operators, as the Commissioner told us, there have been free SIM cards and services and WiFi offered. But I also see, and there has been readiness for the regional roaming agreement, which was due to be signed by the end of the year. I have not seen any news that it took place. Is that the case? We need to help and I want to have concrete measures. We are helping many companies. Can we also not only plead with them to do it for free?

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Mairead McGuinness, Member of the Commission. – Mr President, just to say this is a very pleasant debate because it’s good work and it’s progress, all building on what has already been the case.

Ms Charanzová, I think you were right to remind us of how it used to be, because we tend to just take this for granted that we can ‘roam like at home’. So again, to thank the Parliament for this good cooperation and ensuring that the continued benefits apply for all EU citizens and businesses, particularly in the single market and how it functions.

I want to thank those of you who commented on the issue of roaming for Ukrainian refugees. I want to give you the assurance that my colleague Thierry Breton and his services are committed to supporting Ukraine and its people, and are actively engaging with all relevant counterparts, with support by BEREC, to ensure fast and coordinated action, and I think all of us fully support that. So thank you.

Angelika Winzig, *rapporteur*. – Mr President, I want to close this debate in a special way. The terrible Russian war against Ukraine is having a devastating impact on the Ukrainian population. Over three million people have already made their way to the EU. These refugees try to stay in touch with their relatives and friends who have remained in Ukraine. This is often resulting in immense roaming costs.

Many European operators have already announced that they will suspend roaming costs for their customers inside and outside of Ukraine. I welcome those efforts but unfortunately this has no significant impact on Ukrainian refugees as they are using Ukrainian SIM cards and are not customers of the European operators. I want to take this opportunity to call on European operators to go a step further and truly make a difference for Ukrainian refugees by temporarily suspending the wholesale caps they are charging their Ukrainian partners. This way the latter can offer their customers free roaming in the European Union.

In addition I am urging European operators to provide Ukrainian refugees unbureaucratic access to European SIM cards, possibly with special tariffs, so that they can stay in touch with their family back in Ukraine.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Donnerstag, 24. März 2022, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az európai uniós polgárok életét jelentősen megkönnyítette, hogy az Európai Unión belüli utazásaik során a mobil kommunikáció mindenki számára korlátlanul elérhetővé és megfizethetővé vált. A mobil kommunikáció EU-n belüli 2017-es forradalmi megkönnyítése ugyanilyen mértékben tette komfortosabbá és biztonságosabbá a személyek szabad mozgását az Európai Unió tagországai között közvetlenül erősítve a négy alapszabadság egyikét, indirekt módon jelentősen kihatva a többi három alapelvre is. A Demokratikus Koalíció víziója az Egyesült Európai Államok megvalósíthatóságának érdekében a technikailag és gazdaságilag is határok nélkül hozzáférhető mobilkommunikáció kiemelkedő jelentőségű, hiszen azt szeretnék elérni, hogy a magyar polgárok jogait és ügyeit európai uniós szinten kezeljék és védjék. Az EU 2007-ben csökkentte először a roaming díjakat, amiket aztán fogyasztók felé 2017-ben megszüntetett. 5 évvel a jogszabály elfogadása után ezt azt intézkedést hosszabbítjuk meg és tovább csökkentjük a mobilszolgáltatók terheit, hogy roaming szabályozás fenntartható maradjon.

Edina Tóth (NI), *írásban*. – Az Európai Parlament csütörtökön megszavazta az Unión belüli nyilvános mobilhírközlő hálózatok közötti barangolásról szóló, az ún. roaming rendelet átdolgozását. Üdvözlöm a javaslat 2032-ig történő meghosszabbítását, amelynek célja, hogy az magasabb szintű fogyasztóvédelmet vezessen be a szolgáltatások átláthatósága és minősége tekintetében. Az új barangolási szabályoknak köszönhetően a polgárok a barangolásról szóló jelenlegi rendelet 2022. június 30-i lejártát követően is úgy telefonálhatnak, SMS-ezhetnek és internetezhetnek a többi uniós országon belüli utazásaik során, hogy nem kell magas összegű számláktól tartaniuk. Úgy gondolom, hogy a digitális egységes piac egyik legnagyobb sikertörténete a mai napon elfogadott rendelet átdolgozása, hiszen a belföldi díjszabás szerinti barangolásra vonatkozó javaslat megkönnyítette és olcsóbbá tette a kommunikációt minden Európán belüli utazás esetében. Fontosnak tartom, hogy állampolgáraink ugyanolyan minőségű és sebességű mobilinternet-kapcsolathoz juthatnak hozzá külföldön, mint Magyarországon.

23. „Suisse Secrets“ – Wie in Drittländern Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche eingeführt werden können (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu „Suisse Secrets“ – Wie in Drittländern Standards zur Bekämpfung von Geldwäsche eingeführt werden können (2022/2572(RSP)).

Ich weise Sie darauf hin, dass Sie mithilfe Ihres Abstimmungsgeräts spontane Wortmeldungen beantragen und blaue Karten einsetzen können, nachdem Sie Ihre Abstimmungskarte eingeführt haben. Ich bitte Sie daher, stets Ihre Abstimmungskarte mitzubringen. Anleitungen liegen im Plenarsaal aus.

Wenn Sie sich für eine spontane Wortmeldung anmelden möchten, ersuche ich Sie, das bereits ab jetzt zu tun und nicht das Ende der Aussprache abzuwarten.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Dies gilt allerdings nicht für spontane Wortmeldungen, blaue Karten und Wortmeldungen zur Geschäftsordnung.

Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Durchsage kenne ich jetzt fast schon auswendig seit der Pandemie. Es kommt ein weiterer Hinweis dazu: Wenn Sie hier vorn vom Rednerpult sprechen, achten Sie bitte darauf, dass Sie das Mikrofon nicht berühren, weil wir sonst einen sehr lauten Ton haben, der für die Dolmetscher auch sehr schmerzhaft sein kann.

Clément Beaune, président en exercice du Conseil. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, Mesdames et Messieurs les Députés, je vous remercie d'avoir invité la présidence à contribuer à ce débat sur un sujet sensible et important. La lutte contre le blanchiment de capitaux et le financement du terrorisme est une priorité pour la présidence française du Conseil, pour laquelle le Conseil tient justement son engagement dans son ensemble.

Il s'agit d'un enjeu pour notre sécurité et d'un point de vigilance croissant pour nos concitoyens. Au cours de ces dernières années, le Parlement, le Conseil et la Commission ont travaillé en étroite collaboration sur ces sujets, de sorte que notre cadre de lutte contre le blanchiment de capitaux a été considérablement renforcé et amélioré de manière progressive.

Comme nous le savons, malgré ces progrès, il reste encore beaucoup à faire. Dans ce sens, nous travaillons actuellement pour faire avancer les discussions sur le sixième paquet anti-blanchiment présenté par la Commission européenne, Madame la Commissaire, en juillet dernier. Nous poursuivons activement nos efforts sur ce dossier pour entamer les négociations interinstitutionnelles dès que possible.

Sur le dossier plus spécifique des Suisse Secrets, les soupçons suscités par ces fuites sont évidemment une très forte préoccupation. Ils sont extrêmement dommageables lorsqu'il s'agit de blanchiment de capitaux. Pour ce qui est de déterminer concrètement ce qu'il s'est réellement passé, compte tenu de la gravité des faits, je laisserai à la Commission l'appréciation d'éventuelles investigations. La Commission est naturellement directement chargée de notifier ces risques qui affectent le marché intérieur de l'Union européenne, en coopération, le cas échéant, avec des autorités judiciaires.

Au sein du Conseil, nous sommes évidemment prêts à examiner toute liste actualisée par la Commission et toutes conséquences qui devraient être tirées de l'établissement des faits, comme cela a toujours été le cas. Nous savons que, dans les semaines et les mois à venir, nous aurons l'occasion de définir le régime le plus efficace que nous ayons jamais mis en place pour lutter précisément contre le blanchiment de capitaux et le financement du terrorisme à travers cette activité.

Parmi les dossiers législatifs à l'examen, le règlement relatif à la lutte contre le blanchiment de capitaux devrait justement permettre de continuer à codifier et à renforcer les règles de l'Union européenne relatives à notre politique à l'égard des pays tiers. En tant que tel, ce projet de législation constitue un très bon point de départ, selon la présidence, pour nos futures discussions, dès que nous aurons finalisé nos positions respectives au Conseil et au Parlement.

En ce qui concerne le règlement sur les transferts de fonds, pour continuer dans les dossiers législatifs, nous avons également l'intention d'entamer des négociations avec le Parlement européen dès que votre assemblée en aura ainsi décidé. Nous espérons qu'un accord politique pourra encore être trouvé au cours de notre semestre de présidence du Conseil.

Je vous remercie pour votre engagement sur ce sujet, pour votre engagement personnel, Madame la Commissaire, au sein du collège, et je me tiens évidemment à votre disposition pour continuer nos échanges.

Mairead McGuinness, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you for the opportunity to speak on a really important topic. Before I really get into the depth of the debate, can I thank you, Minister, for your commitment, and that of the French Presidency, for our anti-money-laundering package. It's really important and I do appreciate the support and the work.

We've all followed successive revelations on money laundering with huge concern. These Swiss secrets are just the latest. They reveal that Credit Suisse maintained business relationships with dozens of corrupt government officials, criminals and alleged human-rights abusers for several years. In the Commission, we've made the fight against money laundering and the financing of terrorism a key priority. And we know that there is work to be done to tackle this issue. We stepped up the fight with the adoption of the legislative package in July of last year, and I know that we can rely on this House to work in a timely way on these proposals.

The Commission has put a particular focus on the enforcement of existing rules, as communicated in the action plan on money laundering in May 2020. We all share the view that we need to continue to strengthen our defences against money laundering and terrorism financing in the Union and that we need to address the risks from third countries.

So now I want to turn to the 'Swiss secrets' case in more detail. Like the European Parliament, the Commission regards these revelations as very concerning. I would like to reassure this House that we will not ignore the severe failings which this case has laid bare. I am determined to spare no effort in the fight against money laundering and the financing of terrorism, both in the EU and in third countries.

The war in Ukraine is showing yet again that there is a need to clean up the financial system. We are determined to continue our work within the Union and with our allies to rid the global financial system of money laundering.

The Swiss secrets revelations focus on the shortcomings of Credit Suisse in its customer due diligence checks. Credit institutions need to verify customer identities and the source of funds to avoid their services being used to launder money. The intensity of these checks depends on the customer's risk profile. The proper application of customer due diligence for onboarding customers and throughout the entire business relationship is a cornerstone of the EU's preventative framework for anti-money laundering and countering terrorism financing.

We have carefully analysed the implications of the Swiss secrets revelations to ensure that the EU's financial system is protected. To our knowledge, and according to the information from the investigative journalists, the cases revealed refer exclusively to this particular bank and its activities in Switzerland. I would like to underline that all subsidiaries and branches of third-country institutions in the EU must apply EU rules and are supervised for their implementation accordingly. However, deficiencies in a third country's anti-money laundering framework can also pose a problem for the EU, where there is a high level of integration of the financial system and a high volume of cross-border transactions with the EU.

The Commission has a legal obligation to protect the functioning of the EU's internal market, and that is why, in line with our Anti-Money Laundering Directive, the Commission has to identify third countries with strategic deficiencies in their national anti-money laundering and countering of terrorism regimes. Switzerland's anti-money laundering framework and its implementation were assessed by the Commission in 2019. That assessment found deficiencies in the Swiss framework. This autonomous assessment also took into account the results of the mutual evaluation report of Switzerland in 2016 by the Financial Action Task Force – the global standard-setter in the fight against money laundering and terrorist financing.

The European Union and Switzerland have strong economic ties. As recently demonstrated, the Commission is working closely with Switzerland on sanctions imposed on Russia. An important element of our approach towards third countries is dialogue and cooperation with the countries concerned. The Commission has already engaged with its Swiss counterparts to improve Switzerland's measures to fight money laundering. The Commission met with the Swiss authorities most recently on 1 March of this year.

This approach of dialogue and engagement is starting to show positive results. Switzerland has adopted reforms in relation to the fight against money laundering over the past few years. In March of last year, the Swiss Parliament passed amendments to the Swiss AML (anti-money laundering) Act. These amendments include an obligation for banks to verify beneficial owners and apply higher standards of 'know your customer' procedures. My services are taking a closer look at these latest reforms and are analysing whether they address the issues revealed by Swiss secrets. We understand that these amendments enter into force in July of this year. This is a step in the right direction, but effective implementation is of the utmost importance and the Commission will closely follow up on this. We are intensifying contact with Swiss counterparts to impress on them our concerns. We will maintain our dialogue with Switzerland to ensure deficiencies are tackled and we will thoroughly monitor developments.

Before concluding, I would like to address the demands raised by some political groups and members to consider adding Switzerland to our list of high-risk jurisdictions in the immediate future. At this stage, the Commission is of the view that including Switzerland in our list of high-risk third countries would be premature. The Swiss secrets refer to one Swiss bank and concern issues which, in some instances, date back several years. We have a constructive dialogue with Switzerland, and recent reforms appear to deal with shortcomings related to customer due diligence procedures in the Swiss framework. According to our rules, the EU listing cannot occur before the dialogue with the relevant third country has been exhausted. We have ongoing engagement with Switzerland and we must ensure that this dialogue with our Swiss counterparts yields positive results and ultimately addresses our concerns regarding the Swiss anti-money laundering and countering of terrorism framework. But I really want to assure this House this evening that we will carefully monitor Switzerland's progress. Should this progress be insufficient, or current engagement be broken, we do not rule out taking further action. And, of course, the Commission will keep the European Parliament fully informed on all developments.

Емил Радев, *от името на групата PPE*. – Господин Председател, скандали като „Панама пейпърс“, „Парадайс пейпърс“ и „Пандора пейпърс“ доказват, че изпирането на пари продължава да бъде сериозен проблем в Европа. Към тази дълга поредица от разкрития трябва да добавим и така наречените „Швейцарски тайни“, които осветлиха съмнителните бизнес практики на голямата швейцарска банка „Креди Сюис“.

Това не е просто най-машабният досега теч на данни от голяма швейцарска банка, а скандал за близо 100 милиарда евро, свързани с повече от 30 000 клиенти на финансовата институция. Замесени са десетки видни държавни служители и бизнесмени от над 120 юрисдикции, предимно извън границите на Европейския съюз. На този фон Асоциацията на банкерите на страната обяви, че по сметки в швейцарските банки има между 160 и 213 милиарда долара, които принадлежат на руски клиенти. Специалисти твърдят, че действителният размер на средствата е многократно по-голям от обявения.

Разкритията придобиха и нов смисъл в контекста на военната агресия срещу Украйна и санкциите, които Европейският съюз налага на Русия. Швейцарските банки поддържат тесни връзки с останалите европейски банки, така че установените пропуски в борбата с прането на пари не бива да се разглеждат като изолирани случаи, а като проблем за целия европейски финансов сектор. Очевидна е необходимостта да се направи детайлна и обективна оценка на риска. В противен случай, при липсата на ефективен надзор, всяко отклонение от правилата може да отвори пробойна в сигурността на финансовата система на Европейския съюз.

Marek Belka, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, Commissioner, for long have we heard that the Swiss banking sector has changed, that the banking sectors giving a possibility for criminals to launder money is a lazy and outdated stereotype. The Swiss Leaks have shown that the government was telling us lies, or at least not the whole truth.

Nothing – or not much – has changed. The due diligence made by Credit Suisse was virtually non-existent, enabling criminals, people covered by EU sanctions or linked to dictators to use their services. Well I hope I'm wrong, but maybe Switzerland will be included one day in our blacklist of countries having strategic deficiencies in their regime on anti-money-laundering legislation.

Now, with the EU putting sanctions on Russian oligarchs with such weak due diligence, how do we know that they do not live their life to the fullest with the money on their Swiss accounts? Let us not fool ourselves that everything has changed. Switzerland, unfortunately, is not helping us enough in our fight against tax fraud and money laundering.

Ramona Strugariu, *on behalf of the Renew Group*. – Mr President, over 100 billion at their peak. Among account holders reported and identified, dozens of corrupt government officials, alleged human rights abusers and criminals. This is not the only Swiss scandal, but the biggest one, involving the second-largest bank in the country, fully ignoring Financial Action Task Force (FATF) recommendations and all anti-money laundering (AML) rules because Swiss law allows them to.

Commissioner, if Swiss banking secrecy laws are at least immoral and Swiss legislators are behaving like enablers of financial crimes, why isn't Switzerland on the list of high-risk third countries? On any list, as a matter of fact. This is wrong, and as long as it will continue, we cannot apply our rules related to high-risk third countries to these jurisdictions. If this happens here at our door, how exactly are we to be taken seriously with our new strategy and our new rules? This will never happen.

It is a pity because the new package has very good provisions on the relationship of our obliged entities with these third countries which can lead to closing down operations if the law of that third country does not permit compliance with EU requirements. And this would hurt. But first we need to make sure that our own backyard is clean and that we name and shame those who deserve to be named and shamed.

Ernest Urtasun, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, well I think that we're in front of a new, important scandal and now affecting a Swiss bank. Well, the record of problems of the Swiss financial sector are well known. I know the Commissioner just said that probably under their assessment Switzerland maybe should not be in the AML blacklist yet. Well, one of the problems maybe is how do we do that list and what kind of criteria do we use? And this is something as well that the fact that Switzerland is not yet in that list should also make a reflection on how are we using and how are we making that listing.

Secondly, I think that the cooperation with third countries should be improved. I think this is something that we can also take as a conclusion of this scandal, particularly because we don't have enough bilateral agreements with some countries where we know AML enforcement is really a problem. And also, we need to be aware that those kinds of problems can also happen at some point in the EU because we have real problems yet on the implementation and enforcement of AMLD5, for instance, which is not fully implemented.

So I think that once again this scandal should give us an impulse to improve our legislation and our measures.

Assita Kanko, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, Switzerland has bomb shelters for its entire population. Good. But they also have and provide financial shelter for those who make us need bomb shelters: Russian oligarchs evading EU sanctions.

The investigative report showing that Switzerland's second bank, Credit Suisse, harbours dirty money from, among others, Russian oligarchs, reminds us that we have to be alert for Swiss loopholes that can undermine EU sanctions against Putin's friends. Oligarchs installed not before, but after Russia started its insane war in Ukraine, although Switzerland joined these sanctions.

According to the *Financial Times*, Credit Suisse sent letters to investors requesting them to destroy documents linked to the securitisation of assets. These documents show for example that Russian oligarch Alisher Usmanov – identified as 'one of Putin's favourite oligarchs' and subject to an asset freeze and EU travel ban – is linked to about 27 secret corporate accounts. We must review Swiss banking and money-laundering practices.

Behind the Russian soldiers shooting at Ukrainian children and committing war crimes in Ukraine right now, there are those Swiss banks and the oligarchs they support. They are all accountable. To quote the Ukrainian soldiers: 'they should all go fuck themselves'.

Clare Daly, on behalf of The Left Group. – Mr President, I think it's ironic that we're calling this debate 'Suisse Secrets', given it's absolutely no secret at all the role played by Switzerland in facilitating global financial crime. It's been carrying out this global daylight robbery for years, and the billions and billions Credit Suisse accumulates every year by criminal elites has been permitted in the name of profit maximisation and western enrichment. And we have to say that the EU has been complicit by failing to call Switzerland out. And we heard it again tonight. Excuses before, 'oh, it might damage the banking sector' but we've no problem in listing the likes of Afghanistan, Syria, Yemen and so on, countries where there's hardly a banking sector at all.

We've got to get real about this. Western financial secrecy centres in the Netherlands, in Luxembourg and at home in Ireland are complicit in this system. These cross-border transfers take over a trillion dollars every year, gutting southern and developing nations. This isn't our money. The EU will have no credibility unless we deal with all of these issues.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor presidente, este escándalo revela lo que no deja de ser un hecho. Y es que hay un sector de la banca suiza que no coopera contra el blanqueo de capitales y no cumple los estándares comunes de comunicación de información cuando se trata de clientes de alto riesgo. Todo esto tiene lugar en el contexto de las sanciones impuestas por la Unión Europea contra los oligarcas rusos y subraya la vulnerabilidad estratégica y geopolítica que supone cualquier defecto en la lucha contra el blanqueo de capitales.

Pero este Parlamento Europeo está comprometido, como lo pone de manifiesto el que estamos en estos momentos legislando nada menos que sobre el nuevo paquete de lucha contra el blanqueo de capitales: cinco Reglamentos, uno de los cuales se refiere a una autoridad central europea contra el blanqueo.

Hay que imponer a cualquier banco que incumpla la legislación, incluida la banca suiza, no solamente diligencia debida, sino sanciones para que se impongan leyes más estrictas. Y hay que asegurar que la Autoridad Bancaria Europea ejerza su papel de supervisión sobre las unidades de inteligencia financieras en relación con las autoridades nacionales contra el blanqueo. Solo de ese modo podremos sacar una lección de cada hecho o de cada escándalo.

Kira Marie Peter-Hansen (Verts/ALE). – Mr President, we've heard it all before. We've had this debate before. LuxLeaks, the Panama Papers, Pandora Papers, Paradise Papers, and so on. And now Suisse Secrets. I wonder how many scandals do we need to take this crime seriously.

We learned from all those leaks that we have in the recent years that not only Switzerland but several EU countries have actively helped Russian oligarchs to launder money, avoid taxes and hide their wealth. Luckily, the EU showed that we are ready to take actions against Russia with economic sanctions as we have done with the oligarch freezing assets actions.

And I call on us now to use this situation as a wakeup call and make sure that we are as ambitious as possible with the anti-money-laundering package. This means banning golden visas, ensuring transparency on beneficial ownership and proper exchange of tax information, and making sure that Member States transpose and enforce existing anti-money-laundering rules. And it also includes a proper risk of high-risk countries. So I hope and I count on all the EU institutions to take up the task.

Spontane Wortmeldungen

Mick Wallace (The Left). – *(start of speech off mike)* ... revelations about the practices of Credit Suisse and their secretive clientele. I support the recommendations of Transparency International, which calls for extra supervision of mechanisms by national supervisory authorities, centralised and verified beneficial ownership registers and strong punitive action against misbehaving banks.

However, does it really come as any surprise to us that Swiss banks have dodgy customers? We've known this for years. Why did it take a whistle-blower to start this discussion? Sure, we should tackle anti-money laundering (AML) practices on the EU's doorstep, but we also have to look inside our own house. We have countries like Barbados and the Cayman Islands on the AML blacklist, but not Switzerland or even the UK. What are we doing about the weaknesses in our own system? We have countries like Ireland, Luxembourg and the Netherlands where shell companies and transparency laws make it nearly impossible to see who owns what or where the money is coming from. We do need to tackle anti-money laundering, but we need to tackle it everywhere.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Mairead McGuinness, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you to the colleagues for this debate. I think we should acknowledge that Suisse Secrets are no longer secrets because of the work of investigative journalists, and we should be grateful that there are investigative journalists and that we have press freedom.

I mentioned in my opening remarks that we're very committed to maintaining a tough approach in the fight against money laundering, both inside Europe and with third countries. I mentioned also that we are not resiling from watching whether progress is made or indeed if progress stalls, and we will take further measures if that is required.

I want to thank you for mentioning Europe's own anti-money laundering efforts. We've had five iterations of the Anti-Money Laundering (AML) Directive, and it's not enough because some Member States haven't fully implemented. And indeed we know that we need to go further. So I hope that we can work together on this package, which is a strong package that has to tidy up the more-than-loose ends in our current legislation. But we do need to work hard and we need to work fast, and indeed the French Presidency are showing great leadership.

I think the other point which has really come into sharp focus is the aggression by Russia in Ukraine and our sanctions. We now realise how much vulgar wealth there is in the hands of very few, globally. And I think that that visibility is really repulsive to our citizens. We are freezing assets, but we do have a Task Force in the Commission and its title is Freeze and Seize. And I know Member States will be looking at the second part of that with their own legislation, and I do believe this is a moment we should not allow to pass by without making a firm commitment that the financial system has got to be cleaned up both inside the European Union and outside.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je serai extrêmement bref, d'abord pour vous remercier une nouvelle fois d'avoir organisé ce débat et exercé votre vigilance sur cette question, qui nécessite avant tout un renforcement de notre législation, nous l'avons dit. Je le répète, la Commission européenne a proposé des textes il y a quelques mois, l'été dernier pour le sixième paquet. La présidence française est très engagée pour avancer le plus rapidement possible au cours de ce semestre sur ces textes, en lien, évidemment, avec le Parlement européen.

Je voulais, au-delà de cela, redire que nous aurons sans doute encore à renforcer, dans le contexte que nous connaissons, notre vigilance à l'égard des pays tiers, et que nous faisons confiance, sur ce dossier spécifique, à la Commission européenne pour apprécier la réalité des faits et pour en tirer les conséquences vis-à-vis de nos partenaires suisses.

Partageant l'appréciation que la commissaire McGuinness a formulée au début de notre débat, je crois qu'aujourd'hui nous ne sommes pas dans un moment où il faudrait tirer des conséquences générales à l'égard de la Suisse. Aussi discuterons-nous et débattrons-nous – sans aucune complaisance je crois, ni au Parlement européen ni au Conseil, soyez-en certains – de toute proposition que la Commission pourrait faire à la lumière des faits qui seront établis. Encore une fois, la confiance que nous plaçons dans la Commission est absolue sur ce dossier. Merci, Madame la Commissaire, de le porter très fortement ces derniers mois et pour l'avenir.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 171)

Ibán García Del Blanco (S&D), *por escrito*. – La investigación «Suisse Secrets» abarca más de 18 000 cuentas ocultas de Credit Suisse que llegaron a acumular fondos por más de 100 000 millones de dólares y que el banco mantuvo abiertas pese a las señales de alarma. En muchos casos, pertenecían a clientes acusados de delitos graves o vinculados a regímenes autocráticos.

Es vital impedir que la banca pueda ayudar a delincuentes y cleptócratas -incluidos los oligarcas rusos vinculados a Putin- a ocultar sus fortunas ilegales y a tomar participaciones en sectores clave, poniendo en peligro la seguridad de nuestros ciudadanos y de nuestras economías.

Con ese objetivo, el Grupo S&D lidera la batalla contra el blanqueo de capitales: nuestros coponentes en el Reglamento y Directivas LBC impulsarán un régimen más estricto en la UE, limitando la discrecionalidad de los bancos en el trato a clientes de alto riesgo. Propondremos también que la UE tenga herramientas más potentes para actuar contra entidades en terceros países. Asimismo, exigimos a Suiza la adopción de leyes para proteger a los denunciantes de irregularidades y la derogación de las desmesuradas penas por violación del secreto bancario. Por último, solicitamos a la ABE que investigue la posible existencia, en las filiales de Credit Suisse en la UE, de cuentas implicadas en el escándalo.

Nacho Sánchez Amor (S&D), *por escrito*. – La investigación «Suisse Secrets» abarca más de 18 000 cuentas ocultas de Credit Suisse que, en algunos momentos, llegaron a acumular fondos por más de 100 000 millones de dólares y que el banco mantuvo abiertas pese a las señales de alarma. En muchos casos, pertenecían a clientes acusados de delitos graves (tortura, tráfico de personas o asesinato) o vinculados a regímenes autocráticos.

Es vital impedir que la banca pueda ayudar a delincuentes y cleptócratas -incluidos los oligarcas rusos vinculados a Putin- a ocultar sus fortunas ilegales y a tomar participaciones en sectores clave, poniendo en peligro la seguridad de nuestros ciudadanos y de nuestras economías.

Con ese objetivo, el Grupo S&D lidera la batalla contra el blanqueo de capitales: nuestros coponentes en el Reglamento y Directivas LBC impulsarán un régimen más estricto en la UE, limitando la discrecionalidad de los bancos en el trato a clientes de alto riesgo. Propondremos también que la UE tenga herramientas más potentes para actuar contra entidades en terceros países. Este escándalo reabre el debate sobre la inclusión de Suiza en la lista de países de alto riesgo, mientras mantenga su secreto bancario y su supervisor no actúe diligentemente. Asimismo, exigimos a Suiza la adopción de leyes para proteger a los denunciantes de irregularidades.

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – There are still weaknesses in the EU anti-money laundering framework. While scandals have already forced many reforms, over-reliance on them to stimulate reforms unduly politicises AML initiatives. Threats posed by third countries, especially those with such close ties to the EU as Switzerland, endanger the integrity of the EU's financial system as a whole. As AML practices are increasingly toughened inside the EU, interested parties seek to circumvent the system using third country channels.

Switzerland could be placed on the blacklist of 'countries at risk' for money laundering, in the hope of triggering changes in the country's anti-money laundering mechanisms and deeper reforms. A few years ago, the Commission placed Tunisia on it, just when the country needed economic support from the EU, in order to push forward difficult democratic reforms. However, such blacklisting decisions are in reality highly political.

One alternative solution proposed is that non-EU legal persons with an EU connection must register their beneficial owners in EU registers of beneficial owners. These registers would comply with harmonised rules at European level to present information in real time. While there may be merits to blacklisting, with much more cumbersome control procedures for transactions, truly effective solutions should be more proactive and objective in nature.

24. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Markéta Gregorová im Namen des Ausschusses für internationalen Handel über den Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über eine Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (COM(2022)0004 – C9-0007/2022 – 2021/0438(COD)) (A9-0043/2022).

Ich weise Sie darauf hin, dass Sie mithilfe Ihres Abstimmungsgeräts spontane Wortmeldungen beantragen und blaue Karten einsetzen können, nachdem Sie Ihre Abstimmungskarte eingeführt haben. Ich bitte Sie daher, stets Ihre Abstimmungskarte mitzubringen. Anleitungen liegen im Plenarsaal aus.

Wenn Sie sich für eine spontane Wortmeldung anmelden möchten, ersuche ich Sie, das bereits ab jetzt zu tun und nicht das Ende der Aussprache abzuwarten.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Dies gilt allerdings nicht für spontane Wortmeldungen, blaue Karten und Wortmeldungen zur Geschäftsordnung.

Ich ersuche Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Hier auch nochmals die Bitte, dass Sie, weil wir heute Probleme mit der Mikrofonanlage haben, versuchen, das Mikrofon nicht zu berühren, weil das sonst sehr unangenehm insbesondere für die Dolmetscher ist.

Markéta Gregorová, rapporteur. – Mr President, in the last few years, the Republic of Moldova has faced an exceptional triple crisis, namely the COVID-19 pandemic, the energy crisis and the prevalent fight against systemic corruption and nepotism that caused significant weaknesses in several sectors, including limited administrative capacity.

While Moldova is still one of the poorest countries in Europe, the economic recovery plan for Moldova can be an essential stimulus for mitigating the effects of the pandemic, the energy crisis and state weaknesses, while also creating the changes needed to make Moldova more efficient and resilient to coming changes, which will be more than plenty. Currently, there is tremendous potential for necessary reforms, which would be a shame to miss. Even though Moldova has already taken some reform measures to combat corruption, organised crime and illicit financial flows, there are still significant opportunities for strengthening, notably in democratic institutions, improving decentralisation and implementation of crucial reforms concerning the institutional set-up of the public administration.

Moreover, the critical state institutions in Moldova also need to be strengthened to make them more resilient against capture, which has been problematic. Developing a rigorous framework to preserve judicial independence, integrity and accountability is critical to addressing corruption and reducing routes for political influence, sowing more trust in the legal system and improving access and delivery to justice.

The proposed EUR 150 million macro-financial assistance (MFA) operation for Moldova is foreseen to be disbursed in three equal tranches to be released between 2022 and 2024, with the first tranche disbursement envisaged before the summer. The financial programming over the 2022-2024 period allows for a grant component of EUR 32 million to be financed from the available budget. The proposal for MFA to Moldova is provided as an integral part of international support for the economic stabilisation of the Republic of Moldova. As usual, the disbursements would be conditional on satisfactory reviews under the IMF programme and progress on implementing the EU-Moldova Association Agreement and the deep and comprehensive free trade area (DCFTA).

In the light of all the considerations at this plenary, I believe that the European Parliament should agree with the Committee on International Trade (INTA) to approve the Commission's proposal to provide micro-financial assistance to Moldova. It is essential to consider the whole picture. The Republic of Moldova is following a good reform trajectory, even though some spheres still need to be strengthened, the right conditions are presently fulfilled for our support.

I will address the Commission in my final remarks, but allow me to stress also at this point the need for the Commission to include policy reforms into the memorandum of understanding and to ensure clear conditions. Given the current situation in Europe, I would also like to take this opportunity to thank the Republic of Moldova for taking care of the refugees from Ukraine fleeing the Russian aggression war, despite the fact that it has its complications for such a small nation.

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members, I am pleased to be here tonight for the finalisation of the proposal of macro-financial assistance to Moldova. I would like to thank the Parliament and in particular the members of the International Trade Committee, as well as Ms Gregorová, the rapporteur for this file, for your support and cooperation. We do have a common responsibility towards Moldova in these very difficult times and are ready to do what is needed.

The Commission has proposed, as the rapporteur just said, a new operation of EUR 150 million, consisting of EUR 120 million in medium-term loans and a EUR 30 million grant component. This is to be disbursed in three tranches over two and a half years, with commonly agreed policy conditions attached to each disbursement. Given the urgency, we will do our best to frontload the first tranche.

The request for a new MFA by Moldova was made in November amid a difficult situation, including the post-pandemic recovery and the gas crisis. Now, due to the war in Ukraine and its immediate impact on Moldova's economy, this assistance has become more urgent. We know that Moldova, the poorest country in Europe, continues to struggle with multiple crises at the same time, including the spillover effects of the Russian invasion of Ukraine via the high influx of refugees: 368 000 went to Moldova and around 100 000 are remaining there.

Let me recall that also both the IMF and World Bank are looking into increasing their support to Moldova in light of the effects of the war in Ukraine on the country's economy. This MFA should also build upon the progress made under previous macro-financial assistance, for example, the COVID-19 MFA. It will also provide for a further push in some key reform areas, such as good governance, the fight against systemic corruption, the rule of law and energy sector reforms.

Moreover, this MFA will also build on the window of opportunity that we currently see in Moldova, whereby all branches of the administration, including the President, the government and the Parliament are aligned on a common and ambitious reform agenda.

The Moldovan authorities have recently requested an increase of the MFA amount. In response to this, the Commission is working on a comprehensive support package where the request for more grant assistance can be accommodated as soon as possible, as Moldova faces direct humanitarian economic consequences of the war. We expect that the first MFA tranche could be disbursed in early summer and such support is warranted in view of the magnitude of the challenges that Moldova is facing.

Siegfried Mureșan, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, the Republic of Moldova is the European country that has received the biggest number of refugees from Ukraine compared to its population – bigger than any EU Member State. People in Moldova have opened their houses, and authorities in the Republic of Moldova have done all the necessary in order to provide for people coming from Ukraine in need of support. The Republic of Moldova has acted in a European spirit. It has defended European values, and we are all seeing right now how important and how relevant the Republic of Moldova is for the whole European Union. We can only live in safety, security and stability within the borders of the 27 Member States of the Union, if we are surrounded by countries which are safe and stable, and the Republic of Moldova is an immediate neighbour to us.

A safe Moldova and a stable Moldova is in the fundamental interest of the European Union. And I would also argue that the Republic of Moldova is as relevant as Ukraine is for the security of the European Union. And so, dear colleagues, let us adopt this macrofinancial assistance in the plenary tomorrow with a large majority. And Commissioner, as soon as you put forward proposals for additional support, we will also do all we can in Parliament to adopt them quickly to support you, because aside from the support that Moldova is offering now during this crisis, we are witnessing a pro-European government, a pro-European president, ready to embark on closer cooperation with the European Union, ready to reform the country. And if they are ready to get closer to the Union, we should support them. Because imagine if, in addition to the pro-Russian dictator Lukashenko in Belarus, there were a pro-Russian president in Moldova. We should avoid that. We should support Moldova's European path.

Marek Belka, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the discussion on the assistance programme to the Republic of Moldova is very timely. Over 500 000 refugees have entered the country, which does not list as affluent in any development ranking. This did not stop the people of Moldova in providing help and shelter to the victims of war.

In the same vein, the European Union should provide macro-financial assistance to the country. Grants and loans should be disbursed in accordance with the accepted International Monetary Fund (IMF) programme. This, of course, is only one of the many assistance programmes the EU will, is and should be providing to safeguard the stability of Moldova and help to tackle the current energy crisis, post-pandemic economic recovery and the negative effects of the unfolding security crisis.

We should not forget our commitments, which stem from the Association Agreement and the DCFTA, and be mindful of Moldova's efforts to modernise the economy and their European aspirations. Moldova needs our friendship and help more than ever. The EU has to be its true friend in need.

Dragoș Tudorache, în numele grupului *Renew*. – Domnule președinte, Republica Moldova și-a asumat fără echivoc drumul european, valorile și obiectivele, și-a asumat ideea de solidaritate și unitate care stă la baza Uniunii noastre. Cetățenii și autoritățile de stat au făcut dovada acestor asumări nu doar declarativ. Ei o fac, în aceste clipe, la modul cel mai concret posibil, fiind solidari cu sutele de mii de refugiați ucraineni, ajutându-i cu puținul pe care ei înșiși îl au.

Este rândul nostru, al instituțiilor europene și guvernelor statelor membre, să ne asumăm un ajutor cât se poate de concret pentru Republica Moldova. Pachetul de asistență pe care îl aprobăm acum este binevenit, dar nu este nici pe departe suficient. Nevoile Moldovei, așa cum au fost ele estimate la conceperea pachetului, sunt astăzi de o cu totul altă magnitudine.

De aceea invit Comisia Europeană, care a dat deja dovadă, în aceste momente de cumpănă, de viziune și curaj, să își asume alături de acest Parlament o nouă abordare a relației cu Republica Moldova, de o altă anvergură politică și cu suport financiar pe măsură.

Markus Buchheit, im Namen der *ID-Fraktion*. – Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen! Es besteht doch gar kein Zweifel daran, dass wir denjenigen Staaten, die hier uneigennützig humanitäre Hilfe leisten, auch Unterstützung zukommen lassen müssen.

Gleichwohl darf ich doch auch darauf hinweisen, welche Zeichen wir mit der Makrofinanzhilfe aussenden. Es geht doch hier – und das kam heute auch schon heraus – auch zumindest darum, den Eindruck einer künftigen EU -Mitgliedschaft zu erwecken. Davor möchte ich nur warnen. Ich glaube, wir sollten die Mittel, die wir jetzt an Moldawien schicken – auch vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Flüchtlingskrise –, die wir gerne von mir aus noch erhöhen können, zielgerichtet einsetzen und eben nicht im Rahmen einer Makrofinanzhilfe. Denn das trägt letztlich auch die Frucht, dass wir eben falsche Signale aussenden in Richtung Moldau. Und das hat auch dahingehend überhaupt keinen Sinn, da wir sagen: Dieses Land ist nach wie vor auf dem Korruptionsindex weltweit auf Platz 105 und hatte seit 2012 überhaupt keine Verbesserung in diesem Ranking.

Insofern: Lassen Sie uns Hilfen gewähren! Lassen Sie uns auch die humanitäre Situation berücksichtigen, aber doch bitte zielgerichtet und nicht im Rahmen der Makrofinanzhilfe.

Cristian Terheș, on behalf of the *ECR Group*. – Mr President, Commissioner, colleagues, one of the countries most affected by the criminal Russian invasion of Ukraine is Moldova. EU has a humanitarian responsibility to help Moldova, which received hundreds of thousands of refugees from Ukraine who are fleeing the Russian bombs in order to save their lives. But EU also has a historical responsibility for Moldova.

It became a modus operandi of Putin to invade, under different pretexts or excuses, regions from southern European countries which were before part of the Soviet Union. We've seen this happening in Georgia and Ukraine. There's modus operandi was initially implemented by the Russian Federation in Moldova, which since the fall of Soviet Union, keeps its 14th Army in Transnistria. Even though Moldova had its territorial integrity violated by the Russian Federation for 30 years, countries had no problems cutting deals with Putin for cheaper gas, oil or coal.

The precedent instrumentalised by Russia in Moldova and left unpunished for so long, just motivated Putin to keep invading countries until he caused the current war and humanitarian crisis in Ukraine. It is time to restore justice in Europe, and Moldova deserves justice, not just being by being helped financially, but by having the Russian army withdraw.

Helmut Scholz, *im Namen der Fraktion The Left*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Moldau braucht dringend Unterstützung. Schon vor dem Überfall Putins auf die Ukraine war Moldau in einer schweren wirtschaftlichen Situation. Eine schwere Rezession stellte die neue Regierung vor sehr schwere Aufgaben: sozial nachhaltige Strukturreformen, Greening der Wirtschaft inklusive der Energieerzeugung, Rechtsstaatlichkeit, Corona-Bekämpfung. Zusätzlich suchen nun als Folge des russischen Angriffskrieges Hunderttausende Menschen, vor allem Kinder und Frauen, auf dem Weg durch Moldawien nach Schutz. Wir müssen die Bevölkerung des ärmsten Landes Europas unverzüglich bei ihrer selbstlosen Hilfe für die Flüchtlinge unterstützen. 150 Millionen Euro werden nicht reichen, zumal zu unserer Schande 120 Millionen Euro davon nur als Darlehen gewährt werden.

Ich fordere die Kommission auf, nachzulegen und bei den kommenden EU-Hilfsprogrammen im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsnotstand Moldau in transparenter Weise unbedingt zu berücksichtigen. Und: Ist nicht spätestens jetzt von der EU-Kommission, den lettischen, schwedischen, deutschen und anderen Regierungen jenen Banken Druck zu machen, bei denen die Milliarde aus dem Jahrhundertraub einer Mafia-Clique in Politik und Wirtschaft verschwunden sind. Die Menschen in Moldau brauchen jetzt ihr Vermögen zurück.

Ernő Schaller-Baross (NI). – Mr President, Commissioner, I support the Republic of Moldova to benefit from this macro-financial assistance operation. Moldova, the most fragile neighbour of Ukraine, apart from the humanitarian emergency, is also noting a massive economic hit from the loss of its imports from Ukraine, a collapse in investor confidence and cross-border activity. This MFA operation would help Moldova to cover part of its external financial needs and contribute to reducing fiscal vulnerabilities.

In these times of multiple crises, the European Union plays a key role in ensuring economic resilience within the EU as well. The European Commission should therefore refrain from subordinating financial stability to political interests. To this end, Hungary asked for immediate and effective access to EU funds allocated to it. Amid war and consequently growing economic insecurity, it would be of utmost importance for the Commission to act on a professional basis.

Andrzej Halicki (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! 150 mln euro, w tym 30 mln dotacji, to ważna suma, ale to kropla w morzu potrzeb. I chcę powiedzieć, że w obliczu tego, co podkreślił Siegfried Mureșan, tej ogromnej otwartości społeczeństwa mołdawskiego, które przyjęło rzeczywiście najwięcej uchodźców per capita, więcej nawet niż polskie społeczeństwo, chociaż my przyjęliśmy ich aż 2,5 miliona, to ta pomoc jest za mała. Musimy zwiększyć i nakłady, i naszą aktywność.

Europejskie oczekiwania Mołdawii wymagają naszej stałej pracy, stałej grupy wsparcia w Komisji Europejskiej, obecności na miejscu – myślę o misji Parlamentu Europejskiego. To są nasze zadania, które jesteśmy zobowiązani uczynić wobec tego testu, który społeczeństwo mołdawskie dzisiaj zdało. Tak, społeczeństwo Mołdawii już jest w Europie, już jest razem z nami i udziela tej pierwszej pomocy, pomimo że jest biedne i nie ma ku temu wystarczających środków. I naszym zadaniem jest mu pomóc.

Juozas Olekas (S&D). – Mr President, I welcome the quick adoption of macrofinancial assistance to the Republic of Moldova. It's a strong sign of European solidarity. However, as you said Commissioner, this package was proposed even before the Russian war against Ukraine. Therefore, the need for help is now higher and greater than it was before. Europe has to rise up to the challenge, because Moldova is fighting on two fronts at least. The first front is energy. This fight started when Russia drastically increased its energy price in an attempt to punish Moldova for its pro-European choice. The second front is refugees. Moldova has received the biggest per capita flow of Ukrainian war refugees. Commissioner, the EU and its partners have to help Moldova to deal with this crisis. I strongly believe that this crisis will only make Moldova stronger and will prove that the pro-European choice is the right choice for the country.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Ja byłem członkiem delegacji Unia-Mołdawa i wiele razy byłem w tym kraju, który w wymiarze kulturowym, cywilizacyjnym, nie tylko geograficznym, jest absolutnie częścią Europy. Mówili moi koledzy o tym, jak społeczeństwo mołdawskie otworzyło serca i domy dla uchodźców, ale myślę, że także wysiłki pani prezydent Mołdawii, pani premier Mołdawii, tych wszystkich, którzy myślą w kategoriach europejskich – wspólnego europejskiego domu, należy docenić. Należy wspierać Mołdawię, ale jednak wbrew temu co słyszymy na tej sali, jednak wspierać po to, aby w przyszłości otworzyć szeroko drzwi dla tego kraju, jeśli chodzi o członkostwo Unii Europejskiej – to im się po prostu należy. Europa musi być z Mołdawią, Mołdawia z Europą.

Anna-Michelle Asimakopoulou (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, στηρίζουμε σήμερα, και ορθώς, την πρόταση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής για την παροχή περισσότερης χρηματοδότησης στη Μολδαβία για την αντιμετώπιση των οικονομικών επιπτώσεων του πολέμου στην Ουκρανία. Όμως ο πόλεμος του Πούτιν δεν έχει επιπτώσεις μόνο για την Ουκρανία και τη Μολδαβία, αλλά για όλες τις χώρες της Ευρώπης και όχι μόνο. Δυστυχώς κάθε μέρα που συνεχίζονται οι εχθροπραξίες χύνεται περισσότερο αίμα, προκαλείται περισσότερος ανθρώπινος πόνος, έχουμε περισσότερους πρόσφυγες και περισσότερες συνέπειες που αφορούν στην οικονομία, στην ενέργεια, στην ασφάλεια τροφίμων και σε πολλούς άλλους τομείς, συνέπειες που θα τις υποστούμε όλοι και όλες.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει και πρέπει να κάνει περισσότερα για να αντιμετωπίσει τις συνέπειες αυτές. Πρέπει να επιδείξει περισσότερη ενότητα, περισσότερη αλληλεγγύη, αλλά και να διαθέσει περισσότερη χρηματοδότηση. Κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, ο πόλεμος στην Ουκρανία προκάλεσε μεγάλα προβλήματα όλων των ειδών. Τα μεγάλα προβλήματα απαιτούν μεγάλες αποφάσεις και τα μεγάλα οικονομικά προβλήματα απαιτούν μεγάλες οικονομικές παρεμβάσεις.

Spontane Wortmeldungen

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, domnule comisar, în primul rând aș vrea să mulțumesc cetățenilor din Republica Moldova pentru dovada de solidaritate pe care au dat-o, așa cum au dat-o și cetățenii din țara mea, din România, din Polonia, din Ungaria.

Este clar că asistența macrofinanciară trebuie făcută dar, domnule comisar, a rezultat din dezbaterile de astăzi că aceste sume erau stabilite înainte de a fi războiul și evident că acum Republica Moldova are nevoie de un ajutor mai mare și mai consistent, mai ales în partea de granturi, pentru că da, creditele vor trebui să fie date înapoi.

De aceea, v-aș adresat două rugăminți. În primul rând, să discutați în Comisie posibilitatea de creștere a granturilor și, în al doilea rând, să devansați ca prima tranșă să meargă mai repede, poate în luna mai, pentru că acum au nevoie de ajutor cetățenii care și-au deschis casele, până la urmă, și știm bine că Republica Moldova avea oricum o problemă din punct de vedere al locurilor de muncă, din punct de vedere al veniturilor pe cap de locuitor. Așadar apelul meu este să ajutăm Republica Moldova, dar să o ajutăm cu cât trebuie și când trebuie.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Paolo Gentiloni, Member of the Commission. – Mr President, thank you to all the honourable Members for intervening and supporting the macro-financial assistance (MFA) proposal and also the idea of further strengthening our package of support in the near future.

I think that this support is very important for several reasons. Firstly, the humanitarian effort that Moldova is having in these weeks. Secondly, geopolitical reasons; we all know what kind of pressure is on this country because of its position. And thirdly, because – and I had the opportunity to meet members of the government – I think it's the right time also to help because there is a strong commitment for reform, for anti-corruption and for defending our common European values. And this is the reason why I think your support for the MFA is very important and our commitment to go beyond in the near future is also so important.

Puhetta johti HEIDI HAUTALA*varapuhemies*

Markéta Gregorová, rapporteur. – Madam President, I tried to catch the eye, but I was unsuccessful so I will waste a little bit of my precious seconds to just remind a few of my colleagues that the MFA so very important for Moldova is not related to the refugee crisis and to the war. Thank you.

And as for the remarks I promised on the Commission and our role, first, I still stress the need for the Commission to include policy reforms into the memorandum, such as addressing asset recovery linked to 2014 bank fraud, continued public-finance management reforms, the justice sector reform, enhancing transparency, accountability, etc. And I emphasised that each instalment disbursement should be linked to clear conditions.

Secondly, I want to note that it is shameful that the European Parliament does not enjoy an adequate role in the MFA process, despite being a co-legislator. MFA is assent with urgency and as a consequence the EP cannot have proper scrutiny. Furthermore, the political conditionalities are agreed only between the Commission and the recipient country in the framework of the Memorandum of Understanding, where the Parliament has no say. That is why I need to stress to the Commission that the European Parliament must get duly informed throughout the disbursement of the MFA programme. You should monitor and rigorously control the fulfilment of these conditions and inform us throughout the whole MFA process.

Thirdly, the MFA combination of loans and grants, where loans usually have the most significant share, is not that favourable. Currently, Moldova is seeing the impact of war, raised energy prices and some additional costs. Thus I welcome the Commission's efforts to find also some other ways to support Moldova in stabilising the economy and facing the new unprecedented challenges. The macro-financial assistance is not already sufficient to cover the financial gaps, so this would be very important.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan torstaina 24.3.2022.

25. MFR 2021-2027: Bekämpfung von oligarchischen Strukturen, Schutz der EU-Mittel vor Betrug und Interessenkonflikten (Aussprache)

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana Petri Sarvamaan talousarvion valvontavaliokunnan puolesta laatima mietintö monivuotisesta rahoituskehiksestä 2021-2027: harvainvaltaisten rakenteiden torjuminen, EU:n varojen suojeleminen petoksilta ja eturistiriidat [2020/2126(INI)] (A9-0039/2022).

Monika Hohlmeier, stellvertretende Berichtstersterin. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Kommissar! Ich begrüße alle, die noch zu so später Zeit hiergeblieben sind, und freue mich, dass wir, wenn auch zu später Zeit, doch diesen sehr wichtigen Initiativbericht miteinander diskutieren. Wir finden innerhalb der Europäischen Union zunehmend oligarchische Strukturen, und auch außerhalb der Europäischen Union, an unseren Grenzen, existieren sehr gefährliche oligarchische Strukturen. Wir sind dafür nicht ausreichend gerüstet. Vielleicht deshalb, weil wir meistens glauben, mit gutem Willen zu arbeiten. Vielleicht auch deshalb, weil wir uns eher mit den positiven Dingen, der Förderung und der Unterstützung, befassen und weil wir auch Vertrauen haben in die nationalen Behörden – und weil wir manchmal dabei Faktoren übersehen, die doch ziemlich gefährlich sind.

Unter Oligarchentum verstehe ich oder versteht man landläufig die kriminelle Verquickung von Geschäftsleuten mit hochrangigen Politikern zur gegenseitigen illegitimen Bereicherung – und auch um gemeinsam Macht auszuüben in illegitimer Form. Dabei werden Binnenmarktregeln außer Kraft gesetzt, dabei werden Wettbewerber kriminell verdrängt und mit kriminellen Methoden bedrängt und aus dem Markt gebracht. Dabei gibt es einen systemischen Betrug bei Ausschreibungen. Man findet eine bemerkenswerte Konzentration von Fördermitteln bei bestimmten Einzelpersonen.

Und wir haben nicht einmal die Möglichkeit, digital relativ rasch zurückverfolgen zu können, an welche Wirtschaftsberechtigten Geld oder Förderungen gegangen sind, welche Wirtschaftsberechtigte hinter entsprechenden Förderungen stehen. Wir haben bedauerlicherweise auch in etlichen unserer Fonds, im Besonderen auch im landwirtschaftlichen Bereich, teilweise noch Möglichkeiten, dass es keinerlei Obergrenzen für die Förderungen gibt, auch nicht für die dauerhaften Förderungen. Das ist etwas, wo der Haushaltskontrollausschuss sich vehement dafür eingesetzt hat, dass wir solche Obergrenzen bilden. Denn das Geld soll an die Breite und zum Vorteil der Breite der Bevölkerung gehen. Der Steuerzahler muss wissen, an wen das Geld geht, wofür an jemand das Geld geht, welche Projekte gefördert werden, und das muss lückenlos rückverfolgbar sein.

Wir brauchen also endlich das, was wir miteinander diskutiert haben. Die Kommission nähert sich schrittweise, aber alle Schritte sind bis jetzt freiwillig. Es gibt keine verpflichtende interoperable Datenbank, in der man einfach – ich sage jetzt mal, auf Knopfdruck – zurückverfolgen könnte, wer hat wie viel wofür bekommen? Wer steht hinter einer Firma? Wie setzen sich Firmen zusammen?

Es gibt nach wie vor intransparente Firmenkonstrukte, die kaum nachverfolgbar sind. Es gibt Stroh Männer und Stroh Frauen, die entsprechend versuchen, sich auch über europäisches Geld herzumachen oder insgesamt über Geld europäischer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Und deshalb, lieber Herr Kommissar, ist es auch wichtig, dass wir den Konditionalitätsmechanismus, wenn wir solche Strukturen entdecken, entsprechend auch anwenden – und zwar mit Konsequenz anwenden. Dass wir dort, wo wir erleben, dass Oligarchen, Politiker auch mit organisierter Kriminalität gemeinsame Sachen machen, konsequentest und härtest einschreiten und die Europäische Staatsanwaltschaft entsprechend ausstatten. Dass wir aber auch mit großer Konsequenz endlich die Möglichkeit haben, digital zurückzuverfolgen, wer bekommt warum wie viel Geld?

So viel ist das doch eigentlich gar nicht verlangt. Wenn wir digital an der Spitze der Welt stehen wollen, dann muss es doch wenigstens möglich sein, unsere Fördergelder bis zu den Wirtschaftsberechtigten endlich mal zurückverfolgen zu können. Das sollte nicht an nationalen Stellen scheitern, und wir müssen auch wissen, ob nationale Stellen überhaupt legitim und ordnungsgemäß ausgestattet sind, geschweige denn, ordnungsgemäß arbeiten wollen. Ich bedanke mich bei Petri Sarvamaa für den hervorragenden Bericht und bei der Frau Präsidentin, dass sie mich nicht gleich gestoppt hat.

Johannes Hahn, *Member of the Commission*. – Madam President, first I would like to thank Petri Sarvamaa and his colleagues for this very – and rightly so – ambitious report.

The Commission is fully committed to protecting the Union budget from fraud, conflicts of interest or any other offence. The current legal framework is already well equipped to protect the Union budget, and the Financial Regulation also applies, of course, to the funding that is being mobilised for the Recovery and Resilience Facility.

As it makes up the majority of the Next Generation EU funds, I would like to highlight a few features of the Recovery and Resilience Facility that are particularly relevant for protecting our budget. As you know, the Commission can disburse funds under the Recovery and Resilience Facility only if the Member States have established robust internal control systems to prevent, detect and correct fraud, corruption and conflicts of interest. The Member States must also collect data on the entities receiving Union funding and on the physical persons behind those entities. The Commission can also recover funds and reduce its contribution where a Member State does not act. The Commission, the European Anti-Fraud Office (OLAF), the European Court of Auditors and the European Public Prosecutor's Office (EPPO) all have competences and responsibilities to protect the financial interests of the Union under the Recovery and Resilience Facility.

Another feature of the Recovery and Resilience Facility is that plans should contribute to effectively addressing all or a significant subset of challenges identified in the country-specific recommendations. This also covers country-specific recommendations that are related to the independence of the judiciary or to the fight against corruption. Some Member States have measures in their plans targeted towards such challenges.

The Union budget is also protected from breaches of the principles of the rule of law that affect or seriously risk affecting the budget. That includes, for example, breaches that relate to conflicts of interest, corruption, arbitrary decisions by public authorities, and effective cooperation with OLAF and the EPPO.

Under the Conditionality Regulation, the Commission has sent requests for information so far to two Member States and it continues to assess the situation across Member States. The Commission will inform the European Parliament about any written notification under the Conditionality Regulation without any delay.

I would also like to highlight that the establishment of the EPPO is a great achievement. The EPPO is in charge of investigating, prosecuting and bringing to judgment criminal offences against the Union budget. The cooperation offered by the Commission, together with the rules protecting the prerogatives of the EPPO, contribute to the effective protection of the Union budget from criminal offences. However, for the Commission, all of the European Court of Auditors and the EPPO to do their work, it is necessary that data in the domain of EU funding are recorded and made available by Member States. We need to always have clear and complete information about the final recipients of the funds. In that respect, we are fully on the same page.

This brings me to the next point: the digitalisation of controls and audits and improving the quality and interoperability of the data on recipients of EU funding. The Commission intends to use the upcoming targeted revision of the Financial Regulation as another opportunity and attempt to promote electronic collection of data on recipients of EU funding and the beneficial owners and the use of an integrated IT system for data mining and risk scoring to assess and analyse those data. The Commission stands ready to work closely with the European Parliament to advance as much as possible on this proposal.

When it comes to protecting the rule of law, the Commission and the Union have a number of instruments at their disposal. This rule of law toolbox consists, among others, of infringement procedure proceedings, the Article 7 of the Treaty on European Union procedure, the country-specific recommendations in the framework of the European Semester and the annual rule of law report, including assessments of corruption vulnerabilities. These instruments vary because they are tailored to address the specific types of situations in Member States, aiming at preventing or responding to rule of law and corruption issues. Finally, the early detection and exclusion system (EDES) allows the early detection and the possible exclusion of fraudulent or unreliable economic operators, possibly even imposing financial penalties on them.

So I have confidence in the comprehensive tools for our management and control of the Union budget. We will never reach literally zero errors, but our multiannual approach allows us to make sure that No EU money is lost, wasted or affected by fraud. We have zero tolerance with regard to fraud and we are fully committed to working for better protection of the Union's financial interests.

Maria Noichl, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Landwirtschaftsausschusses*. – Frau Präsidentin! „Die Opfer“ ist ganz Europa. Die Opfer sind wir alle. Die Opfer sind die Steuerzahler und Steuerzahlerinnen. Ich spreche aus dem AGRI-Bereich. Die Opfer sind natürlich die ganz normalen Landwirte, die Fördergelder bekommen wollen und Fördergelder brauchen.

Wer sind die Täter? Die Täter sind eine kleine Gruppe, eine kleine gierige Gruppe, die den Hals nicht voll bekommen kann, eine kleine gierige Gruppe, die einerseits nach Macht strebt, nach Kontrolle der Medien strebt, auf der anderen Seite aber auch natürlich nach Geld strebt und sich mit Geld wirklich bereichert.

Deswegen müssen wir alles tun, um klar zwischen den Tätern und den Opfern zu trennen. Wir müssen alles tun, um die Täter dingfest zu machen. Das heißt, wir brauchen endlich mehr Mittel für die Personen, für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zum Beispiel von OLAF – endlich mehr Mittel und mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für OLAF –, endlich mehr Mittel und mehr Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen für die Europäische Staatsanwaltschaft und natürlich für Europol. Wir brauchen eine Kommission, die wirklich zubeißen will, eine Kommission, die wirklich zubeißt und erst nachgibt – ich würde einmal sagen –, wenn sie einen Brocken Fleisch im Mund hat. Nämlich wenn sie jemanden erlegt hat. Hier geht es wirklich darum, die Europäische Union zu schützen, jeden Tag zu schützen. Das erwarte ich von der Kommission.

Tomáš Zdechovský, za skupinu PPE. – Paní předsedající, pane komisaři, skvělá řeč. Tleskám! Opravdu skvělé! Vy jste mluvil o digitalizaci evropského auditu a kontroly. A já se ptám: Kdy bude? Stále zde o tom mluvíme. Dva roky stále říkáme, že je potřeba, abychom věděli, ke komu jdou ty peníze! A kde je výsledek? Jak dlouho ještě budeme čekat? Další dva roky? Pět let, deset? Vždyť oligarchové se nám smějí! Teď máme sankce Evropské unie proti Rusku a každý oligarcha z Ruska se směje, protože přes Kypr si tady zkrátka přijímá peníze z Evropské unie! My nevíme, komu to platíme! Tato zpráva je facka Evropské komisi, aby se probudila a řekla, kdy bude řešit problém oligarchických struktur v Evropské unii. Nechci čekat dalších pět, deset, patnáct let na to, že tento problém vyřešíme. Ten problém máme nyní, nyní v Evropské unii a musíme ho řešit. To je myslím jasný vzkaz Evropské komisi.

Sándor Rónai, az S&D képviselőcsoport nevében. – Tisztelt Elnök Úr! Egy elhíresült történet szerint a második világháborúban azt javasolták Winston Churchillnek, hogy a háború finanszírozhatósága szempontjából függeszék fel a művészetek támogatását. Churchill ezt azzal vetette el, hogy de akkor miért is harcolunk valójában? Ennek a válasznak a legmélyebb igazságtartalma legyen iránytű mindannyiunk számára. Mert igaz az, hogy a szomszédunkban zajló gyilkos, pusztító háború sok tervet át kell hogy írjon, ugyanakkor fel kell tennünk magunknak azt a kérdést is, hogy miről is szól az Európai Unió valójában. Az Európai Unió a demokráciáról, a jogállamiságról, az emberi jogok tiszteletben tartásáról szól. Ebből kiindulva, az Európai Unió a háborúra tekintettel sem számolhatja fel azokat az értékeket és törekvéseket, erőfeszítéseket, amelyek érvényesítésére létrejött. Épp ellenkezőleg. Az Európai Parlament legnagyobb sikere a jogállamisági kritériumok bevezetése volt. Minden erőnkkel azon kell dolgoznunk, hogy a kormányzati korrupció, az oligarchák dőzsölése és mindenekelőtt Európa bomlasztói, Putyin kiszolgálóinak megálljt parancsoljunk. Ez a feladatunk, képviselőtársaim. Dolgozzunk ezért!

Ramona Strugariu, on behalf of the Renew Group. – Madam President, in 2020 alone, over EUR 253 million of detected fraud were lost, and this is only in EU funds under shared management. This is the tip of the iceberg, as national data reporting is not accurate and reliable enough. But we're not only talking about stolen money. We are speaking about a connection to oligarchic networks seeking to gain control over independent judiciaries and free media to cover up conflicts of interest and fraud, and to capture the State.

The new multiannual financial framework and Next Generation EU make available EUR 1.8 trillion in EU funding. OLAF has already warned of the vulnerabilities we face in the absence of appropriate tools for monitoring this allocation. And we have these tools. We must extend the use of Arachne and EDES to all EU funds under shared management. We must improve their functionality and make the systems interoperable with national and local databases.

Article 61 of the current Financial Regulation has been a game changer in fighting conflicts of interest in the EU. The revised version must be bold enough to enforce this framework, make it stronger and lay down clear rules on preventing, identifying and managing conflicts of interest. This is how we can succeed.

Daniel Freund, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Frau Präsidentin! Oligarchen besitzen einen Fußballverein, Oligarchen haben eine Superjacht, Oligarchen bauen sich Paläste. Bei Oligarchen denkt man atürlich direkt an Putin, an Abramowitsch, an die Feinde der Demokratie. Aber Oligarchen gibt es eben nicht nur mit russischem Öl, sondern Oligarchen gibt es auch mit EU-Agrarfonds. Die EU hat sich eine eigene Kaste von superreichen Oligarchen gezüchtet. Viktor Orbán baut sich ein Fußballstadion vor sein Haus. Sein Außenminister fährt mit der Superjacht durch die Adria. Orbáns Vater baut einen ehemaligen Königspalast zum Golfplatz um. Und wir finanzieren den Feinden der EU ein Luxusleben mit unseren Steuergeldern.

Herr Hahn, Sie sind der Haushaltskommissar. Sie überweisen jeden Monat 527 Millionen Euro an die Orbán-Regierung. Das Geld ist eigentlich für die Ungarinnen und Ungarn gedacht. Aber viel zu oft bekommen sie es nicht. Stattdessen finanziert das Geld vielleicht den nächsten Privatjet. Oder im schlimmsten Fall kaufen die Orbán-Oligarchen damit die letzte unabhängige Tageszeitung im Land. Den russischen Oligarchen werden gerade die Gelder eingefroren und die Superjachten weggenommen. Es wäre wirklich an der Zeit, dass wir auch im Kampf gegen die EU-Oligarchen endlich ernst machen und auch da die EU-Gelder einfrieren, wo sie eklatant in der Korruption enden. Lassen Sie uns endlich den Rechtsstaatsmechanismus auslösen.

Joachim Kuhs, *im Namen der ID-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Hahn! Vielen Dank, Frau Hohlmeier, für diesen tollen Bericht. Ich denke, wir sind uns alle einig, dass oligarchische Strukturen, Korruption und auch Betrug – egal von wem – unnachgiebig bekämpft werden müssen. Wir sind uns sicher auch einig, dass das Haupthindernis einer effektiven Betrugsbekämpfung die mangelnde bzw. oft verhinderte Zusammenarbeit unserer Betrugsbekämpfungsbehörden mit den betroffenen nationalen Stakeholdern – und oft sind es eben gerade diese Oligarchen – ist. Und da können wir leider kein einziges Mitgliedsland ausnehmen. Überall kommt das vor. Wenn der politische Wille fehlt, dann können wir hier noch so viele Regeln machen, dann können wir noch so viele Prüfungen durchführen, dann können wir OLAF und EPPO noch so stärken, finanziell oder personell – dann werden wir im Kampf gegen diese Oligarchen scheitern.

Das haben wir wieder und wieder erlebt. Vielleicht sollten wir einen komplett anderen Ansatz wählen. Ich mache einen Vorschlag, ich habe ihn schon einmal gemacht: Wenn Gelder, die nachweislich missbräuchlich eingesetzt oder verwendet werden, wenn das vorliegt und nachgewiesen ist, dann müssen sie vollständig, einschließlich einer – nennen wir es mal eine Bearbeitungsgebühr von 20 % zurückbezahlt werden. Erst nach Rückzahlung können neue Mittel bewilligt und ausgezahlt werden. Wenn sich Betrug nicht lohnt – ja, wenn es sogar mehr kostet, als es einbringt –, dann, liebe Kollegen, dann ist dieses üble Treiben schnell zu Ende.

Elżbieta Rafalska, *w imieniu grupy ECR*. – Pani Przewodnicząca! W latach 2020-2021 podjęto działania na rzecz lepszej ochrony interesów finansowych Unii Europejskiej. Uruchomiono Prokuraturę Europejską, a Europejski Urząd ds. Zwalczania Nadużyć Finansowych poddano reformie. Niewiele to pomogło. Podczas pandemii zwiększyło się ryzyko nadużyć finansowych ze względu na uproszczone procedury, które mogły skutkować mniej konkurencyjnymi zamówieniami publicznymi i bezpośrednio udzielonymi zamówieniami.

Wzrosło też ryzyko konfliktów interesów i korupcji. Rosnąca obecność struktur oligarchicznych w Unii Europejskiej w ostatnich latach stwarza ryzyko nadużyć i konfliktu interesów. W niektórych państwach członkowskich członkowie rządów krajowych i inne osoby na stanowiskach politycznych są częścią oligarchii i wykorzystują fundusze Unii Europejskiej dla własnych korzyści finansowych poprzez praktyki przestępcze, często związane z korupcją.

Nigdy takie zarzuty nie były formułowane wobec mojego kraju, wobec Polski. Należyte zarządzanie finansami Unii Europejskiej jest konieczne. Popieramy wszystkie wysiłki zmierzające w tym kierunku.

Luke Ming Flanagan, *on behalf of The Left Group*. – Madam President, it's hard to wonder is there anyone listening at this time of night? Hopefully there is.

Oligarchs aren't something that many people said an awful lot about up until the last while but now all the cool kids in class hate them, despise them and they want to do something about them. Well, here's your chance. Try and do something about them. Take them on.

This report, it's not perfect but it says a lot of good things, as would an awful lot of reports in Parliament; they say an awful lot of good things but they never happen. And they probably never happen because usually the people who put these words down in the first place don't really want it to happen. They just want to make it seem like it's going to happen.

The report includes a strong focus on transparency. It considers, worryingly, the increase in oligarch structures within the Union which are actively using EU funds. It says all the right things and while it's good, and essentially we've got to chase after oligarchs that misuse EU funds, we've also got a problem with people who legally use EU funds in the most dodgy way possible, but the law allows them to. So maybe we just need to tackle them as well.

I'll be voting for the report. I won't be holding my breath whether you'll do anything about them.

José Manuel Fernandes (PPE). – Senhora Presidente, Caro Comissário, Caras e Caros Colegas, os fundos europeus têm de ser geridos e aplicados com transparência. É uma obrigação legal, mas também é uma forma de se respeitar o esforço dos cidadãos europeus que contribuem com os seus impostos para o orçamento da União.

A fraude, a má utilização dos fundos, não é aceitável, não é admissível. E por isso exige-se que os Estados-Membros, os governos, façam o seu melhor e se empenhem. Eu não percebo, por exemplo, porque é que não se disponibiliza publicamente, numa plataforma *online*, todos os beneficiários, os respetivos projetos e montantes que são aprovados, a tipologia e a localização. Só isto permitia seguir o rasto e permitia também, por exemplo, evitar duplicações.

É ainda necessário evitar erros que muitas vezes resultam da má legislação, da legislação que não é simples, de uma legislação que não é clara e que é ambígua. E, nesse sentido também, há um esforço a fazer, porque há muitos beneficiários que cometem erros, estando de boa-fé, sendo de seguida penalizados, e nunca podemos confundir erros com fraude.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, sigur, combaterea structurilor oligarhice și protejarea fondurilor europene, dar și a fondurilor naționale, trebuie să fie preocuparea, pe de o parte, a Comisiei Europene, a Parlamentului, dar și a statelor membre pentru că, până la urmă, acești bani, fie ei europeni sau naționali, trebuie să ajungă la cetățean.

Din păcate, trebuie să spun că acum, când vorbim, nu avem o situație reală a fraudelor pentru că sistemul de raportare din cele 27 de state este diferit. Așa se face că unele state raportează și suspiciunea de fraudă, și fraudarea. Alte state raportează doar fraudele, așa cum, de fapt, prezintă OLAF în raportul lui. Așa cum s-a întâmplat și cu țara mea, România, care, iată, figurează în acest raport ca fiind fruntașă, dar de fapt a raportat la un loc și suspiciunea de fraudă.

Cred, domnule comisar, că acest raport din proprie inițiativă poate ajuta Comisia să veniți cu niște măsuri, pe de o parte, de creștere a transparenței, pe de altă parte, de o raportare unitară, ca să nu comparăm mere cu pere. Și, evident că trebuie să fie cuantificabili toți indicatorii pe care îi folosim, pentru că banii aceștia trebuie să ajungă la beneficiari.

Karin Karlsbro (Renew). – Fru talman! EU är ett samarbete, inte en bankomat. Länder som bryter mot rättsstatens principer ska inte tro att de kan fortsätta kvittera ut EU-bidrag som om ingenting hade hänt. Korruption är ett gift som undergräver demokratin. Den måste stoppas, motverkas och avslöjas. Den europeiska åklagarmyndigheten spelar en viktig roll.

Det är svårt att tala om korruption i dag utan att nämna Aleksej Navalnyj, som förra året fick årets Sacharovpris, Europaparlamentets pris för yttrandefrihet. Han är en mycket värdig vinnare och fått betala ett högt personligt pris i form av både mordförsök och långa fängelsestraff för sin modiga kamp för att avslöja korruption och maktmissbruk i Putins Ryssland.

Ingen borde i dag tvivla på att EU måste hålla rent framför egen dörr. Det finns ingen, absolut ingen, plats för korruption i Europa.

Claude Gruffat (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, merci à ceux qui sont encore là à 23 heures passées. On répète sans fin que le budget européen est déjà trop faible, donc il n'est pas question de le laisser à la merci des prédateurs. Comme en Russie, l'Europe a ses oligarques, et, comme en Russie, ils prospèrent dans les failles du système. Ils menacent notre démocratie en accaparant une part de nos ressources communes. Protéger nos intérêts financiers des prédateurs est indispensable pour redonner confiance aux citoyens et pour respecter l'argent public.

Pour combattre l'opacité qui favorise les détournements, il nous faut des registres européens, et a fortiori mondiaux, des bénéficiaires d'actifs. Aujourd'hui, aucun pays européen n'exige l'enregistrement des bénéficiaires effectifs d'actifs tels que les biens immobiliers, les yachts, les jets privés et ou encore les œuvres d'art. Cela signifie que les pays sont aveugles, faute de moyens de savoir à qui appartiennent les milliards d'actifs détenus sur les territoires. Ouvrons les yeux des administrations fiscales et mettons en place de tels registres pour une Europe plus transparente, dotée de moyens de se défendre face aux prédateurs.

Siegfried Mureșan (PPE). – Madam President, dear colleagues, oligarchs are a danger for our democracy. They exert political influence. They affect the functioning of our economy. They are a threat to public budgets and they are a threat to taxes paid by citizens and by honest enterprises.

During the next seven years, the European Union will spend more money than ever from the budget of the European Union and from the Recovery and Resilience Facility, and one thing is clear: the more we spend, the more we need to make sure that money really reaches the people that the money is intended for. Large amounts require strong controls, so we have to do two things: make sure that the money reaches the beneficiaries that it is intended for; and number two, that it is adequately spent.

Commissioner, I welcome what you said on data, on making sure that we know where money gets to. And for this reason, we are calling on the European Commission to put forward a single interoperable database so that we know where all categories of EU funds are going. Member States should use the large amounts of funds for digital investment to create such a database. It is our duty to fight fraud irregularities in the EU and everywhere where EU funds are involved.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Mick Wallace (The Left). – Madam President, oligarchs and corruption are a feature of *[inaudible]* capitalism. You become a billionaire by stealing, by collusion with politicians, the media and government officials and then you have influence over those who help you to the top.

A billionaire is an oligarch. Europe has more billionaires than any other continent. Germany has more billionaires than anyone else in Europe. Germany's oligarchs increased their wealth by nearly EUR 200 billion in the first year of the pandemic alone. But by their complete omission from this report, we are to believe those EU contracts that helped enrich Germany's oligarchs were the result of fair play and hard work and nothing to do with their influence over EU politics and the endlessly documented revolving door fiasco going on between the Commission, the Council, Parliament and Europe's capitalist industrial giants. Seven EU countries are openly facilitating corruption and theft of billions in government revenue and no one cares. This report is only nibbling around the edges.

Clare Daly (The Left). – Madam President, there hasn't been a better – or should I say worse – example of oligarchic structures or fraud of EU funds than that of Bulgaria and the carry-on of the GERB party, and Boyko Borisov in particular, which has gone unchallenged for years as a result of their insidious grip on state power, which has degraded the livelihoods of Bulgarian citizens for years. It's also gone on because of the support in here from the EPP Group, which we heard articulated earlier by Manfred Weber.

And it took the people of Bulgaria to get to the streets, to hold elections, to put the spotlight on and elect a new government to deal with these issues. And when they tried, they met the challenge of state capture: the Prosecutor's Office, the Supreme Judicial Council, the anti-corruption committee, all captured by GERB and Borisov's henchmen. So there was euphoria last week when the EPPO arrested him and took him into custody on 120 fraud cases amounting to billions of lev from the Bulgarian people and of EU funds. His release afterwards has been met with dismay. I know there's people in here batting for him, but that is going to be a test on the EPPO whether he fails or not.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Johannes Hahn, Member of the Commission. – Madam President, thank you very much for this debate, in particular for the report and for your extremely valuable and supportive contribution. We really count on this if we will make our proposals for the modification, the revision of the Financial Regulation. Indeed I think it's important to make progress, I cannot agree more with what you have said.

I think what we need is also your support in your Member States, because there are some governments which hide behind the data protection issues, but in reality it's because there are weaknesses of their IT systems which prevent them from engaging in interoperability and so on.

By the way, Next Generation EU now offers a lot of possibilities to invest, in particular in digitalisation. Some Member States consider this again as a kind of transfer of another kind of sovereignty to Brussels or whatsoever. This is all nonsense. It's really about taking care about our Union budget and really identifying at a very early stage if there is a misuse, as Mr Fernandes said, Very often the final beneficiaries are making errors because we have to admit that our regulations are not the simplest.

So, it's always a mixture between the fraudulent issues and simply errors, and I think with an IT system in place, we can avoid a lot of problems, which is finally in the interests of all of us, and would make also our life in terms of administrative procedures much easier. Once again, thank you for this debate and I wish you all a good rest.

Monika Hohlmeier, *stellvertretende Berichterstatterin*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die ihr jetzt noch zu später Stunde verblieben seid! Vielen herzlichen Dank dafür.

Oligarchische Strukturen sind ein strukturelles Problem. Das kann man nicht durch irgendwelche öffentlichen Anklagen nur gegen Einzelpersonen klären, sondern man muss die Strukturen verändern. Oligarchische Strukturen werden verhindert, indem man mehr Transparenz schafft in bestimmten Bereichen. Die Transparenz bei der Beobachtung, wo welche Gelder der Europäischen Union hingehen, ist schlicht und einfach aufgrund nationalen Widerstands und Widerstands der Mitgliedstaaten bis heute leider nicht vollständig gegeben. Wir müssen uns vielfach auf nationale Behörden verlassen, und wenn die nationalen Behörden nicht richtig funktionieren bzw. vielleicht auch historische korruptive Zustände vorherrschen, dann sind wir derzeit nicht in der Lage, diese Strukturen frühzeitig und rasch genug zu durchblicken und zu verhindern, dass es zum Beispiel zu einer unmäßigen Zusammenballung und Bevorzugung, zu Unterbrechungen, zum Beispiel bei Ausschreibungen kommt – dass immer wieder dieselben auftauchen, die sich dann entsprechend bereichern können, dass Ausschreibungsverfahren unterlaufen werden, dass es dabei zum Beispiel systemischen Betrug gibt. Wir müssen uns tatsächlich besser aufstellen.

Ich möchte aber auch gerade an die Adresse derjenigen, die hier gerade von links gesprochen haben, sagen, es würde auch dazu beitragen, wenn man die Wahrheit sagt. Man muss nüchtern sagen: Die Verhaftung von Bojko Boriszow war nicht rechtsstaatlich. Sie wurde ohne Richter, sie wurde ohne Staatsanwälte vorgenommen – und dann stelle man sich einmal vor, Bojko Boriszow hätte in seiner Zeit einfach durch die Polizei den sozialistischen Oppositionsführer verhaften lassen. Da wäre aber was los gewesen, da hätten Sie sich hingestellt und hätten wüst geschimpft.

Wenn man den Rechtsstaat erhalten will und Korruption bekämpfen will, muss man sich selber an Regeln und Gesetze halten – Punkt. Und egal, wen man anklagt, da ist der Bürger und der Regierungschef gleich: Wir brauchen die Beweise, wir brauchen Ermittlungen, wir brauchen den Rückhalt für die Europäische Staatsanwaltschaft, ihre Arbeit zu machen. Und diese Verhaftungen – um es auch noch einmal deutlich zu sagen – standen nicht in Zusammenhang mit den 120 Fällen. Das hat das Innenministerium inzwischen eingeräumt, das ist definitiv falsch. Aber lasst doch mal endlich die europäische Staatsanwältin ihre Arbeit machen. Wir brauchen sie, sie braucht Personal, sie braucht Unterstützung. Und danke, Herr Kommissar, dass sie das endlich bekommt.

Puhemies. – Keskustelu on päättynyt.

Äänestys toimitetaan torstaina 24.3.2022.

Kirjalliset lausumat (171 artikla)

Ádám Kósa (NI), *írásban*. – Sajnálatos, hogy az Európai Parlament az ukrajnai háború idején is olyan tagállamok ellen indít politikai támadást és fenyegeti őket a források megvonásával, melyek a legnagyobb részt vállalják a háború elől menekülőkkel való uniós szolidaritásból. Az európai parlamenti jelentés egy újabb durva politikai támadás és alaptalan vádaskodás, mely bulvár híresztelésekből és fake news értesülésekből építkezik, és egyértelmű politikai célokat szolgál. Miközben az objektív értékelések azt mutatják, Magyarország és Lengyelország egyre hatékonyabban lép fel az uniós forrásokkal való visszaélésekkel és a korrupcióval szemben. Johannes Hahn biztos felsorolta a rendelkezésre álló ellenőrzési rendszereket, különböző pénzügyi eszközöket, melyekkel biztosítható, hogy a támogatások szabályosan kerüljenek felhasználásra, illetve elmondta, hogy mind az EU, mind a tagállamok zéró toleranciát alkalmaznak a szabálytalanságokkal és visszaélésekkel szemben. Ezen eszközök és rendszerek hatékonyabb alkalmazására van szükség, nem a tagállamok elleni politikai támadásokra és az EU egységének szétverésére. Ez a gondolkodásmód vezet ahhoz, hogy Boyko Boriszov volt bolgár miniszterelnököt az európai főügyész látogatása után, a hírek szerint bírósági felhatalmazás és megfelelő gyanúsítás nélkül letartóztatásák egy éjszakára, majd európai néppárti EP-képviselők elutazzanak Bulgáriába emiatt tényfeltáró vizsgálatot tartani. Ez a megközelítés összeegyeztethetetlen a jogállamiság elveivel.

Guido Reil (ID), schriftlich. – Die Ukraine ist von Russland angegriffen worden. Sie hat jetzt andere Probleme als das, was wir hier heute diskutieren. Trotzdem ist es richtig, darauf hinzuweisen, dass Putin zwar an vielem schuld ist, aber nicht daran, dass die Ukraine bettelarm ist – trotz ihrer Bodenschätze, ihrer fruchtbaren Felder und trotz 20 Jahre EU-Subventionen. Ich zitiere den Europäischen Rechnungshof vom September letzten Jahres: „Korruption auf höchster Ebene und sogenannte Staatsvereinnahmung sind in der Ukraine weit verbreitet. Dutzende Milliarden Euro gehen jedes Jahr infolge von Korruption verloren. Der EU sind diese Verbindungen zwischen Oligarchen, hochrangigen Beamten, Politikern, der Justiz und staatseigenen Unternehmen seit Langem bekannt. Doch die Kommission ist bei ihrer Bewertung oft zu großzügig.“ Es ist gut, dass Sie das Problem mit den oligarchischen Strukturen und der Staatsvereinnahmung endlich erkannt haben. Was Sie aber weiterhin unterschätzen, ist der Anteil, den Sie an dieser Situation haben. Wenn Sie das Geld der Steuerzahler – egal mit wie viel blumigen Reden – herausgeben, ohne dessen Verbleib lückenlos zu kontrollieren, befördern Sie logischerweise, dass dieses Geld abgegriffen wird, bevor es da ankommt, wo es hinsoll. Unterlassen Sie das und trocknen Sie die Korruption aus!

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Europos Sąjungos lėšų apsauga nuo sukčiavimo yra labai svarbus dalykas, ypač finansinės krizės, su kuria kovojame jau kelerius metus, laikais. ES lėšos turi būti naudojamos griežtai laikantis patikimų finansų valdymo principų ir tam pagal įstatymą turi būti taikoma visapusiška ir neribota kontrolė ES lygiu, įskaitant EP. Tai padidins skaidrumą ir gebėjimą reaguoti į piliečių poreikius bei užtikrins, kad mokesčių mokėtojų pinigai būtų leidžiami tinkamai. Žiniasklaida visoje Europoje reguliariai praneša apie skandalus, susijusius su sukčiavimu, interesų konfliktais, korupcija ir kita neteisėta veikla, kenkiančia ES finansiniams interesams, kuriose dalyvauja aukšto lygio politikai valstybėse narėse ir ES institucijose, taip pat apie muito, tarpvalstybinio pobūdžio bei skaitmeninį sukčiavimą ir nusikaltimus, neretai perimančius nusikalstamų organizacijų struktūras bei jų remiamus. Reikia kuo greičiau užbaigti šią tvarką. Organizuotas ES lėšų finansinis valdymas yra labai svarbus. Tai yra nepriimtina, kad ES fondų paramos gavėjų duomenų bazėse nėra informacijos apie galutinius paramos gavėjus ir apie realius jų gavėjus. Iš tokių veiksmų kyla piktnaudžiavimai, todėl Komisija turi sustiprinti savo gebėjimus užkirsti kelią sukčiavimams bei sugebėti juos aptikti.

26. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana minuutin puheenvuorot poliittisesti tärkeistä asioista työjärjestyksen 172 artiklan mukaisesti.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, skončeme se závislostí na Rusku! Pojdme si nejprve shrnout fakta. Agresorem v případě bezprecedentního konfliktu, který se odehrává pouhých několik stovek kilometrů od hranic Evropské unie, je Rusko. Napadenou zemí je Ukrajina, která se ale hrdinně brání a já se jí chci z tohoto místa poklonit a také odvaze tamních obyvatel. A zároveň také poděkovat všem, kteří ukrajinskou obranu jakkoliv podporují a pomáhají. A pomáhají samozřejmě také válečným uprchlíkům.

Na půdě Evropského parlamentu ale především cítím potřebu apelovat ve prospěch skončení závislosti – zejména energetické – na agresorovi, kterým je Putinova říše zla. Řekněme si to otevřeně! Pokud nepodnikneme potřebné kroky, budeme imperiální ruskou politiku nepřímou dále podněcovat a dříve či později se nepochybně dočkáme dalších výbojů. Proto opakuji: Konec závislosti na agresorovi! Ve jménu obětí, které tato válka přivodila, se kterými se loučíme bolestně a které, věřím, nebudou zapomenuty. A s vědomím také toho, že výraznou a přeci postradatelnou obětí přinesla i Evropa. Tou obětí je její naivita tvář tvář ruskému imperialismu.

Victor Negrescu (S&D). – Madam President, together in this House we are called ‘the European Union’. We are safe and our citizens feel that they have a future. The Union can continue to develop, despite sometimes being hesitant. However, decision makers have ignored what might happen and did not engage enough in investing in modernising the common project. They locked the doors and the windows to our house, hoping no one would ever get in. But now our neighbourhood is on fire and the flames might reach our house soon. They are in our backyard and, together with our strategic partner, the United States, we need to put out the fire by moving forward at a faster pace, meaning we need to: consolidate our defence in partnership with NATO; protect our population against energy and food crises; financially support Ukraine, EU border countries and partners like the Republic of Moldova; make European funding more flexible; reform the EU. I call on all the international leaders present in Brussels to consolidate this House, defend our values by investing in education, our democracy and culture, and listen to our citizens. Keep the door open and be courageous enough to protect our neighbourhood.

Barry Andrews (Renew). – Madam President, one year ago, together with other MEPs, I proposed a joint motion for a resolution on the 10th anniversary of the uprising in Syria. In it we called on the Commission to prepare an action plan on impunity to include a specific chapter on Syria. Unfortunately, so far nothing has been done, despite the request being the central plank of a resolution that enjoyed cross-party support.

The EU has been at the forefront of the fight against impunity, providing technical and financial assistance for accountability efforts. However, the invasion of Ukraine should now provide the motivation for the European Commission to proceed with an action plan. Russia's behaviour in Ukraine is the brutal standard of warfare, in particular siege tactics and targeting of civilian infrastructure that is such a feature of the Russian involvement in Syria.

The EU has to get tough on impunity to protect the staff involved in the humanitarian relief efforts in Ukraine, in Syria and elsewhere.

Francisco Guerreiro (Verts/ALE). – Senhora Presidente, a invasão da Ucrânia gerou, naturalmente, grande instabilidade nos mercados e um aumento brutal nos preços dos combustíveis, e este aumento afetou, naturalmente, vários setores, incluindo o setor das pescas.

Mas sabemos que existem grandes isenções fiscais aos combustíveis fósseis nas pescas e também subsidiação a esta indústria, e não é por este caminho que conseguimos ajudar a pesca em pequena escala e diversificar as atividades dentro de uma economia azul.

E por isso, e concebendo que o setor das pescas não paga cerca de 1,5 mil milhões de euros anuais em impostos – portanto, que não são coletados pelos Estados-Membros –, temos de repensar o modo de ajudar este setor na transição para uma economia realmente verde.

E por isso devemos usar todos os fundos que temos ao nosso dispor, nomeadamente o Fundo para as Pescas, para diversificar a possibilidade de os pescadores, e nomeadamente a pequena pesca, modernizar a sua frota, ter motores mais limpos, motores realmente mais descarbonizados, e conseguir adaptar-se a novas profissões dentro de uma economia azul. Sem isso não conseguiremos fazer uma transição para uma economia descarbonizada no setor das pescas.

Gunnar Beck (ID). – Frau Präsidentin! Die Konferenz zur Zukunft Europas gibt vor, die Europäer wollten einen EU-Bundesstaat mit einer EU-Verfassung, vorgegeben durch Beteiligung von 800 Bürgern, ausgewählt von einer Tochter der US Bain Private Equity-Investmentgesellschaft. Zur Erinnerung: 800, das ist ein 1,8 Millionstel der knapp 450 Millionen EU-Bürger. Das 1,8 Millionstel trifft kaum Schuld. Sie kommen freudig und wissbegierig, und Pro-EU-Spinelli-Experten erklären ihnen, große Probleme lösen könne nur Brüssel, das genau wisse, was zu tun ist, aber am nationalen Veto scheitere. Jetzt sei zu wählen zwischen europäischer Tugend und nationalem Eigensinn.

Kein Wunder also, dass die Bürgerempfehlungen den Plänen gleichen, die Macron und Merkel Ursula von der Leyen 2019 mit auf den Weg gaben. Hier ist nichts Zufall und alles durchorchestriert.

Eugen Jurzyca (ECR). – Vážená pani predsedajúca, jeden z dopadov ruskej agresie súvisí aj so životným prostredím. Po tejto skúsenosti s Ruskom budú výdavky na zbrojenie vo svete vyššie než doteraz. Z odborných štúdií vieme, že vyššie výdavky na zbrojenie sú spojené s vyššími emisiami skleníkových plynov. Súčasne sme v situácii, v ktorej má vyspelý svet vysoké verejné dlhy. Východiskom z tohto mixu musí byť modifikácia Green Deal-u. Musí byť efektívnejší, verejnosti musí byť pravdivo komunikovaný. Niektoré opatrenia musia byť zmenené. Napríklad energia z jadra je nevyhnutná, musíme dovážať skvapalnený plyn, výrobu elektriny z uhlia. Bohužiaľ, nemôžeme zastaviť tak rýchlo, ako sme predpokladali.

Sandra Pereira (The Left). – Senhora Presidente, apesar da chuva dos últimos dias, grande parte do território português continua em situação de seca severa ou extrema. Com as sanções a pretexto da guerra e com a criminosa especulação, o agravamento da escalada dos preços e a escassez das matérias-primas asfixiam ainda mais as pequenas e médias explorações agrícolas.

Importa, pois, apoiar os agricultores e mitigar o aumento dos custos de produção, começando, desde logo, pelo combate à escalada especulativa dos preços dos combustíveis, da eletricidade, dos fertilizantes e das rações, enfrentando os monopólios e a grande distribuição que esmagam os preços na produção nacional.

É também o momento de questionar as políticas da PAC e o seu modelo de exploração superintensiva e de monocultura, sorvedouro da água que não temos. A água que temos deveria estar a ser usada para os alimentos de que precisamos como de pão para a boca, para a promoção da nossa soberania alimentar e do nosso direito a produzir.

Saudamos daqui os agricultores que amanhã sairão à rua, em Braga, em defesa da produção nacional e do seu trabalho.

Miriam Lexmann (PPE). – Vážená pani predsedajúca, Putinova agresia voči Ukrajine už takmer mesiac spôsobuje hrôzy a utrpenie. Milióny osôb, hlavne matiek, detí a seniorov, boli nútené hľadať útočisko v členských štátoch EÚ. Evakuácie sú čím ďalej, tým zložitejšie, o to viac, ak ide o zraniteľné skupiny. Na Ukrajine žijú takmer 3 milióny osôb so zdravotným postihnutím, z toho viac ako 150 tisíc sa podarilo utiecť do susedných krajín. Mnohí z nich však práve kvôli zdravotným ťažkostiam toho nie sú schopní. Navyiac, útoky sú mnohokrát cieľené práve na nemocnice či sociálne zariadenia.

Ďakujem preto všetkým organizáciám a dobrovoľníkom, ktorí poskytujú cieľenú pomoc zraniteľným skupinám, ako pri úteku, tak aj pri prijímaní v susedných krajinách. Zároveň vyzývam na podporu štátov, ktoré prijímajú osoby utekajúce pred vojnou, aby boli schopné poskytnúť aj pomoc pre osoby so zdravotným postihnutím s ohľadom na ich špecifické potreby.

Άννα-Μισέλ Ασημακοπούλου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, έναν ολόκληρο χρόνο χρειάστηκε η Ευρωπαϊκή Ένωση για να αντιμετωπίσει ουσιαστικά την κρίση στην Ευρωζώνη το 2009 και τέσσερις ολόκληρους μήνες χρειάστηκε για να αντιμετωπίσει ουσιαστικά τις υγειονομικές και οικονομικές συνέπειες της πανδημίας Covid-19 του 2020. Σήμερα λοιπόν, περισσότερο από ποτέ, η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αντιδράσει άμεσα προκειμένου να αντιμετωπίσει ουσιαστικά τις οικονομικές επιπτώσεις του πολέμου στην Ουκρανία. Η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει στη διάθεσή της και τις πολιτικές και τα εργαλεία και, μετά το Ταμείο Ανάκαμψης, και την εμπειρία που χρειάζεται. Δεν μπορούμε να περιμένουμε. Δεν μπορούμε να περιμένουμε πότε θα τελειώσει ο πόλεμος, δεν μπορούμε να περιμένουμε τις διαθέσεις του Πούτιν, δεν μπορούμε να περιμένουμε τις αποφάσεις της Κίνας.

Αυτό που όλοι περιμένουμε αυτή τη στιγμή από την Ευρώπη είναι να κάνει ό,τι χρειάζεται για την αντιμετώπιση των συνεπειών της ενεργειακής κρίσης και του πολέμου· να το κάνει τώρα, γιατί δεν έχουμε χρόνο για χάσιμο. Έχουμε μπροστά μας μια νέα πρόκληση, έναν νέο αγώνα δρόμου, τον οποίο θα πρέπει να διανύσουμε όχι με βήμα σημειωτόν αλλά τροχάδην. Για την Ευρώπη και τους πολίτες.

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Doamnă președintă, domnule comisar, stimați colegi, războiul din Ucraina nu are voie să devină o realitate banală, să ne intre în obișnuință. Am văzut milioane de oameni care au fost nevoiți să plece din țara lor, din casa lor, și să se bazeze pe sprijinul străinilor, pe ajutor de la ceilalți pentru cele mai elementare lucruri, iar noi, românii, îi ajutăm pe refugiații din Ucraina zi de zi. Și eu am găzduit, ca mulți alții, refugiați din Ucraina. Copii cu mamele lor, cu bunicile, cu mătușile lor. Am văzut disperarea în ochii copiilor care nu înțeleg ce se întâmplă în preajmă.

Putem și trebuie să îi ajutăm pe acești copii să aibă o viață cât de cât normală doar dacă ne mobilizăm, dacă vom găsi soluții să poată merge la școală, să poată învăța în limba lor, să poată comunica cu alți copii care trec prin aceleași suferințe și, în același timp, să nu rămână în urmă. Trebuie să facem un pas mai departe, să îi ajutăm să-și construiască viitorul așa cum ne-ar plăcea să îi ajute cineva pe copiii noștri în situații similare.

Michiel Hoogeveen (ECR). – Voorzitter, de Europese Centrale Bank zit in toenemende mate op de politieke stoel. Inflatie breekt record na record, maar de ECB lijkt geobsedeerd door een politiek gekleurde agenda van “klimaatveranderingsrisico’s”.

Vorige week sprak ECB-bestuurder Isabel Schnabel over een nieuw tijdperk van inflatie: “klimaatflatie”, “fossiele flatie” en “groene flatie”. Ondertussen betalen de burgers de prijs: de boodschappen worden duurder en een liter benzine zit in veel landen al boven de twee euro. Een onhoudbare situatie, zeker nu de economische groei stagneert.

Inflatie is uiteindelijk het gevolg van een beleid van een centrale bank, en een centrale bank kan alleen maar werken als die politiek onafhankelijk is. De ECB legt verantwoording af aan het Europees Parlement, maar in dit huis hoor ik vrijwel niemand hierover. De ECB moet terug naar haar mandaat. Dat is prijsstabiliteit. En daarvoor hebben we een sterke munt nodig in handen van een apolitieke centrale bank.

Peter Pollák (PPE). – Vážená pani predsedajúca, napriek tomu, že pred Putinovými tankami a raketami utekajú Ukrajinci či príslušníci iných krajín, sa pomoci pri úteku do bezpečia nedostáva každému rovnako. Dlhodobो hovorím, že v Európe je rasizmus na vzostupe, a informácie, ktoré sa ku mne dostávajú z Ukrajiny, Poľska, Maďarska, Slovenska, Česka či Moldavska, to, žiaľ, potvrdzujú. Znepokojujú ma informácie o nerovnom prístupe k pomoci pre utečencov rómskej národnosti. Utrpenie rómskych žien a detí, ktoré utekajú zo strachu pred Putinovými tankami, je znásobený nerovným prístupom nielen na Ukrajinu, ale podľa mojich informácií aj po vstupe do Európskej únie. Po vojne na Ukrajinu trpia všetci rovnako – Ukrajinci, ako aj príslušníci menšín vrátane Rómov. Rómovia z Ukrajiny sú rovnako utečenci ako všetci Ukrajinci. Všetkým ľuďom z Ukrajiny zoberal Putin bezpečie, domov a, bohužiaľ, aj životy ich blízkych. Vážení priatelia, život každého človeka, ktorý uteká pred vojnou, má rovnakú cenu.

João Pimenta Lopes (The Left). – Senhora Presidente, é preciso dar uma oportunidade à paz. Urge parar a guerra na Ucrânia. Uma guerra que nunca deveria ter começado, que não serve o povo ucraniano, o povo russo ou os povos da Europa. Serve o complexo industrial militar ou os que lucram com a especulação e à custa da imposição de sanções que serão os trabalhadores e os povos a pagar, atacando direitos e condições de vida. Não será com o incremento da política e das medidas que estão na origem da escalada do conflito na Europa que será possível alcançar a paz. É necessário desenvolver iniciativas de diálogo que ponham fim à guerra e permitam uma resolução negociada do conflito.

Impõe-se dar passos para responder aos problemas da segurança coletiva e do desarmamento na Europa, que afirme e coloque a paz e a cooperação entre os povos no horizonte, no respeito pelo Direito internacional e pela Carta das Nações Unidas e da Ata Final da Conferência de Helsínquia.

Tomislav Sokol (PPE). – Poštovana predsjedavajuća, u noćnim satima 10. ožujka ove godine, svega sedam minuta nakon ulaska u zračni prostor Hrvatske, bespilotna letjelica sovjetske proizvodnje srušila se u širem centru Zagreba, pedeset metara od studentskog doma u kojem borave tisuće studenata. Prije nego što je ušla u Hrvatsku letjelica se 43 minute kretala zračnim prostorima Rumunjske Mađarske, a došla je s područja Ukrajine.

Pukom srećom ovaj nemili događaj prošao je bez ljudskih žrtava, ali je zato otkrio svu ranjivost europskog sigurnosnog sustava. I dok tek treba utvrditi radi li se ovdje o pogrešci, sabotazi ili namjeri, valja jasno kazati da je neprihvatljivo da se ova letjelica mogla neometano kretati zračnim prostorima država članica NATO-a i Europske unije i pritom u opasnost dovoditi živote građana, a sve to u okolnostima u kojima se vodi nemilosrdan rat na granicama EU-a.

Stoga inzistiram na boljoj suradnji država članica u području razmjene sigurnosnih informacija, ali se isto tako snažno zalažem i za jačanje obrambenog kapaciteta Europske unije i svih država članica koje primarno moraju biti sposobne zaštititi živote i imovinu svojih građana. Iluzija da će nas netko drugi štiti ako se nismo u stanju zaštititi sami.

Mick Wallace (The Left). – Madam President, under the cover of UN Resolution 2216, the US and Saudi gave themselves permission to use violence in Yemen in an effort to reinstate the corrupt and incompetent President Hadi, who had been rejected by the people of Yemen.

For the last seven years, US- and British-made planes have been dropping bombs on the poorest country in the Middle East, while well-paid public relations firms justify what's called a war crime elsewhere. The Western-backed Saudi-UAE coalition targets everything from transport infrastructure, bridges, roads, ports to food processing plants, farmlands, food stores, markets and water wells. The resulting famine has almost been kept out of the media.

Isa Blumi, one of the few journalists who has reported on the famine, argues that starvation is strategic rather than collateral. According to the UN, almost 400 000 are dead, 16 million have been pushed into severe poverty. Why is the European Union silent about the worst humanitarian crisis on the planet? Are these people not worthy of our compassion?

Eugen Tomac (PPE). – Doamnă președintă, domnule comisar, cred că cu toții suntem cutremurați de crimele pe care le comite Federația Rusă în aceste zile în Ucraina. Din păcate, gloanțele trimise de Putin omoară copii, omoară femei, omoară oameni de toate vârstele și distrug comunități întregi. Însă, pentru Putin, nu doar armata este un instrument pe care îl folosește astăzi pentru a împrăști teroare.

O altă armă dragă lui Putin este dezinformarea. Utilizează la scară largă toate instrumentele moderne pentru că își permite să aloce, cel puțin în anul trecut, un buget de peste 1,3 miliarde de dolari pentru instrumente media prin care propagă linia agresivă pe care o are Kremlinul în a deforma realitatea. Trebuie să luptăm și cu această armă pe care o are și o utilizează astăzi Putin pentru că afectează inclusiv cetățenii Uniunii Europene.

Clare Daly (The Left). – Madam President, I have to say, I was very glad earlier to see the Parliament's Afghan delegation being very quick to come out with a statement and strongly condemn the Taliban's disgraceful decision to deny girls the right to go to school.

But unfortunately, the effectiveness of that statement is undermined by the fact that it is in sharp contrast with the months of inaction and silence in relation to the gratuitous killing of thousands of Afghans as a result of the illegally imposed US sanctions on a country already coping with drought; our silence about the robbery of EUR 7 billion of Afghan financial resources by US war criminal, Joe Biden – money that is needed to feed and import food.

This economic warfare has resulted in what the UN has called a food insecurity and malnutrition crisis of unprecedented proportions. Some 13 000 newborns dead, more dying than will die in the conflict. This is man-made. It doesn't have to be so. Why aren't we demanding a lifting of the sanctions and the giving-back of Afghanistan its money?

Puhemies. – Kohdan käsittely on päättynyt.

27. Tagesordnung der nächsten Sitzung

Puhemies – Istunto on päättynyt ja sitä jatketaan huomenna torstaina 24. maaliskuuta 2022 kello 8.30 keskustelulla neuvoston ja komission julkilausumista aiheesta Virtaa EU:lle – Kohtuuhintaisempaa, varmempaa ja kestävämpää energiaa koskevat yhteiset eurooppalaiset toimet [2022/2589(RSP)].

Esityslista on julkaistu ja se on saatavilla Euroopan parlamentin verkkosivustolla.

28. Schluss der Sitzung

(Istunto päättyi klo 23.45.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. MÄRZ 2022

(C/2024/5696)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2022-2023

Sitzungen vom 23. und 24. März 2022

BRÜSSEL

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Die Energie der EU – Gemeinsames europäisches Vorgehen für eine erschwinglichere, sicherere und nachhaltigere Energie (Aussprache)	4
3. Aktuelle Informationen der Kommission und des Rates über den Stand der Modernisierung des Vertrags über die Energiecharta (Aussprache)	29
4. Wiederaufnahme der Sitzung	37
5. Namentliche Zusammensetzung der neuen Ausschüsse	37
6. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen	37
7. Flüchtlinge in Europa: CARE (Aussprache)	37
8. Wiederaufnahme der Sitzung	43
9. Abstimmungsstunde	43
9.1. Flüchtlinge in Europa: CARE (C9-0057/2022) (Abstimmung)	43

Inhalt	Seite
9.2. Mehr Flexibilität bei der Verwendung der Mittel gemäß den AMIF-Verordnungen angesichts des Krieges in der Ukraine (C9-0056/2022) (Abstimmung)	43
9.3. Statusvereinbarung zwischen der EU und der Republik Moldau über von Frontex durchgeführte operative Tätigkeiten (C9-0120/2022) (Abstimmung)	44
9.4. Tagungskalender des Europäischen Parlaments – 2023 (Abstimmung)	44
9.5. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Włodzimierz Cimoszewicz (A9-0057/2022 - Gilles Lebreton) (Abstimmung)	44
9.6. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Ioannis Lagos (A9-0055/2022 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung)	44
9.7. Pilotregelung für auf der Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen (A9-0240/2021 - Johan Van Overtveldt) (Abstimmung)	44
9.8. Roamingverordnung (Neufassung) (A9-0286/2021 - Angelika Winzig) (Abstimmung)	44
9.9. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (A9-0043/2022 - Markéta Gregorová) (Abstimmung)	44
9.10. EDV-System für den grenzüberschreitenden elektronischen Datenaustausch im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen (e-CODEX) (A9-0288/2021 - Emil Radev, Nuno Melo) (Abstimmung)	44
9.11. Automatisierter Austausch von DNA-Daten mit Italien (A9-0046/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)	44
9.12. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten in Italien (A9-0050/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)	44
9.13. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten in Italien (A9-0047/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)	44
9.14. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Griechenland (A9-0049/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)	44
9.15. Abkommen EU/Brasilien über die Befreiung der Inhaber gewöhnlicher Reisepässe von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten (A9-0029/2022 - Paulo Rangel) (Abstimmung)	45
9.16. Abkommen EU/Brasilien über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen, Dienstpässen oder sonstigen amtlichen Pässen von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten (A9-0030/2022 - Paulo Rangel) (Abstimmung)	45
9.17. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2021/007 FR/Selecta – Frankreich (A9-0048/2022 - Eider Gardiazabal Rubial) (Abstimmung)	45
9.18. Einwand gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 und Absatz 4 Buchstabe c GO: Höchstgehalte an Rückständen von Flutianil (B9-0168/2022) (Abstimmung)	45
9.19. Das Erfordernis eines vordringlichen Aktionsplans der EU zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit inner- und außerhalb der EU in Anbetracht des russischen Einmarschs in die Ukraine (RC-B9-0160/2022, B9-0160/2022, B9-0162/2022, B9-0163/2022, B9-0164/2022, B9-0165/2022, B9-0166/2022, B9-0167/2022) (Abstimmung)	45
9.20. MFR 2021-2027: Bekämpfung von oligarchischen Strukturen, Schutz der EU-Mittel vor Betrug und Interessenkonflikten (A9-0039/2022 - Petri Sarvamaa) (Abstimmung)	45

Inhalt	Seite
10. Erklärungen zur Abstimmung	45
10.1. Flüchtlinge in Europa: CARE (C9-0057/2022)	45
10.2. Roamingverordnung (Neufassung) (A9-0286/2021 - Angelika Winzig)	46
10.3. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (A9-0043/2022 - Markéta Gregorová)	46
10.4. Das Erfordernis eines vordringlichen Aktionsplans der EU zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit inner- und außerhalb der EU in Anbetracht des russischen Einmarschs in die Ukraine (RC-B9-0160/2022, B9-0160/2022, B9-0162/2022, B9-0163/2022, B9-0164/2022, B9-0165/2022, B9-0166/2022, B9-0167/2022)	48
10.5. MFR 2021-2027: Bekämpfung von oligarchischen Strukturen, Schutz der EU-Mittel vor Betrug und Interessenkonflikten (A9-0039/2022 - Petri Sarvamaa)	49
11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	49
12. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll	49
13. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll	49
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	49
15. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte	49
16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	49
17. Schluss der Sitzung	49
18. Unterbrechung der Sitzungsperiode	49

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. MÄRZ 2022

VORSITZ: KATARINA BARLEY

Vizepräsidentin

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 8.30 Uhr eröffnet.)

2. Die Energie der EU – Gemeinsames europäisches Vorgehen für eine erschwinglichere, sicherere und nachhaltigere Energie (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zum Thema „Die Energie der EU – Gemeinsames europäisches Vorgehen für eine erschwinglichere, sicherere und nachhaltigere Energie“ (2022/2589(RSP)).

Ich weise Sie darauf hin, dass Sie mithilfe Ihres Abstimmungsgeräts spontane Wortmeldungen nach dem „Catch-the-Eye“-Verfahren beantragen und blaue Karten einsetzen können, nachdem Sie Ihre Abstimmungskarte eingeführt haben. Bitte bringen Sie also Ihre Abstimmungskarte mit ins Plenum. Die Anleitungen liegen auch im Plenarsaal aus.

Wenn Sie sich für eine spontane Wortmeldung anmelden möchten, bitte ich Sie, das bereits jetzt zu tun und nicht das Ende der Aussprache abzuwarten.

Ich weise Sie auch darauf hin, dass Wortmeldungen im Plenarsaal weiterhin vom zentralen Rednerpult aus erfolgen. Dies gilt allerdings nicht für spontane Wortmeldungen nach dem „Catch-the-Eye“-Verfahren und für blaue Karten sowie Wortmeldungen zur Geschäftsordnung.

Ich bitte Sie daher, die Rednerliste im Blick zu behalten und sich kurz vor Beginn Ihrer Redezeit zum Rednerpult zu begeben.

Clément Beaune, président en exercice du Conseil. – Madame la Présidente, Monsieur le Vice-Président, Mesdames et Messieurs les Députés, nous le savons, les actions militaires totalement injustifiées et abjectes de la Russie contre l'Ukraine nous préoccupent au quotidien.

Parmi leurs nombreux effets, ces actions ont provoqué des difficultés en matière énergétique, d'abord pour l'Ukraine évidemment, mais aussi pour notre Union européenne et au-delà. Parmi ces effets, une augmentation substantielle des prix du gaz dans l'Union européenne se fait déjà ressentir, ainsi qu'une hausse des prix internationaux du pétrole, en plus des augmentations que nous connaissons, sous l'effet notamment de la reprise économique, depuis l'automne 2021.

Nous devons donc aussi, dans nos réactions et dans nos réponses, cibler notre réponse pour assurer la sécurité de nos approvisionnements énergétiques et réduire le plus rapidement possible notre dépendance à l'égard de la Russie, en coopération avec nos partenaires internationaux. La diversification de nos approvisionnements devient un enjeu d'autant plus prioritaire, sur lequel nous travaillons et sur lequel je veux remercier d'ores et déjà les propositions récentes formulées par la Commission européenne depuis plusieurs mois, et encore ces derniers jours.

Nous le savons, nous devons prendre en compte cette réalité: aujourd'hui, l'Union européenne importe 45 % de sa consommation de gaz depuis la Russie, et la Russie représente aussi environ 25 % de nos importations de pétrole et 45 % de nos importations de charbon. À la suite de l'invasion russe de l'Ukraine, ces questions ont été immédiatement débattues par les ministres de l'énergie, sous la présidence française du Conseil, avec l'organisation d'un Conseil extraordinaire convoqué le 28 février dernier. Ce Conseil a permis de tirer au clair le fait que l'Europe ne courait aucun risque immédiat en matière d'approvisionnement. Cette sécurité d'approvisionnement est assurée pour la fin de l'hiver, qui se profilait alors, et pour les prochains mois, aussi bien en matière de gaz qu'en matière de pétrole. C'est un message fort de réassurance, que nous devons répéter.

Ce Conseil a aussi permis, d'ores et déjà, de coordonner un grand nombre de mesures nécessaires et concrètes de soutien à l'Ukraine, y compris pour synchroniser son système électrique avec le nôtre. Ce fut réalisé il y a quelques jours. Je crois que nous devons aussi, parmi les actions de solidarité que nous menons à l'égard de l'Ukraine, saluer cet effort. Pour l'Ukraine, comme pour la Moldavie d'ailleurs, cette connexion permet d'assurer une sécurité énergétique à court terme.

Le Conseil des ministres de l'énergie avait aussi permis de faire le point sur la boîte à outils présentée en octobre dernier par la Commission européenne. Les États membres ont introduit sur cette base, lors des derniers mois, de nombreuses mesures pour faire face à la hausse des prix de l'énergie et maîtriser les tarifs face à ces augmentations exceptionnelles.

Cependant, la question de notre dépendance au gaz russe reste la plus complexe et la plus importante. Elle est plus que jamais d'actualité. Elle requiert évidemment notre attention et notre action renforcée. Ce fut l'un des objets de la discussion de Versailles entre les chefs d'État ou de gouvernement des 27 États membres, les 10 et 11 mars dernier. Sur la base des propositions de la Commission européenne, du plan REPowerEU en particulier, nous devons accélérer la réduction de notre dépendance, par la maîtrise de la consommation et sa réduction, par la diversification coordonnée de nos approvisionnements et par des mesures d'accélération de la transition énergétique.

Un continent dépendant est un continent plus faible; nous devons en tenir compte à la fois pour le court terme, avec les mesures décrites, mais aussi et surtout pour le moyen et le long terme, car, au-delà de cette attaque et de cette guerre, la question de la dépendance a montré à quel point l'Europe ne pouvait être souveraine sans une politique énergétique, parmi d'autres, plus ambitieuse.

Ces discussions de Versailles avaient justement été essentielles et concrètes pour préparer la discussion du Conseil européen qui commencera cet après-midi. Tous ces sujets y seront abordés concrètement, sur la base des propositions faites il y a moins de quarante-huit heures par la Commission européenne: la réduction de la dépendance, la diversification des approvisionnements, les investissements supplémentaires nécessaires, la maîtrise des prix de l'énergie, des achats communs, la maîtrise des outils de plafonnement qui seront discutés et le fonctionnement de nos marchés. Rien ne doit être tabou dans des circonstances aussi exceptionnelles, même si, vous le savez, je le dis au nom de la présidence, les discussions entre États membres sont encore parfois compliquées sur un tel sujet.

Les États se sont déjà mis d'accord sur l'objectif de rendre l'Europe indépendante des combustibles fossiles importés de Russie. C'est déjà là un choix historique, qui permettra d'assurer et de renforcer notre souveraineté énergétique et bien au-delà. Nous devons aussi accélérer nos efforts pour accroître l'indépendance européenne vis-à-vis des combustibles fossiles tout court, en commençant par le gaz, bien entendu. La diversification des sources et des routes d'approvisionnement, et la transition vers des formes d'énergie propres sont absolument impératives.

Nous devons aussi tenir compte d'une double dimension dans cette stratégie énergétique: celle de l'incidence sociale sur les ménages – les classes moyennes, en particulier –, nos économies et nos industries – il serait contreproductif d'affaiblir l'Europe au moment où nous devons précisément la renforcer –, et la dimension internationale, au-delà de la guerre actuelle. Nous ne pouvons pas demander à nos économies des efforts, si nous n'arrivons pas à les faire respecter par d'autres – je pense notamment au débat que nous avons sur le mécanisme d'ajustement aux frontières de l'Union européenne, avec un pas important, vous le savez, qui a été réalisé au Conseil il y a quelques jours. C'est ce débat que nous devons poursuivre et accélérer.

Je rappellerai pour conclure que nous revenons ainsi aux origines du projet européen, puisque celui-ci a été bâti depuis les années 1950 sur la mise en commun de ressources énergétiques. Les mécanismes dont nous discutons aujourd'hui – stockage partagé, achats communs, mécanismes d'accélération de la transition et diversification coordonnée – sont autant de mécanismes qui étaient ceux-là mêmes qui avaient permis la naissance de notre coopération européenne il y a un peu plus de sept décennies. Je remercie la Commission européenne pour ses propositions encore récentes et je me tiens à votre disposition pour la suite de ce débat.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, Mr Minister, honourable Members. Well first of all thank you all for welcoming me here today this morning. Commissioner Simson apologises that she could not speak to you as she's participating in a meeting of the International Energy Agency in Paris. I know that last week she had a chance to present the Commission's 'REPowerEU' communication to the ITRE Committee. This communication has implications for every single EU citizen, so the Commission is grateful to have this opportunity to present it to you today.

What we are seeing right now in Ukraine is an attack on some of the most important values. We are standing with Ukraine as it fights for its freedom. The war has had a ripple effect on Europe's energy policy and energy security, and it's now moving into a new era. It is now clearer than ever that we need to move even faster to reshape our energy system and bring our dependence on Russian energy to the end as soon as possible.

We are not starting this work only now. Since 2009, when Russia stopped gas deliveries to Ukraine, we have been working to diversify and secure our energy supplies. Thanks to an adequate regulatory and financial toolbox, we have succeeded in building a dense, well-interconnected and resilient energy network, which has effectively prevented damaging disruptions of energy supply, including under current difficult geopolitical circumstances. For example, we have worked to bring eight new LNG terminals in the EU. And in January of this year, we imported more LNG than ever before. Even so, we are not yet where we need to be, but we believe that this communication gives us the necessary plan to get there.

The communication adopted on 8 March has three main pillars. First, REPowerEU, which is our plan to bring down our dependence on Russian fossil fuels well before the end of the decade. Second, on security of supply, immediate measures to improve our gas supply for next winter. And third, on affordability, a set of measures to mitigate the impact of high energy prices on households and companies. So I will go through all three pillars and I will begin with REPowerEU.

As I said, the goal of this pillar is to phase out Russian fossil fuels. This is done with a special focus on gas by diversifying our supplies, massively investing in renewables, green hydrogen and boosting energy efficiency. Two weeks ago, EU leaders came together at the Versailles summit and agreed to the key principle behind REPowerEU: we must be in charge of our own energy future. And that means that we cannot let any third country to destabilise our energy markets nor influence our energy choices. This year, we need to reduce reliance on Russian fossil fuels imported through diversification of supplies and greater reliance on LNG and energy savings. Over the next 5 years, and starting already now, we need to speed up our switch to renewables, increase energy efficiency, and develop new clean technologies like hydrogen.

Renewables are a perfect solution for Europe. They are home-grown, they create jobs and they support innovation. They are a strategic investment in both our economy and our security and independence.

On security of supply, we need to double down our efforts and make sure that we are much better prepared for coming winters. There are two facts about which we are sure. First, we are not yet ready to give up gas entirely. And second, if we continue to use gas as a transition fuel, as much as possible, that gas should come from non-Russian sources. LNG gives us an opportunity here to further diversify. At the same time, we could face an interruption of supply in Europe and we need to make sure that Europe is ready to face that. Right now we are emerging from winter into a relatively mild spring season, so any disruption would not cause any major issues given the current levels of storage in Europe and of imports from alternative suppliers.

What we need to do now is start getting ready for the next heating season, by which point it is crucial to ensure that our gas storages are full. We have delivered on this with gas-storage legislation that was adopted as *[inaudible]* proposal. Our proposal requires that underground gas-storage facilities across the EU are filled at least 80% by 1 November this year, and 90% in the following years. To get there it also sets some intermediate targets from February to October each year. Member States will monitor their filling levels on a monthly basis and report to the Commission accordingly.

Having sufficient gas in storage facilities across the EU is a joint responsibility and will benefit everyone. Member States without gas-storage facilities are required to ensure that gas is stored in other EU countries, corresponding to at least 15% of their annual gas consumption.

As an alternative option, Member States without storage facilities may instead jointly develop a burden-sharing mechanism with one or more Member States with storage facilities.

Furthermore, given the strategic importance of gas storage, we are also proposing an obligation to certify all underground gas-storage operators to avoid potential energy security risks linked to the ownership of the storage facility. Owners of non-certified storage system operators will have to give up their ownership.

This legislation is yet another example of how the Commission can deliver at lightning speed what is needed. I know I can count on you and on the Council to ensure a fast-track procedure and get this proposal adopted as soon as possible.

In the meantime, Member States will need to start their refilling of storage capacities and the Commission will coordinate this in the coming months. We have already set up a platform to do that. We are also ready to expand its tasks as necessary to create a fully fledged energy task force that could not only coordinate the refuelling process, but also prepare the ground for more structured energy cooperation with key gas suppliers.

In parallel we are reassessing scenarios for partial and full disruption of gas flows from Russia next winter to help Member States revise their gas-supply contingency plans and better coordinate their efforts in a spirit of solidarity. What we can see clearly at this point is that there is a need for a more coordinated EU gas policy on buying, storing and responding to any supply disruption. This is also why we have stepped up our work with the Member States in the Gas Coordination Group to reinforce regional cooperation and encourage new solidarity agreements.

Beyond diversification, we're also working full speed to reduce the need for fossil gas in the first place, because fossil fuel markets have been proven to be highly volatile. This includes boosting renewables and energy efficiency, and it means more biomethane and renewable hydrogen, more innovation, heat pumps and solar panels on rooftops. It means getting serious about saving energy, which is one way that everyone can contribute to solving the current crisis. This is only going to work if we remove the barriers that are currently standing in the way of boosting renewables.

Permitting is one of the biggest challenges we face. It is simply an issue of practicality. We cannot boost renewables to the scale we need if it takes years and years to authorise a single project. Therefore, the Commission will propose ways to simplify and shorten permitting and authorisation, promote the take-up of corporate purchase agreements and develop a European solar energy supply chain.

Third, the pillar of the communication is on affordability. Given the extraordinary circumstances we are now facing, Member States can temporarily regulate electricity and gas prices for households and micro-enterprises. The communication comes with detailed guidance on how to design these schemes. The Commission also just adopted a new temporary crisis framework for state aid, offering Member States options to provide short-term relief to undertakings in the light of the Russian invasion in Ukraine, liquidity support in the form of public guarantees and loans, and finally, temporary support to alleviate exceptionally severe increases in the price of gas and electricity.

New support measures need sufficient funding, of course. One option is to use ETS revenues. From January 2021 to February 2022, emission trading generated EUR 30 billion for national budgets. Member States also have the possibility to take advantage of windfall profits in the energy sector and tax them. The Commission is looking into all possible options for emergency measures to limit the impact of high gas prices spreading to energy costs for end-users.

Concretely, in line with the Versailles declaration, the Commission put forward options for exceptional and short-term measures, and these options will be discussed by the European Council which takes place today and tomorrow. The Commission will also assess options to optimise electricity market design to reap the benefits from low-cost energy.

The final report of the Agency for the Cooperation of Energy Regulators, ACER will inform our work on this, as well as other contributions on the functioning of the electricity market.

So, honourable Members, these are our proposals in a nutshell. We hope to move very fast on presenting all these proposals and on all legislative proposals under 'Fit for 55', and we count on your support. This is part of the solution to make the EU resilient to shocks and less dependent on Russian fossil fuels.

We need to be united while facing these challenging times, and if there is one thing that this crisis is showing to us, it is that the EU is more united than ever in responding to Putin and supporting the Ukrainian people. I look forward to hearing your views.

Markus Pieper, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich habe bei beiden Vorrednern vermisst: die Abhängigkeit vom russischen Uran und Brennelementen – aber das kommt vielleicht noch.

Wir sind geschlossen. Eine nie dagewesene Solidarität mit einem Land in unserer Nachbarschaft. Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland, Waffenlieferungen an die Ukraine, das zeigt Wirkung. Die Invasion stockt. Unsere Bevölkerung, die Betriebe zeigen Verständnis – auch für die höheren Energiepreise.

Kein Verständnis habe ich aber für die Mitgliedstaaten, die immer noch nicht die Energiesteuern gesenkt haben. Das ist doch der erste Schritt. Und natürlich die Energieabhängigkeit von Putin reduzieren, da sind wir gefordert. Europäische Einkaufsgemeinschaften stärken die Marktmacht. Kernkraft und Kohle sind eine Brücke durch die Krise. Die Vorgaben für die Gasspeicher sind ein Beitrag zur Versorgungssicherheit. Dazu gehört jetzt auch der Ausbau der Infrastruktur – erst LNG, später Wasserstoff, alles läuft auf Hochtouren.

Mittelfristig zwei entscheidende Punkte: Ein Schlüssel liegt im Ausbau der Erneuerbaren – auch hier geht es mit Wucht voran: Genehmigungsverfahren beschleunigen, Produktion von Wasserstoff und Biomasse nicht ideologisieren. Zweitens Technologieoffenheit: Wir werden absehbar nicht genügend Wasserstoff verfügbar haben. Deshalb brauchen wir Low-Carbon-Lösungen, die die Übergänge finanzierbar machen.

Schlussbemerkung: Ja, wir brauchen auch eine Entkopplung des Gaspreises von den allgemeinen Strompreisen. Jetzt aber den Wettbewerb auf den Energiemärkten ganz aufzugeben, das hieße eine denkbar schlechte Vorbereitung für die Zeit nach dem Krieg. Die Marktwirtschaft aufzugeben ist leichter, als Wettbewerb wieder zuzulassen.

Dan Nica, *în numele grupului S&D*. – Doamnă președintă, mulțumesc Comisiei pentru că a venit astăzi cu un document pe care noi l-am solicitat demult. Mai bine ceva decât nimic, și faptul că avem astăzi o propunere care să rezolve problema depozitării obligatorii a gazelor naturale este salutar și acest lucru va conduce și la o scădere a prețurilor, pe care noi o dorim atât de mult, și la o securitate a aprovizionării cu gaze.

Din păcate, domnule comisar, din păcate, domnule ministru, încă mecanismul de achiziție comună a gazelor naturale nu este funcțional și acest lucru va afecta această dorință a noastră de a avea gaze mai ieftine și de a permite o aprovizionare cu gaze sigură și la un preț decent în această iarnă.

În același timp, sunt total nemulțumit, domnule comisar. Faptul că prețul gazelor în așa-numitele hub-uri de gaze TTF este bazat nu pe cost, cum ar fi normal, ci este bazat aproape în exclusivitate pe speculă și speculanți este un lucru de neacceptat.

Este un lucru de neacceptat să avem în Uniunea Europeană țări cum este România, unde cineva poate să vândă energia la de zece ori prețul de cost. Acest lucru nu are legătură cu niciun fel de economie de piață și nu are legătură cu nimic din ceea ce ar însemna o piață de energie funcțională. Faptul că în țări, în state membre cum este România, o familie ajunge să plătească pe gaze și electricitate mai mult decât salariul minim pe economie este un eșec de piață clar.

De ce nu sunt supraimpozitate aceste venituri excepționale – pentru că ele sunt clar rezultatul unei specule -? Și le spun celor care se opun acestei plafonări a prețurilor că nu plafonarea este cea care denaturează competiția, cea care denaturează competiția o reprezintă tocmai această acțiune a speculanților și aceștia trebuie pedepsiți și vă rog să luați măsuri să avem o piață a energiei funcționale.

Morten Petersen, for *Renew-Gruppen*. – Fru formand! Krigen i Ukraine er startet af Putin, men grundlæggende betalt af os selv, fordi vi har vænnet os til at bruge russisk gas. Ikke bare sidste år, men i årtier. På den måde er vi i Europa nærmest som narkomaner, der skal på afvænning nu.

Jeg er selv gammel nok til at kunne huske oliekrisen tilbage i 1973, hvor jeg kan huske, jeg spillede fodbold på gaden i København uden biler, uden trafik.

Vi har brug for samme handlingskraft i dag. Hvad skal der til? Vi skal spare på energien – i industrien og i vores bygninger – gøre alt lige fra at sænke temperaturerne hjemme i stuerne til måske at tage en ekstra trøje på. Og vi bør lave store kampanjer for at gøre borgerne opmærksomme på de store gevinster, der er forbundet med at spare på energien. Vi skal bygge ud med vedvarende energi. Det skal vi gøre på havet. Det skal vi gøre til lands med vind og sol. Fordi det nye er, at disse energikilder er i Europas strategiske interesse. Pointen er, at vi kan, hvis vi vil! Vi er nødt til at forberede os på, at Putin kan lukke for gassen i dag eller måske i morgen.

Fra *Renew-Gruppens* side ser vi frem til at arbejde sammen med Europa-Kommissionen om at gøre os uafhængige af Putin. Og det kan kun gå for langsomt! Det skal landene i ministerrådet også være med på. Og vi skal være klar her i Europa-Parlamentet til at levere hurtigere og højere mål for den grønne omstilling. Det haster!

Ville Niinistö, on behalf of the *Verts/ALE Group*. – Madam President, Putin is the aggressor in this war in Ukraine. Yet every day we continue to buy his fossil fuels we fund this attack on peaceful Ukraine and support his power. So we have to do our utmost to get rid of this dependency fast.

We in the Greens appreciate the Commission acting on diversification of fossil fuel supplies and introducing a gas storage obligation to keep homes warm next winter. But this should not mean investments in new fossil fuel infrastructure. That would just lock in our dependency on fossil fuels from elsewhere in the long term. That would fail us and our people on urgent climate action. So we need joint purchases, better coordination and cooperation and solidarity between Member States to act on high energy prices, but we also need to hasten our investments in renewables and energy efficiency.

We call on Member States to do more to support vulnerable households, using flexibilities in the existing framework, for example through direct payments and / or vouchers. This is urgently needed for those who cannot afford their energy bills. Price caps on gas are fossil fuel subsidies. They are ineffective and strain the public purse, as also mentioned by ECB President Lagarde. We should rather tax windfall profits from energy companies and direct them to those in need and also direct them into new investments in renewables and energy efficiency.

The message on storage and market design should be strictly limited in scope and time. Filling up our storage facilities and ensuring bearable energy bills will cost a lot of money and we need to invest at the same time to cut energy consumption and ramp up renewables.

So we have to have short-term action to get rid of dependency, long-term action to create independence in energy.

Paolo Borchia, a nome del gruppo ID. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, del dibattito di questa mattina resta la sensazione che qui prima si stabiliscono gli obiettivi e solo dopo si riflette se siano obiettivi raggiungibili o meno. Eliminare i 2/3 delle importazioni di gas russo ha una valenza geostrategica, sicuramente, ma in pochi riflettono sul rischio di razionamento energetico.

Sul tema degli acquisti comuni di gas serve il fallimento della logica di mercato sulla quale è stata costruita la politica energetica dell'Unione negli ultimi anni. Questa è l'impressione che sia un'idea tramontata ancora prima di essere approfondita. L'obbligatorietà sulle quote di stoccaggio, sicuramente, è una buona idea, però andrà ad aumentare i prezzi e non è quello di cui abbiamo bisogno, sicuramente.

Infine, avete costruito negli anni tutti i presupposti affinché l'Unione diventasse dipendente, troppo dipendente, dalle importazioni di energia. Intitolare questo dibattito «Il potere dell'UE» sa di presa in giro per le imprese e per le famiglie che non riescono a pagare le bollette.

Zdzisław Krasnodębski, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Moja grupa również uważa, że propozycje Komisji idą w dobrym kierunku – zmniejszenie zależności od Rosji przez dywersyfikację źródeł dostaw paliw kopalnych, zmniejszenie zużycia, szybszy rozwój odnawialnych źródeł. Ale to oznacza, że do tej pory, do 24 lutego tego roku szliśmy w złym kierunku albo niedostatecznie dobrym kierunku. Ja tutaj jestem od siedmiu lat i jeszcze nie słyszałem nigdy żebyśmy przyznali (Komisja i Parlament Europejski), że czasami podejmujemy złe decyzje. Dlaczego szliśmy w złym kierunku? Bo zależność od Rosji rosła i nikomu to specjalnie nie przeszkadzało, mimo naszych, mojej grupy politycznej i mojego kraju, zastrzeżeń.

Teraz proponuje się wspólne zakupy gazu, regulacje dotyczące magazynowania gazu, inne rozwiązania i jednocześnie szybszą transformację w kierunku odnawialnych źródeł. Ale rzeczywistość jest inna. Na razie trwają rozpaczliwe zabiegi o paliwa kopalne, czego najlepszym i symbolicznym przykładem była wizyta ministra gospodarki Niemiec w Katarze i w Zjednoczonych Emiratach Arabskich. Więc rozbieżność między naszymi ambitnymi celami a rzeczywistością jest coraz większa i wydaje mi się, że powinniśmy to rozważyć.

Manon Aubry, au nom du groupe The Left. – Madame la Présidente, le printemps est arrivé, les arbres sont en fleurs, et le mercure atteint enfin, à certains endroits, les 20 degrés. C'est le moment que la Commission européenne a choisi pour se réveiller face à la hausse des prix du gaz et de l'électricité. Là, je dois bien dire que vous m'avez surprise: invitation des États, je vous cite, à «réguler les prix» et même à «taxer les entreprises énergétiques qui ont réalisé des profits exceptionnels». Avec un peu d'avance, je croirais presque à un poisson d'avril. La Commission européenne se serait-elle enfin rendu compte de l'absurdité de son marché de l'énergie, qui ne conduit qu'à une chose: l'explosion des prix pour les gens et des bénéfices pour les multinationales? Alors pourquoi attendre la fin de l'hiver pour ces recommandations, compte tenu du fait que les prix avaient commencé à flamber bien avant le début de la guerre en Ukraine?

Bon, comme j'ai bien tout lu, je crois que j'ai trouvé la réponse. Dans les annexes, vous précisez bien, Monsieur le Commissaire, qu'il ne faut pas remettre en cause la compétitivité des marchés et, je vous cite, les «objectifs généraux de la politique énergétique de l'Union européenne». En résumé, pas touche à la concurrence libre et non faussée – les prix pourront bien continuer de flamber, à l'avenir. C'était trop beau pour être vrai. D'ailleurs, seule l'Italie a pour l'instant introduit une taxe de 10 % sur les grandes boîtes de l'énergie qui ont augmenté leurs profits.

Pourtant, il y aurait de quoi faire. En Europe, la Commission parle de 200 milliards de surprofit des énergéticiens. Rien qu'en France, Monsieur Beaune, Total a réalisé un profit record de 16 milliards, pendant que les gens, eux, payent leur litre d'essence plus de 2 euros. Alors, ne tournez plus autour du pot: faites payer Total et bloquez les prix de l'essence, du gaz, de l'électricité, mais aussi de tous les produits de première nécessité.

Tiziana Beghin (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, i prezzi dell'energia e del carburante hanno raggiunto livelli insostenibili in tutta Europa, e non solo per colpa della guerra, ma anche a causa di vere e proprie vergognose speculazioni.

Certamente nell'immediato è necessaria una riduzione di tasse e accise, ma l'Unione deve indagare immediatamente queste distorsioni che stanno arricchendo pochi e colpendo molti, soprattutto le famiglie e le piccole e medie imprese.

L'Unione europea è il più grande importatore di energia al mondo e deve approfittare di questo peso per acquistare energia congiuntamente e fissare un tetto massimo al prezzo del combustibile. Nel lungo termine, invece, l'unica vera risposta sono le rinnovabili, come il mio movimento dice da più di dieci anni. A chi oggi dice che la transizione è troppo cara, io rispondo che se l'avessimo già completata, i nostri cittadini oggi pagherebbero la metà di quanto stanno pagando.

Maria da Graça Carvalho (PPE). – Senhora Presidente, Senhor Ministro, Senhor Comissário, Caros Colegas, a segurança no abastecimento de energia, bem como a redução da nossa vulnerabilidade externa, são mais importantes que nunca.

A iniciativa *Repower You* é positiva, mas faltam ambição e clareza nas medidas de curto prazo. Precisamos de um guião com passos concretos, mapeando as capacidades existentes e dando respostas à necessidade de novas infraestruturas, tais como terminais de gás natural liquefeito e interligações, e nomeadamente a interligação da Península Ibérica. Precisamos ainda de um plano de financiamento destas atividades e de proteger os nossos cidadãos.

O impacto da escalada de preços nas famílias e na indústria é enorme e só tenderá a piorar se nada for feito. Os nossos governos devem ser mais ambiciosos, reduzindo a carga fiscal.

Temos de agir de forma decidida e temos de agir agora!

Jens Geier (S&D). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident Dombrovskis, Herr Minister Beaune, werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, es ist richtig, Europa unabhängig von fossilen Brennstoffen zu machen – jetzt vor allen Dingen prioritär von denen aus Russland. Das ist die richtige Forderung. Das ist die politische Aufgabe der Stunde. Lassen Sie uns alles dafür tun, die Beschleunigung der Transformation bei der Energieversorgung jetzt wirklich zügig voranzubringen.

Jetzt werden die Fehler offensichtlich, die in der Vergangenheit gemacht worden sind. Und ja, die einen mögen zu optimistisch gewesen sein, dass aus wirtschaftlicher Verflechtung friedvolle Kooperation erwächst. Aber die anderen – und da schaue ich auch in die Richtung Ihrer Regierung, Herr Minister Beaune – haben zu wenig für die Vollendung des Binnenmarktes für Energie getan. Dass etwa der Pipelinelückenschluss zwischen Spanien und Frankreich immer noch nicht stattgefunden hat, ist ein Problem.

Herr Vizepräsident, Ihre Hinweise auf die Speicherkapazitäten weisen darauf hin, dass die europäische Infrastruktur bei der Energieversorgung nicht perfekt ist. Meine Bitte ist: Machen Sie deutlich, wo die Lücken in der Infrastruktur liegen, die jetzt prioritär geschlossen werden müssen. Hier liegt eine große Möglichkeit, dass wir uns als EU-Staaten gegenseitig helfen können.

Claudia Gamon (Renew). – Frau Präsidentin! Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine zeigt uns sehr klar, dass die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern eine Abhängigkeit von unberechenbaren Diktaturen und Diktatoren ist. Es ist ja diese Abhängigkeit auch, die überall dazu führt, dass die Rechnungen für Strom und Wärme durch die Decke gehen. Aber tun wir auch wirklich genug dafür, um einerseits die Menschen zu entlasten, aber auch vorzusorgen für die nächsten Winter? Vorzusorgen dafür, dass wir diese Abhängigkeit endlich beenden können?

Und ich bin schon ein bisschen verwundert darüber, wie der Herr Kollege Krasnodębski hier fast schon ein wenig Genugtuung zeigt, von wegen, die Energiewende wäre irgendwie schuld daran, dass das jetzt passiert und dass wir in dieser Situation sind. Das stimmt so nicht. Und ich habe auch nicht das Gefühl, dass wir hier im Haus wirklich erkannt haben, in welcher Situation wir uns befinden. Wir tun immer noch so, als wäre es akzeptabel, Gas als Übergangslösung zu sehen, für die nächsten Jahre, Jahrzehnte. Was tun wir damit, wenn wir in Zukunft jetzt anscheinend mehr LNG importieren wollen? Glauben wir denn, dass es billiger wird? Das ist ja vollkommen irre.

Es ist irre, wir werden unsere Bürgerinnen und Bürger weiterhin gefangen halten in einer Abhängigkeit, die sie immer mehr kosten wird. Das Einzige, was wir wirklich tun können, ist, die Energiewende in Lichtgeschwindigkeit auf die Reihe zu kriegen. Wir brauchen eine Generalmobilmachung für den Heizungstausch, für den Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel, damit die Menschen wirklich eine Alternative haben, die für sie auch günstiger, die für sie leistbar ist. Das ist das Einzige, das uns aus der Abhängigkeit rausbringen wird und das der Europäischen Union auch ermöglichen wird, wirklich ehrlich zu ihren Werten stehen zu können.

Marie Toussaint (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, on est ici aujourd'hui pour parler de REPowerEU et des prix de l'énergie. Effectivement, il y a un lien profond entre les deux, qui ont déjà été mentionnés par plusieurs de mes collègues, puisque, bien avant la guerre en Ukraine, on voyait déjà la flambée des prix de l'énergie et, pour être plus précise, du prix des énergies fossiles.

Aujourd'hui, les ambitions sont belles, et les mots sont doux. On parle de sortir des énergies fossiles complètement, à commencer par le gaz russe. On parle de renforcer l'efficacité énergétique ou encore d'économiser l'énergie; mais, dans le concret, les choses sont un peu différentes. D'abord, il n'y a pas encore d'embargo sur le gaz et le pétrole russes. Ensuite, quand la Commission propose de taxer les superprofits des entreprises pétrogazières, les États membres discutent et, certainement, préfèrent accompagner l'industrie face à cette flambée des prix, donc subventionner les énergies fossiles. Selon les options qui sont sur la table, ce serait jusqu'à 100 milliards d'euros que nous serions prêts à déboursier en subventions aux énergies fossiles; 100 milliards d'euros, ce sont deux ans d'investissements nécessaires dans un pays comme la France pour garantir la transition, ou encore la somme que nous avons promise aux pays du Sud pour garantir leur propre transition.

N'y a-t-il donc pas d'autre solution? Le pire, c'est que la baisse des prix du pétrole, et même du gaz, sur les marchés ces derniers jours n'est pas répercutée sur les prix à la pompe. Cela coûte donc plus cher pour les gens, et seule l'Italie a, à ce stade, misé sur la taxation des profits de ses entreprises énergétiques.

La Commission veut aujourd'hui pérenniser le stockage d'un gaz dont le prix augmente et continuera à augmenter, qu'il nous faudra bien écouler et vendre, nous enfermant donc dans ces fossiles. Qu'attendons-nous pour mettre véritablement à contribution celles et ceux qui détruisent notre planète? La vraie solution à la hausse du prix de l'énergie, c'est la justice climatique, c'est l'action pour le climat reposant d'abord sur ceux qui ont les moyens et qui peuvent soutenir celles et ceux qui ne les ont pas.

Jean-Lin Lacapelle (ID). – Madame la Présidente, la crise sanitaire comme la guerre en Ukraine révèlent que l'Union européenne, qui, depuis quarante ans, nous promet qu'elle nous protégera, nous a une nouvelle fois trahis et considérablement affaiblis.

Au nom du mondialisme et de la libre concurrence, vous avez bradé toutes nos activités stratégiques: le médical, comme nous l'avons observé pendant la pandémie, mais aussi l'énergie, le militaire ou encore le numérique. Votre idéologie a supplanté le pragmatisme et, aujourd'hui, ce sont les peuples d'Europe qui vont subir le terrible préjudice de mauvais choix, notamment en matière de pouvoir d'achat. Le nucléaire est l'énergie la plus verte, la moins chère et la plus garante d'autonomie qui soit. L'avoir sabotée méthodiquement, depuis le marché européen de l'énergie jusqu'aux tentatives de démantèlement d'EDF, est un suicide stratégique, économique et politique. Par vos choix, vous nous avez rendus dépendants du reste du monde dans tous les domaines.

Il est temps que cette Europe fédérale démissionne pour laisser place à une grande Europe des nations, capable de protéger notre souveraineté et de coopérer sur de grands projets – Ariane et Airbus en étant deux exemples. Marine Le Pen, dans quelques jours, viendra ici pour changer de direction, mettre fin à ce ridicule et défendre enfin les peuples d'Europe.

Sira Rego (The Left). – Señora presidenta, en los últimos meses los beneficios de las eléctricas en mi país se han multiplicado por cuatro y los de algunas petroleras se han duplicado. Mientras, la industria se para, los barcos no salen a faenar y los precios en el «súper» se disparan.

En unas semanas, su modelo económico nos ha llevado a un empobrecimiento insoportable. Y, claro, hay un denominador común que permite que las multinacionales de la energía se enriquezcan y que Putin nos chantaje: su modelo de fijación de precios.

Sin embargo, ustedes, que sí se ponen de acuerdo rápidamente para repartir fondos europeos entre los lobbies de la guerra, las multinacionales de la energía o el sector financiero, estos días no son capaces de dar soluciones a la gente trabajadora. Señoras de la Comisión y del Consejo, dejen las trampas y tomen decisiones. Hagan algo. Por ejemplo, empiecen destinando los beneficios de esas multinacionales a cubrir las necesidades de las personas más afectadas y acaben de una vez con el mercado marginalista.

Λευτέρης Νικολάου-Αλαβάνος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, οι λαοί στενάζουν από τις γιγάντιες αυξήσεις στην ενέργεια, τα καύσιμα, άλλα αγαθά που επηρεάζονται από τον ιμπεριαλιστικό πόλεμο αλλά εκτοξεύτηκαν από πριν. Είναι αποτέλεσμα της στρατηγικής απελευθέρωσης και του χρηματιστηρίου της ενέργειας, του Ταμείου Ανάκαμψης και της πράσινης μετάβασης, των πράσινων φόρων. Είναι αβάσιμες επομένως οι προσδοκίες ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις θα λύσουν το πρόβλημα. Η βαριά φορολόγηση του λαού διατίθεται στην κούρσα εξοπλισμών για ευρωνατοϊκές ανάγκες, για πανάκριβες επενδύσεις σε ΑΠΕ και αμερικάνικο LNG μέσω νέου Ταμείου και ευρωομολόγων. Οξύνετε ανταγωνισμούς που οδήγησαν στον πόλεμο με τη Ρωσία, που μετέτρεψαν τον ουκρανικό λαό σε σάκο του μποξ αντιτιθέμενων ισχυρών μονοπωλιακών συμφερόντων.

Σήμερα, 23 χρόνια από την επέμβαση που διέλυσε τη Γιουγκοσλαβία, ο εργαζόμενος λαός να κλιμακώσει την πάλη ενάντια στον ιμπεριαλιστικό πόλεμο στην Ουκρανία, καταδικάζοντας τη ρωσική εισβολή και την ευρωατλαντική περικύκλωση. Να απαιτήσει κατάργηση ειδικών φόρων κατανάλωσης, του ΦΠΑ στα είδη λαϊκής κατανάλωσης, να διεκδικήσει συλλογικές συμβάσεις εργασίας με αυξήσεις στη βάση των σύγχρονων αναγκών.

Jerzy Buzek (PPE). – Pani Przewodnicząca! Panie Przewodniczący! Przyspieszamy transformację energetyczną, by pozbyć wojenną machinę Putina pieniędzy z Unii za jakiekolwiek paliwa. Popieram ambitny cel zmniejszenia importu gazu w tym roku o dwie trzecie, a może uda się więcej. Musimy dywersyfikować dostawy i wspierać finansowo inwestycje, takie jak terminale gazu płynnego, kolektory. Komisja powinna zrobić wszystko w tej sprawie.

Ale przed kolejną zimą najważniejsze jest wprowadzenie obowiązku zapewnienia magazynów. Jako szef zespołu negocyjnego Parlamentu w tej sprawie stwierdzam, że jesteśmy zdeterminowani, żeby spełnić ten warunek legislacyjnie w ciągu paru miesięcy. Istotna jest gotowość krajów do wspólnych zakupów gazu. W Parlamencie proponowałem to w 2010 roku z Jacquesem Delorsem i cieszy bardzo, że państwa członkowskie w końcu do tego dojrzewają.

Patrizia Toia (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, oggi siamo chiamati dalla storia, direi, a fare un grande salto di qualità della nostra politica energetica per costruire quell'Unione dell'energia che già era stata pensata. E dobbiamo farlo con interventi straordinari e senza tabù, come ha detto il Commissario.

Parto dal primo degli interventi, quello degli stoccaggi. Bene all'idea degli stoccaggi comuni, ma io chiedo di più. Dobbiamo pensare anche a stoccaggi strategici per avere una riserva che sia la vera garanzia della nostra sicurezza.

Sugli acquisti comuni noi vediamo una disponibilità della Commissione, ma io chiedo che questa disponibilità a coordinare diventi un'azione molto più pregnante, molto più forte. L'abbiamo fatto con i vaccini e dobbiamo farlo ora, in questo momento, con chi ci sta, con i paesi che sono disponibili a questo coordinamento.

E poi sui prezzi, è già stato detto anche dal mio collega Nica, dobbiamo toccare il meccanismo di formazione dei prezzi se non vogliamo che salti la nostra economia, che siano in ginocchio le imprese e in difficoltà estrema le nostre famiglie in Europa. E dobbiamo farlo eliminando la troppa finanziarizzazione che c'è lì dentro e toccando, aggiustando, senza paura di toccare il mercato. Perché se non tocchiamo questo mercato settoriale salta l'intera nostra economia. Quindi coraggio e lungimiranza dal Consiglio e dalla Commissione, il Parlamento è pronto.

Nicola Danti (Renew). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Ministro e signor Vicepresidente della Commissione, vorrei fare tre brevi considerazioni. La prima è che abbiamo un'emergenza da affrontare: i costi dell'energia che rischiano di mettere fuori gioco il nostro sistema produttivo e le famiglie e dobbiamo prepararci ad affrontare il prossimo inverno. Sosteniamo quindi la proposta della Commissione che include misure per interventi sui prezzi a livello nazionale, un adeguato stoccaggio di gas entro il prossimo novembre e acquisti congiunti.

La seconda considerazione è che appare evidente che la transizione deve essere accelerata il più possibile, ma per far questo dobbiamo abbandonare gli approcci ideologici e quindi avviare, da una parte, i grandi processi di infrastrutturazione delle rinnovabili e dell'efficientamento energetico e, dall'altra, assicurare la diversificazione dell'approvvigionamento dei combustibili fossili di cui abbiamo ancora bisogno.

Infine la terza considerazione: in questi anni abbiamo scelto il *Green Deal* come un obiettivo ambientale, è vero. Ma la crisi ucraina ci dimostra che la transizione verde è urgente anche per garantire l'autonomia strategica dell'Europa e quindi, di fatto, la nostra libertà e la nostra sovranità. Il percorso tracciato è quello giusto e da qui noi continueremo a sostenerlo.

Jutta Paulus (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Kommissar! Die Antwort auf die Energiekrise kann nicht sein, dass wir fossile Brennstoffe unkonditioniert subventionieren. Natürlich wird uns der *Green Deal* langfristig unabhängiger machen. Das hilft uns aber jetzt nicht. Das hilft unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht, die unter den hohen Preisen leiden, und es hilft auch nicht den Unternehmen, die in ihrer Existenz bedroht sind.

Die Kommission hat Vorschläge gemacht. Das ist gut. Allerdings: Der Fokus liegt hier auf der Diversifizierung. Sprich: Wir tauschen das eine fossile Gas mit anderem fossilen Gas, die eine Abhängigkeit mit der anderen Abhängigkeit. Es gibt aber mittlerweile eine beeindruckende Zahl von Studien, die zeigen, dass wir deutlich vor 2027 unabhängig sein können von russischem Gas und Öl. Hier müssen wir jetzt durchstarten.

Ich rufe die Kommission auf: Zeigen Sie mehr Mut. Beschleunigen Sie die Beihilfeverfahren für Effizienzmaßnahmen und für erneuerbare Energien. Geben Sie den Mitgliedstaaten Hilfestellung, damit die Bürgerenergie in ganz Europa durchstarten kann. Und denken Sie strategisch. Wir brauchen eine starke Solarindustrie in Europa, und es wird höchste Zeit, dass Sie das angehen.

Markus Buchheit (ID). – Frau Präsidentin! Frau Kollegin Paulus, zu Ihren Worten gerade eben: Wir brauchen eine starke Solarindustrie in Europa.

Wozu das geführt hat, das haben wir beim letzten Mal gesehen. Das war ein Milliardengrab. Es hat so nicht funktioniert, wie Sie sich das Ganze vorstellen. Meine Damen und Herren, es gehört schon eine gehörige Portion Dreistigkeit – viele hier im Raum würden sagen Mut – dazu, dass wir hier als besonderes Zeichen besonderer Weitsicht erst ideologische Luftschlösser wie den Grünen Deal aufbauen, nun von der Realität eingeholt werden und dann zurückrudern und diesen ganzen Aktionismus auch wieder als Weitsicht verkaufen wollen.

Ein kleines Beispiel: Das Kohlekraftwerk Moorburg bei Hamburg hat uns 3 Milliarden Euro gekostet, wurde 2015 eingeweiht, hat genau fünf Jahre produziert und soll nun wieder stillgelegt werden und ist bestenfalls noch in der Reserve vorhanden.

Ich glaube, es wäre wichtiger gewesen, in der Vergangenheit ein offenes Ohr für die Kritiker dieses ganzen Zustandes zu haben statt offener Zeitslots für Selfies mit irgendwelchen Influencern. Das würde ich mir nunmehr auch für die Zukunft wünschen. Haben Sie Verständnis für die Kritiker, haben Sie ein offenes Ohr für das, was hier bisher passiert ist, und rudern Sie zurück von diesem fehlgeschlagenen Green Deal.

Grzegorz Tobiszowski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Komisja Europejska mówi o jak najszybszym uniezależnieniu się od rosyjskiego gazu i to wydaje się bezdyskusyjnie słuszny kierunek. Niepokoi mnie jednak zawarta w najnowszym pakiecie gazowym propozycja Komisji pomijająca możliwości dalszego stosowania obniżek taryfowych wobec taryf przesyłowych w punktach wejścia z instalacji LNG przy jednoczesnym zaproponowaniu możliwości przyznawania rabatów na wejściach z instalacji produkujących i magazynujących gazy odnawialne i niskoemisyjne. Terminale LNG są strategiczną infrastrukturą zapewniającą bezpieczeństwo energetyczne oraz dywersyfikują źródła dostaw, co zostało udowodnione przy obecnej agresji Rosji. Niezbędne jest wyważenie celów troski o klimat z obecnymi wyzwaniami. Kluczowym zadaniem powinno być wspieranie dywersyfikacji oraz źródeł własnych, brak dyskryminacji pomiędzy poszczególnymi źródłami energii. To powinno być dzisiaj najważniejszym zadaniem dla nas, aby osiągać nasze cele energetyczne.

Marisa Matias (The Left). – Senhora Presidente, relaxar as ajudas estatais, fixar tetos de preços ou pensar numa taxa sobre os lucros caídos do céu, que poderiam render, só neste ano, cerca de 200 mil milhões de euros, são passos na direção certa. Mas as propostas da Comissão falham no essencial: a energia continua a ser tratada como uma mercadoria e não como um direito, e o seu preço continua a ser fixado em bolsa.

Não se mexe também num mecanismo de formação de preços. Defender os lucros da energia, que só no primeiro semestre de 2021 foram de mais de 4 mil milhões, continua a ser mais importante para a Comissão do que defender as pessoas.

Precisamos de um sistema energético social e ambientalmente justo, que promova a independência e soberania energéticas e que pare de falhar a quem mais precisa. Apelar às pessoas para que desliguem o aquecimento mais cedo, como fez a Comissão, é ofensivo e revela um profundo desconhecimento das dificuldades e dos sacrifícios que vivem. A pobreza energética existe porque a política falhou. Se houver vontade política, podemos ir ao essencial.

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, Αντιπρόεδρε Dombrovskis, κατά κοινή ομολογία βρισκόμαστε στο μέσο καταιγίδας και οι πολίτες μας έχουν στραμμένο το βλέμμα τους εδώ στις Βρυξέλλες. Επείγει να αναλάβουμε βραχυπρόθεσμα και μεσοπρόθεσμα μέτρα και σε αυτή την κατεύθυνση. Οι προτάσεις της Επιτροπής για κοινές παραγγελίες φυσικού αερίου, κοινές διαδικασίες αποθήκευσης LNG και υψηλά αποθέματα, που θα φτάνουν στο 90% της πληρότητας τον επόμενο χειμώνα, αποδεικνύουν ότι εδώ στην Ευρωπαϊκή Ένωση πήραμε τα μαθήματα της πανδημίας και τα αξιοποιούμε. Ωστόσο οι τιμές της ενέργειας εκτοξεύονται και γι' αυτόν τον λόγο χρειαζόμαστε άμεσα, επείγοντα μέτρα. Η ρύθμιση των τιμών του φυσικού αερίου και του ηλεκτρισμού στα κράτη μέλη και η φορολόγηση των κερδών των εταιρειών ενέργειας δυστυχώς δεν επαρκούν. Χρειαζόμαστε μια παρέμβαση περιορισμένου χρόνου στην αγορά της χονδρικής του φυσικού αερίου. Η πρόταση του πρωθυπουργού της Ελλάδας Κυριάκου Μητσοτάκη είναι στο τραπέζι. Για να έχουμε ελεύθερη αγορά που λειτουργεί πρέπει να διασφαλίσουμε ότι οι πολίτες μας δεν θα φτωχοποιηθούν από την κρίση. Για να συνεχίσουμε να υπερασπιζόμαστε τις αξίες μας με βαριές κυρώσεις κατά της Ρωσίας, οφείλουμε να διατηρήσουμε τη συνεκτικότητα των κοινωνιών μας, να πιέσουμε τις τιμές τώρα, να επιταχύνουμε την εγκατάσταση των ανανεώσιμων πηγών, να πάμε σε βαθιά αναβάθμιση κτηρίων, σε βιώσιμες μεταφορές. Να τρέξουμε τις επενδύσεις, αλλά πρώτα απ' όλα να προστατέψουμε με όλα τα μέσα τους πολίτες μας από την καταιγίδα.

Nicolás González Casares (S&D). – Señora presidenta, si algo nos ha enseñado la pandemia es que las acciones conjuntas nos llevan a soluciones conjuntas beneficiosas para todos. Y venimos hace tiempo diciendo que los precios de la energía suponen un problema. Ha jugado Putin demasiado tiempo con los precios del gas y ahora no debemos permitirlo.

Tenemos ya que, de una vez por todas, topar el precio que pueden ofertar al *mix* eléctrico las centrales de gas y desacoplar el precio del gas del de la electricidad, pero, a la vez, ir tomando medidas para contener el precio que el bolsillo de los consumidores paga por los combustibles fósiles. Porque este problema, que hemos manifestado ya más veces aquí, se va a reproducir por toda Europa. Está la gente saliendo a la calle ya en algunos países. Pensemos en los ciudadanos, pensemos en que les llegue menos al bolsillo toda la crisis que vamos a vivir por culpa de esta guerra. Lo podemos hacer conjuntamente. Ahora es el momento. Si no, mantendremos estos debates eternos aquí sobre la misma situación y con el mismo problema, pero cada vez más agudizado.

Creo que es nuestra responsabilidad bajarnos a ver lo que está pasando en la ciudadanía y tomar medidas acordes con la situación actual, sobre la que también, eso sí, debemos hacer pedagogía. Estamos en una situación de guerra y tenemos que ser valientes y firmes en las decisiones.

Nils Torvalds (Renew). – Madam President, let me start with a statement we all know is true but the implication of which we tend to go around. There will be no quick and easy fixes. For an undefinable time we will have an unstable and unreliable Russia on our borders. And the implications are huge, and we seem to be slightly unwilling to understand this.

From the very first day, I said that we need to have two windows: one for speeding up the transition to a low carbon economy, the other to find bridging solutions for the next three, five, seven years. So far, we seem to be united, but as soon as we go into the concrete proposals, everybody seems to bring in his or her 'holy cow': LNG is not good; we need gas; renewables are good as long as they don't come from bio sources or forests; or then we speak about prices, and so on.

But the truth is the following: every cubic metre of Russian gas, every barrel of Russian oil, every load of Russian coal is dripping with blood – innocent Ukrainian blood.

Michael Bloss (Verts/ALE). – Frau Präsidentin! Gestern konnte ich Ilies sprechen – ein junger Geflüchteter aus der Ukraine. Er hatte einen Wunsch: Kauft keine Kohle, kein Öl und kein Gas mehr von Putin! Finanziert nicht diesen Krieg mit eurer klimaverpesteten Lebensweise!

Wir überweisen jeden Tag Millionen Euro an Putin für seine Kriegsmaschinerie, und das ist unerträglich. Aber anstatt dass jetzt alle Kraft in Richtung Ausbau der Erneuerbaren in Richtung Senkung des Verbrauchs geht, lassen Sie sich Zeit. Erst im Mai soll eine Solarstrategie kommen, Herr Dombrovskis.

Wir haben keine Zeit. Geflüchtete wie Iliens haben keine Zeit. Ich bitte Sie, schalten Sie in den Krisenmodus! Legen Sie endlich den Turbo ein beim Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Absenken des Verbrauchs von Kohle, Öl und Gas. Und fangen Sie jetzt nicht damit an, Putins Öl und Gas auch noch mit Steuermilliarden zu subventionieren.

Teuvo Hakkarainen (ID). – Arvoisa puhemies, muutama asia: täällä on puhuttu rohkeudesta ja nyt sitä tarvitaan. Suuressa mittakaavassa ydinvoima on ainoa oikea ratkaisu sähköntuotantoon. Polttomoottoreiden aika ei ole vielä ohi, siksi tarvitaan öljyä. Uusien energiamuotojen tutkimiseen täytyy panostaa vahvasti ja nopeasti.

Venäjän uhka on ollut nähtävissä jo kauan, mutta hyväuskoisuus on ollut loputon. Tähänkin asiaan herätään vasta kun nälkä vaanii nurkan takana. Riippuvuus venäläisestä energiasta on tietysti katkaistava. Oma kotimaani Suomi olisi halutessaan omavarainen esimerkiksi lämmöntuotannon suhteen ottamalla turve-energia laajasti käyttöön. Kun kylmyys tulee vieraaksi, ilmastohysterian täytyy väistyä.

Patryk Jaki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Otóż moglibyście odłączyć gaz, kasę za gaz Putinowi w trzy minuty i postawić na atom i węgiel, którego przecież sami mamy bardzo dużo. Jednak nie chcecie tego zrobić z prostego powodu. Po pierwsze, musielibyście przyznać się do ideologicznego błędu. Zresztą co tam emisja CO₂ w Europie w czasie trwania wojny, jak nie potrafiliście powstrzymać tej wojny. Ale drugi powód jest taki, że po prostu fajnie się sprzedaje innym gaz, rosyjski gaz pełen ukraińskiej krwi. I jeszcze beczelnie twierdzicie, że robicie to dla planety.

Przylepiliście sobie ukraińskie wstążki, aby dać ulgę własnemu sumieniu. Jednak nie chcecie wstrzymać kasy Putinowi. A ja zresztą wiem dlaczego. Razem z nim robicie dalej ogromne *deale*. Wystarczy spojrzeć na listę firm. Sprawdziłem te największe rosyjskie, putinowskie projekty. Arktyczny LNG – udziałowcy z Francji, Vostok Oil – udziałowcy z Holandii, Amurski Zakład Przetwórstwa Gazu – udziałowcy z Włoch, zakład przetwórstwa gazu w Ust-Luga, Gazprom i Niemcy. No i co? Jak tam dbacie o praworządność, razem z Putinem i Rosją? Jak widać, cenicie sobie bardziej swoją wygodę niż życie ukraińskich dzieci. I to są te europejskie wartości, o których tyle razem tutaj, w tej Izbie, wspominaliście. Wstyd.

Dolors Montserrat (PPE). – Señora presidenta, Europa no debería depender nunca más de un tirano como Putin. Hemos de apostar por un auténtico mercado energético común interconectado. Es necesaria la interconexión del gas con una infraestructura como STEP para conectar España y Portugal con el resto de Europa.

Debemos actuar ya. Familias y empresas están desesperados por la subida de los precios. La inflación es un impuesto brutal que nos empobrece a todos cada día que pasa. El Plan REPower EU para garantizar la seguridad del suministro y precios asequibles será fundamental. Pero la Comisión Europea ha de actuar con mayor rapidez y eficacia; si no, llegará tarde. Pero también debemos exigir a los Estados miembros bajar los impuestos ya de los carburantes y de la energía y conceder más ayudas a los sectores afectados.

Lamentablemente, en España estamos sufriendo la inacción del presidente Sánchez. Tiene en sus manos eliminar los gastos de la factura de la luz que no son energéticos, bajar los impuestos en combustibles y aún más en la electricidad. Agricultores, ganaderos, pescadores y transportistas necesitan medidas ya, pero solo reciben desprecio del Gobierno de Sánchez.

Miapetra Kumpula-Natri (S&D). – Madam President, the Commission's RePower EU communication is important. It shows how much we finance the war machine in Russia, which began one month ago today. How much does it mean? 30 times EUR 700 million. I don't want to count that. But I find it promising that the Commission statement is now working on speeding up the transition, and looking at how the 'energy efficiency first' principle can be implemented for next winter, and especially in the years to come, and fast permits for renewable energy could be more binding than just a recommendation. Quick action is needed to diversify the sources, and gas storage obligations are important – or other fuel when suitable in some countries.

So let us look ahead to the next winter or two. But let us not waste a single month in speeding up the transition, the availability and production of the heat pumps, solar panels, energy efficiency actions, renovation. All these. Every month counts, and we can reduce export bills.

Ondřej Knotek (Renew). – Paní předsedající, pane komisaři, pane ministře, určitě vítám opatření Evropské komise ke snížení dopadů vysokých cen energií a opatření, která vyplývají právě z války na Ukrajině. A ano, budujeme ještě více obnovitelné zdroje a ano, soustředíme se na energetickou účinnost, ale, prosím, u té energetické účinnosti ne plošně. Některé členské státy budou muset právě v důsledku války na Ukrajině upravit svoje dekarbonizační cesty a zkrátka si nebudou moci dovolit tolik navýšit energetickou účinnost. Takže namísto plošných, závazných cílů v energetické účinnosti se soustředíme na podporu těch států, které mohou tu účinnost opravdu navýšit, a poskytneme jim nějaké podněty. Dále, prosím, věnujte pozornost tomu, že snížení dovozu energetických komodit z Ruska povede k tomu, že se oddálí odklon od uhlí. To si vyžádá úpravu platné a projednávané legislativy. Prosím, zaměřte se na to a předložte návrhy tak, aby uhelné zdroje po dobu jejich nezbytně nutného provozu nebyly diskriminovány.

Filip De Man (ID). – Voorzitter, momenteel betalen de 27 EU-landen voor Russische steenkool, olie en gas een klein miljard euro – per dag. Ook de Arabische oliesjeiks maken gigantische winsten nu de vaten voor 120 euro worden verkocht. Het dramatische is dat jullie daarvoor gekozen hebben. Er werden geen lessen getrokken uit de dubbele petroleumboycot uit de jaren 1970 die de moslimlanden ons hebben opgelegd.

En het kan nog gekker: kernenergie – het propere, goedkope, bevoorradingszekere alternatief – wordt in Duitsland afgeschaft, en in België gaat men goed werkende kerncentrales vervangen door vervuilende gascentrales. Dit krankzinnige beleid wordt gesteund door communisten, groenen, socialisten. Dat mag niet verbazen. Maar dat ook christendemocraten en liberalen in deze waanzin meegaan, is werkelijk te gek voor woorden.

Alexandr Vondra (ECR). – Paní předsedající, dámy a pánové, ruský plyn a ropa jsou zabarveny ukrajinskou krví a my to musíme ukončit. Hned! A napravit chybu *RePower EU*, kdy jsme, bohužel, Putinovi vzkázali: „Ještě sedm let na tobě budeme záviset jako na kokainu a pak, šmytec!“ Zase si s námi začal hrát. Řekl: „Eura nechci, chci rubly“. Tak máme teď příležitost mu konečně říct: „My rubly neznáme, to není měna. A nechceš-li eura, budeme je posílat na zvláštní účet, na *escrow accounts*, ty nedostaneš nic. Budou to prostředky na reparace pro Ukrajinu, až se budou počítat škody za tvoje válečné zločiny.“ Nepromarněme tuto šanci!

Pernille Weiss (PPE). – Fru formand! Der skal tages rigtig, rigtig mange beslutninger i EU, for at vi kan styre os ud af den energiklemme, som Putin har fået på os. Dagens debat gør ingen forskel, hvis ikke vi handler på det – og vi handler på dét, som vi ved virker. Vi har vidst det længe: Jo mindre energi vi bruger, jo bedre for vores pengepung, for miljøet, for klimaet, for sundhed, for produktivitet.

Og nu forstår vi, at energi også er sikkerhedspolitik, som potentielt kan slukke lyset for vores frie og rige verden. Derfor haster det med at få revideringen af energieffektiviseringsdirektivet gennemført, og her gælder reglen, at det ikke er nok at drysse højere mål ud med løs hånd. Ambitioner alene gør det altså ikke! Det gør værktøjer, som forholder sig til, at energieffektiviseringer kræver kvalificeret arbejdskraft, kompetent rådgivning, finansiering og fleksibilitet, for at hvert eneste land i EU kommer i gang på måder, der fungerer for det. Direktivet skal derfor proppes med værktøjer, der er konkrete, tilgængelige, overskuelige og logiske. Det værste i kriser og krig er at skulle gøre ting på måder, der ikke virker og ikke giver mening. Forhåbentlig kan vi blive enige med Rådet, inden næste vinter sætter ind. Det skal vi simpelthen!

Valérie Hayer (Renew). – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, nous voulons tous ici une Europe forte, indépendante et souveraine, mais il ne faut pas non plus se mentir: la réalité, chers collègues, c'est qu'il ne nous reste que quelques milliards dans notre budget européen. Alors, les redéploiements, les effets de levier et tout ce qu'on peut inventer pour ne pas mettre de l'argent frais sur la table ne seront pas suffisants cette fois.

Soyons donc conséquents et créons SAFE, un nouveau fonds pour l'autonomie stratégique de l'Europe, exactement comme pour le plan de relance, pour sevrer nos États des hydrocarbures, pour assurer une indépendance agricole, pour fortifier nos armées, pour européaniser toutes les filières stratégiques pour notre avenir: les puces, les batteries et les semi-conducteurs.

Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, personne ici ne veut d'une Europe affaiblie par une flopée de dépendances. Si nous voulons vraiment une Europe qui protège et qui s'assume dans un monde toujours plus instable, alors il nous faudra poser des actes courageux.

Isabella Tovaglieri (ID). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la crisi energetica sta strozzando imprese e cittadini, sta pregiudicando la ripresa economica e, non da ultimo, sta dando in mano alla Russia di Putin un'arma di ricatto nei confronti dell'Europa.

L'Unione europea è nata sulle macerie della guerra proprio dall'energia come Comunità del carbone e dell'acciaio. Forse non abbiamo imparato la lezione. La lungimiranza dei padri fondatori negli ultimi decenni ha lasciato spazio alle ideologie e ai sensi di colpa. Così oggi ci troviamo a rincorrere un'indipendenza energetica che è fondamentale per rafforzare il ruolo dell'Europa nel mondo. Il tempo di agire è adesso. Servono subito misure eccezionali per diversificare le fonti di approvvigionamento, smettendola di demonizzare gas e nucleare e guardando in faccia la realtà rispetto all'effettivo impatto delle rinnovabili nel breve periodo.

Oggi la priorità è proteggere la nostra economia, la competitività, le catene del valore e soprattutto i posti di lavoro. Per farlo serve una revisione del *Green Deal* e servono risposte concrete e realistiche. Diversamente, l'Europa abdiccherà alla sua stessa storia.

François-Xavier Bellamy (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Ministre, Monsieur le Commissaire, la situation actuelle constitue évidemment une crise terrible pour les foyers européens, qui voient exploser leur facture de carburant, et révèle la dépendance de notre continent à l'égard de la Russie, que nous payons au prix de notre honneur dans la situation de crise que connaît aujourd'hui l'Ukraine. Il faut bien sûr réagir d'urgence, et beaucoup des mesures que vous avez annoncées, Monsieur le Commissaire, sont évidemment nécessaires.

Cependant, pour pouvoir avancer, il nous faudra recommencer à produire, et cela prendra du temps. Vous avez parlé de ce point de vue-là, Monsieur le Commissaire, de déployer massivement les énergies renouvelables. Je crains que nous n'ayons pas encore pris la mesure de la nécessité de fonder notre mix énergétique de demain sur toutes les sources d'énergie pilotables. A chaque fois que nous installons une éolienne ou un panneau solaire en Europe, nous avons besoin, pour compenser son intermittence, d'importer du gaz.

Comment se fait-il que cette équation très simple n'ait pas encore été comprise? Elle jette une lumière très crue sur le financement venu de Russie de beaucoup d'organisations dites environnementales qui ont contribué, au cours des dernières années, à détruire notre mix énergétique. Nous devons sortir d'urgence de la naïveté. Cela veut dire aussi pouvoir se fonder sur l'énergie nucléaire. Redisons-le: elle fait partie de ce qui nous permet aujourd'hui de produire une énergie décarbonée, qui garantit notre indépendance et notre souveraineté.

Henna Virkkunen (PPE). – Madam President, every day we Europeans keep funding Putin's war by importing Russian fossil fuels. This is completely unacceptable, unsustainable and also an immoral situation.

Since the beginning of the EU energy union and the Russian occupation in Crimea, there have been efforts to decrease our energy dependency on Russia. However, the direction has been the opposite. The energy dependency rate is now at a record high level. This is a huge failure.

The EU Member States should now unite on energy policy in the same way they have united on security and defence in the past weeks. The Member States should together stop Russian gas, oil and coal imports to Europe as soon as possible.

The only sustainable way to ensure stable energy prices and security of supply in Europe in the future is to encourage investments in all viable clean forms of energy production, including nuclear energy. We can't afford to miss the decarbonisation benefits of any available alternatives.

Barbara Thaler (PPE). – Frau Präsidentin! Danke auch an die Kommission und den Rat für ihre Statements zu unserem gemeinsamen europäischen Vorgehen für eine erschwingliche, sichere und nachhaltige Energie. Sie werden hier im Haus viele Partner auf diesem Weg finden.

Ich möchte aber noch einmal daran erinnern, dass gerade jetzt ambitionierte Ziele gut und richtig sind, aber sie müssen auch machbar sein. Wir haben keine Zeit, um uns bei der Produktion von grünem Wasserstoff selbst mit künstlichen Kriterien einzuschränken. Wir haben keine Zeit, um gute und nachhaltige, in Europa produzierte Biokraftstoffe immer noch stärker einzuschränken.

Wir müssen alle Arten von erneuerbarer Energie nützen – egal ob Wasserkraft, Windkraft, Biokraft oder Solarkraft –, weil wir sie schlichtweg brauchen. Nur mit einem europäischen Energiewettbewerb und einer breiten Palette an Angeboten wird schlussendlich unsere erneuerbare Energie auch erschwinglich und sicher sein.

Robert Roos (ECR). – Voorzitter, commissaris, collega's, zet u schrap, want we gaan een harde landing tegemoet. De energiemarkt is door de liquiditeit heen. Er heerst daar totale paniek. De socialistische zuidelijke regeringen willen de gasprijs loskoppelen van de elektriciteitsprijs. Ook willen zij een prijsmaximum instellen. Dat zijn oplossingen uit de doos van Pandora, kortetermijnoplossingen die onschuldig lijken, maar die juist de levering van betaalbare en betrouwbare energie voor de Europese huishoudens en bedrijven in gevaar zullen gaan brengen.

Twintig jaar lang hebben we een systeem van een gemeenschappelijke Europese energiemarkt opgebouwd. Het domste wat we nu kunnen doen, is dit systeem overhoopgooien, want niemand, echt niemand kan de consequenties daarvan overzien. In plaats daarvan moeten we twee dingen doen: 1) verlaag zo veel mogelijk de belasting op energie, maar behoud de vrije energiemarkt zoals we die kennen; 2) stop met de Green Deal en heropen direct alles wat beschikbaar is aan kernenergie en fossiele energie om een volledige instorting van onze Europese economie te voorkomen.

Spontane Wortmeldungen

Radan Kanev (PPE). – Madam President, REpowerEU would have been an outstanding plan back in 2014, when war was predictable, but we failed to act. Now it is too little, too late. Now we need a plan by the hour and not by the decades. What we need is to impose a full energy embargo on Russian oil and gas in order to stop financing Putin's aggression. But we need also to be ready for Putin's regime to cut off our supply.

The Council and Commission offer a long-term plan based on renewables and energy storage, and we all like it. But we don't see the emergency measures like immediate activation of the European Union. Finishing work on interconnections is a matter of real emergency, starting as of now, of joint procedures, of gas from No Russian sources, regulating co-generation as an emergency source of energy, but also radically putting an end to red tape and corruption that are suffocating our renewable production.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă Președintă, domnule comisar, criza în care ne aflăm era previzibilă nu numai în război, în momentul în care Uniunea Europeană depinde de furnizor în procent foarte mare, știe orice om de afaceri că există un risc.

Mă bucur că ați introdus între cei trei piloni și prețuri mai accesibile, dar domnule comisar, ce este accesibil pentru Luxemburg nu este accesibil pentru cetățenii din țara mea și trebuie clar să vedem aici cum nimeni nu este lăsat în urmă, pentru că acesta este sloganul nostru, nu?

Și atunci cred că să învățăm din greșelile făcute pentru că, iată, în țara mea, ați presat țara să oprească extracția de cărbune, în schimb importăm cărbune din Rusia. Este necesar să avem o uniune energetică, domnule comisar, și o uniune energetică care poate să fie accesibilă pentru toți cetățenii europeni indiferent de regiunea și țara în care trăiesc.

De aceea solicit ca prețurile la energie să existe un sistem prin care să fie controlate. Sunt un fost om de afaceri, înțeleg ce înseamnă economie de piață, dar înțeleg că în criză nu putem să lăsăm să se îmbogățească unii care pun prețuri de 10-15 ori mai mari.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, στη Σύνοδο σήμερα πρέπει να αποφασιστούν άμεσα μέτρα που θα θωρακίσουν τους πολίτες και το σύνολο της ευρωπαϊκής οικονομίας, όπως οι κοινές αγορές φυσικού αερίου και η δημιουργία στρατηγικών αποθεμάτων, χρηματοδοτικά εργαλεία, όπως το ευρωμόλογο και η χρηματοδότηση μέσω στήριξης, επενδύσεις για την απεξάρτησή μας από τα ορυκτά καύσιμα με έναν κοινωνικά δίκαιο και βιώσιμο τρόπο. Τέλος, το Ταμείο Ανάκαμψης πρέπει να προσανατολιστεί σε επενδύσεις που θα αναβαθμίζουν τα δίκτυα, κάνοντας την παραγωγή από ανανεώσιμες πηγές ενέργειας εφικτή για όλους τους πολίτες και όχι μόνο για τους λίγους.

Αλλά και σε εθνικό επίπεδο: η μείωση του ΦΠΑ σε βασικά προϊόντα ανάγκης, η επιβολή έκτακτης φορολογίας στα υπερκέρδη των εταιρειών ενέργειας για όλη την περίοδο της κρίσης και το πλαφόν στην τιμή της λιανικής, στη ρήτρα αναπροσαρμογής. Όλες αυτές οι προτάσεις είναι ένα πλαίσιο αλληλεγγύης των ευρωπαϊκών λαών. Με αυτόν τον τρόπο μπορούμε να αντιμετωπίσουμε τις ανισότητες αλλά και να διασφαλίσουμε την γεωπολιτική ασφάλεια της Ευρώπης.

Bogdan Rzońca (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Chciałem powiedzieć, że to, iż mamy problem gazowy w tej chwili i uzależnienie od Putina wynika z błędu Unii Europejskiej, bo wiadomo, że gaz jest nie tylko w Rosji. Dlaczego ten gaz był kupowany przez państwa Zachodu w Rosji to jest inne pytanie i to jest ogromny błąd, za który teraz cierpi Ukraina. Mamy taką oto sytuację, że z jednej strony mamy wojnę, z drugiej strony mamy rewolucję energetyczną i ta rewolucja energetyczna w postaci OZE (odnawialnych źródeł energii) nie została zaakceptowana przez społeczeństwa. Różne kraje są w różnych sytuacjach, jedne kraje potrzebują więcej czasu, żeby pójść w kierunku odnawialnych energii, ale tego czasu Unia Europejska nie dała i nie daje. I to jest kolejny błąd, który powoduje, że Unia będzie tracić popularność.

Panie komisarzu Dombrovskis, dzisiaj najważniejszą rzeczą są dwa słowa. To jest dostęp do różnych źródeł energii, czyli po prostu dekoncentracja dostaw energii. Z drugiej strony bezpieczeństwo energetyczne – trzeba stworzyć trwałe ramy prawne do inwestycji w różne źródła energii dla Unii Europejskiej.

Pernando Barrena Arza (The Left). – Señora presidenta, la Comisión Europea presentó recientemente una acción conjunta para una energía más asequible, segura y sostenible, donde se recoge un plan para que Europa sea independiente de los combustibles fósiles rusos mucho antes de 2030, así como, en el corto plazo, responder al aumento de los precios de la energía en Europa y reconstituir las reservas de gas de cara al próximo invierno: el plan REPowerEU. En cambio, la Comunicación recoge medidas preocupantes, como la opción de importar gas licuado de los Estados Unidos, la apuesta por la energía nuclear y limitar la independencia a los combustibles rusos y no a los combustibles fósiles en general.

Ante la escalada de precios de la energía, que padecen especialmente la ciudadanía y las pequeñas y medianas empresas, es imprescindible cambiar el modelo del mercado marginalista con un mayor control público y aumentar la tributación de los dividendos «venidos del cielo» —como se denominan— de las grandes empresas eléctricas. Y, de la misma manera, es vital acelerar la transición energética verde, sin perjuicio de la biodiversidad y priorizando el desarrollo de comunidades de energías renovables.

Quisiera decir también que, en este contexto energético, no parece lo más inteligente provocar gratuitamente la ira de uno de nuestros principales proveedores de gas, Argelia. La decisión del presidente Sánchez sobre el Sáhara Occidental, además de contraria al Derecho internacional, es torpe y va a ocasionar dificultades añadidas en el suministro energético europeo.

Edina Tóth (NI). – Tisztelt Elnök Asszony! Az energiaárak folyamatos növekedésnek indultak, ezt pedig tovább súlyosbította az Ukrajna elleni háború. Az energiahordozók árai újabb rekord szintre emelkedtek, ezért valódi megoldásra, hatékony fellépésre van szükség. Nincs azonban alternatíva egyik napról a másikra. Stratégiai nyugalomra van szükség az energiapolitikánkat illetően is. Helyes iránynak vélem, hogy az Európai Bizottság legújabb javaslatával elindult a polgárok melletti kiállás útján s hosszú idő után végre támogatni kezdte a hatósági árazást, ezzel is elismerve a magyar rezsicsökkentési programot.

Tisztelt képviselőtársaim! Az energiaárak emelkedése ellen csak a rezsicsökkentés lehet a megoldás. Hangsúlyozandó, hogy a magyar háztartásokban a válság ellenére sem emelkedtek meg az árak. A múltban persze voltak ellenpéldák, hiszen korábban a magyar baloldal is a piaci árakhoz igazította a rezsiköltségeket, ezáltal elszálltak az energiaárak, s nagyon magas terhekkkel szembesültek honfitársaim. Ebből mi többet nem kérünk. Előre menjünk! Védjük meg a családokat a magas energiaáraktól. Ez most a feladat.

(Ende der spontanen Wortmeldungen)

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Madam President, Mr Minister, honourable Members, thank you for your fruitful exchange and for your comments and remarks. I want to assure you that the Commission will continue engaging with the European Parliament as this work is going forward.

Based on your questions and remarks, I understand you share the Commission's concerns that our efforts need to focus on the three main issues: ensuring affordable energy prices for European consumers; security of supply – meaning that we are fully prepared for the next winter season regardless of what happens; and diminishing and eventually completely removing our dependence on Russian fossil fuels.

These three aims mutually reinforce each other. In Versailles, leaders supported the proposals in our communication of 8 March, and asked the Commission to propose a REpowerEU plan to phase out Russian fossil fuels by 2027, backed by the necessary national and European resources. This is what we are now working full-speed on, to make it happen.

I also would like to thank all the Members who today expressed their support for the Commission's work. Our plans are very ambitious, as is required by the current situation. But it also means that we need your support to quickly adopt all legislative proposals, starting with the gas-storage proposal adopted this week. We also count on your support on accelerating the work on the December package, which includes important provisions on security of supply. And finally, a crucial part of decreasing our dependency on Russian gas is diminishing our consumption of gas altogether. Therefore, we hope to also move very fast on all the legislative proposals under the 'Fit for 55' package and we count on your support.

This is part of the solution to make the EU resilient to shocks and less dependent on Russian fossil fuels. We need to be united while facing these challenging times and if there is one thing the crisis is showing us it is that the EU is more united than ever in responding to Putin and supporting the Ukrainian people.

PREDSEDÁ: MICHAL ŠIMEČKA

podpredseda

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, Mesdames et Messieurs les Députés, quelques remarques complémentaires de ce que vient de dire la Commission européenne, que je partage très largement.

Nous l'avons dit, de même que la Commission européenne, en introduction à ce débat, et cela a été largement relayé dans les échanges: il y a en effet deux types de crises qui se cumulent aujourd'hui et qui aboutissent à une hausse très importante des prix de l'énergie. D'abord, une hausse des prix qui était déjà engagée et qui est notamment la conséquence de la crise de la COVID-19 et de la reprise économique accélérée, qui était au fond une bonne nouvelle, mais qui avait abouti à cette augmentation très significative des prix du gaz, de l'électricité et des carburants. S'y est ajouté le contexte de guerre que nous connaissons, qui a mis au jour une dépendance structurelle, au gaz russe en particulier, qui, dans le contexte actuel, devient insupportable et qui se double, d'un État membre à l'autre, d'une très forte hétérogénéité vis-à-vis de cette dépendance.

C'est dans ce contexte que nous devons agir, plus fort et plus vite, avec plusieurs types de réponses, qui ont été abordés et que je ne ferai que brièvement récapituler pour faire état des débats qui ont lieu au Conseil, et qui auront par ailleurs lieu au Conseil européen ce soir et demain.

D'abord, la nécessité impérieuse de renforcer nos outils de régulation et de coordination européenne. C'est l'un des débats qui se tiendra au Conseil européen ce jour même, sur la base des propositions récentes de la Commission européenne, avec la question du stockage commun pour faire face à des risques d'approvisionnement – je crois que c'est sans doute le point le plus consensuel aujourd'hui entre les États membres –, la question de possibles achats communs – qui, je crois, doit être encore approfondie et qui est une bonne piste, à notre sens – et la question, débattue entre États membres, d'outils de plafonnement des prix finaux aux consommateurs dans des périodes de crise difficiles – je crois que nous ne devons pas l'exclure non plus, même si, je l'ai dit de manière transparente, ce sujet fait encore l'objet de discussions complexes entre les États membres. Nous devons en tout cas garder, dans ce débat, à la fois l'acquis du marché intérieur, même renforcer certainement nos interconnexions énergétiques – c'est impératif au vu des tensions, aujourd'hui –, mais aussi mieux protéger nos consommateurs, avec des outils de régulation qui doivent être reconstitués ou imaginés.

Le deuxième type de réponse, qui se veut une réaction à la difficulté structurelle de dépendance que j'évoquais, c'est, au fond, celui de la souveraineté énergétique. Nous en voyons encore plus la nécessité – je le redis, cela a été mentionné aussi dans le débat –, étant donné que le projet européen est, depuis ses débuts, fondé précisément sur la souveraineté énergétique. Aujourd'hui, nous devons nous fixer des objectifs climatiques communs au niveau européen – c'est un acquis, désormais, depuis un peu plus de deux ans – pour 2030 et 2050, et, ensemble, nous devons accélérer notre transition. C'est là l'objet du paquet législatif «Ajustement à l'objectif 55», que nous cherchons à faire avancer du côté du Conseil sous présidence française, avec pour objectif de développer des énergies vertes, abordables, stables et souveraines, avec des choix nationaux qui peuvent différer, mais qui doivent à notre sens inclure tant les énergies renouvelables que l'énergie nucléaire, qui toutes deux répondent à ces critères.

C'est aussi, en matière de souveraineté, un objectif de diversification, que prévoit et propose le plan de la Commission européenne REPowerEU. Parce que nous devons évidemment accélérer cette réduction de la dépendance au gaz russe dans les meilleurs délais, la Commission propose des objectifs ambitieux, que nous soutenons, mais qui doivent faire l'objet encore de décisions et de discussions au Conseil. Là aussi une coordination est utile, de sorte que nous ne soyons pas en compétition les uns avec les autres pour trouver des solutions d'approvisionnement nouvelles.

C'est également – cela a été rappelé à l'instant par le vice-président et par beaucoup d'intervenants – la réduction de notre consommation énergétique à chaque fois que nous le pourrons, car la dépendance européenne est aussi le fait d'une consommation énergétique que nous devons mieux maîtriser.

Avec ces outils d'accélération, de diversification et de réduction des consommations, nous avons, je crois, entre nos mains les outils d'une indépendance énergétique européenne que, vous le savez, la France défend depuis longtemps, que cette présidence du Conseil a mis à son ordre du jour, mais qui, à cause des événements tragiques que nous connaissons – l'invasion de l'Ukraine par la Russie –, nous impose d'agir plus vite encore. Merci pour votre engagement.

Predsedajúci. – Rozprava sa skončila.

Písomné vyhlásenia (článok 171 rokovacieho poriadku)

Clara Aguilera (S&D), por escrito. – Tras la invasión de Ucrania por parte de Rusia, la Unión Europea ha trabajado para hacer frente a la alta dependencia energética de Rusia y la asociada alarmante subida de los precios, así como asegurar la seguridad y suministro energético.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad soluciones para abordar la subida de los precios de la energía, y en particular de la electricidad. La Unión debe actuar ya, de manera unida y coordinada, para frenar la escalada de precios que está lastrando la economía de los ciudadanos y las empresas. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

En este sentido, España puede jugar un papel muy importante en la diversificación, al contar con una importante infraestructura de GNL (gas natural licuado), incluida en torno al 30 % de la capacidad de regasificación de la Unión. Pero para aprovechar estas infraestructuras energéticas existentes, es necesario que la Unión aumente las interconexiones energéticas entre la península ibérica y Francia.

Marc Botenga (The Left), par écrit. – En tant qu'enfant, j'aimais le ping-pong. Mais la façon dont la Commission et le Conseil se renvoient la balle depuis des semaines est honteuse. Face à une urgence sociale absolue, où les gens partout en Europe ont peur d'allumer le chauffage ou d'aller faire le plein, la Commission demande au Conseil d'agir, le Conseil demande des propositions à la Commission, mais pendant que les travailleurs trinquent et les multinationales se remplissent les poches, personne n'agit. Les «boîtes à outils» et les recommandations, même avec un joli logo de la Commission européenne, ça ne se mange pas. Nous sommes désormais au printemps, et nous attendons toujours la première mesure forte de la part de l'Union européenne. Pas de blocage des prix. Pas de proposition concrète pour une taxe sur les surprofits. Et encore moins de propositions pour sortir de ce modèle de marché, qui illustre sa faillite un peu plus tous les jours. Alors, bloquons les prix, taxons les surprofits des spéculateurs et des profiteurs de guerre, et rompons avec ce modèle du marché. Investissons massivement dans les renouvelables maintenant. Haussons les objectifs climatiques. Prenons en main, publiquement, la transition pour réaliser la révolution sociale climatique.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Политическата импотентност и късогледство на така наречените „западни лидери“ доведоха Европа до състояние на зависимост, която е на път да унищожи европейската икономика. Налагането на „Зелената сделка“ доведе до огромния скок на цените на електроенергията. Нужно е да се каже, че въпреки милиардите, изсипани за „зелена енергия“, изкопаемите горива доминират в общия енергиен микс. Само за пример, в Германия, която е лидер в зеления преход, нещата изглеждат по следния начин: 77% от първичната енергия на страната идва от нефт, газ и въглища, а само 5.2% идва от слънчеви и вятърни централи. Въпреки фактите, продължава безумното налагане на зелената утопия, а държавите членки са притискани да затворят единствените си електроцентрали, запазвайки се от собствени източници – ТЕЦ-овете. В България това най-силно засяга хората, работещи в Маришкия басейн, който осигурява поминък на над 20 000 души. Ако ЕС иска достъпни цени и устойчива енергия, трябва да спре безумието на „Зелената сделка“.

Lina Gálvez Muñoz (S&D), por escrito. – Tras la invasión de Ucrania por parte de Rusia, la Unión Europea ha trabajado para hacer frente a la alta dependencia energética de Rusia y la asociada alarmante subida de los precios, así como asegurar la seguridad y suministro energético.

Las y los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad de soluciones para abordar la subida de los precios de la energía y, en particular, de la electricidad. La Unión debe actuar ya, de manera unida y coordinada para frenar la escalada de precios que está lastrando la economía de la ciudadanía y de las empresas. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas por medidas a corto plazo para desacoplar el precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

En este sentido, España puede jugar un papel muy importante en la diversificación, al contar con una importante infraestructura de GNL (gas natural licuado), incluida en torno al 30 % de la capacidad de regasificación de la Unión. Pero para aprovechar estas infraestructuras energéticas existentes, es necesario que la Unión aumente las interconexiones energéticas entre la península ibérica y Francia.

Isabel García Muñoz (S&D), por escrito. – Tras la invasión de Ucrania por parte de Rusia, la Unión Europea ha trabajado para hacer frente a la alta dependencia energética de Rusia y la asociada alarmante subida de los precios, así como asegurar la seguridad y suministro energético.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad soluciones para abordar la subida de los precios de la energía, y en particular de la electricidad. La Unión debe actuar ya, de manera unida y coordinada, para frenar la escalada de precios que está lastrando la economía de los ciudadanos y las empresas. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

En este sentido, España puede jugar un papel muy importante en la diversificación, al contar con una importante infraestructura de GNL (gas natural licuado), incluida en torno al 30 % de la capacidad de regasificación de la Unión. Pero para aprovechar estas infraestructuras energéticas existentes, es necesario que la Unión aumente las interconexiones energéticas entre la península ibérica y Francia.

András Gyürk (NI), írásban. – Az egy hónapja zajló háború felbecsülhetetlen humanitárius veszteségeket okozott. Emellett hozzájárult az Európát sújtó energiaválság mélyüléséhez és elhúzódásához is. Ebben a kritikus helyzetben minden javaslatnak és gondolatnak nagy súlya van, ezért övezi kiemelt figyelem az Európai Bizottság REPowerEU nevű kezdeményezését. Meg kell védenünk minden európai polgárt a megugró energiaárak okozta hatásoktól. Elfogadhatatlan, hogy az emberek fizessék meg a háború árát. Ezért üdvözlöm, hogy végre a Bizottság is belátta, hogy a magyar rezsicsökkentés mintáját követő hatósági árszabással érhető el a leghatékonyabban ez a cél. A baloldal légvárai helyett, különösen most, stabil, jól működő intézkedések kellenek. A polgárok megvédése mellett stratégiai nyugalomra és előrelátásra van most szükség. Ezért megfontolandónak tartom a Bizottság javaslatát a földgáztárolók kötelező minimális töltöttségi szintjével kapcsolatban. El kell kerülnünk a decemberben és januárban tapasztalt energiaár-robbanást, ezért már most meg kell kezdenünk a felkészülést a következő téli időszakra. Végül, nem szabad engednünk azoknak a felelőtlen javaslatoknak, melyek veszélyeztetnék Európa energiaellátását, és a kontinenst a háború kapujába sodornák. Ez kockázatos, ebből a háborúból ki kell maradnunk. Meg kell őriznünk társadalmaink és gazdaságaink működőképességét, amihez minden megbízható európai energiaforrásra, így az atomenergiára is szükség van.

Krzysztof Hetman (PPE), na piśmie. – Wobec bestialskiej agresji Rosji na Ukrainę kwestia niezależności energetycznej i bezpieczeństwa dostaw musi być jednym z naszych najwyższych priorytetów. Nie mam wątpliwości, że odcięcie Rosji od dochodów z dostaw gazu, ropy i węgla, które finansują jej machinę wojenną, jest sprawą najwyższej wagi.

Musimy jednak jednocześnie równoważyć konsekwencje tych działań, które wpływają na wysokie ceny energii i stanowią realne zagrożenie dla funkcjonowania europejskich przedsiębiorstw oraz przyczyniają się do ubóstwa energetycznego gospodarstw domowych. Musimy zatem wykorzystać wszelkie dostępne nam środki, aby maksymalnie wykorzystać wszystkie możliwe źródła energii, aby jak najszybciej w pełni uniezależnić się od dostaw z Rosji.

W tym kontekście z zadowoleniem przyjąłem propozycję programu REPowerEU, który nie tylko zapowiada znaczne ograniczenie importu z Rosji do końca tego roku, ale również proponuje rozwiązanie dla problemu rosnących cen energii dla konsumentów oraz zobowiązuje państwa członkowskie do uzupełnienia zapasów gazu przed przyszłą zimą.

Alicia Homs Ginel (S&D), por escrito. – Tras la invasión de Ucrania por parte de Rusia, la Unión Europea ha trabajado para hacer frente a la alta dependencia energética de Rusia y la asociada alarmante subida de los precios, así como asegurar la seguridad y suministro energético.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad soluciones para abordar la subida de los precios de la energía, y en particular de la electricidad. La Unión debe actuar ya, de manera unida y coordinada, para frenar la escalada de precios que está lastrando la economía de los ciudadanos y las empresas. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

En este sentido, España puede jugar un papel muy importante en la diversificación, al contar con una importante infraestructura de GNL (gas natural licuado), incluida en torno al 30 % de la capacidad de regasificación de la Unión. Pero para aprovechar estas infraestructuras energéticas existentes, es necesario que la Unión aumente las interconexiones energéticas entre la península ibérica y Francia.

Romana Jerković (S&D), *napisan.* – Ruska invazija na Ukrajinu označava novo poglavlje u europskoj povijesti. Jasno je da sigurnosne promjene u našem neposrednom okruženju diktiraju reformu naše energetske politike.

Po mom mišljenju, diverzifikacija putova opskrbe i fokus na obnovljive izvore energije moraju nam pomoći da osiguramo dva glavna cilja: 1. sigurnost opskrbe i 2. stabilne, pristupačne i konkurentne cijene i za potrošače i za europska poduzeća.

Predugo je se dobit privatizirala, dok su porezni obveznici snosili rizike. Ova kriza nudi nam priliku da krenemo prema pravednijoj energetskej uniji u kojoj će pravo na čistu i pristupačnu energiju biti zajamčeno svakom građaninu Europe.

Zamjena dvije trećine uvezenog ruskog plina za manje od 10 mjeseci neće biti mali zadatak. Povećanje uvoza LNG-a rezultirat će značajnim troškovima za sve potrošače energije, stoga moramo biti oprezni da jednu ovisnost ne zamijenimo novom i puno skupljom. Uspjeh plana u konačnici će ovisiti o dva čimbenika: s jedne strane političkoj volji da se mobiliziraju značajna ulaganja u interkonekcije, obnovljive izvore energije i čiste tehnologije, te s druge strane, da se u vrlo kratkom roku donosu potrebne regulatorne odluke kako bi se dobro pripremili za sljedeću zimu.

Karol Karski (ECR), *na piśmie.* – Europa latami prowadziła naiwną politykę energetyczną. Opieszałość w działaniach i pogłębianie zależności od dostaw surowców z Rosji były niewybaczalnym błędem strategicznym. Lekceważono długoterminowe bezpieczeństwo energetyczne naszego kontynentu. Koronnym przykładem tej postawy jest projekt Nord Stream 2, który forsowano mimo uzasadnionych sprzeciwów wielu państw członkowskich.

Cieszę się, że w końcu zdecydowanie zmieniamy kierunek i przechodzimy do działań. Żałuję tylko, że dopiero inwazja Rosji na Ukrainę pozwoliła niektórym trzeźwo spojrzeć na sytuację. Uniezależnienie się od dostaw rosyjskich surowców energetycznych jest teraz kwestią absolutnie priorytetową. Krótkoterminowo – aby zwiększyć nacisk gospodarczy na Rosję, a długoterminowo – aby zapewnić bezpieczeństwo energetyczne Europy.

Wspólne działania nie mogą się ograniczać do postawienia na energię odnawialną – potrzeba racjonalnego, realistycznego i wielowymiarowego podejścia. Rozwój OZE musimy połączyć z rozbudową infrastruktury, która umożliwi dostawy z innych krajów (tutaj chciałbym wskazać na przykład na Gazociąg Bałtycki), oraz ze strategicznym podejściem do własnego wydobycia surowców.

Wspieranie obywateli i przedsiębiorstw jest również kwestią absolutnie fundamentalną. Wojna za wschodnią granicą Unii Europejskiej już odbiła się na cenach energii, a od dnia inwazji minął dopiero miesiąc. Jeśli nie podejmiemy odpowiednich działań na rzecz dywersyfikacji dostaw surowców, magazynowania zapasów, wzmocnienia niezależności energetycznej i ograniczenia wzrostu cen detalicznych, to przed nadejściem kolejnej zimy sytuacja będzie wyglądać bardzo źle.

Elżbieta Kruk (ECR), *na piśmie.* – Granicę Polski przekroczyło już ponad 2 mln uchodźców z Ukrainy. Polacy otworzyli szeroko swoje serca i domy dla ukraińskich sąsiadów.

A co z europejskimi wartościami w UE, o których tak często w tej Izbie słyszymy? Maski opadły i widać, kto jest kim. Stawką jest kasa i ropa, a ceną niepodległość Ukrainy i bezpieczeństwo krajów Europy Środkowo-Wschodniej. A o europejskie wartości i europejskie bezpieczeństwo samotnie walczy Ukraina.

Putin zaatakował Ukrainę, bo dostał zielone światło. Wielokrotnie ostrzegano tutaj przed uzależnieniem się od dostaw surowców energetycznych z Rosji. Nie słuchaliście, a teraz na Ukrainie giną ludzie. Myśleliście, że Rosjanie zdobędą Kijów w trzy dni i będzie po sprawie. Trochę pokrzytykujecie, dacie parę euro dla uchodźców i będziecie mogli wrócić do interesów z Moskwą – kontynuować *business as usual*. Nie po raz pierwszy pomyliliście się.

Teraz szefowie państw i rządów UE potępiają barbarzyńską i nieuzasadnioną agresję na Ukrainę i wzywają Rosję do bezwarunkowego zaprzestania działań zbrojnych oraz wycofania wszystkich sił wojskowych z terytorium Ukrainy. Wyrażają uznanie dla narodu ukraińskiego za odwagę w obronie swojego kraju, a dla sąsiadów Ukrainy, w tym Polski, za okazanie ogromnej solidarności w przyjmowaniu ukraińskich uchodźców wojennych. Nie o słowa jednak dziś chodzi, a o pilne i konsekwentne działania.

César Luena (S&D), por escrito. – Tras la invasión de Ucrania por parte de Rusia, la Unión Europea ha trabajado para hacer frente a la alta dependencia energética de Rusia y la asociada alarmante subida de los precios, así como asegurar la seguridad y suministro energético.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad soluciones para abordar la subida de los precios de la energía, y en particular de la electricidad. La Unión debe actuar ya, de manera unida y coordinada, para frenar la escalada de precios que está lastrando la economía de los ciudadanos y las empresas. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

En este sentido, España puede jugar un papel muy importante en la diversificación, al contar con una importante infraestructura de GNL (gas natural licuado), incluida en torno al 30 % de la capacidad de regasificación de la Unión. Pero para aprovechar estas infraestructuras energéticas existentes, es necesario que la Unión aumente las interconexiones energéticas entre la península ibérica y Francia.

Javi López (S&D), por escrito. – Tras la invasión de Ucrania por parte de Rusia, la Unión Europea ha trabajado para hacer frente a la alta dependencia energética de Rusia y la asociada alarmante subida de los precios, así como asegurar la seguridad y suministro energético.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad soluciones para abordar la subida de los precios de la energía, y en particular de la electricidad. La Unión debe actuar ya, de manera unida y coordinada, para frenar la escalada de precios que está lastrando la economía de los ciudadanos y las empresas. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

En este sentido, España puede jugar un papel muy importante en la diversificación, al contar con una importante infraestructura de GNL (gas natural licuado), incluida en torno al 30 % de la capacidad de regasificación de la Unión. Pero para aprovechar estas infraestructuras energéticas existentes, es necesario que la Unión aumente las interconexiones energéticas entre la península ibérica y Francia.

Cristina Maestre Martín De Almagro (S&D), por escrito. – Tras la invasión de Ucrania por parte de Rusia, la Unión Europea ha trabajado para hacer frente a la alta dependencia energética de Rusia y la asociada alarmante subida de los precios, así como asegurar la seguridad y suministro energético.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad soluciones para abordar la subida de los precios de la energía, y en particular de la electricidad. La Unión debe actuar ya, de manera unida y coordinada, para frenar la escalada de precios que está lastrando la economía de los ciudadanos y las empresas. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

En este sentido, España puede jugar un papel muy importante en la diversificación, al contar con una importante infraestructura de GNL (gas natural licuado), incluida en torno al 30 % de la capacidad de regasificación de la Unión. Pero para aprovechar estas infraestructuras energéticas existentes, es necesario que la Unión aumente las interconexiones energéticas entre la península ibérica y Francia.

Adriana Maldonado López (S&D), *por escrito*. – Tras la invasión de Ucrania por parte de Rusia, la Unión Europea ha trabajado para hacer frente a la alta dependencia energética de Rusia y la asociada alarmante subida de los precios, así como asegurar la seguridad y suministro energético.

Los socialistas en el Parlamento defendemos la necesidad soluciones para abordar la subida de los precios de la energía, y en particular de la electricidad. La Unión debe actuar ya, de manera unida y coordinada, para frenar la escalada de precios que está lastrando la economía de los ciudadanos y las empresas. Estas soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar del precio del gas de la electricidad. Al mismo tiempo, debemos diversificar nuestros suministros energéticos y eliminar nuestra dependencia energética de Rusia.

En este sentido, España puede jugar un papel muy importante en la diversificación, al contar con una importante infraestructura de GNL (gas natural licuado), incluida en torno al 30 % de la capacidad de regasificación de la Unión. Pero para aprovechar estas infraestructuras energéticas existentes, es necesario que la Unión aumente las interconexiones energéticas entre la península ibérica y Francia.

Urmas Paet (Renew), *kirjalikult*. – Liikmesriigid peavad aktiivselt arendama omavahelisi energiatarneid ning -võrgustikke, sõltuvus Venemaast tuleb viia nulli ligi, sest ELi julgeolek sõltub suuresti sellest. Oluline on arendada alternatiivseid energiaallikaid ja taastuvenergia finantseeringud peavad suurenema. Samuti ei ole vastuvõetav hakata gaasi eest maksma Vene rublades. Ka järgmiseks aastaks peame gaasivarud Eestile leidma, loodetavasti koos Soome ja Rootsi partneritega.

Sandra Pereira (The Left), *por escrito*. – As orientações da União Europeia, levadas a cabo por governos que concretizaram a liberalização e a privatização do sector energético, implicam a manutenção de mercados oligopolistas nos quais os preços da eletricidade são cartelizados e onde as metodologias adotadas garantem lucros escandalosos, com enormes diferenciais entre custos na produção e os preços ao consumidor. A criação e funcionamento de um mercado do carbono com produtos derivados a serem transacionados em bolsa de forma especulativa contribui para o agravamento dos preços e a União Europeia tem responsabilidades na atual situação.

As medidas anteriormente propostas pela Comissão Europeia assentam exclusivamente numa subsidiação dos consumidores, ou seja, indiretamente, dos lucros que os oligopólios do setor continuam a amealhar. É preciso questionar os lucros, rendas e margens garantindo a baixa de preços. São necessárias medidas concretas para garantir que os preços nos consumidores reflitam os custos na produção, enfrentando, de uma vez por todas, os lucros colossais permitidos pelo funcionamento de um mercado fortemente oligopolista. E é imperativo que se faça o caminho de reversão da liberalização do sector, garantindo o seu controlo público. É a realidade a exigir-lo!

Inma Rodríguez-Piñero (S&D), *por escrito*. – La UE está trabajando infatigablemente para hacer frente a la elevada dependencia energética de Rusia y la subida de los precios aparejada, así como asegurar la seguridad y el suministro energético.

Las y los socialistas en el Parlamento Europeo defendemos que son necesarias soluciones que nos permitan abordar la subida de precios energéticos, en especial los de la electricidad. Una actuación cohesionada y coordinada es totalmente necesaria para ayudar a la economía de los ciudadanos y las empresas. Las soluciones pasan por acelerar el despliegue de energías renovables autóctonas y por medidas a corto plazo para desacoplar el precio del gas de la electricidad, eliminando al mismo tiempo nuestra excesiva dependencia energética de Rusia.

En este sentido, España puede jugar un papel muy importante en la diversificación, al contar con una importante infraestructura de GNL (gas natural licuado), incluida en torno al 30 % de la capacidad de regasificación de la Unión.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Energetické odstrihnutie sa od Ruska je nevyhnutnosťou pre našu budúcnosť a zároveň morálna povinnosť voči Ukrajine. Pred tromi týždňami sa rozplynuli aj tie posledné predstavy, že v prípade Ruska ide o racionálneho partnera, ktorý sa v istých medziach aspoň hrá na dodržiavanie medzinárodných dohôd. Riešením nie je len diverzifikácia dodávateľov súčasného energetického mixu, ale aj zmena celkového mixu, a najmä inovácie pre zvýšenie energetickej efektívnosti. Nemôžeme byť tak silne závislí od jedného dodávateľa, ako to vidíme v súčasnosti v prípade Ruska. Každý štát má a bude mať vlastný energetický mix, ale zásadný cieľ našej nezávislosti od ruských surovín je spoločný. Spolupráca v energetike je nevyhnutná, a to predovšetkým pri energetických zásobníkoch a spoločnom nákupe energií.

Loránt Vincze (PPE), *írásban*. – Az Ukrajnában zajló háború még inkább egyértelművé tette, hogy az Európai Unió Oroszországtól való energiafüggőségét mielőbb drasztikusan csökkentenünk kell. Jelenleg az EU gáz-, szén- és olajellátása nagyban függ Oroszországtól. Abban mindannyian egyet kell értsünk, hogy energiátartalékaink nem lehetnek hosszú távon kiszolgáltatva egy háborús agresszornak. A háború miatt egekbe szökő energiaárak nemcsak a gazdaságilag legkiszolgáltatottabb társadalmi rétegekre mérnek súlyos csapást, hanem már most látjuk, hogy az európai mezőgazdaságot, termelőket és a vállalkozói szektort is érzékenyen érintik. Az egész belső piacra negatív hatással vannak a közelmúlt történései. Ezért minden lehetséges megoldást ki kell használnunk, hogy az Európai Unió teljesítse a REPowerEU tervében megfogalmazottakat, és év végéig egyharmadára csökkentse az energiakitettséget Oroszországtól, miközben az energiaárak miatti elszegényedést is megakadályozza. Ebben kulcsfontosságú szerepet játszik az energiaforrások intenzívebb diverzifikálása. Atomenergiára továbbra is szükség lesz, de ezzel párhuzamosan fel kell gyorsítani az EU-ban termelhető zöldenergiákra való átállást. Innovatív, új zöldtechnológiák fejlesztésére és a megújuló energiaforrások hatékonyabb kihasználására lesz szükség ahhoz, hogy kellőképpen fedezni tudjuk energiaszükségleteinket és eközben tartani tudjuk az éghajlatváltozás elleni küzdelem terén tett célkitűzéseinket. Zárásul kiemelném az energiaadó csökkentését, mint szükséges lépést a tagállamok részéről, amely elengedhetetlen a mindenki számára megfizethető energia biztosítása érdekében.

Marco Zanni (ID), *per iscritto*. – Ancora una volta l'Unione europea ha fissato degli obiettivi senza interrogarsi realmente sulla loro fattibilità o sulle conseguenze che potrebbero avere: la Commissione, infatti, esige l'indipendenza energetica in tempi brevissimi per arginare un problema noto da tempo ma fino ad ora ignorato.

L'eliminazione dei 2/3 delle importazioni di gas russo rappresenta senza dubbio una scelta geopolitica e strategica estremamente importante, ma non dobbiamo illuderci che sia priva di rischi. Ulteriori aumenti dei costi dell'energia o il razionamento energetico avrebbero un impatto devastante sulla nostra economia, già indebolita dagli anni di pandemia.

Vorrei inoltre sottolineare le criticità legate alla volontà della Commissione di sostituire il gas russo con GNL d'importazione. La maggior parte dei produttori mondiali, infatti, ha già contratti a lungo termine con altri acquirenti, fattore che rende non poco problematica la negoziazione di nuovi accordi. In secondo luogo, la capacità di rigassificazione dell'UE è già al massimo, e la realizzazione di nuovi impianti richiede tempi lunghi, incompatibili con gli obiettivi della Commissione.

Concludo ribadendo che il rischio più grande è di far pagare ai cittadini e alle imprese le conseguenze di anni di politiche energetiche sbagliate, caratterizzate da compromessi e manie verdi.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Depois do avanço constituído pela resposta articulada e solidária da União Europeia à pandemia, a resposta aos impactos das ações para apoiar a Ucrânia e a garantia de acesso pelos consumidores europeus a uma energia sustentável, acessível e segura deve ser conseguida seguindo também uma linha de ação coordenada, justa e solidária.

A comunicação da Comissão REPowerEU abre linhas de ação de apoio de emergência às famílias e às empresas, de regulação e ação conjunta no mercado e de reestruturação estratégica do mercado da energia, designadamente através da aposta acrescida nas energias renováveis e nas interligações. Saúdo as medidas tomadas pelo Conselho para responder de forma imediata à crise, designadamente a compra conjunta no mercado de gás, GNL e hidrogénio e a autorização excecional de apoio às empresas mais vulneráveis.

Apelo a que a proposta de alguns Estados-membros, incluindo Portugal, de fixação de um preço máximo para o gás com impacto nos mecanismos de formação de preços, em particular da eletricidade e de redução excecional do IVA possa ser debatida e adotada. Sublinho finalmente a necessidade de um mecanismo excecional de aprovação e financiamento das novas interligações necessárias para assegurar a diversidade de abastecimento e a fluidez do mercado interno.

3. Aktuelle Informationen der Kommission und des Rates über den Stand der Modernisierung des Vertrags über die Energiecharta (Aussprache)

Predseda júci. – Dalším bodom programu je rozprava o týchto bodoch:

— otázka na ústne zodpovedanie pre Radu o súčasnom stave modernizácie Zmluvy o energetickej Charte [2022/2510(RSP)], ktorú predkladá Bernd Lange v mene výboru pre medzinárodný obchod (O-000009/2022 – B9-0009/22), a

— otázka na ústne zodpovedanie pre Komisiu o súčasnom stave modernizácie Zmluvy o energetickej Charte [2022/2510(RSP)], ktorú predkladá Bernd Lange v mene výboru pre medzinárodný obchod (O-000008/2022 – B9-0008/22).

Bernd Lange, Verfasser. – Herr Präsident, Herr Vizepräsident, Herr Kommissar, Herr Minister! Die Frage des Energiecharta-Vertrags ist natürlich unmittelbar verknüpft mit der Debatte, die wir gerade geführt haben. 1994 haben wir innerhalb der Europäischen Union mit anderen Ländern versucht, einen stabilen Rahmen für die Energieversorgung zu kreieren – nebenbei mit dem Versuch, Russland zu integrieren, als einen wichtigen Lieferanten für fossile Energiequellen. Und die Wichtigkeit dieses Versuches hat sich ja noch mal in den letzten Wochen deutlich gezeigt: Mit der russischen Aggression auf die Ukraine ist die Frage der Energiesicherheit in der Europäischen Union aufs Tableau gekommen.

Und da muss man natürlich jetzt die Frage stellen: Ist dieser Vertrag von 1994 — nebenbei: den Russland ja schon 2009 verlassen hat – noch zukunftsgerecht, oder ist er ein Klotz am Bein, ein *millstone on our neck*? Ich glaube, da gibt es drei ganz zentrale Fragen, die uns der Beantwortung dieser Frage – zukunftsgerecht oder Klotz am Bein – ein bisschen näherbringen:

Zum einen ist in dem Vertrag von 1994 die Fokussierung auf fossile Energieträger festgeschrieben – auf die Energieträger, auf die Investitionen und auf die Technologie in fossile Energieträger. Kann man vielleicht noch ein bisschen verstehen: 1994, da gab es noch keinen Green Deal, noch keine Verpflichtung, dass wir 2027 aus dem russischen Gas ausgestiegen sind – alles das gab es noch nicht.

Deswegen ist die Fokussierung vielleicht verständlich, wenn auch noch nicht unbedingt nachvollziehbar, weil es natürlich auch 1994 schon erneuerbare Energien gegeben hat. Also, die eindeutige Fokussierung auf fossile Energiequellen kann heute nicht mehr zukunftsgerecht sein. Wir müssen die Verpflichtung des Pariser Klimaschutzabkommens auch in so einem Vertrag stärker gewährleistet sehen.

Der zweite Punkt ist: Wird durch diesen Vertrag eigentlich das, was wir wollen – mehr Investitionen in Erneuerbare – unterlaufen? Und da kann man eindeutig sagen: Ja, es gibt keine Verpflichtung für Nachhaltigkeitsziele bei den Investitionen. Und noch schlimmer: Es gibt Klagen von Investoren, zum Beispiel gegen die Schließung eines Kohlekraftwerks. Und wir wollen aus der Verstromung der Kohle heraus. Wie können wir einen Vertrag gutheißen, mit dem die Maßnahmen zur Reduzierung der Verstromung von Kohle unter Strafe gestellt werden? Ich glaube, das passt nicht mehr in die Zeit. Es ist auch ein bisschen die Frage, ob dieses *right to regulate* für mehr Nachhaltigkeit, für mehr Umweltschutz dabei in Frage gestellt wird.

Und das Dritte, was damit zusammenhängt, ist die Frage, ob diese Form des Investitionsschutzes, dieses alte ISDS-System, wo Investoren aufgrund entgangener Gewinnerwartungen gegen Staaten klagen können, überhaupt noch akzeptabel ist. Wir im Parlament haben gesagt: Nein, wir wollen ein neues System des Investitionsschutzes mit Verpflichtungen für Investoren und einer deutlich restriktiveren Anwendung – ein öffentliches Gericht, das *Investment Court System*, haben wir eingeführt. Das findet sich da nicht. Wir haben inzwischen 88 Fälle, wo Investoren aus EU-Staaten gegen EU-Staaten klagen – die bilateralen Klagen nehmen also zu. Und auch da sagt ja der Europäische Gerichtshof: Das passt nicht mehr in die Zeit, das ist illegal.

Wenn man diese drei Systeme sich anguckt und sieht, dass seit 2017 ein bisschen Reformdiskussion da ist, aber bisher noch keine endgültigen Ergebnisse auf dem Tisch liegen, kann aus meiner persönlichen Sicht nur eine Konsequenz sein: dass wir den Energiecharta-Vertrag verlassen und sagen, wir wollen Energieversorgung nachhaltig gestalten und nicht unter dem Damoklesschwert einer einstimmigen Entscheidung der Vertragspartner der Energiecharta-Vertragsgemeinschaft stehen. Das wird nicht passieren, dass alle 54 Mitglieder sagen: Wir wollen jetzt nur noch grüne Energien fördern, und wir wollen den Investitionsschutz über Bord schmeißen.

Deswegen: Wo stehen wir heute? Wie sieht es mit den Reformbestrebungen aus? Kriegen wir Zugang zu allen Dokumenten? Kann man den Ausstieg planen, ohne dass es lange Nachwirkungen hat? Kann man den Vertrag so modernisieren, dass es keine 20-jährige Nachlaufzeit gibt? Ich glaube, wir brauchen heutzutage keinen Klotz mehr am Bein für unsere Energiepolitik.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président de la Commission européenne, Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les Députés, je veux d'abord vous remercier d'avoir mis à l'ordre du jour ce sujet, sur lequel – et j'y reviendrai – j'avais eu l'occasion, avant la présidence française du Conseil de l'Union européenne, de m'engager et de m'exprimer, en qualité de ministre des affaires européennes, avec mes collègues chargés de l'économie et de l'énergie en France.

Vous l'avez rappelé très clairement: les dispositions de la charte de l'énergie sur la protection des investissements dans le secteur énergétique ne correspondent plus du tout aux défis d'aujourd'hui. Les priorités de ce processus de modernisation que vous avez rappelées concernent précisément l'adaptation de la charte aux questions du changement climatique, de la décarbonation de l'économie, de la promotion des droits de l'homme et des normes internationales du travail; cet enjeu de responsabilité sociale et environnementale est aussi essentiel.

Comme vous le savez, la réponse principale que l'Union européenne, collectivement, a apportée à la crise énergétique actuelle, c'est d'investir dans les énergies renouvelables, d'où cette position de l'Union de vouloir supprimer la protection fournie par cette charte aux investissements dans les combustibles fossiles. Ce processus de modernisation a maintenant débuté il y a presque trois ans, en 2019. L'objectif qui reste fixé est d'adopter un nouveau texte, avec les adaptations indispensables, au mois de juin de cette année.

Vous me demandez où nous en sommes; je rappelle quelques éléments de ce processus. Onze cycles de négociations au total ont déjà eu lieu à ce jour. La dernière réunion du groupe sur la modernisation de la charte s'est déroulée début mars, il y a quelques jours, du 1^{er} au 4. Ces négociations se sont penchées sur de nombreux sujets, tels que la définition des investissements ou de l'activité économique dans le secteur de l'énergie, ou encore, justement, la responsabilité sociale des entreprises.

Je veux très brièvement aborder, ce matin, la définition de l'activité économique du secteur de l'énergie. La position de l'Union européenne, je viens de le rappeler, est d'exclure la protection des investissements futurs dans les combustibles fossiles; cela est très clair. À cet égard, les délégations poursuivent leurs discussions sur la dernière proposition du secrétariat, à savoir mettre en œuvre ce principe de suppression progressive de la protection des investissements dans ce domaine. Cela est dû au fait que chaque partie contractante a des objectifs climatiques et des boucles énergétiques différents – c'est là toute la difficulté de ces discussions.

Au cours des deux prochains cycles qui sont déjà prévus, au mois d'avril et au mois de mai, nous aurons l'occasion d'approfondir ces aspects et – je le dis très clairement – d'évaluer si ce processus peut ou non aboutir, au vu de nos objectifs et de leurs ambitions. Nous verrons alors si ce compromis est réaliste ou non. Il y aura, si un compromis peut être trouvé et s'il correspond à nos ambitions, une réunion extraordinaire de la conférence sur la charte au mois de juin, pour, le cas échéant, confirmer l'accord atteint. Je suis très clair: si les résultats des négociations relatives à la charte ne sont pas satisfaisants pour l'Union européenne, nous devrons reprendre d'autres options que nous avions mises sur la table, y compris un retrait de ce traité sur la charte de l'énergie, qui devrait être coordonné – ce serait évidemment la meilleure option.

J'y reviens, cher Monsieur le Député: j'avais eu l'occasion, non pas en tant que président en exercice, mais en tant que ministre français, avec mes collègues chargés de l'économie et de l'énergie et avec le soutien, d'ailleurs, de quelques États membres, d'écrire un courrier public pour dire précisément que, si l'objectif de modernisation ne pouvait être atteint, nous devrions envisager rapidement la fin de cette charte et la sortie des pays de l'Union européenne.

Je veux souligner que la question de la guerre en Ukraine a aussi été abordée pendant la dernière réunion. Nous ne pouvons évidemment pas ignorer le contexte dramatique dans lequel nous sommes, y compris sur le plan énergétique – nous venons de l'évoquer dans l'hémicycle. Plusieurs parties contractantes, dont l'Union européenne, mais aussi le Japon, le Royaume-Uni et la Suisse, ont collectivement et très fermement condamné l'agression militaire injustifiée de la Russie contre l'Ukraine, qui est partie contractante à la charte de l'énergie.

Le Conseil et la Commission restent enfin régulièrement en contact vis-à-vis de tous les aspects de ces négociations, auxquelles le Parlement européen doit être associé, conformément à l'article 218 de notre traité. Le Conseil avait informé le Parlement en 2019 de cette décision d'ouverture du processus de négociation. Au début de chaque présidence tournante du Conseil, une intervention ministérielle auprès des commissions parlementaires est organisée, et le Conseil reste évidemment à la disposition du Parlement, ouvert à toute transparence et à toute coopération.

Dans le cadre de cet article, je me tiens personnellement à votre disposition pour un point régulier sur les prochains cycles de négociation aux côtés de la Commission européenne.

Valdis Dombrovskis, *Executive Vice-President of the Commission*. – Mr President, honourable Members, with the modernisation of the Energy Charter Treaty, the Commission pursues two main objectives. First, to reform the investment-protection and dispute-settlement rules in order to ensure that the goal of protecting and encouraging investments does not affect the ability of the EU and its Member States to pursue public policy objectives. And second, to make sure that the Energy Charter Treaty is in line with the EU's sustainable development objectives, namely environmental protection, labour rights, climate change and energy transition.

The contracting parties of the Energy Charter Treaty have agreed to organise an ad hoc charter conference in mid-June with a view to agreeing on a broad package of amendments to the Energy Charter Treaty. Before that conference, the Commission and the Member States will take stock of the negotiations and assess if the EU's objectives have been met.

On your specific questions, the current energy crisis does not change the EU's position in these negotiations. The need to bring the Energy Charter Treaty into line with our climate and sustainable development objectives is stronger than ever. As always, we keep the European Parliament informed beyond the regular feedback on the modernisation of the Energy Charter Treaty in the INTA and ITRE committees. The Commission also informs in detail the members of the INTA monitoring group after each round of negotiations.

As regards the definition of economic activity, the contracting parties objected to the original proposal by the EU to remove the protection for fossil fuels investments from the agreement. However, a more flexible approach – of carrying out fossil fuel investments in line with the Paris Agreement and the enshrined principle of collective but differentiated responsibilities and capabilities – has now been accepted by all contracting parties, including the EU. The contracting parties are currently working on the modalities of this carve-out, as the EU has proposed a carve-out of the protection for fossil fuel investments for the EU territory. Other contracting parties may propose a carve-out for their territories as well.

As regards investor-state dispute settlement, the Commission is in the process of improving the ECT provisions by pushing for full transparency, disclosure of third-party funding, introducing reform provisions on evaluation of damages, and prevention of frivolous claims. The Commission has not proposed negotiating a truly lateral investment court system within the Energy Charter Treaty context, since the EU aims to create a multilateral investment court at United Nations level. Once a multilateral investment court is established, it will be also applied to the Energy Charter Treaty by the EU, the Member States and those third parties that agree to it.

If the EU cannot achieve its objectives, we will have to consider other options, including withdrawal from the Energy Charter Treaty. However, the EU and its Member States will subsequently be bound by the sunset clause of the Energy Charter Treaty. It means remaining bound as regards existing investments for another 20 years by an unmodernised Energy Charter Treaty. So we need to evaluate our options carefully.

Danuta Maria Hübner, *on behalf of the PPE Group*. – Mr President, with energy prices that were already on the rise before the war and now with the illegal, tragic and insane invasion of Ukraine by Russia, and taking into account the impact of sanctions, the modernisation of the Energy Charter Treaty (ECT) is happening under a different light and with regained momentum.

We have to bear in mind that key provisions of the Treaty have remained unchanged since the 1990s. It is also today the most litigated investment agreement in the world. Provisions are not up to par with modern standards, especially those on the protection of investments. So I support the efforts undertaken by the Commission to negotiate provisions that reflect the EU's reformed approach on investment protection and its firm intention to conclude the negotiations in June.

In the event that the negotiation is inconclusive, I would like to strongly encourage the Commission to consider and prepare the option of a coordinated exit from the ECT that would take into account our current geopolitical context, mitigate the effect of the 20 year sunset clause and alleviate, to the extent possible, the negative impact on the security of our energy supply.

Inma Rodríguez-Piñero, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor presidente, señor vicepresidente, señor comisario Dombrovskis, el Tratado sobre la Carta de la Energía, tal como lo conocemos actualmente, es absolutamente inasumible para mi grupo, para la Unión Europea y, desde luego, para la sostenibilidad de nuestro planeta.

Quiero trasladar mi preocupación por la posición de aquellas Partes contratantes del Tratado que no comparten las ambiciones de la Unión Europea en el ámbito de la mitigación del cambio climático, del desarrollo sostenible, de la transición ecológica, a pesar de ser también signatarias del Acuerdo de París.

Para poder apoyar la modernización del Tratado, la Comisión y el Consejo deben velar por el cumplimiento de una serie de condiciones. La lista de materiales energéticos protegidos tiene que excluir la mayoría de las inversiones en combustibles fósiles e incluir el hidrógeno verde. Tiene que quedar expresamente prohibido que los inversores en combustibles fósiles puedan demandar a las Partes contratantes por aplicar políticas públicas que suponen la eliminación progresiva de los combustibles fósiles, en consonancia con los compromisos adquiridos en el Acuerdo de París.

Además, es fundamental garantizar que la protección de las inversiones se concede únicamente a aquellos inversores en activos reales. Deben quedar excluidas las inversiones con objetivos exclusivamente financieros y, muchas veces -la mayoría- especulativos. Y tiene que quedar garantizada la capacidad de la Unión Europea para desarrollar políticas públicas coherentes con nuestro compromiso de convertirnos en la primera región del mundo climáticamente neutra en el 2050.

Si estas condiciones no se alcanzan en junio del 2022, la Comisión y los Estados miembros deben preparar la salida coordinada del mismo y debe realizarse previamente, y se lo pido, señor Dombrovskis, una evaluación del impacto que esta retirada va a tener. Debemos de estar preparados para esa situación.

Por otra parte, también le pido a la Comisión que haga valer la resolución del Tribunal de Justicia de la Unión Europea para que las disposiciones del ISDS en el Tratado de la Carta de la Energía no sean aplicables en caso de litigios intracomunitarios.

Marie-Pierre Vedrenne, *au nom du groupe Renew*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président exécutif, Monsieur le Ministre – cher Clément –, acceptons-nous un seul instant que Gazprom puisse attaquer des États membres pour la suspension du projet Nord Stream 2? C'est bien une réalité qui peut se produire avec l'actuel traité sur la Charte de l'énergie. Cohérence, pragmatisme et souveraineté doivent nous guider pour exclure les énergies fossiles du champ d'application du traité, pour abandonner l'ancien mécanisme de règlement des différends entre investisseurs et États, pour le remplacer par un système public plus juste, pour renforcer la protection du droit des États à réguler par eux-mêmes et pour travailler à une sortie coordonnée de l'Union européenne et des États membres afin de supprimer tous les effets dommageables de la clause d'extinction.

Cela a été dit: nous ne pouvons plus mener aujourd'hui les mêmes politiques commerciales et d'investissement qu'il y a dix ans. L'actuel traité sur la Charte de l'énergie n'est pas seulement inadapté, il est incompatible avec l'accord de Paris et la mise en œuvre de nos engagements tels que définis dans le pacte vert et dans la loi climat. À l'approche de la date fatidique de juin 2022, la réalité des négociations peut faire qu'aucun des États signataires du traité ne partage notre volonté d'adaptation.

La Cour de justice de l'Union européenne a rappelé à plusieurs reprises que ce traité dépassé ne devrait plus s'appliquer aux différends entre pays de l'Union européenne. Alors, il est temps de tirer les conclusions de l'échec de ces négociations et de sortir de ce traité.

Anna Cavazzini, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I think the absolute urgency of moving away from fossil fuels is finally visible to all. We realise how much we need the policy sphere, public money and strategic private investment to make the shift away from fossil fuels to renewable happen. Yet, the Energy Charter Treaty (ECT) is keeping us back, and I think we have a big, big unity on that in the European Union. And it's good. Millions and millions of euro in lost public money, the litigation, the threat of expensive cases, and the changes that did not happen because of said threats. The ECT is a danger for the Green Deal and the energy transition, and we need an urgent solution to this problem. Many colleagues mentioned this today. I applaud the Commission for trying to modernise the ECT, but I fear the modernisation is not delivering. It is too little. It is too late. The US is pushing for an ECT reform that is not compatible with the Paris Agreement and the possible landing zones that are identified by the negotiators are even significantly weaker. Fossil fuel protection will not end with this proposal. So I believe it is really time to free our governments from the really irrational, irresponsible shackles of the ECT. A coordinated exit is legally not very complex to organise. All it needs is political will. I urge you to exit this treaty, neutralise its sunset clause, and get on with the fastest shift away from fossil fuels that we can make happen.

Two questions to conclude, because I think they were not really answered in your introduction. Are you already preparing this exit? It is too late for us to notice in June that we don't have a modernised approach. Are you already coordinating and preparing the exit? And can we as Parliament have access to all the negotiation documents?

Anna Zalewska, *w imieniu grupy ECR*. – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzy! Panie Ministrze! Myślę, że mamy świadomość, że wojna zmieniła wszystko. Musi zmienić również Unię Europejską i politykę energetyczną – tak, aby zapewnić suwerenność energetyczną Unii Europejskiej. Tak ją zmienić, żeby szanować każde źródło, które jest dostępne w Unii Europejskiej, również kopalne. Trzeba otworzyć się na nowe technologie, światowe technologie, które wychwytyją dwutlenek węgla, pochłaniają dwutlenek węgla. Trzeba koncentrować wszystkie dokumenty wokół nowych modeli dywersyfikacji, magazynowania, wychwytywania, oszczędzania, jak również zapewniania niskich cen energii.

Dlatego trzeba na nowo przemyśleć ETS. To on jest źródłem przede wszystkim spekulacji. Pan komisarz być może ma jakieś sposoby nadzoru nad ETS-em. Z dokumentów wynika, że nikt nie ma nadzoru nad ETS-em. A chcemy, żeby był również ETS 2. To znaczy, żeby dotyczył podatku na paliwa do samochodów oraz paliwa do ogrzewania czy chłodzenia mieszkań. Naprawdę musimy wyciągać wnioski.

Emmanuel Maurel, *au nom du groupe The Left*. – Monsieur le Président, au moment où la guerre en Ukraine repose avec une acuité tragique la question de la souveraineté énergétique et de la dépendance aux hydrocarbures, parler d'un texte aussi archaïque et dépassé que le traité sur la Charte de l'énergie peut paraître un peu dérisoire.

Cela fait vingt ans que nous subissons ce texte qui confère aux multinationales des bénéfices insensés. Cela fait vingt ans que les décisions qui encouragent les énergies renouvelables et la modulation des tarifs de l'énergie, ou que celles qui remettent en cause des projets comme les gazoducs sont attaquées par les multinationales, qui bénéficient de centaines de millions, voire de milliards de dollars d'indemnités.

La Commission nous avait dit qu'elle pourrait modifier ce traité archaïque, qui va à l'encontre de l'accord de Paris, cela a été dit, mais qui a même été jugé par la Cour de justice, pour une fois, totalement dépassé et archaïque. Nous n'arriverons pas à le moderniser. La vérité, c'est qu'il faut en sortir, vite, et que le plus tôt sera le mieux, parce que, franchement, vu le contexte, nous avons autre chose à faire que d'en rester à ces textes d'un autre âge, qui, en plus, sont vraiment l'incarnation de l'Europe néolibérale telle qu'on ne la voulait pas et telle qu'on ne la veut plus.

Enikő Győri (NI). – Tisztelt Elnök úr, Alelnök úr, Miniszter úr! Tisztelt kollegák! Magyarország maga is élen jár a zöldítésben, ezért támogatjuk az energia karta egyezmény modernizációs tárgyalásait. Viszont arra kérem a Bizottságot, hogy a tárgyalások során kellő óvatossággal járjon el. A jelenlegi háború hatásai már most érződnek. Elszálló árak, veszélybe kerülő összeköttetések. Ilyen vészterhes időkben nem szabad elhamarkodott döntéseket hozni. Kérem a Bizottságot, alaposan mérlegelje a modernizációs tárgyalásoknak milyen közvetlen és közvetett hatása lehet az uniós energiaellátásra, magukra az ellátóláncokra és nem utolsósorban az uniós polgárok pénztárcájára.

A zöldítés mellett fontos szempontként kell megjelennie a megfizethetőségnek és az ellátásbiztonságnak. Az Unió csak olyan lépéseket szorgalmazhat, melyek egyetlen tagállamot sem hoznak aránytalanul hátrányos helyzetbe. Azt gondolom alelnök úr, hogy ez a legfontosabb. Örülök hogy a Bizottság belátta például, hogy a hatósági árazás és így a magyar rezsicsökkentés nem az ördögtől való. Nem szabad ugyanis, hogy a háború árát a polgárainkkal fizetessék meg. Forró háború idején még fontosabb, hogy hosszútávra és hideg fejjel gondolkozzunk.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, investment is essential to the implementation of the energy transition and meeting our climate ambitions, requiring a drastic increase in investment in renewables. Our economies have been scarred by Brexit, the pandemic and now the horrific war in Ukraine waged by a callous tyrant. But climate change remains the overarching, existential problem facing the entire planet and every living being on it.

The Energy Charter Treaty (ECT) aims to establish a level playing field for cross-border investment. However, it was signed in 1994. The world has changed since then and we are now entering a pivotal decade where we need real climate action. The ECT should be revised to prioritise low carbon investment over carbon intensive investment, not used as a means to curtail ambition at the expense of society. We have committed in law to climate neutrality by 2050. We should ensure all legal instruments and obligations are in line with this and this means dramatically updating the ECT.

Kathleen Van Brempt (S&D). – Voorzitter, velen hebben er uiteraard al naar verwezen: de wereld is fundamenteel veranderd. Vandaag is het nog eens pijnlijk duidelijk hoe slecht onze afhankelijkheid van fossiele brandstof is.

De focus ligt vandaag uiteraard op het Russische gas. Maar het zou een fundamentele fout zijn om de ene afhankelijkheid te veranderen in een andere afhankelijkheid van dezelfde fossiele brandstoffen. Want hoe dan ook, fossiele brandstoffen zijn én vervuilend en duur, én afkomstig van geopolitiek instabiele regio's, maar vooral ook uit autocratische of ronduit dictatoriale regio's.

Dat geldt dus ook voor het Energiehandvestverdrag. Dit verdrag dateert van 1994 en bleef in dertig jaar onveranderd, alsof er in de wereld niets veranderd is. Door het Energiehandvestverdrag kunnen fossielebrandstofbedrijven de klimaatpolitiek van overheden onderuithalen of miljarden boetes binnenhalen, en dit op kap van de belastingbetaler. Hoe cynisch kan het zijn?

De onderhandelingen om het Energiehandvestverdrag aan te pakken, slepen eigenlijk al vier jaar aan. Ik zie eerlijk gezegd geen enkele positieve uitkomst. Dus moeten we conclusies beginnen te trekken: als de modernisering van het Energiehandvestverdrag mislukt – en daar ziet het toch hoe langer hoe meer naar uit – heeft uitstellen geen zin meer. Meneer de commissaris, ik denk dat u een kamerbrede steun hebt om er dan uit te stappen. We moeten de bluts met de buil nemen, en we moeten dat uiteraard goed bestuderen. Maar we zullen toch een duidelijke conclusie moeten trekken. Ik denk dat we eigenlijk op dat moment zijn aangekomen.

Aurore Lalucq (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, chers collègues, je dois vous avouer que pour les gens qui, comme moi, demandent la sortie des fossiles et de notre dépendance au gaz depuis des années, le débat que nous avons depuis ce matin devrait me rendre heureuse, et, je ne vais pas vous mentir, il se dégage chez moi une certaine amertume, parce qu'il aura fallu une guerre pour que nous nous rendions compte des dégâts géopolitiques et environnementaux de notre dépendance. C'est bien triste.

Est-ce que, pour une fois, nous pourrions aujourd'hui anticiper en sortant de la charte de l'énergie – je crois que le message est assez clair? Pourquoi? Parce qu'on ne va tout simplement pas continuer à dédommager des investisseurs qui nous envoient droit dans le mur depuis des années et qui, en plus, se font de l'argent sur le dérèglement climatique. La question de la modernisation, à mon sens et à notre sens, va prendre beaucoup plus de temps que prévu, nous le savons depuis le début. Donc, s'il vous plaît, cette fois-ci, écoutez-nous: anticipons et préparons cette sortie ordonnée.

Łukasz Kohut (S&D). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Wolność nie jest tania, wolność kosztuje, także, a może zwłaszcza wolność energetyczna, ale pokój jest bezcenny. I kiedy mamy przeciwko sobie zbrodniarza wojennego Władymira Putina, który niczym ropucha siedzi na rurze z gazem, musimy być silni, zdecydowani i mówić jednym głosem.

Zjednoczona Europa powstała jako sojusz antywojenny, wspólnota węgla i stali. Historia na naszych oczach zatoczyła koło. I to jest dokładnie ten moment, w którym Unia Europejska musi pójść o krok dalej. Musi powstać wspólna unia energetyczna – esencja solidarności i wspierania się w tych trudnych czasach, aby zapobiec kolejnej wojnie światowej, ale także katastrofie klimatycznej. Zielona transformacja jest konieczna, bo uniezależnia od surowców kopalnych na naszych oczach, jednak do tego czasu wykorzystajmy nasze europejskie surowce. To jest właśnie europejska racja stanu. Koniec z importem węgla, ropy i gazu z Rosji. Odwagi Europo. Drugiej takiej szansy może już nie być.

Catch-the-eye procedure

Mick Wallace (The Left). – Mr President, the Energy Charter Treaty is a relic of a fossil-fuel past and beyond reform. The EU is probably wasting its time by engaging in a reform process that isn't going anywhere.

The reforms will not be coherent with the Paris Agreement targets and the European Green Deal, for three main reasons: it won't immediately end protection for all fossil fuel investments. At best, existing coal, gas and oil investments would continue to be protected well into the mid-2030s. Secondly, it won't end the old investor-state dispute-settlement system. This is not even part of the negotiations. And thirdly, it won't guarantee states' rights to regulate by introducing effective limits to investors' rights. Also, the proposals to include hydrogen and biomass in the list of energy technologies that are protected under the Treaty will only increase the risk of investor-state dispute-settlement challenges.

The Energy Charter Treaty cannot be modernised or fixed, and the EU should withdraw from the Treaty.

(Ukončenie vystúpení podľa postupu prihlásenia o slovo zdvihnutím ruky)

Valdis Dombrovskis, Executive Vice-President of the Commission. – Mr President, as I mentioned in my introductory remarks, by mid-June the Commission will take stock of the negotiations and will draw its conclusions.

To come back more specifically on some of the questions which have been raised, first on transparency. The Commission is strongly committed to ensuring trade policy is transparent and inclusive, in order to improve legitimacy and public trust. In this context, the Commission has published an initial proposal for the modernisation of the Energy Charter Treaty.

The Energy Charter Treaty has agreed to published after each round a common public communication. The communication after the first round presented the agenda and issues discussed. After the second round, on the instigation of the EU and some other contracting parties, the contracting parties helped publish the second document, which reflects the discussions of the second round even better, despite the initial wish of several contracting parties not to reveal this information.

The EU will continue to urge other contracting parties to improve the transparency of the ECT modernisation process. However, at the current stage, given the confidentiality of negotiations, as the contracting parties have decided, the Commission is not in a position to share all negotiating documents. Nevertheless, the Commission is sharing its own proposals, as I said, the initial proposal and the proposal for fossil fuel are covered, and we are informing Parliament regularly on the negotiations.

The second specific question which was raised concerns a sunset clause and what would be the options to reduce or neutralise the sunset clause? Indeed, theoretically speaking, there is a possibility that the contracting parties could enter into an *inter se* agreement to neutralise the sunset clause. Well, as regards this question, we have always been of the view that the ECT should not apply between the EU Member States in the first place and this has now been confirmed by several European Court of Justice judgments. Thus, an *inter se* agreement may indeed be needed but would bring little additional benefit.

Secondly there are probably very few contracting parties at this stage that are willing to enter into such an agreement with the EU and its Member States because they have nothing to gain unless they want to withdraw themselves. But again, there is no contracting party that is now hinting at that.

So the Commission remains of the opinion that the best outcome is to have a reformed Energy Charter Treaty in line with the EU's sustainable development and climate action objectives, rather than having an unreformed Energy Charter Treaty applying to the EU and Member States during the 20 years sunset period triggered by unilateral withdrawal.

Beyond the EU, a reformed Energy Charter Treaty will leverage a larger collective, positive impact by all contracting parties. This is very important considering that sustainable development and climate action are global challenges that the EU cannot tackle alone. But as I said also in my introductory remarks, if we cannot achieve these objectives, we will consider other options, including withdrawal from the Energy Charter Treaty. And of course, we will look in this case at all possible ways to mitigate the impact of an unreformed ECT and 20 years of a sunset clause.

Clément Beaune, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-Président, j'ai peu à ajouter aux commentaires que vient de faire M. Dombrovskis. Je veux simplement dire que nous devons utilement nous donner une chance pour les deux cycles de négociations qui sont encore devant nous et que j'ai évoqués, sur la deuxième quinzaine d'avril et au mois de mai. C'est à ce moment-là, dans quelques semaines donc, seulement, que nous pourrions faire l'évaluation réelle de ce processus de modernisation. Peut-il ou non aboutir de manière satisfaisante à la suppression de la protection des investissements dans les combustibles fossiles?

Je le redis, ce sera la position que nous porterons auprès des autres États membres: si cela n'était pas possible dans les prochaines semaines, nous devrions envisager des options de substitution. Il est préférable d'avoir une charte modernisée qui couvre d'autres pays et qui pourrait appliquer ses exigences adaptées à l'accord de Paris, à la transition écologique et à la fin des combustibles fossiles. Si ce résultat n'était pas possible, nous devrions en effet envisager le retrait coordonné des pays de l'Union européenne.

La coordination d'un éventuel retrait est aussi plus souhaitable qu'un processus qui serait limité à quelques États membres et désorganisé, car nous aurions évidemment à ce moment-là plus d'impact et la possibilité de réfléchir à d'autres outils. C'est la position que j'avais tenue pour la première fois au nom du gouvernement français, il y a quelques mois désormais, avec Barbara Pompili en particulier. Nous la défendrons au vu des résultats, des négociations et des cycles qui viennent en avril et en mai.

Predsedajúci. – Rozprava sa skončila.

(Rokovanie sa skončilo o 10.50 h.)

PRESIDENZA: ROBERTA METSOLA

President

4. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 11.01)

5. Namentliche Zusammensetzung der neuen Ausschüsse

President. – Good morning, everyone. Welcome to this start of a very long series of important debates. I'll start with a couple of announcements.

First of all, the political groups and the non-attached Members have notified me of appointments to the two new special committees, COVI and INGE 2, and to the PEGA Committee of Inquiry. The list of the members appointed to these new committees will be published on Parliament's website and annexed to the minutes.

6. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen

President. – The PPE Group has notified me of decisions relating to changes to appointments within committees. Those decisions will be set out in the minutes of today's sitting and shall take effect on the date of this announcement.

7. Flüchtlinge in Europa: CARE (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the request for urgent procedure on refugees in Europe: CARE (COM(2022)0109 – C9-0057/2022 – 2022/0075(COD)).

One month ago today, Putin ordered a criminal invasion into the sovereign and independent country of Ukraine. Millions have been forced to flee their homes in search of safety. Almost 6.5 million people are internally displaced in Ukraine and a further 3.5 million – 90% being women and children – have taken the long path away from their homeland into the unknown.

This is a humanitarian crisis at the heart of Europe. Our effective support will demonstrate the extent of our solidarity with all the brave Ukrainians fighting for their homeland but also for the values that underpin ours. As we said yesterday, we have to do all we can to help them, and that is why we enact today the first set of extraordinary measures to provide emergency support to people fleeing from war in Ukraine. The increasing number of people forced to abandon their homes and the neighbouring countries receiving them will urgently need more resources.

I am proud that the European Union has already done so much by welcoming millions of Ukrainians into our countries, homes and hearts. I want to commend all citizens of the European Union Member States that have responded with European cohesion to all those.

During the COVID pandemic we showed that the European Union can swiftly react and adjust to the demanding circumstances. And faced with war on our continent, we have to keep showing it also today.

On this debate, I would like to inform Members that it will be with one round of political group speakers. Also I would like to remind you that your speeches will continue to be made from the central lectern, except for catch-the-eye, blue cards and points of order. I also ask you kindly to keep an eye on the speakers' list and to approach the lectern when your speaking time is imminent.

Андрей Новаков, *от името на групата PPE*. – Г-жо Председател, моята фамилия е Новаков. Аз съм етнически българин, от българско семейство, с български майка и баща. Уважаема г-жо Комисар, Вашата фамилия е Фереира, от португалско семейство, с португалски произход, с португалски корени. Това, което прави и двамата ни европейци, не е само флагът и само химнът. Това, което прави и двамата ни европейци, е европейската солидарност.

Защото този Съюз беше построен от отломките на Втората световна война. И въпреки това в неговата ДНК не са нито бомбите, нито снарядите, нито танковете. В неговата ДНК са мирът, просперитетът и търговията. Аз мисля, че тази агресия, тази война, която виждаме в Украйна, е шанс да покажем човешкото лице на Европейския съюз. Да възпитаме цяло едно поколение европейци, което ще брани Европейския съюз. И това ще бъде най-силната част от нашата армия. Защото това е най-силната черта на Европейския съюз: да помогнем на онези в нужда, на онези, които бягат за живота си.

И съм горд, че този Парламент прие с пълно мнозинство, без гласове „против“ и „въздържали се“, да използваме онези спящи пари на европейските фондове, за да подпомогнем народите и държавите, които приемат бягащи от войната украинци, 90 процента – майки с деца. Тук се сещам за мисълта на гениалния български политик и европейец Атанас Буров, който казва, че великите народи няма да паднат в жертва на дребнава психология, защото те са велики народи и тяхното мерило е велико. Горд съм, че с това гласуване направихме разликата и застанахме от правилната страна на историята, не паднахме жертва на дребнава психология, а минахме на страната на онези, които ще спечелят.

Rovana Plumb, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, I cannot believe that I have to stand up to address war and its atrocities on our continent. Never had I expected in my political life that we would have to deal with such a tragedy in our European House.

CARE is a very good title. To 'care for' means provide for us, to look after, to 'take care of' means look after, keep safe. That's what we need to do for our Ukrainian friends. All these elements came together in the Commission proposal for a regulation regarding 'Cohesion's Action for Refugees in Europe' of 8 March this year, in particular helping the Member States in the front line.

That the Commission moved swiftly, barely two weeks after the Russian invasion and that the Parliament is also moving very fast with an urgent procedure underpins this debate. Moreover, the instrument chosen, a draft regulation, is legally our strongest instrument, is binding in its entirety and directly applicable in all Member States. The possibility of 100% co-financing to respond to this ugly war and the usage of payment appropriations from the 2014-2020 programming period and from REACT-EU is the right way to approach matters.

However, depending on the magnitude of the humanitarian crisis and how the war evolves, we already have to see which financial means could be made available post-30 June this year.

What we need to do is that the uprooted Ukrainian friends find a place to stay, find work and find a school for their children. In order to become self-sufficient, language training should be encouraged, as well as child- and medical-care provided.

If the EU is a place with a heart, now is the time to show it. The CARE proposal puts us on the right track.

Susana Solís Pérez, *en nombre del Grupo Renew*. – Señora presidenta, volvemos a encontrarnos en unos momentos que definen la historia europea. La terrible invasión de Ucrania, con millones de mujeres y niños huyendo del país, nos obliga a reaccionar, a movernos rápido, y vuelve a poner a prueba nuestra solidaridad. Me alegra ver que Europa no va a defraudar. Enhorabuena, comisaria, porque si Europa quiere ser útil, tiene que ser flexible y, hoy, con la política de cohesión, lo estamos demostrando.

Esta iniciativa que aprobamos hoy, CARE, permitirá que las regiones europeas puedan financiar la totalidad de los gastos derivados de la crisis humanitaria. Hablamos de educación, de hospitales de campaña, de centros de acogida... En definitiva, hablamos de integración.

Pero esta iniciativa, tal y como está planteada hoy en día, no es suficiente. Primero, hacen falta más fondos para las regiones fronterizas. Solo a Polonia han llegado dos millones de refugiados. Segundo, hay que revisar los plazos que estamos dando a las regiones para poder justificar los gastos: ojalá no sea necesario, pero todo parece indicar que esta crisis va a seguir más allá del verano. Y, tercero, también debemos apoyar a los que más están sufriendo los daños colaterales de esta invasión. Ya lo estamos viendo: pymes y familias son incapaces de afrontar el imparable aumento del precio de los combustibles y de la energía. Una situación dramática que es un nuevo golpe al campo, a los transportistas y a la industria. Que los fondos lleguen a los negocios y a las familias será clave para que la sociedad aguante de pie la

acometida de la economía de guerra.

Los valientes ucranianos y los países que los acogen nos necesitan y estar junto a ellos será una prueba de solidaridad y fortaleza para toda la Unión Europea.

Caroline Roose, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, depuis le lancement de l'offensive russe sur l'Ukraine, le 24 février, plus de 3,5 millions de personnes ont fui le pays, et la grande majorité a cherché refuge dans l'Union européenne.

L'action de la directive sur la protection temporaire a été un geste qui honore et grandit l'Union européenne. C'est une mesure que le groupe des Verts/ALE avait requise par le passé pour d'autres crises et d'autres conflits, et nous nous réjouissons de voir qu'elle est aujourd'hui enfin appliquée. Cette décision a sans doute déjà sauvé des vies.

Accueillir toutes celles et ceux qui fuient les guerres et les bombardements fait partie de notre devoir d'humanité. Avec ce projet de règlement CARE, l'Union européenne va débloquer rapidement 10 milliards d'euros. Cet argent vient d'enveloppes du Fonds de cohésion et du Fonds d'aide pour les plus démunis qui n'avaient pas été utilisées pour la période 2014-2020. Ces sommes serviront à l'accueil de ces réfugiés, notamment dans les pays frontaliers de l'Ukraine, qui en comptent le plus grand nombre.

Nous devons collectivement garantir que tous les réfugiés pourront satisfaire leurs besoins de base: un logement pour dormir, de la nourriture en quantité suffisante, un accès aux soins de santé. Il est important que les nombreux enfants qui sont entrés dans l'Union européenne puissent aller à l'école. Tout cela, certes, a un coût, que le règlement CARE vise à couvrir. Il y a urgence: c'est pour cela que le groupe des Verts/ALE soutient l'adoption rapide de ce rapport et que nous n'avons pas déposé d'amendements.

L'adoption du règlement CARE doit toutefois nous amener à penser à des solutions de long terme pour garantir l'accueil des réfugiés, notamment si le conflit en Ukraine venait à perdurer, et, plus globalement, de l'ensemble des personnes qui fuient la guerre, qui fuient l'oppression et qui cherchent à trouver refuge dans notre Union, d'où qu'elles viennent.

Alessandro Panza, *a nome del gruppo ID*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, la grave crisi umanitaria che sta colpendo l'Europa in queste settimane è un evento sconvolgente. La guerra di Putin ha obbligato milioni di donne e bambini ucraini a fuggire dalla loro terra sotto il suono delle sirene antiaeree e delle bombe. Le immagini drammatiche che vediamo al confine con la Polonia ci devono far riflettere e agire prontamente. Chi scappa da una guerra vera deve essere aiutato subito e senza tentennamenti.

Ho dunque apprezzato la reattività e la tempestività e la concretezza con cui la Commissione ha preparato la proposta CARE. Ringrazio altresì il presidente e i coordinatori della commissione REGI con i quali, nonostante qualche incertezza iniziale, si è poi lavorato unitariamente e fruttuosamente. Per questo, come gruppo Identità e Democrazia, il nostro supporto sarà senza indugio.

Con riferimento all'azione di coesione per i rifugiati in Europa, ben vengano la flessibilità e la rapidità di questo nuovo strumento volto a sostenere e a soddisfare le prime necessità dei rifugiati ucraini. E ben venga la proroga per tutto il 2022 della possibilità di cofinanziamento da parte dell'Unione europea del 100 % per i finanziamenti della politica di coesione del periodo 2014-2020.

Questo contribuirà ad alleviare le pressioni di bilancio sugli Stati membri e sulle regioni, già duramente provati dall'impatto esteso della crisi pandemica. Dobbiamo però non dimenticare due aspetti importanti. Il primo è che si tratta di una riallocazione di risorse della precedente programmazione e quindi non ci saranno risorse aggiuntive. Il secondo è che non si dovrà in alcun modo allargare il perimetro di questo strumento.

In questo particolare quadro storico non abbiamo una sola emergenza, ma sussistono molteplici fattori di crisi che gravano sulle regioni e sulla politica di coesione. Penso all'esplosione dei costi dell'energia, all'approvvigionamento delle materie prime che stanno mettendo in difficoltà i cittadini e le imprese di molte regioni, come ad esempio le aree montane del mio paese. Ancora una volta, la politica di coesione ha dimostrato di essere lo strumento ideale per affrontare le emergenze. E forse questo dovrebbe anche farci riflettere su come man mano a volte politiche strategiche di lungo periodo. Ma non è questa la sede per discuterne.

Concludo, Presidente, con un doveroso e sincero ringraziamento ai governi locali e nazionali che fin da subito si sono adoperati per gestire questa emergenza e del quale mi aspetto il dovuto e rispettoso riconoscimento da parte di tutta quest'Aula.

Andželika Anna Możdżanowska, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Program CARE jest niezwykle ważny, pilny i potrzebny. Popieramy CARE, jednak dzisiejsza propozycja jest niewystarczająca. Dziś potrzebujemy pakietu zmian, który realnie wpłynie na możliwość szybkiej pomocy osobom uciekającym przed wojną. Rosja prowadzi okrutną wojnę przeciwko wolnej Ukrainie, przeciwko ludzkości. Pokonanie gospodarcze Rosji i pomoc obywatelom uciekającym przed tym barbarzyństwem, mieszkańcom Ukrainy, to jedno z największych wyzwań migracyjnych, przed którymi stoimy jako europejska wspólnota po II wojnie światowej.

Mój kraj – polski rząd i obywatele – od czterech tygodni, od pierwszego dnia wojny, stoi z otwartym sercem na pierwszej linii pomocy i wsparcia, finansując z własnych środków oraz zapewniając bezpieczeństwo, opiekę społeczną i socjalną dla ponad 2 mln uchodźców wojennych. Na dzień dzisiejszy w Polsce zakontraktowano już blisko 100 proc. alokacji na lata 2014-2020. Także środki na Europejski Fundusz Pomocy Najbardziej Potrzebującym oraz Fundusz Azylu, Migracji i Integracji w Polsce zostały już praktycznie rozdzielone i wykorzystane.

Polityka spójności, jak w przypadku reakcji na pandemię COVID-19, powinna być skutecznym i pilnym narzędziem reagowania na ten nadzwyczajny kryzys społeczny i gospodarczy. Wobec ogromu wyzwań społecznych i gospodarczych, przed którymi stanęliśmy w ciągu niecałego miesiąca, uważam za konieczne uruchomienie nowych i dodatkowych środków, które pozwolą na sprostanie nowym wyzwaniom przez kraje, które przyjęły uchodźców.

Wnioskujemy także o przedłużenie okresu kwalifikowalności dla perspektywy 2014-2020 o jeden rok oraz o zwiększenie możliwości stosowania mechanizmu elastyczności w programach z 10 do 20 procent, a także umożliwienie realizacji z Europejskiego Funduszu Społecznego wsparcia właściwego dla FEAD, pomocy żywnościowej i pomocy materialnej, oraz dla FAMI w zakresie pomocy uchodźcom, zastosowanie 100 proc. finansowania w odniesieniu do łącznego budżetu programu operacyjnego pomoc żywnościowa na lata 2022-2023.

Younous Omarjee, au nom du groupe The Left. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, mes chers collègues, nous voterons dans quelques instants, à une quasi-unanimité j'en suis certain, le premier paquet de mesures qui permettra de mobiliser le Fonds de cohésion en vue d'accueillir les réfugiés.

Je veux vous remercier personnellement, chère Commissaire Elisa Ferreira, pour cette proposition qui grandit la politique de cohésion. Ce sont déjà 3,5 millions de réfugiés ukrainiens qui se trouvent au sein de l'Union européenne: un nombre tout à fait colossal. Une fois de plus, la politique de cohésion se fait un honneur d'intervenir concrètement en réaction à une crise, comme nous l'avons fait dès lors que la crise de la COVID-19 est survenue. À présent, la politique de cohésion a le devoir de venir en aide aux réfugiés, aux ONG, aux villes, aux régions et aux États qui sont en première ligne face à ce grand bouleversement.

Mais nous savons déjà, Madame la Commissaire, que l'ampleur des besoins oblige maintenant à un second train de mesures et à des moyens supplémentaires. La cohésion répondra de nouveau présente, et je salue donc la proposition CARE +, adoptée hier par le collège des commissaires. Vous pouvez, Madame la Commissaire, compter sur la pleine mobilisation de la commission REGI pour son adoption – je le souhaite, mes chers collègues – dans les meilleurs délais.

Pour conclure, je souhaite vous dire que l'Europe est née par la solidarité et qu'elle est née pour la solidarité. Nous voyons bien combien, en ces temps troublés, en ces temps de guerre, en ces temps où nous espérons tous la paix, que seule la solidarité permettra de résister aux épreuves du moment et d'ouvrir de nouveaux chemins plus intégrés pour l'Europe.

Chiara Gemma (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, dall'inizio della guerra, in meno di un mese, un bambino ucraino su due ha lasciato la propria casa ed è oggi sfollato. L'Unione europea è oggi, e forse lo sarà nei prossimi mesi, la loro unica casa, il luogo dove questi bambini possono vivere sicuri, al riparo delle bombe.

Abbiamo dunque una grande responsabilità perché tocca a noi salvare famiglie, anziani e bambini che muoiono di fame e di freddo nelle città assediate. Perché tocca a noi aiutare il popolo ucraino che sta difendendo la libertà e la democrazia dalla violenza assassina di Putin. Perché toccherà a noi aiutare a ricostruire Kiev e le altre città ucraine distrutte dalle bombe russe. Ogni fotogramma di questa guerra ferisce il nostro sguardo e annienta il nostro sentimento di umanità.

Ma noi dobbiamo essere diversi. Noi europei dobbiamo testimoniare l'importanza del senso di responsabilità del singolo sulla vita sociale, culturale e politica. «I care» diceva don Milani, per il quale era il faro di vita, unica luce nel buio della disumanità. L'Europa chieda, anzi pretenda dalla Russia l'apertura di veri corridoi umanitari, perché è dovere di tutti tenere i civili fuori da questo conflitto. Prima i rifugiati al sicuro e poi il cessate il fuoco e la pace. La strada della diplomazia è l'unica che possa scongiurare un'escalation di violenza dalle conseguenze inimmaginabili. Dobbiamo agire in fretta. Ce lo chiedono quei milioni di bambini che ci domandano: «perché?».

Elisa Ferreira, Member of the Commission. – Madam President, yet again, the European Parliament acts quickly and resolutely, and it is urgent because many millions of people, women and children are fleeing death and destruction, seeking shelter in Europe from the unprovoked and unjustified war that Putin launched on Ukraine exactly one month ago today. Europe and its people have responded with compassion and solidarity. All citizens and all European Member States are engaged in the effort. They all deserve our full backing and support, especially those bordering Ukraine and acting as first responders in accommodating Ukrainian refugees.

Today we show that we care for these people and are yet again mobilising cohesion policy in a situation of unprecedented emergency. The CARE initiative offers flexibility to Member States to use cohesion funds to accommodate refugees, enable their access to education, to employment, to healthcare and, in particular, to childcare.

The response by all Europeans is heartwarming and inspiring. We have left no stone unturned to maximise the support to Member States offering shelter on European soil. Yesterday we proposed a 3.4 billion cash injection under REACT-EU to further alleviate pressure on national budgets, especially in those Member States most exposed to the refugee crisis. With your precious support, this money should reach those most in need without delay.

In these dark hours, there are some rays of light: the bravery of the Ukrainians resisting the aggression, the courage of the Russians protesting against this illegal war, and the solidarity of anonymous Europeans welcoming those fleeing the conflict. Our political duty, our moral obligation, is, in fact, to continue to stand by them all.

President. – The debate is closed. The vote will be held in a few minutes.

Written statements (Rule 171)

Andrus Ansip (Renew), kirjalikult. – Venemaa Föderatsiooni sissetung Ukrainasse 24. veebruaril 2022 tõi kaasa Ukraina põgenike massilise sissevoolu mitmesse liikmesriiki. Kõik Euroopa Liidu liikmesriigid on teinud maksimaalseid jõupingutusi põgenike vastuvõtmiseks. Põgenikekoormus jaotub riikide vahel väga ebahõltselt. Kõige enam on põgenikke peatumas Poolas. Põgenikud loodavad võimalikult kiiresti naasta Ukrainasse. Et see võimalik oleks, peaksid Euroopa Liidu liikmesriigid toetama Ukrainat, sealjuures saatma ka senisest märksa enam vajalikku relvastust. Ukraina peab selle sõja võitma, ainult siis on tagatud rahu Euroopas.

Joachim Stanisław Brudziński (ECR), *na piśmie*. – Agresja wojskowa Rosji na Ukrainę i trwający konflikt zbrojny zmieniły diametralnie sytuację w zakresie bezpieczeństwa w Europie. W wyniku tej agresji Unia Europejska, szczególnie zaś jej wschodnie regiony, stoją w obliczu ogromnego napływu osób. Polska otworzyła szeroko granice dla wszystkich, którzy przed tą wojną uciekają. Do tej pory tylko na terenie Polski szuka schronienia ponad 2,4 mln uciekających. Dlatego tak istotnym jest uregulowanie kwestii pomocy tym osobom.

Program CARE jest niezwykle ważny i potrzebny. Jego zapisy powinny jednak umożliwić jeszcze szybsze udzielanie pomocy potrzebującym. Uciekających przybywa każdego dnia, zaś końca agresji rosyjskiej na Ukrainę niestety nie możemy dostrzec. Niestety, zadeklarowane dotychczas środki na pomoc uchodźcom są nieadekwatne w stosunku do realnych potrzeb. Inicjatywa CARE spełnia tylko w części postulaty wnoszone przez Polskę. Środki na Europejski Fundusz Pomocy Najbardziej Potrzebującym oraz Fundusz Azylu, Migracji i Integracji w Polsce zostały już praktycznie rozdzielone i wykorzystane. Musimy więc zrobić wszystko, by zapisy programu CARE pozwoliły szybko i realnie udzielić pomocy ofiarom tej wojny szukającym pomocy w krajach UE.

To też okazja, by zaapelować do całej wspólnoty UE: tylko wspólne i zdecydowane działania mogą odnieść skutek wobec rosyjskiego agresora. Musimy przeciwstawić się tej bezprecedensowej agresji i zbrodniom, które są jej konsekwencją!

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Da più di quattro settimane, a seguito dell'invasione russa dell'Ucraina, assistiamo, sgomenti, alla guerra che è tornata ad insanguinare il suolo europeo!

Sono ormai decine di migliaia le vittime e, secondo le autorità ucraine, sarebbero più di 112 i bambini ucraini che hanno perso la vita. Per sfuggire ai bombardamenti russi più di tre milioni di persone, principalmente donne e bambini, si sono rifugiate in Polonia, Romania, Moldavia e Ungheria. Questi Paesi, in particolare la Polonia, con encomiabile generosità, stanno facendo uno sforzo enorme per affrontare l'emergenza, ma non possono gestire una simile catastrofe umanitaria da soli.

Di fronte a tale tragedia, l'Unione ha reagito con prontezza, ma può e deve fare di più. Abbiamo il dovere morale, oltre che politico, di sostenere urgentemente questi paesi in prima linea. Bene quindi un'azione a favore dei rifugiati in Europa (CARE), volta ad introdurre norme nella politica di coesione 2014-2020 che permettano di mobilitare con flessibilità e rapidamente, tutti i fondi necessari come il Fondo europeo di sviluppo regionale (FERS) e il Fondo Sociale Europeo (FES).

L'Unione deve dotarsi di tutti gli strumenti possibili per lenire le indicibili sofferenze del popolo ucraino, ed in particolare dei bambini, vittime innocenti di questo folle conflitto.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Trăim o situație excepțională cauzată de războiul din Ucraina care reclamă măsuri urgente pentru a face față consecințelor generate de această criză. Acest lucru presupune un răspuns comun pentru gestionarea situației, inclusiv în ceea ce înseamnă alocarea resurselor europene, fie că vorbim de sprijinul umanitar sau de eforturile făcute de statele membre pentru refugiați.

În acest context, inițiativa Comisiei Europene de a modifica regulamentul privind politica de coeziune și cel privind programele pe zona de afaceri interne reprezintă un pas necesar și important pentru sprijinirea statelor membre, în special cele aflate la frontiera cu Ucraina, cum este și cazul României.

Consider că această flexibilizare trebuie să continue prin extinderea cu un an a prevederilor N+3 pentru programarea 2014-2020, posibilitatea de a optimiza Planurile de Redresare și Reziliență și suport suplimentar pentru implementarea proiectelor finanțate din bani europeni afectați de războiul din Ucraina. În loc să căutăm noi resurse, trebuie să ne asigurăm că toate statele membre pot să folosească fondurile europene deja alocate, luând în considerare provocările generate de actualul context.

Beata Mazurek (ECR), na piśmie. – Liderzy UE wezwali do jak najszybszego zatwierdzenia programu na rzecz uchodźców w Europie (CARE), dzięki któremu państwa członkowskie będą w stanie udzielać doraźnego wsparcia humanitarnego i finansowego osobom uciekającym przed wojną. Państwa członkowskie okazały solidarność z krajami graniczącymi z Ukrainą, w tym z Polską, w przyjmowaniu ukraińskich uchodźców wojennych.

Jako Polska uważamy, że zadeklarowane dotychczas środki na pomoc uchodźcom są nieadekwatne w stosunku do realnych potrzeb. Inicjatywa CARE spełnia tylko w części postulaty mojego kraju. Ważne jest, aby pozostałe państwa UE zwiększyły pomoc dla Ukrainy, która zmagając się z najeźdźcą, potrzebuje wsparcia politycznego, finansowego, humanitarnego oraz zaopatrzenia w środki niezbędne do obrony przez agresorem.

Z uwagi na ostrzał obiektów cywilnych, ataki na cywili w korytarzach humanitarnych, prowadzenie intensywnych działań wojennych w okolicach elektrowni jądrowych, Polska zaprezentowała wszechstronny pakiet środków restrykcyjnych. Chcemy, aby jak najszybciej został przyjęty. Potrzeba stanowczych i skutecznych działań, które będą dla Rosji na tyle dotkliwe, że zaprzestanie agresji na Ukrainę.

Bettina Vollath (S&D), schriftlich. – Gute Hilfe ist rasche Hilfe: das gilt auch für Finanzhilfen für Geflüchtete aus der Ukraine und jene, die Versorgung, Unterbringung und Bildung in Europa organisieren. Daher ist es ein sinnvoller Schritt, diese mit der heutigen Abstimmung frei zu geben, die Fonds rasch zu öffnen und die Mittel sofort zugänglich zu machen. Wir fordern aber natürlich eine volle Transparenz der Mittelvergabe und bewusste Informationskampagnen für alle, die Zugang zu den Förderungen hätten, damit sie auch davon erfahren. Die Unterstützung der Flüchtlinge aus der Ukraine ist eine gesamteuropäische Aufgabe, dafür braucht es europäische Mittel. Die Aktivierung der Richtlinie für temporären Schutz war der erste wichtige Schritt, nun Gelder zur Verfügung zu stellen, ist der wichtige zweite Schritt. Die EU-Kommission muss aber sicherstellen, dass das Geld tatsächlich für die Unterstützung von Geflüchteten verwendet wird und dafür sorgen, dass es bei den Kommunen, lokalen Organisationen und NGO ankommt. Das wäre der notwendige dritte Schritt. Denn: Europa hat jenen unter die Arme zu greifen, die Europa zu einem Europa der Solidarität machen.

(The sitting was suspended at 11.26)

8. Wiederaufnahme der Sitzung

(The sitting resumed at 11.34)

9. Abstimmungsstunde

President. – Colleagues I would like to welcome you to our voting session. I think we can all say we are pleased to be back in the Chamber after almost two years of hybrid meetings and remote voting. We will be taking important decisions today, on this important day for Europe, and your presence in this regard is crucial.

We will now proceed with the vote.

(For the results and other details on the vote: see Minutes)

9.1. Flüchtlinge in Europa: CARE (C9-0057/2022) (Abstimmung)

9.2. Mehr Flexibilität bei der Verwendung der Mittel gemäß den AMIF-Verordnungen angesichts des Krieges in der Ukraine (C9-0056/2022) (Abstimmung)

- 9.3. Statusvereinbarung zwischen der EU und der Republik Moldau über von Frontex durchgeführte operative Tätigkeiten (C9-0120/2022) (Abstimmung)**
- 9.4. Tagungskalender des Europäischen Parlaments – 2023 (Abstimmung)**
- 9.5. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Włodzimierz Cimoszewicz (A9-0057/2022 - Gilles Lebreton) (Abstimmung)**
- 9.6. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Ioannis Lagos (A9-0055/2022 - Angel Dzhambazki) (Abstimmung)**
- 9.7. Pilotregelung für auf der Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen (A9-0240/2021 - Johan Van Overtveldt) (Abstimmung)**
- 9.8. Roamingverordnung (Neufassung) (A9-0286/2021 - Angelika Winzig) (Abstimmung)**
- 9.9. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (A9-0043/2022 - Markéta Gregorová) (Abstimmung)**
- 9.10. EDV-System für den grenzüberschreitenden elektronischen Datenaustausch im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen (e-CODEX) (A9-0288/2021 - Emil Radev, Nuno Melo) (Abstimmung)**
- 9.11. Automatisierter Austausch von DNA-Daten mit Italien (A9-0046/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)**
- 9.12. Automatisierter Austausch daktyloskopischer Daten in Italien (A9-0050/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)**
- 9.13. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten in Italien (A9-0047/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)**
- 9.14. Automatisierter Austausch von Fahrzeugregisterdaten mit Griechenland (A9-0049/2022 - Juan Fernando López Aguilar) (Abstimmung)**

- 9.15. Abkommen EU/Brasilien über die Befreiung der Inhaber gewöhnlicher Reisepässe von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten (A9-0029/2022 - Paulo Rangel) (Abstimmung)**
- 9.16. Abkommen EU/Brasilien über die Befreiung der Inhaber von Diplomatenpässen, Dienstpässen oder sonstigen amtlichen Pässen von der Visumpflicht bei kurzfristigen Aufenthalten (A9-0030/2022 - Paulo Rangel) (Abstimmung)**
- 9.17. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2021/007 FR/Selecta – Frankreich (A9-0048/2022 - Eider Gardiazabal Rubial) (Abstimmung)**
- 9.18. Einwand gemäß Artikel 112 Absätze 2 und 3 und Absatz 4 Buchstabe c GO: Höchstgehalte an Rückständen von Flutianil (B9-0168/2022) (Abstimmung)**
- 9.19. Das Erfordernis eines vordringlichen Aktionsplans der EU zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit inner- und außerhalb der EU in Anbetracht des russischen Einmarschs in die Ukraine (RC-B9-0160/2022, B9-0160/2022, B9-0162/2022, B9-0163/2022, B9-0164/2022, B9-0165/2022, B9-0166/2022, B9-0167/2022) (Abstimmung)**
- 9.20. MFR 2021-2027: Bekämpfung von oligarchischen Strukturen, Schutz der EU-Mittel vor Betrug und Interessenkonflikten (A9-0039/2022 - Petri Sarvamaa) (Abstimmung)**

— *Before the vote:*

Monika Hohlmeier (PPE). – Ich darf ganz kurz einen Text vorlesen. Es hat sich in Paragraf 28 ein Fehler eingeschlichen; aus diesem Grund wurde entschieden, dass der Originaltext des PIF-Berichts eingefügt wird und nicht eine Interpretation. Der Originaltext lautet:

„Points out that according to Annex I of the Annual Reports for the Protection of the EU's Financial Interests (PIF reports) for 2008 and 2019, Romania has, by active anti-fraud investigation, been able to discover and report by far most fraudulent irregularities recorded among EU Member States for the respective years;“

(Parliament agreed to put the oral amendment to the vote)

President. – That concludes the vote.

PREDSEDÁ: MICHAL ŠIMEČKA

podpredseda

10. Erklärungen zur Abstimmung

10.1. Flüchtlinge in Europa: CARE (C9-0057/2022)

Ústne vysvetlenia hlasovania

Ангел Джамбазки (ECR). – Господин Председател, гласувах в подкрепа на доклада за бежанците в Европа по една много проста причина. Изправени сме пред най-голямата хуманитарна криза в Европа от Втората световна война насам и всички държави са задължени да проявят солидарност и да подпомогнат семействата, които са принудени от руското нападение да бягат от Украйна. Така че този доклад е необходим.

Европейският парламент и Европейската комисия са длъжници на тези хора. Трябва да се вземат много по-адекватни и по-бързи мерки на ниво Европейска комисия и Европейски съюз, за да бъдат облекчени и старанието, и усилията на държавите членки, особено тези, които са по границата. Това са Румъния, Молдова, България в този случай. За да бъде оказана адекватна помощ, да бъдат настанени украинските бежанци и да им бъде дадена възможност да работят, да им бъде дадена възможност да се възползват от социалните и здравните системи. Затова подкрепих този доклад. Той е разумен.

10.2. Roamingverordnung (Neufassung) (A9-0286/2021 - Angelika Winzig)

Ústne vysvetlenia hlasovania

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Domnule președinte, un sistem de roaming unitar pentru toate statele membre ale Uniunii Europene s-a dovedit benefic pentru cetățenii europeni. Acum, când avem o foarte mare mobilitate a forței de muncă, este necesar ca aceștia să poată comunica fără bariere financiare cu cei de acasă.

Piața unică europeană trebuie să se manifeste în toate domeniile, inclusiv în telefonie, făcând mai ușoară comunicarea între operatorii economici, oriunde s-ar afla ei. Suntem toți cetățeni europeni și este firesc să ne bucurăm oriunde în Europa de contractele pe care le-am semnat în țara noastră.

Unul dintre plusurile aduse de actualizarea acestui regulament este soluționarea problemelor apărute în zonele de graniță. Pentru că acest regulament s-a dovedit a fi în beneficiul consumatorilor și aduce plusuri economiei europene per ansamblu, am ales să îi acord un vot pozitiv.

Clare Daly (The Left). – Mr President, I'd like to thank the rapporteur for her work on this file. It definitely strengthens consumer rights and I really welcome that. The ability to move around the EU without being landed with extortionate roaming fees is key to our mobility and our freedoms, and that is why I voted for the file.

But I think we have to step back and look at these international roaming fees – why are they so expensive? And it's because these telecommunication giants are left to exploit people whatever way they like.

And I welcome the comments by colleagues yesterday in recognising the efforts to waive those fees for Ukrainian refugees. I think we all welcome that. But it goes to show they have the ability to do it. They're making massive profits as it is, they can easily do that. And while I welcome it for Ukrainians, I really hope that they will do that for everybody living in Europe and indeed for other refugees and asylum seekers who are coming from desperate situations around the world who need to contact their relatives and loved ones in their home countries as well.

10.3. Makrofinanzhilfe für die Republik Moldau (A9-0043/2022 - Markéta Gregorová)

Ústne vysvetlenia hlasovania

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Domnule Președinte, am dat un vot pozitiv acestei rezoluții cu toată încrederea, pentru că locul Republicii Moldova este alături de Uniunea Europeană. Milioanele de cetățeni din Republica Moldova au arătat în anul 2020 că își doresc democrația, că vor reforme și împărtășesc valorile noastre europene. Odată cu alegerea noii conduceri, a noului guvern, mesajul tuturor moldovenilor a fost foarte clar: „Alegem Europa”.

Uniunea Europeană trebuie să ajungă să fie exact ceea ce spune numele ei: o uniune a tuturor europenilor, în care democrația, statul de drept și drepturile omului să fie pe primul loc. Pentru ca să ajungă la momentul în care să poată face parte din Uniunea Europeană, Republica Moldova are nevoie de sprijin, nu doar politic, ci și economic și financiar.

Sunt reforme dificile pe care trebuie să le facă această țară greu încercată de istoria ultimilor ani. Este o luptă pe care trebuie să o ducă încă pentru democratizarea fără drept de apel, fără cale de întoarcere. Republica Moldova însă are nevoie de noi și acum este cel mai bun moment să îi arătăm că suntem alături.

Clare Daly (The Left). – Mr President, I voted against this motion. I heard a lot of colleagues talking about support for our friends in Moldova, they are part of the European family. Well, I don't know what way you treat your friends and family, but in Ireland we wouldn't be shackling them with a giant loan, with extortionate terms and conditions in that – we'd be giving them grants, we'd be giving them donations. But that's not what this motion is. This is shackling Moldova to crippling neoliberal conditionalities which will impoverish them, which will open up their economy to exploitation, privatisation and undermining of their living conditions.

It's somewhat similar to what we've done with Ukraine, where they forced the Ukrainian state to remove protections such as the sale of state land and so on, in return for a few paltry visa waivers and the like, so we can benefit from the exploitation of Ukrainian seasonal labour, or now Moldovan seasonal labour. It's a con job. We voted against it. We should be genuinely supporting our neighbours, not undermining them for neoliberal capitalism.

Mick Wallace (The Left). – Mr President, there are few case studies like Eastern Europe that give lie to the myth that capitalism creates a general prosperity. The former Soviet republics have been carved up through IMF shock therapy, neoliberal economic reforms and an endless series of privatisation scandals ever since 1990, robbing state coffers of the funds needed to address the plight of their people and giving rise to instability and wars. But the wars have been a gift for Western centres of financial capitalism. From the Bosnian war, to Kosovo, to Ukraine, reconstruction loans lock these countries into impossible debt traps and further crushing reforms see state assets end up in fire sales to Western vultures.

Moldova and Ukraine are two of the poorest countries on the continent, but to paraphrase Michael Parenti, they are rich, they are not underdeveloped – they are overexploited. The historical record shows that we care about these countries insofar as the IMF, the World Bank and the European Bank for Reconstruction and Development can carve them up, profit off them and leave them for dead. I voted against.

Eugen Tomac (PPE). – Domnule Președinte, am votat pentru această decizie extrem de importantă. Sunt unul dintre cei 558 de colegi care au votat pentru. Regret că există 20 de europarlamentari care nu înțeleg ce înseamnă Republica Moldova.

Din cele 150 de milioane, 30 de milioane de euro sunt fonduri nerambursabile, iar restul credite extrem de avantajoase pentru un stat care este ținut în captivitate de trei decenii de Federația Rusă, care are prezentă trupe militare ilegale pe teritoriul Republicii Moldova.

Iar astăzi peste 370 000 de cetățeni ai Ucrainei au ales drept țară de refugiu Republica Moldova și cred că este extrem de important acest suport într-un moment extrem de greu, când Republica Moldova este la fel de puternic amenințată de către Federația Rusă, deci am votat pentru.

Ангел Джамбазки (ECR). – (...) Гласувах за този доклад, защото Молдова определено има нужда от помощ в този момент, когато на нейната граница и на територията на тази немного голяма държава навлизат стотици, десетки хиляди бежанци от Украйна. Нека ви напомня, че на територията на Молдова има окупирана територия от руски войски, така наречената „фалшива Република Приднестровие“, която също представлява определена заплаха за самата държава Молдова и за мира в региона.

Но гласувайки за този доклад, искам да обърна вниманието и на Вас, и на всички колеги, г-н Председател, че трябва да бъде обърнато внимание на молдовските власти как да се отнасят към хуманитарната помощ, която отива към Украйна. Тази събота и неделя аз лично се убедих, организирайки конвой от бусове с хуманитарна помощ, които пътуваха от България през Румъния и през Молдова за Украйна, в опита на молдовските митничари, гранични служители, да създадат известни затруднения, когато превозвахме храната и медицинските помощи през Молдова за Украйна. Така че, моля, обърнете внимание. Тази помощ трябва да минава много по-лесно.

10.4. Das Erfordernis eines vordringlichen Aktionsplans der EU zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit inner- und außerhalb der EU in Anbetracht des russischen Einmarschs in die Ukraine (RC-B9-0160/2022, B9-0160/2022, B9-0162/2022, B9-0163/2022, B9-0164/2022, B9-0165/2022, B9-0166/2022, B9-0167/2022)

Ústne vysvetlenia hlasovania

Clare Daly (The Left). – Mr President, I have to say, this is an absolutely diabolical motion. What could have been an attempt for us to reorganise our agriculture in order to deliver food security has been turned into a retrograde step, literally decimating many of the commitments made in our environmental programmes before us. No recognition of the fact that a stable climate and healthy environment and abundant diversity are necessary for food security. We're actually undermining our own strategies in this motion. Not only that, there's no mention of the fact that the most efficient way to solve the current food shortages is by transitioning to a more plant-based diet. No mention of the need to stop environmentally unfriendly biofuels, and so on. Escalating the sanctions against Russia, which will only result in people in countries like Afghanistan starving even more than they already are now. We should be dealing with global cooperation, sustainable best practice and support for the Global South, rather than continuing the deplorable conditions that have operated.

Mick Wallace (The Left). – Mr President, there was a piece on the fertiliser crisis on the Jerry O'Sullivan Show on Radio Kerry in Ireland lately. After the show, a farmer contacted Jerry. He said, 'In Ireland, we've had four fertilizer or fodder crises in the last 12 years'. The farmer said that the intensification of farming, particularly of the dairy sector, was coming back to bite us. 'Farmers have been pushed', he said, 'to take four cuts of silage a year. It used to be two.' He said, 'We have doubled the amount of stock that the land in Ireland can safely take. Even if the war stops tomorrow,' he said, 'it doesn't matter. There will be another fodder crisis in a year or two because of the intensity of farming we are now engaged in. We no longer have dairy farms; we have dairy factories.' Now more than ever is the time to accelerate the transition to environmentally and socially sustainable farming practices.

Eugen Tomac (PPE). – Domnule Președinte, nu este un secret pentru nimeni că Putin, exact ca și predecesorul său Stalin, în mod intenționat și asumat, a declanșat acest război, știind că va produce consecințe nefaste inclusiv pentru poporul său. Lui Putin nu îi pasă de consecințele legate de ceea ce războiul produce deja cu privire la modul cum este afectată agricultura acestor două state.

Din acest punct de vedere, cred că este esențial să existe acest plan, pentru că războiul din Ucraina a afectat atât națiunea rusă, cât și cea ucraineană, dar produce consecințe în plan agroalimentar în întreaga lume, inclusiv în Europa și sancțiunile nu trebuie nicidecum relaxate. Avem nevoie de resurse, iar ele nu trebuie să fie o piedică în a-l opri pe Putin din acest război.

Ангел Джамбазки (ECR). – Господин Председател, гласувах „за“ този доклад. Категорично Европейският парламент и Европейският съюз трябва да обърнат внимание на възстановяването на производството на храна и на хранителните вериги в Европейския съюз. Една тема, която дълго време беше подценявана, за сметка на внос от трети страни. Една тема, която беше използвана през европейските субсидии, така че да се насочи в определени сектори, с което земеделието в редица европейски държави беше поразено или унищожено, в неговите сфери като овощарство, като отглеждане на зеленчуци, като отглеждане на дребни домашни животни и т. н. На това нещо трябва да бъде обърнато внимание сега, когато руското нашествие в Украйна застрашава доставките на жито, на зърно, на царевича не само за Европейския съюз, а за целия свят. Така че докладът е навременен и на тази тема трябва да бъде обърнато особено внимание. Затова гласувах „за“.

10.5. MFR 2021-2027: Bekämpfung von oligarchischen Strukturen, Schutz der EU-Mittel vor Betrug und Interessenkonflikten (A9-0039/2022 - Petri Sarvamaa)

Ústne vysvetlenia hlasovania

Vlad-Marius Botoș (Renew). – Herr Präsident! Ich habe diesen Antrag unterstützt, obwohl ich zugeben muss, dass ich den Namen meines Landes gerne nicht gesehen hätte. Aber wir müssen anerkennen, was die Fehler sind und was wir korrigieren müssen. Wir können uns nicht verstecken.

Es gibt viele Oligarchen, die europäische Gelder nutzen wollen, und wir fordern mit diesem Antrag die Europäische Kommission auf, Stellung zu beziehen und dafür zu sorgen, dass die europäischen Fonds zum Wohle der Bürger verwendet werden. Wir sind hier, um alle europäischen Bürgerinnen und Bürger zu vertreten, und nichts ist wichtiger, als sicherzustellen, dass europäische Fonds, die dem Zusammenhalt der Landwirtschaft und allen ausgewählten Projekten gewidmet sind, einen Mehrwert für die gesamte Europäische Union darstellen.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

12. Änderungen von Ausschussbefassungen (Artikel 56 GO): siehe Protokoll

13. Mittelübertragungen und Haushaltsbeschlüsse: siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Genehmigung der Protokolle der laufenden Tagung und Übermittlung der angenommenen Texte

Predsedajúci. – Zápisnica z rokovania bude predložená Parlamentu na schválenie na začiatku jeho nasledujúceho rokovania. Pokiaľ sa nevyhovie námietkam k uzneseniu prijatému na dnešnom rokovaní, budú ihneď postúpené osobám a orgánom, ktoré sú v nich uvedené.

16. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

17. Schluss der Sitzung

(Rokovanie sa skončilo o 12.39 h.)

18. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Predsedajúci. – Vyhlasujem zasadanie Európskeho parlamentu za prerušené.

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung
FISC	Unterausschuss für Steuerfragen

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
Renew	Fraktion Renew Europe
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
ID	Fraktion Identität und Demokratie
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
The Left	Fraktion Die Linke im Europäischen Parlament – GUE/NGL
NI	Fraktionslos



C/2024/5761

26.9.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.109026

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5761)

Datum der Annahme der Entscheidung	2.7.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.109026	
Mitgliedstaat	Bulgarien	
Region	Югозападен	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Restructuring aid for Bulgarian Posts EAD	
Rechtsgrundlage	Decision of the Minister of Transport and Communication for capital increase of the beneficiary (both decisions will be adopted after the approval of the Restructuring Plan by the Commission)	
Art der Beihilfe	Ad-hoc-Beihilfe	Bulgarian Posts Plc
Ziel	Umstrukturierung von Unternehmen in Schwierigkeiten, Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse (DAWI)	
Form der Beihilfe	Andere Formen der Kapitalintervention	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 51 160 000 BGN Jährliche Mittel: 51 160 000 BGN	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	ab 2.7.2024	
Wirtschaftssektoren	Post-, Kurier- und Expressdienste, Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern, Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry of Transport and Communications Republic of Bulgaria, Sofia, 9, Dyakon Ignatiy Str.	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/5762

26.9.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.115493

(C/2024/5762)

Datum der Annahme der Entscheidung	20.8.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.115493	
Mitgliedstaat	Slowenien	
Region	Vzhodna Slovenija, Zahodna Slovenija	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: Finančna pomoč zaradi težav v sektorju pšenice v letu 2023	
Rechtsgrundlage	predlog odloka o finančni pomoči zaradi težav v sektorju pšenice v letu 2023	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats	
Form der Beihilfe	Zuschuss	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 2 800 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	bis zum 25.10.2024	
Wirtschaftssektoren	Anbau von Getreide (ohne Reis), Hülsenfrüchten und Ölsaaten	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministrstvo za kmetijstvo, gozdarstvo in prehrano Dunajska cesta 22, 1000 Ljubljana	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind,
finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/5763

26.9.2024

**Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die
Arbeitsweise der Europäischen Union**

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.114693

(C/2024/5763)

Datum der Annahme der Entscheidung	12.8.2024	
Nummer der Beihilfe	SA.114693	
Mitgliedstaat	Italien	
Region	Calabria	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: Regional fund for the continuity and growth of agricultural enterprises - FinAgri Calabria	
Rechtsgrundlage	Atto di indirizzo per l'istituzione del „Fondo regionale per la continuità e la crescita delle imprese agricole - FinAgri Calabria“, da finanziarsi nell'ambito del Fondo sviluppo e coesione 2021-2027 di cui alla Delibera CIPESS n. 25/2023.	
Art der Beihilfe	Regelung	
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete	
Form der Beihilfe	Bürgschaft, Sonstige	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 25 000 000 EUR Jährliche Mittel: 25 000 000 EUR	
Beihilfehöchstintensität	80,0 %	
Laufzeit	bis zum 31.12.2024	
Wirtschaftssektoren	LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Dipartimento Agricoltura Risorse Agroalimentari - Regione Calabria Cittadella Regionale - Località Germaneto - Catanzaro	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2024/5767

26.9.2024

Gemeinsame Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission zu dem einzigen Instrument zur Datenauswertung und Risikobewertung gemäß Artikel 36 der Haushaltsordnung anlässlich des Erlasses der Verordnung (EU) 2024/2509

(C/2024/5767)

Das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission (im Folgenden als ‚die drei Organe‘ bezeichnet) erkennen an, dass der Schutz der finanziellen Interessen der Union, wie in der interinstitutionellen Vereinbarung (IIV) vom 16. Dezember 2020 anerkannt und in Artikel 325 AEUV festgelegt, verbessert werden muss.

Die drei Organe vereinbaren, dass das Instrument im Einklang mit den Bestimmungen zur IT-Sicherheit und zum Datenschutz weiterentwickelt werden muss. Damit der Verwaltungsaufwand verringert wird und keine unverhältnismäßig hohen IT-Kosten für die Mitgliedstaaten und andere Anwender entstehen, werden bereits bestehende genehmigte Systeme in den Mitgliedstaaten berücksichtigt.

Die drei Organe verpflichten sich, bei der Weiterentwicklung des Instruments zusammenzuarbeiten. Die Kommission bestätigt, dass sie das Instrument im Benehmen mit seinen Anwendern weiterentwickelt und die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung technischer Anfragen unterstützt. Die Mitgliedstaaten arbeiten mit der Kommission zusammen, damit die für die Interoperabilität mit einschlägigen IT-Systemen und Datenbanken erforderlichen Synergien freigesetzt werden.

Nachdem in einer Bewertung der Kommission anhand der Kriterien aus Artikel 36 Absatz 6 der Haushaltsordnung festgestellt wurde, dass das Instrument einsatzbereit ist, verpflichten sich die drei Organe unbeschadet ihrer jeweiligen Zuständigkeiten, die verpflichtende Verwendung des Instruments während des mehrjährigen Finanzrahmens nach 2027 zu prüfen und erneut darüber zu diskutieren.



C/2024/5768

26.9.2024

Gemeinsame Erklärung zur haushaltsmäßigen Behandlung von Zinsen oder anderen Verbindlichkeiten wegen herabgesetzter oder aufgehobener Geldbußen, sonstiger Strafzahlungen oder Sanktionen anlässlich des Erlasses der Verordnung (EU) 2024/2509

(C/2024/5768)

Das Europäische Parlament und der Rat haben vereinbart, dass allfällige Zinsen oder andere Verbindlichkeiten wegen aufgehobener oder herabgesetzter Geldbußen, sonstiger Strafzahlungen oder Sanktionen für die Dauer des derzeitigen mehrjährigen Finanzrahmens als Negativeinnahmen verbucht werden. Hierbei handelt es sich um eine Ausnahmeregelung von dem Verbot von Negativeinnahmen, die auf diese konkrete, unvorhersehbare Situation beschränkt ist.

Unbeschadet der jeweiligen Vorrechte kommen das Europäische Parlament, der Rat und die Kommission unter Berücksichtigung früherer Erfahrungen und zu erwartender künftiger Entwicklungen überein, eine langfristige nachhaltige Lösung im Einklang mit der Anwendung der Haushaltsgrundsätze der Haushaltsordnung für die Finanzierung dieser Interessen oder sonstiger Verbindlichkeiten zu prüfen, die nach 2027 gelten soll, etwa in Bezug darauf, dass der für den Betrag der Geldbußen oder sonstigen Strafzahlungen zahlbare Zinssatz als angemessene Entschädigung für die Empfängerunternehmen in entsprechenden Situationen zu zahlen ist.



C/2024/5855

26.9.2024

Sonderbericht 17/2024:

„Der EU-Treuhandfonds für Afrika: Trotz neuer Ansätze war die Unterstützung nach wie vor nicht zielgerichtet“

(C/2024/5855)

Der Europäische Rechnungshof teilt mit, dass der Sonderbericht 17/2024 „Der EU-Treuhandfonds für Afrika: Trotz neuer Ansätze war die Unterstützung nach wie vor nicht zielgerichtet“ soeben veröffentlicht wurde.

Der Bericht kann auf der Website des Europäischen Rechnungshofs direkt aufgerufen oder von dort heruntergeladen werden: <https://www.eca.europa.eu/de/publications/sr-2024-17>



C/2024/5856

26.9.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11680 — WATERLAND / VENDIS CAPITAL / X2O)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5856)

Am 19. September 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11680 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/5857

26.9.2024

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11504 — ICIG / EVONIK SUPERABSORBER COMPANIES)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5857)

Am 1. August 2024 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32024M11504 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2024/5861

26.9.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11729 — TAV / FRAPORT / FTA I JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5861)

1. Am 18. September 2024 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- TAV Airports („TAV“, Türkei), letztlich kontrolliert von Aéroports de Paris S.A.,
- Fraport AG („Fraport“, Deutschland).

TAV und Fraport haben im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Fraport TAV Antalya Terminal Isletmeciligi („FTA I“ JV) erworben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- TAV ist ein börsennotierter türkischer Flughafenbetreiber mit Sitz in Istanbul, der Flughäfen insbesondere in der Türkei (Flughafen Antalya, Ankara, Izmir, Bodrum und Gazipasa) sowie Duty-free-Shops, gastronomische Verkaufsstellen und Flughafenlounges betreibt und Bodenabfertigungs- und Sicherheitsdienste erbringt.
- Fraport ist eine börsennotierte deutsche Aktiengesellschaft und Muttergesellschaft der Fraport Group, die im Flughafenbetrieb tätig ist. Hauptstandort der Fraport Group ist der Flughafen Frankfurt.

3. FTA I JV ist in folgenden Geschäftsbereichen tätig: Betrieb des Flughafens Antalya.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11729 — TAV / FRAPORT / FTA I JV

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/5862

26.9.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11730 — TAV / FRAPORT / F&B JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5862)

1. Am 18. September 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- TAV Havalimanlari Holding A.S. („TAV“, Türkei), letztlich kontrolliert von Aéroports de Paris S.A.,
- Fraport AG („Fraport“, Deutschland).

TAV und Fraport werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über ein neu gegründetes Gemeinschaftsunternehmen erwerben, das Lebensmittel- und Getränkediensleistungen am türkischen Flughafen Antalya erbringen wird.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- TAV ist ein türkischer Flughafenbetreiber.
- Fraport ist ein Flughafenbetreiber mit Sitz in Deutschland.

3. Das neu gegründete Gemeinschaftsunternehmen wird in folgenden Geschäftsbereichen tätig sein: Erbringung von Lebensmittel- und Getränkediensleistungen am türkischen Flughafen Antalya.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11730 — TAV / FRAPORT / F&B JV

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/5863

26.9.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11634 – MASDAR / TERNÄ)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5863)

1. Am 16. September 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Abu Dhabi Future Energy Company PJSC („Masdar“, Vereinigte Arabische Emirate), kontrolliert von Abu Dhabi Developmental Holding Company PJSC (Vereinigte Arabische Emirate),
- Terna Energy Industrial Commercial Technical SA („Terna“, Griechenland), unter der alleinigen Kontrolle von GEK Terna Holdings, Real Estate Constructions Société Anonyme („GEK Terna“, Griechenland).

Masdar wird im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b der Fusionskontrollverordnung die alleinige Kontrolle über die Gesamtheit von Terna erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Masdar ist ein in den Vereinigten Arabischen Emiraten ansässiges Unternehmen für erneuerbare Energien und Nachhaltigkeit, das Lösungen in den Bereichen Energie, Wasser, Stadtentwicklung und saubere Technologien in den VAE und weltweit anbietet.
- Terna ist ein an der Athener Börse notiertes griechisches Unternehmen und eine Tochtergesellschaft von GEK TERNÄ. Das Unternehmen ist im Bereich der erneuerbaren Energien in Griechenland sowie in Polen und Bulgarien tätig.

3. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

4. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11634 – MASDAR / TERNÄ

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2024/5867

26.9.2024

Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11704 – TRAFIGURA / MEROIL / MEROIL TANK JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2024/5867)

1. Am 19. September 2024 ist die Anmeldung eines geplanten Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- Trafigura Group Pte. Limited („Trafigura“, Singapur),
- Meroil S.A. („Meroil“, Spanien),
- Meroil Tank S.L., („Meroil Tank“, Spanien).

Trafigura und Meroil werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über Meroil Tank erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Trafigura ist ein unabhängiger Rohstoffhändler und vor allem auf den Energie-, Mineralstoff- und Metallmärkten tätig. Die Hauptgeschäftsbereiche sind der physische Rohstoffhandel und die damit verbundene Logistik, einschließlich Schifffahrt und Befrachtung, sowie Tätigkeiten im Zusammenhang mit industrieller Infrastruktur.
- Meroil vertreibt Erdölzeugnisse an unabhängige Großkunden (Tankstellen, Vertreiber von Gasöl an Einzel- und Geschäftskunden), und an Einzelkunden über sein eigenes Tankstellennetz und ist in der Lagerung von Erdölzeugnissen und in geringerem Maß im Handel tätig.

3. Meroil Tank vermietet Lagerkapazitäten für Erdölzeugnisse an einem Logistikstandort in Barcelona an Dritte und an seine Muttergesellschaft.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11704 – TRAFIGURA / MEROIL / MEROIL TANK JV

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



Berichtigung der Entschließung des Europäischen Ausschusses der Regionen eine erneuerte Kohäsionspolitik nach 2027, bei der niemand zurückgelassen wird. Reaktion des AdR auf den 9. Kohäsionsbericht und den Bericht der Hochrangigen Expertengruppe zur Zukunft der Kohäsionspolitik

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3661, 26. Juni 2024)

Seite 4, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



**Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Erweiterungspaket
2023 — Ukraine, Moldau und Georgien**

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3662, 26. Juni 2024)

Seite 6, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



**Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Lokale
Energieerzeugung: die Rolle der geothermischen Energie**

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3663, 26. Juni 2024)

Seite 4, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Schutz der biologischen Vielfalt und Koexistenz mit Großraubtieren in Europa — Herausforderungen und Chancen für die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3664, 26. Juni 2024)

Seite 7, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



**Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Vorschlag für eine
europäische Erklärung zum Radverkehr**

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3665, 26. Juni 2024)

Seite 7, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



**Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Psychische
Gesundheit**

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3666, 26. Juni 2024)

Seite 8, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Intelligenter, nachhaltiger und erschwinglicher Wohnraum als Instrument der lokalen Gebietskörperschaften zur Bewältigung vielfältiger Herausforderungen

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3667, 26. Juni 2024)

Seite 8, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



C/2024/90070

26.9.2024

**Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Kompetenz- und
Fachkräftemobilität**

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3668, 26. Juni 2024)

Seite 12, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Verbesserung der Inklusion von Kindern durch Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder auf lokaler und regionaler Ebene

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3669, 26. Juni 2024)

Seite 4, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



**Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Stärkung der Rolle
lokaler und regionaler Gebietskörperschaften im Rahmen integrierter Kinderschutzsysteme**

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3670, 26. Juni 2024)

Seite 5, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



**Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Erweiterungspaket
2023 — Westbalkan und Türkei**

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3671, 26. Juni 2024)

Seite 7, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der PräsidentLe président

des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Mechanismus zur Überwindung rechtlicher und administrativer Hindernisse in einem grenzübergreifenden Kontext — Instrument zur Erleichterung grenzübergreifender Lösungen

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3672, 26. Juni 2024)

Seite 2, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Verteidigung der Demokratie

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3673, 26. Juni 2024)

Seite 5, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



**Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Neue genomische
Techniken und Pflanzenvermehrungsmaterial**

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3674, 26. Juni 2024)

Seite 80, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.



Berichtigung der Stellungnahme des Europäischen Ausschusses der Regionen — Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik

(Amtsblatt der Europäischen Union C, C/2024/3675, 26. Juni 2024)

Seite 23, Unterschrift:

Anstatt: „Der Präsident

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses

Vasco ALVES CORDEIRO“

muss es heißen: „Der Präsident

des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco ALVES CORDEIRO“.
